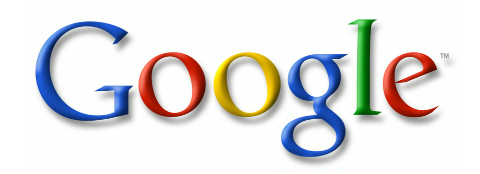


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

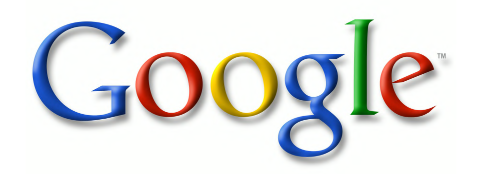
Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

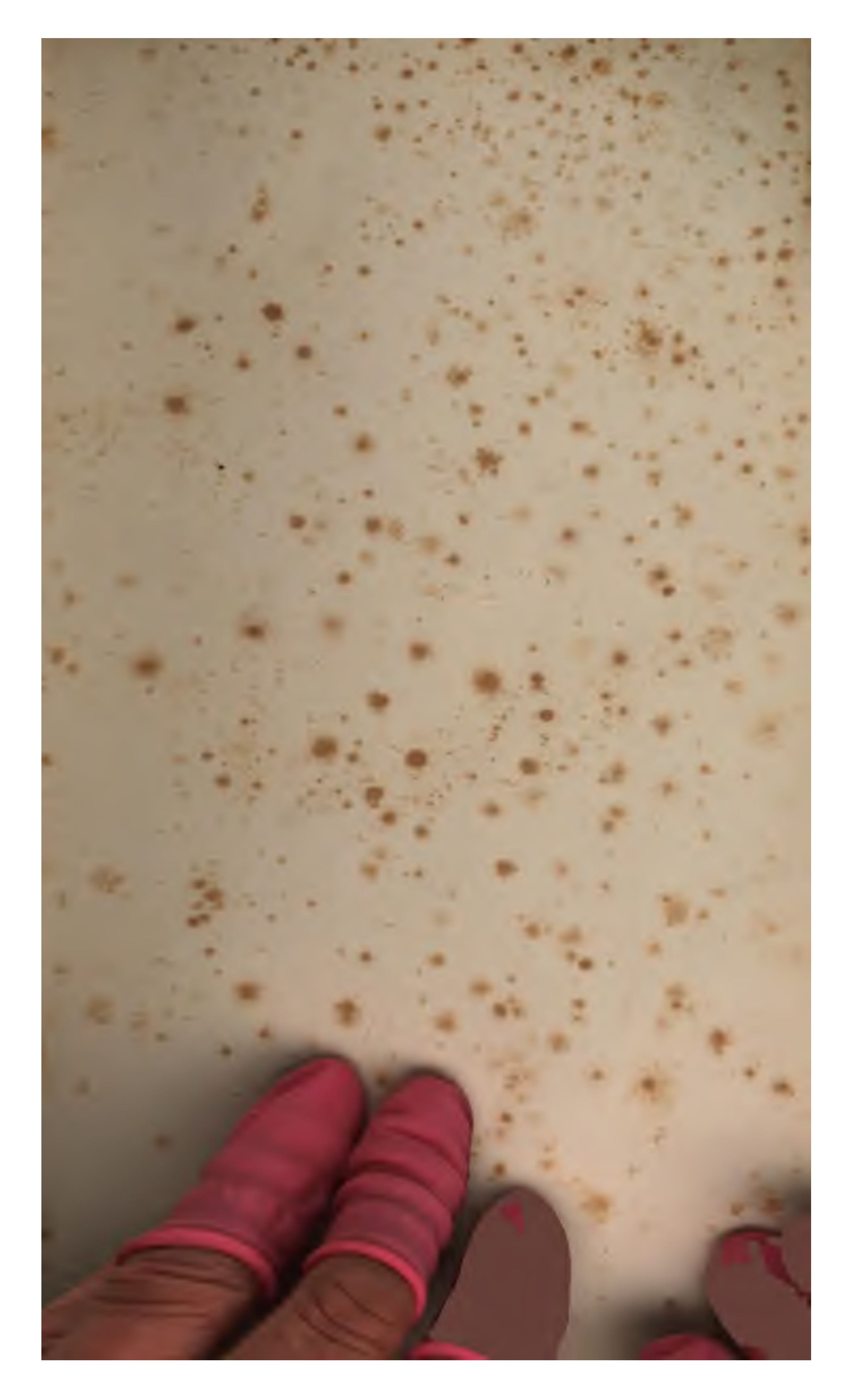
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

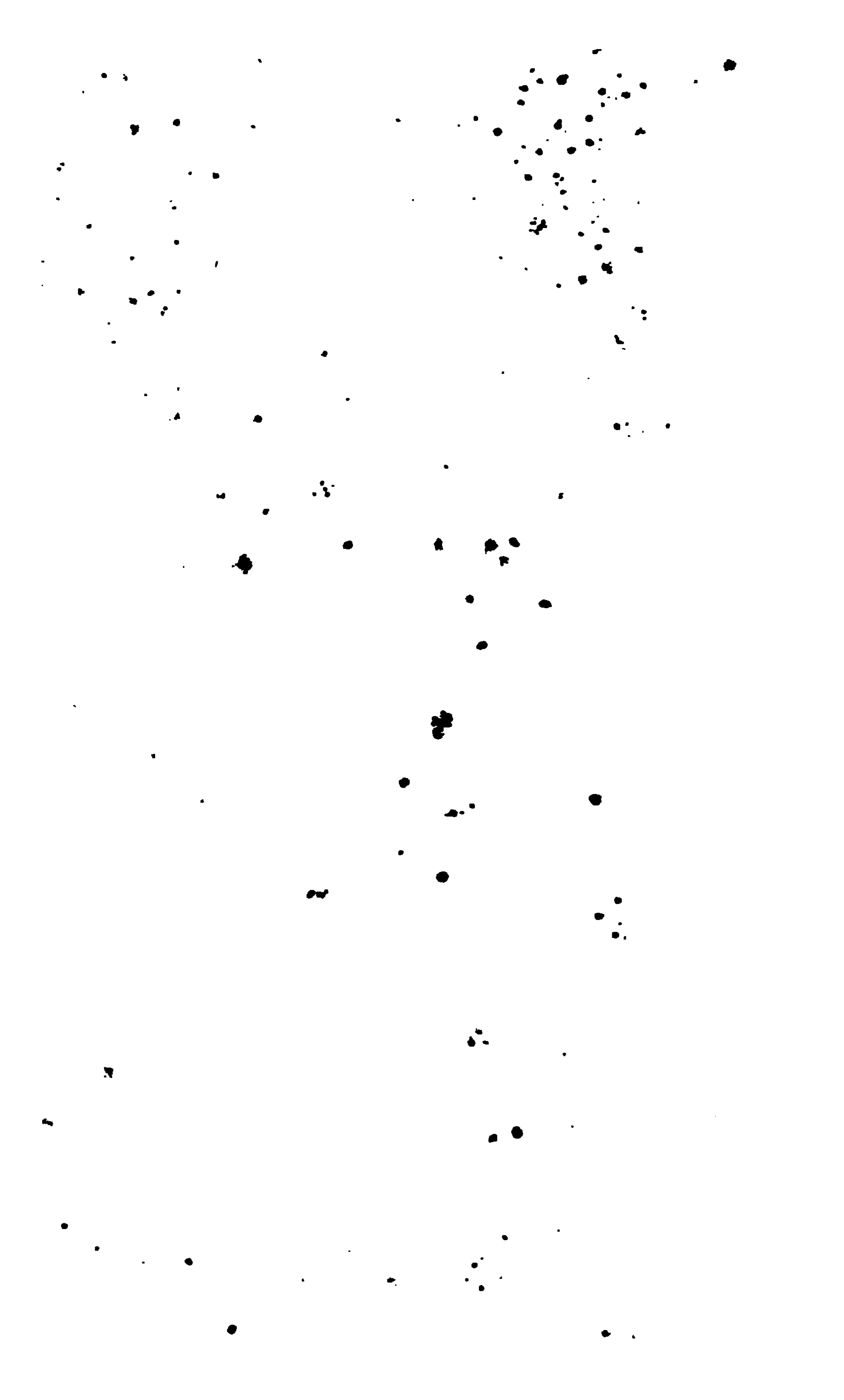
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.











GESCHICHTE

DES

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON

ANTON GINDELY.





GESCHICHTE

DES

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON

ANTON GINDELY.



ERSTE ABTHEILUNG

GESCHICHTE DES BÖHMISCHEN AUFSTANDES VON 1618.

ERSTER BAND.

PRAG, 1869.

VERLAG VON F. TEMPSKY.

BERLIN BEI WILHELM HERTZ (BESSER'SCHE BUCHHANDLUNG

GESCHICHTE

DES

BÖHMISCHEN AUFSTANDES

VON 1618

VON

ANTON GINDELY.

ERSTER BAND.



Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

PRAG, 1869.

VERLAG VON F. TEMPSKY.

BERLIN BEI WILHELM HERTZ (BESSER'SCHE BUCHHANDLUNG

240. e. 474

Druck von Heinr. Mercy in Prag.

Vorrede.

Es bedarf wohl keiner näheren Auseinandersetzung, dass die staatlichen Verhältnisse, welche sich in Mitteleuropa in Folge des 30jährigen Krieges entwickelten, im Ganzen und Grossen ihre Geltung bis zum Ausbruche der französischen Revolution behielten. Wie viel über diesen Krieg geschrieben wurde, ist sattsam bekannt, dessen ungeachtet ist die Behauptung nur zu begründet, dass es an einer Darstellung desselben fehlt, in der das Eingreifen der verschiedenen europäischen Staaten in den grossen Gang der Ereignisse mit Sachkenntniss geschildert wird, so gelehrt und vorzüglich auch einzelne Specialarbeiten sein mögen. Dass ich mich entschloss, an die Lösung einer so umfassenden Aufgabe heranzutreten, geschah nicht aus Zufall, sondern ging naturgemäss aus meinem wissenschaftlichen Entwickelungsgange hervor. Als ich vor fast sechzehn Jahren meine archivalischen Studien über die neuere böhmische Geschichte begann, führten mich dieselben bald auf jenen Theil des 30jährigen Krieges, der vorzugsweise in diesem Lande zur Entscheidung kam. Mein Interesse für eine nicht bloss auf Böhmen sich beschränkende Durchforschung desselben wurde um so mehr angeregt, als ich bald fand, dass für die Aufhellung gerade dieses Theiles das meiste zu thun sei. Weitere Studien zeigten mir, dass auch die folgenden Perioden des schicksalsschweren Kampfes einer umfassenden Bearbeitung bedürfen, da die wichtigsten Archive bezüglich der bedeutendsten Ereignisse noch wenig durchforscht worden sind. So habe ich allmälig mein Lebensziel in der Lösung einer doppelten Aufgabe erfasst, in der Weiterführung der böhmischen Geschichte, welche trotz der vierzigjährigen Arbeiten eines be-

rühmten Gelehrten unvollendet geblieben ist, und in der Darstellung der Geschichte des 30jährigen Krieges, der Böhmen insbesondere und Oesterreich überhaupt nicht minder tief berührt als Deutschland selbst.

Indem ich hier das erste Resultat meiner Studien vorlege, bemerke ich, dass meine Arbeit über den 30jährigen Krieg in vier Abtheilungen zerfallen wird. Die erste umfasst den böhmischen Aufstand von 1618—1620, die zweite die Zeit von 1621—1629, welche als das Nachspiel des böhmischen Krieges zu betrachten ist und hauptsächlich als die Zeit des dänischen Krieges bezeichnet wird. Die dritte Abtheilung liefert die Geschichte Gustav Adolfs, Waldsteins und der grossen, an diese Namen sich anschliessenden Kämpfe und Bestrebungen; die vierte Abtheilung endlich beginnt mit der Darstellung der Ereignisse seit dem prager Frieden und führt bis zum westphälischen Friedensschlusse. Jede dieser Abtheilungen ist selbstverständlich ein Werk für sich. Was die erste Abtheilung betrifft, so steht deren rascher Beendigung nichts im Wege, da ich die darauf bezüglichen Forschungen beendet habe.

Wenn man es versuchen will, das Ineinandergreifen aller Staaten Europa's in den Verlauf der hier angedeuteten Ereignisse wahr und sachgemäss zu schildern und sich nicht eine Unzahl unrichtiger Conjecturen und falscher Urtheile über die Politik einzelner Staatsmänner zu Schulden kommen lassen mag, so bleibt nichts übrig, als sich an ein Studium aller bedeutenden Archive Europa's, so weit sie zugänglich sind, zu wagen und wenige Ausnahmen abgerechnet, nur die Quellenpublicationen als eine Erleichterung der grossen Arbeit zuzulassen. Leicht hätte ich mich wohl verleiten lassen können, in solchen gründlichen Bearbeitungen, wie denen von Müller auf Grund des sächsischen Archivs, Wolf-Breier auf Grund der münchner Archive, um anderer von grösserem Umfange, aber von zweifelhafterem Werthe zu geschweigen, eine Erleichterung meiner Mühe zu suchen, ich that es jedoch nicht und fand den besten Lohn in dem erreichten Resultate; denn die wichtigen Actenstücke der münchner Archive sind von Wolf und Breier, soweit es sich um die allgemeinen Verhältnisse handelt, nur zu einem kleinen Theile

durchforscht worden und was das dresdner Archiv betrifft, so enthält es eine grosse Masse von Correspondenzen, die ein auf Sachsen sich beschränkender Historiker nicht im rechten Maasse verwerthen kann. Ein so umfassend angelegtes Archivstudium erscheint allerdings wie ein Wagestück, doch bebte ich vor demselben nicht zurück und der erste Band des vorliegenden Werkes kann hievon Zeugniss geben. Vielleicht dass solche Forschungen wie die von Erdmannsdörffer begonnene Publication der Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Wilhelm von Brandenburg im Laufe der nächsten Jahre häufiger erscheinen und mir für die spätere Zeit des 30jährigen Krieges eine Hilfe bieten werden, deren ich für den Anfang so sehr entbehrte.

Die wichtigsten Archive, aus denen ich den Stoff für meine Arbeit geschöpft habe, sind folgende: *in Böhmen*: Das böhmische Statthaltereiarchiv in Prag, das Archiv der Fürsten von Lobkowitz in Raudnitz, der Fürsten von Schwarzenberg in Wittingau, der Grafen Černín in Neuhaus, das kuttenberger Stadtarchiv und ausserdem noch zahlreiche kleine Archive, die ich nicht weiter anführen will; *in Mähren*: Das Landesarchiv in Brünn; *in Oesterreich*: Das Staatsarchiv in Wien, die Archive des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Cultus und Unterricht; *in Tirol*: Das innsbrucker Statthaltereiarchiv; *in Kärnthen*: Das gräflich Thurnische Familienarchiv in Bleiburg; *in Deutschland*: Das münchner Staatsarchiv, das münchner Reichsarchiv, das bamberger Archiv, das bernburger Archiv, das sächsische Staatsarchiv, die weimarer Archive; *in Belgien*: Das belgische Staatsarchiv in Brüssel; *in den Niederlanden*: Das holländische Staatsarchiv im Haag; *in Frankreich*: Das Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Paris; *in Spanien*: Das Archiv von Simancas. — Was Handschriftensammlungen betrifft, so boten mir die des wiener Staatsarchivs, der Bibliothèque Impériale zu Paris, des Archivs von Raudnitz, der fürstlich Lobkowitz'schen Bibliothek zu Prag, der kaiserlichen Bibliothek ebendaselbst, des brünner Landesarchivs u. s. w. vielfach reiche Ausbeute. Die deutschen, französischen und englischen Quellenausgaben oder Bearbeitungen, die für den Beginn des dreissigjährigen Krieges von Bedeutung sind, sind

hinreichend bekannt, so dass sie nicht angeführt zu werden brauchen. Was böhmische Quellenpublicationen betrifft, so ist in dieser Beziehung in den jüngsten Zeiten einiges bedeutende zu Tage gefördert worden und zwar sind dies Paul Skala's böhmische Geschichte von 1600—23, herausgegeben von Tieftrunk und Slawata's Memoiren, publicirt von Joseph Jireček, welche beiden Werke von Zeitgenossen des böhmischen Aufstandes herrühren und für einen wichtigen Theil der Ereignisse als die alleinige Quelle anzusehen sind. Besonders muss ich noch eines dritten Werkes gedenken, das, wiewohl seit mehr als sechs Jahren zu Ende gedruckt, doch immer noch nicht in die Oeffentlichkeit gelangt ist; es ist dies ein Theil von Žerotíns Briefwechsel, dessen Drucklegung der leider zu früh verstorbene Historiker Peter Ritter von Chlumecky veranstaltet hat. Durch freundliche Vermittlung ist mir dieses Werk, das für die genauere Kenntniss des böhmischen Aufstandes von entscheidender Wichtigkeit ist, zugänglich gemacht worden. — Von den genannten Archiven in Wien, Prag, Dresden, München, Paris und Simancas kann ich behaupten, dass sich in ihnen kaum ein auf die erste Abtheilung dieses Werkes bezügliches, wichtigeres Actenstück vorfinden dürfte, das ich nicht abgeschrieben oder excerpirt hätte, wofern es durch andere Forscher nicht bereits publicirt und mir also ohnedies zugänglich gemacht war. Meine sämmtlichen allmälig ein kleines Archiv bildenden Abschriften dürften einmal in den Besitz des böhmischen Landesarchivs gelangen und daselbst der Benützung zugänglich sein. Mit Rücksicht auf diesen Umstand, der späteren Forschern eine genaue Kenntniss meines Quellenapparates ermöglichen wird, habe ich mich auch in der Citirung der betreffenden Actenstücke auf das kleinste Maass beschränkt, um den Leser des Werkes nicht allzusehr zu ermüden und dasselbe auch nicht über Gebühr zu erweitern.

Was speciell den Beginn des 30jährigen Krieges betrifft, nämlich den Aufstand in Böhmen, so ist dessen Schilderung eine Schuld, welche die böhmische Historiographie der europäischen Geschichte abzutragen hat. Die verschiedenen Fäden des Aufstandes wurzeln in den eigenthümlichen kirchlichen und socialen Zuständen meiner Heimat, ihre Auffindung und Blosslegung

ist, abgesehen von den sprachlichen Schwierigkeiten, Fremden schon deshalb nicht möglich, weil sie in Bezug auf die böhmischen Verfassungsverhältnisse vollständig im Unklaren sind und nicht leicht aus den Quellen eine Belehrung schöpfen können. Den böhmischen Historikern darf man übrigens nicht zur Last legen, dass sie bis jetzt diese ihnen zunächst obliegende Aufgabe nicht erfüllt haben; denn die geistigen Nachwirkungen des 30jährigen Krieges haben sich in dem Kaiserstaate nicht bloss bis an das Ende des vorigen Jahrhunderts, sondern sogar bis zu dem Jahre 1848 in einer Weise geltend gemacht, dass es bis dahin nicht möglich war, ein Werk dieses Inhalts zu veröffentlichen. Woran auch immer der österreichische Staat kranken mag, jedenfalls ist der Bann, der auf der Durchforschung der Vergangenheit ruhte, hinweggenommen.

Die Wichtigkeit, welche die inneren Verhältnisse Böhmens und der übrigen Besitzungen der deutschen Habsburger für die richtige Beurtheilung der Ereignisse haben, hat mich veranlasst, auf dieselben näher einzugehen. Es geschah dies theils im dritten Kapitel, welches in der ersten Hälfte einer Erläuterung der ständischen, bäuerlichen, finanziellen und Bevölkerungsverhältnisse Böhmens gewidmet ist, sowie im zweiten und vierten, welches den Mangel einer organischen Gliederung des österreichischen Staates näher beleuchtet und die Art und Weise des Zusammenhanges der einzelnen Theile an der Hand ständischer Verhandlungen zur Anschauung bringt. Auch musste ich die ungarischen Zustände in den Rahmen meiner Darstellung einbeziehen, theils weil sie die Erklärung zu den meisten österreichischen Schwierigkeiten bieten, theils weil Ungarn auf den Verlauf des 30jährigen Krieges durch die Fürsten Bethlen Gabor und Georg Ragoczy einen hervorragenden Einfluss ausgeübt hat.

Eine Erörterung über die ideelle Grundlage und die treibenden Kräfte im 30jährigen Kriege habe ich nicht an die Spitze meines Werkes gestellt, denn sie ist nirgends anders als am Schlusse der einzelnen Abtheilungen und des ganzen Werkes am Platze und wird sich also erst diesem als das Endresultat der vorausgehenden Darstellung anschliessen. Ich bemerke nur noch, dass ich nicht glauben würde, meiner Aufgabe zu genügen, wenn

ich bloss die politischen und religiösen Motive des Kampfes und die Stärke, mit der sich die einen oder die anderen Geltung verschafft haben, klar zu machen suchen würde, ohne dabei auch auf den socialen Umschwung, den der Krieg auf seinem eigentlichen Schauplatze herbeiführte, im Detail einzugehen. Zwischen der Zeit vor dem 30jährigen Kriege und jener nach seiner Beendigung liegt eine ungeheure Kluft; jeder Stand und jede Beschäftigung, das öffentliche wie das private Leben gingen unter seiner Einwirkung einer so totalen Umformung entgegen, dass es geboten erscheint, die Verhältnisse beim Beginne desselben und zur Zeit seiner Beendigung zu einem Gesammtbilde zu vereinen und dadurch zu der eigentlichen Verwerthung der ganzen historischen Untersuchung zu gelangen. So wie ich dies am Schlusse meiner ersten Abtheilung bezüglich Böhmens thun werde, so am Ende der gesammten Arbeit bezüglich Deutschlands.

Schliesslich bemerke ich noch, dass ich bei allen Datirungen im Texte die Zeit nach dem gregorianischen Kalender berechnet habe. Wenn unterhalb des Textes in den Quellencitaten nur ein Datum angeführt ist, so ist damit immer der neue Stil gemeint, bei Anführung von Correspondenzen, bei denen der alte Stil angewandt wurde, habe ich eigens noch das neue Datum hinzugefügt, um keinem Zweifel Raum zu lassen, obwohl in den Quellen nur äusserst selten solche doppelte Datirungen vorkommen. Aus Versehen und im Widerspruche mit diesen Grundsätzen ist auf Seite 2 am Rande der 3. statt des 13. Juni 1612 als Datum für die Erhebung des Mathias auf den deutschen Thron angegeben.

Prag, den 11. Mai 1869.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Die Verhandlungen über die Festsetzung der Nachfolge nach dem Tode des Kaisers Mathias.

Zweites Kapitel.

Die religiösen und politischen Zerwürfnisse zwischen Mathias und seinen Unterthanen, insbesondere den Böhmen, vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges.

Drittes Kapitel.

Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Thron.

Viertes Kapitel.

Verhandlungen über die Erhebung Ferdinands auf den deutschen und ungarischen Thron.

Fünftes Kapitel.

Der Fenstersturz (23. Mai 1618).

Sechstes Kapitel.

Die Entwicklung des Aufstandes. Khlesls Sturz. Freunde und Feinde des Kaisers.

Siebentes Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges.

Achtes Kapitel.

Die letzten Ausgleichsversuche. Des Kaisers Tod.

Erstes Kapitel.

Die Verhandlungen über die Festsetzung der Nachfolge nach dem Tode des Kaisers Mathias.

I Charakter und Lebensweise des Kaisers und der Kaiserin. Beginn der Verhandlungen zur Festsetzung der Nachfolge (1612). Philipps III Absichten. Erzherzog Maximilians Bemühungen zu Gunsten Ferdinands. Entschädigungsansprüche Spaniens. Verhandlungen in Linz (1613).

II Der regensburger Reichstag von 1613. Verhalten der geistlichen Kurfürsten in der Successionsfrage. Die Entschädigungsverhandlungen. Die böhmische Nachfolge im Vordergrunde. Calderons und des spanischen Staatsrathes Auffassung der Entschädigungsfrage. Die vermuthete Schwangerschaft der Kaiserin (1615).

III Maximilians und Khlesls Verhältniss zu einander. Stellung des letzteren zur Successionsfrage. Maximilian in Brüssel, am Rhein und in Prag (1615—6). Winkelzüge Khlesls. Maximilians Gutachten (Feb. 1616). Westernachs Sendung. Feindselige Absichten Maximilians gegen Khlesl. Maximilian in Prag (Januar 1617).

IV Die Stellung der spanischen Gesandten am kaiserlichen Hofe. Oñate in Graz. Geheimer Vertrag mit Ferdinand (31 Jan. 1617). Verhandlungen in Prag über die spanischen Ansprüche. Zweiter geheimer Vertrag zwischen Ferdinand und Philipp III. Krankheit des Kaisers. Festsetzung des böhmischen Wahllandtages auf den 5. Juni 1617. Khlesls Intriguen. Der Hofnarr Nelli.

I

Jahre lang hatte Erzherzog Mathias seinen Bruder Rudolf II um die Festsetzung der deutschen Nachfolge bestürmt, damit die Feinde des habsburgischen Hauses diese Krone nach seinem Tode nicht einem Gegner auf das Haupt setzen und so das ganze Gebäude habsburgischer Grösse erschüttern möchten. Die Weigerung des Kaisers, verbunden mit seiner Unfähigkeit, die Zügel der Regierung zu führen, hatte gewaltige Erschütterungen in den österreichischen Ländern zur Folge, die schliesslich mit der Absetzung Rudolfs endeten. Bis an das Grab begleitete ihn nur der, zwar wesenlose, aber für die Habsburger so wichtige Glanz der deutschen Kaiserkrone. Mathias, der sich jetzt um

dieselbe in Bewerbung setzte, hatte Anfangs nur geringe Aussicht auf Erfolg, da sein Auftreten gegen den Bruder der Mehrzahl der Kurfürsten missliebig war. Nur der Mangel eines Candidaten, der sich ernstlich um die Kaiserwürde bewarb, dann die überaus grossen Anstrengungen, denen sich Don Balthasar Zuñiga, der spanische Gesandte in Deutschland, im Namen Philipps III zu seinen Gunsten unterzog, verhalfen ihm nach langen Verhandlungen an das ersehnte Ziel. *)

3. Juni 1612.

Mathias, der dritte Sohn Kaiser Maximilians II, war im Jahre 1557 geboren und stand jetzt im Alter von 55 Jahren. In seiner Jugend hatte er sich durch einen thörichten Streich bemerklich gemacht, den er sich gegen Philipp II zu Schulden kommen liess. Der unthätigen Rolle überdrüssig, zu der er von seinem Bruder verurtheilt wurde, liess er sich durch den Herzog von Arschot nach den Niederlanden verlocken und wollte in den Streitigkeiten derselben mit Spanien eine Art von Vermittler spielen. Die Folge davon war, dass er es mit beiden Parteien verdarb und, ohne besondern Ruhm geerntet zu haben, die Heimkehr antreten musste. Eine erspriesslichere, wenn auch keine überaus hervorragende Rolle spielte er während des darauf folgenden Türkenkrieges, in dem er durch einige Zeit die kaiserlichen Truppen in Ungarn befehligte. Als er später mit seinem Bruder in den langwierigen Streit wegen der Bestimmung der Nachfolge geriet, ging er aus demselben als Sieger hervor, dankte aber den Erfolg nicht sowohl seiner eigenen staatsmännischen Begabung, als den ihn begünstigenden Verhältnissen und der grossen Gewandheit seines ersten Rathgebers, des Bischofs Khlesl. Man nimmt zwar an, dass er sich mit einer gewissen Geschicklichkeit und Unparteilichkeit zwischen den verschiedenen Religionsparteien bewegt und dadurch seine Zwecke nicht wenig gefördert habe, allein geht man der Sache näher auf den Grund, so zeigt sich, dass seine Geschicklichkeit in nichts anderem bestand, als in der Leichtigkeit, mit der er sich den Protestanten gegenüber zu grossen Versprechungen hinreissen

*) Dass Zuñiga das meiste Verdienst um die Erhebung des Mathias hatte, ergibt sich aus den Papieren von Simancas.

liess, deren Erfüllung er nicht ernstlich beabsichtigte. Die Schwierigkeiten, die er auf diese Weise für den Augenblick beseitigte, oder vielmehr übertünchte, kehrten später mit verzehnfachter Stärke zurück und beschworen über das Ende seiner Regierung weit grössere Stürme herauf, als jene waren, unter denen Rudolf II zu Grunde gegangen war. Er wusste ihnen eben so wenig wie dieser zu begegnen; das geringe Mass von Kraft und Energie, das die Natur ihm zugemessen, war bei seiner Thronbesteigung bereits aufgezehrt. In dem Augenblicke, wo er beider am meisten bedurfte, war seine Seele für die grossen Aufgaben, die mit seiner Stellung verbunden waren, fast abgestorben und nur noch für Spielereien und eitle Ehrenbezeugungen empfänglich.

Kaum zur Regierung gelangt mied nämlich Mathias, gleich seinem Bruder, mit sichtlicher Aengstlichkeit jede geschäftliche Thätigkeit, seine Trägheit trat nur deshalb nicht besonders hervor, weil er nie Anstand erhob, seinen Namen, so oft es nöthig war, zu unterzeichnen, was bekanntlich bei Rudolf nicht so leicht zu bewirken war. Auf die Unterzeichnung des Namens beschränkte sich aber in der That sein Antheil an den Geschäften; man wird kaum in den Acten einem Briefe oder einem Schriftstücke begegnen, das, seit er den Kaiserthron bestiegen, ganz aus seiner Feder hervorgegangen wäre; ebenso wenig war bei ihm von einer Theilnahme an den Berathungen der obersten Rathscollegien oder von einem directen Einflusse auf die Regierung der einzelnen ihm unterthanen Länder, die Rede, alles ging seinen gewohnten Gang oder wurde ihm von Khlesl mundgerecht gemacht, der für ihn dachte, sprach, schrieb und handelte. Machte sich irgendwo eine Neuerung geltend, sei es im Guten oder im Bösen, so ging der Anstoss sicherlich nicht von Mathias aus. Darin war er jedoch seinem Bruder, der sich scheu von der Welt zurückzog und dem kein unberufenes Auge nahen durfte, ganz und gar unähnlich, dass er sich gern zeigte und den Glanz seiner Würde entfaltete. Als er seinen ersten Reichstag nach Regensburg berief, hielt er daselbst einen glänzenden Einzug und liess sich wiederholt bei passenden Veranlassungen mit einem prachtvollen und zahlreichen Gefolge sehen. Die Mitglieder des Reichstages, die seine Schwäche kennen

mochten und die sonst mit unerbittlicher Knauserei oder mit ausgesprochen feindlichen Absichten ihre Taschen zuhielten und den Kaiser vergeblich um Subsidien flehen liessen, thaten ihm wenigstens darin einen Gefallen, dass sie ab und zu sein Gefolge vermehrten und so den Schein einer Würde wahren halfen, deren Wesen sich längst verflüchtigt hatte. Fremde Gesandtschaften wurden doppelt gern gesehen, wenn sie durch die Pracht des Aufzuges ihre hohe Meinung von seiner Stellung an den Tag zu legen schienen. Seiner Freude an Aeusserlichkeiten entsprach es, dass er sich bei festlichen Gelegenheiten gern im ungarischen Costüme blicken liess, selbst bei der Krönung als König von Böhmen war er in dieser Weise gekleidet. Er liebte es auch nicht, seine Mahlzeiten in der Zurückgezogenheit einzunehmen, im Gegentheil that er dies mit seiner Gemahlin in Gegenwart zahlreicher Höflinge, denen so die Gunst zu Theil wurde, sich in dem kaiserlichen Antlitz zu sonnen. Grosse Unterhaltung fand er an den Spässen seines Hofnarren Nelli, der ihm selten von der Seite wich und ihm selbst in die inneren Gemächer folgte. Sonst gehörte auch die Musik zu den Liebhabereien des Kaisers, die grösste Freude gewährten ihm jedoch die Kunstschätze, die er von seinem Bruder ererbt hatte. Täglich brachte er einen bedeutenden Theil seiner Zeit damit zu, diese prachtvollen Sammlungen zu besichtigen, Stück für Stück in die Hand zu nehmen und in eine neue Ordnung zu bringen. Diese Neigung begleitete ihn bis an das Ende seines Lebens. Seine letzten Anordnungen betrafen die Umarbeitung eines Kunstwerkes und seine letzte Unterhaltung die wiederholte Besichtigung tausendmal gesehener Herrlichkeiten. Von seinen Kenntnissen weiss man nur so viel, dass er sich geläufig im deutschen, lateinischen und italienischen auszudrücken wusste.

Alles in allem war Mathias ein gutmüthiger alter Mann, der die Ruhe liebte und froh war, wenn man ihn in Frieden liess. Und doch, wenn man den Verlauf seiner Regierung näher ins Auge fasst, nahmen gerade unter ihm und durch ihn die öffentlichen Angelegenheiten eine Wendung, die einen furchtbaren Kampf zur nothwendigen Folge haben musste. Die Ursache lag darin, dass Mathias in seiner Friedensliebe nicht so

weit ging, um den gefürchteten Gegner, und das waren ihm die Protestanten, ruhig gewähren zu lassen. In seiner Angst vor ihnen trug er sich Jahre lang mit der Absicht, ein Heer gegen sie auszurüsten, und sie zu Boden zu werfen. Als sich seine Mittel für diesen Zweck unzureichend erwiesen, gab er wenigstens zu allen Massregeln seine Zustimmung, welche die Verbreitung der Protestanten beschränken und eine religiöse Restauration anbahnen sollten. Er gab sich auf diese Weise einer Politik hin, welche bei seiner Schwäche und seinen geringen Fähigkeiten das herbeiführen musste, was er vermeiden wollte: das Ende des Friedens und einen allgemeinen Umsturz.

Mathias hatte sich erst im Jahre 1611, also im Alter von 54 Jahren, verheiratet. Die Schuld dieser langen Zögerung lag nicht an ihm, sondern an seinem Bruder Rudolf, der seine Heiratspläne mehrfach durchkreuzte, so dass Mathias erst dann zur Abschliessung einer Ehe schreiten konnte, als er sich von diesem bevormundenden Einflusse frei fühlte. Er wählte zu seiner Gemahlin die Erzherzogin Anna, eine Tochter seines Oheims Ferdinand von Tirol aus dessen zweiter Ehe mit einer Prinzessin von Mantua; in erster Ehe hatte der letztere die bekannte Patriciertochter Philippine Welser geheiratet. Anna war im Jahre 1585 geboren und lebte bis zu ihrer Verheiratung an der Seite ihrer verwittweten Mutter, einer frommen Dame, die ein Kloster in Innsbruck begründet und sich in dasselbe als Nonne zurückgezogen hatte. Anna war eine schöne Frau mit herrlichen Augen und blendend weisser Hautfarbe, deren ruhiges Temperament zu den Liebhabereien ihres Gemahls passte. Ihre einzigen Genüsse bestanden in der Betrachtung der rudolfinischen Schätze, denen sie in Gemeinschaft des Kaisers täglich einige Stunden widmete und in den Freuden, die eine wohlbesetzte Tafel gewährte. Sie ass gern mehr, als sie verdauen konnte und zog sich dadurch frühzeitig körperliche Leiden zu. Im übrigen lebte sie sehr zurückgezogen und trachtete für den Fall einer frühen Wittwenschaft einen ausgiebigen Sparpfennig bei Seite zu legen. In Betreff der Protestanten benahm sie sich im Sinne der schärfsten Kirchengesetze, wich jedem Zusammenhang mit denselben aus und mied es in auffallender

Weise, hochgestellten Personen dieser ihr antipathischen religiösen Richtung die Hand zu reichen, selbst wenn die Sitte es forderte. Bei ihrer Verheiratung war sie erst 26 Jahre alt, ihr und ihres Gemahls Alter hätte an und für sich eine fruchtbare Ehe erwarten lassen, doch knüpften sich schon von Anfang her keine Hoffnungen an dieselbe. Die Ursache suchte man in Mathias, dem man nachsagte, dass er mit keiner der Frauen, zu denen er in nähern Beziehungen gestanden war, ein Kind gehabt habe. Man faselte dabei etwas von einem Zauberknoten, durch den er an der Erfüllung ehelicher Pflichten gehindert werde, und dessen Lösung erst dann eintreten könnte, wenn ein Licht, das in einem unbekannten Kloster Tag und Nacht brenne, ausgelöscht würde. Der Herzog Wilhelm von Baiern, der einige Jahre vordem nicht ungeneigt war, seine Tochter dem Mathias zur Ehe zu geben, erkundigte sich eifrig nach dem Kloster, wahrscheinlich um das Licht dort auslöschen zu lassen, erfuhr aber nichts Näheres. — So war das Herrscherpaar beschaffen, das im Jahre 1612 zu dem österreichischen Länderbesitz die deutsche Krone erlangte. *)

Der Kampf zwischen Rudolf und Mathias hatte in Oesterreich der Herrschaft der Katholiken schwere Schläge versetzt und auch in Deutschland litten sie unter der Nachwirkung derselben. Ging ihr Bestreben dahin, das verlorene Ansehen wieder zu erlangen und überhaupt ihrer erschütterten Macht eine solide Grundlage zu geben, so konnten sie beides nur dann erreichen, wenn sie an dem Haupte der deutschen Habsburger eine energische Unterstützung fanden. Es war deshalb für die Katholiken ein Gegenstand nicht geringer Betrübniss, dass sie Mathias nicht als den Mann ansehen durften, auf den sie ihre Hoffnungen begründen konnten. Seine Kraftlosigkeit liess sie von seiner Regierung nichts hoffen, sein Alter aber liess sie befürchten, dass die Protestanten nach seinem baldigen Ableben mit doppeltem Eifer und gesteigerter Aussicht auf Erfolg versuchen würden, einen der Ihrigen auf den deutschen, böhmischen oder un-

---

*) Soranzo, Relation von 1614 Correspondenz Oñate's. Dohna's Bericht dd. 21/31 Jan. 1617 im münchner Staatsarchiv. Hammer, Khlesl II, 42.

garischen Thron zu erheben und damit den völligen Sturz des katholischen Staatswesens herbeizuführen. Allen diesen Gefahren liess sich nur dadurch einigermassen begegnen, wenn Mathias frühzeitig für die Bestimmung eines tüchtigen Nachfolgers gewonnen werden konnte, damit dieser das Restaurationswerk übernehme, für das er selbst weder verlässlich noch tüchtig genug schien.

In der That beherrschte dieser Wunsch alle jene, deren politische Combinationen die Herrschaft der Katholiken zur Voraussetzung hatten, oder deren kirchliche Ueberzeugung auf katholischer Grundlage fusste. Der erste, welcher der allgemeinen Meinung das Wort lieh, war der spanische Gesandte. Als sich Mathias, nach Beendigung des Wahlactes in Frankfurt, aus der Domkirche nach Hause begab, erschien Zuñiga bei ihm und fügte dem Glückwunsche die Bitte bei, er möge, durch das Beispiel des Bruders gewarnt, nicht säumen, bei seinen Lebzeiten für die Nachfolge eines habsburgischen Prinzen auf dem deutschen Throne zu sorgen. *) Am Abende, als er sich mit seiner Gemahlin allein unterhielt, fand sich auch sein Rathgeber, der Bischof Khlesl, bei ihm ein und der Mund dieses vertrauten Dieners wiederholte die Bitte Zuñiga's. **) Noch hatte Mathias sein eigenes Haupt nicht mit der deutschen Krone geschmückt, und schon baten ihn also die Seele seines Geheimrathes und der Vertreter der befreundetsten Macht, dieselbe auf ein fremdes Haupt zu setzen. Verriet dies nicht ein absolutes Misstrauen in die längere Dauer seines Lebens und in die Fruchtbarkeit seiner erst vor wenigen Monaten abgeschlossenen Ehe und konnte er hoffen, fortan einen Tag erleben zu können, ohne dass ihm das Wort *„Bestimmung der Nachfolge“* aus jeder Schrift entgegenstarrte oder aus jedem Munde entgegentönte? In der That beherrschte diese Angelegenheit so sehr den ganzen Verlauf seiner Regierung, dass selbst der Kampf mit dem Protestantismus zeitweise in den Hintergrund trat.

---

*) Simancas $\frac{2498}{215}$ Zuñiga an Philipp III dd. 1. Juli 1612.

**) Khlesl an Erzh. Maximilian dd. 26. Juni 1616. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

Das frühzeitige Drängen Zuñiga's entsprach einem tief gehegten Wunsche Philipps III von Spanien und fand dessen Billigung. Es war nicht blos die Sorge für die Aufrechthaltung der habsburgischen Macht, die dem Könige eine solche Eile räthlich erscheinen liess, sondern auch der Wunsch, seit langem gehegte und mehrfach vertagte Pläne endlich zur Ausführung zu bringen. Während der österreichischen Wirren der Jahre 1608—11 war im spanischen Cabinet mehrmals die Frage aufgetaucht, ob die Verhältnisse nicht für eine Erhebung Philipps III auf den deutschen Thron günstig seien. Damals hatte das consequente Abrathen Zuñiga's, der die Erfolglosigkeit derartiger Bestrebungen bei den in Deutschland herrschenden Ansichten kannte, den spanischen König veranlasst, sich im Hintergrunde zu halten und die Candidatur des Mathias energisch zu unterstützen. Jetzt tauchte dieser Plan von neuem auf und gewann in der Anschauung des Königs eine festere Gestaltung. Darnach sollte der Kaiser so frühzeitig als möglich für die Wahl eines Nachfolgers in Deutschland sorgen und hiefür den zweiten Sohn Philipps, den Infanten Don Carlos bestimmen. Sollte es Mathias vorziehen, für die Erhebung seines eigenen Bruders Albrecht zu wirken, so wollte sich der König unter der Bedingung damit zufrieden geben, dass der letztere nach seiner eventuellen Thronbesteigung den Don Carlos zum Nachfolger bestimme. Da Albrecht nur um weniges jünger war als Mathias, so wurde durch seine etwaige Erhebung die des Infanten in keine viel bedeutendere Ferne gerückt.

Um die Verhandlungen in rascheren Fluss zu bringen, hielt man in Spanien die Absendung eines zweiten Gesandten an den kaiserlichen Hof für nothwendig und wählte hiezu den Marques Spinola, einen berühmten Kriegsmann seiner Zeit. Er traf am Hoflager des Kaisers ein, als sich letzterer, auf der Rückreise von Frankfurt, in Prag aufhielt. Seinem Auftrage gemäss erneuerte er die frühere Bitte Zuñiga's um die Bestimmung der Nachfolge in der dringendsten Weise. In wiederholten Audienzen sagte Mathias ihre Gewährung zu, nur wollte er früher das Gutachten seiner Brüder, Maximilian und Albrecht, einholen. Khlesl, der von Spinola und Zuñiga um die Beschleu-

Oct. 1612

nigung der kaiserlichen Beschlüsse ersucht wurde, erwiederte, dass alles von den Erklärungen der beiden Erzherzoge abhänge. Wolle Maximilian den deutschen Thron besteigen, so sprächen dieselben Gründe für ihn, wie früher für Mathias, verzichte er auf seine Erhebung, so müsse man Albrecht befragen. Gleichzeitig bemerkte Khlesl, dass die Succession in den österreichischen Ländern und in Deutschland als ein Ganzes aufgefasst und auf einmal entschieden werden müsse, eine Andeutung, die für die spanischen Wünsche nicht günstig schien, denn wenn der erbliche Besitz der jüngern habsburgischen Linie mit dem Kaiserthrone verbunden bleiben sollte, so war für einen Infanten nichts zu hoffen. *)

Maximilian, der sich zur selben Zeit in Prag eingefunden hatte, wurde jetzt von Spinola über seine Ansichten sondirt und bereitete demselben keine geringe Ueberraschung. Der Erzherzog erklärte offen und ehrlich, dass er weder sich noch seinen Bruder Albrecht für taugliche Stützen halte, an denen sich die gesunkene Macht der deutschen Habsburger von neuem erheben könnte. Die Länder Rudolfs dürften nicht von einem Greise auf den andern übergehen, sondern müssten in den Besitz eines kräftigen Mannes gelangen. Indem er auf diese Weise von vornherein auf jede Erhebung Verzicht leistete, verhehlte er auch nicht, dass er seinen Bruder Albrecht zu einer ähnlichen Resignation zu bewegen trachten werde und dass alle seine Hoffnungen und Wünsche auf seinen Vetter, den Erzherzog Ferdinand, gerichtet seien. Dieser sollte deutscher Kaiser, König von Ungarn und Böhmen und Herr des übrigen österreichischen Erbes werden.

So schien also für Philipp keine Aussicht vorhanden, seinem Sohne in Deutschland eine Stellung zu verschaffen, wenn die Untrennbarkeit der Kaiserwürde von den Kronen von Ungarn und Böhmen ausgesprochen wurde. Allein nicht diese Untrennbarkeit war es, die seine Absichten durchkreuzte, sondern die Vorliebe, welche Maximilian für Ferdinand an den Tag legte.

---

*) Simancas $\frac{2498}{76}$, Spinola an Philipp III dd. Prag 4. Oct. 1612.

Denn Philipp hatte sich im Verlaufe der letzten Jahre von der eigenen Selbstsucht und einigen Höflingen überreden lassen, dass er von seiner Mutter Anna, einer Tochter Maximilians II, nach dem Erlöschen der männlichen Nachkommenschaft desselben, ein näheres Anrecht auf den Thron von Ungarn und Böhmen besitze, als die grazer Seitenlinie, von der Ferdinand abstammte. Nun erfuhr er, dass man in Prag von Ferdinands Ansprüchen auf Ungarn und Böhmen, wie von einem zweifellosen Rechte spreche. Spinola, der sich besser auf den Degen wie auf das Erbrecht der Habsburger verstand, fühlte sich in seinem Herrn verkürzt und meinte, man müsse um jeden Preis Ferdinand vom deutschen Throne fern halten, weil sonst für Philipp auch die Aussicht auf die Erbschaft seines Schwiegervaters schwinden würde. *)

Es ist hier am Platze, vor der Erzählung über den weiteren Verlauf der Ereignisse zu berichten, aus welchen Gründen Philipp seiner Mutter und sich einen Vorrang vor Ferdinand vindicirte. Er stützte sich zunächst auf die Urkunde, mittelst welcher seine Mutter allen ihren Erbrechten auf die Länder der deutschen Habsburger für sich und ihre Nachkommen entsagt hatte. Also gerade eine Urkunde, die ihn aller Ansprüche entkleiden sollte, führte Philipp zur Behauptung derselben an und eigenthümlich genug, nicht ganz mit Unrecht. Denn in dem betreffenden Actenstücke verzichtete Anna zu Gunsten ihrer Brüder und Oheime und deren legitimer Nachkommenschaft auf alle ihre Erbrechte, „*insoweit sie hiezu durch die Rechte und Privilegien der Königreiche* (Ungarn und Böhmen) *und der übrigen Provinzen verpflichtet sei.*“ **) Jedermann, der mit dem alten Staatsrechte Ungarns und Böhmens etwas vertraut ist,

---

*) Der habsburgische Stammbaum, soweit er zur Erklärung der spanischen Ansprüche dient, ist mit Hinweglassung der nicht in Betracht kommenden Personen folgender:

Ferdinand I † 1564
- Maximilian II † 1576
  - Rudolf II, † 1612
  - Mathias, † 1619
  - Maximilian, † 1618
  - Albrecht, † 1621
  - Anna, Gem. Philipp II
    - Philipp III
- Ferdinand von Tirol
  - Anna, Gem. Mathias
- Karl von Steiermark, Gem. Maria von Baiern
  - Ferdinand II, geb. 1578 † 1637
  - Leopold, † 1632
  - [illegible] †

**) Simancas 2865. Copie der Verzichtleistungsurkunde Annas.

weiss, dass in den genannten Ländern eine Prinzessin vor ihrer Verheiratung durch kein Gesetz zur Verzichtleistung auf ihre etwaigen Rechte gehalten war. Hatte also Anna nur in sofern Verzicht geleistet, als sie hiezu nach dem Staatsrechte von Ungarn und Böhmen verpflichtet war, so war ihre Verzichtleistung nicht bindend, weil keine derartige Verpflichtung bestand und Philipp III konnte mit Recht, trotz der Verzichtleistungsurkunde oder gerade auf Grundlage derselben, Erbansprüche erheben.

Gewiss konnte aber Philipp von der für ihn so glücklich stilisirten Urkunde erst dann einen entscheidenden Gebrauch machen, wenn erstens die Kronen von Ungarn und Böhmen erblich waren und wenn zweitens das betreffende Erbgesetz der directen weiblichen Linie einen Vorzug vor der männlichen Seitenlinie gab, wie das z. B. heute in England der Fall ist. Beides behauptete Philipp natürlicherweise, weil es ihm so passte und weil sein juristischer Rathgeber, der spanische Cardinal Gabriel von Trexo ihn darin bestärkte, während thatsächlich der eine Theil seiner Behauptung sich einigermassen schwer beweisen liess und der andere unbedingt falsch war. Denn bezüglich der ungarischen Krone war die Erblichkeit nicht ganz ausgemacht, und selbst auf das böhmische Erbrecht hatten die Vorgänge von 1608 einigen Schatten geworfen. *) In beiden Ländern aber hatte unter allen Umständen die männliche Nachkommenschaft ein unbestrittenes Vorrecht und schloss die weiblichen Ansprüche aus; nie war das Gegentheil behauptet worden.

Man kennt nun den ganzen Umfang der spanischen Ansprüche und ihre Begründung. Die Nachrichten Spinola's aus Prag änderten nichts an Philipps Beschlüssen, sondern beschleunigten höchstens seine Thätigkeit. Entschlossen den Erzherzog Albrecht vorläufig zu fördern und durch diesen den Infanten emporzubringen, schrieb er an ersteren nach Brüssel, forderte ihn zur Darlegung seiner etwaigen Wünsche auf und versprach ihm jegliche Unterstützung. **) Zu Philipps Unglück hatte Albrecht

*) Was vom ungarischen und böhmischen Erbrechte zu halten sei, wird umständlicher im Capitel III und IV erörtert werden.

**) Simancas 2326. Relation in der Successionsangelegenheit.

für eine so verlockende Sprache nur taube Ohren, er war zwar weniger für Ferdinand eingenommen, als sein Bruder Maximilian, hatte aber allen ehrgeizigen Bestrebungen noch gründlicher entsagt wie dieser, denn der dornenvolle Besitz von Belgien hatte ihm alle Lust zu einer Herrschaft benommen, die ihm keine friedlichen Aussichten eröffnete. Er dankte also seinem Schwager für die freundlichen Anerbietungen und bat ihn, anderswo ein Haupt für Deutschland zu suchen. Seine Gemahlin Isabella, mit ihrem Manne eines Sinnes, drückte sich noch derber aus, sie schrieb ihrem Bruder, dass sie nur mit Schrecken den Gedanken einer Erhebung auf den deutschen Thron fassen könne. *)

Da Albrecht nicht zu bewegen war, für Don Carlos die Wege su ebnen, Maximilian sie entschieden durchkreuzte und Mathias auch keine freundlichen Absichten merken liess, so musste sich Philipp fragen, ob er ohne Unterstützung der deutschen Habsburger auf irgend einen Erfolg rechnen könne. Die einfachste Ueberlegung musste ihm sagen, dass er wohl Ferdinand unendlich schaden, sich selbst aber kaum nützen würde und dass er also, wenn er etwas erreichen wollte, seinen Plänen bescheidenere Dimensionen geben müsse. Zuñiga hatte dem Könige seit jeher eine zurückhaltende Rolle empfohlen, dafür aber dessen Billigung nicht erlangen können. Als nun auch Spinola, abgekühlt durch einen längeren Aufenthalt in Deutschland, nach Spanien berichtete, dass an eine friedliche Durchführung der ursprünglichen Vergrösserungspläne nicht zu denken sei, entschloss sich Philipp zu einer Politik, die den Rathschlägen seiner Gesandten entsprach. Er beschloss, Ferdinands Erhebung nicht zu hindern, wenn dieser sich zu einer Entschädigung für das von Spanien vermeintlich gebrachte Opfer verstehen würde.

Diese Entschädigung sollte nach dem Wunsche Philipps in der Abtretung des Elsasses und Tirols bestehen, durch die er seinen Besitz arrondiren und besser verbinden wollte.

---

*) Simancas. Brief Albrechts und Isabella's an Philipp III in der citirten Relation.

Denn Tirol mit dem Elsass und der Franche Comté verbunden bildete eine natürliche Brücke von Mailand nach Belgien, das bei der Kinderlosigkeit des dortigen Herrscherpaares bald wieder an Spanien heimfallen musste. Und wenn er mit dem neuen Erwerb sowie mit Belgien die spanische Monarchie nicht belasten wollte, so stand es ihm frei, aus Tirol, dem Elsass, der Franche Comté und Belgien den Besitz einer Secundogenitur unter Don Carlos zu bilden. Er beschäftigte sich viel mit diesem Gedanken, doch hatte er noch keinen festen Entschluss gefasst, da er zuerst der verlangten Entschädigung gewiss sein musste. *) Zuñiga wurde instruirt, die Verhandlungen in diesem Sinne anzubahnen.

Erzherzog Ferdinand von Steiermark, der später unter dem Namen Kaiser Ferdinand II den wichtigsten Platz in der Geschichte von Oesterreich erlangte, hatte seit längerer Zeit, zu seiner nicht geringen Beunruhigung, von den spanischen Ansprüchen gehört. Schon im Jahre 1611 brachte er nämlich in Erfahrung, dass Philipp III Ansprüche auf Böhmen und Ungarn erhebe und die Vorgänge der jüngsten Zeit bewiesen ihm, dass der König dieselben allen Ernstes behaupten wolle. Ferdinand war in der unangenehmen Lage, sich vorläufig schweigend verhalten zu müssen, denn wenn er sein Recht laut vertheidigte, so verletzte er gröblich die Empfindlichkeit des jungen kaiserlichen Ehemannes, der sich der Hoffnung auf Nachkommenschaft noch nicht völlig entschlagen hatte. Auch wollte Ferdinand um jeden Preis mit Philipp auf einem guten Fusse bleiben, weil er fürchtete, den Stürmen, die seiner harrten, ohne spanische Hilfe nicht die Stirn bieten zu können. Er musste sich begnügen, dass Erzherzog Maximilian seine Interessen wahrnahm und mit diesem Vorkämpfer durfte er allerdings zufrieden sein.

Mit der Zeit wurde ihm jedoch seine Lage drückend und er beschloss aus der gezwungenen Zurückhaltung herauszutreten, um eine Verständigung mit Philipp III herbeizuführen. Hätte er gewusst, dass letzterer bereits seinen ursprünglichen Plan

---

*) Simancas, Relation in der Successionsangelegenheit.

aufgegeben habe und selbst mit ihm Verhandlungen beginnen wolle, so hätte er sich gehütet, dieselben zu beschleunigen, denn Forderung und Angebot mussten grösser werden, je nachdem man den anderen zur Eröffnung der Verhandlungen nöthigte und ihn dadurch als Bittsteller erscheinen liess. Ferdinand suchte nach einer möglichst natürlichen Gelegenheit zur Anbahnung der Verhandlungen und diese bot sich ihm im Jahre 1613 gleichsam von selbst. Im Juli dieses Jahres traf Mathias in Linz ein und hielt sich daselbst einige Tage auf, bevor er die Reise zum regensburger Reichstage antrat. Gleichzeitig mit ihm fanden sich in dieser Stadt Maximilian und Ferdinand ein, mit letzterem war auch dessen vertrauter Rathgeber, der Freiherr von Eggenberg, erschienen, dem die unwandelbare Gunst seines Herrn später zu riesigem Vermögen und fürstlichem Range emporhalf. Auch Zuñiga kam nach Linz. Anfangs hoffte Ferdinand, dass dieser durch eine Anspielung auf die brennende Tagesfrage ihm die Zunge lösen werde, allein da der Spanier hartnäckig schwieg, hielt der Erzherzog nicht länger an sich und knüpfte durch Eggenberg die Verhandlungen an. Ein Kloster in Linz wurde als passender Ort hiezu gewählt, um jede Auffälligkeit zu vermeiden.

Als Eggenberg mit Zuñiga zusammentraf, äusserte er im Namen Ferdinands seine Verwunderung über die Erbansprüche Philipps. Der Gesandte bestätigte dieselben und erklärte sie für besser begründet, als die des Erzherzogs. Auf diese Unterredung folgte eine zweite zwischen Zuñiga und Ferdinand selbst; unter wiederholten Versicherungen des tiefsten Respectes und unwandelbarer Liebe gegen Philipp betonte letzterer, dass sein Recht das unanfechtbare sei und brachte dabei zum Beweise die Urkunde vor, mittelst deren Anna, die Tochter Maximilians II, bei ihrer Verheiratung mit Philipp II auf alle Erbansprüche Verzicht geleistet hatte. Zuñiga, der von dieser Urkunde noch keine Kenntniss hatte, geriet in Verlegenheit und schien vorläufig besiegt. Als er sie aber später allein durchlas und fand, dass sie nur bedingungsweise ausgestellt sei, fühlte er sich noch sicherer als früher. Denn ohne ein Kenner des böhmischen und ungarischen Staatsrechtes zu sein, glaubte er mit Grund

bezweifeln zu müssen, dass bestimmte Gesetze auszuheiratenden Prinzessinnen derartige Verzichtleistungen anbefehlen, mindestens konnte er seinen Zweifel aufrecht halten, so lange ihm nicht das Gegentheil bewiesen war. Frischen Muthes ging er zu Eggenberg, machte ihn auf die wahrscheinliche Bedeutungslosigkeit der Verzichtleistung aufmerksam und feierte nun einen vollständigen Triumph, denn letzterer wusste nichts stichhaltiges zu entgegnen, wiewohl er sich standhaft gegen die gegnerische Auslegung verwahrte. *) Seine Unkenntniss der Geschichte von Ungarn und Böhmen verschaffte dem Spanier einen leichten Sieg.

Zuñiga ging indessen auf diesem Wege nicht weiter vor, sondern deutete endlich an, dass Philipp seine Rechte nicht auf das Aeusserste vertheidigen wolle, und dass sich ein Auskunftsmittel finden lassen werde, mit dessen Hilfe Ferdinands Wünsche befriedigt werden könnten. Damit war die Entschädigungsforderung deutlich genug ausgesprochen, ohne dass die Objecte derselben schon jetzt bezeichnet wurden. Zuñiga hätte gern die Verhandlungen vor Mathias geheim gehalten, weil er von ihm in der Entschädigungsfrage durchkreuzt zu werden fürchtete, allein da Ferdinand mit Recht vor dem Kaiser kein Geheimniss haben wollte, wurde Khlesl von dem Stande der Verhandlungen in Kenntniss gesetzt. Sie fanden ihren vorläufigen Abschluss zuletzt darin, dass Ferdinand sich im Einverständnisse mit Zuñiga zur Absendung eines eigenen Gesandten nach Spanien entschloss, um mit Philipp den Streit ins Reine zu bringen.

II

Die vorläufige Unterbrechung der Verhandlungen war auch dadurch veranlasst worden, dass der Kaiser zum Reichstage nach Regensburg abreisen musste. Der Hauptgrund, der ihn zur Be-

*) Simancas 2865. Zuñiga an Spinola dd. Linz 4. Juli 1613, ferner die schon mehrfach erwähnte Relation. Zuñiga an Philipp III dd. 6. Juli 1613. Simancas 2499.

rufung desselben veranlasst hatte, lag in dem Wunsche nach einer Geldhilfe, um die er die Reichsstände unter dem Vorwande von Rüstungen, die gegen die Türken nöthig seien, ersuchen wollte. Seine eigentliche Absicht ging jedoch nicht so sehr dahin, den äussern Feind zu bekämpfen, als vielmehr in den inneren Streitigkeiten seiner Erbländer den Ständen gegenüber eine starke und Achtung gebietende Stellung einzunehmen. Der regensburger Reichstag von 1613 ist der letzte, der in alter Weise zusammentrat. Der unvereinbare Gegensatz zwischen dem äusserlich zu Recht bestehenden Gesammtstaate mit monarchischer Spitze und dem Streben der Reichsstände nach voller Souverainität kam hier zum entscheidenden Ausbruch. Mathias ahnte wohl die Dinge, die da kommen würden, und deutete sie einige Monate vorher in einem wahren Trauerschreiben an den Kurfürsten von Sachsen an; *) allein er konnte ihnen nicht begegnen. In herkömmlicher Weise eröffnete er den Reichstag und legte ihm mehrere Propositionen vor, unter denen das Gesuch um eine Geldhilfe wegen des nach seiner Behauptung drohenden Türkenkrieges die wichtigste war.

13. Aug. 1613

Die katholischen und protestantischen Reichsstände waren nicht in Regensburg erschienen, um der Noth des Kaisers ein besonders aufmerksames Ohr zu leihen. Für beide war die in Deutschland noch immer unerledigte Religionsfrage der wichtigste Gegenstand ihrer Sorgen und Wünsche. Beide Parteien wollten dieselbe zum eigentlichen Gegenstande ihrer Verhandlungen machen und jede hatte sich deshalb, schon vor der Eröffnung des Reichstages, über ihr Verhalten geeint. Die Mitglieder der katholischen Liga waren im Februar in Frankfurt am Main zusammengekommen und hatten daselbst beschlossen, auf dem augsburger Religionsfrieden zu beharren und die seither eingetretenen Besitzänderungen als nicht zu Recht bestehende Gewaltthaten der Protestanten anzusehen. In Folge dessen wollten sie auch nicht dulden, dass jene, die sich der seit 1555 säcularisirten Güter bemächtigt hatten, zu deren Vertretung im

1613

*) Mathias an Kursachsen dd. 10. Febr. 1613 im böhm. Statthaltereiarchiv.

Reichstage zugelassen würden, denn dies bedrohte sie mit der Gefahr, dass die Majorität des Fürstenrathes, die noch immer katholisch war, in protestantische Hände gerathe. Dagegen hatten sich die Mitglieder der Union auf dem Tage zu Rothenburg dahin geeint, nicht etwa bloss die Erweiterung des Religionsfriedens auf die Anhänger des kalvinischen Glaubensbekenntnisses und die Anerkennung der seit 1555 vielfach zu Gunsten der Protestanten geänderten Besitzverhältnisse zu verlangen, sondern dem Reichstage jede Befugniss zur Entscheidung von Glaubenssachen abzusprechen. Obwohl die religiösen Angelegenheiten in Deutschland sehr stark in materiellen Beziehungen standen, bezüglich deren dem Reiche nicht von vornherein jede Einflussnahme bestritten werden konnte, so hätte dieser Beschluss der Union für sich nicht hingereicht, das deutsche Staatsgebäude über den Haufen zu werfen, wenn dieselbe in ihrer separatistischen Richtung nicht noch weiter gegangen wäre. Denn was sie ausserdem der Entscheidung des Reichstages entzogen wissen wollte, war überhaupt alles, was zu den fundamentalen Befugnissen aller Reichstage und Parlamente gehört. So wollte die Union in Steuersachen keinen Majoritätsbeschluss gelten lassen, weil „keiner dem andern vorschreiben könne, Geld auszugeben,“ und ebensowenig wollte sie einen Majoritätsbeschluss in jenen Sachen für bindend ansehen, die des gemeinsamen Vaterlandes Wohlstand, Heil und Ruhe angingen. Es bedarf keiner vollständigen Aufzählung der übrigen von der Union noch angeführten Punkte, denn der letzte war weit genug, um alles Beliebige in sich aufzunehmen und der scheinbaren Einheit des deutschen Staatswesens auch äusserlich ein Ende zu machen. Mit diesen Absichten und Gesinnungen fanden sich die Katholiken und Protestanten in Regensburg ein. Der unausgleichbare Widerspruch in der Politik beider Parteien ergab sich gleich im Beginne der Verhandlungen und liess der Hoffnung keinen Raum, dass irgend ein gemeinschaftlicher Beschluss gefasst werden könnte.

Die Katholiken, die sonst auch nicht für eine kräftige Entwicklung des deutschen Staatswesens geschwärmt hatten, traten diesmal als Vertheidiger desselben auf. Sie säumten nicht,

den Kaiser auf die Bedeutung der protestantischen Opposition aufmerksam zu machen, und forderten ihn auf, nicht zu dulden, dass „wegen einiger Particularstände die Reichsjustiz gestört werde.“ In diese einfachen Worte war nichts geringeres als die Mahnung gekleidet, der Kaiser solle die Widerspänstigen mit Gewalt zur Nachgiebigkeit zwingen, damit die Verfassung des Reiches nicht in Frage gestellt werde. Um ihn bei gutem Willen zu erhalten, lehnten die Katholiken auch seine Bitte um eine Geldhilfe nicht ab, sondern bewilligten ihm 30 Römermonate, zahlbar innerhalb zweier Jahre. An dieser Geldbewilligung betheiligten sich auch einige protestantischen Stände, wogegen die Correspondirenden, d. i. die Union und ihre Anhänger ohne Unterlass gegen dieselbe protestirten. Vergebens bemühte sich der Kaiser die Gegner dadurch zum Versprechen der Zahlung zu bewegen, dass er den Reichstag vertagen und einen eigenen Compositionstag zu berufen versprach, an dem namentlich die religiösen Beschwerden der Correspondirenden untersucht und wo möglich beseitigt werden sollten. Die letzteren, die am besten wussten, wie wenig der Kaiser mit Benachtheiligung der katholischen Stände ernstlich an eine Befriedigung ihrer Wünsche gehen könne und wolle, liessen sich durch keine Versprechungen gewinnen, sondern beharrten bei ihrem Proteste gegen jede Betheiligung an der Türkensteuer. Der Kaiser sah sich endlich genöthigt den Reichstag zu schliessen, ohne die Protestirenden zur Nachgiebigkeit gebracht zu haben. Er sah sich so in der Hoffnung auf eine Unterstützung vom Reiche bitter getäuscht, denn abgesehen davon, dass die Correspondirenden die von der Reichstagsmajorität bewilligten 30 Römermonate nicht bezahlten, war diese selbst in der Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeit so säumig, dass der Kaiser unseres Wissens gar nichts oder eine kaum nennenswerthe Summe erhielt. *)

So kriegslustig sich auch die Katholiken in Regensburg geberdeten, thatsächlich waren sie diejenigen, die von der meisten Furcht erfüllt waren und einen Angriff von Seite der Protestanten besorgten. Sie dachten deshalb nur mit Bangen an den

---

*) Näheres bei Menzel und Häberlin-Senkenberg.

Augenblick eines neuen Thronwechsels in Deutschland. Die Bischöfe und insbesondere die geistlichen Kurfürsten fürchteten, dass die Protestanten trachten würden, Jemanden aus ihrer Mitte zu erheben und dass es dann um den geistlichen Besitz geschehen sein dürfte. In den vertraulichen Unterredungen der Katholiken war sonach von keinem Kriege die Rede, sondern nur von den Mitteln, ihrer Partei den Kaiserthron zu sichern. Die wenigen Lebenstage, die nach ihrer furchtsamen Berechnung dem Kaiser noch zugemessen waren, sollte dieser zur Festsetzung der deutschen Nachfolge benützen. Die geistlichen Kurfürsten baten ihn „inständig" darum, und auch der päpstliche Nuncius schloss sich in Regensburg ihrer Bitte an. *) Als die Personen ihres Vertrauens bezeichneten die Kurfürsten die Erzherzoge Albrecht und Ferdinand, obwohl sie sich nicht verhehlten, dass deren Erhebung mit grossen Schwierigkeiten verbunden sein würde, da man den einen in Deutschland als Spanier bezeichne, den andern, wegen seines dem Theatinerorden angehörigen Beichtvaters, einen Theatinermönch nenne und beide gleichmässig verabscheue. Der Kurfürst von Köln unterschied sich in der Empfehlung beider Candidaten von seinen Collegen nur dadurch, dass er sich besonders für Ferdinand erklärte, wobei er von dem Nuncius nicht wenig unterstützt wurde. Erzherzog Maximilian, der sich ebenfalls in Regensburg eingefunden hatte, feuerte diesen Eifer an und die Kurfürsten waren schliesslich geneigt, sich schon jetzt über eine bestimmte Person zu einigen, die nach der Sachlage nur Ferdinand gewesen wäre. Dass dies nicht geschah, daran war allein Zuñiga Schuld. Auch er war dem Kaiser nach Regensburg gefolgt und hatte hier das seinige gethan, um die Kurfürsten für eine frühzeitige Bestimmung der Nachfolge zu gewinnen. Seine Absicht war es jedoch keineswegs, dass die Personenfrage früher entschieden werde, als vor Beendigung der zwischen Ferdinand und Philipp schwebenden Verhandlungen über die zu leistende Entschädigung. Denn er fürchtete, dass durch die Erhebung des ersteren die Verhandlungen ganz und gar ins Stocken gerathen, wo nicht gar abge-

*) Simancas, Relation Zuñiga's dd. 14 Aug. 1613.

bewirken würden und deshalb bemühte er sich, die Kurfürsten dahin zu bringen, die Feststellung des Throncandidaten vorläufig zu vertagen. Die Kurfürsten schenkten seinen Einflüsterungen Gehör und trieben die Rücksicht auf Spanien so weit, dass sie den König baten, er möchte ihnen seine Meinung bezüglich der deutschen Nachfolge kundthun. Damit hatten die Verhandlungen über die Succession auf dem Reichstage ihr Ende erreicht.

Als der König von Spanien von den Vorgängen in Regensburg Kunde erhielt, war er mit dem Benehmen seines Gesandten zufrieden. Er gab ihm die Erlaubniss, energisch für Ferdinands Erhebung zu wirken, sobald die Entschädigungsfrage geordnet sei; ziehe sich die letztere zu lange hin, so solle er für Albrecht und selbst für Maximilian eintreten, denn die Unterstützung Ferdinands ohne eine Entschädigung vertrage sich nicht mit dem spanischen Interesse. Zuñiga deutete diesem Auftrage gemäss den deutschen Habsburgern jetzt klar die Entschädigungsansprüche Philipps III an, er verlangte für denselben Tirol und Vorderösterreich, damit daraus im Verein mit Belgien eine spanische Secundogenitur begründet würde. Er bemerkte zur Unterstützung dieser Forderung, dass seinem Herrn allzuviel Uneigennützigkeit zugemuthet würde, wenn man von ihm nicht bloss die Verzichtleistung auf Ungarn und Böhmen verlange, sondern auch die künftige Vertheidigung dieser Länder gegen die Ketzer, die sicherlich nicht gutwillig Ferdinands Herrschaft tragen würden. Eggenberg fühlte das Gewicht dieser letzten Bemerkung nur zu sehr, doch erklärte er sich nicht für besiegt und suchte sowohl bei dieser wie bei den späteren Unterredungen mit Zuñiga, denselben für eine bedingungslose Verzichtleistung zu gewinnen. *) Der Gesandte, der hierüber nach Spanien berichtete, bekam die wiederholte Weisung, die zu hoch gespannten Ansprüche auf die spanische Uneigennützigkeit abzulehnen und mit Beiseitesetzung Ferdinands für Maximilians Erhebung zu wirken. Zuñiga sah wohl ein, dass die genaue Befolgung dieses Befehls unmöglich sei, da man doch nicht

*) Simancas. Brief Zuñiga's dd. 12. December 1613, 6. und 21. Januar und 10. Feb. 1614.

Maximilian gegen seinen Willen zum Kaiser machen konnte, und liess sich desto mehr angelegen sein, mit Ferdinand ins Reine zu kommen. Ungewiss über die eigentliche Quelle der Schwierigkeit, wandte er sich an Mathias und bat ihn, er möchte doch, da die Verzögerung so viele Gefahren im Gefolge habe, den Ausgleich zwischen Philipp und Ferdinand fördern und letzteren zu einem Opfer vermögen. Mathias sagte seinen Beistand zu, that aber nichts.

In diesem Stadium der Verhandlungen trat endlich Ferdinand mit einem Entschädigungsantrag hervor, den er vor dem Kaiser geheim hielt und durch seinen Beichtvater, den bereits erwähnten Theatinermönch, dem Gesandten mittheilen liess. Er war erbötig, die sämmtlichen ihm gehörigen Seehäfen im adriatischen Meere an Spanien abzutreten, ein Vorschlag, der von einer merkwürdigen Blindheit für die Wichtigkeit der Seegrenze zeugte. Zuñiga fand das Anerbieten zu gering und verlangte zu den Seehäfen das Hinterland, also Kärnthen, Krain, Görz und Ferdinands Antheil an Friaul. Vielleicht würde sich der Erzherzog selbst zu diesem Opfer entschlossen haben, wenn man in Spanien die angebotene Küste, als zu fern gelegen, nicht abgelehnt hätte. Spinola war es, der die Verwerfung dieses Vorschlags anriet und Philipp pflichtete ihm bei. Zuñiga wurde beauftragt, die Entschädigung jenseits der Alpen zu suchen, den Elsass zu verlangen und ausserdem so viel, als er erreichen könne, und für den Fall eines befriedigenden Uebereinkommens Ferdinands Candidatur zu unterstützen. *)

Mehrere Monate lang hatten die geistlichen Kurfürsten vergebens geharrt, dass ihnen auf ihre in Regensburg gestellte Bitte wegen der Succession eine definitive Antwort zu Theil werde. In der Zwischenzeit änderte sich einigermassen ihre Ansicht über diesen Gegenstand; von der in Deutschland geläufigen Meinung ausgehend, dass die deutsche Krone mit der böhmischen eng verbunden sei, stellten sie jetzt die Bitte an den Kaiser, er möchte doch zuerst die Succession in Böhmen festsetzen. Damit schufen sie aber eine Schwierigkeit, welche

---

*) Simancas. Spinola's Schreiben. Philipps Auftrag.

die ganze Angelegenheit ins Stocken brachte. Sie bedachten nicht, dass Mathias leichter seine Zustimmung zur unverweilten Festsetzung der deutschen Nachfolge geben könne, als zur Wahl eines böhmischen Königs; denn so lange er noch einige Hoffnung auf eine eigene Nachkommenschaft bewahrte, konnte er doch den eigenen Sohn nicht seines Erbrechtes berauben. Dazu kamen noch besondere Schwierigkeiten von Seite der böhmischen Stände. Im Jahre 1611 hatten sie Mathias das Versprechen abgenöthigt, dass bei Lebzeiten eines Königs nie dessen Nachfolger gewählt werden solle. Wenn er sich überhaupt von diesem Versprechen losmachen konnte, so war dies nur durch Verhandlungen möglich, die nicht alsogleich, sondern erst bei einem Landtage beginnen konnten, vor der Berufung eines solchen scheute sich aber Mathias aus mancherlei wichtigen Gründen.

Durch die Vorschiebung der böhmischen Nachfolge wurde also von den Kurfürsten selbst der Grund zu einer unberechenbaren Verzögerung gelegt und das um so mehr, als ihre Meinung bei Philipp III Billigung fand. Die spanischen Diplomaten in Deutschland, Zuñiga und Spinola, von dem kurfürstlichen Rathschlage in Kenntniss gesetzt, trennten sich in seiner Beurtheilung. Der erstere hielt die Schwierigkeiten in Böhmen für so gross, dass er den Kaiser zu ihrer Beseitigung für unfähig hielt und obwohl er die Gefahr wohl einsah, die dessen Tod für die habsburgischen Erbansprüche herbeiführen konnte, riet er doch seinem Herrn, nicht auf die unmittelbare Besetzung des böhmischen Thrones zu dringen, sondern des Mathias Tod abzuwarten und dann Ferdinand mit aller Macht zu unterstützen. *) Spinola verwarf diese zögernde Haltung: gerade die Schwierigkeiten waren für ihn ein Grund auf den Rath der Kurfürsten einzugehen, er sah voraus, dass die Ungarn und Böhmen nach dem Tode des gegenwärtigen Herrschers einen fremden Prinzen auf ihren Thron berufen würden und wollte dieser unvermeidlichen Gefahr durch die frühzeitige Bestimmung der Nachfolge begegnen. Keine Schwierigkeit und kein Opfer dürfe man scheuen, so schrieb er an Philipp, um das Wahlgeschäft in

*) Simancas. Zuñiga an Spinola dd. 3. April 1614.

Böhmen in Gang zu bringen und wenn nichts anderes helfen würde, zur Bestechung der Stände schreiten. Der König stimmte dem Rathe seines vorsichtig gewordenen Generals auf das entschiedenste bei. So trat die böhmische Successionsfrage in den Vordergrund. *)

Alle Beschlüsse Philipps, den Erzherzog Ferdinand in Böhmen oder in Deutschland zu unterstützen, setzten allemal die Ordnung der Entschädigungsfrage voraus. Da er nach seinen letzten in dieser Beziehung ergangenen Weisungen lange nichts von einem befriedigenden Resultate hörte und bei den damaligen Verkehrsverhältnissen nicht hören konnte, erfasste ihn die Ungeduld in einem so bedeutenden Grade, dass er die Verhandlungen ganz abbrechen und doch noch den Versuch wagen wollte, ob er die Erbansprüche seiner Mutter nicht vollends geltend machen könnte. Zuñiga's Erstaunen war nicht gering, als seine Weisungen diesen Wünschen entsprechend geändert wurden. Er erhielt dieselben in Linz gerade zur Zeit, als Mathias die Stände seiner sämmtlichen Länder zu einem Generalconvent, dessen noch näher erwähnt werden wird, berief. Als gehorsamer Diener kam er den geänderten Befehlen nach, wie er nicht anders konnte, und bereitete damit den Erzherzogen Ferdinand und Maximilian, die gleichfalls in Linz anwesend waren, eine ebenso grosse, als unangenehme Ueberraschung. Da die geänderten Weisungen seiner eigenen Ueberzeugung nicht entsprachen, unterliess er es nicht, seinen Herrn mit einem gewissenhaften Freimuth auf das Undurchführbare seiner Wünsche aufmerksam zu machen. Den Ketzern, die, so schrieb er nach Hause, leider in Deutschland zahlreich seien, gefalle die Inquisition zu wenig und was die Katholiken beträffe, so seien sie von „den ausgezeichneten Tugenden“ Ferdinands geradezu bezaubert. — Erzherzog Maximilian wurde ganz wild und heftig, als er von den neuen Ansprüchen Philipps hörte und bemerkte, wenn er selbst zu Gunsten Ferdinands entsage, so könne dies jeder andere Prinz des Hauses auch

Juli 1614

*) Simancas 2865. Spinola an Zuñiga dd. 26. April 1614. Dann ebend. Relation in der Successionsangelegenheit.

thun. Ohne erst von seinem Herrn eine Zustimmung zu erwarten, liess sich Zuñiga nach diesem Intermezzo in die Wiederaufnahme der Entschädigungsverhandlungen ein. An den betreffenden Conferenzen betheiligten sich diesmal sowohl die Erzherzoge, als auch Khlesl. Zuñiga legte in denselben zur Begründung der Rechtsansprüche seines Herrn das Gutachten des Cardinals Gabriel von Trexo vor, der aus dem Wortlaute der Verzichtleistungsurkunde Anna's die Rechte Philipps ableitete. Auf gegnerischer Seite musste man zugeben, dass die Verzichtleistung, auf die man früher nicht wenig gepocht hatte, nichts weniger als ungünstig für Philipp laute. Man hatte indessen neue Gründe für das Vorrecht Ferdinands ausfindig gemacht. Zunächst wies man auf das Testament Ferdinands I hin, dann auf eine Urkunde, in der Karl V seinem Bruder die Investitur mit der Krone von Böhmen ertheilte; in beiden Schriftstücken war ausdrücklich der männlichen Nachkommenschaft Ferdinands I der Vorzug vor der weiblichen gegeben und letztere erst nach dem Erlöschen der ersteren zur Erbschaft berufen. Dann würde auf den Vertrag gewiesen, den Rudolf II nach dem Tode seines Vaters mit seinen Brüdern geschlossen hatte und in dem bestimmt wurde, dass Erzherzog Ernst (Rudolfs ältester frühverstorbener Bruder) auf die Regierung von Böhmen und Ungarn vor den etwaigen Töchtern Rudolfs den ersten Anspruch haben solle. Wiewohl dieser letztere Vertrag den etwaigen Rechten Anna's nicht präjudiciren konnte, so hatte er doch insofern ein Gewicht, als auch er zum Beweise dienen konnte, dass die alleinige Zulassung der männlichen Succession in Ungarn und Böhmen eine, im habsburgischen Hause selbst, stets geübte und lange vor den jetzigen Wirren sanctionirte Rechtsgewohnheit war.

Auf alle diese Gründe blieb Zuñiga, der sich in dem Reichshofrath Strahlendorf einen Rathgeber gesucht hatte, die Antwort nicht schuldig. Da er indessen nicht mehr das ganze Erbe, sondern nur eine Entschädigung in Anspruch nehmen wollte, so lenkte er die Verhandlungen auf diesen Punkt. Khlesl schloss sich den spanischen Ansprüchen an und verlangte im Namen Zuñiga's für Philipp III den Elsass und Tirol. Auf diese Weise wurde die Forderung Spaniens ganz präcis hin-

gestellt. Wie schon die erste Andeutung derselben von den Betheiligten ungünstig aufgenommen worden war, so auch jetzt. Ferdinand lehnte mit aller Entschiedenheit die Gewährung dieser Forderung ab und fand an Maximilian selbstverständlich die eifrigste Unterstützung. Beide betonten, dass, da ihr Recht ein besseres sei, keine Entschädigung für die Abtretung eines schlechteren geleistet werden könne. Die Gründe für und gegen das Recht des einen und anderen wurden darauf nochmals erörtert, während gleichzeitig von Ferdinands Seite auf die grossen Gefahren, welche die verlangte Gebietsabtretung für die deutschen Habsburger im Gefolge haben würde, immer und immer wieder hingewiesen wurde. Als Zuñiga zuletzt die Gegenpartei selbst zu einem Vorschlage aufforderte, ergriff Ferdinand das Wort und sagte: Wiewohl seine Nachkommenschaft sowohl männlicher als weiblicher Linie ein besseres Recht auf die Herrschaft in den Königreichen besitze, so wolle er doch aus Liebe und um des Wunsches willen, dem Könige von Spanien zu Diensten zu sein, der männlichen Nachkommenschaft desselben vor der eigenen weiblichen Linie den Vorzug einräumen. Da Ferdinand um diese Zeit bereits Vater dreier Söhne war und die Zahl derselben bei seiner verhältnissmässigen Jugend sich noch leicht vermehren konnte, so schob dies Angebot die allfällige Befriedigung der spanischen Ansprüche in eine ganz ungewisse Zukunft hinaus, abgesehen davon, dass Spanien dann noch mit den Ansprüchen von Ferdinands Brüdern zu rechten hatte. Zuñiga sprach sich in diesem Sinne aus und verlangte, dass Ferdinand sein Angebot mit einer reellen Zugabe vermehre, aber Ferdinand und Maximilian blieben hartnäckig bei der früheren Weigerung, Zuñiga brach zuletzt die Conferenz ab, um nach Hause zu berichten.

Bevor er dies that, lud ihn Ferdinand zu einer vertraulichen Unterredung ein. Ohne in derselben sein früheres Anerbieten zu erweitern, versicherte der Erzherzog doch hoch und theuer, dass ihm nichts mehr am Herzen liege, als sich dem Könige dankbar zu erweisen. Indem er so die Aussicht auf irgend eine andere Entschädigung oder auf irgend welche wichtigen Dienstleistungen eröffnete, bat er den Gesandten auf das

inständigste, derselbe möge doch den Abschluss des Vergleiches beschleunigen, weil die Gefahr mit der Verschleppung des Successionsgeschäftes zunehme. *) Gleichzeitig richtete er ein eigenes Schreiben an Philipp, erörterte umständlich die Gründe, die ihm eine weitere Nachgiebigkeit unmöglich machten und betonte namentlich, dass eine Abtretung des Elsasses deshalb nicht thunlich sei, weil sich die Elsässer selbst der Einverleibung in die spanische Monarchie am meisten widersetzen würden. Auch Mathias und Maximilian baten in besonderen Schreiben um die Beschleunigung des Ausgleiches. **)

Eine solche unnachgiebige Haltung der deutschen Habsburger gegen die spanischen Wünsche wurde von einigen Personen in Philipps Umgebung kaum für etwas anderes als für Anmassung angesehen. Bevor sich der König zu einem weiteren Schritte entschloss, übergab er die Streitfrage zur nochmaligen Untersuchung einem seiner bevorzugten Rathgeber, dem Don Rodrigo Calderon. Sonst war mit derartigen wichtigen Geschäften der erste Minister, der Herzog von Lerma betraut, allein dieser erfreute sich jetzt nur noch des Titels, an seine Stelle im königlichen Vertrauen und in der königlichen Gunst war allmälig sein Sohn, der Herzog von Uçeda getreten und mit ihm auch der genannte Calderon. Der letztere stand ursprünglich im Dienste des Herzogs von Lerma als dessen Secretär, gelangte aber durch die Gunst dieses Herrn zu hohen Würden und Ehren, bis er selbst des Königs Günstling wurde und als solcher mit dem Titel eines Marques von Siete Iglesias eine der ersten Stellen im Staatsrathe erlangte und daher mit einer so wichtigen Angelegenheit betraut wurde. Calderon, der die von Ferdinand neuerdings zur Unterstützung seiner Ansprüche beigebrachten Urkunden dem Cardinal Trexo zur Begutachtung übergeben hatte, eignete sich den absprechenden Ton der von letzterem abgegebenen Meinung dahin an, dass er die Rechte seines Herrn auf das ganze strittige Erbe für unantastbar erklärte und ihn in dem Begehren nach einer reellen Entschä-

29. Oct. 1614

*) Simancas. Zuñiga an Philipp III dd. 3. Aug. 1614.

**) Simancas. Relation in der Successionsangelegenheit.

digung ermunterte. Tirol und der Elsass sollten nach wie vor gefordert und höchstens in Bezug auf ersteres nachgegeben werden. Die Besorgnisse über die Folgen, welche die Abtretung des Elsasses haben könnte und denen Ferdinand so deutlich Ausdruck geliehen hatte, behandelte der Marques in wegwerfender Weise. „Die eigenthümlichen Gesetze und Gewohnheiten des Elsasses können, meinte er, durchaus keinen Grund abgeben, weshalb dieses Gebiet der spanischen Monarchie nicht einverleibt werden dürfte, man kann ja den Elsass nach seinen Gesetzen regieren. Oder geschieht solches nicht in Aragonien, Portugal, Sicilien, Neapel, den Niederlanden und anderen Staaten Euer Majestät, deren Freiheiten und Gesetze von Euer Majestät beschworen und gehalten werden? Warum sollte dies nicht auch im Elsass der Fall sein, dessen Einwohnern das Glück zu Theil würde, fortan einem weit mächtigeren Monarchen anzugehören?“ *) Allerdings, wenn die Elsässer an die Niederlande dachten und wenn sie sich einiger für die Aragonesen so glücklich beendeten Streitigkeiten unter Philipp II erinnerten, musste ihnen vor Lust nach der spanischen Herrschaft der Mund wässrig werden.

Glücklicherweise begnügte sich der König nicht mit Calderons Rathschlägen, sondern übergab sie dem Staatsrathe zur Prüfung. Die Aeusserungen desselben klangen ziemlich verschieden von denen des Günstlings; der Staatsrath wies darauf hin, dass gegen den Willen der deutschen Prinzen des Hauses die Erwerbung des Elsasses nicht möglich sei, ausser wenn man einen Krieg begänne, dessen Resultate gewiss dem Könige nicht zu Statten kämen. Jeder andere als der friedliche Ausgleich sei unbedingt auszuschliessen. Könne der König durch weitere Verhandlungen eine Entschädigung erlangen, so sei dies anzustreben, wenn nicht, so müsse er sich zufrieden geben, um so mehr als die Uneigennützigkeit des Erzherzogs Maximilian auf den König einen moralischen Druck ausübe. Es sei übrigens zu bedenken, dass es der Erzherzog Ferdinand sei, zu dessen Gun-

24. Jan. 1615

*) Simancas. Votum des Marques von Siete Iglesia dd. Lerma den 29. Oct. 1614.

sten der König auf seine Rechte verzichte. Abgesehen davon, dass man auf seine Thatkraft die grössten Hoffnungen in diesen gefahrvollen Zeiten setzen könne, sei von seiner Dankbarkeit das Beste zu erwarten. Indem der Staatsrath dem Könige auf diese Weise eine bedingungslose Verzichtleistung empfahl, wollte er ihm nicht verwehren, die Umstände zu benützen, falls er doch eine Entschädigung erlangen könnte. Zur Beschleunigung der ganzen Angelegenheit sollte der König einen eigenen Gesandten nach Deutschland abschicken, der dieselbe neben Zuñiga definitiv ordnen sollte. *) Philipp III eignete sich die Meinung des Staatsrathes an und beseitigte so das Hinderniss des Ausgleiches.

Während man im spanischen Cabinete in etwas lässiger Weise die Absendung eines ausserordentlichen Gesandten betrieb, vergingen darüber die Wintermonate und als das Frühjahr 1615 herannahte, trat ein Ereigniss ein, welches die Absendung eines Gesandten für immer unnöthig zu machen schien; von Prag verbreitete sich nämlich die Nachricht von der Schwangerschaft der Kaiserin.

Es ist im Eingange unserer Erzählung angedeutet worden, welche geringen Hoffnungen im allgemeinen an die Ehe des Kaisers geknüpft wurden; die fast unmittelbar nach deren Abschluss mit so stetem Eifer betriebenen Verhandlungen wegen der Bestimmung der Nachfolge zeigten dies auf eine handgreifliche Weise. Da mit einemmale verbreitete sich zu Anfang des Jahres 1615 das Gerücht, die Kaiserin befinde sich in gesegneten Umständen. Es war dies ein Ereigniss von grosser Tragweite, das zunächst allen Successionsverhandlungen Einhalt thun musste. Erzherzog Maximilian, der seine Wirksamkeit zu Gunsten Ferdinands auf die erste Nachricht hin nicht gleich einstellte, sondern einige diesen Gegenstand betreffende Verhandlungen mit den geistlichen Kurfürsten weiterführte, wurde vom Kaiser gemahnt, inne zu halten, da er bei der Aussicht „auf einen Erben, die ihm seine Gemahlin gebe, der Sache tiefer nachsinnen müsse, damit nicht die Krone von seines Va-

*) Simancas. Votum des Staatsrathes in der Successionsangelegenheit dd. 24. Januar 1615.

ters Linie wegkomme.“ *) Niemand konnte es in der That dem Kaiser verübeln, wenn er Anstand nahm, die Zukunft des erwarteten Erben zu beeinträchtigen. Wie schwere Sorge auch seine Brüder und die Freunde seines Hauses bei dem Gedanken überkommen mochte, dass die drohenden Gefahren von einem Kinde statt von einem Manne wie Ferdinand bekämpft werden sollten, so konnte dies Mathias nicht weiter kümmern. Sein eigener Sohn stand ihm näher, als alle Hoffnungen und Befürchtungen seiner Brüder, Vetter und Freunde.

In die Successionsverhandlungen kam somit ein plötzlicher Stillstand, dagegen war die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Schwangerschaft der Kaiserin gerichtet. Um ihr die nöthige Pflege angedeihen zu lassen, wurde beschlossen, die Mutter der Kaiserin zur Reise nach Prag zu vermögen, woselbst das Wochenbett abgehalten werden sollte. Da sie seit ihrer Wittwenschaft als Nonne in dem von ihr in Innsbruck begründeten Servitenkloster lebte, bedurfte es päpstlicher Erlaubniss zum Besuche ihrer Tochter. Die Erlaubniss wurde natürlich ertheilt, und die fürstliche Nonne traf gegen Ende Juni in Prag ein. **) Man erwartete die Entbindung gegen Ende Juli oder Anfang August und es gehörte bereits bei öffentlichen Anlässen zur Höflichkeit, von dem zu erwartenden Erben zu sprechen und über die Möglichkeit der Geburt einer Prinzessin stillschweigend hinwegzugehen. Auch eine türkische Botschaft, die sich um diese Zeit an dem kaiserlichen Hofe eingefunden hatte, schied mit Glückwünschen für den ersehnten Prinzen. ***) Die böhmischen Stände hatten dem Kaiser gleich bei seiner Verheiratung eine kostbare Wiege verehrt, noch hatte diese keine Verwendung gefunden, als von dem Grossherzoge von Toskana ein gleiches Geschenk anlangte, das in seiner äusseren Ausstattung überaus prachtvoll war. †) Schon wurde der 15. August als der Termin für die Geburt angesagt und da die 1615

*) Hurter: Ferdinand II, Bd. III S. 30.

**) Simancas. Zuñiga an Philipp dd. 26. Juni 1615 Prag.

***) Wiener Staatsarchiv, Miscell. 491. Aus Prag dd. 21. Sept. 1615.

†) Skala I und II.

Kaiserin an diesem Tage die Kirche wegen Unwohlsein etwas früher verlassen musste, glaubte man den entscheidenden Moment herangekommen. Allein es verging dieser und die folgenden Tage, ohne dass das erwartete Ereigniss eingetreten wäre, bis sich allmälig die Kunde verbreitete, dass alle Hoffnungen vereitelt seien. Die Nachrichten, die sich über diesen Gegenstand erhalten haben, machen es wahrscheinlich, dass die Kaiserin einen krankhaften Zustand für einen hoffnungsvollen gehalten habe, wenigstens enthalten die Quellen keine Andeutung von einer Fehlgeburt. *)

III

Die vermuthete und schliesslich als eitel sich erweisende Schwangerschaft der Kaiserin brachte in den Parteiverhältnissen am Hofe einen bedeutenden Umschwung hervor. Erzherzog Maximilian hatte sein Missfallen über die allfällige Geburt eines Erben in einer fast an Unanständigkeit streifenden Weise an den Tag gelegt und äusserte ohne Scheu seine Befriedigung, als seine Befürchtungen sich nicht erfüllten. Jene Warnung des Kaisers, in den Verhandlungen mit den geistlichen Kurfürsten inne zu halten, hatte er in den Wind geschlagen, ja er hatte den Bruder geradezu um seine Unterstützung für Ferdinands Erhebung auf den deutschen Thron ersucht, damit dieser dem etwaigen Erben eine kräftige Stütze und ein rechter Vormund sein könne. **) Auch alle hervorragenden Katholiken in und ausserhalb des habsburgischen Besitzes hatten unverholen die Geburt eines kaiserlichen Erben als ein Unglück angesehen und lebten vor Freude auf, als sie die Gefahr einer Regentschaft beseitigt sahen. Nur Khlesl mit seinem nächsten Anhange hatte eine ganz andere Stellung eingenommen. Mit einer Lebhaftigkeit, der man die freudige Genugthuung an-

*) Skala (2, 18) erzählt, die Kaiserin habe eine Mola gehabt.

**) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Memoriale Stredele's des Secretärs Maximilians für Khlesl dd. 18. Mai 1615.

merken konnte, sprach er wiederholt von dem zu erwartenden Erben und zeigte sich von den Hoffnungen seines Herrn persönlich beglückt. Es war dies keine blosse Theilnahme an dem Familienglücke des Kaisers, dem er seine glänzende Stellung zu danken hatte, sondern Freude über die Folgen, welche die Geburt eines Prinzen für ihn selbst haben mussten. Denn was andere scheuten und befürchteten, eine Regentschaft, war seine Hoffnung und was andere herbeiwünschten, die Regierung Ferdinands, war der Gegenstand seiner Abneigung.

In Khlesl hatte sich nämlich in Bezug auf die Successionsfrage eine eigenthümliche Wandlung vollzogen. Als Mathias die Kaiserkrone erlangt hatte, schien er mit allen jenen eines Sinnes zu sein, welche die Nachfolge geordnet wissen wollten; es liegt kein Grund vor, ihn der Unaufrichtigkeit zu zeihen und seine in diesem Sinne gemachten Aeusserungen für erheuchelt zu halten. Wenn trotzdem weder im Jahre 1613 noch 1614 die Successionsfrage erledigt wurde, so lag die Schuld nicht an ihm, sondern an den spanischen Ansprüchen, die immer noch nicht ausgeglichen waren. Thatsache ist aber auch, dass er nichts zu ihrer rascheren Erledigung beigetragen hatte, dass er überhaupt in den genannten Jahren gar keine Vorbereitungen getroffen hatte, um, wenn die Vorfrage erledigt war, mit der Uebertragung der einen oder der anderen Krone an Ferdinand den Anfang zu machen. Seine gleichgiltige Lässigkeit blieb nicht unbemerkt und fand an Erzherzog Maximilian einen herben Tadler. Je mehr dieser Prinz sich in Uneigennützigkeit und Anstrengungen für Ferdinand überbot, desto mehr verlangte er eine gleiche Hingebung von jenen, die dazu verpflichtet waren. Hinter der Unthätigkeit Khlesls vermuthete er heimtückische Nichtswürdigkeit, und er begann fortan den Bischof als einen Feind seiner, auf das Wohl der Habsburger, abzielenden Pläne und als einen Feind der Dynastie überhaupt anzusehen.

Nun war Khlesls ungewohnte Lässigkeit bei einem so wichtigen Gegenstande in der That nicht zufällig und nicht unverschuldet und hatte ihren Grund in der Besorgniss, durch die frühzeitige Bestimmung der Nachfolge um seinen Einfluss zu

kommen. Die Schwäche und Arbeitsscheu des Kaisers hatte ihn in den Besitz aller Macht gebracht, über die der letztere zu gebieten hatte. Ehrgeizig und von Natur thätig, hatte der Bischof von dieser Macht mit Eifer Besitz ergriffen und Niemanden zu einer gleichen Theilnahme an derselben zugelassen. Er hatte es erreicht, dass sich der ehemalige Präsident des Geheimrathes unter Rudolf II, der reiche und mächtige Karl von Liechtenstein, der lange mit ihm nicht um die erste, sondern nur um eine ebenbürtige Stelle im Vertrauen des Kaisers gerungen hatte, besiegt zurückziehen musste. Seitdem hatte es keiner unter den kaiserlichen Räthen mit dem ehrgeizigen Bischof aufzunehmen gewagt, er war der wahre Herrscher, dem der Kaiser nur zur nothwendigen Folie diente. Diese hervorragende Stellung war bedroht, wenn der Nachfolger des Kaisers bestimmt war; denn dieser musste als eine Art Coadjutor desselben nothwendig die erste Stelle am Hofe einnehmen und Khlesl sich mit einer untergeordneten begnügen. Vielleicht würde er sich trotzdem der Ordnung der Nachfolge nicht widersetzt und mit der Hoffnung beruhigt haben, bei Ferdinand denselben Einfluss zu erringen, wie bei Mathias, wäre das Vertrauen und die Gunst des Erzherzogs nicht bereits verschenkt gewesen. In Herrn von Eggenburg erkannte aber Khlesl einen unbesiegbaren Nebenbuhler.

Der Ehrgeiz war es also, der den Director des geheimen Kabinetes — diesen Titel führte Khlesl — in der Successionsfrage lässig machte und ihn mit Freuden eine etwaige Regentschaft begrüssen liess, da ihm durch eine Testamentsbestimmung des Kaisers in derselben ein hervorragender Platz eingeräumt werden konnte. Eine feindliche Stellung gegen die Hoffnungen Ferdinands nahm er aber noch immer nicht ein, sie machte sich erst gegen das Ende des Jahres 1615 geltend und scheint die Folge von Maximilians Heftigkeit gewesen zu sein. Als die vereitelte Schwangerschaft der Kaiserin diesen Prinzen von der erzwungenen Zurückhaltung befreite, ging er in seiner leidenschaftlichen Sprache so weit, gegen den Bischof die schwere Beschuldigung zu erheben, dass dieser „schelmische Pfaff die ganze Schwangerschaft nur ersonnen habe, um das Successions-

geschäft in Verwirrung zu bringen." *) Wenn solche Worte zur Kenntniss des Angeschuldigten kamen, wie das nur zu wahrscheinlich ist, konnte dies andere Folgen haben, als dass derselbe zuletzt dem Successionsgeschäft jener heimtückische Feind wurde, für den man ihn ursprünglich mit Unrecht gehalten? Maximilian würde übrigens seine Zunge besser im Zaume gehalten haben, wenn er bedacht hätte, dass er mit seinen Anschuldigungen nicht bloss den Minister angreife, sondern seinem eigenen Hause einen Schandfleck anhefte. Denn auf Rechnung der unüberlegten Reden des Erzherzogs ist wohl das kindische, aber seiner Zeit vielfach verbreitete und geglaubte Gerücht zu setzen, dass Mathias seiner Gemahlin einen fremden Knaben unterschieben wollte und von diesem Entschlusse nur in Folge des Misstrauens seiner Unterthanen, namentlich der Oberösterreicher, abgelassen habe. **)

Als nun Maximilian nach den vereitelten Hoffnungen entschiedener hervortreten konnte, verlangte er mit vieler Heftigkeit vom Kaiser die gleichzeitige Ordnung der österreichischen und deutschen Nachfolge. Er hatte sich die Ansicht der geistlichen Kurfürsten angeeignet, dass zuerst der Hausbesitz und namentlich Böhmen an Ferdinand übertragen werden solle, bevor man in Deutschland handelnd auftrat. Mathias wies seine Forderung nicht zurück, sondern antwortete, er könne nicht eher einen Beschluss fassen, als bis Erzherzog Albrecht seine Verzichtleistung eingeschickt habe. Maximilian liess sich dies nicht zweimal sagen, sondern reiste im Spätherbste (1615) nach Brüssel, um den Bruder zu der verlangten Abtretung zu bewegen. Albrecht machte keine Schwierigkeiten und knüpfte nur die eine Bedingung an dieselbe, dass Ferdinand, falls er einmal alle Besitzungen des Kaisers geerbt haben würde, seine bisherige Apanage auf 100.000 Gulden jährlich erhöhe. Die Verzichtleistung Maximilians und Albrechts sollte nichtig sein, wenn Ferdinand vor Mathias mit Tode abginge; für diesen Fall behielten sich beide Brüder ihre Rechte vor.

*) Brüssler Staatsarchiv. Vischer an Erzh. Albrecht dd. 10. Oct. 1615.

**) Münchner Staatsarchiv 118, Christophs von Dohna Bericht an Kurpfalz dd. 21/31. Januar 1617.

Auf der Reise nach Brüssel sprach Maximilian auch bei dem Erzbischof Schweikhard von Mainz vor. Der letztere hatte stets am lautesten den Wunsch nach der Bestimmung der deutschen Nachfolge ausgesprochen und da ihm der kaiserliche Hof zu langsam vorwärts ging, lud er den Erzherzog zu einem Besuche ein, um mit ihm die Wegräumung der etwaigen Hindernisse zu berathen. Bevor Maximilian, der sich beeilte der Einladung nachzukommen, bei ihm erschien, meldete sich der Reichshofrath Hegenmüller als kaiserlicher Gesandter bei dem Kurfürsten an. Khlesl, den die Ungeduld des letzteren sehr bedenklich machte, suchte ihn durch den genannten Gesandten zu überzeugen, dass die etwaige Berufung eines Kurfürstenconvents zur Vornahme der deutschen Königswahl aus vielen Gründen vorläufig nicht angehe, der wichtigste sei der, dass sich die protestantischen Kurfürsten zu keiner Wahl überreden lassen würden. *) Schweikhard liess sich durch diese Vorstellungen um so weniger irre machen, als er unmittelbar darauf durch Maximilian gegen Khlesl misstrauisch gemacht wurde und zudem die Gefahren, welche den Katholiken drohten, wenn der Kaiser ohne Festsetzung der Nachfolge starb, für tausendmal bedeutender erachtete, als die Schwierigkeiten, welche mit der Berufung eines Kurfürstenconvents verknüpft sein konnten. Der Kurfürst und der Erzherzog bestärkten sich wechselseitig in dem Entschlusse, dem Kaiser die Erhebung Ferdinands unablässig anzurathen und sich durch keine eingeschobenen Zwischenfragen irre machen zu lassen.

Die Zwischenfrage, die eingeschoben werden konnte, betraf einen zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen herzustellenden Vergleich. Seit der regensburger Reichstag durch die Haltung der sogenannten „Correspondirenden" resultatlos auseinander gegangen war, wurde vielfach auf die Nothwendigkeit hingewiesen, einen Ausgleich über die Forderungen der Protestanten zuwege zu bringen, damit sich die Spaltung in Deutschland nicht ins endlose hinausspinne. Da jedoch die katholischen Stände nicht geneigt waren, den Preis des Aus-

*) Hammer-Purgstall Khlesl III, Urkunden S. 266.

gleiches zu zahlen, liess sich nicht absehen, wie derselbe zu Stande kommen sollte. Von Seiten des kaiserlichen Hofes war die Idee eines „Compositionstages“ schon auf dem regensburger Reichstage angeregt worden, wo die streitenden Parteien — minder beengt durch die hemmenden Reichstagsformen — über ihre Forderungen verhandeln sollten. So oft nun dessen Zustandekommen etwas ernstlicher betrieben wurde, erklärten beide Parteien, dass sie nur dann an dem Compositionstage sich betheiligen würden, wenn ihnen in vorhinein gewisse Bedingungen zugestanden würden. *) Bedarf es der Erwähnung, dass sich diese Bedingungen wechselseitig ausschlossen? Wenn der kaiserliche Hof die Festsetzung der Nachfolge erst nach dem Gelingen der Composition vornehmen wollte, dann war Ferdinands Erhebung am Sanct Nimmerstag zu erwarten. Maximilian und Schweikhard hatten sonach guten Grund, wenn sie die Einschiebung von Zwischenfragen abzulehnen gedachten.

Auf seiner Rheinreise kam Maximilian auch mit den anderen geistlichen Kurfürsten zusammen und begegnete bei allen einer freundlichen Gesinnung. Als er darauf nach Prag zurückkehrte und hierüber dem Kaiser Bericht erstattete, drängte er ihn, allen weiteren Zögerungen ein Ende zu machen und trotz Khlesls Furcht vor einem für die Königswahl anzuberaumenden Kurfürstentage, die Berufung desselben in Angriff zu nehmen. Als vorbereitende Schritte empfahl er dem Bruder einen Besuch bei dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, um diesen persönlich für die Vornahme der Wahl günstig zu stimmen. Die Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg sollten theils durch Johann Georg, theils durch eigene an sie abzusendende Gesandten gewonnen werden. Sollte dies nicht möglich sein, dann müsse der Kaiser sich begnügen, wenn bei dem Convente nur vier Kurfürsten sich einfinden würden und mit diesen die Wahl

*) Wir haben über die Berufung des Compositionstages zahlreiche Correspondenzen des wiener Staatsarchivs zur Hand, doch nahmen wir Anstand die Phasen, welche die Verhandlungen durchmachten, im Detail zu beschreiben, weil absolut kein Resultat erzielt wurde und die späteren Ereignisse allen diesen Verhandlungen vollends ein Ende machten.

wagen. Maximilian riet schliesslich dem Kaiser, auf alle Fälle
19. Feb. 1616 gefasst zu sein und die nöthigen Rüstungen nicht zu versäumen. *)

Der Kaiser schien die Vorschläge seines Bruders zu billigen, übergab sie jedoch einer Conferenz zur Begutachtung. An derselben betheiligten sich neben Khlesl, Meggau und Harrach, auch die im Vertrauen und im Dienste der Erzherzoge stehenden Herren von Stadion und Eggenberg. Sie billigten die Vorschläge Maximilians und auch Khlesl sonderte sich nicht von der allgemeinen Meinung ab. In einem Zwiegespräche, das er in dieser Zeit mit dem Erzherzog hatte und in dem ihm letzterer eindringlich ins Gewissen redete, schien es, als ob er alle Hintergedanken bei Seite werfen und sich dem Interesse des Herrscherhauses ehrlich zuneigen wollte. Mit Wort und „Handschlag" und bei „Verlust seiner Seligkeit" verhiess er seine sorgfältigste Unterstützung. Als darauf der Kaiser seinen Bruder benachrichtigte, dass er sich den von ihm vorgeschla-
14. März 1616 genen Weg gefallen lasse und den Kurfürsten von Sachsen besuchen wolle, **) ja gleichzeitig die Festsetzung der Nachfolge in den österreichischen Ländern selbst in Angriff zu nehmen versprach, glaubte sich Maximilian ruhig von Prag entfernen und auf den Heimweg begeben zu können. Den Abschied erleichterte ihm Khlesl mit der Zusicherung, dass Ferdinand hof-
1616 fentlich bis Weihnachten im Besitz der böhmischen Krone sein werde. ***)

Woche für Woche wartete Maximilian auf die Erfüllung der ihm gemachten Zusicherungen, aber er hörte weder etwas von der Reise des Kaisers nach Dresden, noch von der versprochenen Absendung eines Gesandten nach Berlin und Heidelberg. Seine Enttäuschung verwandelte sich in Grimm, als man nachträglich am kaiserlichen Hofe die Verzichtleistungsurkunde bemängelte, über die er sich in Brüssel mit Albrecht

---

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Max an Mathias dd. 19. Feb. Prag 1616. — Gutachten des Erzherzogs vom selben Datum. Ebend.

**) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Mathias an Max. dd. 14. März 1616.

***) Die Nachrichten über die von Khlesl gemachten Versprechungen in Westernachs Instruction. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

geeint hatte. Er sah in diesen Ausstellungen, die Khlesl bei seiner Anwesenheit in Prag nicht gemacht hatte, nichts als eben so viele Versuche, durch langwierige Correspondenzen eine kostbare Zeit verstreichen zu lassen. Auch verlangte jetzt Khlesl von Ferdinand einen Revers zur Sicherstellung der Rechte der noch immer möglichen Nachkommen des Mathias. Falls nämlich der Kaiser einen Sohn haben sollte, so solle sich Ferdinand, auch wenn er schon als Nachfolger in dessen ganzen Besitz anerkannt und gekrönt wäre, nur als Vormund des minderjährigen wahren Erben ansehen und diesem seiner Zeit ungeschmälert den ganzen Besitz übergeben. Sollte Mathias eine Tochter haben, so sollte diese mit Ferdinands ältestem Sohne vermählt werden. Gewiss war es nur billig, wenn Khlesl im Namen des Kaisers von Ferdinand einen derartigen Revers verlangte, allein er hätte dies schon bei Maximilians Anwesenheit in Prag thun, und mit ihm den Wortlaut des so wichtigen Actenstückes vereinbaren können. Seine Vergesslichkeit kam ihm jetzt trefflich zu Statten, denn sie bahnte auch in diesem Punkte eine langwierige Correspondenz an. *)

Mai 1616

Alle diese Winkelzüge reizten den Erzherzog auf das äusserste und sein Zorn begann sich in der Correspondenz mit dem Gegner selbst Luft zu machen. Er warf ihm vor, dass durch seine Schuld der Erfolg der so gut angebahnten Verhandlungen vereitelt werde und dass, wenn die Dinge nicht vorwärts gingen, dies nur ihm zur Last falle. Er solle sich indess hüten, denn die Verzögerung dürfte „ihm nicht wohl zu statten kommen." **) Auf diese Drohung blieb Khlesl, der gerade den Cardinalshut empfangen hatte, die Antwort nicht schuldig. Mit eben so viel Höflichkeit als Hohn erwiederte er: wenn der Erzherzog behaupte, dass von ihm und nicht von dem Kaiser der Fortgang des Successionsgeschäftes abhänge, so sei dies wohl nur figürlich gesprochen, da alle Welt den Verstand und die feste Entschlossenheit des Kaisers kenne. Ebenso müsse

---

*) Die betreffende Correspondenz sammt dem Reversentwurf im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

**) Khevenhiller VIII. 893.

dem Erzherzoge bekannt sein, dass Niemand eifriger die Succession befördert habe, als er (Khlesl) selbst. *) Der Cardinal begnügte sich jedoch nicht mit dieser Antwort, sondern spielte seinem Gegner den Streich, dass er den erhaltenen Drohbrief dem Kaiser mittheilte. Klug hatte er letzterem zu verheimlichen gewusst, dass sein eigener Ehrgeiz den Bemühungen zu Ferdinands Erhebung feindlich gegenüber stehe und geschickt dafür den Samen des Argwohns in das Gemüth seines Herrn gestreut. Bald ängstigte er ihn mit der Furcht, es könne ihm von seinen Brüdern und Vettern dasselbe geschehen, was er selbst seinem Bruder Rudolf gethan, bald bedrohte er ihn mit dem Zorne der Gegner seines Hauses, die durch die eilige Betreibung der Nachfolge auf das äusserste gereizt, gleichfalls seinen Sturz herbeiführen könnten. Auf jede Weise sollte also Mathias seinen Untergang im Anzuge sehen, wenn er die Nachfolge bestimmen würde: entweder übernahmen die Freunde oder die Feinde dieses Werk. Zugleich bezeichnete Khlesl den Erzherzog Maximilian mit seinem leidenschaftlichen Drängen als die eigentliche Ursache jenes unentwirrbaren Labyrinths von Gefahren, die den Kaiser bedrohten. So suchte er das Misstrauen seines Herrn allseitig rege zu machen und hielt es durch Einstreuungen und Gerüchte, die er geschickt unter dem ganzen Hofstaate zu verbreiten wusste, wach. Mathias war wie von einem undurchdringlichen Nebel von Angst und Lüge umgeben, der ihm keinen freien Blick gestattete und das Absurde der Anschuldigung, als könnten die Erzherzoge einen Anschlag gegen ihn im Sinne führen, nicht erkennen liess. Maximilian sah sich zuletzt genöthigt, in einem Briefe an die Kaiserin den zu seiner Kenntniss gekommenen verläumderischen Gerüchten zu widersprechen. **) Die Verhandlungen über die Succession waren darüber völlig ins Stocken gerathen, so dass selbst Erzherzog Albrecht ungeduldig wurde und den Kaiser zu mehr Eile mahnte. „Juden und Türken, schrieb er ihm, in- und ausländische Feinde, heuchlerische Freunde schaaren sich gegen uns, es ist demnach Zeit, dass

11. Aug. 1616

*) Khevenhiller a. a. O.

**) Archiv des k. k. Min. des Innern.

wir uns selbst helfen. Zwiespalt und Empörung sind sicher, wenn Euer Majestät nicht bei Lebzeiten denselben vorbeugen."

Schon war indessen eine neue Bombe geplatzt, welche Maximilians Werk ganz und gar zu zerstören drohte, ohne dass Khlesl sich zu bemühen brauchte. Die Denkschrift, welche der Erzherzog im Februar (1616) überreicht hatte und in der er zur Vornahme der römischen Königswahl, selbst gegen den Willen der Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg und zugleich zu Rüstungen riet, war nicht länger ein Geheimniss des kaiserlichen Cabinets, sondern allgemein bekannt geworden. Die erste Nachricht scheint sich der Graf Thurn verschafft zu haben, auf welchem Wege er zu ihr gelangte, ist nicht bekannt. Er zog die Häupter der böhmischen Opposition ins Vertrauen und rief bei diesen keinen geringen Schrecken hervor, als er ihnen mittheilte, dass es sich auch um die vorsorgliche Bestimmung der Nachfolge in Böhmen handle. Durch Thurn mag das heidelberger Cabinet zur Kenntniss des betreffenden Memorials gekommen sein. Eine Abschrift hievon suchte sich auch der sächsische Agent Zeidler für seinen Herrn zu verschaffen, aber Thurn verweigerte die Herausgabe einer solchen. Zeidler wandte sich darauf an den Reichshofrath, Freiherrn von Limburg, mit der Bitte um eine Abschrift und scheint sie ohne Schwierigkeit erhalten zu haben. So war auch Kursachsen und allmälig ganz Deutschland von dem Inhalte dieses Schriftstückes in Kenntniss gesetzt. *)

Das Aufsehen, welches das Bekanntwerden des Memorials in Deutschland machte, war ungeheuer; für das pfälzische Cabinet, welches sich seit Jahren an die Spitze der protestantischen Bewegung gestellt hatte, bot es eine willkommene Gelegenheit, um mit einem schlagenden Beweise in der Hand, die oft erhobenen Anschuldigungen gegen die Habsburger zu wiederholen. Es durfte ihnen die Anklage ins Gesicht schleudern, dass sie

*) Die Erzählung dieser Vorgänge geben wir nach Zeidler: Schreiben an Kursachsen dd. 1/11. Juli Prag 1616, Sächs. Staatsarchiv. Es ist damit zum erstenmal Licht in diese Sache gebracht, die ihrer Zeit viel Aufsehen machte.

die Vergewaltigung der Fürsten, die Annullirung der kurfürstlichen Wahlrechte und die Erblichmachung des Reiches im Sinne führten, dass sie ungeheure Rüstungen in Aussicht genommen hätten, um jedwede Freiheit zu vernichten und was sonst mehr. Von Heidelberg aus wurde Kurbrandenburg gewarnt, nach Sachsen wurde ein eigener Gesandte in der Person des kurfürstlichen Rathes Camerarius abgeschickt, um Johann Georg vor den gewaltsamen Plänen der Habsburger in Angst zu versetzen. Letzterer schenkte jedoch bei seiner bekannten, freundlichen Gesinnung für den kaiserlichen Hof den Warnungen um so weniger ein besonders aufmerksames Ohr, als er der Erhebung Ferdinands nicht feindlich gesinnt und durch seinen Agenten in Prag zu wohl über die österreichischen Verhältnisse unterrichtet war, um von Seite des Kaisers die Angriffnahme von Rüstungen zu befürchten. Er hielt die Rathschläge Maximilians, in ihrem auf gewaltsame Massregeln hindeutenden Theile, mehr für das Ergebniss einer augenblicklichen Aufregung des Erzherzogs, hervorgerufen durch Khlesls Machinationen, als für das Resultat reifer Erwägung; kurz er liess sich in seinem Vertrauen zu der kaiserlichen Politik nicht stören. Das Memorial machte nur bei jenen einen bleibenden Eindruck, bei welchen für die Habsburger nichts mehr zu gewinnen und zu verlieren war.

Als Maximilian die Nachricht von der Veröffentlichung seines Memorials erhielt, steigerte dies seinen Grimm gegen den Cardinal auf die höchste Stufe, denn er hielt denselben für den Urheber des Verraths, eine Vermuthung, für die keine entscheidenden Beweise vorliegen. Dieser Verdacht, so wie die über seine Absichten am Hofe ausgestreuten Verläumdungen bewogen ihn zur Absendung eines Gesandten nach Prag in der Person des Herrn von Westernach, eines der hohen Würdenträger im deutschen Orden, dessen Grossmeister der Erzherzog selbst war. Westernach sollte dem Kaiser sagen, dass es nur ehrvergessene, falsche und betrügerische Leute sein könnten, die Misstrauen in sein Gemüth säeten und andeuteten, als ob die Erzherzoge mit der Festsetzung der Nachfolge etwas anderes als das Wohl des Hauses bezweckten. Dem Cardinal sollte Westernach zu verstehen

geben, man achte ihn als einen gewandten Redner und vortrefflichen Stilisten und erwarte von seiner Verwendung in der Successionsfrage das Beste. Es sei aber einmal Zeit, dass er die Versprechungen erfülle, die er dem Erzherzog unaufgefordert mit Wort und Handschlag und bei Verlust seiner Seligkeit gethan. Thäte er dies, so könne er auf Dankbarkeit rechnen, wenn nicht, so werde man ihn für den „Feind und Verderber des Hauses halten" und „auf Mittel und Wege sinnen", wie man sich „eines solchen Feindes erwehren" könnte. *)

Westernach kam dem ihm gewordenen Auftrage nach und machte in einer Audienz dem Kaiser und darauf dem Cardinal die anbefohlenen Mittheilungen. Die Antwort, die er von Mathias erhielt, war voll Höflichkeit, liess aber der Hoffnung wenig Raum, dass er fortan die gewünschte Eile bethätigen werde. Was den Cardinal betrifft, so kann man sich denken, in welcher Weise er die Complimente und unverhüllten Drohungen des Gesandten aufnahm und wie der Zorn des ehrgeizigen und herrschsüchtigen Emporkömmlings aufloderte; nichts destoweniger wusste er sich zu beherrschen und dem Gesandten einige Phrasen von seinem Eifer und guten Willen, sowie von der Nothwendigkeit eines wechselseitigen Vertrauens vorzureden. Doch war er selbst in seinen Versprechungen karger, als sonst, denn er erwähnte nichts mehr von der bevorstehenden Königskrönung in Böhmen, die er noch im Frühjahre dem Erzherzog Ferdinand für das Weihnachtsfest als eine Art Christgeschenk in Aussicht gestellt hatte. Mit Khlesls Versprechungen verhielt es sich wie mit einem Irrlichte, man jagt und müht sich ab, es zu erreichen und sieht sich stets durch einen gleich weiten Raum von demselben getrennt.

1616

Von Prag begab sich Westernach nach Dresden, um bei dem Kurfürsten das etwa noch bestehende Missbehagen über den kundgewordenen Rathschlag Maximilians zu verscheuchen. Er hatte den Auftrag, das Memorial nicht abzuleugnen, sondern

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Correspondenz mit Westernach Instruction für denselben dd. 12. Sept. 1616.

seinem vollen Inhalte nach, soweit dasselbe durch die zahlreichen seither verfertigten Abschriften nicht absichtlich entstellt war, zuzugeben und sogar zu bemerken, dass schliesslich wohl nichts anders übrig bleiben werde, als zu den Waffen zu greifen. *) Der Kurfürst nahm den Gesandten sehr wohlwollend auf und erklärte, dass er nie jenem kriegerischen Rathschlage des Erzherzogs ein unverdientes Gewicht beigelegt habe und dass seine freundschaftliche Gesinnung gegen denselben, so wie gegen sein Haus keinen Abbruch erlitten habe. So blieb also Sachsens Stellung gegen Ferdinand und seinen Beschützer eine freundliche.

Maximilian hatte an die Sendung Westernachs nach Prag keine Hoffnung geknüpft, er glaubte nicht mehr, dass sich der Cardinal durch Versprechungen oder Drohungen zu einer anderen Haltung bestimmen lassen werde und begann deshalb gleichzeitig in seinem Gemüthe die Mittel zu erwägen, wie er diesen Gegner mit einem Schlage unschädlich machen könnte. Nach mancherlei Nachdenken bot sich ihm ein dreifaches Auskunftsmittel dar. Das erste bestand darin, dass sich die Erzherzoge an den Kaiser mit einer Klage gegen Khlesl wenden, dessen Falschheiten nachweisen und seine Entfernung verlangen sollten. Als ein zweites Mittel empfahl sich eine Klage bei dem Papste, auf dass er Khlesl wegen seiner die katholischen Interessen gefährdenden Haltung excommunicire. Das dritte und allerdings wirksamste Mittel war die Ermordung des Cardinals, sei es durch Gift oder auf andere heimliche Weise. Letzteres Mittel wollte der Erzherzog jedoch nur dann angewendet wissen, wenn einige Theologen, denen die kirchenfeindliche Haltung des Cardinals zur Begutachtung vorgelegt werden sollte, demselben beistimmen würden. Von diesen seinen Absichten setzte er den Erzherzog Ferdinand in Kenntniss und bat ihn um seine Meinung. Letzterer, der sich weder von seinem Ehrgeize noch von dem Hasse gegen den Cardinal so beherrschen liess, um die

*) Die Acten über die Verhandlungen mit Dresden theils im sächsischen Staatsarchiv, theils im Archiv des k. k. Minist. des Innern. Insbesondere wichtig ist Westernachs Relation aus Dresden dd. 19. Oct. 1616.

ruhige Ueberlegung zu verlieren, verwarf alle vorgeschlagenen Auskunftsmittel. Von dem ersten erwartete er keine Wirkung, weil der Kaiser von seinem Minister trotz aller Klagen nicht ablassen werde. Ebenso wenig Erfolg versprach er sich von dem zweiten, da man dem Cardinal kaum solche kirchliche Verbrechen nachweisen könne, die eine Excommunication rechtfertigen würden, und das dritte verwarf er, weil ein derartiger gewaltsamer Vorgang im habsburgischen Hause nicht üblich sei und kein Theolog seine Zustimmung zu demselben geben würde. Doch wollte auch Ferdinand den Cardinal nicht weiter gewähren lassen, sondern suchte nach einem Mittel, das, ohne hart zu sein, denselben unschädlich machen könnte. Er schlug vor, man solle ihn unter dem Vorwande einer Gesandtschaft von der Person des Kaisers zu entfernen suchen. Diese Trennung müsste man benützen, um dem letzteren mit Hilfe der geistlichen Kurfürsten die Ueberzeugung von Khlesls schädlicher Wirksamkeit beizubringen; sei dies geschehen, so müsste man sich rasch der Person des Cardinals bemächtigen, ihn in sichere Haft bringen und ihm alle Mittel zur Thätigkeit abschneiden. Dann habe man Zeit genug, eine ordentliche Untersuchung einzuleiten und der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. *) War also auch Ferdinand nicht geneigt seine Zwecke durch ein Verbrechen zu fördern, so war er doch herzlich gern bereit allen Massregeln seine Zustimmung zu geben, durch die der Cardinal ohne Gefährde für sein leibliches Wohl fortan dem sündhaften Treiben der Welt entrückt werden konnte, um seine Aufmerksamkeit bloss auf höhere Dinge zu richten.

Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes machte Maximilian nicht allein seinen Vetter zum Vertrauten der auf das Verderben des Cardinals abzielenden Pläne, auch dem Erzbischof von Mainz theilte er durch Westernach, der den Auftrag bekam von Dresden an den Rhein zu reisen, mit, dass wohl nichts übrig bleiben werde, als „den schädlichen Menschen“ von der Person des Kaisers zu entfernen. Er bat ihn um die Angabe eines

---

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Erklärung Ferdinands durch den Kanzler Götz über Maximilians Vorschläge dd. 31. Oct. 1616.

passenden Mittels hiefür, ohne zu verrathen, wie geschäftig seine Phantasie in dieser Beziehung schon gewesen. *) Ob eine ähnliche Mittheilung auch an Köln und Trier gemacht wurde und welche Aufnahme sie fand, darüber ist nichts näheres bekannt. Wir wissen nur so viel, dass die drei Kurfürsten in einem Collectivschreiben Maximilians bisherige Thätigkeit belobten und ihm ihre Unterstützung bei dem Papste verhiessen, zugleich richteten sie an den vielgenannten Cardinal selbst ein Schreiben und verwarnten ihn in scharfer Weise. **)

Khlesl hatte bisher mit ziemlich freundlicher Miene die an Bitterkeit zunehmenden Ausbrüche Maximilians entgegen genommen und ebenso den Tadel, der ihn wegen seiner Haltung von verschiedener Seite traf. Er war stets bei der Hand mit süssen Worten und Entschuldigungen, gepaart mit Versprechungen; seine Sprache war nur heftig, wenn sie für den Kaiser allein bestimmt war. Dennoch erschöpften die ununterbrochenen Nadelstiche und Bedrohungen auch seine Geduld und er erwiederte den rheinischen Fürsten auf ihr Schreiben in den derbsten Ausdrücken, die nicht so wohl für sie, als für ihren Inspirator, den Erzherzog, bestimmt waren. Er bezeichnete das Benehmen jener, die ihm die Verzögerung des Successionsgeschäftes zur Last legten, als boshaft, gottlos, unverschämt und verläumderisch und als hätten diese Ausdrücke die lang verhaltene Wuth in ihm nicht erschöpft, schalt er auch noch seine Gegner böse Buben und rechtfertigte zugleich alle seine Verschleppungen mit tausend Geschäften, mit einer Krankheit des Kaisers und ähnlichen Gründen, die wohl an sich manche Verzögerung entschuldigen mochten, den Cardinal aber doch nie verhindert hätten, in Betreff der Nachfolge vorwärts zu schreiten, wenn sie ihm ernstlich am Herzen gelegen wäre. Nachdem das hier charakterisirte Schreiben verfasst und von Khlesls Hand vielfach corrigirt worden war, legte sich sein Zorn wieder. Der schlaue Mann besann sich eines andern, hielt weitere Verstellung für

---

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Instruction für Westernach zur Reise nach Mainz dd. 23. Sept. 1616.

**) Archiv des k. k. Minist. des Innern.

besser als blind zuschlagenden Zorn und schloss das Schreiben in den Tisch ein, ohne es abzusenden.*) Vielleicht trug zur Aenderung seines Entschlusses auch das Bewusstsein bei, dass der Kaiser mit ihm völlig eines Sinnes sei, wovon er gerade in diesen Tagen einen erfreulichen Beweis erhielt. Mathias, in dessen Seele das Misstrauen gegen Brüder und Vetter tiefe Wurzeln geschlagen und sich durch Westernachs Sendung keineswegs beschwichtigt hatte, hoffte in dem Briefwechsel zwischen Maximilian, Albrecht und den geistlichen Kurfürsten die Fäden der gegen ihn gesponnenen Pläne aufzufinden. Er gab deshalb auf die Nachricht hin, dass von Wien ein eigener Courier nach Brüssel abgeschickt wurde, dem Cardinal den Befehl, denselben auf seiner Reise durch Böhmen überfallen und ihm alle Briefe abnehmen zu lassen.**) Wenn Khlesl seinen Herrn in dieser Stimmung sah, dann durfte er es für überflüssig halten, sich mit seinen Feinden herumzuzanken.

Da während aller dieser Schreibereien das Successionsgeschäft wieder in vollständige Stockung gerathen und der Vorschlag zur Entfernung Khlesls nicht aus dem Stadium der Berathung getreten war, sah sich Erzherzog Maximilian genöthigt nach Prag zu reisen, um durch seine mahnende Anwesenheit die Sache, die ihm so sehr am Herzen lag, in besseren Gang zu bringen. Er scheute hiebei nicht die Beschwerlichkeiten einer Winterreise, um nichts an sich ermangeln zu lassen und traf nach Neujahr (1617) am kaiserlichen Hofe ein. Von Seite des Mathias wurden ihm einige freundlichen Versicherungen zu Theil, an die sich die Aufforderung knüpfte, in einem Gutachten die Mittel und Wege zur Bestimmung der deutschen Nachfolge zu erörtern.***) Das also, was so oftmal mündlich und schriftlich verhandelt worden war, sollte noch einmal von dem Erzherzog vorgekäuet worden. Er liess sich nicht ermüden, sondern wieder-

*) Archiv des k. k. Min. d. I. Die Antwort Khlesls vom 3. Dec. 1616 ist im Concept vorhanden; auf dem Rubrum aber die Bemerkung beigefügt, dass die Antwort nicht abgeschickt wurde.

**) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Mathias an Khlesl dd. 5. Dec. 1616 Brandeis.

***) Archiv des k. k. Min. d. I. Mathias an Maximilian. 10. Jan. 1617.

holte nochmals, was er schon ein Jahr zuvor über die Nothwendigkeit der Berufung eines Kurfürstenconvents, die Absendung von Gesandtschaften an die Kurfürsten, die Besprechung mit Kursachsen und die Nothwendigkeit, die Erledigung der protestantischen Beschwerden bis nach der Königswahl aufzuschieben, des langen gesagt hatte, nur mit dem Unterschiede, dass er sich diesmal noch länger und umständlicher ausliess.

Was diese kaiserliche Anfrage eigentlich bezweckte, wurde bald klar. (10. Jan. 1617) Der Kaiser billigte die Vorschläge des Erzherzogs und bat ihn nur, er möchte so rasch als möglich an den Rhein reisen, um mit den dortigen Kurfürsten zu berathen, was wohl zu thun wäre, wenn die Protestanten vor der Wahl die Beseitigung ihrer Beschwerden verlangen würden. *) Die vorgeschobene Befragung der rheinischen Kurfürsten war eine gar zu plumpe Falle, um den Erzherzog zu entfernen, als dass sie der letztere nicht gemerkt hätte. Gereizt durch dieses hänselnde Auftreten Khlesls und durch einen gleichzeitigen Befehl des Kaisers an Ferdinand, der nach Prag kommen wollte, die Reise zu unterlassen **), (17. Feb. 1617) erwiederte er, dass er unter keiner anderen Bedingung abreisen werde, als wenn Mathias den entscheidenden Schritt zur Erhebung Ferdinands auf den Thron von Böhmen thun, folglich einen Landtag hiezu berufen würde. Denn so oft er in Deutschland gewesen sei und für die Erhebung Ferdinands gewirkt habe, habe man ihm mit Recht erwiedert, dass der Kaiser selbst die Sache mit Ernst angreifen und mit seinem Beispiele in den Erbländern vorangehen solle. Was den Besuch des Kaisers bei dem Kurfürsten von Sachsen betreffe, so sei es arg, wenn man über eine Sache, die bereits vor Jahresfrist als nothwendig erkannt und vom Kaiser beschlossen worden sei, von neuem verhandeln wolle. Der Reichsvicekanzler, Herr von Ulm, stellte sich einige Tage später in einem abgesonderten Gutachten auf die Seite des Erzherzogs und verlangte ebenfalls die Berufung eines böhmischen Landtags, damit die Bestimmung

---

*) Ebendaselbst. Max. an den Kaiser dd. 17. Jan. 1617. — Mathias an Max. dd. 30. Jan. 1617.

**) Ebendaselbst. Mathias an Ferdinand dd. 29. Januar 1617.

der deutschen Nachfolge ihm unmittelbar auf dem Fusse folgen könnte. *) Dass Khlesl nicht der gleichen Meinung war, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung. Seine Meinung sprach sich auch ohne Worte am einfachsten und klarsten dadurch aus, dass der Kaiser keine Anstalten zur Berufung des böhmischen Landtages traf. Selbstverständlich unterblieb auch Maximilians Reise an den Rhein.

IV

In das unerquickliche Einerlei des Intriguenspieles am kaiserlichen Hofe kam durch das Auftreten Philipps III neues Leben. Aus den bisherigen Mittheilungen erhellt, dass zwischen dem letzteren und Ferdinand noch keine Einigung über die wechselseitigen Ansprüche erfolgt und namentlich die angekündigte Absendung eines ausserordentlichen Gesandten ausgeblieben war. Dem Cardinal war dieser Stand der Dinge sehr angenehm, denn ab und zu holte er sich für seine Verschleppungen ein Argument aus den Verhandlungen mit Spanien und behauptete, dass sie vor allem zu Ende gebracht werden müssten. Dass es sich selbst bei den höchst gespannten spanischen Ansprüchen nur um den Elsass und Tirol und nicht um Böhmen handle, kümmerte ihn nicht. Im Vertrauen auf die spanische Langsamkeit schrieb er sogar einmal selbst an Philipp III und bat ihn um raschere Absendung des neuen Gesandten. Was er scheinbar in dieser Beziehung gegen sich that, das hoffte er auf andere Weise doppelt gut zu machen. Denn abgesehen davon, dass er durch seinen Brief nicht wenig Zeit gewann, da ein Schreiben aus Prag nach Madrid sammt der Rückantwort 56 Tage in Anspruch nahm — und wie leicht konnte in der Antwort ein Mangel sich entdecken lassen, und zu neuen Schreibereien Anlass geben — so hatte Khlesl mit seiner Befragung Spaniens eine neue Perfidie im Sinne. Er hoffte, dass Philipp nicht ohne alle und jede Entschädigung auf seine vermeintlichen Rechte ver-

*) Ebendaselbst Ulms Gutachten.

zichten werde, und war deshalb entschlossen, mit allem Eifer und ohne Rücksicht auf etwaige Widersprüche mit seinem früheren Verhalten den Satz aufrecht zu erhalten, dass Ferdinand zu gar keiner Entschädigung verpflichtet sei. So wollte er, trotz und gegen Ferdinand, die Parteien in einen endlosen Streit verwickeln und sich mittlerweile des ungeschmälerten Genusses seiner Macht erfreuen. Seine geriebene Klugheit würde wohl ihren Zweck erreicht haben, wenn seine Gegner von dem biblischen Ausspruche: „Seid klug wie die Schlangen und einfältig wie die Tauben“ nur die zweite Hälfte sich zur Richtschnur ihrer Handlungsweise genommen hätten. Ferdinand merkte aber wohl, wohin der Cardinal ziele, und beschloss deshalb, ihm die Waffe zu entwinden, mit der er ihn bekämpfen wollte.

Als man in Spanien im Anfange des J. 1615 die Absendung eines ausserordentlichen Gesandten nach Deutschland beschlossen hatte, beabsichtigte man wegen der juristischen Seite der Entschädigungsfrage einen Gelehrten dazu zu wählen. Später ging man von dieser Ansicht ab und beschloss die Absendung des Grafen Oñate, nach dessen Ankunft in Deutschland sich Zuñiga nach Hause begeben sollte. Was die Ursache dieser Rückberufung war, tritt aus der spanischen Correspondenz nicht mit Bestimmtheit hervor. Zuñiga hatte mit vielem Geschick das spanische Interesse, insofern dasselbe mit der ungeschmälerten Erhaltung der katholischen Kirche und der Macht der deutschen Habsburger zusammenhing, zu wahren gewusst. Es war fraglich, ob sein Nachfolger von einem gleich richtigen Tacte geleitet werden würde und sehr gefährlich, wenn dies nicht der Fall war.

Die Stellung eines spanischen Gesandten am kaiserlichen Hofe war nämlich keine gewöhnliche, sondern eine exceptionelle. Als Philipp sich entschlossen hatte den Gesandtenposten anders zu besetzen, wurde Zuñiga ersucht, auf Grund des reichen Schatzes seiner Erfahrungen einen Entwurf für die Instruction seines Nachfolgers einzusenden. Die Antwort, welche er einsandte, enthielt einen Abriss seiner bisherigen Thätigkeit und Haltung und auch eine scharfe Charakteristik seiner eigenartigen Stellung. Die Religionsfrage, erzählte er, sei gegen-

wärtig in Oesterreich die dominirendste und für den spanischen Gesandten die wichtigste. Bei jeder Gelegenheit wende man sich an ihn und frage, welche Antwort den Ketzern auf ihre Forderungen zu geben sei. Es sei sehr schwer, hiebei den rechten Weg einzuschlagen. Bei der geringen Macht der österreichischen Fürsten müsse man sich hüten, die Sachen auf das äusserste kommen zu lassen und doch dürfe der Gesandte Spaniens nicht den Schein auf sich laden, als ob er den rechten Weg verlasse. Das beste in dieser Beziehung sei, sich genau nach dem Beispiele des Nuncius zu richten, der in der Regel ein kluger und sachverständiger Mann sei, und sich vor verzweifelten Rathschlägen hüte. Ausserdem müsse der spanische Gesandte stets ein offenes Ohr für die deutschen Katholiken haben: alle Bischöfe und Prälaten des Reiches wenden sich mit Tausend Anliegen an ihn, er müsse ihre Vertretung bei dem Kaiser und den Ministern übernehmen, und sie auf die verschiedenste Weise unterstützen. „Denn die Gunst, welche Spanien den Katholiken zu Theil werden lässt, ist nächst Gottes Hilfe das erhaltende Lebensprincip der deutschen Kirche. Wenn man hiebei die eifrige Mitwirkung der gutgesinnten Geistlichkeit dankbar in Anschlag bringt, so darf man vor allem die Thätigkeit der Jesuiten nicht vergessen, denen der spanische Gesandte deshalb seinen besondern Schutz zukommen lassen muss.“ Nicht genug aber, dass der Gesandte das Centrum des kirchlichen Lebens in diesen Gegenden abzugeben habe, müsse er auch die Macht des Hauses auf der gegenwärtigen Höhe erhalten, und hiezu vor allem die Nachfolge in Deutschland wie in den Erbländern sicherzustellen helfen. — Man sieht aus dem Mitgetheilten, in wie tiefgehender Weise der spanische Gesandte am wiener Hofe in die Leitung der deutschen und österreichischen Angelegenheiten eingriff; er war eine besondere Art von Minister, dessen Einfluss auch auf den Kaiser von Bedeutung war, da die heiss begehrten und stets nöthigen spanischen Subsidien theilweise von des Gesandten Zufriedenheit und guter Meinung abhingen.

Nachdem Zuñiga in seinem Gutachten noch die wichtigsten Personen am kaiserlichen Hofe und in Deutschland auf-

zählt und seinem Nachfolger Winke für deren Behandlung gibt, lässt er sich über Khlesl dahin aus, dass derselbe eine schwer definirbare, eigenartige und von allen andern verschiedene Persönlichkeit sei. Seine Macht am Hofe stelle jede andere in Schatten, man sei ihm gegenüber in einer schwierigen Lage. Er theile nicht die Meinung jener, die Khlesl für einen Verräther halten, sondern glaube ihn dem Interesse des Hauses Oesterreich aufrichtig ergeben. Furcht vor inneren Unruhen und grossen Auslagen sei es, die ihn so zurückhaltend mache und ihn für die Interessen des habsburgischen Hauses nicht immer mit dem wünschenswerthen Eifer auftreten lasse. *) — Dieses massvolle und gewichtige Urtheil über Khlesl gab Zuñiga im Februar 1616 ab; es ist wahrscheinlich, dass er sich nach den Vorgängen des genannten Jahres der Beurtheilung Maximilians um ein beträchtliches genähert haben mag. Wenigstens war dies bei dem nicht minder umsichtigen Oñate bald der Fall.

Als Oñate von Spanien abreiste, bekam er von seinem Herrn den Auftrag, auf den frühern Entschädigungsforderungen zu beharren, sollte jedoch nichts zu erreichen sein, sich mit allfälligen dankbaren Versicherungen Ferdinands zu begnügen.**) Obgleich damit die Möglichkeit eines raschen Abschlusses gegeben war, so stand doch zu befürchten, dass Oñate nur langsam nachgeben, sich lange mit Ferdinand herumstreiten und dadurch Khlesls Hoffnungen, der nämlich das Odium der Verschleppung auf spanische Schultern zu wälzen wünschte, erfüllen würde. Allein Ferdinands Klugheit beugte der weiteren Zeitversplitterung vor. Da Oñate seinen Weg nach Prag über Graz nehmen musste, wollte der Erzherzog dies Zusammentreffen mit dem Gesandten dazu benützen, um sich mit ihm hinter dem Rücken Khlesls zu einigen, in welcher Absicht er nicht wenig durch den Secretär der spanischen Gesandtschaft in Prag, Bruneau, bestärkt wurde. Letzterer kam noch vor Oñate in Graz an und bat den Erzherzog auf das inständigste, er möchte in seinem eigenen Interesse dem Könige nicht jede Entschädigung

*) Simancas $\frac{2502}{164}$. Zuñiga an Juan de Ciriça dd. Prag den 18. Feb. 1616.
**) Archiv von Simancas.

abschlagen. *) Er wies auf Italien, das in seinen, vom deutschen Kaiserthum abhängigen und von Zeit zu Zeit vacanten Lehen, ein vortreffliches Compensationsmaterial biete. Ferdinand könne sich verpflichten, wenn er einmal den Kaiserthron bestiegen haben würde, den König von Spanien mit allen vacanten italienischen Lehen zu betheilen. Auf diesen Ausweg war Ferdinand bisher nicht verfallen, er betrat ihn um so williger, als diese Art von Entschädigung ihn nichts kostete und die Erweiterung des spanischen Einflusses in Italien dem Familieninteresse entsprach. Doch stellte er ausdrücklich die Bedingung, dass Khlesl von seiner etwaigen Zusage nicht in Kenntniss gesetzt werde, da er befürchtete, dass sich derselbe auch dieser Entschädigung widersetzen würde.

Als der Graf Oñate in Graz anlangte, stellte ihm der Erzherzog in tiefem Geheimniss eine Urkunde aus, in der er sich verpflichtete, sobald er den Kaiserthron inne haben würde, dem Könige von Spanien jedes deutsche Lehen in Italien, das vacant würde, namentlich aber Finale und Piombino zu übertragen. **) Oñate verlangte noch die Abtretung des Elsasses, darüber wurde aber vorläufig keine Einigung erzielt, sondern dieselbe bis zur Ankunft des Erzherzogs Ferdinand in Prag, wohin der Gesandte voraus reisen sollte, verschoben. Letzterer verpflichtete sich, unmittelbar nach seiner Ankunft die Successionsfrage bei dem Kaiser anzuregen. (31. Jan. 1617)

In Prag langte Oñate am 8. Februar an und suchte seinem Versprechen unverweilt nachzukommen. Es war dies gerade zur Zeit, als man am kaiserlichen Hofe unter einem plausiblen Vorwande den lästigen Besuch des Erzherzogs Maximilian abkürzen und den alten Mahner an den Rhein schicken wollte. (1617)

*) Simancas 711.

**) Simancas $\frac{2326}{35}$. Der Staatsrath an Philipp III dd. 1. Juni 1617. — Hurter erzählt in Ferd. II, Bd. VII., S. 74, Oñate habe in Graz von dem Erzherzog Ferdinand das schriftliche Versprechen erhalten, dereinst den Elsass abzutreten. Aus obigen Angaben, die den zweifellosen Documenten von Simancas entnommen sind, ist ersichtlich, dass dies nicht der Fall war. Weiter unten wird sich zeigen, dass Ferdinand sich erst in Prag zur Abtretung des Elsasses verstand.

Oñate blieb sonach nicht lange im Zweifel, wo das Hinderniss einer raschen Lösung liege, und er fasste in Folge dessen bald einen so heftigen Groll gegen Khlesl, dass er hierin nur von Maximilian überboten wurde. Trotz des frühern Verbotes langte auch Ferdinand in Prag an. Khlesl sah einen Sturm gegen sich im Anzuge, in dem die beiden Erzherzoge sammt Oñate die Rolle von Wetterwolken übernahmen. Ferdinand gab als Grund seiner Ankunft die Absicht an, die spanischen Entschädigungsforderungen ins Reine zu bringen; thatsächlich war er aber mit seinen beiden Gesinnungsgenossen entschlossen, den Kaiser um die Festsetzung eines Termins, bis zu welchem der böhmische Wahllandtag berufen werden sollte, zu ersuchen und nicht vom Platze zu weichen, bis sich der Kaiser unwiderruflich gebunden haben würde.*) Khlesl, gute Miene zum bösen Spiele machend, zögerte nicht, die Verhandlungen mit Spanien zu beginnen. Eine Conferenz, an der sich neben dem Cardinal und einigen Geheimräthen auch Oñate und Eggenberg betheiligten, erörterte von neuem die spanischen Forderungen. Oñate verlangte die Abtretung des Elsasses und das Zugeständniss, dass der männlichen Nachkommenschaft Philipps III vor der weiblichen Descendenz Ferdinands ein Vorrecht zugestanden werde.**) Die zweite For-

*) Simancas $\frac{2326}{27}$, Briefe Oñate's vom 13. und 14. März 1617 im Staatsrathsbericht dd. 9. April 1617.

**) Unwillkürlich drängt sich bei der Erwägung dieser Erbschaftsverhandlungen die Frage auf, in wie fern der Vertrag zwischen Ferdinand und Philipp die Rechte der Brüder des genannten Erzherzogs, Leopold und Karl berührte. Von diesen Brüdern war keiner zu den Verhandlungen herbeigezogen worden und keiner hatte zu ihrem Resultate seine Zustimmung gegeben. Was wäre nun Rechtens gewesen für den Fall, als Ferdinands männliche Nachkommenschaft erloschen wäre? Unzweifelhaft hätten nun Philipps männliche Nachkommen Ungarn und Böhmen gegen eine allfällige männliche Descendenz Leopolds und Karls in Anspruch genommen und der Streit, der eben zwischen Ferdinand und Philipp III beigelegt worden war, wäre von neuem ausgebrochen. Unserer Ansicht nach waren die österreichischen Erzherzoge gegen die spanischen Prätensionen immer im Rechte und jeder Streit hätte also mit dem Aufgeben der spanischen Ansprüche enden müssen. Die österreichischen Prinzen selbst waren aber nicht

derung wurde bereitwillig zugegeben, dagegen die erste allseitig bekämpft.

Um alle weitern Verhandlungen abzuschneiden, griff Ferdinand mit Vorwissen Eggenbergs, der allein ins Vertrauen gezogen wurde*), zu dem schon in Graz betretenen Ausweg eines geheimen Vertrags. Er stellte dem Grafen Oñate eine zweite Urkunde aus, in der er der männlichen Nachkommenschaft des Königs den Vorzug vor der eigenen weiblichen einräumte und den Anerbietungen, die er in Graz gethan, noch das Versprechen zufügte, den Elsass sammt den dazu gehörigen Dependenzen nach seinem Regierungsantritte abtreten zu wollen; somit entschloss er sich zu dem früher so standhaft abgelehnten Opfer. Die heimlich ausgestellte Urkunde schickte Oñate nach Spanien mit dem Beisatze, dass es Ferdinand dem Könige überlasse, zwischen dem geringeren Anbote von Graz oder dem um-

so ganz von ihrem Rechte überzeugt, denn als im Jahre 1623 Ferdinand II mit Leopold wegen der Errichtung einer Primogeniturerbfolge verhandelte, verlangte letzterer, dass nach Erlöschen der männlichen Linie seines ältern Bruders ihm und seinen männlichen Nachkommen die Erbfolge in Gesammtösterreich (also auch in Böhmen und Ungarn) förmlich zuerkannt werde. Ferdinand entschuldigte sich, dass er dies Zugeständniss wegen seines Vertrages mit Spanien nicht machen könne. So kam der Vertrag zur Kenntniss Leopolds und dieser, statt über die anmassenden Ansprüche Spaniens aufzufahren, schwieg einfach zu denselben und liess die Sache auf sich beruhen. (Erbschaftsverhandlungen zwischen Ferdinand II und Leopold im Archiv des k. k. Minist. des Innern). — Nach dieser Seite ist indessen der Vertrag nicht praktisch geworden. Bekanntlich starb die männliche Nachkommenschaft Philipps III schon im Jahre 1700 aus, während die Ferdinands II erst im Jahre 1740 erlosch. Von Seite der in Spanien regierenden Bourbonen konnten füglich keine Ansprüche auf die österreichische Succession erhoben werden und doch geschah solches auf Grund des Vertrags von 1617. Spanien behauptete im Jahre 1740, dass der Vertrag von 1617 auch der weiblichen Nachkommenschaft Philipps III einen Vorzug vor der weiblichen Ferdinands II einräume, eine Behauptung, die einfach unwahr ist. Wir fügen dies hier deshalb hinzu, um zu zeigen, welchen Gehalt die im Jahre 1740 aufgetauchte Streitfrage hatte.

*) Simancas. Oñate's Schreiben dd. 14. Febr. 1620.

fangreicheren von Prag zu wählen. Zu allen diesen Anerbietungen fügte der Erzherzog bald darauf noch das Versprechen, er werde später in Ungarn und Böhmen dafür sorgen, dass daselbst die eventuelle Nachfolge der spanischen Prinzen auf gesetzliche Weise sichergestellt werde. Alle diese Verabredungen und Erklärungen blieben dem Kaiser und dem Cardinal gegenüber ein Geheimniss. Die Verhandlungen mit Spanien nahmen zum Schein für diese mit der Erklärung Oñate's ein Ende, dass er sich im Namen seines Herrn mit dem Vorzuge begnüge, welcher der männlichen Nachkommenschaft Philipps III vor der weiblichen Nachkommenschaft Ferdinands eingeräumt wurde. *) Die Frage wegen einer weitern Entschädigung wurde in dem für Mathias und Khlesl bestimmten Ausgleichsvertrage ausdrücklich auf eine gelegene Zeit verschoben, wodurch Ferdinand scheinbar zu nichts verpflichtet wurde. Khlesl musste es geschehen lassen, dass hiemit die Verhandlungen mit Spanien als beendet angesehen wurden.

Ein so grosses Gewicht man den geheimen Verträgen beilegte, so blieben sie doch ohne praktische Folgen. Als Ferdinand nach der Schlacht am weissen Berge in den Vollbesitz seines Erbes und des Kaisertitels gelangte und an Spanien den so sehr begehrten Elsass abtreten konnte, war es Philipp IV selbst, der freiwillig auf die Erfüllung des Versprechens verzichtete, weil er wohl einsah, dass diese Gebietsvermehrung auf den grössten Widerstand von Seite Frankreichs und wohl auch Deutschlands stossen würde, und eben so wenig gelangten die übrigen Bestimmungen des Vertrags zwischen Ferdinand II und Philipp III im Geräusche des 30jährigen Krieges zur Verwirklichung. Ferdinand blieb dauernd im Gesammtbesitz des bestrittenen Erbes und die geheimnissvollen und weitaussehenden Verhandlungen über die österreichische Succession hatten thatsächlich kein nennenswerthes Resultat. **)

Nach Beseitigung der spanischen Ansprüche war Khlesl

---

*) Oñate an Kaiser Mathias dd. 3. Juni 1617 Prag. Archiv von Raudnitz. — Simancas $\frac{2326}{35}$. El Consejo de Estado al Rey dd. 1. Jan. 1617.

**) Die Acten dieser spanischen Verzichtleistung im Archive von Simancas.

aus seinem letzten Schlupfwinkel herausgetrieben. Die Erzherzoge verlangten nun kategorisch eine definitive Sicherstellung des Tages, an welchem mit der Uebertragung der Nachfolge an Ferdinand Ernst gemacht werden sollte. Die Ausflüchte, welche der Cardinal hiebei gebrauchte, bestimmten sie, ihm ins Angesicht mit dem Schicksale zu drohen, das sie ihm heimlich zugedacht hatten. Auch Oñate, ihr nunmehriger Vertrauensmann, fand sich bei Khlesl ein, um ihn zu einem festen Versprechen für die Einberufung des Wahllandtages zu veranlassen. Als er trotz aller Argumente nicht zum Ziele gelangen konnte, drohte auch er dem Cardinal, und zwar mit einer Klage beim Papste, die seine Entfernung zum Zwecke haben sollte. Erschreckt durch die mehrfachen Drohungen, gab der Cardinal nach und bestimmte den Monat August für die Einberufung des Landtags und für die Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron. Die Erzherzoge gaben sich mit diesem ziemlich langen Aufschub zufrieden, erklärten aber zugleich vor Oñate, dass sie entschlossen seien, sich der Person des Cardinals zu bemächtigen, wenn der Termin nicht eingehalten würde. Oñate missbilligte diesen Entschluss nicht und berichtete hierüber nach Spanien.*)

Khlesl würde vielleicht dennoch Mittel und Wege gefunden haben, seinem Versprechen zu entgehen, wenn nicht ein für ihn sehr widriger Zwischenfall dies unmöglich gemacht und den Termin sogar abgekürzt hätte. Der Kaiser erkrankte gegen Ende April in der bedenklichsten Weise, so dass man seinem Tode entgegensah. Die Kaiserin, auf das äusserste besorgt, wollte den Erzherzog Maximilian, der sich mittlerweile mit Ferdinand von Prag entfernt hatte, zurückberufen, aber Khlesl verbot es geradezu, weil er mit Recht von der Ankunft des Erzherzogs unter solchen Umständen nichts gutes für sich prophezeien konnte. Die Gefahr verschlimmerte sich indessen so, dass der katholische Theil der böhmischen Oberstlandoffiziere den Kaiser trotz seines deutlichen Widerwillens um die unverweilte Festsetzung der böhmischen Nachfolge bestürmte. Ihre Mahnungen wurden von dem obersten Kämmerer, Herrn von Meggau, erfolgreich unter-

*) Simancas 711. Oñate's Briefe vom 19. und 20. April 1617.

stützt, so dass sich Mathias, unter dem doppelten Eindrucke dieses Drängens und der nahen Todesgefahr, zur Einberufung 1617 des böhmischen Landtages auf den 5. Juni bereit erklärte. Khlesl war in dem entscheidenden Augenblicke nicht in dem Krankenzimmer, sondern in dem anstossenden Gemache, wo er seiner tiefen Herzensangst in frommen Betrachtungen über den Unterschied der Stände Luft machte, wie z. B. der Kaiser vor Gott viel weniger bedeute als der geringste Mensch vor dem Kaiser, wobei er sich zeitweise mit Jammern und Wehklagen 1617 unterbrach.*) — Schon am ersten Mai wurden die königlichen Patente, welche den böhmischen Landtag zur Bestimmung der Nachfolge beriefen, veröffentlicht.

In dem Befinden des Kaisers trat darauf eine Besserung ein, für Khlesl leider viel zu spät. Man schrieb die glückliche Wendung der Krankheit einem besonderen Medicamente zu, welches einer der kaiserlichen Aerzte, Dr. Scato, verordnet hatte. Mathias weigerte sich Anfangs hartnäckig, dasselbe einzunehmen, da man sich aber davon in voraus eine grosse Wirkung versprach, so übernahm es Khlesl selbst, den Patienten nachgiebiger zu stimmen. Er trat vor ihn hin, erinnerte ihn an die Feldzüge in Ungarn und an mancherlei überstandene Gefahren, in denen er sich muthvoll benommen, und knüpfte daran die Nutzanwendung, dass er auch jetzt das Medicament einnehmen solle. Mathias liess sich überreden und sein Zustand besserte sich so bedeutend, dass er im Laufe des Monats Mai das Krankenlager verlassen konnte. — In den Tagen der Gefahr besprach sich Erzherzog Maximilian mit dem Herrn von Harrach über die nach dem etwaigen Tode des Kaisers zu ergreifenden Massregeln und gab demselben bei seiner Abreise nach Prag die weitgehendsten Vollmachten. Er wollte ihm auch den Auftrag geben, auf die erste Kunde von dem Tode des Kaisers den Cardinal zu verhaften, liess aber auf die Mahnung des vorsichtigern Ferdinand davon ab.**)

*) Sächs. Staatsarchiv 10676 Wahlacten Ferdinands. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{1.\ \text{Juni}}{22.\ \text{Mai}}$ 1617.

**) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Ferdinand an Max. dd. 17. Mai 1617.

Die Krankheit war gewichen, aber zum Verdrusse für Mathias und seinen Rathgeber blieb die Landtagsausschreibung mit der ausdrücklichen Hinweisung auf die Bestimmung der Nachfolge eine unvertilgbare Thatsache. Dagegen überraschte die so frühzeitige Berufung des Landtages die Erzherzoge auf das angenehmste, doch verminderte die Freude nicht ihre Wachsamkeit, denn Maximilian fürchtete beständig des Kaisers Schwäche oder irgend eine neue Tücke des Cardinals. Um letzterer vorzubeugen, verfiel er auf eine eigenthümliche List. Er sandte den Herrn von Wolkenstein nach Prag, angeblich um dem Bruder zu seiner Genesung Glück zu wünschen, thatsächlich aber um den Cardinal zu überwachen. Zugleich sollte der Gesandte an mehreren Orten unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit das Gerücht verbreiten, dass der Papst gegen Khlesl ebenso erbittert sei, wie die beiden Erzherzoge und den letzteren eine Vollmacht gegeben habe, gegen denselben ohne Rücksicht auf seine Würde vorzugehen, wenn er der Successionsangelegenheit noch weiter hinderlich sein werde. Diese Vollmacht existirte, wie man leicht begreifen kann, nur im Reiche der Phantasie und die geheimnissvollen Mittheilungen Wolkensteins waren darauf berechnet, durch Zwischenträger zur Kenntniss des Cardinals zu gelangen, damit die Angst ihn abhalte, das gegebene Wort zu brechen.

Die Wirkung war fast zu stark, denn es hiess, dass Khlesl plötzlich seine sämmtliche Habe in Prag zusammenpacken lasse und an einen sichern Ort absende. Indessen dauerte seine Befangenheit nicht lange, denn schon nach einigen Tagen verbreitete sich das Gerücht, Khlesl habe ein neues Mittel gefunden, um noch in der letzten Stunde Ferdinands Erhebung zu hindern. Er schlug nämlich dem Kaiser vor, statt Ferdinand dessen Sohn Johann Karl, einen damals kaum 12jährigen schwächlichen Prinzen — er starb im J. 1619 — für die Nachfolge zu bestimmen. Dieser Plan zerfloss jedoch gleich einer Seifenblase, da es zu derartigen künstlichen Verzögerungen an Zeit gebrach. Der 5. Juni stand vor der Thür und der Adel von Böhmen so wie die königlichen Städte rüsteten sich zu ihrer Betheiligung an dem unaufschiebbaren und unver-

meidlichen Landtage. Auch Ferdinand war abermals in Prag eingetroffen und er war nicht der Mann, der zu Gunsten eines dritten, auch wenn es sein eigener Sohn war, auf seine Rechte verzichtet hätte. Doch erreichte er sein Ziel nicht, ohne noch eine bittere Pille verschlucken zu müssen, die ihm wahrscheinlich Khlesls wohlwollendes Gemüth gedreht hatte. Bei einer Hoftafel, der Ferdinand einige Tage vor der Landtagseröffnung beiwohnte, erlustigte der Hofnarr Nelli die Tischgesellschaft durch mancherlei Schwänke, als er plötzlich dem Kaiser mit lauter, allen Anwesenden vernehmlicher Stimme zurief: „Alter, Alter, lege du das Haupt nicht nieder, sonst werden diese Beiden sich zusammenfinden!“ Dabei wies er auf die noch jugendliche tief erröthende Kaiserin und den vor kurzem verwittweten Erzherzog hin. Diese Anspielung, deren Sinn Niemandem entging, war mehr als ein Scherz, sie war eine Verläumdung, die keine Berechtigung hatte, da sich die Kaiserin den Ansprüchen Ferdinands gegenüber stets abweisend oder mindestens gleichgiltig benommen und sie bei ihrem phlegmatischen Temperamente, ihrer zurückgezogenen und frommen Lebensweise eine derartige Verdächtigung in Gegenwart ihres Gatten nicht verdient hatte. Man darf es bezweifeln, dass Nelli sich einen so frechen Scherz erlaubt hätte, wenn er von dem Cardinal nicht dazu aufgemuntert worden wäre und an ihm nicht einen Rückhalt gefunden hätte. Der Zweck des Angriffes war aber erreicht, wenn des Kaisers Gemüth mit Misstrauen und heimlichem Groll gegen Ferdinand erfüllt wurde. *)

---

*) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{22.\ \text{Mai}}{1.\ \text{Juni}}$ 1617.

Zweites Kapitel.

Die religiösen und politischen Zerwürfnisse zwischen Mathias und seinen Unterthanen, insbesondere den Böhmen, vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges.

I Beginn der religiösen Streitigkeiten in Böhmen unter Mathias. Streit, ob die Kirchengüter als königliche anzusehen seien. Braunau. Lösung dieser Frage auf Grund der böhmischen Verfassungsverhältnisse. Opposition der Protestanten gegen die königliche Entscheidung. Die Reformation auf den königlichen Gütern. Neustraschitz.

II Des Kaisers Bemühungen zur Aufstellung eines Heeres. Die Opposition in Gesammtösterreich im Wachsen. Landtag von Budweis (Januar 1614). Die Versprechungen von 1611. Thurn und Fels. Der Generalconvent in Linz (August 1614).

III Die Vorbereitungen zum prager Generallandtag von 1615. Die Verhandlungen zwischen den Ländern der böhmischen Krone über die Conföderation und Defension. Die Verhandlungen mit Nieder- und Oberösterreich. Die Verhandlungen über die Kreistage und Erbeinigungen. Die Steuerbewilligungen der Stände.

IV Die Beschwerdeschrift der böhmischen Protestanten zur Zeit des Generallandtages. Die brandeiser Erklärung (Mai 1616). Eigenthümliche Bedeutung des „Vergleichs". Bittschrift der protestantischen Beamten und Räthe. Verletzung des Majestätsbriefes.

I

Die Erzählung über die Verhandlungen in der Successionsfrage zwischen dem kaiserlichen Hofe, Spanien und den geistlichen Kurfürsten zeigte, dass Furcht bei denselben die treibende Ursache war. In Deutschland besorgten die Habsburger, dass die Protestanten ihnen um jeden Preis die Reichskrone entziehen wollten, in Böhmen und Ungarn, ja selbst in dem Erzherzogthume Oesterreich fürchteten die Anhänger dieser Dynastie einen allgemeinen Aufstand und damit im Zusammenhange die völlige Veränderung der Besitzverhältnisse. War diese Sorge in der That so tief begründet oder heuchelte man sie bloss, um auf leichtere Weise zu einem ersehnten Ziele zu gelangen und die besorgten Gemüther zu Concessionen zu bewegen, welche

eine Erweiterung und Befestigung der habsburgischen Herrschaft zur Folge haben mussten? Nein, die Sorge hatte mehr Begründung, als die Bedrohten selbst glauben mochten. ¡Sie hatte erstens ihren Grund in der tiefen Kluft, welche die religiösen Wirren zwischen den Habsburgern und ihren Unterthanen geschaffen hatten, zweitens in der damit in Zusammenhang stehenden Zersetzung des staatlichen Lebens in Oesterreich und endlich drittens in der Entschlossenheit der von dem heidelberger Cabinete geleiteten protestantischen Fürsten, welche den morschen deutschen Zuständen ein Ende machen und sie durch neue ersetzen wollten. Die Gefahr für die Habsburger bestand nicht so sehr in einer einzigen dieser Ursachen, sondern in ihrem Zusammentreffen und ihrer Zusammenwirkung. Die einander verwandten Elemente hatten sich kennen gelernt und waren zu einem gemeinschaftlichen Angriffe gegen den gemeinsamen Gegner entschlossen. Es fehlte nur an einem tüchtigen Führer.

Wir haben an die Spitze der die habsburgische Herrschaft untergrabenden Elemente die religiösen Zerwürfnisse zwischen diesem Hause und seinen protestantischen Unterthanen gesetzt. Man dürfte wohl fragen, ob die grossen Bewegungen von 1608 und 1609 diese Wirren nicht beigelegt hatten. In Ungarn, in Oesterreich und Mähren hatte sich Mathias zu den bedeutendsten Concessionen an die Protestanten verstanden, in Böhmen wurde ihnen von Rudolf II der Majestätsbrief gegeben und nach dem Muster desselben den übrigen böhmischen Nebenländern gleiche Privilegien ertheilt. Weshalb haben diese Gesetze nicht genügt, um ein erträgliches Zusammenleben der Katholiken und Protestanten herbeizuführen und den letztern die Ursache zu Klagen gegen ihre Herrscher zu benehmen? Wie kam es, dass alle die Concessionen die alten Wunden nicht schlossen, sondern ununterbrochen eitern liessen?

Der Grund liegt darin, dass alle die Concessionen und Majestätsbriefe nur durch Gewalt abgerungen und von den Herrschern wider ihre Neigung und bessere Ueberzeugung gegeben worden waren, dass die Katholiken die neuen Gesetze als einen Angriff auf ihre Rechte betrachteten und verabscheuten und dass sie bei ihren Herrschern, zu denen sie allein in vertrau-

lichen Beziehungen standen, eine ähnliche Gesinnung wachhielten. Am selben Tage, an dem die neuen Religionsgesetze gegeben wurden, dachten die Katholiken auch schon an ihre Beseitigung. Es ist eine lange Geschichte, wie sie Schritt für Schritt diesem Ziele nachstrebten, wie sie, trotz manches erzwungenen Rückzuges, immer wieder auf diesem Wege weiter gingen, bis der wechselseitige Hass der Gegner so arg wurde, dass er nur mit dem Untergange der einen Partei enden konnte. In Böhmen war die Scheidung der Gegner am schroffsten, hier bekam der Kampf seine grösste Ausdehnung und wurde mit höchster Erbitterung geführt, bis er endlich die unmittelbare Veranlassung zu einem 30jährigen Kampfe wurde, der die Mitte von Europa zerfleischte. Die ersten Ursachen seiner Entstehung knüpfen sich fast unmittelbar an den Majestätsbrief von 1609.

Man nimmt gewöhnlich an, dass die protestantischen Beschwerden im J. 1609 durch die Ertheilung des Majestätsbriefes ausgeglichen wurden. Indessen war es nicht diese Urkunde allein, welche den damaligen Streit schlichten sollte, neben und gleichzeitig mit ihr wurde ein sogenannter „Vergleich zwischen den katholischen und protestantischen Ständen“ mit Zustimmung des Kaisers abgeschlossen, der einige Detailfragen über das wechselseitige Verhältniss der beiden Religionsparteien, die durch den Majestätsbrief nicht entschieden wurden, „ordnete.“ Der „*Majestätsbrief*“ und der „*Vergleich*“ waren also die neuen religiösen Grundgesetze des Landes. Aus ihrem beiderseitigen Inhalt ging hervor, dass sich *jeder* (ob freie oder unfreie) Bewohner Böhmens fortan zu der sogenannten „böhmischen Confession“ *) bekennen und Niemand zum katholischen Glauben ge-

*) Die böhmischen Protestanten erlangten durch den Majestätsbrief die Freiheit des Bekenntnisses für jene, die sich zur sogenannten „böhmischen Confession“ bekennen würden. Dieselbe war ein Gemenge husitischer, lutherischer und kalvinischer Lehren. Die Anhänger derselben wollten sich die Bezeichnung „evangelische Christen“ beilegen, Kaiser Rudolf II bewilligte dies nicht, sondern verlangte, sie sollten sich Utraquisten nennen, und setzte diesen seinen Wunsch durch. Wir wenden die Bezeichnung „Utraquisten“ nicht an, sondern bedienen uns der passenderen „Protestanten“, weil man unter Utraquisten zunächst

zwungen werden durfte. Das Recht des Kirchenbaues sollte jedoch nur den drei höheren Ständen, d. i. den Herren, Rittern und königlichen Städten, überdies aber auch den Bewohnern der „königlichen Güter" freigestellt sein. Diese letztere, die königlichen Güter betreffende Bestimmung fand sich nicht im Majestätsbriefe, sondern nur im Vergleiche vor, der ausserdem noch einige Verfügungen enthält, durch welche die Besitzverhältnisse der Katholiken und Protestanten in Bezug auf die Kirchen und Pfarren geregelt werden. Die weiter greifenden Bestimmungen des Vergleiches sind es, die später die bittersten Streitigkeiten hervorriefen, und schliesslich mit einem unheilbaren Zerwürfnisse endeten.

Der erste Streitfall trat schon unter Rudolf II ein und betraf die Braunauer. Die Bürger dieser dem Benedictinerstift Braunau gehörigen Stadt waren schon seit Jahren in heftigen Glaubensstreitigkeiten mit dem Abte Wolfgang Selender begriffen. Mit der Ertheilung des Majestätsbriefes nahm der mannigfache, von ihrem geistlichen Oberherrn gegen sie ausgeübte Zwang ein Ende, sie konnten ungehindert ihrer Meinung folgen und die Mehrzahl bekannte sich offen zum Protestantismus. Bald darauf beriefen sie, trotz des Verbotes ihres Grundherrn, einen Prediger in die Stadt und führten ihn in die Stadtkirche ein. Der Abt verklagte sie deshalb bei der böhmischen Kanzlei und diese entschied, dass die Braunauer zu einem derartigen Eingriffe in die Patronatsrechte nicht befugt seien. Die Entscheidung war völlig gesetzlich, sie schützte den durch den Vergleich gewährleisteten katholischen Besitzstand und die Patronatsrechte des Grundherrn. Die protestantischen Stände selbst, obwohl eifersüchtige Hüter ihrer neuen Freiheiten, wussten gegen ihre Gesetzmässigkeit nichts einzuwenden.

Die Braunauer schlugen jetzt einen andern Weg zur Be-

nur die Nachfolger des Hus, wie sie sich im 15. und 16. Jahrhunderte in Böhmen entwickelt haben, versteht. Diese alten Utraquisten waren nur wenig von den Katholiken verschieden, während jene, die den Majestätsbrief errungen haben, sich ausschliesslich auf protestantischem Boden bewegten und sonach als Protestanten bezeichnet werden müssen.

friedigung ihrer geistlichen Bedürfnisse ein. Mit Hilfe von Sammlungen, die sie theils unter sich selbst, theils in der Fremde anstellten, begannen sie den Bau einer eigenen Kirche gerade zur Zeit, als Rudolf genöthigt wurde, Böhmen an Mathias abzutreten. 1611 Auch gegen diesen Vorgang klagte der Abt bei Mathias als gegen eine Verletzung der bestehenden Gesetze. Bevor dieser die Entscheidung fällte, wandte er sich an die obersten Beamten um ein Gutachten, *ob den Bewohnern geistlicher Güter der Bau eigener Kirchen ohne Bewilligung ihrer Grundobrigkeit gestattet sei.* Eine Anzahl katholischer Kronbeamten antwortete auf diese Anfrage verneinend, worauf Mathias den Braunauern die Weiterführung des Baues verbot.*) Dagegen erhoben die protestantischen Stände Einsprache als gegen eine Verletzung der religiösen Gesetze von 1609. 25. Aug. 1611

Der Grund, weshalb Mathias zur allgemeinen Ueberraschung die Entscheidung treffen konnte, dass die Bewohner geistlicher Güter nicht das Recht des Kirchenbaues hätten und weshalb wiederum die Protestanten das Gegentheil behaupteten, lag in einer verschiedenartigen Auffassung der böhmischen Verfassungsverhältnisse. Wie oben erzählt worden, ertheilte der Majestätsbrief den drei Ständen das Recht des Kirchenbaues, der Vergleich überdies noch den Bewohnern der königlichen Güter. Unter den königlichen Gütern verstanden nun die Protestanten nicht bloss das, was man gewöhnlich darunter versteht, sondern auch den geistlichen Besitz und behaupteten, im Vergleiche sei letzterer in der allgemeinen Bezeichnung „königliches Gut" mit einbegriffen. Die Katholiken und mit ihnen Mathias bestritten

*) In der anderen Apologie ist dieser Befehl des Kaisers zweimal abgedruckt N. 73 und N. 87, einmal ist er vom 25. Aug., das anderemal vom 20. Aug. datirt. Da unter N. 86 das Gutachten der kath. Kronbeamten vom 23. Aug. datirt ist, so nehmen wir den 25. Aug. als das wahrscheinlichere Datum des kaiserlichen Befehles an. Wir sagen nur als das wahrscheinlichere Datum, weil die andere Apologie in Bezug auf Genauigkeit alles zu wünschen übrig lässt. Ihre im Ganzen richtigen Angaben sind durch die geistige Beschränktheit des Zusammenstellers so confus untereinander gemengt, dass es trotz der genauesten archivalischen Studien oft unmöglich ist, von ihnen den entsprechenden Gebrauch zu machen.

die Richtigkeit dieser Auslegung; jeder Theil führte für sich eine Reihe von Beweisgründen an.

Die Beweisgründe der Protestanten gipfelten in dem Satze, dass nach der Verfassung der Clerus nicht der Eigenthümer der geistlichen Güter, sondern nur ihr Nutzniesser sei, das wahre Eigenthumsrecht stehe dem Könige zu, der die genannten Güter beliebig verschenken, verkaufen und verpfänden könne. Zur Begründung dieser den Besitzverhältnissen und Rechtsanschauungen des Mittelalters so diametral widerstreitenden Theorie, die sich in Böhmen erst nach den Husitenstürmen geltend machte, führten sie die Artikel A 11, D 49, Q 6 und Q 11 der Landesordnung an. Im Artikel A 11 verbot die Landesordnung den Klöstern und überhaupt den geistlichen Besitzern etwas von ihrem Besitze ohne Bewilligung des Königs zu verpfänden oder zu vertauschen. In diesem wie im Artikel D 49 wird der geistliche Besitz ausdrücklich als „zur königlichen Kammer“ gehörig anerkannt. Indessen dürfte sich aus diesen zwei Bestimmungen der Landesordnung nicht, wie die Protestanten wollen, ein Obereigenthumsrecht des Königs ableiten lassen, sondern nur ein Oberaufsichtsrecht desselben, das allerdings für ihn mit finanziellen Vortheilen verknüpft war. Schwerer jedoch fielen in die Wagschale zu Gunsten der Protestanten zwei andere Bestimmungen der Landesordnung, nämlich die Artikel Q 6 und Q 11. Der erstere, Q 6, bezieht sich auf die Auslösung von Pfandschaften und setzt die Art und Weise fest, wie diese Auslösung geschehen dürfe. Bezüglich der geistlichen Güter wird hiebei ausdrücklich bestimmt, dass die Klöster und alle übrigen geistlichen Besitzer die Verschreibungen zu respectiren hätten, welche die böhmischen Könige Jemandem auf ihr Besitzthum ertheilt hätten oder *in Zukunft* ertheilen würden. Diese Verschreibungen bestanden nach den weiteren Angaben des erwähnten Artikels entweder darin, dass der König geistliche Besitzungen für eine oder mehrere Lebensdauern an Laien verschenkte oder aber mit Pfandsummen belastete, deren Auszahlung den betreffenden Klöstern oder Geistlichen zur Last fiel.

Das durch diesen Artikel den böhmischen Königen ausdrücklich für die Zukunft vorbehaltene Recht, geistliche Güter

zu belasten oder (für ein oder mehrere Geschlechtsfolgen) zu verschenken, wurde von den Habsburgern selbst häufig geübt, so dass diese für die Interpretation der Protestanten einen thatsächlichen Beweis lieferten. Insbesondere hatte Ferdinand I in seinen mannigfachen Bedrängnissen die geistlichen Güter in Böhmen nicht bloss verpfändet oder belastet, sondern auch geradezu verkauft und sonach von der im Artikel Q 6 ihm ertheilten Befugniss den ausgedehntesten Gebrauch gemacht. Allerdings fühlte er dabei einige Gewissensskrupel und gab ihnen den lebhaftesten Ausdruck in dem Codicill, das er im J. 1547 zu seinem schon im J. 1543 verfassten Testamente hinzufügte. Die für uns höchlich interessante Stelle desselben lautet wörtlich also: „Da Jedermann für ehrbar und recht erkennt, dass keiner „seinem Nächsten das Seinige wider seinen Willen nehme und „hingebe, so schliessen wir mit wohlbedachtem Muthe und rechter „Wissenheit, dass auch weder wir, unsere Nachkommen, noch „die Stände und Unterthanen Gott dem Allmächtigen, unserem „Schöpfer und Erlöser, und seinen Kirchen oder den Ihm ergebenen „geistlichen Personen das Ihrige nehmen, hingeben, noch ent„ziehen sollen. Und da entgegen mag uns und die Stände unserer „Krone Böhmen nicht schirmen oder fürtragen obberürte Un„sere und Ihre *Freiheit*, *Brauch und Landesordnung* . . . Darum „und dieweil sich Niemand schämen soll, seinen Irrthum zu be„kennen und zu bessern, so erkennen wir unseres Theils solche „Freiheit, Gebrauch und Landesordnung in dem Artikel *) für „unkräftig und unbündig und ist uns leid, dass wir darin be„willigt und darauf mit der That etliche geistliche Güter erblich „hinzugeben fürgenommen haben.“

Nach diesem Geständnisse mahnt Ferdinand seine Söhne, der Kirche den von ihm zugefügten Schaden zu ersetzen und die böhmischen Stände zu einer Aenderung ihrer bisherigen Behandlung der geistlichen Güter zu vermögen. Da er nach Abfassung des Codicills noch 17 Jahre lebte, so hätte er wohl hinreichend Gelegenheit gehabt, das gegebene Aergerniss selbst gut zu

*) Ferdinand kann hier speciell nur den Artikel Q 6 im Sinne haben, in zweiter Linie mochte er wohl an A 11 und D 49 denken.

machen oder bei den Ständen eine Besserung der bisherigen rechtlichen Stellung der geistlichen Besitzer zu beantragen; allein er benützte die lange Frist, die ihm zu leben vergönnt war, sehr unvollkommen und erfüllte nur zum kleinsten Theil die Erwartungen, die man nach den frommen Worten seines Codicills von ihm zu hegen berechtigt war. Im J. 1558 brachte er auf die Bitte des prager Domkapitels bei dem Landtage den Vorschlag ein, dass die Güter des Kapitels und der Domkirche für alle Zukunft ihren jetzigen Nutzniessern gehören und von dem Könige weder verkauft noch verpfändet werden dürften. Die Stände nahmen den Vorschlag an und so erlangte er Gesetzeskraft. Dagegen blieb der ganze übrige geistliche Besitz auch ferner von dem Belieben des Königs abhängig, denn in dem betreffenden Landtagsbeschlusse von 1558 hiess es ausdrücklich nach der zu Gunsten des Kapitels und der Domkirche gemachten Ausnahme, dass „dieselbe der bisherigen Landesordnung betreffs der übrigen geistlichen Güter, die der Verfügung des Königs und seiner Nachfolger anheimgestellt seien, nicht zum Nachtheile gereichen solle.“ Dieser Beschluss wurde zur grösseren Sicherheit der Landesordnung einverleibt und bildete fortan in derselben den Absatz Q 11. Wenn einerseits Ferdinand durch die dem Kapitel zu Theil gewordene Begünstigung einen Theil des geistlichen Besitzes von jeder willkürlichen Behandlung befreite, so war er andererseits Ursache, dass bezüglich des Restes dem Könige die freie Verfügbarkeit entschiedener als je zugesprochen wurde. Der der Landesordnung neu einverleibte Artikel Q 11 liess über die Frage bezüglich des Charakters des geistlichen Besitzes die für den Clerus nachtheiligste Antwort zu.

Die Protestanten führten weiter für sich an, dass die Nachfolger Ferdinands I in der Behandlung des geistlichen Eigenthums in die Fussstapfen dieses Königs getreten seien und konnten aus der späteren Zeit sogar den Beweis liefern, dass die Katholiken dies Verfahren mit Rücksicht auf die böhmische Verfassung correct fanden. Im J. 1598 verlangte nämlich Rudolf II, als er in seinen mancherlei Nöthen daran war, einige geistliche Besitzthümer zu seinen Gunsten zu verwenden, von den obersten Landesbeamten ein Gutachten, ob er dazu berech-

tigt sei. Zdeněk von Lobkowitz, der schon damals Kanzler war, erwiederte, dass der Kaiser ohne Zustimmung des Papstes geistliche Güter verpfänden, belasten und verkaufen könne, denn der ganze geistliche Besitz in Böhmen sei nach der Verfassung des Landes königliches Eigenthum und die Vorfahren des Kaisers, Ferdinand I und Maximilian II, hätten sich darnach gerichtet. *) Dem Gutachten des Kanzlers stimmten damals die sämmtlichen obersten Beamten bei, so dass sich kein Zwiespalt unter ihnen geltend machte. Nach dieser landläufigen und den Katholiken wohlbekannten Theorie deuteten also die Protestanten im J. 1609 die Bezeichnung „königliche Güter" im weiteren Umfange und stilisirten nach dieser Deutung jene Bestimmungen des Vergleichs, vermöge welcher den Bewohnern der „königlichen Güter" das Recht des Kirchenbaues zuerkannt wurde. Slawata selbst bezeugt, dass sie ihre eigentliche Meinung bei den Verhandlungen nicht verhehlt hätten. **) — Schliesslich beriefen sich auch die Protestanten zur Bekräftigung ihrer Ansprüche auf den Wortlaut des Majestätsbriefes, den sich die Schlesier mit böhmischer Hilfe im J. 1609 errungen hatten und in dem den Bewohnern geistlicher Güter alle Freiheit der religiösen Uebung zugesprochen wurde. Wenn sich die Schlesier — argumentirten die Böhmen — durch unsere Hilfe diese Freiheit errungen haben, um viel eher hätten auch wir in unseren Glaubensprivilegien den Zusatz betreffs der geistlichen Güter einführen können, wenn er uns nöthig erschienen wäre.

Gegen diese Auffassung argumentirten die Katholiken und namentlich das von den obersten Landesbeamten dem Mathias im J. 1611 übergebene Gutachten in folgender Weise. Sie fanden den Hauptmangel in der Berechtigung der protestantischen Forderung vor allem darin, dass der Majestätsbrief und der Vergleich von den Bewohnern der geistlichen Güter schwiegen; ein so wichtiges, einem Theile der unfreien Bevölkerung ertheiltes Recht hätte klar und deutlich, nicht aber stillschweigend festgesetzt werden sollen. Ferner bestritten sie, dass durch die

*) Slawata's Memoiren Theil VIII.

**) Andere Apologie, Gutachten des Kanzlers. S. 350.

Artikel A 11 und D 49. in welchen die geistlichen Güter als zur königlichen Kammer gehörig bezeichnet werden, den Königen ein Obereigenthumsrecht über dieselben zugesprochen werde. Die genannten Artikel seien nur dahin zu deuten, dass sie den König zum obersten Schutzherrn des geistlichen Besitzes machen. Die Artikel Q 6 und 11 übergingen sie entweder mit Stillschweigen, weil sich ihre den Katholiken ungünstige Deutung nicht hinwegläugnen liess, oder sie bekämpften geradezu die Rechtsgiltigkeit derselben. Kein Katholik, sagten sie, könne je zugeben, dass Bestimmungen, die so sehr gegen alle kirchlichen Gesetze und gegen die Heiligkeit des geistlichen Besitzes verstossen, Giltigkeit haben könnten; auch sei Artikel Q 6 unter Wladislaw II von den utraquistisch gesinnten Ständen beschlossen und schon von Ferdinand in seinem Testament als im höchsten Grade verwerflich bezeichnet worden. Sie vergassen dabei, dass Ferdinand trotzdem den Artikel Q 6 nicht umstiess, sondern durch den noch gefährlicheren Artikel Q 11 vervollständigte. — Mit mehr Recht verwahrten sich die Katholiken gegen die Herbeiziehung des schlesischen Majestätsbriefes, um damit die in den böhmischen Glaubensprivilegien vorhandene Lücke zu ergänzen. Aber selbst für den Fall, dass die Subsumtion der geistlichen Güter unter den Begriff des königlichen Besitzes Giltigkeit habe, verwahrten sie sich gegen die daraus gezogenen Consequenzen. Die Eigenthumsfrage sei nämlich verschieden von der, welche gutsherrlichen Rechte der geistliche Besitzer auf seinen Gütern auszuüben befugt sei. Das allfällige Recht der Könige, geistliche Güter in Beschlag zu nehmen, sei nie so weit gegangen, dass die geistlichen Besitzer, so lange sie dieselben inne hatten, nicht alle herrschaftlichen Rechte genossen hätten, wie ein jeder Edelmann auf seinen Gütern. Stets hätten die Unterthanen geistlicher Herren diesen die Unterthänigkeit und Leibeigenschaft angelobt, wie einem weltlichen Herrn, und wenn also ein geistlicher Besitzer bis auf den heutigen Tag alle Rechte eines weltlichen ausgeübt habe, so könne er eines derselben nicht willkürlich entkleidet werden. Darf auf dem Besitze eines Laien ein Unterthan ohne Erlaubniss seiner Herren sich keine Kirche bauen, so darf er dies auch

nicht auf einem geistlichen Gute ohne Erlaubniss seiner Obrigkeit thun.

Fasst man die Argumente beider Parteien zusammen, so lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Protestanten für ihre Behauptung bezüglich der üblichen Subsumtion des geistlichen Besitzes unter die Bezeichnung „königliche Güter" gewichtige Beweise aus der Geschichte und der Landesordnung beibringen konnten. Am Schlusse aller dieser Beweise und Gegenbeweise kommt man allemal zu der Frage: Wie hat man im J. 1609 bei Abfassung des Vergleiches die Bezeichnung „königliche Güter" verstanden? Und hier lautet die Antwort zu Gunsten der Protestanten. Sie hatten damals mit dem Ausdruck „königliche Güter" sowohl den königlichen als den geistlichen Besitz bezeichnet, sie hatten damit vor den Katholiken kein Hehl gemacht und letztere hatten also kein Recht, die Worte „königliche Güter" jetzt in einer engeren, ihnen zusagenden Weise zu deuten. Wer hätte übrigens die Protestanten im J. 1609 hindern können, in die betreffenden Glaubensgesetze jene Bestimmungen einzutragen, die ihnen gut dünkten?

Und schliesslich, warum setzten die Protestanten im Vergleiche fest, dass den Bewohnern der königlichen Güter das Recht des Kirchenbaues zustehen solle? Offenbar aus dem Grunde, damit denselben nicht für immer die Aussicht benommen werde, ihren religiösen Bedürfnissen in aller Bequemlichkeit zu genügen und in passender Nähe die nöthigen Kirchen zu besitzen. Denn von den Königen als Katholiken konnte nie angenommen werden, dass sie freiwillig auf ihren Gütern den Protestanten Kirchen zu bauen gestatten würden, wenn die letzteren nicht durch ein Gesetz in Schutz genommen wurden. Machte sich aber nicht derselbe Grund auch bei den geistlichen Besitzern geltend? Waren diese bezüglich ihres Glaubensbekenntnisses nicht noch unwandelbarer als der König? Weshalb sollten die Protestanten mehr Bedenken getragen haben, den geistlichen Besitzern eine Fessel anzulegen, die sie ohne alle Skrupel dem Könige angelegt hatten? Ob es übrigens für die Protestanten nicht ein Gebot gewöhnlicher Klugheit gewesen wäre, sich in ihren von ihnen selbst entworfenen Glaubensgesetzen einer ausführlicheren Sprache zu

bedienen, ist eine andere Frage und kann allerdings, mit Rücksicht auf die folgenden Ereignisse und in Betracht gleichzeitiger ähnlicher Vorgänge, unbedingt bejaht werden.*)

Gegen die Entscheidung des Kaisers in der braunauer Streitfrage erhoben sich zuerst die Defensoren. Die Entstehung ihres Amtes datirte aus dem J. 1609; damals hatten es die Protestanten durchgesetzt, dass der Schutz ihrer Glaubensinteressen fortan einem Collegium, dessen Mitglieder den drei Ständen angehörten, anvertraut wurde. Die Mitglieder dieses Collegiums führten den Namen Defensoren. Bei der ungeheuern Tragweite der braunauer Angelegenheit getrauten sich die letzteren nicht selbständig vorzugehen, sondern hielten es für ihre Pflicht, die Entscheidung einer zahlreicheren Versammlung zu überlassen. Nach den von Rudolf sanctionirten Beschlüssen des J. 1609 durften sie in wichtigen Fällen alle protestantischen Landesbeamten und königlichen Räthe sowie sechs ständische Vertreter aus jedem Kreise des Landes zu einer gemeinsamen Berathung einladen. Sie machten von ihrer Befugniss Gebrauch und so

*) Unwillkürlich stellt man auch die Frage, wie es kam, dass die Protestanten nicht auch für ihre Glaubensgenossen auf den Gütern katholischer Herren sorgten und nicht auch ihnen das Recht des Kirchenbaues erwirkten. Die Antwort darauf lautet, dass sie dies mit merkwürdiger Naivität für überflüssig ansahen und glaubten, dass, wenn den Bauern das Recht des protestantischen Bekenntnisses gewahrt würde, katholische Gutsherren ihnen von selbst den Bau von Kirchen gestatten würden. Die beste Illustration hiezu liefert Slawata. Als die Verhandlungen über den Majestätsbrief im J. 1609 im Gange waren und dessen Bestätigung schon nahe bevorstand, fand sich bei ihm in Prag eine Deputation seiner neuhauser Unterthanen ein und bat ihn um die Erlaubniss für den Bau einer protestantischen Kirche. Budowec selbst empfahl das Anliegen der Deputation. Slawata entschuldigte sich, dass er die Erlaubniss nicht eher geben werde, als bis das neue Religionsgesetz in der Landtafel eingetragen sei und damit Gesetzeskraft erlangt habe, bis dahin möchten sich die Bittsteller gedulden. Als sie später ihre Bitte wiederholten, wies er sie einfach ab, weil den Unterthanen auf den Gütern des Adels das Recht des Kirchenbaues nicht zustehe. Hätte er ihnen früher alle Hoffnung benommen, so würde Budowec wahrscheinlich für die Erweiterung des Majestätsbriefes Sorge getragen haben. (Slawata's Memoiren Theil VIII.)

kam am 11. November in Prag eine an 100 Theilnehmer zählende Versammlung zu Stande, in der Glaubenseifer, Entschlossenheit und Erbitterung die Herrschaft führten. — In einer Sitzung, die im Karolingebäude stattfand, wurde beschlossen, die Braunauer zum Weiterbau ihrer Kirche aufzufordern und sich dabei weder durch geistliche noch weltliche Verbote stören zu lassen.*) Zugleich wurde den Statthaltern, die seit des Mathias Abreise von Prag die Regierung führten — es waren dies die Inhaber der obersten Aemter — angezeigt, dass die Protestanten nicht geneigt seien, sich mit Jemandem über den Sinn der Religionsgesetze in einen Streit einzulassen, sondern dass sie sich an den klaren und unzweifelhaften Inhalt derselben halten würden. Von diesen Beschlüssen setzten die Defensoren auch Mathias in Kenntniss und verwahrten sich energisch gegen die vom braunauer Abte in Anspruch genommenen obrigkeitlichen Rechte, „Alle Aebte, Pröpste und in Summa der ganze Clerus in Böhmen sind Euer Majestät Kammer, d. h. ihre Besitzungen sind königliches Eigenthum, sie sind nur aus königlicher Gnade Nutzniesser gewisser Besitzungen, so lange es Euer Majestät gefällt.“**) 1611

Das Auftreten der Defensoren hatte den Erfolg, dass die Braunauer eifrig im Bau ihrer Kirche fortfuhren und dieselbe im Laufe des Jahres 1612 ihrer Vollendung entgegen brachten, worauf ein Prediger unverweilt die geistlichen Functionen in derselben zu verrichten anfing. Die königliche Auctorität erlitt durch das entschlossene Vorgehen einiger Klosterunterthanen eine Schlappe, wie sie nicht grösser sein konnte. Mathias beschränkte sich während des Weiterbaues darauf, den braunauer Streitfall von einigen Personen seines Vertrauens nochmals untersuchen zu lassen. Ihr Gutachten erörterte die rechtliche Seite des Streites, stützte sich meist auf die oben angeführten katholischen Argumente und empfahl dem Kaiser keinen Schritt breit nachzugeben.***) Diesem ausschliesslich juristischen Gutachten

*) Andere Apologie Nr. 72.

**) Andere Apologie Nr. 74.

***) Archiv des k. k. Unterrichtsministeriums in Wien. Gutachten einiger Räthe an Mathias.

schloss sich ziemlich bald ein anderes, mehr politisches an, dessen Verfasser uns unbekannt, wahrscheinlich aber unter den Mitgliedern des kaiserlichen Geheimrathes zu suchen sind und das die Mittel und Wege angab, wie der Kaiser in dem ausgebrochenen Streite Recht behalten könnte. *) Da sich manche Stimmen erhoben hatten, welche zur Schlichtung des braunauer Streites dem Kaiser eine gütliche Verhandlung zwischen den katholischen und protestantischen Ständen oder die Abforderung eines neuen Gutachtens von Seite der obersten Landesbeamten anrieten, so erörterten die kaiserlichen Rathgeber das passende dieser Rathschläge und verwarfen schliesslich beide, weil eine gütliche Verhandlung höchst wahrscheinlich zum Nachtheile der Katholiken enden und eine Aufforderung an die Landesbeamten zur abermaligen Meinungsäusserung leicht einen oder den andern wankend machen könnte. Aus diesen Gründen solle der Kaiser den ganzen Streit selbständig entscheiden, den Braunauern den Befehl überschicken, ihre Kirche niederzureissen und einige ihrer Rädelsführer ins Gefängniss abzuliefern, den Defensoren aber verbieten, die Unterthanen einer fremden Obrigkeit gegen dieselbe aufzuwiegeln. Diese Entscheidung sollte der Kaiser den Defensoren in Gegenwart der obersten Beamten durch den Kanzler zustellen lassen. Im Falle Jemand an dem kaiserlichen Ausspruche rütteln wollte, so müsste mit aller Strenge gegen ihn vorgegangen werden. — Das Gutachten sah der Möglichkeit eines Aufstandes kühn entgegen und hielt die Bewältigung desselben für keine besonders schwierige Sache.

Diese entschlossenen Vorschläge, deren Befolgung die Entscheidung in Böhmen rasch herbeigeführt hätte, fanden vorläufig nicht die Billigung des Kaisers. Die braunauer Angelegenheit ruhte durch zwei Jahre, während welcher Zeit sich die Protestanten daselbst im thatsächlichen Genusse ihrer Kirche befanden.

*) Das zweite Gutachten im obgenannten Archiv des k. k. Unterrichtsministeriums. — Zu welcher Zeit dies Gutachten übergeben wurde, ist sehr schwer zu bestimmen, da es undatirt ist; wir halten aus innern Gründen dafür, dass es in den ersten Tagen des Jahres 1612 verfasst wurde.

Erst im J. 1615 trat dieser Streitpunkt, im Verein mit einem zweiten, wieder in den Vordergrund.

Das lange Schweigen und damit verbundene scheinbare Zurückweichen des Kaisers war nicht die Folge eines den Protestanten günstigen Beschlusses, sondern nur die einer veränderten Taktik. Des Mathias bisheriges Vorgehen litt an einer Inconsequenz, er wollte dem Kirchenbesitz in Böhmen den katholischen Charakter wahren, während er auf den ihm unmittelbar gehörigen Gütern den Protestanten völlige Freiheit gewährte. In seinem Rathe wurde, offenbar unter dem Einflusse der böhmischen Katholiken, beschlossen, dieser Inconsequenz ein Ende zu machen und auf dem eigentlich königlichen Besitze eine religiöse Reformation vorzunehmen. Man zählte auf demselben im J. 1605 132 theils katholische theils utraquistische Pfarren, während sich in ganz Böhmen ihre Zahl damals auf 1366 belief.

Die Reformation wurde auf den ausgedehnten Territorien des königlichen Besitzes dadurch eingeleitet, dass Mathias dem Erzbischof von Prag, Johann Lohelius, die geistliche Oberaufsicht über seine Güter auftrug. Er sollte bezüglich der Besetzung der Beneficien alle Rechte des Königs ausüben, „doch innerhalb der Schranken, welche durch den Majestätsbrief und den Vergleich" gezogen seien. *) — Das Normaljahr 1609 traf auf dem königlichen Besitz zahlreiche utraquistische Pfarren, die damals die böhmische Confession als ihr Symbol annahmen und von da an dem protestantischen Consistorium in Prag unterstanden. Es war jedenfalls eine sonderbare Sache, wenn der Erzbischof fortan die Besetzung nicht bloss der katholischen, sondern auch der protestantischen Pfarren in seine Hand nahm, allein es liess sich gesetzlich nichts dagegen einwenden, wenn er sich genau an die Schranken hielt, welche Mathias angedeutet hatte.

24. Oct. 1612

Es dauerte jedoch nicht lange, so zeigte sich, dass der Erzbischof sich so bewegte, als ob keine Schranken beständen. Kaum waren im Laufe des Jahres 1613 mehrere protestantische Pfarren erledigt worden, so besetzte er sie mit katholischen Prie-

*) Andere Apologie Nr. 85.

stern. Da jedoch auf diesem Wege die Neubesetzung aller protestantischen Pfarren zu lange gedauert hätte, so beschloss er die angestrebte Reformation durch die Entfernung der missliebigen Prediger zu beschleunigen. Den Anfang machte er mit dem Städtchen Neustraschitz, das zu dem damals königlichen Gute Pürglitz gehörte. Er erwirkte bei dem böhmischen Kammerpräsidenten Slawata, der dies Amt neben dem eines Obersthoflehenrichters versah, einen Befehl an die Bürger des genannten Städtchens, in dem ihnen die Entfernung ihres bisherigen Seel-
21. Sept. 1614 sorgers aufgetragen wurde. Die Neustraschitzer weigerten sich dem Befehle nachzukommen und wiesen darauf hin, dass ihre Kirche schon im 16. Jahrhunderte eine utraquistische gewesen. Ihre Einwendung fand kein Gehör; auf Befehl des Erzbischofs wurde ihre Kirche in Beschlag genommen und einem katholischen Priester, der ihnen als ihr künftiger Seelsorger zugeschickt wurde, eingeräumt. Dieser entfernte sofort alles aus dem Innern des Gebäudes, was an die frühere Benützung mahnte und beeilte sich darauf, eine gleiche Umgestaltung in den religiösen Ueberzeugungen der ihm zugewiesenen Gemeinde zu bewirken.*)

Diese keineswegs auf Neustraschitz allein beschränkten Massregeln zeigen zur Genüge, dass Mathias, obgleich er die Benützung der protestantischen Kirche in Braunau duldete, an ein Gewährenlassen der Protestanten nicht dachte und dass seine Weisung an den Erzbischof, sich an den Majestätsbrief und den Vergleich zu halten, nicht ernst gemeint war. Nachdem er in solcher Weise die Reformation auf seinen Gütern angebahnt hatte, wandte er der Kirchengüter-Frage die frühere Aufmerksamkeit zu. Die braunauer Angelegenheit war mittlerweile nicht vereinzelt geblieben, sondern hatte ein Seitenstück in Klostergrab bekommen. Die Bürger dieses in der Nähe des Klosters Ossegg gelegenen Städtchens hatten nach der Ertheilung des Majestätsbriefes ebenfalls den Aufbau einer eigenen protestantischen Kirche in Angriff genommen, dazu Beiträge selbst in Deutschland und namentlich bei dem Kurfürsten von Sachsen gesammelt und das begonnene Werk glücklich zu Ende gebracht.

*) Andere Apologie Nr. 64 u. folg.

Sie entgingen den Hindernissen, die sich den Braunauern anfänglich entgegenstellten, dadurch, dass es nicht sicher stand, wem die Gutsherrlichkeit in Klostergrab zustehe. Die Bürger selbst behaupteten, sie seien eine freie Bergstadt und wollten sich zu dem Range einer königlichen Stadt aufschwingen. Diese Ansprüche mögen einmal begründet gewesen sein, jetzt waren sie seit langem vergessen und das Stift Ossegg übte unbestritten seine Herrschaft über Klostergrab aus. Seit dem J. 1609 ward jedoch dieser Streit wieder aufgeregt und bei der damaligen bis nach Rudolfs Tode dauernden Niedergeschlagenheit der Katholiken geschah es, dass die Klostergraber ihren Bau aufführen und einen Prediger anstellen konnten, ohne sich um ihren Grundherrn zu kümmern. Nun wandte aber der Erzbischof von Prag, der als Nutzniesser der Güter des ossegger Klosters auch die Gutsherrlichkeit über Klostergrab in Anspruch nahm, seine Aufmerksamkeit dieser Stadt zu. Die Bürger wurden durch alle Mittel, die zu jener Zeit in der Hand eines Gutsherrn lagen, zum Besuche des katholischen Gottesdienstes genöthigt, der Prediger entfernt und die Kirche durch Anlegung von Siegeln der ferneren Benützung entzogen. *) — Jetzt erhob sich auch der Abt von Braunau und hinderte die protestantischen Bürger der genannten Stadt ebenfalls an dem weiteren Besuche ihrer Kirche.

Ende 1614

Man darf nicht glauben, dass die Defensoren den immer weiter gehenden Angriffen gegen die protestantischen Glaubensinteressen gleichgiltig zusahen. Kaum hatte die Reformation auf den königlichen Gütern begonnen, als sie auch gegen diese Vorgänge protestirten. **) Ihr Protest erhielt jedoch keine andere Antwort, als dass der Erzbischof seine Reformation, namentlich in Neustraschitz und Klostergrab, mit grösserem Eifer betrieb und der Abt von Braunau Muth zu dem angedeuteten Schritte bekam. In dem Generallandtage, der im Jahre 1615 in Prag zusammenkam, glaubten die Protestanten endlich die Ge-

*) Andere Apologie Nr. 75—79 und 82.

**) Supplik der Defensoren in der andern Apologie. Ausgabe Schubert S. 293.

legenheit gefunden zu haben, dem Kaiser selbst ihre Beschwerden vorzulegen und mit Nachdruck eine Aenderung der Regierungspolitik zu verlangen.

Es ist hier am Orte anzudeuten, welche Stellung Mathias persönlich zu den kirchlichen Streitigkeiten einnahm, wann er sich der religiösen Restaurationspolitik, die seit 1613 aller Welt klar vor Augen lag, zuerst hingab und ob er die Stürme, die sich im Jahre 1615 in Böhmen gegen ihn vorbereiteten, nicht ahnte und fürchtete? Diese Untersuchungen nöthigen uns auf die gesammtösterreichischen Verhältnisse und den bisherigen Verlauf der kaiserlichen Regierung näher einzugehen.

II

Mathias hatte trotz seiner Neigung zur Ruhe, vom Anfange seiner Regierung an, keine andere Ansicht von seiner Aufgabe, als dass dieselbe in einer möglichst weit gehenden Schmälerung der neuen Religionsgesetze bestehen müsse. In Wahrheit stand er also auf demselben Boden wie Ferdinand II, er unterschied sich von demselben nicht in seiner Ueberzeugung und seinen Wünschen, sondern nur in der Entschlossenheit seiner Regierungsmassregeln. Wie weit der vorsichtige Khlesl zu dieser Ueberzeugung des Kaisers beigetragen hatte, ist am Ende gleichgiltig, Herr und Diener befanden sich stets in voller Uebereinstimmung. Beide waren nicht blind für die Gefahren einer, wenn auch nur bedächtigen Restaurationspolitik; aber da sie dieselbe für ein zwingendes Gebot gewöhnlicher Klugheit hielten, so wiesen sie dieselbe nicht zurück, sondern suchten sich nur vor den Folgen sicher zu stellen. Aus diesem Grunde hielten beide frühzeitig die Aufstellung eines Heeres innerhalb Oesterreich für eine gebieterische Nothwendigkeit und suchten seit Jahren nach den hiezu nöthigen Mitteln. Gleich von Frankfurt aus schickte Mathias, unmittelbar nach dem Empfange der Kaiserkrone, einen Gesandten nach Madrid und ersuchte Philipp III um Geld zur Ausrüstung eines Heeres gegen seine ketzerischen Unterthanen. Der König war selbst in zu grosse Schwierigkeiten

1612

verwickelt, um diese Bitte befriedigen und neben dem niederländischen Heere auch noch ein österreichisches sich auf den Hals laden zu können. Hunderttausend Gulden jährlich und die Unterhaltung von 3000 Mann für den Kriegsfall war alles, wozu er sich verbindlich machen wollte. *)

Etwas später schickte der Kaiser den Grafen Colalto nach Rom und liess den Papst um eine Unterstützung gegen die Türken, von denen er mit einem Kriege bedroht werde, ersuchen. In der Audienz, die Paul V dem Gesandten gewährte, erzählte derselbe, die Anmassungen der Türken gingen so weit, dass sie sich Siebenbürgens zu bemächtigen suchten, und dadurch den Kaiser zu Rüstungen nöthigten. Es komme nun Alles darauf an, ob er mit eigenen Mitteln ein Heer zu Stande bringen werde, oder ob er sich deshalb an seine protestantischen Unterthanen wenden müsse. Im ersten Falle stehe das Heer in seiner Macht, im zweiten Falle seien die Ketzer die Herren der Armee und er vollständig in ihrer Gewalt. Von dem Beistande Seiner Heiligkeit und anderer christlicher Fürsten hänge es ab, ob Mathias den einen oder den anderen Weg betreten werde. Sei der Kaiser im Stande, sich auf die eigenen Mittel und die seiner Freunde zu stützen, so könne er den Türken nicht nur besser widerstehen, sondern sich auch seines Heeres gegen die einheimischen Feinde bedienen und ganz „wunderbare" Wirkungen mit demselben hervorbringen. Alles dies sei so leicht ausführbar und zugleich so folgenreich, dass der Kaiser in gewisser Beziehung den Türken für ihre Anmassung dankbar sein müsse, weil sie ihm Gelegenheit zu Rüstungen gäben, ohne dass die Ketzer einen Argwohn schöpfen könnten. Vergebens malte jedoch Colalto's Beredsamkeit dieses Zauberbild aus; Paul V, obwohl ein Sparmeister, hatte keine so grossen Summen zur Verfügung, um die Kosten einer Restaurationspolitik zu tragen, wenn die Endziele ihm auch noch so sehr gefielen und wenn er überhaupt geneigt gewesen wäre, seine Ersparnisse andern Personen als seinen Verwandten zuzuwenden. **) So waren die Bitten des

1613

*) Simancas, Correspondenz Zuñiga's in den J. 1612 u. 1613.

**) Simancas. El Conde de Castro a Felipe III dd. Roma 16. Nov. 1613. Dieser Brief enthält einen umständlichen Bericht über Colalto's Sendung.

Kaisers in Madrid und in Rom auf unfruchtbaren Boden gefallen. Sein letzter Ausweg war der Reichstag von Regensburg: wir wissen, wie wenig es ihm auch da gelang, ein günstiges Resultat zu erreichen.

Fast anderthalb Jahre waren so für Mathias unter der Bemühung verflossen, mit fremdem Gelde Rüstungen anzustellen. Die Verhältnisse hatten sich mittlerweile derart zu seinen Ungunsten verschlechtert, dass er die Armee, deren er ursprünglich zum Angriffe bedurfte, bald zu seiner Vertheidigung nöthig haben konnte. Seine anderthalbjährige Restaurationspolitik trug endlich ihre Früchte. Obgleich dieselbe sich überall nur zögernd und tappend geltend gemacht hatte und nur in einzelnen Streitfällen den Protestanten auf den Leib gerückt war, so waren die letzteren doch überall und namentlich in Böhmen auf das heftigste gereizt. Im Frühjahr 1613 berichtete der bairische Agent Viepeckh nach Hause, dass es in diesem Lande wie bei einem herannahenden Sturme aussehe und man daselbst überzeugt sei, dass der Kaiser seinen Zusagen in Betreff der Religion nicht nachkommen wolle. *) Und so wie man in Böhmen dachte, so war dies auch in den andern Ländern der habsburgischen Monarchie der Fall.

Für Mathias war diese Stimmung kein Geheimniss, er wusste recht wohl, dass er das Vertrauen, welches die Protestanten überall zu ihm gefasst, gründlich zerstört habe und dass der Zustand sämmtlicher ihm unterthanen Länder im höchsten Grade bedenklich sei. Man kann die gefährliche Sachlage nicht mit kräftigeren Farben schildern, als er es selbst in einem Schreiben an Ferdinand gegen Ende des J. 1613, also zu einer Zeit that, in der das gute Einvernehmen zwischen beiden noch nicht gestört war. Als er vom regensburger Reichstage nur die ungewissen Versprechungen der Majorität nach Hause brachte, und den Versuch, sich mit Hilfe des Reiches zu rüsten, als eitel aufgeben musste, öffnete er sein, man kann sagen, bis in den Tod betrübtes Gemüth rückhaltlos dem Vetter und zeigte ihm alle die Schwierigkeiten, unter denen er leide. Er sei, sagte er,

10. Nov. 1613

*) Münchner Staatsarchiv. Viepeckh an H. Max. dd. 21. April 1613, Prag.

am Ende seiner Hilfsmittel, um die Herrschaft seines Hauses unversehrt zu erhalten. So lange er lebe, werde der Bau noch zusammenhalten, aber nach seinem Tode werde wohl alles aus den Fugen gehen und, was die Ahnen erworben, auf die Nachkommenschaft nicht vererbt werden. Er liess hierauf die einzelnen Länder vor seinen Augen die Revue passiren und schilderte dem Erzherzog in wenigen, aber treffenden Zügen sein Verhältniss zu denselben. Was das Erzherzogthum Oesterreich betraf, so war er im Zweifel, ob er den Ständen von Ober- oder denen von Niederösterreich schlechtere Absichten zutrauen solle. Er habe durch die äusserste Nachgiebigkeit bisher eine offene Empörung derselben zu verhüten getrachtet, aber die Stände harrten doch nur der Gelegenheit, sich seiner Herrschaft zu entwinden und conspirirten mit den Ungarn und mit der Union. Den Zustand der Dinge in Ungarn schilderte er einfach damit, dass er sich für völlig machtlos daselbst erklärte. Der Palatin — so ungefähr liess er sich aus — thut, was er will, und kümmert sich weder um meine Befehle, noch um meine Verbote. Wenn es sich darum handelt, dass die Ungarn mich gegen die Türken unterstützen sollen, rührt sich kein Mensch, sucht aber der Fürst von Siebenbürgen bei ihnen um Hilfe an, so wird in allen Comitaten die Sturmglocke geläutet. Ihr Plan geht auf die Absetzung unseres Hauses, der Palatin selbst äusserte sich darüber beifällig in einer Gesellschaft. Da er keine Deutschen in den Festungen dulden mag, sich die königliche Gewalt auf alle Weise aneignet, die Comitate und den Adel auf seine Seite zieht und überhaupt nichts thut, als die Mittel vorzubereiten, selbst oder durch seinen Nachfolger im Palatinate Uns die Krone zu entreissen, was bleibt Uns übrig, als Tag und Nacht auf Mittel zu sinnen, diesem Uebel zu begegnen? — Was Böhmen betrifft, so wissen Euer Liebden, wie es damit steht, ich kann daselbst keinen Landtag berufen, wenn ich nicht die ständischen Conföderationen zugeben (d. i. die im Jahre 1611 den Protestanten gemachten Versprechungen einlösen) will, und berufe ich keinen Landtag, so habe ich auf keine Steuern aus diesem Lande zu rechnen. In Schlesien zettelt der Markgraf von Jägerndorf schändliche Umtriebe wider Unser Haus an. Mit Mähren steht

es wie mit Ungarn. Der Landeshauptmann Karl von Žerotin regiert im Lande, als ob er der Herrscher wäre und knüpft mit dem Auslande Verbindungen an, wo und wie es ihm gefällt. Kein Befehl von mir langt in Mähren an, ohne dass er seine Ausführung an Bedingungen knüpfen würde. *)

Es wurde bemerkt, dass die Gefahren, welche die habsburgische Herrschaft bedrohten und die Mathias selbst in dem eben angeführten Vertrauensergusse so zutreffend schilderte, auf die Rechnung seiner kirchlichen Restaurationspolitik zu setzen waren. Ungarn machte indessen hierin eine wesentliche Ausnahme. Die Schwierigkeiten, denen der Kaiser daselbst begegnete, hatten zum geringen Theile in den religiösen Zwistigkeiten ihren Grund und wurzelten hauptsächlich in den politischen Bestrebungen der Magnaten und diesmal (1613) insbesondere in den ehrgeizigen Plänen des Palatins Thurzo und in den Bewegungen, von denen Siebenbürgen seit mehreren Jahren zerrüttet wurde. Durch den Frieden von Wien (1606) war Stephan Bocskay von Rudolf und Mathias als Fürst von Siebenbürgen anerkannt und ihm zugleich der Besitz einiger ungarischen Comitate unter der Bedingung eingeräumt worden, dass nach seinem Tode alles an die ungarische Krone heimfallen solle. Bocskay starb noch im Jahre 1606, worauf die Siebenbürger an seine Stelle den Sigmund Ragoczy wählten. Obwohl diese Wahl nach der Bestimmung des wiener Vertrags nicht hätte vorgenommen werden sollen, so wurde sie doch von Rudolf II anerkannt, denn er besass keine Mittel, um sich Siebenbürgens zu bemächtigen. Schon 1608 entsagte Ragoczy seiner Würde, worauf Gabriel Báthory an seine Stelle trat. Auch diese zweite Verletzung des wiener Vertrags musste Mathias, der jetzt den ungarischen Thron einnahm, dulden und Bathory im Besitze Siebenbürgens und der angrenzenden ungarischen Comitate lassen. Der neue Fürst, ein verächtlicher Wüstling, vermochte sich nicht lange in seiner Würde zu behaupten. Bethlen Gabor, sein ehemaliger Feldoberster, erhob

---

*) Mathias an Ferdinand dd. 10. Nov. 1613 Linz. Archiv des k. k. Min. des Innern.

sich gegen ihn und diesem gelang es mit türkischer Hilfe nach einem längeren Kampfe, der einen Theil des Jahres 1613 ausfüllte, sich der Herrschaft von Siebenbürgen zu bemächtigen.

Der Streit der beiden Nebenbuhler wäre für den Kaiser eine günstige Gelegenheit gewesen, seine Rechte auf Siebenbürgen geltend zu machen. Allein abgesehen davon, dass ihm die Mittel fehlten, waren die Ungarn selbst einer solchen Machtvergrösserung keineswegs gewogen. Bethlen Gabors Auftreten begegnete bei ihnen den wärmsten Sympathien und der Palatin Thurzo blieb in ihrer Kundgebung hinter anderen nicht zurück. Es war nicht der Kaiser allein, dessen Furchtsamkeit den Palatin um dieses und anderer Gründe willen verwegener Absicht beschuldigte, auch unbetheiligte, aber wohl unterrichtete Beobachter urtheilten nicht anders. Der venetianische Botschafter Soranzo, der bis zum Jahre 1614 am kaiserlichen Hofe weilte, erzählte in seinem an den Senat von Venedig erstatteten Schlussberichte, dass Thurzo, dessen überaus grosse Klugheit er rühmt, nur auf eine passende Gelegenheit harre, um die Herrschaft in Ungarn an sich zu reissen. *) Der Kaiser kenne seine Absichten wohl, da er aber zu schwach sei, um seinen ehrgeizigen Gegner zu unterdrücken, müsse er vorläufig Vertrauen heucheln. Auch Soranzo findet die Ursache der ungarischen Gefahren nicht in der religiösen Restaurationspolitik des Kaisers, sondern in dem allgemeinen Hasse gegen die habsburgische Herrschaft. Die Ungarn gewöhnten sich sogar im Geiste an die Herrschaft der Türken, von denen sie sich ohnedies in Kleidung und Sitten nur wenig unterschieden. **)

Indem der Kaiser alle Gefahren, die ihn zu erdrücken

---

*) Fiedler: Soranzo's Bericht im XXVI Band der Fontes rerum Austriacarum.

**) Soranzo sagt, dass die Ungarn odiano naturalmente la casa d'Austria, et si come nelli habiti et nelle lor maniere poco discostano da Turchi: così van accomodando il lor animo et li lor pensieri à rendersi soggetti alle leggi et alla tirannide Mahomettana, massime che il popolo viene tenuto da quei Baroni come veri schiavi in tanto che molti d' essi desiderano sottrarsi da tanta barbarie et render si affatto soggetti à Turchi.

drohten, in dem Schreiben an Ferdinand richtig würdigte, dachte er doch keineswegs an eine Aenderung seiner inneren Politik. Er blieb bei seinem frankfurter Entschlusse; wie er damals den künftigen Gefahren durch ein Heer begegnen wollte, so jetzt den gegenwärtigen. Die bisherigen Misserfolge in Madrid, Rom nnd Regensburg hatten ihn nicht auf andere Gedanken gebracht, sondern sein Verlangen nach einem Heere nur gesteigert und Ferdinand sollte ihm nun Rath ertheilen, wie die nöthigen Mittel herbeizuschaffen seien. Als habe er diese Mittel schon in den Händen, äusserte er auch in dem Schreiben an den Erzherzog seine Freude über Bethlen Gabors Auftreten, da ihm dies eine passende Gelegenheit biete, ohne allzugrosses Aufsehen die nöthigen Rüstungen anzustellen und mit einem Schlage nicht bloss die Gegner in Ungarn niederzuwerfen, sondern auch seine übrigen Provinzen an einen grösseren Gehorsam zu gewöhnen. Denn das gestand er dem Erzherzoge zum Troste ein, dass der Krieg gegen die Türken und Bethlen Gabor nur „der Schein“ (d. i. der scheinbare Vorwand) sei, das „Fundament aber, um dessentwillen er das Schwert ziehen wolle, ist Gottes und unseres Hauses Erhaltung.“

Wie sehr Ferdinand die Befürchtungen und Wünsche des Kaisers theilen mochte, Geld konnte er ihm keines geben. So konnte es scheinen, als sei Mathias am Ende seiner Combinationen angelangt, allein das war nicht der Fall. Mit einer eigenthümlich raschen Biegsamkeit des Willens beschloss er jetzt, von seinen Unterthanen selbst zu verlangen, was er zu ihrer Bekämpfung von fremden Fürsten nicht erlangen konnte: ein Entschluss, der von keiner grösseren Voraussicht zeigte, als jener, der ihn in Rom und Regensburg um ein Almosen bitten liess. Zu diesem Ende wollte er die verschiedenen Landtage berufen und von den Ständen neben den gewöhnlichen Steuern auch noch einen entsprechenden Beitrag für die Ausrüstung eines Heeres verlangen, dessen Zweck in den officiellen Ansprachen natürlich nur der Marsch nach Siebenbürgen sein sollte. Der Anfang sollte mit Böhmen gemacht werden. Mathias wollte sich den grössten Schwierigkeiten zuerst entgegenstellen, denn er musste erwarten, dass sich die böhmischen

Stände nicht einfach in eine Verhandlung seiner Forderungen, sondern in eine Erörterung seiner religiösen Restaurationspolitik einlassen würden, dass sie ihn namentlich an seine Versprechungen von 1611 erinnern und deren Einlösung von ihm verlangen würden.

Die Versprechungen von 1611 hatten ihre nächste Veranlassung in den Vorgängen zur Zeit des passauer Einfalls. Als in Folge desselben Rudolf abgesetzt und Mathias hauptsächlich durch Zuthun der Protestanten auf den böhmischen Thron erhoben wurde, verlangten die letzteren Garantien, um für die Zukunft vor einer gewaltsamen Unterdrückung sicher zu sein. Mit vier Schlagworten: *Conföderation*, *Defension*, *Kreistage* und *Erbeinigung* wurden diese Garantien bezeichnet. Die böhmischen Stände wünschten nämlich den Abschluss eines Bündnisses (Conföderation genannt) mit den Ständen sämmtlicher übrigen unter des Mathias Scepter vereinten Länder, zum wechselseitigen Schutze ihrer Rechte und Freiheiten. Zur Grundlage dieses Bündnisses sollte eine Organisirung der gemeinsamen Wehrkräfte, oder wie man es nannte, eine neue Defensionsordnung dienen. Ferner verlangten die böhmischen Stände für sich das ihnen von Ferdinand I entrissene Recht, sich beliebig in den einzelnen Kreisen, in die Böhmen zerfiel, auf sogenannten Kreistagen versammeln und ihre Angelegenheiten berathen zu dürfen. Endlich wünschten sie die Erneuerung der Bündnisse, die in alten Zeiten mit Kursachsen, Kurbrandenburg, Polen u. s. w. abgeschlossen worden waren. Mathias war im Jahre 1611 den böhmischen Ständen gegenüber das bindende Versprechen eingegangen, wegen dieser vier Punkte seiner Zeit einen Generallandtag einberufen und zu den betreffenden Berathungen auch die Stände von Ungarn und Oesterreich einladen zu wollen. Er gab das Versprechen nicht gern, denn er sah recht gut ein, welche Gefahr darin liege, wenn bei einem gemeinsamen Bündnisse sämmtlicher österreichischen Länder die Stände *allein* zu bestimmen hatten, ob ihre Rechte und Freiheiten verletzt worden seien oder nicht, und sie demgemäss auch *allein* über anzustellende Rüstungen entscheiden sollten. In einer so beschaffenen allgemeinen Conföderation lag

die Möglichkeit, dass die Stände auf gesetzlichem Wege sich der ganzen Executive bemächtigen und ihren Herrscher ohne Mühe beseitigen konnten.

Trotz der augenscheinlichen Gefahr, welche selbst bei normalen Verhältnissen in der Conföderation lag, gab indessen Mathias nicht nur das Versprechen ab, über diesen und die andern Punkte gleich den ersten böhmischen Landtag im Verein mit den Deputationen der übrigen Provinzen berathen zu lassen, sondern auch die voraussichtlichen Beschlüsse der Stände bestätigen zu wollen. So ausserordentliche Versprechungen konnten nur gemacht werden, wenn ihre Erfüllung nicht ernstlich beabsichtigt wurde, und in der That war dies bei Mathias der Fall. Deshalb mied er im Jahre 1612 und 1613 die Berufung eines böhmischen Landtages und zog es trotz seiner financiellen Noth vor, Böhmen in den beiden genannten Jahren unbesteuert zu lassen! Die böhmischen Protestanten, die sich im Jahre 1611 grossen Hoffnungen hingegeben hatten und die in der künftig abzuschliessenden Conföderation den ausgiebigsten Schutz für ihre religiöse Sicherheit zu finden hofften, bemerkten mit steigendem Misstrauen die lange Zögerung in der Berufung des Generallandtages. Ueber die wahren Ursachen derselben konnten sie nicht im Zweifel bleiben, wenn sie die gleichzeitig sich entfaltende religiöse Restaurationspolitik betrachteten. Und wenn bei ihnen noch eine Täuschung über das Fahrwasser, in dem sich das Regierungsschiff bewegte, obwaltete, so wurden sie darüber durch zahlreiche vertrauliche Mittheilungen über die kriegerischen Absichten des Kaisers vollends belehrt; denn die an alle Welt gerichteten Bitten des kaiserlichen Cabinetes um Geld zur Anstellung von Rüstungen gegen die Türken, die dabei hie und da im Vertrauen gemachten Mittheilungen, dass dies eigentlich mehr den Protestanten als den Türken gelte, waren auch zur Kenntniss der Bedrohten gekommen und ergänzten dadurch jene Vermuthungen, denen sich ihr Misstrauen ohnedies hingegeben hatte.

Gegen Ende des Jahres 1613 reiste Mathias nach Tabor und berief die obersten Beamten von Böhmen dahin. Er theilte ihnen seinen Entschluss wegen Berufung eines Landtages mit

und bestimmte dessen Zusammenkunft, unter dem Vorwande einer in Prag wüthenden Pest, nach Budweis auf den 29. Januar 1614. Rasch verbreitete sich im Lande die Nachricht, dass der Kaiser weder einen Generallandtag berufen, noch die vier Punkte des Jahres 1611 berathen lassen wolle. Die Aufregung über diesen Wortbruch war gross, fast der gesammte Adel erklärte im ersten Augenblick, sich in Budweis nicht einfinden zu wollen. *) Das grösste Aufsehen erregte hiebei die Nachricht, dass der Kaiser den obersten Beamten erklärt habe, der Landtag müsse sich mit der Bewaffnung beschäftigen, damit ein Feldzug gegen Bethlen Gabor unternommen werden könne. So hatten die Befürchtungen vor den kaiserlichen Rüstungen eine greifbare Gestalt bekommen. Als die Zeit der Eröffnung des Landtages heranrückte, wurde jedoch die Opposition in einem Punkte nachgiebiger, nämlich in Betreff der Beschickung; es fanden sich zwar die Vertreter des Landes minder zahlreich in Budweis ein, als sonst, doch that dies der Vollständigkeit des Landtages keinen Abbruch. Insbesondere erschienen die Häupter der Opposition vollzählig auf dem parlamentarischen Kampfplatze.

Der Kaiser fand sich bei der Eröffnung des Landtages mit einem stattlichen Gefolge in Budweis ein. In seiner Begleitung erschien auch Graf Buquoy, der sich im Kampfe gegen die Holländer nicht wenig ausgezeichnet hatte und von dem man sich in die Ohren raunte, dass er zum Commandanten über die künftige österreichische Armee ausersehen sei. Da sämmtlichen in spanischen Diensten geschulten Generalen etwas von der Inquisition anzukleben schien, so wurde seine Erscheinung in Böhmen als eine Art Drohung aufgenommen und das Betragen der Katholiken selbst gab hierzu nicht geringe Veranlassung. Die Jesuiten, welche man, obwohl mit Unrecht, als die Mitwisser aller Geheimnisse des kaiserlichen Cabinets ansah, beurkundeten doch ein richtiges Ahnungsvermögen, als sie dem General zu Ehren ein Schauspiel in Budweis aufführen liessen, welches verblümt und unverblümt andeutete, was die

*) Sächs. Staatsarchiv 8239. Zeidlers Avisen dd. 18/28 Dec. 1613.

Katholiken in Bezug auf die österreichischen Länder von ihm hofften und erwarteten.

Am 29. Januar wurde der Landtag in Budweis eröffnet. In der königlichen Proposition wurde die bedrohliehe Lage der Dinge in Ungarn auseinandergesetzt und daran die Forderung geknüpft, die Stände sollten die Kosten zur Unterhaltung von 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reitern tragen, einen Beitrag zur Instandhaltung der ungarischen Grenzfestungen leisten und endlich die Bezahlung eines Theiles der königlichen Schulden auf sich nehmen. Wenn die übrigen Länder nach gleichem Massstabe das Heer vergrösserten, wie dies jetzt den Böhmen zugemuthet wurde, so musste, selbst mit Ausschluss der inner- und vorderösterreichischen Länder, eine Armee von 30,000 Mann zu Stande kommen, ungerechnet jene Mannschaft, die Mathias entweder auf eigene Kosten ausrüstete oder die mit spanischem Gelde bezahlt wurde. Dies konnte eine Armee werden, wie man sie seit Menschengedenken in Oesterreich nicht gesehen hatte. Die Opposition machte sich gleich im Beginne der Verhandlungen geltend, statt auf die Berathung der königlichen Proposition einzugehen, beschlossen die Stände vorerst die Angelegenheit der vier Punkte zu erörtern. Da sich diesem oppositionellen Schritte alle Räthe des Hof- und Kammergerichtes anschlossen, so wurden sie deshalb vor den Kaiser berufen, und von diesem persönlich wegen ihrer Haltung zur Rede gestellt. Die Mehrzahl der Getadelten schwieg, einige entschuldigten sich und erklärten, sie hätten nicht die Absicht gehabt, ihrem Könige entgegenzutreten, Wenzel von Ruppa blieb aber fest und erwiederte: er sei durch sein Amt nicht bloss dem Könige, sondern auch dem Lande verpflichtet. — Jedenfalls erzielte die persönliche Intervention des Kaisers kein günstiges Resultat, denn die Stände lehnten nach wie vor die Berathung über die königliche Proposition ab und verlangten die Auflösung des Landtages, sowie die Berufung des versprochenen Generallandtages. Ihre Gereiztheit gab sich in öffentlichen und privaten Zusammenkünften in den verwegensten Reden kund. Fremde diplomatische Agenten, die die öffentliche Stimmung sorgfältig studirten, empfanden den Eindruck, als ob die Böhmen schon

jetzt die Absetzung des Kaisers im Schilde führten, und berichteten in dieser Weise an ihre Herren. Die loyalen Anhänger des Erzhauses befanden sich dieser Stimmung gegenüber in grosser Verlegenheit. Jaroslaw von Martinitz entfernte sich in Budweis aus einer Versammlung seiner Standesgenossen, weil er ihre revolutionären Ausbrüche nicht länger anhören zu dürfen glaubte. *)

Mathias zögerte nicht lange mit einem zweiten Versuche zur Beschwörung des Sturmes. Er lud die Herren Wenzel von Ruppa, Wilhelm von Lobkowitz und den Grafen Andreas Schlick zu einer abermaligen Besprechung ein und suchte sie seinen Wünschen günstiger zu stimmen. Das nahezu bittweise Auftreten des Monarchen besänftigte die Häupter der Opposition und der Landtag liess darauf in seiner schroffen Haltung etwas nach. Die Stände verlangten nicht mehr die Auflösung des Landtages, zeigten sich erbötig, dem Kaiser in seinen dringendsten Bedürfnissen zu helfen und bewilligten für das laufende Jahr die Erhebung der gewöhnlichen Steuern. Aber damit hatte auch ihre Nachgiebigkeit ein Ende, weder wollten sie von einer Uebernahme der Schulden, am allerwenigsten aber von der Ausrüstung der ihnen zugemutheten 8000 Mann etwas wissen. Dafür musste Mathias den Ständen einen Revers ausstellen, dass er nunmehr sicher einen Generallandtag bis zum Monat Januar 1615 berufen und demselben die Berathung der vier Punkte vorlegen werde.

Diesen verhältnissmässig glimpflichen Abschluss sollte jedoch der budweiser Landtag nicht haben. Was die Wortführer der Opposition hier sahen und hörten, bestärkte sie in ihrer Ueberzeugung von den gewaltthätigen Absichten des Hofes und von dem wahren Zwecke der angestrebten Rüstungen; sie

*) Die Acten über den Budweiser Landtag theils im böhmischen Landesarchiv, theils im sächsischen Staatsarchiv (Ander Buch Relationum Num. 8239, Zeidlers Berichte an den Kurfürsten von Sachsen über die böhmischen Angelegenheiten enthaltend, dd. $\frac{\text{6. Feb.}}{\text{27. Jan.}}$ und $\frac{16}{26}$. Feb. 1614). Ferner MS Bibl. Strah. Der Landtag von Budweis. — Wiener Staatsarchiv Cod. Misc. 491 und Cod. 21. und Münchner Reichsarchiv. Bodenius an H. Maximilian dd. 16. Feb. 1614.

bezweifelten nicht, dass die religiöse Frage unter solchen Umständen keine Lösung erhalten, sondern nur noch schärfer zugespitzt werden würde. Am passendsten wäre es gewesen, wenn sie durch ihren Einfluss den Landtag vermocht hätten, in einer Art von Adresse seine gesammten Beschwerden und Befürchtungen zusammenzufassen und Mathias zu überreichen. In der Abfassung derartiger Actenstücke herrschte jedoch in jener Zeit eine gewisse Schwerfälligkeit und Unaufrichtigkeit, vielleicht beschlich auch den Landtag einige Zaghaftigkeit und hielt ihn von der Berathung einer Schrift zurück, die ein Libell zu werden drohte. *) Was der Landtag nicht thun wollte oder sich nicht zu thun getraute, und wovor selbst die bewährten Mitglieder der Opposition zurückschraken, wagten schliesslich auf eigene Faust zwei Männer vom Schwerte, die in Böhmen kaum als Eingeborne, sondern als Gäste zu betrachten waren. Es waren dies Freiherr Leonhard Colonna von Fels und Graf Heinrich Mathias von Thurn.

Die Freiherren von *Fels* waren ein tiroler Geschlecht, das erst im 16. Jahrhunderte nach Böhmen gekommen war. Unter Ferdinand I zeichnete sich ein Colonna von Fels als einer der Anführer der kaiserlichen Truppen in Ungarn aus. Königliche Gnadenbezeugungen bahnten ihm und seinen Nachkommen den Weg nach Böhmen und veranlassten sie, daselbst ihren bleibenden Sitz aufzuschlagen.

Auch die Grafen von *Thurn* waren kein heimisches, sondern erst seit wenigen Jahrzehenden in Böhmen und Mähren ansässiges Geschlecht. Der Glanz, der später das Reichsfürstengeschlecht der Thurn und Taxis über diese Familie verbreitete, hatte mannigfache Forschungen über die eigentliche Heimat derselben zur Folge, deren Resultat in beleibten Foliobänden aufgespeichert ist. **) Nach diesen waren die Thurn Nachkommen Karls des Grossen, die sich am Schlusse des 10. Jahrhun-

*) Dass in der That die böhmischen Stände trotz aller Opposition nicht frei von Furcht waren, ersieht man aus Zeidler's Avisen aus Prag dd. 18/28 Decem. 1613.

**) Flacchio: Généalogie de la très-illustre maison de la Tour.

derts nach dem Falle des letzten karolingischen Herrschers aus Frankreich nach Italien geflüchtet hatten. Es ist indessen nicht nöthig, bei den Grafen Thurn nach so nebelhaften Ahnen zu suchen, um ihnen eine berühmte Vergangenheit zu geben; denn ihre, wie es scheint, zweifellose Abstammung von den della Torre, die im 13. Jahrhunderte in Mailand die hervorragendste Rolle spielten und bis zum Beginne des 14. Jahrhunderts, also noch vor den Visconti's, die Herrschaft inne hatten, stellt sie in gleiche Linie mit den berühmtesten Geschlechtern Italiens, deren Namen nur deshalb bekannter ist, weil ihr Ruhm ein jüngerer ist. Nach ihrem Falle in Mailand finden wir die Thurn in Aquileja, Kärnthen, Görz und den angrenzenden Gegenden begütert und sehen sie unter dem Adel dieser Länder eine bedeutende Rolle spielen. Im 16. Jahrhunderte gelangten verschiedene Zweige dieses Geschlechtes in den Besitz des Grafentitels. Graf Franz Thurn kam wahrscheinlich in Folge von Kriegsdiensten, die er den habsburgischen Herrschern in Ungarn geleistet, in den Besitz mehrerer Güter in Böhmen und Mähren und trat so in die Reihe der böhmischen Landstände ein. *) An die neue Heimat fesselten ihn bald um so stärkere Bande, als seine beiden Frauen, die er nacheinander heirathete, böhmischen Geschlechtern angehörten. Seine erste Gemahlin war Ludmilla von Berka, seine zweite Barbara Gräfin von Schlick. Aus der ersten Ehe hatte er vier Kinder, aus der zweiten eilf und unter diesen Heinrich Mathias, die Seele und den Urheber des böhmischen Aufstandes.

Aus den ersten Lebensschicksalen des jungen Heinrich Mathias hätte man wohl nicht auf seine spätere Rolle schliessen können. Er wurde nicht im Hause des Vaters, der schon im Jahre 1586 starb, erzogen, sondern in frühester Jugend nach Krain geschickt und wuchs da bei seinem Vetter, dem Landes-

*) Aus einem im gräflich thurn'schen Archiv in Bleiburg aufbewahrten Theilungsvertrage von 1584 zwischen den Kindern des G. Franz Thurn ist ersichtlich, dass derselbe ausser seinen kärnthner Besitzungen noch die Güter Pürschitz und Wlasatic in Mähren und Lipnice in Böhmen besass

hauptmann von Krain, Grafen Hans Ambrosius Thurn, der gleichfalls mit einer Gräfin Schlick verheirathet war, auf. *) Hans Ambrosius war ein eifriger Katholik und was noch mehr ist, einer der vertrautesten Diener und Rathgeber der Mutter Ferdinands II, der bairischen Prinzessin Maria. Im Archive von Bleiburg, dem Stammsitze der heutigen kärnthner Linie der Grafen Thurn, werden eine beträchtliche Anzahl Briefe dieser Dame an Ambrosius Thurn aufbewahrt, die in jeder Zeile ein sprechender Beweis von der hohen Achtung, dem unbegrenzten Vertrauen und der innigen Freundschaft der Erzherzogin für den genannten Grafen sind. Man darf wohl annehmen, dass in Folge dieser persönlichen und so äusserst freundlichen Beziehungen im Hause des Grafen Ambrosius von der steirischen Linie der Habsburger nur mit Achtung und Liebe gesprochen wurde und dass also die ersten Jugendeindrücke des Mathias Thurn keine für die Habsburger und speciell für Ferdinand II feindselige gewesen sein können. Auch Ferdinand erwies dem vertrauten Diener seiner Mutter eine hohe Achtung und wandte sich in seinen späteren Nöthen, selbst nach dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes, an den bereits über 80 Jahre alten Hans Ambros mit mancherlei Bitten. — Es liegen Beweise vor, dass Mathias sich die Neigung seiner Pflegeeltern gewonnen habe. Ob er, der von seinem Vater her ein Protestant war, sich ihnen während seiner Erziehung im Glauben angeschlossen hatte, darüber liegen zwar keine Andeutungen vor, dürfte aber immerhin möglich sein. Doch kennt man ihn von seinem ersten öffentlichen Auftreten an nur als einen Protestanten. Die Erziehung ausserhalb der väterlichen Heimat machte, dass Thurn im Gegensatze zu den Brüdern und Schwestern, die in Mähren lebten und das Böhmische wie ihre Muttersprache verstanden, vorzugsweise nur deutsch sprach, von dem Böhmischen nie mehr als eine mangelhafte Kenntniss erlangte und sich desselben nur im Nothfalle bediente. Als junger Mann trat er in kaiserliche Kriegsdienste, kämpfte gegen die Türken in Ungarn

*) Der Grossvater des Hans Ambrosius Thurn uud der Grossvater des Heinrich Mathias Thurn waren Brüder.

und befehligte schliesslich ein Reiterregiment. Nach dem Abschlusse des Friedens von Zsitva-Torok nahm er in Böhmen seinen Aufenthalt. Mit seinen Brüdern hatte er schon früher das väterliche Erbe in der Weise getheilt, dass er denselben alle Besitzungen in Mähren überliess und hiefür eine Geldentschädigung nahm. Ob ihm eines oder das andere von den böhmischen Gütern des Vaters zugefallen war, ist uns nicht weiter bekannt, doch mag er in Böhmen nicht ganz besitzlos gewesen sein, weil sonst nicht begreiflich wäre, wie er an den Landtagsverhandlungen von 1609 hätte Theil nehmen können. Sein Hauptantheil am väterlichen Erbe lag in Kärnthen, dort besass er theils pfand-, theils lehnsweise Greifenburg, Igelsdorf, Obervellach, Stall, Kleinkirchheim und die Maut im Gailthale.*) Ueber den Umfang und die Erträgnisse dieses Besitzthums sind keine näheren Daten bekannt, jedenfalls scheint aber Thurn nicht so arm gewesen zu sein, wie man gewöhnlich annimmt. Er war zweimal verheiratet, das erstemal mit Maria Rudolfsegg von Aspern und Lochorf, das zweitemal mit Isabella von Teufenbach. Aus der ersten Ehe hatte er einen Sohn, Franz Bernard, der im böhmischen Aufstand seine ersten Kriegsdienste leistete.

Seit Thurn seinen Aufenthalt in Böhmen genommen hatte, wandte er den religiösen Verhältnissen des Landes grosse Aufmerksamkeit zu, ohne gerade persönlich ein besonderes Interesse für die subtilen Glaubensstreitigkeiten zu besitzen. Auf dem Landtage von 1609, auf dem die Böhmen sich den Majestätsbrief erkämpften, war er in den vordersten Reihen der Opposition und übernahm das Commando der ständischen Truppen, als die Protestanten sich bewaffneten, um den Kaiser Rudolf II zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Obwohl das übernommene Commando ihm keine Gelegenheit verschaffte, kriegerische Lorbeern zu pflücken, so wurde sein Namen doch in ganz Böhmen bekannt. Seine Bereitwilligkeit, sich an ihre Spitze zu stellen, verschaffte ihm unter den Protestanten ein grosses Ansehen, er

---

*) Aus einem Aufsatze des kärnthner Historikers Herrmann über den Grafen Thurn.

wurde ebenso für deren militärisches Haupt angesehen, wie Budowec für ihr geistliches galt. In dem Kampfe zwischen Rudolf und Mathias im Jahre 1611 erklärte sich Thurn für den letzteren, half ihm zur Besteigung des böhmischen Thrones und wurde dafür mit dem reich dotirten Burggrafenamte von Karlstein, das dem durch den passauer Einfall compromittirten Slavata genommen wurde, belohnt. Thurn war es, der bei dieser Gelegenheit am eifrigsten von dem neuen Könige die Bewilligung der oben erwähnten vier Punkte verlangte und sich dadurch bei den entschiedenen Protestanten neue Anrechte auf ihre Dankbarkeit erwarb, so dass er je länger je mehr als ein wahrer Sohn des Landes angesehen wurde. Wenn etwas die allgemeine Sympathie, deren er sich erfreute, erhöhen konnte, so war es die Art und Weise, wie er die Stelle eines Glaubensdefensors, zu der er im J. 1609 von den protestantischen Ständen gewählt worden war, ausfüllte. Als sich in der braunauer Kirchenfrage die katholische Restaurationspolitik geltend machte, erhob er seine Stimme gegen diese Verkürzung und gehörte überhaupt während der Jahre 1612 und 1613 zu den aufmerksamsten und unerschrockensten Vertretern seiner Partei. So hatte er sich nach und nach eine Stellung geschaffen, dass seine Stimme unter seinen Glaubensgenossen einen gewichtigen Klang hatte und seine Meinung bei einer Krise entscheidend in die Wagschale fallen musste. Wir dürfen indessen nicht unerwähnt lassen, dass seine Uneigennützigkeit nicht fleckenlos dasteht. Vor dem passauer Einfall hatte er sich gegen Mathias erboten, den böhmischen Landtag zur Zahlung von Subsidien für die Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen bestimmen zu wollen und hiefür eine Herrschaft als Belohnung verlangt.

Diese zwei Männer, Thurn und Fels, wagten es in einer Schrift *) den Besorgnissen der Stände über die Entwicklung der kaiserlichen Politik einen rückhaltslosen Ausdruck zu geben. 1614 In einer geheimen Audienz, die ihnen am 26. Februar zu Theil wurde, überreichten sie dieselbe in ihrem beiderseitigen Namen dem Kaiser unter Versicherungen ihrer ergebensten

*) Die Schrift befindet sich im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

Treue. Der Grundgedanke dieses Actenstückes enthielt die Mahnung an den Kaiser, von der Ausrüstung einer Armee abzustehen, weil dies die grössten Gefahren heraufbeschwören und möglicherweise für den Kaiser den Verlust aller Kronen zur Folge haben dürfte. Die Stände würden jedes neue Kriegsheer ebenso misstrauisch betrachten, wie ehemals das passauische Volk; sie würden befürchten, dass es die Länder bedrücken, vor allem aber, dass es die Freiheit bei der Königswahl beeinflussen solle. Mit ironischer Schmeichelei hiess es dabei: Es sei gegen das passauer Volk nur mit höchster Anstrengung des Landes das Feld behauptet und die Freiheit der Wahl, *welcher Mathias seine Krone danke*, gesichert worden. Um alle Gründe für die beabsichtigte Werbung wegzuräumen, nahmen Thurn und Fels keinen Anstand, dem Kaiser den Rath zu ertheilen, sich wegen Siebenbürgens keine Mühe zu geben, denn wegen der entfernten Lage dieses Landes habe man gar keine Hoffnung auf nachhaltige Vertheidigung desselben und überhaupt sei alles verloren, sobald man sich von der „lieben Mutter", der Donau, entferne.

Die Ueberreichung der hier erörterten Schrift hatte keinen Erfolg, wahrscheinlich wurden beiden Verfassern statt aller Antwort nur ungnädige Blicke zu Theil. Thurn hatte sich vielleicht eingebildet, dass seine Schrift auf den Kaiser einen tiefen Eindruck machen und einen völligen Wechsel des Regierungssystems herbeiführen werde. Als er sich mit seinen Freunden von der Nichtigkeit derartiger Hoffnungen überzeugte, that er auf der abschüssigen Bahn der Opposition einen entscheidenden Sprung. Er begnügte sich nicht mehr mit jenen verwegenen Reden, die selbst den auswärtigen Diplomaten an ihm und der böhmischen Opposition aufgefallen waren, sondern knüpfte geradezu mit einem fremden Fürsten Verhandlungen zur Beseitigung der habsburgischen Dynastie an. Wenige Tage nach dem Schlusse des budweiser Landtages liess er im Verein mit dem Grafen Andreas Schlick und Wenzel Kinsky dem Kurfürsten von Sachsen melden, dass die böhmische Opposition zur Absetzung der Habsburger entschlossen sei und ihm (dem Kurfürsten) die Krone antragen wolle. Der sächsische Agent Khra, dem diese

Mittheilung gemacht wurde, konnte gleichzeitig an seinen Herrn berichten, dass die genannten Edelleute nur die Dolmetscher der bei der böhmischen Opposition allgemein herrschenden Gesinnung seien. In einer Gesellschaft, bei der sich in diesen Tagen ein beträchtlicher Theil des böhmischen Adels versammelte, sprachen alle Anwesenden unverholen ihre Abneigung gegen die habsburgische Dynastie und ihre Wünsche für eine sächsische Herrschaft aus. Diese Aeusserungen eines nahezu tödtlichen Hasses gegen das Herrscherhaus blieben nur deshalb ohne unmittelbare Folgen, weil der Kurfürst von Sachsen theils zu ehrlich, theils zu schwerfällig war, um die günstige Stimmung des Nachbarlandes zu einem Wagniss auszubeuten. *)

Der für die kaiserlichen Wünsche bezüglich der Ausrüstung einer Armee so ungünstige Verlauf des budweiser Landtages brachte dieselben keineswegs zum Schweigen. In Budweis selbst wurde noch ein neuer Plan ersonnen, um sie zu verwirklichen, er bestand in der Berufung eines Generalconvents nach Linz, zu dem die Stände von Gesammtösterreich eingeladen und denen insgesammt die Frage wegen der Bewaffnung vorgelegt werden sollte. Als demnach die Böhmen zu Budweis die Theilnahme an den Rüstungen ablehnten und nur zu der erwähnten Geldhilfe sich verstanden, wurden sie von Seite des Kaisers zur Wahl einer Deputation aufgefordert, die sich bei dem betreffenden Generalconvente an den Berathungen über die Aufstellung einer Armee betheiligen sollte. Die Stände lehnten diese Forderung ab; das, was der Kaiser in Linz verhandeln lassen wolle, könne er eben so gut am Generallandtage in Prag anbringen. Sie waren nicht absolut gegen eine gemeinschaftliche Berathung mit den ständischen Ausschüssen anderer Länder eingenommen und konnten es auch nicht sein, da ja zu dem künftigen Generallandtage in Prag nicht bloss die Länder der Krone Böhmens, sondern auch die Vertreter aller übrigen Provinzen berufen werden sollten. Ein prager Generalconvent war den Böhmen aber deshalb genehmer, weil der

*) Sächs. Archiv. Unruhen in Böhmen XV, Khra an den Obersten Pflug dd. $\frac{10.\ \text{Mai}}{30.\ \text{Apr.}}$ 1614 Prag.

Kaiser, vermöge des in Budweis ausgestellten Reverses, genöthigt war, auf demselben zuerst die vier bekannten Punkte erörtern zu lassen; in Linz war er dagegen an seinen Revers nicht gebunden und konnte seine eigenen Wünsche den Ständen zur Berücksichtigung empfehlen.

Als die Idee wegen Berufung eines Generalconvents im kaiserlichen Cabinet auftauchte, fand dieselbe durchaus nicht die allgemeine Billigung. *) Manche Räthe schraken geradezu vor einem Generalconvent zurück und meinten, der Kaiser biete selbst Hand zu den Verschwörungen und Bündnissen der Stände, wenn er sie zusammenkommen lasse. Auch der spanische Gesandte war dieser Ansicht und glaubte, dass ein Generalconvent die Auctorität des Kaisers beeinträchtige und dass der letztere die gemeinsamen Angelegenheiten seiner Länder, so wie die Frage über Krieg und Frieden, nicht durch den Beirath der Stände, sondern allein entscheiden solle. Dennoch beschloss der Kaiser die Berufung des Generalconvents und es mag hiebei die Meinung Khlesls den Ausschlag gegeben haben. Auf alle Fälle sollte nochmals der Versuch gemacht werden, ob nicht bei den vereinten ständischen Vertretern eine vertrauensvollere Gesinnung walte, als in den einzelnen Ländern selbst. Die Gesammtheit würde vielleicht kriegslustiger, wenn sie die Lage der Dinge im künstlichen Lichte der kaiserlichen Darstellung betrachtete. Die Gefahr vor den Türken war unbestreitbar da und wenn Siebenbürgen ins Bereich ihrer Macht gezogen wurde, so konnte dies auf die Oesterreicher, Steirer, Mährer u. s. w. weder tröstlich noch beruhigend wirken. Es kam darauf an, worauf schliesslich ein höherer Werth gelegt wurde, ob auf die Sicherheit vor den Türken oder auf die Bekämpfung der habsburgischen Herrschergelüste. Wenn auf den einzelnen Landtagen vorzugsweise die letztern gefürchtet und bekämpft wurden, so konnte vielleicht auf einem Reichstage oder einem Generalconvent der Hass gegen die Türken die Gemüther beherr-

---

*) Die Acten und Nachrichten über den Generalconvent in Linz sind theils im wiener Staatsarchiv, theils in der Correspondenz Zuñiga's mit der spanischen Regierung.

schen und einen kriegerischen Beschluss hervorrufen. Auch konnten in einer zahlreicheren Versammlung mit Hilfe der kleinen Provinzen, die theilweise in Hader mit den grösseren lebten, gute Erfolge erzielt werden. Es galt also den Versuch zu machen; endete er erfolglos, so war die Lage deshalb für den Kaiser nicht schlimmer geworden.

Nach dem Schlusse des böhmischen Landtages wurden die übrigen Landtage der Monarchie schleunig berufen und ihnen gleicherweise der Wunsch des Kaisers nach einem Heere bekannt gegeben. Alle waren mehr oder weniger schwierig. An alle wurde auch das Ansuchen gestellt, Ausschüsse aus ihrer Mitte nach Linz abzuschicken, wo die Heeresfrage ihre definitive Lösung erhalten sollte. Bezüglich Böhmens befand sich der Kaiser in nicht geringer Verlegenheit, da der Landtag von Budweis jede Sendung nach Linz abgelehnt hatte. Er half sich zuletzt damit, dass er den Statthaltern, den Beisitzern des Landrechts, des Hof- und Kammergerichtes, sowie den Defensoren den Befehl ertheilte, einen Ausschuss aus ihrer Mitte zu wählen und nach Linz zu schicken. Wahr ist es, dass die genannten Räthe, sowie die Defensoren alle Häupter der katholischen und protestantischen Partei in sich vereinten und nahezu die Hälfte der gewöhnlichen Mitgliederzahl des Landtages umfassten, aber trotz ihres moralischen Ansehens und ihrer Anzahl waren sie doch nicht der Landtag. Der Kaiser erreichte indessen seinen Zweck, da auf seinen Befehl eine Deputation nach Linz abgefertigt ward; sie bestand aus sieben Personen, darunter Adam von Waldstein, Wilhelm Slawata, Thurn, Fels und Johann von Klenau. — Zu dem linzer Generalconvent wurden auch die Stände von Innerösterreich und Tirol eingeladen. Mathias galt, als der älteste Prinz der deutschen Linie, in diesen Ländern als der oberste Herr, es entstand sonach kein Zweifel darüber, dass auch aus Tirol, Steiermark u. s. w. die ständischen Ausschüsse berufen werden müssten, und dies um so mehr, als man sich auf ihre dynastische Ergebenheit verlassen konnte. Der tiroler Landtag rechtfertigte diese Vermuthung nur zu sehr, denn als er, dem Wunsche des Kaisers nachkommend, eine Deputation zum linzer Generalconvent wählte, drückte

er die Besorgniss aus, ob Mathias nicht einen grossen Fehler begangen habe, dass er die Wahl der Ausschüsse den verschiedenen Landtagen überliess. Für den günstigen Verlauf der Verhandlungen würde es nämlich besser sein, wenn Mathias aus den einzelnen Ländern Vertrauenspersonen, katholische wie protestantische, berufen hätte, und einer solchen aus seiner eigenen Wahl hervorgegangenen Versammlung die Erörterung über die einzuschlagende Politik überlassen würde. Mathias hätte gern diesen wohlgemeinten, aber etwas kindischen Rath befolgt, wenn es überhaupt angegangen wäre.

Die Eröffnung des Generalconventes sollte in Linz mit dem grössten Glanze vor sich gehen. Der Kaiser berief seinen Bruder, den Erzherzog Maximilian, und seinen Vetter, den Erzherzog Ferdinand, dahin. Auch Spanien und Belgien, weil von Mitgliedern derselben Dynastie beherrscht, waren vertreten. Für Philipp III fand sich sein Gesandte Balthasar von Zuñiga, für Erzherzog Albrecht der Graf Buquoy als Stellvertreter ein. Es konnte wohl nicht besser angedeutet werden, dass die Habsburger alle ihnen unterthanen Länder, wenn auch mehrfach getheilt, für einen gemeinsamen und unantastbaren Besitz ansahen, als wenn sie diese Anschauung am stärksten da hervortreten liessen, wo sie am heftigsten angefeindet wurde. Ursprünglich war bestimmt, dass der Generalconvent schon Ende Juli zusammentreten solle, doch musste die Eröffnung verschoben werden. Theils waren die Ausschüsse später erschienen, so zum Beispiel die schlesischen erst am 9. August, theils waren unter den Erschienenen Streitigkeiten über den Vorsitz ausgebrochen, die früher geschlichtet werden mussten.

Am 11. August um ein Uhr Nachmittags fand endlich die feierliche Eröffnung des, man kann sagen, ersten österreichischen Reichstages oder, wie er officiell genannt wurde, des „*Generalconventes*“ statt. Sämmtliche Gesandten, etwa 70 an der Zahl, wurden in einen Saal beschieden, wo sie den Kaiser an einen Tisch gelehnt trafen, umgeben von den beiden Erzherzogen, von Zuñiga und Buquoy und dem Reichs-Vicekanzler Ulm. Der letztere ergriff im Namen des Kaisers zuerst das Wort, erörterte in einer längeren Rede die Gründe, welche zur Berufung der

Versammlung Anlass gegeben, worauf Mathias selbst den Inhalt des Vortrages in einigen Worten wiederholte und dann die beiden Erzherzoge ersuchte, den weiteren Verhandlungen unausgesetzt beizuwohnen und den Vorsitz zu führen. Hiermit war das Ceremoniell der Eröffnung zu Ende. Der Kaiser entfernte sich und die ganze Versammlung begab sich mit ihren Präsidenten an der Spitze in den Speisesaal des Erzherzogs Maximilian, um da die Verhandlungen zu beginnen. In einem ausführlichen Vortrage wurde dem Generalconvent der Stand der türkischen Angelegenheiten mitgetheilt. Es wurde darauf hingewiesen, dass durch den gegenwärtigen Fürsten von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, dieses Land förmlich in türkische Botmässigkeit gefallen sei, dass jedoch bei den Siebenbürgern selbst der Wunsch vorherrsche, sich an die Christenheit anzuschliessen und dass die Türken ununterbrochen durch Streifzüge den Frieden verletzten. Diesem entsprechend wurden den Ständen mehrere Fragen vorgelegt, die sich auf folgende Punkte reducirten: 1. Ob man den Türken ungestraft die Verletzung des Friedens hingehen lassen dürfe und ob nicht die Stände als dessen theilweise Garanten auch seine Aufrechthaltung auf sich nehmen wollten? 2. Wie es mit Siebenbürgen zu halten, ob dasselbe Bethlen Gabor überlassen werden solle oder nicht? Nach Ablesung dieser Propositionen endigte die erste Sitzung. Die Ausschüsse entfernten sich, um abgesondert über das abzugebende Gutachten zu berathen.

Einen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Verhandlungen musste die Haltung der Ungarn nehmen. Hätten sich diese auf die Seite des Kaisers gestellt und den Krieg gegen die Türken und Bethlen Gabor befürwortet, so würden sie die andern Provinzen vielleicht mitgerissen haben, denn die Beschränkung der türkischen Macht und ihrer Anhänger war die unverkennbare Lebensaufgabe der österreichischen Monarchie. Allein die Ungarn waren die letzten, welche den Kaiser unterstützen wollten: die Pläne des Palatins Thurzo gingen wahrlich nach etwas ganz anderem, als nach einer Kräftigung der königlichen Macht, für ihn war Bethlen Gabor ein willkommener Bundesgenosse und kein Gegner. Die ungarische Deputation unter-

stützte also die Absichten des Kaisers nicht nur gar nicht, sondern sie machte sogar in Linz den Versuch seiner Macht in Ungarn den Todesstoss zu versetzen. Sie wollte nämlich mit Hilfe des Generalconvents die ungarischen Grenzfestungen dadurch in ihre eigene Gewalt bringen, dass sie die übrigen Länder zu bereden suchte, ihre Beiträge zur Unterhaltung der Besatzungen unmittelbar an Ungarn und nicht an den Kaiser abzuführen. Diesen Wünschen entsprach ihre Antwort auf die kaiserliche Proposition. In höchst blumenreicher Sprache erzählten sie zuerst alle ihre Leiden seit dem Abschlusse des Friedens von Szitva-Torok und gaben zu, dass derselbe von den Türken unablässig gebrochen werde. Nichtsdestoweniger rieten sie nicht zum Kriege, sondern nur zur Absendung einer Gesandtschaft an den Sultan behufs neuer Friedensverhandlungen. Bezüglich Siebenbürgens mahnten sie den Kaiser von jedem Schritte ab, der die Türken reizen könnte. Die Hauptsache aber war, dass sie offen erklärten, sie wollten in ihren Grenzhäusern weder deutsche Soldaten, noch deutsche Befehlshaber dulden, überhaupt keine Volks- sondern nur eine Geldhilfe haben. Es sei nicht ihre Absicht die Deutschen dadurch zu beleidigen, da sie deren Tapferkeit in vielen Schlachten, die sie vereint mit ihnen geschlagen, kennen gelernt hätten, aber gewiss sei es, dass die Unbilden arg seien, welche die Umwohner der Grenzfestungen täglich von den fremden Soldaten erfahren müssten. — Die Bitte der Ungarn fand indessen keinen Anklang bei den übrigen Ländern, da diese nicht Lust hatten, sich geradezu zu einer Tributleistung zu verpflichten und den Ungarn so leichthin zu bewilligen, was sie sich vom Kaiser nur mühsam abringen liessen.

Das Auftreten der Ungarn, welche nichts von einem Kriege wissen wollten, entschied über die Haltung des Generalconvents. Einige Provinzen zwar, wie Steiermark, Kärnthen, Krain und Tirol wollten den Kaiser unterstützen, auch die Oberlausitzer sprachen sich hiefür aus und zwar letztere unter allen am eifrigsten, indem sie zugleich versicherten, dass sie solchen „liederlichen und falschen Suspitionen“, als beabsichtige der Kaiser sich des Heeres mehr gegen die Protestanten als gegen

die Türken zu bedienen, nicht „nachhingen.“ Ein derartiger Verdacht sei gewiss vom Teufel eingegeben. — Alle übrigen Deputationen hingen jedoch diesem Verdacht nur zu sehr nach und lehnten unter verschiedenen Vorwänden jede Unterstützung des Kaisers ab, entweder weil sie nicht bevollmächtigt seien, wie namentlich die Böhmen, oder weil sie den Frieden vor allem für nöthig hielten. Am 20. August erstatteten die Erzherzoge dem Kaiser Bericht über die schriftlichen Voten des gesammten Generalconventes. Da dieselben mit sehr geringer Ausnahme alle kriegerischen Rüstungen ablehnten, so rieten die Erzherzoge selbst, Mathias möge die Erneuerung des Friedens mit dem Sultan auf Grundlage des Vertrages von Szitva-Torok weiter verhandeln und Bethlen Gabor als Fürsten von Siebenbürgen anerkennen. Fünf Tage später berief der Kaiser selbst die Ausschüsse vor sich, dankte ihnen für ihre Bemühungen und versprach, sich an die einzelnen Landtage wegen der türkischen Angelegenheiten wenden zu wollen, wenn die Verhältnisse es nöthig machten. Unmittelbar darauf reisten die Deputirten nach Hause. — Die Kosten des vierzehn Tage dauernden Reichstages beliefen sich auf 200.000 Gulden. Um diesen Preis war der Kaiser um die Einsicht reicher geworden, dass die Armee, welche er weder mit spanisch-römischer noch mit deutscher Hilfe aufstellen konnte, auch nicht dem naiven Vertrauen der ihm unterthanen Länder abzuringen sei.

III

Die nächste Sorge des Kaisers war nun der prager Generallandtag, der im Januar 1615 zusammentreten sollte. Es verging kaum eine Woche, ohne dass dieser Gegenstand in Form von Anfragen und Gutachten von Seite des kaiserlichen Cabinets erörtert worden wäre, und man sah es den Betheiligten an, wie die Angst ihre Rathlosigkeit steigerte. Der letzte Nothanker, an den man sich klammerte, war der, dass man die ersten Monate des Jahres 1615 vorübergehen liess, ohne das Versprechen einzulösen. Da aber durch diesen Kunstgriff der General-

landtag doch nicht in die Ewigkeit hinausgeschoben werden konnte, so wurde dessen Berufung ernstlich ins Auge gefasst und der Monat Juni hiezu bestimmt. Khlesl war es, der schliesslich Muth genug fühlte, um der gefürchteten Versammlung entgegenzutreten. Er hatte sich mit diesem Gegenstande vielfach beschäftigt und bei böhmischen Staatsmännern, wie Lobkowitz und dem aus der Dunkelheit hervortretenden Secretär Michna, Raths erholt und auf Grund dieser Information und seiner eigenen Einsicht dem Kaiser ein Gutachten über die einzuschlagende Politik ertheilt, das, wenn man den kaiserlichen Standpunkt als den massgebenden ansehen würde, von seltener Klarheit und Richtigkeit der Auffassung zeigte. *)

Khlesl riet nämlich seinem Herrn, den Stier bei den Hörnern anzufassen, den Generallandtag zu berufen und nicht durch kleinliche Massregeln die Berathung der vier Punkte aufschieben und vereiteln zu wollen. Doch sollte sich der Kaiser nur mit einer nackten Aufzählung der Punkte begnügen und nicht den Versuch machen, die Bedingungen anzugeben, unter denen er den einen oder den anderen zu bewilligen geneigt wäre. Das Schweigen würde den Vortheil haben, dass die Stände ihr wahres Endziel entschleiern müssten, denn vergebens habe man sie bisher gedrängt, ihre Absicht bezüglich der Conföderation auseinanderzusetzen, obwohl man darüber nicht im dunkeln sein könne. Dann setzte der Bischof seinem Herrn auseinander, was er selbst von den vier Punkten halte und welche Politik bei ihrer Berathung den Ständen gegenüber zu befolgen sei. Sobald dieselben mit der Wahrheit herausrücken und erklären würden, dass die Conföderation zum Schutze ihrer Freiheiten gemeint sei, solle der Kaiser erklären, dass er dieselbe nie zugeben würde, weil derartige ständische Bündnisse, wie die Erfahrung lehre, stets zu Unruhen führten und weil er nie im Sinne gehabt, die ständischen Freiheiten anzutasten. Es sei übrigens, solle er sagen, keine Conföderation zwischen Ländern nöthig, die bereits durch das stärkste Band verbunden seien, nämlich durch die Vereinigung unter einem

*) Khlesls Gutachten im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

Herrscher, dessen Nachfolger dieselbe nie zu lösen gedächten. Und wenn doch eine Conföderation abgeschlossen werden solle, so gebe sie der Kaiser nur in diesen drei Fällen zu: 1. wenn sie gegen die Türken, 2. wenn sie gegen einen äussern Feind, der irgend eines der ihm unterthanen Länder angreifen würde, und 3. wenn sie zur Unterdrückung jeder Rebellion in allen Theilen seines Gebietes abgeschlossen würde.

Khlesl hatte hiemit eine Achillesferse des österreichischen Staates berührt. Für die einzelnen Theile bestand keine Pflicht einer gemeinsamen Vertheidigung; wenn die Oesterreicher und Böhmen in Ungarn sich gegen die Türken schlugen, so thaten sie es aus gutem Willen, und ebenso wenig waren die Ungarn verpflichtet, allfällige Angriffe des Kurfürsten von Sachsen gegen Böhmen zurückzuschlagen. Ebenso war auch keines der Länder zur Hilfeleistung behufs Unterdrückung eines die habsburgischen Rechte bedrohenden Aufstandes verpflichtet. Die gemeinsame Vertheidigung gegen jeden äusseren Feind oder gegen einen die Integrität bedrohenden Aufstand wurde erst durch die pragmatische Sanction im 18. Jahrhunderte zu einem allgemein giltigen Staatsgrundgesetz erhoben. So lange dieses Gesetz fehlte, war die österreichische Monarchie nur eine Ländermasse, die durch kein organisches Band zusammengehalten war. Khlesl bewies seine staatsmännische Einsicht, indem er den Mangel entfernen und das Band knüpfen wollte. Allein mit dem politischen Scharfblick, den dieser Staatsmann bei der Definirung der für Oesterreich nöthigen Conföderation bewies, war es nicht abgethan, es stand nicht zu erwarten, dass die Stände ihrem Begriffe von Conföderation den khleslischen würden unterschieben lassen und aus einem Bündnisse zum Schutze ihrer Freiheiten ein Bündniss für die Rechte ihres Herrschers nach Aussen und Innen machen würden. Doch hatte der Kaiser eine Debatte nicht geradezu zu scheuen, wenn er auf Khlesls Meinung einging. War der Wunsch der Stände nach Sicherung ihrer Freiheiten gerechtfertigt, so war es nicht minder der des Kaisers, wenn er sich für die Zukunft gegen äussere und innere Feinde sichern wollte. Konnte der Conföderation kein solcher Inhalt gegeben werden, dass er den Kaiser und die Stände be-

friedigte, dann konnte es ersterer immerhin wagen, einer einseitigen Beschlussfassung der Stände seine Sanction zu versagen, dann konnte er verhüten, dass sich die Stände förmlich unter seiner Aegide gegen ihn oder seinen Nachfolger erhoben.

Im weiteren Verlauf seines Gutachtens ging Khlesl auf die zweite ständische Forderung, die Defension, ein. Unter der Voraussetzung, dass die Conföderation nur zur Abwehr des äusseren Feindes oder zur Unterdrückung etwaiger Aufstände dienen dürfe, hatte er gegen die Berathung einer neuen Defensionsordnung nichts einzuwenden. In der Skizze, die er von derselben entwarf, zeigte er auch für diesen Gegenstand ein kluges Verständniss. Die Mangelhaftigkeit und Unbehilflichkeit des bisherigen mittelalterlichen Heerwesens in allen österreichischen Ländern wohl erkennend verlangte er, dass solche Vorbereitungen getroffen würden, vermöge deren im Kriegsfalle jedes Land binnen vier Wochen sein Truppencontingent auf den Beinen hätte. Zu diesem Behufe sollte von vornherein die Grösse des gesammtösterreichischen Heeres auf etwa 40000 Mann bestimmt und das Contingent für jedes einzelne Land festgesetzt werden. Zugleich sollten die Waffen, die Munition, die Mannschaft und die Officierscadres stets in Bereitschaft und Evidenz gehalten werden, um diese Truppenzahl in der genannten kurzen Frist marschfähig zu machen. Wer merkt nicht, dass ihm das Bild einer Armeeorganisation vorschwebte, welche modernen Zeiten entspricht.

Abermals traf Khlesl in einer ausserordentlich wichtigen Sache das Rechte. Der Mangel einer vernünftigen Heeresorganisation in dem doch ziemlich umfangreichen Oesterreich war die Hauptursache, dass der Türkenjammer unsere Vorfahren so hart drückte. Wie viel Wehe wäre ihnen erspart worden, wenn sich die verschiedenen Länder über einen umfassenden und dauernden Vertheidigungsplan selbst geeint hätten, wie vielen Streitigkeiten wäre man auf den ungarischen Reichstagen entgangen, die stets mit Klagen gegen die fremden Truppen bei der Hand waren und doch ihr Land nicht vertheidigen konnten? Eine Conföderation im Sinne Khlesls und eine auf dieselbe begründete Defensionsordnung hätte den österrei-

chischen Staat als ein Ganzes erscheinen lassen und ihm Achtung und Frieden verschafft. *) — Wohl dürfte mancher ungarische und böhmische Cavalier Khlesls Ideen gebilligt haben, wenn er sich vergegenwärtigte, dass die österreichischen Länder in ihrer Vereinigung den einzigen, wenn auch schwachen Schutz gegen das Türkenjoch abgaben. Allein wenn diese eine Aufgabe ihn mit Wünschen für den Bestand Oesterreichs beseelte und die Mittel hiezu gutheissen liess, so fühlte er sich in der Regel wegen der religiösen Zerwürfnisse diesem Staatengebilde entfremdet.

In consequenter Durchführung seiner Ansichten war Khlesl auch nicht gegen eine Erneuerung der Erbeinigungen, die er als ein Bündniss gegen äussere Feinde betrachtete. Auf ständischer Seite war man natürlich anderer Meinung, die Erbeinigungen sollten in Verbindung mit den ständischen Conföderationen treten und ihre Spitze gegen den Monarchen richten. Was endlich die Kreistage betrifft, so wusste ihnen Khlesl keine ungefährliche Wendung zu geben und deshalb riet er dem Kaiser ihre Ablehnung an.

Mathias übergab Khlesls Gutachten einigen vertrauten Personen zur Beurtheilung. Es waren dies der Cardinal Dietrichstein, der Oberstburggraf von Böhmen, Adam von Sternberg, und mehrere andere nicht näher benannte Herren, unter denen aber offenbar der Kanzler Lobkowitz, dann Slawata und Martinitz zu vermuthen sind. Sie alle billigten Khlesls Ansichten bis auf einen Punkt. Sie verlangten nämlich, der Kaiser solle in der Aufforderung an den Generallandtag zur Berathung der vier Artikel angeben, wie er sie (in khleslischer Weise) verstehe und zu bewilligen gedenke. Diese Erklärung werde für die Gutgesinnten ein Leitstern sein, die Schlechtgesinnten aber

*) Im 16. Jahrhunderte wurden wiederholt auf Anregung Ferdinands I Anläufe zur Berathung einer gemeinsamen Vertheidigung zwischen Ungarn und den übrigen Besitzungen dieses Fürsten gemacht, man kam aber zu keinem Resultate, denn man hatte nur die Noth des Augenblickes vor Augen und dachte nicht daran, etwas dauerndes zu schaffen.

einschüchtern. *) Khlesl missbilligte die abweichende Meinung aus vielfachen Gründen, der wichtigste darunter war der, dass man vor allem die Absichten der Böhmen kennen müsse und deshalb möge man sie zuerst reden lassen. Es würden sich dann Mittel und Wege genug finden, sie zu bekämpfen, sei es durch die Oesterreicher und Ungarn, deren man sich versichern müsse, sei es durch das Verschleppen der Verhandlungen. Er habe letzteres Mittel mehrfach versucht und tüchtig befunden; der Adel, müde der langen Abwesenheit vom Hause und der damit verbundenen bedeutenden Auslagen, betreibe dann die Beendigung der Verhandlungen und begnüge sich mit dem ersten Beschlusse. Welche Ansicht schliesslich die Oberhand behalten, ist uns nicht bekannt. In den officiellen Acten finden sich zwei Propositionsentwürfe, der eine nach Khlesls Rathschlage abgefasst, der andere im Sinne der böhmischen Rathgeber; welcher von beiden zur Geltung kam, ist ungewiss. Nach dem Verlaufe der Verhandlungen zu urtheilen, dürfte die Meinung der letzteren durchgedrungen sein. **)

Auf Seite der böhmischen Opposition scheint man keine Vorbereitungen getroffen zu haben, um sich des Sieges auf dem Generallandtage zu versichern, namentlich wurden keine vertraulichen Verhandlungen mit den angeseheneren Personen der Nachbarländer eingeleitet, um das wechselseitige Verhalten nach einem gemeinsamen Plane zn regeln. Die uns zugänglichen Nachrichten legen die Vermuthung nahe, dass diese Saumseligkeit die Folge eines in der Opposition eingetretenen Zwiespaltes gewesen sei. Denn als der Generallandtag vor der Thüre war, erschienen von den Häuptern derselben nur Thurn, Fels, Budowec und Ruppa in Prag und berieten sich mit den nächsten Anhängern über die einzuschlagende Politik. Dagegen hielten sich Schlick, Wilhelm von Lobkowitz und Stephan von Sternberg nicht nur jetzt, sondern auch zur Zeit der Generallandtagsverhandlungen von der Hauptstadt fern, während man sie sonst, namentlich die beiden ersten, stets in der vor-

*) Beide Entwürfe undatirt im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

**) Die Correspondenz hierüber im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

dersten Reihe der Opposition gesehen hatte. Mochten sie vielleicht nicht mehr die Wege Thurns wandeln? Wie die Abwesenheit dieser Männer jenen, welche die politische Sachlage kannten, nicht wenig auffiel, so erregte wiederum die Ankunft einer pfälzischen Gesandtschaft, die gerade in diesen Tagen am kaiserlichen Hofe eintraf und für ihren Herrn um die Belehnung mit den böhmischen Lehen ansuchte, nicht wenig Aufsehen. Man hatte sie in dem allerdings nur zu begründeten Verdacht, dass sie die Protestanten bei den kommenden Verhandlungen heimlich beeinflussen und zur Ausdauer mahnen wolle. Einigermassen günstig schien es für die Sache der Opposition zu sein, dass sich der Obersthofmeister Adam von Waldstein, obwohl er katholisch war, auf ihre Seite stellte und bei den kommenden Verhandlungen für die Gewährung der vier Punkte im Sinne der Protestanten eintreten wollte. *)

Inzwischen hatte Mathias den Ständen seiner verschiedenen Länder kundgethan, dass der Generallandtag am 15. Juni eröffnet werden solle und sie aufgefordert, ihre Deputationen rechtzeitig nach Prag abzusenden. Als am 15. Juni der Generallandtag wirklich eröffnet wurde, waren ausser den böhmischen Ständen nur die Deputationen aus Mähren, Schlesien und den beiden Lausitzen anwesend. Die Vertreter aus Ober- und Niederösterreich fanden sich erst im Anfange Juli ein, von den Ungarn liess sich aber Niemand blicken, nur von Seite der königlich-ungarischen Räthe lief an die Stände in Prag ein Schreiben ein, das eine Bitte um böhmische Subsidien für die Instandhaltung der ungarischen Festungen enthielt, des Generallandtages aber mit keinem Worte gedachte. **) Bald war die Thatsache unzweifelhaft, dass die Ungarn sich an demselben nicht betheiligen würden. Ob der Kaiser dies durch schlaue Massregeln herbeigeführt oder die Ungarn ihre Betheiligung selbst für unpassend gehalten, ist nicht weiter bekannt. Die

1615

*) Münchner Staatsarchiv 2/8. Bodenius an Herzog Max dd. Prag 20. Juni 4. Juli, 11. Juli, 8. und 22. Aug. 1615.

**) Der königliche ungarische Rath an die böhmischen Stände dd. 17. Juni 1615. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

Thatsache des Ausbleibens war unbestreitbar und der Bedeutung der ständischen Zusammenkunft nicht wenig nachtheilig.

Die Berathungen des Generallandtages nahmen damit ihren Anfang, dass die böhmischen Stände zuerst mit den ihrer Krone incorporirten Ländern in Verhandlung traten, also mit der mährischen, schlesischen und lausitzer Deputation. Gleich im Anfange liessen sich dieselben sehr schlecht an; statt mit Eifer an die Feststellung der Bedingungen für die Conföderation und Defension zu gehen, regten die verschiedenen Deputationen unter einander und gegen die Böhmen alte, nie ausgetragene, aber immer mit neuem Aerger erfüllende Streitigkeiten an. Die Mährer, Schlesier und Lausitzer betonten zuerst, dass sie gar nicht verpflichtet seien, bei einem Generallandtage in Prag zu erscheinen, und liessen sich hierüber vom Kaiser einen Revers ausstellen *): in dem Augenblicke also, wo eine allgemeine Einigung berathen werden sollte, sagte man einander vorerst ins Gesicht, dass einer den anderen nichts angehe. Nach der Erledigung dieser Episode begannen die Mährer die Berathungen über die Conföderation, fast nur, um zu sagen, dass sie von ihr nichts wissen wollten. Als Grund gaben sie an, dass sie im Jahre 1608 mit den Ungarn und Oesterreichern ein Bündniss zum wechselseitigen Schutze ihrer Freiheiten abgeschlossen hätten und dass sie weder eine billige Ursache, noch eine Nothwendigkeit sähen, von diesem Bündnisse abzulassen und zu einem neuen zu schreiten. **)

Das stammverwandte Mähren führte hier eine Sprache, die

*) Erklärung der schlesischen Deputation vor dem Kaiser dd. 15. Juni. Ansprache der mährischen Deputation an die Böhmen dd. 26. Juni. Ansprache der schlesischen Deputation dd. 27. Juni. Ansprache der Ober- und Niederlausitzer dd. 27. Juni 1618. Ebend.

**) Bekanntlich haben die Mährer, Ungarn und Oesterreicher im Jahre 1608 zu Pressburg und Eibenschütz ein Bündniss abgeschlossen, das zur Absetzung Rudolfs führte. Dieses ursprünglich nur zur Aufrechthaltung des wiener und szitwa-toroker Friedens abgeschlossene Bündniss wurde noch im selben Jahre zu Štěrbohol dahin vervollständigt, dass es zum Schutze der ständischen Freiheiten in den genannten Ländern dienen solle.

alle Rücksicht auf die böhmischen Stände bei Seite setzte. Mitglieder der mährischen Deputation waren der Cardinal Dietrichstein und Karl von Žerotin. Dass ersterer so dachte und sprach, konnte nicht Wunder nehmen, aber dass letzterer zu diesen Sätzen schwieg, wenn er vielleicht nicht sogar an ihrer Redaction betheiligt war, ist das erste Anzeichen jener merkwürdigen Entwicklung, welcher die Politik Žerotins in diesen Jahren entgegenging und über die noch vielfach hier berichtet werden wird. *) Die Schlesier **) gingen scheinbar mit Eifer auf die Conföderationsverhandlungen ein, aber der Pferdefuss trat bei ihnen noch sichtbarer hervor. Sie verlangten in einem Athem von den Böhmen die Unterstützung ihrer Ansprüche auf Troppau gegen die Mährer und eine Revision der ganzen staatsrechtlichen Stellung Schlesiens gegen Böhmen, natürlich im Sinne einer vollständigen, wechselseitigen Unabhängigkeit beider Länder, die nur in der Person des Herrschers geeint sein sollten. Wieder wurden die Kanzleistreitigkeiten aus dem Jahre 1611 aufgefrischt und dadurch der Patriotismus der böhmischen Stände auf das empfindlichste verletzt und gereizt. ***) Wenn den Schlesiern alles nach Wunsche gewährt wurde, dann waren sie geneigt, sich in die Conföderationsverhandlungen einzulassen. Einen so hohen Preis konnten die Böhmen hiefür nicht zahlen. Denn für eine unsichere und in ihren Wirkungen noch gar nicht

*) Ansprache der mährischen Deputation an die Böhmen dd. 26. Juni 1618. Bericht über die Verhandlungen des Generallandtages an den Kaiser dd. 5. Aug. Beide Schriftstücke im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

**) Zuschriften und Erklärungen der schlesischen Deputation an die böhmischen Stände dd. 16. und 22. Juli und 5. Aug. 1618. Ebend.

***) Die böhmische Kanzlei war eine Art Gesammtministerium in nuce für die Länder der böhmischen Krone. Die Schlesier, die nach möglichster Selbständigkeit strebten, setzten im Jahre 1611 die Errichtung einer eigenen schlesisch-lausitzer Kanzlei durch. Die Böhmen, die einen solchen Schnitt in ihr Staatswesen nicht dulden wollten, protestirten dagegen und verlangten ununterbrochen eine restitutio in integrum. Mathias fing an, sich ihnen zuzuneigen, und deshalb suchten die Schlesier jetzt selbst die Böhmen zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Näheres darüber in meiner Geschichte Rudolfs II, Band II im Anhange

berechenbare Conföderation konnten und wollten sie nicht den letzten Rest jener Prärogative aufgeben, die sie für ihr Land, als für die Wiege und das Centrum des böhmischen Staates, dem Rechte und der Gewohnheit gemäss in Anspruch nahmen. Mit ihrem Preisgeben würde der böhmische Staat in der That den Rest seiner organischen Gliederung eingebüsst haben. So blieben die Conföderationsverhandlungen mit Schlesien ebenso erfolglos wie die mit Mähren. Welchen Verlauf die mit der Lausitz nahmen, ist nicht weiter bekannt, ein Resultat hatten sie jedenfalls nicht.

Gleichzeitig mit der Conföderationsfrage wurden auch die Defensionsverhandlungen in Angriff genommen. In dieser Beziehung machte sich ein besseres Entgegenkommen geltend, die sämmtlichen Länder der böhmischen Krone erkannten die Pflicht der wechselseitigen Hilfeleistung gegen einen äusseren Feind an und setzten die Truppencontingente fest, mit denen sie einander unterstützen wollten. Böhmen sollte 2000 Reiter und 6000 Mann zu Fuss, Schlesien 2000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss, Mähren 1000 Reiter und 3000 Mann zu Fuss, die beiden Lausitze zusammen 1200 Reiter und 2000 Mann zu Fuss stellen. Das gemeinsame Heer sollte also 6200 Reiter und 14000 Mann zu Fuss betragen. Mit diesen Bestimmungen endeten jedoch die Defensionsverhandlungen in einer, für die Bedürfnisse jener Zeit höchst unbefriedigenden Weise. Durch die Festsetzung der Contingente wurde nur eine Unsicherheit beseitigt, nämlich die in Betreff der Höhe des gemeinsamen Heeres. Der eigentliche Mangel lag aber darin, dass für die Ausrüstung, Einübung und rasche Aufstellung dieses Heeres im Falle des Bedarfs gar keine Vorbereitungen in Friedenszeiten getroffen wurden. Hier sollte in einer Weise reformirt werden, wie dies Khlesl in seinem Gutachten angedeutet hatte. Eine solche Reform und Vorsorge für den Kriegsfall wäre thatsächlich eine Defensionsordnung gewesen, die einfache Festsetzung einer Ziffer hatte wenig oder keinen Werth.

In den ersten Tagen des August hatten die Verhandlungen zwischen den Ländern der böhmischen Krone das geschilderte Resultat erlangt. Ueber die Defension hatte man sich

dem Scheine und nicht dem Wesen nach geeinigt; über die Conföderation war keine Einigung zu hoffen. Von dem theils positiven, theils negativen Erfolge der Verhandlungen erstattete der gesammte Generallandtag am 5. August Bericht an den Kaiser. *)

1615

Nachdem die Berathungen zwischen den Ländern der böhmischen Krone so wenig zu dem gewünschten Ziele geführt hatten, so hätte man füglich auf böhmischer Seite die Verhandlungen mit den Oesterreichern fallen lassen können. Wenn es nicht geschah, so war daran die Festigkeit der Oesterreicher Schuld. Sie neigten sich nächst den Böhmen am meisten einer revolutionären Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse zu; sie waren mit den letzteren die eifrigsten Vertheidiger des Conföderationsgedankens und es würde ihnen also schlecht angestanden haben, wenn sie ihr eigenes Werk so rasch preisgegeben hätten. Die Niederösterreicher hatten ausdrücklich in der Instruction, die sie ihren Deputirten nach Prag gegeben hatten, dieselben ermächtigt, wegen der Conföderation und Defension zu verhandeln und sich solchergestalt, wie ihnen bemerkt wurde, jener Worte bedient, die der Kaiser von seinen Unterthanen gar nicht hören mochte, wenn er sich ihrer auch selbst bedienen musste. Auch sonst war die Vollmacht so beschaffen, dass sie das Missfallen des Hofes erregte, das wo möglich durch die Missliebigkeit einiger Mitglieder der Deputation noch erhöht wurde und sich erst dann etwas beschwichtigte, als die unliebsamen Persönlichkeiten durch besser gesinnte ersetzt wurden. Geht man jedoch auf den Inhalt der Vollmacht ein, so muss man sagen, dass die Vorwürfe gegen dieselbe, selbst wenn man den kaiserlichen Standpunkt einnimmt, ihre Begründung mehr in der Form als im Inhalt hatten, ja dass der Inhalt dem Kaiser eigentlich hätte genehm sein sollen, denn er schloss sich einigermassen der khleslischen Auffassung der Conföderation an. Die Niederösterreicher erklärten nämlich — ob sie dies alle mit gleicher Aufrichtigkeit thaten, bleibt dahingestellt — die Con-

*) Dieser Bericht im Archiv des k. k. Min. des Innern. Sonstige Nachrichten auch im wiener Staatsarchiv MS 491.

föderation und Defension solle die Art und Weise regeln, wie sich alle unter des Mathias Scepter stehenden Länder gegen die Türken zu vertheidigen hätten und welcher Leistung sich jedes Land zu unterziehen habe. War das nicht zum Theile der Gedanke, den Khlesl angeregt und den erst die pragmatische Sanction zum gesetzlichen Ausdruck gebracht hatte?

Obgleich sich also der Kaiser durch das Auftreten der Niederösterreicher hätte sympathisch berührt fühlen müssen, so war dies doch gar nicht der Fall, er war zu sehr gegen die Generallandtagsverhandlungen eingenommen, als dass eine theilweise Uebereinstimmung mit seinen Ansichten ihm das Unangenehme der ganzen Discussion hätte versüssen und sein Misstrauen überhaupt stillen können. In Prag angelangt spielte die niederösterreichische Deputation während der Verhandlungen zwischen den Ländern der böhmischen Krone durch mehrere Wochen nur eine Zuschauerrolle. Erst am 8. August, also drei Tage nach dem Schlusse der erwähnten Verhandlungen, wurde sie von den böhmischen Landesofficieren zu einer Conferenz eingeladen und aufgefordert, mitzutheilen, was sie den Ständen vorzubringen und von ihnen zu begehren habe. Diese Art des Empfanges setzte die Deputirten in ein nicht geringes Erstaunen. Sie machten die Böhmen darauf aufmerksam, dass im J. 1611 Mathias um die Gewährung der Conföderation, Defension u. s. w. angegangen wurde, dass damals die Verhandlung über diese Punkte aufgeschoben und bei dieser Gelegenheit die in Prag in des Königs Gefolge befindlichen Oesterreicher von den Böhmen ersucht worden seien, sich künftig an der allgemeinen Berathung zu betheiligen. Deshalb komme es ihnen sonderbar vor, wenn man sie jetzt frage, was sie vorzubringen oder zu begehren hätten. Allein auch jetzt gab ihnen der Oberstburggraf keine andere Antwort, sondern wiederholte die Frage nach ihrem Begehren. Auf Seite der den Conföderationsverhandlungen feindlich gesinnten und der kaiserlichen Politik ergebenen Böhmen billigte man diese Haltung des Oberstburggrafen; die Würde der böhmischen Krone erheische es, dass die Oesterreicher um das Bündniss ansuchten und nicht umgekehrt. Dieses Flüchten hinter die Würde der Krone war jedoch nur eine

1615

Heuchelei, denn bei dem allgemeinen Bündnisse handelte es sich nicht um eine Gnade, welche die Oesterreicher von den Böhmen zu erbitten oder letzere zu ertheilen hatten, sondern überhaupt um ein allen gemeinsames und gleich theures Interesse. Die obersten Beamten mit dem Oberstburggrafen an der Spitze betonten aber mit einemmale eifrig die Würde der Krone, um den Oesterreichern die weiteren Verhandlungen zu verleiden.

Die niederösterreichischen Deputirten, durch die unerwartete Aufnahme verblüfft, brachen vorläufig die Verhandlung mit den Landesofficieren ab und richteten ein oder zwei Tage später eine Zuschrift an die böhmischen Stände selbst, in der sie denselben nochmals die Vorgänge von 1611 ins Gedächtniss riefen. Sie gaben zu verstehen, dass sie die böhmischen Stände um nichts zu bitten hätten, sondern mit ihnen auf Grund ihrer Vollmacht über das verhandeln wollten, was man im Jahre 1611 unvollendet gelassen habe. Als diese Zuschrift an den Landtag gelangte, traf es sich, dass einige von den ständischen Wortführern von Prag nach Postelberg zum Besuch des Herrn Stephan von Sternberg abgereist waren; es waren dies der Graf Thurn, Karl von Žerotin, und der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der, wie erwähnt, trotz seines katholischen Glaubens sich in der Conföderationsfrage an die Protestanten angeschlossen hatte. Kaum waren diese Steine des Anstosses hinweggeräumt, als Mathias dem Oberstburggrafen befahl, im Landtage die Antwort berathen zu lassen, welche den Niederösterreichern zu ertheilen sei. Der Oberstburggraf kam dem Befehle nach und gewann die Majorität dafür, dass man den Niederösterreichern dieselbe Antwort zukommen lasse, welche ihnen schon von den Landesofficieren zu Theil geworden war, dass man nämlich zuerst anhören wolle, was ihr Ansuchen sei. Umsonst protestirte Wilhelm von Ruppa gegen diese eilige Beschlussfassung, umsonst verlangte er die Vertagung der Verhandlungen bis zur Rückkehr der obgenannten Herren. Der Oberstburggraf lehnte das Begehren ab, da die Landesordnung eine Berücksichtigung abwesender Landtagsmitglieder keineswegs vorschreibe.*)

12. Aug. 1615

*) Die Vorgänge im böhmischen Landtage nach Slawata.

Die Niederösterreicher erhielten auf Grund dieses, durch Ueberraschung und Schlauheit herbeigeführten Beschlusses von dem böhmischen Landtage eine Antwort, die ihnen die Weiterführung der Verhandlungen unmöglich machte. Zur grossen Freude des Kaisers entfernten auch sie sich unverrichteter Dinge von Prag. *)

Mittlerweile hatten auch die Verhandlungen zwischen den Böhmen und den Oberösterreichern ihren Anfang genommen. Unter den Mitgliedern ihrer Deputation befand sich Gotthard von Starhemberg, einer der bedeutendsten Vertreter jener extremen Opposition, die mit Tschernembl, Thurn und anderen frühzeitig auf eine Vertreibung der habsburgischen Dynastie hinarbeitete. Er hatte bisher mit grosser Unlust bemerkt, welchen für die Opposition beschämenden Verlauf die Conföderationsverhandlungen in Prag nahmen. In innigem Einverständnisse mit den Häuptern der böhmischen Opposition stehend suchte er heimlich und offen die Verhandlungen in einen besseren Gang zu bringen und machte daraus kein Hehl, dass das allgemeine Bündniss die ständischen Rechte gegen die Habsburger wahren solle. Als die oberösterreichische Deputation von den böhmischen Landesofficieren empfangen wurde, führte er eine so herausfordernde Sprache, dass die ihn begleitenden Prälaten das grösste Aergerniss daran nahmen und bei dem Kaiser dagegen Protest einlegten. Allerdings bedurfte es nicht viel, um die letzeren in Harnisch zu bringen; denn sie waren gekommen, um die Verhandlungen zu durchkreuzen, statt sie zu fördern. Auch der Hof nahm an Starhembergs Betragen grossen Anstoss. Khlesl, der sich endlich auch in Prag eingefunden hatte, liess ihm sagen, dass man auf sein Thun und Treiben das wachsamste Auge habe. Sollten auf seine Veranlassung hin die Länder sich von ihrem Herrscher trennen wollen, oder mit demselben in ein Zerwürfniss gerathen,

*) Die Correspondenz über die Verhandlungen der Niederösterreicher in Prag sammt mehrfachen Zuschriften in dieser Angelegenheit an den Kaiser während der Monate Februar bis August 1615 im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

dann solle Starhemberg zusehen, was ihm geschehen würde. Es wäre eine „feine Sache", wenn jetzt, nachdem mit den Türken der Friede kaum geschlossen worden, „in Seiner Majestät Eigenthum und Erblanden die Unruhen anfangen sollten." Nie werde der Kaiser den Abschluss von Bündnissen dulden, die heimlich gegen ihn gerichtet seien. *)

Starhemberg fand sich auf diese drohende Botschaft persönlich bei Khlesl ein, suchte sich zu rechtfertigen und liess es dabei an loyalen Versicherungen nicht fehlen. Der Bischof nahm die Vertheidigung ziemlich freundlich auf und erging sich in gesprächiger Weise über die Ereignisse des Tages. Speciell die Verhandlungen wegen der Conföderation berührend bemerkte er, der Kaiser wolle weder dieses Wort hören, noch von der Sache etwas wissen, wenngleich er selbst genöthigt gewesen sei, in seiner Proposition davon zu sprechen. Starhemberg gab nochmals die besten Versicherungen und versprach nur im Einverständnisse mit den Prälaten vorzugehen. Da sich jedoch ein solches nicht erzielen liess, weil die Prälaten von einer Conföderation gar nichts wissen wollten, so verging eine geraume Zeit, ohne dass es zwischen den Böhmen und den Oberösterreichern zu einer zweiten Zusammenkunft gekommen wäre. **) Nachdem sich inzwischen auch die Verhandlungen mit den Niederösterreichern zerschlagen, berief der Kaiser die oberösterreichische Deputation vor sich und forderte sie durch den Reichsvicekanzler Ulm zur Abreise auf, da ja ohnedies alle übrigen Conföderationsverhandlungen erfolglos geblieben seien. Die Prälaten verlangten nichts besseres, als diese Aufforderung, sie erklärten sich zur Abreise bereit und erlangten hiefür die Zustimmung des Kaisers. Starhemberg und seine weltlichen Collegen waren über diesen Schluss nicht wenig verblüfft. Sie machten Anfangs Miene, als ob sie in Prag bleiben und die

---

*) Verzeichniss, was Khlesl dem Herrn Gotthard Starhemberg sagen lassen dd. 9. Aug. 1615. Ebend.

**) Khlesls Unterredung mit Starhemberg dd. 10. Aug. Archiv von Wittingau. — Die Berichte über die Vorgänge dd. 11., 12. und 13. August im Archiv des k. k. Minist. des Innern und im Archive von Wittingau.

Verhandlungen fortsetzen wollten, zuletzt gaben sie sich aber auch zufrieden und reisten ab, ohne von den böhmischen Ständen einen förmlichen Abschied zu nehmen. *)

Dies war das Ende der von den Böhmen mit so viel Beharrlichkeit angestrebten, von dem Kaiser so gefürchteten Conföderationsverhandlungen. In dem böhmischen Landtagsbeschlusse von 1615 wurde die Erfolglosigkeit derselben in sehr lakonischer Weise berichtet. Es heisst darin: da das Königreich Ungarn keine Gesandten nach Böhmen abgeschickt und die Gesandten aus Oesterreich weder bei seiner Majestät, noch bei den böhmischen Ständen um ein Bündniss angesucht hätten, so sei die Verhandlung über die Conföderation bei Seite gelegt worden. — In den Gemüthern der Zeitgenossen ist jedoch dieser Gegenstand nicht bei Seite gelegt worden. Die Opposition schöpfte aus ihrer totalen Niederlage nur neuen und unversöhnlichen Groll gegen ihr Herrscherhaus.

Nachdem von den oft erwähnten vier Punkten die ersten zwei durch die Abreise der verschiedenen Deputationen erledigt waren, verhandelte der Landtag über die letzten zwei, die ihn allein betrafen, nämlich über die Kreistage und Erbeinigungen. Bezüglich der Kreistage ist zu erinnern, dass die böhmischen Stände bis zum J. 1547 das Recht besassen, sich auch ohne königliche Erlaubniss versammeln zu dürfen und von diesem Rechte mannigfachen Gebrauch machten. In Folge des Aufstandes, der im Jahre 1547 ausbrach und den Ferdinand I glücklich besiegte, nahm dasselbe ein Ende und in die Landesordnung wurde der Zusatzartikel eingetragen, dass fortan jede ständische Versammlung ohne vorhergehende königliche Erlaubniss verboten sei. Thurn mit seinen Anhängern machte die grössten Anstrengungen, um wenigstens diesen Artikeln die Majorität im Landtage zu sichern. Es war ein öffentliches Geheimniss, dass die Opposition durch die Kreistage ihre Zwecke im Lande fördern und nöthigenfalls selbst eine allgemeine Bewaffnung organisiren wolle. Merkwürdigerweise schlug sich auch in dieser Frage der Oberst-

*) Bericht über die Audienz am 21. August. Concept im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

hofmeister Adam von Waldstein auf die Seite Thurns. Der Zwiespalt unter den Protestanten, auf den oben hingedeutet worden, scheint indessen auch hier bei den Berathungen des Landtags den Ausschlag gegeben zu haben. In Folge der allerdings grossen Anstrengungen von Seite der Regierung entschied sich die ständische Majorität für die Verwerfung der beantragten Kreistage. Als Thurn und seine Anhänger sich dieser letzten Hoffnung beraubt sahen, waren sie förmlich entsetzt und verliessen den Landtagssaal, ohne sich an der Schlussberathung zu betheiligen. *)

Das Schicksal des letzten Artikels war nach diesen Vorgängen vorauszusehen. Böhmen stand seit langer Zeit in einem Bündniss mit den weltlichen Kurfürsten und den Königen von Polen, dessen hauptsächliche Grundlage die gegenseitige Hilfeleistung war. Durch die Wiederauffrischung dieser längst vergessenen Bündnisse wollte Thurn die fremden Fürsten zu Garanten der böhmischen Verfassungsrechte machen und dadurch namentlich den Kurfürsten einen Einfluss auf die inneren Angelegenheiten des Landes zum Nachtheile der Habsburger verschaffen. Diese Absicht wurde jedoch dadurch vereitelt, dass die Verhandlungen über die Erbeinigung wohl zugelassen wurden, sich aber nicht über den eigentlichen und ungefährlichen Inhalt des Gegenstandes erstrecken durften.

So hatte schliesslich die kaiserliche Politik über alle von Seite der Opposition versuchten Angriffe einen Sieg davon getragen. Aber diese Erfolge waren nicht die einzigen, deren sich die Regierung rühmen konnte. Nachdem die politischen Fragen erledigt waren, gelangten die königlichen Steuerforderungen an die Stände und diese zeigten sich bei denselben von einer Nachgiebigkeit beseelt, wie nie zuvor; es war, als ob sich ein goldener Regen über die königlichen Cassen ergiessen sollte. Denn die Stände entschlossen sich nicht nur durch reichliche Steuern die laufenden königlichen Bedürfnisse zu decken, sondern

*) Münchner Staatsarchiv 2/8. Bodenius an H. Max von Baiern dd. 17. und 29. Aug. 1615, Prag. — Simancas 2501. Zuñiga an Philipp III dd. 24. Aug. 1615, Prag.

auch einen Theil der königlichen Schuldenlast abzutragen. Das, was man eine österreichische Staatsschuld nennen kann, belief sich um diese Zeit auf etwa 14,000.000 Thaler, von denen der grösste Theil auf den einzelnen Ländern hypothecirt war, ein Theil aber nur als eine persönliche Schuld des Gesammtherrschers galt, die derselbe auf die einzelnen Länder zu repartiren sich bemühte. Die böhmischen Stände übernahmen nun eine Schuldenlast von 2,700.000 Thaler und beschlossen deren möglichst rasche Tilgung durch eine hohe und in voraus für mehrere Jahre geregelte Besteuerung. Sämmtliche Steuern wurden für die nächsten fünf Jahre in einer Höhe festgesetzt, wie sie nur von dem Kriegsjahre 1596 überboten worden war. Darnach war zu erwarten, dass sich die Steuerleistungen des Landes — ungerechnet das ordentliche Einkommen des Königs aus seinen Gütern und einigen ständigen Einnahmsquellen — jährlich auf etwa 800.000 Thaler belaufen würde. Nach dem gleichzeitig festgesetzten Tilgungsplan sollte im J. 1620 von den 2,700.000 Thalern der von Böhmen übernommenen Staatsschuld 1,633.616 Thaler getilgt sein, so dass der Rest sich auf etwa 1,100.000 Thaler belaufen haben würde. Die Opferwilligkeit der böhmischen Stände machte sich in diesem Punkte auf eine glänzende Weise geltend und übertraf alles, was Mathias von seinen übrigen Unterthanen erreichte. Solche thatsächlichen Beweise eines Entgegenkommens gegen die königlichen Bedürfnisse hätten wohl eine Annäherung zwischen dem Herrscher und den Unterthanen herbeiführen und namentlich von Seite des erstern eine grössere Berücksichtigung der Wünsche des Landes bewirken sollen, wie wenig dies jedoch der Fall war, wird die folgende Erzählung lehren.

Wir können den Bericht über die böhmischen Landtagsverhandlungen von 1615 nicht schliessen, ohne noch eines wichtigen Beschlusses desselben zu erwähnen. Mit Rücksicht auf mancherlei Gefahren, die der politischen Stellung der böhmischen Nation zu drohen schienen, wurde vom Landtage festgesetzt, dass fortan Niemand als Einwohner des Landes oder als Bürger einer Stadt angenommen werden solle, der nicht der böhmischen Sprache mächtig sei, und dass in allen Kirchen und Schulen,

in denen vor 10 Jahren noch böhmisch gelehrt worden, dies auch fernerhin geschehe. Die anderen einschlägigen Bestimmungen, die noch getroffen wurden, waren die natürlichen Consequenzen dieser zwei Punkte.

Die Bedeutung und Tragweite dieser Beschlüsse ergibt sich aus einem näheren Eingehen in ihren Inhalt und in die Umstände, unter denen sie gefasst wurden. Was zunächst den ersten betrifft, so ist er nicht so klar, als es eben scheinen dürfte. Es wird in demselben verboten, dass Jemand zum Einwohner angenommen werde, der nicht der böhmischen Sprache kundig sei. Die gewöhnliche Erklärung ist wohl die, dass damit dem ersten besten Einwanderer das Heimatsrecht in Böhmen versagt wurde, allein dies ist mit nichten der Fall. Zum *Einwohner* Jemanden annehmen (oder in lateinischer Ausdrucksweise, ihm das *Incolat* ertheilen) heisst in der böhmischen Rechtsterminologie, Jemanden als Landstand, sei es als Herrn oder Ritter annehmen, ihm den Kauf und Erwerb von Herrschaften gestatten und ihn dadurch zur Theilnahme am Landtage berechtigen. Solche Fälle kamen seit der habsburgischen Herrschaft öfter und zwar zumeist dadurch vor, dass deutsche Edelleute, die sich um dies Haus verdient gemacht hatten, von den Königen Güterschenkungen in Böhmen erlangten, in deren Nutzgenuss sie erst treten konnten, wenn sie vom Landtage als Landstände angenommen und dem böhmischen Adel eingereiht wurden. Die Fälle derartiger Schenkungen waren häufig genug, wie überhaupt die Fürsten stets von einer bedeutenden Anzahl Personen umgeben sind, die diesen Weg der Bereicherung nur zu sehr lieben. Der böhmische Landtag von 1557 erhob über das Gebahren des Königs bittere Klage, theils fühlte er sich verkürzt, dass die Freigebigkeit des Monarchen, auf die er den ersten Anspruch zu haben glaubte, Fremden zu gute kam, theils bedauerte er das Verschleudern der königlichen Güter, die er mit Recht als das Eigenthum des Landes ansah. Es war schon traurig genug, wenn Ferdinand I sie um der Türken noth willen verkaufen musste, doppelt empfindlich aber, dass er sie auch verschenkte. Die Klagen und Bitten des böhmischen Landtags brachten jedoch keine radicale Hilfe und deswegen betrachtete man

die Ertheilung des Incolats an Ausländer für eine Verkürzung des Landesvermögens.

Dies war jedoch nur der eine Grund, weshalb man die Aufnahme neuer „Einwohner“ bedenklich fand, der andere, der im J. 1615 in den Vordergrund trat, war ein nationaler. Auch dieser erfordert einige Erklärung. Erwägt man, dass der böhmische Landtag selten von mehr als hundert Personen besucht wurde, dass zur Theilnahme an demselben jeder Incolatsbesitzer berechtigt war, so begreift man, dass die Frage entstehen konnte, ob man Personen, die aus Oesterreich, Steiermark, ja selbst aus Italien und Spanien kamen, ohne weiteres zu einer so hervorragend privilegirten Stellung zulassen solle. Denn zehn bis zwanzig Fremde, die den Landtag regelmässig besuchten, konnten auf die Beschlüsse desselben einen entscheidenden Einfluss ausüben, der durch nichts gerechtfertigt war. Die heutigen Staaten sind sehr freigebig mit Ertheilung des Bürgerrechtes, so weit geht aber bei den wenigsten der Liberalismus, dass sie Fremden auch den Zutritt in ihre parlamentarischen Körperschaften gestatten würden. Man kann Jahrzehende in Frankreich gelebt haben, sich wie ein Franzose der Sprache dieses Landes bedienen können und doch ersetzt dies alles nicht den Mangel französischer Abstammung, wenn man sich um einen Deputirtensitz bewerben wollte.

Tiefer einschneidend war jener Beschluss des Landtages, der für die Zukunft die Aufnahme solcher Personen in den Bürgerverband verbot, die nicht die böhmische Sprache verstanden. Auch bezüglich dieses Beschlusses ist es wichtig, die Verhältnisse näher ins Auge zu fassen. Er bezog sich einzig und allein auf die königlichen Städte, deren Gesammtzahl damals 42 betrug. Nach Zählungen, die dem Beginne des 17. Jahrhunderts angehören, betrug die Gesammtsumme ihrer Häuser an 14.000, wovon etwas weniger als 4000 auf Prag kamen. Die Zahl der Bürger war kaum grösser (wenigstens nicht auf dem Lande) als die der Häuser, im Durchschnitte zählte also eine Landstadt 250 Bürger ja viele von ihnen kaum 80 bis 100. Auch durch das einfache Bürgerthum gelangte man zu grossen Rechten, hatte nicht bloss auf die städtische Verwaltung einen Einfluss,

sondern auch auf das Gerichtswesen, man bestimmte die Amtssprache, gewann einen Antheil an dem bedeutenden Gemeindevermögen und erfreute sich überhaupt einer privilegirten Stellung. Nahm man bei der Aufnahme in den Bürgerverband auf die Abstammung keine Rücksicht, so konnte es bei den an Sachsen grenzenden und mit Deutschland im regsten Verkehre stehenden Städten geschehen, dass die Majorität der Bürgerschaft deutsch wurde und mit ihr auch das Stadtregiment. Es musste dies bedauerliche Gegensätze hervorrufen, wenn das ärmere Volk, das zehn- bis zwanzigmal die Bürgerschaft an Zahl übertraf, an seiner Nationalität festhielt.

Vom Standpunkt der Gegenwart erscheinen allerdings derartige Sprachengesetze theils verwerflich, theils nutzlos. Verwerflich sind sie, wenn sie nichts anderes bezwecken, als die Ausschliessung alles Fremden, die Unterbindung jedes Verkehres mit der Aussenwelt, die Isolirung des heimischen Lebens und eine künstliche Sicherstellung desselben. Sie sind auch, wie die Erfahrung lehrt, nutzlos. Denn wenn in dem Leben eines Volkes ein Umwandlungsprocess im Gange ist und eine Umstaltung seiner nationalen Verhältnisse durch innere Ursachen begründet ist, so kann dieser Process durch irgend eine gesetzliche Anordnung weder rückgängig gemacht, noch aufgehalten werden. Doch sind die Verhältnisse in der Gegenwart auch anders beschaffen: durch die Aufnahme als Einwohner und Bürger erlangt ein Fremder keine andern Rechte, als jene, deren sich die Gesammtheit der Eingebornen erfreut. Die Waffen, mit denen sich Fremde und Eingeborne heute bekämpfen, sind auf beiden Seiten gleich und letztere haben noch den Vortheil der Ueberzahl. So war es aber nicht früher; Incolat und Bürgerthum waren in Böhmen im J. 1615 nicht bedeutungslose, sondern wie ersichtlich hervorragend einflussreiche, mit einem Worte, privilegirte Stellungen. Sie konnten einen künstlichen Umstaltungsprocess hervorrufen, der vielleicht sonst nicht eingetreten wäre, und einer unverhältnissmässig kleinen Minorität zu einer Bedeutung verhelfen, die ihre natürliche Berechtigung weitaus überstieg. In diesem Umstande haben die Sprachengesetze von 1615 ihre theilweise Begründung.

Uebrigens machte sich eine ängstliche Fernhaltung Fremder vom Bürgerthume nicht allein in Böhmen geltend, wo doch gewichtigere Interessen auf dem Spiele standen, auch die deutschen Reichsstädte und die schweizer Städte waren nicht minder exclusiv in der Ertheilung von Bürgerrechten und schlossen Fremde entweder ganz davon aus oder liessen sie nur gegen Zahlung einer grossen Geldsumme zu, die als eine Art Einkauf betrachtet werden kann.

Da die Gesetze von 1615 bezüglich des Incolats und Bürgerthums vornehmlich ihre Spitze gegen Deutschland kehrten, so kann man fragen, ob sie nicht auf die deutsche Bevölkerung Böhmens einen Druck ausübten oder von ihr als ein solcher empfunden wurden. Hätten sie sich auf die schon im Beginne des 17. Jahrhunderts rein deutschen Gebiete von Eger und Elbogen bezogen, so wäre dies zweifellos der Fall gewesen und Adel und Bürgerschaft dieser Gegenden hätten dagegen Einsprache erhoben. Allein die genannten Gebiete waren in ihrer Verfassung, Verwaltung und Gerichtsorganisation nicht bloss auf deutschem Fusse eingerichtet, sondern auch von Böhmen vollständig getrennt. Die Beschlüsse von 1615 bezogen sich auf ein kleineres Gebiet, als welches heute mit dem Namen Böhmen bezeichnet wird, und galten für eine Bevölkerung, in der das slavische Element zehnmal grösser war, als das deutsche. Denn dies mag vor dem 30jährigen Kriege das Verhältniss zwischen den beiden Nationalitäten gewesen sein, die Böhmen innerhalb der Grenzen von 1615 bewohnten.

Selbst bei diesen Bevölkerungsverhältnissen unterliegt es natürlich keinem Zweifel, dass die Beschlüsse von 1615 für die Minorität die grössten Nachtheile in sich schlossen. Sie übten schon dadurch eine unverkennbare Härte aus, dass ihnen eine rückwirkende Kraft wenigstens in Bezug auf das Erbrecht gegeben wurde. Tief haben sie aber auf keinen Fall in die socialen Verhältnisse Böhmens eingeschnitten, hätten sie dies gethan und die im Lande ansässige deutsche Bevölkerung mächtig gereizt, so müssten die historischen Quellen hierüber einigen Aufschluss bieten. Die nahezu völlige Schweigsamkeit derselben deutet jedoch darauf hin, dass man den Beschluss theils für

selbstverständlich, theils für bedeutungslos gehalten habe. Gewiss ist es, dass sich auf dem Landtage selbst auch nicht der Schatten einer Opposition erhob. Die gleichzeitigen Berichte über die böhmischen Landtagsverhandlungen, die aus deutscher Feder flossen und nach Wien gingen, erwähnen des Sprachenbeschlusses gar nicht oder führen ihn in einer Weise an, die fast eine Billigung in sich schliesst. Ebenso wenig tadelte einer der diplomatischen Agenten, die damals von den deutschen Fürsten in Prag unterhalten wurden und deren Correspondenzen sich erhalten haben, das Bestreben des böhmischen Landtags, den Schwerpunkt der politischen Herrschaft im Lande nicht verrücken zu lassen. Auch von Seite des kaiserlichen Hofes, von Seite der benachbarten deutschen Länder und ihrer ständischen Vertreter fand der mehr erwähnte Beschluss nicht die leiseste Anfeindung, waren doch die deutschen Oesterreicher und Schlesier die treuesten Bundesgenossen der Böhmen in dem folgenden Aufstande. Alles dies ist wohl begreiflich, wenn man sich die oben erwähnten Bevölkerungsverhältnisse Böhmens vor dem 30jährigen Kriege vor Augen hält und nicht spätere Zustände zum Massstabe nimmt.

Was die Anordnung betraf, dass in Kirchen und Schulen, in denen der Gottesdienst noch vor zehn Jahren böhmisch gelehrt worden, dies neuerdings stattfinden solle, so ist zu bemerken, dass diese Bestimmung weder die Errichtung neuer deutscher Kirchen und Schulen hinderte, noch solche, die länger als zehn Jahre existirten, in ihrem Bestande verkümmern wollte. Wir kennen den Grund nicht genau, weshalb in der Zeit von 1605—15 einzelne Kirchen mit Benachtheilung der eingepfarrten slavischen Bevölkerung in deutsche Hände kamen, doch scheint er zunächst bei den Gutsherrn gesucht werden zu müssen. Einige von ihnen, deren Auftreten das Sprachengesetz von 1615 ins Leben rief, mögen es vorgezogen haben, die mit ihrem Schlosse verbundene Pfarre mit einem deutschen statt mit einem böhmischen Geistlichen zu besetzen, ohne auf die unterthänige Bevölkerung die mindeste Rücksicht zu nehmen. Mitunter mögen jedoch mehr religiöse als sprachliche Gründe entschieden haben; mancher Gutsherr fühlte sich dem Lutherthum inniger verwandt, als der

böhmischen Confession, wollte er aber einen Prediger nach der augsburger Confession, so musste er ihn aus Deutschland holen.*)

Die nächste Veranlassung zu dem Landtagsbeschlusse von 1615 dürfte übrigens ebenso die Abneigung gegen das wälsche als gegen das deutsche Wesen abgegeben haben. In den gleichzeitigen Berichten wird geklagt, dass sich manche Edelleute, die das Böhmische gut verstanden, das Wort gegeben hätten, öffentlich nur in einer andern als der böhmischen Sprache zu reden. Bei Gesellschaften und Trinkgelagen hielten sie ihr Wort und ärgerten durch diese Art von Vornehmthun die alten Herren. Es mögen das Personen gewesen sein, die dem Hofadel angehörten, der sich seit Rudolf II in Prag entwickelt hatte und die sich mehr als Italiener und Spanier und weniger als Deutsche benahmen. Sie gehörten zum Theile der strengen katholischen Richtung an und wurden deshalb im Lande doppelt scheel angesehen. In der That waren durch sie erst vor wenigen Jahren die ersten Kapuziner aus Italien nach Prag gekommen, die weder deutsch noch böhmisch verstanden und unter ihrer Mithilfe hatte sich auch das Kloster bei Maria Schnee mit italienischen Franciskanern bevölkert. **)

Während der Generallandtagsverhandlungen in Prag bequemte sich der Kaiser zum definitiven Aufgeben seiner ungarischen Pläne, indem er sich mit Bethlen Gabor und mit den Türken in Verhandlungen einliess. Mit Bethlen Gabor nahmen sie damit ein Ende, dass er ihn als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte und ihm jene ungarischen Comitate abtrat, die früher die Bathory's inne gehabt. Doch dauerte es noch einige Zeit, bevor sich Mathias zur Erfüllung der Friedensbedingungen bequemte. Mit den Türken wurde der Friede von Szitva-Torok

*) Dies deutet ausdrücklich eine wiener Correspondenz an. Wiener Staatsarchiv MS 491.

**) Der Sprachenbeschluss von 1615 steht ganz unvermittelt da und hat auf die vorangegangenen und folgenden Streitigkeiten in Böhmen gar keinen Einfluss ausgeübt. Nur wegen seiner modernen Bedeutung sind wir näher auf ihn eingegangen, denn mit dem böhmischen Aufstande und seinem Verlaufe hat er nichts zu schaffen.

auf weitere 20 Jahre erneuert. Eine türkische Gesandtschaft, welche zur Begrüssung des Kaisers nach Prag kam, wurde mit reichen Geschenken, deren Kosten die böhmischen Stände trugen, entlassen.

IV

Die Protestanten Böhmens hatten die Berufung des Generallandtages für eine passende Gelegenheit angesehen, um ihre kirchlichen Beschwerden endlich in energischer Weise zur Sprache zu bringen. Es wurde beschlossen, dass nicht die Defensoren allein, sondern sämmtliche auf dem Landtage anwesenden Protestanten sich mit einer schriftlichen Vorstellung an den Kaiser wenden sollten. In dem Actenstücke, das durch gemeinsame Uebereinstimmung zu Stande kam, betonten sie, dass sie sich stets bemüht hätten, den Katholiken keinen Anlass zu einer Klage zu bieten, während ihnen selbst die bittersten Verletzungen widerfahren seien. Die gewaltsam geschlossenen Kirchen von Klostergrab und Braunau und die systematische Anstellung katholischer Priester auf allen königlichen Gütern seien die sprechendsten Beweise der verletzten religiösen Freiheit. Angesichts dieser Thatsachen sprachen sie ihre Entschlossenheit aus, sich gegen jeden Verletzer ihrer Rechte — die alleinige Person des Kaisers ausgenommen — Hilfe verschaffen und nicht länger ruhig zusehen zu wollen. *)

Der so überaus glückliche Verlauf des Generallandtages erfüllte die Regierung mit zu grosser Zuversicht, als dass sie sich durch die drohende Sprache dieser Eingabe zu einer Aenderung ihres bisherigen Verfahrens hätte bestimmen lassen. Waren doch die Verfasser der Klagschrift dieselben Männer, die so eben eine vollständige Niederlage auf dem parlamentarischen Kampfplatze erlitten hatten. Nichtsdestoweniger scheute sich die Regierung vor einer offenen Abweisung der Protestanten. Der Generallandtag ging zu Ende, die Mitglieder entfern-

*) Andere Apologie. Zuschrift der protest. Stände an den Kaiser 1615.

ten sich allmälig von Prag und noch war von Mathias keine Antwort erfolgt. Dass sie aber, wenn sie je ertheilt wurde, nicht nach dem Geschmacke der Kläger sein würde, darauf deuteten stets neue Anzeichen hin und unter diesen die Behandlung der Neustraschitzer. — Durch den Zuspruch der Defensoren und das feste Auftreten der protestantischen Stände überhaupt verleitet, hatten die Neustraschitzer beschlossen, auf dem Wege der That gegen die Anstellung des katholischen Priesters zu protestiren. Sie schlossen die Kirche vor demselben und hinderten ihn an der weiteren Ausübung seiner Functionen. Als sie deshalb als Störer des Landfriedens beim Kammergericht verklagt wurden, entlud sich der kaiserliche Zorn über ihren Häuptern; die Gemeinde wurde zur Bezahlung einer bedeutenden Geldbusse an den verjagten Pfarrer und zum Verluste ihrer sämmtlichen Privilegien verurtheilt. Später wurden ihr die letzteren bis auf eines, wieder zurückgestellt, dies eine war aber das kostbarste, denn es betraf die Bräugerechtigkeit. — Jene Bürger, die man für die Tonangeber in dem Städtchen ansah, wurden zum Verkauf ihrer Besitzungen genöthigt und aus der Stadt verwiesen. Gleichzeitig wurden das Bürgermeisteramt und die Rathsstellen in die Hände verlässlicher Personen gelegt. *)

6. Feb. 1616

Diese Massregelung bildete den Vorläufer der Antwort, mit der Mathias nicht länger zögern wollte. Im Sommer 1616, also ungefähr ein Jahr nach der ihm überreichten protestantischen Beschwerdeschrift, machte er einen Ausflug nach dem damals königlichen Jagdschlosse Brandeis an der Elbe. Als er sich zur Rückreise nach Prag anschickte, berief er nach dem genannten Schlosse eine Deputation aus der Mitte der Defensoren. Sie bestand aus dem Grafen Thurn, dem Ritter Ulrich von Gersdorf und dem Appellationsrathe Simon Kohaut von Lichtenfels. Der Kaiser empfing die Genannten in Gegenwart des Kanzlers und ertheilte durch dessen Mund eine Antwort auf die ständische Eingabe, die sich bei dem Mangel aller mildernden Umschweife durch ihre ungewöhnliche Strenge und Kürze

Ende Mai 1616

*) Andere Apologie. Resolution des Kaisers bezüglich der Neustraschitzer 266.

auszeichnete: „Was ihr mir — sagte der Kanzler in des Kaisers Namen — wegen der Klostergraber und Braunauer fürgebracht habt und der Gegentheil darauf geantwortet, habe ich verstanden. Ich kann bei mir nicht befinden, dass den geistlichen Unterthanen Kirchen zu bauen zugelassen sei. Was die Besetzung der Pfarren auf meinen Herrschaften betrifft, so will ich nicht weniger sein, als einer von euch, welchem Priester vom Erzbischof zu nehmen zugelassen." *) — Auf die Zuhörer wirkte diese Antwort einschüchternd. Die Art, wie der Kanzler die an sich strenge Rede durch seine Betonung und Haltung noch verschärfte, machte einen herausfordernden und verletzenden Eindruck. Graf Thurn ergriff zuerst das Wort: Er sei eigentlich ein Soldat und der Krieg sein Handwerk, er habe die Stellung eines Defensors annehmen müssen, weil die Wahl ihn getroffen. Er bat zugleich, da er eine solche abweisende Antwort seinen Glaubensgenossen nicht überbringen könne, ohne fürchten zu müssen, ein oder das andere Wort nicht richtig erfasst zu haben, der Kaiser möge ihnen dieselbe schriftlich zukommen lassen. Mathias versprach der Bitte nachzukommen und ertheilte dem Kanzler in Anwesenheit der Deputation den entsprechenden Auftrag. Von den zwei anderen bei der Audienz anwesenden Defensoren murmelte Gersdorf eine verwirrte Entschuldigung und Kohaut schwieg gänzlich.

Von Mund zu Mund wurde des Kaisers Antwort in Böhmen wiederholt und verbreitete Bestürzung unter den Protestan-

*) Ueber die Zeit, wann diese Scene vorfiel, sind die Angaben der Quellen ziemlich unsicher, so dass man mitunter annehmen könnte, diese Scene habe sich zweimal mit geringen Variationen ereignet. Vergleicht man aber alle Daten, so muss die Vorladung nach Brandeis im Mai 1616 geschehen sein. Was den Vorgang selbst betrifft, so erzählt Skala II, 16 ausdrücklich und ausführlich, dass der Kanzler im Namen des Kaisers gesprochen habe, während nach der Aufzeichnung im wiener Staatsarchiv Boh. XVI der Kaiser gesprochen haben soll. Wir halten Skala für den besser Unterrichteten. — Das MS 491 des wiener Staatsarchivs bestimmt das Datum dieser Scene durch die Angabe, dass sie vor der Abreise des Kaisers aus Brandeis nach Prag (31. Mai 1616) stattgefunden habe.

ten. Geht man auf ihren Inhalt ein, so ergibt sich erstens, dass Mathias seine Meinung in der Klostergüterfrage gegen die protestantische Auffassung aufrecht hielt. Wir haben oben die Gründe ausführlich erörtert, um derentwillen uns die Auffassung der Protestanten in der Klostergüterfrage mehr berechtigt erscheint und weshalb die Interpretation des Kaisers als eine Verletzung des Vergleiches angesehen werden kann; es ist also über diesen Theil der kaiserlichen Antwort nichts weiter zu sagen. — Etwas anderes ist es aber mit dem zweiten Theile derselben, in dem Mathias seinen Entschluss kundgibt, an der bisherigen Behandlung seiner Güter festhalten zu wollen und denselben mit den Worten motivirt, dass „er nicht weniger sein wolle, als einer von euch (d. h. von den Herrschaftsbesitzern), welchem Priester vom Erzbischof zu nehmen gestattet sei“ (d. h. seine Pfarren mit vom Erzbischof geweihten Priestern zu besetzen.)

Untersucht man den Sinn dieser Antwort, so kömmt man zur Kenntniss eines eigenthümlichen Widerspruches im „Vergleiche“. An einer Stelle desselben wird das Jahr 1609 als Normaljahr für den confessionellen Charakter der Kirchen und Pfarren festgesetzt. Nichts konnte wohlthätiger sein, als diese Bestimmung, die einer Masse endloser Streitigkeiten den Riegel vorschob. Dass dennoch diese Bestimmung auf den kaiserlichen Gütern und namentlich in Neustraschitz verletzt wurde, das war es eben, was einen Theil der ständischen Klagen ausmachte. Aber der Vergleich enthielt noch eine andere Stelle, die schlecht zu der Festsetzung eines Normaljahrs passte. In dieser andern Stelle heisst es, dass es den katholischen und protestantischen Ständen, sowie dem Könige unbenommen bleiben solle, auf alle Pfarren, über die ihnen das Patronatsrecht zustehe, auch solche utraquistische Priester einzusetzen, die vom Erzbischof die Weihe erhalten hätten.

Diese letztere Bestimmung war zu Gunsten der Anhänger des alten Utraquismus getroffen worden, die sich im Jahre 1609 der protestantischen Bewegung nicht anschliessen und die böhmische Confession nicht als ihr Glaubenssymbol annehmen wollten. Die utraquistischen Altgläubigen verlangten damals, dass man sie auch ferner als eine eigene Kirche ansehe, so dass

es also in Böhmen „Katholiken“, „Utraquisten“ und „die Anhänger der böhmischen Confession“, die sich ebenfalls Utraquisten nannten, denen wir aber die passendere Bezeichnung Protestanten beilegen, geben sollte. Die Protestanten wollten dies nicht dulden und verlangten, dass nur sie selbst und die Katholiken als Kirche organisirt sein sollten, und besiegten den Widerstand der Altgläubigen damit, dass sie es jedem Patron, der über eine utraquistische Kirche verfügte, freistellten, an dieselbe entweder einen protestantischen Geistlichen anzustellen, oder einen solchen, den der Erzbischof geweiht hatte. That ein Patron das letztere, so machte er die Pfarre thatsächlich zu einer katholischen, denn wenn auch bei derselben das Abendmal unter beiden Gestalten vertheilt wurde, so geschah dies seit dem tridentiner Concil mit Erlaubniss des Papstes und bildete keinen Gegenstand der Trennung mehr.

Auf diese Weise stand es nach dem Vergleiche in dem Belieben eines jeden Patrons, ob er trotz des Normaljahres 1609 seine utraquistischen Pfarren katholisch oder protestantisch machen wollte. Die protestantischen Stände hatten in diese Bestimmung eingewilligt, weil sie bei ihrer überaus grossen Majorität in derselben keine Gefahr sahen; war doch der mit ihnen verbundene Adel mindestens zehnmal zahlreicher, als der auf katholischer Seite stehende. Auch beschränkten sie die allgemeine Anwendung jener Bestimmung in einem wichtigen Punkte. Bezüglich der königlichen Städte wurde nämlich ausdrücklich festgesetzt, dass alle in denselben befindlichen utraquistischen Pfarren und Kirchen als protestantisches Eigenthum gelten und dem betreffenden Consistorium untergeordnet sein sollten. Fänden sich eine oder mehrere Personen in den königlichen Städten, die dem alten Utraquismus anhingen, so sollten sie für ihre geistlichen Bedürfnisse Befriedigung suchen, wo sie wollten, aber an die nunmehr protestantischen Kirchen ihrer Stadt keine Ansprüche erheben.

Da von Seite der Protestanten unmittelbar nach dem Jahre 1609 keinerlei Klagen erhoben wurden, so darf man entweder vermuthen, dass die katholischen Gutsherren sich ihres Rechtes, utraquistische Pfarren katholisch zu machen, nicht

bedienten und so eine neutrale Haltung bewahrten oder dass die Protestanten ein solches Vorgehen unter dem frischen Eindrucke der von ihnen verfassten Gesetze berechtigt fanden und nicht angriffen. Wahrscheinlich ist das erstere. Von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft musste jedoch das Beispiel des Königs sein, auf dessen Gütern sich zahlreiche utraquistische Pfarren befanden. Unmittelbar nach dem Jahre 1609 bewahrte man gegen die Protestanten auf den königlichen Gütern eine neutrale Haltung und erkannte sie als die Rechtsnachfolger der Utraquisten an. Seit jedoch Mathias seine Patronatsrechte dem Erzbischof abgetreten hatte, war es anders geworden, der letztere benützte die ihm durch den Vergleich gebotene Gelegenheit, um alle königlichen Pfarren katholisch zu machen. Es wird nun klar sein, aus welchem Grunde der Kaiser in seiner brandeiser Antwort behaupten konnte, bei der Besetzung seiner Pfarren mit katholischen Priestern im Rechte zu sein. Wiewohl eine derartige Thatsache im Vergleiche vorbereitet war, so waren die Protestanten doch nicht wenig darüber erbittert, da sie sich von Seite des Königs einer gewissen Neutralität versehen hatten.

Erwägt man, zu welchen Streitigkeiten und Consequenzen der vielgenannte Vergleich in der kürzesten Zeit führte, so lässt sich nicht läugnen, dass die legislatorische Befähigung der Protestanten im Jahre 1609 keine glänzende Probe abgelegt hatte. Es ist schon an und für sich ein Unsinn, dass in dem genannten Jahre zwei Gesetze, die parallel neben einander laufen, über einen und denselben Gegenstand gegeben wurden. Der Majestätsbrief, anscheinend das wichtigste der Gesetze, schneidet doch keineswegs so tief in die Verhältnisse ein, wie der Vergleich, dessen Bestimmungen allein zu den folgenden harten Kämpfen zwischen dem Könige und den Protestanten Anlass gaben. Von einem systematischen, lichten, die möglichen Zwistigkeiten voraussehenden und in vorhinein entscheidenden Gesetze ist bei dem vielgenannten Vergleiche, der als ein abstruses Machwerk angesehen werden muss, keine Rede. Und so haftet an den protestantischen Führern der Vorwurf, dass sie es selbst waren, die mit unglaublicher Leichtfertigkeit die schwersten Gefahren über ihre Anhänger heraufbeschworen haben.

Die Antwort, die der Kaiser den Defensoren in Brandeis gegeben, konnte als das Regierungsprogramm der nächsten Zukunft angesehen werden. Für die Protestanten eröffnete es die Aussicht auf eine derartige Schmälerung ihrer Existenz, dass sie selbst die Zustände vor 1609 als günstigere ansehen mussten. Denn war auch vor diesem Jahre ihre Sicherheit durch kein Gesetz begründet, so erfreuten sie sich doch einer thatsächlichen Freiheit, allfällige Angriffe ermangelten damals eines festen Systems und kamen nur sporadisch vor. Jetzt war dies nicht der Fall, das Vorgehen der Regierung war ein festes und hatte das nächste Ziel klar vor Augen. Es war dies die völlige Katholicisirung des königlichen und geistlichen Besitzes, soweit dies die Kirchen und Pfarren betraf. Wenn man hiebei die Bauern im Sinne des Majestätsbriefes in ihrem Gewissen noch nicht bedrängte und ihnen den Besuch fremder protestantischer Kirchen gestattete, so war dies nur ein geringer Schutz für die Protestanten, denn der Bauer war zu sehr von seiner Obrigkeit abhängig, um nicht schliesslich ihren Wünschen in Betreff der Religion nachzukommen. Auch wurde er es auf die Dauer überdrüssig, weite Tagemärsche anzustellen, um Gottes Wort zu hören, wenn er es mit grösserer Bequemlichkeit in unmittelbarer Nähe vernehmen konnte. Aber selbst die Rücksicht auf den Majestätsbrief währte nicht allzulange; einzelne Pfarrer wagten es gegen das Ende des Jahres 1616 ihren Pfarrkindern geradezu den Besuch fremder protestantischer Kirchen zu verbieten und traten so den Majestätsbrief mit Füssen. So war man endlich auf katholischer Seite dahin gekommen, das Jahr 1609 als nicht zu Recht bestehend anzusehen.

Diese wenn auch vorläufig nur sporadisch vorkommenden pfarrherrlichen Verbote steigerten die Gährung im Lande und trieben selbst solche Protestanten, die mit der Regierung auf gutem Fusse bleiben wollten, zu einem Ausdrucke des Unwillens. Sämmtliche obersten Beamten und Räthe, die dem protestantischen Bekenntnisse anhingen, vereinten sich zur Unterzeichnung einer Eingabe *) an den Kaiser, in der sie ihn um

*) Archiv von Wittingau. Zuschrift an den Kaiser dd. 25. Feb. 1617.

Abhilfe ihrer notorischen Beschwerden baten, und führten als solche neben der Bedrückung der Klostergraber und Braunauer hauptsächlich die Behandlung der Unterthanen auf den königlichen Gütern an. Sie liessen sich mit dem Kaiser in keine Controverse ein, ob die geistlichen Güter als königliche anzusehen seien oder nicht, sondern setzten ersteres als eine unbezweifelbare Thatsache voraus und sahen demnach die brandeiser Erklärung als nicht gegeben an. Auch unterliessen sie es nicht, Mathias darauf aufmerksam zu machen, dass er selbst nicht stets der Meinung gewesen sei, die er nun verfechte. Denn als er im Jahre 1612 dem Erzbischof die Besetzung seiner Pfarreien mit der Bedingung übertragen habe, dass er auf den Vergleich Rücksicht nehme, habe er gewiss den Vergleich noch nicht in dem Sinne aufgefasst, wie dies jetzt der Fall sei. — Auch diese Eingabe brachte in der Regierungspolitik eben so wenig einen Umschwung hervor, wie die zur Zeit des Generallandtages überreichte ständische Beschwerde.

Während das Land in einer Aufregung ohne Gleichen sich befand und jeder Tag eine neue Zuspitzung des religiösen Streites brachte, setzten viele ihre Hoffnung auf die Zukunft. Die einen schraken vor einem Aufstande nicht zurück und glaubten mit einem Schlage alles gewinnen zu können. Die andern sehnten den Tod des Kaisers herbei und gedachten sich durch die künftige Königswahl und den gleichzeitigen Ausschluss allfälliger habsburgischer Bewerber zu sichern. Man freute sich, Mathias im Jahre 1611 das Versprechen abgenommen zu haben, dass bei seinen Lebzeiten nicht über die Wahl eines neuen Königs verhandelt werden dürfe. So glaubte man fest und sicher, dass er seinen Einfluss nicht für seinen Vetter aufbieten könne und hoffte später völlig freie Hand zu haben. Da traf die Ausschreibung des Landtages zur Bestimmung der böhmischen Nachfolge wie ein Blitz alle diese Hoffnungen. Man sah, dass das Haus Habsburg entschlossen war, vorwärts zu gehen und der Opposition einen Kampf auf Leben und Tod anzubieten.

Drittes Kapitel.

Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Thron.

I Das Gebiet der böhmischen Krone. Die Stellung Böhmens unter den Habsburgern. Die böhmische Verfassung. Der Adel. Die königlichen Städte. Die Bauern. Die Freibauern. Die Geistlichkeit. Die Juden. Böhmische Finanz- und Bevölkerungsverhältnisse.

II Stimmung im Lande bei der Ausschreibung des Landtags von 1617. Bemühungen der Regierung, Ferdinand den Thron auf Grund des Erbrechtes zu sichern. Annahme oder Wahl? Schlick. Thurn. Sieg der Regierung. Verhandlungen über die Bestätigung der Privilegien. Slawata's Opposition gegen den Majestätsbrief. Die Krönung. Das Krönungsmahl. Bestrafung der Opposition. Thurns Entfernung vom Burggrafenamte von Karlstein.

I

Das Gebiet der böhmischen Krone umfasste im Beginne des 17. Jahrhunderts ausser Böhmen selbst noch Mähren, Schlesien, die Ober- und Niederlausitz. Man pflegte die letztgenannten vier Provinzen mit der Bezeichnung: die der Krone Böhmen incorporirten Länder, zusammenzufassen. Zu Böhmen gehörten noch ausserdem die Grafschaft Glatz, die Gebiete von Eger und Elbogen, welche sich in Bezug auf Steuerverhältnisse seit dem 16. Jahrhunderte dem böhmischen Landtage fügen mussten, sonst aber einer völligen Selbständigkeit sich erfreuten und ihre Angelegenheiten auf eigenen Kreistagen besorgten. Glatz und Elbogen waren Theile von Böhmen selbst, die durch Verkauf und Verpfändung von diesem Lande getrennt worden waren. Eger dagegen gehörte zu Deutschland und war durch Verpfändung im 14. Jahrhunderte an die böhmische Krone gekommen, um seitdem nimmermehr abgezweigt zu werden. Das Verhältniss der böhmischen Nebenländer zu dem Stammlande hatte

im Laufe der Zeit mancherlei Wandlungen durchgemacht. Ein eng geschlossenes Staatswesen, dessen Centrum in Böhmen lag, bildete die böhmische Krone unter Karl IV und unter Georg von Poděbrad. Unmittelbar darauf empfing dasselbe einen gefährlichen Stoss durch den Krieg gegen Mathias Corvinus, in Folge dessen Mähren, Schlesien und die Lausitze in Verbindung mit Ungarn gelangten. Obwohl dieselbe durch die Erhebung Wladislaws II auf den ungarischen Thron ein Ende nehmen sollte, so war dies doch nicht ganz und gar der Fall; nur Mähren schloss sich gern und willig an das alte Stammland an, wogegen Schlesien Miene machte, als ob es die Verbindung mit Ungarn aufrecht erhalten wollte. Die gleichzeitigen anarchischen Zustände in Böhmen vernichteten die alte Bedeutung dieses Landes, lähmten seinen Einfluss auf die Nebenländer und hinderten so die Wiederherstellung enger Beziehungen.

Mit dem Regierungsantritt der Habsburger änderten sich die Verhältnisse und das böhmische Staatsgebiet machte sich wieder als ein geschlossenes Ganze geltend. Ferdinand I wachte selbst mit Eifersucht über die Rechte der Krone Böhmen und vertheidigte sie sowohl gegen Deutschland wie gegen die Unabhängigkeitsgelüste der schlesischen Fürsten. Das Institut der Generallandtage, von denen die ältere böhmische Geschichte nur schwache Anklänge bietet, gelangte jetzt zu einer grösseren Entwickelung, die Habsburger begünstigten es und die Böhmen waren damit wohl zufrieden. Der Geschäftskreis der Generallandtage war übrigens sehr beschränkt und betraf fast ausschliesslich die Vertheidigungsfrage gegen die Türken.

Von grosser Wichtigkeit für den einheitlichen Bestand der böhmischen Krone war die unter den Habsburgern sich entwickelnde Centralisation. Die obersten böhmischen Aemter und Gerichte, wie z. B. die böhmische Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht bekamen eine Wirksamkeit, die sich auf alle Länder der böhmischen Krone erstreckte, was vordem kaum bezüglich der Kanzlei der Fall war. Aber diese Centralisation war ein zweischneidiges Schwert, sie kettete wohl die böhmischen Länder enger an einander, liess Böhmen als das Haupt und am meisten berechtigte Glied erscheinen, aber sie bedrohte die böh-

mische Nation selbst mit den grössten Nachtheilen, denn sie fing an, eine deutsche Färbung zu bekommen, was sich insbesondere bei dem Kammerwesen geltend machte. Dazu kam noch, dass die böhmischen Centralämter in steigende Abhängigkeit von jenen Centralämtern gerieten, die von den Habsburgern für das ganze Reich organisirt worden waren. Die Hofkammer in Wien behandelte die böhmische Kammer nur wie eine untergeordnete Behörde, ertheilte ihr Befehle und beeinflusste sogar die Anstellungen bei derselben. Die böhmische Krone lief unter dieser Einwirkung Gefahr, ihre Selbständigkeit im österreichischen Staatsorganismus einzubüssen und so das, was sie auf der einen Seite an Festigkeit gewann, auf der andern Seite doppelt zu verlieren.

Den Zeitgenossen war diese letztere Gefahr merkwürdigerweise wenig deutlich und so erhob sich nur selten von Seite Böhmens eine Opposition gegen die österreichische Centralisation und wenn dies der Fall war, so zeigte dieselbe kein richtiges Verständniss des Gegenstandes, und wusste nicht die passenden Gegenmittel zu finden. Dagegen wurde die böhmische Centralisation trotz ihres halbdeutschen Gewandes von den Nebenländern ununterbrochen angefeindet. Am heftigsten geberdete sich Schlesien in der Reihe der Gegner, es wollte durchaus nicht von der böhmischen Kanzlei (einer Art Ministeriums des Inneren) abhängig sein, sondern verlangte für sich die Errichtung einer eigenen Kanzlei und setzte auch diesen Wunsch bei Mathias im J. 1611 durch. Bei dieser Gelegenheit nahm Schlesien eine absolute Gleichheit mit Böhmen in Anspruch, arbeitete auf die Auflösung des böhmischen Staates hin und behauptete, dem Kaiser nur als Herzog von Schlesien und nicht als König von Böhmen zum Gehorsam verpflichtet zu sein. Mathias fand bald, dass er sich mit seiner Nachgiebigkeit gegen die Schlesier übereilt habe und dass hinter ihrer Opposition gegen den böhmischen Staat der Wunsch nach völliger Unabhängigkeit stecke. Er lenkte deshalb auf die Bitten der Böhmen, welche von ihm die Abschaffung der neu errichteten Kanzlei verlangten, ein und berief die Schlesier zu neuen Verhandlungen nach Prag. Da in denselben keine Einigung zu erzielen war, hob der Kaiser durch

einen Machtspruch die schlesische Kanzlei wieder auf und stellte sich so auf die Seite der Böhmen. Mit bitterem Grolle im Herzen schieden die schlesischen Abgeordneten von Prag. Es lässt sich nicht sagen, welche Gestaltung zuletzt das böhmische Staatswesen genommen hätte und welcher Art die Bande gewesen wären, welche die Theile desselben zu einem Ganzen umschlungen hätten, wenn die Entwicklung eine normale geblieben wäre. Die Niederwerfung des böhmischen Aufstandes machte allen Streitigkeiten zwischen den Ländern der böhmischen Krone über das wechselseitige Verhältniss ein Ende, da der Kaiser fortan ihr absoluter Herr war und dies Verhältniss nach seinem Belieben normirte.

Die Grundzüge des böhmischen Verfassungsrechtes, so weit es sich auf das gesammte Gebiet der Krone und auf das Land Böhmen allein bezog, sind zuerst in der *wladislawischen Landesordnung*, die im J. 1500 veröffentlicht wurde, niedergelegt. Diese Landesordnung enthält neben dem öffentlichen Rechte auch das Privatrecht des Adels und die bei den Processen desselben geltende Gerichtsordnung. Die Anordnung der einzelnen Theile entbehrt jedes Systems, lässt eine Masse der wichtigsten Fragen des öffentlichen Rechtes unentschieden und ist kaum etwas anderes, als ein aus verschiedenen Landtagsbeschlüssen zusammengetragenes und bunt durch einander gewürfeltes historisches Material. Neue und wichtige Beschlüsse der Landtage machten das Bedürfniss nach einer zweiten und vollständigeren Redaction geltend, die im J. 1530 zu Stande kam und gleichfalls durch den Druck veröffentlicht wurde. Sie unterscheidet sich von der ersten Ausgabe durch eine etwas lichtere Anordnung. Ein entschiedener Fortschritt ist erst in jener Ausgabe bemerkbar, die im J. 1564 unmittelbar nach dem Tode Kaiser Ferdinands I veröffentlicht wurde und in der sich die Spuren der habsburgischen Herrschaft bereits in mannigfacher Weise geltend machen. Die Bedeutung des Gegenstandes hatte zur Folge, dass bald darauf von dieser Ausgabe eine deutsche Uebersetzung angefertigt und wiederholt durch den Druck verbreitet wurde.

Die böhmische Verfassung ertheilte das Recht der Gesetzgebung dem Könige und dem Landtage, an dem die drei Stände:

die Herren, Ritter und die königlichen Städte Theil nahmen. Die Geistlichkeit, die sonst überall und selbst in dem benachbarten Mähren die privilegirteste Stellung einnahm und in alle gesetzgebenden Versammlungen Eingang fand, hatte in Böhmen seit den Husitenstürmen das Recht der Theilnahme an den Landtagen eingebüsst und bildete keinen eigenen Stand. Die Berufung des Landtags, ehedem nicht bloss ein Recht des Königs, sondern auch der Stände, hing seit der Herrschaft der Habsburger allein von dem ersteren ab. Der Landtag bildete bei der Entgegennahme der königlichen Proposition und bei ihrer Beantwortung nur eine Körperschaft; streng genommen bestand er jedoch aus drei gesonderten Abtheilungen, so vielen nämlich, als es Stände gab. Die einzelnen Stände berieten getrennt über die Proposition und zwar die höheren Stände in der Burg, die Abgeordneten der Städte dagegen auf dem altstädter Rathhause, doch geschah es mitunter auch, dass manche Gegenstände von dem gesammten Landtage berathen wurden. Die Einigung der Mitglieder eines Standes über den zu fassenden Beschluss ging auf dem Wege der Unterredung vor sich; eine Abstimmung im modernen Sinne fand nicht statt. Waren einzelne Personen anderer Meinung, so fügten sie sich der sichtlichen Mehrheit; durch die Landesordnung war übrigens bestimmt, dass die abweichende Ansicht eines oder mehrerer Mitglieder einer Curie die Giltigkeit eines Majoritätsbeschlusses nicht in Frage stellen könne. In den Gesammtsitzungen des Landtages wurde von jeder Curie ein gemeinsames Votum abgegeben. Waren dieselben übereinstimmend, so kam ein giltiger Landtagsbeschluss zu Stande, sonst nicht, denn die Majorisirung einer Curie durch die beiden anderen konnte nicht stattfinden. Ein derartiger Zwiespalt trat unter der habsburgischen Herrschaft äusserst selten ein, gewöhnlich endete er auf glimpfliche Weise durch Vertagung der Streitfrage oder die schliessliche Nachgiebigkeit jenes Standes, der sich in der Minorität befand. Das Uebergewicht, welches der Herrnstand durch seine Stellung und seinen Reichthum ausübte, bewirkte, dass er die leitende Rolle auf dem Landtage spielte.

Die Verhandlungen auf dem Landtage bezogen sich in erster Reihe auf die königlichen Propositionen. Nahmen die Stände

dieselben an, so ergab sich der Landtagsbeschluss von selbst, in der Regel trat aber zwischen dem Gesammtlandtage und dem Könige ein Schriftenwechsel ein; drei bis vier Antworten und Entgegnungen wurden ausgetauscht, bevor die Einigung zu Stande kam, worauf die vereinbarten Beschlüsse in die Landtafel eingetragen wurden und dadurch Gesetzeskraft erlangten. Eine Initiative von Seite der Stände in Bezug auf die Gesetzgebung war nicht untersagt, äusserte sich aber gewöhnlich darin, dass die Stände den König baten, er möchte einen gewissen Gegenstand in die Reihe seiner Propositionen aufnehmen. Auf dem Landtage von 1609—10 wurde das Recht der Initiative von den Mitgliedern desselben entschieden in Anspruch genommen und zuletzt für die Zukunft dahin bestimmt, dass es ihnen unbenommen bleiben solle, nach der Berathung über die königlichen Propositionen ihre eigenen Anträge zu stellen. Die Dauer der Landtage, die mit seltenen Ausnahmen jährlich berufen wurden, währte im Durchschnitt ungefähr 14 Tage; bei dringenden Anlässen, wenn nämlich der Türkenkrieg in Ungarn neue Steuerforderungen von Seite des Königs erheischte, kam der Landtag zwei und selbst dreimal im Jahre zusammen.

Der *Adel* in Böhmen theilte sich in zwei Rang-Classen: in die der Herrn und Ritter. Eifersüchtig wachten sie darüber, dass keine neuen Abstufungen nach Art des deutschen Adels eingeführt würden; bezüglich der Fürsten von Plauen, die in Böhmen begütert waren, bestimmte ein eigener Landtagsbeschluss, dass sie sich zwar ihres Fürstentitels bedienen dürften, dies aber keine Vermehrung der Adelsclassen und Stände in Böhmen zur Folge haben solle. Die Herrn von Rosenberg, denen das Herkommen ausserhalb Böhmens überall fürstlichen Rang zuerkannte, führten in der Heimat keinen anderen als den Herrntitel und waren Mitglieder des Herrnstandes. Im Anfange des 17. Jahrhunderts begegnete man in den Landtagen häufig den Grafen Schlick und Thurn, auch sie waren dem Herrnstande eingereiht, doch blieb es ihnen unbenommen, den Grafentitel zu führen. Andererseits gab es auch keine geringere Adelsclasse in Böhmen als die der Ritter, sogenannte einfach Adelige gab es in Böhmen nicht. — Die Ertheilung des Adels war keineswegs alleinige Sache des

Königs. Ein Ritter, der in den Herrnstand aufgenommen werden wollte, musste sowohl bei dem Könige wie bei den Herrn um diese Standeserhöhung bitten, und nur ihre beiderseitige Zustimmung konnte ihm dieselbe verschaffen, dagegen ertheilte der König den Rittergrad selbständig. Die neu Geadelten oder neu in den Herrnstand Aufgenommenen genossen nicht unmittelbar alle Auszeichnungen ihres Standes, sie waren gehalten den älteren Geschlechtern einen Vorrang einzuräumen, erst nach drei Generationen trat das neue Ritter- oder Herrngeschlecht in die Rechte der alten Geschlechter ein.

Die Zahl der Adelsfamilien in Böhmen war in der Zeit vor dem 30jährigen Kriege im Vergleich zum Mittelalter in Abnahme begriffen. Es scheint, dass der Adel nur von jenen behauptet wurde, die sich im Besitz von Grund und Boden befanden. Familien, deren Glücksumstände sich bedeutend verschlechterten, gingen im Volke auf. Nach einer Zählung aus dem Jahre 1605 waren 254 Familien des Herrnstandes und 1128 Familien des Ritterstandes im Besitz von Gütern, man kann darnach mit grosser Wahrscheinlichkeit behaupten, dass die Gesammtzahl der adeligen Familien in dieser Zeit nicht viel über 1400 betragen habe. Unter diesen Adelsgeschlechtern fehlen bereits viele von jenen, die im 15. und 16. Jahrhunderte ihren Namen mit Ehre oder Schmach bedeckt und so demselben eine Bedeutung in der Geschichte ihres Volkes verschafft haben; die Landsteine, die Ptáček von Pirkstein, die Krajíř von Krajek, die Kostka von Postupic, die Lew von Rožmital waren ausgestorben, die Nachkommen Georgs von Poděbrad waren nur noch in Schlesien begütert, die Křinecky's nach Polen ausgewandert, der letzte Herr von Neuhaus wurde im Jahre 1596 begraben. Der letzte Rosenberg endete in einer Art von Harem im Jahre 1611 sein Leben in einer Zurückgezogenheit, die wenig zu der geräuschvollen Thätigkeit seiner Vorfahren passte. Der letzte Sprössling aus dem Hause Pernstein, dessen Haupt sich im 16. Jahrhunderte königlicher Einkünfte erfreute, *) war in seinen Vermögensver-

*) Venetianische Berichterstatter berechneten dasselbe auf 160000 Thaler jährlich. Nicht viel mehr betrugen die gesammten directen Steuern von Böhmen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

hältnissen so herabgekommen, dass er sein armseliges Dasein nur mit Hilfe einer Pension fristete, die er von Spanien kurz vor Beginn des 30jährigen Krieges empfing. Im höchsten Glanze standen vor dem Beginne des 30jährigen Krieges die Familien Lobkowitz, Schwamberg, Smiřický, Sternberg, Waldstein, Slawata, Berka, Kolowrat und Kinský. Hervorragend durch seinen Reichthum war das alte Rittergeschlecht der Trčka, es hatte denselben seit der Herrschaft der jagellonischen Könige ungeschmälert behauptet.

Dem Herkommen gemäss betheiligten sich nur jene Mitglieder des Adels an den Landtagsverhandlungen, welche mit Grundbesitz ausgestattet waren. Würden alle, denen es zukam, von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben, so hätten sich im Landtage allein an 1400 Vertreter des Adels eingefunden. So viele kamen jedoch nie zusammen, in der Regel fanden sich mit Einschluss der städtischen Deputirten, nicht viel über 100 Personen in Prag ein; der Landtag von 1609, der unter einer langen Reihe von Vorgängern und Nachfolgern einzig dastand, zählte nur an 200 Mitglieder. Diese Zahlen beweisen, dass der Besuch des Landtags vor dem 30jährigen Kriege ebenso sehr als eine Last, wie als ein Vorrecht angesehen wurde. Die Ursache lag darin, dass für den Ritterstand die Kosten in die Wagschale fielen, welche mit einer Reise nach Prag und mit einem Aufenthalte von ungewisser Dauer daselbst verbunden waren. Aus diesem Grunde verfiel derselbe schon im 15. Jahrhundert auf ein Auskunftsmittel, das den böhmischen Landtag mit der Zeit zu einem repräsentativen hätte umstalten können; die Ritterschaft jedes Kreises sandte nämlich aus ihrer Mitte Vertreter nach Prag ab. Dieser Ausweg wurde während des 16. Jahrhunderts beharrlich benützt und dahin vervollkommt, dass den Kreisdeputirten von ihren Wählern eine Entschädigung für die Landtagskosten bewilligt und die Einzahlung dieser Entschädigung mit derselben Strenge wie eine Steuer betrieben wurde. Der einzelne Ritter, der kein solches Wahlmandat erhielt, verlor deshalb nicht das Recht auf dem Landtage zu erscheinen, er konnte dahin gehen, wann und wie es ihm beliebte, aber es verstand sich von selbst, dass er dies auf eigene Kosten thun musste. Der Herrnstand,

der verhältnissmässig über ein grösseres Vermögen gebot, griff nicht zu dem Mittel der Stellvertretung, wer von den Herrn auf dem Landtage erscheinen wollte, erschien Kraft eigenen Rechtes und nicht als Vertreter.

Was die Vermögensverhältnisse des böhmischen Adels betrifft, so war der Grossgrundbesitz in frühern Zeiten nicht in so wenigen Händen concentrirt, wie das heute der Fall ist. Gegenwärtig ist derselbe ungefähr unter 680 Besitzer vertheilt, von denen viele auch ausserhalb Böhmens begütert sind, während sich im 16. Jahrhundert der Grossgrundbesitz unter fast 1400 Familien vertheilte, von denen kaum eine oder die andere auch in der Fremde ein Besitzthum hatte. Dabei ist noch in Anschlag zu bringen, dass auch der König grosse und zahlreiche Güter besass, die vielleicht den 10. Theil des Landes ausmachten, die jetzt gleichfalls nur in Privathänden sind. Der heutige Adel ist demnach, so weit er am Grossgrundbesitz participirt, viel reicher als seine Ahnen.

Die Einkünfte, die der Adel aus seinem Besitze bezog, flossen ihm theils aus den Zahlungen und Naturallieferungen seiner Bauern, theils aus dem Ertrage seiner unmittelbaren Besitzthümer zu. Die Art und Weise, wie der Adel seinen eigenen Grundbesitz verwaltete, war verschieden, einen Theil liess er durch die Robotleistungen seiner Unterthanen bearbeiten, für den anderen Theil wurden entweder Arbeiter gedungen oder derselbe den Bauern in Pacht gegeben, der in kurzen Zwischenräumen wieder erneuert wurde. Die Administration der Güter war auf das pünktlichste geregelt und hatte das Stadium roher Empirie bereits weit hinter sich gelassen. War der Besitz eines Edelmannes umfangreich, so pflegte er einen Hauptmann an dessen Spitze zu stellen, der gewöhnlich den ärmern Adelsfamilien entnommen war. Bei minder umfangreichen Besitzungen wurde ein blosser Amtmann (ouředník) mit der Verwaltung betraut, ihnen zur Seite standen einige Unterbeamten mit verschiedenen Titeln. Für jedes Gut wurde ein eigenes Grundbuch angelegt, in dem sämmtliche Bauernansässigkeiten nach der herkömmlichen Bezeichnung angeführt und dabei die im einzelnen hundertfach verschiedenen Leistungen derselben eingetragen wa-

ren, um die Controle über deren richtige Abstattung zu ermöglichen. In der eigenen Verwaltung der Gutsobrigkeit und nicht im Pacht befanden sich stets die Teiche und Wälder. Die Teichwirthschaft wurde ehedem in Böhmen schwunghaft betrieben, es gab nicht leicht ein Gut, wo der Fischhandel nicht eine ansehnliche Rente abgeworfen hätte. Heute sind bekanntlich die Teiche aus dem mittleren und nördlichen Böhmen fast ganz verschwunden und haben einer andern Benützung des Bodens Platz gemacht.

Bei der Wichtigkeit der Verwerthung von Grund und Boden hat sich frühzeitig die Literatur dieses Gegenstandes bemächtigt. Ein dem 16. Jahrhunderte angehöriges Werk (hospodář) entwirft die Grundzüge für die Bewirthschaftung und Verwaltung grosser Landgüter und macht uns in dieser Beziehung mit den interessantesten Details bekannt. Nicht minder wichtig für die Beleuchtung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und für die Kenntniss der ältern wirthschaftlichen Grundsätze sind die sogenannten „Mandate", in denen die Herrschaftsbesitzer die Pflichten und Rechte ihrer Unterthanen festsetzten und namentlich das Gerichtswesen auf ihren Gütern regelten. Solche Mandate wurden wohl überall herausgegeben, zeitweise erneuert und den Gemeinden mitgetheilt, doch haben sich von diesen interessanten Dokumenten nur äusserst wenige erhalten. In der Zeit nach dem 30jährigen Kriege wurden die Herrn schweigsamer und übten ihre Herrschaft aus, ohne es der Mühe werth zu finden, viele Worte deshalb zu machen. Doch finden sich auch aus dieser späteren Zeit einzelne Mandate vor.

Nächst dem Adel nahmen die *königlichen Städte*, deren Zahl sich auf 42 belief, im Lande die hervorragendste Stellung ein. Alle waren zur Theilnahme am Landtage berechtigt und die bedeutenderen gewöhnlich durch zwei bis drei Deputirte, die der Stadtrath wählte, vertreten. Nicht alle sandten jedoch ihre Deputirten auf den Landtag, da dieses Recht mit bedeutenderen Auslagen verbunden war. Selten erschien mehr, als ein Drittel der Berechtigten, die Ausbleibenden überliessen ihnen die Sorge für die gemeinsamen Interessen. Die Prager, die sich nach den Städten, aus denen die Hauptstadt ehedem bestand, in die Abgeordneten der Altstadt, Neustadt und Kleinseite theilten,

übten auf die Verhandlungen der Städtecurie den massgebendsten Einfluss aus.

Die königlichen Städte hatten in ihrer Entwicklung während der letzten 120 Jahre vor dem 30jährigen Kriege mancherlei Schicksale durchgemacht. Unter der Regierung Wladislaws II mussten sie mit den höhern Ständen einen harten Kampf wegen ihrer Theilnahme an den Landtagen bestehen, der Adel wandte alle Mittel an, um die Städte von denselben fern zu halten, musste aber schliesslich nachgeben und sie für die Zukunft als die dritte Curie desselben anerkennen. Unter der habsburgischen Herrschaft gingen die Städte einem neuen Aufblühen entgegen, bis das Jahr 1547 ihrer Autonomie einen gewaltigen Stoss versetzte. Von den höheren Ständen waren sie damals in einen Aufstand gegen Ferdinand I verwickelt worden und hiefür von letzterem nicht nur mit grossen Geldbussen, sondern auch mit einer Einschränkung ihrer Freiheit bestraft worden. In jeder königlichen Stadt wurde ein sogenannter Königsrichter ernannt, der nicht nur die Aufsicht über die Justizpflege führte, sondern auch über die königlichen Gerechtsame wachte und dabei eine Art oberster Polizeigewalt ausübte. Zu gleicher Zeit wurde den Städten, die bisher nach Deutschland, namentlich nach Magdeburg übliche Appellation verboten und für die königlichen Städte der gesammten Krone ein Appellationsgericht in Prag errichtet, zu dessen erstem Präsidenten Ladislaw Popel von Lobkowitz ernannt wurde.

Die Grundlage der böhmischen Städteverfassungen bildeten die sogenannten Stadtrechte, die bekanntlich deutschen Ursprungs waren. Im nördlichen und nordöstlichen Böhmen gelangte das magdeburger Recht in Aufnahme, Leitmeritz bildete hier den Mittelpunkt, an dessen Schöppenstuhl andere Stadtgerichte appellirten, während dieses selbst seine Belehrungen von Magdeburg holte. Die in der Mitte und dem südöstlichen Theile des Landes gelegenen Städte schlossen sich dem prager Stadtrecht an, dessen Elemente gleichfalls deutschen Ursprungs sind. Die Appellationen dieser Städte gingen nach Prag. Den Westen des Landes beherrschte das nürnberger Stadtrecht und namentlich jene Umformung desselben, die in

Eger zur Geltung gelangt war und die sich über eine beträchtliche Anzahl von Städten, welche in dessen Nachbarschaft lagen, ausdehnte. Die Appellationen dieser Städte gingen nach Eger, während dieses selbst seine Belehrungen aus Nürnberg schöpfte. Von Seite der böhmischen Könige wurde schon frühzeitig darauf hingearbeitet, den Appellationen an die Gerichte deutscher Reichsstädte ein Ende zu machen, und namentlich befahl Wenzel IV, dass nur nach Prag und Leitmeritz appellirt werden solle. Er erreichte nicht seinen Zweck, bis Ferdinand I durch die Errichtung des Appellationsgerichtes entscheidend eingriff. Doch hörten selbst jetzt noch nicht alle Appellationen nach Nürnberg und Magdeburg auf, einzelne Fälle kommen noch nach dem Jahre 1548 vor, werden aber immer seltener, bis sie ganz aufhörten.

Seit der Errichtung des Appellationsgerichtes in Prag empfand man es übrigens als einen Uebelstand, dass in Böhmen verschiedene Stadtrechte Geltung hatten und dass dieselben nicht mit der Landesordnung im Einklange standen. Von Seite der Landtage wurde deshalb auf die Unification der Stadtrechte und ihre Uebereinstimmung mit der Landesordnung gedrungen. Mehrfache Commissionen, die zu diesem Ende von den Ständen gewählt worden waren, gingen erfolglos auseinander, bis endlich im Jahre 1610 vom Landtage angeordnet wurde, dass die prager Stadtrechte allein in Böhmen gelten sollten. Leitmeritz, der letzte Hort des magdeburger Rechtes, musste sich fügen, Eger, das in einem besondern Verhältnisse zu Böhmen stand, wurde durch diese Bestimmung nicht betroffen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass das nun allgemein giltige prager Stadtrecht mit der Landesordnung in vollen Einklang gebracht werden solle. Die sich überstürzenden Ereignisse der nächsten Jahre vereitelten die Durchführung dieses Beschlusses, obwohl derselbe im Jahre 1615 erneuert wurde.

Die Mitglieder des Stadtrathes, in deren Händen die Gemeindeverwaltung ruhte und die zum Theil auch als Beisitzer der Stadtgerichte fungirten, wurden seit jeher nicht von der Bürgerschaft gewählt, sondern von dem Könige durch den Landesunterkämmerer oder den Hofrichter ernannt und gewöhnlich

jährlich, oft auch in längeren Zwischenräumen erneuert. Da sie stets aus den angesehensten Mitgliedern der Gemeinde gewählt wurden, so repräsentirten sie in der That die öffentliche Meinung in derselben. Es war einer der stärksten Vorwürfe, die man gegen die Regierung vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges erhob, dass sie die frühere Unparteilichkeit ausser Acht lasse und in die Rathsstellen politische Parteigänger und vorzugsweise Katholiken einsetze, wenn auch die Stadt überwiegend protestantisch sei. Von den königlichen Städten waren nur Pilsen und Budweis katholisch, alle übrigen waren protestantisch, doch fand sich fast in allen eine, wenn auch wenig zahlreiche katholische Partei vor. Am bedeutendsten war diese Minorität in Prag und zwar auf der Kleinseite.

Ueber die Grösse der städtischen Bevölkerung haben sich keinerlei directe Daten erhalten. Wir wissen nur, wie hoch sich die gesammte Häuserzahl in denselben belaufen habe. Aus einer Zählung von 1567 ergab sich, dass dieselbe in allen königlichen Städten 12053 Häuser betrug. Seitdem war sie im Wachsen begriffen und stieg vor dem 30jährigen Kriege auf mehr als 14000. Aus einer Zählung von 1605 ist ersichtlich, dass es in Prag (den Hradschin und Wyschehrad mit eingeschlossen) 3974 Häuser gegeben habe, wovon über 900 dem Adel gehörten. Die prager Häuser beherbergten gerade so wie heute neben dem Hausherrn zahlreiche Mieter, auf dem Lande war dies seltener der Fall, die 14000 Häuser lassen demnach auf keine besonders zahlreiche städtische Bevölkerung schliessen. Der Reichthum der königlichen Städte bestand in ihren Capitalien, den Erträgnissen ihres Handels und Gewerbsfleisses und den Einkünften aus ihrem Güterbesitz, auf dem sich im Jahre 1605 5236 Bauernansässigkeiten befanden. Die Abschätzungen über das Vermögen der Städte und ihrer Insassen ergaben im Jahre 1542 eine Summe von 2,880.000 Thaler, während zur selben Zeit der Adel (Herrn und Ritter) sein Vermögen auf etwa 8,000.000 Thaler berechnete. Die Städte besassen also etwas mehr als den dritten Theil der letzteren Summe. Der Capitalienbesitz war erweislich zum grössern Theile in den Händen der städtischen Bevölkerung.

Der böhmische *Bauernstand* befand sich während des Mittelalters bis auf den 30jährigen Krieg materiell in einer weit besseren Lage, als dies in den folgenden zwei Jahrhunderten selbst unmittelbar nach der Aufhebung der Leibeigenschaft der Fall war. Vergleicht man nämlich die Summe der Abgaben und Robotleistungen, die im 16. Jahrhunderte auf einem Bauerngrund lasteten, so erschrickt man beinahe über die ungünstige Wendung, die in dieser Beziehung später eintrat. Der böhmische Bauer, dessen Besitzthum etwa 40 Strich umfasste, musste im Beginne des 17. Jahrhunderts dem Grundherrn 8—10 Tage arbeiten und in Geld und Naturalien etwa 3 Thaler zahlen, eine Summe, welche die an den Staat abzuliefernden Steuern um den dritten oder vierten Teil überstieg. Im 18. Jahrhunderte waren die an die Gutsherrn zu leistenden Geldzahlungen und Naturallieferungen in Abnahme gekommen, ein grosser Theil der Bauernschaft war davon gänzlich befreit, allein die Erleichterung, die in dieser Beziehung der ländlichen Bevölkerung zu Theil geworden, wurde durch die nahezu entsetzliche Steigerung, welche die Robot erfahren hatte, mehr als aufgewogen. Derselbe Bauer, der sonst 8—10 Tage gezwungene Arbeit geleistet hatte, wurde jetzt mindestens zu 75 Tagen angehalten, so dass man nicht fehlgehen wird, wenn man annimmt, dass seine Last allmälig fast verdoppelt wurde.

Die Naturallieferungen, zu denen die Bauern ehedem verpflichtet waren, waren von der mannigfachsten Natur, sie bestanden in Getreide (selten mehr als ein halber Metzen von einer oder der anderen Sorte), in Hühnern, Enten, Eiern, Gänsen, in der Fütterung eines Schweines bis Weihnachten, eines Ochsen während des Winters u. s. w. Letzere beiden Bestimmungen waren jedoch äusserst selten und kamen nur ab und zu bei Müllern vor. Was die Zeit für ihre Ablieferung betrifft, so war sie theils von dem Belieben des Bauers abhängig, theils an gewisse Feiertage geknüpft. Der Geldzins wurde nur zweimal im Jahre entrichtet und zwar regelmässig zu Georgi und Galli. Zwei Wochen vor dem Termin erinnerten die obrigkeitlichen Beamten an die bevorstehende Zahlung, war der betreffende Zeitpunkt herangekommen, so zogen die Bauern

sammt und sonders wie eine Procession unter der Anführung der Dorfrichter in das Schloss und zahlten den Zins.

Die Leibeigenschaft drückte den böhmischen Bauernstand im 16. Jahrhunderte nicht ärger als zu der Zeit, wo sie ihrem Ende entgegenging. Die Hauptsache für ihn war, dass ihm Eigenthumsrechte nicht abgesprochen wurden. Der Grundherr wurde allerdings als eine Art Obereigenthümer aller auf seiner Herrschaft befindlichen Ansässigkeiten angesehen, in der Praxis verfügte jedoch der Bauer ziemlich frei über seinen Erwerb und Besitz. Er durfte mit Zustimmung des Herrn seine Wirthschaft verkaufen und sich anderswo ansiedeln, er konnte einen Theil seiner Aecker veräussern und verpfänden, wenn ihm irgend ein Unglücksfall diese Massregel empfahl; doch behielt die Gutsverwaltung ein sorgsames Auge darauf, dass die Bauern in ihren Vermögensumständen nicht herabkamen, und wandte dabei die dem patriarchalischen Zeitalter entsprechenden Mittel an. Sie unterstützte deshalb nur die Bezahlung jener Schulden, die ein Bauer mit ihrem Vorwissen contrahirt hatte, sie beschränkte die testamentarische Verfügung der Unterthanen über ihren Besitz in der Weise, dass sie Legate an fremde Unterthanen nicht gestattete und wachte darüber, dass der Viehstand in den Bauernwirthschaften eine entsprechende Höhe behauptete. Diese letzte Bevormundung artete hie und da so weit aus, dass es dem Bauer verwehrt wurde, sein Vieh an Fremde zu veräussern, die Gutsobrigkeit nahm das Vorkaufsrecht in Anspruch und bestimmte den Preis, wobei sie sich gewiss keinen Nachtheil zufügte.

Für die bessere Lage des böhmischen Bauernstandes vor dem 30jährigen Kriege spricht auch eine Gewohnheit, die nun beinahe gänzlich in Abnahme gekommen ist. Der Gebrauch warmer Bäder zu jeder Jahreszeit war in Böhmen ehedem ein unentbehrlicher Genuss, dem sich nicht bloss die höhern Stände, sondern auch die Bauern, ja selbst die Taglöhner hingaben. In einer Gesindeordnung vom Jahre 1549 wurde die Arbeitszeit der Taglöhner am Samstag ausdrücklich deshalb herabgesetzt, damit sie, wie es ihre Gewohnheit sei, ein Bad nehmen könnten. So kam es, dass fast jedes Dorf sein Bade-

haus hatte. Die Benützung desselben setzt einen gewissen Wohlstand bei der niederen Bevölkerung voraus, weil der Eigenthümer sonst nicht seine Rechnung gefunden hätte. Auch die Luxusgesetze, mit denen sich die böhmischen Landtage ab und zu beschäftigten, lassen den Bauer nicht arm erscheinen, da ihren Frauen das Tragen kostbarer Kleidungen, goldener Hauben und ähnlicher Luxusgegenstände verboten wurde. Das beste Kriterium für den Wohlstand des Bauernstandes liefern aber die Vermögensabschätzungen des 16. Jahrhunderts. Diese häufig sich wiederholenden Abschätzungen, welche sich auf alle Stände erstreckten und sich sowohl auf die Güter wie auf die Häuser bezogen, zeigen, dass der Gesammtwerth des bäuerlichen Besitzes mehr als die Hälfte von dem betrug, was die drei höheren Stände als den Gesammtwerth des ihrigen angaben. So z. B. gaben die drei Stände im Jahre 1541 den Werth ihres Besitzes mit 10,977.090 Thalern, die Bauern mit 6,220.350 Thalern an und dieses Verhältniss blieb sich auch später ziemlich gleich. Diese Zahlen beweisen deutlicher als alles andere, dass der böhmische Bauer sich einer erträglichen Lage erfreute.

Aber nicht bloss die materielle Lage des Bauernstandes war vor dem 30jährigen Kriege eine günstigere als später, seine menschliche Würde wurde auch höher geachtet. Im 18. Jahrhunderte wurde den Bauern einzig und allein von ihrer Obrigkeit und in deren Namen von den herrschaftlichen Beamten Recht gesprochen, dies war aber im 16. Jahrhunderte keineswegs der Fall. Damals befand sich die Rechtsprechung in den Händen von Bauerngerichten, deren Beisitzer theils aus den Bürgern kleiner unterthäniger Städte, theils aus Bauern bestanden. Solche Gerichte wurden zwei- bis dreimal im Jahre zu einer Zeit, in der die Feldarbeiten ruhten, abgehalten und von Seite des obrigkeitlichen Beamten mit Feierlichkeit eröffnet. Sie bestanden aus dem Vorsitzenden, der den Titel Richter (sudí) führte, und 12 Geschwornen (konšel), deren Auswahl und Ernennung von der Obrigkeit ausging. Bei den officiellen Ansprachen gab man diesen Gerichtsbeisitzern den für jene Zeiten ganz ausserordentlichen Titel „Herr". Der Beamte selbst betheiligte sich nicht

an der Urtheilsfällung, seine Einwirkung beschränkte sich nur darauf, dass er den Geschwornen in schwierigen Fällen Auskunft und Belehrung ertheilte. Die Jurisdiction der Bauerngerichte erstreckte sich auf Civil- und Criminalfälle, sie hatten das Recht, Geldstrafen zu verhängen und ihre Verwendung zu bestimmen. Das schliessliche Urtheil wurde von dem Gerichtshofe selbst ausgesprochen, nur wenn den Mitgliedern die Fähigkeit mangelte, dasselbe in einem verwickelten Falle zu formuliren, durften sie mit Darlegung ihrer Ansicht den Beamten ersuchen, statt ihrer den Ausspruch zu thun. Die Jurisdiction eines solchen Bauerngerichtes dehnte sich gewöhnlich über mehrere Dörfer aus, häufig gehörten in ihren Amtssprengel auch kleinere unterthänige Städte, die dann auch unter den Geschwornen vertreten waren. Die Amtsdauer der Geschwornen dauerte ein Jahr und beschränkte sich nicht auf die eben geschilderte Thätigkeit. Sie führten während ihres Amtsjahres eine Art Sittenaufsicht in den betreffenden Dörfern, sie hatten die Faulen zum Fleisse zu mahnen, die Verschwender zur Mässigkeit anzuhalten und strafend aufzutreten, wenn die Mahnung nichts fruchtete. *)

Die Berechtigung der Bauernschaft beschränkte sich nicht auf die Theilnahme an der Rechtsprechung, sondern erstreckte sich noch auf die Verwaltung des Kirchenvermögens. Aus den zu einer Pfarre gehörigen Bauern wurden eine Anzahl (wahrscheinlich 12) Kirchenväter (kostelníci) von der Obrigkeit ernannt und denselben nicht blos die Aufsicht über die Kirchenschätze und Geräthschaften, sondern auch über das Einkommen und die Ausgaben der betreffenden Kirche anvertraut. Die Kirchenväter wurden jährlich neu ernannt, die abtretenden mussten über ihre Amtsführung Rechnung ablegen. Auch hatten sie die Verpflichtung, über den ordentlichen Kirchenbesuch zu wachen und die Strafen, die auf die Vernachlässigung dieser Pflicht festgesetzt waren, einzuheben. Nach einer Instruction, welche Herr Florian Griespeck im Jahre 1588 seiner Gutsver-

*) Nähere Details über die Bauerngerichte in dem 1587 gedruckten Werke „Hospodář", ausserdem in einzelnen Mandaten.

waltung ertheilte, wurde eine solche Versäumniss bei jedem Bauer mit der ungemein hohen Summe von 10 Thalern gestraft. *)

Die Zahl der Bauernansässigkeiten betrug vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges in Böhmen etwas über 150.000. Hievon befanden sich nach einer Zählung von 1605 auf den Gütern des Königs 14.375 Ansässigkeiten, auf denen der Herrn 67.125, auf denen der Ritter 54.413, auf den Gütern der königlichen Städte 5326, auf den geistlichen Gütern 7339, auf denen der Freisassen 72, endlich auf denen einiger nicht königlichen Städte, die trotz ihrer Unterthänigkeit mit Güterbesitz ausgestattet waren, 2282. Die furchtbare Entvölkerung, die in Folge des 30jährigen Krieges in Böhmen eintrat, und der ganze Umfang der Leiden, die dieses Land ertragen musste, zeigt sich am besten in der Abnahme der Bauernschaft. Aus den amtlichen Registern ersieht man, dass um das Jahr 1627 nur noch etwa 90.000 Bauerngründe besetzt waren, 60.000 Ansässigkeiten waren binnen 9 Jahren zu brachliegenden Feldern herabgesunken, die Niemanden nährten. Der Gräuel der Verwüstung schritt unaufhaltsam weiter, denn dieselben amtlichen Daten weisen nach, dass um das Jahr 1650 nur etwas mehr als 50.000 Bauerngründe besetzt waren. So hat die Behauptung jener, welche die Bevölkerung Böhmens in Folge des 30jährigen Krieges auf den vierten Theil ihrer ehemaligen Grösse reducirt sein lassen, viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Eine bevorzugte Stellung unter der ackerbautreibenden Bevölkerung Böhmens nahmen die sogenannten *Freibauern* ein. In ihren Besitzverhältnissen erfreuten sie sich derselben Freiheit wie der Adel, sie hatten keine andern Zahlungen zu leisten, als jene, die ihnen vom Landtage als Beitrag zu den öffentlichen Lasten festgesetzt wurden. Man zählte in Böhmen vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges ungefähr 450 Freibauern- oder Freisassengründe, von denen die meisten im Südwesten des Landes lagen. Im Landtage waren die Freisassen als solche

*) In der Musealzeitschrift.

nicht vertreten, denn wiewohl nicht in die Kategorie von Unterthanen gehörig, wurden sie doch auch keinem der drei berechtigten Stände beigezählt.

Die *Geistlichkeit* in Böhmen zerfiel in zwei grosse Abtheilungen, die *katholische* und die *utraquistische*, oder wie wir letztere seit dem J. 1609 nennen, die protestantische. Die Mitglieder der protestantischen Geistlichkeit waren einfache Pfarrer oder Capläne, selbst die Oberbehörde, das sogenannte „untere Consistorium“, war nur aus Pfarrern zusammengesetzt, so dass also bei ihr von einer mannigfachen Abstufung, von Titeln und Würden keine Rede war. Ihr Einkommen entsprach auch dieser minder hervorragenden Stellung, es bestand theils in Erbzinsen, theils in dem Ertrage des mit einer Pfarre verbundenen Grundbesitzes, der an Ausdehnung einer oder mehreren Bauernansässigkeiten gleichkam. Nur die prager Universität, die in den Händen der Utraquisten war, erfreute sich ausgedehnter, in der Landtafel eingetragener Besitzungen, aus denen der Unterhalt der Lehrer und Stipendiaten bestritten wurde. Auf die Zusammensetzung des unteren Consistoriums nahm die Regierung keinen Einfluss, dieselbe lag nach den Gesetzen von 1609 einzig und allein in den Händen der protestantischen Stände.

Der katholische Clerus behauptete gegenüber dem utraquistischen noch immer etwas von seiner glänzenden mittelalterlichen Stellung. Der Pfarrclerus war zwar weder schlechter noch besser dotirt, als der protestantische, dagegen hatten die Klöster, die den Angriffen der Husiten glücklich entgangen waren, einen Theil ihres Reichthums gerettet. Auch die Capitel von Prag, Wyschehrad und Altbunzlau hatten sich behauptet, zu ihnen war das seit 1561 wiedererrichtete Erzbisthum getreten und seit einiger Zeit fingen die Jesuiten an, bedeutende Reichthümer zu sammeln. Aus amtlichen Angaben des Jahres 1608 ersehen wir, dass man auf dem geistlichen Grossgrundbesitz 7425 Bauernansässigkeiten zählte. Dieses Vermögen war fast ausschliesslich in den Händen der katholischen Klöster und Capitel, nur weniges ist davon für die prager Universität und einige besonders gut dotirte katholische und protestantische Pfarrkirchen abzurechnen. Die Leitung des katholischen Cle-

rus ging von dem sogenannten obern Consistorium aus, an dessen Spitze der Erzbischof stand.

Aus amtlichen Zählungen ist die Zahl sämmtlicher Pfarrkirchen in Böhmen vor dem 30jährigen Kriege ziemlich genau bekannt und dürfte etwas mehr als 1300 betragen haben. Wüsste man, wie viele davon katholisch, wie viele protestantisch waren, so liesse sich daraus auch über das Verhältniss der beiden Glaubensparteien ein sicherer Schluss ziehen; dies ist jedoch nicht der Fall und wir können nur Vermuthungen darüber anstellen. Sicher ist, dass sich die Katholiken den Protestanten gegenüber in der entschiedensten Minorität befanden und kaum den fünften Theil, vielleicht aber auch erst den zehnten oder fünfzehnten Theil der Bevölkerung ausmachten. Die genaue Bestimmung des Verhältnisses ist von der Auffindung neuer Quellen abhängig. Würde man vom Adel auf die niedere Bevölkerung schliessen, so gäbe dies ein für die Katholiken sehr ungünstiges Resultat. Denn nach einer Zählung vom Jahre 1609 gab es unter dem Adel nur ungefähr 130 Personen männlichen Geschlechtes, die das zwanzigste Lebensjahr überschritten hatten und der katholischen Kirche angehörten. Da es im Ganzen gegen 1400 Adelsfamilien gab, so dürfte die obige, nur auf Personen (nicht Familien) bezügliche Zahl 130 vielleicht nur den zwanzigsten Theil des Adels repräsentiren.

Wenn man es versucht, sich von dem böhmischen Clerus vor dem 30jährigen Kriege ein anschauliches Bild zu machen, so ist dasselbe nicht frei von mancherlei Schatten. Grössere Tüchtigkeit und ein höheres moralisches Ansehen waren um diese Zeit auf Seite des katholischen Clerus und der Vorstände der Bruderunität. Diese Erscheinung lässt eine sehr natürliche Erklärung zu; die Katholiken und Brüder wussten, was sie wollten, die böhmischen Protestanten befanden sich dagegen in einem Umstaltungsprocesse. Auch die katholische Geistlichkeit war in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in einem solchen Umstaltungsprocesse begriffen, damals schien sie der Auflösung entgegenzugehen, da die Disciplin und Rechtgläubigkeit bei den meisten abhanden gekommen war. Jetzt war dies anders geworden, seit dem tridentiner Concil und dem Auftreten der

Jesuiten hatte sie sich zu neuem Leben aufgerafft. Der Cölibat erfuhr keine weitere Anfechtung, die Disciplin wurde strammer und im Dogma fanden keine Transactionen mit dem Lutherthume statt, da das tridentiner Concil vorgeschrieben hatte, was zu glauben war. So trat die katholische Geistlichkeit wieder mit mehr Sicherheit auf und erreichte Erfolge, die man bereits für unmöglich gehalten hatte.

Eines ebenfalls grossen Ansehens erfreuten sich die Vorsteher der Brüdergemeinde, weil in ihnen die protestantische Anschauung zum klaren und ungetrübten Ausdruck gelangt war. Die böhmische Brüderunität, die seit dem Jahre 1609 als besondere Eigenart des böhmischen Protestantismus aufhören sollte, aber trotzdem fortbestand, hatte sich seit 150 Jahren mit Bewusstsein von der katholischen Kirche getrennt und nie mit derselben über eine neue Verbindung verhandelt. Dieses stets gleiche Auftreten schloss bei ihren Vorstehern jede schwankende Haltung aus und erhöhte der Gemeinde gegenüber nicht wenig ihr Ansehen. Da ihnen das Heirathen gestattet war, so traten bei ihnen sittliche Gebrechen fast nie zu Tage, auch dies hob sie in den Augen ihrer Anhänger, die während der für den Clerus so gefährlichen Uebergangsperiode des 16. Jahrhunderts nur zu häufig Zeugen der mannigfachsten Unordnungen waren.

Der eigentliche utraquistische Clerus, der später die grosse Masse des protestantischen bildete, zeigte sich deshalb in einem minder günstigen Lichte, weil er seit fast 100 Jahren in steter Gährung begriffen war. Die neue geistige Strömung, die Deutschland überfluthete, hatte ihn von Anfang an sympathisch berührt. Er machte vielfache Anläufe, sich ihr anzuschliessen, ward aber immer daran gehindert, zur Beobachtung der basler Compactaten und zum Wiederanschluss an die katholische Kirche gedrängt. Einzelne versuchten nun auf eigene Faust, was die Gesammtheit nicht bewirken konnte, und bekämpften das alte Lehrgebäude bald in diesem, bald in jenem Punkte. Ohne Unterlass liefen Klagen bei dem unteren Consistorium ein, dass ein oder der andere Geistliche die Siebenzahl der Sacramente verwerfe, an die Transsubstantiation nicht glaube, die Messe abkürze und ähnliches mehr. Strafte man den Beklagten, so hielt

er sich einige Wochen ruhig, um dann wieder ins alte Geleise zurückzukehren. Ein derartiger Zustand, der durch das ganze 16. Jahrhundert unmittelbar bis zum Jahre 1609 währte, musste die Zucht und Ordnung bei dem utraquistischen Clerus auf das äusserste gefährden. In der That wurde die Kanzel nicht blos zu religiösen Auseinandersetzungen, sondern auch zu Angriffen gegen geistliche Gegner benützt; es war nichts aussergewöhnliches, wenn ein Pfarrer in seiner Predigt den andern einen Lügner schimpfte oder sonst seine Privatangelegenheiten mit einigen derben Aeusserungen vor das Forum seiner Zuhörer brachte. Was den Cölibat betraf, so war die Regellosigkeit an der Tagesordnung. Eine grosse Anzahl von Geistlichen heiratete, aber es war ungewiss, ob man ihre Ehe als eine ordentliche ansehen solle oder als ein Concubinat, da ein anderer Theil des Clerus sich gegen die Beweibtheit erklärte. War eine Gemeinde den geistlichen Ehen günstig gesinnt, so ruhte sie nicht eher, als bis ihr Pfarrer geheirathet hatte, war die Gemeinde anders gesinnt, so erfuhr der beweibte Priester nicht mindere Bedrängniss. In diesem Streite der Meinung waren vielfache Liederlichkeiten an der Tagesordnung. Das Consistorium musste Jahr aus Jahr ein zahlreiche Priester, die eine gefährliche Mitte zwischen dem Cölibat und der Beweibtheit einhalten wollten, wegen mannigfacher Aergernisse bestrafen. Das Jahr 1609 mit seinen neuen Religionsgesetzen sollte den utraquistischen Clerus aus seiner Halbheit herausreissen und geordnete Zustände bei demselben herbeiführen. Friedliche Zeiten hätten dies wohl zuwege gebracht, vor dem Ausbruche des 30jährigen Krieges war dies aber noch nicht der Fall und der protestantische Clerus litt unter den Nachwirkungen der früheren Periode. Daher kam es auch, dass er nach der Schlacht am weissen Berge dem Volke nicht die Kraft zu einem ausreichenden Widerstand gegen die ferdinandeische Reformation einflössen konnte.

Wenn von den verschiedenen Klassen der Bevölkerung die Rede ist, die Böhmen beherbergte, so dürfen schliesslich die *Juden* nicht übergangen werden. Mit Rücksicht auf die ausserordentlich frühe Zeit, seit der sie sich im Lande befanden, war ihre Zahl im Anfange des 17. Jahrhunderts ziemlich gering.

Sie waren vorzugsweise in Prag und in den königlichen Städten angesiedelt, die Zahl ihrer Wohnhäuser daselbst wird in der genannten Zeit auf 242 angegeben. Auf dem Lande zählte man theils auf den Gütern des Königs, theils auf denen der Städte gleichzeitig 140 Judenhäuser, so dass also deren Gesammtzahl in ganz Böhmen nur 382 betrug. Was die Zahl ihrer Bewohner betrifft, so dürfte dieselbe mit Rücksicht auf die Erträgnisse der jüdischen Kopfsteuern kaum 4000 betragen haben. Die ausschliessliche Beschäftigung der Juden vor dem 30jährigen Kriege war der Handel. Er wurde von ihnen in so schwunghafter Weise betrieben, dass man nach den vorliegenden Daten wohl behaupten darf, der Handel mit dem Auslande sei grösstentheils in ihren Händen gewesen. Die Besteuerung, der sie unterlagen, war sehr bedeutend, mag sie aber mit Rücksicht auf ihre gewinnbringende Beschäftigung nicht unverhältnissmässig getroffen haben.

Von der Entwicklung Böhmens im Vergleich zu den andern Ländern der österreichischen Monarchie geben dessen Steuerleistungen einen Begriff. Als das Haus Habsburg in Böhmen zur Herrschaft gelangte, belief sich daselbst der Ertrag der Steuern, wenn man sie hoch anspannte, auf etwa 210000 Thaler; so gross war derselbe wenigstens im Jahre 1527. Die Einkünfte aus den königlichen Gütern und den Regalien, die dieser Summe nahe kamen oder sie überstiegen, die uns aber zu berechnen unmöglich ist, sind in dem obigen Erträgnisse nicht mit eingerechnet. Bezüglich der weiteren Entwicklung des Finanzwesens ist bekannt, dass der Steuerertrag in den ersten 30 Jahren der Regierung Ferdinands I vielfach schwankte, im Ganzen aber zunahm und jedenfalls immer mehr und mehr die Einkünfte aus den Regalien und königlichen Gütern hinter sich zurückliess. Eine grosse und zugleich dauernde Steigerung zeigte sich erst gegen den Schluss des 16. Jahrhunderts. Das ehedem noch rohe Steuersystem nahm eine complicirte Ausbildung an und suchte so viel als möglich jeglichen Besitz und Erwerb zu treffen. Ursprünglich wurde zumeist nur eine Vermögenssteuer erhoben; jedermann musste sein Vermögen abschätzen und hievon einen bestimmten Procentsatz als Steuer bezahlen. Der Abschätzung

unterlagen jedweder Grundbesitz, die städtischen Häuser und die Waarenlager der Kaufleute und Handwerker. Die Einrichtungsstücke und das bare Geld wurden in das zu besteuernde Vermögen nicht eingerechnet. Aus den Schätzungslisten, die sich erhalten haben, ersieht man, dass im Jahre 1541 das Gesammtvermögen des Landes auf 17,197,390 Thaler berechnet wurde. Es ist dies kaum viel mehr, als heute eine kurze Eisenbahnstrecke kostet, und nur der kleinere Theil des Werthes, den heute allein die Häuser Prags repräsentiren. In Folge der steten Türkenkriege ergaben die folgenden Abschätzungen eine bedeutende Abnahme des Gesammtvermögens. Erst seit Maximilian II hob sich dasselbe wieder, doch lässt sich der Aufschwung nicht genau angeben, da in der spätern Zeit keine Abschätzungen mehr vorgenommen wurden.

Seit dem Jahre 1567 gaben nämlich die Stände definitiv die Besteuerung nach dem Vermögen auf und führten die sogenannte Haussteuer ein, die in den königlichen Städten von jedem Hause, auf dem Lande von jeder Bauernansässigkeit erhoben wurde. Die neue Besteuerungsart wurde vorzüglich auf Verlangen des Adels eingeführt, der sich auf diese Weise fast von jeder Steuerleistung befreite. Als jedoch unter Rudolf II der Türkenkrieg von neuem ausbrach, hörte die Begünstigung des Adels wieder auf und derselbe musste seit dem J. 1593 nach Anzahl der Bauernansässigkeiten, die sich auf seinen Gütern befanden, zu den öffentlichen Lasten beisteuern. An die Haussteuer schlossen sich theils früher, theils später Kapitalsteuern, Judensteuern, Mühlsteuern, Kaminsteuern, Erwerbsteuern bei gewissen Gewerben, Tranksteuern (namentlich beim Bier) und Zuschläge zu jenen Zollsätzen, die von den Königen seit jeher als ein Regale erhoben wurden. So entwickelte sich ein weites Steuernetz, dessen höchster Ertrag vor dem 30jährigen Kriege in das Jahr 1596 fällt, er belief sich auf mehr als 986.000 Thaler.

Diese Summe war durch eine hohe Anspannung der Steuerkräfte des Landes zu Stande gekommen, weil der herrschende Türkenkrieg ein solches Opfer nöthig machte; indessen zeigte sich bald, dass diese Leistung die Steuerfähigkeit der Einwohner nicht be-

deutend übersteige. Im Jahre 1615 beschloss nämlich der Landtag auf die Bitte des Kaisers die Bezahlung eines Theiles seiner Schulden auf sich zu nehmen und setzte deshalb die gesammten Steuern für eine fünfjährige Periode fest, um mit ihrem Ertrage die übernommenen Schulden zu tilgen. Das jährliche Erträgniss belief sich auf etwa 840.000 Thaler und muss als eine ziemlich normale Belastung angesehen werden, weil die Stände sich sonst nicht so willig für fünf Jahre gebunden hätten. Zu dieser Gesammtsumme steuerte der Adel, in so weit er mit Grundbesitz ausgestattet war, 188.000 Thaler, die königlichen Städte 81.200, die Capitalisten 28.000, die Bauern 326.000, die Freisassen 3150, die Pfarrer 4852, die Schafmeister und Schafknechte 1820, die Juden 18.000; der Ertrag der Mühlsteuer belief sich auf 8470, der Biersteuer auf etwa 120.000, der übrigen Trank- und Verkaufssteuern auf etwa 60.000 Thaler. — Der Ertrag der Regalien und königlichen Güter ist auch für die Zeit von 1615 nicht bekannt, nur von dem Zollregale wissen wir, dass der Ausfuhrzoll nach Abzug der Regiekosten jährlich etwas über 25000 Thaler betrug. *)

Für die habsburgischen Herrscher waren die böhmischen Steuerleistungen von grösster Bedeutung, denn ihre Einnahmen aus der Gesammtmonarchie betrugen nach verlässlichen Nachrichten selten mehr als 2½ Millionen Thaler **) Dass Böhmen auf diese Weise für die österreichischen Herrscher eine wahre Geldquelle war, entging auch fremden Beobachtern nicht. In einer Beschreibung, die Soranzo, der venetianische Gesandte am 1614 kaiserlichen Hofe, von Böhmen gibt, und in der er die Fruchtbarkeit des Landes nicht wenig hervorhebt, bemerkt er, dass es für den Kaiser eine wahre Goldgrube sei, aus der er mit derselben Leichtigkeit Geld schöpfe, wie aus Ungarn Rekruten.

*) Die hier angeführten Ziffern sind zum Theile actenmässig sichergestellt. Näheres über diesen Gegenstand in meiner „Geschichte der böhm. Finanzen von 1526 - 1618."

**) Soranzo berechnet um 1614 das jährliche Einkommen auf 3,400.000 Gulden, darunter 600.000 aus dem Reiche. Letztere Summe kann nur auf einer unbegründeten Vermuthung des venetianischen Berichterstatters beruhen.

Gern würden wir über die *Grösse* der *Einwohnerzahl* in Böhmen etwas sicheres berichten, doch ist dies nicht leicht möglich. In Tausenden von Berechnungen über einzelne Güter, Städte und über das Land, die durch unsere Hände gegangen sind, finden sich detaillirte und zweifellose Angaben über die Zahl der Häuser und bäuerlichen Ansässigkeiten, aber nie haben wir eine ausfindig gemacht, in der die Gesammtsumme der Bevölkerung auf einem Gute oder in einer Stadt angegeben worden wäre. Woher dieses absolute Schweigen? Den Böhmen fehlte es nicht an Sinn für statistische Daten, davon zeugen die erhaltenen Trümmer eines überaus reichen statistischen Materials. Es scheint aber, als ob man sich um Volkszählungen nie gekümmert oder deren Resultate als Geheimniss betrachtet habe, wenigstens war letzteres mit einer im Jahre 1518 in Prag angestellten Zählung der Fall.

Fehlt es nun auch an einer Angabe über die Bevölkerung einer Stadt und einer Herrschaft, so fehlt es dagegen nicht an Angaben, wie gross die gesammte Bevölkerung des Landes gewesen und in wie viel Dörfern und Städten sie untergebracht war. Die Zahl der königlichen und unterthänigen Städte und Städtchen wird auf 782 angegeben und dies hat seine volle Richtigkeit. Was die Angaben über die Zahl der Dörfer betrifft, so reichen sie in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts zurück und geben als Gesammtsumme 30.367 an. In allen späteren und im 16. und 17. Jahrhunderte in zahlreichen Handschriften vorkommenden Berechnungen ist diese Ziffer noch um einige Tausend überboten. Der venetianische Gesandte Contarini gibt in seinem Berichte*), welcher dem Jahre 1548 angehört, die Zahl der böhmischen Dörfer auf 36.000 an, er findet die Grösse derselben kaum glaubwürdig, setzt aber hinzu, dass Ferdinand I selbst dies behaupte; vielleicht unterhielt sich der Gesandte einmal über diesen Gegenstand mit dem Könige. Eine auf amtliche Richtigkeit Anspruch machende Angabe von 1582 gibt die Zahl „der Dörfer und Höfe" auf 36.364 an. Diese letzte Angabe kann uns als Schlüssel dienen,

---

*) Alberi Relationen Ser. I Vol. I.

nur wenn man die Summe von 36.364 auf die Dörfer *und Höfe* bezieht und hiebei jeden herrschaftlichen Maierhof und alle abseits gelegenen Wirthschaftshöfe besonders rechnet, dann mag die Zahl von 36.364 richtig sein, sonst ist sie eine Uebertreibung, denn Böhmen zählt heute gewiss eine grössere Bevölkerung, als dies je der Fall war, und trotzdem befinden sich im Lande nur ungefähr 12.000 Dörfer. Wenn im Laufe des 30jährigen Krieges Tausende von Dörfern zu Grunde gegangen sind, so sind sie später wieder aufgebaut worden, oder es sind andere an ihre Stelle getreten. Man sieht dies, wenn man die Verzeichnisse der zu einer Herrschaft gehörigen Dörfer aus dem 16. Jahrhunderte mit jenen aus der Zeit vor 1848 vergleicht. Die meisten Vergleiche liefern das Resultat, dass die Zahl der Dörfer in der Gegenwart grösser ist, als vor dem 30jährigen Kriege. Die Ziffer 36.000 hat also nur dann eine annähernde Richtigkeit, wenn nicht die Dörfer im heutigen Sinne allein, sondern neben diesen die Höfe und sämmtliche Einschichten mitgezählt werden.

Die Andeutungen, welche sich über die Grösse der Gesammtbevölkerung erhalten haben, lassen leider keine vernünftige Deutung zu. Dieselben geben übereinstimmend die Zahl der Hauswirthe (hospodář) auf mehr als 3 Millionen an, die Angabe von 1562 auf 3,361.100. Wie unrichtig diese Angabe ist, ergibt sich daraus, dass die Zahl der Bauernfamilien, von denen je eine einen Bauerngrund bewohnte, vor dem 30jährigen Kriege ungefähr 150.000 betrug, eine Berechnung, die über allen Zweifel erhaben ist. Wollte man die Zahl von 3,361.100 einfach als die Gesammtzahl der Einwohner ansehen und die Angabe, dass sie sich auf Hauswirthe beziehe, als einen stets wiederkehrenden Irrthum ansehen, so ist damit nur zum Theile geholfen. Denn die Bevölkerung Böhmens erreichte vor dem 30jährigen Kriege sicherlich nicht diese Höhe, alles in allem wird sie kaum mehr als $2\frac{1}{2}$ Millionen betragen haben. *) Zur Zeit Karls IV ist die Zahl gewiss weit übertroffen worden, wie

*) Näheres über diese Berechnung in meiner Geschichte der böhmischen Finanzen von 1526—1618.

sich überhaupt das Land damals einer höhern Blüthe erfreute. Vor dem 30jährigen Kriege waren aber die Spuren jener Kämpfe, von denen Böhmen durch das ganze 15. Jahrhundert zerfleischt wurde, noch immer nicht verwischt, wenn gleich die Wunden im Vernarben begriffen waren.

II

Die Ausschreibung des Landtags zur Bestimmung der Nachfolge erregte im Lande grosses Aufsehen und rief eine mächtige Bewegung unter den Parteien hervor. Die Katholiken legten eine unverholene Freude an den Tag und erflehten in Processionen und Gebeten, die im Monate Mai täglich wiederholt wurden, die Erhebung Ferdinands, der ihnen das Muster eines wahrhaft katholischen Königs zu werden versprach. Von den Jesuiten hiess es bereits, dass sie ein neues Collegium in unmittelbarer Nähe der Burg begründen wollten, damit die Dienerschaft des künftigen Königs, sowie deren Kinder, die insgesammt katholisch sein würden, ihre Kirche und Schule besuchen könnten. Bei der protestantischen Bevölkerung machte sich dagegen eine dumpfe Niedergeschlagenheit und bittere Ueberraschung geltend. — Was die obersten Landesbeamten und die Stände betraf, so waren dieselben in ihren Ansichten getheilt. Die obersten Beamten waren der Mehrzahl nach Katholiken und als solche die entschiedensten Anhänger Ferdinands, namentlich trat der Kanzler Zdeňek von Lobkowitz mit einem wahren Feuereifer zu seinen Gunsten auf. Desto weniger mochte die protestantische Minorität dieser obersten Würdenträger etwas von dem Erzherzoge wissen, und insbesondere war das der Fall bei Thurn, Wilhelm von Lobkowitz, Wenzel von Ruppa, Wenzel Budowec und Colonna von Fels, denen noch überdies der in keinem Amte stehende Graf Andreas Schlick beigezählt werden muss.

Unter den Ständen war der Herrnstand, weil er verhältnissmässig die meisten Katholiken in seiner Mitte zählte und diese mit dem protestantischen Rest vielfach durch verwandtschaft-

liche Bande verknüpft waren, für die Uebertragung der Krone an Ferdinand ziemlich günstig, oder genauer gesagt, am wenigsten feindselig gestimmt. Dagegen war die weitaus grössere Mehrheit des Ritterstandes, in dem man den tonangebenden Theil der Bevölkerung des Landes erblicken muss, für die Nichtbesetzung des Thrones und für die Vertagung der Wahl bis nach des Mathias Tode. Hinter dieser Meinung bargen sich die Absichten jener, die eine Vertreibung der habsburgischen Dynastie im Sinne hatten. Was die Städte betraf, so waren sie mit geringer Ausnahme gleicher Gesinnung mit dem Ritterstande, aber da die Besetzung des Stadtrathes von dem Könige abhing und die Deputirten bei den Landtagen aus der Wahl des letzteren hervorgingen, so machte sich die eigentliche Stimmung der Bürgerschaft auf dem Landtage in der vorliegenden Frage nicht recht geltend, sondern folgte dem Impulse der zur Hofpartei gehörigen Landesbeamten.

Wenn man die Verhältnisse in- und ausserhalb des Landtages nüchtern beurtheilte, so konnte man nicht zweifeln, dass sich nur eine fingirte Majorität für Ferdinands Erhebung werde zusammenbringen lassen, da im Lande ein tiefes und wohlberechtigtes Misstrauen gegen ihn feste Wurzeln gefasst hatte. Auf Seite der Hofpartei musste man sich sagen, dass es einer besonders geschickten Leitung des Landtages bedürfen würde, um die Opposition, die mit rücksichtsloser Entschlossenheit aufzutreten entschlossen war, niederzuhalten. Die grösste Verlegenheit bereiteten den Kaiserlich-Gesinnten die Erinnerungen an die Jahre 1608 und 1611. Damals war Mathias zum Nachfolger seines Bruders Rudolf auf den böhmischen Thron „gewählt“ worden und er hatte dies auch ausdrücklich anerkannt. Die wenigen Jahre, die seitdem verflossen waren, hatten diese Vorgänge nicht in Vergessenheit gebracht, sie bildeten eine nicht hinweg zu streitende gesetzliche Grundlage, wenn die Stände auch jetzt einer Erhebung Ferdinands nur auf Grund der Wahl ihre Zustimmung geben wollten. Der Regierungspartei war es aber nicht blos darum zu thun, Ferdinand um jeden Preis auf den Thron zu setzen und so die Nachfolge zu sichern; sie wünschte dem ständischen Wahlrecht zugleich den Todes-

stoss zu geben und die Erblichkeit des böhmischen Thrones in der habsburgischen Dynastie zur anerkannten Geltung zu bringen. Nicht die Vertheidigung, sondern der Angriff war sonach ihr Losungswort und dies zu einer Zeit, wo die Verhältnisse für so ungünstig als möglich standen.

Bevor man sich von Seite der Regierungspartei in den gefährlichen Landtagskampf einliess, beschloss man den Boden dadurch vorzubereiten, dass man den Versuch zur Gewinnung oder Einschüchterung der Opposition machte, wozu sich als das passendste Mittel vertraute Verhandlungen vor dem Beginne des Landtags empfahlen. Unter dem Scheine, dass eine Berathung wegen Tilgung der königlichen Schulden stattfinden solle, wurden die angesehensten Mitglieder des Adels, die ein Amt inne hatten, zu einer Besprechung in die böhmische Kanzlei eingeladen. *) Nachdem über die Schulden hin und her verhandelt worden war, wurde das Gespräch auf die bevorstehende Erhebung Ferdinands gerichtet und diese von den Freunden des Erzherzogs als eine selbstverständliche Sache hingestellt. Die Mehrzahl der Anwesenden wurde durch die mit Zuversicht ausgesprochene Erwartung, so wie durch die Rücksicht auf den Ort, wo sie sich befanden, theils gewonnen, theils eingeschüchtert. Einige jedoch, die unser Berichterstatter zwar nicht nennt, die aber unschwer zu errathen sind, liessen sich nicht überrumpeln: sie merkten jetzt wohl, was man mit ihrer Berufung beabsichtigt hatte, und lehnten es ab, ihre Meinung über einen Gegenstand abzugeben, über den nur auf dem Landtage verhandelt werden solle. Da sie in ihren Aeusserungen die Absicht durchblicken liessen, gegen Ferdinands Erhebung zu wirken, wurde ihnen von dessen Anhängern bedeutet, dass es alsdann gut für sie wäre, zwei Köpfe zu haben. **) Ein und der andere von den Opponenten liess sich durch diese starke Drohung einschüchtern und hielt sich selbst von den Landtagsverhandlungen fern, da es ihm an Muth zur Aufrechthaltung der Opposition gebrach.

Der gleich von vornherein sich geltend machende Wider-

*) Skala II 127.
**) Skala II 28.

stand liess die katholischen Landesbeamten ihr Ziel nur um so eifriger verfolgen. Unter den Mitgliedern der Opposition war der Graf Andreas Schlick ebenso thätig als einflussreich; ihn zu gewinnen, schien nicht möglich, dagegen konnte er, wie man aus Erfahrung wusste, leicht eingeschüchtert werden. Er wurde deshalb auf die Kanzlei berufen und persönlich wegen seiner Haltung verwarnt. Der Kanzler bemerkte ihm drohend, dass der Kaiser noch nicht vergessen habe, welche feindselige Rolle der Graf vor vier Jahren auf dem budweiser Landtage gespielt habe. Schlick liess sich nicht einschüchtern, sondern erwiederte, dass er unter denselben Verhältnissen dieselbe Rolle spielen werde; man sei in Böhmen in einem freien Staate und die Stände keine Sklaven. Was speciell seine gegenwärtige Haltung betreffe, so gab er zu, dass er allerdings nichts von einer Bestimmung der Nachfolge wissen wolle, erinnerte aber daran, dass er vermöge der Landesordnung seine Meinung frei äussern könne. Die versuchte Einschüchterung gelang also nicht und Schlick schien gereizter als je. *)

1617 Am fünften Juni wurde der Landtag eröffnet. Noch vor der ersten feierlichen Sitzung, bei der sich Mathias selbst einfinden sollte, wurden sämmtliche oberste Beamte und Räthe in früher Morgenstunde nach der Kanzlei beschieden und ihnen hier der Wortlaut der den Ständen vorzulegenden königlichen Proposition mitgetheilt. Mit Ausnahme Thurns waren alle Geladenen erschienen. Der Oberstburggraf Adam von Sternberg hielt an die Anwesenden eine freundliche Ansprache, die insbesondere auf die Beschwichtigung der Protestanten berechnet war. Die Feststellung der Succession, so liess er sich vernehmen, sei eine beschlossene und unvermeidliche Thatsache, es dürfte demnach wohl besser sein, dieselbe ruhig und gutwillig hinzunehmen und dadurch den künftigen König zum Danke zu verpflichten, als ihn durch eine nutzlose Opposition zu erbittern. Hierauf forderte er die Anwesenden auf, ihre Meinung über die Proposition nach Amt und Pflicht abzugeben. Der erste, der es ablehnte, dieser Aufforderung nachzukommen,

*) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{27.\ \text{Mai}}{6.\ \text{Juni}}$ 1617, Prag.

war Wilhelm von Lobkowitz; er erwiederte, dass er erst im Landtage seine Meinung abgeben werde und beharrte auf seiner Weigerung, trotzdem dass der Kanzler ihm als einem Rath des Königs und des Landes zu sprechen befahl. Seinem Beispiele folgte Ruppa, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, dass nur von der „Annahme“ und nicht der „Wahl“ eines Königs die Rede sei; er protestirte dagegen in seinem eigenen und mehrerer Freunde Namen. Der Oberstburggraf erwiederte hierauf: „Bewahre mich der Himmel vor der Vertretung einer solchen Ansicht, ich hätte denn zwei Köpfe.“ Der Oberstlandrichter, Herr von Talmberg, der zur königlichen Partei gehörte, entgegnete nichtsdestoweniger, er habe von Jugend auf gehört, dass den Ständen von Böhmen das Recht zustehe, ihren König frei zu wählen. „Es ist wohl richtig, lieber Freund, erwiederte hierauf der Kanzler, dass wir uns vor andern Völkern besonderer Privilegien rühmen und insbesondere des Rechtes, unsere Könige wählen zu dürfen, allein wenn wir dies Recht beweisen sollten, so dürften wir übel daran sein, denn es findet sich unter unseren Privilegien keines, das für unser Wahlrecht einen Beweis abgäbe.“

Nach diesen Worten begann der Kanzler, der auf Ruppa's Einwendung wohl vorbereitet war, eine umständliche Erörterung der böhmischen Successionsverhältnisse. Er wies nach, dass die böhmische Krone, seit das Haus Habsburg im J. 1526 zur Regierung gelangt sei, nicht durch Wahl, sondern durch Erbrecht von einem Besitzer auf den andern übergehe und dass die Beweise hiefür in Urkunden und Vorgängen des 16. Jahrhunderts, in deren Erörterung er sich umständlich einliess, zu finden seien. Aus seiner Argumentation ergab sich die natürliche Schlussfolgerung, dass die anomalen Vorgänge und Bestimmungen der Jahre 1608 und 1611 Neuerungen gewesen seien und keine Rechtsgiltigkeit in Anspruch nehmen könnten. Die Auseinandersetzungen des Kanzlers übten eine sichtliche Wirkung aus. Herr von Talmberg war der erste, der erklärte, dass er seine Ueberzeugung geändert habe und dass man in Böhmen nur von einer Erbkrone sprechen könne; auch jene Mitglieder des Adels, die für ihre Opposition nur in Urkunden und deren zweifelhafter

Interpretation, und nicht in den Verhältnissen der Gegenwart Ursache und Nahrung gefunden hatten, wurden durch diese Argumente bedenklich gemacht und liessen von weitern Einwendungen ab. Selbst Budowec schwieg und Ruppa wiederholte nicht mehr seine frühere Behauptung. *)

Was die Beweise anbetrifft, die der Kanzler für die habsburgischen Erbrechte vorbrachte, so ist ihre Richtigkeit unangreifbar.**) Es ist Thatsache, dass die böhmischen Stände im Jahre 1526 erklärten, das für die Luxemburger in der goldenen Bulle festgesetzte Erbrecht gelte hinfort auch für das Haus Habsburg, und es ist ebenfalls Thatsache, dass Maximilian II und Rudolf II von den böhmischen Ständen nicht zu Königen *gewählt*, sondern als solche *angenommen* wurden. Die nach der damaligen Auffassung in dem Worte „annehmen" liegende Anerkennung des Erbrechtes wurde also zweimal von den böhmischen Ständen anstandslos zugegeben. Ebenso wahr ist es aber auch, dass das Jahr 1608 eine Aenderung zuwege brachte. Damals hatte Rudolf die Stände eingeladen, seinen Bruder zum Könige zu *wählen* und die Stände nahmen die Wahl vor. Wenn die Anhänger der habsburgischen Dynastie die Vorgänge in den Jahren 1608 nicht als giltig anerkennen wollten, weil sie eine Neuerung waren und nicht mit dem bis 1607 giltigen Staatsrecht in Einklang standen, so hatten sie mit ihrer Behauptung bezüglich der Neuerung Recht, ob aber die Neuerung an und für sich eine Rechtsungiltigkeit in sich schloss, ist eine andere Frage.

Kehren wir zum bessern Verständniss der Sache den Fall um. Angenommen, die böhmische Krone wäre bis zum Jahre

---

*) Alles dies nach Skala, Slawata und dem sächsischen Staatsarchiv.

**) In der Zuschrift an Ferdinand im J. 1526 verlangten die böhmischen Stände, er solle die goldene Bulle dahin bestätigen: quod post SMtem filius haeres est et a SMte haeredes masculi procedentes, sin vero nemo masculini sexus haeredum remanserit, ex tunc filia Regis Bohemiae ultimi, quae non nupsisset et provisa cum dote fuisset debet haeres remanere. Das Erbrecht der gesammten männlichen Nachkommenschaft Ferdinands wird durch diese Stelle zweifellos festgestellt. Näheres noch in einer Abhandlung des Verfassers in den Sitzungsberichten der k. Akad. d. Wiss. 1859.

1607 eine Wahlkrone gewesen und im Jahre 1608 hätten sich die Stände stillschweigend des Wahlrechts begeben und Mathias als Erbkönig anerkannt. Konnte mit dieser Neuerung nicht ein neues Rechtsverhältniss beginnen und war es deshalb ungiltig, weil es den frühern Rechtsverhältnissen widersprach? Dürfen der König und die Stände nicht gemeinsam das öffentliche Recht eines Landes ändern? Diese Einwendung hätte man von Seite der Protestanten den Katholiken machen, auf diese Weise die Rechtsgiltigkeit der Vorgänge von 1608 und 1611 behaupten und die Consequenzen daraus ziehen können. Es geschah dies aber nicht und der Grund ist nicht schwer zu finden. Alle mittelalterlichen Verfassungen sind schliesslich auf einer Summe von Privilegien, welche die einzelnen Stände und namentlich der Adel sich erworben hatten, aufgebaut worden. Den Ständen musste die Achtung vor dem Privilegium oder dem historischen Rechte angeboren sein, sie konnten nicht bei andern verletzen, was für sie selbst die Grundlage der Existenz war. So kam es, dass selbst die Opposition in Böhmen im Jahre 1617 nicht wagte, die Rechtsbeständigkeit einer Neuerung zu vertheidigen, wenn sie mit dem älteren Rechte im Widerspruche stand. Die Opposition hatte behauptet, dass das Wahlrecht das alte Recht sei, geübt im Jahre 1608 nach einem ununterbrochenen Herkommen. Als der Kanzler das Gegentheil bewies, war ihr der historische Boden entzogen und sie mit ihrer Behauptung geschlagen. Zdeněk von Lobkowitz feierte einen parlamentarischen Triumph und zeigte sich so als jene überlegene geistige Kraft unter den katholischen Kronbeamten, für die er seit jeher von den fremden Diplomaten gehalten wurde. Von Seite derjenigen Räthe, die noch nicht ihre Meinung abgegeben hatten, wurde kein Widerstand gegen die Proposition mehr erhoben.

Mittlerweile hatten sich die Stände im Landtagssaale versammelt. Um die neunte Morgenstunde entbot ihnen der Kaiser, dass er sich in ihre Mitte begeben wolle. Auf diese Botschaft gingen ihm die obersten Beamten entgegen und führten ihn in den Landtag ein. Mathias nahm auf dem Throne Platz, ihm zu beiden Seiten die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, während alle übrigen Anwesenden standen. Der Vicelandschrei-

ber las zuerst die königliche Proposition vor, deren Inhalt dahin ging, dass der Kaiser wegen herannahenden Alters die Nothwendigkeit fühle, die Nachfolge in Böhmen zu bestimmen, und da seine Brüder aus dem gleichen Grunde des vorgerückten Alters auf jede Erhebung Verzicht geleistet hätten, so habe er seine Aufmerksamkeit auf seinen lieben und theuern Vetter, den Erzherzog Ferdinand gelenkt, und bitte die Stände, denselben zum Könige „*anzunehmen*, *auszurufen* und *zu krönen*.“ Am Schlusse wurde die Urkunde vorgelesen, mittelst deren die Erzherzoge Maximilian und Albrecht ihren Rechten zu Gunsten ihres Vetters entsagten. *) Die feierliche Sitzung hatte damit ein Ende.

Um ein gemeinschaftliches Verfahren zu regeln, versammelten sich die Mitglieder der Opposition nach der Landtagseröffnung im Carolingebäude zur Berathung. Es wurde beschlossen, der blossen „Annahme“ gegenüber „das Wahlrecht“ zu vertheidigen, ausserdem aber die Vertagung der Wahl zu beantragen, „weil man zuerst mit den böhmischen Nebenländern diesen Gegenstand berathen müsse.“ — Zu allen Zeiten haben die verschiedenen Parteien in Böhmen das Recht, über den Thron zu verfügen, für ihr Land allein in Anspruch genommen, am lautesten geschah dies von dem Grafen Thurn selbst im Jahre 1611. Jetzt wollte die Opposition dieses Recht aufgeben und die Nebenländer zur Wahl berufen, um einen stichhaltigen Vorwand für die zu beantragende Vertagung zu besitzen. Schliesslich besprach man sich über die Wahl eines gemeinsamen Sprechers im Landtage. Wiewohl der Graf Thurn die Seele der Opposition war, berief man ihn doch nicht dazu, da er als einer der Landesbeamten ohnedies zu sprechen hatte; der Sprecher wurde unter jenen gewählt, die kein Amt bekleideten und deshalb beschlossen, dass der Graf Schlick im Namen der gleichgesinnten Mitglieder des Herrenstandes im Landtage das Wort ergreifen solle. Die fast ausschliesslich protestantisch gesinnten Ritter sollten sich seiner Meinung anschliessen und auch von den

*) Die Renuntiationsurkunde bei Slawata.

Städten erwartete man zum Theile dasselbe. So schmeichelte man sich mit der Hoffnung, die Majorität erringen zu können.

Allein die Hoffnung auf Schlicks mannhaftes Auftreten zeigte sich als trügerisch. Der Graf hatte sich seit dem Jahre 1609 in den Tagen der Kämpfe um den Majestätsbrief auf die politische Arena gewagt, hatte damals einigen Einfluss erlangt, aber bei dieser Gelegenheit einen eigenthümlichen Mangel an Ausdauer und ein geringes Verständniss für die Consequenzen der einmal angenommenen Haltung beurkundet. Diese Schwächen seines Charakters und Verstandes waren es, welche die Katholiken nicht an seiner Gewinnung verzweifeln liessen. Der Versuch sollte diesmal von dem Erzherzog Ferdinand ausgehen, der den Grafen zu einer eigenen Unterredung einlud. Seine Gegner hatten richtig gerechnet, dem Zauber einer derartigen Einwirkung vermochte Schlick nicht zu widerstehen, er wurde gewonnen und liess seine Opposition gegen Ferdinands Erhebung vollständig fallen.

Die entscheidenden Verhandlungen im Landtage begannen am 6. Juni damit, dass die Kronbeamten, dem Herkommen gemäss, aufgefordert wurden, ihre Ansicht über Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Königsthron auszusprechen. Sie thaten dies in der durch die Rangordnung bestimmten Folge. Der Oberstburggraf stimmte für Ferdinands Annahme und ihm folgten sämmtliche Collegen bis auf den letzten in der Reihe, den Burggrafen von Karlstein, Grafen Thurn. In einer ausführlichen Rede protestirte dieser gemäss den Beschlüssen der gestrigen Versammlung gegen die Substituirung der „Wahl" durch die „Annahme" und gegen die Ausschliessung der Nebenländer; der Erzherzog Ferdinand, so fügte er gleichsam mildernd hinzu, werde es wohl vorziehen, dass seine künftige Regierung eine friedliche sei, und daher nicht wollen, dass durch Missachtung der Nebenländer Misstrauen und Unzufriedenheit entstehe.

Statt die Stimmenabgabe weiter fortgehen zu lassen, erhob sich der Oberstburggraf und suchte Thurns Meinung mit den Argumenten des Kanzlers zu entkräften. In schlagender Weise wies er nach, dass sich die böhmischen Stände nie um die Zustimmung der Nebenländer gekümmert hätten, wenn es sich

um die Besetzung des Thrones gehandelt habe und zum Beweise führte er die Vorgänge bei sämmtlichen Thronerledigungen unter dem Hause Habsburg an. Thurn entgegnete auf diese Auseinandersetzung, dass es ihm wie jedem andern freistehe, seine Meinung abzugeben und dass er noch immer bei derselben beharre. Die Beisitzer des Landrechtes, die nach den Landesofficieren an die Reihe kamen, stimmten mit Ausnahme Colonna's von Fels, der mit Thurn gleicher Meinung war, für Ferdinand. Einer derselben, Heinrich von Kolowrat, begnügte sich nicht mit der einfachen Zustimmung, sondern stellte an den Grafen Thurn die Frage, wie er seine gegenwärtige Haltung mit der im J. 1611 vereinigen könne, da er doch in jenem Jahre die Schlesier am schärfsten mit ihren Ansprüchen auf Betheiligung an der böhmischen Königswahl abgewiesen habe. — Unter den Mitgliedern des Kammer- und Hoflehengerichtes, die darauf ihre Stimmen abgaben, befanden sich Ruppa, Budowec und Wilhelm von Lobkowitz, keiner wagte es, sich der Meinung Thurns anzuschliessen, alle gaben ihre Zustimmung für Ferdinands Erhebung; Wilhelm von Lobkowitz that es jedoch mit der verletzenden Bemerkung, er bedauere, dass Maximilian auf den Thron resignirt habe.

Nun folgten die Stände. Dem Herkommen gemäss pflegten die einzelnen Curien, also die Herren, Ritter und Städte nach vorausgegangener abgesonderter Berathung ihre Stimme gemeinschaftlich durch einen Sprecher abzugeben. Eben deshalb war Tags vorher Schlick zum Sprecher des Herrnstandes gewählt worden, allein diesmal forderte der Oberstburggraf die Curien nicht in ihrer Gesammtheit zur Abstimmung auf, sondern jedes einzelne Mitglied der Stände. Diese Massregel war darauf berechnet, die Opposition zu schwächen; man hoffte von der geringen Redegewandtheit der meisten Mitglieder des Landtags, von der Rücksicht, die der Einzelne gegen die herrschende Dynastie nicht so leicht aus den Augen setzen wollte, und von dem Gewichte der zu Gunsten des Erbrechtes vorgebrachten Argumente, dass nur wenige es wagen würden, ihre Opposition persönlich aufrecht zu erhalten. Jene, die es dennoch thaten, liessen sich dann leicht zusammenzählen und verloren ihrer geringeren Anzahl wegen an Bedeutung. Diese Berechnung täuschte nicht, sämmt-

liche anwesende Mitglieder des Herrnstandes stimmten einfach für die Erhebung Ferdinands. Schlick äusserte sich, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, auf die Berufung der Nebenländer und die Vertagung der Wahl anzutragen, nachdem er sich aber durch die hier vorgebrachten Beweise von dem Erbrechte des Hauses Habsburg überzeugt habe, fühle er sich als treuer Unterthan desselben verpflichtet, für Ferdinands Erhebung zu stimmen und die Berufung eines Generallandtages, weil dieser nur Gefahren und Unordnungen im Gefolge haben könnte, zu verwerfen. So zerrann die Opposition des Grafen in diesen, man kann sagen, hyperloyalen Worten. *)

Die Ritter und Vertreter der Städte, die ebenfalls einzeln ihre Stimme abgaben, befolgten sämmtlich das gegebene Beispiel loyaler Ergebenheit und nach wenigen Minuten der namentlichen Befragung konnte der Oberstburggraf dem Landtage verkünden, dass Ferdinand beinahe einstimmig von allen drei Ständen des Königreichs zum Könige nicht „gewählt", sondern „angenommen" worden sei. Das Erbrecht der Habsburger, von diesen selbst vor wenigen Jahren fast aufgegeben, lebte in vollem Glanze wieder auf und sein nunmehriger Repräsentant war Erzherzog Ferdinand von Graz, jetzt König von Böhmen.

Von dem Resultate der Sitzung wurde der Kaiser durch den Kanzler benachrichtigt. Zu dem Erzherzog verfügte sich eine zahlreiche Deputation, an deren Spitze sich der Oberstburggraf befand und wünschte ihm zu seiner Erhebung Glück. Ferdinand freudig überrascht und ergriffen von der Bedeutung des Momentes dankte auf das angelegentlichste für den guten

*) Ueber die Haltung des Grafen Schlick berichten wir nach Slawata's Aufzeichnungen, der bei dieser Scene im Landtage zugegen war. Skala erzählt nichts näheres. — Der Bericht des sächsischen Gesandten (im sächs. Staatsarchiv) aus Prag dd. $\frac{\text{29. Mai}}{\text{8. Juni}}$ 1617 gibt der Rede des Grafen keinen so loyalen Anstrich wie Slawata, sondern mehr den einer resignirten Opposition. Wir verlassen uns auf den Bericht des Ohrenzeugen Slawata um so mehr, da der Protestant Skala von keiner oppositionellen Rede des Grafen erzählt, was er sonst kaum unterlassen hätte, und da wir uns wohl vorstellen können, dass Ferdinands persönliche Einwirkung auf Schlick nicht resultatlos geblieben sei.

Willen der Stände und versprach dessen in aller Zukunft zu gedenken. Leider waren dies nur Worte, nicht einen Augenblick kam ihm in den Sinn, dass er dem ganzen Lande je ein Vater sein werde und sein wolle. Seine aufrichtigen Wünsche bezogen sich nur auf die Katholiken, für die Protestanten hatte er nur Misstrauen in seinem Herzen, das jeden Augenblick in offene Feindschaft zu übergehen bereit war. Da ihm mit gleicher Münze von den Bedrohten gezahlt wurde, so durfte man sich mit bangem Entsetzen fragen, welche Zukunft einem Lande bevorstehe, wo König und Volk einander mit heimlichen Verwünschungen entgegentraten.

Gleich die nächsten Tage lieferten die Beweise für die Entfremdung zwischen dem künftigen König und der Mehrzahl seiner neuen Unterthanen. Nach dem gesetzlichen Herkommen musste jeder König vor seiner Krönung die Rechte und Freiheiten des Landes bestätigen und versprechen, ihnen gemäss zu regieren. Da Ferdinand vorläufig nur ein „designirter" und kein regierender König sein sollte, so wurde nach dem Formalismus jener Zeit vor der Krönung von ihm nicht die unmittelbare Bestätigung der Privilegien verlangt, sondern nur das Versprechen, dass er nach dem Tode des Mathias vor dem wirklichen Regierungsantritte diese Bestätigung ertheilen werde. Der designirte König gab also ein Versprechen, künftig die Privilegien bestätigen zu wollen, der wirklich die Regierung antretende König musste sie in der That bestätigen.

Die nun folgenden Unterhandlungen des Landtags drehten sich um die Frage, wie dieses Versprechen einer künftigen Bestätigung beschaffen sein solle. In ähnlichen Präcedenzfällen hatten sich die Stände stets mit der allgemeinen Versicherung, dass alle Rechte und Freiheiten bestätigt werden würden, begnügt. Diesmal fand es die Majorität des Landtags nicht genügend; hatte sie in der Successionsfrage so kleinmüthig beigegeben, so raffte sie jetzt allen Muth zusammen und forderte die Einschiebung einer den künftigen König stärker verpflichtenden Formel. Darnach sollte sich Ferdinand anheischig machen, alle Rechte und Privilegien „in allen Punkten und Klauseln, so wie dies der gegenwärtige Kaiser und seine Vorfahren,

die Könige von Böhmen, gethan haben," zu bestätigen. Ausdrücklich betonten die Protestanten, dass ihre ängstliche Fürsorge dem Majestätsbrief gelte und dass sie in diesem Zusatze eine stärkere Sicherheit sähen; namentlich thaten sich in ihrem Namen Wilhelm von Lobkowitz und der saazer Deputirte Hoštálek durch leidenschaftliche Erregtheit hervor. Bei der Stimmenabgabe erhoben sich alle Protestanten wie ein Mann für die Einrückung des Zusatzes nicht bloss in den von Ferdinand zu unterzeichnenden Revers, sondern auch in die Landtagsartikel.

Die Katholiken traten ihnen diesmal nicht entgegen, nur die Herrn Slawata und Martinitz, die keine Gelegenheit vorübergehen liessen, wo sie die Protestanten angreifen konnten, stimmten gegen den Zusatz. Slawata äusserte sich, dass ihm die Sicherstellung des Majestätsbriefes keineswegs am Herzen liege, eine Erklärung, die keinen anderen Sinn haben konnte, als den, dass der Redner das seinige zur Vernichtung desselben zu thun bereit sei. Die dreiste Herausforderung verhallte nicht unbemerkt in den Ereignissen des Tages. Mehrere von den Protestanten prägten sich Slawata's Worte tief ins Gedächtniss ein und erinnerten ihn daran einige Monate später in dem Augenblicke, als derselbe an das Fenster der Kanzlei gedrängt mit seinen Widersachern um sein Leben stritt. Ihre Wiederholung wurde die Besiegelung seines Todesurtheils, dessen thatsächlicher Durchführung er wie durch ein Wunder entging.

Es kam nun die Reihe an Ferdinand zu zeigen, ob er in der That seine Erhebung den Ständen in Gnaden gedenken und den Rechtszustand des Landes ohne Hintergedanken anerkennen wolle oder nicht. Vor einigen Jahren, noch bei Lebzeiten Rudolfs, hatte er sich einmal in einem Privatgespräch gegen den Fürsten Karl von Liechtenstein dahin geäussert, dass man vor allem auf die Annullirung des Majestätsbriefes hinarbeiten müsse. Jetzt bot sich ihm die Gelegenheit, er musste sich entscheiden, ob er schon jetzt seine Ansichten zur Geltung bringen wolle oder nicht. Noch war er kaum dazu gekommen, diese Frage in einer bestimmten Formel seinem Gewissen vorzulegen, als er sich schon zu einem den Protestanten feindlichen

Entschlusse gedrängt sah. Slawata erschien nämlich bei Khlesl und bemerkte gegen ihn, dass jetzt die Zeit gekommen sei, mit dem Majestätsbrief aufzuräumen. Erzherzog Ferdinand solle dessen künftige Bestätigung ausdrücklich verweigern, die Stände müssten nachgeben. Der Cardinal handelte diesmal als ehrlicher Mann, indem er mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens Slawata's Rathschläge zurückwies. Wolle der Erzherzog, fügte er zur Begründung seiner abweisenden Meinung hinzu, auf die deutsche Krone Verzicht leisten, so möge er immerhin das Beispiel eines solchen Glaubenseifers geben.

Ferdinand konnte bei einer vernünftigen Erwägung der Sachlage nicht in Zweifel sein, dass der Cardinal Recht habe. Die Nichtbestätigung des Majestätsbriefes hatte von seiner Seite nur dann einen Sinn, wenn er zu gleicher Zeit eine solche religiöse Reformation in Böhmen mit Güte oder Gewalt vornehmen konnte, wie er dies in Steiermark gethan. Konnte er dies aber thun, so lange Mathias lebte und die Regierung führte? Die Nichtbestätigung des Majestätsbriefes hätte den Protestanten nur zur Warnung gedient und von vornherein einen Aufstand derselben gerechtfertigt. So thöricht konnte Ferdinand nicht handeln. Dennoch entschied er sich nicht ohne weiteres zur Ausstellung des verlangten Reverses, sondern legte im Geheimen den Vätern des prager Jesuitencollegiums die Frage vor, ob er den Majestätsbrief ohne Gewissensbisse bestätigen könne. Die Antwort war einstimmig bejahend und die Motivirung lautete dahin, dass Ferdinand den Majestätsbrief nicht hätte ertheilen dürfen, aber den ertheilten bestätigen möge, wenn er nicht anders zur Regierung gelangen könne. Das günstige Gutachten beruhigte den Erzherzog bei dem Empfange der Krone, vielleicht würde er bei einem minder günstigen die Opportunitätsgründe Khlesls noch mehr gewürdigt haben. Der Revers wurde nach dem Wunsche des Landtages ausgestellt. *)

Zur Vornahme der Krönung wurde der 19. Juni anbe-

*) Archiv von Neuhaus. Slawata an Martinitz dd. 24. Sept. 1646. In diesem Briefe erinnert Slawata den Martinitz umständlich an die Vorgänge von 1609 und 1617.

raumt. Während des feierlichen Zuges aus dem Schlosse nach dem Dome geschah es, dass Slawata an Ferdinands Seite einherschritt. Die wenigen Augenblicke, die der kurze Weg beiden zur Unterhaltung frei liess, benützte der letztere und wandte sich an den glaubensstrengen Nachbar mit den Worten: „Ich bin doch froh, dass ich die Krone Böhmens ohne Gewissensbisse erlangt habe." Statt aller Antwort zuckte Slawata mit den Achseln. Ferdinand, der wohl wusste, dass jener die stillschweigende Bestätigung des Majestätsbriefes durch den Revers missbillige, vertheidigte sich mit dem theologischen Gutachten. Die Conversation brach hiemit ab, denn man näherte sich der Kirche. *)

Es folgte jetzt die letzte Krönung eines böhmischen Königs, welche unter Beobachtung des alten Ceremoniels stattfand. Der Eidleistung der Stände entsprach die des Königs, beide traten zu einander in bestimmte Verpflichtungen. Wenige Jahre später und welcher Wechsel! Der königliche Eid blasste zu einer mageren Versicherung ab, die eigentlich mehr zu Gunsten des Monarchen als der Stände lautete, ja die Könige fanden die Quelle ihrer Macht in ihrem angebornen Rechte und lehnten es sogar ab, sich die Krone aufs Haupt zu setzen. — Die Krönung Ferdinands würde nichts aussergewöhnliches geboten haben, wenn die anwesenden Cardinäle Dietrichstein und Khlesl nicht etwas zur Unterhaltung der Zuschauer beigetragen hätten. Beide eifersüchtig auf den Vorsitz hatten sich dahin geeinigt, bei der Krönung mehreremal die Sitze zu wechseln, um so gegenseitig die gleiche Stellung anzuerkennen. Der Vergleich wurde pünktlich eingehalten.

Die Krönungstafel verlief mit Anstand und, wie behauptet wurde, mit Heiterkeit, wozu der Oberstburggraf als Dilettant im Fache der Komik einiges beitrug. Zum letztenmale fand man hier das alte Böhmen friedlich geeint; würde ein Seher unter die Anwesenden getreten sein, so hätte er dem fröhlichen Gelage ein schreckliches Bild von der nächsten Zukunft entrollen

---

*) Aus dem oben erwähnten Briefe Slawata's an Martinitz im Archiv von Neuhaus.

können. Es gab Niemanden unter den Gästen, der in der folgenden Tragödie nicht eine Rolle gespielt hätte. An der kaiserlichen Tafel sass Ferdinand neben Mathias, und Dietrichstein neben Khlesl. Der letztere, jetzt der eigentliche Besitzer jener Macht, von der Mathias den Titel inne hatte, wurde wenige Monate später als Gefangener von Wien weggeschleppt und für alle Zukunft auf die ihm wenig zusagenden Pflichten seines Standes beschränkt. Ferdinand selbst war bald darauf in Gefahr, seine königlichen, erzherzoglichen und sonstigen Titel mit demselben Rechte zu tragen, mit dem er sich den eines Königs von Jerusalem beilegen durfte. Die übrigen Gäste waren an zwölf Tafeln vertheilt. Kaum gab es einen unter ihnen, dem nicht harte Unfälle bevorstanden. Die Katholiken mussten beim Ausbruch des Aufstandes grösstentheils im Exil ihre Sicherheit suchen und fristeten drei Jahre lang kümmerlich ihr Dasein. Als sie nach der Niederwerfung des Aufstandes in die Heimat zurückkehrten, fanden sie dieselbe überall verwüstet, ein Drittel der Bevölkerung ausgerottet, während Verzweiflung sich des Restes bemächtigte. Ihre Gegner, an die nun die Reihe der Vergeltung kam, waren für ein gesteigertes Elend vorbehalten. Einige endeten ihr Leben durch Henkershand, die übrigen waren noch schlimmer daran, denn sie mussten sich in ein aussichtsloses Exil begeben, an das sich die Qual der Nahrungssorgen knüpfte. Und um den Kummer voll zu machen, mussten sich die Flüchtlinge, die in der Heimat für ihre Ueberzeugung gekämpft und um ihretwillen heimatlos geworden waren, in der Fremde an den ersten besten Abenteurer für Sold verdingen. Zu dieser Tragödie bildete der Krönungstag die schimmernde Eingangsscene.

Als die Tafel aufgehoben war und der Kaiser sich entfernt hatte, hielt sich der König noch einige Zeit bei den Gästen auf und theilte die allgemeine Heiterkeit. Er gewann es über sich, einem jeden der Gäste ein Weinglas zuzutrinken und lieferte, wenn der Berichterstatter nicht übertreibt, damit einen Beweis, dass selbst Männer von so notorischer Mässigkeit wie Ferdinand in der Trinkperiode des 17. Jahrhunderts etwas zu leisten wussten.*)

*) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen dd. 20/30. Juni 1617 Prag.

Die folgenden Tage wurden durch mancherlei ritterliche Spiele verherrlicht, an die sich zuletzt die Aufführung einer Comödie im Jesuitencollegium schloss. An allen diesen Festlichkeiten nahm Ferdinand Theil und benahm sich dabei stets mit zuvorkommender Freundlichkeit. Viele Protestanten, die derartigen Aeusserlichkeiten nicht unzugänglich waren, begannen sich im Vertrauen günstiger über ihren König zu äussern, sie bedauerten die Ausbrüche der vorangegangenen Opposition: man habe sie, so hiess es, bezüglich des Erbrechtes des Hauses Habsburg getäuscht, dasselbe sei „stattlich fundirt" und nur ihre Unwissenheit habe sie verleitet daran zu zweifeln. Eine ähnliche Sprache führten die Gäste aus den böhmischen Nebenländern. Khlesl säumte nicht, die gegenwärtige Haltung Ferdinands und das etwaige Verdienst der künftigen auf seine Rechnung zu setzen. Dem sächsischen Gesandten erzählte er, er habe seit 14 Tagen dem Könige so „gute Lehren gegeben, dass, wenn sie dieser befolgen werde, man sagen müsse, Ferdinand habe sich umgekehrt." *)

Das freundliche Lächeln, welches Ferdinands Lippen in der Oeffentlichkeit umschwebte, stand jedoch keineswegs im Einklang mit seinen wahren Gefühlen. In seinem Inneren fühlte er sich durch das Auftreten der Opposition tief beleidigt und selbst die Freude über die erlangte Krone konnte die Bitterkeit aus seinem Herzen nicht verscheuchen. Bei dem Empfange, den er in diesen Tagen einer ihn beglückwünschenden Deputation, unter deren Mitgliedern er einige seiner Gegner erblickte, zu Theil werden liess, trat seine eigentliche Gesinnung offener hervor. Er wandte sich an den vor ihm stehenden Thurn und fragte ihn, weshalb er und seine Gesinnungsgenossen eine feindselige Haltung gegen ihn angenommen hätten. Es versteht sich, dass diese Frage nur mit einem trotzigen oder verlegenen Schweigen beantwortet wurde. Dabei blieb es aber nicht, Thurn, Fels, Budowec, Ruppa, Kaplíř von Sulewic, der Primas von Saaz, Hoštálek und der altstädter Rathschreiber Kochan wurden

---

*) Zeidler an Kursachsen dd. Prag $\frac{\text{25. Juni}}{\text{5. Juli}}$ 1617.

in die königliche Kanzlei beschieden und ihnen hier eine Rüge ertheilt, an die sich die Drohung schloss, dass sie das Schicksal Georgs von Lobkowitz ereilen könnte. Dieser hatte im Jahre 1593 den Landtag zu einer oppositionellen Haltung verleitet, um Rudolf II zu nöthigen, ihm das Amt eines obersten Burggrafen zu ertheilen. Letzterer nahm die ihm gespielte Intrigue so übel, dass er gegen Lobkowitz einen Process anstrengte, ihn gefangen nehmen und nach jahrelanger Haft im J. 1606 heimlich hinrichten liess. Die Drohung mit dem Schicksale Georgs von Lobkowitz musste die Betreffenden entweder auf das Aeusserste reizen oder einschüchtern. Unmittelbar nach dieser bedeutsamen Scene wurden Hoštálek und Kochan ihrer Aemter entsetzt.

Die blosse Absetzung der zwei bürgerlichen Opponenten war nicht etwa ein Beweis, dass des Königs Zorn sich damit vorläufig beruhigen wolle. Gern hätte er und die Regierung des Mathias, die mit ihm diesmal eines Sinnes war, auch den genannten Adeligen ihre Aemter entzogen, wenn dies nach der Verfassung zulässig gewesen wäre. Aber sowohl der Graf Thurn als Burggraf von Karlstein, wie die andern Herrn als Räthe bei den verschiedenen obersten Aemtern, waren unabsetzbar. Eine Ausnahme von dieser Regel trat nur in zwei Fällen ein, bei einem Thronwechsel oder einer Beförderung. Im Jahre 1611 wurde aus einem früheren, etwas zweifelhaften Vorgange von Seite der Protestanten gefolgert. dass sämmtliche obersten Beamten bei einem Thronwechsel verpflichtet seien, ihre Aemter in die Hände des neuen Königs niederzulegen. Diese Theorie sollte ihnen damals den Weg zu den fast ausschliesslich von Katholiken bekleideten höchsten Würden bahnen und in der That gelangte Graf Thurn auf diese Weise zu dem Burggrafenamte von Karlstein, aus dem Slawata verdrängt wurde. Die zweite Möglichkeit, einen Landesbeamten von seinem Posten zu entfernen, ergab sich durch die Beförderung. Unter Maximilian II war deshalb ein Streit ausgebrochen. Damals hatte der Kaiser den Oberstlandrichter Johann von Waldstein zu dem höheren Posten eines Oberstlandkämmerers befördert, um ihn von seinem Amte zu entfernen, und Waldstein musste sich gegen seinen Willen die Beförderung gefallen lassen. Seitdem galt die

Entfernung von einem Amte durch das Mittel der Beförderung für gesetzlich.

Da Ferdinands Erhebung auf den böhmischen Thron nicht als ein Regierungswechsel angesehen werden konnte, so blieb nur der zweite Ausweg übrig, wenn man die Mitglieder der Opposition von ihren gegenwärtigen Aemtern entfernen wollte. Eine derartige Bestrafung aber, die eine Begünstigung in sich geschlossen hätte, konnte natürlich nicht im Sinne der Regierung liegen und so durften die Opponenten dem königlichen Zorne gegenüber auf ihre Unabsetzbarkeit pochen. Am bittersten empfand man diese Ohnmacht bezüglich des Grafen Thurn. Derselbe hatte als Burggraf von Karlstein die Aufsicht über die Reichskleinodien und über die Privilegien zu führen. So harmlos dieses Amt in gewöhnlichen Zeiten war, so bedeutend konnte es in aussergewöhnlichen werden. Konnte nicht nach des Mathias Tode ein Thronprätendent auftreten und Thurn diesem die Krone ausliefern? Dass dies bei einem Manne wie der Graf keine eitle Befürchtung war, bewiesen die folgenden Ereignisse am besten und somit war es nicht der Wunsch allein, den Opponenten zu bestrafen, der Ferdinand die Entfernung desselben von seinem Amte ersehnen liess, sondern auch die wohl begründete Furcht vor dessen künftigen Thaten. *)

Ein Zufall half der Regierung einige Monate später aus dieser Verlegenheit und befreite Ferdinand von seiner Furcht, indem er zugleich eine empfindliche Bestrafung Thurns herbeiführte. Obwohl das Amt der zwei Burggrafen von Karlstein in der Beamtenhierarchie sehr niedrig stand, so gehörte es dennoch zu den am reichsten dotirten, namentlich trug die Stelle eines Burggrafen aus dem Herrnstande, die Thurn versah, jährlich an 8000 Thaler ein. In der Regel blieben die Burggrafen lebenslänglich auf ihrem Posten und sehnten sich nach keiner Beförderung, da sie durch dieselbe nur verlieren konnten. Nun traf es sich, dass der Oberstkämmerer Herr Johann Sezima starb, wodurch eine der höchsten Landeswürden vacant wurde. Damit war die Gelegenheit geboten, den Grafen Thurn durch die gesetzlich

*) Skala II.

zulässige Beförderung von Karlstein zu entfernen und so am empfindlichsten zu treffen. Durch die Ernennung des Oberstlandrichters zum Oberstlandkämmerer wurde die Stelle des ersteren frei und man beschloss bei Hofe, sie dem Obersthoflehnrichter Slawata zu übertragen. Die vacante Stelle eines Obersthoflehnrichters, die im Range über dem Burggrafenamte von Karlstein stand, deren Erträgniss sich jedoch im Jahre auf etwa 400 Thaler belief, sollte nun auf Thurn übergehen.

1617 Am 5. October wurden die Inhaber sämmtlicher obersten Aemter in die Burg berufen, wo der Kaiser ihnen seinen Willen bezüglich der Besetzung derselben kund machen wollte. Thurn hatte indessen in Erfahrung gebracht, dass man etwas gegen ihn im Schilde führe und ihn unter dem Scheine einer Beförderung um seine Stelle bringen wolle. Er geriet darüber so in Wuth und Schrecken, dass er, ohne zu bedenken, was er that, sich an Slawata wandte und ihn um seine Vermittlung bei dem Oberstburggrafen bat. Wie wenig überlegt — gelinde ausgedrückt — dieser Schritt war, ergibt sich daraus, dass Thurn es war, der im J. 1611 Slawata vom karlsteiner Burggrafenamte verdrängt hatte. Letzterer liess die ihm gebotene Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne seinen Gegner in feiner Weise zu demüthigen; er tröstete ihn mit frommen Worten, legte beim Oberstburggrafen seine Fürsprache für ihn ein, da er wohl wusste, dass diese vergeblich sein würde, und erschöpfte sich überhaupt in Beweisen des Mitgefühls für seinen Gegner. Wenn Thurn diese Scene später bei ruhigem Blute überdachte, musste er sich seiner selbst schämen und etwas anderes als Dankbarkeit für seinen christlich-milden Collegen empfinden. *)

Während Thurn von Angst und Zorn gefoltert sein Ohr bald den Tröstungen Slawata's lieh und bald sich an den Oberstburggrafen mit Bitten wandte, von diesem aber vernehmen musste, dass der Kaiser das Recht habe, Beförderungen bei den obersten Beamten auch gegen deren Willen vorzunehmen, erschien der Kanzler und befahl den Versammelten, in das kaiserliche Gemach einzutreten. Im Namen des anwesen-

*) Der Bericht hierüber bei Slawata II.

den Mathias eröffnete er ihnen hierauf, dass das durch den Tod Sezima's erledigte Amt eines Oberstlandkämmerers dem Oberstlandrichter Georg von Talmberg verliehen werde, dass in Folge dessen der Obersthoflehnrichter Slawata zum Oberstlandrichter, der karlsteiner Burggraf Thurn zum Obersthoflehnrichter befördert und der erledigte Burggrafenposten dem Jaroslaw von Martinitz verliehen werde. Talmberg dankte dem Kaiser in böhmischer Sprache für seine Gnade, der Kanzler übernahm hiebei das Amt eines Dolmetschers. Slawata, im Deutschen wohl bewandert, sprach seinen Dank deutsch aus.

Thurn, der nun an die Reihe kam, machte einen letzten Versuch zur Rettung seiner Stellung. „Seit jeher," so sprach er Mathias an, „war das Kriegshandwerk meine Beschäftigung und zu diesem passt das Amt eines Burggrafen von Karlstein am besten; ich habe es bisher in einer Weise verwaltet, dass Niemand eine Klage gegen mich erheben kann, und bitte daher Eure Majestät, mich in meinem Amte zu belassen, umsomehr, als ich in den Gesetzen und Rechten des Landes wenig bewandert, zu dem höhern Amte eines Obersthoflehnrichters keine Befähigung besitze." Um dem Kaiser bei seiner Entscheidung freie Hand zu lassen, trat Martinitz hervor und verzichtete auf die Beförderung zum Burggrafen, wenn Thurns Bitte berücksichtigt werden sollte. Mathias erwiederte jedoch durch den Kanzler, dass er nicht die Absicht habe, seinen Entschluss zu ändern. Jezt war die Reihe an Thurn gekommen, eine früher ausgestossene Drohung auszuführen und auf jede amtliche Stellung zu verzichten, er besann sich jedoch eines andern und leistete den in der Landesordnung vorgeschriebenen Eid für sein neues Amt. Als er später dem Slawata begegnete, dankte er ihm für die gegebenen Rathschläge, die ihn von der übereilten Resignation zurückgehalten hätten. „Auf welche Weise er mir seinen Dank beim Fenstersturze abgetragen," bemerkte Slawata in seinen Memoiren, „mag Jeder selbst beurtheilen!" Gewiss waren die Worte: „Meine Herren, hier habt ihr den Zweiten!" mit denen Thurn nach dem Sturze des Martinitz den Slawata zur gleichen Behandlung empfahl, nicht der Ausdruck einer besondern Dankbarkeit.

Fast gleichzeitig mit dieser Absetzung bekam Thurn eine warnende Mittheilung. Khlesl schrieb unter dem Scheine des Mitgefühls an eine dem Grafen befreundete Dame, die Gräfin Mansfeld und tadelte ihn in diesem Briefe, dass er als General sein Vergnügen daran finde, Prediger und Superintendenten anzustellen und zu visitiren. Er liess dabei die Warnung einfliessen, dass, wenn Thurn nicht seiner Defensorenwürde entsage, der Kaiser, der ihm sonst alles Gute erweisen möchte, plötzlich zu einem feindseligen Entschlusse getrieben werden dürfte, von dem ihn selbst der Cardinal nicht zurückhalten könnte.*) Dieses Schreiben, zur Mittheilung an Thurn bestimmt, zeigte ihm, dass er sich fortan nur des Schlimmsten zu versehen habe, wenn er sich nicht durch eine völlige Umkehr Verzeihung und neue Gnadenbezeugungen erwerben wolle. Er hatte seit Jahren den Bruch mit der Dynastie in das Bereich seiner Combinationen gezogen, seine „Beförderung“ und diese Warnung konnten ihn in diesem Beschlusse nur bestärken. Das einzige, was er zu bedenken hatte, war die Art und Weise, wie er die Gesammtheit der Stände zu einem Schritte hinreissen sollte, der für sie alle einen unheilbaren Bruch mit den Habsburgern zur Folge haben konnte.

Um der Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron einen formalen Abschluss zu geben, mussten auch die Landtage von Mähren, Schlesien und den Lausitzen berufen und von diesen der neue König von Böhmen als Herr der böhmischen Nebenländer anerkannt werden. Es geschah dies noch im Laufe des Sommers (1617) ohne irgend welche Schwierigkeit. Ferdinands Anwartschaft auf die böhmische Krone wurde allgemein anerkannt.

*) Skala II, 13—15.

Viertes Kapitel.

Verhandlungen über die Erhebung Ferdinands auf den deutschen und ungarischen Thron.

I Der Kaiser in Dresden (4. Aug. 1617). Verhandlungen wegen Berufung eines Kurfürstenconventes. Bestrebungen des heidelberger Cabinets zur Benachtheiligung Ferdinands. Dohna und Camerarius in Prag (1617). Bemühungen des Kurfürsten Friedrich, neue Bewerber um die deutsche Krone aufzustellen. Haltung Maximilians von Baiern. Zusammenkunft der weltlichen Kurfürsten (Nov. 1617). Friedrich V in München (6. Feb. 1618). Das heidelberger Cabinet in seinen Bestrebungen isolirt. Khlesls Bemühungen zur Verschiebung des Kurfürstenconvents.

II Erbansprüche der Habsburger auf den ungarischen Thron. Absicht sie mit Gewalt durchzusetzen. Eröffnung des pressburger Reichstages (27. März 1618). Ansprüche der Opposition auf ein Wahlrecht. Untersuchung, ob die ungarische Krone eine Erb- oder Wahlkrone sei. Die „Erläuterung“ des Reichstags. Die Diplomsverhandlungen. Ablehnung des Diploms. Die neue Wahlformel. Das Krönungsdiplom. Die Wahl (16. Mai 1618). Die Reichstagsgravamina. Krönung Ferdinands.

III Neue Verzögerung betreffs der Berufung des Kurfürstentags. Mangel an Geld bei der Hofkammer. Steigende Erbitterung Maximilians gegen Khlesl. Oñate's Haltung. Bitte um spanische Subsidien. Khlesls Versuch einer Aussöhnung mit Maximilian.

I

Kaum war Ferdinands Krönung in Prag vollzogen, als der so oft besprochene und so vielfach aufgeschobene Besuch des Kaisers bei dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen ernstlich in Erwägung gezogen wurde. Alle Argumente, die man ehedem dafür geltend gemacht hatte, wurden wieder hervorgeholt, neu aufgeputzt und erweitert, so dass Mathias endlich keinen anderen Ausweg vor sich sah, als die Reise wirklich anzutreten. Am 4. August langte er in Begleitung seines Bruders Maximilian, des Königs Ferdinand, Khlesls und mehrerer Mitglieder 1617

des geheimen Rathes in Dresden an. Der Besuch hatte einen doppelten Zweck, er sollte zuerst eine besondere Auszeichnung für den Kurfürsten sein und ihn dadurch für die folgenden Mittheilungen freundlich stimmen, dann aber, und das war die Hauptsache, wollte man von Johann Georg eine bindende Erklärung bezüglich der deutschen Nachfolge erlangen. Mathias selbst nahm an den politischen Verhandlungen keinen Antheil und empfahl bloss mit einigen allgemeinen Lobeserhebungen dem Kurfürsten seinen Vetter Ferdinand für die deutsche Krone. Auch der König und Maximilian hielten sich in Dresden von den politischen Berathungen fern; nur entschuldigte sich letzterer nochmals wegen seines vorjährigen, den Kaiser zu Rüstungen mahnenden Gutachtens, welche Entschuldigung der Kurfürst als minder nöthig bezeichnete und sonach freundlich entgegennahm. Die politischen Fragen wurden allein zwischen dem Cardinal und den übrigen kaiserlichen Räthen einerseits und den kurfürstlichen Räthen, an deren Spitze Kaspar von Schönberg stand, andererseits besprochen.

In den Conferenzen dieser Diplomaten berichtete Khlesl, dass der Kaiser die Absicht habe, einen Kurfürstentag zur Bestimmung der deutschen Nachfolge zu berufen. Nur andeutungsweise bemerkte er, dass auf dieser Zusammenkunft noch andere Gegenstände, namentlich der Ausgleich zwischen den Protestanten und Katholiken berathen werden könnte. Khlesl ersuchte darauf um die Mittheilung, ob der Kurfürst auf die Berufung des Kurfürstentages und seinen Zweck eingehen und ihn persönlich besuchen wolle, so wie um sein Gutachten, wohin und wann man denselben berufen und auf welche Weise man die beiden anderen protestantischen Kurfüsten einladen solle. Die Antwort, welche die sächsischen Räthe im Namen ihres Herrn abgaben, lautete, dass derselbe erbötig sei den Kurfürstentag, wann und wo der Kaiser wolle, persönlich zu besuchen und sich an der Bestimmung der deutschen Nachfolge zu betheiligen. Bezüglich der Composition wünschte der Kurfürst, dass dieselbe nicht als ein nebensächlicher, sondern als ein Hauptpunkt in den Berathungen des Kurfürstentages angesehen werde, machte jedoch keineswegs seine Zustimmung zur Erhebung Ferdinands von ihrem Gelingen

abhängig. Alles wohl erwogen waren sonach die sächsischen Erklärungen den habsburgischen Wünschen günstig und sie wurden auch in diesem Sinne von Ferdinand aufgefasst. Khlesl erklärte zuletzt, dass der Kaiser die Kurfürsten auf Lichtmess 1618 nach Regensburg zu berufen gedenke. *)

Ferdinand, dessen ganze Persönlichkeit, Lebens- und Ausdrucksweise man nach allem, was man über ihn weiss, für überaus gemessen, ruhig und zurückgezogen halten muss, entwickelte in Dresden mehr gesellschaftliches Talent, als man ihm zutrauen würde. Bei den Hoffestlichkeiten erwies er der Witwe des früheren Kurfürsten und Schwester des dänischen Königs Christian IV, einer noch jungen Dame, eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit, tanzte mit ihr, so dass man von einer Neigung zwischen dem heirathsfähigen Paar munkelte. Manchen Katholiken am kaiserlichen Hofe war der Gedanke einer Vermählung Ferdinands mit einer Protestantin nicht antipathisch, da man durch eine nähere Verbindung mit dem sächsischen Fürstengeschlechte über die vielen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinüberzukommen hoffte. Vor allem war es Khlesl selbst, welcher den Gedanken der Heirat mit gewohnter Rührigkeit auffasste und während mehrerer Monate Ferdinand zu derselben zu bereden suchte. Er wies auf das Zutrauen hin, das man bei den Protestanten gewinnen würde, wenn die Prinzessin am kaiserlichen Hofe frei ihrer Religion leben und ihren Prediger zur Seite haben dürfte. Dies war aber gerade der Grund, der Ferdinand von der Heirat abhielt, denn ihm war es nicht darum zu thun, das Zutrauen der Protestanten um den Preis zu gewinnen, dass er ihre Existenz nicht antastete. Er musste sich sagen, dass durch die Vermählung mit einer Protestantin das Werk seines Lebens — die steirische Reformation — zu einem tyrannischen Gewaltact oder einem schweren Irrthum gestempelt würde und dass er damit jedem weiteren Schritte auf der be-

*) Die Nachrichten über diese Verhandlungen entnehmen wir dem sächsischen Staatsarchiv: Succession im röm. Reich 10676 fol. 569—583, dann dem ehemaligen Reichsarchiv in Wien (Wahl- und Krönungsacten Fasc. 9.)

tretenen Bahn die Grundlage entziehen würde. Nicht bloss seine gesammten Erinnerungen und Wünsche, sowie seine Ueberzeugung, sondern auch die unumgänglich nothwendige Rücksicht auf seine bisherige Politik und auf das Gedeihen jener, die er in Zukunft einzuhalten gedachte, stemmten sich gebieterisch gegen diese Heirat. Um jedoch durch eine schroffe Abweisung der khleslischen Anträge in Dresden nicht allzusehr anzustossen, erklärte er, dass er eine Vermählung mit der kurfürstlichen Witwe nicht von der Hand weise, falls er die Gewissheit hätte, dass sie in kürzester Zeit katholisch würde. Da unter diesen Bedingungen eine Verhandlung mit Kursachsen nicht angebahnt werden konnte, so blieben die in Dresden ausgetauschten Complimente ohne Folgen. *)

Da die Berufung des Kurfürstentages von Khlesl auf Lichtmess (2. Febr. 1618) festgesetzt wurde, so mussten jetzt die nöthigen Verhandlungen eingeleitet werden, um von allen übrigen Kurfürsten eine formelle Zusage für ihre persönliche Theilnahme an demselben zu erlangen. Zu diesem Behufe wurde der Reichshofrath Hegenmüller gegen Ende September an den Rhein abgeschickt, damit er von den drei geistlichen Kurfürsten die betreffende Zusage erbitte. Sie wurde ihm ohne jede Schwierigkeit zu Theil, die drei Erzbischöfe tadelten nur, dass der Kaiser in dem Einladungsschreiben zum Kurfürstentage sich zu allgemein fasse und nicht ausdrücklich betone, dass auf demselben vor allem die deutsche Nachfolge bestimmt werden solle. Sie waren sonach kaiserlicher als der Kaiser selbst. Von den drei Erzbischöfen begab sich Hegenmüller in Begleitung des Bischofs von Speier, eines leidenschaftlichen Anhängers der kaiserlichen und spanischen Politik, der er später noch grosse Dienste, allerdings nicht ohne klingende Entschädigung, leisten sollte, nach Kurpfalz. Ihrer Instruction gemäss ersuchten sie den jungen Pfalzgrafen Friedrich um seine Theilnahme am Kurfürsten-Convent, weil es sich daselbst um die Beilegung der leidigen Zwistigkeiten in Deutschland handeln werde. Diese Ansprache sollte dem Kurfürsten Hoffnung machen, dass das Com-

1617

*) Archiv von Simancas. Oñate an Philipp III dd. 7. März 1618.

positionsgeschäft der alleinige oder doch vorzügliche Gegenstand der Berathungen sein werde. Friedrich konnte auf dies hin nichts anderes thun, als seine Theilnahme zusagen, als aber die Gesandten so nebenhin auch bemerkten, dass das Successionsgeschäft in Verhandlung kommen dürfte, wurde er bedenklich und lehnte die Abgabe einer festen Zusage für sein Erscheinen ab.*) 9. Oct. 1617

Es bedurfte übrigens bei dem Kurfürsten von der Pfalz nicht der Mittheilung des kaiserlichen Gesandten, um ihm klar zu machen, worauf es eigentlich mit dem Kurfürstentage abgesehen sei, und seine Bedenken gegen denselben datirten nicht erst von dem schüchternen Geständnisse Hegenmüllers. Der pfälzische Hof war mit jedem denkenden Politiker in Deutschland überzeugt, dass dem Hause Habsburg nichts mehr am Herzen liegen müsse, als die deutsche Nachfolge, und wenn die österreichische Politik ihnen eine Ueberraschung bereitete, so war es die, dass sie dies ihr natürliches Ziel mit einer so unerhörten Langsamkeit und Lässigkeit betrieb. Der Kurfürst von der Pfalz und seine Räthe waren also von der gewordenen Mittheilung nicht überrascht, weil sie dieselbe längst erwartet hatten. Was ihre eigene Stellung zur Successionsfrage betrifft, so war sie, kurz gesagt, die der äussersten Feindseligkeit gegen die habsburgischen Wünsche. **)

Die ersten Aeusserungen dieser Feindschaft reichen bekanntlich in die Zeit von 1606—1611. Damals hatte sich der Fürst Christian von Anhalt im eigenen Namen und in dem des Kurfürsten Friedrich IV in die Streitigkeiten zwischen Rudolf II und Mathias gemischt und dieselben zum Nutzen seiner Partei und zum Verderben der Habsburger auszubeuten gesucht. Obwohl seine Bestrebungen ohne Erfolg geblieben waren, so hatte er deshalb seine Pläne nicht aufgegeben, sondern nur vertagt und hoffte entweder von dem Tode des Kaisers oder von dessen

*) Die Correspondenzen über Hegenmüllers Sendung an den Rhein im Archive des k. k. Min. des Innern. Daselbst auch die pfälzische Erklärung dd. 9. October 1617.

**) Die Beweise für diese Behauptung finden sich in dem früheren Werke des Verfassers: Rudolf II und seine Zeit.

Restaurationspolitik das Herannahen einer besseren Gelegenheit. Er pflegte mit Eifer die Bekanntschaften, die er im Jahre 1608 angeknüpft hatte, und sorgte dafür, dass die Union in steter Fühlung mit ihren Anhängern in Oesterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien blieb. Auch auf einzelnen Unionstagen war die Art und Weise, wie die Verbindung mit Böhmen warm zu halten sei, ein Gegenstand sorgfältiger Berathung. *) Man lebte in Heidelberg so sehr der Ueberzeugung, dass über kurz oder lang die Krone von Böhmen dem Pfalzgrafen in den Schoss fallen würde, dass man sich mit diesen Hoffnungen in London bei Gelegenheit der Werbung um die Hand der englischen Königstochter förmlich brüstete, um damit den Bräutigam der Braut mehr gleichzustellen. Selbst Jacob I, der später zum Ruine seines Schwiegersohnes nicht wenig beitrug, fing damals Feuer und meinte, Friedrich werde binnen wenigen Jahren König von Böhmen werden. **)

Als die Nachrichten aus Böhmen im Jahre 1616 nicht blos von der Gährung unter den Protestanten, sondern auch von den Bestrebungen der Regierung, die Nachfolge zu Gunsten Ferdinands sicher zu stellen, berichteten, regte dies das heidelberger Cabinet zu doppelter Thätigkeit auf und es wurde deshalb die Absendung zweier Gesandten beschlossen, die in Böhmen die Sachlage untersuchen sollten. Der erste war Christoph von Dohna, der im Beginne des Jahres 1617 Böhmen und vielleicht auch Oesterreich bereiste und hierüber nach seiner Rückkunft in Amberg an den Fürsten von Anhalt einen umständlichen Bericht erstattete. Nach seiner Angabe war die österreichische Monarchie in voller Zersetzung, jedes einzelne Land habe seinen Prätendenten, der nur den Tod des Kaisers abwarte, um

*) Münchner Staatsarchiv $\frac{548}{4}$. Nebenmemorial, was zu Nürnberg zu verhandeln dd. $\frac{16}{26}$ Januar 1615 Heidelberg.

**) Simancas 2825. Der Staatsrath an Philipp III dd. 24. April 1613. El Embaxador Don Alonso de Velasco escribe, que haviendo entendido, que aquel Rey (Jakob I) decia, que su yerno tendria titulo de Rey dentro pocos años, procuró descubrir en que lo fundava, y es en lo de Bohemia.

sein Haupt zu erheben. Ungarn sei unberechenbar. Ein Prinz, der Geld hätte und die ungarische Sprache ein wenig verstände, könnte sich mit Aussicht auf Erfolg um die ungarische Krone bewerben; sei dieselbe doch ein Gegenstand der Speculation für eine so untergeordnete Persönlichkeit, wie der Graf von Althan. (!) Uebrigens stehe ein Theil des Landes auf Seite Bethlen Gabors. Die Herrschaft über Mähren und Oesterreich wolle der Fürst von Liechtenstein an sich reissen; wenn ihm die Protestanten hierin behilflich sein würden, so werde er die Messe fahren lassen. Auch Herr von Khuen, der ein grosses Vermögen gesammelt, trage sich mit ehrgeizigen Plänen. Die Union geniesse überall ein hohes Ansehen und man sei ihr besonders deshalb gewogen, weil sie dem Kaiser auf dem Reichstage von Regensburg jede Geldunterstützung rundweg abgeschlagen habe. Man wünsche, sie möchte mit ihren Mitteln sparsam umgehen, damit, wenn sie einmal das Schwert aus der Scheide ziehe, sie es nicht eher einzustecken brauche, als bis alles gewonnen sei. Ueber die Mittel, die dem Kaiser für den Fall eines Krieges zu Gebote ständen, liess sich Dohna nur mit Verachtung aus: die Zeughäuser seien leer, die gesammten Staatsschulden beliefen sich auf 25 Millionen Gulden und häuften sich durch die Nichtzahlung der Interessen, die ungarischen Grenzfestungen seien fast ohne Besatzung. *)

Noch war Dohna von seiner Reise nicht zurückgekehrt, als der pfälzische Rath Camerarius von seinem Kurfürsten mit einer doppelten Mission nach Prag und nach Dresden betraut wurde. In Dresden sollte er den Kurfürsten von Sachsen gegen die Herrschaft der Habsburger misstrauisch machen, in Prag die Stimmung Böhmens erforschen und sich mit Thurn und dessen Genossen in Verbindung setzen, um die Bestimmung der böhmischen Nachfolge zu durchkreuzen. **) Den Deckmantel zu diesen Machinationen Angesichts des in Prag residirenden kaiserlichen Hofes sollte eine vom Camerarius mit Khlesl wegen

*) Münchner Staatsarchiv. Dohna's Bericht dd. Amberg 21/31 Jan. 1617.

**) Münchner Staatsa. $\frac{118}{1}$ Nebenpunkte zu des Camerarius Instruction dd. 10/20 Januar 1617.

des Compositionstages anzuknüpfende Verhandlung bieten. Der pfälzische Agent kam seinem Auftrage getreulich nach, frischte mit den protestantischen Häuptern in Böhmen die frühern Beziehungen auf und nahm von ihnen die Versicherung mit, dass sie zur Uebertragung der Krone an Ferdinand auf keinen Fall die Hand bieten würden. So viel vertraute er der Feder an und bestätigte auf diese Weise zunächst Dohna's Berichte bezüglich Böhmens; einige ganz besonders wichtige Besprechungen mit Thurn und seinen Freunden deutete er leider in seinen Briefen nur an und vertröstete auf den folgenden mündlichen Bericht, weil es zu gefährlich sei, mehreres der Feder zu vertrauen. Man wird wohl in der Annahme nicht irre gehen, dass diese so geheimnissvollen Mittheilungen sich auf die böhmische Krone bezogen und dass von Seite der thurnischen Partei dem Camerarius ähnliche Eröffnungen und Hoffnungen gemacht wurden, wie im Jahre 1614 dem sächsischen Agenten Khra.

Während seines Aufenthaltes in Prag machte Camerarius einen Ausflug nach Dresden und suchte den Kurfürsten in seiner allzugrossen Hinneigung zu den Habsburgern dadurch wankend zu machen, dass er ihn auf die Missstimmung unter den Böhmen aufmerksam machte und ihm mit der Aussicht auf den böhmischen Thron einen Köder hinwarf. War Camerarius zu dieser Sprache von Thurn bevollmächtigt oder war dies eine blosse diplomatische Finte? Wir glauben das letztere, denn Camerarius wollte gewiss nur für seinen eigenen Herrn ernten, was seit Jahren mit Emsigkeit von der Union und dem Fürsten von Anhalt gesäet worden war. Der Kurfürst von Sachsen schien in den dargereichten Köder beissen zu wollen, er meinte zwar, „die Böhmen seien seltsame Leute, unbeständig und hielten nicht an ihren Herrn, wenn Noth vorhanden, er selbst besitze genug und wolle das Seinige nicht hazardiren. Wenn indessen eine rechte Wahl ihn treffen sollte und es Gottes Wille wäre, so würde er auch die Mittel dazu schicken.“ *)

---

*) Münchner Staatsarchiv $\frac{158}{1}$6 Camerarius an Kurpfalz dd. 8/18. Febr. 1617 Prag. Ebenderselbe dd. 3/13 Febr. — Ebenderselbe dd. 13/23 Febr. — Ebenderselbe dd. 18/28 Febr. Prag.

Die Berichte Dohna's und Camerarius' über die Stimmung in Böhmen erfüllten das heidelberger Cabinet mit der Hoffnung, dass die böhmische Krone vorläufig dem Erzherzoge Ferdinand nicht zufallen werde. Die gute Laune der pfälzischen Politiker wurde auch durch die Nachrichten des Camerarius über die Verhältnisse am kaiserlichen Hofe bedeutend erhöht. Der Gesandte hatte seine ostensible Mission wegen des zwischen den Religionsparteien in Deutschland herzustellenden Ausgleiches mit Eifer betrieben, dem Kaiser seine Aufwartung gemacht, alle hervorragenden kaiserlichen Räthe besucht und namentlich mit Khlesl stundenlange Unterhaltungen gepflogen. Mit Genugthuung bemerkte er selbst und durch ihn das pfälzische Cabinet, welche tiefe Kluft in der kaiserlichen Familie wegen der Bestimmung der Nachfolge entstanden sei, wie der Kaiser davon nicht gerne reden höre und Khlesl mit beiden Händen dagegen arbeite. Camerarius hatte auch den Auftrag erhalten, in den Verhandlungen mit Mathias, demselben von der Wahl eines römischen Königs abzurathen; als er nun merkte, wie wenig eine solche Abmahnung nöthig sei, beobachtete er darüber sowohl gegen Mathias wie gegen Khlesl ein vollständiges Schweigen. So fing man an in Heidelberg zu hoffen, dass vorläufig nicht viel zu besorgen sei, dass die böhmische Opposition vereint mit dem persönlichen Widerwillen des Kaisers gegen einen Nachfolger einen unübersteiglichen Damm für Ferdinands Hoffnungen bilden würden.

Es ist interessant zu sehen, wie die Einsicht in die Parteiverhältnisse am kaiserlichen Hofe die pfälzischen Staatsmänner in ihrer Beurtheilung einzelner Persönlichkeiten beeinflusste. Seit sie glaubten, von Mathias und Khlesl nichts befürchten zu müssen, sondern in beiden ihre, wenn auch unfreiwilligen Bundesgenossen sahen, hatten sie für sie eine Art von Neigung. Camerarius sprach sich über beide recht anerkennend und freundlich aus, Dohna verstieg sich sogar bis zu ihrem Lobe. Er bezeichnete den Kaiser als einen guten alten Herrn, der eigentlich an allen Beschwerden seiner Unterthanen unschuldig sei, seine Schuld bestehe höchstens darin, dass er andere in tadelnswerther Weise regieren lasse. Den Cardinal Khlesl lobte

er wegen seiner Arbeitsamkeit und Furchtsamkeit, wegen letzterer nämlich deshalb, weil er sich scheue, die Protestanten anzugreifen, was diesen sehr zu Statten käme. War dieses Urtheil berechtigt? Wenn die pfälzischen Staatsmänner über die religiöse Tyrannei der kaiserlichen Regierung schimpften, wenn die Böhmen durch die religiöse Restaurationspolitik in die Arme der Revolution getrieben wurden, konnte man hiefür die, wenn auch eifrigen Werkzeuge der Ausführung verantwortlicher machen, als den Kaiser und seinen Minister? Haben sich dieselben nicht, bevor der Welt noch etwas von der Richtung ihrer Politik bekannt war, nach einer Armee umgesehen, um sie zu vertheidigen? Es ist wahr, der Kaiser war ein gutmüthiger Mann, auch ruheliebend, und Khlesl furchtsam und gern mit aller Welt auf gutem Fusse, wenn man nur seine Macht nicht antastete. Trotzdem müssen sie allein für die unter ihren Auspicien sich geltend machende Regierungspolitik verantwortlich gemacht und getadelt werden, wenn etwas zu tadeln war. Die beiden Gesandten sahen aber jetzt nicht mehr auf das, was Mathias und Khlesl in der Vergangenheit verbrochen, sondern auf das, was sie in der Zukunft durch Bekämpfung Ferdinands gutes thun würden. Es war nur eine weitere Consequenz ihrer neuen Anschauung, dass sie nicht sowohl auf Ferdinand, der als drohendes Gespenst im Hintergrunde stand, ihren Hass warfen, sondern auf den Erzherzog Maximilian. An den Vorgängen in Böhmen und überhaupt an dem, was sie die Tyrannei der kaiserlichen Herrschaft nannten, war dieser Prinz so unschuldig als möglich, allein dass derselbe mit solcher Beharrlichkeit für die Erhebung Ferdinands arbeitete, verschaffte ihm von Seite Dohna's das Prädicat „des allergefährlichsten Menschen“, ihn traf jetzt in erster Reihe das Misstrauen und der Hass der Pfälzer.

Man kann sich nun denken, welche bittere Enttäuschung und qualvolle Sorgen es in Heidelberg hervorrief, als Ferdinand allen Erwartungen zum Trotz den böhmischen Thron bestieg und zwar unter Umständen, die eine so gründliche Niederlage der Opposition in sich schlossen. Man sah nun den Kurfürstentag im Anzuge und mit diesem die Ordnung der deutschen

Nachfolge und so eine zweite Niederlage, die den Kurfürsten in Böhmen um allen Credit bringen musste. Es war keine Zeit zu versäumen, wenn die Ansprüche des Erzherzogs Ferdinand auf die deutsche Krone vereitelt werden sollten. Lange bevor Hegenmüller in Heidelberg sich einfand, wurde daselbst die Aufstellung eines Gegencandidaten für die Kaiserwürde beschlossen und hiezu der Herzog von Lothringen ausersehen. Da ein solcher Plan ohne französische Unterstützung nicht durchführbar war, so reiste der junge Kurfürst Friedrich gegen Ende Juli zu dem alten Hugenottenführer, dem Herzog von Bouillon nach Sedan, um die Mittel und Wege hiezu zu besprechen. Beide einigten sich über das gemeinsame Verhalten und da ein so grosses Werk ohne Rüstungen nicht durchführbar schien, machten sie die einleitenden Schritte hiezu durch die vorläufige Berufung mehrerer kriegstüchtiger Offiziere, denen später die Werbungen anvertraut werden konnten. Darauf schickte der Pfalzgraf einen Gesandten nach Nancy, um den Herzog von Lothringen für seinen Plan zu gewinnen. Er hatte den Auftrag, demselben die Mithilfe der deutschen Union, der Generalstaaten, des Königs von England und des Herzogs von Savoyen anzubieten und zu erklären, dass man im entscheidenden Augenblicke entschlossen auftreten und sich der Wahlstadt Frankfurt bemächtigen würde. Der Herzog wies jedoch alle darauf bezüglichen Anerbietungen zurück und liess den Pfalzgrafen von solchen Unternehmungen warnen, da ihm im Nothfall kaum die Bundesgenossen zu Gebote stehen würden, über die er jetzt zu verfügen glaube. *)

Friedrich und sein Rathgeber liessen sich um so weniger in dem gefassten Beschlusse irre machen, als ihnen die Hoffnung winkte, für den Herzog von Lothringen einen viel passenderen Ersatzmann zu finden. Als sich Mathias im Jahre 1612 um den deutschen Thron bewarb, suchte ihm das heidelberger Cabinet den Herzog Maximilian von Baiern entgegenzustellen und scheiterte damals mit seiner Absicht nur deshalb, weil der letztere von einer Erhebung nichts wissen wollte. Jetzt

*) Die betreffende Correspondenz im Archiv des k. k. Min. des Innern.

gestaltete sich die Sache anders. Friedrich bekam nämlich in den Tagen, als er vergeblich an den Ehrgeiz des Herzogs von Lothringen appellirte, von Sedan die Nachricht, dass der Kurfürst von Köln in Paris für seinen Bruder Maximilian von Baiern um die deutsche Krone werbe. *) Diese Nachricht erfüllte den Hof von Heidelberg mit der grössten Freude, denn man hatte daselbst nur deshalb nicht an Baiern gedacht, weil man von München eine neue Ablehnung befürchtet hatte. Der Kurfürst ersuchte den Fürsten von Anhalt, nach München zu reisen, um die Gelegenheit rasch zu ergreifen. Da der Fürst den Auftrag wegen Kränklichkeit ablehnte, stellte Friedrich dieselbe Bitte an den Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg-Anspach. **) Es scheint jedoch auch dieser abgelehnt und seinen Secretär Neu vorgeschlagen zu haben, thatsächlich unternahm der letztere die gewünschte Reise.

5. Sept. 1617

Von den nun angebahnten Verhandlungen hoffte man in Heidelberg einen um so besseren Erfolg, als man sich daselbst mit Wohlgefallen eines Vorfalls aus dem vorigen Jahre erinnerte. Im Jahre 1616 war nämlich der Markgraf Johann Georg von Brandenburg mit dem Kurfürsten von Köln zusammengekommen und hatte als ein Anhänger der pfälzischen Politik diese Gelegenheit benutzt, um dem Kurfürsten die günstigen Aussichten Maximilians auf die deutsche Krone anzupreisen. Er wollte, wie man zu sagen pflegt, auf den Strauch schlagen und glaubte aus den Worten und Mienen des Kurfürsten entnehmen zu können, dass demselben die dem Bruder gemachten Hoffnungen angenehm seien. Dass das etwaige Schmunzeln des Erzbischofs das Gegentheil bedeuten und seine Freude anzeigen konnte, so nebenbei die neuen Anschläge der Union kennen zu lernen, fiel dem Markgrafen nicht im Traume ein. Neu bekam nun den Auftrag, abermals den Erzbischof auszuholen und dann erst nach München zu reisen. Als der Secretär mit Ferdinand von Köln zusammentraf und vor diesem eine ähnliche, wenn auch durch die Umstände modificirte Sprache führte, wie

*) Bamberger Archiv, Henry de la Tour an Kurpfalz dd. 6. Aug. 1617.
**) Bamberger Archiv. Kurpfalz an Joachim Ernst von Brandenburg.

sie vor kurzem vor dem Herzoge von Lothringen geführt worden war, behielt der Angesprochene seine frühere Zurückhaltung bei; er dankte dem Gesandten für die gute Meinung seiner Auftraggeber, verwies ihn aber auf seinen Bruder, welchen die Sache zunächst angehe. *)

Neu reiste nach München, um seinem Auftrage bei dem Herzoge nachzukommen, was er aber da erfuhr, war für ihn niederschlagend und bestätigte keineswegs die Entdeckungen, welche der Herzog von Bouillon betreffs der Bemühungen von Kurköln in Paris gemacht haben wollte. Die ganze Haltung Maximilians liess keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er jener Verhandlung in Paris ganz fernstand, und dass dieselbe, wenn sie ja von seinem Bruder ausgegangen war, von demselben ganz eigenmächtig begonnen worden. Da jedoch letzteres nicht wahrscheinlich ist, so dürfte die Annahme richtig sein, dass der Herzog von Bouillon durch eine falsche Nachricht mystificirt wurde und durch deren Mittheilung an Kurpfalz letzteren gleicherweise irreführte. Denn Maximilian erklärte zuerst dem Secretär selbst, dass er sich durchaus nicht um die deutsche Krone bewerben wolle und verwies ihn behufs weiterer Mittheilungen an seinen Rath Jocher. Neu bemühte sich, dem letzteren mit allen möglichen Gründen die Erhebung Maximilians zu empfehlen und liess sich durch keine Weigerung zurückweisen. Der Herzog, der von Jocher von dieser Beharrlichkeit in Kenntniss gesetzt wurde, verlor endlich über das, was er für Zudringlichkeit ansah, die Geduld und schickte seinem Rath ein kurzes Handbillet zu, dessen Inhalt keinem Zweifel Raum liess. Es lautete: „Lieber Jocher, ich bin je länger, je mehr der Meinung, man solle diesen Leuten die Sache etwas deutscher zu verstehen geben. Ich bin ein für allemal nicht bedacht, mich mit dem Hause Oesterreich wegen der Succession in Irrung oder gar in eine Weiterung zu begeben, auch finde ich, dass es mir und meinem Hause mehr schädlich als nützlich sein würde, mir eine so schwere Bürde (wie die deutsche Krone) aufzulasten.“ Mit Ausnahme des Ein-

31. Oct. 1617

*) Bamberger Archiv. Neu's Bericht über seine Reise zu Kurköln dd. 10. Oct. 1617.

gangssatzes theilte Jocher wörtlich die Meinung seines Herrn dem Secretär mit und dieser bequemte sich endlich zur Abreise.*)

Die offene Sprache Maximilians war um so redlicher, als sie dem Pfalzgrafen keinerlei zweideutige Hoffnungen machte und ihn nicht veranlassen konnte, bei gewagten Unternehmungen auf die Hilfe Baierns zu rechnen. Von Seite Maximilians selbst war diese Erklärung nur die consequente Fortsetzung der in den deutschen Angelegenheiten seit dem Jahre 1609 eingenommenen Haltung. Ohne sich gerade für die habsburgischen Prinzen zu begeistern und seine Kräfte und seine Schätze für sie bereit zu halten, wies er doch standhaft und ohne alles Schwanken jede Gelegenheit ihren Interessen zu schaden von sich ab und war sonach in seinen Freundschaftsversicherungen für dieselben so wahr und lauter wie Gold. Seine Antwort an Kurpfalz, welche diese Gesinnung von neuem bestätigte, bekam wenige Tage später eine Bekräftigung. Da die pfälzische Partei durch geschickte Verbreitung des Gerüchtes, als ob Maximilian ein Bewerber um die deutsche Krone sei, von vornherein Misstrauen und Kälte zwischen Baiern und Oesterreich erzeugen wollte, so begegnete er demselben durch eine directe Botschaft an König Ferdinand. Er schickte seinen Kanzler Donnersberg zu demselben, und liess ihm die Versicherung geben, dass er sich um die deutsche Krone nicht bewerbe und diese Sprache consequent allen pfälzischen Zumuthungen gegenüber führen werde.**) Charakteristisch ist die Bitte, welche Maximilian an diese Botschaft knüpfte. Bekanntlich hatte er mit Ferdinand einige Zeit zusammen an der Universität von Ingolstadt studirt, beide hatten daselbst trotz grösserer Verschiedenheit des Alters (Maximilian war um 5 Jahre älter) eine brüderliche Freundschaft geschlossen und sich seither gedutzt. Als Ferdinand die böhmische Königskrone erlangte, liess ihm der Herzog sagen, dass das Dutzen jetzt aufhören müsse, weil er sich einem Könige gegenüber eine solche Vertraulichkeit nicht gestatten könne.

7. Nov. 1617

*) Ebendaselbst. Neu's Bericht über seine Reise dd. 3. Nov. / 24. Oct. 1617. Münchner Staatsarchiv. Handbillet Maximilians an Jocher.

**) Münchner Staatsarchiv. Instruction für den Kanzler Donnersberg dd. 17. Nov. 1617.

Ferdinand verbot ihm jede Neuerung und Maximilian fügte sich mit dem Vorbehalte, dass dies nicht länger dauern dürfe, als bis zur Erhebung Ferdinands auf den erlauchtesten Thron der Christenheit, den Kaiserthron. Dann müsse er ihm die gebührende Ehre geben, bitte jedoch den künftigen Kaiser, derselbe möge ihn wie früher dutzen. Das Verlangen wurde später pünktlich erfüllt; Ferdinand dutzte den Herzog, während sich derselbe ehrfurchtsvoll vor dem Haupte der Christenheit neigte. Dieser Zug neidloser Selbstverläugnung liefert einen der wichtigsten Beiträge zur Charakteristik des merkwürdigen Mannes.

Der schlechte Erfolg von Neu's Mission nach München machte im pfälzischen Lager einen unangenehmen Eindruck, noch gab man jedoch nicht alle Hoffnung auf, weil man fest an die Verhandlungen Kölns in Paris glaubte und den Herzog Maximilian für einen heuchlerischen Schelm hielt, der erst bei einem gewissen Erfolge seine Maske fallen lassen werde. Um dem Herzog allen Grund zu weiterem Schweigen zu benehmen, wollte man ihn merken lassen, dass man um seines Bruders Schliche in Paris wisse; auch beabsichtigte Friedrich von der Pfalz selbst nach München zu gehen und dem Herzog nochmals die deutsche Krone und mit ihr die Unterstützung Englands und aller sonstigen Verbündeten anzutragen. Christian von Anhalt, um seine Meinung befragt, gab zu der Reise seine Zustimmung, doch konnte er sich banger Sorge nicht erwehren. Er meinte, man könne nur schwer auf Baierns Zustimmung rechnen, denn „thatsächlich seien doch die pfälzischen Rathschläge zum Nachtheil der Katholiken und darauf berechnet, sie unter einander uneinig zu machen.“ Dies werde der Herzog wohl einsehen und sich deshalb besinnen, in die gelegte Falle zu gehen. Habe doch „der alte Fuchs Villeroy“ in Paris auch gemerkt, wohinaus es mit den pfälzischen Anschlägen gemeint sei und mache im Rathe des Königs gegen dieselben Opposition. Trotz allem dem müsse man jedoch die Sache versuchen, denn wenn man jetzt nicht dem Hause Habsburg die deutsche Krone entreisse, so müsse man ein für allemal „das desperate Werk aufgeben.*)

*) Bamberger Archiv. Anhalt an den Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg dd. $\frac{9.}{19.}$ Nov. 1617.

Bevor Friedrich seine münchner Reise antrat, suchte er sich über die Stimmung der weltlichen Kurfürsten zu belehren und verabredete deshalb zuerst eine Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Brandenburg, den der Kaiser gleicherweise zur persönlichen Betheiligung am Kurfürstenconvente eingeladen hatte. Der Pfalzgraf war mit dem Resultate der mit seinem Collegen angeknüpften Verhandlung recht zufrieden, denn er fand, dass sich ihre beiderseitigen Wünsche und Absichten begegneten und eine Allianz zwischen ihnen gegen die Habsburger leicht herzustellen sei. Beide Kurfürsten reisten nach gehabter Unterredung nach Dresden, um mit Johann Georg die Sachlage zu besprechen.

Am kaiserlichen Hofe war man rechtzeitig von diesem in Dresden beabsichtigten Besuche unterrichtet. Da man darüber nicht in Zweifel sein konnte, dass die beiden erstgenannten Kurfürsten ihren sächsischen Collegen nicht zu Gunsten der kaiserlichen Politik stimmen würden, so schickte man von Prag noch im letzten Augenblicke den Grafen Zollern an Johann Georg ab, um ihm die Haltung gegen seine hohen Gäste vorzuzeichnen. Man bat ihn, er möge dieselben erstens für die persönliche Theilnahme am Kurfürstenconvent und zweitens für die Vornahme der römischen Königswahl vor Beginn der übrigen Verhandlungen zu gewinnen suchen. Der Kurfürst würde gern den kaiserlichen Wünschen entsprochen haben, allein bei der Gesinnung seiner Besucher war dies unmöglich. Beide waren gekommen, um Kursachsen gegen den Kaiser einzunehmen, wie liess sich erwarten, dass sie selbst ganz und gar für denselben gewonnen werden könnten? Johann Georg leistete das höchste, was unter solchen Umständen geleistet werden konnte, er liess sich nicht nur in seiner Freundschaft für den Kaiserhof nicht wankend machen, sondern bemühte sich auf das äusserste seinen Amtsbrüdern die Verpflichtung zur Theilnahme am Kurfürstenconvente klar zu machen. Er betonte, dass dort einzig und allein die Composition gelingen könne, wenn sie überhaupt je zu Stande kommen würde und hütete sich wohl zu sagen, dass der Kaiser den Convent vor allem wegen der Königswahl berufe und sobald diese vollzogen sei, für die Composition keinen besonderen Eifer entwickeln werde.

17. Nov. 1617

Seiner Bemühung, so wie seiner hervorragenden Stellung gelang es, die beiden Kurfürsten zu einiger Nachgiebigkeit zu bewegen. Sie versprachen zum Convente zu kommen, nur verlangte Brandenburg, dass der Termin bis zum April 1618 hinausgeschoben werde, weil seine persönlichen Verhältnisse ihm eine frühere Abreise nicht gestatteten. Der Graf Zollern konnte in seinem Berichte an den Kaiser die Bemühungen Johann Georgs nicht genug rühmen: wenn derselbe nicht alles bewirkt habe, was der Kaiser wünsche, so sei das Mehr platterdings nicht zu erreichen gewesen. *)

Wenn man indessen die von Johann Georg erlangten Erfolge näher ansieht, so kann man nicht umhin, sie sehr mässig zu nennen. Auf die mehrfachen schriftlichen Mahnungen und auf die Absendung ausserordentlicher Gesandten von Seite des Kaisers, sowie auf die inständigen Bitten Kursachsens war von den beiden anderen weltlichen Kurfürsten so viel erlangt worden, dass sie sich zu einer Berathung mit dem Kaiser einfinden wollten. Um dieses Versprechen von ihnen zu erlangen, musste aber der eigentliche Berathungsgegenstand, nämlich die Königswahl, in dem officiellen Einladungsschreiben ausgelassen und die Composition vorgeschoben werden. Dadurch behielten Pfalz und Brandenburg immer die Entscheidung in der Hand, an dem Convente theilzunehmen oder nicht, falls der Kaiser etwas anderes als die Composition aufs Tapet bringen wollte. Friedrich von der Pfalz machte wenigstens kein Hehl daraus, dass er sich allsogleich vom Convente zurückziehen werde, wenn die Succession zur Verhandlung kommen sollte, weil er sich über eine „so schwere und hochwichtige Frage“ ohne genügende Vorbereitung und ohne das Studium früherer Vorgänge nicht entscheiden könne.

Die Sachlage war also so beschaffen: Lud der Kaiser den Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg zum Convente ein mit der ausdrücklichen Angabe, es solle über die

*) Die Correspondenzen über die Zusammenkunft in Dresden im Archiv des k. k. Min. des Innern. Daselbst auch der Bericht Zollerns an den Kaiser dd. 2. Dec. 1617.

Succession verhandelt werden, so lehnten sie ihr Erscheinen ab; lud er sie ein, ohne diesen Gegenstand speciell anzugeben, so waren sie berechtigt, den Convent zu verlassen, falls eine Frage zur Verhandlung kam, auf die sie sich nicht gehörig vorbereitet hatten. So klar und scharf war übrigens nur bei dem Pfalzgrafen die Stellung zugespitzt, bei dem Kurfürsten von Brandenburg war ein Eingehen in die Wünsche des Kaisers nicht absolut ausgeschlossen. — Die Erfolge Johann Georgs reichten also nicht weit, sie waren nur dann höher anzuschlagen, wenn es gelang Pfalz und Brandenburg auf dem Convente gewissermassen zu überrumpeln. Es blieb jedoch dem Hause Habsburg nichts übrig, als diese Schwierigkeiten und leidigen Verhandlungen auf sich zu nehmen, denn eine Niederlage in der deutschen Nachfolge drohte mit dem grössten Verderben. Mathias liess sich den von Brandenburg begehrten Aufschub gefallen und so wurde vorläufig bestimmt, dass der Convent im April zu Regensburg zusammentreten solle. Die Absendung der definitiven Einladungsschreiben wurde auf spätere Zeit verschoben.

1618

Das pfälzische Cabinet war mit dem Aufschub sehr zufrieden, weil es die Zwischenzeit zur Organisirung einer kurfürstlichen Opposition benützen wollte. Die Reise des Pfalzgrafen Friedrich nach München, die schon im November 1617 beschlossen worden, sollte gegen Ende Januar 1618 ins Werk gesetzt werden. Der junge Mann war zwar kein besonders geschickter Unterhändler und in seiner Unerfahrenheit dem klugen und vorsichtigen Herzog nicht gewachsen, allein man mag in Heidelberg gefühlt haben, dass sein frisches, ehrliches Gesicht wirksamer sein konnte, als die Schlauheit der alten Diplomaten, denen man in München von vornherein misstraute. Als Friedrich in München ankam, suchte er gleich bei dem ersten Besuche den Herzog für die Candidatur um die deutsche Krone zu gewinnen. Er verhiess ihm seine eigene und die brandenburgische Stimme, bemerkte, dass ihm die kölnische nicht fehlen könne und stellte es als leicht hin, eine vierte und mit ihr die Majorität gewinnen zu können, denn sowohl auf Sachsen wie auf Trier könnte einige Hoffnung gesetzt werden.

6. Feb. 1618

Um Maximilian noch mehr Lust zu machen, zeigte der Pfalzgraf einen Brief seines Schwiegervaters Jakobs I von England vor, in dem der letztere sich höchlich über eine etwaige Candidatur Baierns freute und seine Unterstützung, sowie seine diplomatischen Dienste in Frankreich verhiess. Der Herzog liess sich jedoch durch nichts irre machen; sowohl bei dem ersten Zusammentreffen, wie bei jedem folgenden, in dem der Pfalzgraf stets von neuem seine ungeübten Verführungskünste versuchte, lehnte er mit aller Bestimmtheit die gemachten Anträge ab und erklärte, dem Hause Habsburg die abermalige Erlangung der deutschen Krone nicht missgönnen zu wollen. So musste Friedrich unverrichteter Dinge abreisen und konnte später in seinem Unglück nie den Vorwurf gegen Maximilian erheben, dass er ihn je einen Augenblick über seine wahre Gesinnung in Zweifel gelassen habe. *)

Alle Anstrengungen des heidelberger Cabinets dem Kaiser in der Successionsfrage von vornherein eine Niederlage zu bereiten, waren sonach gescheitert. Der König von England selbst mahnte in einem späteren Schreiben seinen Schwiegersohn, zwar nichts unversucht zu lassen, um das angestrebte Ziel zu erreichen, wenn aber die Majorität der Kurfürsten nicht zu gewinnen sei, sich in das unvermeidliche zu fügen und sich seine Stimme von Ferdinand so theuer als möglich bezahlen zu lassen. **) Der Herzog von Lothringen hatte also Recht, wenn er von der thätigen Mithilfe Englands nicht viel erwartete, denn Jakobs Rathschläge lauteten sehr friedlich. Auch die Bemühungen in Frankreich liessen dem Pfalzgrafen keine Hoffnung; Villeroy war zwar gestorben, dennoch wollte man auch jetzt im französischen Cabinete die Feindschaft gegen Oesterreich nicht zum Principe der auswärtigen Politik machen. Der König selbst war den Ansprüchen Ferdinands so günstig gestimmt, als dies vernünftigerweise erwartet werden konnte. Man wird nicht irre

*) Münchner Staatsarchiv $\frac{400}{151}$. Summarischer Vergrif, was Pfalzgraf Kurfürst F. G. in puncto successionis mit Herzog Maximilians F. D. mündtlich tractirt und höchstgedacht F. D. sich darauf resolvirt.

**) Wiener Staatsarchiv. Jakob an Kurpfalz dd. $\frac{\text{28. März}}{\text{7. April}}$ 1618.

gehen, hiebei den Anstrengungen Pauls V einiges Verdienst zuzuerkennen; thatsächlich gab er seinem Nuncius in Paris wiederholt den Auftrag dahin zu wirken, dass sich Frankreich nicht zum Nachtheile Ferdinands in die deutschen Angelegenheiten mische. Beidemal gab Ludwig XIII die besten Versicherungen, zuletzt versprach er sogar seine guten Dienste bei Kurpfalz. *) Ist auch von der Verwirklichung dieses Versprechens in den Acten nichts zu finden und darf man gleichfalls annehmen, dass der König keinen besonderen Eifer bewiesen, so ist doch gewiss, dass er die Bestrebungen des Pfalzgrafen weder wachrief, noch sich an ihnen betheiligte.

Im Beginne des Frühjahres 1618 standen also die Sachen für Ferdinand nicht gerade ungünstig. Das Zustandekommen des Kurfürstenconvents war gesichert und bei einer Wahl waren fünf Stimmen auf seiner Seite. Ob Brandenburg und Pfalz gegen die Vornahme der Wahl protestiren und sich in diesem Falle vom Convente entfernen würden, war nicht mehr ganz gewiss, denn wenn sie keine Stütze im Auslande fanden und im Reiche selbst die überwiegende Majorität gegen sich hatten, so war es möglich, dass sie sich, wenn auch mit Widerwillen, fügten und die Wahl guthiessen. Die Schwierigkeiten, die jetzt auftauchten, kamen vom kaiserlichen Hofe selbst und von seinen ewigen Zögerungen. Khlesl hatte ursprünglich die Berufung des Kurfürstenconvents auf Lichtmess 1618, also für die ersten Februartage bestimmt; die Erklärung des Kurfürsten von Brandenburg, dass er erst im April kommen könne, hatte den kaiserlichen Hof zu einer Prorogation bis zu diesem Zeitpunkte vermocht, und als endlich die Einladungsschreiben zum Convente aus der kaiserlichen Kanzlei expedirt wurden, wurde der 28. Mai 1618 als Eröffnungstag und Regensburg als Ort der Zusammenkunft festgesetzt. Der Cardinal hatte dafür gesorgt, dass es ihm an Gründen für diesen neuen Aufschub nicht fehlte. Mit Bedacht hatte er den ungarischen Wahlreichstag erst im März 1618, statt zwei Monate früher, berufen, um in

*) Archiv von Simancas 1866. Der Cardinal Borja an Philipp III dd. Rom 16. Feb. 1618.

dessen voraussichtlich bis in den Monat Mai hineinreichenden Verhandlungen einen passenden Rechtfertigungsgrund für die spätere Reise des Kaisers nach Regensburg zu haben. Aber auch mit dem 28. Mai hatte er nicht sein letztes Wort gesprochen, schon suchte er nach neuen Ursachen für eine weitere Fristerstreckung, die scheinbar ausser dem Bereiche seiner Einwirkung liegen sollten. Als die Hofkammer von ihm beauftragt wurde, die Mittel für die Auslagen der kaiserlichen Reise bereit zu halten, ergoss sie sich als Antwort darauf in Klagen, dass sie wegen tausendfach verschiedener Auslagen keine grössere Summe zur Verfügung stellen könne. Von Seite Ferdinands und seiner Anhänger wurde behauptet, dass die Klagen erlogen seien und Khlesl hinter der Zahlungsunfähigkeit der Kammer stecke, und es scheint, dass diese Behauptung nicht ohne Grund war. Der Cardinal schlug jedoch durch seine Organe den Satz breit, dass ohne Geld keine Reise möglich sei und dass, wenn sie möglich gemacht werden solle, Spanien eine Aushilfe leisten müsse. Der Vicekanzler Herr von Ulm fand sich zum Besuche bei Oñate ein und stellte an ihn formell das Verlangen um eine Subvention. *)

Die theils vorgeschützte, theils nur zu wahre Armuth der Hofkammer blieb nicht die einzige Waffe Khlesl's, denn sie konnte ihm durch eine rechtzeitige Subsidienzahlung Spaniens entwunden werden. Er verfiel auch auf die Absicht, die Landtage von Ober- und Niederösterreich zu berufen, um die Nachfolge Ferdinands im Erzherzogthum festsetzen zu lassen. Da diese Landtage nicht füglich vor dem Schlusse des ungarischen Reichstages zusammentreten konnten, so war der Zeitpunkt ihrer Eröffnung unberechenbar, jedenfalls aber würden sie den Kurfürstenconvent neuerdings verzögert haben. Das war es aber, was Khlesl wollte, und deshalb trug er dem Könige Ferdinand die Huldigung des Erzherzogthums an. Dieser, von dem Wunsche beseelt, so bald als möglich alle Ansprüche auf den Besitz der österreichischen Monarchie in seiner Hand zu vereinen, war im

*) Archiv von Simancas $\frac{2503}{54}$. Erster Brief Oñate's an Philipp III vom 7. März 1618.

Begriffe, in die Falle zu gehen, wenn Oñate ihn nicht rechtzeitig gewarnt hätte. War einmal die Succession in Ungarn und Böhmen bestimmt, so hatte es mit der in Oesterreich keine Schwierigkeit mehr und jedenfalls war ihre unmittelbare Festsetzung nicht von so hoher Bedeutung, um deshalb den Kurfürstenconvent zu vertagen. Aber es machte sich noch ein anderer und wichtigerer Grund geltend. Liess sich Ferdinand jetzt in Oesterreich huldigen, so musste er alle jene Privilegien, die Mathias den Ständen gegeben oder bestätigt hatte, auch bestätigen und unter diesen das Glaubensprivilegium von 1609, die sogenannte Concession, die ihrem Inhalte nach Aehnlichkeit mit dem böhmischen Majestätsbriefe hatte. Nun hatte Ferdinand den letztern in Böhmen nur im Drange der Umstände bestätigt, er wollte das Gleiche in Oesterreich gern vermeiden, wenn es nur halbwegs möglich war. Oñate machte ihn darauf aufmerksam, dass er bei seinem unzweifelhaften Erbrechte im Erzherzogthum die Huldigung bis nach dem Tode des Kaisers verschieben, deren Leistung dann bedingungslos verlangen könne und die Concession nicht zu bestätigen brauche. Dieses leuchtete Ferdinand und seinem Vetter Maximilian wohl ein, beide liessen sich den Grund gefallen und ersterer lehnte darauf die österreichische Huldigung ab. Dem Cardinal war somit ein Behelf entwunden. *) Als jedoch ein Jahr nach des Mathias Tode die Oesterreicher unter verschiedenen Vorwänden Ferdinand die Huldigung verweigerten und seine Lage zu einer verzweifelten machten, hätte derselbe viel darum gegeben, wenn er diesmal weniger zuversichtlich und kühn gewesen wäre.

Die Verhandlungen wegen des Kurfürstenconvents und der Herbeischaffung des nöthigen Geldes traten jetzt in Folge der

---

*) Simancas $\frac{2503}{50}$. Oñate an Philipp III dd. 7. März 1618. Wir können nicht umhin, bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung gegen Hammer-Purgstall zu machen. Er behauptet in Khlesl, Bd. IV S. 89, Ferdinand habe im Vereine mit Maximilian Hochverrath gegen Mathias gebraut, beide hätten ihm das Erzherzogthum Oesterreich entreissen und ihn bei dieser Gelegenheit entthronen wollen. Diese Beschuldigung ist einfach aus der Luft gegriffen und steht zur Wirklichkeit, wie aus unserer Erzählung ersichtlich, in geradem Gegensatz.

Eröffnung des ungarischen Reichstages für einige Zeit in den Hintergrund.

II

Mit vielem Bangen hatten die Freunde Ferdinands der Berufung des ungarischen Reichstages entgegengesehen, weil sie auf demselben grossen Schwierigkeiten von Seite der Protestanten zu begegnen fürchteten. Die Absicht des Hofes und vor allem Ferdinands ging dahin, die Uebertragung der Krone von Ungarn unter ähnlichen Bedingungen zu erlangen, wie die der böhmischen Königskrone; hatte sich der Landtag in Böhmen schliesslich zur Anerkennung des Erbrechtes bequemt, so sollte dies auch in Ungarn geschehen. Da jedoch für das habsburgische Linearerbrecht in Ungarn nicht so entscheidende Gründe sprachen, wie in Böhmen und man von den Ungarn auch nicht hoffen konnte, dass sie sich durch Verhandlungen zur Nachgiebigkeit bewegen lassen würden, so dachte man am kaiserlichen Hofe schon frühzeitig daran, andere Mittel in Bewegung zu setzen. Gegen Ende des J. 1617, nachdem der Krieg zwischen Ferdinand und den Venetianern beendigt war, suchte Graf Khevenhiller um eine Audienz bei Philipp III nach, und überreichte ihm ein Memorandum, in dem er den König bat, jene Truppen, die bisher im spanischen Solde in Friaul gegen Venedig gedient hatten, noch länger im Dienste zu behalten und sie dem Kaiser für den Nothfall gegen Ungarn zur Verfügung zu stellen.*) Man beabsichtigte also in Wien den Reichstag durch eine bedeutendere Truppenentfaltung an der ungarischen Grenze im Zaume zu halten und von demselben die Annahme Ferdinands als erblichen Königs zu erzwingen. Die Umstände waren der Durchführung dieses Planes insofern etwas günstiger,

*) Archiv von Simancas. Relacion de lo que ha passado en quanto a la gente, que pidió el Emperador para la dieta de Ungria 1618. — Ebendaselbst: Zuschrift des Staatsraths an Philipp III dd. 9 Sept. 1617.

als der von Mathias ebenso gehasste wie gefürchtete Palatin Thurzo vor mehr als Jahresfrist gestorben war. Dadurch fehlte der ungarischen Opposition nicht nur der natürliche Mittelpunkt, sondern es konnte auch ein oder das andere einflussreiche Parteihaupt mit der Aussicht auf diese Würde geködert werden.*)

Die Antwort aus Spanien liess lange auf sich warten, so dass mittlerweile zur Eröffnung des Reichstages geschritten werden musste. Mathias, wie gewöhnlich von seiner Gicht geplagt, gieng nicht nach Pressburg; als seinen Stellvertreter sandte er den Throncandidaten Ferdinand selbst und als Commissäre zur Leitung der Verhandlungen mit dem Reichstage den Cardinal Khlesl, den Hofkriegsrathspräsidenten Herrn von Molart und den Reichsvicekanzler Freiherrn von Ulm. Von einflussreichen Persönlichkeiten fand sich unter andern auch der Freiherr von Eggenberg, Ferdinands Vertrauter, in Pressburg ein. In der Proposition, 1618 die dem Reichstage bei seiner Eröffnung am 23. März vorgelegt wurde, verlangte Mathias, dass, da er selbst kinderlos sei und seine Brüder, die bereits in vorgerücktem Alter ständen, „ihren Ansprüchen" auf die Krone freiwillig entsagt hätten, sein von ihm an Sohnes statt angenommener Vetter Ferdinand als König „ausgerufen, anerkannt und gekrönt werde." **) Das Wort „Wahl" war sorgfältig vermieden worden. Die ungarischen Stände waren natürlich nicht im unklaren über die Absicht, welche sich hinter dem Wortlaute der Proposition verbarg, übrigens hatte ihnen auch der Verlauf der böhmischen Verhandlungen jeden Zweifel benehmen können. Die meisten Mitglieder des Reichs-

---

*) Alles, was hier und im folgenden über die Art und Weise, wie Ferdinand auf den ungarischen Thron gelangte, erzählt wird, ist erstens dem Berichte Oñate's über die Pressburger Verhandlungen (im Archiv von Simancas $\frac{2504}{83}$) und zweitens der Originalcorrespondenz zwischen Ferdinand, Maximilian, Khlesl und dem Kaiser, die sich in ihrer Vollständigkeit im Archiv das k. k. Ministeriums des Innern in Wien erhalten hat, entnommen. Die interessanten Aufschlüsse stehen demnach im Verhältnisse zur Wichtigkeit der Quellen.

**) Im Originale heisst es: Am besten werde für Ungarn vorgesorgt werden, si . . Ferdinandus in Regem Hungariae proclametur, agnoscatur et coronetur.

tags waren in Pressburg erschienen in der Erwartung, Mathias werde nichts anderes verlangen, als dass sein Vetter den ungarischen Thron durch Wahl besteige, wie er ja selbst durch Wahl auf denselben berufen worden. Gegen ein derartiges Verlangen hätte sich keine bemerkenswerthe Opposition erhoben und die Successionsfrage wäre rasch und ohne besondere Schwierigkeit zu Gunsten Ferdinands geregelt worden. Das völlige Umgehen des von den Ständen unzweifelhaft, ob nun in mehr oder minder beschränkter Weise ausgeübten Wahlrechts, wie sich dies aus den sorgfältig gewählten Worten der Proposition kund gab, dann die Erwähnung der von den Erzherzogen Albrecht und Maximilian ausgestellten Verzichtleistung auf ihre Thronansprüche, welche Verzichtleistung nur bei einer Linearerbfolge des habsburgischen Hauses einen Sinn hatte, das alles brachte auf dem Reichstage eine grosse Bewegung hervor und steigerte die bei den Ungarn ohnedies stets vorhandene Neigung zur Opposition.

Der Reichstag leitete den Kampf gegen die königliche Proposition damit ein, dass er vom Kaiser verlangte, er möge zuvor für die Besetzung des Palatinats Sorge tragen, da die gesetzliche Frist eines Jahres seit dem Tode Thurzo's bereits lange verstrichen sei. Diese Forderung war zu berechtigt, als dass sie hätte abgelehnt werden können; Mathias gab daher in seiner Antwort dem Reichstage das Versprechen, die Palatinswahl unmittelbar nach der Thronbesetzung vornehmen zu lassen, und begründete den vorläufigen Aufschub nur damit, dass „es sich nicht schicke, den Diener dem Herrn vorangehen zu lassen.“ Ferdinand und die königlichen Commissäre in Pressburg hofften damit der Opposition die Spitze abgebrochen zu haben, um so mehr als sich die königlich gesinnte Partei im Reichstag rührig und thätig benahm. Zu derselben gehörten sämmtliche Bischöfe und die Mehrzahl der Magnaten; sie zeigte sich für Ferdinand günstig gestimmt und liess wiederholt ihre Neigung durchblicken, ihn im Sinne der königlichen Proposition als König „annehmen“ zu wollen. Die Haltung der Prälaten und Magnaten reizte aber gerade die übrigen Mitglieder des Reichstags und trieb sie zu einer immer schärferen Opposition; das Zugeständniss der bevorstehenden Palatinswahl fand geringe Beachtung und die De-

27. März 1618

28. März

batten nahmen rasch einen leidenschaftlichen Charakter an. Die Vorwürfe und Kritiken bezüglich des Wortlautes der königlichen Proposition verschafften der Opposition einen wenigstens theilweisen Sieg, denn es scheint, dass die Anhänger der Dynastie sich bereits damit zufrieden geben wollten, wenn der Reichstag ohne weiteres Zögern Ferdinand zum König in der Weise „wählen" würde, wie dies mit Mathias und anderen Habsburgern geschehen war.

So trat das von kaiserlicher Seite so sorgfältig vermiedene Wort „Wahl" in den Vordergrund und beherrschte die Debatte. Die königlichen Commissäre gelangten im Laufe der Verhandlung bald zur Einsicht, dass dasselbe nicht umgangen werden könne, und trachteten fortan nur seine Bedeutung durch passende Zusätze zu schmälern. Sie hofften von Stunde zu Stunde, dass der Reichstag sich über eine Wahlformel einigen werde, und Ferdinand selbst war dessen so gewiss, dass er in einem Schreiben an Maximilian einen der ersten Apriltage als Wahltag bezeichnete. Die königliche Partei im Reichstage hielt diese Hoffnungen aufrecht, ja die Prälaten und Magnaten verstiegen sich sogar zur Drohung einer abgesonderten Wahl, wenn der niedere Adel in seiner Opposition zu weit gehen würde. *) Der letztere liess sich jedoch nicht einschüchtern, sondern verlangte, Mathias solle vor der Wahl ein Diplom ausstellen und in demselben anerkennen, dass den Ständen ein unbeschränkt freies Wahlrecht (mera et libera electio) bei der Besetzung des Thrones zustehe. Dieses Diplom solle nach vollzogener Wahl in die Reichstagsartikel aufgenommen werden und nicht nur das ständische Wahlrecht für alle Zukunft zu einer zweifellosen Thatsache machen, sondern auch dem Hause Habsburg die Möglichkeit abschneiden, irgend welche Erbrechte in Anspruch zu nehmen. In Betreff der Palatinswahl wollte die Opposition nachgeben und diese nach der Königswahl vornehmen, doch knüpfte sie eine Bedingung daran. Nach dem Gesetze hatte der König den Ständen bei einer Palatinswahl vier Candidaten vorzuschla-

1. April 1618

*) Archiv des Minist. des Innern. Molart an Maximilian dd. 1. April. — Ebend. Ferd. an Max dd. 1. April. 1618.

gen, aus denen diese den Palatin wählten. Die Opposition verlangte nun, Mathias solle seinen Vorschlag schriftlich vor der Königswahl übergeben, damit man unmittelbar nach derselben zur Wahl des Palatins schreiten könne.*)

Aus den eben skizzirten Forderungen ergibt sich, dass die ungarische Opposition im Gegensatze zu der königlichen Proposition, in der Mathias eine Linearerbfolge für das Haus Habsburg in Anspruch nahm, nach einem absolut freien Wahlrechte strebte, welches die Krone Ungarn dem Belieben des Adels ebenso preisgeben sollte, wie dies in Polen bereits der Fall war. Es machte sich hiebei der eigenthümliche Umstand geltend, dass der König und die Reichstagsopposition ihre entgegengesetzten Ansprüche in der Geschichte begründet glaubten; was antwortet nun die Geschichte auf diese doppelte Berufung?

Die habsburgischen Prinzen oder deren Anhänger machten vor allem drei Gründe für sich geltend. Sie behaupteten erstens, dass die ungarische Krone seit Stephans Zeiten in der Primogenitur erblich gewesen, und die Erblichkeit sich zu einem durch das Herkommen geheiligten Fundamentalgesetz des Landes entwickelt habe. Wenn der Thron durch Wahl je besetzt worden, so sei dies ein Verstoss gegen die Gewohnheit gewesen, den man nicht bald genug wieder gut machen könne. Nach dieser Theorie war jede Dynastie, die einmal den Thron von Ungarn inne hatte, erbliche Besitzerin desselben. Der zweite Grund, den die Vertheidiger des Erbrechts geltend machten, lautete insbesondere zu Gunsten des Hauses Habsburg und wurde aus den Verträgen von Oedenburg (1463) und Pressburg (1491) hergeleitet, durch welche diesem Hause mit Zustimmung des Reichstags Erbansprüche auf Ungarn, im Falle des Erlöschens des Königsgeschlechtes, zugesichert wurden. Der dritte Grund wurde in einer Erklärung des ungarischen Reichstags von 1547 gesucht, auf dem die Stände von Ferdinand verlangten, er solle seinen Sohn Maximilian als seinen Statthalter nach Ungarn schicken, bei welcher Gelegenheit sie die Aeusserung thaten:

---

*) Responsum Statuum et Ordinum ad literas S. M^tis. Posonii. 2. Apr. Archiv des k. k. Min. des Innern.

„sie hätten nicht blos Ferdinand allein zu ihrem Könige erkoren, sondern sich für alle Zukunft seinen Erben als ihrem Herren unterworfen.“ *) So sprachen also nach der Ansicht der Kaiserlich-Gesinnten das *Herkommen*, *alte Verträge* und *neuere bindende Aeusserungen der Stände* für die Erbfolge des Hauses Habsburg überhaupt und zum Theil auch für die Primogeniturerbfolge.

Die Gegner des habsburgischen Erbrechtes, und diese bildeten die Majorität auf dem Reichstage von 1618, behaupteten dagegen, dass die Stände seit undenklichen Zeiten den Thron durch Wahl besetzt hätten und verlangten auch jetzt die Aufrechthaltung ihres Wahlrechtes.

Man sollte denken, dass es bei einem so wichtigen Gegenstande nicht schwer sein durfte, dem eigentlichen Rechtsverhältnisse auf den Grund zu kommen. Wenn man von der grauen Vergangenheit absah, musste ja die Geschichte des Hauses Habsburg einen genügenden Aufschluss bieten, denn vier Fürsten aus dieser Familie hatten bereits den ungarischen Thron bestiegen und es konnte ja nicht unbekannt sein, unter welchen Bedingungen dies geschehen war. Die seit 100 Jahren beobachtete Ordnung musste in dem Streite den Ausschlag geben. So möchten wir allerdings vermuthen, allein gerade die Geschichte der letzten 100 Jahre war nicht darnach angethan, Klarheit in den strittigen Fall zu bringen, denn thatsächlich hatte jeder der vier ersten habsburgischen Prinzen den ungarischen Thron auf Grund eines andern Rechtstitels bestiegen. Ferdinand I war durch Wahl auf den Thron gelangt und erkannte dies auch ursprünglich an, später suchte er jedoch aus dem im Jahre 1526 vernachlässigten Erbrechte seiner Frau, aus dem ungarischen Herkommen, aus dem obengenannten ödenburger und pressburger Vertrag ein Erbrecht für sein Haus herzuleiten und machte daraus bei verschiedenen Anlässen kein

*) Die betreffenden Worte lauten: die Stände haben sich non solum Majestati Suae sed etiam suorum haeredum imperio in omne tempus subsiderunt.

Hehl.*) Am deutlichsten traten seine Ansprüche in dem Frieden hervor, den er im Jahre 1538 mit Johann Zapolya zu Grosswardein abschloss. In dem Friedensvertrage wurde nämlich festgesetzt, dass Johann Zapolya und seine Nachkommen erst dann zum erblichen Besitz von Ungarn gelangen sollten, wenn Ferdinands I und Karls V Nachkommenschaft erloschen sein würde. Dieser Vertrag, in dem Ferdinand für sich und seinen Bruder und ihre beiderseitige Descendenz das Erbrecht auf den ungarischen Thron festsetzt und ausserdem noch zu Gunsten eines Dritten über denselben verfügt, gelangte zur Kenntniss der Stände, sei es einzelner oder der Gesammtheit, ohne dass dagegen ein Protest erhoben worden wäre. Sie gaben im Gegentheile wenige Jahre später (1547) die für die Ansprüche der Habsburger so günstig lautende obenerwähnte Erklärung ab.

Nichtsdestoweniger beruhigte sich Ferdinand weder mit dieser Erklärung, noch mit seiner mehrfach an den Tag gelegten Ueberzeugung von dem Erbrechte seines Hauses, sondern bemühte sich sorgfältig, allen etwaigen Schwierigkeiten dadurch zu begegnen, dass er noch bei seinen Lebzeiten seinen Sohn Maximilian als König von Ungarn anerkannt wissen wollte. Er verlangte, dass dies ohne jede vorhergehende Wahl von Seite der Stände geschehe und Maximilian vermöge des ihm angeborenen Rechtes, als sein ältester Sohn, zum Könige angenommen und gekrönt werde. Die Mitglieder des königlichen Rathes, um ihre Meinung befragt, missbilligten diese Forderung und behaupteten im weiteren Verlaufe des Streites, dass bei Maximilian nicht eine einfache Annahme, sondern eine Wahl stattfinden müsse, und dass dem Reichstage das Recht zustehe,

*) Eine nähere Auseinandersetzung der Anlässe, bei denen Ferdinand seine Erbansprüche behauptete, ist hier nicht am Orte. Unsere Behauptungen über die verschiedene Art und Weise, wie die Habsburger in Ungarn zur Regierung gelangt sind, haben wir übrigens in einem eigenen Aufsatze erörtert, den wir unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Werkes zu publiciren gedenken. Auf Grund bisher unbenützter, im Archiv des k. k. Minist. des Innern befindlicher Acten wird in dem betreffenden Aufsatz dieser Gegenstand untersucht werden.

zwischen den Söhnen Ferdinands zu wählen, wobei es allerdings keinem Zweifel unterliege, dass die Stände sich dem Herkommen gemäss für den ältesten entscheiden würden. In der Entwicklung ihrer Ansichten kamen die Räthe dahin, dem Hause Habsburg in seiner Gesammtheit ein Erbrecht zuzuerkennen, dem Reichstage aber das Recht einzuräumen, unter den Erzherzogen jenen zu bezeichnen, den sie zum Könige haben wollten. Ferdinand verwarf diese Theorie und setzte es schliesslich durch, dass der Reichstag von Pressburg im Jahre 1563 Maximilians Krönung ohne vorausgegangene Wahl zuliess. Ferdinand betrachtete dies als einen Sieg nicht bloss des allgemeinen habsburgischen Erbrechtes, sondern auch der Primogeniturerbfolge; es war aber nur ein halber Sieg, denn eine ausdrückliche Anerkennung seiner Erbrechtstheorie setzte er bei dem Reichstage nicht durch.

Schon bei der Thronbesteigung Rudolfs II waren die Vorgänge etwas verschieden. Die ungarischen Stände warteten diesmal nicht ab, dass sie von Maximilian II zur Krönung seines ältesten Sohnes aufgefordert würden, sondern baten (postulaverunt) ihn schon früher, er möge ihnen denselben zum Könige geben. Diese Postulirung wurde als eine Art Wahl gedeutet und mag vielleicht in schlauer Weise von dem dem habsburgischen Erbrechte nicht geneigten Theile der Stände angeregt worden sein. Diese Partei ist es wohl auch gewesen, welche in die Reichstagsbeschlüsse über die Erhebung Rudolfs II die Worte einzufügen wusste, dass letzterer zuerst von den Ständen verlangt und gewählt (postulatus antea electusque) und dann gekrönt worden sei. So gelangte das von Ferdinand I so sehr verabscheute Wort „Wahl" in die officiellen Schriftstücke eines Reichstages und konnte in der Zukunft auf mancherlei Weise ausgebeutet werden und alle Bemühungen Ferdinands I zu nichte machen.

Bei Mathias machten sich neue Verhältnisse geltend. Er hatte durch seine, wenn auch gerechtfertigte Auflehnung gegen seinen Bruder die ungarische Krone der Gunst der Aufständischen zu danken und musste sich daher die hiebei gestellten Bedingungen gefallen lassen. So geschah es denn, dass die Stände

diesmal entschieden ein Wahlrecht in Anspruch nahmen und dasselbe ausübten, ohne dass Mathias eine Einsprache erhoben oder seine Erbrechte geltend gemacht hätte.

Man sieht, dass es schwer war, die Vorgänge bei der Erhebung der genannten vier Fürsten in ein System zu bringen. Jede neue Thronbesteigung hatte neue Verhandlungen zur Folge gehabt, bei denen zwischen den Parteien keine offene Auseinandersetzung stattfand, sondern der weniger Mächtige sich stets mit einem Hintergedanken den Umständen fügte. In den hin- und herschwankenden Verhältnissen ist sonach der Grund zu suchen, weshalb man schliesslich auf kaiserlicher wie auf ungarischer Seite auf die Vorgänge seit 100 Jahren nicht mit überzeugender Sicherheit zurückweisen konnte, sondern auf eine ältere Zeit zurückging. Auf kaiserlicher Seite fand man das Primogeniturerbrecht in dem Herkommen seit der Arpadenzeit begründet und hielt die Ausnahmen für unberechtigte Unterbrechungen, die Stände sahen dagegen die von ihnen frei vorgenommenen Wahlen eines Albrecht, Wladislaw I, Mathias Corvinus, Wladislaw II und Ferdinand I, als unantastbare Beweise ihres Rechtes und des von ihnen behaupteten Herkommens an. Indem sich die Majorität des Reichstags die absolut freie Wahl durch ein königliches Diplom für die Zukunft sichern wollte, lag es in ihrer Absicht, das Ungewisse in der ungarischen Thronfolge ein für allemal und natürlich auf Kosten der Dynastie zu beseitigen.

Von der schlimmen Wendung, welche die Verhandlungen des Reichstags nahmen, wurde Khlesl von dem Erzbischof von Gran, Pazman und dem Judex Curiae Forgach, einem Katholiken benachrichtigt. Der Cardinal bemühte sich den beiden Herren das Unberechtigte in dem Auftreten der Majorität nachzuweisen und hatte damit keine grosse Mühe, da dieselben von vornherein seiner Meinung waren. Unter den vielen Gründen, die er für das Erbrecht der Habsburger vorbrachte, war einer, der zwar nicht juristischer Natur war, deshalb aber nicht minder schwer in die Wagschale fiel. Er wies nämlich auf die unermesslichen Opfer hin, die das Haus Habsburg zur Behauptung der Krone Ungarn gegen die Türken gebracht habe, und wie es die darauf be-

2. April 1618

gründeten Ansprüche durch die Zulassung des Wahlrechts nicht so leichten Kaufes aufgeben könne. Es war zwar nicht das Haus Habsburg, das diese Opfer gebracht hatte, sondern die Unterthanen desselben, die Krone Böhmen und die österreichischen Herzogthümer, die seit 100 Jahren in der Bekämpfung der Türken ihren ganzen Wohlstand eingebüsst hatten, aber Ungarn gegenüber waren es jedenfalls die Habsburger, die sich das Verdienst hievon zuschreiben konnten. Die in der That beispiellosen Opfer ihrer Erbländer konnten das Erzhaus berechtigen, von Ungarn die Anerkennung des Erbrechtes zu verlangen, auch wenn selbes weder in der Geschichte noch in einer Urkunde begründet war. In Erwägung dieses Sachverhalts sahen die deutschen Staatsmänner am kaiserlichen Hofe eine gewaltsame Zurechtweisung der ungarischen Wahlansprüche für eine vor Gott und Menschen gerechtfertigte Handlung an.

Am Schlusse seiner Argumente bemerkte Khlesl, dass es aus diesem Labyrinthe nur einen Weg gebe, die Prälaten und Magnaten sollten bei ihren guten Gesinnungen verharren, sich von dem niedern Adel absondern und Ferdinand als König „proclamiren.“ Er mied also das Wort „Wahl“ und mit Recht, denn die Wahl eines Königs, die von den Prälaten und Magnaten allein ausging, entbehrte jeder rechtlichen Basis, wenn Ungarn ein Wahlreich war. War es aber ein Erbreich, so war die Proclamation des rechtmässigen Königs durch die eine Hälfte des Reichstags ein Act der Nothwehr gegen die andere gesetzbrüchige Hälfte. Pazman und Forgach schienen dem Vorschlage Khlesls beizustimmen, sie bemerkten, dass die Prälaten und Magnaten im Falle einer Trennung von den Comitatsvertretern nicht isolirt dastehen würden, sondern dass sie auf den Anschluss von etwa 36 Personen aus den Reihen derselben rechnen könnten. *) Beide stellten nur die Frage, ob der Kaiser es auch auf einen Kampf ankommen lassen wolle. Khlesl gab ihnen die tapfersten Versicherungen, seine Meinung wurde von Ulm und Molart getheilt und letzterer berichtete dem Erzherzog Maximilian, dass

---

*) Bericht über Khlesls Unterredung im Archiv des k. k. Ministeriums des Innern. — Oñaté's Correspondenz in Simancas.

es in Ungarn zu einem gewaltigen Kampfe kommen werde, auf dessen glücklichen Ausgang er hoffe, da man sich auf eine Partei im Lande stützen könne.

Schon einen Tag nach dieser Conferenz bei Khlesl trat ein wichtiger Umschwung im ungarischen Reichstage ein. Am 3. April versammelten sich die Prälaten und Magnaten in einer abgesonderten Sitzung und hier entwickelte Forgach in einer mit grossem Beifall aufgenommenen Rede, dass man standhaft die bisherige Meinung verfechten und den Comitaten in nichts nachgeben dürfe. Er wurde darauf von seinen dankbaren Zuhörern ersucht, den niederen Adel durch eine ähnliche Rede doch noch zum Anschluss an die Magnaten zu vermögen. Forgach entfernte sich als Saul und kehrte als Paul zurück. Ob er früher bloss eine andere Meinung geheuchelt hatte, oder ob er sich von den Gegnern bekehren liess, wissen wir nicht, gewiss ist nur, dass er sich der Opposition anschloss. Wahrscheinlich wurden Tags vorher grosse Anstrengungen von Seite der letzteren gemacht, um die Festigkeit der Magnaten zu erschüttern, denn das Beispiel des Forgach fand so zahlreiche Nachahmer, dass man seine Absendung an die Stände für eine abgemachte Komödie ansehen darf. Als er nämlich von seiner fruchtlosen Mission zurückkehrte, stimmten die Bischöfe und die obersten Reichsbeamten definitiv über ihr weiteres Verhalten ab. Der Erzbischof Pazman und der Ban von Kroatien hielten an ihrer früheren Meinung fest und wollten trotz der Opposition zur Proclamation des Königs schreiten. Als die Reihe an Forgach kam, überraschte er die Uneingeweihten damit, dass er im Sinne der Opposition votirte, seinem Beispiele folgten viele, die entweder schon früher gewonnen, oder durch seinen Abfall wankend gemacht geworden waren, und dieselbe Versammlung, die kurz zuvor einhellig gegen die Opposition gestimmt hatte, stimmte jetzt ihrer Majorität nach für dieselbe. Selbst einzelne Bischöfe, darunter auch der Erzbischof von Kalocsa betheiligten sich an dem Meinungswechsel. Der Reichstag übersandte darauf den königlichen Commissären ein Schreiben für den Kaiser, in welchem die ungarischen Forderungen auseinandergesetzt waren.

1618

Ohne erst eine nähere Weisung aus Wien zu erwarten,

richteten Khlesl und seine beiden Collegen eine Zuschrift an den Reichstag, in der sie dessen Haltung missbilligten und verlangten, dass man das Herkommen nicht verletze und zu einer Wahl ohne weitere Bedingungen, wie bei Mathias, Rudolf u. s. w. schreite. Im Reichstag entstand hierüber eine erregte Debatte, in der die königlich gesinnte Partei ihre rasche Verbindung mit der Opposition wieder gut zu machen und die letztere zu einiger Nachgiebigkeit zu überreden suchte. Diese Bemühungen waren von bedeutendem Erfolge gekrönt; die Opposition wollte sich zufrieden geben, dass in dem Diplom nicht von einer absolut freien Wahl (mera et libera electio), sondern bloss von einer freien Wahl (libera electio) die Rede sei. Noch mehr, die Opposition liess sich bewegen, dem Kaiser die Versicherung zu geben, dass man mit der Betonung des freien Wahlrechts keine Ausschliessung des Erzhauses beabsichtige, sondern bei der Wahl „stets auf die Mitglieder desselben die *schuldige* Rücksicht“ haben werde. Mit dieser Erläuterung begaben sich am 7. April die hervorragendsten Mitglieder des Reichstags im Namen desselben zu den königlichen Commissären und baten sie, dieselbe zur Kenntniss des Kaisers zu bringen. *)

6. April

Die Vorgänge in Pressburg, die Verbindung der Magnaten und Bischöfe mit dem niedern Adel verursachten unter den Anhängern der kaiserlichen Politik eine bedeutende Bestürzung, die selbst durch die „Erläuterung“ nicht gemindert wurde, denn welchen Werth konnte in der Zukunft eine flüchtige mündliche Erklärung dem bleibenden Diplome gegenüber haben? Molart schrieb an Maximilian, man müsse den Reichstag auflösen und einen Krieg wagen; Nachgiebigkeit wäre Feigheit und sicherer Untergang der habsburgischen Herrschaft. **) — Um den Kaiser von den Vorgängen in Pressburg in genaue Kenntniss zu setzen und seine Willensmeinung einzuholen, reiste der Reichsvicekanzler Ulm nach Wien. Mathias beriet sich mit den beiden

*) Dass diese Erklärung im Namen des Reichstages gegeben wurde, ist aus dem Concept des königlichen Diploms dd. 21. April 1618, das im Archiv des k. k. Minist. des Innern aufbewahrt wird, ersichtlich.

**) Molart an Max dd. 4. April im Archiv des k. k. Minist. des Innern.

Geheimräthen Trautson und Meggau und ersuchte auch seinen Bruder Maximilian so wie den Grafen Oñate um ihre Meinung. *) Mit Ausnahme des letzten scheuten alle genannten die Gefahr eines Bruches mit Ungarn und empfahlen eine friedliche Beilegung des Streites, wenn dies irgend wie anginge. Mathias, der ohnedies nichts anderes wollte, trug seinen Commissären auf, vorerst den Reichstag zu grösserer Nachgiebigkeit zu mahnen, wenn dies aber nichts fruchten würde, an die Ausstellung eines Diploms zu gehen, in dem der „Erläuterung" vom 7. April Erwähnung geschehen solle. **) Zugleich befahl Mathias, den Grafen Oñate von seiner Entscheidung in Kenntniss zu setzen. Ulm that dies und reiste darauf nach Pressburg ab. Oñate missbilligte die Nachgiebigkeit des Kaisers und sandte seinen Secretär unverweilt nach Pressburg, um bei Ferdinand und Eggenberg gegen die Erfüllung der ungarischen Forderungen zu wirken. Beiden warf er vor, dass sie die Successions-Angelegenheit zu leicht genommen und das in Friaul liegende Volk nicht an die ungarische Grenze verlegt hätten. Eggenberg dankte für all das Wohlwollen, das in Oñate's Rathschlägen lag, missbilligte aber das Heraufbeschwören eines Bruches mit Ungarn wegen der damit verbundenen grossen Gefahr. ***)

Khlesl berief nach Ulms Rückkunft eine Conferenz auf den 17. April, an der neben den Reichstagscommissären (Khlesl, Molart und Ulm) sämmtliche königlich-ungarische Räthe Theil nahmen. Es waren dies die Erzbischöfe von Gran und Kalocsa, die Bischöfe von Erlau, Agram, Grosswardein und Wesprim, der Judex curiae Forgach, der Personal, der Kanzler Franz von Batthyani, Andreas Doczi, Georg Homonnay, Peter Reway, Paul Aponyi und Melchior Alaghy. Ulm eröffnete die Berathung mit einer Rede, in der er hervorhob, dass der Kaiser sich über die schweren Forderungen des Reichstags mit den Prinzen seines

*) Ebend. Gutachten Maximilians dd. 13. April.

**) Archiv des k. k. Min. des Innern. Mathias an die Commissäre beim pressburger Reichstag dd. 14. April 1618.

***) Simancas 2503. Relacion de lo, que ha passado en quanto a la gente qua pidió el emperador para la dieta de Ungria.

Hauses und dem spanischen Gesandten, als Vertreter Philipps III, berathen habe. Seine Majestät sei geneigt, das freie Wahlrecht des Reichstags zu bestätigen, wofern auch dieser anerkennen wolle, dass er auf die Glieder des Erzhauses die schuldige Rücksicht zu nehmen habe. Die ungarischen Räthe verlangten hierauf, man möchte ihnen eine separate vertraute Unterredung gestatten.

Nachdem dieselbe eine Stunde gedauert hatte, erschienen sie wieder und der Erzbischof von Gran ergriff das Wort. Er tadelte, dass dem spanischen Gesandten Mittheilungen gemacht worden seien, käme dies zur Kenntniss des Reichstags, so würde es einen Sturm verursachen, indem derselbe darin den Beweis sehen würde, dass man Ungarn zu einem Erbreich machen wolle. Ferner missbilligte er, dass man vor der Ausstellung eines Diploms solche Scheu hege, die Stände hätten doch ihrerseits durch die Abgabe der „Erläuterung“ und durch die Verzichtleistung auf das Wort *mera* genug guten Willen gezeigt. Als Khlesl tadelnd bemerkte, dass die Sprache des Erzbischof eine förmliche Furcht vor dem niederen Adel an den Tag lege, wies Pazman diesen Vorwurf nicht von sich, sondern liess sich sogar in eine Vertheidigung der Opposition ein und fand deren Misstrauen gerechtfertigt. Die königliche Proposition habe das Wort „Wahl“ sorgfältig vermieden, Erzherzog Maximilian habe auf seine „Rechte“ verzichtet und wenn die Vertreter des Erzhauses sich jetzt auch die Wahl gefallen liessen, so suchten sie ihre Stütze doch nur im Erbrechte; alles dieses und noch anderes mehr habe die Stände zu besonderer Vorsicht gemahnt.

Nach diesem Zwischenfall und nachdem die ungarischen Räthe einstimmig erklärt hatten, dass der Reichstag sich nur durch die Ausstellung des Diploms befriedigen lassen werde, begaben sich die königlichen Commissäre, unterstützt von den Erzbischöfen von Gran und Kalocsa und von dem Judex Curiae, an die Ausarbeitung desselben. Die bezeichnendste Stelle des Entwurfes, der auf diese Weise zu Stande kam, war jene, in der der Kaiser erklärte: „dass er das althergebrachte Recht „der freien Königswahl, welches die Vorfahren (der gegenwär„tigen ungarischen Stände) geübt und den Nachkommen hinter„lassen, für diese und alle folgende Zeit bestätige, bekräftige

„und für unverletzbar erkläre. Ebenso werde er nach voll-„zogener Königswahl durch einen eigenen Reichstagsartikel be-„kräftigen und bestätigen, dass die Königswahl von der freien „Entscheidung der gesammten Reichsstände abhänge." Im weiteren Verlaufe des Diplomsentwurfes hiess es: Der obige und andere Artikel des Diploms könnten vielleicht zu unrichtigen und dem Hause Oesterreich nachtheiligen Auslegungen Veranlassung bieten. Dennoch habe der Kaiser mit der Ausstellung desselben nicht gezögert, da die wichtigsten Mitglieder des Reichstags am 7. April vor den königlichen Commissären mündlich die Erklärung abgegeben hätten: „es sei weder gegenwärtig „noch je die Absicht des Reichstages gewesen, bei der Königs-„wahl von dem erlauchten Hause Oesterreich abzufallen, noch „die demselben schuldige Rücksicht bei Seite zu setzen, noch „endlich den königlichen Stamm und dessen ausserordentliche „Verdienste und Auslagen bei der Behauptung dieses König-„reichs unbeachtet zu lassen." *)

Mit diesem Entwurfe reiste Khlesl unverzüglich nach Wien. Mathias übergab den Gegenstand einer Conferenz zur Berathung, an der neben dem Cardinal noch Meggau, Trautson und Hegenmüller theilnahmen. **) Sämmtliche Theilnehmer derselben sprachen sich für die Annahme des Diploms aus und der Kaiser unterzeichnete dasselbe in der That am 21. April, nachdem er sich zuvor die Zustimmung seines Bruders Maximilian erbeten hatte. Mathias konnte dies auch ohne Bedenken thun, sobald er darauf Verzicht geleistet hatte, bei dem Reichstage etwas mehr durchzusetzen als die Anerkennung der bisherigen nicht klar zu definirenden Rechte des Erzhauses und nachdem durch die vorsichtige Einschaltung der Reichstagsdeclaration in den Wortlaut des Diploms dieses selbst eher einen Beweis für die habsburgischen Erbrechte als für die ungarischen Wahlrechte abgeben konnte.

---

*) Der Bericht über die Verhandlung am 17. April so wie der Diplomsentwurf im Archiv des k. k. Min. des Innern.

**) Das Conferenzprotokoll im Archiv des k. k. Min. des Innern. Ebendaselbst Maximilians Zustimmung dd. 20. April. Wiener Neustadt.

Mit Spannung sah man indessen in Pressburg der Rückkehr des Cardinals entgegen. Jede Stunde der Verzögerung war der Reichstagsopposition willkommen; man erging sich in misstrauischen, übrigens nicht ungerechtfertigten Reden, drohte, dass man von Pressburg abreisen werde, wenn der Cardinal nicht bis zum 23. April zurückgekehrt sei. Einzelne begnügten sich mit diesem, die öffentlichen Verhandlungen gewöhnlich begleitenden Klatsch nicht mehr, sondern hatten Schlimmeres im Sinne. Aus Ofen erhielt Molart eine Warnung, dass sich einige Edelleute an den Pascha daselbst gewendet und um seinen Beistand für den Fall einer Erhebung gegen den Kaiser angesucht hätten. Andreas Doczi, der eigentliche Vertrauensmann Ferdinands unter den ungarischen Ständen, allarmirte mit diesen und ähnlichen Nachrichten ab und zu seinen hohen Gönner. *) Alle Aufmerksamkeit des Reichstages lenkte sich jedoch wieder nach einer Seite hin, als der Cardinal am 21. April aus Wien zurückkehrte und sich die Nachricht verbreitete, dass der Kaiser das verlangte Diplom ausgestellt habe.

1618

Am Tage nach seiner Ankunft erstattete Khlesl dem Könige seinen Bericht über die wiener Verhandlungen und fügte halb selbstgefällig halb spottend hinzu, der Erzherzog Maximilian habe ihn für seine Thätigkeit nicht wenig gelobt und zugleich gesagt, er habe sich damit eine Stufe in den Himmel verdient. Ferdinand war mit dem Diplome nicht ganz zufrieden, die Worte „libera electio“ ärgerten ihn trotz der beigefügten Erläuterung, zudem hatte er von Oñate eine Nachricht erhalten, die ihn Besseres hoffen liess. Aus Spanien war endlich die Antwort eingetroffen, dass Philipp bereit sei, die Erbansprüche Ferdinands mit den Waffen zu unterstützen; der Gesandte benachrichtigte ihn davon und bot für den Anfang 6000 Mann.**) Mehr bedurfte es nicht, um den König gegen einen Ausgleich mit dem Reichstage feindselig zu stimmen, doch besann er sich

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern. Arbeissl an Maximilian dd. 20. und 21. April 1618. Pressburg. — Ebend. Molart an Maximilian dd. 21. April. Pressburg.

**) Oñate's Zuschrift dd. 19. April. Archiv von Simancas.

nach einigem Schwanken doch eines bessern. Die Dinge waren in Pressburg zu weit vorgeschritten, die 6000 Mann standen sehr fern und so gab Ferdinand dem Diplomsentwurfe noch am selben Tage seine Zustimmung, worauf derselbe dem Reichstag zugeschickt wurde.

Was zu erwarten war, geschah jetzt; der Reichstag vernahm mit dem grössten Erstaunen den Inhalt des Diploms, die eingefügte Erläuterung machte sein sogenanntes freies Wahlrecht nahezu lächerlich und die Opposition fühlte wohl, dass sie durch die Annahme desselben das in Anspruch genommene Wahlrecht nicht stützen, sondern nur untergraben würde. Die Enttäuschung und Erbitterung machte sich auf mancherlei Weise Luft, darin stimmte so ziemlich der ganze Reichstag überein, das Diplom nicht anzunehmen; selbst die ungarischen Mitarbeiter an demselben scheinen sich um seine Annahme nicht besonders bemüht zu haben. So war es wieder ganz ungewiss, welche Richtung die Verhandlungen nehmen würden. Obwohl die Anhänger des Kaiserhauses sich auf alle Weise bemühten, unter den Ständen mehr Nachgiebigkeit hervorzurufen, wobei, wie es scheint, auch Geschenke nicht gespart wurden, würde es doch nicht sobald zu einem Schluss gekommen sein, wenn der erfinderische Cardinal nicht einen Ausweg gefunden hätte. Darnach sollte das Diplom fallen gelassen werden und in den Reichstagsbeschlüssen in folgender Weise über die Erhebung Ferdinands berichtet werden: Auf Unsere (des Kaisers) Empfehlung hin haben die ungarischen Stände nach mehrfachen Verhandlungen und nach ihrer alten von ihnen *stets* beobachteten Weise und Freiheit den Erzherzog Ferdinand einstimmig zu ihrem Könige erwählt. *)

Die ungarischen Stände, deren Verlangen nach einem Diplom sich merklich abgekühlt hatte, seitdem sie den Inhalt eines solchen kennen gelernt hatten, gaben, von allen Seiten

*) Das Original der Formel lautete: Ad nostram (sc. Mathiae) benignam requisitionem et paternam recommendationem Ser. Principem ac Dom. Ferdinandum Regem Bohemiae, Sacri Romani Imperii Electorem, Archiducem Austriae patruelem et filium nostrum charissimum ob excellentes

bearbeitet und wohl auch der langandauernden Verhandlungen über einen einzigen Gegenstand überdrüssig, nach und nahmen schon am 26. April die von Khlesl vorgeschlagene Formel an. War in derselben auch von einem freien Wahlrecht nicht die Rede, so constatirte sie doch, dass Ferdinand auf Grund einer Wahl König geworden sei und fand daher Beifall. Andrerseits waren auch die königlichen Commissäre mit ihr nicht unzufrieden, da sie ihr vorsichtsweise das Wörtchen „*stets*" eingeschaltet hatten, denn die „stets beobachtete Weise" war nach ihrer Meinung die Anerkennung des Erbrechts und konnte, wenn sie auch in Zukunft bewahrt wurde, den Rechten des Erzhauses nicht abträglich sein. So verstand jeder Theil die Formel in einem andern Sinne und freute sich wahrscheinlich den Gegner überlistet zu haben. *)

Nachdem man sich über die Art und Weise geeinigt hatte, wie die Erhebung Ferdinands in den Reichstagsacten eingetragen werden sollte, wurde das Concept der Formel dem Kaiser zugeschickt. Dieser erhob keine Schwierigkeit bezüglich ihrer Annahme, seine Zustimmung wurde dem Reichstag übermittelt und von diesem mit lebhaften Vivatrufen auf Mathias begrüsst. Doch bedauerten der Hof wie die mit ihm gleichgesinnten ungarischen Katholiken die gänzliche Beseitigung der „Erläuterung" jetzt doppelt und ergriffen zu ihrer Rettung den einzigen Ausweg, der ihnen übrig geblieben war. Bei dem Judex Curiae wurde von Seite der königlichen Commissäre ein Protocoll oder Instrument, wie man es nannte, aufgenommen und in diesem ausführlich der Inhalt der Erläuterung und die Art ihrer Entstehung verzeichnet. Dieses vorläufig bedeutungslose Document konnte später grossen Werth erlangen, denn es war in Gegenwart des ersten ungarischen Gerichtsbeamten und wohl

---

et heroicas quibus pollet animi ingeniique dotes Universi Status et Ordines *post plures tractatus juxta antiquam consuetudinem et libertatem eorundem semper observatam paribus votis et unanimi consensu* in Dominum et Regem ipsorum rite elegerunt, proclamarunt invocatique demum Numinis divini auxilio feliciter coronaverunt.

*) Simancas. So berichtet hierüber Oñate nach Hause.

auch einiger andern königlich-ungarischen Räthe angefertigt und von ihnen unterzeichnet worden und musste wenigstens bezüglich seiner Glaubwürdigkeit in der Zukunft schwer in die Wagschale fallen. *)

Obwohl hiemit die grösste Schwierigkeit beseitigt war, so wurde deshalb die Königswahl noch nicht vorgenommen, denn die Berathungen des Reichstages wurden durch mehr als 14 Tage von dem sogenannten Krönungsdiplom in Anspruch genommen, wobei die Katholiken und Protestanten bezüglich der religiösen Punkte wieder hart an einander gerieten, da die letzteren ihre Freiheiten erweitern, die ersteren aber dies nicht zugeben wollten. Nachdem zuletzt eine solche Fassung vereinbart worden war, die beide Theile zufrieden stellte, unterzeichnete Ferdinand das Krönungsdiplom. 15. Mai.

So waren alle Schwierigkeiten geebnet und die feierliche Königswahl konnte nun stattfinden. Am Morgen des 16. Mai proclamirten die Stände im Reichstagssaale Ferdinand 1618 zum Könige von Ungarn und verfügten sich dann in seine Behausung, um ihm ihre Glückwünsche darzubringen. In Begleitung der Stände begab sich der König aus seinem Gemache in den Rittersaal, nahm daselbst vor einem offenen Fenster einen Sitz ein, so dass er von dem vor der Burg sich ausbreitenden Platze gesehen werden konnte; Khlesl stand ihm zur Seite. Zuerst hielt der Erzbischof von Gran eine Ansprache an den König, die der Reichsvicekanzler Ulm beantwortete, worauf auch Ferdinand einige Worte des Dankes hinzufügte. Während jetzt ein tausendfaches Vivat ertönte, nahten sich die Mitglieder des Reichstags, um ihrem künftigen Könige die Hand zu küssen. Als diese Ceremonie im Gange war, gab der Präsident des Hofkriegsrathes, Herr von Molart, den vor dem Schlosse aufgestellten deutschen Truppen ein Zeichen, worauf diese ihre Gewehre abschossen. Da flog plötzlich eine Kugel zwischen Khlesls und Ferdinands Kopfe vorbei und schlug in die Decke des Zimmers ein. Niemand wollte an einen Zufall

*) Khlesl an Trautson dd. 30. April 1618. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

glauben; indessen konnte weder der Urheber erforscht, noch mit Sicherheit festgestellt werden, wem diese Kugel gelten sollte, wenn sie mit Absicht abgeschossen war. Das Wahrscheinlichste ist, dass hier ein Zufall obgewaltet hat, denn die beiden Personen in dieser Versammlung, die sich am meisten anfeindeten, waren Khlesl und Ferdinand; hätte einer dem andern den Untergang geschworen, so hätte er ihn nicht in einer Weise herbeizuführen gesucht, die dem Urheber der Unthat so gefährlich werden konnte, wie dies die Thatsache lehrte und eine geringe Urtheilskraft erwarten liess. Uebrigens haben wir hinreichende Beweise für die Unschuld beider Gegner. Ferdinand theilte noch am selben Tage seinem vertrauten Wohlthäter, dem Erzherzog Maximilian, diesen Vorfall als ein plötzliches und unerklärliches Ereigniss mit, und Khlesl, der den durch die vorbeisausende Kugel verursachten Luftdruck an seinem Gesichte verspürt hatte, schrieb einem vertrauten Freunde, er sei über seine glückliche Rettung keineswegs „lustig", sondern eher „todesbereit." Wenn man demnach nicht auf blosse Vermuthung hin einen unzufriedenen Ungarn oder Böhmen für den Urheber eines beabsichtigten Mordes ansehen will, so muss man allein in einem Zufalle die Erklärung des fraglichen Ereignisses suchen. *)

Am selben Tage, an dem Ferdinand zum Könige von Ungarn proclamirt wurde, wählte der Reichstag auch den neuen Palatin. Unter den von der Regierung vorgeschlagenen Candidaten fiel die Wahl auf den Judex Curiae Forgach und somit kam diese Würde in den Besitz eines Katholiken. Die königliche Partei wünschte nun die Successionsverhandlungen zu Ende

*) Hurter meint, der Schuss sei am Krönungstage gefallen, allein aus Ferdinands eigenem Schreiben, sowie aus anderen Briefen ersehen wir, dass dies am Tage der Proclamation geschah. Ferdinand schreibt über den Schuss an Maximilian: „und ist unter meiner wehrender acclamation und Salve ein Kugell zwischen meiner und dess Kardinal Kleseli Kopf zu dem Fenster herein gepflogen. Ob es nun mit Vleiss oder Casu beschehen, kann man nicht wissen. (Orig. im Archiv des k. k. Min. des Innern. — Arbeissl, Maximilians vertrauter Secretär, schrieb über denselben Gegenstand an den Erzherzog: „unter welchem Schiessen ein Muschkhotenschuss mit der Khugel geladen Zum

zu führen und verlangte vom Reichstage die unverweilte Festsetzung des Krönungstages. Allein die Stände begannen, anstatt auf diese Forderung einzugehen, die Verhandlungen über die Reichstagsbeschwerden und brachten damit zwölf Tage zu. Am 28. Mai wurden sie Ferdinand übermittelt und ihre schleunige Abstellung verlangt. Zwei dieser Beschwerden reichten in ihrer Bedeutung weit über Ungarn hinaus und standen in engster Beziehung zu den gesammt-österreichischen Verhältnissen. Die eine betraf das Verhältniss der kaiserlichen Kriegsmacht in Ungarn, die andere die finanzielle Unterordnung dieses Landes unter die österreichische Hofkammer. Einige Andeutungen über dieselben dürften hier um so mehr am Platze sein, als sie ein grelles Licht auf die chaotischen Verhältnisse der habsburgischen Monarchie werfen.

1618

Bezüglich des ersten Punktes klagten die Ungarn, dass der Kaiser im Widerspruche mit frühern Versprechungen in den Grenzfestungen Ausländer als Kommandanten anstelle und dass diese, sowie die fremden Truppen sich die ärgsten Bedrückungen und Gesetzesübertretungen in der Umgebung ihrer Garnisonsplätze erlaubten. Sie knüpften daran die Forderung, dass die fremden Truppen entfernt und die ausländischen Kommandanten durch Ungarn ersetzt werden möchten. Dass die Klagen der Ungarn über die Truppen ihrem vollen Inhalte nach begründet sein mochten, dürfte nicht zweifelhaft sein. Indessen waren dieselben bei dem besten Willen des Königs nicht so leicht zu beseitigen, denn diese Angelegenheit hing mit den verwickelten österreichischen Heeresverhältnissen und ihrer eigenthümlichen Entwicklung zusammen.

Fenster herauf gradt dem Cardinal für die ohrn oder nasen und über des Khönigs Khopf oben in der stuben poden also gefehrlich gangen, das gemelter Cardinal den Windt empfunden und mennigkhlich, der in der stuben war, wie auch ich selbs mit meinen Augen den schuss stueben gesehen und wargenommen, sich auch Ihre Khönigliche Würden und iederman darüber nicht wenig entsetzt und entfärbt." (Arch. des k. k. Min. des Innern.) Hammer-Purgstall, der in seiner Biographie Khlesls dem König Ferdinand alle möglichen und unmöglichen Verbrechen andichtet, steht natürlich nicht an, ihn und Maximilian eines Attentates auf den Cardinal zu beschuldigen.

Die *Entstehung des österreichischen Heerwesens* ging unter dem Einflusse der Türkenkriege vor sich. Ferdinand I bekämpfte die Türken theils mit den ständischen Aufgeboten der ihm unterthanen Länder, theils mit geworbenen Truppen, soweit dies seine Geldmittel gestatteten. Im Laufe des 16. Jahrhunderts machte sich die Ueberlegenheit der geworbenen, weil handwerksmässig geschulten Truppen über die gewöhnlichen Aufgebote immer mehr geltend. Der böhmische Landtag erkannte selbst im Jahre 1572 an, dass die ständischen Reiteraufgebote nichts mehr taugten und dass nur geworbene Truppen die nöthige Kampftüchtigkeit besässen. So kam es, dass Rudolf II in Ungarn sich vorzugsweise geworbener Truppen bediente und die ständischen Aufgebote nur als einen Nothbehelf zuliess. In Friedenszeiten wurden die Aufgebote ganz und gar entlassen und von den geworbenen Truppen nur so viel im Dienste belassen, als zu den Besatzungen in den Grenzfestungen nöthig waren. In diesen Besatzungen und überhaupt in den geworbenen Truppen, die ihre Befehle allein von dem gemeinsamen österreichischen Herrscher empfingen und die zu den einzelnen Ländern in keinem directen Abhängigkeitsverhältnisse standen, ist der Anfang des stehenden Heeres in Oesterreich zu suchen.

Die ersten Klagen gegen diese Entwicklung des Heerwesens ertönten von Seite der Ungarn. In Kriegszeiten erhoben sie natürlich keinen Einwand gegen die fremde Hilfe, da ihre Kräfte zu ihrer Vertheidigung nicht ausreichten; dagegen beschwerten sie sich unaufhörlich über die Friedensgarnisonen, deren Stärke sich beiläufig auf 20.000 Mann belief, und wünschten, dass dieselben nur aus Einheimischen geworben würden. Die genannte Zahl hätte sich unzweifelhaft in ihrem Lande aufbringen lassen, doch genügte dies allein nicht, denn den Ungarn fehlte es zwar nicht an Tapferkeit, wohl aber an jener Uebung, um derentwillen damals die deutschen und niederländischen Soldaten für die kriegstüchtigsten in Europa gehalten wurden. Wollte der Kaiser also erprobte Truppen haben, so musste er die Werbetrommel in seinen nichtungarischen Besitzungen oder in Deutschland ertönen lassen. Und gesetzt, die Ungarn hätten 20.000 der besten Truppen auf-

stellen können, so war die Schwierigkeit damit noch nicht beseitigt, da sie sie nicht zahlen konnten. Denn die übrigen habsburgischen Länder wollten die Hilfe, die sie leisten mussten, nicht in Geld, wie es die Ungarn wohl am liebsten gehabt hätten und bei dem linzer Generalconvent auch offen bekannten, sondern nur in Truppen leisten. Die verschiedenen Provinzen wollten den Kriegssold lieber der eigenen kriegslustigen Jugend zuwenden, als geradezu wegschenken und sich den Ungarn zu einem Tribut verpflichten. Der böhmische Landtag richtete im Laufe des 16. Jahrhunderts zu wiederholtenmalen die Bitte an den König, bei den Werbungen auf das Land Rücksicht zu nehmen und einzelne Regimenter aus Böhmen zusammenzustellen. Dass ähnliche Bitten auch von den österreichischen, steirischen und anderen Landtagen an die Könige gestellt wurden, möchten wir nicht bezweifeln; einerseits wollte man die Kriegstüchtigkeit nicht einbüssen, andererseits den damals sehr bedeutenden Sold dem eigenen Lande zu Gute kommen lassen. Ferdinand I und seine Nachfolger mussten diese Bitte billig finden und so kamen deutsche und böhmische Truppen nach Ungarn. Was sollte man nun beginnen, um die Militärfrage auf eine den Ungarn zusagende Weise zu lösen? Die deutschen und böhmischen Garnisonen konnten leicht aus diesem Lande entfernt werden, wer aber sollte dann die Grenzfestungen vertheidigen, und wenn es die Ungarn selbst thaten, wer sollte sie bezahlen?

Die ganze Streitfrage liess nur dann eine befriedigende Lösung zu, wenn die Stände der einzelnen Länder die Angelegenheit ihrer Vertheidigung gegen die Türken im Einverständnisse mit den Ungarn in die Hand genommen und gelöst hätten. Ferdinand I hatte sie mehrfach dazu aufgefordert, allein fast immer ohne Erfolg. Die Stände hüteten sich, die ganze Last der Vertheidigung auf die eigenen Schultern zu wälzen und fanden es bequemer, ihre Herrscher mit dieser Sorge zu belasten und sie in halb Europa um Unterstützung herumbetteln zu lassen. Auch hätte die Bemühung der Stände um eine ausreichende gemeinsame Vertheidigung den Entschluss vorausgesetzt, den neu erstandenen österreichischen Staat für die Dauer

aufrecht erhalten zu wollen; dieser Entschluss war weder vorhanden, noch durchführbar, so lange in einzelnen Theilen des Gesammtstaates der Dynastie ihre erblichen Ansprüche auf die Regierung bestritten wurden. Die Klagen der Ungarn über die fremden Garnisonen konnten demnach zu keiner befriedigenden Lösung gelangen und alle Versprechungen der Könige, ihnen abzuhelfen, mussten den Vorbehalt in sich schliessen, alles beim Alten zu lassen. So war es auch diesmal mit der Antwort, welche den Ungarn zu Theil wurde.

Die zweite wichtige Beschwerde betraf die Finanzfrage. Die Klage der Ungarn lief darauf hinaus, dass das ungarische Finanzwesen in Abhängigkeit von der wiener Hofkammer gebracht worden sei; sie verlangten, es solle unabhängig gemacht und ein Ungar an die Spitze desselben gestellt werden. Diese Forderung deckt uns bei näherem Eingehen sonderbare Seiten der österreichischen Finanzentwicklung auf.

Bekanntlich lag es den mittelalterlichen Fürsten ob, die Würde ihrer Krone, mannigfache Regierungsauslagen und theilweise auch die Vertheidigung des Landes aus den Einkünften ihres riesigen Besitzes, aus mancherlei städtischen Einnahmen und aus den sogenannten Regalien zu bestreiten; ständische Steuern waren eine Ausnahme. Wie der König seinen Besitz verwaltete, wie er die Regalien nutzbringend machte, war seine Sache, um die sich die Stände wenig oder gar nicht kümmerten und die sie selbstverständlich nicht controllirten. So war es auch, als Ferdinand I den Thron von Ungarn und Böhmen bestieg. Seine Einkünfte bestanden in beiden Ländern neben dem Ertrage der königlichen Güter in Zöllen, Monopolen, städtischen Gefällen, Bergwerken u. s. w. Für das Erträgniss derselben war es von Vortheil, wenn Ferdinand ihre Administration vereinfachte, und er that dies, indem er eine gemeinsame Verwaltung aller seiner Einkünfte aus Ungarn, Böhmen, Oesterreich, Steiermark u. s. w. in Wien organisirte, welche oberste Finanzverwaltung unter dem Titel der Hofkammer ihr Dasein in Böhmen und Ungarn täglich fühlbarer machte. Die Verwaltung seiner ordentlichen und ausserordentlichen Einkünfte, die Ausbeutung sämmtlicher Regalien in Böhmen und Ungarn,

vor allem aber die Ordnung des Zollwesens wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts auf deutschem Fusse organisirt; die für sich bestehende böhmische und ungarische Kammer bekamen ihre Befehle von der Hofkammer und führten aus, was diese Behörde ihnen auftrug. Die amtliche Correspondenz wurde in deutscher Sprache geführt, so dass z. B. böhmische Actenstücke, selbst bei der Geschäftsführung der böhmischen Kammer, seltener zu werden anfingen. So begann schon vor dem 30jährigen Kriege auf dem Gebiete der Finanzverwaltung eine factische, aber deshalb nicht minder tiefgreifende Centralisation, während staatsrechtlich die Länder nur durch das Band der Personalunion verbunden waren.

Wenn man die Eifersucht der Böhmen und Ungarn auf ihre Selbständigkeit kennt, so muss man staunen, wie sich solche Zustände ohne den Widerspruch der Stände entwickeln konnten. Erst im Beginne des 17. Jahrhunderts tauchen solche Widersprüche häufiger auf und es macht sich die Tendenz nach einer Lösung dieses Verhältnisses geltend, nie aber war die Opposition so ernst gemeint, als der Gegenstand es verdiente. Welchen unglaublichen Mangel an politischer Einsicht setzt es aber bei den Ständen voraus, wenn sie die Bedeutung einer solchen financiellen Verschmelzung nicht von vornherein begriffen und nicht einsahen, dass damit die Axt an die Wurzel ihrer Selbständigkeit gelegt war! Uebrigens gewann auch die Gesammtmonarchie nichts durch eine derartige financielle Vereinigung, weil dieselbe vorläufig nur eine chaotische Verwirrung erzeugte. Für eine gemeinsame Entwicklung wäre eine strenge Scheidung der Finanzen zuträglicher gewesen, doch hätte dies vorausgesetzt, dass die Stände dann im wechselseitigen Einverständnisse für die Bedürfnisse des Gesammtstaates vorgesorgt hätten. Allein so wenig sie in Bezug auf das Heerwesen zu einem richtigen Verständnisse der neuen Verhältnisse und der aus ihnen hervorgehenden Pflichten gelangten, so wenig war dies auf financiellem Gebiete der Fall. Die Stände kümmerten sich nie um den Gesammtstaat und glaubten damit ihre Selbständigkeit zu wahren, aber diese Sorglosigkeit trug für sie ihre bittern Früchte; denn der Gesammtstaat, der nicht

durch sie existirte, fing an, gegen sie zu existiren. Wenn die der absoluten Gewalt dienende Unification des Heeres- und Finanzwesens nicht schon im 16. Jahrhundert durch die Blindheit der Stände angebahnt worden wäre, so hätten alle Gewaltmassregeln Ferdinands II niemals die Selbständigkeit der Theile zu Grunde richten und die böhmische Entwicklung so rasch begraben können.

Welche Antwort sollte demnach die Regierung auf die Finanzbeschwerden Ungarns geben? Sollte dem Uebel von Grunde aus abgeholfen werden, so konnte dies nur in wechselseitigem Einverständnisse aller österreichischen Länder geschehen. Hiefür fehlte aber die Einsicht auf Seite der Stände und der gute Wille auf Seite der Regierung, die von einem gemeinsamen Einverständnisse nur Nachtheile besorgte. So fand auch in diesem Punkte die Beschwerde der Ungarn keine Abhilfe.

Die Verhandlungen über die Beschwerden nahmen den ganzen Monat Juni in Anspruch. Ferdinand empfand diese Verzögerung um so bitterer, als die böhmischen Angelegenheiten seine Abreise mit jedem Tage dringender erheischten, er musste sich aber die Zögerung geduldig gefallen lassen. Mittlerweile setzte der Reichstag den 1. Juli als Krönungstag fest. Es heisst, dass sich der König noch zwei Tage vor demselben mit dem Reichstage über eine neu entstandene religiöse Streitfrage nicht einigen konnte und dass die Opposition noch in der letzten Stunde mit ihrer Abreise drohte.*) Der uns nicht näher bekannte Zwist endete mit Ferdinands Nachgiebigkeit und so fand denn endlich die Krönung am 1. Juli statt. Der Reichstag wurde geschlossen und der König konnte Ungarn verlassen.

III

Während der pressburger Reichstagsverhandlungen wurde von Seite Maximilians und Ferdinands die Berufung des

---

*) So berichtet Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{23.\ \text{Juni}}{3.\ \text{Juli}}$ 1618 im sächsischen Staatsarchiv.

Kurfürstenconventes stets im Auge behalten, damit der für den 28. Mai anberaumte Termin nicht neuerdings überschritten werde. Im Monate April gab sich Maximilian den besten Hoffnungen hin, denn der Kaiser versicherte ihn wiederholt, dass er die Reise nach Regensburg rechtzeitig antreten werde. Aber schon Anfangs Mai lauteten seine Aeusserungen anders und er sprach von der Nothwendigkeit einer weiteren Verschiebung derselben. Maximilian, der nach der Ursache forschte, erfuhr, dass es noch immer an den nothwendigen Geldmitteln fehle. Er setzte Ferdinand hievon in Kenntniss und bekam von diesem aus Pressburg die Antwort, dass Khlesl soeben ein Mahnschreiben an den Kaiser abgeschickt und ihm die baldige Abreise zum Kurfürstentage um jeden Preis trotz Leibesungelegenheit und sonstiger Beschwerden angerathen und sich selbst zur Darleihung der allenfalls nöthigen Summe erboten habe. Ferdinand wollte an die Aufrichtigkeit dieses zuckersüssen Schreibens nicht glauben und bat Maximilian, doch nachzuforschen, ob Khlesl nicht zu gleicher Zeit ein zweites Schreiben an den Kaiser abgeschickt habe, welches das Gegentheil von dem ersten besage.*) Der Erzherzog kam der Bitte nach und erfuhr in der That von einem doppelten Schreiben des Cardinals. Das erste war an den Kaiser gerichtet und entsprach in seinem Inhalte der von Ferdinand gegebenen Analyse, ja es enthielt sogar am Schlusse den kernigen Fluch: „Der Teufel hole die Kammer, dass sie die Geldmittel zu einem so heiligen Werke (wie die Uebertragung der deutschen Krone an Ferdinand) so schwer mache.“ Maximilian beeilte sich in Folge dieses Schreibens die Hofkammer zu mehr Eile anzuspornen und wohl auch wegen ihrer Lässigkeit zu schelten, erhielt aber von den entrüsteten Räthen die Antwort: „Der Cardinal müsse wohl selbst der Teufel sein, der in der Kammer stecke, denn er sei es gewesen, der ihr gesagt habe, das Geld recht schwer zu machen.“ **)

2. Mai 1618

Das zweite Schreiben Khlesls war an eine vertraute Person

*) Maximilian an Ferdinand dd. 2. Mai. Ferdinand an Max dd. 4. Mai. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

**) Maximilian an Ferdinand dd. 10. Mai. Ebend.

gerichtet, die dessen Inhalt zur Kenntniss des Kaisers bringen sollte. In diesem erklärte der Cardinal jede Reise nach Deutschland vor Beendigung des pressburger Reichstages für unbedingt verwerflich und sprach davon, dass keine Aussicht auf die baldige Beendigung der Verhandlungen sei. Khlesl hatte mit seiner Behauptung nicht Unrecht, aber sie passte schlecht zu dem feurigen Tone, mit dem er Mathias in dem ersterwähnten Briefe zur unmittelbaren Abreise drängte. Die einzig unzweideutige Thatsache, zu deren Kenntniss man bei diesem ganzen Briefwechsel gelangte, war der Mangel an dem nöthigen Reisegeld. In Folge dessen wurde den Kurfürsten Anfangs Mai die offizielle Anzeige zugeschickt, dass der Kaiser den Convent in Regensburg um einige Wochen verschieben müsse. Die Zusammenkunft der Kurfürsten war dadurch nicht vor Ende Juni in Aussicht gestellt.

Niemand war so sehr über die Doppelzüngigkeit des Cardinals und die neuerliche Vertagung des Kurfürstenconventes erzürnt als Maximilian. Seine Erbitterung sollte indessen noch höher gesteigert werden. Durch einen vertrauten Agenten in Venedig bekam er gerade in diesen Tagen die Nachricht von einem Schreiben des venetianischen Gesandten am wiener Hofe an die Signoria. In demselben bemerkte der Gesandte, man habe bisher allgemein die Italiener und Spanier für die rachsüchtigsten Menschen gehalten, allein sie würden darin weit von den Deutschen übertroffen. Khlesl habe, um seine Rache an Ferdinand zu kühlen, die Ungarn heimlich vor ihm als vor einem Zöglinge der Jesuiten gewarnt und ihnen gerathen, denselben nicht eher zum Könige zu wählen, als bis sie ihre Rechte wohl versichert hätten. Das Misstrauen der Ungarn sei auf das Aeusserste gereizt und könnte selbst den Sturz der Dynastie zur Folge haben, wenn Mathias plötzlich sterbe. *) Sind die Angaben des venetianischen Gesandten richtig, dann hat Khlesl in der That als ein Verräther gehandelt, indessen sind nicht alle Zweifel an der Verlässlichkeit derselben ausgeschlossen. Vergeblich

*) Simancas 2503 Oñate an Philipp dd. 13. Mai. Als Beilage das Schreiben des venetianischen Gesandten.

bemühte sich nämlich Maximilian durch Ferdinand, den er von dem Schreiben in Kenntniss setzte, zu erfahren, ob dasselbe auf Wahrheit beruhe und ob Khlesl mit der ungarischen Opposition unter einer Decke spiele. Ferdinand vermochte weder selbst noch durch seine Angehörigen der Sache auf den Grund zu kommen. *) Oñate zweifelte in Folge dessen an der Richtigkeit der Anklage und war geneigt die Schuld des Cardinals weniger in einer eigentlichen Verschwörung, wie in mehr oder weniger unbedachten aber die ungarische Opposition allerdings aufstachelnden Reden zu suchen. Unzweifelhaft hat er das Richtige getroffen, denn gewiss würde Ferdinand den Cardinal einige Jahre später nicht in Gnaden aufgenommen haben, wenn er ihn dieses Verrathes für schuldig gehalten hätte.

10. Mai 1618

Maximilian neigte sich keineswegs Oñate's milderer Erklärung zu und dies um so weniger, als der Cardinal gleichzeitig von anderen Seiten her des Verrathes beschuldigt wurde. Der Obersthofmeister des Herzogs von Baiern, Graf Zollern **), warnte in einem Schreiben vor dem Cardinal, man solle vor ihm auf der Hut sein, da er mit den deutschen Kalvinisten ein Einverständniss unterhalte. Auch der päpstliche Nuncius am kaiserlichen Hofe, der in den Streitigkeiten zwischen Khlesl und Maximilian stets eine reservirte Haltung beobachtet hatte, nahm jetzt entschieden Partei gegen den ersteren und erklärte, das Haus Oesterreich habe nie einen grimmigeren Feind gehabt, als den Cardinal. Der Entschluss, den gehassten Gegner auf irgend eine Weise zu entfernen, der den Erzherzog ununterbrochen beschäftigte, reifte dadurch immer mehr der Ausführung entgegen. Schon zu Anfang des pressburger Reichstages hatte er über diesen Gegenstand einige vertrauliche Aeusserungen mit Oñate ausgetauscht, er war damals unschlüssig, ob er sich der Person des Cardinals bemächtigen und ihn gefangen nach Rom schicken, oder aber den Papst ersuchen solle, dass er dem

*) Ferdinand an Max dd. 14. Mai. Archiv des k. k. Ministerium des Innern.

**) Dieser Graf Zollern war ein Vetter des von Mathias mehrfach als Gesandten verwendeten Grafen Eitel Friedrich Zollern.

Cardinal die Entfernung von den Geschäften und die Reise nach Rom in einem eigenen Schreiben anbefehle. *) Der Gesandte hielt diese beiden Wege für unwirksam und empfahl später selbst einen dritten. Er riet nämlich durch Khlesl die Berufung des Kurfürstenconventes vor sich gehen zu lassen, aber seine Theilnahme an demselben zu verhindern, damit er da nicht ähnliche Intriguen wie in Ungarn anzettele. Am leichtesten liesse sich dies durch den Papst erzielen; Paul V solle ihm unter dem Vorwande, dass er seine Würde nicht compromittiren und den Kurfürsten den Vorsitz nicht gestatten dürfe, die Reise nach Regensburg verbieten. Dadurch würde weder der Kaiser beleidigt, noch dem Cardinal irgend eine Gewalt angethan werden. Maximilian wollte von diesen Winkelzügen nichts mehr wissen und theilte Oñate mit, dass er sich ohne längeres Säumen der Person des Cardinals bemächtigen und ihn nach Tirol abführen lassen wolle. Er verlangte, dass der Gesandte sich an dem Handstreich betheiligen und denselben durch die Auctorität seines Königs sanctioniren solle. Oñate wollte dies nicht auf seine eigene Gefahr hin thun, missbilligte jedoch den Entschluss des Erzherzogs nicht und riet ihm nur, im Einverständnisse mit Ferdinand zu handeln. **)

Dem Cardinal war es nicht verborgen geblieben, dass er nächst dem Erzherzog Maximilian an Oñate seinen grössten Gegner besitze. Er selbst mag wohl zuerst dem Gesandten deshalb gegrollt haben, dass dieser sich mit Ferdinand über die spanischen Erbansprüche hinter dem Rücken des Kaisers geeint hatte, so dass die böhmische Krönung nicht weiter verschoben werden konnte. Denn dass eine heimliche Einigung vor sich gegangen war, die man sorgfältig verbarg, ahnte der Cardinal ohne Zweifel. Seitdem trat Oñate stets als Parteigänger der Erzherzoge auf und wurde dadurch für Khlesl um so gefährlicher, je unabhängiger er durch seine Stellung war. Aus diesem Grunde dachte der Cardinal daran, ob er sich des

*) Simancas 2327 El consejo de Estado al Rey über Oñate's Schreiben, dd. 4. April.

**) Archiv von Simancas. Brief Oñate's an Philipp III. dd. 13. Mai 1618.

Gegners nicht durch dessen Rückberufung nach Spanien entledigen könnte. Er schrieb deshalb dem kaiserlichen Gesandten in Madrid, dem Grafen Khevenhiller in Betreff Oñate's: „Was soll ich von dem Conde de Oñate schreiben. Ich lege ihn hin und her, er bleibt seiner Natur nach schwarz; wer will einen Raben weiss machen. Schreibt, befehlet und instruirt ihn, wie ihr wollt, ich fürchte, er bleibt, wie er ist. Der König (Philipp) wird von dieser Gesandtschaft keinen Nutzen haben, denn der Kaiser mag den Grafen nicht und lässt ihn nur für kurze Zeit vor; grosses wird derselbe hier nicht bewirken.“ — Khlesl erreichte aber durch diesen Brief nicht, was er wollte, Oñate wurde nicht abberufen; denn auch das spanische Cabinet eignete sich über den Cardinal stets mehr und mehr das Urtheil der Erzherzoge an.

3. Mai 1618

Indem Maximilian den Cardinal je eher, je lieber beseitigen wollte, bemühte er sich gleichzeitig und mit doppeltem Eifer um das Zustandekommen des Convents. Von dem Kaiser, den er wieder einmal um die Beschleunigung der regensburger Reise ersucht hatte, wurde er einfach auf die leeren Kassen gewiesen. Er liess sich dadurch nicht muthlos machen, sondern setzte um so mehr alle seine Hoffnung auf Spanien und lud deshalb Oñate zu einem Besuche ein. Als der Gesandte bei ihm erschien, bat er ihn in der dringendsten Weise um seine Vermittlung; nie habe er von dem Könige von Spanien, fügte er schliesslich hinzu, eine Gnade verlangt, jetzt zum erstenmale bitte er um eine solche und zwar um Geld für die kaiserliche Reise. Während der Gesandte sich anschickte, hierüber nach Hause zu berichten und seinem Herrn die Auszahlung der nöthigen Summe zu empfehlen, bekam er zu seiner grenzenlosen Ueberraschung von der Hofkammer eine Berechnung über 2,000.000 Thaler, die der Kaiser von Philipp zu fordern habe, mit der Bitte um deren schleunige Bezahlung. Diese respectable Summe kam dadurch zusammen, dass nach der Rechnung der Hofkammer Spanien dem Kaiser an den seit 1609 versprochenen Subsidien 200.000 Thaler, an fälligen Reichssteuern für den burgundischen Kreis aber 1,800.000 schuldete.

Die Rechnungslegung der Hofkammer konnte zu keinem

anderen Zwecke gemeint sein, als die Beziehungen zwischen Spanien und Oesterreich zu verschlechtern, und war nur ein Manöver Khlesl's gegen die spanische Hilfe. Oñate blieb der Hofkammer auf ihre Berechnung die Antwort nicht schuldig. Was zunächst die 200.000 Thaler Subsidien betraf, die Spanien weniger gezahlt hatte, so gab der Gesandte die Richtigkeit zu, bemerkte indessen, dass diese Subsidien Geschenke gewesen seien und wenn etwas an der ursprünglich versprochenen Summe gemangelt habe, so könne darauf keine Schuldforderung begründet werden. Er bat dagegen um eine Aufklärung, wohin man die Summen, mit denen der König den Erzherzog Ferdinand im venetianischen Kriege unterstützt habe, rechnen wolle; wenn sie nicht in des Kaisers Tasche gewandert seien, so seien sie doch mittelbar für ihn ausgelegt, dadurch aber jene 200.000 Thaler mehr als ersetzt worden. Was die nicht eingezahlten burgundischen Matrikelbeiträge betraf, so gab er die Richtigkeit dieser Angabe zu, aber er bat, ihm zu sagen, womit denn das deutsche Reich Philipp II und Philipp III gegen die rebellischen Niederlande unterstützt habe und ob nicht die unermesslichen Auslagen Spaniens in der Behauptung eines Reichslandes von der Reichscontribution abgezogen werden dürften. Endlich ersuchte er, ihm mitzutheilen, auf welche Rechnung die Gelder gesetzt werden sollten, mit denen Spanien Rudolf II in allen Türkenkriegen unterstützt habe. *) Es ist selbstverständlich, dass Khlesl und die Hofkammer sich nicht beeilten, die Anfragen des Gesandten zu beantworten.

Nun traf mitten in diese Klatschereien und Zerwürfnisse die schlimme Nachricht vom Ausbruche des Aufstandes in Prag ein. Khlesls sonstige Leichtfertigkeit und Lust, die Erzherzoge zu hänseln und zu ärgern, war dadurch plötzlich gedämpft, er sah ein, dass die Bewältigung der neuen Schwierigkeiten eine feste Hand erfordern und seine Macht ein Ende nehmen dürfte. Dieser Einsicht darf man es zuschreiben, wenn er in den letzten Tagen des Mai andere Saiten aufzog. Sein Mund überfloss

*) Simancas. Oñate an Philipp III. dd. 17. Mai.

jetzt von süssen Worten für das Haus Oesterreich im allgemeinen und für Erzherzog Maximilian insbesondere, wobei er den Herrn von Eggenberg zum Vertrauten seiner Ergiessungen machte und durch diesen seine Gesinnungen an die rechte Adresse gelangen liess. Für den Kurfürstentag setzte er gleichzeitig einen nahen Termin fest: in drei bis vier Wochen werde der Kaiser sich auf die Reise begeben können, Geld werde sich auch finden, und sollte es nicht zur Hand sein, so werde er lieber darauf „betteln", als den Kurfürstentag länger verschieben. Als er mit seinen Versprechungen im rechten Zuge war, fasste er den Gegenstand, um den es sich ihm eigentlich handelte, direct an und fragte den Herrn von Eggenberg, ob denn eine Aussöhnung zwischen ihm und Maximilian nicht möglich sei. Er wisse eigentlich nicht recht die Ursache, weshalb ihm der letztere nicht wohl wolle, sollte es etwa die Cardinalswürde sein, die ihm einen Vorrang vor demselben zu geben scheine, so versichere er „bei Gott", dass er einen solchen nicht in Anspruch nehme, lieber wolle er den Erzherzogen seinen Kopf unter die Füsse legen, als sich über sie erheben. Und wenn sein Cardinalskäppchen sie hindern sollte, „ihren Fuss auf seinen Kopf zu setzen", wolle er es wegthun. Von Herzen wünsche er, dass Jemand die Irrungen zwischen ihm und Erzherzog Maximilian beseitige. Habe er ihn beleidigt, so wolle er ihn abbitten und ihm Genugthuung leisten.

30. Mai

Eggenberg, der gewiss nicht so blöde war, um in dem Sturze des Cardinals nicht die eigene künftige Grösse zu ahnen, war für den vielleicht aufrichtig gemeinten Annäherungsversuch des letzteren die am unpassendsten gewählte Persönlichkeit. Schon seine Antwort zeigte von höfischer Falschheit; er erwiderte nämlich, dass ihm von einem Hasse Maximilians gegen Khlesl nichts bekannt sei, dass letzterer sich mit eitlen Sorgen beschwere und was sonst mehr. Der Cardinal entnahm diesen Worten, dass er auf eine Aussöhnung nicht hoffen dürfe und brach das Gespräch ab, that aber, als ob ihn Eggenbergs Versicherung beruhigt hätte und zahlte so dessen Unaufrichtigkeit mit gleicher Münze heim. Es sei ihm, meinte er, ein schwerer

Stein vom Herzen gefallen und kein geringer Trost, dass sein Befürchtungen nicht begründet seien. *)

Die Verhandlungen über die Berufung des Kurfürstentag wurden übrigens jetzt vollständig abgebrochen, da der Ausbruc des böhmischen Aufstandes alle Aufmerksamkeit und alle Mitt in Anspruch nahm. Ferdinand und Maximilian sahen ein, da es wichtiger sei, die Krone von Böhmen zu sichern, als sic von neuem um die deutsche in Bewerbung zu setzen. Ihr Hauptsorge war nicht mehr die Berufung des Kurfürstencon vents, sondern die Ausrüstung einer Armee gegen Böhmen.

---

*) Alle diese Angaben über die Zerwürfnisse Khlesls mit den Erzhe zogen sind aus der Correspondenz zwischen Maximilian, Ferdinan und Arbeissl im Monate Mai 1618 im Archiv des k. k. Minist. de Innern geschöpft.

Fünftes Kapitel.

Der Fenstersturz (23. Mai 1618).

I Schroffe Zuspitzung der Parteiverhältnisse in Böhmen. Neue Bedrückungen der Protestanten auf königlichen und geistlichen Gütern. Eingriffe in die Autonomie der prager Gemeinde. Neues Pressgesetz. Ernennung der Statthalter vor der Abreise des Kaisers nach Wien. Die braunauer Deputation in Pardubitz. Vorgänge in Braunau. Zerstörung der klostergraber Kirche.

II Die Defensoren berufen einen Protestantentag nach Prag (5. März 1618). Beschlüsse desselben. Drohschreiben des Kaisers. Entschlossene Haltung der Defensoren. Versuche der Regierung zur Trennung der königlichen Städte vom Adel. Loyalitätsadressen der Städte. Michna's Bestrebungen zur Wiedererweckung des alten Utraquismus. Der Streit um die Bethlehemskirche. Der Kaiser bedient sich einer beschwichtigendern Sprache.

III Eröffnung des zweiten Protestantentages am 21. Mai. Verhandlungen desselben. Verschwörung zur Ermordung der Statthalter. Die Theilnehmer an derselben. Die Stände in der Kanzlei. Der Fenstersturz. Merkwürdige Rettung der Statthalter und des Secretärs Fabricius.

I

Die Consequenzen der Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron liessen nicht lange auf sich warten und die Freude jener Protestanten, die aus dem glatten Verlaufe der Krönungsfeierlichkeiten und den dabei gewechselten freundlichen Reden und Blicken Beruhigung für die Zukunft geschöpft hatten, war kaum von längerer Dauer als das Leben einer Eintagsfliege. Die erste unangenehme Enttäuschung bereitete ihnen die Verkürzung, welche einige hervorragenden Mitglieder der Opposition in ihren amtlichen Stellungen erfahren hatten. Bald darauf konnte man nicht im Zweifel sein, dass die Regierung die Opposition nicht bloss in den Personen, sondern in der Sache selbst bekämpfe, denn von einer Beseitigung der mehr oder we-

niger begründeten protestantischen Beschwerden war nicht entfernt die Rede. Im Gegentheile zeigten die böhmischen Staatsmänner, welche die katholische Reaction vorzugsweise gefördert hatten, mehr Entschlossenheit und Unternehmungslust, seitdem ihnen durch die Erhebung Ferdinands die Zukunft gesichert schien. Auch Khlesl, wie gross sonst seine Differenzen mit dem Könige sein mochten, wollte keineswegs die Weiterentwicklung einer ausschliesslich katholischen Regierungsweise hemmen, da er zu ihrer Anbahnung nicht wenig beigetragen hatte. Im gesellschaftlichen Verkehre legten einzelne Katholiken bereits eine übermüthige Zuversicht an den Tag und bedienten sich gegen ihre andersgläubigen Landsleute eines herausfordernden Tones. Der Secretär der böhmischen Kanzlei, Michna, ein Mann, der den Protestanten ausserordentlich verhasst war und der auch keine Gelegenheit vorübergehen liess, ohne ihren Zorn zu reizen, äusserte: „es werde nun den Defensoren bald der Process gemacht werden. Wenn Ferdinand einmal die Regierung ergriffen hätte, so käme eine stehende Besatzung nach Prag und dann werde kein halbes Jahr darüber hingehen, ohne dass die Bürger sich zum katholischen Glauben bekennen müssten. Es sei bei den Prinzen des Hauses Habsburg eine beschlossene Sache, in ihren Ländern keinen anderen Glauben zu dulden als den katholischen u. s. w.“ In ähnlicher Weise liess sich auch der Hauptmann der königlichen Herrschaft Melnik, Tepenec, aus: „Sitzt nur einmal der neue König auf dem Throne, dann müssen alle einen Glauben annehmen und Petrus wird viele Nachfolger finden.“ Als man ihm entgegnete, der König sei durch einen Eid an einer derartigen Reformation gehindert, erwiederte Tepenec: „Hat Ferdinand seinen Erbländern den Eid nicht gehalten, so wird er es den Böhmen gegenüber auch nicht thun.“ — Einem Bürger, der aus Krummau nach Prag übersiedelte, weil er der Bedrükkungen müde war, die er wegen seines protestantischen Bekenntnisses erdulden musste, bemerkte ein Jesuit: wenn er keinen anderen Grund für seine Uebersiedelung gehabt habe, so hätte er ruhig in Krummau bleiben können, denn binnen kurzem werde auch in Prag nur der katholische Glaube geduldet werden.

Solche und ähnliche Reden konnte man überall in Böhmen hören, sie bildeten den Klatsch des Tages, wurden mehr oder weniger übertrieben, weiter erzählt und versetzten das Land in eine zunehmende Aufregung. Selbst hochgestellte Persönlichkeiten betheiligten sich an derartigen Prophezeiungen und gossen so Oel ins Feuer. Der oberste Münzmeister Wilhelm von Wřesowic, ein katholischer Polterer, unterhielt sich gern und häufig über die Bestrafung, die den Defensoren zu Theil werden würde und bezeichnete namentlich die Grafen Thurn und Schlick, dann Wilhelm von Lobkowitz und den Ziegenbart (Budowec) als jene, denen man den Kopf abschlagen müsse, oder, wie er sich noch drastischer ausdrückte, die ihre leeren Mohnköpfe nicht von Prag fortbringen dürften. Wenn er zur Nachsicht aufgelegt war, dann begnadigte er den Grafen Thurn, „den verfluchten Deutschen, den der Teufel nach Böhmen gebracht habe,“ auch dem Herrn von Lobkowitz liess er Verzeihung angedeihen, aber Schlick und Budowec durften dem Henker nicht entgehen. Der Majestätsbrief hatte nach seiner Meinung keine Giltigkeit, weil er mit Gewalt erzwungen worden war, er habe, meinte er, ohnedies schon „ein Loch bekommen.“ — Auch der ruhige und billig denkende Oberstburggraf sprach die Befürchtung aus, dass Ruhe und Ordnung nicht eher in Böhmen einziehen würden, als bis einige am Leben gestraft worden wären. Ueberhaupt hielten tiefer denkende Katholiken, die sich vor eitlen Herausforderungen hüteten, die Lage für so ernst, dass ihnen ein Krieg auf Leben und Tod mit den Protestanten unvermeidlich schien. *) Die Frau des Kanzlers, Polixena von Lobkowitz, unter den katholischen Edelfrauen Böhmens unbestritten die erste tonangebende Dame, äusserte nach Ferdinands Erhebung, jetzt sei die Zeit gekommen, wo entweder die Katholiken von den Protestanten oder diese von jenen niedergetreten würden.**) Eine derartige Behauptung, welche die Möglichkeit einer Niederlage für beide kämpfenden Parteien zu-

*) Andere Apologie, Ausgabe von Schubert. S. 49, 54, 59 und folgende, 400–404.

**) Skala II, 35.

liess, hatte zwar nichts beleidigendes für die Protestanten, aber ihre Wirkung war darum nicht geringer, denn von einer so hochgestellten Persönlichkeit ausgehend, glich sie dem Läuten einer Sturmglocke und war eine verschärfte Auflage der brandeiser Erklärung.

Alle eben angedeuteten Reden liessen erwarten, dass die Regierung nicht blos ihre bisherigen Massregeln, welche auf die Bedrückung der Protestanten hinausliefen, aufrecht erhalten, sondern noch durch strengere überbieten würde. In der That zeigte sich dies in der neuen Behandlung der Unterthanen auf den königlichen Gütern.

Die Gegenreformation auf den königlichen Gütern blieb nur eine unvollkommene, so lange die Pfarrer zwar katholisch waren, die Bauern aber zum Anhören derselben nicht gezwungen werden konnten. Der weitgehendste Angriff gegen dieselben datirte aus dem Jahre 1616 und bestand, wie erzählt worden *), darin, dass hie und da den Bauern von ihren katholischen Pfarrern der Besuch benachbarter protestantischer Kirche verboten wurde. Jetzt wurde beschlossen, einen Schritt vorwärts zu thun; die Bewohner der königlichen Güter sollten geradezu entweder zur Annahme des katholischen Glaubens oder zur Auswanderung gezwungen werden. Die allgemeine Durchführung dieser Massregel wurde vorläufig nicht versucht, denn dies hätte ohne weiteres die Revolution herbeigeführt, sie wurde auf wenige, scheinbar zufällig gewählte Orte beschränkt. Es waren dies Krummau, Melnik, die Umgebung von Brüx und das zum sedlecer Kloster gehörige Malin. Aus Krummau und Melnik wurden einzelne protestantische Bürger unter mancherlei Vorwänden zur Auswanderung gezwungen; in Brüx suchte man durch den Druck einer harten Verwaltung zu demselben Ziele zu gelangen. **) Die Zahl der Bürger aus den genannten Orten, die zur Auswanderung genöthigt wurden, belief sich kaum auf zwei Dutzend Personen, aber wie gering auch diese Zahl war, die Thatsache der Vertreibung war von ungemessener Bedeu-

---

*) Seite 45.

**) Die beweisenden Actenstücke sind in der andern Apologie.

tung. — Es war nur eine natürliche Consequenz dieser Vorgänge, dass die Protestanten in den zu den königlichen Gütern gehörigen Städten nicht mehr in den Bürgerverband zugelassen wurden. Der Hauptmann der krummauer Herrschaft rühmte sich offen, dass seit seiner anderthalbjährigen Amtsführung kein Protestant in Krummau als Bürger aufgenommen worden sei.*) Selbstverständlich wurden auch nicht mehr Protestanten, wie früher, sondern ausschliesslich Katholiken zu Hauptleuten der königlichen Herrschaften ernannt.**) Alle diese Massregeln bildeten das Vorspiel von Angriffen, die sich schliesslich gegen die königlichen Städte selbst richteten.

Die betreffenden Angriffe begannen mit einer Reihe von Verfügungen, die zu Gunsten der Katholiken lauteten. Die königlichen Städte waren mit Ausnahme von Budweis und Pilsen fast durchaus protestantisch, von Seite der Bürgerschaften wurden die Katholiken consequent von der Erwerbung des Bürgerrechtes ausgeschlossen. Diesem an und für sich tadelnswerthen Vorgange in einem Lande wie Böhmen wurde nun durch königliche Einwirkung ein Ende gemacht und namentlich Leitmeritz und Prag zur Aufnahme von Katholiken in den Bürgerverband gezwungen. Diese Massregel sollte nicht allein dazu dienen, den Katholiken aus einer untergeordneten Stellung zu verhelfen, was nur billig gewesen wäre, sie sollte auch den Katholiken die Regierung der Städte in die Hände spielen. — Die damalige Verwaltung der königlichen Städte war ein Gemisch von Autonomie und Abhängigkeit vom Könige. Letzterer ernannte durch den Landesunterkämmerer oder den Hofrichter die Mitglieder des Stadtrathes, doch war er bei deren Auswahl an die Bürgerschaft gebunden. In der Regel wurden die angesehensten Mitglieder derselben mit der städtischen Regierung betraut und erfreuten sich des Vertrauens ihrer Mitbürger. Anders verhielt es sich aber, wenn man mit Hintansetzung der Protestanten vorzugsweise die in verschwindender Minorität sich befindenden katholischen Bürger zu den städtischen Aemtern beförderte.

*) Andere Apologie N. 36.
**) Andere Apologie S. 42.

Man gelangte dadurch zu einem Stadtregiment, das vom Hofe ganz und gar abhing und sich in vollem Gegensatz zur Gemeinde befand. Kaum war die Befürchtung laut geworden, dass die von der Regierung hie und da verordnete Aufnahme von Katholiken unter die Zahl der Bürger von wichtigen Folgen für die Verwaltung einzelner Städte begleitet sein würde, als diese Folgen schon sichtbar wurden. In Leitmeritz, Kuttenberg und Brüx fing der Stadtrath an, sich in seinen Beschlüssen auf die katholische Seite zu neigen, in den drei prager Städten war dies im Laufe des Jahres 1617 bereits so vollständig der Fall, dass man, nach dem Verhalten der prager Gemeinderäthe zu urtheilen, die Hauptstadt des Landes für katholisch halten durfte. Die katholischen Feiertage wurden regelmässig gefeiert; bei festlichen Umzügen und Processionen ordnete der kleinseitner Stadtrath an, dass während ihrer Dauer mit den Glocken der protestantischen Nicolauskirche geläutet werde; auf der Neustadt mussten bei demselben Anlasse auf Befehl des dortigen Stadtrathes die Zünfte ausrücken und die Ordnung aufrecht halten. Michna zeigte sich auch in dieser Angelegenheit besonders thätig, er bemühte sich, einzelne Bürger durch freundliche Worte zur Theilnahme an den Processionen und so zu katholischen Aeusserungen zu vermögen.*) Die steigenden Besorgnisse der Protestanten bezüglich der Städte fanden zuletzt ihre Bestätigung in einer neuen Regierungsmassregel, die alles überbot, was bisher in der einseitigen Lösung der religiösen Frage geschehen war.

Anfangs November 1617 wurde nämlich ein Decret, versehen mit der Unterschrift des Kaisers und des Kanzlers, veröffentlicht und den prager Königsrichtern zugeschickt, das unter dem unscheinbaren Namen einer „Instruction" für dieselben nichts mehr und nichts weniger als eine octroyirte Gemeindeordnung für Prag enthielt, die Autonomie dieser Stadt nahezu aufhob und die Königsrichter zu Herren derselben machte.**) Fortan sollte nämlich der Königsrichter bei allen Versammlun-

4. Nov. 1617

*) Andere Apologie N. 52 und 53.

**) Andere Apologie. Beilage 47.

gen der Gemeinde den Vorsitz führen, Einsicht in alle Acten derselben nehmen, nichts sollte ohne sein Vorwissen *berathen* und *entschieden* werden und keine Sitzung des Gemeinderathes ohne seine vorher eingeholte *Erlaubniss* stattfinden, schliesslich sollten auch alle Rechnungen der Gemeinde ihm zur Prüfung und Approbation vorgelegt werden. Diese Instruction für den Richter war zunächst nur für Prag bestimmt, allein es war nicht zweifelhaft, dass man sie auf alle königlichen Städte ausdehnen würde, sobald der Versuch in Prag gelang. Die gänzliche politische Unterordnung und Abhängigkeit der Städte von der Willkür des Königs musste das Resultat des Gelingens sein.

So Aufsehen erregend die erwähnte Instruction an und für sich war, so enthielt sie doch noch einen Punkt, der im Augenblicke eine noch höhere Aufmerksamkeit wachrief. Die Richter wurden nämlich angewiesen, das Verzeichniss sämmtlicher Stiftungen jeder einzelnen Kirche in Prag nachzusehen und zu untersuchen, ob dieselben genau im Sinne des Stiftsbriefes verwaltet würden. — Das gesammte Stiftungsvermögen der prager Kirchen rührte, mit geringen Ausnahmen, aus der vorhusitischen Zeit her; nach dem siegreichen Auftreten des Husitismus wurde es an der Mehrzahl der prager Kirchen für utraquistische Zwecke und seit dem Jahre 1609 für die Anhänger der böhmischen Confession verwendet. Wenn man jetzt nicht blos dem Ursprunge des prager Kirchenvermögens nachforschen, sondern dasselbe auch seinen ursprünglichen Zwecken zurückgeben wollte, so hiess das den Protestanten ihr sämmtliches Kirchenvermögen entziehen. Von dem Vermögen zu den Kirchen selbst war nur ein Schritt; denn so gut die Stiftungen ursprünglich katholisch waren, so gut waren es auch fast ausnahmslos die Kirchen. Es war wohl nur eine Consequenz der Instruction, wenn gleichzeitig von Seite der königlichen Kammer die Leistung fundirter Zahlungen an die protestantische Geistlichkeit verweigert wurde, weil diese ursprünglich nicht für die Anhänger der böhmischen Confession bestimmt waren.

Der Vergleich hatte das Jahr 1609 zum Normaljahr gemacht in der Entscheidung der Frage, welche Pfarren, Stiftungen und Nutzniessungen katholisch und welche protestantisch

sein sollten. Hätte nicht schon dieser Umstand eine Schranke gegen eine willkürliche Reduction der Pfarren und des Kirchenvermögens auf den Zustand vor Hus gebildet, so konnte doch auch eine mehr als 200jährige Ersitzung nicht ohne weiteres annullirt werden. Alle diese und andere Einwürfe hatte man ohne Zweifel auch im kaiserlichen Cabinete erwogen; wenn man trotzdem die Instruction veröffentlichte, so darf man nicht zweifeln, dass man am Hofe fest entschlossen war, die königlichen Städte nach demselben Massstabe zu behandeln, wie die königlichen Güter. Was jetzt in Prag allein versucht wurde, stand gewiss allen Städten bevor, wenn es gelang.

Die Lage der Protestanten war ernst geworden; die rechtfertigenden Gründe, die für des Königs Auftreten in der Behandlung der königlichen und geistlichen Güter geltend gemacht werden konnten, die Entschuldigungen, die man hie und da für die Katholicisirung der Stadtobrigkeiten vorbrachte, fielen bei dem Angriffe auf die Hauptstadt des Landes weg. Umsonst protestirten die Prager gegen die octroyirte Gemeindeordnung, eine Zurücknahme derselben wurde nicht erreicht. Die Regierung schritt im Gegentheile auf dem einmal betretenen Wege weiter und erliess für Prag ein neues Pressgesetz. Die Religionsgesetze von 1609 hatten die Protestanten in dieser Beziehung vor einer Einflussnahme der Katholiken dadurch gesichert, dass den Defensoren die Oberaufsicht über den Druck protestantischer Bücher ertheilt wurde. Diese Einrichtung war bis jetzt in Kraft geblieben; da nun zu erwarten stand, dass die Defensoren die Massregeln der Regierung nicht schweigend hinnehmen, sondern sich in der Presse dagegen erheben würden, galt es, dieselbe mundtodt zu machen. Kurze Zeit nach der Publication der neuen Stadtordnung wurde den Pragern in einem Erlasse aufgetragen, jedes für den Druck bestimmte Manuscript vorerst dem Kanzler zur Durchsicht vorzulegen und von diesem die Erlaubniss zum Drucke einzuholen.*)

11. Dec. 1617

Alle diese Massregeln der Regierung hatten noch dadurch eine ganz besondere Bedeutung, dass sie nicht in Abwesenheit

*) Andere Apologie Nr. 46.

des Kaisers, sondern zur Zeit seiner Anwesenheit im Lande getroffen wurden. So blieb den Bedrohten nicht einmal der Trost, dass die Absichten ihres Monarchen von seinen Dienern falsch verstanden würden. Schon seit vielen Wochen war übrigens beschlossen worden, dass der Kaiser nach Wien reisen solle, um Pressburg, wohin der ungarische Reichstag berufen werden musste, näher zu sein. Von Woche zu Woche verzögerte sich jedoch die Abreise, weil die Aerzte dieselbe entweder widerrieten oder Mathias, der fortwährend kränkelte, selbst dazu nur wenig Lust hatte. Endlich gab die Prophezeiung eines mantuanischen Astrologen den Ausschlag. Derselbe behauptete, in den Sternen gelesen zu haben, dass dem Kaiser ein grosses Unglück bevorstehe, wenn er bis zum Februar in Prag bleiben würde. Dieses Prognostikon kam zur Kenntniss des Bedrohten und nun gab es kein Zögern mehr. *) Vor seiner Abreise von Prag übergab Mathias die Leitung der Geschäfte, soweit sie nicht selbständig von den einzelnen Landesbeamten besorgt werden konnten, in die Hände mehrerer aus den obersten Beamten gewählten Personen, denen der Titel Statthalter beigelegt wurde. Die Zahl dieser Statthalter, deren Titel bald eine unvergängliche Berühmtheit erlangte, belief sich auf zehn; es waren dies der Oberstburggraf Adam von Sternberg, der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Oberstlandkämmerer Georg von Talmberg, die vielgenannten Herren Slawata und Martinitz, die Beisitzer des Landrechtes Herr Karl von Duba, Herr Diepolt von Lobkowitz (letzterer zugleich Grandprior des Malteserordens in Böhmen), der Oberstlandschreiber Johann von Klenowy, der Landesunterkämmerer Burghard Točnik und Ulrich von Gerstorf. Sieben von den Statthaltern waren katholisch, drei protestantisch. Ein wichtiger Name fehlt in der Reihe dieser kaiserlichen Vertrauenspersonen, der des Grafen Thurn, den seine amtliche Stellung zur Theilnahme an der Statthalterschaft berufen hätte. Allein hatte der Kaiser absichtlich einige andere hochgestellte Personen von diesem ausgezeichneten Posten ferngehalten, weil sie sich nicht seines vol-

*) Sächs. Staatsarchiv. 8239. Zeidler an Kursachsen dd. 6/16. Nov. 1617.

len Vertrauens erfreuten, um wie viel mehr das Haupt der sich bildenden Verschwörung. Der Kanzler Lobkowitz war kein Mitglied der Statthalterschaft, weil sein Dienst ihn mehr an die Person des Monarchen fesselte.

Auf dem Wege nach Wien bekam Mathias Gelegenheit, seine letzte Entscheidung in der braunauer Kirchenfrage zu fällen. Es wurde erzählt, dass der Abt von Braunau im Jahre 1615 seine protestantischen Unterthanen an der Benützung ihrer Kirche gehindert hatte. Seine Befehle hatten keine nachhaltige Wirkung gehabt, denn er klagte neuerdings über die Bürger, dass sie die Kirche wiederum benützten und sich weigerten, ihm die Schlüssel derselben auszuliefern. Daraufhin erhielten die Braunauer einen Auftrag aus der königlichen Kanzlei zur Absendung einer Deputation nach Pardubic, die sich daselbst zur Zeit der Durchreise des Kaisers nach Wien einfinden sollte, um seine Befehle entgegen zu nehmen. Die Deputation fand sich ein und erhielt vom Kanzler den Auftrag an ihre Mitbürger, die Kirche dem Abte definitiv abzutreten. Ueber die pünktliche Erfüllung des Auftrages sollten sie sich dann vom letzteren ein Zeugniss ausstellen lassen und längstens binnen vier Wochen dasselbe den Statthaltern in Prag durch eine Deputation überreichen. Die Statthalter bekamen gleichzeitig den Befehl, im Falle des Ungehorsams der Braunauer die Häupter der Opposition gefänglich einziehen zu lassen.

12. Dec. 1617

Der Bescheid, den die braunauer Deputation nach Hause brachte, versetzte die Gemeinde in die grösste Bestürzung, beugte aber ihre Entschlossenheit nicht. Sie weigerte sich auch jetzt beharrlich, dem königlichen Befehle nachzukommen und die Kirche dem Abte abzutreten. Letzterer klagte abermals, worauf den Braunauern aus der königlichen Kanzlei selbst der Auftrag zur Absendung einer Deputation nach Prag zugeschickt wurde. Fünf Bürger leisteten dem Befehle Folge, ein sechster, David Rampuš, dem schon in Pardubic aufgetragen wurde, sich in Prag einzufinden, hielt sich wohlweislich zurück. Da die Deputation über den Gehorsam der Gemeinde nichts günstiges berichten konnte, wurde sie dem königlichen Befehle gemäss in den weissen Thurm eingekerkert und darauf den

Braunauern die Ueberbringung der Kirchenschlüssel nach Prag durch vier namentlich bezeichnete Bürger anbefohlen. Drei von den citirten, darunter auch Rampuš, kamen dem Befehle insofern nach, als sie sich in Prag einfanden, da aber auch sie die Schlüssel nicht mitbrachten, so wurden sie ebenfalls in den weissen Thurm geworfen. Die Gemeinde wurde trotzdem nicht nachgiebiger. Der Bürgermeister und die Rathsherren von Braunau, durch diese Strenge etwas eingeschüchtert, machten zwar Miene, als ob sie dem königlichen Befehle nachkommen und die Kirche sperren wollten, allein auf das erste Gerücht von dieser Absicht rottete sich die Bevölkerung zusammen, griff zu den Waffen und war bereit, ihr Heiligthum selbst gegen die städtische Obrigkeit zu vertheidigen. Als Mathias davon in Kenntniss gesetzt wurde, ordnete er die Absendung einer königlichen Commission nach Braunau ab, welche seine so oft und so vergeblich wiederholten Befehle wegen Sperrung der Kirche durchführen sollte. *)

19. Feb. 1618

Um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, wollte man von Seite der Regierung die Commission zur Hälfte aus Katholiken, zur Hälfte aus Protestanten zusammensetzen, allein Niemand von den letzteren, auf die die Wahl gefallen war, liess sich zu der braunauer Sendung gebrauchen, trotzdem dass Michna die Widerspänstigen mit dem königlichen Missfallen bedrohte. So bekam die Commission von vornherein einen ausgesprochen katholischen Charakter. Als sie sich in Braunau einfand und die Ablieferung der Kirchenschlüssel verlangte, erklärte sich der Rath wohl zum Gehorsam bereit, wies jedoch auf die Bürgerschaft hin, ohne deren Zustimmung er nichts thun dürfe. Als darauf in einer Sitzung, die deshalb anberaumt wurde, die Commissäre von den Bürgern eine definitive Erklärung verlangten, wagte Niemand von denselben das Wort zu ergreifen. Ueber eine Viertelstunde herrschte eine tödtliche Stille im Saale, nur in den Mienen der Bürger machte sich in stummer, aber deshalb nicht minder ergreifender Weise die Sprache der Angst und

*) Alles dies nach Acten des wiener Staatsarchivs und nach dem MS 373 der Bibl. des F. G. Lobkowitz in Prag.

Erbitterung geltend. Endlich stand ein Bürger auf und ersuchte die Commissäre um eine kurze Vertagung der Verhandlung. Sie gaben der Bitte nach und erhielten einige Stunden später von der Bürgerschaft eine längere Auseinandersetzung der Gründe, um derentwillen es ihr nicht möglich sei, zu gehorchen. Da sich die Commissäre dadurch von ihrem Auftrage nicht für entbunden erachteten, forderten sie jetzt den Rath energisch zur Schliessung der Kirche auf. Als dieser gehorchen wollte, stürmten die Braunauer mit Weib und Kindern vor die Kirche und setzten sich da mit Waffen und Steinen zur Wehre. Obwohl sie der Rath vor den Folgen eines solchen Benehmens ernstlich verwarnte, liessen sie sich durch nichts abschrecken und blieben standhaft auf dem Platze. *)

Die Commissäre gaben sich vorläufig zufrieden und suchten auf andere Weise zum Ziele zu gelangen. Sie riefen den Prediger, in dem sie den Urheber des ganzen Widerstandes vermuthen mochten, vor sich und stellten ihm die verderblichen Folgen einer derartigen Widersetzlichkeit vor. Obwohl der Prediger, wie es heisst, bis zu Thränen gerührt war, so hatte diese Ansprache doch keine andere Wirkung auf ihn, als dass er versprach, sich in einigen Wochen von Braunau entfernen zu wollen. Damit war aber weder für den Augenblick etwas gewonnen, noch die Kirche gesperrt, und die Commissäre forderten deshalb den Rath zum letztenmale zu deren Uebergabe auf. Als dieser sich mit der Unmöglichkeit des Gehorsams entschuldigte, reisten sie unverrichteter Dinge ab. Da eine Execution gegen die Braunauer während der nächsten Wochen nicht vorgenommen wurde, so befanden sich die Braunauer bei dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes (23. Mai 1618) thatsächlich im Besitze ihrer Kirche.

März 1618

*) Ueber die Sendung berichtet: Wiener Staatsa. Misc. 491. Aus Prag dd. 24. März 1618. Aus diesem Berichte ist das Datum der Ankunft der Commissäre in Braunau nur sehr unbestimmt zu ersehen. — Sächs. Staatsa. 9168. Zeidler an Kursachsen dd. 11/21 März 1618 Zeidler sagt geradezu, die Abreise der Commissäre nach Braunau sei vor 14 Tagen vor sich gegangen, also den 7. oder 8.

Schneller als der braunauer Streit, der sich in der erzählten Weise durch Monate hinzog, gelangte die klostergraber Angelegenheit zu einem definitiven Abschluss. Nachdem der Erzbischof schon im Jahre 1614 die von den Klostergrabern erbaute protestantische Kirche hatte versiegeln lassen, leistete er seit dieser Zeit den Versuchen der Bürger, dieselbe wieder in ihren Besitz zu bekommen, beharrlichen Widerstand. Er wagte darauf die Verletzung des Majestätsbriefes in einer Weise, die das Verfahren auf den königlichen Gütern überbot. Jedermann wurde aufgefordert, die katholische Kirche zu besuchen, wer dies unterliess oder wer vollends in der Nachbarschaft einen protestantischen Prediger anhörte und das Abendmahl von demselben empfing, wurde mit arbiträren Strafen belegt. Protestanten wurde der Abschluss einer Ehe so lange verwehrt, als sie sich nicht als Katholiken bekannten, die Ungehorsamen wurden von dem erzbischöflichen Beamten Dr. Ponzon auf das härteste bedroht. Schritt für Schritt gaben die Klostergraber nach, weniger weil sie ihre Ueberzeugung aufgegeben hatten, als weil ihre Angst vor dem Erzbischof gestiegen war. Zuletzt stellten sie sogar einen Revers aus, in dem sie sich für alle Zukunft zum Gehorsam gegen die katholische Kirche verpflichteten. So ward gewissermassen der Majestätsbrief gehöhnt und die Bestimmung desselben, dass für *alle Zukunft* jedem Bewohner Böhmens das religiöse Bekenntniss freigestellt sein solle, lächerlich gemacht. Schliesslich krönte der Erzbischof alle seine bisherigen Bemühungen damit, dass er die für den protestantischen Gottesdienst erbaute Kirche in Klostergrab niederreissen liess. In drei Tagen (11—13. December) war das Werk der Zerstörung vollendet und so sein Befehl ohne Säumen und ohne allen Widerstand durchgeführt. *) Aber spurlos ging diese Sache deshalb nicht vorüber. Das Dröhnen der in Klostergrab stürzenden Kirchenmauern hallte in ganz Europa wieder; denn kein Ereigniss in dem böhmischen Drama ist derart zur Kenntniss der civilisirten Welt gelangt, wie dieses und keines ausser

Herbst 1617

1617

*) Die Actenstücke bezüglich der Klostergraber Streitigkeiten in der andern Apologie.

dem Fenstersturze hat eine grössere Sensation wach gerufen. In der Zerstörung des Gebäudes lag so viel Bedrohung, Verletzung und Verhöhnung der Protestanten, dass sich dies durch keine gesetzlichen Scheingründe verhüllen liess. Und in der That übte in Böhmen selbst kein Kerker, keine Confiscation und keine Vertreibung von Grund und Boden eine derartige Wirkung aus, wie diese Execution gegen die todten, aber allerdings nicht bedeutungslosen Mauern. Der protestantischen Bevölkerung blieb nach dieser Thatsache kein Zweifel mehr, dass das J. 1609 nicht die erwarteten Früchte getragen habe und das Schwert zur Lösung der religiösen Frage berufen sei.

II

Der Augenblick war jetzt gekommen, von welchem an jede weitere Nachgiebigkeit für die Protestanten verhängnissvoll werden konnte. Waren sie zu einem Aufstande gegen das Haus Habsburg geneigt, so mussten sie vor allem erwägen, ob die Verschiebung desselben bis zu dem Tode des Mathias nicht eine unverhältnissmässig lange Frist in sich schliesse und sie nicht mittlerweile das Schicksal der steirischen Protestanten theilen würden. Diese Frage wollte Graf Thurn, dem es in der gewitterschwangern Luft immer unheimlicher wurde, seinen Glaubensgenossen vorlegen, er selbst war sich seines Zieles klar bewusst. Seine nächste Absicht ging vorläufig dahin, seine Freunde zu einer auffallenden Demonstration zu vermögen, durch welche dem Kaiser vielleicht ein Halt auf dem betretenen Wege geboten werden könnte. Die Mehrzahl der Defensoren, darunter Budowec, Ruppa u. s. w. theilten seine Meinung und waren entschlossen einen entscheidenden Schritt zu wagen. Eine Minderzahl war jedoch mit dem Betreten aussergewöhnlicher Wege nicht einverstanden, da sie sich vor einem Kampfe mit dem Kaiser scheute. Die Einwürfe derselben fanden bei Thurn um so weniger Beachtung, als im ganzen Lande laute Klagen über die Defensoren ertönten und denselben eine fahrlässige Führung ihres Amtes vorgeworfen wurde.

Nach den Landtagsartikeln von 1609 sollten die Defensoren im Allgemeinen die Rechte der Protestanten wahren und die Aufsicht über das Consistorium und die Universität führen. Die protestantischen Stände hatten damals noch verlangt, sich in ausserordentlichen Fällen versammeln zu dürfen; dies wurde ihnen zwar nicht gestattet, doch bewilligte Rudolf schliesslich, dass die Defensoren in wichtigen Fällen sämmtliche protestantische oberste Beamten und Räthe und je sechs Deputirte aus jedem Kreise des Landes zu einer Berathung einberufen dürften. Machten die Defensoren von dieser Befugniss Gebrauch, so kam eine Versammlung von ungefähr 100 Personen zu Stande, die man bei der Stellung ihrer Mitglieder mit Fug und Recht als eine Art protestantischen Landtags ansehen konnte. Die Beschlüsse desselben mussten besonders dann ein bedeutendes Gewicht erlangen, wenn das ganze Land auf unzweideutige Art zu erkennen gab, dass es dieselben billige. Die Majorität der Defensoren beschloss nun, eine solche Versammlung einzuberufen. An alle Kreise Böhmens wurden Schreiben abgesandt, in denen sie zur Wahl von sechs Deputirten, zwei aus jedem Stande, aufgefordert wurden. Diese Deputirten, sowie die obersten Beamten und Räthe, die in besonderen Schreiben eingeladen wurden, sollten sich am 5. März in Prag einfinden, weil es sich um die Wahrung der wichtigsten Glaubensinteressen handle. 1618

Zur festgesetzten Zeit erschienen in der That die Vertreter sämmtlicher Kreise in Prag, bereit, über jene Gegenstände zu verhandeln, die ihnen von den Defensoren vorgelegt würden. Am 6. März versammelten sie sich mit den protestantischen Beamten und Räthen, von denen jedoch nur wenige erschienen waren, im grossen Saale des Carolinums. Vor der Eröffnung der Berathung verhandelte Thurn in einem Nebengemache mit den Defensoren, von denen auch nicht alle, wohl aber die Mehrzahl sich eingefunden hatte, über die der Versammlung zu machenden Vorschläge. Unzweifelhaft waren schon früher unter den Defensoren lange Berathungen darüber gepflogen worden und diese letzte mochte vielleicht nur Formfragen betreffen, doch zog sie sich über zwei Stunden hin, denn die entscheidende Wichtigkeit des Augenblickes blieb Niemandem verborgen und

veranlasste längeres Zögern und Erwägen. Um die auf die Eröffnung der Verhandlung harrende Versammlung nicht ungeduldig werden zu lassen, unterhielt sie Graf Schlick mit einem historischen Vortrage über die Zeiten Karls IV und seiner beiden Söhne und Nachfolger. Dass dieser Vortrag, der allgemeinen Anklang fand, an Beziehungen auf die Gegenwart nicht Mangel litt, lässt sich denken. *)

Um 10 Uhr erschienen endlich die Defensoren im Saale, den Grafen Thurn an ihrer Spitze. Er dankte den Anwesenden für ihr bereitwilliges Kommen und las darauf eine längere Schrift vor, welche die Bedrückungen der Protestanten in Klostergrab und Braunau und auf den königlichen Gütern erörterte und die Vergeblichkeit der bisher von den Defensoren gemachten Versuche um Abhilfe nachwies. Die Audienz in Brandeis, die zerstörte Kirche in Klostergrab, die braunauer Bürger, die noch immer in Prag im Gefängnisse schmachteten, bildeten die hervorragenden Kraftstellen des Vortrages. **) Nach Beendigung desselben stellten die Defensoren die Frage, auf welche Weise den bisherigen Leiden ein Ende zu machen sei. Von der Versammlung wurde ihnen entgegnet, dass man ihnen als wahren Vätern und Freunden die Initiative überlasse und sie deshalb bitte einen Vorschlag zu thun. Allein die Defensoren lehnten dies ab und beharrten darauf, dass die Versammlung selbst ihre Meinung abgeben solle. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte, die mehrere Stunden währte und in der mehrfach auf die Unvollständigkeit der Versammlung hingewiesen wurde. Am meisten Aufsehen erregte es, dass Prag, obwohl eingeladen, gar nicht vertreten war; die städtischen Deputirten machten darauf aufmerksam, dass sie nicht gern ohne Prag, ihr Haupt, eine Meinung abgeben möchten. Schlick tadelte die Bezeichnung Prags als eines Hauptes, es gebe nur ein Haupt und das sei Christus. Schliesslich wurde auf seinen Antrag beschlossen, den Vortrag Thurns in Erwägung zu ziehen und den

---

*) Skala II, 89 und folg.

**) Skala II, 90. — Böhm. Landesarchiv. Frueweins Verhör über seine Theilnahme am Aufstand 1621.

Defensoren am folgenden Tage eine Antwort zu geben. Darauf wurden die Namen jener Eingeladenen, die nicht erschienen waren, verzeichnet und eine Deputation gewählt, welche die betreffenden Personen um die Ursache ihres Nichterscheinens befragen sollte.

Wie am ersten Tage, so bestand auch am folgenden Tage die Versammlung vorzugsweise aus den Vertretern der einzelnen Kreise. Den Gegenstand ihrer Berathung bildete die den Defensoren zu ertheilende Antwort, doch brachte eine längere Debatte kein anderes Resultat zuwege, als dass beschlossen wurde, die Defensoren, die diesmal von der Sitzung ferngeblieben waren, um Angabe der Mittel zur Abstellung der gerügten Beschwerden zu ersuchen. Den letzteren war diese Botschaft nicht angenehm, sie hatten den Protestantentag (wie man die erwähnte Versammlung nennen kann) berufen, damit dieser selbst eine Entscheidung treffe, sie wären gern im Hintergrunde geblieben und hätten sich nur zu willigen Dolmetschern eines ihnen ertheilten Auftrages machen mögen. Sie wollten demnach Anfangs nichts von einem Hervortreten wissen und entschlossen sich erst, nachdem sie über eine Stunde die Verhältnisse erwogen hatten, auf den Wunsch der Versammlung einzugehen. Ruppa brachte von den Defensoren die Botschaft, dass sie am folgenden Tage einen entsprechenden Vorschlag einbringen würden. — Darauf berichteten die Deputirten, die Tags zuvor zu jenen Personen abgesandt worden waren, die sich vom Protestantentag fern gehalten hatten, über den Erfolg ihrer Sendung. Der Oberstlandkämmerer, Herr Talmberg, hatte erklärt, dass er sich in keinerlei gegen den Kaiser gerichtete Berathungen einlassen wolle, die Herrn von Gersdorf, Karl Mracky von Duba und Bohuslaw von Michalowic entschuldigten ihr Wegbleiben mit ihrer amtlichen Stellung, die ihnen die Betheiligung an derartigen Versammlungen verbiete, obwohl es nicht ihre Absicht sei, sich von ihren Glaubensgenossen in irgend einer Weise zu trennen. Was die Prager anbetrifft, so lauteten ihre Erklärungen verschieden; der Bürgermeister der Altstadt, Wenzel Lew, der auf Seite der Regierung stand, erwiederte, weder er, noch die Mitglieder des Rathes fänden einen

Grund, um dessentwillen sie an der Versammlung theilnehmen sollten. Die Bürgermeister der Neustadt und der Kleinseite sagten in ihrer Entschuldigung, dass sie sich nach dem Beispiel der Altstadt richten müssten und deuteten damit an, dass sie einem unliebsamen Zwange nachgegeben hätten. In der That folgten sie nur den gemessenen Weisungen, die sie von den Königsrichtern empfangen hatten.

Die Defensoren, denen die Initiative aufgedrängt worden war, rieten der Versammlung zu einer Eingabe an die Statthalter, und für den Fall, dass dieselbe fruchtlos sein sollte, zu einem gleichen Schritte bei dem Kaiser. Sie verfassten darauf den Entwurf einer Eingabe an die Statthalterei, die ihrem Inhalte nach dem oben erwähnten Vortrage Thurns ungefähr gleichkam. Sie berührte alle Beschwerden der Protestanten und schloss mit der Bitte, die Statthalter möchten wenigstens die Freilassung der Braunauer verfügen. Als der Entwurf in der vollen Versammlung vorgelesen ward, fand er allgemeine Billigung. Zur Uebergabe der Schrift wurde eine Deputation gewählt, an deren Spitze der Graf Andreas Schlick gestellt wurde, der erst nach langem Sträuben, diesen, wie er betonte, gefährlichen Auftrag übernahm. Als sich die Deputation am folgenden Morgen im Schlosse einfand, traf sie die Statthalter, gegen die Bestimmung der königlichen Amtsinstruction, nicht in der Kanzlei, sie hatten sich schon früh entfernt, um der Sitzung des Landrechts beizuwohnen. Dasselbe thaten sie auch am folgenden Tage; da sie aber bald zur Einsicht kamen, dass sie auf diese Weise die Geduld der Protestanten nicht ermüden würden, beschlossen sie, die gewünschte Audienz am folgenden Montage zu ertheilen. In derselben überreichte Schlick als Wortführer die Bittschrift mit einer passenden Ansprache, in der er die Statthalter um eine freundschaftliche Berücksichtigung der protestantischen Wünsche ersuchte. Die Antwort der letzteren war ablehnend; sie könnten sich auf die lange Auseinandersetzung über die Verletzungen des Majestätsbriefes und des Vergleiches und auf eine Auslegung dieser Gesetze in diesem Augenblick nicht einlassen und was die Braunauer betreffe, so sei es ihnen nicht möglich, da etwas zu thun, denn diese be-

8. März 1618

9. März

10. März

finden sich nicht in ihrer, sondern in des Königs Haft. Auf die Haltung der Statthalter mag die Anwesenheit des Kanzlers, der wieder nach Prag gekommen war, von nicht geringem Einflusse gewesen sein.

Die Protestanten waren auf keine andere Antwort gefasst und hatten deshalb in den Tagen, die der Audienz vorausgegangen waren, ihr weiteres Verhalten für diesen Fall geregelt. Sie beschlossen nämlich, sich nicht bloss an den Kaiser selbst zu wenden, sondern gleichzeitig ein Gesuch an die Stände der böhmischen Nebenländer abzuschicken und dieselben um ihre Fürbitte bei dem gemeinschaftlichen Könige zu ersuchen. Gelang es ihnen, die Theilnahme der Nachbarn wachzurufen, so traten sie aus ihrer Abgeschlossenheit heraus und der Kaiser hatte es mit der ganzen Krone zu thun. Das Schreiben nach Mähren war selbstverständlich in böhmischer, das nach Schlesien und den beiden Lausitzen in deutscher Sprache verfasst. Bezüglich des Schreibens an den Kaiser entstand die Frage, ob man es bloss böhmisch, oder deutsch und böhmisch verfassen solle, wobei beide Schriftstücke als Originale zu gelten hätten? Graf Thurn und die Mehrzahl der Defensoren neigten sich der letztern Ansicht zu, „denn der Kaiser sei ein Deutscher.“ Graf Schlick und Radslaw Kinsky rieten jedoch, an der bisherigen Gepflogenheit festzuhalten und dem böhmischen Originale eine deutsche Uebersetzung als einfache Beilage anzuhängen; ihre Meinung fand allgemeine Billigung. Nun wurde der Weg berathen, auf dem das Schriftstück an den Kaiser gelangen sollte, ob man es den Statthaltern anvertrauen oder eine eigene Deputation zu dessen Ueberreichung absenden solle? Wirksamer und schicklicher wäre jedenfalls der letztere Weg gewesen, er wurde jedoch nicht eingeschlagen und zwar, wie aus mancherlei Anzeichen zweifellos hervorgeht, hauptsächlich durch Thurns Einwirkung. Dieser fürchtete, dass man ihn an die Spitze der etwaigen Deputation stellen würde, welchen Auftrag er nicht übernehmen mochte, da ihn eine Reise nach Wien mit gerechten Besorgnissen für seine persönliche Sicherheit erfüllte.

Alle diese Beschlüsse waren nur provisorisch gefasst worden, erlangten jedoch definitive Geltung, als die abschlägige Antwort

der Statthalter kund gemacht wurde; nun wurden sämmtliche Schreiben eilig an ihre Adresse befördert. Hiemit war der Zweck, um dessentwillen die Defensoren den Protestantentag berufen hatten, vorläufig erreicht und es wurde die Auflösung desselben beschlossen. Erst wenn eine Antwort vom Kaiser und den benachbarten ständischen Corporationen eingelaufen sein würde, sollte er wieder zusammentreten, und da man annahm, dass dies längstens in zwei Monaten der Fall sein könnte, wurde auf den Antrag der Defensoren eine erneuerte Zusammenkunft auf den 21. Mai anberaumt. *)

Die Haltung der Regierung während des Protestantentages verriet nicht die leiseste Unentschlossenheit. Abgesehen davon, dass sie durch ihre strengen Weisungen Prag von jeder Demonstration fernhielt, ging gerade in den Tagen, als die Statthalter um die Audienz bedrängt wurden, die königliche Commission nach Braunau ab, um die dortigen Protestanten zum Gehorsam zu zwingen. — Unter den Häuptern der Katholiken riefen diese Vorgänge nach den erhaltenen Quellen keine Zerwürfnisse hervor, obwohl sie darüber keinen Zweifel hegen konnten, dass ein weiteres Fortschreiten auf dem betretenen Wege zu einem gewaltsamen Zusammenstosse führen müsse. Nur einer von ihnen, der Obersthofmeister Herr Adam von Waldstein, der in seiner Jugend utraquistisch gewesen und erst später katholisch geworden war und der schon während des Generallandtages durch seine Hinneigung zu den politischen Bestrebungen der Opposition sich bemerkbar gemacht hatte, äusserte sich tadelnd über die schroffe Behandlung der Protestanten. Veranlassung dazu boten ihm nicht sowohl die allgemeinen Massregeln als ein specieller Fall. Der neue Burggraf von Karlstein, Herr von Martinitz, hatte nämlich ein Mandat erlassen, in dem er den Bauern auf den burggräflichen Gütern befahl, in den herannahenden Ostern das Abendmahl in katholischer Weise zu empfangen, widrigenfalls sie zum Verkaufe ihrer Güter genöthigt werden würden. **)

*) Alle diese Angaben meist nach Skala II.

**) Ueber dieses Mandat wird von zwei Seiten berichtet: Sächs. Staatsarchiv Zeidler an Kursachsen dd. 11/21 März 1618 und im wiener Staatsarchiv Misc. 491. Bericht vom 24. März.

Waldstein äusserte gegen diese directe Verletzung des Majestätsbriefes seine entschiedene Missbilligung und betheuerte feierlich, dass er auf seinen Gütern dem Glauben seiner Unterthanen nie nahe treten werde. Dies ist die einzige bekannte Meinungsverschiedenheit im katholischen Lager.

Nachdem der Protestantentag sich aufgelöst hatte, wartete man in Böhmen mit gespannter Aufmerksamkeit auf die nächsten Schritte der Regierung. Man durfte nicht zweifeln, dass Mathias alle Umstände sorgfältig erwägen und sich über die Tragweite seiner Entschlüsse nicht täuschen werde. Auf jeden Fall war nur er allein für die zu ergreifenden Massregeln verantwortlich, ob sie nun sein eigenster Entschluss waren, oder ob er fremden Rathschlägen folgte. Um ihn über die Vorgänge in Böhmen umständlich zu unterrichten, reiste der Kanzler am 10. März von Prag nach Wien zurück. *) Unzweifelhaft beriet man sich am Hofe auf das ernsteste über das gegen die Böhmen einzuschlagende Verfahren. Welche Meinungen vorgebracht wurden, ob und wie verschieden sie von einander lauteten, ist nicht näher bekannt; wir wissen nur so viel, dass die Antwort des Kaisers nach einem Gutachten des Cardinals formulirt wurde, der damit einen entscheidenderen Einfluss auf die folgende böhmische Entwicklung ausübte, als er sich wohl je hätte träumen lassen. Die den Böhmen ertheilte königliche Antwort wurde schon am 21. März von Wien abgeschickt und war an die Statthalter gerichtet. 1618 Mathias erklärte in ihr, dass er eine Wiederholung des Protestantentages nicht dulden werde, seine Langmuth sei erschöpft und er wolle dem drohenden Feuer dadurch begegnen, dass er die Urheber dieser Vorgänge vor Gericht stellen lassen werde. Den Statthaltern trug er auf, die Defensoren vorzuladen und ihnen den Befehl zur Rückgängigmachung der für den Monat Mai anberaumten Versammlung zu ertheilen, so wie jedem der Geladenen die Theilnahme an derselben zu verbieten. — Die Zuschrift führte, wie man zu sagen pflegt, eine energische Sprache, sie hielt die Rechtmässigkeit der Behandlung der Klostergraber und Braunauer aufrecht, behauptete ausdrücklich,

*) Wiener Staatsarchiv. Unterschiedliche Acten.

dass nicht nur der Majestätsbrief, sondern auch der ständische Vergleich nicht verletzt worden seien, verbot jede weitere Zusammenkunft der Protestanten und bedrohte sie mit schweren Processen. Sie verursachte grosse Erbitterung in Böhmen und rief tausendfache Verwünschungen auf das Haupt ihrer Urheber hervor. Man behauptete, sie sei von den Statthaltern verfasst und dem Kaiser nur zur Unterschrift zugesandt worden. Diese Vermuthung war es, die einige Wochen später den Herrn von Martinitz und Slawata das Leben kosten sollte, da man sie für die eigentlichen Verfasser des Schreibens hielt und neben ihnen nur noch den Kanzler der Urheberschaft beschuldigte; alle diese Muthmassungen waren aber irrig. Der wahre Urheber des kaiserlichen Schreibens war der Cardinal Khlesl, der es diesmal für angezeigt hielt, eine energische Sprache zu führen und, wie er sich brieflich gegen einige Vertrauenspersonen in Böhmen ausdrückte, es für zweckmässig erachtete, dass der Kaiser nicht schleichend „wie ein Fuchs," sondern gewaltsam „wie ein Löwe" auftrete. *)

Als das kaiserliche Schreiben in Prag anlangte, wurden die in der Hauptstadt anwesenden Defensoren eingeladen, sich bei den Statthaltern auf der Kanzlei einzufinden, um den Inhalt desselben kennen zu lernen. **) Die Mehrzahl erwartete keinen günstigen Bescheid und so äusserten die Drohungen desselben auf sie keinen tiefen Eindruck; wenn ja einer oder der andere des Streites bereits überdrüssig war, so schwieg er doch still. Nur bei dem prager Advokaten Fruewein über-

28. März 1618

*) Die Angabe über den eigentlichen Urheber entnahmen wir auf Treu und Glauben den Memoiren Slawatas (Theil VIII), die derselbe in seinem späteren Alter verfasste. Er bemerkte in ihnen über diesen Gegenstand, dass er selbst seiner Zeit über die Härte des Tones im kaiserlichen Schreiben erstaunt gewesen sei. — Hurter Band VII S. 262 findet den Ton des kaiserlichen Schreibens durchaus nicht hart, sondern sanft und druckt es zum Beweise in der Beilage S. 592 ab. Er hätte allerdings Recht damit, wäre ihm nicht das Missgeschick begegnet, dass er ein anderes Schreiben für das Drohschreiben hielt. Das Drohschreiben findet sich in „der andern Apologie" Nr. 99 vor.

**) Skala II, 105.

wältigte die Bangigkeit vor den kommenden Ereignissen jede Zurückhaltung und er versuchte unter der Maske der Vermittlung einen Rückzug. Er bat in seinem eigenen und im Namen der königlichen Städte, deren Zustimmung er eingeholt haben mag, die anwesenden Statthalter und Defensoren, sie möchten doch vereint dahin wirken, um die Dinge nicht aufs äusserste kommen zu lassen. *) Seine Bitte fand keine Unterstützung. Die Defensoren entfernten sich darauf aus der Kanzlei mit dem Versprechen einer baldigen Antwort und gaben dieselbe in der That schon drei Tage später schriftlich ab. Sie bemerkten in dem Actenstücke, dass sie sich bisher streng innerhalb der Schranken des Gesetzes gehalten hätten und dass ihnen vermöge der sanctionirten Artikel des J. 1609 die Abhaltung der beschlossenen Versammlung gestattet sei. Auch sei es ihnen bei dem besten Willen nicht möglich, dem Befehle des Kaisers nachzukommen, da die auf den 21. Mai anberaumte Zusammenkunft zu Folge eines Beschlusses des im März abgehaltenen Protestantentages stattfinde und es nicht in der Macht der Defensoren stehe, diesen Beschluss rückgängig zu machen. **)

Mit den Drohungen und Befehlen des kaiserlichen Schreibens und mit der Vorladung der Defensoren waren die Massregeln der Regierung gegen die Protestanten nicht abgeschlos-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Frueweins Verhör im J. 1621.

**) In der kais. Correspondenz wird auf den Protestantentag als eine durch das Gesetz verbotene Versammlung mehrfach hingewiesen. Dieser Hinweis bezieht sich auf jenen Artikel der Landesordnung Ferdinands I, durch den alle ständischen Zusammenkünfte ohne Erlaubniss des Königs bei Strafe verboten werden. Allein dieser Artikel verlor seine umfassende Bedeutung durch die Gesetze von 1609, durch die eben ein Protestantentag von der erwähnten Zusammensetzung erlaubt wurde. Dass derartige Zusammenkünfte grosse Gefahren in sich bargen, lässt sich nicht verkennen, aber gesetzlich erlaubt waren sie. In dem Kampfe gegen den Majestätsbrief und Vergleich ignorirte Mathias auch diese Bestimmung des J. 1609 und stellte sich einfach auf den gesetzlichen Standpunkt vor 1609. Wir bemerken dies ausdrücklich, damit man nicht mit manchen Schriftstellern meine, die Protestanten hätten sich auf ungesetzlichem Boden bewegt. Sie standen auf dem legalen Boden, den das J. 1609 geschaffen hatte.

sen. Ihre Absicht ging auf die völlige Trennung der königlichen Städte vom Adel, damit, wenn der Protestantentag zu Stande kommen sollte, wenigstens Niemand aus dem Bürgerstande sich an demselben betheilige. Deshalb bekamen die Beamten, welche in den Städten die königlichen Rechte vertraten, nämlich der Landesunterkämmerer und der Hofrichter die gemessensten Instructionen, die Bürger von jeder Theilnahme an den protestantischen Zusammenkünften abzuhalten. Ja noch mehr, in Prag sollten die Königsrichter, in den Landstädten der Landeskämmerer uud der Hofrichter Loyalitätsadressen ins Leben rufen, in denen sich die Bürger von den Defensoren lossagen und den Kaiser für ihren alleinigen Defensor erklären sollten. Brachte es die Regierung mit diesem letzteren Versuche zu einem nennenswerthen Erfolge, so war allerdings der Sache der Protestanten eine schwere Wunde beigebracht.

Den ersten derartigen Versuch zur Gewinnung der Städte machte man mit der Altstadt Prags. Der Secretär Michna, der jetzt eine grössere Thätigkeit als je entfaltete, entwarf eine Adresse an den Kaiser, gewann für sie die wichtigsten Mitglieder des altstädter Rathes, für dessen passende Zusammensezzung schon seit langem gesorgt worden, und liess diesen Entwurf dem Plenum des Rathes zur Annahme vorlegen. Der Versuch gelang; der altstädter Rath schickte die Adresse, ohne weitere Befragung der Gemeinde, nur mit Vorwissen einiger gleichgesinnter Bürger, an den Kaiser ab. Der Inhalt derselben war unter den bestehenden Verhältnissen von doppelter Bedeutung. Sie überfloss nicht nur von Versicherungen treuer Ergebenheit, sondern erklärte auch, dass die Stadt in dem Kaiser den alleinigen Beschützer ihres Glaubens, ihren einzigen Defensor erblicke. Energischer und deutlicher konnte sich die bedeutendste der prager Gemeinden von der durch die Defensoren repräsentirten protestantischen Gemeinsamkeit nicht lossagen.

Sowohl die Neustadt wie die Kleinseite folgten dem Beispiel der Altstadt. Auf der Neustadt setzte es der Königsrichter durch, dass der Rath eine fast gleichlautende Adresse annahm, und dieselbe, ohne Befragung der Gemeinde, ebenfalls nur mit Zu-

stimmung einiger gleichgesinnter Bürger an den Kaiser abschickte. Der Königsrichter auf der Kleinseite übertraf noch seine Collegen, denn er gewann nicht bloss den Rath für die Annahme einer Adresse, in der gleichfalls erklärt wurde, dass man keinen anderen Defensor als den Kaiser haben wolle, sondern suchte auch die Gemeinde selbst zu einer gleichen Kundgebung ihrer Loyalität zu bewegen. Als er zu diesem Ende die Bürgerschaft auf das Rathhaus berief, bemerkten einige Bürger, nachdem sie in den Adressentwurf Einsicht genommen, dass des Majestätsbriefes in demselben gar nicht Erwähnung geschehe und tadelten dies; andere baten um einige Bedenkzeit zur vorläufigen Berathung, aber der Richter schnitt die Debatte kurz ab, indem er jeden Tadel und jede Vertagung von sich wies, hie und da einige Drohungen anbrachte und kurz und bündig eine unmittelbare Beitrittserklärung verlangte. Einer derartigen Ueberredungsgabe zu widerstehen, verstand die Versammlung nicht, alles schwieg und der Richter konnte als Resultat derselben verkünden, dass die Adresse des Rathes einstimmig von der Bürgerschaft angenommen worden sei.*) Nun blieb bezüglich Prags nur eines zu thun übrig. Da sich einige Bürger dieser Stadt unter den Defensoren befanden, so erging von Seite der Regierung die Aufforderung an sie, auf ihr Amt zu verzichten. Einige kamen derselben ungesäumt nach, andere erklärten, es sei ihnen nicht möglich, jetzt zu resigniren, da sie ihr Amt vom Landtag erhalten hätten, bei dem künftigen Zusammentritt desselben würden sie jedoch die verlangte Verzichtleistung abgeben. Die Statthalter nahmen diese Verzichtleistung als eine unbedingte an und liessen im Lande verbreiten, dass Prag sich gänzlich von der Defension losgesagt habe.**)

11. April

Minder günstig waren die Erfolge, welche der Hofrichter in den übrigen königlichen Städten zuwege brachte. In der Mehrzahl der Städte waren die Rathscollegien zu keiner Preis-

*) Wir berichten über die Verhandlungen in Prag: 1. nach der andern Apologie, 2. nach Skala und 3. nach Zeidlers Berichte an den Kurfürsten von Sachsen dd. 4/14 April 1618 im sächs. Staatsarchiv.

**) In dem obenerwähnten Schreiben Zeidlers.

gebung ihrer Glaubensinteressen zu bewegen. Nur in einigen Städten, wo die Katholiken, trotz ihrer Minorität, eine bedeutende Vertretung im Rathe erlangt hatten, fand das Beispiel Prags Nachahmung, so in Kolin und Taus. Am weitesten wagte sich in dieser Richtung das an der Elbe gelegene Aussig vor. In einer Adresse, welche die Bürger an den Landeskämmerer richteten, baten sie ihn, der Dolmetsch ihrer treuen, Leben und Gut nichtachtenden Hingebung an den Kaiser sein zu wollen, und dabei die Erklärung abzugeben, dass sie Niemanden als den König, dessen Wille und Wunsch ihnen stets ein unverbrüchliches Gesetz sei, als ihren Defensor ansähen. *) In Kuttenberg übernahm es der Münzmeister Wřesowec, die Bürger vor jedem Anschlusse an die Defensoren zu warnen. In lebhaften Farben schilderte er die Bestrafung derjenigen, die sich durch die Theilnahme an dem Protestantentage blossgestellt hätten; hohe Geldstrafen waren das geringste, was nach seiner Meinung ihrer harrte, einige liess er auch schon im voraus mit dem Leben büssen. Nicht alle Tage, so höhnte er, gebe es einen Landtag, wie zu Rudolfs Zeiten, als der Majestätsbrief abgetrotzt wurde. Die Defensoren hätten vom Kaiser ein Schreiben erhalten, das ihnen nicht behage, sie hätten eine lange Nase bekommen und gingen nun wie betäubt herum. In diesem Tone lies er sich noch länger hören. **)

Auf dem in Prag so wohl vorbereiteten Boden wurde noch weiter gebaut. Berauscht von den erlangten Erfolgen, wollte die Regierung jetzt auch den Versuch wagen, ob sie nicht einen Zwiespalt unter dem protestantischen Clerus der Hauptstadt herbeiführen und einen Theil desselben zur Wiederannahme des seit dem J. 1609 abgeschafften Utraquismus bewegen könnte. Wie schon wiederholt bemerkt wurde, hatten sich die Utraquisten im J. 1609 insgesammt zur böhmischen Confession bekannt, selbstverständlich war dies weder von Seite der Geistlichkeit, noch der Laienwelt mit durchwegs gleichem Eifer geschehen; unter beiden Classen gab es zahlreiche Personen,

*) Skala II S. 100.

**) Andere Apologie Nr. 120.

die gegen die längere Dauer des Utraquismus nichts eingewendet hätten. Das Geschlecht dieser Gleichgültigen oder gegen die Neuerungen minder günstig Gesinnten war noch nicht ausgestorben und eine geschickte Einwirkung konnte vielleicht viele von ihnen zur Lossagung von der böhmischen Confession und zur neuerlichen Aufpflanzung des alten utraquistischen, durch die Geschichte und das Andenken an Hus in den Augen der Menge noch immer ehrwürdigen Banners veranlassen. Eine passende Handhabe zur Herbeiführung einer solchen Spaltung konnte die seit dem J. 1609 geltende gottesdienstliche Ordnung bieten. Dem Volke war vom Utraquismus her die Anhänglichkeit an die feierlichen Ceremonien der katholischen Kirche geblieben, die grössere Einfachheit, die seit 1609 im Gottesdienste beobachtet wurde, verstiess gegen tief eingewurzelte Neigungen und Erinnerungen. Wenn man einige protestantische Geistliche dazu bringen konnte, sich von der neuen gottesdienstlichen Ordnung loszusagen und die utraquistische wieder in Uebung zu bringen, so fand dies vielleicht grossen Anklang beim Volke und der alte Utraquismus lebte mit Macht wieder auf. Auf alle Fälle konnte ein solcher Versuch eine grosse Verwirrung und Zersetzung im protestantischen Lager zur Folge haben.

Der Plan zu einer derartigen Zersetzung des Protestantismus scheint von Michna ausgegangen zu sein, wenigstens war er es, der die Durchführung desselben aufs eifrigste förderte. Zu diesem Zwecke lud er eine Anzahl Geistlicher, denen er Mangel an Festigkeit oder Vorliebe für die alten Verhältnisse zutraute, zu vertraulichen Besprechungen in sein Haus ein und wusste allmälig mehrere derselben dahin zu bereden, dass sie den Kaiser in einer Bittschrift um die Reactivirung des Utraquismus baten.*) Die Zahl dieser Geistlichen, zum Theil prager Pfarrer, soll sich auf 12 belaufen haben. Mit der Reactivirung des alten Utraquismus sollte ein inniger Anschluss desselben an die katholische Kirche Hand in Hand gehen und

*) Andere Apologie S. 19 und 20. Ausgabe von Schubert.

der Erzbischof auch als kirchliches Haupt desselben anerkannt werden. Bevor noch etwas von dieser Bittschrift und den damit im Zusammenhange stehenden Plänen verlautete, wagte der Pfarrer von St. Nicolaus auf der Altstadt, offenbar einer der Gewonnenen, öffentlich einen entscheidenden Schritt zu thun. Früher war es bei den Utraquisten üblich gewesen, dass sie das Auferstehungsfest am Charsamstag wie die Katholiken mit einer feierlichen Procession begingen. Die Anhänger der böhmischen Confession, die an die Transsubstantion nicht glaubten, schafften die Processionen ab. Als nun die Osterzeit des Jahres 1618 herannahte, wurden er und der Pfarrer an der Teinkirche von der Regierung mit Bitten und Schmeicheleien bestürmt, am Charsamstage den feierlichen Umzug mit der geweihten Hostie vorzunehmen. Anfangs schwankte auch der Pfarrer an der Teinkirche, der vielleicht ebenfalls zu den Zwölfen gehörte, ob er diesen Bitten und Schmeicheleien nachkommen solle; als der Charsamstag heranrückte, war es jedoch nur der Pfarrer von St. Nikolaus, der die Procession abhielt. Das Staunen der Protestanten und ihre Wuth war nicht grösser, als die Freude der Katholiken über die Bresche, die sie in die Festung ihrer Gegner geschossen hatten. Der Kanzler richtete ein Schreiben an jene Rathsherren der Altstadt, die an der Procession Theil genommen hatten, dankte ihnen dafür und versicherte sie der kaiserlichen Huld und Gnade. Der Pfarrer von der Teinkirche, der einen Augenblick unschlüssig gewesen war, suchte sich mit seinen Glaubensgenossen dadurch gut zu stellen, dass er am Ostersonntage eine fulminante Rede gegen die katholischen Processionen hielt. *)

Angesichts eines Ereignisses von so ungeheurer Tragweite, wie das erzählte, beachtete man es nur wenig, dass gleichzeitig auf einzelnen geistlichen und königlichen Gütern neue Uebergriffe gegen die Bestimmungen der Religionsgesetze von 1609 gewagt wurden. So wurden einige Friedhöfe, die vor dem Jahre 1609 bestanden und durch den Vergleich für gemeinschaftlich erklärt

*) Sächs. Staatsarchiv 9168. Zeidler an Kursachsen dd. 21. April / 1. Mai 1618 Prag.

worden waren, von den Aebten von Strahow und Emaus ausschliesslich für die Katholiken in Anspruch genommen. So forderte der Erzbischof den Hauptmann der königlichen Herrschaft Pardubic geradezu auf, die böhmischen Brüder, die daselbst seit 150 Jahren angesiedelt waren, zu unterdrücken und zu vertreiben, trotzdem dass die Religionsgesetze von 1609 sie in Schutz nahmen.*) Grosses Aufsehen erregte es jedoch, als von der Regierung der Versuch gemacht wurde, sich der Bethlehemskirche zu bemächtigen, jener Kirche, in der einst Hus seine zündenden Predigten gehalten hatte und die man als die Wiege des Utraquismus und Protestantismus in Böhmen anzusehen und zu verehren gewohnt war.

13. April 1618

Durch eine Stiftung, deren Begründung in das 14. Jahrhundert zurückreicht, war die Besetzung der Predigerstelle an der Bethlehemskirche in die Hände der prager Universität gelegt. Bei jeder Vacanz sollten drei Magister derselben mit Zuziehung des altstädter Bürgermeisters einen neuen Prediger ernennen. Als diese Stelle im Jahre 1609 erledigt war, wurde sie dem Br. Cyrus, einem Mitgliede der Brüderunität anvertraut. Nun war Cyrus gestorben und es handelte sich zu Ostern (1618) um die Ernennung eines Nachfolgers. Von Seite des altstädter Rathes wurden die betreffenden drei Magister der Universität aufgefordert, sich ohne Säumen auf dem Rathhause einzufinden und daselbst die Wahl vorzunehmen. Die Magister weigerten sich, dem Rufe alsbald zu folgen, weil sie sich der neuen Verfassung der Universität gemäss zuvor mit den Defensoren über diesen Gegenstand berathen müssten, nahmen aber selbständig eine provisorische Besetzung der Predigerstelle vor. Darüber klagten der Bürgermeister und der altstädter Rath beim Kaiser, der den Statthaltern unverweilt den Auftrag gab, den provisorischen Prediger zu entfernen und die Universität aufzufordern, die definitive Wahl dem Stiftsbriefe gemäss ohne weitere Einmischung der Defensoren vorzunehmen. Wenn sie sich weigern sollte, zu gehorchen, so solle die Kirche geschlossen, versiegelt und die Schlüssel in der böhmischen Kanzlei niedergelegt werden.

*) Andere Apologie Ausgabe von Schubert S. 27 und Nr. 52 und 45.

Die Universität, die sich mittlerweile mit den Defensoren geeinigt haben mochte, zögerte nicht, dem königlichen Befehle nachzukommen und ersuchte den altstädter Bürgermeister Loštický, an einem bestimmten Tage die Wahl in Gemeinschaft mit den drei Magistern vorzunehmen. Derselbe folgte der Aufforderung und einigte sich mit den letzteren in Bezug auf drei Candidaten für den vacanten Posten. Es waren dies der Pfarrer von St. Martin, Jakob; der Pfarrer von der Teinkirche, Georg Dycastus; und ein Mitglied der Brüderunität, Cyrillus. Als es sich nun darum handelte, welchem von diesen dreien schliesslich das Amt übertragen werden solle, verlangte der Bürgermeister, man solle die Candidaten dem Kaiser bekannt geben und dieser solle einen derselben ernennen. Dagegen verwahrten sich die Magister als gegen eine nie geübte Neuerung, entschieden sich aber auch nicht für einen Candidaten, sondern überliessen die Auswahl den Defensoren, welche darauf den Cyrillus zum Prediger an der Bethlehemskirche ernannten. Dem Kaiser blieb nicht die Zeit, diese Wahl zu cassiren und eine andere zu treffen, denn wenige Tage später brach der Aufstand aus und machte seiner Auctorität ein Ende. *) Die Protestanten sahen in dem Gebahren des Bürgermeisters nichts als einen Versuch, ihnen ein seit mehr als 200 Jahren geübtes Patronatsrecht zu entreissen und die Bethlehemskirche in eine katholische zu verwandeln. Ihre Vermuthung hätte sich vielleicht als begründet erwiesen, wenn sich der Aufstand noch einige Zeit verzögert hätte.

11. Mai 1618

Es ist erzählt worden, dass sich die Defensoren auf das ihnen mitgetheilte kaiserliche Schreiben geweigert hatten, den Protestantentag rückgängig zu machen. Ihre Erklärung wurde nach Wien berichtet und daselbst die Wiederholung des Verbotes beschlossen; die Statthalter bekamen die erneuerte Weisung, die Defensoren vorzuladen und ihnen aufzutragen, die anberaumte Versammlung abzubestellen, da dies in Betracht des fernen Termins recht gut möglich sei. Der Ton dieses kaiser-

17. Apr. 1618

---

*) Die Acten über den Streit wegen der Bethlehemskirche in der andern Apologie Nr. 133.

lichen Schreibens war gegen das vom 21. März merklich herabgestimmt. Es verbot zwar den Protestantentag noch immer, that dies aber mit Vermeidung aller Drohungen und machte auch dadurch einen milden Eindruck, dass es die Ankunft des Kaisers in Prag in Aussicht stellte. Ihrem Auftrage gemäss luden die Statthalter die in Prag anwesenden Defensoren auf das Schloss, welchem Rufe Graf Thurn, Budowec, Ruppa, der kürzlich abgesetzte altstädter Rathsschreiber Kochan, Fruewein und zwei andere nicht näher benannte Personen folgten. Nachdem sie der Vorlesung des kaiserlichen Schreibens zugehört hatten, ergriff Ruppa das Wort und erwiederte, dass es den Defensoren jetzt noch weniger möglich sei, als früher, dem eben mitgetheilten Befehle Folge zu leisten, denn abgesehen davon, dass die bevorstehende Versammlung eine gesetzliche sei und deshalb nicht verboten werden könne, so seien sie nicht befugt, einen giltigen Beschluss zu fassen. Ihre Instruction erfordere zu einem solchen die Theilnahme von mindestens zehn Mitgliedern, nun seien nur acht Defensoren in Prag anwesend und diese mithin nichts als Privatpersonen. Im Einverständnisse mit seinen Begleitern erbot er sich, den Inhalt des kaiserlichen Schreibens den abwesenden Collegen zur Kenntniss zu bringen und mit denselben reiflich zu erwägen, was zu thun sei. — Darauf nahm Fruewein das Wort, klagte über den Druck, den die Regierung auf die Prager ausübe, indem sie einen freien Ausdruck ihrer Gesinnung verhindere und diejenigen Bürger, die zu Defensoren gewählt worden, sogar nöthigen wolle, ihr Amt niederzulegen, und bat die Statthalter um eine beruhigende Erklärung. Bevor diese noch antworten konnten, hatte Ruppa abermals das Wort ergriffen, indem er sein Erstaunen über dergleichen widerrechtliche Vorgänge ausdrückte. Die Statthalter liessen sich jedoch auf keine Beschwichtigung der erhobenen Klagen ein, sondern schlossen die Audienz, indem sie das kaiserliche Schreiben den Defensoren zur weiteren Erwägung übergaben. Ihr Schweigen bewies deutlich, dass die Regierung entschlossen war, in Betreff der Städte auf dem betretenen Wege weiter zu gehen. *)

28. Apr. 1618

*) Bericht der Statthalter an den Kaiser dd. 2. Mai 1618. Böhm. Statthaltereiarchiv.

Obgleich die Defensoren bei ihrer Weigerung das formale Recht auf ihrer Seite hatten, so ist doch nicht zu bezweifeln, dass die protestantischen Stände auf eine Weisung der Defensoren hin von ihrer Versammlung weggeblieben wären und diese dadurch factisch rückgängig gemacht worden wäre. Allein die Defensoren selbst wollten sich um keinen Preis des Schutzes berauben, den der Protestantentag ihrer gefährlichen Position bringen musste; überdies war der Entschluss zu einem offenen Aufstande in den Gemüthern der Tonangeber, wie Thurn und Ruppa, gewiss schon jetzt zur Reife gediehen. Sie wurden in ihrer Entschlossenheit durch Zuschriften vom Lande bestärkt, in denen man ihnen eine pünktliche und zahlreiche Betheiligung an der bevorstehenden Versammlung zusagte. Bei einer Kindstaufe im Hause des Herrn von Fels versammelten sich ungewöhnlich viel Gäste vom Herrn- und Ritterstande, man sah dies für eine schon jetzt zur Schau getragene Entfaltung der protestantischen Macht an. Manchen Katholiken mag dabei wohl die Ahnung beschlichen haben, dass das bisherige Wortgeplänkel bald ernstlicheren Ereignissen Platz machen dürfte, Niemandem scheint jedoch die Möglichkeit vorgeschwebt zu haben, dass die katholische Regierung dabei zusammenstürzen könnte. Adam von Waldstein, der sich erst vor wenigen Tagen missbilligend über den Burggrafen Martinitz geäussert hatte, tadelte diesmal die Protestanten zwar wohlwollend, aber entschieden, und meinte, es dürfte bei diesem Spiele leicht um ihre Köpfe gehen. Thurn, der in einer derartigen Bemerkung den heimlichen Entschluss der Regierung witterte, suchte die Sicherheit für sich und seine nächsten Anhänger nicht im Rückzuge, sondern im entschlossenen Vorwärtsgehen.*)

III

So rückte denn der entscheidende Moment heran. Schon einige Tage vor dem bestimmten Termine waren die Urheber

---

*) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{21. April}{1. Mai}$ 1618.

der Bewegung in Prag angekommen, um den Plan der nächsten Operationen festzustellen. Sie versammelten sich am 18. Mai im Saale des Karolinums und beschlossen zunächst die Abfassung einer Ansprache an das Volk, in der sie den gegenwärtigen Streit erläuterten und die Gesetzlichkeit ihrer Schritte behaupteten. Die Ansprache wurde Tags darauf allen prager Pfarrern mit der Weisung zugeschickt, sie am folgenden Sonntage von der Kanzel vorzulesen und das Volk zum Gebete für das gedeihliche Wirken der Stände aufzufordern. Der Befehl wurde pünktlich erfüllt und verursachte unter der Bevölkerung Prags eine ungeheure Aufregung; man hatte wohl den Defensoren, aber nicht den Pfarrern eine solche Entschlossenheit zugetraut.

Auf die erste vertrauliche Sitzung, die nur die Wortführer vereinte, folgte am Montag den 21. Mai die Eröffnung des so viel besprochenen zweiten Protestantentages. Schon vor der anberaumten Stunde konnte man merken, dass, aller kaiserlichen Verbote ungeachtet, die Versammlung nicht weniger besucht sein würde, als die vom März. Zwar hatten von den Städten nur Kuttenberg, Kauřim, Chrudim, Beraun, Jungbunzlau und Schlan Deputirte geschickt; aber selbst dieses kleine Häufchen war nach den vorausgegangenen Drohungen der Regierung und nach der stummen Haltung Prags noch immer beachtenswerth. Dagegen war der Adel zahlreicher als früher vertreten. — Noch hatten sich nicht Alle, die nach Prag gekommen waren, im Karolinum zusammengefunden, als bereits zwei Beamte der Statthalterei mit einer Botschaft daselbst erschienen. Der Kaiser hatte in einem abermaligen Schreiben an die Statthalter den Befehl zur Nichtabhaltung des Protestantentages wiederholt.*) Der Ton dieses Schreibens war, wie der des vorletzten, mild und enthielt die Versicherung, dass an eine Verkürzung der ständischen Freiheit nicht gedacht werde. Am 16. Mai war dasselbe von Wien abgegangen und wahrscheinlich am 20. in Prag angekommen. Die zwei Beamten baten die im Karolinum anwesenden Personen, sie möchten sich auf das Schloss verfügen, wo ihnen eine Mittheilung gemacht werden solle. Man entgegnete ihnen, dass

1618

16. Mai

*) Das Schreiben im böhm. Statthaltereiarchiv.

man kommen werde, sobald die Versammlung vollzählig sein würde.*)

Als letzteres der Fall war, verfügten sich sämmtliche Mitglieder des Protestantentages in den grossen Saal des Karolinums. Der Pfarrer von St. Nicolaus auf der Kleinseite eröffnete die Sitzung in feierlicher Weise durch ein Gebet, dem sich die Anwesenden durch Absingung des 91. Psalmes anschlossen, worauf der Pfarrer Rosacius in einer längeren Rede die Bedeutung des Augenblickes erörterte. Nachdem das geistliche Exordium zu Ende war, begannen die Verhandlungen im kleinen Karolinsaale damit, dass Herr Wilhelm von Lobkowitz über das Ausbleiben zweier Defensoren von der gegenwärtigen Versammlung, Frueweins und Kochans, berichtete. Beide hatten ihr Wegbleiben damit entschuldigt, dass sie hiezu unter strengen Strafandrohungen von Seite des alt- und neustädter Bürgermeisters genöthigt worden wären. Sie seien erbötig ihrem Defensorenamt zu genügen, wenn die Versammlung ihnen Schutz gegen jede Verfolgung angedeihen lassen wolle. Es versteht sich, dass die Versammlung einstimmig diesen Schutz verhiess und ausser Fruewein und Kochan auch den Defensor Magrle von Sobišek, der aus denselben Gründen wie die beiden ersten weggeblieben war, ohne sich jedoch zu entschuldigen, von dem Beschlusse in Kenntniss setzte. Darauf wurde beschlossen, der Einladung der Statthalter Folge zu leisten und sich auf das Schloss zu verfügen. Graf Schlick, dem die Aufgabe zugefallen war, sich mit den städtischen Abgeordneten ins Einvernehmen zu setzen und sie zu leiten, forderte dieselben in vertraulicher Weise auf, sich bei diesem Gange dem Adel anzuschliessen.

Kaum 100 Mann mögen es gewesen sein, die sich jetzt auf das Schloss begaben, aber lavinenartig wuchs dieser Haufe an, denn er musste fast die ganze Stadt durchziehen, um sein Ziel zu erreichen. Im Schlosse angelangt, verfügte sich Wilhelm von Lobkowitz als Sprecher zu den Statthaltern und kündigte die Ankunft der Stände an. Man liess sie in das Amtslocale ein-

*) Berichte der Statthaltereibeamten an die Statthalterschaft dd. 21. Mai.

treten, da jedoch nicht alle in demselben Platz hatten, musste ein Theil vor den offenen Thüren stehen bleiben. Der Oberstburggraf ergriff für die Regierung das Wort und benachrichtigte die Stände von dem Vorhandensein eines kaiserlichen Schreibens, das er darauf vorzulesen befahl. Die Fassung desselben war, wie erwähnt, eine milde und verlangte nur die Auflösung der Versammlung bis auf weitere Entschliessungen des Kaisers. Die Stände hörten die Vorlesung ohne alle Zeichen des Beifalls oder Missfallens an, baten am Schlusse nur um eine Abschrift, die ihnen zu Theil wurde, und versprachen eine baldige Antwort. Sie entfernten sich darauf und beschlossen in einer auf dem Schlosshofe improvisirten Berathung eine neue Zusammenkunft am folgenden Tage, um sich über die den Statthaltern zugesagte Antwort zu einigen.*)

Die für den 22. Mai anberaumte Sitzung begann um 8 Uhr Morgens. Fruewein und Kochan erschienen in derselben und dankten den Ständen für den zugesicherten Schutz. Magrle fand sich auch jetzt nicht ein, sondern liess den Ständen antworten, er habe kein Zutrauen in die Wirksamkeit ihrer Versicherungen, da sie ihn auch in dem waldsteinischen Streite nicht geschützt hätten. Diese Antwort erregte Missfallen und man wehrte sich gegen die Zumuthungen Magrle's. Seine Verwickelung in den waldsteinischen Streit sei eine politische und nicht religiöse Angelegenheit gewesen und der Schaden, den er dabei genommen, habe ihn mit Recht getroffen.**) Thurn ergriff hierauf das Wort und ersuchte die Stände, sie möchten dem, was Fruewein vortragen werde, ein aufmerksames Gehör schenken. Letzterer bat nochmals, die Versammlung möge ihm um so mehr ihren Schutz verheissen, als er im Begriffe stehe, sich zu ihrem Wortführer zu machen. Was er verlangte, wurde ihm förmlich und feierlich versprochen; jeder der Anwesenden hob zum Schwur zwei Finger empor. Fruewein las darauf eine Schrift vor, die einen

*) Skala II, 118.

**) Von diesem waldsteinischen Streite, der keinerlei politische Bedeutung hatte, gibt der Verfasser im zweiten Bande seines Werkes: Rudolf II nähere Details.

historischen Abriss über die damaligen religiösen Zerwürfnisse enthielt und deren erste Veranlassung auf die Vorgänge in Klostergrab und Braunau zurückführte. Die Fruchtlosigkeit früherer Bitten habe die Stände vor einigen Wochen zu einer Zusammenkunft und einer Bittschrift an den Kaiser genöthigt, doch habe dieser Schritt nicht den gewünschten Erfolg gehabt, denn statt der gehofften Berücksichtigung ihrer Klagen sei von Wien ein Drohschreiben nach dem andern gekommen, in denen insbesondere jede Zusammenkunft verboten werde. Das letzte kaiserliche Schreiben sei eben zur Kenntniss der Stände gelangt und an ihnen sei es nun, zu beschliessen, was zu thun und namentlich, welche Antwort den Statthaltern zu geben sei.

Nach kurzer Berathung erklärte die Versammlung, dass sie die Meinung der Defensoren zu vernehmen wünsche. Letztere fügten sich dem Verlangen und versprachen die Ausarbeitung der Antwort, welche den Statthaltern am folgenden Morgen überreicht werden solle. Als die Debatte im Gange war, versetzte der Graf Thurn die Versammlung durch eine sorgenvolle Aeusserung in nicht geringen Schrecken. Er erwähnte eines Gerüchtes, nach dem die Statthalter einen bösen Anschlag gegen die Freiheit und Sicherheit der Stände im Sinne hätten, und riet zu Vorsichtsmassregeln. Seine Zuhörer gerieten durch die Warnung in grosse Aufregung und beschlossen die unverweilte Absendung einer Deputation an die Statthalter, welche von ihnen zur Beseitigung jedes Misstrauens die Erlaubniss verlangte, dass die Stände sich bewaffnet in der Burg einfinden dürften. Es war nämlich gesetzliches Herkommen, dass die Stände auf der Burg nicht anders als in gewöhnlicher Kleidung mit dem üblichen Degen, nie aber in voller Rüstung erscheinen durften. Hatte die Regierung wirklich einen Anschlag gegen sie im Sinne, dann waren sie allerdings in Gefahr, von der, wenn auch nicht zahlreichen, doch wohl bewaffneten Burgwache überwältigt zu werden und dies um so leichter, wenn die Burgthore rechtzeitig abgeschlossen und jede allfällige Hilfe von Seite der Stadt abgeschnitten wurde. An die Spitze der Deputation wurde der Graf Schlick gestellt, der sich eifrig seiner Mission unterzog. Als die Statthalter von den Besorgnissen der

Stände unterrichtet wurden, beeilten sie sich, dieselben zu zerstreuen, und gaben die gewünschte Erlaubniss. Den Oberstburggrafen verliess bei dieser Gelegenheit nicht sein gewohnter Humor und den eigentlichen Urheber der ständischen Forderung richtig errathend, rief er aus: „Wie, man vermuthet, dass wir unser liebes Schwägerlein (den Grafen Thurn) festhalten wollen? Bewahre uns der Himmel davor!"

Es war indessen nicht Furcht, welche den Grafen Thurn zu einer solchen Fürsorge trieb, sondern ein wohlüberlegter Anschlag zur Zertrümmerung der kaiserlichen Herrschaft. Endlich war der Augenblick gekommen, in dem das Werk jahrelanger Erwägung zur Reife gediehen war. Die Erbitterung der böhmischen Protestanten gegen die habsburgische Regierung hatte den äussersten Grad erreicht und machte sie jeder That fähig, durch welche die bestehenden Verhältnisse gestürzt werden konnten. Thurn war deshalb entschlossen das Signal zum Ausbruche des Aufstandes zu geben und an dessen Spitze zu treten. Zu seiner eigenen Sicherheit wollte er gleich im Beginne den Bruch zu einem unheilbaren gestalten, damit den protestantischen Ständen eine Rückkehr zu der alten Ordnung ebensowenig möglich sei, wie ihm selbst. Das passendste Mittel zu einem derartigen unheilbaren Bruche war die Ermordung der Statthalter und der Plan dazu entstand im Kopfe Thurns.

Die erste Andeutung über seine dahinzielende Absicht that er während der eben erzählten Zusammenkunft im Karolinum, als die den Statthaltern zu ertheilende Antwort zur Verhandlung kam. Im Vertrauen äusserte er sich gegen einige ihm nahestehende Personen: die Bemühungen der Stände würden keinen Erfolg haben, wenn man nicht geradezu eine „Demonstration" vornehmen würde. Seine Mienen und Bewegungen liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, was er unter der Demonstration verstehe; denn einige seiner Zuhörer rieten ihm von jeder Gewaltthat ab, da dieselbe einen schweren Krieg zur Folge haben könnte.*) Einige Stunden später empfing er in seiner Wohnung den Besuch Frueweins und zu diesem sagte er geradezu, es

*) Frueweins Verhör. Original im böhm. Statthaltereiarchiv.

bleibe nichts anderes übrig, als einige Personen zum Fenster hinauszuwerfen. Fruewein scheint kein Freund dieses radicalen Auskunftsmittels gewesen zu sein; wenigstens behauptete er später, er habe dem Grafen diese Massregel widerrathen und sei fortan allen auf die Ermordung der Statthalter abzielenden Schritten fremd geblieben.*)

Die schliessliche Entscheidung bezüglich der verhängnissvollen That wurde noch im Laufe des 22. Mai getroffen und zwar in einer Conferenz, die in dem auf der Kleinseite gelegenen Palais des reichen Albrecht Smiřický abgehalten wurde. In diesem, gegenwärtig unter dem Namen des montagschen Hauses in Prag wohlbekannten Gebäude fand in einem abseits gelegenen Thurmgemache die letzte Besprechung statt, deren Theilnehmer aus einem Berichte des Budowec näher bekannt sind. In dem Verhöre, das drei Jahre später mit ihm vorgenommen wurde, gestand er, den Beschluss zum Fenstersturze mit dem Grafen Thurn und mit Albrecht Smiřický in dem erwähnten Gemache gefasst zu haben.**) Sollten in der That nicht mehr als diese drei Personen die letzte Entscheidung getroffen haben? Man darf dies wohl bezweifeln, wenigstens liegt die Vermuthung nahe, dass Budowec bei seinem Verhöre nur jene Personen genannt hat, welche die kaiserliche Rache nicht ereilen konnte; denn Thurn war damals flüchtig und Smiřický todt. Andere Mittheilungen machen es zweifellos, dass Ulrich Kinsky gleichfalls um das Geheimniss wusste und ebenso liefern die Vorgänge am folgenden Tage den Beweis, dass auch Wenzel von Ruppa, Colonna von Fels, Paul und Litwin von Řičan und ein Bruder des Ulrich Kinsky ins Vertrauen gezogen worden sind. Von Ruppa und Fels möchten wir behaupten, dass sie mit Thurn die ersten und einzigen Urheber der folgenden Gewaltthat gewesen sind, und dass alle übrigen, selbst Budowec nicht ausgenommen, erst später gewonnen wurden. Ob nun alle hier genannten und in die Verschwörung eingeweihten Personen an der Conferenz im Thurm-

*) Frueweins Verhör. Ebend.

**) Eigenhändige Aufzeichnung des Kanzlers Lobkowitz im Archiv von Raudnitz.

gemache sich betheiligt haben oder ob Thurn mit den bei derselben nicht Anwesenden eine eigene Berathung gepflogen habe, bleibt sich gleich; auf jeden Fall wurde die Ermordung der Statthalter schon am 22. Mai definitiv beschlossen. Bei der Erwägung über die Todesart riet Ulrich Kinsky zur Niederstechung der Statthalter im Locale der königlichen Kanzlei und Thurn schloss sich seiner Meinung an.*) Doch erlangte dieselbe nicht die allgemeine Zustimmung und man entschied sich für den Fenstersturz. Vielleicht wirkte auf diese Wahl die Erinnerung ein, dass der Fenstersturz in Böhmen eine gewisse historische Berechtigung geniesse; denn schon zu wiederholtenmalen hatte sich die Erbitterung der Menge gegen missliebige Personen in dieser Weise Luft gemacht. Man begreift nun, weshalb Thurn mit den Ständen auf dem Schlosse bewaffnet erscheinen wollte.

Unzweifelhaft ging Thurn in der Wahl der Vertrauensmänner äusserst vorsichtig vor. Dennoch konnte er nicht verhüten, dass die Stadt mit dunklen Gerüchten von einem ausserordentlichen Ereignisse, das bevorstehe, angefüllt war, die sogar in der Form einer nicht näher zu definirenden Warnung bis zu den Ohren der Statthalter gelangten. Doch legten ihr gerade jene Personen, die dieselbe am meisten hätten beherzigen sollen, nicht die verdiente Wichtigkeit bei. Nur Michna, der verhasste Schreiber, beurtheilte seine Gegner richtig. Das vollgerüttelte Mass des Hasses, das er sich verdient, wohl kennend, begab er sich noch am Dienstag (22. Mai) auf die Flucht nach Wien und verursachte durch diese Vorsicht seinen Gegnern, zwar nicht den letzten, aber jedenfalls den bittersten Aerger.

So brach endlich der 23. Mai an, der Schicksalstag von Böhmen, der „Anfang und die Ursache alles folgenden Wehs", wie die böhmischen Exulanten fruchtlos in der Fremde klagten.**) Die ersten Scenen der von diesem Tage an alles überfluthenden Bewegung spielten auf der Alt- und Neustadt. In Folge

1618

*) So erzählte später Schlick in einem Schreiben an Liechtenstein dd. 21. März 1621. Orig. im Neuhauser Archiv.

**) Skala II, 124.

der Aufforderung, welche die Stände an die prager Gemeinden gerichtet hatten, um sie zum Anschlusse einzuladen, war sowohl der altstädter als neustädter Stadtrath in früher Morgenstunde zu einer Sitzung zusammengetreten. Da die weitaus grössere Mehrzahl der Bürger die katholischen Neigungen der Stadtbehörden verwünschte und sie als eine ihnen selbst angethane Beschimpfung betrachtete, so hatte dies eine grosse Gährung zur Folge, welche ihren Einfluss bis in die Rathsäle geltend machte. Auf der Neustadt brachen die protestantischen Stadträthe mit einem einzigen Anlaufe die Fesseln, welche die Furcht vor der Regierung bisher um sie geschlungen; trotz aller Einsprache des Königsrichters erklärten sie sich für den Anschluss an die Stände und liessen dem Beschlusse die That auf dem Fusse folgen, indem sie eine Deputation an den Protestantentag abordneten, welche den Ständen auf das Schloss folgen sollte. So reichte ein Augenblick hin, in dem das gereizte religiöse Gefühl zur Herrschaft gelangte, diesen Theil der Stadt in seiner wahren Ueberzeugung hervortreten und alle dagegen angewendeten Künste als eitle Anstrengungen erscheinen zu lassen. *)

Nicht so glatt und rasch liefen die Dinge auf der Altstadt ab. Hier hatten sich unter dem Vorsitze des Bürgermeisters die Mitglieder des Stadtrathes und die Vertreter der Zünfte zusammengefunden. Der Königsrichter Schrepl, der gleichfalls erschienen war, wollte die Sitzung eben eröffnen, als mehrere unberufene Personen in den Saal eindrangen, deren Absicht offenbar darauf hinausging, auf die Verhandlung einen Druck auszuüben. Es waren dies einige tonangebende Mitglieder unter der protestantischen Bürgerschaft, der jüngere Fruewein, Kutnauer, Weleslawin, Oršinovský, durchwegs Personen, die der Brüderunität, also der entschiedenen protestantischen Richtung, angehörten. Der Bürgermeister setzte den Gegenstand der folgenden Berathung dahin fest, dass den Ständen eine Antwort auf ihre Einladung zum Protestantentage zu ertheilen sei. Als er die übliche Umfrage zuerst an den Primas Kirchmayer richtete, schnitten die Eindringlinge dem Gefragten die Antwort mit lautem Ge-

---

*) Skala II, 126.

schrei ab und verlangten, dass sich Jedermann aus dem Rathsaale entferne, der ein Katholik sei, denn es handle sich hier um Angelegenheiten der Protestanten. Schrepl erhob sich mit einem Protest gegen die tumultuarische und ungesetzliche Forderung, erklärte aber schliesslich, dass er den Saal mit seinen Glaubensgenossen räumen wolle, wenn dies der Wille der übrigen Rathsherren sei. Der Bürgermeister, anstatt eine darauf bezügliche, nach der neuen Städteordnung überhaupt unzulässige Umfrage zu thun, erwiederte, dass von einer Entfernung des Königsrichters eben so wenig die Rede sein dürfe, als von der der übrigen Katholiken, die Berathung solle eine gemeinschaftliche sein und es sei der Wunsch der Protestanten, dass auch die Katholiken an derselben theilnehmen möchten. Diese Sprache und die gleichgiltige Haltung des protestantischen Theiles der Versammlung zeigte den Eingedrungenen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen könnten; sie entfernten sich, nachdem sie vorher alle Protestanten aufgefordert hatten, den Saal mit ihnen zu verlassen, weil ihnen daselbst kein Recht werden könne. Auch dieser Aufruf verhallte wirkungslos. Der gesammte Rath setzte die Verhandlung fort und beschloss, mit Ausnahme eines einzigen, schüchtern widersprechenden Mitgliedes, die Einladung der Stände abzulehnen. *) Kutnauer aber und seine Genossen, nicht länger das Resultat der Sitzung abwartend, eilten auf das Schloss, wo sich bereits die Mitglieder des Protestantentages eingefunden hatten, und behaupteten da dreist, der Königsrichter schliesse die Rathsherrn ein und zwinge ihnen seine Vorschläge auf.

Während sich auf der Alt- und Neustadt die erzählten Scenen abspielten, versammelten sich die Mitglieder des Protestantentages im Karolinum und setzten sich von da aus nach dem Schlosse in Bewegung, um den Statthaltern die beschlossene Antwort zu überreichen. Thurn selbst war schon seit früher Morgenstunde in Thätigkeit, um die letzten Vorbereitungen für

---

*) Bericht des Königsrichters über die Sitzung im böhmischen Statthaltereiarchiv.

das Gelingen des Aufstandes zu treffen. — Nicht ohne einige Verwunderung wird man unter denjenigen Personen, die um die beabsichtigte Ermordung der Statthalter wussten, die Namen des Grafen Schlick und Wilhelms von Lobkowitz vermisst haben. In der That waren diese beiden Männer nicht in das Geheimniss gezogen worden; der Grund lag nicht so sehr in einem Zweifel an ihrer revolutionären Gesinnung, als an der Entschlossenheit ihres Charakters, wenigstens hatte Schlick durch sein Verhalten während der Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron dazu Veranlassung gegeben. Nun zögerte aber Thurn nicht länger, den letzteren von seinen wahren Absichten in Kenntniss zu setzen, damit ihm dieser nicht etwa im entscheidenden Augenblicke unerwartete Hindernisse bereite und suchte ihn deshalb in seiner Wohnung in der siebenten Morgenstunde auf.

Ueber den Verlauf dieser Zusammenkunft berichtete Schlick drei Jahre später in einem zu seiner Rechtfertigung abgefassten Schreiben: Thurn habe ihm gleich im Beginne die furchtbare Mittheilung über das den Statthaltern bevorstehende Loos gemacht, worüber er im höchsten Grade erschrocken sei und den Grafen „um Gottes willen gebeten habe, eine solche hochverfängliche, weitaussehende und unerhörte That nicht vorzunehmen.“ Thurn aber habe ihn „schnauzend und drohend“ angefahren und gesagt: „Es müsste bei Gott (das Beschlossene) ausgeführt werden, und wenn sich Jemand dawidersetzen würde, so solle ihm gleiches geschehen.“ So arg sei der Streit zwischen den beiden Grafen geworden, dass sie sich nahezu „gerauft“ hätten. Schliesslich habe Thurn den zagenden Schlick durch das Versprechen beschwichtigt, es solle den Ständen auf dem Schlosse die Entscheidung überlassen werden, ob die Statthalter zu ermorden seien oder nicht. In der Hoffnung, dass die Stände den Mord nicht billigen würden, sei er endlich auf das Schloss gegangen. „Aber der falsche ehrlose Mann“, so setzte Schlick seinen Bericht fort, „hat mich und den grossen Haufen und die meisten der Anwesenden schändlich betrogen und hinters Licht geführt.“ Denn im Schlosse angelangt, sei von keiner Berathung die Rede gewesen, sondern Thurn sei rasch in die

Kanzlei gegangen und da habe sich die That ereignet, bei der er selbst nur eine Zuschauerrolle gespielt.*)

So ganz unscheinbar und unschuldig war jedoch die Rolle nicht, die sich Schlick in diesem Schreiben zutheilt. Unzweifelhaft wahr mag nur die Behauptung sein, dass er erst am 23. Mai in das Geheimniss des Fenstersturzes eingeweiht wurde und dass er bei der ersten Mittheilung einigen Schrecken empfand. Aber sicher ist es aus seiner folgenden wohl bekannten Haltung während der entscheidenden Stunde, dass er sich mit dem Plane des Grafen völlig befreundet hatte, denn er that nicht bloss das seinige zur Aufreizung der Stände gegen die Statthalter, sondern lobte den schlaner Deputirten gegenüber geradezu den beabsichtigten Mord. Nach dem unverwerflichen Zeugnisse des böhmischen Historikers Skala, der später ins Exil wandern musste, rief Schlick, als er auf dem Schlosse angelangt war, die genannten Deputirten bei Seite und bereitete sie auf die kommenden Ereignisse in einer Weise vor, welche den folgenden Mord völlig billigte. Von einem Zwiespalt zwischen ihm und Thurn war also wenigstens in dem entscheidenden Augenblicke keine Rede. **)

So wie Schlick nur moralisch gezwungen an dem Fenstersturze theilgenommen haben will, so behauptete auch später Wilhelm von Lobkowitz seine Unschuld an demselben. Auch er erzählte drei Jahre später, dass er erst am 23. Mai das Geheimniss des Aufstandes erfahren habe und zwar auf dem Wege der Stände nach dem Schlosse. Bei dem Gange über die Brücke trat Fels zu ihm heran und theilte ihm mit, dass heute einige Statthalter zum Fenster hinausgeworfen würden. Lobkowitz fragte, wo dies beschlossen worden, worauf Fels nur mit dem Kopfe schüttelte und an die Seite des Grafen Thurn ritt, der sich bereits bei dem Zuge eingefunden hatte. Als er auf dem Schlosse

*) Das Original dieses Briefes Schlicks an Liechtenstein findet sich im Neuhauser Archiv. Dieser Brief ist in Ton und Gehalt äusserst merkwürdig und wir werden auf denselben am Schlusse des Werkes vor den Executionen im J. 1621 näher eingehen.

**) Skala II, 124.

anlangte, erblickte er daselbst den Grafen Schlick und stellte an ihn die Frage, was es mit dem beabsichtigten Fenstersturze für ein Bewenden habe. Letzterer erwiederte, er wisse nichts näheres und habe nur von Thurn und Fels eine kurze Mittheilung erhalten. Wilhelm von Lobkowitz schloss diesen seinen Bericht mit der Behauptung, er habe auf dies hin gar nicht in den Sitzungssaal der Statthalter eintreten wollen, sei aber wiederholt gerufen worden und so habe er sich endlich in demselben eingefunden. *)

Sei dem nun, wie ihm wolle, mag die Theilnahme dieser zwei Herren eine mehr oder weniger freiwillige gewesen sein, so viel steht nach den gegebenen Mittheilungen fest, dass auch sie um den beabsichtigten Mord wussten, dass Thurn die veranlassende Ursache und die treibende Kraft bei dem Fenstersturze war und dass diese That nicht in einem Augenblicke überwallender Leidenschaft verübt, sondern längere Zeit vorher mit zahlreichen Personen berathen und beschlossen wurde.

Gegen die neunte Morgenstunde kam der Zug der Stände vor dem Schlosse an. Jedermann trug Waffen, die Mehrzahl war noch überdies von einem oder mehreren bewaffneten Dienern begleitet. Der Schlosshauptmann und Commandant der Burgwache Dionys Černín von Chudenic erhob keinen Anstand gegen die Einlassung der bewaffneten Menge und war hierin von den Statthaltern selbst nach Slawata's eigenem Geständnisse bestärkt worden. Nachdem die Stände Einlass in die Burg gefunden, versammelten sie sich vorläufig in den Landtagslocalitäten und liessen sich hier die von den Defensoren ausgearbeitete und für die Statthalter bestimmte Antwort vorlesen. Dieselbe war ihrem Inhalte nach eigentlich ein Protest gegen die versuchte Verhinderung ihrer Zusammenkunft, so wie gegen die angedrohte Processirung, und enthielt am Schlusse die directe Frage an die Statthalter, ob und welchen Antheil sie an der Redaction des kaiserlichen Drohschreibens vom 21. März gehabt hatten. Die

*) MS 56. der Bibl. des F. G. Lobkowitz in Prag. Geständniss des Wilhelm von Lobkowitz.

kraftvolle Sprache des Actenstückes fand den Beifall der Stände, sie wollten eben die improvisirte Sitzung schliessen, als der obenerwähnte Kutnauer hereinstürzte und den altstädter Königsrichter beschuldigte, dass er die Stadträthe eingeschlossen halte, um ihren Anschluss an die Stände zu verhindern. Sein Bericht, den Niemand widerlegen konnte, vermehrte, wenn möglich, die Gährung und Erbitterung. Alles erhob sich, um die Statthalter in ihrem Sitzungssaale aufzusuchen.

Wer das prager Schloss kennt, weiss, dass dasselbe hauptsächlich aus zwei Theilen besteht, dem neuern, der seine Umgestaltung und seinen Ausbau dem 17. und 18. Jahrhunderte dankt, und dem ältern, der dem 14. und 15. Jahrhunderte angehört und seine ursprüngliche Form noch beibehalten hat. Dieser alte Theil umfasst jene Räumlichkeiten, die ehedem für die Sitzungen der böhmischen Landtage bestimmt waren, darunter den berühmten Wladislawsaal, dann einige Gemächer, die zum Gebrauche der Landesämter dienten. Unter den letzteren befand sich auch der Sitzungssaal der Statthalter, ein Zimmer von den Dimensionen einer bequemen Amtsstube, dessen drei Fenster nach Ost, Süd und West gehen. In diesem Saale, der noch heute die höchst einfache Einrichtung des denkwürdigen Maitages von 1618 enthält, versammelten sich am 23. Morgens nur vier Statthalter: der Oberstburggraf Adam von Sternberg mit seinem Schwiegersohne, dem Burggrafen von Karlstein, Jaroslaw von Martinitz, der Oberstlandrichter Wilhelm von Slawata und der Grandprior des Malteserordens Diepold von Lobkowitz. Ihnen zur Seite befand sich der bis dahin nie genannte Secretär M. Philipp Fabricius. Von den nicht anwesenden sechs Statthaltern war Adam von Waldstein durch einen Podagraanfall, der ihn ans Bett fesselte, am Erscheinen verhindert, die fünf anderen Statthalter waren zwei Tage vorher von Prag abgereist und vermuthlich noch nicht zurückgekehrt. *) An ihrer Abwesenheit mögen vielleicht die obenerwähnten Warnungen mehr Ursache gehabt haben, als irgend welche dringenden Geschäfte.

Die vier Statthalter mochten erst wenige Minuten versam-

*) Raudnitzer MS VI. E. d. 11.

melt gewesen sein, als die Stände herangestürmt kamen. Alle drängten sich in den Sitzungssaal, doch konnte sie das wenig geräumige Gemach nicht fassen und so musste ein bedeutender Theil auf der Stiege Halt machen. An der Spitze der im Saale befindlichen standen Thurn, Schlick, Ruppa, Wilhelm von Lobkowitz, Kaplíř, Ulrich Kinsky und Paul von Říčan. Letzterer ergriff zuerst das Wort und fragte die Statthalter, was die Aufregung in der Stadt zu bedeuten und wer die Königsrichter bezüglich ihrer jüngsten Massnahmen instruirt habe. Der Oberstburggraf, mit den Vorgängen auf der Alt- und Neustadt noch unbekannt, erklärte, von nichts zu wissen, und wollte einen Boten um Einholung genauerer Nachrichten abschicken. Thurn trat dazwischen, die Absendung, sagte er, sei nicht nöthig, da Kutnauer über die Zwangmassregeln der Richter Bericht erstattet habe. Nachdem so der Streit eingeleitet war, zog Říčan die von den Defensoren ausgearbeitete und von den Ständen eben gebilligte Schrift heraus und las sie den Statthaltern vor. Für die letzteren war jene Stelle, in der die Frage direct an sie gerichtet wurde, ob das kaiserliche Drohschreiben von ihnen herrühre, jedenfalls die bedeutsamste, ihre bedenkliche Seite wurde nicht wenig durch die am Schlusse angehängte Drohung verstärkt, dass sich die Stände fortan gegen jeden, der ihnen ein Unrecht zufüge, Recht verschaffen würden. *)

Die Statthalter hörten der Vorlesung schweigend zu und besprachen sich hierauf leise mit einander. Der Oberstburggraf ergriff zuerst das Wort und verlangte vor Ertheilung der Antwort, dass ihm die ständische Protestation überreicht werde, damit er ihren Inhalt mit seinen Collegen nochmals erwägen könne. Anfangs wurde dies verweigert und Thurn drang darauf, die Statthalter sollten unverweilt erklären, ob sie an dem kaiserlichen Schreiben mitgewirkt oder nicht. Der wiederholt gestellten Bitte wurde aber genügt und Paul von Říčan legte die Urkunde in die Hände Sternbergs. Nachdem sich letzterer nochmals mit seinen Amtsgenossen leise am Fenster berathen

*) Die ganze folgende Geschichte des Fenstersturzes erzählen wir nach Skala und Slawata.

hatte, verweigerte er entschieden eine Antwort auf die Frage der Stände. Es ist, sagte er, eine unerhörte Sache, dass man je an die Räthe des Kaisers, die sich durch einen Eid zur Geheimhaltung aller Verhandlungen verpflichtet haben, eine solche Anforderung gestellt hätte. Beliebe es den Ständen, denjenigen zu kennen, der dem Kaiser zu jenem Schreiben gerathen, so sei es passender und einfacher, sich mit ihrer Frage geradezu an Seine Majestät zu wenden. — Ob eine solche Frage, sagte Thurn, jemals an die Räthe des Kaisers gestellt wurde oder nicht, ist eine gleichgiltige Sache; wir erklären aber, dass wir nicht eher von hier weichen werden, bevor wir nicht eine entschiedene Antwort, ein Ja oder Nein haben. Ein Beifallssturm und die wie zum Schwur emporgehobenen Hände der im Zimmer Anwesenden bekräftigten die Worte und den Entschluss Thurns. Einige Herren drängten sich zugleich an den Oberstburggrafen und sagten, es könne ihm so wenig wie dem Grandprior schwer fallen, eine verneinende Antwort zu geben, denn man sei von ihrer Unschuld überzeugt.

Um Zeit zu gewinnen, verlangte jetzt Sternberg, dass ihm und seinen Collegen erlaubt werde, sich mit den abwesenden Statthaltern wegen einer Antwort zu berathen, da er nichts ohne den Beirath des Obersthofmeisters, Herrn von Waldstein, thun könne. Da der letztere krank zu Bette lag, so hätte ein Eingehen auf die Bitte Sternbergs die Statthalter aus ihrer sichtlich bedrohten Lage befreit, und es war nicht zu erwarten, dass sie sich ein zweitesmal in dieselbe begeben würden. Deshalb wollten die Stände nichts von einem solchen Aufschube wissen; Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz (ein Vetter des Statthalters Diepold von Lobkowitz) waren die lautesten Opponenten. Der letztere schnitt die Berufung auf den Obersthofmeister schliesslich damit ab, dass er erzählte, er habe denselben gestern auf seinem Krankenlager besucht und von ihm die positive Versicherung erlangt, dass er nie zu dem kaiserlichen Schreiben gerathen. Wilhelms von Lobkowitz Haltung war also keineswegs so zahm, als er später glauben machen wollte, oder er hatte sich eben so rasch bekehrt wie Schlick. Mit donnernder Stimme kehrte sich jetzt letzterer gegen Sla-

wata und Martinitz und bezeichnete sie als die Urheber alles Unglücks, das sie auf Eingebung der Jesuiten angerichtet hätten. „Habt ihr nicht den edlen und tapferen Grafen Thurn um sein Amt als Burggraf von Karlstein gebracht und hat nicht Martinitz gegen alle Gesetze des Landes sich in dies Amt eingedrängt? So viel durftet ihr, nichtswürdiges jesuitisches Gesindel! mit euern Helfershelfern, den Secretären, wagen! So mögt ihr denn wissen, dass wir keine alten Weiber sind — und er begleitete diese Worte mit einer spöttischen Bewegung der Hand nach der Nase — sondern dass ihr es mit Männern gleichen Standes wie ihr zu thun habt. So lange ein älteres Geschlecht noch in diesem Lande regierte, ging es gut, sobald aber ihr, Zöglinge der Jesuiten, zur Herrschaft gelangtet, ging alles quer, und ihr bemühtet euch aus allen Kräften, uns um unsere Privilegien zu bringen.“

Wenzel von Ruppa sagte darauf, es komme hier nicht auf die Beschwerden eines einzelnen, auf die Burggrafschaft Thurns an, es handle sich einzig und allein um die religiöse Freiheit Böhmens. „Es ist allgemein bekannt,“ fügte er hinzu, „welche Bedrückungen die Bewohner geistlicher Güter zu erdulden haben; wenn die Defensoren sich ihre Vertheidigung angelegen sein liessen, wurden sie theils durch Drohungen, theils durch Versprechungen zum Schweigen gebracht. Zwietracht wird unter die Stände gesäet, aber es soll der ganzen Welt offenbar werden, wer im Rechte ist.“ Nachdem auch Thurn erklärt hatte, es handle sich hier nicht um die Kränkungen, die seiner Person widerfahren seien, und nachdem er erzählt hatte, dass er „armer Graf“ nach Wien zur Verantwortung mit augenscheinlicher Gefahr für sein Leben citirt worden sei, drängte sich der jugendliche Albrecht Smiřicky, der bisher im Hintergrunde gestanden war, an die Statthalter heran und klagte über die Bedrückungen, die der Adel erlitten habe und die solcher Art seien, dass man sich dieselben kaum gegen Leibeigene erlauben dürfe. Es war dies eine Behauptung, für die der junge Brausekopf wohl schwerlich Beweise hätte vorbringen können und die um so weniger am Platze war, als sie mit der gegenwärtigen Streitfrage nichts zu thun hatte. Colonna von Fels sprach zuerst das entscheidende Wort

aus, das auf aller Zunge schwebte, indem er Martinitz und Slawata als die Urheber des kaiserlichen Schreibens und als die allein Strafwürdigen erklärte, und hinzufügte: „Mit dem Oberstburggrafen und dem Grandprior sind wir wohl zufrieden, sie haben sich nie als Feinde unserer Religion geberdet und es liegt kein Anzeichen vor, dass sie an jenem Schreiben mitgeholfen. Haben sie es dennoch gethan, so thaten sie dies nur, verleitet von jenen zwei Gegnern." Als er die anwesenden Stände befrug, ob sie derselben Meinung seien, stimmten alle bei: Slawata und Martinitz wurden für die allein Schuldigen erklärt. In wirrer Hast ertönten von verschiedenen Seiten her neue Anklagen gegen sie, einzelne Vorfälle wurden erzählt, die als systematische Bedrückung der Protestanten ausgelegt und den beiden Herren zur Last gelegt wurden.

Als darauf eine augenblickliche Erschöpfung der Stimmführer eintrat, benützte Slawata, der bisher einen stummen Zuschauer abgegeben hatte, diesen Moment zu seiner Vertheidigung, denn schon begann er sein Schicksal zu ahnen. Dennoch mochte ihm, wenn er die Augen aufschlug und in der Reihe der Gegner seinen leiblichen Bruder und sechs Vettern sah, einige Hoffnung auf eine billige Behandlung aufleuchten, weil er nicht annehmen konnte, dass die heiligsten Gefühle der Blutsverwandtschaft so an ihm verletzt würden. Er begann seine Vertheidigung mit der Behauptung, dass sein Ruf unter der Last übler Verleumdung erliege; ehedem habe man ihn angeklagt, dass er den passauer Einfall mitverschuldet habe, worauf er vor Gericht den Beweis seiner Unschuld geliefert habe. Ebenso wenig habe er auch je den Majestätsbrief verletzt und bitte deshalb die Stände, sich einer übereilten Handlung zu enthalten, sie könnten ja, wenn es ihnen beliebe, einen Process wegen Verletzung der Landesgesetze gegen ihn anhängig machen. In meiner Stellung als Kammerpräsident, sagte er, kann man mir nicht ein einzigesmal nachweisen, dass auf irgend einem Gute des Kaisers die Protestanten gewaltsam zur katholischen Kirche gedrängt worden seien. Man sagt, aus Krummau seien Protestanten durch mich zur Auswanderung genöthigt worden. Allein ich gebe zu bedenken, dass dies Leute waren, welche

wegen ihrer revolutionären Haltung diesen Beschluss veranlasst haben, dass eine Commission, welche fast durchwegs aus protestantischen Kammerräthen bestand, ihn gefasst hat und dass derselbe bis jetzt noch nicht vollständig durchgeführt ist.

Nun erhob auch Martinitz seine Stimme und behauptete gleichfalls, nie den Majestätsbrief verletzt zu haben und seine Schuldlosigkeit vor Gericht darthun zu können. Wenn er vor der Ertheilung des Majestätsbriefes seine Unterthanen habe katholisch machen wollen, so habe er sich dabei nur zulässiger Mittel bedient, und übrigens gehe es Niemanden etwas an, was er auf seinem Gute thue, auch er kümmere sich um Niemandes Besitzungen. Auch Slawata wollte sein Betragen auf den ihm gehörigen Gütern rechtfertigen; kaum hatte er aber begonnen, als Litwin von Řičan, an dessen Gürtel eine Terzerole hing, hervortrat und ihn beschuldigte, dass er einen Bürger aus Neuhaus zur Auswanderung der Religion wegen genöthigt habe. Diesen Vorwurf lehnte Slawata mit der Erklärung ab, dass jener Bürger nur deshalb ausgewandert sei, weil er eine Erbschaft von mehr als 100.000 Gulden gemacht hatte und sich ein Landgut kaufen wollte, wozu ihm Slawata selbst behilflich gewesen sei.

Während der Streit durch die versuchte, wenn auch wenig erfolgreiche Widerlegung der einzelnen Vorwürfe für die Angegriffenen einen ruhigeren Verlauf zu nehmen schien, bekam er wieder alle Heftigkeit, als Wilhelm von Lobkowitz mit neuen Anklagen hervortrat, welche nicht leicht eine Widerlegung gestatteten. Er erinnerte daran, dass sich Slawata bei der Krönung Ferdinands II der namentlichen Anführung des Majestätsbriefes unter den zu bestätigenden Privilegien widersetzt habe, woraus natürlich nur zu sehr dessen feindselige Stimmung gegen die Protestanten gefolgert werden konnte. Der Beklagte konnte dies nicht in Abrede stellen, suchte aber seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Die Aufregung der Stände war bei diesen neuen Anklagen so hoch gestiegen, dass Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz nicht weiter ihre Absichten zu verheimlichen brauchten, sondern den zwei bedrohten Statthaltern geradezu sagten, es handle sich um ihr Leben und mit diesem müssten sie für all' ihr Treiben büssen. Beide baten,

man möge doch nicht so vorschnell handeln, beriefen sich auf ihren alten Adel, auf den Kaiser, auf die Gesetze des Landes, allein ihre Einwände wurden durch die Vorwürfe Ruppa's, des Grafen Schlick, Ulrich Kinsky's und Anderer, die alle gleichzeitig sprachen und nicht länger die Bestrafung verschoben wissen wollten, übertäubt. Fels überschrie endlich alle und fragte, ob es die Meinung der Anwesenden sei, dass die zwei Angeschuldigten als Feinde des Gemeinwohles und Schädiger des Majestätsbriefes anzusehen und darnach zu bestrafen seien. Ein plötzliches Grauen bemächtigte sich aller und kein bejahendes Wort unterbrach die Stille. Man bebte vor dem beabsichtigten Morde zurück.

Um der Entmuthigung keinen Raum zu geben, stellten Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz fast zu gleicher Zeit die Frage, wer also der Verfasser des kaiserlichen Schreibens sei und welchen Antheil die Statthalter an demselben hätten. Nach wenigen Augenblicken der Berathung, die unter dem Einflusse wilder Blicke, drohender Geberden und blanker Waffen stattfand, sagte der Oberstburggraf: „Da die anwesenden Herren von ihrem Vorhaben nicht ablassen wollen und uns in einer unerhörten Weise bedrängen, so erklären wir, dass wir nur unter diesem gewaltsamen Einflusse den Eid als Räthe des Kaisers verletzen. Bezüglich der Worte des kaiserlichen Schreibens, durch welche die Stände und die Defensoren sich in ihrer Sicherheit und in ihrem Leben bedroht finden, erklären wir, dass wir weder zu ihnen, noch zu dem ihnen unterlegten Sinn, noch überhaupt zu dem ganzen Schreiben irgendwie gerathen haben. Da es zu geschehen pflegt, dass denselben Worten oft der verschiedenste Sinn unterlegt wird, und nur derjenige, von dem sie ausgehen, den wahren Sinn bestimmen kann, so muss hier der Kaiser um seine eigentliche Meinung befragt werden. Soweit wir selbst hierin urtheilen können, erscheint uns die harte Auslegung der Stände ungerechtfertigt, und es würde sich dieses leicht ergeben, wenn man das Schreiben aufmerksam lesen wollte.“

Es ist gegenwärtig bekannt, dass der Oberstburggraf die Wahrheit sprach und dass der Urheber des bewussten Schreibens in Wien und nicht in Prag zu suchen war. Die Stände

legten indess der Aussage Sternbergs keinen Glauben bei, d
konnten sie über dieselbe nicht gleichgiltig hinausgehen. Es
Thurns Absicht, über die zwei verhassten Statthalter wegen
Schreibens eine Art Schuldig aussprechen zu lassen und d
die Execution vorzunehmen Nun konnte er die beiden Geg
doch nicht wegen eines Verbrechens strafen, zu dem sie
nicht bekannten und das ihnen nicht erwiesen werden kon
Als ein vorsichtiger Mann hatte er diesen Fall vorhergese
und für die Verurtheilung eine andere Begründung vorbere
Diese andere Begründung boten die Amnestieverhandlun
von 1609. Als neun Jahre früher die Stände Rudolf II
Majestätsbrief dadurch abtrotzten, dass sie sich gegen ihn
waffneten, verlangten sie, nachdem der Kaiser ihren Wünsc
nachgegeben hatte, von demselben die Ertheilung einer Amne
für alle Acte ihres revolutionären Auftretens. Rudolf fertigte
gewünschte Patent aus und alle katholischen Landesbeam
unterzeichneten es; nur Slawata und Martinitz verweigerten
harrlich ihre Unterschrift. Da protestirte damals Wenzel
dowec im Namen aller Protestanten gegen dies Benehmen
erklärte: „wenn in der Zukunft jemals der Majestätsbrief verl
würde, so müssten sich die Stände dem Verdachte hingeben,
die zwei Herren Ursache dieser Verletzung seien, und ni
würde sie hindern, ihr Recht gegen jeden Verletzer auf Le
und Tod zu vertheidigen."

Als nun der Streit mit des Oberstburggrafen verneinen
Antwort ein Ende hätte nehmen sollen, zog Paul von Řičan
zweite Schrift hervor und las den Text der Protestation, wel
Budowec im Jahre 1609 im Landtage niedergelegt hatte.
eben mitgetheilte Stelle erfuhr aber eine eigenthümliche A
derung, solcher Art nämlich, dass sie Slawata und Marti
strafwürdig hinstellte, mochten diese den Majestätsbrief verl
haben oder nicht. Sie lautete nämlich nach der jetzt an
brachten Correctur: „Wenn es in der Zukunft je dazu kom
sollte, dass der Majestätsbrief verletzt würde, so würde
*sich an jene Personen, welche jetzt die Unterzeichnung der A
nestie verweigert haben, als an die Feinde der Ordnung und
nigkeit halten.*" Diese Aenderung hatte die Bedeutung,

Slawata und Martinitz für jede Verletzung des Majestätsbriefes, mochte sie von ihnen oder von Jemandem Andern ausgehen, verantwortlich gemacht und folglich als Feinde der öffentlichen Ordnung dem Tode geweiht wurden.

Gegen die auffallende Aenderung des Textes fanden die beiden angegriffenen Herren wenig Zeit zu antworten. Slawata bemerkte dieselbe wohl, aber er getraute sich nicht mehr, dagegen zu protestiren. Am Schlusse las Řičan noch folgenden Zusatz: „Da die Stände thatsächlich überzeugt sind, dass die zwei Herren als Verletzer des Majestätsbriefes anzusehen sind, so erklären sie dieselben für ihre und des Gemeinwohles Feinde.“ Der Vorleser war zu Ende, als er dieses Todesurtheil sprach, und fragte seine Freunde, ob das ihre Meinung sei. Ein einstimmiger Schrei bejahte es, und war nur untermischt von den bedauernden Worten einzelner, dass man nicht auch den „Langen“, d. i. den Kanzler, welcher in Wien weilte, zur Hand habe.

So waren Slawata und Martinitz für Feinde des Vaterlandes und als ausser dem Gesetze stehend erklärt; die Execution des Urtheils konnte nicht lange auf sich warten lassen. Ulrich Kinsky trat zu dem über diese Entwicklung entsetzten Grandprior und lispelte ihm ins Ohr, er möge sich nicht fürchten, ihm und dem Oberstburggrafen werde nichts geschehen, aber die zwei andern müssten zum Fenster hinaus. Auch Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz versicherten die zwei Statthalter, es werde ihnen, da man sie für Freunde halte, kein Leid widerfahren; wir haben es, hiess es, hier nur mit den beiden anderen, den Feinden unserer Religion, zu thun. Ruppa fügte hinzu: „Es ist Zeit, dass wir ein Ende mit ihnen machen; wir werden unser Betragen später schriftlich vor der Welt rechtfertigen.“

Vergeblich bat der Oberstburggraf mit Thränen in den Augen, man möchte doch nichts thun, was schwere Folgen nach sich ziehen könnte. Die meisten Personen, die er anblickte, waren mit ihm verwandt; er beschwor sie bei den Banden des Blutes um ihren Beistand. Fels fasste den Oberstburggrafen am Arme und befahl ihm, sich zu entfernen, wenn er nicht das gleiche Schicksal mit den Verurtheilten theilen wolle und Wilhelm

von Lobkowitz ergriff seinen Vetter, den Grandprior, der sich an Sternbergs Mantel angeklammert hatte. Martinitz, der wohl einsah, dass alles verloren sei, wenn sich der Oberstburggraf entfernen würde, bat denselben auf das beweglichste, sich nicht von ihm zu trennen; die Statthalter müssten gemeinsam ihr Loos theilen, ob es auf Tod oder Leben laute. Gewiss würde Herr von Sternberg dieser Bitte nachgegeben haben, war ja doch der arg bedrohte sein Schwiegersohn, aber es wurde weder ihm noch dem Grandprior eine Wahl gelassen; sie wurden aus der Kanzlei gedrängt und gestossen, und mussten die Collegen ihrem Schicksale überlassen.

Nachdem Sternberg und Diepold von Lobkowitz entfernt waren, riefen einige Herren, welche noch immer um die Absicht der Anführer nicht wussten oder von Mitleid bewegt waren, man möge die Angeklagten schnell in den schwarzen Thurm schaffen; aber dieser Ruf wurde durch den übertönt, man solle sie zum Fenster herauswerfen. Jetzt drängte sich auch Ulrich Kinsky vor und beschuldigte die beiden Statthalter, dass sie seinen flüchtigen Bruder Wenzel auf Tod und Leben verfolgt und einen Preis von 10,000 Schock auf seinen Kopf gesetzt hätten. Es war dies ein unsinniger Vorwurf, denn Wenzel Kinsky war zumeist durch den Beschluss der protestantischen Stände im J. 1615 als ein Verbrecher gebrandmarkt und darauf hin verurtheilt worden, wogegen die Statthalter damals bei dem Kaiser die Fürbitte einlegten, dass die verdiente Strafe den Angeklagten nicht mit ihrer vollen Strenge treffe.

Während Slawata die Thatsachen richtig stellte und sich so gegen Ulrich Kinsky noch zu vertheidigen suchte, trat Wilhelm von Lobkowitz hinter Martinitz, ergriff seine beiden Hände und hielt sie auf dem Rücken fest, so dass der Angegriffene sich nicht bewegen konnte. Lobkowitz behauptete zwar später, mit dem Oberstburggrafen sich entfernt zu haben und nicht mehr zurückgekehrt zu sein, allein unverdächtige Zeugen berichten von dieser seiner weiteren Thätigkeit. Gleichzeitig hatte Thurn den Slawata an der Hand gepackt, und beide Statthalter wurden nun näher ans Fenster, und zwar jeder an ein anderes gezogen. Mit den Füssen sich gegen den Boden stemmend und um Gnade

flehend, versuchten sie den äussersten Widerstand; Martinitz bat zugleich, man möge ihm, bevor man ihn tödte, einen Beichtvater holen. „Befiehl deine Seele Gott," lautete die kurze Antwort der Einen, und: „Sollen wir deine jesuitischen Schelme dir herbringen?" die höhnische der Anderen. Ausser Lobkowitz hatten ihn Ulrich Kinsky, Smiřicky, Litwin von Řičan und Paul Kaplíř gefasst; während sie ihn vom Boden hoben, bat er inständigst den Erlöser und seine heiligste Mutter um ihre Hilfe. Angethan in seinem Mantel, umgürtet mit seinem Degen und nur mit blossem Haupte wurde er kopfüber in den achtundzwanzig Ellen tiefen Graben gestürzt; man konnte hören, wie er im Falle noch die Namen: Jesus, Maria ausrief. Kinsky rief ihm spottend nach: „Wir wollen doch sehen, ob ihm seine Maria hilft;" und sich zum Fenster hinausbeugend sah er an den Bewegungen des Martinitz, dass er vom Falle kaum beschädigt sein konnte, und rief in höchster Verwunderung aus: „Bei Gott, seine Maria hat ihm geholfen!"

Schon stand auch Thurn mit Slawata am Fenster; er kehrte sich jetzt an die Herren, welche soeben Martinitz hinausgeworfen hatten, und sagte zu ihnen in deutscher Sprache: „Edle Herren, hier habt ihr den andern." Umsonst bat auch Slawata um einen Beichtvater; am Fenster stehend, bezeichnete er sich mit dem Kreuze und rief aus: „Gott sei mir armen Sünder gnädig." Fortwährend um sein Leben kämpfend, klammerte er sich an den Fensterrahmen an und zerriss, während er sich wehrte, die goldene Kette an seinem Halse. Ein Schlag, welcher mit dem Knopfe eines Degens nach seiner Hand geführt wurde, nöthigte ihn, dieselbe stark verwundet zurückzuziehen, und so flog auch er hinunter. An dem vorspringenden steinernen Gesimse eines unteren Fensters stiess er im Falle mit dem Kopfe an und schlug sich eine tiefe Wunde, fiel darauf stark auf die linke Hüfte und rollte von dem Rande des Grabens, dessen Entfernung von den Fenstern der Kanzlei achtundzwanzig Ellen mass, noch zwei Ellen tiefer.

Während diese doppelte Execution vorbereitet wurde, befand sich der Secretär M. Philipp Fabricius im Hintergrunde der Kanzlei und wagte schüchtern einige der neben ihm stehenden

Herren vor dem gefährlichen Treiben zu warnen. Als er sah, welches Schicksal seine Vorgesetzten traf, drängte er sich an den Grafen Schlick und flehte ihn um seinen Schutz an. Allein gerade dies Betragen erregte die Aufmerksamkeit und entzündete den Hass, den die Stände gegen den Secretär Michna hegten und den sie nun an dem bisher nie beachteten Fabricius kühlen wollten. Einige sprangen mit Dolchen auf ihn zu und wollten ihn niederstossen, aber die Ermahnung Anderer, man möge doch den Ort nicht mit Blut beflecken, war die Veranlassung, dass Fabricius ergriffen und ohne weitere Umstände zum Fenster hinausgeworfen wurde. Es war in der Zeit zwischen der neunten und zehnten Morgenstunde, als die Execution beendet war.

Allein der Tod, der den drei Personen zugedacht war, traf sie merkwürdiger Weise nicht. Martinitz und Fabricius fielen nieder, ohne sich zu beschädigen, und Slawata war nicht so sehr durch den Fall, als durch das Anstossen an dem Fenstergesimse beschädigt worden. Während er vom Rande des Grabens in die Tiefe desselben rollte, verwickelte sich sein Kopf in den Mantel, das aus der Kopfwunde herausströmende Blut floss ihm in den Mund und benahm ihm die Fähigkeit, leicht athmen zu können, so dass er wie ein Erstickender zu röcheln anfing. Martinitz, der am Rande des Grabens in sitzender Stellung verweilte und sich nicht zu fliehen getraute, um nicht die Leidenschaft der zu den Fenstern herausblickenden Gegner von neuem aufzuregen, konnte es trotz der augenscheinlichsten Gefahr nicht über sich bringen, seinen Schicksalsgenossen ohne Hilfe zu lassen. Er wälzte sich deshalb vom Rande des Grabens nach dem unteren Theile zu, und während der frühere Fall ihm keinen Schaden gethan hatte, reichte diese Bewegung hin, dass er sich an seinem Rapiere nicht unbedeutend verletzte. Bei Slawata angelangt, nahm er demselben den Mantel vom Kopfe, wischte ihm mit einem Sacktuche das Blut aus den Augen und dem Gesichte, zog ein Balsamfläschchen, welches er mit sich zu tragen pflegte, aus der Tasche, hielt es dem ohnmächtigen Freunde unter die Nase und brachte ihn dadurch wieder zur Besinnung. Da die Gefahr keineswegs vorüber war, so ermahnte er ihn,

sich im Gebete zu stärken, und beide erwarteten unter frommen Ausrufungen die kommenden Dinge.

Das Gefühl des Secretärs, als er glücklich in der Nähe der beiden Herren zu liegen kam, war nicht so sehr das des Dankes gegen Gott, als des Aergers und Erstaunens über die gleichmässige Behandlung, die er, ein unansehnlicher Beamte, mit den zwei hochgeborenen Statthaltern erfahren hatte. Seine ersten Worte gaben diesem doppelten Gefühle Ausdruck, denn gegen Martinitz gekehrt fragte er: „Was habe ich ihnen denn gethan, dass sie mich herausgeworfen haben?“ Martinitz erwiederte: „Herr Philipp, es ist jetzt nicht Zeit, solches zu fragen und die Antwort der Stände darauf zu erwarten. Da ihr der frischeste von uns seid, wollen wir lieber aufstehen, dem Herrn Slawata helfen und ihn in das (naheliegende) Haus der Frau Kanzlerin tragen.“ Kaum hatte er dies gesagt, als mehrere Schüsse fielen. Mit grenzenloser Verwunderung hatten die Gegner der Statthalter von den Fenstern aus dem Schauspiele zugesehen, das sich vor ihnen im Graben entwickelte. Bei den meisten wich jetzt die frühere Aufregung einer besonneneren Haltung; allein die Anführer riefen ihren Dienern, welche mit in die Burg gekommen waren und in einiger Entfernung von dem Graben, in welchem die Herrn lagen, herumliefen, zu, sie möchten denselben vollends den Garaus machen und sie erschiessen. Sowohl aus den Fenstern der Kanzlei, wie von den Wällen fielen zahlreiche Schüsse, allein dieselbe mächtige Hand, welche bisher das Leben der Unglücklichen erhalten hatte, schützte es auch ferner. Slawata und Fabricius wurden von keinem der Schüsse getroffen. Den Martinitz traf eine Kugel an der linken Kopfseite und zerriss sein Halstuch, eine zweite Kugel durchbohrte die Kleidung oberhalb des linken Armes, eine dritte Kugel streifte und verwundete ihn ganz unbedeutend am Arme. Martinitz, durch alles dies zur höchsten Verwunderung und zum tiefsten Dankgefühl veranlasst, rief ein- über das anderemal aus: „Guter Gott, so willst du mich unverwundbar und unsterblich machen!“

Die Diener der Statthalter, mit den Räumlichkeiten der Burg wohl bekannt, liefen unmittelbar nach dem Sturze ihrer Herrn auf Umwegen in den Graben und langten glücklich

daselbst an; einige wurden zwar durch die unablässigen Schüsse wieder zurückgetrieben, bei anderen steigerte sich aber der Muth und die Treue mit der Gefahr und sie liefen bis zu ihren Herrn. Zu diesen gesellten sich noch einige ebenso kühne als hochherzige Freunde, während die Gegner den Zugang zum Graben nicht finden und folglich nicht, wie sie wollten, mit blanker Waffe einhauen konnten. Bevor noch die Diener in dem Graben erschienen waren, hatte sich Fabricius, der wohl einsah, dass ein längeres Verweilen schlimme Folgen nach sich ziehen könnte, rasch erhoben, und seinen Mantel, den er im Falle angehabt, zurücklassend entfernte er sich auf ihm wohlbekannten Wegen aus dem Graben und dem Bereiche des Schlosses.

Als Martinitz den Slawata von Dienern und Freunden umgeben sah, dachte er daran, sich in Sicherheit zu bringen. Gestützt auf den Arm eines Dieners eilte er aus dem Graben nach dem Hause des obersten Kanzlers, wo er zunächst auf Schutz hoffen konnte. Auf dem Wege begegnete ihm der Domherr Ctibor Kotwa, der, benachrichtigt von der Gefahr der zwei eifrigen Katholiken, herbeigeeilt war, um, wenn möglich, ihnen den letzten Trost zu spenden. Das Haus des Kanzlers hatte gegen den Graben zu keinen Eingang; der Uebelstand wurde dadurch beseitigt, dass von den Bewohnern desselben eine Leiter herausgestellt wurde, auf der Martinitz mit seinen Begleitern hinaufstieg. Trotzdem, dass ein Gegner noch dreimal das Gewehr auf ihn anlegte, gelangte er glücklich in das Innere der Behausung. Hier erwartete ihn bereits sein Beichtvater, der Jesuit Santinus, und Martinitz benützte den ersten Augenblick, seit dem er der unmittelbaren Todesgefahr entronnen war, zur Beichte. Darauf legte er sich zu Bette, nicht als ob ihn seine Schwäche dazu genöthigt hätte, aber da er jeden Augenblick des Besuches seiner Feinde gewärtig sein musste, wollte er durch ein jämmerliches Aussehen, das seinen baldigen Tod in Aussicht stellte, ihren Rachedurst zum Stillschweigen bringen.

Nicht so leicht ging die Rettung Slawata's vor sich. Er lag auf dem Boden und konnte sich nicht erheben; es konnte ihm also auch nicht zugemuthet werden, sich auf dieselbe Weise wie sein Freund in Sicherheit zu bringen und die Leiter zu besteigen.

Seine Diener und Freunde hoben ihn von der Erde auf und trugen ihn durch das hintere Schlossthor in das Haus des Kanzlers, Niemand stellte sich ihnen entgegen. Im Hause angelangt, legte man ihn auf eine Matratze; der herbeigeeilte Arzt Thomason wandte gleich das ehedem so beliebte Heilmittel, den Aderlass, an, reichte ihm dann einen stärkenden Trank und verband seine Kopfwunde. Darauf beichtete Slawata dem Domherrn Kotwa. Kaum hatten die beiden Herren sich etwas getröstet, so hörten sie den Lärm einer grossen Truppe, die sich unter Waffengeklirr und Pferdegetrappel dem Hause näherte. Es war dies Thurn an der Spitze seiner Anhänger. Bei dem Hause angelangt, verfügte er sich mit seiner Begleitung unmittelbar zur Gemahlin des Kanzlers, Polixena von Lobkowitz, und verlangte zu wissen, wo die Statthalter untergebracht seien. Die edle Frau wehrte sich entschlossen und würdevoll gegen eine weitere Belästigung ihrer Schützlinge und wollte den Grafen nicht einmal deren Anblick gestatten. Sei es, dass ihre Worte einen mächtigen Eindruck hervorriefen, sei es, dass sie den Zustand der Statthalter mit den traurigsten Farben schilderte, um so den Sterbenden ein Mitgefühl zu sichern, das den Lebenden versagt worden war, jedenfalls bewirkte sie, dass Thurn sich mit seinem Gefolge zurückzog und die Statthalter in dem Zimmer, wo sie untergebracht waren, nicht belästigte. Slawata und Martinitz durften jetzt aufathmen, sie waren gerettet.

Während dieser Vorgänge setzte Fabricius ungehindert seine Flucht fort. Glücklicherweise begegnete er in der Nähe des Schlosses einem Freunde, der ihm Hut und Mantel lieh; so vollständig bekleidet lief er der Moldau zu, liess sich da in einem Kahne übersetzen und eilte dann in sein auf der Altstadt gelegenes Haus. Schon nach einigen Minuten verliess er dasselbe wieder und trachtete die Thore der Stadt zu gewinnen. Auf seinem Gange durch die Strassen stiess er auf kein Hinderniss, da man auf der Altstadt von den Ereignissen auf dem Schlosse noch nicht unterrichtet war. Vor der Stadt angelangt, fühlte er sich zu schwach zu einer weiteren Fortsetzung der Reise und musste in einem der Gärten, die sich damals vor dem Spittelthore befanden, etwas ausruhen. In diesem Zustande traf ihn

der ehemalige Bürgermeister und jetzige altstädter Rathsherr Loštický, der, ohne erst fragen zu müssen, das Schicksal des Fabricius kannte, denn er selbst floh vor einem ähnlichen. Loštický war einer von den Eifrigsten, die diesen Morgen auf dem altstädter Rathhause gegen jeden Anschluss der Bürger an die Stände gestimmt hatten. Noch sassen die Rathsherren beisammen, als bereits ein lärmender Haufen vom Schlosse die Nachricht von den dortigen Ereignissen auf die Altstadt brachte und schon liessen sich zahlreiche Stimmen vernehmen, dass die Rathsherren dasselbe Schicksal verdienten, wie die Statthalter. Die Bedrohten durften nicht zögern, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, dass das niedere Volk auf eigene Faust das Beispiel der höheren Stände nachahme. In der That flohen die rechtzeitig gewarnten Rathsherren nach allen Richtungen der Windrose und unter diesen auch Loštický. Zur grösseren Sicherheit verliess er Prag, um sich in seinem bei Wolschan — eine halbe Stunde von der Stadt — gelegenen Maierhofe zu verbergen. Auf dem Wege traf er nun mit Fabricius zusammen, nahm ihn barmherzig in seine Behausung mit und pflegte ihn durch mehrere Tage.*) Nachdem der Secretär weniger seine Kräfte als seinen Muth wieder gestärkt hatte und sich den Anstrengungen einer weiteren Flucht gewachsen glaubte, machte er sich heimlich auf den Weg nach Wien, wo er am 16. Juni glücklich anlangte**) und dem Kaiser umständlich als Augenzeuge über das Schicksal seiner Räthe berichten konnte. Er wurde später in den Adelstand erhoben und bekam das verdiente Prädicat von „Hohenfall."

1618

Von den beiden im Hause des Kanzlers unterbrachten Statthaltern suchte zuerst Martinitz, da seine Kräfte dies erlaubten, seine völlige Sicherheit in der Flucht. Als der Abend herangekommen war, liess er sich den Bart scheeren, schwärzte sein Gesicht mit Pulver, kleidete sich wie ein Mann aus dem Volke und eilte dann zu seiner Frau, um von ihr Abschied zu nehmen. Nachdem er sie getröstet und durch einige Luftsprünge von

*) Loštický's Bericht im böhm. Statthalterei-Archiv.

**) Skala II, 135.

seinem körperlichen Wohlsein überzeugt hatte, hielt er sich nicht länger auf und eilte, ohne eines seiner acht Kinder zu begrüssen, in Begleitung des Arztes Thomason und eines Dieners aus der Stadt auf den weissen Berg, wo eine Kalesche seiner harrte, mit der er in der Nacht nach seinem Gute Tachlowic fuhr. Hier nahm er frische Pferde und schlug dann den Weg über Plass und Tachau gegen die Oberpfalz ein, um von da aus nach Baiern zu gelangen. Er beschleunigte seine Reise durch Böhmen, so viel er konnte, und kehrte bloss in Klöstern ein, weil er sich auf die Verschwiegenheit der Aebte verlassen und so unerkannt weiter kommen konnte. Seine Vorsicht war sehr am Platze, denn als die Stände am andern Tage seine Flucht erfuhren, liessen sie ihm nachsetzen, es gelang ihnen jedoch nicht mehr, seiner habhaft zu werden, da sie wahrscheinlich ihre grösste Aufmerksamkeit der Strasse nach Wien zuwandten. Selbst in der Oberpfalz legte Martinitz sein Incognito nicht ab, sondern gab sich für einen Diener Thomasons aus, erst in Regensburg fühlte er sich sicher und berichtete im dortigen Jesuitencollegium den erstaunten Zuhörern von den Vorgängen in Prag. Er reiste darauf nach München, wohin ihm bereits das Gerücht von seinen Schicksalen vorausgeeilt war. Der Herzog Maximilian liess ihn auf das freundlichste begrüssen und wies ihm in dem Hause Tilly's, des später so berühmt gewordenen Generals, eine Wohnung an. Die herzoglichen Leibärzte und Chirurgen boten ihm allesammt ihre Dienste an, deren er glücklicherweise nicht bedurfte. Bald kam ihm seine Gemahlin mit ihren Kindern nachgereist, worauf er sich häuslich in München einrichtete, da er von Mathias mit diplomatischen Verhandlungen bei dem Herzoge betraut wurde.

Gern hätte auch Slawata das Beispiel seiner beiden Genossen nachgeahmt, allein sein körperlicher Zustand fesselte ihn ans Lager und so musste er sein Schicksal der Zukunft anheimstellen. Seine Frau eilte zu der Gräfin Thurn und bat sie flehentlich, sie möchte sich bei ihrem Gemahl verwenden, dass dem Verwundeten kein Leid mehr zugefügt werde. Die Gräfin Thurn empfing die angsterfüllte Dame um so freundlicher, als sie sich selbst trüber Ahnungen nicht erwehren konnte. Indem

sie der Frau von Slawata ihren Schutz zusagte, bemerkte sie schweren Gemüthes, dass wohl dereinst die Zeit kommen dürfte, in der sie bei ihr selbst als Bittstellerin werde erscheinen müssen. Als die Stände am andern Tage zusammentrafen, wurde berathen, was mit Slawata geschehen solle. Keine Stimme erhob sich, welche ihm ein weiteres Leid zugefügt wissen wollte; einige Herren machten bloss die höhnische Bemerkung, man müsse ihm das Leben nach dem Grundsatze schenken, dass man einen Dieb, mit dem der Strick am Galgen reisse, auch nicht zum zweitenmale hänge. Doch wurde er in seiner Freiheit beschränkt; als er nach einigen Wochen gesund geworden, erlaubte man ihm nämlich nicht, sich aus dem Bereiche der Burg zu entfernen. Später wurde auch diese Beschränkung aufgehoben und ihm der Aufenthalt in Teplitz gestattet. Er benützte die ihm gebotene Gelegenheit, um nach Sachsen zu entfliehen.

1619

Die gleichzeitige Rettung dreier Personen, welche von einer Höhe von 28 Ellen herabgestürzt wurden, konnte nicht verfehlen, einen ausserordentlichen Eindruck auf die Zeitgenossen zu machen und gewiss hat das Wunderbare daran die Freunde Thurns zur schliesslichen Schonung der Geretteten vermocht. Gleich nach dem merkwürdigen Ereignisse erklärten die Katholiken dasselbe als ein Wunder und schrieben es dem besonderen Schutze Gottes zu, der sich seiner bedrängten Kirche in einem feierlichen Momente angenommen habe, während die Protestanten nach einer natürlichen Erklärung des Ereignisses suchten. Der Historiker Skala, der in dieser Zeit sich in Prag aufhielt und wenige Jahre später im Exile die Geschichte des Aufstandes schrieb, erklärt, die Schwere des Falles sei dadurch gemildert worden, dass die Statthalter auf einen Kehrichthaufen gefallen seien. Seit Jahren sei man nämlich gewohnt gewesen, die Papier- und Federabfälle bei der Reinigung der königlichen Kanzlei unmittelbar zum Fenster hinauszuwerfen. Seinem Zeugnisse steht das des Slawata entgegen, welcher mit Bezug auf dieses Gerücht, das ihm zu Ohren gekommen, ausdrücklich erwähnt, der Boden sei mit nichts bedeckt gewesen, was die Schwere des Falles hätte mildern können. Als später ein Gesandter der türkischen Pforte nach Prag wegen Abschliessung

Bündnisses gegen Ferdinand II kam, zeigte ihm Budowec
Stelle unter den Fenstern der Kanzlei und erklärte die
ng der Statthalter als die Folge angewandter Zauberkünste,
des Kehrichthaufens weiter zu erwähnen. Der Strauch,
andere Erzähler unter den Fenstern gepflanzt wissen wollen,
dem aber die böhmischen Quellen keine Nachricht geben,
t in das Reich der Dichtung.

Sechstes Kapitel.

Die Entwicklung des Aufstandes. Khlesls Sturz. Freunde und Feinde des Kaisers.

I Errichtung einer provisorischen Regierung durch die Wahl von 30 Directoren. Ruppa, Präsident der Directorialregierung. Thurn Generallieutenant. Die Beschlüsse des Landtags zur Organisirung der Vertheidigungsmittel. Die Apologie. Befreiungen und Racheacte. Thurn rückt ins Feld. Financielle Schwierigkeiten. Einberufung des Landtags auf den 25. Juni 1618.

II Die Nachricht vom Fenstersturz in Wien und Pressburg. Khuen in Prag, seine Berathungen mit den Statthaltern. Gutachten über den böhmischen Aufstand. Rüstungen des Kaisers. Kaiserliche Patente. Ihre Behandlung von Seite der Directoren. Schriftenwechsel des Kaisers mit den Ständen. Wachsendes Zerwürfniss mit Khlesl. Gefangennehmung des Cardinals (20. Juli 1618.) Des Kaisers schliessliche Billigung dieser Gewaltthat. Die späteren Schicksale Khlesls.

III Verhältniss des heidelberger Cabinets zum böhmischen Aufstande. Graf Solms in Prag. Entwicklung einer engen Allianz zwischen Böhmen und Kurpfalz. Graf Hohenlohe tritt als Generallieutenant in böhmische Dienste. Des Kaisers Versuche in Deutschland Hilfe zu erhalten. Hilfeanerbietungen von Seite des Königs von Polen und des Erzherzogs Albrecht. Frankreichs Stellung zum böhmischen Aufstande

IV Das Verhältniss der übrigen Länder der österreichischen Monarchie zum böhmischen Streite. Jessenius in Ungarn. Oesterreich. Mähren. Merkwürdige Haltung Karls von Žerotín. Schlesien. Der Markgraf von Jägerndorf. Die Lausitze.

I

Das Ereigniss des 23. Mai versetzte Prag in eine unerhörte Aufregung. Unmittelbar nach dem Fenstersturze waren die Räume der Burg Zeugen eines wirren Schreiens und Rennens, dessen Veranlassung in dem plötzlich verbreiteten Gerüchte lag, dass die Burg geschlossen worden sei und Soldaten zum Angriffe gegen die Stände heranrückten. Die Einen erbrachen eilig Thüren und Fenster und suchten in schleuniger Flucht ihre Rettung, während die Besonneneren zu den Thoren eilten, um sie zu besetzen.

Das Gerücht erwies sich indessen als grundlos und die Stände traten darauf den Rückweg auf die Altstadt an. Der Zug bestand aus ungefähr 400 Reitern, d. i. dem Adel und seinem Gefolge; die städtischen Deputirten gingen zu Fuss neben den Reitern einher, um bei dem übergrossen Andrange des Volkes ein Unglück zu verhüten. Mittlerweile war die Nachricht von den jüngsten Ereignissen in alle Theile der Stadt gedrungen. Das niedere Volk, aus seiner Ruhe aufgescheucht, sammelte sich auf den Strassen und zeigte gewaltige Lust, über die Katholiken, ihre Gebäude und Klöster herzufallen und was im J. 1611 beim passauer Einfall nur halb geleistet worden, zu vollenden. Dass dabei auch die Juden ihren Theil erhalten sollten, verstand sich beinahe von selbst. Thurn, derartige Excesse fürchtend, suchte sie im Keime zu ersticken; er eilte von Strasse zu Strasse, von Platz zu Platz, und mahnte das Volk zur Ruhe. „Wir führen," wiederholte er stets von neuem, „nichts gegen die Katholiken im Schilde, wir haben nur jene gestraft, die den Majestätsbrief zerreissen wollten. Deshalb geht alle, die ihr Handwerker seid, an eure Gewerbe, und die ihr Taglöhner seid, an eure Tagarbeit." Seine Mahnungen verfehlten ihre Wirkung nicht, und weder Juden noch Katholiken konnten sich über eine Gewaltthat beklagen. *)

Nachdem die Stände für die Beruhigung der Stadt genug gethan zu haben glaubten, ritten sie wieder auf das Schloss zurück, riefen den Schlosshauptmann Černín von Chudenic vor sich und verlangten, er solle sich ihnen anschliessen. Er folgte der Aufforderung und leistete mit der ihm unterstehenden Burgwache einen neuen Eid „dem Könige und den Ständen," für welche beide er fortan die alte Königsburg bewachen wollte. Der Oberstburggraf Adam von Sternberg und der Grandprior Diepold von Lobkowitz, die, seit sie aus der Kanzlei herausgeführt worden waren, in einem Zimmer des Schlosses sich aufhielten, wurden jetzt aufgesucht, freundlich begrüsst und von den gesammten Ständen in feierlicher Weise in ihre Wohnungen geleitet. Dieser auffallende Act von Höflichkeit und Unter-

*) Skala II, 137.

thänigkeit gegen eine Regierung, die eben durch eine Gewaltthat gestürzt worden, hatte einen wohlerwogenen Grund. Thurn und jene, die mit ihm die Urheber des Aufstandes waren, wollten ihre wahren Absichten, der Herrschaft des Hauses Habsburg formell ein Ende zu machen, noch nicht entschleiern, theils weil sie nicht sicher waren, ob ihnen das Land alsbald bis zum äussersten folgen werde, theils weil sie auf die gute Meinung ihrer unschlüssigen Nachbarn Rücksicht nehmen mussten. Auch hatten sie sich nie über den Kaiser, sondern nur über die Bedränger ihrer kirchlichen Freiheiten beklagt, stets hatten sie den ersteren von den letzteren getrennt, und selbst am Tage des Fenstersturzes keine andere Sprache geführt. Sie fürchteten, dass die unmittelbare Absetzung des Kaisers ihren religiösen Streit in einen politischen umwandeln würde, wodurch die Stärke ihrer Sache Abbruch erleiden konnte. Nach reiflicher Erwägung hielten sie es also für passender, die Auctorität ihres Königs dem Scheine nach anzuerkennen, thatsächlich aber sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen. Die Achtung, die den Statthaltern erwiesen wurde, bildete so den ersten Anfang eines Systems von Täuschung, das so lange aufrecht erhalten werden sollte, als es sich nützlich erwies. Nachdem den zwei Statthaltern das Ehrengeleit gegeben worden, beschlossen die Stände, dass sich Niemand aus der Stadt entfernen solle, bevor nicht die wichtigsten Massregeln für die nächste Zukunft vereinbart seien. So endete der Tag, der über das Schicksal Böhmens auf Jahrhunderte entschied.

24. Mai 1618 Die nächste Zusammenkunft der Stände fand am folgenden Morgen statt und zwar in den auf dem Schlosse befindlichen Landtagslocalitäten. Diesmal erschienen auch die Deputirten der sämmtlichen prager Städte und meldeten sich gleich beim Beginne der Verhandlungen zum Worte. Sie entschuldigten ihre bisherige Absonderung mit dem Drucke, der von den Königrichtern auf sie ausgeübt worden, und versprachen, fortan treu bei den Ständen auszuharren. Man schritt hierauf zur Berathung über die Organisation der provisorischen Regierung. Es wurde beschlossen, dieselbe einem ständischen Ausschusse von dreissig Mitgliedern, je zehn aus jedem Stande, zu übertragen, und die

wechselseitige solidarische Haftung für diese entscheidende Massregel durch Unterschrift und Siegel zu bekräftigen. Unmittelbar darauf fand die Wahl des Ausschusses statt, dessen Mitglieder fortan unter dem bekannten Titel der Directoren die Regierung des Landes übernahmen.*)

Was die Persönlichkeiten der Gewählten betrifft, so waren sie im Allgemeinen nicht besonders vertrauenerweckend. Die einflussreichsten gehörten dem Herrenstande an, bei mehreren von ihnen gab nicht sowohl die Begabung, als der Reichthum oder der Name den Ausschlag, wenigstens galt dies von dem reichen Wilhelm von Lobkowitz, dem kaum zwanzigjährigen Albrecht Smiřicky und dem wenig verlässlichen und unselbständigen Grafen Andreas Schlick. Budowec konnte selbstverständlich bei einem Aufstande, der in der Religion wurzelte, keine untergeordnete Rolle spielen und wurde deshalb auch in das Directorium gewählt, eine bedeutende Capacität hatte man aber an ihm nicht gewonnen. Seine Stärke bestand in einer ungeheuchelten Frömmigkeit und einem feurigen Eifer für seine religiöse Ueberzeugung. Praktische Fähigkeiten besass er nicht viele, auch war er schon zu alt, um eine grössere Thätigkeit

---

*) *Die Directoren aus dem Herrnstande waren folgende*: Bohuchwal Berka von Duba, Wilhelm der Aeltere von Lobkowitz, Paul von Říčan, Peter Schwamberg, Wenzel Wilhelm von Ruppa, Graf Joachim Andreas Schlick, Wenzel Budowec, Graf Johann Albin Schlick, Wilhelm Kinsky (an dessen Stelle später sein Bruder Racek trat) und Albrecht Johann Smiřický.

Die Directoren aus dem Ritterstande waren folgende: Kaspar Kaplíř von Sulewic, Prokop Dwořecký von Olbramovic, Ulrich Gersdorf, Friedrich von Bile, Christoph Vitzthum, Heinrich Ota von Los, Albrecht Pfefferkorn von Ottenbach, Humprecht d. ä. Černín von Chudenic, Wenzel Pětipeský von Chýš, Peter Milner von Milhausen.

Die Directoren aus den Städten waren: *Von der Altstadt*: Martin Fruewein, Theodor Sixt von Ottersdorf, Daniel Skreta, Johann Oršinowský; *von der Neustadt*: Valentin Kochan, Tobias Steffek, Wenzel Písecký; *von der Kleinseite*: Christoph Kober; *aus Kuttenberg*: Johann Schultys; *aus Saaz*: Maximilian Hošťálek.

Als Secretär mit dem Rechte, an der Berathung der Directoren theilnehmen zu können, trat Benjamin Fruewein ein.

zu entwickeln. Unter den Directoren aus dem Ritterstande besass ein einziger eine grössere Bedeutung und tüchtige Geschäftskenntniss, dies war Peter Milner von Milhausen. Die städtischen Deputirten nahmen nur eine bescheidene Stellung ein, am meisten von ihnen machte sich der Advocat Fruewein bemerkbar, doch auch dieser in keiner hervorragenden Weise.

Man sollte denken, dass die Directoren alsbald die Nothwendigkeit gefühlt haben, wegen der formalen Erledigung der Geschäfte einen Präsidenten zu wählen oder einen gewissen Turnus im Vorsitze einzuführen. Erst nach einigen Wochen*) trugen sie einer derartigen Nothwendigkeit Rechnung und betrauten einen der Directoren aus dem Herrenstande, Wenzel Wilhelm von Ruppa, mit dem Präsidium.**) Die Wahl traf in der That den bedeutendsten Mann, den die Directorialregierung aufzuweisen hatte; seit mehreren Jahren hatte er sich in den vordersten Reihen der Opposition bemerkbar gemacht und war im Lande allgemein bekannt geworden. Für die Verhandlungen mit dem Auslande, die offenbar in der nächsten Zeit in den Vordergrund treten mussten, war er eine geeignete Persönlichkeit, denn er sprach und schrieb mit grosser Gewandtheit mehrere Sprachen; auch für die innere Verwaltung war er eine tüchtige Kraft, da er sich praktisch in derselben geschult hatte. Seine Kenntnisse und die Art und Weise seines Auftretens bewirkten, dass die pfälzischen Agenten schon vor dem Ausbruche des Aufstandes ihre Aufmerksamkeit auf ihn richteten. Auf die Entwicklung und das Schicksal des Aufstandes hatte er nach Thurn den grössten Einfluss, gleichwohl trat seine Thätigkeit äusserlich so wenig aus dem gemeinsamen Rahmen heraus, dass neuere Geschichtswerke seiner nur als eines Mitgliedes der Directorialregierung, keineswegs aber als ihres Präsidenten erwähnen.

22. Juni 1618

*) Skala II, 196.

**) Da der genannte Director in den böhmischen Quellen Václav Vilém z Roupova heisst, so würde sein Namen im deutschen richtiger Wenzel Wilhelm von Roupov lauten. Aber da er sich selbst consequent in deutschen und französischen Briefen Ruppa unterschrieb und so auch von andern genannt wurde, so nennen wir ihn ebenfalls Ruppa statt des richtigeren böhmischen Roupov.

Für das Gelingen des Aufstandes war es jedenfalls eine missliche Sache, dass die Regierung des Landes einem Collegium von 30 Personen übertragen wurde, weil dies von vornherein jede Energie und Einheit in der Action lähmte. Zugleich tritt aus dem langen Bestande der Directorialregierung eine andere, für Böhmen nicht minder betrübende Thatsache hervor, nämlich der Mangel an hervorragenden Kräften. Im 15. Jahrhunderte hatte es nie an Männern gefehlt, welche sich das ganze Land oder eine Partei dienstbar zu machen und dieselbe einem beliebigen Ziele zuzulenken wussten. Diesmal gebrach es an solchen Persönlichkeiten: die Staatsmänner, die Parlamentsredner, die Feldherren und die Geistlichen, alle waren von einer betrübenden Mittelmässigkeit.

Was Thurn betrifft, so befand er sich nicht in der Reihe der Directoren, da er für eine hervorragende Stellung bei der Organisirung des Heerwesens ausersehen war. Wenn irgend Jemand berufen schien, an die Spitze des Landes zu treten und die Zügel der Regierung mit kräftiger Hand zu erfassen, so war das bei ihm der Fall. Er hatte seit Jahren zu dem Aufstande getrieben und durch seine Entfernung vom Burggrafenamte einen allgemein bekannten und schwer wiegenden Verlust erlitten, er hatte sich schliesslich um die Gnade oder Ungnade des Kaisers nicht bekümmert und seinen Bruch mit der Dynastie durch den Fenstersturz auf eine nimmer gut zu machende Weise besiegelt. Sein Name war in Böhmen in Aller Munde, er genoss das grösste Ansehen und schien also ausersehen, in die Fussstapfen eines Georg von Poděbrad zu treten, wohl nicht, um die Krone auf sein Haupt zu setzen, aber doch, um als Gubernator bis zu einer neuen Königswahl die Geschicke des Landes zu lenken. Eine solche Stellung ging jedoch über seine Kräfte und er selbst hat sich nie nach ihr gesehnt. In dem Augenblicke, wo die provisorische Regierung geschaffen wurde, bemühte er sich keineswegs, an ihre Spitze zu treten, sondern beschränkte sich auf das Commando der Armee. Unzweifelhaft war dieses eine ausserordentlich wichtige Aufgabe, wenn die Revolution durch einen Krieg ihre Geltung erlangen sollte, aber ihre glückliche Lösung hing von einer

zweiten nicht minder wichtigen ab, die darin bestand, ausreichende Mittel zur Vertheidigung herbeizuschaffen. Diese letztere Aufgabe übernahm das vielköpfige Ungeheuer der Directorialregierung und löste sie schlecht. Ein einziger Mann hätte die Lösung beider versuchen sollen und sie wäre ihm gelungen, wenn er es verstanden hätte, der gesammten Thätigkeit des Landes dieselbe Richtung zu geben, alle Kräfte nutzbringend zu machen und der allgemeinen Begeisterung dieselbe Gluth einzuflössen. Bedeutende Heerführer haben es zu allen Zeiten verstanden, diese doppelte Aufgabe zu lösen. Thurn war nicht der Mann dazu. Konnte er, der die böhmische Sprache nur radebrechte, den Landtag durch die Gewalt des Wortes beherrschen, konnte er den grossen Haufen, dem er unbeholfen gegenüberstand, mit sich fortreissen? Um ein Volk in entscheidenden Krisen meistern zu können, muss man Fleisch von seinem Fleische sein, man muss in seinem Wesen die verwandten Saiten anzuschlagen und seiner Liebe und Bewunderung stets neue Nahrung zu geben wissen. Ein Fremder vermag nichts von allem dem. Thurn war nichts anderes und wollte auch nichts anderes sein, als das, womit er seine Laufbahn begonnen, ein um Sold dienender Truppenführer, der sein Glück versuchte. Dass er nicht der Mann war, um die vorhandenen Mittel zum Kampfe zu organisiren und das Land zur äussersten Anstrengung zu zwingen, war für das Gedeihen seines Werkes noch verhängnissvoller, als der Mangel an Feldherrngaben, der sich später bei ihm kundgab.

Die nächsten Verhandlungen des Protestantentages, der sich nun als förmlicher Landtag constituirte, betrafen die Organisation der Vertheidigungsanstalten. Die Stände versicherten zwar in verschiedenen Varianten, dass dieselben nicht gegen den Kaiser, „dessen treue und gehorsame Unterthanen sie stets seien,“ gemeint sein sollten, sondern nur gegen jene, die sie im Genusse ihrer Freiheiten stören wollten; in der That berechneten sie jedoch vorsichtig, über welche Kräfte der Kaiser gegen sie verfügen könne, um ihm nicht schwächer entgegenzutreten. Den Anfang ihrer Vertheidigungsmassregeln bildete die Ernennung des obersten Armeecommando's. Durch die

Wahl der Stände wurden der Graf Heinrich Mathias Thurn zu 25. Mai dem Posten eines Generallieutenants, Colonna von Fels zu dem eines Feldmarschalls, Johann von Bubna zu dem eines Generalwachtmeisters und Paul Kaplíř von Sulewic zu dem eines Generalquartiermeisters berufen. Absichtlich wurden die zwei erstgenannten Personen dem Herrnstande, die zwei letzteren dem Ritterstande entnommen und damit eine Gleichberechtigung gewahrt, die bei einer so wichtigen Angelegenheit wenig am Platze war. Sämmtliche Generale bekamen als solche Sitz und Stimme im Directorium, wenn sie den Sitzungen desselben beiwohnen konnten. Da Böhmen in dieser Zeit gar keine Soldaten auf den Beinen hatte, keine festen Plätze besass, aller Zeughäuser und Kriegsvorräthe ermangelte, so war die Aufgabe, womit man die genannten Generale betraute, jedenfalls eine umfassende und erheischte eine bedeutende Thätigkeit.

Was die eigentliche Zusammenstellung des Heeres betrifft, so konnte man hiebei einen doppelten Weg einschlagen, man hatte die Wahl zwischen dem Aufgebot der im Lande vorhandenen Kräfte und zwischen Werbungen, die nicht bloss die heimische, kriegslustige Jugend, sondern auch fremde, wohl geschulte Söldner heranlocken konnten. Um den grösstmöglichen Widerstand leisten zu können, wollten die Stände ihre Vertheidigung weder auf das Aufgebot, noch auf die Werbungen allein stützen, sondern beschlossen die Anwendung beider Systeme. Demgemäss wurde in Bezug auf das Aufgebot festgesetzt, dass jeder Gutsbesitzer den zehnten Unterthan und jede Stadt den achten Mann ausrüsten und ausserdem Städte wie Gutsbesitzer von je 5000 Thaler Vermögen in Grundbesitz oder 12500 Thaler in Capitalien einen Reiter in Bereitschaft halten sollten. Hiebei sollte für den Grundbesitz die niedrige Schätzung von 1557 als Grundlage angenommen werden. Wurde der Landtagsbeschluss genau durchgeführt, so konnte das Aufgebot eine Armee von ungefähr 16800 Mann zu Fuss und 2400 Reitern liefern.*) Die

*) Aus dem Beschlusse des Landtags, der einige Wochen später (auf den 25. Juni 1618) berufen wurde, ist ersichtlich, dass den Städten die Stellung des achten Mannes aufgetragen wurde. Dies bemerken

betreffende Mannschaft sollte nicht alsbald in Regimenter eingetheilt, sondern vom Adel und den Städten in Bereitschaft gehalten, d. h. ausgewählt und mit den nöthigen Waffen und Pferden versehen werden, um für den Nothfall zur weitern Verfügung bereit zu stehen. Bezüglich der Werbungen setzten die Stände nichts näheres fest, sondern ertheilten nur im allgemeinen den Directoren die Vollmacht, dieselben in der Ausdehnung anzustellen, wie sie sich als nothwendig erweisen würden.

Für die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel sorgte der Landtag dadurch, dass er den Befehl gab, fortan die sämmtlichen im Jahre 1615 bewilligten Steuern für Rechnung der Stände zu erheben. Damals hatte sich der Landtag, wie bereits mitgetheilt wurde, zu ausserordentlich hohen Zahlungen für fünf nach einander folgende Jahre verstanden, um mit ihrem Ertrage die auf dem Lande haftenden Schulden zu tilgen. Die jährlichen Steuerleistungen erreichten in Folge dieser Bewilligung ungefähr den Betrag von 800,000 Thalern. Von dieser Summe war in dem laufenden Jahre (1618) etwas über ein Drittel für Rechnung des Kaisers bereits erhoben worden; wenn der Rest ordentlich einging und wenn, wie dies auch in der That geschah, die Rück-

---

wir, weil die betreffende Quote aus dem Beschlusse der nach dem Fenstersturze tagenden Stände nicht deutlich ersichtlich ist. Was die Aushebung des zehnten Unterthans und des achten Mannes aus den Städten betrifft, so ist sie folgendermassen zu verstehen. Die Aushebung des zehnten Unterthans bedeutete die Aushebung eines Mannes von je zehn Bauernansässigkeiten. Dies ergab also für ganz Böhmen (bei 150930 Bauernansässigkeiten) 15093 Mann. Der achte Mann der Städte wurde nach der Häuserzahl berechnet; da man in allen königlichen Städten zusammen etwas über 14000 Häuser zählte, gab dies 1750 Mann. Der Capitalienbesitz in Böhmen belief sich nach den Steuerlisten von 1615 auf 4,780.000 Thaler, dies gab also gegen 382 Reiter. Der Grund- und Capitalienbesitz der Stände und freien Besitzer hatte im Jahre 1557 einen Werth von 11,555.826 Thalern. Davon dürften etwa 10 Millionen auf den Grundbesitz zu rechnen sein, so dass die Zahl der von demselben zu stellenden Reiter ungefähr 2000 betrug. — Die Gründe, welche den Verfasser zu diesen Zählungen berechtigen, sind in seiner „Geschichte der böhmischen Finanzen von 1526—1618“ enthalten.

zahlung der Schulden suspendirt wurde, so verfügten die Directoren über Geldmittel, die für jene Zeit nicht unbeträchtlich waren. Bedenklich war hiebei nur der Umstand, dass die bedeutenderen Steuereinzahlungen, auf die sie rechnen konnten, erst im Juli fällig waren. *)

Die schon einmal angedeutete Scheu der Stände, gleich im Anfange das letzte Wort zu sagen und die Endziele des Aufstandes kund zu thun, zeigte sich auch bei den beschlossenen Finanzmassregeln. Der Landtag zögerte selbstverständlich nicht, die Steuern, die für die Kasse des Königs bewilligt worden waren, für sich in Beschlag zu nehmen; sie waren ja in erster Linie für die Bedürfnisse des Landes bewilligt worden und den Ständen lag jetzt die Sorge für dieselben ob. Dagegen legten sie nicht auf das eigentliche königliche Einkommen Beschlag, um vor der Welt den handgreiflichen Beweis zu liefern, dass sie sich nicht gegen ihren Herrscher erhoben hätten. So machte sich die merkwürdige Anomalie geltend, dass zu einer Zeit, in der das böhmische und das kaiserliche Heer einander auf dem Schlachtfelde bekämpften, Mathias die Einkünfte von den königlichen Gütern bezog und die Verwaltung der letzteren von jenen Beamten geleitet wurde, deren Anstellung er für gut fand. Die Summe, die der Kaiser auf diese Weise aus Böhmen bezog, ist nicht weiter bekannt; allein, wie viel oder wie wenig sie auch betragen haben mag, so war sie für ihn eben so wichtig als für die Stände schwer zu vermissen. Doch trugen die letzteren vorläufig lieber den Verlust, als dass sie dem Kaiser diesen letzten Beweis ihrer Ehrerbietung entzogen hätten.**)

Eine weitere Sorge der Stände bestand darin, den Auf-

*) Ueber dies und die folgenden financiellen Massregeln näheres in den Beschlüssen der Stände, die ihrer Zeit durch den Druck publicirt wurden. Ein Exemplar in der Bibl. des F. G. von Lobkowitz.

**) Einige Wochen nach dem Aufstande klagte zwar der Kaiser, dass die Böhmen sich seiner Güter bemächtigt hätten, doch ist dies nicht buchstäblich zu nehmen, da er bis an sein Lebensende auf die Verwaltung der königlichen Güter Einfluss nahm. Ganz klar sehen wir übrigens in den Gegenstand nicht und können also nicht mit Sicherheit über das wirkliche Einkommen des Kaisers berichten.

stand bei Freund und Feind in das entsprechende Licht zu setzen. Zu diesem Ende wurde eine kurze Rechtfertigung der prager Execution versucht und durch den Druck veröffentlicht. Diese Rechtfertigung, die unter dem Namen „der ersten Apologie" der böhmischen Stände bekannt ist, wurde von dem bereits genannten Mitgliede der Directorialregierung Milner verfasst und schon am zweiten Tage nach dem Ausbruche des Aufstandes publicirt, eine Raschheit, welche die Vermuthung nahelegt, dass Milner an der Schrift schon vor dem Fenstersturze gearbeitet habe. Sie schildert die Bedrückungen, welche die Protestanten seit einigen Jahren erduldet hatten und schiebt die Schuld auf jene Katholiken, die im Einverständnisse mit den Jesuiten standen. Die Apologie, begleitet von einem Rechtfertigungsschreiben, wurde am 26. Mai an den Kaiser abgeschickt. Es hiess in dem letzteren: Die beigelegte Schilderung des erlittenen Unrechtes werde den Kaiser mit den Ursachen, welche die Stände zu ihrem Auftreten gegen die Statthalter gezwungen hätten, bekannt machen, sie hätten nicht anders handeln können und würden sich auch künftig gegen jeden, der ihre Freiheiten verletzen würde, gleich entschlossen verhalten. Um weiteren Angriffen zu begegnen, hätten sie auch nach dem Vorgange von 1609 eine Bewaffnung zum eigenen Schutze beschlossen und mit der Leitung derselben eine Anzahl Directoren betraut. Alles dies sei nur zur Vertheidigung gegen die Feinde und nicht gegen den Kaiser gerichtet, dessen treue und gehorsame Unterthanen sie fortwährend seien.*)

Das Schreiben an Mathias bildete die Grundlage für die böhmischen Zuschriften an die benachbarten Fürsten und ständischen Körperschaften; an alle Mittheilungen schloss sich die Bitte, man solle den Böhmen zu ihrem verkürzten Rechte beim Kaiser verhelfen. Ohne Unterlass bezeichneten sie es als ihren innigsten Wunsch, in die alten Rechtsverhältnisse zurückzukehren, wenn ihren Bedrängern für immer das Handwerk gelegt würde, denn sie seien des Kaisers getreue und gehorsame Unterthanen. Im übrigen trugen die Stände den Direc-

*) Skala II, 158.

toren auf, mit den benachbarten Fürsten und Ländern in freundschaftliche Verbindungen zu treten und sich deren Hilfe für den Kriegsfall zn sichern. Am 28. Mai löste sich der Landtag auf und überliess den Directoren im Verein mit den Generalen die Sorge für das allgemeine Wohl.

Die Beschlüsse des Protestantentages, der kühn dem Kriege entgegensah, sind ein Beweis, dass die durch den Fenstersturz begonnene Revolution, wenn auch nicht von allen beabsichtigt, doch von sämmtlichen Häuptern der protestantischen Bewegung nachträglich gebilligt wurde. Aber nicht bloss auf diese allein übte das Ereigniss des 23. Mai einen nachhaltigen und bewältigenden Eindruck aus, die böhmischen Protestanten insgesammt acceptirten dasselbe als den Ausgangspunkt ihrer weitern politischen Haltung. Von allen königlichen Städten mit Ausnahme des katholischen Pilsen uud Budweis liefen Ende Mai oder Anfangs Juni zustimmende Erklärungen bei dem Landtage oder den Directoren ein und so zerflossen die Hoffnungen, die auf königlicher Seite bezüglich eines Zwiespaltes zwischen Adel und Bürgerthum gehegt worden waren, in nichts. Die allgemeine Uebereinstimmung unter den Protestanten war jedoch nicht die einzige Thatsache, welche die letzteren als ein günstiges Vorzeichen für das Gedeihen ihres Werkes ansehen durften. Auch jene unentschiedenen Personen, die in dem mehrjährigen heissen Kampfe zwischen der katholischen Regierung und der protestantischen Bevölkerung eine vermittelnde oder vielmehr nichtssagende Stellung einzunehmen gesucht hatten, gaben die Sache der ersteren verloren und suchten sich bei den Ständen zu rehabilitiren. Es waren dies namentlich Mitglieder einiger älteren utraquistischen Adelsgeschlechter, denen der neue Protestantismus nicht zusagte, wie Stephan von Sternberg, der reiche Rudolf Trčka u. a.*) Noch bedeutsamer aber war, dass auch die Katholiken mit wenigen Ausnahmen, zu denen die oben genannten zwei Städte gehörten, eine freundliche Sprache gegen die Protestanten führten und sie ob ihres Beginnens nicht tadelten. Der Landtag hatte vor seiner Auflösung die Hoffnung ausgesprochen,

*) Näheres hierüber im ersten Bande meines Werkes über Rudolf II.

dass die Katholiken die Lasten der Landesvertheidigung nicht gezwungen, sondern aus Patriotismus würden mittragen helfen und hatte bei dieser Annahme mindestens insofern Recht, als die Masse derselben ohne Widerstreben ihre Beiträge leistete. Es war nur die Frage, ob diese Stimmung auch die Flitterwochen der Revolution überdauern werde.

Der Umschwung, den der Aufstand in der Lage des Landes hervorgebracht hatte, äusserte seine nächste Wirkung auf die religiösen Verhältnisse und auf das Schicksal jener Personen, die eng mit demselben verflochten waren. Zunächst verfügten die Directoren die Befreiung der Braunauer, die sich ungehindert in ihre Heimat entfernen und nunmehr ungestört ihrer Kirche erfreuen konnten, während der Abt seine Sicherheit in eiliger Flucht suchte. An die Befreiung der Braunauer schloss sich eine andere an, die zwar weniger Aufsehen erregte, aber nicht ohne Bedeutung war, nämlich die des Theobald Hock von Zweibrücken. Dieser Mann war vor einigen Jahren der Secretär und vertraute Rathgeber des letzten Herrn von Rosenberg und als solcher tief in die Umtriebe eingeweiht, mittelst deren der Fürst Christian von Anhalt im Jahre 1608—1611 den Habsburgern ihr Erbe entreissen wollte. Dem kaiserlichen Hofe mag es nicht unbekannt gewesen sein, dass Hock nicht bloss ein Mitwisser, sondern auch ein thätiger Beförderer dieser Bestrebungen gewesen, doch liess sich nichts gegen ihn thun, da er nur im Dienste seines Herrn gehandelt hatte. *)

Da stellte sich mit einemmale heraus, dass Hock, der von dem letzten Rosenberg mit der Aufzeichnung seines Testamentes betraut worden war, dasselbe gefälscht, einige Blätter nämlich daraus entfernt und durch andere ihm günstige ersetzt habe. Die weitere Untersuchung brachte, wie das bei solchen Fällen zu geschehen pflegt, noch ein anderes Vergehen zu Tage, das damals ganz besonders schwer wog. Im Jahre 1606 hatte es Hock durch die Verwendung Rosenbergs bei dem Landtage dahin gebracht, dass er um seines Adels willen als Ritter von Zweibrücken in den böhmischen Ritterstand aufgenommen wurde;

*) Skala II, 144.

jetzt stellte sich heraus, dass Hock durch ein gefälschtes Diplom seinen Adel nachgewiesen habe und nur bürgerlichen Herkommens sei. Dies alles zusammengenommen hatte zur Folge, dass der doppelte Fälscher zum Tode verurtheilt wurde, die Execution sollte in derselben Woche stattfinden, in der der Aufstand ausbrach. Dieser ausserordentliche Zwischenfall rettete den Verurtheilten; denn wiewohl seine Verbrechen derartige waren, dass sie in den Augen der neuen Gewalthaber nicht minder strafwürdig erschienen, als in denen seiner früheren Richter, so wurde das Urtheil doch nicht vollzogen, weil Hock für einen Vertrauten Anhalts galt. Thurn und seine Freunde, die sich der Mithilfe des Fürsten versichern wollten, hinderten nicht bloss die Ausführung des Urtheils, sondern gaben dem Verurtheilten sogar die Freiheit. *)

An diese Befreiungen schlossen sich einige Racheacte. Dr. Ponzon, nach dem eifrig gefahndet ward, wurde endlich in dem Kapuzinerkloster am Hradschin, wohin er sich geflüchtet, ausfindig gemacht und darauf eingekerkert. In den klostergraber Angelegenheiten hatte er sich als Vertreter des Erzbischofs und Bedränger der Protestanten bemerkbar gemacht, doch würde dies nicht so sehr den Hass der Stände heraufbeschworen haben, als seine Betheiligung an dem Processe Hocks. Er hatte bei demselben als eine Art Untersuchungsrichter fungirt und hiebei hauptsächlich nach den Verbindungen zwischen dem böhmischen Adel und dem Fürsten von Anhalt geforscht, worüber allerdings Hock die besten Auskünfte ertheilen konnte. **) Dies war zur Kenntniss der Bedrohten gekommen und sie nahmen jetzt an ihm persönliche Rache. Wer weiss übrigens, ob nicht der Process Hocks und die Angst, die Thurn vor dessen Aussagen hatte, die Katastrophe des Fenstersturzes beschleunigt hat.

Der Einkerkerung Ponzons folgte einige Tage später die Ausweisung der Jesuiten. Am 2. Juni erschien eine ständische Deputation im Jesuitencollegium und kündigte den Bewohnern desselben an, dass sie sich nach den Pfingst- 1618

*) Die Beweisacten in der böhmischen Landtafel.

**) Die Beweise hiefür in gleichzeitigen böhmischen Acten.

feiertagen aus Prag und Böhmen entfernen müssten. Alle Bitten, diesen Termin zu verlängern, halfen nichts und so entschlossen 3. Juni sich die Väter, dem Befehle mit möglichster Würde zu folgen. Am Pfingstsonntag nahmen sie durch einen ihrer ausgezeichneten Prediger feierlich von der Kanzel herab Abschied von ihrer Gemeinde. Die Kirche war gedrängt voll und als die eifrigen Katholiken hörten, dass sie sich von ihren Rathgebern trennen müssten, übertäubte das Jammern und Wehklagen derselben die Stimme des Predigers. Nicht heimlich und vereinzelt, son- 8. Juni dern feierlich und bei hellem Tage traten darauf die Jesuiten ihren Abzug aus Prag an. Voraus fuhren die gebrechlicheren und älteren, die übrigen zogen hinter einem schwarzen Kreuze in feierlicher Procession durch die Strassen der Stadt zum Thore hinaus, genau jene Wege wählend, auf denen einst ihre Vorgänger unter Ferdinand I im Jahre 1555 ihren Einzug in Prag gehalten hatten. Für die Katholiken hatte dieser Auszug fast die Bedeutung der Entfernung der ersten Christen aus Jerusalem, als diese Stadt der Zerstörung durch die Römer entgegeneilte. Wieder folgten ihnen die theilnahmvollen und klagenden Blicke ihrer Freunde, während die Masse der protestantischen Bevölkerung ihre Schadenfreude bei Seite setzend nicht ohne Bewegung den Zug sich entfernen sah. Einige kranke Jesuiten, die zurückbleiben mussten, folgten mehrere Tage später; selbstverständlich theilten auch die ausserhalb Prags weilenden Mitglieder dieses Ordens in Kommotau, Krummau, Neuhaus und Budweis das Schicksal des prager Collegiums.

Im Ganzen begann für jene Personen, welche die religiöse Politik des Hofes in hervorragender Weise unterstützt hatten, keine erfreuliche Zeit. Wie der Abt von Braunau, so suchten auch der Erzbischof von Prag und der Abt von Strahow ihr Heil in der Flucht. Für die beiden letzteren war sie nicht so leicht zu bewerkstelligen, da die Stände sie bewachen liessen, doch gelang es ihnen, deren Aufmerksamkeit durch List zu täuschen; so zog z. B. der Abt von Strahow Bauernkleider an und entrann in dieser Verkleidung glücklich der Verfolgung. Michna, der sich rechtzeitig aus Prag entfernt hatte, brauchte

jetzt die Gefahren einer Flucht nicht zu bestehen; deshalb entging er der ständischen Rache doch nicht vollständig, denn sein Vermögen, das meist in Capitalien bestand, die in Prag angelegt waren, wurde mit Beschlag belegt und damit die erste Confiscation, die im böhmischen Aufstande verhängt wurde, vollzogen. — Dagegen wurde den klostergraber Protestanten eine entsprechende Genugthuung zu Theil. Sie wurden für ihre zerstörte Kirche dadurch entschädigt, dass sie zur Mitbenützung der katholischen von den Directoren auf so lange bevollmächtigt wurden, bis ihnen vom Erzbischof oder von den Katholiken eine neue aufgebaut würde.*)

Die grösste Aufmerksamkeit der Directorialregierung sowie der ihnen zur Seite stehenden Generale wurde während aller dieser Vorgänge auf die Organisation der Streitkräfte verwendet. Man erinnert sich, dass der Landtag sowohl zu einem Aufgebot der heimischen Kräfte, wie zu Werbungen den Directoren die Vollmacht ertheilte. Obwohl die letzteren bei verschiedenen Anlässen von der Aufbietung des gesammten Landes als einem sichern Mittel, bedeutende Truppenmassen auf wohlfeile Weise ins Feld zu stellen, sprachen, thaten sie in Wirklichkeit keinen Schritt zur Organisation einer derartigen Armee, sondern suchten von vornherein durch blosse Werbungen die nöthigen Streitkräfte zusammenzubringen. Seit Ende Mai wurde die Werbetrommel im Lande gerührt und trieb eine Masse beschäftigungslosen Volkes und ehemaliger Soldaten nach Prag. Ehe noch der halbe Junimonat verstrichen war, waren 3000 Mann zu Fuss und 1100 Reiter aus denselben geworben, ausgerüstet und gemustert. Schon am 16. Juni marschirte Thurn an ihrer Spitze aus Prag der österreichischen Grenze zu. Die Werbungen wurden indessen in der Hauptstadt weiter betrieben und sollten sich auf weitere 3000 Mann zu Fuss und 900 Reiter erstrecken. Man wollte also im Ganzen über eine Armee von 8000 Mann verfügen.

Thurn bewegte sich in eiligen Märschen gegen Budweis

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Decret der Directorialregierung dd. 13. Juni 1618.

und Krummau, in welche beiden Städte mittlerweile eine kaiserliche Besatzung Eingang gefunden hatte. Es war von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, dass das ganze Land den Geboten der Directoren folge und kein Punkt desselben den feindlichen Kriegsoperationen zur Basis diene, und deshalb handelte Thurn im wohlverstandenen Interesse des Aufstandes, wenn er sich ohne Säumen der beiden genannten Städte zu bemächtigen suchte. Pilsen, das sich auch auf die Seite des Kaisers geschlagen hatte, musste vorläufig unberücksichtigt gelassen werden. Die Art und Weise, wie der böhmische Truppenführer sein Ziel zu erreichen suchte, war bezeichnend und konnte über die Unheilbarkeit des Zwiespaltes zwischen dem Kaiser und den Leitern des Aufstandes keinem Zweifel mehr Raum lassen. Thurn eröffnete seine Operationen damit, dass er den Städten Budweis und Krummau drohte, „das Kind im Mutterleibe nicht verschonen zu wollen", falls er sich genöthigt sehen würde, Waffengewalt gegen sie anzuwenden. Um diese Zeit versicherten die Directoren den Kaiser noch immer ihrer Treue und Ergebenheit; letzterer hatte noch keinen einzigen Gewaltact gegen die Böhmen begangen, die Hand zu Unterhandlungen geboten und schon bedrohte man seine Anhänger mit Gräueln aller Art. — Krummau liess sich durch die Sprache Thurns einschüchtern und nöthigte die kaiserlichen Truppen zum Abzuge. Budweis beharrte dagegen in der Opposition.

Diese Stadt war der erste Stein des Anstosses für die böhmische Revolution Thurn fühlte sich mit seinen Streitkräften zu schwach, um eine regelrechte Belagerung unternehmen zu können und musste ausserdem fürchten, dass der Kaiser alle seine Kräfte anstrengen werde, um den Platz zu entsetzen. Erweiterte Rüstungen waren für das Gelingen des Aufstandes ein Gebot dringender Nothwendigkeit und deshalb beeilte man die Vervollständigung der Werbungen auf die angedeuteten 8000 Mann. Nun machte sich aber die Finanzfrage schon peinlicher geltend, als dies Ende Mai der Fall war. Der Landtag hatte sich damals mit den gewöhnlichen Steuerleistungen, die im Durchschnitte über 60,000 Thaler monatlich betragen konnten, behelfen zu können geglaubt, allein diese Summe kam weder

ordentlich ein, noch entsprach sie auch nur entfernt dem wirklichen Bedürfnisse. Die Stände waren wohl auf grössere Auslagen gefasst und hatten den Directoren die Vollmacht zur Contrahirung eines Anlehens gegeben. Der Versuch, der in dieser Beziehung gemacht wurde, lief jedoch unglücklich ab.

Anfangs Juni hatten nämlich die meisten Städte Abgeordnete nach Prag abgeschickt, um den Directoren ihren Beitritt zur gemeinschaftlichen Sache zu erklären. Man lud sie zu einer Berathung ein, in der sie Wilhelm von Lobkowitz, der Obersteuereinnehmer der neuen Regierung, in einer geschickten Weise zu haranguiren suchte und darauf mit der Mittheilung überraschte, dass sich die Stände genöthigt sähen, in Anbetracht der gesteigerten Bedürfnisse des Landes, bei ihnen ein Anlehen zu contrahiren. Es verstehe sich von selbst, dass dasselbe wohl versichert und die Interessen gehörig ausbezahlt werden würden, man ersuche demnach die Städte, die gewöhnlichen Ausflüchte wegen Unmöglichkeit fallen zu lassen und mit einer gehörigen Summe dem allgemeinen Bedürfnisse unter die Arme zu greifen. Allein die Angesprochenen führten nicht umsonst in ihrer mittelalterlichen Titulatur den Titel „fürsichtiger und weiser Leute". Sie sahen nicht ein, weshalb die Städte anstatt der gesammten Stände ihr Geld für eine gefährliche Sache verwenden sollten und erklärten, ohne Befragung der Gemeinden nichts thun zu können. Ihr wisst, sagte der Vertreter von Königgrätz, Dentulin, was für ein wildes Thier eine Gemeinde ist. Als sie darauf treulich ihren verschiedenen Mandanten berichteten, zeigte sich das erwartete Resultat, die Städte verstanden sich zu keinem Darlehen.*)

8. Juni 1618

Die abweisende Haltung der königlichen Städte nöthigte die Directoren zu dem einzigen Auswege, der ihnen übrig blieb, zur Wiederberufung des Landtages für den 25. Juni, damit dieser die nöthigen Mittel schaffe. Viel Freude verursachte im protestantischen Lager die grössere Vollzähligkeit desselben

*) Koliner Stadtarchiv. Bericht der koliner Deputirten dd. 9. Juni 1618. — Skala II, 178.

und namentlich der Umstand, dass sich auch mehrere katholische Edelleute bei demselben einfanden, um dem allgemeinen Bündnisse ihre Siegel beizudrücken. Noch hielt der erste Zauber des Aufstandes an; vielen Katholiken schien es recht und billig, den Protestanten die Hand zum Schutze zu bieten, da man über deren bisherige Verkürzung nicht im Zweifel sein konnte. Hinter den katholischen Mitgliedern des Adels blieben auch die Bürger nicht zurück. Auf der Neustadt Prags spielte sich vor der Landtagseröffnung in voller Rathsversammlung eine Scene ab, welche vergessen machen konnte, dass Böhmen bereits über 200 Jahre unter dem religiösen Zwiespalte litt. Der Rathsherr, Johann Sferyn, erklärte feierlich, er sei ehedem ein Utraquist gewesen, seit jedoch mit dem Utraquismus im Jahre 1609 jene Veränderung vorgegangen, dass seine Priester nicht mehr die bischöfliche Weihe hätten, sei er Katholik geworden. „Aber komme es denn auf den Unterschied in der Communion unter einer oder beiden Gestalten an und liege nicht vielmehr alles an der wechselseitigen Liebe?" Die Nutzanwendung war, dass er sein Schicksal nicht von dem der Andersgläubigen trennen wolle. Das Beispiel des Greises eiferte andere katholische Rathsmitglieder zu ähnlichen Kundgebungen an und so schien der innere Friede den äussern Sieg zu verbürgen. — Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war es, dass auch die Statthalter Sternberg und Waldstein dem Landtage die Erklärung zukommen liessen, dass sie sich den ständischen Wünschen und Interessen mit vollem Herzen anschlössen, so weit durch dieselben nicht eine Verkürzung der königlichen Rechte angestrebt werde. Die Aeusserung Waldsteins klang besonders warm und herzlich.*)

Am 25. Juni eröffnete Wenzel von Ruppa als Präsident des Directoriums den Landtag in der Weise, wie sie im Jahre 1609 üblich geworden war, nämlich mit der Aufforderung zum Gebete, welches von allen knieend verrichtet wurde, worauf ein Schreiber der Directorialregierung ein Lied nach dem 80. Psalm anstimmte, das stürmischen Anklang fand. Als es zu Ende gesungen war, intonirte ein zweiter Schreiber das deutsche Lied:

---

*) Skala II, 201. — Bibl. des F. G. Lobkowitz MS. 378.

„Allein Gott in der Höhe sei Ehr", welches nicht bloss von den wenigen Deutschen im Landtage, sondern auch von den Böhmen, die deutsch verstanden, mitgesungen wurde. Diesen frommen Uebungen folgte der Geschäftsbericht. Er enthielt zumeist eine Schilderung der Gefahren, von denen Böhmen rings umher bedroht sei und die zu den grössten Anstrengungen nöthigten. Mit Rücksicht darauf stellten die Directoren die Forderung, dass es ihnen gestattet werde, noch 6000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter zu werben, im ganzen gedachten sie also die Armee auf 12000 Fussknechte und 4000 Reiter zu erhöhen. Von der Benützung des allgemeinen Aufgebots wollten sie ganz ablassen, verlangten aber dessen Ablösung in Geld. Der Landtag erklärte sich mit den weiteren Werbungen einverstanden und bewilligte auch den Directoren die unter dem Titel einer Ablösungssumme gewünschten Geldmittel und zwar in der Höhe von ungefähr 385000 Thaler.*) Dabei verstand es sich von selbst, dass die im Jahre 1615 votirten Steuern weiter bezahlt werden sollten. Mit Rücksicht auf die bisherige Gepflogenheit beschloss der Landtag, die Gebiete von Glaz, Eger und Elbogen zu den Steuerleistungen heranzuziehen und die betreffenden ständischen Körperschaften um die Uebernahme einer verhältnissmässigen Quote zu ersuchen.

Die ausserordentlichen Verhältnisse bewogen die Stände bei dieser Gelegenheit zur Festsetzung eines Zahlungsmoratoriums und zur Einstellung aller Executionen bis auf weiteres. Dieser Beschluss, der besonders den höheren Ständen genehm war und sie ihrem Vermuthen nach von den ärgsten Folgen allzugrosser Auslagen schützen sollte, schlug dem Handel und Wandel in Böhmen augenblicklich eine unheilbare Wunde und man

*) Die Summe von 385.000 Thaler kam auf die Weise zusammen, dass den höhern Ständen, die nach Massgabe ihres Vermögens zur Stellung von Reitern verpflichtet waren, diese Verpflichtung für je 48 Thaler abgelöst wurde. Die Stellung des zehnten und achten Mannes musste von den Unterthanen selbst und zwar von je einem angesessenen Unterthan mit $1^1/_2$ Thaler reluirt werden. Den Juden wurde eine Kopf- und Haussteuer auferlegt, deren Ertrag ungefähr 20.000 Thaler gewesen sein mag. Alle diese Steuersätze gaben die Summe von etwa 385.000 Thaler.

kann sich leicht denken, in wie progressiver Weise sich fortan die Verhältnisse verschlechterten, wenn Gesetzen, die kaum während einiger Wochen erträglich sind, eine unbestimmt lange Dauer gegeben wurde.*)

Der zweite und wichtigste Gegenstand, mit dem sich der Landtag befasste, betraf die Antwort, die man dem Kaiser auf seine schriftlichen Mahnungen, von denen mehrere im Laufe des Monats Juni eingelaufen waren, geben solle. Die Stände mussten eine Entscheidung treffen, ob sie zu allfälligen Verhandlungen wegen eines Ausgleichs die Hand bieten oder consequent auf der betretenen Bahn vorwärts gehen wollten. Damit trat das Verhältniss zum Kaiser in den Vordergrund.

II

Zur Zeit des Fenstersturzes befand sich Mathias in Wien und Ferdinand bei dem Reichstage in Pressburg. Am 27. Mai leistete Ferdinand einer Einladung des Erzbischofs von Gran Folge und ass bei ihm zu Mittag. Bei der Mahlzeit ging es munter her, zahlreiche Toaste wurden ausgebracht, während auf der Strasse prächtig gekleidete Heiduken Freudensalven abfeuerten. In diesem Momente allgemeiner Freude würde ein Todtenkopf unter die Versammlung geworfen, kaum mehr Entsetzen verursacht haben, als die Nachricht von dem Fenstersturze, die eben anlangte. Die lärmende Fröhlichkeit machte einer bedenklichen Stille Platz und die Tafel wurde frühzeitig aufgehoben.**)

Da Ferdinand gleichzeitig mit den prager Nachrichten von Mathias um ein Gutachten in der böhmischen Frage ersucht

*) Münchner Reichsarchiv. Böhm. Landtagsbericht vom 25. Juni 1618. Auch Skala II, 219.

**) Arbeissle an E. Maximilian dd. 28. Mai 1618. Archiv des k. k. Minist. des Innern. — Correspondenz Žerotíns. Žerotín an Stietten dd. 10. Juni 1618. Skala II, 174, der über diese Scene berichtet, verlegt sie fälschlich nach Wien.

wurde, so trat er am folgenden Tage mit Khlesl, Molart, 28. Mai
Ulm und wohl auch Eggenberg zu einer Berathung zusammen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Beschluss gefasst, dass man vor allem genauere Informationen über den Aufstand einholen müsse. Die Conferenz schlug deshalb dem Kaiser drei Personen vor, von denen eine nach Prag abgesendet werden sollte, um an Ort und Stelle Nachrichten zu schöpfen. Habe man den nöthigen Bericht, so solle eine eigene Regierungscommission zur Herstellung der Ordnung nach Böhmen abgeschickt werden, an deren Spitze ein Erzherzog oder sonst ein Fürst, etwa der Cardinal von Dietrichstein, gestellt, und dem zur Seite Karl von Žerotin gegeben werden könnte. Von diesen Rathschlägen war vorläufig nur der einzige praktisch, der die Absendung eines Vertrauensmannes nach Prag empfahl.

Während sich der Kaiser anschickte, dem gegebenen Rathe zu folgen und den Freiherrn von Khuen für die Sendung nach Prag ausersah, bekam er weitere Nachrichten, die ihn über den Umfang und die Gefahr des Aufstandes keineswegs im Dunkeln liessen. Sie kamen von den drei Statthaltern Adam von Sternberg, Adam von Waldstein und Diepold von Lobkowitz, die in ihrer Freiheit nicht beschränkt wurden und an dem Interesse des Hofes unverrückt festhielten. Sie täuschten sich nicht im mindesten über den Umfang der neuen Bewegung, beinahe täglich schrieben sie dem Kaiser über die wichtigsten Vorgänge seit dem 23. Mai und verhehlten ihm nicht, dass nach ihrer Ueberzeugung der Aufstand sich wie ein Hochwasser über das ganze Land verbreite. Sie waren von der Allgewalt desselben so überzeugt, dass sie seine Bewältigung gar nicht für möglich hielten und dem Kaiser von vornherein zu einem friedlichen Ausgleiche rieten. Ihr Rathschlag enthielt die naive Bemerkung, dass sich der Ausgleich nicht anders werde erreichen lassen, als wenn der Kaiser nach Böhmen kommen und die Behandlung der Protestanten- und Kirchengüterfrage „nach dem Gesetze“ schlichten werde. *) Diese Worte sagen mehr als ganze Bände, und sind

*) Wiener Staatsarchiv. Zuschriften der Statthalter an den Kaiser dd. 2. und 6. Juni 1618.

das beredteste Eingeständniss, dass, nach der Ueberzeugung der Katholiken selbst, in den jahrelangen religiösen Streitigkeiten nicht nach dem Gesetze vorgegangen wurde.

Adam von Waldstein, der seit jeher für eine billige Behandlung der Protestanten aufgetreten war, sah die Dinge in Böhmen noch schwärzer an als seine Collegen; in zahlreichen besonderen Schreiben, die er zum Theil an den Kanzler Lobkowitz richtete, riet er unbedingt zu einem eiligen Ausgleiche und sprach auf das dringendste den Wunsch aus, dass der Kaiser sich von friedfertigen und nicht von leidenschaftlichen Rathgebern leiten lasse. Als das beste Mittel zur Anbahnung des Friedens sah er die Absendung des Erzherzogs Maximilian nach Böhmen an, dieser sollte sich den Kurfürsten von Sachsen zur Seite nehmen und beide könnten rasch das Ausgleichswerk beendigen.*) Bei diesem gutgemeinten Rathschlage muss man sich nur über die mangelhafte Personenkenntniss des Herrn von Waldstein wundern, der in dem Erzherzoge Maximilian den Mann zu sehen glaubte, der zu einem vorläufig nur im protestantischen Sinne möglichen Ausgleiche ohne weiteres die Hand bieten würde.

Als Khuen von dem Kaiser für die Reise nach Prag ausersehen wurde, frug er bei Thurn brieflich an, ob ihm der Weg nach Böhmen freistehe.**) Auf die beruhigende Antwort des Grafen trat er denselben an und traf am 6. Juni in Prag ein. (1618) In der sicheren Ueberzeugung, dass die Directoren sich beeilen würden, mit ihm als einem Specialcommissär des Kaisers in Verbindung zu treten, theilte er ihnen seine Ankunft mit und ersuchte sie um die Absendung einer Deputation, mit der er sich besprechen könnte. Die Directoren lehnten jedoch seine Aufforderung ab und liessen ihm sagen, falls er sich mit ihnen besprechen wolle oder ihnen eine Botschaft mitzutheilen habe, so könne er sie selbst aufsuchen.***) Diese trotzige Antwort, die

---

*) MS. 373 der Bibl. des F. G. Lobkowitz. Waldstein an den Kanzler dd. 2. Juni 1618.

**) Wiener Staatsarchiv. Thurn an Khuen dd. 2. Juni 1618.

***) Skala II, 180.

Mittheilungen der Statthalter und die aus allem sich ihm aufdrängende Ueberzeugung, dass die Böhmen entschlossen seien, es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen, machten Khuen um so besorgter für den Kaiser, je besser er wusste, über wie geringe Mittel derselbe für den Kriegsfall gebieten könne. Schon von Prag aus riet er ihm deshalb im Einverständnisse mit den Statthaltern dringend zu einem Ausgleiche, den er in den Hauptzügen zu skizziren suchte. Darnach sollte Mathias erstens in einem Patente feierlich die Haltung des Majestätsbriefes und die Beobachtung des Vergleiches (natürlich im Sinne der Protestanten) versprechen, *dabei aber nicht behaupten, dass er beide Gesetze stets beobachtet habe*, weil dies den Widerspruch zu sehr erwecken würde, zweitens seine Ankunft in Böhmen verheissen, und drittens sich zur Einstellung aller Rüstungen verpflichten, falls auch die Böhmen solches thäten. Die Statthalter, die dem Kaiser gleichlautende Vorschläge machten, baten inständigst, derselbe möge, wenn er diesen friedlichen Weg betreten wolle, nicht mit der Publication des Manifestes zögern.*) Herr von Waldstein, der in seinem Friedenseifer stets die andern überholte, beklagte sich in einem Briefe an den Kanzler bitter über die Saumseligkeit des wiener Hofes, der es seit so vielen Tagen zu keinem versöhnlichen Entschlusse gebracht habe, und liess hiebei durchblicken, dass er den Kanzler nicht von aller Schuld frei spreche.**)

8. Juni 1618

9. Juni

Der Kaiser kam jetzt zur Einsicht, dass die Gefahren, die er seit Jahren von Seite der Protestanten befürchtet hatte, nunmehr wirklich über ihn hereingebrochen seien und dass seine Restaurationspolitik, statt sie zu beschwören, dieselben nur vergrössert habe. Da er die religiöse Restauration weniger aus Herrschsucht und reifer Ueberlegung, als aus Furcht und gedankenloser Lässigkeit betrieben hatte, da ferner seine zu-

*) Wiener Staatsarchiv. Khuen an den Kaiser dd. 8. Juni Prag mit einem Postscript vom 9. Juni. — Böhm. Landesarchiv. Die Statthalter an den Kaiser dd. 10. Juni.

**) MS. 373. Bibl. des F. G. Lobkowitz. Waldstein an den Kanzler dd. 9. Juni 1618.

nehmende Kränklichkeit ihn den Frieden um jeden Preis herbeiwünschen liess, so neigte er sich mit vollem Herzen der Annahme der ihm von Prag zukommenden Rathschläge zu, ja er hatte dieselben schon anticipirt. Die Nachrichten aus Böhmen hatten ihn so erschreckt, dass er sogar zu einem Vergleiche mit — Thurn (!) erbötig war und an Ferdinand das Ansuchen stellte, mit dem Grafen eine vertrauliche Unterhandlung anzuknüpfen. Ferdinand wies jedoch diesen Vorschlag zurück und drängte zu einem entschlossenen Widerstande. So machte sich die eiserne Hand, die fortan auf dem Schicksale Böhmens lasten sollte, schon jetzt in ihrer wuchtigen Schwere geltend.*)

Die Meinung Ferdinands, der eine gewaltsame Niederwerfung des Aufstandes empfahl, war der Gesinnungsausdruck und das Glaubensbekenntniss der einen von den zwei Parteien, in die sich der Hof bezüglich der böhmischen Verhältnisse zu theilen begann. Die eine Partei, an deren Spitze der Kaiser stand, wünschte den Frieden und nahm den Krieg nur ungern in Aussicht, wiewohl sie sich auf denselben gefasst machte, während die andere den böhmischen Aufstand mit Freuden begrüsste, weil sie nach seiner Bewältigung nur noch rücksichtsloser auftreten wollte. Die Stimmung und die Absichten dieser kriegslustigen Partei können nicht besser beleuchtet werden, als durch eine Denkschrift, die sich im wiener Staatsarchiv erhalten hat und die das Verhalten der Regierung gegenüber dem Aufstande zu normiren sucht. Sie wurde gleich in den ersten Tagen nach dem Fenstersturze verfasst und kann als der wahre und consequent festgehaltene Standpunkt der Anhänger Ferdinands gelten, als dessen energischeste Vertreter der Kanzler Lobkowitz, Oñate und Michna anzusehen sind. Die Denkschrift gipfelt in dem Satze, dass man den Aufstand als eine Wohlthat ansehen müsse, denn dadurch sei man der Nothwendigkeit enthoben, die frühern Palliativmittel gegen den böhmischen Krebsschaden, den beständigen Ungehorsam der Stände, anzuwenden. Verlieren könne der Kaiser in keinem Falle etwas, denn sollte der Krieg auch

*) Wiener Staatsarchiv. Mathias an Ferdinand dd. 4. Juni 1618. — Ebendaselbst Ferdinand an Mathias dd. 7. Juni 1618.

gegen ihn ausfallen, so habe er nur mit Ehren verloren, was des Besitzes längst nicht mehr werth gewesen sei. Gewinne er aber, so könne er der „Sklaverei," in der er bis jetzt gestanden, für immer ein Ende machen und sich für die Kosten an den Gütern der Rebellen schadlos halten. Ein kurzer Ueberblick über die böhmische Geschichte, der diese Behauptungen und Rathschläge illustrirte, zeigt allerdings, dass der Rathgeber in jeder Aeusserung des ständischen Lebens eine Beleidigung der Majestät sah, vor der alles verstummen sollte.

Die von Ferdinand empfohlene gewaltsame Bekämpfung der Böhmen und die Aufbringung der hiezu nöthigen Mittel bildeten übrigens schon seit Anfang Juni, also zur Zeit, als Khuen nach Prag abgeschickt wurde, den Gegenstand eingehender Berathungen in Wien. Man berechnete am kaiserlichen Hofe, dass, wenn man die eigenen Kräfte auf das äusserste anstrengen würde, eine Armee von 11600 zu Fuss und 2600 Reitern aufgebracht werden könnte. Von dieser Zahl waren einige Tausend Mann, die wegen des kurz zuvor mit Venedig geführten Krieges noch in Friaul standen, schlagfertig, der Rest musste erst geworben werden, und in der That wurden die Werbepatente hiefür in der ersten Juniwoche ertheilt. Ausserdem hoffte man über 6000 ungarische leichte Truppen verfügen zu können, woran sich später die Contingente der Bundesgenossen, die man in Deutschland zu gewinnen hoffte, schliessen sollten. An den Erzbischof von Salzburg wurde ohne Säumen ein Gesandte abgeschickt, der ihn um die Ausrüstung und Unterhaltung von 1000 Mann ersuchen sollte. *)

Dies waren die ersten Massnahmen, die man unter dem unmittelbaren Eindrucke der Schreckensnachrichten aus Böhmen ergriffen hatte. Noch hatte man sich Spaniens nicht versichert, an dem doch das meiste gelegen war. Zu den betreffenden Verhandlungen mit Oñate wurden nun Trautson und Zdeněk von Lobkowitz abgeordnet. Sie hatten den Gesandten nicht nur um die Hilfe seines Herrn, sondern auch um seinen Rath in den

*) Wien. Staatsar. Boh. IV. Verzeichniss der puncten, so von Ihr May. in Bohemicis ahngeordnet worden dd. 9. Juni.

böhmischen Angelegenheiten zu ersuchen. Der Rath eines loyalen Spaniers konnte in einem so flagranten Falle von Rebellion nicht zweifelhaft sein, er empfahl einerseits die möglichste Behutsamkeit, aber andererseits auch die Ergreifung der energischesten Mittel. Wenn der Kaiser, meinte er, eine friedliche Verhandlung nicht mit entschiedenem Vortheile zu Ende bringen könne, so müsse er zu den Waffen greifen, denn die Sachlage dulde keine weitere Schwächung seiner Auctorität. Da man gewiss nicht zu erwarten war, dass sich die Böhmen auf friedliche Weise in eine schlechtere Position würden drängen lassen, als die sie vor dem Aufstande inne hatten, so war Oñate's Meinung gleichbedeutend mit Krieg. Er unterschätzte die Schwierigkeit desselben nicht, sondern gab von vornherein zu, sein Herr müsse den Kaiser mindestens mit einer Armee von 10 bis 12000 Mann unterstützen und versprach hiefür seine Verwendung bei Philipp III. In dem vertrauten Briefe nach Hause bat er seinen König nicht nur um die Ausrüstung der angedeuteten Streitkräfte, sondern um eine Unterstützung des Kaisers „mit allem Gelde," das ihm zu Gebote stände.*) Oñate fasste den Kampf mit den Böhmen als das auf, was er war, als einen Kampf auf Leben und Tod.

Mittlerweile beriet sich Ferdinand mit Eggenberg, Khlesl, Molart und Trautmansdorf in Pressburg in einer zweiten Conferenz über die böhmischen Angelegenheiten. Alle waren darin eines Sinnes, dass die Rüstungen energisch betrieben werden müssten und erwogen dann die Bedingungen, unter denen ein friedlicher Ausgleich mit den Böhmen eingegangen werden dürfte. Bezeichnend für die Gesinnung der Versammlung war es, dass sie dem Kaiser um keinen Preis die gänzliche und vollkommene Einhaltung des Majestätsbriefes und des Vergleichs empfehlen wollte, weil sie die bisherige Behandlung der Kirchengüterfrage nicht aufgeben mochte.**) Der Kaiser, von dem

9. Juni 1618

---

*) Archiv von Simancas. Parecer del Conde de Oñate sobre lo, que se le propusó de parte del Emperador tocante a los movimientos de Bohemia.

**) Wiener Staatsarchiv. Vorschläge über die böhm. Angelegenheiten dd. 9. Juni.

Resultate der Berathung in Kenntniss gesetzt, eignete sich deren Beschlüsse an und erliess, ohne Khuens Rückkehr und seine oben erwähnten schriftlichen Rathschläge abzuwarten, und ohne auch derjenigen Stimmung, die ihn zur Anknüpfung von Verhandlungen mit Thurn getrieben hatte, weiter nachzuhängen, ein Manifest an die Böhmen. Er verhiess in demselben die Beobachtung aller böhmischen Privilegien (also auch des Majestätsbriefes und Vergleichs), aber er bot dieselbe in der Weise an, wie sie bisher gehandhabt worden war. Eine solche Beobachtung entsprach nicht dem, ihm übrigens noch unbekannten, Rathschlage Khuens und konnte in Böhmen nur einen erbitternden Eindruck machen. Dem Schlusse des Manifestes waren Strafandrohungen beigefügt, falls sich die Böhmen nicht zur Ruhe begeben würden. *) Noch war das Patent in Prag nicht angelangt, als Khuen diese Stadt bereits verlassen hatte.

11. Juni 1618

Fast zur selben Zeit, in der der kaiserliche Commissär sich auf den Rückweg nach Wien begab, entschlossen sich die Directoren zu einer Massregel, die keineswegs von einer Abnahme ihrer feindseligen Gesinnung gegen den Kaiser zeugte und sonach keine besonders freundliche Aufnahme des Patentes hoffen liess, auch wenn der Inhalt desselben mehr verheissen hätte. Die Directoren beschlossen nämlich, die freie Bewegung der Statthalter auf das engste zu beschränken. Am 14. Juni schickten sie dem Oberstburggrafen und dem Grandprior den Befehl zu, für die Zukunft weder ihr Haus noch die Stadt ohne Erlaubniss zu verlassen. Der auf diese Weise über die beiden Herren verhängte Hausarrest wurde jedoch Tags darauf dahin gemildert, dass ihnen der Besuch der Domkirche und des Schlossgartens gestattet wurde. Gegen Adam von Waldstein, der sich stets den Protestanten freundlich gezeigt, beobachteten auch die Directoren eine grössere Rücksicht; ihm wurde die freie Bewegung in der ganzen Stadt eingeräumt. Allen drei Statthaltern wurde aber gleichmässig jede weitere Thätigkeit im Dienste des Kaisers untersagt und so dem Scheine ein Ende gemacht, der bezüglich der obersten Landesbeamten Anfangs gewahrt worden, als ob

*) Bibl. des F. G. von Lobkowitz. Kais. Patent im MS. 373.

weder ihre Freiheit noch ihre amtliche Stellung eine Schmälerung erfahren solle. *) Als nun das kaiserliche Patent vom 11. Juni und, wie es scheint, auch einige andere Schriftstücke 21. Juni späteren Datums in Prag anlangten, wurden sie von dem betreffenden Curier dem Obersthofmeister Adam von Waldstein zugestellt. Waldstein lud einige Directoren zu sich ein, theilte ihnen den Inhalt des Briefpackets mit und verlangte, dass seiner Veröffentlichung und Verbreitung kein Hinderniss entgegengestellt werde. Ruppa, Fels und Wilhelm von Lobkowitz, die sich bei ihm eingefunden hatten, wollten selbstverständlich die Publication des Patents nicht zugeben und verlangten dessen einfache Auslieferung zu Handen der Directoren. Der Obersthofmeister wehrte sich gegen diese Missachtung der kaiserlichen Meinungsäusserung, musste aber schliesslich nachgeben. **)

Als Khuen nach seiner Ankunft in Wien über das Wachsen des Aufstandes und über die feindselige Haltung der Directoren eingehend Bericht erstattet hatte, richtete Mathias eine neue 18. Juni Zuschrift an die Böhmen. In der Hauptsache stimmte sie mit der vom 11. Juni überein und nahm folglich auf die Rathschläge, die Khuen von Prag aus gegeben, auch jetzt keine Rücksicht, denn der Kaiser verpflichtete sich zwar feierlich zur ungeschmälerten Einhaltung des Majestätsbriefes, behauptete aber zugleich, dass derselbe nie von ihm verletzt worden sei. Den Schluss des Manifestes bildete abermals das Verbot weiterer Rüstungen. Dass dies Patent eine Aenderung in der Sachlage herbeiführen könnte, durfte vernünftiger Weise nicht erwartet werden. Als dasselbe in Prag anlangte, wurde es von den Directoren ebenfalls mit Beschlag belegt und die Publication verhindert.

Nun trat der böhmische Landtag am 25. Juni zusammen, und diesem mussten die Directoren über die Zuschriften des Kaisers Bericht erstatten. Wie wenig günstig für den letzteren die Stimmung der Stände war, zeigte sich schon aus der Billigung der über die Statthalter verhängten Internirungmassregel, welche die Directoren zur Kenntniss brachten. Bezüglich des

---

*) Das Actenstück im MS. 373 der Bibl. des F. G. Lobkowitz.

**) Ebend. Waldsteins Bericht dd. 21. und 22. Juni.

Patentes vom 11. Juni theilten sie dem Landtage mit, dass dasselbe bei der Landtafel hinterlegt worden, ein gleiches sei auch bezüglich eines später eingelangten geschehen. Um die Wirkung abzuschwächen, welche diese ungenirte Behandlung der kaiserlichen Zuschriften vielleicht auf einige Personen haben konnte, wurde die Behauptung aufgestellt, dass das zweite Patent nur eine gefälschte Unterschrift des Kaisers an sich trage und dasselbe ein Fabricat des Kanzlers Lobkowitz und seines Secretärs Michna sei, eine Unwahrheit, die der Landtag zum Scheine gläubig hinnahm. Mitten in diesen Verhandlungen traf eine neue Zuschrift des Kaisers vom 23. Juni aus Wien ein. Sie war von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zum ersten Male führte der Kaiser eine nachgiebige Sprache; er erkannte an, dass die Böhmen Grund zu Beschwerden hätten, und forderte die Stände in väterlicher Weise zur Angabe derselben auf, indem er ihre Untersuchung im Sinne der Landtagsbeschlüsse von 1609, also in einer Weise anbot, die den Protestanten günstig war. Von diesem Patente konnte füglich nicht behauptet werden, dass es gefälscht sei, eine Wirkung äusserte es deshalb doch nicht, denn es kam um die ganze Zeit, die seit dem Fenstersturze verflossen war, zu spät. Doch hüllten sich die Stände nicht länger in das bisher beobachtete Schweigen, in einer Zuschrift an den Kaiser suchten sie ihre bisherigen Rüstungen als eine durch die Nothwendigkeit ihnen abgedrungene Massregel zu rechtfertigen, deuteten aber mit keinem Worte den Wunsch nach einem Ausgleiche an.*)

27. Juni 1618

Diese vom Landtage selbst ausgehende Erklärung gab dem Kaiser keinen Trost, und bewies ihm, dass weder Drohungen noch milde Worte in Böhmen etwas fruchteten, alle Hoffnungen auf einen baldigen Frieden musste er aber vollends aufgeben, wenn er ein ihm gleichzeitig zugeschicktes Schreiben der Directoren überlas. Er hatte sich gegen die letzteren über die Proclamation Thurns an die Budweiser beschwert; die Directoren, statt den Wortlaut derselben zu entschuldigen, nahmen die Ver-

30. Juni 1618

*) MS. 373. Bibl. des F. G. Lobkowitz.

antwortung auf sich und erklärten, *) dass Thurn nur auf i
Befehl so gehandelt habe, da sie ihm den Auftrag gege
hätten, alles fremde Kriegsvolk aus dem Lande zu vertrei
Habe ihr General hiebei eine etwas derbere Sprache gefü
so müsse man sie den Verhältnissen zu Gute halten. Am Schlu
sprachen sie sogar die Drohung aus, dass sie sich an ihre Na
barn um Hilfe wenden würden, falls ihre Sicherheit durch d
Einfall fremder Kriegsschaaren bedroht werden sollte; die D
rectoren zeigten sich somit in ihren Aeusserungen an den Kai
nicht blos ebenso unnachgiebig, wie die Stände, sondern au
noch bitterer. Ihrer wahren Stimmung gaben sie wenige Ta
später einen neuen Ausdruck, indem sie die bisherige Rücksi
gegen den Oberstburggrafen völlig bei Seite setzten und ihn i
strengen Gewahrsam nahmen. Zwölf Soldaten wurden in sei
Wohnung gestellt, um jedweden Fluchtversuch zu hindern un
sein ganzes Thun zu überwachen.**) Die dem Kaiser feindseli
Bedeutung dieser Massregel wurde noch dadurch erhöht, das
auch Polixena von Lobkowitz, die Frau des Kanzlers, mit ihr
Sohne, dem später durch seinen geheimnissvollen Sturz so be
rühmt gewordenen Minister Leopolds I, in Prag gewaltsam zurück
gehalten wurde und nicht nach Wien zu ihrem Gemahl abreise
durfte. Der Vermittlung des Kurfürsten von Sachsen, um die
Ferdinand selbst ersuchte, gelang es später, wenigstens dieser
letzten Internirungsmassregel bald ein Ende zu machen.***)

Mittlerweile langten die Zuschriften der böhmischen Stände
und der Directoren in Wien an. Als der Kaiser von ihrem
Inhalte in Kenntniss gesetzt wurde, fühlte er sich um so ge-
reizter, je weniger er diese Antwort auf seine letzte Erklärung
verdient zu haben glaubte. Mit Heftigkeit wies er die höhnische
Heuchelei der Directoren, mit der sie von seinem Kriegsvolke
als einem fremden sprachen, zurück, und erwiederte auf ihre
Drohung, dass sie bei fortgesetzten Angriffen des Kaisers sich

9. Juli

*) Skala II, 227. Das Datum (30. Juni) geht aus der Antwort des Kaiser
im MS. 373 der Bibl. des F. G. Lobkowitz hervor.

**) Wiener Staatsarchiv. Unterschiedliche Acten. Nachricht aus Pra
dd. 12. Juli 1618.

***) Sächs. Staatsarchiv. Ferdinand an Kursachsen dd. 9. Juli 1618.

genöthigt sehen würden, bei allen christlichen Fürsten um Hilfe nachzusuchen, dass sie dies ohnedies, hoffentlich aber vergeblich, gethan hätten.*) Ueberhaupt behielt das Schreiben einen derben Ton bei, indem es die Heuchelei der Phrase bei Seite setzte und die Dinge mehr bei ihrem Namen nannte. Die Directoren waren ihrerseits um die Antwort nicht verlegen, und suchten in einer staatsrechtlichen Abhandlung nachzuweisen, dass der Kaiser kein Recht habe, ohne Zustimmung des Landtages Truppen im Lande zu werben oder daselbst einzuquartieren. Dies war wohl richtig, nur verschwiegen sie die Kleinigkeit, dass auch die Stände ohne Erlaubniss des Königs zu keinen Rüstungen berechtigt waren, und dass ihr eigener revolutionärer Vorgang den gesetzlichen Mangel in den kaiserlichen Rüstungen ersetzte oder wenigstens genügend rechtfertigte. Indem sie ihre alten und, wie hier hinreichend auseinandergesetzt wurde, wohlbegründeten Klagen über die Haltung des Kaisers in den religiösen Angelegenheiten wiederholten und dadurch zu bitteren Vorwürfen gegen die ganze Umgebung des Kaisers sich hinreissen liessen, gaben sie am Schlusse zum erstenmale die Erklärung ab, dass sie einen ihnen von Mathias angebotenen Ausgleich annehmen würden, wenn die Kurfürsten des Reiches (selbstverständlich die protestantischen) ihn feststellen und garantiren würden.**)

19. Juli 1618

Während dieser zwischen Wien und Prag gewechselten Zuschriften, welche die Sache des Friedens nicht im mindesten förderten, sollten nach dem Wunsche Ferdinands und seiner Anhänger die Rüstungen, die Anfangs Juni beschlossen worden waren, eifrig betrieben werden. Letzteres geschah jedoch nicht und war bei der Friedenssehnsucht des Kaisers um so erklärlicher, da Ferdinand noch immer in Pressburg zurückgehalten wurde und seine Abwesenheit nicht aneifernd wirken konnte. Als jedoch die Böhmen schon Mitte Juni mit ihren Werbungen so weit vorgeschritten waren, dass Thurn an der Spitze von 4000 Mann gegen Budweis aufbrechen konnte, wurde die Lässigkeit des Kaisers seinen Anhängern im höchsten Grade bedenk-

*) MS. 373 der Bibl. des F. G. Lobkowitz.
**) Skala II, S. 302—310.

lich. Noch am 21. Juni war fast gar nichts geschehen, was für die beschlossenen Rüstungen nöthig schien, kein Mann war zum Kriegsschauplatze abgeordnet und es war mit Gewissheit zu erwarten, dass die Böhmen die österreichische Grenze ohne Hinderniss überschreiten würden. Die Manifeste des Kaisers an die Böhmen hatten also wenigstens die aufrichtige Seite, dass sie nicht zur Hülle für gewaltsame Hintergedanken dienten, sondern der wenn auch ungeschickte Ausdruck einer wirklichen Friedensliebe waren.

Um so unruhiger sah Ferdinand dieser Lässigkeit zu, die ein baldiges, aber für seinen Ehrgeiz trauriges Ende aller Kämpfe zur Folge haben konnte. Bevor er noch seinen Besorgnissen Worte geliehen hatte, wandte sich Oñate, ob nun selbständig oder im Einverständnisse mit ihm, an den Kaiser mit einem Promemoria, in dem er sein Staunen über die unbegreifliche Säumniss in den Rüstungen in ungeschminkter Weise aussprach, und zum Schlusse hinzufügte, dass er sich dasselbe nur aus einem geheimen Abkommen mit den Häuptern der böhmischen Rebellion, die wahrscheinlich wieder zum Gehorsam zurückkehren würden, erklären könne. Wenn dieses Abkommen auch ein Geheimniss bleiben solle, so müsse doch mindestens der König von Spanien davon in Kenntniss gesetzt werden, da er im Begriffe stehe, sich für den Kaiser in die grössten Auslagen zu stürzen.*)

Es zeigte sich nicht, dass die geschickt stilisirte Denkschrift des Gesandten den Kaiser zu einer grösseren Energie in den Rüstungen angespornt hätte, im Gegentheile correspondirte dieser in den folgenden Tagen eifriger als sonst mit Böhmen. Oñate konnte sich in seinem Eifer für die Bewältigung derjenigen, die ihm als Rebellen und Ketzer doppelt verhasst waren, nicht länger bändigen und reiste nach Pressburg, um bei Ferdinand Klage über Mathias zu führen. Der König empfand alles doppelt, was Oñate ihm sagen mochte, aber er konnte sich nicht helfen, da er durch den ungarischen Reichstag noch immer

---

*) Simancas $\frac{2503}{130}$ Memorial que dió le Conde de Oñate a S. M. Ces. en 21. de Junio 1618.

in Pressburg zurückgehalten wurde. Er theilte dem Gesandten nur so viel zum Troste mit, dass er sich unmittelbar nach seiner Krönung der böhmischen Angelegenheiten energisch annehmen werde; das erste aber, was er betreiben würde, sei die Entfernung Khlesls, mit dem er nichts mehr zu thun haben wolle. *)

Der ungarische Reichstag wurde Anfangs Juli geschlossen und Ferdinand gewann endlich freie Hand. Seine Anwesenheit in Wien beschleunigte wohl in etwas die Rüstungen, doch keineswegs in dem Grade, wie er dies gewünscht hätte. Das Misstrauen, mit dem sich der von Khlesl gelenkte Mathias und die Erzherzoge wechselseitig beobachteten, machte sich täglich geltend und liess keine einheitliche Action aufkommen. Da beschlossen Maximilian und Ferdinand, den Plan, den sie schon seit mehreren Jahren im Sinne gehabt, durchzuführen und sich der Person des Cardinals zu bemächtigen, um ihn für immer unschädlich zu machen.

Bevor sie ihre Absicht ins Werk setzten, berieten sie sich nochmals, ob sie nicht vielleicht einen letzten Versuch bei dem Kaiser machen und die Entlassung Khlesls von ihm erbitten sollten. Da sie jedoch nicht im Zweifel sein konnten, dass diese Bitte vergeblich sein und ihrem Gegner nur zur Warnung dienen würde, entschlossen sie sich auf eigene Gefahr hin vorzugehen. Oñate, von ihrem Vorhaben in Kenntniss gesetzt, munterte sie auf, lehnte aber seine persönliche Theilnahme an einer Gewaltthat gegen den Cardinal ab, weil er sich dem Kaiser gegenüber nicht compromittiren wollte. So beschlossen Maximilian und Ferdinand allein zu handeln, sich der Person ihres Gegners zu bemächtigen, ihn gefangen nach Tirol abzuschicken und daselbst in einer Burg einzuschliessen.

Es handelte sich nun darum, den Cardinal an einen Ort zu locken, wo man sich seiner heimlich versichern konnte. Maximilian leitete dies damit ein, dass er demselben einen Besuch machte und bei dieser Gelegenheit den Wunsch nach einem Gegenbesuche ausdrückte. Khlesl wollte an Artigkeit nicht zurückstehen und liess am folgenden Tage bei dem Erzherzoge

19. Juli 1618

*) Simancas 2503 Oñate an Philipp. dd. 26. Juni.

anfragen, wann er sich am gelegensten bei ihm einfinden könnte. Die Antwort lautete, da es gerade Freitag sei und an diesem Tage weniger Geschäfte ihrer Erledigung harrten, so sei der Erzherzog um zwei Uhr Nachmittags am bequemsten zu sprechen. Khlesl machte sich rechtzeitig auf den Weg, traf auf demselben mit dem Nuncius zusammen und lud ihn ein, in seinen Wagen einzusteigen. Zwischen beiden entspann sich ein ernstes Gespräch, so dass sie noch über eine Viertelstunde bei einander sitzen blieben, nachdem sie in der Burg angelangt waren. Der Nuncius empfahl sich endlich und Khlesl ging in niedergeschlagener Stimmung, wie man zu bemerken glaubte, in die Wohnung des Erzherzogs, bei dem sich Ferdinand und Oñate befanden. Auf der Stiege kam ihm ein Kammerherr entgegen und brachte im Namen Maximilians die Entschuldigung vor, dass er wegen Unwohlseins dem Gaste nicht entgegen gehen könne. Khlesl ging darauf weiter in das Vorzimmer, wo sich die Herrn von Stadion und Breuner und die Grafen Dampierre, Colalto und Montecuculi befanden. Stadion verschloss alsbald den Ausgang der Thür, während die andern den Cardinal mit dem Bemerken am Weitergehen hinderten: König Ferdinand habe befohlen, dass er an diesem Orte warten solle. Als Khlesl erstaunt frug, was dies zu bedeuten habe, erklärte Breuner ihn für einen Gefangenen des gesammten Hauses Oesterreich, befahl ihm seine Cardinalskleidung abzulegen und mit einer gewöhnlichen Priesterkleidung zu vertauschen.

20. Juli

Khlesl, vor dessen erstaunten Augen sich nun plötzlich der Abgrund öffnete, in den man ihn stürzen wollte, weigerte sich dies zu thun, berief sich auf die Privilegien seines Standes, wurde aber von Dampierre unterbrochen, der ihn roh anfuhr, einen ehrvergessenen losen Buben schalt, und mit einem schlimmeren Schicksale bedrohte, wenn er nicht gehorchen würde. Noch liess der Cardinal sich nicht einschüchtern und verlangte zum Kaiser geführt zu werden; erst als ihm auch dies rundweg abgeschlagen wurde, sah er sein Verderben besiegelt, so wie das Vergebliche des weiteren Widerstandes und ergab sich in sein Schicksal. Nachdem er den rothen Mantel und das Käppchen gegen Mantel und Hut von schwarzer Farbe vertauscht hatte,

urde er durch einen verdeckten Gang aus der Burg auf die astei gebracht, über die der Erzherzog vier Tage zuvor einen esonderen Fahrweg zum Schottenthore hatte herrichten lassen. lier wurde er in einen sechsspännigen Wagen gesetzt und arauf in Begleitung einer Reiterabtheilung unter Dampierre's ommando in aller Eile weitergeführt. Nachdem er zwei Meilen efahren war, traf er auf einen zweiten Wagen mit sechs frischen ferden, der seiner harrte, und in den er übersteigen musste. Die Fahrt ging mit stets gleicher Eile vor sich und nahm ihre Richtung gegen Wiener-Neustadt. Als der Cardinal bei dieser Stadt, seiner bischöflichen Residenz, anlangte, fing er an einige Hoffnung zu schöpfen und glaubte, dass seine Reise ein Ende ehmen und er daselbst in Haft gehalten werden dürfte. Als r aber ohne Aufenthalt weiter geführt wurde und sich so in einer letzten Hoffnung getäuscht sah, entstürzten Thränen einen Augen und er sprach hinfort mit seiner Begleitung kein Wort mehr. Die Reiterescorte unter Dampierre begleitete ihn loss bis Schottwien. Hier liess man ihn aus dem Wagen steigen, ob ihn in eine Sänfte und setzte die Reise durch das Gebirge rt. Der Weg ging über Steiermark und Kärnthen nach Tirol; usser den Trägern und Dienern und einem Kaplan begleiteten n jetzt nur noch die Herrn von Breuner und Wolkenstein. Erst im Schlosse Ambras bei Innsbruck, wo er am achten Tage ach seiner Entführung von Wien ankam, wurde Halt gemacht nd seine erzwungene Reise verwandelte sich in eine enge Haft. *)

Die Gefangennehmung des Cardinals war glücklich be- erkstelligt, und noch mehrere Stunden nach der Abfahrt des-

---

*) Die Erzählung über Khlesls Gefangennehmung und die folgenden Scenen am kaiserlichen Hofe schöpfen wir 1. aus drei Berichten im sächs. Staatsarchiv 9168 fol. 48, 100 und 107, von denen die zwei ersten Schriftstücke Briefe Zeidlers dd. 11/21 und 18/28 Juli sind, — 2. aus Oñates Brief an Philipp III dd. 1. Aug. Simancas 2503, — 3. aus Hammer-Purgstalls Urkunden Khlesl Bd. IV, — 4. aus Žerotins Brief an Hartwich von Stietten dd. 26. Juli. Žerotin befand sich zur Zeit der Gefangennehmung in Wien und spielte seit dieser Zeit, wie bald berichtet werden wird, eine merkwürdige Rolle in den böhm. Wirren.

selben ahnte kein Uneingeweihter, was mit ihm vorgegangen war. Die Diener, die ihn nach der Burg begleitet hatten, wurden in einer Stube mit Wein bewirthet und glaubten ihren Herrn mit wichtigen Verhandlungen beschäftigt. An die Erzherzoge trat nun der schwierigste Theil ihrer Aufgabe heran, sie mussten den Kaiser von ihrem Gewaltstreiche in Kenntniss setzen und die Billigung desselben erwirken. Etwa eine Stunde nach der Verhaftung des Cardinals begaben sie sich in die kaiserlichen Gemächer und liessen sich bei Mathias, der krank zu Bette lag, anmelden. Dieser, geschäftliche Verhandlungen oder Klagen vermuthend, liess ihnen zurücksagen, sie möchten sich nur in Begleitung Khlesls bei ihm einfinden; Anfangs suchten die Erzherzoge den Kaiser von diesem Wunsche unter einem Vorwande abzubringen, und baten neuerdings für sich um eine Audienz; da dies jedoch zu keinem Ziele führte, liessen sie die weitere Verstellung fallen, traten entschlossen in das kaiserliche Gemach ein und berichteten über das Geschehene. Mathias erschrak auf das heftigste, sprach Anfangs kein Wort und biss in seiner Ohnmacht in das Betttuch. Später ermannte er sich etwas, nannte das Verfahren Maximilians, der die Hauptschuld auf sich nahm, ein rohes und verlangte die augenblickliche Zurückführung des Cardinals. Seine Entschlossenheit war jedoch nicht von langer Dauer, bald liess er sich so weit beschwichtigen, dass er die Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründe der beiden Erzherzoge anhörte. Obwohl ihn dieselben nicht im mindesten überzeugten und sein ganzer Stolz durch die rücksichtslose Behandlung des Cardinals auf das tiefste empört war, so hatte doch sein an ein Gängelband gewöhnter Geist keine Kraft zu einem energischen Entschlusse. Die Erzherzoge verliessen ihn unversöhnt, aber die gegen Khlesl verfügte Massregel wurde nicht zurückgenommen.

Die Parteien am Hofe gerieten in eine gewaltige Gährung. Khlesls treue Anhänger, Khuen und der Obersthofmeister der Kaiserin, Trautmannsdorf, wollten die Sache ihres Meisters nicht gleich verloren geben, sondern nahmen sich seiner auf das eifrigste an und suchten den Kaiser und seine Gemahlin zu einem entschlossenen Schritte zu bewegen, allein beiden mangelte es

an Energie. Mathias fürchtete für seine eigene Person und liess sein Schlafgemach sorgfältig verriegeln; eilig verstärkte er auch die Burgwache und sprach sogar davon, sich in den Schutz der Böhmen oder Oberösterreicher begeben zu wollen, während die Kaiserin durch Thränen ihrem Schmerze Luft machte. Am anderen Tage fanden sich Ferdinand und Maximilian auch bei ihr ein, um sie zu besänftigen, allein der Anblick der beiden Schuldigen reizte ihren Unwillen nur noch mehr. Gegen Ferdinand gewendet, fragte sie ihn, ob das wohl der Dank für die zwei Kronen sei, die ihr Gemahl ihm gegeben; sie sehe wohl, der Kaiser lebe ihm zu lange. Kniefällig flehten beide Erzherzoge um ihre Verzeihung, allein ihr ohnmächtiger Zorn fühlte sich dadurch nur noch mehr gereizt, so dass sie ihrer Zunge in scharfen Angriffen freien Lauf liess. Ferdinand, obwohl in seinem Benehmen stets nachgiebiger, erklärte auf ihre beharrliche Forderung um Rückberufung des Cardinals, dass er lieber beide Kronen niederlegen, als darein willigen werde.

21. Juli

Mittlerweile bemühten sich die Anhänger Ferdinands, die sich in diesen Tagen rasch mehrten und in ihm ihren künftigen Herrn sahen, das kaiserliche Ehepaar zu besänftigen. Auf Ansuchen der Erzherzoge begaben sich der Cardinal Dietrichstein und der Fürst von Liechtenstein zu dem Kaiser, vertheidigten die gegen Khlesl ergriffene Massregel und behaupteten deren Nothwendigkeit. Die hervorragendsten Mitglieder des Hofes, mit Ausnahme von Khuen und Trautmannsdorf, führten eine ähnliche Sprache, und selbst Karl von Žerotin, der in Wien weilte, billigte die Entfernung des Cardinals, wenngleich er die Art und Weise nicht ganz guthiess. Um die allmälig ins Schwanken gekommene Ueberzeugung des Kaisers vollends nach dem gewünschten Ziele zu lenken, wurde auch Oñate ins Treffen geführt. Als er zur Audienz vorgelassen wurde, erging er sich in den schärfsten Beschuldigungen gegen Khlesls politische und persönliche Haltung und übergab dem Kaiser ein Memorial zur weiteren Bekräftigung seiner Behauptungen. Mathias hörte aufmerksam zu, schien von dem Gewichte des Vorgebrachten überzeugt zu sein, und stellte zuletzt die Frage, ob der König von Spanien in voraus von dem Anschlage unterrichtet worden sei,

was Oñate verneinte. — Der Gesandte beschränkte seine Thätigkeit nicht auf dies allein; da er wohl wusste, wie sehr Mathias von seiner Umgebung abhing, besuchte er alle seine Räthe, eiferte die für Ferdinand gewonnenen an, energisch bei dem Kaiser für ihn einzustehen und schüchterte die Gegner durch Drohungen ein.

Da die Feinde Khlesls nicht müde wurden, dessen Winkelzüge ins grellste Licht zu stellen, den abwesenden wegen seiner Habsucht und Herrschsucht anzuklagen und des Kaisers Empfindlichkeit geschickt gegen ihn zu reizen, begann dieser allmälig einer anderen Anschauung Raum zu geben. „Sollte unser vertrautester und geheimster Rath," so liess er sich zuletzt vernehmen, „dergleichen wirklich wider uns gethan haben, dann habt ihr dem losen Lecker sein Recht widerfahren lassen." Er zeigte sich auch zur Aussöhnung mit den Erzherzogen geneigt, falls ihm eine Abbitte geleistet würde, was diese gern zu thun erbötig waren. Die Formel der Abbitte wurde entworfen und fand allseitige Zustimmung. Dem Versöhnungsprogramme gemäss fanden sich am 29. Juli Maximilian und Ferdinand bei Mathias ein. Der König ergriff das Wort, versicherte, dass er und sein Vetter nie etwas anderes, als des Kaisers Bestes gesucht hätten, und wollte darauf, ebenfalls dem Programme gemäss, mit Maximilian knieend seine Verzeihung erbitten. Mathias hinderte sie daran, umarmte beide, zeigte sich völlig zufriedengestellt und befahl die aufgezeichnete Entschuldigungsformel zu verbrennen. Die einzige Rücksicht, die der Kaiser für seinen früheren Minister hatte, beschränkte sich darauf, dass er sich dessen Leben garantiren liess und die weitere Behandlung dem Papste anheimstellte. Damit hatte der Zwist in der kaiserlichen Familie ein Ende, selbst die Kaiserin wurde friedlicher gestimmt und nahm ihre früheren Anschuldigungen zurück. — Es war ein Zug kindischer Schwäche, dass der Kaiser, nachdem er den Urhebern der ihm angethanen Beleidigung verziehen hatte, an einem untergeordneten Gehilfen derselben Rache nahm. Auf seinen Wunsch sollte Breuner, weil er bei Khlesls Verhaftung eine so hervorragende Rolle gespielt, weder die Grenzen des Erzherzogthums, noch Wien betreten, und ebenso wenig sollte Dampierre,

1618

n seiner Theilnahme bei der Eskortirung, in der Zukunft
einen Reitern durch die Burg ziehen dürfen. Die Erz-
ge mussten sich diese ungefährliche Bestrafung ihrer Werk-
gefallen lassen.

Von dem Augenblicke seiner Gefangennehmung an gehörte
inal Khlesl zu den politisch Todten, wiewohl er sich An-
mit diesem Gedanken nicht befreunden mochte. Er wusste,
unentbehrlich er dem Kaiser gewesen und durfte daher
, dass sich dieser bei der ihm gewordenen schmählichen
digung aufraffen und den Günstling befreien würde. Die
elligkeit, mit der er auf der Landstrasse dahinfuhr und die
Entfernung von Wien immer mehr vergrösserte, mag ihn
lb am meisten geschmerzt haben, weil der Eilbote, der
icht schon beordert war, ihn zurückzurufen, ihn nicht so
erreichen konnte. Als er in Ambras angelangt war und
alt machte, schwand mit jeder Stunde vergeblichen Harrens
Hoffnung mehr und mehr. In seinem lebhaften und that-
gen Geiste erwog er die Mittel, die ihm in seiner Lage
konnten und er entschloss sich zuletzt zu einem Schreiben.
an den Kaiser richtete er dasselbe, denn wer bürgte ihm für
eförderung desselben und konnte er etwas von einem Herrn
n, der ihn so ohne Widerstand geopfert hatte? Er schrieb
erdinand und bat diesen um die verlorene Freiheit, damit er
fortan nur geistlichen Beschäftigungen hingeben könne. So
thig und gottergeben dies Schreiben war, so fehlte es doch
an einigen bittern Sarkasmen in demselben, der einzigen
e, die dem Gefangenen geblieben war. Seine Absicht, so
er sich vernehmen, sei es längst gewesen, den weltlichen
häftigungen zu entsagen und nur der Kirche zu dienen, der
allein habe ihn daran gehindert. Nun aber, seit er für die
hführung dieses frommen Wunsches in Ferdinand und
milian solche Beschützer (!) gefunden, treibe es ihn doppelt
ein Leben demgemäss einzurichten. Er wolle den Bischofs-
in Wien erbauen, das Himmelpfortkloster ausstatten, ein
enhaus gründen u. s. w. Er beschwor darauf den König
en Verdiensten, die er sich um ihn und sein Haus erworben
, ihn an dieser Thätigkeit nicht zu hindern; in die Welt

wolle er nimmer zurückkehren, da er deren „Gottlosigkeit und Falschheit" erkannt und gefunden habe, was sie für „ein Pech" sei.

Das Schreiben brachte dem Cardinal keine Hilfe, denn diejenigen, die sich seiner eben entledigt hatten, spürten nicht die mindeste Lust, ihn wieder an ihre Seite zu rufen. Mehr Hoffnungen durfte der Gefangene auf die Intervention des päpstlichen Stuhles setzen, da derselbe eine so gewaltsame Behandlung eines der ersten kirchlichen Würdenträger nicht leicht gutheissen konnte. In der That sprach Paul V sein Bedauern über diesen Vorgang aus, als er die Nachricht davon erhielt und ordnete eine Commission von Cardinälen zur Untersuchung des Gegenstandes an. Ein Theil derselben missbilligte die Behandlung Khlesls und wollte gegen die Urheber des Gewaltactes mit kirchlichen Censuren vorgehen, sie wurden aber durch die Auctorität des Cardinals Bellarmin zurückgehalten, der den Satz verfocht, dass es gestattet sei, einen Cardinal gefangen zu nehmen, wenn er den Staat einer grossen Gefahr aussetze.*) Der Papst, der von Khlesls politischem Gebahren selbst keine gute Meinung hatte, benahm sich mit grosser Rücksicht gegen Ferdinand, auf dem zuletzt allein die Verantwortung für das Geschehene lastete, da Maximilian noch im Laufe des Jahres 1618 starb. Paul V verlangte von dem Könige nur eine formelle Genugthuung, die darin bestehen sollte, dass er für sich und seine Gehilfen bei der Gefangennahme um die Lossprechung vom Kirchenbanne ansuche, ausserdem aber die Gründe angebe, die ihn bei dem Gewaltact geleitet hatten. Letzterem wollte der König bereitwillig nachkommen, dagegen lehnte er es entschieden ab, um die Absolution in einem Falle nachzusuchen, bei dem er vollkommen im Rechte zu sein glaubte; später gab er jedoch auch in diesem Punkte nach. Wie wenig übrigens Paul V einen ernstlich gemeinten Einwand gegen die Entfernung des Cardinals von den Geschäften erheben wollte, falls nur sein Leben nicht weiter gefährdet wurde, zeigte sich am besten im Laufe der Verhandlungen; denn von dem Papste selbst lief später eine

6. Aug. 1618

1618

*) Kerschbaumer, Cardinal Khlesl S. 301.

Warnung bei Ferdinand ein, er möchte ja seinen Gefangenen in sicherem Gewahrsam halten, da von Seite der Venetianer der Versuch gemacht werde, denselben entweder zu befreien oder gar zu vergiften;*) das letztere wohl nur deshalb, um dann Ferdinand das Verbrechen in die Schuhe zu schieben.

Khlesl wurde im Schlosse Ambras, wohin er zuerst abgeführt worden war, nur ganz kurze Zeit verwahrt; schon am 30. Juli 1618 wurde er nach der Burg von Innsbruck gebracht und hier bis zum Herbste 1619 in Haft gehalten. Mittlerweile begann der Nuncius Verospi die Untersuchung der gegen ihn von Seite Ferdinands erhobenen Anklagen wegen Hochverraths und Schädigung der kirchlichen Interessen. Als Verospi mit dem Cardinal ein gerichtliches Verhör vornehmen wollte, lehnte dieser dasselbe, so wie jedwede Vertheidigung ab und unterwarf sich der Gnade des römischen Stuhles. Die päpstliche Intervention brachte in sein Schicksal vorläufig die Aenderung, dass er nach dem Kloster St. Georgenberg bei Schwaz abgeführt und daselbst nicht mehr als Gefangener des Hauses Oesterreich, sondern des Papstes verwahrt wurde. Eine Milderung seiner Haft hatte dies aber keineswegs zur Folge; er blieb auf sein Zimmer beschränkt und musste sich selbst jeder Correspondenz enthalten. Es schien auch, dass er sein Leben in diesen Räumen beschliessen würde, denn der Papst traf darauf die Entscheidung, dass er in lebenslänglicher Haft gehalten werden solle.

Was die Anklagen betrifft, die gegen Khlesl erhoben wurden, so lauteten sie zu verschiedenen Zeiten verschieden. Unmittelbar nach seiner Verhaftung beschuldigten ihn die Erzherzoge in einer Schrift, für deren Verbreitung sie sorgten, dass er das kaiserliche Ansehen verkleinert, die Festsetzung der Erbfolge gehindert, Staatsgeheimnisse verrathen habe und Bestechungen zugänglich gewesen sei.**) Als nun im Auftrage

*) Simancas. Oñate an Philipp II dd. 30 Sept. 1618.

**) Die betreffende Anklageschrift wurde bald nach dem Sturze des Cardinals durch den Druck verbreitet. Sie rührt nicht von Oñate her, wie Hammer vermuthete, sondern ging von den Erzherzogen und ihren Räthen aus.

der päpstlichen Curie Verospi mit der Untersuchung des Streitfalles beauftragt wurde und zu wissen begehrte, wessen man den Cardinal beschuldige, wurde ihm von Seite des kaiserlichen Geheimrathes eine Anklageschrift zugestellt, welche von den früheren Anklagen abwich. Khlesl wurde beschuldigt, dass er seiner Zeit den Streit zwischen Mathias und Rudolf geschürt, dadurch aber die Macht der Protestanten in der Monarchie erhöht und so zur Ertheilung des Majestätsbriefes die veranlassende Ursache gewesen sei. In ähnlich indirecter Weise wurde ihm die Entstehung des böhmischen Aufstandes und die Begünstigung der Türken in Ungarn zur Last gelegt. Direct wurde er beschuldigt, dass er die Bestimmung der Nachfolge verhindert, für Geldgeschenke die Protestanten zum Nachtheile der Katholiken begünstigt und sich der Simonie schuldig gemacht habe. So wurde der Cardinal theils des Hochverrathes, theils der schnöden Verletzung des kirchlichen Interesses angeklagt.

Was von allen diesen Beschuldigungen zu halten sei, ergibt sich hinreichend aus der bisherigen Erzählung. Dem Cardinal den Majestätsbrief, den böhmischen Aufstand oder die Begünstigung der Protestanten zur Last zu legen, war reine Heuchelei. Wenn man der Sache auf den Grund gehen wollte, so könnte man ihn allerdings anklagen, dass er durch seine Politik den Aufstand in Böhmen veranlasst habe: allein nicht wegen seiner religiösen Restauration beschuldigte man ihn in Wien, sondern deshalb, dass er nach der Abreise des Kaisers aus Prag im Jahre 1617 nicht Ferdinand oder Maximilian zum Statthalter in Böhmen ernannt und so die Revolution im Keime erstickt habe. Volle Wahrheit liegt nur in der Beschuldigung, dass er die Nachfolge nicht gefördert, sondern gehindert habe, und hierin allerdings hat er sich eines Treubruches an den Interessen des Hauses, dem er zu dienen vorgab, schuldig gemacht. Es war nicht Rücksicht auf den Vortheil der einzelnen Länder oder der Gesammtmonarchie, welche ihm diese Haltung empfahl, sondern sein eigener Ehrgeiz, der ihn antrieb, um jeden Preis die gewonnene Macht festzuhalten.

Was die Anklagen wegen Annahme von Geldgeschenken von Seite der Protestanten und ihre Begünstigung, so wie die

Beschuldigung wegen Simonie betrifft, so ergibt sich aus ihrer näheren Untersuchung nur so viel, dass Khlesl von einer unersättlichen und schmutzigen Geldgier beherrscht wurde. Die reichen Einkünfte seiner zwei Bisthümer und der Dompropstei von Wien genügten ihm schon frühzeitig nicht, er bat den Kaiser angelegentlich um Anweisung eines Gehaltes als Geheimrath und behauptete dabei, dass er seine Ersparnisse anzugreifen genöthigt sei, während das Gegentheil der Fall war. Er benützte fortan seine Stellung in der zudringlichsten Weise, um seine Kasse zu füllen und wusste hiefür nach einander alle Stände der verschiedenen seinem Herrn unterthanen Länder in Contribution zu setzen. So zahlten ihm Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich u. s. w. unter verschiedenen Titeln ansehnliche Summen; zugleich gab er unverholen allen Gesandten fremder Mächte zu erkennen, dass ihre Verhandlungen nur dann einen guten Verlauf nehmen würden, wenn sie dieselben mit Geschenken fördern wollten. Der schlimmste Ruf verbreitete sich in Folge dessen über seine Habsucht und gefährdete in gleicher Weise sein eigenes Ansehen und das seines Herrn, des Kaisers. Selbst Spanien wusste er auszubeuten; er bezog von dort aus eine Jahrespension von 3000 Scudi, um deren Vermehrung er ohne Unterlass anhielt, bis sich das spanische Kabinet zu einer Erhöhung derselben auf 10000 Scudi entschloss.*) So wuchs sein Vermögen immer mehr an und doch klagte er, dass er den Aufwand, der mit seiner Stellung verbunden sei, nicht länger bestreiten könne und sich, falls er sich nicht in Schulden stürzen oder „zum Bettler“ werden wolle, von seinem Posten zurückziehen müsse. Der Hinweis auf den ihm drohenden Bettelstab war es, mit dem er hauptsächlich seine Zudringlichkeit in Spanien zu rechtfertigen suchte — Nach seiner Verhaftung wurde sein Vermögen confiscirt und kam dem Kaiser trefflich bei seinen Rüstungen gegen Böhmen zu statten. Wie hoch dasselbe sich belaufen hat, ist nicht sichergestellt, einige sprachen von 400.000 Ducaten, während der venetianische Ge-

*) Simancas 2327 Oñate's Brief dd. 7. und 14. März 1618. Beschluss des spanischen Staatsrathes dd. 24. April.

sandte in einem Berichte nach Hause dasselbe auf 200.000 Scudi schätzte. Auf alle Fälle betrug es mehr als 300.000 Gulden, weil ihm solche später als Schadenersatz zuerkannt wurden.

Indem Khlesl sich auf eine Vertheidigung der ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht einliess, sondern sich ganz und gar der Gnade des Papstes anheimstellte, hoffte er gewiss auf ein milderes Urtheil, als das, welches ihn zur lebenslänglichen Haft verdammte. Dennoch beugte dieser Schlag seine Lebenskraft nicht, er wartete günstigere Zeiten ab und diese blieben nicht aus. Durch treue Freunde wusste er die Cardinäle, sowie den Nachfolger Pauls V, Gregor XV, für sein Schicksal zu interessiren, so dass der letztere an Ferdinand II die Bitte richtete, ihm den Gefangenen zur unmittelbaren Ueberwachung in Rom auszuliefern. Der Kaiser kam nach einigen Zögerungen der Bitte nach und liess den Cardinal nach Rom abziehen, wo derselbe am 27. November 1622 eintraf und vorläufig in der Engelsburg untergebracht wurde. Von hier aus schrieb Khlesl an Ferdinand, beglückwünschte ihn wegen seiner erfochtenen Siege und bat ihn demüthig und mit Berufung auf sein hohes Alter von 71 Jahren um die Gewährung völliger Freiheit. Da sich auch der Papst dieser Bitte anschloss und Ferdinand füglich nichts mehr von dem Cardinal zu fürchten hatte, so gestattete er seine Freigebung unter der Bedingung, dass er in Rom bleibe, nie nach Oesterreich zurückkehre und auf sein bei der Gefangennehmung confiscirtes Vermögen Verzicht leiste. Khlesl willigte gern in diese Forderungen ein und genoss dafür fortan ungeschmälert die Einkünfte seiner Bisthümer Wien und Wiener-Neustadt.

So vergingen einige Jahre, die Khlesl dazu benützte, um durch mancherlei Verbindungen sein verlorenes Ansehen wiederzugewinnen und durch einzelne Dienstleistungen sich Ferdinands fernerer Huld zu empfehlen; denn an dieser lag ihm vor allem, da die Rückkehr in die Heimat sein steter Wunsch war. Zuletzt erreichte er auch dieses Ziel; der Kaiser gewährte ihm im Jahre 1627 die Erlaubniss zur Rückkehr. So kam Khlesl nach einer Abwesenheit von neun und einem halben Jahre in seiner Heimat wieder an, um sich fortan nur mit den

Functionen seines geistlichen Amtes zu befassen. Doch liess er den Geldpunkt nicht ganz aus den Augen. Schon von Rom aus hatte er sich in der letzten Zeit, trotz der ausgestellten Verzichtleistung, um eine Restitution seines ihm im Jahre 1618 entrissenen Vermögens bemüht. Er betrieb nun diese Angelegenheit energischer, als zuvor und brachte es in der That zuwege, dass ihm von Ferdinand Schuldverschreibungen im Betrage von 300,000 Gulden ausgestellt und mit 18,000 Gulden verinteressirt wurden, was allerdings nicht den ganzen Werth des ihm entrissenen Vermögens repräsentirt. Im Vereine mit seinen bischöflichen Einkünften, deren Erhöhung er ebenfalls durchsetzte, genoss er am Ende seines Lebens das namhafte Jahreseinkommen von 48,000 Gulden.*) Er starb am 18. September 1630 im Alter von 77 Jahren, nachdem er bis zum letzten Augenblicke als Bischof eine eben so eifrige Thätigkeit entwickelt hatte, wie früher als Staatsmann. Von seinem Vermögen, das bei seinem Tode bereits auf eine halbe Million Gulden angewachsen war, vermachte er etwa 46.000 Gulden seinen Verwandten, den Rest bestimmte er ausschliesslich für kirchliche Zwecke.

Cardinal Khlesl hat unter den österreichischen Staatsmännern seiner grossen Macht und seines merkwürdigen Schicksals wegen seit jeher eine ausgezeichnete Stellung eingenommen. Zeitgenossen und spätere Geschichtschreiber rühmten mit Recht sein Talent, seinen ausserordentlichen Fleiss und seine grosse Geschmeidigkeit in allen Verhältnissen, so dass man schliesslich zu der Frage berechtigt ist, ob er eine hervorragende Stellung als Staatsmann einnimmt. Selbst wenn man von seinem Geize und der egoistischen Grundlage seines Zwistes mit den Erzherzogen als von Charakterschwächen absieht und nur seine staatsmännische Thätigkeit in Betracht zieht, so lautet die Antwort dennoch nicht günstig. Muss man denjenigen für einen wahren Staatsmann ansehen, der nicht nur die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, gefahrdrohende Gegensätze auszugleichen und dem Gemeinwesen nach Aussen hin eine geachtete Stellung

*) Näheres bei Kerschbaumer, Hurter und Hammer.

zu verschaffen, sondern auch in entscheidenden Krisen, in denen die alten Regierungsmaximen nicht mehr ausreichen, die richtige Politik einzuschlagen weiss, so ist der Cardinal kein Staatsmann, denn er hat nichts von allem dem geleistet.

Bei der Lage der Dinge, wie sie sich im Beginne des 17. Jahrhunderts in Oesterreich entwickelt hatte, führten nur zwei Wege zu einem sicheren Ziele. Der eine bestand in einer rückhaltslosen und ehrlichen Anerkennung der kirchlichen Verhältnisse, so wie in dem Aufgeben jedes weiteren Versuches, die Protestanten niederzuwerfen und den Katholiken die Oberherrschaft zu erhalten. Durch eine solche Politik wäre die ergiebigste Quelle der inneren Zwistigkeiten verstopft und damit auch die Möglichkeit gegeben worden, die grossen Schwierigkeiten, die sich einer organischen Gliederung Oesterreichs zu allen Zeiten entgegenstellten, zu bewältigen. Je früher aber die letzteren bewältigt wurden, desto leichter konnten gefährliche Experimente vermieden und die Verfassungskämpfe ihrer acuten Schärfe entkleidet werden.

Diese günstige Perspective lag allerdings nur im Bereiche der Möglichkeit, ohne dass ihre Wahrscheinlichkeit verbürgt werden kann, denn in den Zeiten vor dem 30jährigen Kriege standen die Anhänger der verschiedenen Confessionen zu einander fast durchwegs in einem feindlichen Gegensatze, dem sie eine permanente Dauer zu geben suchten, während solche Männer, die für eine in kirchlicher und staatlicher Beziehung neugestaltende und für Oesterreich am allermeisten nöthige Politik Verständniss hatten, überaus dünn gesäet waren. Karl von Žerotín kann als ihr Repräsentant gelten, denn bei aller Anhänglichkeit an die Brüderunität, der er angehörte, verläugnete er nie die billige Rücksicht gegen Andersgläubige, beschränkte lieber die eigenen und wohlbegründeten Forderungen, als dass er das fremde Recht verletzt hätte; er wusste auch das staatliche Moment von dem religiösen zu trennen und hatte bei der treuesten Anhänglichkeit für die eigene Heimat ein Verständniss für das Interesse des Gesammtstaates. Indessen wenn ein radicaler Bruch mit den bisherigen Regierungsmaximen vom Throne selbst ausgegangen wäre, würden sich die

Anhänger der neuen Politik rasch vermehrt haben. Eine solche Politik hätte den Katholiken die Oberherrschaft entwunden, aber immerhin ihren Bestand sichern können, weil kein weiterer Grund zu ihrer Anfeindung vorlag; auch wäre ihr Andenken nicht mit dem Vorwurfe der späteren Gewaltthaten belastet. Brauchen wir zu sagen, dass Cardinal Khlesl diese Politik nicht zur Geltung brachte?

Die andere, der Politik Žerotíns entgegengesetzte Bahn war die, welche Ferdinand II einschlug. Der durch den Zwiespalt der Meinungen hervorgebrachten Zersetzung des Staatswesens suchte dieser ein Ende zu machen, indem er die Ursachen dieser Zersetzung mit eiserner Hand beseitigte. Der Unterschied zwischen den beiden Wegen liegt auf der Hand. Misslang die Politik Žerotíns, so nahm der österreichische Staat ein Ende; die Türkengefahr nahm wieder riesige Dimensionen an und bedrohte die Donauländer mit dem Schicksale der Balkanhalbinsel. Diese und mancherlei andere traurige Eventualitäten lagen im Bereiche der Möglichkeit. Bei der Politik Ferdinands war dagegen Gelingen und Misslingen gleich furchtbar; ihr Misslingen hatte nicht bloss dieselben Folgen, wie das Misslingen der Politik Žerotíns, sondern beschwor noch ausserdem einen Vernichtungskampf über die Katholiken, während ihr Erfolg mit einem unsäglichen Elende für ganze Länder verbunden war und im gesammten Oesterreich jede innere Entwicklung für lange Zeit unmöglich machte. Denn nur ein dauernder Absolutismus konnte dasjenige am Leben erhalten, was der rücksichtsloseste Absolutismus geschaffen hatte. — Khlesl stand mit seiner Ueberzeugung auf Seite Ferdinands; er strebte mit ihm dasselbe Ziel an, aber da er weder den Muth noch die Consequenz besass, um dem damit verbundenen Kampfe kühn entgegenzugehen, gefährdeten seine kleinlichen Auskunftsmittel mehr die Sache, die er vertrat, als dass sie dieselbe gefördert hätten. Er beschleunigte nur den Ausbruch des Entscheidungskampfes und schuf damit die unerträglichsten Zustände, denn als solche muss man allemal jene ansehen, die dem letzten Kampfe vorangehen.

III

Von Seite des Kaisers und der Böhmen wurde die zwischen ihnen entstandene Streitfrage von Anfang an als eine Angelegenheit aufgefasst, deren Bedeutung weit über die Grenzen der böhmischen Krone hinausreiche. Das Resultat des Kampfes musste nicht nur die religiösen Verhältnisse Mitteleuropa's in eine neue Ordnung bringen, sondern auch auf die weitere Entwickelung der ständischen Freiheiten oder die Macht der Habsburger entscheidend einwirken, und eines oder das andere zum Falle bringen. So war es von vornherein wahrscheinlich, dass der ursprünglich religiöse Kampf eine ungeheure politische Bedeutung erlangen würde. Bei einer so naheliegenden Möglichkeit war das Interesse aller deutschen Fürsten, Hollands, Italiens, Frankreichs, kurz des civilisirten Europa, auf das nachhaltigste berührt; am meisten war dies jedoch der Fall bei jenen Ländern, die unter dem Scepter der deutschen Habsburger vereint waren. Weder im In- noch im Auslande konnte man also dem Kampfe in Böhmen gleichgiltig zusehen, man musste im Gegentheil von dem Wunsche erfüllt sein, rathend und helfend mitzuwirken. Auf diese Stimmung gründeten sowohl der Kaiser wie die Böhmen die Hoffnung zur Gewinnung in- und ausländischer Bundesgenossen.

In Bezug auf das Ausland war die Hoffnung der Böhmen von Anfang her auf das heidelberger Cabinet gerichtet und hierin wurden sie nicht getäuscht. Wie Spanien durch seinen Gesandten in Wien gleich im Beginne des Aufstandes unaufgefordert seine Hilfe anbot, so war man auch am pfälzischen Hofe bereit, das zu thun. Der prager Fenstersturz berührte die heidelberger Kreise auf das freudigste; der Mangel an Entschlossenheit, den Camerarius den böhmischen Ständen ein Jahr zuvor vorgeworfen hatte, war in das glänzendste Gegentheil umgeschlagen. Ohne erst eine Botschaft von den böhmischen Ständen abzuwarten, gleich auf die erste Nachricht von den Vorgängen in Prag, schickte der Kurfürst Friedrich V einen untergeord-

neten, aber vertrauten Agenten, Konrad Pawel,*) dahin ab, um über die Tragweite und den Umfang der böhmischen Erhebung einen genauen Bericht zu erhalten. Was der Gesandte nach Hause schrieb, lautete im höchsten Grade ermunternd und liess nicht bezweifeln, dass es sich um einen furchtbaren Kampf gegen die habsburgische Herrschaft handle. Gegen Mitte Juni kam von Seite der Directoren ein Gesandte in Heidelberg an, welcher auf das inständigste um die Anknüpfung freundlicher Beziehungen mit den Böhmen bat. Da der betreffende, ein gewisser Herr von Schlammersdorf, nur eine untergeordnete Stellung einnahm, wusste man auf kurfürstlicher Seite nicht, wie weit er als ein Vertrauensmann anzusehen sei, und entschloss sich deshalb zur Absendung einer hochgestellten Persönlichkeit nach Prag, von der man annehmen konnte, dass ihr die Stände mit Vertrauen entgegenkommen würden, und die ebenfalls an Ort und Stelle die Sachlage studieren konnte.

Christian von Anhalt würde für diese Mission am besten gepasst haben, aber bei seiner schon seit zehn Jahren prononcirten Haltung war füglich nicht an ihn zu denken, wenn man nicht den Kaiser von vornherein allarmiren wollte. Die Wahl traf deshalb den Grafen Albrecht von Solms, der als Obersthofmeister des Kurfürsten im Dienste desselben eine hervorragende Stellung einnahm. Da die Anwesenheit auch dieser Persönlichkeit in Prag nicht leicht verheimlicht werden konnte, und einiges Aufsehen am kaiserlichen Hofe verursachen musste, beeilte sich der Kurfürst in einem Schreiben an Mathias diese Absendung selbst zuzugestehen, hiebei aber hinzuzufügen, sie sei geschehen, um die Böhmen zum Gehorsam und Respect gegen den Kaiser zu mahnen. Man wird sehen, wie Solms dieser angeblichen Mission nachkam.

Am 8. Juli Abends langte der Graf in Prag an. Schon am nächsten Morgen empfing er einen Besuch von dem Grafen

*) Der Name deutet auf böhmische Abstammung, indessen ergibt sich nichts dergleichen aus den Acten und Pawel dürfte pfälzischen Ursprunges gewesen sein, jedenfalls befand er sich mit seinem Bruder seit vielen Jahren in pfälzischen Diensten.

Hohenlohe, der sich in dieser Stadt zufolge einer Einladung der Directoren eingefunden hatte. Die letzteren bemühten sich nämlich seit dem Beginne der Rüstungen, für das Commando der Truppen neben dem Grafen Thurn noch einen zweiten Generallieutenant zu gewinnen, und richteten ihr Augenmerk auf Hohenlohe, der zur Zeit des türkischen Krieges in Ungarn nicht unrühmlich gekämpft hatte. Sie machten ihm deshalb den Antrag, in ihre Dienste zu treten, und er war auch bereit, dem Rufe zu folgen, doch machte ihm die Rücksicht auf die ausgezeichnete Stellung, die er im kaiserlichen Dienste eingenommen hatte, noch einige Skrupeln. Der Kurfürst von der Pfalz und der Fürst von Anhalt, die mit den Verhandlungen zwischen den Böhmen und Hohenlohe bekannt waren, hatten dem Grafen Solms den Auftrag gegeben, seine Bedenklichkeiten zu beschwichtigen.

Diesem Auftrage kam nun der Gesandte zuerst nach, indem er sich bei seinem Besucher über den Stand der Verhandlungen wegen Uebernahme des Commando's erkundigte. Hohenlohe erzählte, die Directoren hätten ihm neben Thurn die Stelle eines Generallieutenants angeboten unter der Bedingung, dass beide einander gleichgestellt seien und einer nach dem anderen von zwei zu zwei Monaten das höchste Commando führen solle. Er fand diesen Wechsel in der Leitung sehr bedenklich und meinte, das beste wäre, wenn ihnen beiden ein Dritter als Obergeneral vorgesetzt würde. Dies war jedoch nicht seine aufrichtige Meinung, er wollte selbst das oberste Commando haben, und nur weil Thurn wegen seiner hervorragenden politischen Stellung nicht auf die zweite Stelle verwiesen werden konnte, getraute er sich nicht, mit seinem Wunsche hervorzutreten, sondern wollte, dass ein Anderer der Dolmetscher desselben sein möchte. Sorgenvoll bemerkte auch Hohenlohe, dass ihn der Mangel an ausreichenden Kriegsvorbereitungen, namentlich in Betreff der Artillerie, stutzig mache, und er deshalb Anstand nehme, sein Loos an das der Böhmen zu knüpfen. Solms suchte alle seine Bedenken zu beschwichtigen und verwies ihn auf weitere Verhandlungen. Hierauf liess er die Directoren von seiner Ankunft in Prag in Kenntniss setzen und sie um eine Unterredung ersuchen.

Auf die Anzeige Solms erschien in seiner Wohnung eine Deputation der Directoren, bestehend aus dem Präsidenten derselben, Wilhelm von Ruppa, in Begleitung der Herrn von Berka, Budowec, Dwořecký, Michalowic und zweier nicht näher bekannten Mitglieder. Sie zeigten sich aufs höchste erfreut, dass der Kurfürst von der Pfalz den Grafen an sie abgeschickt habe, weil ihnen ein solcher Gesandte die Bürgschaft eines freundschaftlichen Bündnisses sei. Nach dieser officiellen Begrüssung entfernten sich die Directoren, bald aber kehrten Ruppa und Budowec allein zurück und nun erfolgte zwischen ihnen und dem Grafen ein vertraulicher Ideenaustausch über die Ursachen des letzten Aufstandes und die Nothwendigkeit von Rüstungen. Beide Herrn baten Solms auf das inständigste, er möge dem Grafen Hohenlohe alle ferneren Bedenken wegen Uebernahme des Commando's neben Thurn ausreden. Solms versprach dies, meinte aber, es wäre wohl das Beste, wenn zur Vermeidung der unvermeidlichen Uebelstände beiden ein Obergeneral vorgesetzt würde. Budowec und Ruppa gaben dies zu, bemerkten aber, dass dies nach der Verfassung nicht möglich sei; das höchste Commando hätten nur der König oder der Oberstburggraf zu führen. Solms lachte über diese Bedenken und meinte, wenn man den gewiss nicht in der Verfassung vorgesehenen Fenstersturz gewagt habe und noch mehreres andere, so könne man wohl auch noch einen General en chef ernennen.

10. Juli 1618

Am folgenden Tage wurde Solms von sämmtlichen Directoren in feierlicher Audienz empfangen. In seiner Ansprache betonte der Gesandte, dass seinem Herrn, dem Kurfürsten, nichts mehr am Herzen liege, als das Wohl der Böhmen. Graf Albin Schlick, der im Namen der Directoren das Wort führte, erörterte die Gründe, welche die Böhmen bei ihren bisherigen Unternehmungen geleitet hätten, und dankte für die guten Absichten des Kurfürsten. Solms benützte nun die freie Zeit, die ihm nach Beendigung der officiellen Begrüssung vergönnt war, und suchte sich über die Stimmung in Prag genau zu unterrichten und zu erfahren, wie weit die Kriegslust um sich gegriffen habe. Die Nachrichten, die ihm Albin Schlick in einer Privatunterre-

dung gab, waren nicht die erfreulichsten. Letzterer berichtete, dass selbst ein Theil von jenen Directoren, die den Aufstand herbeigeführt hätten, einer Aussöhnung mit dem Kaiser nicht abgeneigt sei, wofern nur einigermassen billige Bedingungen geboten würden. Man habe zum Kriege im allgemeinen keine besondere Lust und das sei auch die Ursache, weshalb man zögere, direct von der Union Hilfe zu begehren. Als Schlammersdorf an Kurpfalz abgeschickt wurde, habe man ihm nur heimlich und ohne dass alle Directoren darum gewusst hätten, aufgetragen Hilfe bei der Union und Aufnahme in dieselbe anzusuchen und in dem Berichte, den er nach seiner Rückkehr erstattete, habe er deshalb diesen Theil seiner Verhandlungen auslassen müssen. Da Solms einen Tag vorher ersucht hatte, ihm jene Directoren zu bezeichnen, mit denen er sich ohne Rückhalt besprechen könnte, erwiederte ihm Schlick, dass sich von den Directoren kaum Jemand darauf einlassen würde, weil sie solidarisch für alles hafteten.

Man sieht, eine Partei unter den Directoren und nach den Andeutungen Schlicks fast die Mehrzahl hatte Bedenken, sich kopfüber in die Revolution zu stürzen und alle Brücken eines Ausgleiches abzubrechen. Dagegen war ein anderer Theil derselben und unter diesen namentlich Ruppa, Budowec und Smiřický, nur für den Krieg und sonach für den vollen und unheilbaren Bruch. Die Weigerung des Gesandten sich mit allen Directoren über wichtigere Angelegenheiten zu besprechen, hatte zur Folge, dass sich eine Deputation derselben bei ihm einfand, die sich bereit erklärte, allfällige Mittheilungen entgegenzunehmen. Es waren dies vornehmlich die Herren Ruppa, Smiřický, Michalowic und Dwořecký.

Solms hatte bisher die Directoren nur im Allgemeinen der Sympathien des Kurfürsten versichert, das Versprechen einer bestimmten Hilfe aber nicht abgegeben. Jetzt liess er alle Zurückhaltung fallen und erklärte im Namen seines Herrn, dass derselbe der Sache der Böhmen jeglichen Beistand angedeihen lassen wolle. Schon habe er in der Voraussetzung, dass die Stände sich durch energische Rüstungen in einen gehörigen Vertheidigungszustand setzen würden, mit einigen Fürsten

der Union über ihre allfällige Unterstützung verhandelt. Der gefasste Beschluss laute dahin, dem Kaiser keine Werbungen und Truppendurchzüge durch ihr Gebiet zu gestatten und zu verhindern, dass irgend Jemand demselben Hilfe leiste. Sollte also Spanien von Belgien aus oder ein und der andere deutsche Fürst, namentlich der Herzog von Baiern, Mathias unterstützen wollen, so werde die Union alle ihre Kräfte dagegen aufbieten, um den Böhmen in ihrem Kampfe freie Hand zu lassen. Sein Herr erbiete sich zugleich, die Sache der Böhmen bei Savoyen und Venedig zu vertreten, um ihnen von da aus eine etwaige Geldhilfe zu vermitteln. Damit wolle sich der Kurfürst selbst keineswegs von einer directen Unterstützung der Böhmen ausschliessen, sondern mache diese nur von weiteren Verhandlungen abhängig. Er wünsche vor allem zu wissen, was das eigentliche Ziel der böhmischen Bewegung sei, ob sie zur *Vertheidigung* oder zum *Angriff* gegen den Kaiser gerichtet sei.

Eine raschere und umfassendere Unterstützung, als sie der Pfalzgraf hier anbot, konnten die Böhmen füglich nicht erwarten. Ruppa, der, nachdem Solms seine Rede beendigt hatte, für seine Collegen das Wort angriff, ergoss sich in den feurigsten Dankesversicherungen für die pfälzischen Anerbietungen und versprach, dass das Geheimniss treu in der Brust der Directoren bewahrt bleiben würde. Er versicherte, dass die Stände sich gegen den Kaiser mit den Waffen zu wehren gedächten und hiebei auf ein Bündniss mit der Union das grösste Gewicht legten, weitere Erklärungen könne er jedoch ohne die Zustimmung des Landtags nicht abgeben. Indem er hierauf einen Blick auf die Stimmung in Schlesien, Mähren und Oberösterreich warf, sprach er auf Grund einzelner Daten die Ueberzeugung aus, dass die Böhmen von dort aus nur eine freundliche Neutralität, wo nicht positive Unterstüzung zu erwarten hätten. Die Deputation theilte darauf den Inhalt der gehabten Unterredung den übrigen Directoren mit, die ohne Ausnahme freudig durch die pfälzischen Anträge berührt wurden, selbst bei den friedfertigeren wuchs die Beherztheit, wenn sie ihre Hilfsmittel mit denen des Kaisers verglichen. Von dem Wunsche beseelt, das angebotene pfälzische Bündniss so früh als möglich zu verwerthen, stellten

14. Juli 1618

die Directoren bereits die Bitte an Solms, die Union möge
Einschüchterung Baierns eine starke Besatzung in die Ob
pfalz legen und die Stände so bald als möglich mit einem D
lehen in Geld unterstützen. Diese Bitten, so wie die sonstig
Aeusserungen der Directoren, liessen es nicht zweifelh
dass sie zum Kampfe gegen den Kaiser entschlossen sei
aber weder eine der Deputationen, noch die Gesammtheit
Directoriums sprach sich darüber aus, wem sie nach etwai
Besiegung des Kaisers die Krone des Landes aufs Haupt
setzen wünschten. Und doch war es des Pfalzgrafen und sei
Gesandten feurigster Wunsch, dass die Böhmen auch in die
Beziehung ihr Herz öffnen möchten.

Die Mission des Grafen Solms war hiemit zu Ende,
blieb er auf die Bitten der Directoren noch einige Tage,
ihre Verhandlungen mit Hohenlohe zu unterstützen. Um die
zur Uebernahme des betreffenden Commando's Muth zu mach
versprachen ihm die Directoren die möglichste Beschleunigu
der Werbungen, die Anfangs rasch vor sich gegangen wa
seit einiger Zeit aber nur wenig vorwärts schritten. Die nöthig
Geldmittel wollten sie durch ein Anlehen herbeischaffen
bemerkten auf seinen Einwurf, dass es an Artillerie und M
nition fehle, es sei eben Hohenlohe's Sache, durch seinen R
und seine Thätigkeit diesen Mangel zu beseitigen und die
streuten Vertheidigungsmittel zu sammeln. So liess sich der G
endlich von den Directoren gewinnen und trat als General
lieutenant in böhmische Dienste. Seine nächste Aufgabe wurd
ihm dahin zugemessen, dass er als eine Art Kriegsminister i
Prag seinen Sitz nehmen und die Werbungen, so wie die Be
schaffung des Kriegsmaterials leiten solle. Wenn dann die
sämmtlichen Kräfte kriegsbereit sein und mit Hohenlohe ins Feld
rücken würden, werde von Seite der Directoren in Betreff des
obersten Commando's die nöthige Verfügung getroffen werden
für jetzt wurde diese Entscheidung noch vertagt, so dass dem
Grafen Hohenlohe die Hoffnung auf die erste Stelle nich
ganz benommen wurde. Solms hatte bei den Verhandlungen
die besten Dienste geleistet und alle Anstände zu beseitigen
gesucht. Am 20. Juli begab er sich auf den Rückweg, nachdem

er von den Directoren den freundlichsten Abschied genommen hatte. *)

Während Solms noch in Prag weilte, kam Colonna von Fels von einer Reise nach Dresden zurück, wohin er zur Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen abgeschickt worden war. Die Antwort, die er zurück brachte, klang nicht gerade feindlich. Der Kurfürst riet zwar den Böhmen, sie sollten einen friedlichen Ausgleich mit dem Kaiser suchen, aber er billigte ihren Entschluss, den Majestätsbrief zu vertheidigen. Noch freundlicher liess sich der kurfürstliche Geheimrath, Herr von Schönberg, aus, er bat förmlich um Entschuldigung, dass Sachsen den Böhmen keine Hilfe leiste und erklärte dies damit, dass der Kurfürst vor allem einen friedlichen Ausgleich herbeiwünsche, der das Gewissen der Böhmen beruhigen könnte. Würden die letzteren gewusst haben, wie sehr Johann Georg bei aller Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntniss einer Schmälerung der kaiserlichen Herrschaft abhold war, so würde der Bericht ihres Gesandten sie weniger befriedigt haben. So aber waren sie um so zufriedener, da der Graf Thurn um dieselbe Zeit von dem Kurfürsten sogar ein Pferd zum Geschenke erhielt. Thurn hatte um dies Pferd gebeten, um vor der Welt den Schein vertraulicher Verhältnisse mit Sachsen zu erwecken und Johann Georg, gewiss nicht in Zweifel über die allfällige Auslegung des erbetenen Geschenkes, willfahrte der Bitte.

Während die Böhmen sich der Hilfe der Union zu versichern und sonach das Ausland in ihren Streit zu verwickeln suchten, begnügte sich auch der Kaiser nicht mit der Unterstützung, auf die er von Seite Spaniens rechnen konnte, sondern bemühte sich um die Anknüpfung neuer Allianzen. Fast unmittelbar nach dem Ausbruche des Aufstandes wandte er sich an alle Fürsten des deutschen Reiches und mehrere Reichsstädte und verlangte von ihnen entweder eine directe Unterstützung oder wenigstens das Versprechen, seinen rebellischen Unterthanen keine Werbungen gestatten zu wollen. Das Resultat seiner Bemühungen war nicht besonders glänzend, kein einziger

*) Der Schlussbericht über Solms Mission in Prag im bernburger Archiv.

der katholischen Bischöfe und Fürsten verstand sich auf seine dringenden Bitten zu einer Geldhilfe. Alle Schreiben, die von ihnen in Wien einliefen, lauteten wie nach einem Muster dahin, dass sie dem Kaiser vorläufig nichts geben könnten. Doch wollten sie sich einem Beitrage nicht entziehen, wenn hiezu eine eigene Versammlung berufen und von dieser ein solcher beschlossen werden würde; auch gestatteten mehrere derselben, wo nicht alle, dass der Kaiser in ihrem Gebiete Soldaten werben dürfe.*) Der Erzbischof von Salzburg, als unmittelbarer Nachbar zweimal nach einander um Hilfe ersucht, antwortete beidemal ablehnend. Maximilian von Baiern, den Mathias nur um ein Darlehen von 100.000 Gulden angegangen hatte, lehnte dasselbe ab und wir wissen nicht, ob er sich schliesslich weicher stimmen liess, als ihn Ferdinand selbst darum ersuchte und versprach, es „Zeit seines Lebens um ihn verdienen zu wollen".**) Die Reichsstadt Augsburg und der wetterauische Reichsadel waren die einzigen, die einen lindernden Tropfen in die Gluth der kaiserlichen Noth herabträufeln liessen. Die Stadt verehrte dem Kaiser 400 Centner Pulver und Munition für 1500 Mann, wahrscheinlich für die Dauer eines Feldzuges. Die wetterauischen Grafen bewilligten dem Kaiser eine Contribution, deren Ertrag auf 96.000 Gulden berechnet wurde. Nürnberg schlug ein kaiserliches Gesuch um Hilfe ab und suchte strenge Neutralität einzuhalten, indem es seinen Offizieren nicht gestattete, in böhmische Dienste zu treten.***)

3. Juli 1618

Von den protestantischen Kurfürsten erwartete der Kaiser selbstverständlich keine Hilfe; er hatte sie nur allesammt ersucht, den Böhmen in ihrem Gebiete keine Werbungen zu gestatten. Der Kurfürst von Brandenburg versprach dieser Bitte nachzukommen, hütete sich aber in seinem Schreiben ein missbilligendes Wort über die böhmische Bewegung auszusprechen,

*) Die einschlägige Correspondenz in verschiedenen Archiven.

**) Münchner Staatsarchiv. Ferd. an Max. dd. 3. Juli 1618.

***) Sächs. Staatsarchiv 9168 Buch, fol. 412. Nachrichten aus Wien dd. 1/11 Juli 1618 — Wiener Staatsarchiv Boh. IV. Nürnberg an Mathias, dd. 29. Juni / 9. Juli.

nn er sei nicht genug unterrichtet, um ein Urtheil über den ufstand abgeben zu können.*) Von Sachsen langten am kaiserchen Hofe nur freundliche Versicherungen an, der Kurfürst ar gern erbötig, sich zur Dämpfung der böhmischen Unruhen Vermittler gebrauchen zu lassen und schlug hiezu auch den urfürsten von der Pfalz vor. In seinem Wunsche nach einem ldigen Ausgleiche liess sich Mathias diesen wiewohl gefährlichen orschlag gefallen und bat den Pfalzgrafen um seine Theilahme an der Vermittlung. Die Schreiben, die von Heidelerg am kaiserlichen Hofe einliefen, deuteten die Rolle hinichend an, die Friedrich bei derselben spielen würde. In dem sten schimpfte er über die kaiserlichen Räthe als die Ursache les Unglücks, zeigte sich aber zur Vermittlung erbötig;**) kaum 4 Tage später liess er sich noch deutlicher aus, indem er die offnung aussprach, dass die Ruhe durch die Nachgiebigkeit es Kaisers wieder hergestellt werden würde. Er fand daran ichts Bedenkliches, dass die Böhmen Rüstungen anstellten und die kaiserlichen Truppen aus dem Lande vertrieben, oder, wie er sich euphemistisch ausdrückte, dass sie sich „assecurirten"; amit könne Mathias nur zufrieden sein, denn die Ruhe werde m so früher zurückkehren, je weniger Macht hitzigen Rathgebern gelassen würde. Diese Sprache war dem Kaiser gegenüber offener Spott.

Viel günstigere Aussichten eröffneten sich dem Kaiser von Seite Polens und Belgiens. Der König von Polen, Sigmund III, der nach einander zwei Schwestern Ferdinands II geheirathet hatte, stand zu dem Kaiserhause in nahen Beziehungen; die Bitte um Hilfe, die bald nach dem Ausbruche des Aufstandes an ihn gelangte, fand demnach eine freundliche Aufnahme und Mathias konnte mit Sicherheit auf den baldigen Zuzug einiger Tausend polnischer Reiter rechnen, wenn er ihre Besoldung bestreiten und, was noch wichtiger war, ihnen den Weg durch Schlesien nach Böhmen bahnen konnte. — Was

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. IV. Kur-Brandenburg an den Kaiser dd. 29. Juni/1. Juli, ebendaselbst Kursachsen an den Kaiser dd. 2/12 Juli 168.

**) Wiener Staatsarchiv. Boh. IV. Kurpfalz an Math. dd. 25. Juni a. St.

den Erzherzog Albrecht in Brüssel betraf, so langte schon Mi Juli die Zusage einer reellen Hilfe von ihm an; er verspra den Kaiser mit 500 Reitern unterstützen und deren Unterhalt für einen Feldzug auf sich nehmen zu wollen.*) Minder trö liche Nachrichten kamen aus Italien. An den Papst richt nicht bloss Mathias sondern auch Ferdinand seine Bitten; Paul hatte viel Mitleid mit ihnen, er war auch mit Versprechung nicht karg, aber ob und wann dieselben bei ihm zu einer Th reifen würden, war eine nicht leicht zu beantwortende Frag Indessen waren seine Dienste nicht zu unterschätzen, wenn sein ganzes Ansehen geltend machte, um Frankreich im Zau zu halten.

Frankreich, das war der wunde Fleck und der Gegenst der ängstlichsten Sorge für den Kaiser. Sass ein Fürst w Heinrich IV auf dem französischen Throne, so durfte man s in Wien den ärgsten Befürchtungen hingeben. Zum unberech baren Glücke für die Habsburger war zur Zeit weder Ludwig XI noch irgend einer seiner bedeutenden Rathgeber von ei feindseligen Stimmung gegen die deutsche Linie dieses Has beseelt, und keiner erfasste auch die günstige Bedeutung d Momentes für eine nachhaltige Begründung der französisch Präponderanz. Zudem hatte der böhmische Aufstand in Fran reich einen ungünstigen Eindruck gemacht. Aus zahlreich Kundgebungen im Laufe der folgenden drei Jahre tönt imm und immer wieder das Missfallen an dem Fenstersturze heraus Hätte man in Böhmen einfach revoltirt, so hätte man nur ge than, was tausendmal geschehen war und man würde in Frank reich keinen so grossen Anstoss daran genommen haben; aber die Behandlung der Statthalter sah Ludwig XIII wie eine ge meinsame Beleidigung aller Fürsten an und seine Minister hatten kein Interesse, ihm zu widersprechen. An seinen Schwieger- vater Philipp III schrieb er, wenn man den „böhmischen Frevel ungestraft liesse, so würde dies solche Consequenzen nach sich ziehen, dass ihm und anderen Potentaten täglich ein gleiches

*) Wiener Staatsarchiv Boh. IV. Albrecht an Mathias, dd. 15. Juli 1618

geschehen könnte."*) Diese Versicherungen waren aufrichtig gemeint, denn an die französischen Diplomaten in Deutschland, namentlich an St. Catherine, erging die Weisung, ernstlich für den Frieden und Ausgleich zu wirken, und was vor allem viel galt, auch der Pfalzgraf wurde von dem französischen Kabinet ermahnt, die Unruhen in Böhmen nicht zu unterstützen, sondern sein Ansehen zur Stillung derselben zu verwenden.**)

In dieser Stimmung befand sich der französische Hof, als der Kaiser die Bitte an denselben richtete, keine Werbungen zu Gunsten der Böhmen gestatten zu wollen. Die Gewährung dieses Gesuchs war um so zuversichtlicher zu erwarten, als auch der Papst mittlerweile sein ganzes Ansehen und seinen Einfluss durch den Nuncius in Paris geltend gemacht hatte. Des Mathias diplomatischer Agent in Frankreich, Malcot, gab seinem Herrn die positivsten Versicherungen, dass Ludwig XIII nicht gesonnen sei, die Böhmen zu unterstützen, sondern sogar zu ihrer Bekämpfung in seinem Reiche Werbungen gestatten wolle. ***) Wenige Tage später benachrichtigte der Staatsrath Puisieux den französischen Gesandten in Heidelberg, der König wolle sich in der Beilegung der böhmischen Unruhen neben Sachsen als Vermittler gebrauchen lassen und wünsche, dass der Kurfürst von der Pfalz diesem Werke seine Unterstützung nicht versagen möge. Zusehends neigte man sich also in Frankreich dahin, in dem böhmischen Aufstande nur den Angriff gegen die katholische Religion und gegen das gemeinsame Recht der Könige zu sehen. Schon wallte in einigen katholischen Mitgliedern des hohen französischen Adels die Lust auf, für den Glauben zu streiten, und Mathias bekam neben den immer trostreicheren Nachrichten über die Richtung der französischen Politik auch von dem Herzog von Nevers das Anerbieten, sich in dem beginnenden Kriege verwenden lassen zu

20. Aug. 1618

---

*) Wiener Staatsarch. $\frac{\text{Spanien}}{1618}$ Khevenhiller an Math. dd. 15. Juli 1618.

**) Bibl. Imp. in Paris MS. $\frac{9291}{11}$ 4121. Puisieux an St. Catherine dd. 13. und 26. Juli Paris.

***) Wiener Staatsarchiv $\frac{\text{Frankreich}}{1618}$ Malcot an Mathias dd. 20. Aug. 1618.

wollen. *) Welch ein Unterschied zwischen den Zeiten richs IV und den gegenwärtigen!

Die auswärtigen Verhältnisse standen also unmittelba dem Aufstande besser für den Kaiser als für die Böhmen Spanien und dem Erzherzoge Albrecht hatte er sichere zu erwarten und von dem gefährlichen Frankreich eine stige Neutralität. Dies wog reichlich die Hilfe auf, welc Aufständischen heimlich von dem Pfalzgrafen und vie auch von den Generalstaaten oder von Savoyen beko konnten. Dabei winkte dem Kaiser noch die Hoffnung wenn die genannten Mächte offen mit ihrer Hilfeleistung ihn auftraten und namentlich die Union sich auf dem K platze zeigte, auch die deutschen Katholiken aus ihrer Z haltung heraustreten würden. Die Wagschale, die si zu Gunsten des Kaisers neigte, konnte nur dann eine Richtung bekommen, wenn die Länder, die unter seinem S vereint waren, sich an dem Streite zu Gunsten Böhme theiligten. Dahin zielten nun auf das eifrigste die Bestrel der Directoren ab und in der That lag in dem Erfolge Bestrebungen die nächste Entscheidung.

IV

Die hier schon mehrmals angedeutete Zusammenhan keit der österreichischen Monarchie zeigte sich durch di gänge nach dem Ausbruche des Aufstandes in der beme werthesten Weise. Das Auftreten der Böhmen liess füglic nen Zweifel über ihr letztes Ziel, die Absetzung der burger, aufkommen, gleichwohl sah man in den übrigen T dieser Monarchie den böhmischen Aufstand wie einen stand an, der nur die streitenden Theile berührte, und unter einander auszumachen hatten. Diese ruhige und zus

*) Paris. kais. Bibl. MS. $\frac{9291}{11}$ 4121 Puisieux an St. Catherine dd. 1618 Paris. Ebendaselbst Mathias an den Herzog von Nev 16. Aug. 1618 Wien.

Haltung war jedoch kein Beweis von Theilnahmlosigkeit, denn die Sache der Böhmen begegnete überall den wärmsten Sympathien. Für die letzteren war es nun das dringendste Gebot, diese Sympathien zu einer thatkräftigen Hilfe heranreifen zu lassen. Kurz nach ihrer Erhebung sandten sie deshalb vertraute Agenten nach den verschiedenen Ländern der Monarchie, um die ständischen Wortführer zu einem Anschlusse zu bewegen. Dem Kaiser blieben diese Werbungen nicht unbekannt und er bot alle seine Macht und seinen Einfluss auf, um ihre Wirkung zu paralysiren und die übrigen Theile seines Reiches desto enger an sich zu knüpfen. So ging dem Kampfe auf dem Schlachtfelde ein Kampf auf dem Gebiete der Diplomatie zwischen dem Kaiser und den Böhmen voraus.

Die ersten Anstrengungen der Böhmen, die übrigen Länder mit ihrem Schicksale zu verketten, erstreckten sich auf *Ungarn*. Bald nach dem Ausbruche des Aufstandes schickten die Directoren den damaligen Rector der prager Universität, Dr. Jessenius, einen berühmten Arzt und medicinischen Schriftsteller seiner Zeit, nach Pressburg, damit er mit den ungarischen Ständen in Unterhandlungen trete und sie zu einem Anschlusse an ihre Sache bewege. Jessenius langte am 26. Juni in Pressburg an, fast unmittelbar vor Beendigung des Reichstages, auf dem Ferdinand die ungarische Krone erlangt hatte. Er theilte den Inhalt seiner Botschaft einem hochgestellten nicht näher bekannten Mitgliede des ungarischen Adels mit, der ihn zwar freundlich empfing, aber einigermassen stutzig wurde und ihm nicht viel Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission machte. Mittlerweile verbreitete sich die Nachricht von der Ankunft des Gesandten in Pressburg und zahlreiche Mitglieder des Reichstages fanden sich zu seinem Besuche in dem Gasthause ein, in dem er abgestiegen war und erfreuten ihn durch ihre theilnehmenden Worte. *)

Am folgenden Tage wurde Jessenius zu einem Besuche bei dem Palatin Forgach eingeladen, der ihn über den Zweck seiner Reise genau ausfragte und namentlich wissen wollte, ob

*) Der ganze Bericht über Jessenius nach Skala II.

er gekommen sei, um einen Ausgleich über die böhmisch Streitigkeiten anzubahnen. Seine Haltung war nicht besond aufmunternd für den Gesandten, der sich bemühte, die Sa der Böhmen auf das eifrigste zu vertreten, und schliesslich d Palatin bat, ihm bei dem Reichstage Gehör zu verschaff Forgach entschuldigte sich, dass er dies nicht ohne Erlaub des Kaisers thun dürfe, versprach ihm aber binnen einig Tagen eine definitive Antwort. Während Jessenius auf diesel wartete, erweiterten sich seine privaten Beziehungen zu d Mitgliedern des Reichstages. Die protestantischen Mitglied desselben besuchten ihn in grosser Anzahl und sprachen i inniges Bedauern aus, dass er nicht schon früher gekommen s sie gaben zu, dass ihre Interessen mit denen der Böhmen so darisch verbunden seien und tadelten ihre Landsleute, die si vom Kaiser bei seinen Rüstungen gegen die Böhmen anwerb liessen.

Die böhmischen Directoren hatten gehofft, dass die A kunft ihres Gesandten in Pressburg auf den Reichstag den nach haltigsten Eindruck ausüben und die Krönung Ferdinands zu Könige von Ungarn, trotz der bereits vollzogenen Wahl, ver eiteln werde. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, denn die Krö- 1618 nung ging am 1. Juli ohne Anstand vor sich. Jessenius, der an einem günstigen Resultate seiner Mission zu verzweifeln begann, weil der Reichstag unmittelbar darauf geschlossen wurde, suchte auf gute Weise fortzukommen und hielt bei Ferdinand um eine Audienz an, angeblich um ihm seine Glückwünsche darzubringen. Die Audienz wurde ihm nicht bewilligt, dafür wurde er vor den Oberstkämmerer des Königs berufen und von diesem über die Vorgänge in Prag befragt. In dem Zwiegespräche erhob der Oberstkämmerer mancherlei Vorwürfe gegen die Stände, die Jessenius zu widerlegen suchte, ohne dass dabei seine Art sehr verbindlich gewesen wäre. So trennte man sich in wechselseitiger Unzufriedenheit. Der Gesandte nahm von dieser Unterredung den Eindruck nach Hause, dass es besser wäre, an eine schleunige Abreise zu denken und wurde darin durch den Rath einiger Freunde bestärkt, die ihn geradezu zu einer raschen und heimlichen Flucht aufforderten, da Forgach nicht

den Fussstapfen Thurzo's wandle. Er glaubte sich indessen
cht so gefährdet und wollte auch nicht einen derartigen, eines
sandten unwürdigen Rückzug antreten. Doch beschloss er
cht länger zu säumen und suchte deshalb bei dem Palatin um
ne Abschiedsaudienz nach, bei der er ihn um freies Geleite
at. Statt aller Antwort zeigte ihm Forgach ein Decret vor,
dem er für einen Gefangenen des Kaisers erklärt wurde.
Während Jessenius die verhängnissvolle Schrift anstarrte und
n entziffern suchte, entfernte sich der Palatin aus dem Zimmer
nd an seiner Stelle trat der Commandant des königlichen
chlosses von Pressburg ein und nahm ihn in Haft. Jessenius
musste seinen Degen, mit dem er umgürtet war, ablegen, worauf
r selbst und seine im Wirthshause aufbewahrten Effecten
uf das sorgfältigste untersucht wurden. Ein gleiches Schicksal
traf seinen Bruder, der ihm nachgereist war, und vier junge
Leute, die an der prager Universität studierten und den berühm-
ten Arzt auf seiner Reise nach Pressburg begleitet hatten. Zwei
Tage später wurde ihnen mitgetheilt, dass man sie nach Wien
überführen werde, worüber sich Jessenius, der sich in Ungarn
doch einigen Schutz von Seite der Magnaten versprach, nicht
wenig entsetzte. Am 6. Juli traf er mit seinen Genossen in Wien
ein und wurde in demselben Thurme untergebracht, in dem
einst König Wenzel IV gefangen gehalten wurde. *)

3. Juli 1618

Die Hoffnungen, die man in Böhmen an die Sendung des
Jessenius geknüpft hatte, erfüllten sich also nicht. Der ungarische
Reichstag entschied sich weder in seiner Gesammtheit noch zum
Theile zu einer wirksamen Bethätigung seiner Sympathien. Doch
liess er die böhmische Botschaft nicht ganz unbeantwortet, un-
mittelbar vor seinem Schlusse richtete er ein Schreiben an die
Stände in Prag, in dem er sie seiner besten Wünsche versicherte,
aber zugleich ermahnte, die Hand zum Frieden zu bieten.**)
Ebenso ablehnend verhielten sich die Ungarn aber auch gegen
den Kaiser, der sie entweder noch während des Reichstages,
oder später um Hilfe gegen die Böhmen ersuchte. Eine Depu-

*) Der ganze Bericht über Jessenius nach Skala II.

**) Sächs. Staatsarchiv 9168. Bericht aus Wien.

tation des ungarischen Adels, die sich in Wien am 27. Juli einfand, schlug diese Bitte ab und wollte von einer Betheiligung an dem böhmischen Streite nichts wissen. *) Einzelne protestantisch gesinnte Magnaten sprachen sich sogar dahin aus, dass sie dem Kaiser keine Werbungen gegen die Böhmen gestatten würden, doch hielten sie nicht Wort, denn unter den ersten Truppen, von denen die Aufständischen bekämpft wurden, befanden sich Husaren, deren Unterhalt allerdings vom Kaiser und nicht von den Ungarn bestritten wurde. Für letzteren war dies trotzdem ein nicht zu unterschätzender Vortheil, da es oft nicht minder schwierig war, die nöthige Truppenzahl zu finden, als sie zu besolden. Factisch nahm also Ungarn gegen die Böhmen eine feindliche Stellung ein, aber es war fraglich, wie lange diese Verletzung der Neutralität dauern würde, da sie unverkennbar gegen die Sympathien des Landes verstiess.

Viel kam auf das Erzherzogthum Oesterreich an, denn bei seiner Lage an der Grenze von Böhmen war es, trotz seiner geringen Ausdehnung, von doppelter Wichtigkeit. Dieses alte und unbestrittene Besitzthum der Habsburger, Jahrhunderte lang ein vielfach treuer Helfer in der Noth, war seit dem Jahre 1608 wie umgewandelt. Die religiöse Frage und die Wirksamkeit eines eifrigen Kalviners, wie des Freiherrn von Tschernembl, hatten daselbst so viel Bitterkeit angehäuft, dass die Stände von Ober- und Niederösterreich ihrer Mehrzahl nach nur Misstrauen und Abneigung gegen den Herrscher empfanden. Die Oberösterreicher, die gegen Ende Juni in Linz zu einem Landtage versammelt waren, rieten dem Kaiser auf das dringendste zum Frieden mit Böhmen. War dieser Rath, der bei der Lage der Dinge nur schwere Nachtheile für den letzteren zur Folge haben musste, an und für sich bedenklich, so waren es noch mehr ihre Argumente, in denen sie darauf hinwiesen, wie schlecht es dem Kaiser anstände, wenn er Christen statt der Türken bekämpfen wolle.**) Dass sie bei dieser Gesinnung nichts davon wissen wollten, dem Kaiser zu helfen, ist begreiflich, aber sie be-

*) Skala II, 325.

**) Zuschrift der oberösterr. Stände an den Kaiser dd. 30 Juni 1618.

gnügten sich damit nicht, sondern wollten dem Kaiser geradezu die Möglichkeit des Kampfes abschneiden. Denn als Ferdinand bei ihnen um die Erlaubniss nachsuchte, dass sie ihm für das in Friaul stationirte Kriegsvolk den Durchzug an die böhmische Grenze gestatten möchten, schlugen sie dies nicht nur ab, sondern besetzten eilig einige Pässe mit frisch geworbenem Volke und sperrten sogar, wenn die Nachricht richtig ist, die Donau bei Linz durch eine Kette.*) Dieses Uebermass von Feindseligkeit wich einige Tage später andern Einflüssen, denn die Stände liessen sich schliesslich doch zu einer kleinen Geld- und Munitionsleistung herbei; Werbungen aber und Einquartirungen verweigerten sie beharrlich. Auch den Durchzug, auf dem der Kaiser unbedingt bestand, weil er sonst die Böhmen gar nicht angreifen konnte, gestatteten sie endlich, doch nur unter der Bedingung eines rottenweisen Vormarsches der einzelnen Regimenter. Wie Diebe und Schleichhändler sollten also die Truppen ihres Fürsten das Land durchziehen.

Was die niederösterreichischen Stände betrifft, so durfte sich der Kaiser von ihnen einer nur noch feindseligeren Haltung versehen, da er gerade mit ihnen in einen schweren Streit verwickelt war. Am 22. Mai, also gerade einen Tag vor dem Fenstersturze, hatten ihm die protestantischen Mitglieder des niederösterreichischen Adels eine Beschwerdeschrift überreicht, in der sie über die Behandlung der landesfürstlichen Städte bezüglich der religiösen Angelegenheiten Klage führten. Mathias, der in Oesterreich nicht nachgiebiger sein wollte, als in Böhmen, ertheilte den Bittstellern keine Antwort. Ob er trotzdem einen Landtag nach Wien berief und die niederösterreichischen Stände um eine Unterstützung gegen Böhmen bat, ist uns nicht weiter bekannt, jedenfalls können die Beschlüsse desselben keine freundlichen gewesen sein, da ihm die Stände die Ausfolgung von Waffen und Munition aus ihrem Zeughause in Wien verweigerten und um einen Ueberfall zu verhüten, dasselbe bei Tag und Nacht bewachen liessen.**) Wien allein war etwas nachgiebiger, die

*) Skala II 199.
**) Skala II 326.

Stadt schenkte dem Kaiser 14,000 Gulden als Beitrag zu den Kriegskosten, und verstand sich noch nebenbei zu einem Darlehen von 30000 Gulden. Damit erschöpften sich die Leistungen der Wiener, eine spätere Bitte des Kaisers um ein zweites Darlehen liessen sie unberücksichtigt.*)

Wenn Ungarn und Oesterreich dem Kaiser so wenig trostreiche Aussichten boten, um wie viel mehr musste er besorgen, dass die Nebenländer der böhmischen Krone sich dem Aufstande geradezu anschliessen würden. Indessen zeigte sich bald, dass die Erwartungen und Befürchtungen, die man in dieser Beziehung in Prag und Wien hegte, durch die Ereignisse nicht ganz gerechtfertigt wurden.

Was Mähren betrifft, so erwartete man in Böhmen mit Zuversicht, dass die Stände dieses Nachbarlandes der Sache des Aufstandes ihre wärmsten Sympathien und bald auch ihre Mithilfe entgegenbringen würden. Wenn Karl von Žerotín, der hochgeachtete Führer der protestantischen Stände daselbst, seine Stimme für diesen Anschluss erhoben hätte, fürwahr die kaiserliche Herrschaft würde in Mähren im Handumdrehen ein Ende genommen haben. Allein dieser merkwürdige Mann gab im Widerspruche zu seinen sonstigen Wünschen, aber im theilweisen Einklange mit seiner Vergangenheit nicht dieses Signal und betrat ganz eigene Wege.

Es ist bekannt, dass Žerotín unter Kaiser Rudolf II jahrelange Bedrückungen von Seite der Regierung wegen seiner protestantischen Gesinnung und seiner oppositionellen Haltung erdulden musste. Er hatte mannhaft alle Unbilden ertragen, für seine Partei durch seine Standhaftigkeit und seine hohe Bildung eine mächtige Stütze abgegeben und ihr endlich durch seinen Anschluss an Mathias im J. 1608 und den Sturz der rudolfinischen Regierung zum Siege verholfen. Von Mathias zum Lohne für die geleisteten Dienste zum Landeshauptmann von Mähren ernannt, verwaltete er dies Amt in der Weise, dass er den ständischen Freiheiten ihre volle und unverkümmerte Entwickelung gönnte, wodurch er das Misstrauen des Kaisers, wie wir gesehen

*) Sächs. Staatsarchiv.

haben, im höchsten Grade wachrief. Doch war es insofern unberechtigt, als Žerotín dem Kaiserhause treu anhing, den Plänen des Fürsten von Anhalt auf den Untergang desselben keinen Vorschub leistete und sich so von einigen seiner Gesinnungsgenossen vollständig trennte. Im J. 1615, nach dem Ablaufe des prager Generallandtages, schied er aus seinem Amte, ohne dass sich die Ursache sicherstellen lässt; vielleicht war es Ermüdung, vielleicht auch Ueberdruss an dem Gange der kaiserlichen Politik. Bezeichnend war es, dass durch das Zuthun der kaiserlichen Partei Ladislaus Popel von Lobkowitz, der Bruder des böhmischen Kanzlers, an seine Stelle trat.

Von seiner amtlichen Stellung befreit, zog sich Žerotín keineswegs in die Ruhe des Privatlebens zurück, sondern nahm an den öffentlichen Vorgängen nach wie vor den lebendigsten Antheil und unterhielt mit seinen politischen Freunden, die durchwegs unter den Protestanten zu suchen waren, einen lebhaften Briefwechsel. Seinem Urtheil wurde das grösste Gewicht beigelegt und alle jene, die sich nach einer Veränderung sehnten, waren begierig, seine Ansichten zu vernehmen. Der Markgraf von Jägerndorf, dessen der Kaiser in jenem Briefe an den Erzherzog Ferdinand im J. 1613*) ebenfalls nicht besonders freundlich erwähnte, und der in der That schlimmes gegen die Habsburger im Schilde führte, trachtete begierig nach seiner Freundschaft. Im Beginne des J. 1618 traf er mit Žerotín zusammen und besprach sich mit ihm über die öffentlichen Verhältnisse; der Markgraf schied von dieser Unterredung nicht wenig zufriedengestellt und glaubte mit Sicherheit auf seine Dienste rechnen zu können.**) Wenige Tage vor dem Fenstersturze hatte sich Žerotín auch in Prag aufgehalten, daselbst seine religiösen und politischen Freunde aufgesucht und den Verhältnissen in Böhmen überhaupt seine grösste Aufmerksamkeit zugewendet. So hatte er keinen Augenblick seine politische Thätigkeit eingestellt und war berufen, bei jeder Krise, die herankam, eine entscheidende Rolle zu spielen, wenn er dies wollte.

*) Seite 78.

**) Corr. Žerotins an Stietten dd. 18. Apr. 1619.

Was ihm überaus förderlich war, war die hohe Achtung, di
man überall vor seinem Charakter und seinen Kenntnissen hatte
In der That überall, denn auch auf Seite der Katholik
und der Regierung wurde ihm schliesslich diese in vollem Ma
zu Theil. Als der Aufstand in Böhmen ausbrach, dachte m
in Wien und Pressburg zu gleicher Zeit daran, sich seiner
einer allfälligen Vermittlung zu bedienen und bewies damit
grosses Vertrauen in seine Ehrlichkeit. Schon in den er
Tagen des Juni forderte ihn der Kaiser auf, nach Wien
kommen, um an den Berathungen bezüglich des Aufstandes Th
zu nehmen. Žerotín zögerte nicht, dem Rufe zu folgen und reiste
14. Juni von Trebitsch nach Wien. Mit dieser Reise schloss er
erste vielbewunderte Hälfte seines Lebens ab, die zweite bisher m
wenig oder gar nicht bekannte nahm damit ihren Anfang.

Trotz des Vertrauens, das man im Allgemeinen zu Žerot
Ehrlichkeit in Wien hatte, verhehlte man sich daselbst d
nicht, dass die Ereignisse diesem Manne selbst gegen seine p
sönlichen Neigungen seinen Platz anwiesen. Der Kampf
Böhmen hatte in dem Gegensatze zwischen Katholiken und P
testanten seine Wurzeln, wer auf die eine oder die andere S
gehörte, musste sich dieser anschliessen, unbekümmert um
Folgen eines Sieges oder einer Niederlage, die vielleicht üb
das eigentliche Streitobject weit hinausgingen. Auch von Žerot
meinte man, dass er nicht werde umhin können, sich an sei
Glaubensgenossen anzuschliessen, ja dies vielleicht schon gethan
habe und mit den Böhmen unter einer Decke spiele. Sein
Berufung nach Wien entsprang ebenso sehr dem Misstrauen al
dem Vertrauen, man erwartete, dass er dem Rufe, falls er sich
schuldig fühle, gar nicht folgen werde, und dann wusste man
doch wenigstens, woran man mit ihm war. Die Misstrauischen,
und das war diesmal Khlesl, rieten sogar, man solle sich Žero-
tíns, wenn er nach Wien kommen würde, bemächtigen, denn
seine schliessliche Verbindung mit den Protestanten sei doch
gewiss, habe man ihn aber festgenommen, so befände sich Mäh-
ren ohne Haupt und werde nicht revoltiren. *)

---

*) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. Preran 28. Juni 1618.

In Wien angelangt, wurde Žerotín bei dem Kaiser nicht vorgelassen, dagegen besuchten ihn die hervorragenden Staatsmänner und unter diesen der böhmische Kanzler und der Secretär Michna, berichteten ihm über die Vorgänge in Böhmen und ersuchten ihn um seinen Rath. Žerotín empfahl die Anwendung friedlicher Mittel zur Stillung des Aufstandes und als ein solches insbesondere die baldige Abreise des Erzherzogs Maximilian nach Böhmen in der Stellung eines Vermittlers. Sein Benehmen, seine Rathschläge und sein sichtbares Interesse für das Beste des Kaiserhauses verscheuchten alles Misstrauen gegen ihn; der Kaiser empfing ihn endlich selbst, lobte seine Rathschläge und gab auch seinerseits dem Wunsche nach Frieden einen unverhüllten Ausdruck. Angenommen wurde jedoch Žerotíns Meinung nicht, denn statt den Böhmen die Anzeige zu machen, dass Maximilian als Vermittler an sie abgeschickt werden würde, war ihnen schon Tags zuvor jenes Patent zugesandt worden, welches ihre Rüstungen verbot und von den Directoren mit Beschlag belegt wurde. Es war übrigens auch nicht die Absicht der Regierung, in Böhmen nach Žerotíns Rathschlägen vorzugehen, ihr eigentlicher Wunsch war, sich seiner in Mähren zu bedienen. Denn nachdem man einiges Zutrauen zu ihm gefasst hatte, ersuchte ihn der Kaiser in einer zweiten Audienz um seine guten Dienste bei dem nächsten Landtage in Olmütz und um die Unterstützung der königlichen Propositionen. Žerotín sagte zu und reiste darauf nach Hause zurück. Er kam gerade zu rechter Zeit an, um der ständischen Zusammenkunft, die in Olmütz am 26. Juni eröffnet wurde, beizuwohnen.

17. Juni 1618

19. Juni

21. Juni

Es war dies die erste Versammlung der mährischen Stände nach dem Ausbruche des Aufstandes. Von Seite der Böhmen fand sich bei derselben eine Gesandtschaft ein, an deren Spitze Heinrich Slawata stand, welche die Mährer zum Anschlusse an die gemeinsame Sache aufforderte. Konnte es wohl anders sein, als dass diese Aufforderung einen mächtigen Widerhall fand? Diejenigen, welche den Böhmen wohlwollten, beantragten die Wahl einer Gesandtschaft, die nach Prag gehen und an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen sollte; auf diese Weise sollte nach der Meinung der Antragsteller der Anschluss an den Aufstand vorbe-

reitet werden. Die Majorität verwarf aber den Vorschlag und b schloss die Absendung einer Deputation nach Wien, wel dem Kaiser zur Wahl friedlicher Massregeln bei der B kämpfung des böhmischen Aufstandes rathen sollte. Der B schluss kam nur dadurch zu Stande, dass sich die Thätigk Žerotíns bereits im Interesse der Regierung geltend macht Gleichzeitig wurde die Werbung von 2000 Reitern und 30 Mann zu Fuss zur Sicherung des Landes beschlossen. *)

Die hervorragendsten Mitglieder der Deputation, wel nach Wien abgeordnet wurde, waren der Cardinal Dietri stein, Fürst Karl von Liechtenstein und Žerotín. Als sie sich den Weg begaben, rüsteten sich bereits die kaiserlichen Trupp zu dem Marsche durch Mähren nach Böhmen. Der mähris Adel wurde darüber nicht wenig stutzig, theils fürchtete er unvermeidlichen Unannehmlichkeiten eines derartigen Dur zuges, theils war er entrüstet, dass das benachbarte Böhmen der Markgrafschaft aus angegriffen werden solle; überall Lande erhob sich der Wunsch nach der Berufung eines ne Landtages, um diese Angelegenheiten in Ordnung zu bring Die mährische Deputation machte sich in Wien zum D metscher dieser Klagen und Wünsche, begnügte sich aber der Antwort, dass der Kaiser Mähren mit dem Durchz nicht verschonen könne. Die Hauptaufgabe der Deputati bestand nun darin, die Ausgleichsberathungen in Gang zu brin gen. Dietrichstein und Liechtenstein waren aber nicht di Männer, die sich darum besonders bemüht hätten, da sie mit ihrer Gesinnung ohnedies auf kaiserlicher Seite standen. Žerotín allein suchte seinem Auftrage mit Ernst nachzukommen und beharrte auf der Meinung, die er bei seiner früheren Anwesenheit in Wien abgegeben. Der Boden für seine Wirksamkeit war aber diesmal noch ungünstiger als früher. Man vertröstete ihn, dass die Zeit zur Verhandlung erst kommen werde, wenn die Truppen des Kaisers in Böhmen angelangt sein würden und Mathias so mit mehr Reputation auftreten könnte. Žerotín liess sich durch diese Vertröstung um so

*) Brünner Landesarchiv. Ständische Zusammenkunft in Olmütz.

niger täuschen, je mehr er sich überzeugte, dass die Meinung
s Hofes mit wenigen Ausnahmen dahin ging, man solle die
legenheit benützen, den Böhmen einen Denkzettel zu geben,
Güter der Aufständischen zu confisciren und sich so für alle
sten schadlos zu halten. In seiner bisher nur leise sich geltend
chenden Hinneigung zur kaiserlichen Sache wurde er aber
tzdem nicht wankend gemacht, denn anderseits war er ebenso
wiss, dass auch die Böhmen von einem Ausgleiche nichts
ssen und ihre Sache mit den Waffen durchfechten wollten.
dem er so beiden Theilen eine gleiche Schuld an dem drohen-
n Ausbruche des Krieges beilegte, wurde er durch die neu-
wonnene Ueberzeugung nicht in einen Zustand völliger Unent-
hlossenheit hineingeworfen, sondern noch stärker und vielleicht
m selbst unbewusst zur kaiserlichen Partei hingezogen.*) Nach
ause brachte er das Versprechen mit, dass der Landtag auf
n 13. August nach Brünn berufen werden solle. **)

Zur Eröffnung des Landtags erschien Ferdinand als Stell-
rtreter des Kaisers in Brünn. Mathias verlangte in seiner
oposition, Mähren solle sich seinen Truppen öffnen und von
n für das Land geworbenen 5000 Mann ihm die Hälfte zum
griffe gegen Böhmen überlassen. Beide Forderungen waren
i der Haltung von Ungarn und Oesterreich ganz exorbitant
nennen und ihre Annahme fast für eine Chimäre zu halten.
ach mehrtägigen Verhandlungen gewährte der Landtag die
ste Forderung und öffnete so das Land für den Durchmarsch

---

*) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. Rossitz 26. Juli 1618.

**) Archiv des k. k. Minist. des Inn. Ferdinand an Mathias dd. 14. Aug. Brünn 1618. — Wiener Staatsarchiv. Unterschied. Acten IV. Aus Brünn dd. 24. Aug. — Skala II 325. Letzterer ist in Bezug auf den brünner Landtag nicht gut informirt. Er gibt unrichtig das Datum der Eröffnung auf den 3. Aug. an und behauptet auch, die Stände hätten beide Propositionen des Kaisers angenommen und ihm die Hälfte ihrer geworbenen Truppen überlassen. Abgesehen davon, dass dies nicht mit dem stimmt, was wir aus der Angabe des wiener Staats-Archivs (Untersch. Acten IV. Aus Brünn dd. 24. Aug.) wissen, ist auch nichts davon bekannt, dass bei dem folgenden Feldzuge in Böhmen mährische Truppen verwendet worden wären.

der kaiserlichen Truppen zum Angriffe auf Böhmen. Die s
Forderung wurde nicht gewährt, aber doch nicht für all
kunft abgelehnt. Die Stände beschlossen nämlich die '
einer Deputation, welche die Herstellung des Friedens in Bö
vermitteln und zu diesem Ende abermals nach Wien
sollte, um die nöthige Instruction in Empfang zu nel
Von Wien sollte die Deputation nach Prag reisen,
Böhmen auf glimpfliche Bedingungen hin zum Frieden m
und ihnen drohen, dass sich Mähren im Falle ihrer beharrl
Widersetzlichkeit dem Kaiser anschliessen werde. So
die Markgrafschaft immer mehr in die Kreise der kaiserl
Politik hineingezogen. — Welchen Antheil Carl von Ž
an diesen Beschlüssen hatte, ist nicht näher bekannt, jede
sind sie nur durch seine Zustimmung zu Stande gekom
In die Deputation, welche nach Wien reisen sollte, wurde
Fürst von Liechtenstein und Žerotín gewählt.

Einen Ersatz für Mähren erhielten die Böhmen glei
an *Schlesien*. Noch vor den Ereignissen des 23. Mai hatte
böhmischen Protestanten den Schlesiern ihr Leid geklagt
für ihre Beschwerden eine sehr günstige Aufnahme bei
Fürstentage — so hiessen die Landtage in Schlesien — gef
denn derselbe versprach ihnen in seiner Antwort thatsäc
Mithilfe. Bevor das Schreiben noch abgeschickt wurde
aus Prag die Nachricht von dem Fenstersturze ein und
entstanden in Breslau einige Zweifel, ob dasselbe in d
schlossenen Fassung abzusenden sei, oder nicht, denn das
sprechen einer thatsächlichen Hilfe konnte von den Bö
buchstäblich genommen und die Schlesier gleich im Be
in den Streit verwickelt werden. Es scheint, dass dies
wägungen die Absendung des Schreibens vereitelten, ohne
jedoch die Stimmung der Schlesier dem Aufstande n
günstig geworden wäre. Zu ihrer Bethätigung bot sich
eine neue Gelegenheit dar, als sich zu Anfang Juni Gesand
Prag bei ihnen einfanden, welche auf Grund des zwi
Böhmen und Schlesien im Jahre 1609 zum gegenseitigen Sc
ihrer religiösen Freiheiten geschlossenen Bündnisses Hilfe
langten, im Falle ihr Land vom Kaiser angegriffen würde

Fürstentag nicht mehr versammelt war, so erwiederten in der Zwischenzeit mit der Vertretung desselben betrauten enannten „nächstangesessenen Stände", dass sie für sich nen Beschluss fassen, wohl aber den Fürstentag allsogleich berufen würden.*) Dass diese Antwort nicht ungünstig zu ten war, bewiesen dieselben nächstangesessenen Stände einige ge später. Denn da der Kaiser sich in seinen Nöthen auch sie wandte und von ihnen theils die Erlaubniss zu Werngen, theils zu Durchzügen für Truppen, die er in Polen in nen Sold genommen, verlangte, schlugen sie ihm beides ab l sicherten die Böhmen dadurch an ihrer nordöstlichen Grenze.

13. Juni 1618

Zu dem Fürstentage, der am 3. Juli zusammentrat, schickte Kaiser den Reichshofrath Strahlendorf als seinen Commissär Er sollte in Breslau das Unrecht der Böhmen auseinanderzen, von ihrer Unterstützung abmahnen und die Stände um lfe gegen sie ersuchen. Die Gesinnungen, die am Fürstenge vorwalteten, waren keineswegs für die Gewährung der te, sondern für eine vorläufige Neutralität, die jedoch eine Böhmen günstige Färbung hatte. Denn ausser der Werbung n 2000 Reitern und 4000 Mann zu Fuss, deren Aufgabe zuchst die Bewachung der polnischen Grenze sein sollte, damit da keine Truppen dem Kaiser zu Hilfe zögen, wurde die sendung zweier Gesandtschaften nach Wien und nach Prag, chlossen, die beide eine Vertheidigung des Aufstandes beeckten. Die nach Wien bestimmte Gesandtschaft sollte dem iser Vorwürfe machen, dass er durch seine Politik nicht nur Böhmen zur Verzweiflung getrieben, sondern auch den lesischen Majestätsbrief in zahlreichen Fällen verletzt habe, l ihn bitten, einem friedlichen Ausgleiche die Hand zu bieten, rie die gerechten Beschwerden zu entfernen. An die Spitze ser Gesandtschaft wurde der junge Herzog von Brieg gestellt. e nach Prag abgeordnete Gesandtschaft sollte sich an Ort und lle über die Verhältnisse aufklären und zum Frieden mahnen, nn den Böhmen passende Bedingungen zur Aussöhnung anboten würden. Nähmen die Böhmen solche Bedingungen an,

*) Verhandlungen der schles. Fürsten und Stände von Palm S. 74.

so stehe Schlesien auf ihrer Seite, wolle man aber in Prag nur den Krieg, so fühle sich Schlesien an das Bündniss von 1609 nicht gebunden.*)

Es kam bei dieser Botschaft alles darauf an, ob die Böhmen und die Schlesier in der Beurtheilung dessen, was man als eine passende Friedensbedingung ansehen könne oder nicht, einerlei Meinung sein würden. Und in dieser Beziehung war die Uebereinstimmung beider Länder von Anfang an nicht zweifelhaft. Wenn sie vorläufig noch nicht einig im Handeln auftraten, so konnte doch vorausgesehen werden, dass sie sich früher oder später die Hand bieten würden. Unter den Tonangebern in Schlesien, welche auf den Bruch mit dem Kaiserhause lossteuerten, war der mehrerwähnte Markgraf Johann Georg von Jägerndorf aus dem Hause Brandenburg unbedingt der erste. Schon im Jahre 1609 arbeitete er an einer Verbindung Schlesiens mit der Union zum Verderben der Habsburger und liess seitdem dieses Ziel nie aus den Augen. Er war es, der später in dem Streite der Schlesier gegen die böhmische Kanzlei und in ihrem Begehren nach einer selbständigen Stellung die hervorragendste Rolle spielte, weil er darin eine Quelle grosser Verlegenheiten für Mathias voraussah und die Lockerung des böhmischen Staatsverbandes den schlesischen Fürsten zum Vortheile gereichte. Handelte er in diesem Streite gegen das böhmische Interesse, so trat er nach dem Fenstersturze wieder entschieden für den Aufstand ein, denn er sah in der Begünstigung desselben nicht nur eine noch viel ergiebigere Quelle für die Schwächung der Habsburger, sondern auch den geeignetsten Weg zur glücklichen Lösung eines Processes, in den er eben verwickelt war. In böhmischen Kreisen und im Kabinete des Kurfürsten von der Pfalz wurde seine Genossenschaft von Anfang nicht nur vorausgesetzt, sondern auch durch frühzeitige Verhandlungen sichergestellt. An der schlesischen Gesandtschaft nach Prag betheiligte er sich zwar nicht, da ihr jedoch Hartwig

*) Verhandlungen der schles. Fürsten von Palm. Instruction für die Gesandten nach Wien dd. 14. Juli S. 132, für die Gesandten nach Prag S. 137.

von Stietten, sein Rath und Oberhauptmann von Jägerndorf, angehörte, so war er durch diesen vertrauten Diener auf das beste vertreten. In der That war der genannte Edelmann das wichtigste Glied der nach Prag abgeordneten Gesandtschaft.

Von den Lausitzern liegen für diese Zeit keine näheren Nachrichten vor, wahrscheinlich ist nur so viel, dass sie weder den Böhmen noch dem Kaiser eine Unterstützung angedeihen liessen, also in vollkommener Neutralität verharrten.

So war der Stand der Dinge in den dem Kaiser unterworfenen Ländern. In Ungarn, Oesterreich und der Lausitz eine ungewisse Neutralität der ständischen Körperschaften, welche wenig trostreiches an sich hatte, Mähren nach der Anschauung der meisten Zeitgenossen in einem unnatürlichen und deshalb wenig verlässlichen Bündnisse mit dem Kaiser, Schlesien aber im Begriffe, sich den Böhmen anzuschliessen. Sonach waren nur jene Länder, die von König Ferdinand und von Erzherzog Maximilian beherrscht wurden, also Steiermark, Kärnthen, Krain, Istrien, Tirol und Vorderösterreich, die einzig sicheren Anhaltspunkte für die kaiserliche Politik. Die Lage des Kaisers war indessen vorläufig dadurch noch günstiger, dass er aus allen seinen Ländern, selbst Böhmen nicht ausgenommen, ungeschmälert die Einkünfte der Krongüter bezog. Dieselben waren zwar grösstentheils von den Interessenzahlungen für die kaiserlichen Schulden in Anspruch genommen und hätten also für Rüstungen nicht verwendet werden können; aber auch der Kaiser nahm für sich nach dem Muster des böhmischen Landtags ein Moratorium in Anspruch und verschob die Befriedigung seiner Gläubiger grösstentheils auf die Zukunft.

Siebentes Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges.

I Buquoy Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres. Hoffnungen in Wien in Bezug auf rasche Beendigung des Feldzugs. Dampierre bricht in Böhmen ein. Böhmischer Landtag vom 28. August. Adam von Waldstein. Versuch einer Gegenrevolution im Landtage. Allgemeines Aufgebot. Mansfeld. Karl Emanuel von Savoyen. Buquoy in Böhmen.

II Die mährische Deputation in Wien. Ihre Reise nach Prag. Unfreundlicher Empfang derselben in Böhmen. Žerotíns Wirksamkeit. Ruppa's Benehmen. Fehlschlagen der auf Schlesien begründeten Hoffnungen. Bescheid an die Mährer. Verhandlungen des sächsischen Gesandten in Wien. Der schlesische Fürstentag beschliesst die Unterstützung der Böhmen. Wirkung dieses Beschlusses in Wien. Entlassung des allgemeinen Aufgebots. Missliche Seiten desselben. Böhmische Finanzschwierigkeiten.

III Buquoy in grosser Gefahr. Dampierre in Wien. Grosse Verlegenheiten des Hofes. Vergebliche Hilfegesuche in Salzburg und München. Erzherzog Maximilian † (2. Nov. 1618). Niederlage der kaiserlichen Truppen in Böhmen. Eroberung Pilsens durch Mansfeld.

IV Thurn in Oesterreich. Zerwürfnisse des Kaisers mit den Niederösterreichern. Thonradl. Haltung der Oberösterreicher. Žerotín. Der Landtag in Brünn. Der Stand der Kriegsangelegenheiten in den Wintermonaten.

I

Die Vorbereitungen des Kaisers zum Kriege gegen die Böhmen hatten Anfangs Juni begonnen, doch nahmen sie längere Zeit keinen besonders raschen Verlauf. Erst nach Ferdinands Rückkehr von Pressburg und nach dem Sturze Khlesls wurde dies anders und die frühere Lässigkeit machte einer grösseren Rührigkeit Platz, wobei insbesondere der Umstand massgebend war, dass der Kaiser die Leitung sämmtlicher Angelegenheiten, die sich auf den böhmischen Aufstand bezogen, dem Könige übertrug. Jetzt wurden die Rüstungen so viel als möglich beschleunigt und als der Monat August herankam, beliefen sich

1618

die kaiserlichen Streitkräfte auf 3200 Reiter und 9600 Fussknechte, durchwegs sogenannte deutsche, d. h. in deutscher Weise einexercirte Truppen, an die sich noch 1100 Husaren und 300 Heiduken, die in Ungarn geworben waren, anschlossen. Im Ganzen zählte also die Armee etwa 14000 Mann. Um das oberste Commando dürften sich ursprünglich Dampierre und Khuen nicht wenig beworben haben, allein da der eine dem Kaiser, der andere dem Könige weniger angenehm war, so mussten sie sich mit der zweiten Stelle begnügen, während der Graf Buquoy an die erste berufen wurde. Auf diesen General war man schon vor einigen Jahren von kaiserlicher Seite aufmerksam geworden, und gedachte ihn an die Spitze jenes Heeres zu stellen, wegen dessen Aufstellung so lange und so vergeblich verhandelt worden war. Jetzt erinnerte man sich seiner wieder und da er sich in Flandern aufhielt, wurde Erzherzog Albrecht ersucht, ihn zum Uebertritte in die kaiserlichen Dienste zu bewegen. Der Erzherzog kam der Bitte bereitwillig nach, bewog Buquoy zur Uebernahme des Commando's und stellte die Bedingungen mit ihm dahin fest, dass sich der Kaiser verpflichtete, seinem neuen General einen monatlichen Sold von 3000 Gulden rheinisch und ausserdem noch 6000 Thaler für die erste Ausrüstung zu zahlen. Da sich Buquoy damit nicht ganz zufrieden zeigte, so legte der Erzherzog aus eigenem 15000 Gulden rheinisch hinzu. *) Nun säumte der Graf nicht länger und reiste Ende Juli nach Wien ab, um sich dem Kaiser zur Verfügung zu stellen. Der Erfolg zeigte, dass der Preis seiner Anwerbung im Verhältnisse zu den Diensten stand, die er seinem Herrn leistete.

Bevor Buquoy noch in Wien angelangt war, wurde der Krieg in Böhmen durch Dampierre eröffnet. Er brach mit 6000 Mann, theils Reitern, theils Fussvolk, in der Nähe des Städtchens Bystric, im Südosten von Böhmen, ein, bemächtigte sich des gleichnamigen dem Wilhelm von Slawata gehörigen Schlosses, rückte darauf weiter gegen Landstein vor und gelangte am 14. August

*) Wiener Staatsarchiv. Bohem. IV. Erzh. Albrecht an den Kaiser dd. 23. Juli 1618.

Abends bis vor die Thore von Neuhaus, welche Stadt gleichfalls dem ehemaligen Statthalter gehörte. Er verlangte von der darin liegenden ständischen Besatzung die unmittelbare Uebergabe, erhielt aber eine abschlägige Antwort. Da sich seinem Angriffe nicht nur die Besatzung, sondern auch die Bewohner der Vorstadt widersetzten, liess er diese, wie auch mehrere Dörfer der Umgebung niederbrennen und begann so nach Art jener Zeiten einen förmlichen Verwüstungskrieg. Hierauf zog er sich nach Bystric zurück, um sich hier zu verschanzen und von diesem festen Punkte aus die weiteren Unternehmungen vorzubereiten.*)

Während dem war Buquoy in Wien angelangt und traf da die letzten Vorbereitungen zur weiteren Führung des Feldzuges, den er rasch beendigen zu können hoffte. Man stellte ihm nämlich vor, dass das kaiserliche Heer zahlreicher sei als das böhmische, dass ersteres aus tüchtigen und erprobten Soldaten, letzteres aber nur aus zusammengelaufenem heimischen Volke bestehe. Diese Angaben enthielten wenigstens in Bezug auf das kaiserliche Heer eine arge Uebertreibung. Denn Buquoy überzeugte sich später zu seinem Schaden, dass zwei Drittel desselben ungeübte Rekruten waren. Aber wie man sich in dieser Beziehung am Hofe der Selbsttäuschung hingab, so auch bezüglich der Widerstandskraft der Gegner. Denn die allfälligen Skrupel des Generals wurden mit der Behauptung widerlegt, es werde, sobald er in Böhmen einrücke, daselbst eine Gegenrevolution ausbrechen: der dem Kaiser ergebene Adel werde sich erheben und das Land schnell zum Gehorsam zurückkehren. Diesen Mittheilungen entsprach der Kriegsplan Buquoy's. Er wollte die kaiserlichen Truppen an einem Punkte vereinen, von der Grenze rasch gegen die Hauptstadt vorrücken und sich um die dazwischenliegenden festen Plätze nicht weiter kümmern. Man hoffte in Wien, dass der Feldzug mehr einer militärischen Promenade als einem ernsten Kriege gleichen werde.

Derjenige Theil des kaiserlichen Heeres, der nicht mit Dampierre in Böhmen eingerückt war, stand unter Khuens

*) Skala II, 329.

Commando an der österreichisch-mährischen Grenze und harrte der Erlaubniss, seinen Weg durch die Markgrafschaft einschlagen zu dürfen. Als der brünner Landtag dieselbe gegeben hatte, rückte Khuen rasch vor, richtete seinen Marsch nach Iglau zu und drang bei Polna in Böhmen ein. Jetzt beeilte Buquoy seine Abreise von Wien; am 28. August machte er sich auf den Weg und traf am 2. September in Polna ein. Er hielt sich daselbst vier Tage auf, weil er noch weitere Truppenzuzüge erwartete und rückte darauf am 6. gegen Deutschbrod vor, wo er abermals drei Tage zubrachte, weil er sich mit Dampierre, der von Neuhaus herangezogen kam, vereinen wollte. Als die Vereinigung stattgefunden hatte, brach er gegen Časlau auf, das nur acht Meilen von Prag entfernt liegt. *) Gleich in den ersten Tagen des Feldzuges machte er die unliebsame Erfahrung, dass die Verpflegung grossen Schwierigkeiten unterliege. Pferde und Menschen litten Mangel an den nöthigen Nahrungsmitteln.

1618

Die Böhmen hatten mittlerweile unter Hohenlohe's Leitung die Rüstungen eifrig fortgesetzt. Die vom Landtage beschlossene Zahl von 16000 Mann war zwar noch nicht auf den Beinen, aber jedenfalls geboten sie über eine Armee von 10—12000 Mann, so dass sie den Kaiserlichen an Zahl ziemlich gleich kamen. Thurn, der sich seit dem Monate Juni vergeblich bemüht hatte, Budweis in seine Gewalt zu bekommen, beeilte sich jetzt, sein Lager daselbst abzubrechen und sich gegen Nordost zu wenden. Da die kaiserlichen Truppen die mährische Grenze noch nicht überschritten hatten, und ihm sonach ein unmittelbarer Angriff nicht drohte, verliess er während des Marsches die Armee auf einige Tage, um nach Prag zu eilen, wo der von neuem berufene Landtag seine Anwesenheit dringend erforderte.

Als die Nachricht von dem Einbruche Dampierre's an die Directoren gelangte, erfasste sie nämlich die Furcht, dass ihre bisherigen Rüstungen nicht ausreichen könnten und sie verfielen

*) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Buquoys Bericht über seinen Feldzug. — Sächs. Staatsarchiv 9169 IV, 45. Aus Wien an Herrn von Schönberg dd. 29. Aug. 1618.

wieder auf das mittelalterliche Hilfsmittel eines allgemeinen Aufgebotes. Da sie dies jedoch nicht für sich allein ausschreiben konnten, beriefen sie einen neuen Landtag auf den 27. August und verbanden damit die Aufforderung, die Stände sollten sich mit einem zahlreichen bewaffneten Gefolge einfinden, um sich mit diesem dann auf den Kriegsschauplatz zu begeben.

Die Stände fanden sich zur bestimmten Zeit ein und der 28. Aug. Landtag wurde darauf am anderen Tage eröffnet; anwesend waren einzig und allein die Protestanten. Da nun zur Vertheidigung des Landes alle Mittel aufgeboten werden mussten, und in den Händen des katholischen Adels ein sehr beträchtlicher Theil des Grundbesitzes lag, so war es begreiflich, dass man denselben bei den Steuerausschreibungen nicht auslassen konnte. Um ihm diese nicht zwangsweise auflegen zu müssen, wünschten die Directoren, dass sich auch die katholischen Stände am Landtage betheiligen und so dem Auslande gegenüber den Beweis liefern möchten, dass der Kampf in Böhmen nicht bloss für die religiöse, sondern auch für die politische Freiheit geführt werde, weil beide gleichmässig von den Herrschern beeinträchtigt wurden. Als demnach die Landtagsverhandlungen begannen, stellte Paul von Řičan die Frage, ob nicht auch die katholischen Stände zur Theilnahme an der gemeinsamen Berathung und an der Vertheidigung ihrer Freiheiten eingeladen werden sollten. Dieser Antrag wurde natürlich angenommen und beschlossen, dass die vornehmsten Katholiken durch eine eigene Deputation zum Anschlusse aufgefordert werden sollten. Der Oberstburggraf erwiederte der Deputation, als sie bei ihm erschien, dass er als ein von den Ständen im Arrest gehaltener Mann auf dem Landtage nicht erscheinen könne, übrigens auch nicht erscheinen werde, falls es ihm der Kaiser nicht befehlen würde. Diepold von Lobkowitz und der Schlosshauptmann Černín, der etwas ängstlich geworden war, schlossen sich der Erklärung des Oberstburggrafen in ihrem zweiten Theile an. Dagegen versprach der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Einladung am andern Tage zu folgen.

Von Seite der Directoren wurde nun den Ständen über die Kriegsangelegenheiten Bericht erstattet und von ihnen An-

gesichts der drohenden Gefahr eine neue Anspannung ihrer Kräfte verlangt. Die betreffenden Vorschläge nahmen die energischeste Vertheidigung des Landes in Aussicht und erstreckten sich sowohl auf die Beischaffung neuer Geldmittel, wie auf die Erhöhung der Streitkräfte. *) In Bezug auf erstere verlangten die Directoren die Verkürzung der Termine bei Einzahlung der im Jahre 1615 auf die folgenden fünf Jahre bewilligten Steuern und eine abermalige Auszahlung der statt der Aushebung des zehnten Mannes bewilligten Summe. Doch wollten sie deshalb auf das allgemeine Aufgebot nicht verzichten, sondern verlangten zur Ergänzung des geworbenen Heeres die Aushebung und Ausrüstung des fünften Mannes auf allen Gütern und des vierten Mannes in allen Städten; ausserdem sollte sich der Adel mit seiner Dienerschaft beritten machen und mit derselben die Reiterei vermehren. Diese Anordnungen, wenn sie in allen Theilen des Landes pünktlich befolgt wurden, hätten die geworbenen Truppen um etwa 33000 Mann zu Fuss und einige tausend Reiter vermehrt.

Am Schlusse machten die Directoren den Landtag mit den mittlerweile an den Kaiser abgeschickten und von ihm eingelangten Schriftstücken bekannt. Durch die eben eingelaufene Nachricht von dem Einbruche Khuens in Böhmen wurde die Mehrzahl der Stände doch etwas besorgt und sie beschlossen deshalb eine versöhnliche Zuschrift an den Kaiser. Graf Andreas Schlick verfasste den Entwurf, der darauf angenommen und am folgenden Tage nach Wien abgeschickt wurde. Sowohl Inhalt wie Wortlaut waren ziemlich demüthig, sprachen den Wunsch nach einem Ausgleiche aus und liessen auch bezüglich der jüngsten Vergangenheit einige Entschuldigungen einfliessen. **) Diese einlenkende Sprache war jedoch keineswegs die Folge geänderter Entschlüsse, sondern nur die vorübergehende Anstimmung eines andern Tones in der Correspondenz mit dem

*) Ueber die Landtagsverhandlungen berichten 1. Skala II; 2. der betreffende Landtagsbeschluss, befindlich in der Bibl. des F. Georg Lobkowitz, endlich 3) Wiener Staatsarchiv. Unterschiedliche Acten IV. dd. 2. und 5. Sept. 1618 Prag.

**) Skala II, 354.

Kaiser, die sich füglich noch nicht abbrechen liess. Die Häupter der Bewegung hatten um so weniger Grund, vor dem einfachen Heranrücken des kaiserlichen Heeres allzusehr bestürzt zu sein, da sie sich hinreichend gerüstet hatten und eben jetzt die Gewissheit erlangten, dass die Versprechungen des Kurfürsten von der Pfalz zur That heranreiften. Einige Tausend Mann unter Mansfelds Commando waren nämlich im Begriffe, ihnen zu Hilfe zu kommen.

Obwohl auch die weitaus grössere Mehrzahl der Stände trotz des scheinbar einlenkenden Schreibens an den Kaiser die Entschlossenheit der Directoren theilte und dem unvermeidlichen Kampfe nicht kleinmüthig ausweichen wollte, so machten sich doch in den privaten Aeusserungen der Einzelnen vielfache Besorgnisse geltend, seitdem das feindliche Heer die Grenze des Landes überschritten hatte und die Schrecknisse des Krieges unmittelbar im Anzuge waren. Man konnte sich nicht verhehlen, dass eine Niederlage für den Besitz des Adels die schrecklichsten Folgen haben würde. Bei dieser etwas gedrückten öffentlichen Stimmung fassten die Gegner des Aufstandes, die sich bisher zum Schweigen verurtheilt sahen, Muth und gaben ihrer Gesinnung einen unverhüllten Ausdruck, indem sie die drohenden Gefahren auf das schwärzeste ausmalten.

Auf diese Verhältnisse begründete der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der sich am 29. August im Landtage einfand, den Plan, die Stände wankend zu machen, ihr Vertrauen zu den Directoren zu untergraben und so jene Gegenrevolution anzubahnen, auf die man dem Grafen Buquoy Hoffnung gemacht hatte. Waldstein hatte sich hierüber mit allen Freunden der kaiserlichen Regierung, namentlich mit Stephan von Sternberg und Rudolf Trčka, die beide als Anhänger des alten Utraquismus der neuen protestantischen Entwicklung gram waren, verständigt. Die Häupter der Bewegung liessen es ihrerseits auch an nichts ermangeln, um die Verhandlungen des Landtages in ihrem Sinne zu lenken und dieser Vorsicht, so wie einer allfälligen Kenntniss von Waldsteins Vorhaben mag es zuzuschreiben sein, dass Thurn sich bei dem Landtage einfand, obwohl er auf dem Kriegsschauplatze schwer zu vermissen war.

Die Verhandlungen über die von den Directoren dem Land-
vorgelegten Propositionen sollten am 29. August in voller
g von allen drei Ständen vorgenommen werden. Da die
ungscommissäre sich an derartigen Berathungen nicht be-
ten, wenn sie nicht ausdrücklich um ihre Anwesenheit
t wurden, fanden sich auch die Directoren an diesem
nicht im Landtagssaale ein, erwarteten aber in einem
gemache, dass man sie um ihr Erscheinen ersuchen würde.
vor Eröffnung der Sitzung zeigte sich die Physiognomie
ersammlung ungewöhnlich erregt, die Mehrzahl der
enden war sichtlich auf bedeutsame Vorgänge gespannt.
r Bank, wo die Directoren sonst zu sitzen pflegten, liessen
diesem Tage der Oberstlandkämmerer Sezima von Oustí,
Trčka und Stephan von Sternberg nieder, ihnen zur Seite
sich die Repräsentanten der Adelsgeschlechter nach der
eobachteten Rangordnung, so dass die Plätze der Direc-
eingenommen waren. Bald erschien auch Adam von Wald-
mit einem grossen Convolut von Papieren, begleitet von
chen Personen, wie ein Fürst von Höflingen. Er nahm
sten Platz im Sitzungssaale als selbstverständlich ihm ge-
ein und blätterte in den mitgebrachten Schriften herum,
d er im Geiste den Angriff, den er im Sinne hatte,
Auch die Grafen Thurn und Hohenlohe liessen sich
le blicken, die Conversation der Stände unter einander
sich immer mehr, denn alle hatten eine mehr oder we-
klare Einsicht in die Wichtigkeit des Augenblicks. Da
sich mit einemmale Thurn zu Rudolf Trčka und machte
rwürfe, dass er nichts von der Vertheidigung des Landes
wolle und froh wäre, wenn der Kaiser dessen wie-
err sein würde. So unversehens gefasst wurde Trčka ver-
und läugnete die ihm zugemuthete Absicht, aber Thurn
eine Vertheidigung nicht gelten, sondern berief sich auf
ächtige Zeugen für seine Anklage. In Wahrheit konnte
egen Trčka die Beschuldigung erheben, dass er den kai-
en Feldherrn bei seinem Vorrücken in Böhmen mit Pro-
unterstützt habe, wobei es jedoch zweifelhaft war, ob er
freien Willen oder gezwungen that.

Jetzt erhob sich Adam von Waldstein, entschuldigte seine bisherige Abwesenheit und ersuchte, da ihm die gestern gemachten Propositionen nicht bekannt seien, um deren Mittheilung. Nachdem seiner Bitte willfahrt worden, verlangte er, dass man von den Directoren die gesammte mit dem Kaiser und den Reichsfürsten geführte Correspondenz abfordere und sie zum Gegenstande einer genauen Erwägung am Landtage mache. Dieser Vorschlag war den Anhängern des Aufstandes doppelt unbequem, denn er konnte unübersehbar lange Debatten veranlassen, während die von dem kaiserlichen Heere drohende Gefahr nicht Worte, sondern Rüstungen erheischte. Thurn und Hohenlohe protestirten deshalb auf das energischeste gegen den Vorschlag: „Soldaten brauchen wir und nicht Schriften," rief der letztere, „um den eingedrungenen Feind zurückzuwerfen." Ihre Ansprache begegnete einem solchen Beifalle, dass die Anhänger Waldsteins stumm blieben und die sofortige Berathung der Directorialpropositionen beschlossen wurde. Waldstein hatte sonach eine Niederlage erlitten. Doch gab er seine Sache noch nicht verloren, denn als man zur Berathung der Propositionen schreiten wollte und Wenzel Štampach den Antrag stellte, man solle die Directoren zur Mitberathung herbeirufen, widersetzte er sich dem und diesmal schlossen sich ihm auch seine Gesinnungsgenossen offen an. Während im Landtage darüber gestritten wurde, ob die Directoren zur Theilnahme an den Berathungen zuzulassen seien oder nicht, erschien von ihrer Seite eine Deputation mit der Anfrage, ob die Stände sie nicht in ihre Mitte berufen wollten. Dies machte der Debatte ein Ende, die weitaus grössere Mehrzahl bejahte es und nur Waldstein mit wenigen Anhängern verneinte es auch jetzt.

Kaum war die Zustimmung der Majorität den Directoren hinterbracht worden, so eilten sie in den Landtagssaal; die meisten in leidenschaftlicher Aufregung über die Kühnheit ihrer Gegner, die im Landtage selbst einen Angriff gewagt hatten. Sie stellten sich vor dieselben hin, und ihre wilden Blicke und Bewegungen liessen einen schlimmen Auftritt befürchten. Štampach reizte die Directoren noch mehr, indem er ihnen zurief: „Seht doch, Euer Gnaden, wie man mit Euch aufrichtig umzugehen

gedenkt," wozu der Graf Thurn hinzufügte: „Höret doch, was diese Herrn (Waldstein und sein Anhang) für Reden führen!" Der Präsident der Directorialregierung, Ruppa, schrie dem Obersthofmeister ins Angesicht: „Wer sind diejenigen Männer, die uns den Zutritt in den Landtag wehren wollen?" Diese und andere mit Leidenschaft gesprochenen und allgemein mit Beifall aufgenommenen Worte zeigten zur Genüge, dass der Landtag nicht mehr der Ort für eine Demonstration zu Gunsten des Kaisers sei. Da die Versammlung auf die heftigen Angriffe des Präsidenten eine Antwort von Seite der Angegriffenen erwartete, wurde es plötzlich stille im Saale und athemlos strengte Jedermann sein Gehör an. Niemand ergriff jedoch das Wort, und so beschwichtigte sich die Aufregung wieder allmälig. Die Directoren nahmen jetzt ihre gewohnten Plätze ein, die bisherigen Inhaber derselben, Waldstein wahrscheinlich ausgenommen, hatten es vorgezogen, sie zu räumen.

Als nun die Debatte über die Propositionen begann, ergriff der Obersthofmeister nochmals das Wort und protestirte gegen jede Verhandlung, denn nach der Landesordnung dürfe der König allein dem Landtage Propositionen machen, sonst sei Niemand, also auch nicht die Directoren, dazu berechtigt. Auch solle man aufhören, über etwaige Rüstungen zu verhandeln, sich vielmehr der Gnade des Kaisers empfehlen und reuig um seine Verzeihung flehen. Der Oberstkämmerer Sezima, der nach ihm das Wort ergriff, rückte mit keiner so deutlichen Sprache heraus, aber seine Rede kam zu denselben Schlussfolgerungen. Trčka erklärte, dass er dem Obersthofmeister ganz und gar beistimme und sich in keinem Punkte von ihm trennen könne. Stephan von Sternberg billigte zwar die Rüstungen, wollte aber, dass man dem Kaiser in demüthiger Sprache die Bereitwilligkeit zur Unterwerfung anzeige. Mit diesen Rednern schloss die Reihe der kaiserlich Gesinnten, wer sonst sprach, wollte nichts von Unterwerfung wissen. Thurn und Hohenlohe wiederholten die nunmehr in Schwung gekommene Behauptung, dass der Kampf nicht dem Kaiser, sondern den bewaffneten Banden, die in Böhmen eingedrungen seien, gelte; der Kaiser selbst wisse nichts von dem begonnenen Kriege, wie er auch nichts

von Khlesls Verhaftung gewusst habe. Auch Budowec erhob seine gewichtige Stimme und meinte, dass, so lange die Katholiken regierten, an einen Frieden nicht zu denken sei.*) So erlangte die zur Weiterführung des Aufstandes entschlossene Partei zuletzt einen vollständigen Sieg. Die Directorialproposition bezüglich der Aushebung des fünften und vierten Mannes wurde ungeschmälert angenommen und ausserdem noch beschlossen, dass sich der Adel mit seinen Dienstmannen beritten mache und dem Landesaufgebot anschliesse. Die Mannschaft eines jeden Kreises sollte sich in der Kreishauptstadt einfinden, daselbst ihre Bewaffnung vervollständigen und die weitere Bestimmung gewärtigen.

Anders gestaltete sich jedoch die Steuerfrage. Obwohl die Forderungen der Directoren nur ein Gebot dringender Nothwendigkeit waren, fanden sie doch keinen Anklang, und das Benehmen der Stände glich hiebei dem thörichter Kinder. Sie hatten nicht den Muth, in eine Untersuchung der öffentlichen Bedürfnisse einzugehen, denn mit dieser Untersuchung hätten sie die Nothwendigkeit weiterer Zahlungen erkannt. Am 29. August beschlossen sie zwar, die Verhandlungen über die Finanzfrage am folgenden Tage zu eröffnen, als aber dies geschehen sollte, war die Mehrzahl der Stände verreist und der Landtag konnte keine weiteren Beschlüsse fassen.

Die Entschlossenheit, mit der die Directoren auf dem Landtage jene Partei niederhielten, die einen Ausgleich mit dem Kaiser um jeden Preis herbeisehnte, hatte, wie schon oben bemerkt wurde, auch ihren Grund in glänzenden Aussichten, die sich ihnen in Bezug auf äussere Unterstützung eröffneten. Die Hoffnungen, die sie von Anfang an auf den Kurfürsten von der Pfalz gesetzt hatten, und die durch Solms Mission nicht wenig belebt worden waren, gingen jetzt in Erfüllung. Der Kurfürst von der Pfalz liess ihnen die Nachricht zukommen, dass er auf seine

*) Skala II, 360 und flg. — Wiener Staatsarch. Unterschiedliche Acten IV. aus Prag den 2. Sept. Ebendaselbst aus Prag den 5. Sept. — Sächs. Staatsarchiv 9169 IV. fol. 267 Grünthal an die sächs. geh. Räthe, dd. Prag den 4/14 Sept. 1618.

Kosten einige Tausend Mann unter dem Commando des Grafen Ernst von Mansfeld den Ständen zu Hilfe schicken wolle. Die betreffenden Truppen lagen bereits in der Nähe der böhmischen Grenzen und es bedurfte von Seite der Directoren nur einer Annahme dieses Anbotes, um über sie nach Belieben zu verfügen. Die letzteren griffen selbstverständlich mit leidenschaftlicher Hast nach der dargebotenen Hilfe und nahmen am 30. August den Grafen Mansfeld unter dem Titel eines Generals der Artillerie in ihre Dienste. So gelangte dieser merkwürdige Vorläufer Waldsteins nach Böhmen. 1618

Ueber Ernst von Mansfeld, sein Geburtsjahr, seine Mutter und die Legitimität oder Illegitimität seiner Geburt, sind die Nachrichten gleich von Anfang an verworren. Gründliche historische Untersuchungen der Neuzeit*) liefern den Nachweis, dass er ein natürlicher Sohn des Fürsten Peter Ernst von Mansfeld und einer gewissen Anna von Benzrath war. Der genannte Fürst, einer der angesehensten belgischen Edelleute, war zweimal verheirathet; aus der ersten Ehe hatte er drei Söhne und eine Tochter, aus der zweiten acht Söhne, alle elf Söhne starben aber noch vor dem Vater ohne Hinterlassung von Erben. Mit Anna von Benzrath hatte Mansfeld drei Kinder, den berühmten Ernst, dann Karl und Anna. Die gewöhnliche Angabe lässt Ernst im J. 1580 geboren werden; gibt es auch hiefür keinen ausreichenden Beweis, so kann der allfällige Irrthum nicht bedeutend sein. Der frühzeitige Tod der meisten legitimen Erben liess den alten Fürsten von Mansfeld wünschen, eintretenden Falls Titel und Güter seiner illegitimen Nachkommenschaft zu hinterlassen und er wandte sich deshalb gegen Ende des J. 1590 oder Anfang 1591 an Philipp II von Spanien mit der Bitte um die Legitimation der drei obengenannten Kinder Anna's von Benzrath. Diese Bitte wurde erfüllt, Philipp II erklärte dieselben für fähig, den Titel und den Besitz ihres Vaters zu erben, doch unter der Bedingung, dass an die königliche Finanzverwaltung eine gewisse Taxe gezahlt werde.

Es tritt nun der eigenthümliche Umstand ein, dass diese

*) Villermont: Ernest de Mansfeldt.

scheinbar nicht schwer zu erfüllende Bedingung nicht eingehalten und somit die ganze Legitimation nicht rechtsgiltig wurde. Denn anders lässt sich nicht erklären, weshalb der Vater in seinem Testamente vom J. 1602 seine Güter Mansfeld, Heldrungen u. s. w. „seinen nächsten Verwandten aus dem altberühmten Hause der Mansfeld," ferner sein bewegliches Hab und Gut der Nachkommenschaft seiner ehelichen Tochter Polixena, seinen natürlichen Kindern, Ernst, Karl und Anna, aber nur eine mässige Summe für ihren Unterhalt anwies und im übrigen sie der Gnade des Erzherzogs Albrecht und seiner Gemahlin empfahl. Macht der Wortlaut des Testamentes, welches von Ernst und seinen Geschwistern nie anders als von natürlichen Kindern spricht, und die darin enthaltenen Verfügungen die Giltigkeit der Legitimation zweifelhaft, so wird dies noch mehr der Fall, wenn man bedenkt, dass sich Ernst von Mansfeld, dessen Eigenschaft wahrlich Bescheidenheit nicht war, nie den fürstlichen Titel seines Vaters beigelegt hat. Nach dem Tode desselben nannte er sich Anfangs nur Ernst von Mansfeld, und diese Bezeichnung wurde ihm auch in den officiellen Acten beigelegt. Seit dem J. 1607 erscheint aber sein Name ab und zu mit dem Grafentitel verbunden, ohne dass man die Ursache kennt; dieser Titel wurde allmälig von Ernst festgehalten und blieb mit seinem Namen ungetrennt in der Geschichte. Der jüngere Bruder Karl nahm nie den Grafentitel, geschweige denn einen höheren in Anspruch, wiewohl er am Hofe von Brüssel und als Dechant des Gudulacapitels eine geachtete Stellung behauptete. Sein Amt zeigt, dass er sich dem geistlichen Stande widmete; in der That hatte er sich mit Eifer dem Studium der Theologie hingegeben und mehrere in diese Wissenschaft einschlagenden Werke verfasst. Seine von der des Bruders so verschiedene Laufbahn endete durch einen friedlichen Tod im J. 1647. Ihre Schwester Anna scheint in früher Jugend gestorben zu sein.

Die erste Bekanntschaft mit den Waffen machte Ernst in Ungarn, wo er im J. 1603 selbst in nähere Beziehungen zu dem Erzherzoge Mathias trat, der ihn mit dem Commando über eine Leibcompagnie betraute. Aus dieser ehrenvollen Stellung musste Mansfeld wegen einer schmutzigen Spiel- und Duellgeschichte

scheiden; man beschuldigte ihn, dass er eine Schuld abgeleugnet habe, weil er wusste, dass dem Gläubiger sein Schuldschein abhanden gekommen sei. Als er nach Belgien zurückkam, lebte sein Vater noch und empfahl ihn dem Erzherzoge Albrecht auf das wärmste, der zufolge dieser Bitte dem jungen Manne das Commando über ein Reiterregiment übertrug, das er früher werben sollte. Zahlreiche Beweise tauchen jetzt in den belgischen Archiven auf, dass sich das mansfeldische Regiment durch Mangel an Disciplin, Räubereien und Gewaltthätigkeiten aller Art vor anderen hervorthat. Die Art und Weise, wie Mansfeld später den Krieg führte, machte sich also schon jetzt geltend. Der Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen Belgien und Holland setzte seiner Laufbahn ein frühes Ziel, doch blieb er nicht lange müssig, sondern trat in die Dienste des Erzherzogs Leopold, als dieser seine jülicher Werbungen anstellte. Er wurde mit dem Commando einer Reiterschaar von 200 Mann betraut und fand jetzt noch reichlicher Gelegenheit, sein angeborenes Talent, Truppen durch Brandschatzungen zu erhalten, auszubilden, denn von Zahlungen war bei Leopold wenig die Rede.

So erhielt Mansfeld seine Soldaten, indem er sie bald jülicher, bald luxemburger und trierer Gebiet brandschatzen liess. Bei diesem Treiben fiel er in die Hände des Grafen von Solms, der im Auftrage des Kurfürsten von Brandenburg und des Pfalzgrafen von Neuburg, der beiden Prätendenten auf die jülicher Erbschaft, Düren besetzt hielt. Er erwartete nun, dass ihn Leopold aus der Gefangenschaft auslösen werde; da dieser aber bei seinem steten Geldmangel ihn nur mit Versprechungen hinhalten konnte, wurde Mansfeld seiner Lage überdrüssig und beschloss, sich selbst zu helfen, allerdings, wie es scheint, auf ehrlose Weise. Es heisst nämlich, dass er sich dem Grafen von Solms und dessen Dienstgebern gegenüber zu einem Verrath an seinem Herrn verpflichtet habe. In der That wurde Mansfeld in Freiheit gesetzt, worauf er neuerdings im Dienste des Erzherzogs 1000 Mann zu Fuss und 500 Reiter warb. Nachdem er lange vergeblich um deren Musterung gebeten, wurde ihm dieselbe bewilligt und ihm ein Theil seiner neu aufgelaufenen

Forderungen bezahlt. Kaum hatte er das Geld in Händen, so brachte er seine Truppen in eine solche Lage, dass sie sich der Union ergeben mussten. Mansfeld selbst suchte jeden Kampf zu verhüten und forderte die Soldaten auf, in die Dienste der Union zu treten, indem er mit seinem eigenen Beispiele voranging. Ein guter Theil folgte dem Anführer, der erst vor einigen Tagen dem Erzherzoge den Treueid geschworen hatte.

Wie sehr auch Mansfeld durch den Erzherzog wegen des verweigerten Lösegeldes verletzt worden sein mag, sein gegenwärtiges Auftreten war und blieb nichtsdestoweniger ein gemeiner Treubruch, der selbst in jenen Zeiten nicht häufig wiederkehrte und demgemäss auch verurtheilt wurde. Mansfeld fand bei dem Uebertritte nicht die gehoffte Rechnung. Der Krieg nahm ein baldiges Ende und er wäre in arge Bedrängnisse gerathen, wenn ihm nicht die Union in Erwartung künftiger Dienste ein Wartegeld von 1000 Gulden jährlich, das sie später verdoppelte, bewilligt hätte. Vier Jahre brachte der kriegslustige Mann in erzwungener Ruhe und Unthätigkeit an dem Hofe des Markgrafen von Anspach zu, als der Herzog von Savoyen ihm Aussicht auf Beschäftigung eröffnete. Derselbe geriet nämlich wegen des Marquisats von Montferrat, dessen er sich zum Nachtheile der rechten Erbin bemächtigen wollte, in Krieg mit Spanien, der Anfangs durch den Vertrag von Asti (1615) beschwichtigt wurde, bald aber von neuem ausbrach und erst im J. 1617 (Ende September) durch den Frieden von Madrid ein Ende nahm. Mansfeld trat während dieses Krieges in die Dienste des Herzogs und diente ihm auch als Mittelglied bei den Verhandlungen mit der Union, zu der Karl Emanuel in innige Beziehungen trat.

Selbst nach dem Frieden von Madrid verabschiedete der Herzog noch nicht seine sämmtlichen Truppen, weil er den Spaniern nicht traute und weil eine der Friedensbedingungen, die Räumung von Vercelli, von ihnen längere Zeit nicht erfüllt wurde. Da dies, wie es scheint im Juni 1618, endlich geschah, sollten die mansfeldischen Truppen entlassen werden und ihren Rückweg nach Deutschland durch die Schweiz antreten. Schon waren sie im Kanton Bern, als Karl Emanuel die Nachricht

n Ausbruche des böhmischen Aufstandes erhielt.*) Der vor-
htige Fürst bewies diesmal durch einen raschen Entschluss
ine ausserordentliche Voraussicht und Klugheit. Er erblickte
dem böhmischen Aufstande kein vorübergehendes Ereigniss,
ndern den gefährlichsten Angriff gegen die Habsburger.
in Sinnen und Trachten, das sich durch Jahrzehende in der
ekämpfung dieses Hauses abgemüht hatte, ersah in den böhmi-
hen Vorgängen die beste Gelegenheit zur Erreichung seines
eles und er entschloss sich zu einem für seine Finanzen em-
indlichen Opfer. Ohne erst gefragt oder gebeten zu werden,
eilte er dem Grafen Mansfeld den Entschluss mit, dass er von
n 4000 Mann, die derselbe unter seinem Commando hatte,
 Hälfte weiter unterhalten und den Böhmen zu Hilfe schicken
olle unter der Bedingung, dass das Geheimniss dieser Unter-
ützung nur drei Personen: dem Kurfürsten von der Pfalz, dem
ürsten von Anhalt und dem Markgrafen von Anspach bekannt
geben werde.**) Den Kurfürsten von der Pfalz unterrichtete
 von seinem Entschlusse durch den in Turin residirenden eng-
schen Gesandten Sir Isaac Wake, an dem die böhmische Sache
nen eifrigen Vertheidiger gefunden hatte. Am Hofe von
eidelberg verursachten diese Nachrichten ausserordentliche
reude und erweckten die Hoffnung auf weitere Leistungen.
nhalt verwerthete gleichzeitig das Geheimniss im Interesse der
älzischen Politik, denn er beschloss auch die Böhmen über

*) Die Meinung, als ob die Mansfeldischen Truppen seit ihrer Werbung (1617) im Anspachischen gestanden wären, ist nicht richtig. Ausdrücklich schreibt Wake an Jakob I: It doth fall out very happely, that these troopes are at this present within three days jorny of the Palatinate, as having marched out of the state of Berne shortly after the restitution of Vercelli, with purpose to retire unto theyr howses after the 24 July by this account, at which time theyr month did expire; and they were to receave their last pay. But uppon the newes of the troubles threatened in Germany the Duke of Savoy hath retayned these troopes for a longer time . . . Gardiner, Letters and other documents illustrating the relations between England and Germany. Wake to James I Turin $\frac{12}{22}$ July 1618.

**) Münchner Staatsarchiv. Mansfeld an Anhalt im Juli und Anfang Aug. 1618.

die wahre Quelle dieser Hilfe im Dunkeln zu lassen und das Verdienst dem Kurfürsten allein zuzuschreiben. *)

Da Karl Emanuel angedeutet hatte, dass Venedig sich auf die böhmische Seite stellen könnte, so traten der Fürst von Anhalt und der Markgraf von Anspach in Schwabach zu einer Conferenz zusammen, um alle Vortheile der angebotenen savoyischen Allianz zu erwägen und sie fester zu knüpfen. Die unerwartete Vorschubleistung ihrer Pläne machte, dass sie sich den überspanntesten Hoffnungen hingaben und gern die Kosten für den Kampf in Böhmen auf italienische Schultern gewälzt hätten; auch wurden sie in diesen Anschauungen durch den Grafen Mansfeld, der die zu hoffenden Vortheile der savoyischen Allianz mit den glänzendsten Farben ausmalte, nicht wenig bestärkt. **) Sie beschlossen deshalb den Grafen von Mansfeld und den Burggrafen Christoph von Dohna nach Turin abzusenden, um von dem Herzoge eine Erhöhung der Hilfe auf 4000 Mann zu Fuss und 500 Reiter zu erwirken und durch seine Vermittlung von Venedig eine jährliche Unterstützung von 300.000 Dukaten oder wenigstens der halben Summe zu erlangen. Die Gesandten sollten dem Herzoge sagen, dass der prager Aufstand für die Erhebung des Pfalzgrafen auf den böhmischen Thron, für die Befriedigung der protestantischen Ansprüche in Deutschland und zur Demüthigung des Hauses Habsburg ausgenützt werden solle. Zum Danke für die geleistete Hilfe wollten sie dem neuen Bundesgenossen die deutsche Krone versprechen, da sich die Mehrzahl der Kurstimmen vermittelst pfälzischer und französischer Hilfe hiefür gewinnen lassen werde. Der Kurfürst von der Pfalz, dem die den Gesandten zu ertheilende Instruction zur Genehmigung unterbreitet wurde, war im ganzen mit derselben einverstanden, wollte aber nur Dohna nach Turin abschicken, da Mansfeld sich vor allem rasch auf den Weg nach Böhmen begeben solle. ***)

---

*) Münchner Staatsarchiv. Anhalt an den Kanzler Grün dd. $\frac{24. \text{Aug.}}{3. \text{Sept.}}$ 1618. Archiv Unito-Prot. Anspach an Anhalt dd. $\frac{31. \text{Juli}}{10. \text{Aug.}}$ 1618.

**) Münchner Staatsarchiv. Dohna an Anhalt dd. Turin 8/18 Oct. 1618.

***) Die Nachweise über diese Angaben in den Beilagen des Arch. U. P.

Dieser Vorschlag wurde gebilligt und Mansfeld nach Böhmen
chickt, während dem Burggrafen Dohna die Mission nach Turin
rtragen wurde. Schon am 30. August wurde Mansfeld von
böhmischen Ständen in Dienst genommen, zum Artillerie-
neral ernannt und ihm das Commando über eine Anzahl im
iche zu werbender Truppen übertragen. Durch diese osten-
le Bedienstung und den damit verbundenen Auftrag zu Wer-
ngen, die längst vollendet waren, sollte dem Kaiser gegenüber
r Schein gewahrt bleiben und sowohl von Savoyen als von
r Union der allfällige Verdacht entfernt werden. Mansfeld
ckte darauf mit seinen Truppen in Böhmen ein und nahm
nfangs September sein Quartier zwischen Klattau und Pilsen.*)
m wiener Hofe blieb diese Bewegung nicht verborgen und
r Kaiser beschwerte sich gegen den Markgrafen von Anspach,
s er den feindlichen Truppen Vorschub geleistet habe. Der
rkgraf wies den Vorwurf von sich und erklärte die mans-
dischen Rüstungen auf die allerunschuldigste Weise. Der
af habe nämlich einige Zahlungen des Herzogs von Savoyen,
i dem er in Diensten gestanden, in Nürnberg einkassirt und
ine früheren Truppen in die Nähe dieser Stadt bestellt, um
ch ihnen den rückständigen Sold auszuzahlen; als sie nun da
rsammelt gewesen, sei ihnen von den böhmischen Ständen ein
enstantrag gemacht worden. Da Mansfeld nicht ungeneigt
wesen, sein Glück wieder zu versuchen, habe er den Antrag
genommen und sei nach Böhmen gerückt; der Markgraf aber
be sich gefreut, der lästigen Gäste los geworden zu sein. **)

Nachdem Thurn bei seiner Anwesenheit in Prag während
Augustlandtages auch die auf die Verwendung der Mans-
lischen Truppen bezüglichen Anordnungen getroffen hatte,
liess er die Hauptstadt und eilte nach Čáslau, dem voraus-
htlichen Schauplatze der nächsten Kriegsereignisse, wo sich
tlerweile seine Truppen auf dem Rückmarsche von Budweis
centrirt und mit neuen Zuzügen verstärkt hatten. Das kai-

*) Skala II, 391.

**) Wiener Staatsarchiv, Bohem. V. Der Markgraf an den Kaiser dd. 8/18 Sept. 1618.

serliche Heer, dessen zwei Hauptabtheilungen sich am 9. September in Deutschbrod vereint hatten, rückte über Habern und Goltsch-Jenikau gegen Čáslau vor. Buquoy erwartete, dass ihm der Feind entgegen gehen und eine Schlacht anbieten werde; allein Thurn blieb ruhig in einer festen Position bei Čáslau und beschränkte sich auf die Beobachtung der Kaiserlichen. Es kam nur zu Scharmützeln, die keine besondern Folgen hatten und höchstens zur Verwüstung des Kriegsschauplatzes beitrugen. Graf Thurn liess zu seiner Sicherheit mehrere Dörfer in Asche legen und die Kaiserlichen blieben hinter dem Beispiele nicht zurück, man beschuldigte sie 24 Dörfer binnen wenigen Tagen eingeäschert zu haben. *) Auch legte man ihnen die mannigfachsten Frevel zur Last, man behauptete, dass sie den Pfarrer von Goltsch-Jenikau lebendig gebraten, Frauen und Mädchen geschändet und zuletzt an die Schwänze ihrer Pferde angebunden und fortgeschleppt hätten. So barbarisch zeigt sich also der Krieg schon im Beginne und wenn auch nicht alle Angaben sich als richtig erweisen dürften, so ging es jedenfalls arg her. Nach Buquoy's Andeutung trieben es die ungarischen Truppen am schlimmsten.

Buquoy geriet durch die beharrliche Weigerung Thurns, eine Schlacht anzunehmen, in nicht geringe Verlegenheit, da die Verpflegung seiner Truppen von Tag zu Tag schwerer wurde. Schon vor dem 16. September trat ein solcher Mangel an Lebensmitteln ein, dass manche Soldaten durch mehrere Tage keinen Bissen Brod bekamen. Wollten sie sich die nöthige Nahrung durch Requisition verschaffen, so liefen sie grosse Gefahr, denn das gesammte Landvolk zeigte sich der Sache des Aufstandes auf das innigste ergeben. In starken Haufen umschwärmten sie das Lager von allen Seiten, hieben die Kaiserlichen nieder, wenn sie sich irgendwo vereinzelt blicken liessen, und fielen selbst über die Fouragewägen her, wenn sie nicht von einer starken

*) Skala II. 330 und 386. — Innsbrucker Statthaltereiarchiv, Buquoy's Bericht. — Skala behauptet, dass Thurn nur ein Dorf habe in Brand legen lassen. Buquoy gibt aber ausdrücklich an, es seien mehrere gewesen.

Escorte begleitet wurden. Auch beobachteten sie von den Kirchthürmen aus unablässig die Bewegungen derselben und läuteten zum Sturme, so oft sich eine Abtheilung in Marsch setzte. Unter der steigenden Noth wurde die Disciplin der Kaiserlichen lockerer und Buquoy gestand selbst, dass er Ausschreitungen hingehen lassen müsse, die er sonst nicht geduldet hätte. Dem Kaiser berichtete er zu seiner Ernüchterung, dass sich die Gesammtheit der Eingebornen mit Enthusiasmus an der Vertheidigung des Landes betheilige und er dadurch in die schwierigste Lage gerathe.

Am 17. September kam Graf Hohenlohe aus Prag mit frischen Streitkräften und namentlich mit einem Artilleriepark an und verband sich mit Thurn, der aber auch jetzt nicht aus seiner passiven Rolle heraustrat. Buquoy sah sich in Folge dessen genöthigt, seine ausgesaugten Quartiere zu wechseln und sich südlich gegen Ledeč zurückzuziehen. Auf Seite der Böhmen bewunderte man seine zahlreichen und wohlangelegten Manöver, seine unerwarteten Märsche und ähnliche Kunststücke und scheute sich, ihm die Möglichkeit zu geben, die Vortheile seiner überlegenen Erfahrung und Geschicklichkeit geltend zu machen.*) Man wartete noch auf den Anschluss der Schlesier, mit denen deshalb wichtige Verhandlungen im Zuge waren, um dann mit überlegener Macht über ihn herzufallen und ihn zu erdrücken. So schleppte sich der Krieg durch den ganzen September resultatlos hin und beschränkte sich auf die angedeuteten Gegenden. Das wichtigste Interesse nahmen indessen die betreffenden Verhandlungen mit Schlesien, die durch einen gleichzeitigen Vermittlungsversuch der Mährer durchkreuzt wurden, in Anspruch.

II

Man erinnert sich, dass die mährischen Stände auf dem Brünner Landtage ihre guten Dienste bei den etwaigen Aus-

*) Skala II. 360. 407.

gleichsverhandlungen zwischen dem Kaiser und den Böhmen angeboten hatten. Eine Deputation, zu deren Mitgliedern der Fürst von Liechtenstein und Karl von Žerotín gehörten, reiste nach dem Schlusse des Landtages nach Wien, um daselbst diese Angelegenheit weiter zu betreiben. In den Verhandlungen, die mit ihnen von kaiserlicher Seite gepflogen wurden, einigte man sich über die Vorbedingungen eines allfälligen Ausgleiches. Darnach sollten 1. die Böhmen den Kaiser um Verzeihung bitten, 2. in Demuth einen Ausgleich ansuchen und 3. den König Ferdinand bitten, denselben bei Mathias zu befürworten. Man sieht, dass durch diese Punkte eigentlich gar nichts festgesetzt und namentlich der religiöse Zwist in keinem der strittigen Fälle geordnet wurde, alles sollte erst der eigentlichen Verhandlung überlassen werden. Was diese selbst betrifft, so sollte sie in die Hände einiger Fürsten gelegt werden, die deshalb von Mathias seit einigen Wochen um ihre guten Dienste ersucht wurden. Es waren dies die Kurfürsten von Mainz und Sachsen, der Pfalzgraf Friedrich und der Herzog von Baiern, zwei Katholiken also, und zwei Protestanten. Man konnte jedoch sehr bezweifeln, ob die mährische Vermittlung die Anbahnung des Ausgleiches beschleunigen werde. Denn wie aus der ihr mitgetheilten Instruction ersichtlich ist, war darin über einen vorläufigen Waffenstillstand nichts bestimmt. Dies geschah von Seite des Hofes nicht aus Versehen, sondern mit gutem Grunde, denn der Kaiser setzte als selbstverständlich voraus, dass die Böhmen ihre Truppen entlassen müssten, sobald er ihnen die Hoffnung auf einen Ausgleich eröffnete. Dass er oder Ferdinand den Böhmen eine derartige Nachgiebigkeit zumuthete, mag nicht Wunder nehmen, dass aber die Mährer und mit ihnen Karl von Žerotín unter solchen Umständen hoffen konnten, etwas fruchtbringendes in Prag auszurichten, kann allerdings unser Staunen erregen. — Als sich die mährische Deputation von Mathias verabschiedete, traf sie den päpstlichen Nuncius im kaiserlichen Vorzimmer. Dieser, dem die Instruction, welche sie erhalten hatte, nicht unbekannt war, gab ihr die Mahnung auf den Weg, sich nicht bloss mit den allgemeinen Weisungen derselben zu begnügen, sondern gleichzeitig einige Personen in Prag festzu-

nehmen. Lachend erwiederte Liechtenstein, dass die Böhmen nicht des Papstes Unterthanen oder Sklaven seien, und Žerotin fügte hinzu: „Warum befiehlt man uns nicht, dass wir ihnen gleich den Kopf abschlagen?“ *)

Gleichzeitig mit der Abreise der mährischen Deputation von Wien oder wenige Tage zuvor richteten sowohl der Kaiser wie Ferdinand und Maximilian eigene Schreiben an die böhmischen Stände, die offenbar die Absicht hatten, die bevorstehenden Verhandlungen der Mährer zu fördern. Der Kaiser schrieb, dass er die böhmischen Beschwerden Vermittlern zur Untersuchung übergeben wolle und von den Ständen dafür die Rückkehr zum Gehorsam erwarte. Im Falle weiterer Widersetzlichkeit hätten sich die Stände selbst die traurigen Folgen zuzuschreiben. Auch Ferdinand schrieb an die Stände — es war das erstemal der Fall — und bot ihnen seine ergebenen Dienste bei dem Kaiser an, indem er ihnen die Annahme eines Ausgleiches empfahl, aber zugleich die vorläufige Niederlegung der Waffen verlangte. In ähnlicher Weise liess sich auch Erzherzog Maximilian vernehmen. Die Directoren, denen diese Schreiben zukamen, theilten ihren Inhalt ohne weitere Bemerkung dem ständischen Ausschusse mit, den ihnen der Landtag wenige Tage zuvor für die Verhandlungen mit der mährischen Deputation an die Seite gestellt hatte. **)

10. Sept. 1618

Die mährische Deputation schlug auf ihrer Reise nach Prag ihren Weg mitten durch die beiden feindlichen Heere ein und bekam somit den Kriegsschauplatz unmittelbar zu Gesicht. Es war dies gerade Mitte September, also zur Zeit, als Buquoy bei Goltsch-Jenikau und Thurn bei Čáslau standen. Žerotin entsetzte sich über das Resultat der vierzehntägigen Kriegführung. Er fand bei seinem Eintritte in Böhmen das Land „ausserhalb der Städte und eines Theiles der Märkte öde und

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Kursachsen an Mathias dd. 21. Sept. A. St. Torgau. — Sächs. Staatsarchiv 9169, IV. Zeidler an Kursachsen dd. 15/25 Sept. 1618. Wien. — Ebend. Grünthal an die sächs. geheimen Räthe dd. 4/14 Sept. Prag. — Ebendaselbst, derselbe an Kursachsen dd. 4/14 Sept. Prag. — Ebend. 7169 IV. Zeidler an Kursachsen dd. 2/12 Sept. Wien.

**) Skala II, 376.

unbewohnt, voller Brand und Raub, dass wohl ein steinernes Herz darüber hätte aufseufzen und weinen mögen."*) Als er mit seinen Begleitern im kaiserlichen Lager anlangte, wurde ihnen von Buquoy die grösste Aufmerksamkeit zu Theil und sie mit Auszeichnung an die feindlichen Vorposten geleitet. Ganz anders wurden sie jedoch auf böhmischer Seite begrüsst. Graf Thurn empfing sie an der Spitze seiner Truppen und rief, als er der Deputirten ansichtig wurde, statt eines freundlichen Grusses ihnen die bitteren Worte zu: „Wir danken euch, meine Herrn und Freunde, dass ihr uns den Feind ins Land gelassen habt, ihr werdet es noch sehr zu gedenken haben." Er wies dabei von einer Anhöhe auf die abgebrannten Dörfer der Umgebung und schlug die Bitte der Mährer, die Weiterreise durch und nicht um das Lager anstellen zu dürfen, ab, weil er für ihre Sicherheit nicht einstehen könne. Am 16. September trafen sie in Prag ein.

Der Empfang in der Hauptstadt war noch unfreundlicher als derjenige, der ihnen bei Thurn zu Theil geworden war. Das Volk hatte kein Urtheil über die mannigfachen, berechtigten und unberechtigten Triebfedern des Aufstandes, es räsonnirte nur, wie es ihm das Herz eingab, und so empfand es Jedermann bitter, dass das Nachbarland Mähren, die eigenen Stammverwandten, feindseliger verfuhren, als der deutsche Oesterreicher und Schlesier und selbst als der ferne Ungar. Als die Gesandten durch die Strassen der Stadt in ihre Wohnung fuhren, begegnete ihnen kein Zeichen eines freundlichen Empfanges, desto häufiger trafen aber Schimpfworte ihr Ohr, die keinen Zweifel über die öffentliche Stimmung übrig liessen.**)

Vom böhmischen Landtage waren, wie erzählt wurde, den Directoren eine Anzahl Vertrauensmänner für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Mährern zugeordnet worden. Als letztere am folgenden Tage auf dem Schlosse erschienen, wurden sie von den Abgeordneten des Landtags und den Directoren in der Gerichtsstube des Landrechtes feierlich empfangen und

17. Sept.

*) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. 27. Oct. 1618.

**) So berichtet nicht nur Skala, sondern auch Žerotín a. a. O.

f bereits vorbereitete Sitze zur linken Seite des daselbst be- dlichen Thrones geleitet. Karl von Žerotín ergriff zuerst das ort, das er so oft in meisterhafter Weise zu führen wusste. entschuldigte die mährischen Stände, dass sie erst jetzt in rbindung mit den böhmischen träten, bedauerte die vorge- lenen Ereignisse, bat die Anwesenden, von den Waffen ab- lassen und den Kaiser durch ein demüthiges Entgegenkommen versöhnen, da er ja noch immer von ihnen als ihr Herr und önig anerkannt werde. Die Mährer selbst seien von dem issen Wunsche nach Herstellung des Friedens beseelt und tten den Kaiser ersucht, einen Ausgleich durch Vermittlung niger fürstlichen Personen anbahnen zu wollen. Sie hätten rar vom Kaiser keine (!) bindende Zusage erhalten, dass er dies un wolle, aber es sei Hoffnung dazu vorhanden, wenn die öhmen ein entgegenkommendes Benehmen beobachten und die ährer ihre Fürbitten fortsetzen würden. Im entgegengesetzten lle sei nichts als Krieg und Verderben zu erwarten, dessen rantwortung die Urheber treffen würde. Er schilderte darauf redt die üblen Folgen des erst kurze Zeit währenden Krieges, e Verwüstung im Lande, die Sistirung aller Gerichtshandlungen, ie Unterbrechung von Handel und Wandel. Angesichts dieser nd anderer Dinge könne man wohl zweifeln, ob das begonnene Verk von Gott sei.

Žerotíns Ansprache machte auf die Häupter der Bewegung nen üblen Eindruck. Je eindringlicher seine Vorstellungen d Schilderungen waren und je sichtlicher die Wirkung auf nen Theil der Zuhörer, desto grösser wurde der Unwille der irectoren und ihrer Anhänger. Sie legten ihm zur Last, dass zwischen die Stände und die Directoren Zwiespalt säen wolle, nd beargwöhnten ihn, dass er das zuwege bringen wolle, was em Obersthofmeister Waldstein erst vor wenigen Tagen miss- ngen war. Der alte Glanz seines Namens war befleckt, das ertrauen in die Lauterkeit seiner Gesinnungen fing an zu hwinden und man begann ihn für einen Parteigänger des ofes anzusehen. Und in der That war seine Rede darnach ngethan, dieses Misstrauen zu wecken, denn wie konnte er on den Böhmen die Niederlegung der Waffen verlangen, wäh-

rend der Kaiser gerüstet bleiben durfte und wenn es, wie aus Žerotíns Rede hervorging, noch nicht einmal sichergestellt war, dass sich Mathias überhaupt in Ausgleichsverhandlungen einlassen werde.*)

Am Abende desselben Tages fanden sich Ruppa und Budowec zu einem vertrauten Besuche bei Žerotín ein. Bei dieser Gelegenheit liess sich letzterer deutlicher und herzlicher aus. Er bemerkte, dass die Mährer nicht die Vermittlung zwischen dem Kaiser und den Böhmen in die Hand nehmen wollten, diese solle den deutschen Fürsten vorbehalten bleiben, doch müsse man hiezu die Wege ebnen und deshalb verlangte er abermals, dass die Böhmen die Waffen zuvor niederlegen möchten, weil sie zuerst nach ihnen gegriffen. Sie könnten einen Revers verlangen, dass, wenn künftig ihre Religionsfreiheiten verletzt würden, sie den Angriff mit Gewalt zurückweisen dürften. In diesem Falle erböten sich die Mährer und Schlesier zu Bürgen des Reverses und zur gemeinschaftlichen Hintanhaltung jeder ferneren Verletzung. Die Anerbietungen Žerotíns bedurften nur einer näheren Auseinandersetzung und der Versicherung, dass Niemand für den Aufstand gestraft werden dürfe, um für die Böhmen eine annehmbare Grundlage des Ausgleiches zu sein, falls ihnen gleichzeitig auch ein Waffenstillstand zugestanden und nicht ihre einseitige Entwaffnung verlangt wurde.

Aber im selben Masse, als es fraglich war, ob sich der wiener Hof zu diesem unerlässlichen Zugeständniss bequemen werde, ebenso wenig wollte sich auch Ruppa und mit ihm die Actionspartei in Vergleichsverhandlungen einlassen, selbst wenn von ihnen nicht die Entwaffnung verlangt worden wäre. Statt die entgegenkommende Sprache des mährischen Unterhändlers in gleicher Weise zu beantworten, erwiederte der Präsident der Directorialregierung, dass die alleinige Basis einer künftigen Unterhandlung nicht in einem vorläufigen Waffenstillstande, sondern in dem völligen Zurückziehen der kaiserlichen Truppen aus Böhmen gesucht werden müsse. Es war dies eine Bedingung, die wiederum für den Kaiser unannehmbar war und des-

*) Corr. Žerot. Žerotín an Stietten dd. 27. Oct. 1618.

halb jede Hoffnung auf einen Ausgleich abschneiden musste. Ueber das eigentliche Friedensmittel Žerotíns, den Revers, machte sich Ruppa nur lustig und ebensowenig wollte er einen Werth auf die angebotene mährische Hilfe setzen. Bei diesen Auseinandersetzungen übermannte ihn derart die Bitterkeit, dass er in die Worte ausbrach: „Es sei klar wie die Sonne, dass die Mährer nur deshalb nach Prag gekommen seien, um sich später wie Pilatus die Hände in Unschuld waschen zu können. Wären sie aufrichtig gegen die Böhmen, so würden sie dem Kaiser keine Werbungen bei sich gestattet und nicht ihr Land zum Passe für die feindlichen Angriffe hergegeben haben.“ Dass dieses Zwiegespräch keine bessere Stimmung zwischen den böhmischen Führern und der mährischen Deputation herbeiführte, ist begreiflich.

Die Directoren hielten nun mit den ihnen beigegebenen ständischen Vertrauensmännern eine eingehende Berathung, bei der ebenfalls Ruppa das Wort führte. Die tiefe Entfremdung, die das Zwiegespräch mit Žerotín zur Folge hatte, machte sich bereits geltend; denn Ruppa brachte es dahin, dass man auf die den Mährern zu ertheilende Antwort bezüglich der etwaigen Bedingungen eines Ausgleiches gar nicht einging, sondern sich hauptsächlich mit der Rechtfertigung des Aufstandes befasste. Man versagte sich nicht einmal die Freude, die jetzige Loyalität der Mährer zu bespötteln, indem man sie daran erinnerte, dass sie sich im J. 1608 um weit geringerer Ursachen willen gegen Rudolf II erhoben hätten. Zuletzt wurde die Absendung einer Deputation an die Mährer beschlossen, um von ihnen fernere Mittheilungen entgegenzunehmen. — Ruppa leitete die Verhandlungen in einer Weise, die keinen Zweifel übrig liess, dass er nur ihren Abbruch im Sinne habe, denn er schrak selbst vor einer persönlichen Verletzung Žerotíns nicht zurück. Letzterer war von Ladislav von Schleinitz zur Erhebung von 8000 Schock Groschen, die in Prag für seine Rechnung zur Zahlung bereit lagen, bevollmächtigt worden. Auf Ruppa's Antrag wurde die Beschlagnahme der Gelder beschlossen, doch erkannten die Directoren noch im Laufe des Tages das Verkehrte dieser Massregel und nahmen sie zurück.

18. Sept.

Die böhmische Deputation fand sich ihrem Auftrage gemäss bei den mährischen Gesandten ein und ersuchte um allfällige weitere Mittheilungen. Nachdem letztere erklärt hatten, dass sie keine solchen mehr zu machen hätten, entspann sich eine ungezwungene Conversation, in deren Verlauf Žerotín von einem der böhmischen Herrn um seine Privatmeinung über die Mittel zur Herstellung des Friedens befragt wurde. Letzterer sprach sich ungefähr in derselben Weise aus, wie Tags vorher gegen Ruppa. Seine Antwort befriedigte nicht im geringsten, die Böhmen liessen sich in eine lange Aufzählung der erlittenen Unbilden ein, wiesen auf die Sperrung und Zerstörung der Kirchen hin und fragten, wie man zweifeln könne, ob ihr Beginnen von Gott sei. Wenn es wahr ist, was die einzige Quelle von dieser Unterredung berichtet, so erwiederte Žerotín: er sehe allerdings ein, dass die Sache der Böhmen von Gott sei, er habe die ihnen widerfahrenen Kränkungen nicht gekannt, denn der Kanzler und Michna führten eine ganz andere Sprache, nach der die Stände durchaus im Unrechte seien. Nun da er anders belehrt worden, werde er auch in Wien anders reden. *) Indessen lässt sich diese Antwort weder mit der folgenden Haltung Žerotíns in Einklang bringen, noch kann man vernünftiger Weise glauben, dass die notorischen Vorgänge in Böhmen bei ihm bis dahin nicht die richtige juristische Interpretation gefunden hätten.

Die Reihe war nun an den Böhmen, eine definitive Antwort auf die mährischen Vermittlungsversuche zu geben, sie zögerten jedoch absichtlich durch mehrere Tage, weil sie wichtige Nachrichten aus Schlesien erwarteten, welche für ihre weitere Haltung massgebend sein mussten.

Es ist erzählt worden, dass der schlesische Fürstentag zu den Böhmen hinneigte und in Folge dessen im Juli die Abordnung einer doppelten Gesandtschaft nach Wien und Prag beschlossen hatte. Die erstere vertrat in Wien aufrichtig und entschlossen die Politik des Ausgleiches, doch erlangte sie kein nennenswerthes Resultat. Das Haupt der Gesandtschaft, der Herzog Christian von Brieg, wurde durch seine Ernennung zum

*) Skala II. 392.

Landeshauptmann von Schlesien wenn nicht für den Kaiser gewonnen, so doch von einem feindlichen Auftreten zurückgehalten. Als demnach die Deputation von Wien wegreiste, konnte Mathias hoffen, dass Schlesien seine zurückhaltende Stellung nicht aufgeben werde. Wenig fehlte indess, so wäre diese Hoffnung noch vor der Rückkehr der schlesischen Gesandtschaft in die Heimat zu Wasser geworden, denn die Berichte, die aus Prag über den Beginn des Krieges nach Schlesien gelangten, regten die öffentliche Meinung daselbst immer mehr auf und steigerten täglich den Wunsch nach einem Anschlusse an den Aufstand. Mitten in dieser Gährung trat am 23. August, also zur Zeit, als der Landeshauptmann noch in Wien weilte, ein neuer Fürstentag in Breslau zusammen, bei dem sich von Seite der böhmischen Stände Ulrich von Gersdorf und Georg Hauenschild als Gesandte einfanden, die in der dringlichsten Weise an die Verpflichtungen des im J. 1609 abgeschlossenen Bündnisses mahnten. Der Fürstentag erwiederte, dass man vorläufig auf den Bericht der in Wien weilenden Deputation warten müsse: sollte der Kaiser den Religionsbeschwerden nicht abhelfen wollen und der Krieg unvermeidlich sein, so werde Schlesien gewiss auf die Seite Böhmens treten. Die Truppen seien an der Grenze aufgestellt und könnten rasch auf den Kriegsschauplatz rücken.

5. Sept.

1618

Die böhmischen Deputirten waren mit dieser Antwort noch nicht nach Prag zurückgekehrt, als neue Schreiben von den Directoren in Breslau anlangten, welche bei der stets wachsenden Kriegsnoth abermals um Hilfe ansuchten. Eine deshalb berufene Zusammenkunft der „nächstangesessenen Stände" verhandelte ernstlich die Bitte, wagte aber nicht, sich für ihre Gewährung zu entscheiden, sondern beschloss, einem neuen Fürstentage, der für den 1. October ausgeschrieben wurde, die Entscheidung zu überlassen. Bevor die Böhmen von diesem, für sie niederschlagenden Beschlusse Nachricht erhalten konnten, waren auch die Hoffnungen, die sie auf den Markgrafen von Jägerndorf gesetzt hatten, vereitelt worden. Die Schlesier hatten den letzteren zum Feldobersten über ihre gesammte Macht erwählt und dieser selbst wünschte nichts feuriger als den Anschluss an den Aufstand, da seine allfälligen Zweifel, ob er sich für

12. Sept.

oder gegen den Kaiser erklären solle, durch ungünstige Nachrichten aus Wien behoben wurden. Er hatte einen Process verloren und deshalb vor einigen Wochen durch einen Gesandten in Wien unverblümt seine Dienste antragen lassen, falls ihm die zwei Herrschaften, um die es sich bei diesem Processe handelte, dennoch zugesprochen würden. Sein Gesuch wurde in höflicher Weise abgelehnt und er dadurch in seiner Feindschaft gegen das Herrscherhaus bestärkt.

Alter Hass und frischer Aerger erfüllten demnach die Seele des Markgrafen, als von Seite der Generale Thurn, Fels und Hohenlohe die dringende Bitte an ihn gelangte, er möchte sich ihnen kurzweg mit seinen Truppen anschliessen. Da er hart an der Grafschaft Glaz stand, so konnte er nach vier bis fünf Tagemärschen auf dem Kriegsschauplatze sein, das kaiserliche Heer in der Flanke fassen und dessen völlige Niederlage im Verein mit Thurn herbeiführen. Der Markgraf, der nichts so eifrig ersehnte als eben diese Niederlage, beschloss auf eigene Verantwortung vorzugehen und meldete dem Landeshauptmanne, dass er am folgenden Tage in Glaz einrücken werde, um von dort aus nach Böhmen aufzubrechen. Der Herzog von Brieg duldete jedoch diese Eigenmächtigkeit nicht und verbot ihm, der Entscheidung des Fürstentages vorzugreifen. Der Markgraf weinte vor Wuth, *) als er den Bescheid erhielt, aber er getraute sich doch nicht weiter zu gehen, sondern zog sich mit seinen Truppen, die er bereits nahe an der böhmischen Grenze postirt hatte, wieder zurück. Seinen Zorn kühlte er etwas an dem Bischof von Breslau, dem Erzherzoge Karl, einem Bruder Ferdinands, indem er den Gütern desselben durch Truppendurchzüge absichtlich den grössten Schaden zufügte, ein Vorgehen, das man nicht bloss als eine Verhöhnung des Bischofs, sondern auch des Kaisers ansehen konnte. **) Den Böhmen half dies jedoch nichts, ihre Hoffnung auf die schlesische Hilfe war vereitelt und vor dem 1. October keine Aenderung

13. Sept.

*) Skala II, 393.

**) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Erzherzog Karl an Ferdinand dd. 22. Sept. 1618 Neisse.

zu erwarten. Christian von Anhalt machte, als er von diesen Ereignissen Nachricht erhielt, dem schlesischen Landeshauptmanne Vorwürfe, dass er die Unterstützung der Böhmen verhindert habe und bekam von diesem die merkwürdige Antwort, dass er nichts dawider gethan hätte, wenn der Markgraf ohne weitere Anfrage in Böhmen eingerückt wäre, dass er aber, als Landeshauptmann um seine Erlaubniss gefragt, nicht anders habe handeln können. *)

Die sympathische Haltung, so wie die vertraulichen Zusagen des Markgrafen von Jägerndorf müssen in Prag die festeste Zuversicht auf eine unmittelbare Hilfeleistung erweckt haben, denn man hatte bereits Marschcommissäre zur Führung der befreundeten Truppen an die schlesische Grenze abgeschickt.**) Als die Nachricht von der vereitelten Hoffnung nach Prag kam, waren die Directoren ganz entsetzt und befahlen deren Geheimhaltung, um die Bevölkerung der Hauptstadt nicht stutzig zu machen. Auch beschlossen sie zugleich, die Schlesier in derben Worten an ihre Verpflichtung zu mahnen. Da jedoch damit die schlesische Hilfe nicht herbeigezaubert war, so musste den Mährern ein Bescheid ertheilt werden, der die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht abbrach, wie das vielleicht sonst geschehen wäre. Die Bitterkeit gegen die Mährer machte sich selbst in der nur durch Noth hervorgerufenen Antwort so geltend, dass die Anbahnung des Friedens nur noch mehr erschwert wurde. Denn nachdem die Böhmen zuerst eine Rechtfertigung ihres Aufstandes versucht hatten, versetzten sie dem jetzigen Friedenseifer und der frischen Loyalität der Mährer durch die abermalige Hinweisung auf das Jahr 1608 einen neuen Hieb und klagten sie an, dass ihre Haltung nur dem Hofe zum Nutzen gereiche. Die Hauptsache aber war, dass sie die Entlassung ihrer Truppen ablehnten, so lange ihnen nicht hinlängliche Bürgschaft für die Erhaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten geboten sei. — Die Grundbedingung jeder Ver-

---

*) Palm: Verhalten der schlesischen Fürsten und Stände, dann die bereits angeführten Acten der Fürstentage von 1618.

**) Skala II, 393.

handlung mit dem Kaiser, die von den Mährern selbst in Wien zugestanden und in Prag verfochten wurde, dass die Böhmen zuerst die Waffen niederlegen sollten, wurde demnach abgelehnt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die letzteren nicht anders handeln konnten, und es zeigte entweder von Kurzsichtigkeit oder Perfidie, wenn man das Gegentheil von ihnen verlangte.

Als Žerotín die Antwort zu Gesicht bekam, protestirte er dagegen, dass man den mährischen Aufstand von 1608 dem böhmischen von 1618 gleichstelle und unterzog sich der undankbaren Sophisterei, die Rechtmässigkeit des ersteren und die Unrechtmässigkeit des letzteren nachzuweisen. Die Böhmen gaben seinen Einwänden nach und entfernten aus ihrer Antwort den verletzenden Stachel; im übrigen aber blieben sie bei ihren früheren Beschlüssen. Unter den Directoren und den ihnen zur Seite gesetzten Vertrauensmännern fanden indessen weitere Be- 22. Sept. rathungen statt, ob nicht dennoch ein Ausgleich mit dem Kaiser anzubahnen sei. Die Meinungen waren sehr verschieden, alle empfanden noch den lähmenden Eindruck der auf Schlesien gebauten und eben vereitelten Hoffnung und so wagte es keiner, absolut jede Verhandlung von sich zu weisen. Zuletzt wurde Ruppa's Vorschlag angenommen, dass man sich nur dann, wenn formell ein Waffenstillstand vom Kaiser gewährt würde, in Verhandlungen einlassen könne; unter allen Umständen wurde also die vorläufige Niederlegung der Waffen abgelehnt. — Gegen Ende September reiste die mährische Deputation nach Wien ab, um über den geringen Erfolg ihrer Thätigkeit zu berichten.*) Mit Ausnahme Karls von Žerotín hatte kein Mitglied derselben eine grössere Thätigkeit in Prag entwickelt; der Fürst Karl von Liechtenstein verhielt sich so passiv, dass man fast an seiner Anwesenheit zweifeln könnte, wenn sie nicht sichergestellt wäre.**)

---

*) Die Darstellung über die Verhandlungen der Mährer mit den Böhmen entnehmen wir meist Skala und den Correspondenzen des sächs. Staatsarchivs.

**) Münchner Staatsarchiv 416, 16. Extract eines Schreibens aus Prag dd 11. Oct. 1618.

So wenig es der mährischen Gesandtschaft in Prag gelang, die Sache des Friedens um einen Schritt weiter zu bringen, so wenig glückte es dem sächsischen Gesandten Grünthal in Wien. Da letzterer nicht umhin konnte, auf die Nothwendigkeit eines Waffenstillstandes aufmerksam zu machen, so bewirkte er, dass diese Angelegenheit im geheimen Rathe unter Ferdinands Vorsitz nochmals erwogen wurde. Schon schien es, als wollte man den Einwürfen der Gegner und Freunde Rechnung tragen, denn man beschloss, nicht mehr die Entwaffnung der Böhmen zu verlangen, sondern nur die Forderung an sie zu stellen, ihre Truppen in die einzelnen Kreise zu vertheilen, während der Kaiser die seinigen auf den königlichen Gütern unterbringen wollte. Aber schon einige Tage später wurde dieses Zugeständniss wieder zurückgenommen, denn als dem sächsischen Gesandten eine Antwort auf die Dienstesanerbietungen seines Herrn zu Theil wurde, verlangte Mathias abermals vor dem Beginne der Ausgleichsverhandlungen die Niederlegung der Waffen von Seite der Böhmen. Der Kurfürst von Sachsen wurde ersucht, auf dieser Grundlage die Verhandlungen mit den Directoren anzubahnen. *) Ging aus dem Verhalten der letzteren gegen die Mährer hervor, dass es ihnen nicht sonderlich um den Frieden zu thun war, so zeigte auch die Forderung des Kaisers das gerade Gegentheil von Friedenssehnsucht.

29. Sept.

Der erste October, an dem sich der schlesische Fürstentag versammeln sollte und der den Directoren ein unerträglich ferner Termin schien, kam eilig genug heran. Da von den Entschliessungen Schlesiens unendlich viel abhing, schickte der Kaiser eine eigene Gesandtschaft nach Breslau ab, an deren Spitze sich Gundakar von Liechtenstein befand. Auch die Böhmen ordneten eine Deputation ab und die Wahl ihrer Mitglieder zeugte von der Wichtigkeit, die sie der Sendung beilegten; es waren dies Graf Andreas Schlick, Friedrich von Bile und Martin Fruewein. Während Mathias durch seine Boten erklären liess, dass es sich in Böhmen um keine Verletzung der Religionsprivilegien handle, und dass er nicht eher zu friedlichen Mitteln

---

*) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen dd. 15/25 Sept. Wien 1618.

greifen könne, als bis seine Unterthanen die Waffen niedergelegt hätten, behaupteten die Böhmen, dass eine Verletzung der Religionsgesetze stattgefunden habe, und verlangten die Hilfe Schlesiens vermöge des Bündnisses von 1609, das zum wechselseitigen Schutze der Glaubensfreiheiten abgeschlossen worden war. Die Botschaft des Kaisers fand eine schlechte Aufnahme, denn die Auffassung der böhmischen Frage als einer politischen und nicht auch religiösen widerstrebte den schlesischen Ständen um so mehr, als auch sie mittlerweile ein langes Sündenregister über die Verletzung ihres Majestätsbriefes zusammengestellt, dem Kaiser zugeschickt und stets nur ausweichende Antworten erhalten hatten. Um so besser war dagegen die Aufnahme, deren sich die böhmische Gesandtschaft zu erfreuen hatte, ihre Bitten und Vorstellungen brachten die Anhänger der kaiserlichen Sache zum Schweigen und rissen den Fürstentag zu einem entscheidenden und für den Kaiser furchtbaren Beschluss hin. Schlesien erklärte sich den Böhmen zur Hilfe bereit und der Markgraf von Jägerndorf bekam den heissersehnten Auftrag, an der Spitze seiner Truppen vorzurücken. Er that dies mit 1000 Reitern und 2000 Mann zu Fuss, während eine gleiche Zahl an die polnische Grenze gelegt wurde, um jenen Reitern, die der König Sigismund von Polen dem Kaiser zur Hilfe schicken wollte, den Weg zu verlegen. *)

Als die Nachricht von dem Beschlusse des schlesischen Fürstentages nach Wien kam, sah man wohl ein, dass man in der Waffenstillstandsfrage den Bogen etwas zu straff gespannt hatte. Man beeilte sich deshalb, dem böhmischen Appellationspräsidenten Herrn von Talmberg, der nach Dresden abreisen sollte, eine den Umständen entsprechende Instruction zu geben. Anfangs sollte zwar der Gesandte nach wie vor verlangen, dass die Böhmen vor den Ausgleichsverhandlungen entwaffnen möchten und sogar die Directorialregierung aufgelöst werde; diese Bedingungen waren jedoch kein Ultimatum mehr, denn Talmberg wurde bevollmächtigt, schliesslich nichts anderes als die Dislocation der böhmischen Truppen zu verlangen und auf diese Bedingung hin

*) Skala II, 408. — Palm a. a. O.

den Waffenstillstand zuzugeben.*) Schon meinten aber die Freunde des Kaisers, dass es viel zu spät sei, wenn man den Böhmen nur bedingungsweise einen solchen zugestehen und mit ihnen nicht auf dem Fusse der Gleichheit verhandeln wolle. Der Kurfürst von Mainz sprach in seinen Zuschriften an Mathias und Ferdinand dieser Ansicht mit einer Entschiedenheit das Wort, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig liess und gab Ferdinand die Folgen zu bedenken, im Falle der Kaiser vor Beendigung des böhmischen Zwistes sterben würde.**)

11. Oct.

In Böhmen riefen dagegen die schlesischen Beschlüsse eine überschwengliche Freude hervor. So lange die schlesische Hilfe nicht sicher war, bangten die Directoren jeden Tag vor irgend einem Misserfolge auf dem Kriegsschauplatze. Sie befürchteten, dass in diesem Falle Prag selbst einem Angriffe ausgesetzt sein könnte und bemühten sich deshalb die Befestigungen der Hauptstadt zu vervollständigen.***) Schon begann daselbst die unvermeidliche Spionenriecherei ihr Unwesen zu treiben. Nachdem ursprünglich nur einzelne Personen der Spionage verdächtigt und demgemäss auch hingerichtet worden waren, fing man an in Bausch und Bogen die Katholiken mit scheelen Augen anzusehen. Da man ihnen keinen positiven Vorwurf machen konnte, so behauptete man, dass ihr Benehmen deutlich die Freude über das Vorrücken des Feindes verrathe, und es wurde zur Dämpfung derselben beschlossen, die städtischen Truppen zu 10 bis 15 Mann bei ihnen einzuquartiren. Mit diesem Hilfsmittel trieb man allerdings den Katholiken gründlich jede vermuthete Freude aus, ob man sie aber damit für die Sache des Aufstandes günstiger stimmte, kann billig bezweifelt werden. Der Anschluss der Schlesier besserte wieder die Verhältnisse, und erhöhte das allgemeine Vertrauen.

---

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Nebeninstruction für Herrn von Talmberg 1618. dd. 11. Oct.

**) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Kurmainz an Mathias dd. 21. Oct. und ebend. Kurmainz an Ferdinand dd. 21. Oct. 1618.

***) Skala II, 360, 407.

III

Während der Markgraf von Jägerndorf sich in Eilmärschen dem Kriegsschauplatze näherte und den Böhmen eine Verstärkung von 3000 Mann zubrachte, die diesen eine entschiedene Ueberlegenheit über ihre Feinde verschaffte, war die kaiserliche Regierung nicht im Stande, ihrem Feldherrn frische Truppen und Kriegsvorräthe zukommen zu lassen, so dringend er deren auch bedurfte. Seitdem sich Buquoy nach Ledeč zurückgezogen hatte, was um die Mitte September der Fall war, wurde seine Position mit jedem Tage schwieriger, es gebrach ihm nicht bloss an den nöthigen Lebensmitteln, sondern auch an Munition und sonstigem Kriegsbedarf. Nicht minder schwierig gestaltete sich die Lage der kaiserlichen Besatzung in Budweis. Obwohl dieselbe seit dem Abzuge Thurns gegen Čáslau keinem unmittelbaren Angriffe ausgesetzt war, litt sie doch vielfach unter der feindseligen Stimmung der Umwohner, so dass der Commandant Aulner dringend um Hilfe bat.*) Aber sowohl er, wie Buquoy warteten vergeblich auf dieselbe; von Wien langten weder frische Truppenzuzüge noch sonstige Sendungen an und der Monat October kam sonach unter den ungünstigsten Auspicien für die kaiserliche Sache heran. In seiner Verlegenheit schickte Buquoy den Grafen Dampierre selbst nach Wien, damit dieser als unmittelbarer Augenzeuge der Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatze seinen Bitten mehr Nachdruck gebe.

In Wien hatte man nicht erst die Ankunft Dampierres erwartet, um von der Nothwendigkeit neuer Anstrengungen überzeugt zu sein, denn schon als Buquoy in dem angehofften Parademarsche gegen Prag plötzlich Halt machte und seinen ersten Bericht über die Schwierigkeiten des weiteren Vorrückens**) einschickte, bestürmte man durch eigene Gesandte abermals einige deutsche Fürsten um Unterstützung. Jaroslaw von Martinitz, der seit

*) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Aulner an Erzh. Leopold dd. 17. Sept. 1618 Budweis.

**) Um den 20. Sept. 1618. Der Bericht im innsbrucker Statthaltereiarchiv.

seiner Flucht aus Prag in München wohnte, bekam den Auftrag, den Herzog von Baiern um den Entsatz Pilsens, dessen Belagerung mittlerweile von Mansfeld unternommen worden war, zu ersuchen. *) In der That wäre Maximilian wohl stark genug gewesen, Pilsen von der Belagerung zu befreien, allein er hätte sich dadurch in alle Schwierigkeiten des böhmischen Krieges hineingestürzt, die Union gegen sich entfesselt und alles dies ohne genügende Vorbereitung und ohne sich einen Lohn für seine Anstrengung gesichert zu haben. Er erwiederte deshalb dem Herrn von Martinitz, dass er von dem einmal gefassten Beschlusse nicht abgehen und keine Hilfe leisten könne.

Mit diesem erneuerten Ansuchen bei Maximilian stand eine Reihe anderer Gesandtschaften zu gleichem Zwecke in Verbindung. An den Erzbischof von Salzburg, der schon zweimal vergeblich um Hilfe gebeten war, wurde Arnoldinus von Clarstein neuerdings als dritter Bote abgeordnet. Er sollte den Kirchenfürsten um eine Hilfe von 60—100.000 Gulden und einige Hundert Centner Pulver ersuchen; aber alle Künste der Dialektik, alle Beschwörungen und Betheuerungen prallten wirkungslos an diesem Prälaten ab. Arnoldinus bat, derselbe möge die 60.000 Gulden auf Abschlag einer Hilfe zahlen, welche dem Kaiser sicherlich von den demnächst zu berufenden Kreistagen votirt werden würde, aber der Erzbischof wollte weder von einer Abschlagszahlung auf eine noch nicht bewilligte Hilfe etwas wissen, noch das Geld auch nur leihen. Der Gesandte wollte sich darauf mit einer Bürgschaft begnügen, auf welche hin sein Herr anderswo ein Anlehen auftreiben könnte, und da ihm auch diese von dem Prälaten verweigert wurde, verlangte er zuletzt nur eine heimliche Bürgschaft zu demselben Zwecke, aber mit gleicher Erfolglosigkeit. Als Arnoldinus sich darauf in bittern Klagen ergoss und bemerkte, dass nach einem solchen schlechten Bei-

*) Münchner Staatsarchiv. $\frac{15}{25}$ Ernennung des Martinitz zum Gesandten dd. 25. Sept. 1618. — Wiener Staatsa. Boh. V. Instruction für Martinitz dd. 25. Sept. — Ebendaselbst. Mathias an Max von Baiern dd. 27. Sept. 1618. — Antwort des Herzogs Max dem Herrn von Martinitz 9. Oct. 1618. Ebend. Ferdinand an Max dd. 18. Oct. 1618.

spiele kein deutscher Bischof dem Kaiser etwas werde geben wollen, brach der Starrsinn des Erzbischofs zusammen und in sich selbst übertreffendem Edelmuthe erlaubte er dem Gesandten, überall — die fromme Lüge zu verbreiten, dass er dem Kaiser geholfen habe. So zerflossen die Hoffnungen auf die Hilfe Salzburgs zum drittenmale in nichts.*)

So wenig der Kaiser seinem bedrängten Feldherrn mit deutscher Hilfe unter die Arme greifen konnte, so wenig vermochte er dies mit derjenigen zu thun, die ihm von seinem Vetter Philipp III endlich dargeboten wurde, weil sie in vorhinein verbraucht worden war. Von Spanien lief gerade in den Tagen der steigenden Gefahr die Nachricht ein, dass der König den Kaiser mit einer Summe von 300.000 Dukaten und mit derselben Truppenzahl unterstützen wolle, mit der er Ferdinand im venetianischen Kriege geholfen hatte. An diese an und für sich bedeutende Unterstützung schloss sich das Versprechen, dass, wenn die Noth grösser sein sollte, Philipp seinem Vetter aus Italien Truppen zu Hilfe schicken werde.**) Da wie bemerkt, die spanische Hilfe schon in vorhinein verwerthet worden war, so blieb dem Kaiser nichts anderes übrig, als Philipp III schon jetzt um weitere Unterstützung zu ersuchen. Mit dieser Bitte wurde ein eigener Gesandte in der Person eines Italieners, Cesare Gallo, nach Madrid abgeschickt, der als Augenzeuge der in Wien herrschenden Noth den König zu den grössten Opfern bewegen sollte.***)

22. Oct. 1618

Da aus München und Salzburg keine Hilfe kam und die Sendung Gallo's eine solche erst nach vielen Wochen in Aussicht stellte, Dampierre aber auf jeden Fall eine unmittelbare Unterstützung begehrte, so beschloss die kaiserliche Regierung, die Vorräthe des städtischen Zeughauses in Wien in Anspruch zu nehmen und machte davon der Bürgerschaft die nöthige Anzeige. Schon begann aber auch bei letzterer die protestantische

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Arnoldinus an den Kaiser dd. 2. Nov. 1618.

**) Wiener Staatsarchiv, Khevenhiller an Mathias dd. 14. August 1618. Madrid.

***) Ebendas. Boh. V. Sendung Caesare Gallo's nach Spanien.

Gesinnung die Oberhand zu gewinnen, sie verweigerte entschlossen ihre Zustimmung und setzte den Kaiser in einer Art von Sturmpetition von ihrem Entschlusse in Kenntniss. Als Mathias nämlich des Morgens aus der Augustinerkirche, wo er seine Andacht zu verrichten pflegte, in die Burg zurückkehrte, überreichten ihm die Rathsherrn, umgeben von einer dichtgedrängten Volksmenge, auf der Strasse eine Bittschrift, in der sie ihn ersuchten, sie im Besitze ihrer Kriegsvorräthe zu lassen. Es heisst, dass sich der Kaiser über diesen Vorgang nicht wenig entsetzte und sich eilig entfernen wollte. Auf die dringenden Vorstellungen der Bittsteller habe er jedoch das Gesuch entgegengenommen, sich vorlesen lassen, und darauf den Wünschen der Gemeinde entsprochen. *)

Diese und ähnliche Vorgänge, sowie die ungünstigen Nachrichten vom Kriegsschauplatze verfehlten nicht auf die wiener Staatsmänner einen grossen Eindruck zu äussern; die Anhänger des Friedens erhoben kühner ihr Haupt und wagten es sogar, sich in missbilligender Weise über die Leiter der böhmischen Restaurationspolitik zu äussern. Die beste Beleuchtung dieses beginnenden Umschwunges lieferte folgender Vorfall. Ein österreichischer Edelmann bewirthete am Allerheiligenfeste in seinem Hause einige der angesehensten Mitglieder der Regierung: die meisten geheimen Räthe, den Kanzler Lobkowitz, den Obersthofmeister Adam von Waldstein, der mittlerweile von Prag nach Wien übersiedelt war, und den Secretär Michna. Während der Tafelfreuden nahm die Unterhaltung eine politische Richtung, die Mehrzahl der geheimen Räthe, von bangen Ahnungen beherrscht, sprach sich für eine baldige und friedliche Beilegung des böhmischen Streites aus und wünschte, dass man in dieser Richtung bei dem Kaiser thätig sein möchte. Hie und da fiel auch ein Wort gegen die Friedensstörer, womit man die übereifrigen Katholiken bezeichnete. Michna, der sich getroffen fühlte, geriet in Eifer und meinte, der Kaiser wisse wohl am besten, was er zu thun habe, und brauche keinerlei Vorschriften, wie man sie ihm hier geben wolle. Diese Sprache empörte den Oberst-

1. Nov. 1618

*) Skala II.

hofmeister, der seiner Friedenssehnsucht treu geblieben war; zornig kehrte er sich gegen den Redner, schalt ihn einen Schelm, der den böhmischen Jammer verursacht habe und schlug ihn zuletzt ins Angesicht, dass Michna an Mund und Nase blutete. Keiner von den Anwesenden ergriff die Partei des Misshandelten, so dass sich dieser eilig entfernte, um sich vor weitern Beleidigungen zu retten. Die versammelten Staatsmänner, von denen die Mehrzahl ihren reichlichen Antheil an den böhmischen Wirren hatte, fanden es jetzt in ihrer Verlegenheit bequemer, die gemeinsame Schuld einem Sündenbocke aufzuhalsen.*)

Da Dampierre schliesslich mit ziemlich leeren Händen nach Böhmen zurückkehrte, so konnte die kaiserliche Armee die frühere Stellung nicht mehr behaupten, sondern musste Ende October den Rückzug antreten. Buquoy bewegte sich mit den Truppen, die unmittelbar unter seinem Commando standen, gegen Neuhaus und Budweis zu, während Dampierre sich vorläufig noch bei Pilgram hielt, aber den Rückzug nach Mähren vorbereitete. Da ersah Thurn die Gelegenheit zu einem glücklichen Angriffe auf das Lager bei Pilgram, brachte den Kaiserlichen eine tüchtige Schlappe bei und zwang sie zu einem eiligen Rückzuge theils nach Iglau, theils nach Neuhaus. Bei dieser Gelegenheit wurde bereits die schlesische Mithilfe verwerthet. Die Niederlage Dampierre's verursachte in Mähren eine bedeutende Aufregung und steigerte daselbst die Neigung zu einer Verbindung mit Böhmen, je mehr die Kriegsgefahr die Landesgrenze zu überschreiten drohte. Zunächst zeigte sich diese Stimmung darin, dass den kaiserlichen Truppen, die sich gegen Iglau zurückgezogen, der Eintritt in die Stadt verwehrt wurde. Da die Nächte so kalt waren, dass das Campiren im Freien täglich einige Opfer forderte, riss unter den Truppen eine solche Demoralisation ein, dass sie sich in Gruppen von 10—30 Personen auflösten und über Mähren zerstreuten.

3. Nov.

Bevor Buquoy noch von diesem Missgeschicke erfuhr, versuchte er sich der Stadt Neuhaus durch Sturm zu bemächtigen;

5. Nov.

*) Sächs. Staatsarchiv. 9169 V. Zeitungen aus Wien dd. 8. Nov. 1618.

da dies aber keinen Erfolg hatte, so zog er sich gegen Budweis zurück. Thurn, der seine Aufgabe gegenüber Dampierre erfüllt hatte, lenkte jetzt seine Schritte gegen Buquoy und ereilte ihn auf seinem Rückzuge zwischen Weselí und Lomnic, etwa drei Meilen ostwärts von Budweis. Hier kam es zu einem bedeutenden Gefechte, in dem die Kaiserlichen einen Verlust von 1500—1800 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen erlitten. Buquoy selbst wurde an der Hand und am Arme verwundet und musste eilig mit seinem Heere hinter den Mauern von Budweis Schutz suchen. Den böhmischen Verlust berechneten die höchsten Angaben kaum auf 100 Mann, die reichlich dadurch ersetzt wurden, dass einige hundert Gefangene alsbald in ständische Dienste traten. Die zersprengten Marodeure von Buquoy's Heere fielen grösstentheils in die Hände der Landleute, die an ihnen Rache für frühere Misshandlungen nahmen und sie meist einen qualvollen Tod erleiden liessen.*) Graf Thurn zog darauf gegen Budweis und bot dem Gegner eine Schlacht an, doch wartete er vergeblich auf deren Annahme. In Folge der Truppenanhäufung in Budweis stieg daselbst der Mangel an Lebensmitteln auf eine bedenkliche Höhe, Buquoy dachte bereits an einen weitern Rückzug und bemächtigte sich deshalb Krummau's, um sich den Weg nach Oesterreich zu sichern. In einem Schreiben an den Kaiser schilderte er die ganze Schwierigkeit seiner Lage und empfahl demselben das Betreten friedlicher Wege, weil seine Hilfsmittel unzureichend seien. Die Mahnung dieses Briefes machte sich in Wien um so eindringlicher geltend, als Dampierre, der sich mittlerweile durch neue Zuzüge verstärkt hatte und von Oesterreich aus gegen Böhmen vorrücken wollte, bei Neuhof geschlagen und nach Krems zurückgeworfen wurde.**)

9. Nov. 1618

15. Nov.

Derjenige, der vielleicht von der Niederlage der kaiserlichen Waffen und der steigenden Gefahr noch schmerzlicher berührt worden wäre, als Ferdinand selbst, der Erzherzog Maximilian nämlich, erlebte nicht mehr diesen raschen Umschwung

*) Skala II, 439.
**) Skala II, 441.

des Kriegsglückes. Die Gefangennehmung Khlesls war die letzte That, bei der er mit dem gewohnten Eifer aufgetreten war, bald darauf erkrankte er ernstlich und obwohl wiederholt eine Besserung in seinem Befinden eintrat, war dieselbe doch nicht dauernd, so dass die Aerzte am 1. November alle Hoffnung auf sein Leben aufgaben. An diesem Tage fand sich Oñate im Vorzimmer des Kranken ein, um seine Theilnahme auszudrücken. Als der Erzherzog, bei dem Ferdinand gerade zum Besuche erschienen war, von der Anwesenheit des Gesandten hörte, vergass er die eigenen Leiden, um noch einmal der Sorge für das Wohl seines Hauses, das ihm so sehr am Herzen gelegen, Ausdruck zu geben. Er liess Oñate ersuchen, an sein Bett zu kommen und wollte in italienischer Sprache eine Bitte an ihn richten; da ihm aber doch in den Todesstunden diese Sprache minder geläufig wurde, als die Muttersprache, so gab er den Versuch auf und bat Ferdinand, dem Grafen das zu verdolmetschen, was sein letzter Wunsch sei. Dieser letzte Wunsch war ein Gruss an den König von Spanien mit der Bitte, er möge seinen Schutz dem gemeinsamen Hause nicht entziehen. Wenige Stunden darauf, am Morgen des zweiten Novembers, war er verschieden.*)

Die Mahnung, welche der obenerwähnte Brief Buquoy's enthielt, machte in Wien einen um so grösseren Eindruck als ihm zwei neue Hiobsposten auf dem Fusse folgten. Die erste kam aus Breslau, wohin der Kaiser zu dem Fürstentage, der am 21. November zusammentrat, eine Botschaft abgeordnet hatte, um die Schlesier zur Rückberufung ihres Contingents aus Böhmen zu vermögen. Der Fürstentag wies nicht nur die Bitte ab, sondern spottete auch der Noth des Kaisers, indem er in seiner

*) Simancas $\frac{2503}{231}$. Oñate an Philipp III. Oñate gibt ausdrücklich den 2. November als Todestag Maximilians an und erzählt, wie seine Krankheit am 31. Oct. sich verschlimmert habe und am 1. Nov. bereits der Tod im Anzuge gewesen sei. Wir führen dies an, weil Hammer den 18. Nov. als Todestag angibt und Maximilian in Innspruck sterben lässt, während Oñate ausdrücklich erzählt, dass er in Wien den Erzherzog am Todtenbette besucht habe. — Hurter gibt den Todestag Maximilians richtig an, lässt aber den Erzherzog Maximilian in Wiener-Neustadt sterben.

Antwort das bereits oft vorgebrachte Argument abermals wiederholte, dass der Kampf nicht gegen ihn sondern gegen die katholischen Friedensstörer gerichtet sei. Der Kaiser solle sich nicht grämen, wenn die letzteren eine Niederlage erlitten hätten, denn sein wahrer Ruhm bestehe nicht in einem Siege über die Böhmen, sondern in der friedlichen Beilegung der Streitigkeiten, und so lange diese letztere nicht eingetreten sei, könne von einer Rückberufung der schlesischen Hilfe nicht die Rede sein. *) Man begreift, dass sich der Kaiser nicht nach einer solchen Siegespalme sehnte, wie sie die Schlesier für ihn bereit hielten.

Die andere Hiobspost betraf den Verlust von Pilsen, das am 21. November in die Gewalt des Grafen Mansfeld fiel. Es ist erzählt worden, unter welchen Umständen Mansfeld nach Böhmen kam und wie er die Bestallung als Artilleriegeneral erhielt. Seine erste ihm zugetheilte Aufgabe bestand darin, dass er mit den Truppen, die er aus Deutschland mitgebracht, Pilsen nehmen sollte. Gleich im Beginne des Aufstandes hatten die Pilsner eine unfreundliche Stellung zu den Ständen eingenommen, doch war diese fern von offener Feindseligkeit. Als sie aber ihre Betheiligung an dem Junilandtage ablehnten und ihre Stadt in Vertheidigungszustand zu setzen begannen, sandten die Directoren den Herrn Dionys Markwart von Hrádek zu ihnen, um sie wo möglich mit guten oder bösen Worten zum Anschlusse an die Stände und zur Abstellung ihrer Rüstungen zu bewegen. Die Pilsner wiesen die Aufforderung zurück und rechtfertigten ihr Vorgehen mit einem vom Kaiser an sie erlassenen Befehle, der ihnen gleichzeitig in der Person eines gewissen Felix Dornheim einen tüchtigen Stadtcommandanten zuschickte. Die weiteren Vorgänge in der Stadt dehnten nun Tag für Tag die Kluft zwischen derselben und dem übrigen Lande aus. Nicht nur, dass unter Dornheims Leitung die Wider-

1618

*) Die kaiserliche Instruction für den Gesandten in Breslau und die Antwort der Schlesier ist in verschiedenen Werken abgedruckt. — Im wiener Staatsarchiv Boh. V. Bericht der Gesandten des Erzh. Karl an ihren Herrn über den breslauer Fürstentag dd. 28. Nov. 1618. Erzh. Karl an den Kaiser dd. 2. Dec. 1618. Wiener Staatsarchiv. Boh. V.

standsfähigkeit Pilsens gehoben wurde, es gestaltete sich auch zu einem Sammelplatz für die dem Aufstande feindlichen Elemente des pilsner Kreises. Die Prälaten und katholischen Herrn, die in demselben ansässig waren, steuerten aus ihrem Säckel zu den Kriegsbedürfnissen bei und so konnte eintretenden Falls von Pilsen aus eine nicht unwichtige Diversion gegen die Stände versucht werden.

Die rasche Bezwingung der widerspänstigen Bürger war demnach für die Directoren ein dringendes Gebot der Vorsicht und deshalb traf Mansfeld unmittelbar nach seinem Eintritte in die ständischen Dienste die nöthigen Vorbereitungen zur Belagerung der feindlichen Stadt, brach dieselben aber wieder ab, da er von den Directoren den Befehl erhielt, nach Budweis zu marschiren. Noch hatte er sich kaum auf zwei Meilen entfernt, als der Befehl widerrufen wurde, worauf er zurückkehrte, Pilsen von drei Seiten einschloss und die Belagerung mit allem Ernste begann. Dornheim versäumte keine Massregel, um die Bemühungen des Gegners zu vereiteln; er zündete die Vorstädte an und beschränkte sich auf die Vertheidigung der in mittelalterlicher Weise durch Wälle und Wassergräben, keineswegs aber durch eine natürliche Lage beschützten Stadt. Die Directoren hofften, dass der Ernst einer Belagerung ernüchternd auf die Pilsner wirken dürfte, und schickten deshalb nochmals eine Gesandtschaft an sie ab, die ihnen den Frieden anbot, falls sie sich ihrer Besatzung entledigen wollten. Das Anerbieten wurde abgeschlagen, doch dauerte es noch geraume Zeit, bis Mansfeld hinlänglich mit Belagerungsgeschütz versehen war und an ein wirksames Beschiessen der Wälle gehen konnte. Zu den geworbenen Truppen, die er befehligte und deren Zahl sich auf 3800—4000 Mann belief, stiess mittlerweile auch ein Theil des vom Augustlandtage beschlossenen Aufgebotes in einer Anzahl, die der der geworbenen Truppen ziemlich gleich kam. Erhöhte dieser Zuzug auch nicht bedeutend seine Kraft, so machte er doch die Einschliessung der Stadt wirksamer und konnte bei den Belagerungsarbeiten verwendet werden.

Schon am 20. October hatte Mansfeld eine so weite Bresche geschossen, dass er einen Sturm wagte; doch erreichte er

keinen Erfolg, sondern büsste nur an 300 Soldaten ein. Der Kaiser gab sich indessen alle Mühe, die Befreiung der Stadt zu bewirken. Da er über kein Entsatzungsheer verfügte, versuchte er es auf diplomatischem Wege, indem er den Kurfürsten von Sachsen bat, die Directoren von dem Angriffe auf eine ihm treue Stadt abzumahnen. Als die Belagerung trotzdem vorwärts schritt und die Vermittlung des Kurfürsten nichts fruchtete, wollte er, dass die Verhandlungen über den Ausgleich mit den Böhmen in Pilsen vorgenommen werden sollten, um die Stadt dadurch zu einem neutralen Orte zu erklären. Aber alle diese diplomatischen Fallstricke verfingen nicht bei den Directoren, sondern veranlassten sie nur, dem Grafen Mansfeld den Befehl zu energischer Fortsetzung der Belagerung zu geben. Der General versuchte nun durch nächtliche Ueberrumpelung die Stadt zu nehmen, er erreichte zwar nicht das gewünschte Ziel, aber er legte dabei die von den Pilsnern noch immer behaupteten Mühlen in Asche und vernichtete damit einen bedeutenden Theil ihrer Getreidevorräthe.

In dem Schrecken, den dieser Schlag den Belagerten verursachte, versuchten die Directoren nochmals deren friedliche Unterwerfung, allerdings unter Bedingungen, die von den früheren sehr verschieden waren. Sie verlangten jetzt nicht bloss die Entfernung der kaiserlichen Garnison, sondern auch die Aufnahme einer ständischen und die Bezahlung von 60.000 Gulden als Sold für das Belagerungsheer. Die Pilsner wiesen die angebotenen Verhandlungen nicht unbedingt ab, aber aus ihren ausweichenden Antworten war ersichtlich, dass es sich ihnen nur um einen Waffenstillstand und um Gewinnung von Zeit handelte. Als sie schliesslich die Unterwerfung ablehnten, selbst als ihnen der Nachlass der 60.000 Gulden angeboten wurde, begann der Kampf von neuem. Dornheims Stelle, der mittlerweile im Kampfe gefallen war, vertrat jetzt Thomas Selender, ein Bruder oder Vetter des braunauer Abtes, der sich nicht minder eifrig der Vertheidigung annahm. Die Beschiessung der Stadtmauern wurde von den Belagerern mit solcher Energie in Angriff genommen, dass sie allmälig zu einem Schutthaufen zusammensanken, so dass Mansfeld am 21. November den Befehl geben konnte, die Stadt

an mehreren Seiten zugleich zu stürmen. Der Angriff gelang diesmal besser; die Angreifer bemächtigten sich einzelner wichtiger Punkte innerhalb der Stadtmauern und trieben die Vertheidiger von Haus zu Haus bis gegen den Hauptplatz zu. Die pilsner Besatzung, welche sich tapfer gewehrt hatte, sah sich schliesslich zum Rückzuge nach dem Kloster der Barfüssermönche genöthigt und eröffnete von da aus Verhandlungen wegen der Uebergabe. Ein vorläufiger Waffenstillstand, der ihnen bewilligt wurde, machte allem Kampfe ein Ende.*)

Zwei Tage darauf stellte sich die ganze Besatzung, die theils aus geworbenen Soldaten, theils aus Bürgern, theils aus Bauern und Adeligen der Umgebung bestand, vor dem Grafen von Solms auf dem Hauptplatze auf. Die Behandlung, welche die verschiedenen Abtheilungen erfuhren, war sehr verschieden. Den geworbenen Soldaten wurde freier Abzug mit ihren Waffen gestattet, eine Grossmuth, die mit kluger Voraussicht angebracht war, da die wenigsten von dieser Erlaubniss Gebrauch machten und in die Dienste des Grafen Mansfeld traten. Was die Bürger betraf, so mussten diese ihre sämmtlichen Waffen und Kriegsvorräthe abliefern. Die Bauern, die aus der Umgebung aufgeboten waren, wurden nach Hause entlassen und erhielten statt der Waffen weisse Stäbe auf den Weg. Schlimmer erging es den adeligen Vertheidigern Pilsens, die Sieger vergriffen sich zwar nicht an ihrer Person, liessen ihnen aber eine verächtliche Behandlung zu Theil werden. Das herbste Loos traf den pilsner Nachrichter. Er hatte sich an der Vertheidigung der Stadt betheiligt und als ein tüchtiger Schütze wirksame Dienste geleistet. Dass ein Nachrichter es gewagt hatte, so ehrliche und unbescholtene Leute, wie die mansfeldischen Truppen und vor allem ihr General war, anzugreifen, das konnte nach damaligem Brauch nicht geduldet werden und forderte Genugthuung. Der Nachrichter wurde zum Tode verurtheilt und auf einem eigens hergerichteten Galgen aufgehängt, da der alte, der den Namen Žižka's Küche führte,

---

*) Ueber die Geschichte der Einnahme Pilsens berichten ausser Skala II 493 und flg. mehrere andere gleichzeitig durch den Druck veröffentlichten Schriften. Erschöpfend hat Reuss diesen Gegenstand behandelt.

auf Mansfelds Befehl abgebrochen wurde. Der alte Galgen war nämlich der Sage nach dem berühmten Taboritenführer zum Spotte an der Stelle errichtet worden, von wo aus derselbe vergeblich die Belagerung Pilsens versucht hatte.

Die Besiegten traf nun ein hartes Loos. Zunächst wurden die Bürger verhalten, eidlich ihre Anhänglichkeit an die ständische Sache zu geloben; eine Contribution von 120.000 Gulden, die gleichzeitig über sie verhängt wurde, mag diese Anhänglichkeit in selbstverständlicher Weise gekräftigt haben. 50.000 Gulden erlegten die Bürger gleich, theils im baren, theils in Silber- und Goldgeräthschaften, mehr konnten sie aber nicht leisten. Alle Bitten, sie mit weiteren Forderungen zu verschonen, blieben unerhört; die einzige Erleichterung, die man ihnen gewähren wollte, bestand darin, dass ihnen gestattet wurde, den Rest in wochentlichen Raten von 1000 Gulden zu erlegen. Da sie dies nicht zu thun vermochten, boten sie die Stadtgüter an Zahlungsstatt an, doch vergeblich, denn Mansfeld verlangte bares Geld. Da die Stadt nebenbei auch die Besatzung unterhalten musste, sahen die Bürger bei dem gleichzeitig gänzlichen Darniederliegen der Gewerbe nur Elend vor sich. Viele wanderten deshalb bei Zeiten aus, so dass die Stadt im Monate Januar nur noch 150 Bürger zählte, auf denen noch immer die Bezahlung der grösseren Contributionshälfte lastete. In ihrer Verzweiflung wandten sich die Uebriggebliebenen an den Kurfürsten von Sachsen und baten um seine Fürsprache bei Mansfeld und bei den Directoren. Wir wissen nicht, ob und welche Wirkung ihr Gesuch hatte.*)

1619

Was das Corps betrifft, mit dem Mansfeld die Belagerung von Pilsen unternommen hatte, so wurde es nach der Einnahme dieser Stadt aufgelöst. Ein Theil der geworbenen Truppen blieb daselbst als Besatzung zurück, der Rest wurde nach dem südlichen Böhmen zur Verstärkung der gegen Budweis operirenden Armee geschickt, während jener Theil des allgemeinen Aufgebotes, der bei den Belagerungsarbeiten mitgeholfen hatte, einfach nach Hause entlassen wurde. Es war dies die erste und

*) Sächs. Staatsarchiv 9170 VIII. Pilsen an Kursachsen dd. 25. Januar 1619.

einzige Verwendung, welche die vom Augustlandtag beschlossene Bewaffnung der heimischen Bevölkerung gefunden hatte.

Die schreienden Uebelstände, welche mit dieser Massregel verbunden waren, nöthigten die Directoren so frühzeitig zu ihrer Zurücknahme. Schon im September, also zu einer Zeit, in der das Aufgebot eine greifbare Gestalt bekam, zeigten sich die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen als eitel. Allerdings wenn Jedermann seiner Pflicht mit demselben Enthusiasmus nachgekommen wäre, wie der reiche Albrecht Smiřický, dann wäre das Resultat ein glänzendes gewesen. Mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit hob der junge Mann auf seinen Gütern an 1200 Mann aus, 90 von ihnen rüstete er als Reiter aus, die andern bewaffnete er wie das geworbene Fussvolk, versah sie mit allen Kriegsbedürfnissen, sorgte pünktlich für ihre ordentliche Verpflegung und zog mit ihnen selbst in das Lager, um unter Thurns Commando am Kampfe theilzunehmen.*) So wie Smiřický, so kamen unzweifelhaft noch einige andere Edelleute den Beschlüssen des Landtages nach und fanden sich mit ihren Dienstleuten und dem auf sie entfallenden Truppencontingente am Kriegsschauplatze ein. Die Mehrzahl handelte jedoch anders. Die Directoren klagten in einem Patente, dass der Adel des Landes statt sich am Sammelplatze mit seinem Gefolge einzustellen, nur Stellvertreter abschicke, armselige Knechte, die keinen Begriff von der Handhabung der Waffen hätten; selten komme ein oder der andere Recrut zu Pferde an, während doch die Reiterei so nothwendig sei.

Hatte schon die persönliche Theilnahmlosigkeit des Adels ihre bedenkliche Seite, so bekamen die Directoren bald noch mehr Grund zu Klagen. Nach dem Landtagsbeschlusse sollte das Landesaufgebot gehörig bewaffnet am Sammelplatze erscheinen; bei den ersten Zuzügen war dies der Fall, bei den späteren nahm es immer mehr ab und so fanden zuletzt in den Kreisstädten nur Ansammlungen von Menschen statt, von denen sich die Mehrzahl als unbrauchbar erwies, weil sie nicht im mindesten für den Krieg ausgerüstet war. Allein auch bei diesem

*) Skala II.

Mangel blieb es nicht. Für den Unterhalt des allgemeinen Aufgebotes waren von der Regierung keine Anstalten getroffen worden, da nach dem Landtagsbeschlusse jeder einzelne Herrschaftsbesitzer und jede Stadt selbst für ihre Mannschaft sorgen sollte. Angenommen jeder Herr hätte seine Pflicht gethan; welche heillose Unordnung musste trotzdem eintreten, wenn eine Truppenabtheilung mit Proviant, eine andere aber mit Geld versehen war und nicht wusste, wie sich die nöthigen Nahrungsmittel zu verschaffen. Aber dieser Fall einer vielleicht noch zu bewältigenden Verwirrung trat gar nicht ein; schon im Monate October erhoben die Directoren bittere Klage darüber, dass viele Edelleute ihr Contingent nicht nur ohne Waffen und Munition, sondern auch ohne Geld oder andere Hilfsmittel auf den Musterplatz abgeschickt hätten. Die Folge war, dass die allen Entbehrungen ausgesetzte Mannschaft wieder ausriss, sich in die dem Sammelplatze nahe gelegenen Orte plündernd verbreitete und von militärischem Gehorsam nicht viel wissen wollte. Die Directoren drohten die Güter der säumigen Zahler mit Execution zu belegen, eine jedenfalls unerwartete Verwendung der Mannschaft, die ursprünglich gegen den Feind bestimmt war.*)

So zeigte sich bald, dass die böhmischen Stände in dem Versuche, die Vertheidigung des Landes mit Hilfe des allgemeinen Aufgebotes zu fördern, einen unverzeihlichen Irrthum begangen hatten. In den kleineren Fehden des Mittelalters konnte ein Edelmann seine Vasallen aufbieten, sich mit mehreren Standesgenossen vereinen und rasch einen Streit ausfechten, ohne dass für die Verpflegung und Besoldung der Kämpfenden besonders grosse oder einheitliche Vorbereitungen nöthig waren. Die Concentration grösserer Truppenmassen forderte aber auch im Mittelalter umfassende Massregeln, die von einem Mittelpunkte ausgehen mussten und nicht den kleineren Truppenabtheilungen überlassen werden durften. Noch weit mehr war dies im 17. Jahrhunderte der Fall, seit die Entwicklung der Feuerwaffen auch

*) Nähere Daten hierüber bei Skala und in den Acten des sächsischen Staatsarchivs.

einen eigenen Artilleriepark, Munitionsvorräthe u. s. w. in Anspruch nahm. Konnte ein vernünftiger Mensch glauben, dass die Bewaffnung, Verpflegung und Besoldung von etwa 30.000 Mann — auf diese Summe sollte sich das Aufgebot belaufen — der Zahlungsfähigkeit und Pünktlichkeit von 1400 Gutsherren und 42 königlichen Städten überlassen werden und dieser ganze Versuch anders als kläglich enden könne? Die ungeregelte Aufbietung der heimischen Kräfte hatte nur einen Sinn, wenn man einen Guerillakrieg führen wollte, allein das war vorläufig nicht die Absicht der Regierung.

Was sonach zu erwarten war, trat ein. Nachdem sich im Laufe des Monates September an den Sammelplätzen statt der erwarteten 30.000 Mann vielleicht nur 15—18000 eingestellt hatten und bei diesen binnen kurzer Zeit jegliche Unordnung und Noth ausgebrochen war, so dass sie sich zu einer Landplage entwickelten, fing man an zu begreifen, dass die rasche Entlassung des Aufgebotes das klügste sei, was man thun könne. Durch die schlesische Hilfe trat ohnedies eine entscheidende Vermehrung des böhmischen Heeres ein und so wurde im Laufe des October die Auflösung des Aufgebots verfügt. Nur jener Theil, der sich bei Pilsen angesammelt hatte, wurde länger beisammen gehalten und bei der Belagerung dieser Stadt verwendet. Mit Ausnahme der Dienste, welche diese Abtheilung leistete, bestand das Gesammtresultat des verunglückten Aufgebotes darin, dass viele Tausende kräftiger Arbeiter durch mehrere Wochen ihrer nützlichen Thätigkeit entzogen wurden und sich theilweise an ein zügelloses Leben gewöhnten.

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, dass die meisten Directoren einen Theil der Schwierigkeiten, die mit dem Landesaufgebote im Zusammenhange standen, voraussahen und lieber zu einer Vermehrung der geworbenen Truppen gerathen hätten. Diesem stemmten sich jedoch die immer schwierigeren finanziellen Verhältnisse entgegen. Mit Ende August war man nicht mehr im Stande, den Truppen, die im Felde standen, den Sold rechtzeitig auszuzahlen; weder die über Michna verhängte Confiscation noch die Steuern, selbst wenn sie regelmässiger eingelaufen wären, reichten für die gesteigerten Bedürfnisse aus. Da man trotz-

dem eine Vermehrung der bewaffneten Mannschaft für nöthig hielt, weil man der schlesischen Hilfe noch nicht gewiss war, so hütete man sich, die Schwierigkeiten ins unendliche zu steigern und die Bezahlung des Landesaufgebotes auf die öffentlichen Cassen zu übernehmen. Es war das aber eine kurzsichtige Politik, die da glauben konnte, ein günstigeres Resultat zu erzielen, wenn man die Sorge für die Organisirung des Vertheidigungswesens dem guten Willen und der Pünktlichkeit von Tausenden überliess, anstatt die Regierung damit zu belasten.

Der Credit, der allein die grossen, augenblicklich nöthigen Summen herbeigeschafft hätte, war damals noch gar nicht ausgebildet und selbst für jene Zeiten stand Böhmen hinter andern Ländern zurück, da der Handel hier nur eine untergeordnete Rolle spielte. Die Directoren hatten von dem Landtage, der am 28. August zusammengetreten war, die Bewilligung neuer Steuern zur Befriedigung der geworbenen Truppen verlangt, wir wissen jedoch, dass die Stände diesen Gegenstand nicht einmal in Erwägung nahmen, sondern sich eilig aus Prag entfernten. Die Directoren gerieten in die grösste Verlegenheit und verfielen in derselben auf ein eben so sonderbares als armseliges Auskunftsmittel. Da sie die Städte erfolglos um ein Anlehen ersucht hatten, machten sie den Versuch, ob es ihnen nicht gelingen würde, bei der Bauernschaft ein besseres Resultat zu erzielen. Eine grössere Anzahl von Bauern, die im Rufe besonders günstiger Vermögensverhältnisse standen, wurden um ein Darlehen angesucht, aber vergeblich, denn die meisten schützten Armuth vor und so zeigte sich diese Massregel nicht nur erfolglos, sondern diente auch dazu, den Credit der Stände auf das äusserste bloss zu stellen. Die steigende Geldnoth bewirkte, dass die Directoren zuletzt ihre Linderung durch Mittel versuchten, die einen türkischen Beigeschmack bekamen. Das erste Opfer dieser neuen Finanzpolitik war Adam Hřan von Harasov. Da man wusste, dass er auf seinen Schlössern einige Capitalien erliegen habe, wurden dieselben gleichzeitig überfallen und das in ihnen aufbewahrte Geld mit Beschlag belegt. Die reichste Beute machte man auf dem Schlosse Rothenhaus, woselbst 118,000 Schock meissner Groschen gefunden wurden,

1618

für welche dem Eigenthümer eine Schuldurkunde ausgestellt wurde. Ein ähnlicher Streich wurde einem andern Edelmanne gespielt und ihm mehrere Tausend Dukaten auf gleiche Weise weggenommen. Von dem erbeuteten Gelde wurden 80,000 Thaler in das Lager zur Bezahlung des rückständigen Soldes abgeschickt.*) Der momentane Erfolg dieser Massregel zog selbstverständlich den überwiegenden Nachtheil nach sich, dass jetzt Jedermann seine Ersparnisse ängstlich hütete und verläugnete.

IV

Nach dem Falle von Pilsen stand es in der Macht Thurns, Böhmen völlig von der Gegenwart der feindlichen Truppen zu befreien, wenn er sich mit allen seinen Streitkräften auf Buquoy warf. Statt jedoch dies zu thun und die bisherigen Erfolge zu vervollständigen, beschloss er, Hohenlohe mit einem Theile des Heeres bei Budweis zurückzulassen, ihm die Beobachtung Buquoy's zu übertragen und mit dem andern Theile nach Oesterreich vorzudringen. Am 25. November überschritt Graf Heinrich Schlick an der Spitze von 4000 Mann die österreichische Grenze, bemächtigte sich Zwettels und war so glücklich, einen Theil der von Dampierre in Böhmen gemachten Beute wiederzugewinnen. Des letzteren Truppen wurden überall zurückgeworfen, die Böhmen rückten unaufhaltsam bis Weitra vor und sandten von da zahlreiche Abtheilungen aus, welche die Gegend nach Proviant durchstreiften. Obwohl diese Abtheilungen nur bis auf einige Meilen von Wien vordrangen, so fing man schon an, in dieser Stadt einen Handstreich von Seite der Böhmen zu befürchten und geriet in grossen Schrecken. Die Bewohner der Umgegend und der Vorstädte flüchteten mit ihrer Habe in die innere Stadt, zwei Thore derselben wurden verschlossen gehalten und die Donaubrücke sorgfältig bewacht.**) Dampierre konnte nur wenig Schutz gewähren, denn seine Streitkräfte, die ein verlässlicher Bericht auf

*) Skala II.

**) Innsb. Statth.-Archiv. Arbeissles Schreiben dd. Wien 10. Dec. 1618.

2500 Mann angibt, reichten gegen die fast doppelte Stärke des Feindes nicht aus und so musste sich der auf den erworbenen Kriegsruhm nicht wenig stolze General zu seinem Grame auf die Defensive beschränken. Als Mathias die Nachricht von dem feindlichen Einbruche in Oesterreich vernahm, sagte er ohne besondere Gemüthsbewegung zu Ferdinand: „Ich höre, meine Böhmen spazieren mir gar ins Land herein." Wenig erbaut von dem Tone, mit dem der Kaiser diese Worte aussprach, erwiederte der König: „Sie kommen nur zu nahe herbei." *)

Als Thurn den Einfall in Oesterreich wagte, leitete ihn dabei nicht blos der Wunsch, dem Kaiser den grössten Schaden zuzufügen, sondern auch die Hoffnung, die österreichischen Stände zum Anschlusse an Böhmen zu bewegen, eine Annahme zu der ihn die Lage der Dinge im Erzherzogthum vollkommen berechtigte. Die feindliche Stimmung der österreichischen Protestanten gegen Mathias, die sich gleich im Beginne des Aufstandes geltend gemacht hatte, war seitdem nicht gewichen, sondern nur gewachsen und hatte namentlich bei den Niederösterreichern eine bedenkliche Höhe erreicht. Da auf die im Monate Mai**) überreichte Beschwerdeschrift durch vier Monate keine Antwort erfolgt war, beschlossen gegen Ende September 85 Mitglieder des Herrn- und Ritterstandes, dieselbe zu erzwingen, begaben sich deshalb nach Ebersdorf, wo sich Mathias gerade aufhielt und bestürmten ihn so lange um eine Audienz, bis sie ihnen bewilligt wurde. Freiherr Christoph Andreas von Thonradel, der hiebei das Wort führte, ermüdete den Kaiser durch seine lange Auseinandersetzungen so, dass ihn dieser bat, sich kurz zu fassen, da er krank sei und das Mittagmal seiner harre.***) Die Bittsteller entfernten sich und überreichten darauf ein Gesuch, das ihre Beschwerden erörterte.

28. Sept. 1618

Abermals vergingen vierzehn Tage, ohne dass eine Antwort auf das Gesuch erfolgt wäre. Die Bittsteller suchten neuerdings um eine Audienz an, da ihnen dieselbe aber wiederholt

*) Sächs. Staatsa. 9170, VII. Zeidler an Kursachsen dd. 9/19 Dec. 1618.
**) Seite 365.
***) Hurter, Ferdinand II, VII. 428.

abgeschlagen wurde, drohten sie, vor der Burg so lange knieen zu wollen, bis ihr Begehren erfüllt würde. Auf dies hin ertheilte der Kaiser die verlangte Audienz, wobei Thonradel wieder das Wort führte. Er klagte zuerst, dass die Concession vom Jahre 1609 vielfach verletzt worden sei und wollte sich darauf in eine detaillirte Begründung seiner Behauptung einlassen, als er abermals unterbrochen und im Auftrage des Kaisers von Herrn Paul Jakob von Stahremberg aufgefordert wurde, inne zu halten, weil er (Mathias) nicht wohl sei und nicht weiter zuhören könne. Mathias war von der Scene so aufgeregt und über die Heftigkeit Thonradels so erbittert, dass er sich noch am folgenden Tage gegen Žerotín, der sich gerade in Wien befand, darüber beschwerte. Wiederum verstrichen mehrere Wochen, bis endlich eine Erledigung der vorgebrachten Beschwerden erfolgte, die jedoch die Bittsteller nicht im mindesten befriedigte. *) Da nöthigte Ende November, also gerade in den Tagen des drohenden böhmischen Einfalles, die steigende Noth an Geld und Mannschaft den Kaiser zur Berufung des Landtages nach Wien. Was vorauszusehen war, erfolgte, die protestantischen Stände fanden sich zwar in Wien ein, weigerten sich aber, den Landtagssaal zu betreten, ehe ihren Beschwerden abgeholfen sein würde. Der Streit dauerte über 14 Tage und da die Protestanten nicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen waren, sah sich der Kaiser, der ebenfalls nicht nachgeben wollte, zur Auflösung des Landtages genöthigt. **)

12. Oct. 1618

So war die Stimmung der Gemüther in Niederösterreich, als Thurn den Kriegsschauplatz dahin verlegte, und fast noch schlimmer für den Kaiser standen die Verhältnisse in Oberösterreich. Gotthard von Stahremberg, der sich bei dem prager Generallandtage so eifrig der Conföderation angenommen und dadurch den Zorn des Hofes auf sich geladen hatte, fand sich im böhmischen Lager ein, als Thurn die österreichische Grenze kaum überschritten hatte. Man deutete das Resultat der vertraulichen Ver-

---

*) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. 9. Nov. 1618. — Londorp I, 563.

**) Sächs. Staatsarchiv. 9170, VII. Zeitung aus Wien dd. 30. Nov. — Ebend. Zeitung aus Wien dd. 5., 12. und 19. Dec. 1618.

handlungen zwischen Thurn und Stahremberg dahin, dass es eigentlich der letztere war, der über die Dislocation der böhmischen Truppen im Lande entschied.*) Die Directoren richteten gleichzeitig ein Schreiben an die oberösterreichischen Stände, in dem sie um ihre Allianz ansuchten und damit um die Vollendung jenes Werkes, das im Jahre 1615 bei dem Generallandtage vereitelt worden war. Einer von den Grafen Schlick ging, wie es scheint, nach Linz, um durch seine persönliche Fürsprache der Bitte mehr Nachdruck zu geben. Es bedurfte nicht allzugrosser Anstrengung, um die bei den Ständen nur zu sehr vorhandene Neigung zu einer entsprechenden Aeusserung zu bringen. Denn trotzdem ihnen vom Kaiser jeder directe schriftliche Verkehr mit den Böhmen verboten worden war, beachteten sie das Verbot so wenig, als wenn es gar nicht gegeben worden wäre. Unter dem Vorwande, dass sie die Kriegsgefahr von ihrem Lande abwenden müssten, beschlossen sie, die gleich nach dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes geworbenen Truppen um weitere Tausend Mann zu vermehren und legten einen Verhau bei Freiwald an, durch den nicht sowohl den Böhmen das Eindringen nach Oesterreich erschwert, sondern Buquoy auf seiner Rückzugslinie bedroht wurde. Dass dies letztere allein die Absicht der Oberösterreicher war, zeigte auch noch die Anlage einer Schanze an der Donau bei Engelhartszell, durch welche allfällige Truppenzuzüge aus Baiern, die für den Kaiser bestimmt sein konnten, am Weitermarsche gehindert werden sollten.

Als sich nun ungefähr in der Mitte December der Ausschuss der oberösterreichischen Stände wieder in Linz versammelte, schickte Mathias einen eigenen Gesandten an denselben, um die Stände zur Rücknahme aller dieser gegen ihn gerichteten Massregeln zu bewegen. Allein der Ausschuss wollte weder von der Entfernung des betreffenden Verhaus, noch von der Abtragung der Schanze etwas wissen und lehnte auch jede Unterstützung des Kaisers mit Geld und Truppen ab.**) Eine Deputation, die

*) Sächs. Staatsarchiv 9170. Lebzelter an Schönberg dd. 1/11. Dec. 1618 Prag.

**) Sächs. Staatsarchiv 9170, VII. Zeidler an Kursachsen dd. 9/19. Dec. 1618.

eigens nach Wien deshalb abgeschickt wurde, setzte den Hof in Kenntniss von den gefassten Beschlüssen. Gleichzeitig wurde von den Oberösterreichern eine zweite Deputation nach Horn abgesendet, wo dieselbe mit einem Theile der niederösterreichischen Stände, so wie mit einer ungarischen Deputation, an deren Spitze sich der Palatin Forgach selbst befand, zusammentraf. Ueber das Detail der zu Horn gepflogenen Berathungen sind wir nicht hinreichend unterrichtet, wir wissen nur so viel, dass man über ein Bündniss zur Vertheidigung der protestantischen Interessen unterhandelte, was, wenn es zu Stande kam, gleichbedeutend mit dem Anschlusse an Böhmen war. So traten auch bereits die Ungarn aus ihrer Passivität heraus. *)

Ein entscheidender Entschluss ist jedoch in Horn nicht gefasst worden und die Stimmung der Gemüther in Oesterreich, die fast stündlich einen offenen Anschluss an den Aufstand erwarten liess, reifte noch zu keiner That. Die Ursache lag wohl daran, weil man den letzten Anstoss von Mähren erwartete. Dahin war gegen Ende November Tschernembl, nach Gotthard von Starhemberg der bewährteste Führer der Oberösterreicher gereist, um sich mit Žerotín zu besprechen; der Landtag selbst sollte am 15. December in Brünn zusammentreten, um wegen der böhmischen Angelegenheit einen Beschluss zu fassen. Vielfache Anzeichen deuteten darauf hin, dass sich in der bisherigen Haltung der Markgrafschaft ein Umschwung vorbereite. In Erwartung desselben begnügten sich die Oesterreicher noch mit der blossen Zuschauerrolle und dies um so mehr, als Thurn selbst das Erzherzogthum verliess, um sich in Brünn bei der Eröffnung des Landtages einzufinden und durch seine Gegenwart die Entscheidung herbeizuführen.

In der That war ein bedeutender Umschwung in Mähren im Anzuge. Schon als die mit Žerotín im Monate September nach Prag abgeschickten Gesandten nach Hause zurückkehrten und über ihre Sendung vor einer zahlreichen ständischen Zusammenkunft in Brünn Bericht erstatteten, wehte daselbst ein für den Hof ungünstiger Wind; denn die Versammlung beschloss,

*) Sächs. Staatsa. 9170, VII. Zeitung aus Wien.

den Kaiser zu ersuchen, alle ihm von den Böhmen zugefügten Beleidigungen zu vergessen und was die Hauptsache war, ihn um die Verschonung des Landes mit weiteren Truppendurchzügen zu bitten. *) Da die Versammlung keine weiteren Beschlüsse, wie sie wohl gerne gewollt hätte, fassen durfte, weil diese in die alleinige Competenz des Landtages gehörten, so baten die Mitglieder um eine baldige Berufung desselben. Die Bitte wurde erfüllt und der Landtag auf den 15. December einberufen. Am Hofe war man auf das äusserste besorgt, dass derselbe einen üblen Verlauf nehmen und Mähren, das Beispiel der Schlesier befolgend, sich endlich auch den Böhmen anschliessen werde.

5. Nov.

Der allgemeinen Ueberzeugung gemäss hing auch diesmal die Haltung des mährischen Landtages von Žerotín ab. Hatte man ihn schon früher von Seite des kaiserlichen Hofes mit ausgezeichneter Rücksicht behandelt, so war dies jetzt noch mehr der Fall; man wurde nicht müde, ihn um Rath zu fragen: was dem Landtage für Propositionen zu machen, wie die Verhandlungen zu leiten seien und ob Ferdinand sich in Brünn als Stellvertreter des Kaisers einfinden solle oder nicht. Andererseits wurde Žerotín auch von der gegnerischen Seite nicht vernachlässigt, es wurden im Gegentheile alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn von seiner, wie man allgemein annahm, unnatürlichen Verbindung zu trennen. Tschernembl eröffnete den Reigen, indem er sich Ende November bei Žerotin in Trebitsch zum Besuche einfand, und man kann sich denken, wie sehr er sich angestrengt haben mag, um seinen Wirth für die böhmische Sache zu gewinnen. Die Rathschläge Tschernembls fanden gleichzeitig eine Unterstützung durch den Markgrafen von Jägerndorf und durch den Grafen Thurn, **) die beide Žerotín brieflich ersuchten, er möchte doch endlich durch seinen Einfluss die Verbindung zwischen Böhmen und Mähren herbeiführen. Hartwig von Stietten, des Markgrafen vertrauter Rath, erinnerte auf Befehl seines Herrn noch überdies den vielumworbenen Mann an eine Aeusserung, die er vor einigen Monaten in Wien

*) Brünner Landesarchiv. Landtagsverhandlungen.

**) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. Rossitz den 8. Dec. 1618.

gethan hatte und die dahin lautete, dass, wenn sich Schlesie den Böhmen anschliessen würde, dies auch auf die Mährer be- stimmend einwirken würde. Der Anschluss sei erfolgt und so nach möge Mähren nicht länger zögern, dem gegebenen Bei spiele zu folgen.

Allein Žerotín blieb allen diesen mündlichen und schrif lichen Mahnungen von Seite der Freunde des Aufstandes unz gänglich; der Entschluss, für den Frieden zu arbeiten und de Hause Habsburg keinen Nachtheil zuzufügen, wurde in ihm nic wankend gemacht und es scheint, dass die Tiefe und Laute keit seiner Ueberzeugung selbst auf Tschernembl einen mome tanen Eindruck ausgeübt habe, wenigstens behauptete Žerotí dass sein Gast in Trebitsch seiner Haltung die alte Achtun nicht versagt habe.*) Dem Markgrafen von Jägerndorf erörter er in einem umständlichen Schreiben die mannigfachen Gründ für sein Verhalten, die allesammt darauf hinausgingen, dass ei Anschluss Mährens an Böhmen den Frieden nur verzöger würde. Von grossem Interesse ist dabei eine Bemerkung, di Žerotín bezüglich der Katholiken machte. Er meinte, man soll nicht glauben, dass sich „der Kaiser und die Katholiken durc den Anschluss Mährens an Böhmen schrecken und zu eine solchen Ausgleiche, wie man ihn begehren möchte, zwinge lassen würden," im Gegentheile würden sie dadurch „in ein solche Desperation oder besser davon zu reden, in eine so grim mige Entschlossenheit gerathen, dass nicht allein dieses Land sondern alle umliegenden Länder, ja das ganze Reich zu ihren letzten Ende und völligen Untergange gebracht werden müssten."**) — An Hartwig von Stietten aber schrieb er, dass er sich de ihm in den Mund gelegten Aeusserung nicht erinnere; wenn e sie ja gethan habe, so könne sie nur den Sinn gehabt haben dass, wenn Schlesien sich den Böhmen anschlösse, dies au Mähren insofern bestimmend einwirken würde, als es dan mit doppeltem Eifer für den Frieden wirken müsste.***)

*) Corr. Žer. Žerotín an Tiefenbach dd. 26. Nov. 1618, Trebitsch.

**) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. 4. Jan. 1619, Trebitsch.

***) Corr. Žer. Žerotín an den Markgrafen von Jägerndorf dd. 29. Nov. 1618, Trebitsch.

Dieser beharrliche Friedenseifer Žerotíns hatte zur Folge, dass jene, die sich vergeblich um seinen Anschluss bewarben, die Lauterkeit seiner Gesinnungen anzuzweifeln begannen. Herr von Tiefenbach berichtete ihm, dass im protestantischen Lager sonderbare Gerüchte über ihn herumgingen. In der That rümpfte man über ihn die Nase, dass der Hof ihn stets früher in Kenntniss von den Propositionen setze, die am Landtage verhandelt werden sollten und ihn um seine Meinung befrage, und dass so übel berüchtigte Personen, wie Michna, zu ihm reisten und mit ihm Berathungen pflogen; man spottete seiner Kurzsichtigkeit, dass er sich wie ein Vogel fangen lasse und ähnliches mehr. Žerotín empfand diese Nadelstiche und Seitenhiebe bitter und wie hätte es auch anders sein können, da er die Achtung jener, die ihm bisher auf seiner Laufbahn am nächsten gestanden waren, schwinden sah und die ehrenrührigsten Beschuldigungen gegen ihn erhoben wurden. Doch machte ihn auch dies nicht wankend. In seiner Antwort an Herrn von Tiefenbach bemerkte er: „Es ist eine wunderseltsame Sache, dass man mit mir so übel zufrieden ist, da ich doch bisher nichts anderes gethan, als zum Frieden gerathen, denselben mit allem Fleisse und Ernste gesucht und befördert und weder in Werken noch in Worten etwas verbrochen habe. So habe ich mich auch gegen die Böhmen nie erklärt, nie als Gegner erzeigt, nie gesetzt, ihnen in ihrer Sache nie unrecht gegeben; die Art, wie sie dieselbe verfechten, zwar nicht gebilligt, aber sie auch deswegen nie angefeindet.“ *)

Weder kränkende Anschuldigungen, noch freundschaftliche Bitten bewogen also Herrn von Žerotín, von dem betretenen Wege abzuweichen. Seine Aufmerksamkeit war in den folgenden Tagen auf den bevorstehenden brünner Landtag gerichtet, damit sich derselbe nicht von der Bewegung hinreissen lasse. In Wien war man, wie oben angedeutet wurde, sehr besorgt und hielt es deshalb für das beste, wenn Ferdinand neuerdings als Stellvertreter des Kaisers in Brünn erscheine. Žerotín, um seinen Rath befragt, schrieb an den König, dass nichts besonderes zu

*) Corr. Žer. Žerotín an Herrn Friedrich von Tieffenbach dd. Trebitsch den 26. Nov. 1618.

29. Nov. 1618 befürchten sei, und dass es ein allerdings zu billigendes Uebermass von Klugheit sei, wenn er sich bei dem Landtage einfinden würde.*) Der Cardinal Dietrichstein war gleicher Meinung und so begab sich Ferdinand, der es an einer selbst überflüssigen Vorsicht nicht mangeln lassen wollte, auf den Weg. Allein er war noch nicht weit gekommen, als ihn ein Warnungsschreiben des Cardinals traf, das ihn von der Fortsetzung der Reise abmahnte. Žerotín hatte mittlerweile von der Sachlage eine andere Anschauung gewonnen und begann zu fürchten, dass die Böhmen einen Handstreich gegen Ferdinand auf seiner Hin- oder Rückreise von Brünn versuchen könnten, sei es durch einen heimlichen Ueberfall, sei es durch einen plötzlichen Einfall in Mähren. Er verständigte den Cardinal von seinen Befürchtungen und dieser wieder den König, welcher sich darauf zur Rückkehr nach Wien entschloss. **)

In der That war mehr als ein Grund vorhanden, um dessentwillen Ferdinand nicht umhin konnte, Brünn zu meiden, denn abgesehen von der Gefahr eines Handstreiches gegen seine Sicherheit stand auch noch zu bedenken, ob er an einem und demselben Orte mit Thurn zusammenkommen könne. Von böhmischer Seite hatte man sich entschlossen, eine Deputation nach Brünn abzuordnen, um die Stände auf das ernsteste um den Anschluss zu ersuchen. Die Personen, die für diese Sendung auserwählt wurden, waren Paul von Řičan, Ulrich von Gersdorf und Smil von Michalowic. Ihnen auf dem Fusse folgte aber auch Graf Thurn, der sich in Begleitung einer Reitereskorte plötzlich aus Oesterreich nach Mähren begab, um durch sein persönliches Erscheinen die Stände mit sich fortzureissen. Die Aufregung, welche das Erscheinen des Grafen in Brünn verursachte, war ausserordentlich und löste die Zungen des protestantischen Theiles der Stände in einer Weise, dass die Katho-

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Žerotín an Ferdinand dd. Rossitz den 29. Nov. 1618. — Ebendaselbst. Cardinal Dietrichstein an Ferdinand dd. 6. Dec. 1618.

**) Corr. Žer. Žerotín an Dietrichstein dd. 6. Dec. 1618. Rossitz. — Sächs. Staatsa. 9170, VII. Zeitung aus Wien dd. 19. Dec. 1618. — Skala II, 552.

en vor Schrecken wie gelähmt waren und schon einer Wieder-
lung des prager Fenstersturzes entgegen zu gehen glaubten.
bricius, der sich seit einigen Wochen in Brünn häuslich nieder-
lassen hatte, wollte nicht zum zweitenmale Gefahr laufen und
h aus der Stadt. Michna, der gut wusste, dass man seinen
llegen im Secretariat nur deshalb aus dem Fenster geworfen
tte, weil er selbst nicht zur Hand war, folgte seinem Beispiele
d stellte zur grösseren Sicherheit seine Flucht in geistlicher
leidung an.*)

Als königliche Commissäre fanden sich bei der Eröffnung
s brünner Landtages die Herren Heinrich von Kolowrat und
riedrich von Talmberg ein, von hervorragenden Katholiken und
äuptern der kaiserlichen Partei waren der Fürst von Liechten-
ein, der Kanzler Lobkowitz und der Cardinal Dietrichstein
gegen, selbstverständlich fehlte auch Žerotín nicht. Die Ver-
andlungen nahmen gleich im Beginne eine stürmische Wen-
ung, da die Protestanten von nichts anderem hören wollten, als
n einem raschen Anschlusse an die Böhmen, deshalb die Ge-
einschaft mit den Katholiken abbrachen und eigene Berathun-
n hielten. Žerotín wurde Anfangs in die Versammlung seiner
laubensgenossen nicht einmal zugelassen, zwei Tage lang
ährte seine Ausschliessung. Als man ihn endlich doch in den
reis jener berief, die ihn früher als ihr Orakel betrachtet
tten, blieb er sich unbeugsam treu und bot seine ganze Be-
dsamkeit auf, um den Anschluss an Böhmen zu verhindern.
ermals entschied sein Wort, die Protestanten liessen sich von
nen Argumenten so weit besänftigen, dass sie sich wieder
en katholischen Standesgenossen anschlossen und damit be-
ügten, dem Kaiser energisch einen friedlichen Ausgleich mit
hmen anzurathen. So erlitt trotz Thurns Anwesenheit, der
rigens nur ganz kurze Zeit in Brünn weilte, die böhmische
che zuletzt eine Niederlage.**)

Die Katholiken befreite die glimpfliche Beendigung des

*) Sächs. Staatsa. 9170, VII. Zeidler an Kursachsen dd. 16/18. Dec. 1618 Wien.

*) Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. 4. Jan. 1619, Trebitsch.

Landtags von einer Centnerlast; selbst Žerotín, der Anfangs keine Gefahr für seine Politik befürchtet hatte, bis er sich zuletzt gar sehr vom Gegentheile überzeugte, freute sich des schwer erkämpften Sieges und beglückwünschte Ferdinand über den Ausgang der Verhandlungen. Der Kaiser und sein Nachfolger dankten in eigenen Schreiben dem Manne auf das angelegentlichste, von dem sie ehedem solche Dienste nicht im Traum erwartet hatten und bezeugten ihre Dankbarkeit in einem Geschenke. Welcher Art dasselbe gewesen, ist nicht weiter bekannt, es dürfte indessen kaum etwas anderes, als ein kostbares Kunstwerk gewesen sein, dessen Hauptwerth nicht so sehr in Gold oder Juwelen, sondern in der besonders gnädigen Weise bestand, mit der es Žerotín von seinem Monarchen zugeschickt wurde. Auf letzteren machte diese Aufmerksamkeit und der überaus freundliche Ton der Begleitschreiben einen für ur überraschenden Eindruck, denn seine Antwort an Mathias und Ferdinand überschritt in ihren Versicherungen das Mas gewöhnlicher Ergebenheit und ergoss sich in den feurigsten Dienstesanerbietungen für die Zukunft. An Ferdinand insbesondere schrieb er: „Die mir erwiesene hohe Gnade überhöht nicht allein meine Verdienste, wofern einige vorhanden, sonder auch alle Hoffnung, die ich mir jemals hätte machen können etwas dergleichen bei Euer Majestät zu erlangen. Denn was meine Augen darin ersehen, ist mir Gnad und über Gnade un eine Gnade über die andere, also dass ich weder Worte noc Gestalt finde, Euer Majestät genugsam zu danken ... Gott, de in E. M. königliches Herz eingegeben, dass sie ihr diesen meine Dienst, wie schlecht er auch gewesen, gefallen haben lasse wolle dasselbe hinfüro also leiten und regieren, dass nicht wenig die künftigen (Dienste), die ich noch verhoffe mit seiner Hil und Gnade E. M. zu thun, von ihr in Gnaden aufgenomme werden mögen." *)

---

*) Wiener Staatsa. Žerotín an Ferdinand dd. 22. Dec. 1618. — Co Žer. Žerotín an Meggau dd. 10. und 13. Jan. 1619. — Žerotín Mathias dd. 10. Jan. — Žerotín an Eggenberg dd. 10. Jan. — Žerot an Ferdinand dd. 10. Jan. 1619 Olmütz.

Die Entscheidung in Brünn war für das Gelingen des böhmischen Aufstandes der grösste Schlag, weil sie offenbar für die Haltung der Oesterreicher massgebend war. Hätten sich die mährischen und oberösterreichischen Truppen mit Thurn verbunden, so wäre der Kaiser in seiner Residenz eingeschlossen und verloren gewesen, denn er hätte der feindlichen Armee, die in ihrer Vereinigung etwa 10.000 Mann gezählt hätte, kaum mehr als die 2000 Mann Dampierre's entgegenstellen können, da Buquoy durch Hohenlohe's Truppen in Schach gehalten wurde. Alle Hilfe, die ihm von Deutschland, Italien, Spanien, Flandern und sonstwo zu Theil werden konnte und seinem Nachfolger wirklich zu Theil wurde, kam dann zu spät. Die fortdauernde Neutralität Oesterreichs und Mährens bewirkte dagegen, dass Thurn im Erzherzogthum an keine grosse Unternehmung, namentlich nicht an eine Ueberschreitung der Donau oder einen Angriff gegen Wien denken konnte und sich auf die Besetzung von Zwettel beschränken musste. Auch trat die schlechte Jahreszeit allen Kriegsoperationen hemmend entgegen, so dass Mathias auf alle Fälle keine Gefahr zu befürchten hatte, solange die Mährer und Oesterreicher in ihrer Unentschlossenheit verharrten. Die grösste Sorge verursachten dem Hofe jetzt die Truppen Buquoy's, da deren vollständige Vernichtung im Bereiche der Möglichkeit lag. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtete sich wieder auf den Kriegsschauplatz im südlichen Böhmen.

Als Thurn Ende November mit einem Theile seines Heeres nach Oesterreich abrückte, hatte es Buquoy nicht mehr wie früher mit einem überlegenen Feinde zu thun, doch besserte sich seine Lage deshalb nicht. Der Mangel an Proviant, an dem er schon seit dem Beginne des Feldzuges gelitten hatte, machte sich bei ihm jetzt um so fühlbarer, da er auf einen engeren Raum beschränkt war und ihm die Zuzüge aus Oesterreich abgeschnitten wurden. Buquoy wollte sich deshalb gegen die Donau zurückziehen, weil er seine Lage für zu gefährdet ansah und begann mit Hohenlohe, der ihm gegenüber stand, Verhandlungen, in denen er für einen freien Rückzug die Räumung des Landes und die Uebergabe von Budweis anbot. Da ein Uebereinkommen

nicht erzielt wurde, weil Hohenlohe den Feind ganz vernichte
zu können hoffte, wollte sich Buquoy durch eine Kriegsli
retten, wurde aber bei dem Versuche geschlagen, erlitt eine
weiteren Verlust von 1000 Mann und wurde noch enger als früh
in Budweis eingeschlossen. Hohenlohe wollte den Erfolg dur
einen Angriff auf Krummau vervollständigen, aber er erl
dabei selbst eine Schlappe. Buquoy benützte diesen kleinen Si
nicht weiter, sondern gab den Versuch auf, sich nach Oeste
reich zurückzuziehen, doch hielt er sich nicht ruhig, sonde
ermüdete den Feind durch tägliche Ausfälle, indem er si
zugleich durch Streifzüge in mehr oder weniger weite Entfe
nungen die nöthigen Lebensmittel verschaffte.

So war das Jahr 1619 herangekommen und damit d
Gefahr einer vollständigen Niederlage für Buquoy in grösse
Ferne gerückt, denn über das böhmische Heer brachen jetzt
verheerende Krankheiten ein, dass seine numerische u
moralische Ueberlegenheit beträchtlich zusammenschrumpft
Schon im December 1618 litt es nicht wenig in Folge d
schlechten Witterung und der Anstrengungen des Feldzug
noch weit schlimmer gestalteten sich aber die Verhältnis
im Januar, obwohl das Heer nicht auf einem engen Raum
concentrirt war, sondern der leichteren Verpflegung weg
über eine weite Strecke zerstreut wurde. Der grösste Th
lag zwischen Zwettel und Budweis, während einzelne A
theilungen in Neuhaus, Soběslau, Tabor und Böhmischbr
untergebracht waren. Das Hauptquartier selbst war in Rudo
stadt. *) Man berechnete den Verlust, den die Böhmen hau
sächlich durch Krankheiten bis Mitte Januar 1619 erlitten hatte
auf 5000 Mann, während der Verlust der Schlesier auf 5
Mann angegeben wurde. Was die Krankheit betrifft, unter d
die überlegene Kraft der Böhmen dahingerafft wurde, so w
sie nach der Beschreibung der Quellen ein überaus rasch ve
laufendes Nervenfieber; die davon Betroffenen bekamen heftig
Kopfschmerzen, Ohrensausen, die Glieder schwollen ihnen a

---

*) Wiener Staatsarchiv. Untersch. Acten V. Aus dem böhmischen Wi
terlager.

Zunge und Gaumen waren entzündet und trocken. Auch die folgenden Wochen brachten keine Erleichterung, die Sterblichkeit dauerte bis zum Frühjahre mit gleicher Heftigkeit fort, so dass der böhmische Verlust gegen Ende Februar schon auf 8000 Mann veranschlagt wurde, zwei Drittel der Armee waren also zu Grunde gegangen. Graf Thurn war in Verzweiflung über diesen unsäglichen Jammer, für den er keine Hilfe wusste. Von den schlesischen Hilfstruppen trugen gegen Ende März nur noch 500 Mann die Waffen, der Rest war gestorben oder lang krank darnieder. Manche Compagnien waren auf den zwanzigsten Theil ihres früheren Bestandes reducirt. Soldaten und Officiere verliessen aus Furcht vor dem pestartig um sich greifenden Uebel ihre Lagerplätze und eilten nach Prag, um da für wirkliche oder vorgeschützte Krankheiten Heilung zu suchen, so dass es in den Strassen der Hauptstadt bald kriegerischer aussah als in der Nähe des Feindes.*) Durch strenge Strafbestimmungen von Seite der Directoren musste ihnen wieder die Rückkehr zu ihren Fahnen anbefohlen werden. Kann es Wunder nehmen, wenn die böhmischen Truppen unter solchen Verhältnissen ihre Kriegslust einbüssten, und meinten, ihre Generäle verständen nicht das Handwerk, da sie nach so glücklichen Erfolgen und nachdem sie dem Grafen Buquoy solche Schläge beigebracht hatten, seiner nicht Herr werden könnten.

Was das kaiserliche Heer betrifft, so waltete über demselben Anfangs ein günstigeres Schicksal, noch im Januar wurde die Stärke Buquoy's auf 5000 Mann angegeben, eine Ziffer welche beweist, dass er mit den Seinigen durch Krankheiten nur unbedeutend heimgesucht worden war. Im Februar verschlechterten sich jedoch die Verhältnisse auch für ihn und die Sterblichkeit erreichte in Budweis, wo sich das Gros seiner Armee befand, eine erschreckende Höhe, die unter den Sol-

---

*) Die Acten im sächs. Staatsa. Grünthal an Kursachsen dd. 16/26. Febr. Prag 1619 und viele andere Briefe. Ferner Münchner Reichsarchiv 40, 2 Conrad Pawel an seinen Bruder dd. 9. Febr. 1619. — Münchner Staatsarchiv 416, 16 Extract aus einem Schreiben aus Linz. — Skala III, 24.

daten, noch mehr aber unter den Bürgern aufräumte. Dennoch scheint es, als ob die Verluste Buquoys im Verhältnisse zu den böhmischen minder schwer gewesen seien, worauf vielleicht die besseren Quartiere, wie sie in Budweis und Krummau zu finden waren, einigen Einfluss ausgeübt haben. Jedenfalls büsste er keinen Augenblick den moralischen Muth ein, denn er quälte die Böhmen mit unablässigen Angriffen. Zu gleicher Zeit war er darauf bedacht, frische Kräfte an sich heranzuziehen und suchte, da er auf solche von Oberösterreich her nicht hoffen konnte, sich einen Weg durch den Böhmerwald nach Passau zu eröffnen. Er bemächtigte sich zu diesem Ende der alten Handelsstrasse, des goldenen Steigs, räumte die furchtbaren Hindernisse, welche die Natur jedem Verkehre im Winter daselbst entgegensetzt, glücklich weg und eröffnete dadurch 2000 Fussknechten, die der Kaiser mittlerweile in Vorderösterreich geworben hatte, den Weg nach Krummau.*) Damit ersetzte er hinreichend alle Verluste, die er durch Krankheit erlitten haben mochte und behauptete sich in der Stärke, die er im Januar innegehabt. Die Böhmen, die mittlerweile durch neue Werbungen ebenfalls ihre Lücken zu füllen versuchten, wehrten nur mühsam seine Angriffe ab und konnten nicht einmal hindern, dass Dampierre über die österreichische Grenze hervorbrach und seine Streifzüge bis tief in das Land ausdehnte.

Die Leiden, welche über das beiderseitige Kriegsheer im Winter hereinbrachen, sind jedoch kaum ein Schatten von jenen, unter denen die südlichen Gegenden des Landes seufzten. Thurn und Hohenlohe deckten ihren Bedarf an Proviant zu einem guten Theile durch Requisitionen, da aber von den Gutsbesitzern am Kriegsschauplatze kaum ein Drittel des Geforderten abgeliefert werden konnte, so wurde der Rest des Bedarfes regelmässig durch Plünderungen aufgebracht. Die Bauern verloren entweder ihr gesammtes Hab und Gut und gingen im Elend zu Grunde oder sie flüchteten mit dem Reste ihres Besitzes in die entfernteren Theile des Böhmerwaldes, und liessen ihre Hütten leer stehen, die dann von den Soldaten niedergerissen

*) Skala III, 25.

und als Brennmaterial verwendet wurden. Und was der Freund nicht verdarb, das richtete der Feind zu Grunde. Denn während die böhmischen Truppen nur ihre Bedürfnisse zu decken suchten, brachte Buquoy die Verödung des Kriegsschauplatzes in ein förmliches System. Die Orte, welche von den kaiserlichen Soldaten ausgeplündert worden waren, wurden von ihnen absichtlich niedergebrannt und die bäurische Bevölkerung schutz- und hilflos in die Welt hinausgetrieben. Man berechnet, dass im prachiner Kreise allein über 200 Dörfer bis zum März 1619 auf diese Weise vernichtet worden sind. *) Der furchtbare Jammer, der so das südliche Böhmen traf und es in eine Wüste zu verwandeln drohte, rief in Prag die grösste Bestürzung hervor und verursachte sogar die Directoren zur Absendung einer Klagschrift an den Kaiser. Man mag in Wien keine geringe Genugthuung empfunden haben, als das Schreiben der Directoren ankam; doch fand es scheinbar Beachtung, denn Buquoy erhielt den Befehl, mit mehr Mässigung aufzutreten; selbstverständlich blieb aber alles beim alten. **) Der eigentliche Krieg hatte jedoch seit dem Beginne des J. 1619 aufgehört und Verhandlungen aller Art nahmen die ersten Monate dieses Jahres in Anspruch, bevor der zweite Waffengang sie wieder zum Abschlusse brachte.

---

*) Skala III, 52.

**) Sächs. Staatsa. 9170, VIII. Zeidler an Kursachsen dd. 13/23. Januar Wien 1619. Ebend. Lebzelter an Schönberg dd. 11/21. Jan. 1619 Prag. Ausserdem Skala III und zahlreiche Acten verschiedener Archive.

Achtes Kapitel.

Die letzten Ausgleichsversuche. Des Kaisers Tod.

I Christoph von Dohna in Turin (Oct. 1618). Der Herzog von Savoyen wünscht den Abschluss einer umfassenden Allianz. Versammlung der pfälzischen Staatsmänner in Krailsheim. Dem Pfalzgrafen wird die böhmische Krone angeboten. Mansfeld und Neu in Turin. Plan zur Zertrümmerung der österreichischen Monarchie. Christoph von Dohna in England. Jakob I im Schlepptau der spanischen Politik.

II Waldstein in Prag und Dresden. Widerstand Maximilians von Baiern gegen jeden Antheil an der Interposition. Seine endliche Zusage. Bedingungen derselben. Verhandlungen Kursachsens mit Böhmen wegen des Waffenstillstandes. Stimmung in Prag. Verschiebung des Waffenstillstandes bis zum Beginn der Ausgleichsverhandlungen zu Eger am 14. April.

III Landtag in Prag (18. März 1619). Erneuerte Anordnung des Aufgebots. Steuerbewilligungen. Das Confiscations- und Aemterdecret. Verhalten des Landtags gegenüber der Interposition. Mathias und die Niederösterreicher. Des Kaisers Tod (20. März 1619).

I

Man erinnert sich, in welcher Weise der Herzog von Savoyen den Böhmen seine Hilfe durch pfälzische Vermittlung zu Theil werden liess. Das kurfürstliche Kabinet hatte die dargebotene Hand mit Freuden ergriffen, den Marsch Mansfelds nach Böhmen vermittelt und darauf die Absendung eines eigenen Gesandten nach Turin beschlossen,*) der die Allianz mit dem Herzog von Savoyen noch enger knüpfen und auf Venedig erweitern sollte. Mit dieser Mission wurde der Burggraf Christoph von Dohna betraut, der mit seinem Bruder Achatz schon seit mehreren Jahren dem pfälzischen Hofe in diplomatischen Angelegenheiten

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV. Vol. XXV. Anhalts Schreiben dd. 25. Aug., 26. Aug., 1. Sept. und 11. Oct. A. St.

gute Dienste geleistet hatte. Christoph von Dohna kam Anfangs October in Turin an und sollte seinem Auftrage gemäss den Herzog Karl Emanuel um eine Vermehrung der mansfeldischen Truppen ersuchen, sowie mit seiner Unterstützung Verhandlungen mit Venedig einleiten, auf dass letzteres sich zu einer Geldhilfe von etwa 300.000 Dukaten verstehe. Insoweit es auf die persönliche Stimmung des Herzogs ankam, war Dohna mit der ihm zu Theil gewordenen Aufnahme sehr zufrieden. In wiederholten Audienzen, die Karl Emanuel dem Gesandten zu Theil werden liess, gab er seinem Hass gegen die Habsburger einen unverhüllten Ausdruck und betonte mehr als einmal, dass er nur in der Aussicht auf die Vernichtung der habsburgischen Macht in Böhmen und Deutschland sich zu einem Opfer entschliessen könne, aber um dieses Zieles willen nicht geizen wolle und sollte er „sein Hemd vom Leibe zusetzen."*) Dabei zeigte er sich für die Pläne des Pfalzgrafen sehr günstig gestimmt und sprach den Wunsch aus, dass ihm die Krone von Böhmen zufallen möge; da er jedoch die Schwierigkeiten des Kampfes nicht unterschätzte, wollte er ihn nicht auf seine eigenen Schultern und die einiger wenig vermögenden Verbündeten wälzen, sondern einen wahren Kreuzzug gegen den gemeinsamen Gegner organisiren. Zu diesem Behufe verlangte er die Betheiligung Englands, Frankreichs, Hollands und Venedigs, berechnete die allfällige Beitragsleistung eines jeden dieser Staaten auf 25 bis 30.000 Dukaten monatlich und erbot sich selbst zu dem halben Betrage. Wie ernst er es mit diesem Vorschlag meinte, zeigte sein Verlangen, dass Sir Jsaac Wake, der sich an den Verhandlungen zwischen dem Herzoge und Dohna mit aufrichtiger Hingebung für die pfälzische Sache betheiligte, nach Hause reise und bei Jakob I den Anschluss an das gemeinsame Bündniss vermittle. Von den Entschliessungen dieses Königs machte er dann seine fernere Hilfeleistung sowie die weitere Bezahlung der mansfeldischen Truppen abhängig.

Als Dohna's Bericht über die Anschauungen und Forde-

---

*) Münchner Staatsarchiv 548/9 Dohna an Kurpfalz dd. 8/18 Oct., an Anhalt dd. 8/18 Oct. Turin. — Relation Dohna's dd. 2/12. Nov. Ebend. $\frac{425}{4}$ Wake an Kurpfalz dd. 21/31 Oct. Turin.

rungen des Herzogs in Heidelberg anlangte, ärgerte man sich daselbst und glaubte, dass der letztere alles auf die lange Bank schieben wolle, da er seine dauernde Theilnahme an der Bekämpfung der Habsburger von dem Zustandekommen einer grossen Liga abhängig mache. Die folgenden Ereignisse bewiesen jedoch nur zu sehr, dass des Herzogs Vorsicht begründet war und eine Macht, wie die habsburgische, sich nicht wie ein Kartenhaus umblasen liess. Zudem hatte das heidelberger Kabinet stets den Mund voll genommen, wenn es sich darum handelte, Jemanden gegen den Kaiser aufzureizen, und auf halb Europa als einen sicheren Bundesgenossen gewiesen. Der Herzog von Savoyen war also im Rechte, wenn er diese in der Perspective gezeigten Bundesgenossen näher besehen und wissen wollte, ob sie zur That ebenso bereit seien, wie zu Versprechungen oder ob das heidelberger Kabinet ihm nicht bloss ein Schattenspiel vormache. — Die Folge von des Herzogs Vorsicht war auch, dass er sich bei dem beginnenden Kampfe nicht über seine Kräfte anstrengen wollte. Er lehnte deshalb die Bitte Dohna's ab, dass er die Unterhaltung von doppelt soviel Truppen, als Mansfeld jetzt commandirte, übernehmen möge; kämpfte er doch schon jetzt mit Schwierigkeiten in der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen. Das mansfeldische Guthaben betrug am 23. October 80.000 Dukaten, mit Mühe konnte Karl Emanuel dem Gesandten Wechsel für 20.000 Dukaten ausstellen und musste ihn wegen des Restes auf die Zukunft vertrösten. Bezüglich des Abschlusses einer Allianz mit Venedig wies er den Burggrafen zur directen Verhandlung an den Gesandten der Republik in Turin, Renieri Zeno. Letzterer schnitt jedoch gleich im Beginne alle Hoffnungen ab und so erwiesen sich die Erwartungen bezüglich Venedigs vorläufig als eine Chimaere.

Was die Hoffnung auf die deutsche Krone betrifft, mit der Dohna den Herzog ködern sollte, so liess sich dieser schlaue und auf reelle Vortheile nur zu sehr bedachte Staatsmann nicht durch den wenig leckern Bissen fangen. Doch wollte er sich jedenfalls in Deutschland einen greifbaren Vortheil zuwenden und dieser bestand in der Erwerbung einer geistlichen Kur für seinen Sohn, den Cardinal von Savoyen, wobei sich wohl auch

Mittel und Wege zu einer allfälligen Saecularisirung derselben gefunden hätten. Im ganzen liess sich aber Karl Emanuel nicht zu sehr in Planmacherei ein, so lange die Mittel zum Kampfe nicht besser geordnet waren; nur das eine wiederholte er stets, dass sich die deutschen Fürsten die jetzige glänzende Gelegenheit zur Niederwerfung des mächtigen Erzhauses nicht entschlüpfen lassen sollten. — Alle diese Nachrichten stimmten den heidelberger Hof etwas herab, man hatte sich daselbst allzugrossen Hoffnungen auf des Herzogs Eifer, noch mehr aber auf das venetianische Geld hingegeben und mit Hilfe desselben hatte die geschäftige Phantasie schon ein gewaltiges Heer aufgestellt. Man sah ein, dass man die Last des Kampfes nicht auf andere Schultern wälzen könne, wie man dies gern gewollt hätte.*) Andererseits drängte die Zeit zu raschen Entschlüssen; wurden die Böhmen nicht rechtzeitig und ausgiebig unterstützt, so konnten alle auf den Aufstand gesetzten Hoffnungen zu Wasser werden.

Zur Feststellung der einzuhaltenden Politik wurde deshalb eine Berathung zwischen den Häuptern des pfälzischen Kabinets anberaumt, die nicht in Heidelberg, sondern in Krailsheim stattfinden sollte. Es fanden sich daselbst, neben dem Fürsten von Anhalt und dem Markgrafen von Anspach, auch der Graf von Solms und Camerarius ein. Der erste Gegenstand der Berathung (25. Nov. 1618) war das künftige Verhältniss zu Böhmen, bezüglich dessen in Folge wichtiger Nachrichten aus Prag ein entscheidender Beschluss gefasst werden musste. Im Monate October oder Anfangs November war Achatius von Dohna nach dieser Stadt geschickt worden, um im pfälzischen Interesse die Stände zum Widerstande aufzumuntern. Bei dieser Gelegenheit erklärte ihm Ruppa, dass Klarheit in die Situation kommen müsse, er und seine Freunde seien entschlossen, mit dem Kaiser für immer zu brechen und dem Kurfürsten von der Pfalz die Krone anzutragen. Achaz wurde deshalb ersucht, sich auf den Heimweg zu begeben und den Kurfürsten zu einer Entscheidung aufzufordern.**) Der Ge-

*) Münchner Staatsarchiv 425/4 Solms an Anhalt dd. 3/13. Nov. 1618.
**) Münchner Staatsarchiv 348/9 Friedrich an Anhalt dd. 8/18. Dec. 1618.

sandte lenkte seine Schritte nach Krailsheim und theilte den dort Versammelten seinen Auftrag mit. Wie sehr auch die Wünsche aller Anwesenden für ein rasches Ergreifen des Anbotes sein mochten, so konnten sie nichts weiter thun, als dem abwesenden Kurfürsten die letzte Entscheidung zu überlassen.

Bei der darauffolgenden Berathung über das Verhältniss zu Savoyen wurde die Absendung einer neuen Gesandtschaft nach Turin beschlossen. Da Christoph von Dohna in den nächsten Tagen nach England reisen sollte, so musste Jemand Anderer mit dieser Mission betraut werden; am passendsten erschien hiefür der Graf von Mansfeld, der nach der Einnahme von Pilsen für einige Zeit verfügbar wurde. Man beriet sich nun über die Instruction, die ihm mitgegeben werden sollte und entschied sich dahin, ihm so ziemlich dieselben Aufträge zu geben, wie jene, welche Christoph von Dohna zu vertreten hatte. Mansfeld sollte also den Herzog von Savoyen zu höheren Leistungen vermögen, von Venedig Geld verlangen und wenn nöthig, selbst dahin reisen. Ueber den künftigen Lohn Savoyens wurde nichts anderes stipulirt, als dass man dem Herzoge Hoffnung auf das kaiserliche Vicariat in Italien machen wollte; indess wären die pfälzischen Politiker in keine geringe Verlegenheit gerathen, wenn sie die damit verbundenen reellen Vortheile hätten präcisiren sollen.

Als der junge Kurfürst von den krailsheimer Beschlüssen verständigt und zu einer entscheidenden Erklärung gegen Böhmen gedrängt wurde, sah er zum erstenmale das Gefährliche des bisherigen diplomatischen Spieles ein. Die Möglichkeit all' der traurigen Folgen, die später für ihn eintraten, mag seinem Geiste lebhaft vorgeschwebt haben, auch beschäftigte jetzt sein Gewissen die Frage, ob er als ein Fürst von Gottes Gnaden einem Unternehmen die Hand reichen dürfe, bei dem verbriefte Fürstenrechte angegriffen wurden. Mit seinen Räthen konnte er die Sachlage nicht so recht nach Herzenslust und Bedürfniss durchsprechen, es waren dies alle viel ältere Männer, gegen die der unerfahrene und gutmüthige Jüngling kaum eine eigene Meinung aufzustellen wagte und deren Aussprüche er, da sie sich im Dienste seines Vaters bewährt hatten, gläubig hinnahm. So

äusserte sich denn alle seine Angst und Besorgniss nicht in grösserer Vorsicht oder verdoppelter Thätigkeit, sondern in unfruchtbaren Seelenkämpfen, von denen seine Umgebung Zeuge war. Sein Grosshofmeister Albrecht von Solms berichtete von „furchtbaren Zweifeln," von denen der junge Kurfürst gequält wurde und aus denen, wie der Graf hoffte, ihm Gott durch die Weisung des rechten Weges helfen werde.*)

Nach mancherlei Zögern ging endlich der Pfalzgraf auf das böhmische Anerbieten ein, doch nicht ohne durch die Aufwerfung einiger Fragen die definitive Entscheidung um einige Wochen aufzuschieben. Achaz von Dohna wurde nach Prag geschickt und sollte mit Ruppa und den übrigen in das Geheimniss Eingeweihten die Verhandlungen zum Abschlusse bringen. Vor allem solle er an Ruppa die Frage richten, ob die Stände zum Aufstande berechtigt seien und das Recht zur Absetzung der regierenden Dynastie und zur Wahl eines neuen Königs besässen? Für den Fall einer befriedigenden Lösung dieser, für die Naivität des Kurfürsten zeugenden Gewissensfrage, sollte Dohna die Schwierigkeiten und Gefahren erörtern, in die sich Friedrich mit der Annahme der Krone verwickeln würde, und zu verstehen geben, dass eine einfache Uebertragung derselben auf seine Person ohne gleichzeitige Festsetzung eines gewissen Erbrechtes für seine Nachkommen nicht im Verhältnisse zu den unvermeidlichen Auslagen stehen würde. Im übrigen versprach der Pfalzgraf den Böhmen seine diplomatische Vermittlung bei allen Höfen und bot ihnen, neben der weiteren Unterhaltung der Mansfeldischen Truppen, die noch immer als sein Verdienst galt, ein Darlehen von 100000 Gulden an.**)

Mansfeld, der entsprechend den krailsheimer Beschlüssen die Verhandlungen mit dem Herzoge von Savoyen weiter führen sollte, trat in Begleitung des Secretärs Neu Anfangs 1619 die Reise nach Italien an. Beide trafen am 28. Januar in Turin ein und traten ohne Zeitverlust mit dem Herzoge in Ver-

---

*) Münchner Staatsarchiv $\frac{425}{4}$ Solms an Anhalt dd. 24 Nov. a. St.

**) Münchner Staatsarchiv $\frac{548}{9}$ Geheimes Memorial für Achatius von Dohna.

handlung. Die Geneigtheit des letzteren, sich in die böhmische Angelegenheiten einzumischen, hatte sich nicht vermindert, sein Ziele hatten aber eine so merkwürdige Umgestaltung erfahren dass sie das Interesse des Pfalzgrafen in erster Linie berührten Der Herzog von Savoyen hatte nämlich beschlossen, sich selbst um die Krone von Böhmen zu bewerben und mit ihr die kaiserliche zu verbinden. Da er ganz wohl einsah, dass auch der Pfalzgraf nach einem Lohne verlange, so verwies er ihn au den Gewinn des Elsasses und der vorderösterreichischen Lande die allerdings für die Arrondirung der Pfalz gut gelegen waren ausserdem wollte er ihm aber noch zum Besitze von Oesterreich und selbst der Krone von Ungarn verhelfen. Karl Emanuel hatte also einen vollständigen Theilungsplan über den Besitz der deutschen Habsburger ausgearbeitet. Für den Fall, dass das heidelberger Kabinet auf denselben eingehen würde, war er zu den äussersten Anstrengungen erbötig; er wollte nicht nur zur Bekämpfung des Erzhauses 6—7000 Mann unter dem Commando des Grafen Mansfeld unterhalten, sondern auch Subsidien im Betrage von 1½ Millionen Dukaten, sei es von Venedig, sei es aus der eigenen Casse garantiren. Die Venetianer sollten, im Falle sie sich dem Bündnisse anschlössen, mit Istrien und Friaul belohnt werden. Der Herzog gab ferner zu verstehen, dass wenn das heidelberger Kabinet einen Schlag gegen den geistlichen Besitz in Deutschland führen wolle, dies sobald als möglich geschehen möge, damit er dies dem Papste gegenüber nicht zu verantworten hätte. In richtiger Würdigung, dass Anhalt die Seele der heidelberger Politik sei, beschenkte er den Sohn desselben aus freiem Antriebe mit der beträchtlichen Jahrespension von 10.000 Gulden, was einer Bestechung des Vaters ziemlich ähnlich sah. *) Er sprach zugleich den Wunsch nach einer persönlichen Zusammenkunft mit dem letzteren aus und schlug hiefür einen Ort in der Nähe von Genf vor.

*) Die Beweisstücke dieser Unterhandlung sind im Archiv U. P. Ferner Münchner Reichsarchiv 40/2. Neu an Anhalt dd. Feb. 1619. — Bernburger Archiv Reg. VI. B. IV. Vol. XXIII. Karl Emanuels Pensionsversprechen.

Um Venedig für den weitaussehenden Plan zu gewinnen, wünschte der Herzog, dass sich von Seite des Pfalzgrafen ein Gesandte dahin begebe. Neu zögerte um so weniger diese Reise zu unternehmen, als dieselbe ohnedies im Plane des pfälzischen Kabinets lag und Mansfeld selbst, wenn dies nöthig sein sollte, hiezu bevollmächtigt war. Vor dem wirklichen Antritte der Reise schien es zweckmässig, sich mit dem Gesandten der Signoria in Turin zu besprechen. Man setzte ihn von dem projectirten Theilungsplane in Kenntniss und zeigte ihm, dass auch Venedig nicht leer ausgehen würde, wenn es sich zu einer entsprechenden Hilfeleistung verstehen wollte. Zeno war durch diese Mittheilung sichtlich aufgeregt und machte jetzt grössere Hoffnungen auf eine Unterstützung, ersuchte aber den venetianischen Gewinn in dem Allianzgesuche etwas mehr arrondiren zu wollen und fügte deshalb auf der geduldigen Karte noch Görz, Gradiska, einige ungarische Seeplätze und endlich jenen Theil von Tirol, der sich zwischen die Besitzungen der Republik einschob nnd der allenfalls auf Trient und Botzen gedeutet werden könnte, zu dem für die Republik bestimmten Beutenantheile hinzu. Neu fand gegen die Billigkeit dieser Ansprüche nichts einzuwenden und begab sich darauf auf den Weg nach Venedig; der Empfang war jedoch nicht der erwartete, denn der Doge vermied die Abgabe eines bestimmten Versprechens.*)

Da der Herzog von Savoyen seine Mithilfe zu dem völligen Sturze der deutschen Habsburger von dem Anschlusse Venedigs nicht abhängig machte, sondern an seinem Plane mit äusserster Kraftanstrengung festhalten wollte, falls nur das heidelberger Kabinet sich demselben anschliessen würde, so war es jetzt an letzterem eine Entscheidung zu treffen. Der Markgraf von Anspach bekam von seinem Sekretär die erste Nachricht von den Absichten Karl Emanuels und war auf das höchste darüber erstaunt. Die Kühnheit der savoyischen Conceptionen sowie die Grossartigkeit des beabsichtigten Umsturzes bezauberten ihn und er verlangte, dass man den angedeuteten Theilungsplan in ernste Erwägung ziehe; auch Camerarius, von dem eine Meinungs-

*) Die Acten im Archiv U. P. und im münchner Staatsarchiv.

äusserung vorliegt, verwarf die savoyischen Vorschläge nicht und wünschte seinem Herrn den Muth zu grossen Entschlüssen, also offenbar zur Annahme des Theilungsplanes. Die Wichtigkeit des Gegenstandes erheischte die eingehendste Berathung und zu diesem Zwecke eine abermalige Zusammenkunft aller Häupter des pfälzischen Kabinets. Diese Zusammenkunft war auch deshalb nothwendig, weil das böhmische Triumvirat, mit welchem Namen man jetzt Thurn, Hohenlohe und Ruppa zu bezeichnen pflegte, eine Gelegenheit herbeiwünschte, um endgiltige Vereinbarungen mit dem Kurfürsten von der Pfalz zu treffen.*) Es unterlag keinem Zweifel, dass die genannten Herren hiebei auf eine definitive Entscheidung bezüglich der Annahme oder Ablehnung der böhmischen Krone dringen würden; man musste also auch in dieser Beziehung einen bestimmten Entschluss fassen, und dies um so mehr, da ja in dem Herzoge von Savoyen ein neuer Prätendent für die betreffende Krone aufgetreten war. Zur Berathung über alle diese Gegenstände wurde eine Zusammenkunft in Krailsheim festgesetzt, an der sich auch der Kurfürst von der Pfalz betheiligen sollte. Neben ihm wollten sich noch Christian von Anhalt, der Markgraf von Anspach, Solms und Camerarius einfinden.

Die Zusammenkunft fand in der That in den letzten Tagen 1619 des März statt, und die genannten Fürsten und Staatsmänner entschieden sich definitiv über die gegen Savoyen und Böhmen einzuhaltende Politik, deren Grundzüge dadurch bestimmt wurden, dass der savoyische Theilungsplan Annahme fand. Da sich eben auch in Ungarn eine antihabsburgische Bewegung zu entwickeln begann, so erschien die Möglichkeit seiner Durchführung nicht als eine eitle Chimäre, zudem war die Krone von Ungarn für den Pfalzgrafen nicht minder werthvoll, als die von Böhmen, und der Tausch der einen gegen die andere um so weniger schmerzlich und schwierig, als er noch keine von beiden besass. Uebrigens raunten sich seine Rathgeber ins Ohr, dass die Verzichtleistung auf Böhmen nur eine vorübergehende sein dürfte,

*) Bernburger Archiv P. N. 33. Hohenlohe an Anhalt dd. 26. März 1619. Auch das Archiv U. P.

denn nach des Herzogs Tode könnte der Pfalzgraf wieder die Wahl auf seine Person lenken und so den Lohn für seine unbestreitbaren Verdienste um diese Krone erlangen. Nachdem man alles dies erwogen und selbst eine künftige Uebervortheilung des jetzigen Verbündeten in Rechnung gezogen hatte, wurde beschlossen, den Fürsten von Anhalt nach Turin abzuschicken und dem Herzoge die Bereitwilligkeit zur Annahme seiner Vorschläge auszudrücken, falls er genügende Sicherheit für die Einhaltung der gemachten Versprechungen bieten würde. Der Pfalzgraf erbot sich für diesen Fall die günstige Meinung, die für ihn selbst in Böhmen herrsche, auf den Herzog hinzulenken und zeigte sich damit mehr auf die Erhebung des letztern, als auf die eigene bedacht.

Durch diese Beschlüsse wurde das künftige Verhältniss zu Böhmen normirt und es trat damit die Nothwendigkeit ein, die Directoren von dem savoyischen Theilungsplane, wenigstens was die Krone ihres Landes betraf, in Kenntniss zu setzen. Der Fürst von Anhalt schrieb deshalb noch am selben Tage, an dem die Grundzüge der gegen den Herzog von Savoyen einzuhaltenden Politik bestimmt wurden, an Hohenlohe, dass er in die gewünschte Conferenz einwillige, und verlangte nur bei der ausserordentlichen Wichtigkeit des Gegenstandes, um den es sich handelte, dass sich neben Hohenlohe auch Thurn und Ruppa mit Gewissheit einfinden möchten. Als Ort der Zusammenkunft bestimmte er die an der Grenze Böhmens liegende Stadt Taus und als Zeitpunkt den 10. April. Die Conferenz kam aber nicht zu Stande, denn der Tod des Kaisers, der mittlerweile eingetreten war, hinderte die Leiter des böhmischen Aufstandes an der Abreise nach Taus und nöthigte sie, ihre alleinige Aufmerksamkeit auf die Gewinnung von Mähren zu richten. Die weiteren Verhandlungen und Beschlüsse erfolgten unter der Einwirkung der neuen Situation, die der Tod des Kaisers geschaffen hatte.

Man sieht, dass der Herzog von Savoyen bei dem Empfange der zweiten pfälzischen Gesandtschaft nicht mehr den früheren Abschluss jener grossen Liga zur Bedingung machte, um sich noch ferner in die böhmischen Händel einzumengen. Die Herrschaft der deutschen Habsburger schien ihm so ganz und gar auf morscher

Grundlage zu ruhen, dass er, selbst ohne die sichergestellte Hilfe einer oder zweier Grossmächte, mit Bundesgenossen untergeordneten Ranges den Kampf wagen wollte. Hätte er indessen gewusst, wie wenig die Hoffnungen, die von Seite des Pfalzgrafen stets auf England gebaut worden waren, und die er jedenfalls auch theilte, sich realisiren sollten, so wäre er gewiss bedenklicher geworden. Die Nachrichten, die von England in Heidelberg seit Monaten anlangten, waren voll bitterer Enttäuschungen für die Erwartungen, denen man sich daselbst hingegeben.

Als Karl Emanuel seine Mithilfe von dem Abschlusse einer Allianz mit England, den Generalstaaten u. s. w. abhängig machte, beschloss der Pfalzgraf, den Burggrafen Christoph von Dohna unmittelbar nach seiner Rückkunft aus Italien nach England zu schicken, um diese Allianz anzubahnen.*) Es war dies übrigens nicht das erstemal, dass der gelehrte König Jakob I bezüglich der böhmischen Angelegenheit zu einer Meinungsäusserung vermocht werden sollte. Schon im Monate September benachrichtigte ihn sein Schwiegersohn in einem von Friedensliebe überströmenden Schreiben von dem Aufstande in Böhmen und von seinen aufrichtigen Bemühungen, diesen Brand zu löschen. Hier erbat sich Friedrich die weisen Rathschläge seines theuren Schwiegervaters und wollte seine Dankbarkeit in ihrer genauesten Befolgung beweisen. Während Jakob darauf keine besondere Antwort gegeben zu haben scheint und durch dieses Schweigen den Schwiegersohn wenig aufmunterte, erwiederte er in auffallend verbindlicher Weise eine spanische Zuschrift bezüglich des böhmischen Aufstandes; er gelobte dem Könige von Spanien, dass er seinen Schwiegersohn von der Unterstützung der Böhmen abmahnen werde, falls sich dieselben als hartnäckige Rebellen erweisen sollten, und wünschte nur, der Kaiser möge billige Friedensbedingungen stellen.**) Diese ihrem Wortlaute und Inhalte nach besonders freundliche Aeusserung Jakobs gegen

*) Münchner Staatsarchiv 548. Christoph von Dohna dd. 5/15. Dec. 1618.

**) Gardiner. Friedrich an Jakob dd. 10/20 Sept. Buckingham an den Conde de Gondomar dd. 30. Sept. 1618. A. St.

Philipp wird, abgesehen von den legitimistischen Tendenzen des erstern noch dadurch erklärlich, dass in dieser Zeit die Verhandlungen wegen einer Vermählung des Prinzen von Wales mit der Infantin Maria in lebhaftem Gange waren.

Als sich darauf die Union wegen der böhmischen Angelegenheiten zu Rothenburg versammelte, benachrichtigte Friedrich seinen Schwiegervater abermals hievon und erbat sich wiederum seine weisen Rathschläge. Gleichzeitig richteten auch die böhmischen Stände an Jakob ein Schreiben, dessen besonders gewählte und salbungsvolle Sprache dem Geschmacke und der Eitelkeit des Königs angepasst war, denn es überfloss von Lobeserhebungen bezüglich seiner Weisheit, Grösse, Begabung u. s. w. und bat am Schlusse so ganz nebenbei um ein Darlehen. Obwohl der Pfalzgraf das böhmische Gesuch empfahl, verfingen weder diese Empfehlung, noch jene Schmeicheleien bei Jakob, der sich in seiner Hinneigung zu Spanien immer mehr bestärkte; denn auch Philipp III nährte seine Eitelkeit mit süssen Brocken und gab sogar unter der Hand zu verstehen, dass er der passendste Mann sein dürfte, um den Streit in Böhmen als Vermittler zu schlichten. Obwohl diese Bemerkung nur indirect gemacht worden war, so griff sie Jakob doch mit Eifer auf und erklärte seine entschiedene Bereitwilligkeit zur Vermittlung; auch rühmte er sich zum Beweise seiner Unparteilichkeit, dass er den Böhmen auf ihre Schreiben gar nicht geantwortet habe (!) und sprach sein Entzücken über die Aufrichtigkeit aus, mit der der spanische Hof in der böhmischen Sache gegen ihn aufgetreten sei.*) Da er von vornherein sich verpflichtete, bei den Verhandlungen auf die Rückkehr der Böhmen unter die Herrschaft des Hauses Habsburg zu dringen, wofern ihren als gerecht befundenen Beschwerden entsprochen würde, so fand seine angetragene Vermittlung in Spanien Anklang und es wurde ihm der Wunsch ausgesprochen, dass er deshalb eine Gesandtschaft nach Deutschland abordnen möge.**) Noch bevor Jakob wissen konnte, welche

*) Gardiner: Buckingham an Cottington dd. (?) Nov. 1618.

**) Ebendaselbst: Consulta über das Schreiben Buckinghams an Cottington dd. 11. Jan. 1619.

Aufnahme seine von ihm selbst mehr in Anspruch genommen als ihm übertragene Vermittlerrolle finden werde, verwies er i stolzen Gefühle seiner eingebildeten Grösse dem Kurfürsten v der Pfalz, dass er das Gesuch der Böhmen um ein Darleh

12. Dec. 1618

unterstützt habe. „Ihr wisst, mein theurer Sohn," schrieb er ih „dass wir der einzige König in Europa sind, der von Freu und Feind um seine Vermittlung ersucht wird; es würde unser erhabenen Rolle deshalb schlecht anstehen, wenn wir eine Par unterstützen wollten. Euren Rathschlag, dass wir die Böhm insgeheim unterstützen könnten, müssen wir vollends verwerfe denn es ist nicht unsere Art, etwas zu thun, wozu wir uns v der ganzen Welt nicht bekennen wollten." *)

Bevor dieses wenig aufmunternde Schreiben in des Ku fürsten Hände gelangte, war Christoph von Dohna nach Engla abgereist. Die äussere Veranlassung für seine Absendu bot die Erneuerung des zwischen Jakob I und der Union b stehenden Bündnisses. Im J. 1612 war zwischen diesen beide Contrahenten eine Allianz auf 6 Jahre geschlossen worden, durc welche sie sich im Kriegsfalle zu wechselseitiger Hilfeleistun verpflichteten. Da nun diese Frist abgelaufen war, so soll Dohna im Namen seines Herrn um die Erneuerung des Bünd nisses auf weitere sechs oder wenigstens auf vier Jahre a suchen.**) Die Verhandlungen über diesen Gegenstand bot keine Schwierigkeit; Jakob war bereit, auf die Wünsche sein Schwiegersohnes einzugehen und so kam der neue Vertrag m der Union auf weitere vier Jahre bald zu Stande. Dabei kam aber auch die eigentlichen Absichten des Pfalzgrafen zur Sprach In der Schilderung über die Sachlage in Böhmen liess Doh einfliessen, dass sein Herr Hoffnung habe, auf den böhmisch Thron zu gelangen, denn die Stimmung sei daselbst für i sehr günstig. Jakob erwiederte auf diese Insinuationen, da er gegen die Erhebung seines Schwiegersohnes nach de Tode des Kaisers nichts einzuwenden hätte, wofern die Wa

*) Münchner Staatsarchiv 348/9 Jakob an Friedrich dd. 2/12. Dec. 16

**) Wiener Staatsarchiv. Extract aus Dohna's Instruction zu seiner Rei nach England dd. 2/12. Dec. 1618.

eine berechtigte (legitima) sein würde, d. h. wofern die Böhmen ein Wahlrecht hätten. Doch warnte er den Kurfürsten durch seinen Gesandten vor aller Uebereilung und kleidete diesen seinen Rath in eine klassische Form, indem er aus der Aeneide einige einschlägige Verse citirte.*)

Friedrich beherzigte jedoch die weisen Rathschläge des Schwiegervaters keineswegs, sondern drängte denselben durch ein neues Schreiben zu günstigeren Entschlüssen. Es schilderte die Nothwendigkeit energischer Rüstungen, damit die Böhmen bei allfälligen Verhandlungen nicht zu sehr im Nachtheile seien und wies mit mehr erkünsteltem, als wirklichem Bangen auf die damals noch sehr wenig merkbare Verbindung der geistlichen Kurfürsten zu Gunsten des Kaisers.**) Auf Jakob machte dieses Begehren keinen nennenswerthen Eindruck; das einzige, worin er eine gewisse Parteilichkeit für seinen Schwiegersohn an den Tag legte, bestand darin, dass er den Generalstaaten die Unterstützung desselben empfahl, damit Friedrich, im Falle der kaiserliche Thron vacant würde, die Rechte eines Reichsvicars mit mehr Ehren versehen könnte, als dies seine beschränkten Mittel gestatten würden.***) Aus seiner eigenen Tasche gab er jedoch keinen Heller her und war dabei ehrlich genug, auch nicht einen Augenblick falsche Hoffnungen zu erregen, obgleich die immer häufiger einlaufenden Schreiben des Schwiegersohnes ihm zeigten, dass sich dieser tiefer und tiefer mit den böhmischen Ständen einlasse. Jakobs Haltung fand zuletzt ihren Lohn in einer von Spanien in der schmeichelhaftesten Weise an ihn gestellten directen Aufforderung, die Vermittlung in Böhmen ernstlich in die Hand zu nehmen.

1. Feb. 1619

---

*) Raumer: Hof- und Gesandtschaftsleben Christophs von Dohna. Die Verse sind:

„O praestans animi juvenis, quantum ipse feroci
Virtute exsuperat, tanto me impensius aequum est
Prospicere atque omnes volventem expendere casus."

Die Vergleichung dieser Verse mit dem Originale zeigt übrigens, dass Jakob nicht ganz richtig citirte.

**) Gardiner: Friedrich an Jakob dd. 22. Januar 1619. A. St.

***) Ebendaselbst: Naunton an Sir Dudley Carleton dd. 21/31 1619.

Philipp III versprach dem englischen Botschafter in der Person des Grafen Oñate einen Collegen zu geben, die beide dann ernst und rasch das Geschäft in die Hand nehmen sollten. Jakob beeilte sich einer Bitte nachzukommen, deren Erfüllung ihm selbst am meisten am Herzen lag und ernannte gegen Ende 1619 Februar den Lord Doncaster zu seinem Gesandten am Kaiserhofe und bei den böhmischen Ständen.*) Letzterer begab sich erst auf die Reise, als der Kaiser bereits todt war. Eine solche, nicht im mindesten aufmunternde Haltung nahm also Jakob ein, als die pfälzischen Staatsmänner zu Ende März jene entscheidenden Beschlüsse fassten.

II

Gleichzeitig mit den eben erzählten Verhandlungen in Italien und England fanden die letzten Versuche zur Herbeiführung eines Ausgleiches zwischen dem Kaiser und den Böhmen statt. Es wurde erzählt, dass sich der Kaiser ursprünglich nur dann in Ausgleichsverhandlungen mit den Böhmen einlassen wollte, wenn sich dieselben zur Niederlegung der Waffen entschliessen würden. Der Anschluss der Schlesier an den Aufstand stimmte seine Forderungen etwas herab und bewirkte, dass er von den Böhmen nicht mehr die völlige Niederlegung der Waffen, sondern die blosse Dislocation ihrer Truppen verlangte. Herr von Talmberg, der wegen Anbahnung von Verhandlungen an den Kurfürsten von Sachsen abgeordnet wurde, bekam die Weisung, seine Forderungen in dieser Weise zu formuliren.

Während die Instruction Talmbergs der Hoffnung Raum liess, dass sich der Kurfürst von Sachsen nun mit aller Entschiedenheit des Ausgleiches annehmen und die Böhmen zu den bezüglichen Verhandlungen drängen werde, gestalteten sich andererseits die Aussichten für das Gedeihen derselben dadurch ungünstiger, dass einer von den Fürsten, die nach dem Wunsche

---

*) Gardiner: Juan de Ciriça an Cottington dd. 1. Feb. 1619. — Jacob an die böhm. Stände dd. 20/30 März 1618.

des Kaisers an den Berathungen theilnehmen sollten, je länger desto entschiedener seine Abneigung dagegen an den Tag legte. Es war dies der Herzog Maximilian von Baiern. Ferdinand bemühte sich auf das angelegentlichste, seine religiösen Skrupel — denn das war es, was den Herzog ängstlich machte — zu beschwichtigen; er versicherte ihn, dass der Kaiser gewiss in keine Vermittlung eingewilligt haben würde, wenn die äusserste Noth ihn nicht dazu zwänge und wenn er an jenen Orten Unterstützung gefunden hätte, wo er berechtigt war, sie zu erwarten.*) Trotzdem also, dass Ferdinand die Vermittlung als die Folge zwingender Verhältnisse und keineswegs leichtsinniger Gleichgiltigkeit gegen die katholischen Glaubensinteressen hinstellte, liess sich Maximilian doch nicht für dieselbe gewinnen. Damit er keinem Zweifel über seine Gesinnung Raum lasse, schickte er zur selben Zeit, in der Talmberg nach Dresden reiste, seinen Kanzler Brugglacher nach Wien, um die Theilnahme an den Ausgleichsverhandlungen (oder der *Interposition*, wie man dies stets nannte) definitiv abzulehnen und die Gründe hiefür auseinanderzusetzen.

Was diese Gründe anbelangt, so bewegten sie sich auf dem exclusivsten kirchlichen Standpunkte, standen aber im vollsten Einklange zu der ganzen Denk- und Regierungsweise des Herzogs. Er ging bei denselben von der Voraussetzung aus, dass, wenn man einen friedlichen Ausgleich mit den Böhmen abschliessen wolle, dies eine Erweiterung ihrer bisherigen religiösen Freiheiten, wenigstens in den strittigen Punkten zur Folge haben müsste. Maximilian wollte jedoch weder zu einer Sicherstellung der protestantischen Freiheiten, noch weniger aber zu ihrer Erweiterung etwas beitragen. Er wiederholte, so oft man es hören wollte, dass ihm sein Gewissen verbiete, an einer Verhandlung über die Bekräftigung oder gar Erweiterung des böhmischen Majestätsbriefes theilzunehmen, er würde damit seine Seele „nur besudeln und beschmutzen und an einer fremden Sünde theilnehmen." Er wolle sich, sagte er, in keinen Disput darüber einlassen, ob man den Majestätsbrief habe geben, oder ob man,

*) Münchner Staatsarchiv. Ferdinand an Max dd. 30. Sept. 1618.

nachdem er einmal gegeben, ihn auch hätte einhalten sollen, er halte sich aber fern von diesem Gegenstande, weil derselbe nur die Gewissen der Katholiken beschwere. Wenn dann gar bei den Verhandlungen von den Böhmen eine Erweiterung des Majestätsbriefes in Bezug auf die Kirchengüter verlangt würde, so würde der Herzog, falls er einen derartigen Angriff auf das Kirchengut nicht billigen möchte, als der eigentliche Störefried, als die Ursache weitern Kampfes verschrieen werden, welchen Vorwurf er nicht leichtfertig auf sich laden wolle. Im entgegengesetzten Falle müsste er in Böhmen eine andere Politik befolgen, als in Deutschland und dagegen verwahrte er sich auf das entschiedenste. Seit Jahren habe er sich den Forderungen der protestantischen Reichsstände hartnäckig entgegengestellt, sei nicht auf ihre Compositionsbedingungen eingegangen und nun solle er in Böhmen seine bisherigen Grundsätze verläugnen?

Vergeblich bemühte sich Brugglacher in Wien, den hier auseinandergesetzten Gründen seines Herrn die beabsichtigte Geltung zu verschaffen und demselben die Dispens von der Theilnahme an der Interposition zu erwirken. Die Gründe Maximilians hatten gerade das entgegengesetzte Resultat; denn je schroffer sich in ihnen der katholische Standpunkt geltend machte, desto feuriger wurde seine Mithilfe von Ferdinand, Eggenberg, Lobkowitz, Oñate, dem Nuncius und überhaupt von allen jenen ersehnt, in denen sich der Gedanke des Widerstandes gegen die Böhmen verkörpert hatte und die die entscheidende Rolle am Hofe spielten. Gerade ein solcher Mann, wie Maximilian, war bei der Vermittlung nöthig, wenn dieselbe überhaupt einen einigermassen annehmbaren Erfolg haben sollte. Man machte Brugglacher bemerklich, dass der guten Sache damit wenig geholfen sei, wenn man in Unthätigkeit verharre, und dass die Gefahr, sein Gewissen bei diesen Verhandlungen zu besudeln, lange nicht so gross sei, als die Sünde, die man durch ferneres Gehenlassen wirklich auf sich lade. Der päpstliche Nuncius schloss eine lange Audienz, die er dem baierischen Gesandten ertheilte, mit den Worten: wenn sich der Herzog durch eine Bitte zur Nachgiebigkeit umstimmen lassen könne, so stelle er

im eigenen und des Papstes Namen diese Bitte an ihn. Oñate tröstete den Gesandten mit der Versicherung, dass weder der Kaiser, noch Ferdinand im entferntesten geneigt seien, eine Erweiterung des Majestätsbriefes zuzugeben; habe die Ertheilung desselben keine Consequenzen im Reiche gehabt, so werde auch die jetzige Verhandlung keine haben. Die Erklärung Oñate's, die als die unverfälschte Anschauung der leitenden Kreise angesehen werden muss, ist jedenfalls bemerkenswerth und zeigt, dass die Vermittlung, wenn sie je zu Stande gekommen wäre, wohl noch an anderen Klippen als an der Waffenstillstandsfrage gescheitert wäre. Aber alle die Widerlegungen, welche Brugglacher im Austausch für seine Gründe nach Hause berichtete, stimmten den Herzog nicht um und ebensowenig that es der herzliche und klagende Ton eines Schreibens, in dem Ferdinand (5. Nov. 1618) seinen Schwager anderen Sinnes zu machen trachtete. Auch Erzherzog Leopold und Graf Eitel von Hohenzollern, die beide im Laufe des Monates November nach München kamen und den Herzog mit alten und neuen Gründen um die Theilnahme an der Interposition baten, scheiterten an der Festigkeit seines Entschlusses. Er zeigte sich sogar eher geneigt, dem Kaiser mit Geld und Truppen zu helfen, wie er auch in der That jetzt einige Hoffnung dazu machte; aber von einer Betheiligung an den Ausgleichsverhandlungen wollte er nichts wissen,*) und bebetonte immer und immer von neuem, sein Gewissen verbiete es ihm, sich mit dieser Ketzergeschichte zu befassen.**) Da der Kurfürst von Mainz wiederholt und zuletzt auch gegen Erzherzog Leopold erklärt hatte, dass er nur an der Seite Maximilians an der Interposition theilnehmen werde, so war des letzteren Nichtbetheiligung fast gleichbedeutend mit dem Nichtzustandekommen derselben.

*) Simancas 2504. Lo negociado por Bruneau en los meses de Noviembre y Diciembre 1618.

**) Die Acten dieser Verhandlungen mit Maximilian: Münchner Staatsarchiv, Burgglachers Berichte. — Ebend. 50/25 Ferdinand an Max dd. Wien 5. Nov. — Wien St. A. Boh. V. Extract eines Schreibens des Grafen Eitel von Zollern dd. 23. Nov. 1618 — Simancas 2504/17. Leopolds Bericht dd. 9. Nov. 1618.

Die Unwahrscheinlichkeit, dass Baiern an der Vermittlung theilnehmen würde, wurde durch neue Beschlüsse des kaiserlichen Kabinets nur noch verstärkt. Ferdinand und Oñate konnten von dem festesten Willen beseelt sein, dem böhmischen Aufstande in nichts nachzugeben, gegenüber den Consequenzen der Thatsachen hielt auch der festeste Wille nicht Stand. Der erste Waffengang endete mit der Vertreibung Buquoy's aus dem östlichen Böhmen nach dem Süden und brachte das kaiserliche Heer an den Rand des Abgrundes. Je mehr die Wahrscheinlichkeit des Sieges schwand, desto mehr bekam die Friedenspartei in Wien die Oberhand und desto mehr suchte man die Vermittlung zu beschleunigen. Der Einfall Thurns in Oesterreich machte die Gemüther vollends mürbe. Da mittlerweile auch die Sendung Talmbergs erfolglos geblieben war, weil die Böhmen von einer Dislocation ihrer Truppen nichts wissen wollten, so beriet man in einer Sitzung des geheimen Rathes, die in Ferdinands Gegenwart stattfand, und an der Karl von Liechtenstein, der Kanzler Lobkowitz, Adam von Waldstein, Harrach, der Reichsvicekanzler Ulm u. s. w. theilnahmen, ob man diese Bedingung nicht fallen lassen solle. *) Da sich die Nothwendigkeit einer Nachgiebigkeit Jedermann selbst wider Willen aufdrängte und von den Böhmen die vorläufige Niederlegung der Waffen vernünftiger Weise nicht erwartet werden konnte, so biss man endlich geduldig in den sauren Apfel. Adam von Waldstein erschien bei seinem bekannten Friedenseifer als die passendste Person, um auf dieser veränderten Grundlage die Verhandlungen einzuleiten und namentlich den Kurfürsten von Sachsen zum Abschlusse des Waffenstillstandes mit den Böhmen zu bevollmächtigen.**)

Waldstein nahm seinen Weg über Prag, hielt sich daselbst zwei Tage auf und machte dabei den Versuch, ob er mit den

---

*) Wiener Staatsarchiv Boh. V. Geheime Rathssitzung apud regiam Majestatem behufs der dem H. Adam von Waldstein zu ertheilenden Instruction.

**) Münchner Staatsarchiv 50/25 Instruction für Adam von Waldstein dd. 3. Dec. 1618 Wien.

Directoren nicht kurzweg zu einer Verständigung gelangen könnte. Auf sein Ansuchen besuchte ihn ein Ausschuss aus ihrer Mitte und diesem bot er im Namen des Kaisers einen Waffenstillstand in der Dauer von zwei Monaten an, wofür er verlangte, dass die Böhmen den König Ferdinand um seine Vermittlung bei dem Kaiser ersuchen und den Dr. Ponzon sammt dem melniker Hauptmanne Jakob von Tepenec freigeben möchten. Die letzte Forderung wurde nicht beanständet, da er den Böhmen dafür die Freilassung des Dr. Jessenius anbieten durfte. Grösseren Schwierigkeiten unterlag der Abschluss des Waffenstillstandes selbst, denn die Directoren erklärten, dass sie ohne Zustimmung der Generale nichts thun könnten, auch war ihnen ein zweimonatlicher Waffenstillstand zu lang, höchstens wollten sie sich zu einem Monate verstehen und dies nur unter der Bedingung, dass die Feindseligkeiten alsobald beginnen sollten, wenn binnen dieser Frist der Ausgleich nicht zu Stande käme. Da der Kaiser vorzugsweise den Kurfürsten von Sachsen als Vermittler im Auge hatte, so erklärten sie wiederholt, dass sie den Kurfürsten von der Pfalz nicht bei Seite geschoben wissen wollten und in der That war ihnen um so mehr an ihm gelegen, je sicherer sie waren, mit seiner Hilfe die Verhandlungen zu jeder beliebigen Zeit abbrechen zu können.*) Das Resultat der Verhandlungen Waldsteins in Prag blieb auf den hier auseinandergesetzten Meinungsaustausch beschränkt.

Der Obersthofmeister reiste jetzt weiter nach Dresden, um den Kurfürsten im Namen des Kaisers für den Abschluss des Waffenstillstandes zu bevollmächtigen und für die kommende Vermittlung günstig zu stimmen. Es war jedoch nicht abzusehen, wie dem Kurfürsten das gelingen sollte, was dem Herrn von Waldstein nicht gelungen war, da er den Böhmen keine besseren Bedingungen zu bieten hatte. Auch liessen ihn die prager Berichte seines Agenten Lebzelter darüber nicht im Zweifel, dass die Zeit für eine Friedensverhandlung eigentlich vorbei sei und die Böhmen ohne Hehl nur nach völliger

*) Wiener Staatsarchiv Boh. V. Waldstein an den Kaiser dd. 11. Dec. 1618 — Skala II 552.

Unabhängigkeit begehrten. Nach der Meinung Lebzelters handelte es sich nicht mehr darum, ob Böhmen unter den Gehorsam der Habsburger zurückkehren werde oder nicht, sondern ob überhaupt die deutschen Habsburger etwas von ihrem Besitzthume retten würden.*) Trotz dieser für einen Anhänger der Vermittlung sehr betrübenden Sachlage entschlug sich Johann Georg nicht des ihm vom Kaiser gewordenen Auftrages und schickte den Herrn Jakob von Grünthal als Gesandten nach Prag ab, auf dass dieser mit den Directoren ernstlich die Waffenstillstandsfrage erörtere.

Grünthal begann die Verhandlungen in Prag damit, dass er den Directoren mittheilte, der Kaiser sei bereit, einen Waffenstillstand auf zwei und selbst auf einen Monat einzugehen und mittlerweile keine Truppen aus Spanien oder Italien gegen Böhmen in Bewegung zu setzen. Die Ausgleichsverhandlungen sollten den 20. Januar 1619 in Eger beginnen und zu denselben neben Sachsen auch Pfalz, Baiern und Mainz zugezogen werden, und alsbald ihren Anfang nehmen, wenn sich auch nur die zwei erstgenannten Kurfürsten in der bezeichneten Stadt einfinden würden. Dabei wollte es der Kaiser den Böhmen freistellen, auch die Schlesier an dem Tage von Eger theilnehmen zu lassen und für die Ordnung der militärischen Angelegenheiten sich des Beirathes des Grafen Hohenlohe zu bedienen und verlangte nur dafür, dass es ihm nicht verwehrt werde, sich in Eger durch geborene Böhmen vertreten zu lassen.**)

25. Dec. 1618

Diese Bedingungen hätten vielleicht im Beginne des Aufstandes einen Eindruck gemacht, jetzt hatten sie nicht die gehoffte Wirkung. Diejenigen Männer, welche mit reiflicher Erwägung und in der Ueberzeugung, dass der Hof auf nichts anderes, als ihre Unterdrückung im Kriege wie im Frieden sinne, erst vor einigen Wochen dem Kurfürsten von der Pfalz die Krone angetragen hatten, liessen sich durch die Anerbietungen des Kaisers von dem betretenen Wege nicht ablenken. Die Schwierigkeit

*) Sächsische Staatsarchiv 9170 VII. Lebzelter an Schönberg dd. Prag 1/11. Dec. 1618.

**) Skala II 554.

r sie bestand jetzt nur darin, auf geschickte Weise die dar-
ebotene Hand des Kaisers abzulehnen, ohne dass ihnen deshalb
in Vorwurf gemacht oder sie als die eigentlichen Kriegsurheber
ngesehen werden konnten. Die pfälzischen Rathschläge wiesen
ihnen den besten Weg dazu. Das heidelberger Kabinet, be-
ständig von der Besorgniss erfüllt, dass ein Ausgleich zu Stande
kommen könnte, unterliess es nicht, die Böhmen vor demselben
zu warnen und sie aufzufordern, den Waffenstillstand nur unter
besonders günstigen Bedingungen einzugehen. Dieselben waren
theils derart, dass der Kaiser sie platterdings nicht bewilligen
konnte, theils sollte durch sie schon vor dem Abschlusse des
Waffenstillstandes entschieden werden, was erst auf dem egerer
Tage zur Verhandlung kommen konnte.

Und wenn trotz allem dem der Waffenstillstand abgeschlossen
worden wäre und die Vermittler sich in Eger eingefunden hätten,
so hatten die pfälzischen Rathgeber auch für diesen Fall ein
bewährtes Mittel den Ausgleich zu hindern. Sie empfahlen den
Böhmen, den Friedensschluss mit dem Kaiser davon abhängig
zu machen, dass das Nachfolgerecht Ferdinands nicht weiter
als giltig angesehen werde. So lauteten namentlich die Rath-
schläge des Camerarius und seine Meinung fand so viel Anklang,
dass Achaz von Dohna, als er nach Prag abgeschickt wurde,
um die Erklärung des Pfalzgrafen über die ihm angebotene
böhmische Krone zu überbringen, zugleich den Auftrag bekam,
bei Ruppa im Sinne der eben auseinandergesetzten Rathschläge
zu wirken. Christian von Anhalt selbst hätte es am liebsten
gesehen, wenn man einen geraden Weg gegangen und überhaupt
die Verhandlungen mit dem Kaiser abgebrochen hätte; doch
fand seine Meinung diesmal in Heidelberg nicht die sonstige
Beachtung. Um die Reise Dohna's nach Böhmen vor dem Kaiser
einigermassen zu rechtfertigen, schrieb der Kurfürst an den
letzteren, er habe den Burggrafen deshalb nach Prag geschickt,
um sich von dort aus über das bevorstehende Ausgleichswerk
zu unterrichten, da er sich ja dabei auf den Wunsch des Kai-
sers gebrauchen lassen solle. So lautete die diplomatische Be-
schönigung für die Reise Dohna's, der in Wahrheit das Aus-
gleichswerk mit allen Kräften hindern und den Directoren er-

klären sollte, unter welchen Bedingungen sein Herr die böhmische Krone annehmen wolle, wenn sie den bisherigen Besitzern entrissen würde.*)

Die pfälzischen Rathschläge stimmten zu sehr mit den Anschauungen des böhmischen Triumvirats überein, als dass sie nicht genau befolgt worden wären. Es zeigte sich dies zunächst darin, dass Grünthals Verhandlungen zu keinem Abschlusse gediehen und der für den Beginn der Interposition bestimmte 20. Januar sich näherte, ohne dass einer von den Betheiligten die Reise nach Eger auch nur in Aussicht genommen hätte. Dagegen bereitete eine Flugschrift die öffentliche Meinung auf die Fortsetzung des Krieges vor, denn auch sie empfahl, auf den Waffenstillstand und den Beginn der egerer Verhandlungen nur unter Bedingungen einzugehen, deren einfache Anführung zeigt, dass sie den Ausgleich unmöglich machten. Sie verlangte die Cassirung aller Thronrechte des Hauses Habsburg, die Confiscation aller den Gegnern des Aufstandes gehörigen Güter, die Bestrafung der im Anschlusse an den Aufstand Säumigen und überhaupt der Verdächtigen, die Beschlagnahme eines Theiles des königlichen und geistlichen Besitzes, die Besetzung der wichtigsten Aemter im Lande mit Personen protestantischen Glaubensbekenntnisses, die Ablassung vom gregorianischen Kalender und ähnliches mehr. Da der an der Spitze stehende Artikel jede Verhandlung in Eger von vornherein überflüssig machte, so meinte der Verfasser der Flugschrift, dass wenn gerade dieser oder ein anderer Artikel nicht durchzusetzen sei, wenigstens die Mehrzahl der übrigen behauptet werden müsse. Diese Schrift wurde von den Zeitgenossen keineswegs für das Werk einer extremen Anschauung, sondern für das Product der Directoren selbst, die sich in ihren Berathungen über die einzelnen Artikel geeint hätten, gehalten.**) Jedenfalls stand Ruppa ihrer Abfassung nicht fern und ihr Inhalt zeigte dem pfälzischen Kabinete

*) Münchner Staatsarchiv. Camerarius an den Kanzler von Grün dd. 11. Dec. — Ebendaselbst Anhalt an den Kanzler von Grün dd. 15/25. Dec. — Ebendaselbst Anhalt an ? dd. 18/28 Dec. — Wiener Staatsarchiv Boh. V. Kurpfalz an Mathias dd. 14/24. Dec. 1618.

**) Skala III, 6.

ur Genüge, dass es eine leichtgläubige Friedfertigkeit bei den Böhmen nicht zu fürchten habe.

Auf seiner Rückreise von Dresden nach Wien hielt sich Adam von Waldstein nochmals in Prag auf. Er benützte seinen Aufenthalt in dieser Stadt zur abermaligen Anknüpfung vertraulicher Verhandlungen über den vor wenigen Tagen von Grünthal vorgeschlagenen Waffenstillstand. Was er zu hören bekam, zeigte ihm, dass die Gemüther noch weniger zum Frieden geneigt waren als früher, denn die Directoren verlangten jetzt, dass der Waffenstillstand erst beginne, wenn die Verhandlungen in Eger thatsächlich ihren Anfang genommen hätten. Da Mainz und Baiern keine Lust zur Reise hatten, der Pfalzgraf dieselbe gewiss aufschob, wenn er den Ausgleich hindern konnte, so war gar nicht abzusehen, wann die Waffen überhaupt ruhen sollten. Auch forderten die Directoren eine definitive Vertagung der egerer Vermittlung, weil der auf den 20. Januar angesetzte Termin zu kurz sei, worin sie allerdings Recht hatten. Doch wünschten sie die Vertagung hauptsächlich deshalb, weil sie durch neue Erfolge auf dem Schlachtfelde jede Verhandlung unnöthig zu machen hofften. Wer noch einige Zweifel über ihre wahre Absicht hegen konnte, wurde durch ihr Schlussbedenken gründlich belehrt. Sie äusserten nämlich die Sorge, ob sie überhaupt dem kaiserlichen Versprechen eines Waffenstillstandes trauen könnten, und ob Buquoy auf des Mathias Befehl die Waffen ruhen lassen werde.*)

11. Jan. 1619

Gleichzeitig mit der Absendung Waldsteins nach Dresden ging von Wien ein neuer Mahnruf an Maximilian von Baiern, sich trotz aller Gegengründe an der Interposition zu betheiligen. Martinitz, der Ueberbringer dieser Bitte, erreichte eben so wenig seinen Zweck, wie alle früheren Gesandten, obwohl sich auch der Kurfürst von Sachsen den kaiserlichen Vorstellungen und Bitten anschloss.**) Alles dies vermochte jedoch nicht den

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. VI Adam von Waldstein an Mathias dd. 11. Januar 1619 Prag. — Sächs. Staatsarchiv 9170, VIII. Lebzelter an Kursachsen dd. Prag. 26. Jan. A. St.

**) Münchner Staatsarchiv 50/25 Kais. Instruction für Martinitz dd. 3. Dec. 1618. Ebend. 50/27 Kursachsen an Baiern dd. 14. Dec. 1618 Ebend. 50/25

wiener Hof zu bewegen, in seinen Bitten innezuhalten; jede Weigerung des Herzogs war nur ein Anlass zur Absendung eines neuen Boten. Am Neujahrstage 1619 wurde der Reichshofrath Hegenmüller nach München abgeordnet, um die Skrupel des Herzogs abermals zu bekämpfen und ihn an die kaiserliche Politik zu ketten. *) Zur Unterstützung dieses neuen Gesandten schrieb Ferdinand einige Tage später selbst an seinen Schwager**) und deutete in dem Briefe an, dass die Welt an Maximilians Nachgiebigkeit und nicht an seiner Hartnäckigkeit erkennen werde, wie sehr ihm das Wohl der katholischen Kirche am Herzen liege. Auch bemerkte er, dass er nur in der Theilnahme Maximilians an der Interposition den wahren Beweis sehen würde, ob und wie sehr ihm an der Wohlfahrt des habsburgischen Hauses gelegen sei. Ohne die Beihilfe des Herzogs sei es dem sicheren Untergange geweiht, nur solle der letztere überzeugt sein, dass dem Ruine desselben bald sein eigener folgen werde. Nie überreich an Versprechungen hielt Ferdinand auch diesmal mit denselben zurück, aber er versicherte doch „bei Gott", dass sich Gelegenheit bieten würde, Maximilian für seine Dienste mit Dankbarkeit zu lohnen.

7. Jan. 1619

Jetzt brach endlich der Widerstand des Herzogs. Am 17. Januar gab er dem kaiserlichen Gesandten Hegenmüller die Versicherung, dass er nochmals erwägen wolle, ob er an der Interposition Theil nehmen solle oder nicht. Dieselbe noch ungewisse Zusage wiederholte er Tags darauf in einem Schreiben an Ferdinand. Im Eingange desselben deutete er wiederum die Gründe seiner bisherigen Weigerung an und bemerkte namentlich, dass er von der Interposition nicht die Beilegung des Streites, sondern nur das Gegentheil erwarte. Da jedoch Ferdinand auf seine Theilnahme ein solches Gewicht lege und von ihr sogar die Wohlfahrt des habsburgischen Hauses abhängig mache, so wolle er die Sache

Max an Mathias dd. 26. Dec. 1618. Wiener Staatsarchiv. Boh. V. Max an Mathias dd. 31. Dec. 1618.

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. VI. Instruction für Hegenmüller dd. 1. Jan. 1619.

**) Münchner Staatsarchiv 50/29 Ferdinand an Maximilian dd. 7. Jan. 1619.

noch einmal reiflich überlegen.*) Schon in den nächsten Tagen sprach er seinen Entschluss aus, an der Interposition theilzunehmen, jedoch nicht ohne dies von gewissen Bedingungen abhängig zu machen. Die erste und wichtigste war die, dass ihm bei den Verhandlungen nichts zugemuthet werde, was der katholischen Kirche zum Abbruche gereichen könnte. Da der Herzog nicht etwa eine den Katholiken zugefügte Kränkung, sondern schon die erweiterte Berechtigung der Protestanten als einen solchen Abbruch ansah, so hatte er völlig Recht, wenn er seit jeher von seiner Theilnahme an der Interposition keinen friedlichen Ausgang erwartete. Es war deshalb eine ganz richtige Vorsorge, wenn er zur zweiten Bedingung machte, dass man ihn für das allfällige Scheitern der Verhandlungen nicht verantwortlich mache. Seine dritte Bedingung war nur eine weitere logische Consequenz der ersten, denn da er nicht den Frieden, sondern nur einen erweiterten Krieg und seine eigene Verwicklung in denselben als das Resultat der Verhandlungen ansah, so verlangte er zur Sicherung des Sieges, dass das Haus Habsburg seine Rüstungen nicht einstelle, sondern mit unausgesetztem Eifer betreibe. Seine letzte Bedingung war nebensächlicher Art, er wollte nämlich der Interposition nicht gleich in ihrem Beginne beiwohnen, sondern für den Anfang nur seine Räthe absenden.

Wenn etwas die Freundschaft Ferdinands für den Herzog erhöhen konnte, so waren es diese Bedingungen, die ihn fortan von allen Sorgen bezüglich der Interposition befreiten. Der König konnte sich jetzt zehnfach beglückwünschen, dass er Maximilian endlich gewonnen hatte, denn in ihm hatte er den Vermittler gefunden, wie er ihn haben wollte. Mit der Nachricht von seinem Entschlusse schickte Maximilian den Herrn von Preising Ende Januar nach Wien ab. Seine Bedingungen begegneten selbstverständlich auch von Seite des Kaisers keinem Widerstande und so war Maximilian definitiv für die Vermitt-

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. VI. Maximilians Erklärung an Hegenmüller dd. 17. Jan. 1619. — Münchner Staatsarchiv. Max an Ferdinand dd. 18. Jan. 1618.

Feb. 1619 lung gewonnen. Ferdinand liess bei dieser Gelegenheit seinem Schwager sagen, er sei mit der ersten Bedingung völlig einverstanden, denn er selbst wolle „eher sterben und verderben“, als den Böhmen etwas über den Majestätsbrief hinaus bewilligen.*)

Hegenmüller hatte den Auftrag erhalten, von München nach Heidelberg und Aschaffenburg zu reisen, um die dort residirenden Kurfürsten zur Theilnahme an der Interposition auf den 20. Januar nach Eger einzuladen. Der Pfalzgraf, welcher sich sonst immer zu derselben bereit erklärt hatte, machte jetzt mancherlei Schwierigkeiten geltend, deren Grund und Inhalt bei seinen sonstigen Beziehungen leicht vermuthet werden kann. Dem Kurfürsten von Mainz war der 20. Januar ein zu naher Termin, Eger lag ihm zu fern und so ging der genannte Tag vorüber, ohne dass die Friedensverhandlungen ihren Anfang genommen hätten.**) Die endliche Zusage Baierns änderte die Sachlage in so fern, dass der Kurfürst von Sachsen mit grösserer Sicherheit als früher einen neuen Tag ansetzen konnte; er bestimmte für den Beginn der Verhandlungen den 14. April 1619 und suchte auf diese Weise allen Einwendungen wegen Kürze der Zeit zu begegnen.***)

Durch alle diese Verhandlungen waren jedoch nur die Schwierigkeiten, die von den Vermittlern erhoben wurden, beseitigt, nicht aber die von den Böhmen herrührenden; denn noch immer waren die Bedingungen nicht festgesetzt, unter denen die letzteren an den Verhandlungen theilzunehmen bereit waren. Um endlich auch nach dieser Seite zu einem Resultate zu gelangen, hatte der Kurfürst von Sachsen abermals den Herrn Jakob von Grünthal nach Prag abgeschickt, und nochmals den Abschluss eines Waffenstillstandes betrieben. Bei einem Besuche, den der Gesandte von Ruppa, Budowec und Berka empfing, sprachen sich alle drei Directoren für den Waffenstillstand aus und stellten Bedingungen, deren Erfüllung keinerlei Schwierig-

Jan. 1619

---

*) Wiener Staatsarchiv. Boh. VI, 6 Kursachsen an Mathias dd. 12/22. Feb. 1619.

**) Wolf: Geschichte Maximilians I Bd. IV. 162. — Münchner Sth. 2/13. Preisings Bericht über seine Sendung nach Wien.

***) Wiener Staatsarchiv Boh. VII. die Antwort dd. 31. Jan. 1619.

ıehr unterlag. Allein diese Erklärungen wurden in keiner
ın Form abgegeben und eine definitive Antwort von der
ng immer neu auftauchender Vorfragen abhängig ge-
Trotz allem dem ermüdete der Kurfürst nicht in seinen
ı Bemühungen und sann unverdrossen auf Mittel und
en Frieden zu fördern. Mehrere Wochen erwartete er
von den Directoren eine Antwort auf die Mittheilungen
s und auf eine spätere (24. Jan.) von ihm direct ihnen
ene Aufforderung bezüglich des Waffenstillstandes. Nach
Harren erhielt er dieselbe am 21. Februar in einer so
ımmenen und verklausulirten Weise, dass er sich nicht
ı Schritt weiter gefördert sah. Denn nachdem ihm die
en auseinandergesetzt hatten, weshalb sie mit ihrer Er-
so lange gezögert hatten und dass sie nun dem Kur-
ır Herz bezüglich des Waffenstillstandes öffnen wollten,
sie die Besorgniss aus, ob man wohl den Grafen Buquoy
ıpierre trauen könne, dass sie einen Waffenstillstand
ıalten würden und verlangten zuletzt von dem Kurfürsten,
lie Garantie hiefür leiste. Der Kurfürst erwiederte ohne
lass die Besorgnisse der Böhmen zu weit gingen. Auch
ja für den Fall, dass der Waffenstillstand verletzt würde,
fen in der Hand und könnten sich leicht vertheidigen,
tsache sei der endliche Abschluss desselben. Da er je-
der Wirkungslosigkeit seiner Argumente sich allmälig
te, schlug er zuletzt vor, dass man diese Frage vertagen
in Eger wieder aufnehmen solle. Dort, wo beide Par-
Vertreter haben würden, solle man zuerst den Waffen-
verhandeln und abschliessen.**) Das war also das Re-

1619

er a. a. O. S. 98. Sächs. Staatsarchiv. 9170 VIII. Extract aus
Herrn Oberaufsehers Schreiben dd. 3/13. Feb. Ebendaselbst die
toren an Kursachsen d. 12. Feb. 1619.

Acten bei Skala III. und im Wiener Staatsarchiv Boh. VI. Kur-
en an die böhm. Directoren dd. 14/24. Feb. 1619. Die böhmischen
toren an Kursachsen dd. 12. März 1619. — Nach-Instruction für
lendorf nach Dresden 11. März 1619. Mathias an die böhm.
le dd. 11. März. — Münchner Reichsarchiv, Conrad Pawel an
n Bruder dd. 19. Feb. 1619, Prag.

sultat der mehr als sechsmonatlichen Bemühungen des Kurfürsten, dass er nicht einmal einen Waffenstillstand herbeiführen konnte; gewiss das schlimmste Auspicium für die egerer Verhandlungen.

III

Der böhmische Landtag war bisher nicht in die Lage gekommen, über die Interposition und Waffenstillstandsfrage eine Meinung abzugeben, da er seit dem Monate August 1618 nicht mehr zusammengetreten war. Die grossen Verluste, welche das böhmische Heer mittlerweile durch Krankheiten erlitten hatte, und deren Ersetzung der Gegenstand der dringendsten Sorge war, nöthigten die Directoren jetzt zur Berufung eines Landtages auf den 18. März, dem nicht nur die Frage wegen der Bewaffnung, sondern auch wegen der Verhandlungen mit dem Kaiser vorgelegt werden musste.*)

Gleich beim Beginne der Landtagssitzungen liefen Briefe von Thurn und Fels ein, in denen über das unmenschliche Wüthen des Feindes geklagt, der Sieg aber in Aussicht gestellt wurde, wenn die Stände in ihrem Eifer nicht erkalten und neue Rüstungen anstellen würden. Ruppa stellte im Namen der Directoren den Antrag zur Erweiterung der Rüstungen, wobei die erwähnten Briefe und sonstigen Nachrichten vom Kriegsschauplatze zur Stütze dienten. Graf Hohenlohe, der eigens nach Prag gekommen war, um den Landtag zu grössern Anstrengungen zu vermögen, wies in deutscher Rede das Bedürfniss einer erhöhten Truppenzahl nach. Von den Ständen sprachen nur Radslaw Kinsky und Graf Albin Schlick, indem sie sich den Auseinandersetzungen Hohenlohe's anschlossen und sie je nach ihrem Standpunkte unterstützten. Da sonach kein Zwiespalt über die Nothwendigkeit neuer Rüstungen bestand, wurde über das Mass der-

*) Die Berichte über die folgenden Landtagsverhandlungen an verschiedenen Orten. Wichtig insbesondere Conrad Pawels Bericht an Karl Pawel. Münchner Reichsarchiv 40/2. Wiener Staatsarchiv. Unterschiedl. Act. V. Bericht aus Prag; endlich die Berichte im sächs. Staats.

selben und die dazu nöthigen Mittel verhandelt. Die Forderung der Directoren in dieser Beziehung war eine dreifache; sie verlangten 1. die abermalige Ausrüstung eines allgemeinen Aufgebots, 2. die Ausschreibung neuer Steuern zur Bezahlung der geworbenen und noch zu werbenden Truppen und 3. eine Naturallieferung in Getreide zur Erleichterung der Truppenverpflegung.

Trotzdem dass die Aushebung des fünften und vierten Mannes im Wege des allgemeinen Aufgebotes erst vor wenigen Monaten so überaus schlechte Resultate geliefert hatte, betrat die Directorialregierung mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit wieder diesen Weg. Doch gedachte man diesmal insofern klüger vorzugehen, als man dem Aufgebote keine solche Ausdehnung geben wollte, wie früher; auf dem Lande sollte bloss der zwanzigste, in den Städten der sechzehnte Mann ausgehoben werden, was ungefähr der vierte Theil jener Leistung war, die bei dem früheren verunglückten Aufgebote angeordnet wurde. Daneben wurde auch jetzt bestimmt, dass der grundbesitzende Adel mit seinen Dienstleuten sich beritten mache und Reiterdienste leiste. Kapitalisten, Handelsleute, Freibauern, Geistliche und die Städte (für ihren Besitz an Gütern) sollten, da sie von der persönlichen Leistung, die dem Adel mit seinen Dienstleuten auferlegt wurde, frei waren, eine Geldentschädigung zahlen, die zur Erhöhung des Truppenstandes verwendet werden sollte. That Jedermann seine Pflicht, so konnten etwa 12.000 Mann, wovon ein Viertel beritten, dem Feinde entgegengestellt werden. Nicht zufrieden mit dieser ohnedies nur auf dem Papier vorhandenen Truppenzahl, machten die Directoren noch den Vorschlag, dass die ganze waffenfähige Bevölkerung in Bereitschaft gehalten werde, um nach Bedarf verwendet zu werden.*)

Bei den Berathungen über diesen Gegenstand beschwerten sich die Städte, dass man sie unverhältnissmässig belaste und ihre Auseinandersetzungen bewiesen dies unwiderleglich. Trotzdem verlangten die höheren Stände von ihnen noch eine be-

*) Skala II. und Sächs. Staatsarchiv. Lebzelter an Schönberg 7160, X. dd. 9/19 und 14/24 März 1619. Prag.

sondere Leistung, nämlich die Ausrüstung von 400 Reitern; die Städte lehnten jedoch diese Zumuthung entschieden ab und beharrten auch dabei, als von ihnen nur die halbe Leistung verlangt wurde. Dass sich eine andere als die städtische Opposition in der Frage wegen der weiteren Rüstungen nicht geltend machte, dafür wurde übrigens von Seite der Directoren rechtzeitig vorgesorgt. Da sie fürchteten, dass Trčka und Stephan von Sternberg, die schon auf dem Augustlandtage 1618 im Vereine mit Waldstein eine Gegenrevolution versucht hatten, sich auch diesmal nicht ruhig verhalten würden, und da in der That Stephan von Sternberg sich bemühte eine Verschleppung der Verhandlungen herbeizuführen, so suchte ihn Hohenlohe persönlich auf und schüchterte ihn dermassen ein, dass ihm die Lust zur weiteren Opposition verging. Gleich wirksam erwies sich die Beredsamkeit des Generals auch bei Trčka. Um bei den Ständen selbst keine Lauheit und Besorgniss aufkommen zu lassen, ritt Ruppa am Morgen vor der entscheidenden Abstimmung zu einer erklecklichen Anzahl derselben und theilte ihnen im Vertrauen mit, dass eben die günstigsten Berichte aus Oesterreich eingelaufen und die Erhebung der dortigen Stände so gut wie gewiss sei. Unter dem Einflusse dieser Nachricht schwand bei den Ständen jegliches Misstrauen, die allgemeine Aushebung wurde in der verlangten Grösse bewilligt, und als Termin für die Ansammlung der Mannschaft in den einzelnen Kreisstädten der 8. April festgesetzt.*) Im Landtage erhoben bei dieser Gelegenheit einige greise Edelleute ihre Stimme und mahnten ihre Standesgenossen, dem böhmischen Namen Ehre zu machen und sammt und sonders zu den Waffen zu greifen.**) Momentan bemächtigte sich des reichern Adels eine erhöhte patriotische Stimmung und viele versprachen, ein drei- und vierfach grösseres Contingent zu stellen, als sie gesetzlich treffen würde, mit der enthusiastischen Stimmung des Augenblickes schwand jedoch bei den meisten auch der Wille, die gegebenen Ver-

19. März

*) Bernburger Archiv Reg. VI. B. IV. Vol. XII. Brief an Anhalt dd. 10/20. März 1619. — Sächs. Staatsarchiv, Lebzelter an Schönberg dd. 9/19 März. Prag.

**) Wiener Staatsarchiv. Unterschiedl. Acten V aus Prag. 20. März.

sprechungen einzulösen. Wenig fehlte übrigens und die Debatte hätte eine zweite Auflage des Fenstersturzes veranlasst. Man hatte auf dem Landtage zu viel von Verräthern gesprochen und diese nach der Sitte des Bürgerkrieges als die Ursache des noch nicht vollständigen Triumphes bezeichnet. Junge Leute vom Adel, die sich zahlreich und müssig in Prag herumtrieben, statt auf den Kampfplatz zu eilen, wollten auf eine äusserst wohlfeile Weise ihren Patriotismus kundgeben und über eine Anzahl missliebiger oder verdächtiger Personen herfallen, um sie in der nun historisch berechtigten Weise aus dem Fenster zu stürzen. Es bedurfte einiger Mühe, diese Kampflust zur Ruhe zu bringen.

Bei den Verhandlungen über das allgemeine Aufgebot bestimmten die Stände, dass diese Leistung Jedermann treffen solle, und forderten deshalb zu grösserer Sicherheit die katholischen Standesgenossen zu einer ausdrücklichen Zustimmung auf. An die noch immer in Prag anwesenden ehemaligen Statthalter Sternberg, Slawata und den Grandprior Diepold von Lobkowitz, sowie an den Schlosshauptmann Černín wurde von den Ständen eine eigene Deputation abgeschickt, die sie um ihre Zustimmung zu den verschiedenen Massregeln der Landesvertheidigung ersuchen sollte. Die Antwort der genannten zeigte, wie sehr ihr Vertrauen auf den Erfolg der kaiserlichen Waffen gesunken war. Der Oberstburggraf wollte sich zur Vertheidigung der Freiheiten des Landes anheischig machen und allen darauf bezüglichen Massregeln seine Zustimmung geben, nur bezüglich des allgemeinen Aufgebotes verweigerte er dieselbe. Slawata machte keinerlei Einschränkungen und erklärte, mit seinen Standesgenossen um so mehr an allen Massregeln zur Vertheidigung des Landes Theil nehmen zu wollen, da er sehe, dass der Feind weder Katholiken noch Protestanten schone. Diepold von Lobkowitz und Černín stimmten einfach den Erklärungen Slawata's bei und billigten demnach gleich diesem die Massregel des allgemeinen Aufgebotes.

Die zweite Proposition der Directoren betraf die Bewilligung neuer Geldmittel. Sie verlangten neben der Erhebung der schon im Jahre 1615 festgesetzten Steuern noch einige besondere

Zahlungen, deren Erträgniss sich auf die Summe von etwa 100.000 Thaler belaufen konnte. Belastet wurden durch diese Zuschläge nur die höheren Stände und freien Besitzer, während der Bauernstand geschont werden sollte. Der Landtag nahm die Proposition an.

An diese Geldforderung knüpften die Directoren die Bitte um eine Naturalleistung. Zur Erleichterung der Truppenverpflegung beabsichtigten sie die Anlegung von Getreidemagazinen und stellten deshalb an die Stände das Ansuchen wegen Lieferung eines bestimmten Getreidequantums. Da die Gründe, die sie zu dieser Bitte berechtigten, nur zu augenfällig waren, so gingen die Stände auf die Verhandlung ein, und betrauten einen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines passenden Entwurfes. Die Berathungen desselben nahmen bald eine stürmische Richtung, denn die höheren Stände zeigten nicht übel Lust, auch hierin den Städten die grösste Last aufzuhalsen. Der Adel wollte von jeder Bauernansässigkeit auf seinen Gütern ein Viertel Strich Korn und einen halben Strich Haber oder Gerste geben; für die Maierhöfe aber, die er in eigener Bewirthschaftung hatte, machte er kein Anbot. Von den Städten verlangte er dagegen eine gleiche Leistung bezüglich der Bauernansässigkeiten auf ihren Gütern und ausserdem von jeder Stadt eigens 200 Strich Korn und 200 Strich Haber, und schliesslich von allen Städten zusammen eine Gabe von 500 Strich Gerste. Die Bürger erschracken über diese Zumuthung und einer ihrer Vertreter, Jezbera, wies in der Landtagssitzung mit mehreren und theilweise schlagenden Gründen die Unbilligkeit derselben nach. Dessenungeachtet suchte Paul von Říčan die Städte zu der ihnen zugemutheten Leistung zu bewegen; allein er erlangte keinen anderen Erfolg, als dass es zwischen den Ständen zu einer stürmischen Scene kam, bis die Städte dem Streite damit ein Ende machten, dass sie versprachen, den Gegenstand nochmals abgesondert berathen zu wollen. In dieser abgesonderten Berathung erklärten sich die Prager zu einer besonderen Leistung bereit, und zwar zur Erlegung von 500 Strich Haber und 250 Strich Korn, und mahnten auch die übrigen Städte zu einem gleichen Opfer für das Vaterland. Die Appellation an den Patriotismus verfehlte nicht

ihre Wirkung und trotz mancherlei Nöthen erklärten sich schliesslich alle Städte, die nicht durch den Krieg gelitten hatten, zu einer Leistung von 20 Strich Korn und 50 Strich Haber bereit. Als in der darauffolgenden Landtagssitzung hierüber Bericht erstattet wurde, lehnten die höheren Stände dies Anerbieten ab, weil es eher einem Almosen, als einer Steuerleistung ähnlich sah, und begnügten sich mit dem alleinigen Beitrage von Prag.

Das unausreichende aller dieser Geld- und Naturallieferungen unterlag jedoch weder für die Directoren, noch für die Stände einem Zweifel und deshalb suchte der Landtag durch zwei, wie man wohl allgemein meinte, energische Beschlüsse das Fehlende zu ersetzen. Der eine belegte alle jene Gutsbesitzer, welche bei dem vorigen Aufgebote nicht die bestimmte Anzahl an Reiterei und Fussvolk gestellt hatten, mit einer Strafe von 120 Thaler für jeden fehlenden Reiter und 60 Thaler für jeden fehlenden Fussknecht. Die Summe dieser Strafgelder, wenn sie richtig eingezahlt worden wären, würde eine erkleckliche Höhe, mindestens 2--300.000 Thaler betragen haben; allein man kann bezweifeln, ob überhaupt der hundertste Theil einging. Eine weit ergiebigere Quelle des Einkommens versprach der zweite Beschluss, der die Güterconfiscation über eine Anzahl notorischer Gegner des Aufstandes verhängte. Es waren dies unter andern der Kanzler Lobkowitz, Jaroslaw von Martinitz, Zdeněk von Kolowrat, der Oberstmünzmeister Wenzel Wřesowec, Albrecht von Leskowec, der Oberstlandschreiber Johann Klenowý von Janowic und 27 andere namentlich angeführte Personen. Von den sechs obengenannten unterliegt es keinem Zweifel, dass sie mehr oder weniger bedeutende Güter besassen, deren Verkauf unter normalen Verhältnissen einige hunderttausend Gulden eingetragen hätte; bei der gegenwärtigen Sachlage war zu bezweifeln, ob sich ein Käufer finden würde. Unter den übrigen Proscribirten befanden sich die entflohenen Aebte von Strahov und Braunau und der Erzbischof von Prag, die wohl schwerlich ein nennenswerthes Vermögen im Lande zurückgelassen hatten, ferner Michna, dessen Kapitalien schon längst von den Directoren verbraucht worden waren. Den Schluss der Pro-

scriptionsliste bildeten 23 Namen, deren Träger theils Hauptleute königlicher Güter, theils städtische Rathsschreiber und sonst unbedeutende Personen waren. Slawata's Vermögen wurde nicht confiscirt, da er seit dem Fenstersturze jeder Thätigkeit entsagt hatte und sich durch sein ruhiges und abgeschiedenes Leben in Prag diese gnädige Berücksichtigung gewissermassen verdient hatte. Auch der Oberstburggraf Adam von Sternberg wurde durch diese Massregel nicht berührt.

Der Beschluss wegen der Güterconfiscation wurde im weiteren Verlaufe der Verhandlungen dahin vervollständigt, dass der Landtag 33 namentlich angeführte Katholiken und Protestanten, die sich durch ihre Dienstleistungen als Anhänger der früheren Regierung hervorgethan hatten, fortan für unfähig zur Bekleidung eines Amtes erklärte. In dieser Liste fanden sich die Namen der bei der Confiscation gnädig übergangenen Statthalter Sternberg und Slawata, dann der des Appellationspräsidenten Herrn von Talmberg und des Landesunterkämmerers Burghard Točník vor. Nach einer kurzen Reihe glänzender Namen und höherer Würdenträger füllten den Rest der Liste meist kaum erwähnenswerthe Persönlichkeiten aus, einige Rathsherrn, Rathsschreiber, Bürger, Registratoren bei der Landtafel, Secretäre u. s. w.

Ein weiterer und wohl der wichtigste Gegenstand der Verhandlung betraf die Interposition. Da letztere am 14. April ihren Anfang nehmen sollte, gleichviel ob es zum Abschlusse eines Waffenstillstandes kam oder nicht, so musste der Landtag die Stellung, die er ihr gegenüber einnehmen wollte, bestimmen. Von Seite der Stände glaubte ein Theil noch immer aufrichtig an dieselbe und hoffte auf den Frieden, ohne zu merken, dass die Landtagsbeschlüsse durch ihre Zustimmung eine Richtung genommen hatten, die den Frieden unmöglich machte. Denn als einen solchen Beschluss muss man vor allem jenen, der die Güterconfiscation über die Anhänger des Kaisers verhängte, ansehen, da er eine Thatsache schuf, die jede Aussöhnung platterdings unmöglich machte.

Als die Directoren die Stände aufforderten, die Grundlage, auf der die Vermittlung angenommen werden sollte, zu be-

stimmen, leitete Ernfried von Berbisdorf, Thurns Vertrauter, die Verhandlung in einer verbitternden Weise ein. Die Stände hatten dem Oberstburggrafen auf seine ausweichende Antwort wegen des allgemeinen Aufgebots den Bescheid zukommen lassen, dass er von dieser Verpflichtung nicht befreit werden könne. Sternberg entgegnete darauf, dass für ihn, als den Stellvertreter des Königs, um so weniger ein gegen Mathias feindlicher Act zieme, als er von letzterem auch zum Vertreter bei den egerer Verhandlungen ernannt worden sei. Berbisdorf wollte diese Entschuldigung nicht gelten lassen und bat die Stände, zu erwägen, ob man eine Person, die durch Landtagsbeschluss für unfähig zur Bekleidung eines Amtes erklärt worden sei, an der Interposition Theil nehmen lassen dürfe. Ruppa griff diesen vielleicht vorher verabredeten Einwurf auf und empfahl den Ständen die Annahme des Berbisdorfischen Vorschlages in der Weise, dass dem Oberstburggrafen jede Abreise aus Prag verboten werden solle. Der Vorschlag wurde angenommen und der Oberstburggraf von dem ständischen Beschlusse in Kenntniss gesetzt; seine Einwendungen wurden nicht weiter gehört und ihm nur bedeutet, dass er dem Landtage zu gehorchen habe. So schafften sich die Stände einen Vermittler vom Halse.

Der Landtag schritt hierauf zur Wahl der nach Eger abzuschickenden Gesandten. Im ganzen wurden neunzehn Personen gewählt, von denen zwölf den Directoren und sieben dem Landtage angehörten, durchwegs Männer, die an der bisherigen Bewegung einen hervorragenden Antheil genommen hatten. Für wichtige Zwischenfälle wurden ihnen noch die übrigen Directoren und neun besonders gewählte Landtagsmitglieder zugeordnet. Hierauf wurden die Bedingungen festgesetzt, deren Annahme von Seite des Kaisers für unerlässlich bezeichnet wurde. Den ersten Platz nahm die Streitfrage über die Kirchengüter ein, die im Sinne der ständischen Ansprüche gelöst werden sollte. Der zweite Punkt betraf die Verbannung der Jesuiten, die für ewige Zeiten zu gelten hatte. Der dritte Punkt bezog sich auf die vier Artikel, deren Gewährung die Böhmen bei dem Generallandtage von 1615 vergeblich betrieben hatten und unter denen, wie man sich erinnern wird, das Bündniss sämmtlicher öster-

reichischen Länder zur gemeinschaftlichen Vertheidigung ihrer Freiheiten obenan stand. Diese vier Artikel sollten nun im Sinne der Stände ihre Erledigung finden. Eine weitere Bedingung war die, dass die von dem Landtage verhängte Güterconfiscation bezüglich der obenerwähnten Personen als rechtsgiltig anerkannt werde, und die letzte Bedingung, dass die vom Landtage zur Bekleidung eines Amtes für unfähig erklärten Personen für alle Zukunft keine öffentliche Stellung einnehmen sollten.

Diese besonders angeführten Bedingungen umfassten jedoch nicht alle Gegenstände, welche man in Eger zur Verhandlung bringen wollte. Den Directoren wurde ausdrücklich aufgetragen, im Einverständnisse mit dem ihnen beigegebenen Landtagsausschusse für die nach Eger abzusendenden Commissäre eine Instruction zu entwerfen, welche sich nicht allein auf die eben beschlossenen Ausgleichsbedingungen beschränken, sondern auch andere Artikel, deren Gewährung für das Beste des Landes nothwendig sein dürfte, enthalten sollte. Aus den Verhandlungen ergibt sich, dass diese Artikel die besonderen Interessen der einzelnen Stände betrafen. Da es indessen nie zur Vermittlung kam, so kam es auch nie zur Formulirung derselben. Nur die Städte, welche die Interposition ernstlich nahmen, beeilten sich, ein Verzeichniss ihrer Forderungen zu entwerfen, deren Gewährung sie in Eger betreiben wollten. Die Mehrzahl derselben bezog sich auf die Beseitigung der in ihre Autonomie gemachten Eingriffe oder auf die Abschaffung von Missbräuchen und Steuerbefreiungen, die in mittelalterlichen Privilegien ihren Grund hatten und sich mit geordneten bürgerlichen Verhältnissen schlecht vertrugen. Andere dagegen zeigen von einer gewissen Engherzigkeit, die in den Ereignissen der letzten Jahre einigermassen ihre Erklärung findet.

Schliesslich kam noch ein eigenthümlicher Gegenstand zur Verhandlung, nämlich das künftige Schicksal Pilsens. Der Widerstand dieser Stadt hatte bei den Führern des Aufstandes eine überaus grosse Erbitterung erzeugt und diese theilte sich dem Adel des Landes mit. Obwohl die Stadt ihre Gegnerschaft nunmehr theuer zu büssen hatte und unter unerschwinglichen Zahlungen dem Elende entgegen ging, genügte dies doch dem Hasse

der Sieger nicht. Die meisten waren toll genug, den völligen Untergang Pilsens zu verlangen und in der That wurde auf dem Landtage der Antrag gestellt, dass die Stadt für ihre Rebellion dem Erdboden gleich gemacht und die Einwohner derselben aus dem Lande verwiesen werden sollten. Der Adel schloss sich diesem Antrage an, nur die Städte widersprachen. Den gewerbsfleissigen Bürgern schien es ein Unsinn, dass man einen Ort, der wegen seines reichlichen Wasserzuflusses zur Anlage einer Stadt wie geschaffen war, zu einem Acker- oder Weideland umgestalten wollte und noch mehr dauerte sie die Zerstörung dessen, was Bürgerfleiss in Jahrhunderten geschaffen hatte. Sie waren damit einverstanden, dass man die Katholiken aus der Stadt vertreibe, verlangten aber, dass man den Ort Protestanten zur Ansiedelung überlasse und so in seiner Bedeutung und Blüthe erhalte. Ihre Opposition kühlte den allzu grossen Hass des Adels etwas ab und die Rücksicht auf Budweis verursachte zuletzt die Vertagung der ganzen Verhandlung. Denn da Budweis sich gerade so wie Pilsen benommen hatte, verdiente es dieselbe Strafe; eine solche Misshandlung Pilsens wie die angedrohte musste aber die Budweiser zu einem verzweifelten Widerstande zwingen, der die Stände selbst mit dem grössten Schaden bedrohte. Im Landtage wurde der Witz gemacht, man solle das Fell des budweiser Bären nicht verkaufen, so lange man ihn nicht habe, und diese Erwägung bewirkte, dass man schliesslich auch bezüglich der Zerstörung von Pilsen etwas nüchterner dachte. Am 23. März wurde der Landtag geschlossen.

Während der böhmische Landtag noch tagte, erreichte die irdische Laufbahn des Kaisers ihr Ende. In den letzten Wochen seines Lebens musste er im vollgerüttelten Masse alle die Beängstigungen durchmachen, die der Ausbruch des Aufstandes im Gefolge hatte. Denn abgesehen von seinen vergeblichen Bemühungen um den Abschluss des Waffenstillstandes und von seiner Sorge um das unsichere Schicksal Buquoy's bestürmten ihn die niederösterreichischen Protestanten neuerdings mit ihren Forderungen. Obwohl er im December 1618 den Landtag in Wien aufgelöst hatte, um sich von ihnen Ruhe zu verschaffen, so half ihm dies doch nichts; die ständischen Wortführer verliessen die

Residenz keinen Augenblick und ermüdeten nicht, ihm ihre Unzufriedenheit ins Gedächtniss zurückzurufen. Als während dieser Zeit jene 2000 Mann, die das Fuggerische Regiment bildeten und sich schliesslich durch den Böhmerwald den Weg zu Buquoy bahnten, ihren Marsch durch Oberösterreich anstellen wollten, thaten die Niederösterreicher das ihrige, um ihnen den Weg durch das Erzherzogthum zu verlegen. Die Oberösterreicher zeigten sich zuletzt erbötig, den Truppen die Passage zu gestatten, falls sie unmittelbar nach Niederösterreich abrücken würden, und verlangten deshalb eine Zusage dieser Aufnahme. Die Niederösterreicher nahmen von dieser Mittheilung Anlass, dem Kaiser eine Friedenshymne vorzusingen und in allen Tonarten den Satz zu variiren, „dass die Güte der Schärfe, der Friede dem Kriege vorzuziehen sei“ und die Böhmen durch weitere Rüstungen nur immer mehr gereizt würden. Die Schlussfolgerung dieser für den Kaiser so wenig erbaulichen Argumentation war natürlich die, dass dem Fuggerischen Regimente die Passage nach Niederösterreich nicht verstattet werden könne. Es half wenig, dass die katholischen Stände sich dem Kaiser zu Willen erklärten; ihre Minderzahl benahm ihrer Erklärung alle Bedeutung.*)

Dieses Auftreten der Niederösterreicher musste den Kaiser stets von neuem mit der Sorge erfüllen, dass dieselben sich dem Aufstande anschliessen würden, ohne auf die Mährer zu warten, wenn er ihnen gar keine Hoffnung auf Befriedigung ihrer religiösen Wünsche machen würde. Die Anknüpfung neuer Verhandlungen mit ihnen war somit ein Gebot der Klugheit, gleichgiltig, ob er oder Ferdinand aufrichtig dabei zu Werke gehen wollten oder nicht. Zum mindesten gewannen sie Zeit, um die Allianz, die sich eben mit dem Herzoge Maximilian von Baiern und den deutschen Bischöfen anzubahnen begann, zu verwerthen. Gegen Ende Februar wurde deshalb vom Kaiser eine Commission zusammengestellt, welche mit den protestantischen Ständen neue Verhandlungen anknüpfen und ihr Verhältniss zu den katholischen Standesgenossen für die Zukunft regeln sollte. Zu Mitgliedern dieser Commission wurden Maximilian von Trautmans-

*) Sächs. Staatsa. 9170, VIII. Zeidler an Kursachsen dd. 13/23. Feb. 1619.

rf, Otto von Nostitz und Johann Čejka von Olbramowic ernnt. Das wichtigste Mitglied derselben war aber Karl von rotín, der eigens vom Kaiser ersucht wurde, an der Vermittng theilzunehmen und diesem Rufe auch nachkam. *)

Die Verhandlungen begannen damit, dass die Commissäre e Anfrage an die Protestanten stellten, worin ihre Beschweren beständen. Die letzteren erwiederten, dass diese längst zu apier gebracht worden seien, und sie deren Abstellung wiederolt bei ihren katholischen Standesgenossen angesucht hätten; ie begehrten nun, dass ihnen endlich eine kategorische Antvort ertheilt werde. Geht man auf die Beschwerden näher ein, o ergibt sich aus denselben, dass die Protestanten vor allem lie religiöse Freiheit auf die gesammten Einwohner des Landes usgedehnt wissen und nicht zugeben wollten, dass die landesürstlichen Städte und die Unterthanen katholischer Herren in Bezug auf ihren Glauben einem Drucke ausgesetzt sein sollten. An diese mit den böhmischen Streitigkeiten innig verwandte Forderung schlossen sich noch zahlreiche andere an, von denen lie wichtigsten dahin lauteten, dass auf die Protestanten bei Besetzung von Landes- und städtischen Aemtern so wie von Gerichtsstellen gleiche Rücksicht wie auf die Katholiken geommen und dass sie gleichfalls zur Erlangung akademischer Grade an der Universität zugelassen werden möchten. Die Kaholiken, um eine Erklärung ersucht, erwiederten, dass es ihnen icht möglich sei, dem Wunsche ihrer Standesgenossen nachukommen, da die Gewährung eines grösseren Theiles der prostantischen Forderungen nicht von ihnen, sondern vom Kaiser bhänge.

Die Antwort der Katholiken, die mehr einer Ausflucht als nem ernsten Eingehen in den strittigen Gegenstand ähnlich h, war die Folge des Misstrauens, das sie selbst gegen die rotestanten empfanden. Sie waren überzeugt, dass die letzteren

*) Sächs. Staatsarchiv 9170, IX. Zeidler an Kursachsen dd. Wien 17/27. Feb. 1619. — Corr. Žer. Žerotín an den Cardinal Dietrichstein dd. 25. Feb. 1619 Wien — Ebend. Žerotín an Maximilian von Trautmansdorf dd. 25. Febr. 1619.

eine paritätische Stellung nur zu ihrer Unterdrückung ausbeuten würden und brachten für diese Behauptung zahlreiche Beweise vor. Der bedeutendste war eine Beschwerdeschrift, die sie im J. 1618 verfasst und den protestantischen Klagen entgegengestellt hatten und deren Inhalt allerdings bis zur Evidenz den Beweis liefert, dass die Katholiken in ihrem Bestreben nach der Oberherrschaft zugleich ihre Haut wehrten. Sie wiesen darin nach, dass auch die protestantischen Stände von allen Aemtern, deren Besetzung von ihnen abhänge, die Katholiken fern zu halten suchten, und dass die Lage der letzteren unter protestantischen Gutsherren eine wahre Marterlage sei. Ueberall versuche man Prädicanten an die Stelle katholischer Pfarrer einzusetzen und wo dies nicht gelinge, quäle man die letzteren auf alle erdenkliche Weise. Man schmälere ihnen die Einkünfte oder entziehe sie ihnen ganz, man bemächtige sich der Kirche und verschliesse sie, so dass mancher Pfarrer genöthigt sei, den Gottesdienst unter freiem Himmel abzuhalten; man beraube katholische Kirchen des inneren Schmuckes, bestehle die Opferkästen und ähnliches mehr. Mancher Geistliche sei seines Lebens nicht sicher, ein Ordensbruder sei erst im J. 1617 nach verrichtetem Gottesdienste auf dem Heimwege ermordet und die Bestrafung der Mörder durch die sträfliche Gleichgiltigkeit des Gutsherrn vereitelt worden. Katholische Unterthanen würden von ihren protestantischen Herren auf alle Weise zum Abfalle gezwungen, man verbiete ihnen die Beichte und Communion, hindere ihre Trauungen und Taufen, nöthige sie zu Zahlungen an Prädicanten u. s. w. *) — Man sieht hieraus, dass, wenn sich die Protestanten über einen gesetzlichen Druck beklagen konnten, die factische Lage der Katholiken dort, wo sie dem Einflusse ihrer Gegner preisgegeben war, um nichts besser war.

Als den Protestanten die ablehnende Antwort der Katholiken von Seite der vermittelnden Commission mitgetheilt wurde, begnügten sie sich selbstverständlich nicht mit ihr, sondern verlangten nur noch heftiger, dass man ihre gesammten Beschwerden

---

*) Hurter a. a. O. VII, 434.

von vornherein als begründet anerkenne, bevor überhaupt die Berathung über ihre Abbestellung ihren Anfang nehme. Eine solche theoretische Anerkennung war den Katholiken wiederum nicht abzuringen und so bewegten sich die Verhandlungen in Widersprüchen, aus denen kein Ausgang zu hoffen war. Žerotin erkannte wohl das fehlerhafte in der ganzen Verhandlung und suchte sie dadurch in das rechte Geleise zu bringen, dass er die protestantischen Beschwerden ihrem Inhalte nach in drei Kategorien theilte. In die erste verwies er jene, deren Abstellung in den Händen des Kaisers lag, wie die bezüglich der Zulassung zu den akademischen Graden oder die betreffs der paritätischen Besetzung der Landesämter und Gerichtsstellen. In die zweite Kategorie reihte er die Beschwerden privater Natur ein, Streitigkeiten z. B. zwischen einzelnen Gutsherrn, deren Entscheidung er den gewöhnlichen Gerichten überweisen wollte. In die dritte Kategorie endlich versetzte er jene Beschwerden, deren Abstellung in der Hand der katholischen Stände lag. Žerotins Ansichten wurden von den übrigen Commissionsmitgliedern gutgeheissen; alle verlangten auch, dass zur Beschleunigung der Verhandlungen Ausschüsse der katholischen und protestantischen Stände zusammentreten und in Gegenwart der Commissäre die streitigen Punkte mündlich erörtern möchten.

Die Protestanten gingen jedoch auf keine dieser an und für sich ganz billigen Forderungen ein und wollten insbesondere von einer Sonderung ihrer Beschwerden nach Kategorien nichts wissen. Sie behaupteten und trafen damit allerdings das Rechte, dass sie durch eine Theilung ihrer Beschwerden mit den wichtigsten derselben an den Hof gewiesen würden; mit diesem wollten sie aber auf keinen Fall etwas zu thun haben. Ueberdrüssig der abweislichen Bescheide, die sie wiederholt vom Kaiser erhalten hatten, verlangten sie jetzt von den Katholiken, was diese eigentlich nicht bewilligen konnten. Da aber die letzteren es hauptsächlich waren, welche Mathias zu seinen abweislichen Bescheiden aufgemuntert und aufgefordert hatten, so war es doch nicht so ganz verkehrt, wenn sich die Protestanten vorzugsweise an die geistigen Urheber der kaiserlichen Beschlüsse

hielten. Žerotín protestirte zwar dagegen, dass durch eine Theilung der protestantischen Beschwerden ihre Verschleppung beabsichtigt werde oder dass man sie neuerdings an den Hof ziehen wolle, allein seine Worte fanden keinen Glauben und machten keinen Eindruck, denn er hatte den letzten Rest seines früheren Ansehens eingebüsst. Eben so wenig brachte er es zuwege, dass man in eine Erörterung der einzelnen Punkte einging, damit sich die Differenzen klar herausstellen möchten und so ein Verständniss leichter angebahnt werden könnte. Die Protestanten wiesen stets auf die Gesammtheit ihrer Beschwerden und verlangten deren ungetrennte und vollständige Beseitigung.*)

Aus dem Detail der Verhandlungen geht hervor, dass die Protestanten durch ihr Betragen dieselben nicht erleichterten, sondern durch eine schroffe Haltung nur noch mehr erschwerten. Indessen wenn sie auch zuvorkommender aufgetreten wären, ein befriedigendes Resultat wäre doch nicht erzielt worden, da die Katholiken entschlossen waren, die allgemeine Glaubensfreiheit, welche die Protestanten zur Grundlage ihrer Forderungen machten, nicht zuzugeben und namentlich ihren eigenen Unterthanen die freie Wahl zwischen dem katholischen und protestantischen Bekenntnisse nicht zu gestatten. Es blieb sich also gleich, ob die Unterhandlungen aus einem formellen Grunde abgebrochen wurden oder ob sich bei der Erörterung der einzelnen Beschwerden ein unheilbarer Zwiespalt zwischen den Parteien ergeben hätte. Die schroffe Haltung der Protestanten und die Unnachgiebigkeit der Katholiken zeigten gleichmässig, dass beide der Verhandlungen überdrüssig waren und den Knoten durch das Schwert lösen wollten.**)

Da auf diese Weise die Verhandlungen nicht vorwärts kamen, so ersuchten die Commissionsmitglieder den Kaiser, sie von ihrem Amte entheben zu wollen. Am 19. März übergaben

*) Corr. Žer. Žerotín an Dietrichstein dd. 6. März 1619, Wien.

**) Corr. Žer. Žerotín an den Cardinal Dietrichstein dd. 12. März 1619. — Ebend. Žerotín an Hartwig von Stietten dd. 29. März 1619, Namiest. — Wiener Staatsa. Unterschied. Acten V. Extract eines Schreiben dd. 28. Feb. 1619.

sie dies Gesuch und erwarteten die gewünschte Antwort.*) Von Mathias wurde sie ihnen jedoch nicht mehr zu Theil, denn dieser verschied plötzlich am folgenden Morgen.

In den letzten Monaten seines Lebens war der Kaiser meistentheils an das Krankenlager gefesselt und dabei mehr als je vom Podagra geplagt und so schwach, dass man ihm öfters wie einem Kinde die Nahrung reichen musste. Zu den körperlichen Leiden gesellten sich auch Gemüthsleiden, die seinen Zustand nicht wenig verschlimmerten. Den moralischen Schlag, der ihn durch Khlesls Verhaftung traf, überwand er nie mehr, wenn er sich gleich in denselben fügte, bald gesellte sich noch ein zweiter nicht minder schmerzlicher Verlust hinzu, nämlich der Tod seiner Gemahlin. In Folge ihrer Esslust, die sie nicht bezähmen konnte, war sie unförmlich dick geworden und hatte sich Leiden zugezogen, die am 14. December 1618 ihrem Leben ein frühes Ende setzten. Die gleichzeitigen Niederlagen auf dem Kriegsschauplatze, die Hinneigung aller seiner Unterthanen zum Anschlusse an Böhmen mehrten Tag für Tag die Sorgen des Kaisers in unerträglicher Weise und so mögen die Qualen seiner letzten Lebenswochen nicht geringer gewesen sein, als jene, die er einst seinem Bruder Rudolf bereitet hatte.

Obwohl des Mathias baldiges Lebensende seit Monaten erwartet wurde, so überraschte doch der Eintritt dieses Ereignisses, da sein Befinden in den letzten Tagen vor seinem Tode so befriedigend war, dass er selbst das Bett verlassen konnte. Noch am 17. März hielt er seine gewöhnliche Tafel ab und liess sich dann von einem Zimmer in das andere tragen, um sich an den Kunstschätzen Rudolfs II zu erfreuen. Er besichtigte hiebei einige Kroninsignien, die sein Bruder hatte anfertigen lassen und befahl darauf, dieselben mit einem Schwerte zu vervollständigen, dessen Scheide er mit den kostbarsten Juwelen zieren wollte. Montag den 18. klagte er über grosse Traurigkeit, wie er dies seit Khlesls Entfernung fast täglich zu thun pflegte; am Dienstag war er wieder wohl auf, ass

*) Sächs. Staatsarchiv 9170 X. Verhandlungen der österr. Stände im wiener Landhause 1–7. März A. St — Ebend. Bericht vom 5/15. März.

und trank mit Lust, war wohlgemuther als seit langer Zeit und ertheilte dem Gesandten des Herzogs von Lothringen eine Audienz. Vor dem Schlafe liess er sich noch einige Kapitel aus der Bibel vorlesen. Als Mittwoch um 6 Uhr Morgens Dr. Mingonius in das Schlafzimmer trat, war der Kaiser wach und fühlte sich so wohl, dass er aufstehen und sich ankleiden wollte. Bald darauf brachte ihm der Kammerdiener die Morgensuppe, die er mit einem eigens construirten Röhrchen zu sich zu nehmen pflegte. Als er dasselbe zum Munde führte, klagte er, dass etwas daran fehle und als der Kammerdiener dies verneinte, erwiederte der Kaiser plötzlich: „Was geschieht mir, ich sehe meine rechte Hand nicht." Dies waren seine letzten Worte, unmittelbar darauf „stiess ihn der Frais an", wie es in dem Krankenberichte heisst. In convulsivischen Zuckungen krümmte er sich durch längere Zeit und warf sich auch auf dem Bette mit einer Kraft herum, die die Anwesenden in Staunen versetzte. Mingonius und Dr. Freiwald, die schnell herbeigekommen waren, „rieben, brannten und schmierten ihn am Haupte und Halse", um ihm zu einem Erbrechen zu verhelfen, von dem man einige Erleichterung hoffte, aber alles vergeblich. Bei diesem Todeskampfe, der ziemlich lange währte, büsste Mathias das Bewusstsein nicht ganz ein, sondern deutete ab und zu durch Bewegungen mit der rechten Hand das Verständniss des Gehörten an.

Im Krankenzimmer fanden sich unterdessen König Ferdinand, der Nuncius, die Mehrzahl der geheimen Räthe und Kämmerer so wie Žerotín ein. Auch der Beichtvater des Kaisers, ein Franziskanermönch, erschien und suchte durch frommen Zuspruch den Sterbenden aufzurichten, während der Nuncius die Messe las. Nachdem Mathias im Zustande der Bewusstlosigkeit noch die letzte Oelung erhalten hatte, verschied er vor 9 Uhr Morgens am 20. März 1619.*) König Ferdinand verliess jetzt das Sterbezimmer, in seine Hände war fortan die alleinige Entscheidung des böhmischen Streites gelegt.

*) Ueber des Mathias Tod berichten: Münchner Reichsarchiv 40 2. Bericht an den Kurfürsten von der Pfalz. — Simancas. Oñate an Philipp III dd. 22. März 1619. — Corr. Žer. Žerotín an Stietten dd. 20. März 1619, Namiest. — Berichte im sächs. Staatsarchiv.

GESCHICHTE

DES

DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGES

VON

ANTON GINDELY.

ERSTE ABTHEILUNG:

GESCHICHTE DES BÖHMISCHEN AUFSTANDES VON 1618.



ZWEITER BAND.

PRAG, 1878.

VERLAG VON F. TEMPSKY.

GESCHICHTE

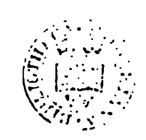
DES

HMISCHEN AUFSTANDES

VON 1618

VON

ANTON GINDELY.



ZWEITER BAND.

PRAG, 1878.

VERLAG VON F. TEMPSKY.

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Vorwort.

Ich übergebe hier nach einer langen Unterbrechung den zweiten Band meiner Geschichte des böhmischen Aufstandes der Öffentlichkeit; der Grund der Verzögerung war theils ein unfreiwilliger, da mir ein längeres Unwohlsein die Fortsetzung der Arbeit verwehrte, theils lag er in den weit ausgreifenden archivalischen Arbeiten, denen ich mich von neuem unterziehen musste. Um mit voller Klarheit über die Zeit von 1618—1620 zu schreiben, genügte es nicht, dass ich meine Forschungen über den 30jährigen Krieg in Frankreich und Spanien fast beendet habe, ich musste schon jetzt die Arbeit auch in den zwei für diese Zeit bedeutendsten deutschen Archiven, dem von München und Dresden, bis zum Jahre 1630 in Angriff nehmen. Welchen Umfang aber eine derartige, auf die Politik aller bedeutenden Staaten von Europa sich beziehende Forschung gewinnt und welche Zeit sie beansprucht, bedarf wohl keiner Auseinandersetzung.

Unter den Quellen-Publicationen, deren ich mich bei meiner Arbeit bedienen konnte, nehmen eine her-

vorragende Stelle die von dem englischen Historik
Samuel Rawson Gardiner veröffentlichten zwei Bän
ein („Letters“ etc.), welche sich auf die Stellu
Jakobs I von England zu Böhmen und zu dem Pfa
grafen im Jahre 1618 und 1619 beziehen und wichti
Ergänzungen zu dem in München befindlichen und v
mir benützten pfalzgräflichen Archive bieten. No
mehr aber wurde ich zum Dank gegen Herrn Gardir
verbunden, als mir derselbe mit einer wahrhaft ein
dastehenden Bereitwilligkeit, für die ich nicht gen
dankbar sein kann, seine aus dem englischen Staa
archive und mehreren anderen bedeutenden Archiv
geschöpften Abschriften über das Jahr 1620 und
Folgezeit zur Verfügung stellte. Bei der grossen Za
der Abschriften ist mir damit nicht nur die Arb
eines Jahres erspart, es sind mir auch Quellen z
Verfügung gestellt worden, die ich gewiss nicht a
aufgefunden hätte. Auf diese Weise ist es mir mö
lich geworden, über das Verhältniss Jakobs zu Philipp I
von Spanien und zu seinem Schwiegersohne, dem Pfa
grafen, vollständige Klarheit zu erlangen und so
Stellung Englands in dem grossen Drama des 30jäh
gen Krieges den richtigen Platz anzuweisen. I
Citate, die ich dem englischen Staatsarchive im dritt
Bande dieses Werkes entlehnt habe, sind sammt u
sonders das Verdienst Gardiners, dem ich nochm
meinen wärmsten Dank ausspreche.

Der dritte Band, auf den ich hier verweise, wi

bis zur völligen Niederwerfung des Aufstandes in den böhmischen Ländern und in Oesterreich reichen und so den ersten Akt des 30jährigen Krieges beschliessen. Ich habe diesen Band bereits zu Ende geschrieben, da ich aber wegen archivalischer Studien auf Reisen begriffen bin, so wird der Druck desselben erst nach meiner Rückkehr gegen Ende October beginnen.

Grosse Mühe hat mir bei meiner Arbeit die Auffindung der Quellen gemacht, die sich auf den österreichischen und ungarischen Aufstand im Jahre 1619 bis 1620 beziehen. Die Quellen hiefür sind meistentheils ausserhalb Oesterreichs zu suchen und es nimmt neben dem münchner Staatsarchive namentlich das dresdner eine hervorragende Stellung hierin ein. Keine der europäischen Regierungen hat mit einer solchen Sorgfalt alles auf die Geschichte der Zeit bezügliche Material zusammengehalten, wie dies die sächsische während des 30jährigen Krieges gethan hat. Ihre Gesandten sind in der Regel trefflich geschulte Männer gewesen, die ihre Augen und Ohren überall hatten und fleissig über das, was sie erfuhren, nach Hause berichteten und sich zugleich Abschriften der verschiedensten Schriftstücke von Freund und Feind zu verschaffen wussten. Daher kommt es, dass das dresdner Archiv Aufschlüsse über wichtige Fragen bietet, die man am allerwenigsten dort suchen würde. Unter den von mir zuletzt benützten Privatarchiven nehmen das der Grafen von Buquoy in Gratzen und das der Grafen von

Harrach in Wien durch eine zahlreiche Menge schätzbarer Dokumente eine hervorragende Ste ein. Herrn Regierungsrath Fiedler danke ich Mittheilung eines wichtigen, auf die Verhandlu Bethlens mit dem Kaiser bezüglichen Aktenstü

Bis zum Ausgange des 15. Jahrhundertes ge es nur zeitweise, dass sich die westlichen St Europa's durch ein gemeinsames Interesse verbu zeigten und dass das Resultat eines lokalen Kar massgebend auf ihre Verhältnisse und Allianzen wirkte. Seit dem 16. Jahrhundert macht sich je eine seitdem nie unterbrochene Gemeinsamkeit Interessen geltend. Der Sieg, den Karl V über Aufstand in Spanien beim Antritt seiner Regie erlangte, hatte nicht minder gewichtige Folgen Deutschland, als sein lang dauernder Kampf Franz I. Jede Angelegenheit, welche die Bedeu von Frankreich, England und Spanien hob schmälerte, jede Aenderung der Stellung, welch protestanstische und katholische Partei in Deutsch einnahm, war von den gewichtigsten Folgen fü allgemeinen Verhältnisse begleitet und bewirkte, die einzelnen Mächte sie nach ihren Wünsche beeinflussen suchten. So stellt sich die äussere Gesch des westlichen Europa's seit dem 16. Jahrhun als eine einheitliche dar und diese Einheitlic nimmt insbesondere mit dem Beginne des 30jäh Krieges einen ausgeprägten Charakter an.

Man wird aus meiner Arbeit ersehen, dass die Stellung, welche die einzelnen Staaten Eur

zum böhmischen Aufstande und zu dessen Folgen eingenommen haben, eingehend erörterte, namentlich ist dies im dritten Bande bezüglich Frankreichs und Englands der Fall. Zu den Untersuchungen über die innern Vorgänge in den österreichischen Ländern und zum Theil auch in Deutschland gesellten sich demnach auch die über das Einwirken der Hauptstaaten Europa's auf den Kampf, in dem die deutsche Linie der Habsburger in ihrer Existenz bedroht wurde. Die schwere Arbeit der umfassenden Forschung würde mir erleichtert worden sein, wenn ich mich bloss auf die Untersuchung der diplomatischen Beziehungen hätte beschränken und den gleichzeitigen Krieg nicht aus den archivalischen Quellen hätte studieren müssen. Leider hatte ich auch auf diesem Gebiete keine nennenswerthe Beihilfe, da die Geschichte der einzelnen Kriegsbegebenheiten zur Zeit des 30jährigen Krieges bisher — und zwar in Oesterreich vollständig, in Deutschland zum grössten Theil — der wissenschaftlichen Bearbeitung entbehrt. Es würde mir zur grossen Erleichterung dienen, wenn tüchtige militärische Schriftsteller sich der Lösung dieser Aufgabe für die Folgezeit unterziehen würden, speziell für Oesterreich wäre es eine Pflicht, da die Existenz und die Entwicklung der österreichischen Armee mit dem 30jährigen Kriege auf das innigste verbunden ist. Doch ist dies jedenfalls ein Wunsch, der viel zu spät realisirt werden würde, als dass ich seine Früchte geniessen könnte,

und so will ich auch für die Folgezeit die Arbeit nach meinen Kräften weiter führen.

Ich bemerke abermals, dass ich mich nur auf die Citirung der wichtigsten Aktenstücke beschränkt habe, um den literarischen Ballast nicht zu sehr zu vermehren. Die Geschichte des böhmischen Aufstandes habe ich ungefähr auf Grund von 5—6000 bisher nicht benützten und in den verschiedensten europäischen Archiven befindlichen Aktenstücken niedergeschrieben. Die Abschriften befinden sich zum grossen Theil wohl geordnet im böhmischen Landesarchive und so glaubte ich mich auf den zehnten Theil der sonst nothwendigen Citate beschränken zu dürfen.

Anton Gindely.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Ferdinand II.

Zweites Kapitel.

Die Erweiterung des Aufstandes über sämmtliche Länder der Krone Böhmens und über das Erzherzogthum Oesterreich.

Drittes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen im Sommer des J. 1619.

Viertes Kapitel.

Die frankfurter Kaiserwahl.

Fünftes Kapitel.

Die böhmische Königswahl.

Sechstes Kapitel.

Bethlen Gabor.

Siebentes Kapitel.

Der Unionstag in Nürnberg und die ständischen Verhandlungen in Brünn und Breslau.

Achtes Kapitel.

Die Verhandlungen in Pressburg und ihre Folgen.

Neuntes Kapitel.

Die Entwicklung der kaiserlichen Allianzen.

Zehntes Kapitel.

Kursachsen und der Konvent von Mühlhausen.

Erstes Kapitel.

Ferdinand II.

I Ferdinand vor dem Tode des Kaisers Mathias. Erzherzog Karl und die projektirte Heirat mit Elisabeth von England. Herzogin Maria von Baiern. Ihr Einfluss auf ihren Gemal. Ferdinand in Ingolstadt. Seine Absichten beim Antritte der Regierung. Seine Reformation in Steiermark, Kärnthen und Krain.

II Ursachen, denen die Erfolge Ferdinands II zuzuschreiben sind. Seine fromme Lebensweise. Einfluss der Beichtväter und der geistlichen Rathgeber. Ferdinands Gutmüthigkeit. Seine Vorliebe für die Geistlichkeit. Die Musik und das Jagdvergnügen. Theilnahme Ferdinands an der Regierung. Trägheit und Vergnügungssucht der wiener Staatsmänner. Unverantwortliches Gebahren mit den Staatseinkünften. Freigebigkeit des Kaisers. Behandlung der Gläubiger. Das Heerwesen. Ferdinands äussere Erscheinung.

I

Als der böhmische Aufstand ausbrach und immer grössere Dimensionen annahm, beklagten es viele Katholiken, dass die Geschicke Oesterreichs in den Händen des unselbständigen und kranken Kaisers Mathias ruhten und sehnten die Herrschaft Ferdinands als die einzige und sichere Rettung aus den drohenden Gefahren herbei. Man erinnerte sich jetzt mit Vorliebe, wie derselbe die katholische Kirche aus ihrem Verfall in Steiermark, Kärnthen und Krain gehoben, wie muthig er den Bitten und Drohungen des protestantischen Adels widerstanden habe und unbeirrt auf sein Ziel losgegangen sei. Da es nicht unbekannt war, dass nicht bloss Mathias, sondern auch sein Minister, der Kardinal Khlesl, den böhmischen Aufstand nur in lässiger Weise bekämpften, so freute man sich auf katholischer Seite über die gegen den Kardinal verübte Gewaltthat, weil man mit Sicherheit erwartete, dass Ferdinand sich des ganzen Einflusses bemächtigen werde, über den

Khlesl verfügt und den er so schlecht ausgenützt hatte. In der That nahm der König bald nach der Gefangennehmung Khlesls einen hervorragenden Antheil an der Regierung, da keine Verfügung ohne seine Zustimmung getroffen wurde und alle einflussreichen Persönlichkeiten sich mehr um seinen Beifall kümmerten als um den des Kaisers selbst. Gleichwohl raffte auch jetzt die Regierung nicht alle Mittel zusammen, die ihr für den Kampf zu Gebote standen; die Befehle wurden lässig ertheilt und noch lässiger ausgeführt und es war sichtlich, dass man die Bewältigung des Aufstandes auf fremde Schultern wälzen wollte. Der Vorwurf mangelnder Energie und leichtsinnigen Gebahrens mit den beschränkten Einkünften traf aber jetzt nicht mehr den Kaiser allein, sondern auch seinen Vetter, wiewohl dieser zu seiner Entschuldigung anführen konnte, dass ihn die Rücksicht auf den Kaiser von der nothwendigen Sparsamkeit zurückhalte und derselbe Grund auch massgebend sei, wenn er sich der alten Räthe bediene, obwohl er deren aufrichtige Anhänglichkeit ebenso bezweifeln durfte wie ihre Fähigkeit zur Leitung der Geschäfte. Der Tod des Kaisers befreite ihn endlich von jeder Rücksicht und jedem Zwang, ihn allein trifft fortan Lob oder Tadel.

Wir wollen es nun versuchen, ein Bild von der Persönlichkeit und dem Charakter Ferdinands zu entwerfen, wie uns dasselbe nach jahrelangen Studien klar geworden ist. Allerdings gehört diese Schilderung zumeist dem J. 1619 und den nächstfolgenden Jahren an, so dass sie nicht darauf Anspruch erheben kann, sein ganzes Wesen nach allen Richtungen, wie sich solches bis zu seinem Tode entwickelte, zur Anschauung zu bringen. Wir fühlen uns aber schon jetzt genöthigt, sein nur halbfertiges Bild an die Spitze unserer Erzählung zu stellen, weil dasselbe wesentlich zum Verständniss seiner Handlungsweise und der folgenden Ereignisse beitragen dürfte.

Die Eltern Ferdinands waren Erzherzog Karl, der jüngste Sohn Kaiser Ferdinands I, und die Herzogin Maria von Baiern. Für Karl war ursprünglich eine weit glänzendere Heirat geplant worden, sein Vater wollte ihn mit der Königin Elisabeth von England vermählen und trat deshalb im J. 1559 mit derselben in Unterhandlungen. Es ist bekannt, in welcher Weise die

englische Königin die verschiedenen Heiratsprojekte in die Länge zu ziehen wusste, wie sie die Hoffnungen der Freier nie ganz zerstörte, um den völligen Abbruch der Verhandlungen zu hindern. So geschah es auch hier. Ferdinand I bemühte sich durch mehrere Jahre vergeblich um eine feste Zusage; er konnte dieselbe ebenso wenig erlangen, als Maximilian II, der im J. 1565 für seinen Bruder die Werbung erneuerte. Man darf es indessen bezweifeln, dass Erzherzog Karl die Hand der Königin als ein besonderes Glück ersehnte, wenn er von den vertraulichen Beziehungen unterrichtet war, in denen damals der Graf Leicester zu der viel umworbenen Braut stand, und es konnten ihm dieselben nicht unbekannt sein, da Elisabeth selbst im Laufe der Verhandlungen einer missgünstigen Erklärung ihres Verhältnisses zu Leicester dadurch zu begegnen suchte, dass sie es dem Erzherzog gegenüber für ein schwesterliches erklärte. Wir wissen nicht, wie der Freier diese Erklärung aufnahm und ob sie ihn ganz überzeugte; auf alle Fälle übte der Glanz der Krone auf ihn oder auf Maximilian eine so starke Wirkung aus, dass die Verhandlungen noch immer fortgesetzt wurden, bis sie endlich wegen der steten Ausflüchte der Königin im J. 1567 zum Stillstand kamen und Karl sich nach einer anderen Braut umsah. Diesmal lenkten nicht politische Rücksichten seine Wahl, sondern die eigene Neigung; die Auserkorene war seine Nichte, die Herzogin Maria von Baiern.

Die junge, erst zwanzigjährige Fürstin war die Tochter des Herzogs Albrecht von Baiern und der Erzherzogin Anna, einer Schwester des Erzherzogs Karl. Die beiderseitige Neigung der Brautleute siegte über die entgegenstehenden Schwierigkeiten; der Papst ertheilte den Dispens und so wurde mit Zustimmung Maximilians II die Ehe geschlossen. Sonderbarer Weise wandelte Elisabeth kurz vorher die Lust an, die Verhandlungen, mittelst deren sie den Erzherzog neun Jahre lang gehänselt hatte, nochmals anzuknüpfen, obwohl sie zur selben Zeit auch dem Herzog von Anjou Hoffnung auf ihre Hand machte. Als man in Wien, gewitzigt durch die früheren Erfahrungen, ihre Anträge nicht weiter beachtete und Karl zum Abschluss seiner Ehe mit Maria schritt, erregte dies den

Zorn Elisabeths, vielleicht weniger deshalb, weil ein Freier sie verlassen, als weil man sich nicht länger von ihr täuschen liess.

Die Ehe zwischen Karl und Maria wurde eine wahre Musterehe, in der beide Ehegatten ihr Glück suchten und fanden. Die junge Frau, die im elterlichen Hause das schönste Familienleben genossen hatte und von Eltern und Geschwistern hochgehalten worden war, gründete sich in Graz an der Seite ihres Gatten eine ähnliche Häuslichkeit. Was ihre Anlagen betrifft, so besass sie ein scharfes Urtheil und eine grosse Willensstärke, der sich ihre Umgebung und zunächst ihr eigener Gatte beugten. Sie gebar ihm 15 Kinder, von denen drei frühzeitig starben und eines erst nach dem Tode des Vaters zur Welt kam. Der Verkehr der beiden Ehegatten unter einander und mit ihren Kindern war der herzlichste und liebevollste. Maria wurde von allen geliebt und geachtet und es konnte dies nicht anders sein, da sie mit aufopfernder Hingebung für das Wohl und das Fortkommen ihrer Kinder sorgte. Ihr Briefwechsel, den sie mit ihrem ältesten Sohn führte, wenn sie zeitweilig von Graz abwesend war, bietet hiefür ebenso zahlreiche wie ehrenvolle Beweise. Immer von neuem erkundigte sie sich nach den Studien ihres jüngeren Sohnes Maximilian und ertheilte Weisungen für ihn und seine Lehrer, die alle zu emsiger Thätigkeit mahnten und ebenso war sie um ihre Töchter und deren Ruf besorgt und deshalb unermüdlich in der Ertheilung der nöthigen Ermahnungen, auf dass Zucht und Anstand von ihnen nicht verletzt würden.

Der Einfluss, den die Erzherzogin auf ihren Gatten und ihre Kinder ausübte, war vor Allem ein religiöser. Obwohl Karl nicht in die Fusstapfen seines Bruders Maximilian II trat und die Protestanten keineswegs begünstigte, zeigte er ihnen gegenüber doch auch keine tiefe Feindseligkeit und war z. B. in den Heiratsverhandlungen mit Elisabeth erbötig, sich mit einem privaten Gottesdienst zu begnügen, wenn die öffentliche Ausübung desselben in England Aergerniss erregen sollte, ja er wollte sogar seine Gemahlin in den anglikanischen Gottesdienst begleiten, wenn solches gewünscht würde. Solche Nachgiebigkeit lag nicht im Charakter seiner Gattin, die sich im Hause ihres Vaters eine unwandelbare Anhänglichkeit an den

katholischen Glauben angeeignet hatte und die sich auch freute, dieselbe äusserlich kundzugeben. Wie schwärmte sie für den katholischen Gottesdienst und dessen Pracht, wie oft erbat sie sich von ihrem Vater oder Bruder Kunstwerke, die sie zur Ausschmückung ihrer Kapelle oder zur Ausstattung der Altäre bedurfte. Die Befriedigung dieser Wünsche erfüllte sie mit weit grösserem Behagen, als die Ankunft von kostbaren Kleiderstoffen und sonstigen Luxusgegenständen, die sie sich häufig von München kommen liess. In jeglicher Beziehung suchte sie demnach auf ihren Gatten einzuwirken, dass er sich dem drohenden Untergange der katholischen Kirche in Innerösterreich widersetze.

Schon vor seiner Heirat hatte der Erzherzog die Absicht gefasst, in Graz ein Collegium für die Jesuiten zu begründen; diese Absicht trat nun bald ins Leben und unter dem Schutze Maria's, die mit den Jesuiten schon von ihrer Heimat her befreundet war, entfalteten dieselben eine Wirksamkeit, deren rasch zunehmende Bedeutung den Lutheranern viel zu denken gab. Trotzdem sah sich Karl genöthigt, den stürmischen Forderungen des protestantischen Adels, der nicht bloss das freie Religionsbekenntniss, sondern auch freie Religionsübung verlangte, auf dem Landtage in Bruck an der Mur nachzugeben und das mündliche Versprechen zu ertheilen, dass er diese Freiheit nicht antasten werde. Unter dem Einflusse seiner Frau, die je länger je mehr Macht über ihn gewann, reute ihn später sein Versprechen und er suchte sich dessen zu entledigen, wozu er von seinem Schwager, dem Herzog Wilhelm V von Baiern, ununterbrochen aufgemuntert wurde. Der letztere entwickelte in seinen Briefen einen vollständigen Plan, wie der Erzherzog theils durch friedliche Massregeln, theils durch Zwang und Gewalt sein Versprechen zurücknehmen könnte, und gab zu diesem Ende den Rath, sich in Graz frühzeitig mit einer katholischen Garnison zu versehen, um allen Widerstand niederschlagen zu können. Karl kam diesen Rathschlägen zwar nicht vollständig nach, aber was er that, zeigte, dass er entschlossen war den Kampf aufzunehmen. So reformirte er seinen Hofstaat, in dem sich trotz Maria's Drängen noch immer viele Lutheraner befanden und erliess in seinen Städten

scharfe Verordnungen gegen das Lutherthum, indem er namentlich den Grazern den Besuch der benachbarten protestantischen Kirchen verbot. Allen diesen Massregeln setzte er dadurch die Krone auf, dass er der Thätigkeit der Jesuiten in Graz einen noch weitern Spielraum eröffnete und zu diesem Zwecke eine Universität daselbst begründete, die ihrer Verwaltung übergeben wurde. Mitten unter der Aufregung, die durch diesen und andere Schritte in Steiermark hervorgerufen wurde und die sich sogar zu offenem Widerstande steigerte, starb er im J. 1590.

Bei dem Tode des Erzherzogs Karl war sein ältester Sohn Ferdinand zwölf Jahre alt. Es versteht sich, dass seine Mutter auf seine Erziehung den meisten Einfluss übte und dieselbe in streng kirchlicher Weise leitete. Nachdem er seinen ersten Unterricht in Graz erhalten hatte, wurde er einige Monate vor dem Tode seines Vaters auf die Universität in Ingolstadt geschickt und traf dort mit seinem um sechs Jahre älteren Vetter, dem Herzog Maximilian von Baiern zusammen, der gleichfalls der Studien halber daselbst weilte. Fünf Jahre brachte er an dieser Bildungsstätte zu und benützte seine Zeit so emsig, dass er bei einer mit ihm angestellten Prüfung den Preis über seine Mitschüler davontrug. Ob die Prüfung mehr auf den Schein berechnet war als auf eine wirkliche Kundgebung der erlangten Kenntnisse, lässt sich natürlich nicht sicherstellen, jedenfalls zeigte die Vorliebe Ferdinands für Mathematik, die man in Ingolstadt an ihm rühmte, dass er wenigstens in dieser Richtung seinen Studien mit Ernst oblag. Die Jesuiten konnten aber auch von ihrem Zögling rühmen, dass er nichts von dem frommen Eifer eingebüsst habe, den er mitgebracht hatte; seine Bethätigung als Vorsänger beim Gottesdienst, seine Theilnahme bei Bittgängen als Kreuzträger, seine äussere Erscheinung im Büssergewande bei dem 40stündigen Gebet verfehlten nicht, Aufsehen zu erregen und zahlreiche Zuschauer herbeizulocken. Tausend Dukaten, die er während eines Faschings erhalten hatte, um damit einige Lustbarkeiten mitzumachen, verwendete er für den Bau eines neuen Altars und zeigte so, dass seine Fröm-

migkeit nicht bloss äusserlich sei, sondern dass er seinen Begierden die Zügel anzulegen wisse.

Obwohl Ferdinand seine Grossjährigkeit erst mit dem 18. Jahr erlangen sollte, übernahm er doch mit kaiserlicher Erlaubniss die Regierung bald nach seiner Rückkehr aus Ingolstadt, also mit noch nicht vollendetem 17. Jahre. Er trat die Regierung mit dem festen Vorsatze an, sie in streng katholischer Weise zu führen und trug damit der bis jetzt auf ihn geübten Einwirkung Rechnung. Tag für Tag war ja während seiner ganzen Studienzeit in ihm der Grundsatz befestigt worden, dass nur in dem treuen Ausharren bei der Kirche Heil zu finden sei. Sein gläubiges Gemüth saugte sich an diesen Lehren fest und wenn er eines Beispieles bedurfte, so hatte er ein solches an seinem Oheim, dem Herzog Wilhelm, der ihm vor seinem Abgang von Ingolstadt eine ernste Mahnung ertheilte, wie er bei dem Antritte seiner Regierung alles auf katholischem Fusse einrichten solle. Was konnte Ferdinand, auf den Eltern, Verwandte, Erzieher und Freunde in einer Richtung einwirkten, der nie den leisesten Verkehr mit Andersgläubigen unterhielt, und dessen passive Anlage ein selbständiges Urtheilen und Handeln keineswegs begünstigte, anderes thun, als den Entschluss fassen, sich in der Richtung zu bewegen, die ihm als die einzig heilbringende gewiesen worden war?

Wollte er diesem Vorsatze nachkommen, so stand ihm ein schwereres Stück Arbeit bevor, als ehedem seinem Vater; denn während er in Ingolstadt weilte, war trotz alles Eifers seiner Mutter und seines Vormundes der Protestantismus zu neuer Entfaltung gelangt. In Graz bekannten sich im J. 1596 nur noch drei Personen öffentlich zum Katholicismus und auch unter den Hofleuten hatte die lutherische Richtung wieder die Herrschaft gewonnen. Es war so weit gekommen, dass man in vielen Städten keine katholischen Räthe mehr duldete, dass man hie und da keinen Katholiken als Bürger aufnahm, ja dass der blosse Verkehr mit Katholiken in Verruf brachte. Da man am kaiserlichen Hofe die Gesinnung des Erzherzogs kannte und wusste, dass er die längere Dauer dieser Zustände nicht dulden werde, fürchtete man sich vor den Folgen seines ungezügelten Eifers und glaubte ihn deshalb

vor übereilten Schritten warnen zu müssen. Er verschob auch vorläufig die beabsichtigte Reform und beschloss, sich durch eine Wallfahrt auf sein Werk vorzubereiten. Zu diesem Zwecke unternahm er im J. 1598 eine Reise nach Italien, auf der er in Ferrara mit dem Papste Clemens VIII zusammentraf und von diesem in der zuvorkommendsten Weise behandelt wurde. Von da richtete er seine Schritte nach Loretto und hier legte er nach der Versicherung seines Beichtvaters Lamormain das Gelübde ab, dass er selbst mit Gefahr seines Lebens alle Sekten und Irrlehren aus den von ihm ererbten Ländern vertreiben wolle. Nachdem er auch in Rom und Florenz einen Besuch gemacht hatte, kehrte er nach Graz zurück.

Wenn man bedenkt, dass Ferdinand entschlossen war, Länder, die beinahe ganz protestantisch waren, wieder katholisch zu machen und dabei die Unzulänglichkeit der Zwangsmittel ins Auge fasst, die damals jeder Regierung zu Gebote standen, so weiss man nicht, worüber man mehr staunen soll, ob über seine Entschlossenheit oder über die Furchtsamkeit der von ihm bedrohten Stände, die sich selbst dann nicht zum Widerstande aufrafften, als der Kaiser den Böhmen den Majestätsbrief ertheilte und sein Bruder Mathias den Oesterreichern, Mährern und Ungarn ähnliche Concessionen gewähren musste. Nachdem Ferdinand die Prädikanten aus den Städten abgeschafft und alle Proteste, Bitten und Verwendungen des Adels unbeachtet gelassen hatte, duldete er später auch in der Laienwelt keinen Anhänger des lutherischen Bekenntnisses, so dass dasselbe im Laufe des folgenden Jahrzehendes stetig an Boden verlor und sich bloss auf den Adel beschränkte.

Dass Ferdinand in seinen Bemühungen von den Jesuiten und von den Bischöfen von Lavant und Seckau auf das eifrigste gefördert wurde und dass ihm seine Mutter mit Rathschlägen, Mahnungen und Warnungen zur Seite stand und sich über die sichtlich hervortretenden Erfolge freute, ist selbstverständlich. Als sie im Winter 1598—9 mit ihrer Tochter, der 14jährigen Margarethe, nach Spanien reiste, um der Vermählung der letzteren mit Philipp III von Spanien beizuwohnen, schrieb sie Woche für Woche an ihren Sohn und munterte ihn in jedem Briefe auf, auf dem betretenen Wege auszuharren, entschlossene

Männer mit der Durchführung seiner Befehle zu beauftragen und jede Massregel mit seinem Beichtvater zu berathen. Den Beichtvater sollte er überhaupt von allen Vorkommnissen verständigen, ihm jegliche Mittheilung machen, wie sie nur dem bewährtesten Diener und Rathgeber und dem theuersten Freunde anvertraut werden kann. Sie bedachte nicht, dass sie damit die Selbständigkeit ihres Sohnes untergrub und ihn der Belehrung, die das Leben und der Verkehr mit andern unterrichteten Personen bietet, unzugänglich machte. Ihrer eigenen Einsicht und Thatkraft hat dieser einseitige Verkehr nicht geschadet: sie blieb bis zu ihrem Ableben die entschlossene, kluge und umsichtige Frau, die sie stets gewesen und die im äussersten Falle das Netz beschränkter Rathschläge durchgerissen hätte. Deshalb fürchtete sie nichts für ihren Sohn und begrüsste dessen steten Verkehr mit dem Beichtvater als eine Garantie für das treue Ausharren bei der Kirche und für das entschlossene Vorgehen gegen die Ketzer. Bei ihrem im J. 1608 erfolgten Tode konnte diese von ihrem Sohne mit unendlicher Hochachtung verehrte Frau überzeugt sein, dass derselbe in dem begonnenen Werke nicht innehalten werde. Sein Name war jetzt in Europa allgemein bekannt, von den Katholiken bewundert, von den Protestanten gehasst. Man glaubte auf katholischer Seite in ihm einen Mann von hervorragender Thatkraft gefunden zu haben, dem man mit Beruhigung die Leitung der Geschäfte in die Hand legen könne; Philipp III von Spanien wurde hauptsächlich durch das Vertrauen in Ferdinands Kraft und Entschlossenheit zu den grossen Opfern veranlasst, mit denen er seine Sache später stützte.

Wir begreifen, dass ferner Stehende über Ferdinands Thatkraft in so günstiger Weise urtheilten, wenn sie die Resultate seiner Thätigkeit betrachteten, wir begreifen auch, dass diese Meinung zur Zeit des böhmischen Aufstandes vorhielt und man von ihm allein und nicht von Mathias und Khlesl die Beendigung der unglückseligen Wirren erwartete, da er nie zu furchtsamen Verhandlungen die Hand geboten hatte, sondern trotz der ungünstigsten Lage ein Vertrauen zur Schau trug, das auf seine Umgebung imponirend einwirken musste. Wenn man aber nicht bloss sein Auftreten als Regent

von Innerösterreich, sondern auch das als Kaiser einer genauen Prüfung unterzieht, wenn man auf Grund verlässlicher Berichte seiner vertrauten Anhänger und Bewunderer seine Thätigkeit im Einzelnen, seine Zeiteintheilung, sein Auftreten gegen seine Umgebung, die Ordnung oder Unordnung in seiner Verwaltung, in seinem Finanz- und Kriegswesen eingehend untersucht, dann gewinnt man die Ueberzeugung, dass die grossen Erfolge, die er während seiner Regierung erlangte und die man auf Rechnung seiner Thatkraft setzen möchte, nur als das Resultat der Erbärmlichkeit seiner anfänglichen Gegner, der allseitigen Hilfe seiner auswärtigen Freunde, vor Allem aber seines Vertrauens auf die göttliche Vorsehung, das ihn in den furchtbarsten Gefahren nicht schwanken liess, anzusehen sind. Vielleicht wird die nachfolgende Schilderung diese Anschauung verdeutlichen.

II

Um zu zeigen, wie wenig Zeit Ferdinand jener Arbeit zuwandte, die ihm als Herrscher oblag, wollen wir etwas näher die Art und Weise beschreiben, wie er seinen religiösen Pflichten nachkam, als er den Kaiserthron bestieg. Die Quellen für unsere Angaben sind zahlreich und verlässlich; wir schöpfen theils aus den Gesandtschaftsberichten, theils aus mancherlei gleichzeitigen, durch den Druck veröffentlichten Schriften, unter denen die des kaiserlichen Beichtvaters Lamormain, der über die Lebensweise seines erlauchten Beichtkindes eine Art biographischen Abrisses verfasst hat, den hervorragendsten Platz einnimmt. Wenn es irgend einen verlässlichen Berichterstatter gab, so war dies Lamormain, der durch 38 Jahre ein intimer Zeuge von Ferdinands Lebensweise war und ihm 15 Jahre lang als Gewissensrath zur Seite stand. Das Innere Ferdinands lag so offen vor ihm, wie ein aufgeschlagenes Buch und wenn er auch in panegyrischer Weise über ihn berichtet, so unterliegen die Thatsachen, die er erzählt um so weniger einem Zweifel, da sie auch von anderer Seite bestätigt werden.

Nach diesen allseitig erhärteten Nachrichten widmete Fer-

dinand einen grossen Theil des Tages dem Gebete und dem Kirchenbesuch. Wenn er des Morgens aufgestanden war, nahm seine Andacht eine Stunde in Anspruch, im Laufe des Vormittags wohnte er zwei Messen bei, versäumte auch nie den Nachmittagsgottesdienst und widmete während des Tages eine halbe Stunde der Gewissenserforschung und brachte dann vor dem Schlafengehen noch eine halbe Stunde im Gebete zu. An Sonn- und Feiertagen versäumte er nie, zwei Predigten anzuhören, eine italienische und eine deutsche, und auch an Wochentagen besuchte er häufig zu demselben Zwecke die Kirche. Dass er jede Woche einmal das h. Abendmal zu sich nahm, ist beinahe selbstverständlich und ebenso begreiflich ist es, dass sich seine Andacht an diesem Tage in noch auffälligerer Weise bethätigte. Die gebotenen Fasten hielt er streng und pünktlich ein und that noch ein Uebriges aus freiem Willen dazu. Wo es die Erfüllung einer religiösen Pflicht galt, scheute er keine Unbequemlichkeit, weder Hitze noch Kälte, weder Wind noch Wetter. Wenn er ausfuhr und einem Priester begegnete, der das allerheiligste Sakrament zu einem Kranken trug, stieg er stets aus dem Wagen, beugte sein Knie auf der kothigen oder staubigen Strasse, begleitete dann den Priester zum Kranken und von diesem in die Kirche zurück. Er machte auch alle Processionen und Bittgänge persönlich mit, trotzdem es deren in jener Zeit übermässig viele gab; so dauerte z. B. die Fronleichnamsprocession acht Tage und jedesmal konnte man ihn entblössten Hauptes mit einem Windlicht in der Hand sich daran betheiligen sehen. Während einer von Urban VIII augeordneten Jubiläumsprocession regnete es so heftig, dass die Umgebung des Kaisers ihn beschwor, zu Hause zu bleiben; er liess sich jedoch nicht zurückhalten und betheiligte sich am Rundgange unter strömendem Regen, so dass sein durchweichter Hut ihm ins Angesicht herunterfiel und das Wasser ihm in den Nacken floss. Alles dies beachtete er nicht und barg nur seine Hände unter dem nassen Mantel. Sein Beichtvater Lamormain versäumte nicht, den Tod des Schwedenkönigs in der Schlacht bei Lützen als den Lohn Gottes für so viel Frömmigkeit zu erklären.

Seine Mussestunden widmete Ferdinand mit Vorliebe der

geistlichen Lektüre; so las er, ehe er die Kaiserwürde erlangte, sechsmal das Leben der Heiligen von Surius durch und auch später blieb er sich in seiner Vorliebe für dieses Werk treu. Dazu las er die Geschichte der Ordensstifter, der Christenbekehrungen und Christenverfolgungen in Indien, Japan und China und bestürmte seinen Beichtvater stets um die Mittheilung ähnlicher Schriften. Als dieser im Laufe der Jahre mit nichts Neuem mehr aufwarten konnte, pflegte der Kaiser zu einigen liebgewordenen Schriftstellern zu greifen, obgleich er deren Betrachtungen durch häufiges Lesen auswendig erlernt hatte. Dass Thomas von Kempis und auch die Bibel, namentlich die Psalmen unter den vom Kaiser besonders eifrig gelesenen Büchern nicht fehlten, bedarf wohl nicht erst der Bemerkung.

Nicht zufrieden mit allen diesen frommen Uebungen widmete Ferdinand einen Theil seiner Zeit der Verehrung der Heiligen. Täglich betete er die Litanei zu ihren Ehren, empfahl sich ihrem Schutze und trug zu diesem Zwecke ein Reliquienkästchen am Halse mit sich herum. Die höchste Verehrung zollte er aber der allerheiligsten Jungfrau, indem er ihre Festtage mit besonderem Eifer feierte, ihrer stündlich im Gebete gedachte, sie als die Generalissima seines Heeres angesehen wissen wollte und streng auf die Bestrafung jener drang, die sich eines Raubes an einer Marienkirche schuldig gemacht hatten.

So wie Ferdinand sich im Gebete und in der frommen Betrachtung von keinem Mönche überbieten liess, so wollte er ihnen auch nicht in der Abtödtung seines Fleisches nachstehen. Vor seiner ersten Heirat und im Wittwerstande trug er häufig ein härenes Busskleid, um sich gegen fleischliche Anfechtungen zu sichern und in der That steht sein Ruf in dieser Beziehung makellos da, denn keiner der zahlreichen in Wien beglaubigten Gesandten konnte an seinen, nach derartigen Nachrichten lüsternen Hof etwas berichten, was Ferdinands Ruf geschädigt hätte. Lamormain rühmte sogar von Ferdinand, dass er nie ein Mädchen angelegentlich betrachtet und nie eine Frau allein in Audienz empfangen habe. In der Fastenzeit überbot er noch die gewönhliche Strenge gegen sich selbst,

dem er sich geisselte; gewiss ist es, dass nach seinem Tode
urch längere Zeit eine Geissel aufgehoben wurde, die mit
inem Blute gefärbt war. Wohlgerüche, die man in jener
eit leidenschaftlich liebte, so dass man die Zimmer mit köst-
chem Räucherwerk anfüllte, waren aus seiner Nähe verbannt.
ei diesem durch und durch in religiöser Weise geregelten
eben und bei der damit verbundenen Gläubigkeit Ferdinands
ird man es begreiflich finden, dass er sich in Bezug auf ir-
sche Grösse, so sehr er sie auch lieben mochte, ascetischen
nschauungen hingab. So versicherte er seinen Beichtvater,
ass er bei feierlichen Belehnungen oder bei Gelegenheiten,
o die Menge bewundernd auf seine Majestät blicke, stets die
Vorte im Munde führe: „Herr, mein Herz hat sich nicht er-
öht, ich bin ein Wurm und kein Mensch, ein Abscheu der
lenschen und ein Auswurf des Pöbels." Man wird es nach
lem dem auch begreiflich finden, dass er von seiner eigenen
aiserlichen Würde mitunter in verächtlicher Weise sprach,
ie er denn einmal behauptete, er finde zwischen einem Ko-
ödianten und einem Kaiser nur den Unterschied, dass ersterer
urch einige Stunden auf der Schaubühne einen Monarchen
piele, der Kaiser aber sein Leben lang, der Unterschied liege
icht in der Sache, sondern nur in der Zeitdauer.

Seiner Gläubigkeit gab Ferdinand auch dadurch Aus-
ruck, dass er in allen Angelegenheiten, die eine kirchliche
eziehung hatten, den Rath seines Beichtvaters einholte. War
er Gegenstand besonders wichtig, so beriet er sich mit einem
heologischen Collegium, das, so viel uns bekannt ist, stets
em Jesuitenorden angehörte. Er wollte auf diese Weise seine
egierung streng nach kirchlichen Principien regeln, doch ging
s dabei nicht ohne einige Selbsttäuschungen ab. Die Jesuiten
nd nach ihnen der Kaiser waren davon überzeugt, dass man
ie Protestanten unter keinen Umständen dulden dürfe, ihre
Ueberzeugung hätte ihnen also jede Transaction verbieten
üssen; dennoch trugen sie den Verhältnissen Rechnung, wenn
abei ein nicht gut zu machender Nachtheil drohte. Als z. B.
on Ferdinand vor seiner Krönung zum König von Böhmen
ie Bestätigung des Majestätsbriefes verlangt wurde, gaben die
esuiten in Prag ihr Gutachten dahin ab, dass er zwar den

Majestätsbrief nicht hätte ertheilen dürfen, aber den ertheilten bestätigen könne. Die Krone von Böhmen, die auf dem Spiele stand, liess sie diesen Ausweg finden und Ferdinand liess sich ihn gefallen. Ebenso lautete das Gutachten der wiener Jesuitentheologen im J. 1620 dahin, dass Ferdinand den niederösterreichischen Ständen ihre religiösen Freiheiten bestätigen könne, und wohl dürften dieselben Gründe zu dieser Entscheidung geführt haben, die für die prager Theologen massgebend waren. Nach den Versicherungen seines Beichtvaters Lamormain hatte Ferdinand öfters schriftlich und mündlich die Erklärung abgegeben, dass er „lieber Wasser und Brod essen, lieber mit Weib und Kind zum Bettelstab greifen, lieber sich in Stücke zerreissen lassen wollte,“ als ein Unrecht gegen seine Kirche dulden, ja dass er augenblicklich vom Thron herabsteigen würde, wenn dies die Ehre Gottes erfordern würde. Die in so allgemeiner und unbedingter Weise ausgesprochene Opferwilligkeit Ferdinands in allen Lagen, wo dies die Ehre Gottes oder sein Gewissen fordern würde, bestand in diesen zwei bestimmten Fällen die Probe nicht, und ebenso wenig bewährte sie sich in einem dritten Falle, wo sogar sein Beichtvater ihm das Opfer mit allem Eifer und aller Strenge zumuthete. Es geschah dies im J. 1635, als man von Wien aus Unterhandlungen mit Kursachsen einleitete, die bekanntlich zum prager Frieden führten. Man weiss bis jetzt noch nichts davon, dass damals eine Möglichkeit für den Kaiser vorhanden war, Frankreich von der weitern Theilnahme an den deutschen Händeln abwendig zu machen, wenn er diesen Dienst mit der Abtretung des Elsasses erkaufen wollte. Im Falle er sich zu diesem Opfer entschloss, brauchte er mit Sachsen nicht zu verhandeln und die Lausitz nicht an dasselbe abzutreten. In Rom wünschte man, dass der Kaiser die französischen Forderungen befriedige; Papst Urban VIII wollte auf diese Weise Frankreich mächtiger machen und die Lausitz den protestantischen Händen entreissen. Damals bekam Lamormain von Rom eine Instruction, in diesem Sinne auf den Kaiser einzuwirken und ihm die Wiedererwerbung und Rekatholisirung der Lausitz als ein Gott wohlgefälliges Werk hinzustllen, um dessentwillen der Elsass geopfert werden könne. Aber wie

sehr sich auch Lamormain bemühen mochte, diesmal nützten ihm alle seine Mahnungen nichts. Der Kaiser fühlte sich als Habsburger und als deutscher Fürst, der in den Bourbonen seinen Erbfeind sah, dem er keinen Zoll breit Bodens gönnen dürfe. F nilientraditionen und nationaler Widerwille übten über Ferdinand ihre Herrschaft aus und er brachte sonach nicht das Opfer, von dessen Gottgefälligkeit er theoretisch überzeugt war.

Auch darin bethätigte Ferdinand seine Gläubigkeit und zwar mit mehr Consequenz, als wir eben gefunden haben, dass er stets ein offenes Herz für die Bitten der Armen hatte, allerdings nur jener, mit denen er in persönliche Beziehungen trat. Wenn er Jemanden auf der Strasse erblickte, dessen Bittgesuch er eben erledigt hatte, ging er auf ihn zu, theilte ihm dies mit und wies ihn an diesen oder jenen Herrn, der die Expedition zu besorgen habe. Er duldete es nicht, dass seine Hofleute den Bettlern den Zugang zu den Quartieren wehrten, die er auf seinen oft wiederholten Jagden aufsuchte, und da seine Freigebigkeit allgemein bekannt war, fanden sich an allen Orten, wo er sein Nachtlager aufschlug, ganze Schaaren von Bettlern ein. Nicht bloss einmal im Jahre, wie dies noch heute an katholischen Höfen üblich ist, bewirthete er selbst die Armen; in Graz pflegte er die Armenhäuser mehrmals im Jahre zu besuchen, den Bewohnern derselben persönlich die Speisen vorzusetzen und sich mit den einzelnen zu besprechen, indem er sich nach ihrer Heimat oder Krankheit erkundigte und sie durch einige wohl angebrachte Worte zu trösten suchte; oder er lud arme Bürger in sein Schloss ein und leistete ihnen da mit seiner Frau und seinen Kindern die nöthigen Dienste. Er begründete zahlreiche Armenhospitäler und beschäftigte sich mit dem Gedanken, Advokaten anzustellen, welche die Armen in ihren Rechtsstreitigkeiten vertreten sollten. Bei seinen Jagden war er darauf bedacht, den Bauern den Schaden zu ersetzen, den der grosse Wildstand ihnen verursachte; er sorgte persönlich dafür, dass ärztliche Hilfe und Verpflegung denjenigen zu Theil werde, die bei einer Jagd verwundet wurden. Ueberhaupt dehnte sich seine Sorgfalt und Güte auf alle Personen aus, mit denen er in persönliche

Beziehungen trat, vor allen natürlich auf seine Minister und Höflinge. Alle seine Hofleute von oberst bis zu unterst baten ihn, Pathenstelle bei ihren Kindern zu übernehmen; regelmässig gab Ferdinand dieser Bitte nach und hielt die Kinder entweder über dem Taufbecken oder band ihnen bei der Firmung die Firmbänder um und führte sie dem Bischofe zu.

Dass sich bei dieser religiösen Richtung des Kaisers der geistliche Stand bei ihm nicht nur des grössten Ansehens, sondern auch einer liebevollen Freundschaft erfreute, ist selbstverständlich. Vor jedem Geistlichen zog er den Hut ab und reichte ihm die Hand, erlaubte aber nie, dass sie ihm geküsst werde. Seinem Beichtvater Lamormain erklärte er häufig, wenn er gleichzeitig einem Priester und einem Engel begegnen würde, so würde sein erster Gruss dem Priester gelten. Für Lamormain hegte er überhaupt die grösste Hochachtung; so oft derselbe kam, um ihm die Beichte abzunehmen, erwartete er ihn am Eingange des Zimmers mit entblösstem Haupte und trug selbst den Stuhl herbei, auf dem jener sich niederlassen sollte. Geistliche Gesellschaft suchte Ferdinand ebenso gern wie häufig auf; es war etwas gewöhnliches, dass er die Morgen- oder Abendandacht in einem der wiener Klöster verrichtete, und dann als Gast bei der Klostertafel zum Frühstück oder zum Abendessen blieb und eine und die andere Stunde mit den einfachen Ordensmitgliedern verplauderte. Man begreift, wie manchem von ihnen der Kamm schwoll, wenn er den Kaiser als seinen Hausfreund und sich selbst als seinen Vertrauten ansehen durfte. Die häufigsten Besuche Ferdinands galten den Jesuiten und Kapuzinern, und wir glauben gern, dass es ihm am wohlsten in dieser Gesellschaft war, weil er fühlte, wie sich ihm die einzelnen mit dankbarer Bewunderung nahten, ein Genuss, den er sich nicht versagen zu müssen glaubte.

Bei der grossen Gewissenhaftigkeit, mit der Ferdinand dem Gebete oblag, sollte man meinen, dass keinerlei leidenschaftliche Vergnügungssucht in seiner Seele Platz greifen konnte. Rauschenden Ergötzlichkeiten blieb er allerdings sein ganzes Leben über abhold, aber dem Vergnügen, das die Musik und die Jagd ihm bieten konnten, gab er sich mit rücksichtsloser Lust

hin. Die Vorliebe für Musik erbte sich unter den Habsburgern seit Ferdinand I fort; alle Fürsten dieses Hauses bis auf Karl VI brachten dieser Neigung grosse Opfer und vielleicht die grössten Ferdinand II selbst, der aus Nah und Fern hervorragende Musiker an seinen Hof zog, sie in kaiserlicher Weise beschenkte und sich dafür täglich in der Kirche und in der Burg durch ihr ausgezeichnetes Spiel zur Andacht stimmen oder erheitern liess. Mit noch mehr Leidenschaft gab er sich aber der Jagd hin; auch diese Neigung theilte er mit seinen Eltern, namentlich mit seiner Mutter. Nach den Versicherungen Lamormains verbrachte er jede Woche zwei Tage auf der Jagd, nach den Berichten ausländischer Gesandten aber vier Tage. Ob nun die eine oder die andere Angabe richtig ist oder ob die Wahrheit in der Mitte liegt, jedenfalls war Ferdinand ein Jäger von seltener Ausdauer, den selbst die dringendsten Geschäfte nicht abhalten konnten, sich an der Hirschjagd oder Wildschweinhetze zu vergnügen. Seine Briefe, die er mit seinem ehemaligen Studiengenossen, Maximilian von Baiern, wechselte, sind stets trocken gehalten und berühren nur die politischen Angelegenheiten des Augenblicks. Wenn Ferdinand aber in denselben einmal die Gefühlsseite anschlägt und seinem Vetter, Schwager und späterem Schwiegersohne Kunde von seinen persönlichen Erlebnissen giebt, dann ist es allemal eine Jagdgeschichte, irgend ein Hirsch, der vier Zentner und darüber gewogen und den er eigenhändig erlegt habe, worüber natürlich Maximilian seine Verwunderung auszudrücken nicht unterlässt. Über das von Ferdinand erlegte Wild wurde ein sorgfältiger Katalog geführt und eine Abschrift hievon Jahr aus Jahr ein dem Kurfürsten von Sachsen zugeschickt, der für diese Aufmerksamkeit bei seiner eigenen Jagdlust das rechte Verständniss hatte.

Nach diesen Mittheilungen könnte allerdings der Verdacht auftauchen, dass Ferdinand seine Zeit nur dem Gebet und der Jagd gewidmet habe; derselbe wäre jedoch nicht ganz begründet. Die Zeit, die er in Wien zubrachte, theilte er streng zwischen Gebet und Arbeit und da er täglich um die fünfte Morgenstunde aufstand, verfügte er zu letzterem Zwecke über eine ziemliche Anzahl von Stunden. Die Art und Weise, wie

er die Regierung führte, zeigt jedoch, dass er zum Gehorchen und nicht zum Befehlen erzogen, oder anders gesagt, zum Mönch und nicht zum Kaiser herangebildet worden war. Man hatte ihn in Ingolstadt zu sehr am Gängelbande geführt, zu sehr an die Übung seiner religiösen Pflichten gewöhnt und nicht zur Arbeit angehalten, und so fehlte ihm für letztere zwar nicht die Lust, aber das Verständniss. Misstrauen in die eigene Kraft und Einsicht war die Veranlassung, dass er nie und nirgends selbständig in die Regierung eingriff und dem Herrn von Eggenberg einen Einfluss gönnte, der diesen nach den Versicherungen der auswärtigen Gesandten zum absoluten Herrn über den Kaiser machte; jedenfalls hat Ludwig XIII dem Kardinal Richelieu gegenüber mehr Selbständigkeit bewahrt, als Ferdinand in seinem Verhältniss zu Eggenberg.

Die eigentliche Theilnahme Ferdinands an der Regierung beschränkte sich hauptsächlich darauf, dass er stets allen Sitzungen des Geheimrathes beiwohnte und hier im Verein mit den bedeutendsten Würdenträgern über die wichtigsten Angelegenheiten entschied. Nie traf er aber eine selbständige Entscheidung, indem er sich entweder gegen seine Räthe gestellt oder auch nur der Minorität angeschlossen hätte: stets schloss er sich der Majorität an. Seinem Beichtvater gegenüber entschuldigte er sein mangelhaftes Selbstvertrauen mit den Worten: es sei besser, den Räthen als dem eigenen Kopfe zu folgen, wenn auch der Erfolg manchmal ungünstig sei. Dieselbe Unselbständigkeit zeigte Ferdinand auch im Verkehre mit den protestantischen Parteihäuptern Oesterreichs oder mit den fremden Gesandten, die mit ihm im J. 1620 vor der Schlacht am weissen Berge verkehrten: nie gab er ihnen eine eingehende Antwort, stets verschob er dieselbe auf weitere Berathungen oder wies die Fragenden an seine Minister, und dass er nach dem J. 1620 an Selbständigkeit nicht gewann, bedarf wohl keiner Erwähnung. Den Aeusserlichkeiten der Regierung ging er aber nicht aus dem Wege; nie wich er dem Verkehre mit fremden Gesandten oder mit seinen Unterthanen aus, er war zu allen Tageszeiten, des Morgens, Mittags und Abends bereit, Audienzen zu ertheilen, er unterhielt sich dann auch gern mit den Personen, die sich bei ihm eingefunden hatten, und zwar ohne Unterschied des

inges, ja er zeigte eine Vorliebe für den Verkehr mit niedrig stellten Personen, wie er z. B., wenn er in einer Stadt inen Einzug hielt und dabei ein Baldachin über ihm getragen urde, fröhlich und wohlgemuth mit den Trägern ein Gespräch iknüpfte und so die freundliche Seite seines Wesens unverillt hervortreten liess. Mit der Theilnahme an den Sitzungen s Geheimrathes, mit der Ertheilung von Audienzen und mit em freundlichen Verkehr mit seinen Unterthanen war aber erdinands Antheil an der Regierung erschöpft; denn dass er eissig die zahlreichen an ihn eingelaufenen Bittschriften las nd sogar dabei seinen Schlaf abkürzte, das kann man ohl in die Reihe seiner frommen Handlungen, aber nicht i die seiner erspriesslichen Regierungsmassregeln setzen.

Obwohl diese Lässigkeit und Unselbständigkeit des Kaisers iit der Zeit zunahm, so trat sie doch schon in den J. 619 und 1620 grell hervor und veranlasste damals einen der rüder des Kaisers, den Erzherzog Karl, zu heftigen Vorwürfen, enn dieser glaubte nur die Nachlässigkeit Ferdinands für as ununterbrochene Steigen der Gefahr und für den Mangel n Mitteln zur Abwehr derselben verantwortlich machen zu iüssen. Jedenfalls war sie Schuld daran, dass die hohen und iedrigen Beamten sich nur wenig um ihre Pflichten kümmern. Die bequeme Art, mit der man in Wien die Geschäfte rledigte, weil das Auge des Herrn nicht streng über der ünktlichen Pflichterfüllung wachte, forderte den Spott der emden Gesandten heraus. So erzählt der bairische Gesandte euker, der in Wien fast täglich mit den einzelnen Geheimithen verhandeln musste, dass er nie einen derselben in einem mtslokale getroffen habe, sondern dass er sich, wenn er mit nen sprechen wollte, am Vormittag in der kaiserlichen Antimera einfinden musste. Hier ergingen sich die hohen Herren, hwatzten mit diesem über ein Geschäft, mit jenem über die eignisse des Tages und das alles so laut und unbefangen, dass uker häufig um die Ertheilung einer Audienz im Palast des treffenden Herrn ersuchen musste, um das Geheimniss der rhandlung zu wahren. Sobald das Mittagmahl, das nach maliger Sitte früh gehalten wurde, vorbei war, hatte alle

Arbeit ein Ende und die Zeit wurde fortan nur dem Vergnügen, dem Trunk und dem Spiel gewidmet.

Vielleicht hätte die unzureichende Theilnahme Ferdinands an der Regierung und die Faulheit oder Vergnügungssucht seiner hervorragenden Rathgeber dem österreichischen Staatswesen noch keine unheilbaren Wunden geschlagen, wenn er mit den Staatseinkünften in haushälterischer Weise umgegangen wäre. Aber hier kommen wir auf den schwersten Fehler zu sprechen, den sich Ferdinand während seiner Regierung zu Schulden kommen liess. Es scheint nicht, als ob man ihn in Ingolstadt gelehrt hätte, dass ein Fürst in seinen Ausgaben seine Einkünfte nicht überschreiten dürfe, denn schon als er die Regierung von Steiermark antrat, kamen bei ihm Neigungen zu Tage, die mit seinen Einkünften nicht im Einklange standen. Der venetianische Gesandte Soranzo, dessen Bericht dem J. 1614 angehört, beschuldigt ihn geradezu einer verschwenderischen Lebensweise, und in der That gab er mit seiner zahlreichen Dienerschaft und seinem glänzenden Marstall, mit seiner Vorliebe für die um theures Geld angeworbenen Musiker und mit seiner in prachtvoller und kostspieliger Weise befriedigten Jagdlust schon bei Lebzeiten des Kaisers Mathias zu diesen Vorwürfen gegründete Veranlassung. Zu welchen furchtbaren Auslagen ihn namentlich die Jagdlust verleitete, ergibt sich aus den Nachrichten über das zu diesem Zwecke unterhaltene Personale. Neben den zahlreichen in den einzelnen Provinzen und auf den einzelnen Gütern angestellten Jägern und Jagdgehilfen unterhielt er später in Wien 150 kunstfertige Jäger und Falkner nebst einer zahllosen Hundemeute.

Allein selbst die Auslagen für die Hofhaltung würden vielleicht zu ertragen gewesen sein, wenn sich zu diesen nicht eine unberechnete und verderbliche Freigebigkeit gesellt hätte: schon im J. 1619 liess er den Aebten der reichdotirten niederösterreichischen Klöster die Zahlung von 40.000 Gulden nach, zu der sie bis dahin verpflichtet waren, obwohl er sich damals in äusserster Geldnoth befand und doch in erster Linie verpflichtet war, seine Einkünfte festzuhalten und zur Abwehr der ihn bedrohenden Gefahren zu verwenden. Allein für die

sstattung von Kirchen und Klöstern und für die Belohnung
ner Günstlinge und Anhänger kannte seine Freigebigkeit
der Mass noch Gränze. Jede grössere Geldsumme, die in
nen Besitz geriet, war schon nach 24 Stunden unter seine
nstlinge vertheilt. Selbstverständlich konnte er dieser Lei-
schaft als Beherrscher von Steiermark oder in der Zeit vor
Schlacht auf dem weissen Berge nur in beschränktem
sse fröhnen, aber nachher ging es um so schlimmer zu.
nn es uns gestattet sein sollte, der Erzählung vorzugreifen
l einige der späteren Zeit angehörigen Beispiele hier anzu-
ren, um die angeborene Gutmüthigkeit Ferdinands schon
zt klar vor Augen zu stellen, so möchten wir darauf hin-
isen, wie er nach dem J. 1620 binnen vier Jahren einen
ssen Theil der konfiszirten Güter unter seine Günstlinge
l Diener verschleuderte oder an die Kirche verschenkte, so
s er im J. 1625 ärmer war als je vordem. Das Einkom-
n des Fürsten von Eggenberg, das ursprünglich kaum nen-
nswerth war, steigerte er durch fortgesetzte Schenkungen
f jährlich 600.000 Thaler und in ähnlicher Weise häufte er
f die Kirche Reichthümer, die an die Tage des frühen Mit-
alters mahnten. Es war ihm nicht genügend, wenn er
ne Unterthanen für die katholische Kirche gewann, er wollte
selbe auch mächtig und glänzend wissen, um so, wie er
ıfig erklärte, das hundertjährige Unrecht, das die Prote-
nten an dem geistlichen Gut in Oesterreich begangen hätten,
eder gut zu machen. Zu diesem Ende erhöhte er die Ein-
nfte der verschiedenen Kapitel und Klöster und vervier-
hte die Dotation des prager Erzbisthums, indem er sie auf
.000 Gulden erhob und diese Einkünfte in konfiszirten
tern anwies. Aber nicht bloss die alten Stiftungen brachte
durch seine Freigebigkeit zu neuem Glanze, er übertraf
ch alle seine Vorgänger durch neue Stiftungen. So führte
in Oesterreich, Steiermark und Böhmen den Barnabiten-,
maldulenser-, Paulaner- und Carmeliterorden ein und be-
ndete auch für die reformirten Augustinermönche, für die
nediktiner von Monserato in Spanien, für die Serviten und
anziskaner der irischen Ordensprovinz neue, mehr oder
niger zahlreiche Klöster. Am glänzendsten sorgte er jedoch

für die Jesuiten, deren Dotationen er da, wo sie bereits bestanden, bedeutend erhöhte und für die er noch zehn neue Niederlassungen theils in den böhmischen, theils in den deutschen Ländern begründete. Als der Jesuitenorden im J. 1773 aufgehoben wurde, besass er in Böhmen einen riesigen Grundbesitz, von dem es nachweisbar ist, dass ihm die grössere Hälfte von Ferdinand II geschenkt worden war. Man begreift, wie diese verschwenderische Freigebigkeit zuletzt den Unwillen seines Sohnes hervorrufen musste, obwohl derselbe von den Jesuiten in grenzenloser Verehrung für den Vater erzogen worden war. Als der Kaiser ihn einmal frug, mit welchem Gegenstande er sich gerade beschäftige, soll derselbe geantwortet haben, dass er darüber nachdenke, ob der Sohn die von seinem Vater verschleuderten Güter wieder zurückverlangen könne, eine Antwort, die auf Ferdinand II zwar im Augenblicke einen tiefen Eindruck machte, aber eine Aenderung in seinem Gebahren nicht hervorbrachte. Unbedachte Freigebigkeit war einmal der Grundzug seines Wesens. Unter seinen Anhängern wurde er deshalb nicht wenig gerühmt und man sprach nur von der „angebornen Gutmüthigkeit“ des Kaisers; man kann in der That diese Eigenschaft an ihm rühmen, ohne deshalb bezweifeln zu dürfen, dass sie tausendmal schlimmere Folgen nach sich zog, als der ärgste Geiz.

Diese Folgen zeigten sich schon im J. 1620, als Ferdinand trotz der grossen Hilfe, die ihm Spanien, der Papst und die deutsche Liga angedeihen liessen, zu Zwangsanlehen greifen musste, um seinen Bedürfnissen zu genügen; und nach dem J. 1620 zeigten sie sich darin, dass von der Bezahlung der Gläubiger, denen man zwangsweise das Geld abgepresst oder die man unter allerlei Vorwänden zu freiwilligen Anlehen vermocht hatte, keine Rede war. Man hatte in Wien kein Gefühl für das schwere Unrecht, das man beging, als man sich im J. 1620 der dortigen Waisengelder bemächtigte und später ihre Rückzahlung immer weiter hinausschob und die vorhandenen Mittel zu Geschenken verschleuderte. Als Gnade mussten es einzelne Gläubiger ansehen, wenn sie durch die Mithilfe eines Protektors zu einer Abschlagszahlung kamen. Lamormain meinte zwar, es hätte dem Kaiser ebenso geziemt, Schenkungen zu machen, wie

hulden zu bezahlen, und das erstere sei sogar in der Lage, der der Kaiser war, vorzuziehen; indessen wurde diese einung nur von denjenigen getheilt, die ihre Hand im kaiserhen Säckel hatten, andere Personen, wie z. B. der venetiasche Botschafter Venier, fanden es dagegen scandalös, dass n Herrscher, der auf Heiligkeit Anspruch mache, seine Gläuger so behandeln könne.

Die andere trübe Folge der verschwenderischen Gebahng mit den Einkünften zeigte sich in dem österreichischen eerwesen. Schon der Umstand, dass der Kaiser nie energisch das Armeecommando eingriff, zog die übelsten Folgen ch sich, da die Obersten und Generale sich wie unabhänge Fürsten geberdeten und tausendfache Verstösse gegen die isciplin geübt wurden. Unberechenbare Nachtheile standen loch mit dem Mangel einer pünktlichen Soldzahlung in Verndung. Das kaiserliche Heer in den J. 1619 und 1620 war s zwei Theilen zusammengesetzt: für den einen Theil zahlte anien den Sold, für die Besoldung des anderen Theiles, der uptsächlich aus polnischen und ungarischen Reitern bestand, llte Ferdinand aufkommen. Da er dies aber nicht that, rden die Reiter für ihren Unterhalt hauptsächlich auf die ünderung des Gegners angewiesen, was unendliches Weh r Freund und Feind zur Folge hatte. Die Unordnung kaiserlichen Heerwesen war der Grund, weshalb der hmische Aufstand erst mit Hilfe der Liga niedergeworfen erden konnte. Welche schweren Nachtheile der Mangel einer dentlichen Vorsorge für die Heeresbedürfnisse später im Gelge hatte, wird fast auf jeder Seite der weiteren Geschichtszählung zu Tage treten.

Wenn wir also in wenigen Worten die hier entwickelte arakteristik Ferdinands zusammenfassen wollten, so würde dahin lauten: dass er ein frommer Mann war, der seine ischauungen und Handlungen nach kirchlichen Grundsätzen gelte, die leider für die schweren Staatsaufgaben nicht sreichten, weil sie ihm nicht das Verständniss derselben verittelten, und dass bei der ängstlichen Sorgfalt, mit der er jede inde mied, sein Gewissen erforschte und dem Gebete oblag, ine Thatkraft zu Grunde ging. Sein mangelhaftes Selbstver-

trauen und seine Frömmigkeit machten ihn allmälig zu einem Spielball in den Händen seiner Günstlinge und seiner geistlichen Rathgeber, die seine Gunst zu ihrer Bereicherung und zur Begründung ihrer Herrschaft missbrauchten. Es ist dies letztere nicht etwa bloss unsere eigene Meinung, wir wiederholen nur die Worte des Kardinals Harrach, eines Zeitgenossen Ferdinands, der die Jesuiten in einer an den Papst gerichteten Klageschrift beschuldigt, dass sie die ihnen günstige Gesinnung des Kaisers zur Begründung einer absoluten Herrschaft über Oesterreich ausgebeutet hätten. Man darf also Ferdinand weder für das Gute noch für das Böse, das unter seinem Regiment geschah, in erster Linie verantwortlich machen, da seine Handlungsweise überall den Stempel des auf ihn geübten Einflusses trägt. Wiewohl er und Philipp II. in ihren Zielen so ziemlich übereinstimmten, gab es doch kaum zwei verschiedenere Charaktere: der letztere einsam und unnahbar und sowohl gegen die Gesammtheit seiner Gegner, wie gegen die Einzelnen hart und grausam, der erstere gesprächig, gutmüthig und zuvorkommend gegen seine zahlreichen Freunde und Günstlinge und seine Gutmüthigkeit vielfach auch gegen einzelne seiner politischen und religiösen Gegner bekundend.

Die Schilderung von Ferdinands äusserer Gestalt, die wir aus dem J. 1621 und 1630 besitzen, zeigt ihn als einen Mann von mittlerer Grösse, gedrungener und kräftiger Gestalt, röthlich blondem Haar und blauen Augen. Da er an Kurzsichtigkeit litt, suchte er diesem Fehler zu begegnen, indem er sich eines Augenglases bediente, das er bald in der Hand trug, bald am Schwertknauf angebunden hatte. Kleidung und Schnitt des Haares mahnten an einen Spanier, aber sein ganzes Auftreten, seine Freundlichkeit und Höflichkeit gegen Alle, die ihm nahten, zeigten nach den Versicherungen der venetianischen Botschafter, dass sein Wesen nichts weniger als spanisch sei. Nahrung nahm er reichlich zu sich und auch dem Weine sprach er zu. Seine erste, um vier Jahre ältere Frau war die Schwester Maximilians von Baiern, also eine Base; für seine zweite Frau, die mantuanische Prinzessin Eleonore, die sich durch ungewöhnliche Schönheit auszeichnete und die er im Alter von 43 Jahren heiratete, während sie selbst deren erst 23 zählte, zeigte er

eine grosse Liebe und brachte alle nicht den Geschäften gewidmete Zeit in ihrer Gesellschaft zu. Während der Jahre, über die wir jetzt berichten werden, hatte er noch nicht zum zweiten Male geheiratet und verbrachte einige seiner müssigen Stunden in Gesellschaft der Familien Eggenberg, Harrach oder Lobkowitz; auch mit dem spanischen Gesandten, dem Grafen Oñate, unterhielt er einen lebhaften Verkehr; im Ganzen genommen blieb ihm jedoch für gesellige Unterhaltungen nur wenig Zeit übrig, abgesehen davon, dass er auch keine sonderliche Neigung für dieselben kundgab. Die wiener Burg, der Jagdplatz, die Kirche und das Kloster, das waren die Orte, wo Ferdinand fast ausschliesslich sein Leben zubrachte.

---

*) Die Quellen, aus denen wir für unsere Charakteristik Ferdinands geschöpft haben, sind: Lamormains Virtutes Ferdinandi, Khevenhillers Annales Ferdinandei, das anonyme Werk: Status particularis regiminis Ferdinandi II, die venetianischen seither durch den Druck veröffentlichten Gesandschaftsrelationen, vor allem aber die spanischen Gesandschaftsberichte im Archiv von Simancas und die Berichte der bairischen und sächsischen Gesandten in den Archiven von München und Dresden. Einige Anhaltspunkte bot auch der von Hurter veröffentlichte Briefwechsel zwischen Ferdinand II und seiner Mutter und Caraffa's Relation.

Zweites Kapitel.

Die Erweiterung des Aufstandes über sämmtliche Länder der Krone Böhmens und über das Erzherzogthum Oesterreich.

I Gutachten des Fürsten von Anhalt und des Herzogs Maximilian von Baiern in der Interpositionsangelegenheit. Stellung Ferdinands zur Interposition. Seine Schreiben an die böhmischen Stände. Verhandlungen der Direktoren mit der schlesischen Gesandtschaft. Entscheidende Concessionen bezüglich Schlesiens. Die Oberlausitzer schliessen sich dem böhmisch-schlesischen Bündnisse an.

II Bemühungen von Seite Böhmens, um Mähren zu gewinnen. Einmarsch des böhmischen Heeres unter Thurns Commando in Mähren. Waldstein und Nachod. Der Landtag in Brünn. Verhalten der mährischen Stände gegen den Kardinal Dietrichstein, den Fürsten von Liechtenstein und Herrn Karl von Žerotin und gegen die Jesuiten. Absetzung des Landeshauptmanns und Wahl von Direktoren. Anschluss der mährischen Streitkräfte an die böhmischen.

III Verhandlungen Ferdinands II mit den niederösterreichischen Ständen. Oppositionelle Haltung der niederösterreichischen Protestanten, ihr Verhältniss zu den Katholiken. Die oberösterreichischen Protestanten bemächtigen sich der Regierung in Linz. Absendung einer oberösterreichischen Deputation nach Wien. Verhandlungen derselben mit den niederösterreichischen Protestanten und mit Ferdinand II. Werbungen in Oberösterreich. Tschernembl. Die Oberösterreicher besetzen Hohenfurt. Die Niederösterreicher senden Gesandte nach Brünn und Pressburg und treten in Verhandlungen mit Thurn.

IV Die Truppen und die Geldmittel, mit denen Philipp III den Kaiser Mathias und den König Ferdinand unterstützte. Anmarsch von 12000 Mann aus Flandern, Lothringen und dem Elsass. Die Kriegsbereitschaft Ferdinands zu Ende Mai. Thurn zieht gegen Wien.

V Aufregung in Wien. Ferdinands Vertrauen auf die Vorsehung. Verhandlungen der niederösterr. Protestanten. Denkwürdige Audienz am 5. Juni 1619. Die Kürassiere auf dem Burgplatz. Thurn vor Wien. Verstärkung der wiener Garnison. Die niederösterreichischen Protestanten bei Thurn. Die ungarische Deputation. Stanislaus Thurzo. Abmarsch Thurns.

I

Die Verhandlungen über die friedliche Beilegung des böhmischen Streites waren bei Lebzeiten des Kaisers Mathias so weit gediehen, dass der 14. April 1619 für den Beginn derselben festgesetzt wurde. Der böhmische Landtag hatte im

Monate März die Ausgleichsbedingungen festgesetzt und wie weit die ständischen Forderungen auch gehen mochten, so bedrohte doch keine einzige das von den Habsburgern in Anspruch genommene Erbrecht und es liess sich sonach über dieselben verhandeln. Aus eben diesem Grunde fürchtete die pfälzische Partei und vor allen der Fürst von Anhalt, dass die Verhandlungen zu einem Resultate führen und alle Anstrengungen, die man gemacht hatte, um dem Hause Habsburg die böhmische Krone zu entwinden, ebenso vergeblich sein würden, wie im J. 1608. Kurz vor dem Tode des Kaisers oder vielleicht erst nach demselben bemühte sich Anhalt deshalb, die böhmischen Stände für eine Verschärfung der Bedingungen zu gewinnen und fertigte zu diesem Behufe selbst einen Entwurf an. Darnach sollten die Stände ausser den von ihnen gestellten Bedingungen *) auch noch verlangen, dass der König ohne Einwilligung der Stände keine Schulden machen, ohne ihre Zustimmung kein Volk werben und keine Festungen bauen solle, dass die Klostergüter verkauft werden und die Aemter nur nach dem Rathe der obersten Landesbeamten und der Beisitzer der Landrechte besetzt werden sollen, und dass endlich nie mehr bei Lebzeiten eines Königs über dessen Nachfolger verhandelt werden solle. **) Auf diese letzte Bedingung hatte es Anhalt besonders abgesehen, da sie ihm als Handhabe dienen sollte, um wenigstens in der Zukunft die Habsburger aus Böhmen zu verdrängen. Bezüglich der anderen Bedingungen kann man nicht sagen, dass sie mit einem wohlgeordneten Staatswesen nicht vereinbarlich seien; dennoch wäre es den Königen schwer gewesen, in dieselben einzuwilligen, so z. B. in die Forderung, dass sie ohne Bewilligung des Landes keine Schulden machen dürften. Bei den plötzlichen und dringenden Bedürfnissen, die sich namentlich in Ungarn kundgaben, und bei der Widerwilligkeit sämmtlicher Stände der österreichischen Länder, für dieselben aufzukommen, blieb

*) Die Bedingungen sind im Band I. S. 477 u. flg. erörtert.

**) Verzeichniss der Punkte, so auf dem Interpositionstag zu Eger vorgebracht werden sollen. Concept mit eigenhändigen Bemerkungen des Fürsten von Anhalt im münchner StA. $\frac{548}{10}$.

den Herrschern beim besten Willen oft nichts anderes übrig, als Schulden zu machen und später die einzelnen Länder um die Anerkennung derselben zu ersuchen.

Eine ähnliche, dem Interpositionswerk ungünstige Stellung nahm, allerdings vom entgegengesetzten Standpunkte, der Herzog Maximilian von Baiern ein. Wir haben erzählt, *) wie er alle Einladungen zu dem egerer Interpositionstag beharrlich zurückwies und nur auf die dringendsten Bitten Ferdinands gegen Ende Januar so weit nachgab, dass er seine Theilnahme zusagte, aber von vornherein von derselben keinen Ausgleich des Streites erwartete und deshalb seinen Schwager aufforderte, in den Rüstungen nicht innezuhalten. Auch zu dieser fraglichen Theilnahme hatte er sich nur deshalb bereit erklärt, weil die deutschen Bischöfe und der päpstliche Hof dies von ihm mehr oder minder heftig verlangten und es an Vorwürfen wegen seiner Gleichgültigkeit nicht fehlen liessen. Es lag ihm daran, den Papst zu überzeugen, dass es nicht Gleichgültigkeit sei, welche ihn von der Theilnahme an dem Interpositionstag zurückhalte, sondern die Voraussicht, dass er wegen seiner streng kirchlichen Anschauungen das Scheitern und nicht das Gedeihen der Verhandlungen herbeiführen würde; deshalb schickte er einen eigenen Gesandten nach Rom ab und wählte hiezu den später in der diplomatischen Welt ziemlich bekannt gewordenen Kapuziner P. Hiacynth. Er gab demselben den Auftrag, den Papst seiner treuesten Anhänglichkeit an die Kirche zu versichern und zugleich darüber zu belehren, dass die gegenwärtigen Wirren in Deutschland den Beginn eines Kampfes seien, in dem es sich um die Existenz der katholischen Kirche handle. Die Kirche müsse sich zu Opfern verstehen und alle ihre Schätze hergeben, und ebenso müsse der Papst, der reicher sei als irgend einer seiner Vorgänger, bereitwillig die katholische Sache wider ihre Feinde unterstützen. Der Streit in Böhmen drehe sich nicht bloss um den Majestätsbrief, sondern um weitere Ansprüche der Protestanten. Dürfe der Herzog, der in seinem Lande die Protestanten nicht dulde, in Eger die Vermittlerrolle spielen und sich zur

*) Bd. I, 466.

Aufrechthaltung der von Böhmen verlangten erweiterten Freiheiten verpflichten?*) — Maximilian verlangte deshalb vom Papste so gut wie von Ferdinand, dass sie beide unterdessen alle Mittel aufbieten sollten, um bei dem voraussichtlichen Scheitern der Verhandlungen den Gegnern die Stirn bieten zu können. Die Absendung des P. Hiacynth geschah wenige Tage vor dem Tode des Kaisers; unzweifelhaft begrüsste Maximilian von Baiern denselben ebenso wie sein Gegner der Fürst von Anhalt als einen glücklichen Zufall, durch den der egerer Interpositionstag bei Seite geschoben werden könne.

Es kam nun auf Ferdinand an, in welcher Weise er den Erwartungen seines aufrichtigen Freundes und seines eifrigsten Gegners entsprechen würde: ob er nach dem Tode des Kaisers an dem Interpositionstag festhalten oder alsbald jede fremde Vermittlung in dem Streite mit Böhmen ablehnen werde. Seiner innersten Uiberzeugung nach wollte er nichts von Verhandlungen wissen, aber durfte er dies schon jetzt offen bekennen, da er schwächer war als seine Gegner und erst in einigen Wochen mit Hilfe Spaniens denselben die Stirn bieten konnte? Es handelte sich für ihn darum, zwei bis drei Monate zu gewinnen und vorläufig über die Zulassung oder Nichtzulassung der Interposition keine bindende Erklärung abzugeben. Gleich nach dem Tode des Kaisers war er erbötig, die Waffen ruhen zu lassen und in der That hing es im April nur von den Direktoren ab, ob der Kampf unterbrochen werden sollte oder nicht. Aber dieses Anerbieten, das durch die Schwäche des königlichen Heeres ohnedies geboten war, konnte nur dann eine Wirkung haben, wenn Ferdinand gleichzeitig die egerer Interposition ihren Fortgang nehmen liess. Da dies jedoch nicht seine Absicht war und er dies nicht bekennen konnte, musste er versuchen, ob er nicht durch Verhandlungen, zu denen selbstverständlich die Reichsfürsten nicht zugezogen werden sollten, die Böhmen so lange hinhalten könnte, bis die von Spanien ihm in Aussicht gestellte Truppenhilfe angelangt sein würde. Seine

---

*) Münchner Reichsarchiv. Tom. III. Additio ad informationem pro patre Hiacyntho.

jetzigen Zuschriften nach Böhmen schienen die Frage wegen der Interposition offen zu lassen, denn er gedachte ihrer weder in freundlichem noch feindlichem Sinne. In dem ersten Schreiben, das er nach dem Tode des Kaisers an die böhmischen Stände richtete, sprach er die Hoffnung aus, dass sie ihn nunmehr als ihren Herrn und König anerkennen würden, da er von ihnen gekrönt sei und bei dieser Gelegenheit versprochen habe, später einen Revers auszustellen, in dem er sich zur Aufrechthaltung aller ihrer Rechte und Freiheiten verpflichten werde. Er wolle, so hiess es weiter, demnächst eine Gesandtschaft nach Prag abordnen und durch diese einige Mittheilungen an die Stände gelangen lassen.*) Welcher Art dieselben sein sollten, wurde nicht gesagt. Gleichzeitig mit diesem an die böhmischen Stände überschickten Schreiben bestätigte Ferdinand alle obersten Landesbeamten, die unter Mathias zu dieser Stellung gelangt waren, in ihren Aemtern und nahm sonach keine Rücksicht darauf, dass die Regierungsgewalt sich factisch in den Händen der Direktoren befand. Den Oberstburggrafen Adam von Sternberg forderte er auf, nach Iglau zu kommen, da seiner Ankunft und weiterer Befehle gewärtig zu sein und namentlich den bei der Krönung bedungenen Revers in Empfang zu nehmen.

Wenn Ferdinand hoffte, dass man in Böhmen auf die versprochenen Mittheilungen geduldig warten und vielleicht seinen Brief beantworten und dadurch sich in die von ihm gewünschten fruchtlosen Verhandlungen einlassen werde, so hatte er sich getäuscht. Auch die böhmischen Direktoren wollten von dem Fortgange des egerer Interpositionstages nichts wissen, da sie nur mit Widerstand in denselben eingewilligt hatten; um wie viel weniger waren sie also geneigt einen neuen Verkehr mit Ferdinand anzuknüpfen, da sie wohl einsahen, wie wenig günstige Bedingungen er ihnen biete. Als ihnen demnach der Oberstburggraf den ihm gewordenen Auftrag kundgab und ihnen das für die Stände bestimmte Schreiben überreichte, bekam er von ihnen zur Antwort, das

---

*) Skala III, 92.

sie damit nichts zu schaffen hätten *) und deuteten auf diese Weise ihre Absicht an, dass sie keine weiteren Verhandlungen einleiten wollten, weil sie den Thron als erledigt betrachteten. Einige der hervorragenderen prager Persönlichkeiten billigten zwar diesen Entschluss nicht und wollten sich in Verhandlungen mit Ferdinand einlassen, aber dies nur unter Bedingungen, die dem anhaltischen Entwurf entlehnt waren. **)

Bevor noch Ferdinand von der feindlichen Gesinnung, die unter den Direktoren gegen ihn herrschte, benachrichtigt wurde, unterzeichnete er den versprochenen Revers, durch den er sich zur Aufrechthaltung der böhmischen Privilegien und also auch des Majestätsbriefes verpflichtete. Wie er sich vor der Krönung zu dem Versprechen bezüglich der künftigen Unterzeichnung nicht ohne langwierige Vorberathungen entschlossen hatte, so ging auch diesmal die wirkliche Unterzeichnung nicht ohne eingehende Erörterung aller Gründe und Gegengründe vor sich; auch der Beichtvater wurde zu Rathe gezogen und befragt, und da er die Unterzeichnung empfahl, weil nur so ein grösseres Uebel verhütet werden könnte, schob Ferdinand dieselbe nicht länger auf. Der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz verweigerte aber auch jetzt seine Unterschrift wie bei dem Majestätsbriefe, angeblich deshalb, weil seine Unterzeichnung keine Giltigkeit hätte, da ihm nicht unter Beobachtung der gesetzlichen (nur in Prag giltigen) Formalitäten die Kanzlerwürde von neuem übertragen worden sei. Der von Ferdinand unterzeichnete Revers wurde dem Obersthofmeister Adam von Waldstein mit dem Auftrage zugeschickt, ihn den Ständen zukommen zu lassen. Waldstein überschickte ihn den Direktoren, erhielt ihn aber von diesen uneröffnet zurück, weil die Adresse nicht richtig sei und gegen die Stellung der zwei höheren Stände verstosse, die gewissermassen mit den Städten in eine Linie gestellt würden.***) Diese Beschwerde war rich-

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{\text{25. März}}{\text{4. April}}$ 1619.

**) Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{\text{27. März}}{\text{6. April}}$ 1619. Sächs. StA.

***) Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{6.}{16.}$ April 1619, Sächs. StA. — Skála III, 98.

tig, da die Adresse den Ansprüchen der höheren Stände auf eine hervorragende Titulatur nicht die herkömmliche Rechnung trug; aber nicht diese formalen Gründe veranlassten die Direktoren zur Ablehnung des Reverses, sondern die Sorge, dass sie sich durch die Annahme desselben Hindernisse in dem gegen Ferdinand beabsichtigten Kampfe schaffen würden. Wenn der Revers dem Lande die Aufrechthaltung aller Privilegien anbot und dies allgemein bekannt wurde, so konnte man nicht von vornherein die weiteren Verhandlungen mit Ferdinand ablehnen. Von diesen wollte man aber auch aus dem Grunde nichts wissen, weil ein längeres Hinausschieben der Entscheidung wegen der gefährdeten finanziellen Lage des Landes nicht rathsam war. Man suchte es demnach so viel als möglich zu verheimlichen, dass Ferdinand einen Revers ausgestellt habe und in der That gelangte dies nur zur Kenntniss einer geringen Anzahl von Personen.

Wenn die Direktoren hofften, dass Ferdinand durch die Zurückweisung seines Reverses beleidigt sein und fortan jede weitere Verhandlung abbrechen und sie in ihren Plänen nicht stören würde, so täuschten sie sich vorläufig, denn da sich seine Angelegenheiten im Monat April von Tag zu Tag verschlechterten, weil sich der Aufstand auch über Mähren auszubreiten drohte, und er noch immer keine Vermehrung seiner Streitkräfte von Spanien erlangt hatte, so glaubte er noch nicht alle Brücken des Verständnisses abbrechen zu dürfen. Deshalb 1619 entschloss er sich am 22. April zu einem neuen Schreiben an die böhmischen Stände,*) in dem er dieselben aufforderte, Gesandte an ihn nach Wien zu schicken, mit denen er über einen Ausgleich verhandeln wolle. Zum erstenmale gab er also zu, dass ein Streit zwischen ihm und seinen Unterthanen bestehe und dass zu dessen Beilegung Verhandlungen nothwendig seien. Ja er wollte zwei oder drei Wochen später diese Verhandlungen nicht einmal auf sich und die böhmischen Stände beschränken, sondern zu den in Vergessenheit gerathenen Interponenten zurückgreifen, von denen er allerdings

*) Wiener St. A. Boh. Ferdinand an die böhmischen Stände dd. 21. Mai 1619. —

Sachsen und Baiern zulassen wollte.*) Aber so wenig
Direktoren seinen Revers angenommen hatten, so wenig
sen sie sich durch sein Schreiben vom 22. April zur Ab-
dung von Gesandten nach Wien bewegen.

Von dem Entschlusse Ferdinands, Baiern und Sachsen
Vermittler zuzulassen, zu dem er sich erst im Mai bei
gender Gefahr aufgerafft hatte, hatten die böhmischen
ektoren wahrscheinlich keine Kenntniss erhalten; aber
bst wenn dies der Fall gewesen wäre, wären sie in
r Feindseligkeit nicht schwankend geworden. Sie waren
chlossen, Ferdinand unter keiner Bedingung zur Regie-
g zuzulassen und so waren sie und der König durch
ersöhnliche Feindschaft getrennt. Um ihren auf den Sturz
habsburgischen Herrschaft gerichteten Plan ausführen
können, bemühten sie sich um die Beschleunigung
auf dem Märzlandtage beschlossenen Werbungen und um
Organisation des Landesaufgebotes. Die Häupter der Be-
gung und namentlich die Generale entwickelten seit Anfang
ril einen ungewöhnlichen Eifer, um dieser Aufgabe zu ge- 1619
en und deshalb lehnte auch Graf Hohenlohe im Namen
rns und Ruppa's jene Zusammenkunft mit Anhalt, die dieser
den 10. April in Taus bestimmt hatte, mit der Erklärung
dass sie jetzt keine Zeit zu dieser Reise hätten.**) Ihre
t war aber nicht bloss durch die Sorge für die Vermehrung
Streitkräfte in Anspruch genommen, noch mehr beschäf-
e sie der Wunsch, den Aufstand auf alle Länder der böh-
chen Krone auszudehnen und womöglich auch Oesterreich
Ungarn für denselben zu gewinnen. Dazu waren
sen und persönliche Besprechungen oder zahlreiche Zu-
riften nöthig und es erforderte eine fieberhafte Thätigkeit,
rasch an dieses Ziel zu gelangen und davon die ge-
schten Vortheile einzuernten. Die Erreichung des Zieles

Münchner StA. Maximilians Antwort dem kaiserlichen Gesandten, gegeben den 6. Juni 1619. — Wiener StA. Kursachsen an Ferdinand dd. 17./27. Mai 1619. — Ebend. Strahlendorf an Ferdinand dd. 28. Mai 1619.

Bernburger Archiv, Hohenlohe an Anhalt dd. 26. März/5. April 1619. — Bd. I, S. 451.

lag in dem Bereiche der Möglichkeit, wenn man erwog, dass die Stände der übrigen Länder dem Kaiser jede Unterstützung zur Bewältigung des böhmischen Aufstandes beharrlich verweigert und zum Theil innige Beziehungen zu Böhmen unterhalten hatten. Konnten sich die Direktoren nicht mit Recht der Hoffnung hingeben, dass sie die übrigen Länder für den Anschluss an ihre Sache gewinnen könnten, da ja die Wünsche und Ziele aller ständischen Corporationen dieselben waren und sie alle gleichmässig von Ferdinand in ihrer protestantischen Entwicklung bedroht waren?

Den Anfang mit der Revolutionirung der übrigen Länder machten die Direktoren mit Schlesien, bezüglich dessen es sich, da es für den Aufstand schon gewonnen war, eigentlich nur darum handelte, dass das bisherige Bündniss fester geknüpft werde. Da auch die Schlesier ein gleiches wünschten, so begegnete man sich auf halbem Wege. Die schlesischen Fürsten hatten noch bei Lebzeiten des Kaisers eine Gesandtschaft, an deren Spitze der Herzog Wenzel von Münsterberg stand, nach Prag abgeordnet, um sich durch dieselbe an dem egerer Interpositionstag zu betheiligen. Als die Gesandtschaft auf der Reise nach Prag begriffen war, erhielt sie die Nachricht von dem Tode des Kaisers und da sie glaubte, dass die Interposition doch stattfinden würde, setzte sie ihre Reise fort. In Prag angelangt fand sie allerdings, dass man dort nicht für den Frieden gestimmt sei, gleichwohl liessen sich die Gesandten mit den Direktoren in mancherlei Unterhandlungen ein, die den Zweck hatten, sich über ihre beiderseitigen Forderungen zu verständigen, wenn es trotz allem doch zur Interposition kommen sollte. Der Herzog von Münsterberg und seine Kollegen wurden von den Friedensbedingungen verständigt, die man von böhmischer Seite in Eger stellen wollte; dagegen legten die schlesischen Gesandten zwei Schriften vor: die erste berichtete über zahlreiche seit dem Majestätsbriefe vorgekommene Bedrückungen, die andere enthielt die politischen Beschwerden,*) deren Abstellung man von schlesischer Seite verlangen wollte.

*) Palm, Acta publica 1619. Beilage IV., S. 226 und Beilage V., S. 253. — Skála III, 24—31.

Die Direktoren hatten jetzt eine passende Gelegenheit, sich die Schlesier zum Danke zu verpflichten, wenn sie sich im Namen des böhmischen Landtags, dessen spätere Zustimmung nicht zu bezweifeln war, zur Abstellung der erhobenen Beschwerden erboten. Bezüglich der religiösen Angelegenheiten bedurfte es keines Opfers von böhmischer Seite, denn ihre eigene Sicherheit hing mit der gleichen Rechtssicherheit in Schlesien zusammen, anders war es mit den politischen Beschwerden, da die Schlesier die Zeit für gekommen hielten, um den von ihnen angefeindeten böhmischen Prärogativen ein Ende zu machen und eine vollständige Parität in den Ländern der böhmischen Krone herbeizuführen. Sie verlangten, dass fortan bei der Neubesetzung des Thrones den Schlesiern neben den Böhmen eine entscheidende Stimme eingeräumt werde (wobei selbstverständlich Böhmen nicht als Erb-, sondern als Wahlreich angesehen werden sollte), sie verlangten ferner eine solche Einrichtung der Kanzlei — des Ministeriums des Innern in jenen Tagen — dass jedes Landes Privilegien dabei geschont werden, oder deutlicher gesagt, dass die möglichste Gleichstellung der einzelnen Länder bei der Besetzung der einzelnen Stellen in der Kanzlei und bei der Geschäftsführung zur Geltung kommen sollte, ein Verlangen, das sie schon unter Mathias erhoben hatten, ohne dass sie damit vollständig durchgedrungen wären. Ihre letzte erwähnenswerthe Forderung bezog sich auf das Fürstenthum Troppau, das die Schlesier als zu ihnen gehörig angesehen und deshalb das Begehren der Mährer nach demselben abgewiesen wissen wollten.

Obwohl namentlich die ersten zwei Forderungen tief in die bisher von Böhmen geübten Prärogative einschnitten und mit ihrer Bewilligung die schwachen Bande, die das böhmische Staatswesen als einen Einheitsstaat zusammenhielten, zerrissen wurden, und an die Stelle desselben das Verhältniss der Personalunion treten musste, so fügte man sich in Prag doch in das Unvermeidliche. Die Direktoren stellten am 22. April eine Schrift aus, worin sie den Schlesiern die Abstellung ihrer politischen Beschwerden in der Weise, wie diese es verlangten, zusagten und das Versprechen gaben, dass der Landtag diese Erklärung später gutheissen werde. Durch diese

1619

Nachgiebigkeit hatten sie die schlesischen Gesandten für sich gewonnen und dieselben waren erbötig, an den Verhandlungen des baldigst einzuberufenden Generallandtages, an dem die politischen und religiösen Verhältnisse sämmtlicher Länder ohne Rücksicht auf Ferdinand geregelt werden sollten, theilzunehmen.
1619 Wenn sie trotzdem schon am 13. Mai von Prag fortreisten, so geschah es nur deshalb, weil sich der Zusammentritt des Generallandtages verzögerte und weil sie mittlerweile zu Hause über ihre Verrichtungen Bericht erstatten mussten. *) In Böhmen konnte man nun gewiss sein, dass Schlesien von dem Bündnisse nicht ablassen und alle Aufforderungen Ferdinands ihm als dem nunmehrigen Herzog Gehorsam zu leisten, abweisen werde.

In der That, als Ferdinand an den Herzog Johann Christian von Brieg, der das Oberamt in Schlesien unter Mathias verwaltet hatte und sonach als Statthalter desselben in diesem Lande angesehen werden konnte, die Aufforderung richtete, sich jetzt für ihn (Ferdinand) beeiden zu lassen und so seine Rechte auf Schlesien anzuerkennen, wiesen die Fürsten und Stände dieses Verlangen zurück. Indem sie zugleich erklärten, dass sie dem Könige die Uebernahme der Regierung in Schlesien nicht zugestehen könnten, suchten sie diese thatsächliche Absetzung mit dem Vorwand zu rechtfertigen, dass Ferdinand zur Regierung in Schlesien nicht früher zugelassen werden dürfe, bevor er dieselbe in Böhmen und Mähren angetreten habe, an ihm sei es, die dort bestehenden Hindernisse zu entfernen, dann wolle man ihn gern als Herrn anerkennen.**) Dass der Bischof von Breslau, der Erzherzog Karl, diesem Beschlusse seine Zustimmung verweigerte, half ebenso wenig, wie die Erklärung der Stadt Breslau, dass sie trotz dieses Beschlusses an Ferdinand festhalten wolle.

Während die schlesische Gesandtschaft noch in Prag weilte, kam auch eine Gesandtschaft aus der Oberlausitz daselbst an,

---

*) Relatio prima dd. 13. Mai 1619 bei Palm, Acta publica. — Ebend. Recess zwischen den Direktoren zu Prag und den schlesischen Gesandten dd. 22. April 1619. — Skála III, 104 u. flg.

**) Ferdinand an das schlesische Oberamt dd. 17. April 1619. — Die schlesischen Fürsten und Stände an Ferdinand dd. 1. Mai 1619 bei Palm, Acta publica.

die um die Aufnahme in das böhmisch-schlesische Bündniss ersuchte und sonach ihren Anschluss an den böhmischen Aufstand anbot. Dieser Schritt war durch den Grafen Johann Albin Schlick vorbereitet worden: er war Anfangs April im Auftrag der Direktoren nach Bauzen gereist und hatte die auf einem Landtage versammelten Stände um den Anschluss an Böhmen ersucht. Sein Gesuch fand bei dem Adel willige Aufnahme, dagegen wollten die Städte nichts davon wissen und blieben auch bei ihrer Weigerung, als Schlick sie durch Drohungen zur Nachgiebigkeit zu bringen suchte. Der Adel beschloss jetzt seine Sache von den Städten zu trennen und eine eigene Gesandtschaft nach Prag abzuordnen, um durch dieselbe die Verhandlungen einzuleiten. Er war erbötig, Böhmen mit einer Truppenhilfe zu unterstützen und verlangte als Entgelt, dass auch für die Oberlausitz ein die religiösen Freiheiten garantirender Majestätsbrief ausgestellt werde, und dass den Lausitzern in der Königswahl und in der Kanzleifrage gleiche Rechte wie den Schlesiern eingeräumt würden. Welche Antwort ihnen auf diese Forderungen zu Theil wurde, wissen wir nicht anzugeben, jedenfalls aber begrüssten die Direktoren das Ersuchen der Lausitzer um die Aufnahme in den böhmisch-schlesischen Bund mit Freuden, denn es erweiterte sich dadurch das Gebiet, über das sie bei der Bekämpfung Ferdinands verfügen konnten. *)

II

Von grösster Wichtigkeit für das Gedeihen des Aufstandes war der Anschluss von Mähren, auf den man bisher so fest und doch vergeblich gehofft, weil Karl von Žerotín seinen ganzen Einfluss für die kaiserliche Sache aufgeboten hatte. In Böhmen glaubte man jetzt nicht anders zum Ziele zu kommen, als wenn man einen bewaffneten Einfall in das Nachbarland versuchen und damit den Ständen die Gelegenheit bieten

*) Die verschiedenen Schriftstücke, welche die oberlausitzer Gesandtschaft betreffen, bei Palm, Acta publica 1619. — Schreiben Schlicks dd. Budisin, 8. April 1619, Sächs. StA.

würde, ihren Sympathien für den Aufstand ungehindert Ausdruck zu geben. Zu diesem gewaltsamen Auftreten wurde man durch zahlreiche Nachrichten aus Mähren und durch vorhergehende Verhandlungen mit einzelnen Edelleuten aufgemuntert, so dass man mit Gewissheit einen vollständigen Erfolg erwarten durfte. Karl von Žerotín, von einem Freunde benachrichtigt, welchen Plan man zum Verderben der habsburgischen Herrschaft ausgebrütet, *) erschrak zwar über diese Anzeige, legte ihr aber keine solche Bedeutung bei, wie sie es verdiente. — Von Böhmen wurde der beabsichtigte Schlag dadurch vorbereitet, dass man nicht bloss die geheimen Verhandlungen mit den gleichgesinnten Freunden fortsetzte, sondern mit Žerotín selbst noch einen Versuch machte, um ihn zu gewinnen. Mit Zustimmung der Direktoren richtete Budowec ein Schreiben an denselben, das ziemlich scharf gehalten war und den mährischen Magnaten mit Vorwürfen überhäufte und hie und da durch ironische Bemerkungen verletzte. Diese unkluge Zuschrift erbitterte aber nur den auf seine Einsicht stolzen Mann, so dass er die Vorwürfe in heftiger Weise zurückwies und als nun Budowec in einem zweiten Schreiben durch eine sanftere und einschmeichelnde Sprache den alten Freund von dem betretenen Wege abzulenken suchte, hatte dieses keinen Erfolg mehr. **)

Es war dies übrigens nicht der einzige Versuch einer auf Žerotín geübten Einwirkung, noch ein zweiter wurde gleichzeitig von dem Markgrafen von Jägerndorf unternommen. Schon im Februar hatte derselbe den mährischen Magnaten zu einer Unterredung eingeladen, deren Zweck unschwer zu errathen war. Da Žerotín bei seiner Stellung zum wiener Hofe dieser Einladung nur mit Zustimmung Ferdinands nachkommen konnte, so suchte er um dieselbe nach und als ihm dieselbe von Ferdinand ertheilt wurde, ward Tag und Ort der Zusammenkunft auf den 3. April nach Neuhaus bestimmt, wo der Markgraf an der Spitze der schlesischen Hilfstruppen eben

1619

*) Corr. Žer. Karl von Žerotín an Kardinal Dietrichstein dd. 27. März 1619.

**) Sächs. StA. Copia literarum Baronis de Budewitz ad Car. de Žerotín dd. 17. April 1619.

n Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Als sich Žerotín ein-
d, wurde er vom Markgrafen mit Vorwürfen empfangen,
s seine Haltung nicht im Einklange mit den Hoffnungen
he, die man von ihm hegen durfte und zu denen er insbe-
dere durch einige Aeusserungen im Anfange d. J. 1618
echtigt habe. Der Angeschuldigte bestritt, dass seine Aeus-
ungen auf die gegenwärtige Sachlage Anwendung finden
nnten; er besprach darauf eingehend mit dem Markgrafen
Situation und wurde nicht wenig nachdenklich, als er nicht
eifeln konnte, dass die ganze Bewegung auf die Beseitigung
habsburgischen Regierung gerichtet sei. Der Markgraf
hehlte seinem Gaste nicht, dass man auf böhmischer Seite
schlossen sei, Mähren mit Gewalt in den Aufstand hinein-
iehen und drang in ihn, seine Stellung zu ändern. Aber
rotin hielt nicht nur tapfer gegen alle Ueberredungskünste
l Beweisgründe Stand, sondern bemühte sich selbst, den
rkgrafen für Ferdinand zu gewinnen und glaubte, wie er
letzteren berichtete, sogar ein Resultat erzielt zu haben.
Böhmen hatten dem Markgrafen einige nicht näher be-
nnte Versprechungen gemacht, die einigen Andeutungen zu-
ge ihm einen Gewinn an Land und Leuten verhiessen.
rotin warnte ihn, diesen Versprechnngen zu trauen, wies ihn
Ferdinand, der seine Dienste besser zu lohnen wissen werde
l bewirkte — wenn sein Bericht genau ist — dass der
rkgraf nachdenklich wurde und sich einer Verhandlung mit
rdinand zur Sicherung seiner Privatinteressen nicht unge-
gt zeigte. Es ist indessen schwer zu sagen, wie weit dieser
nkelmuth ging. Der Markgraf mag die Ueberzeugung
wonnen haben, dass auf Žerotín nicht mehr zu rechnen
und so wollte er ihn vielleicht auf gute Art los werden,
der beabsichtigte aber noch nicht gelungene Anschlag auf
hren einige Vorsicht erheischte.*) Ferdinand war mit dem
richt über den Verlauf der Zusammenkunft nicht unzufrieden
l gern erbötig, dem Markgrafen einen allerdings bescheidenen
hn in Aussicht zu stellen. Žerotín gab dies demselben mit

Corr. Žer. Žerotín an den Markgrafen von Brandenburg dd. 5. April 1619, an Ferdinand dd. 6. April 1619; an Hartwich von Stietten dd. 18. April 1619.

sichtlichem Vergnügen kund und erbat sich eine neuerliche Zusammenkunft, in der das Nähere besprochen werden könnte.*) Die rasche Entwicklung der Ereignisse machte jedoch diesen Verhandlungen ein Ende und schnitt überhaupt die letzten Fäden ab, durch die der mährische Patriot an seine ehemaligen Freunde geknüpft war.

In Wien war man entschlossen, den allfälligen Gefahren in Mähren durch die Berufung eines Landtags nach Brünn zu begegnen und denselben um eine Unterstützung für Ferdinand zu ersuchen. Kam man mit diesem Gesuche auch vielleicht zu keinem Ziele, so war es doch von Wichtigkeit, wenn der Landtag die Rechte Ferdinands auf die Herrschaft über die Länder der böhmischen Krone anerkannte und in dieser Beziehung hoffte man keinem Widerstande zu begegnen. Žerotín, der um seine Meinung über die Zweckmässigkeit der Berufung eines Landtages befragt wurde, missbilligte dieselbe nicht,**) hielt es aber für unbedingt nöthig, dass Ferdinand sich zu den Verhandlungen persönlich einstelle, weil nur so ein glückliches Resultat erreicht werden könne. Mit Rücksicht auf den Angriff, mit dem die Böhmen Mähren bedrohten, riet er übrigens schon zwei Tage vordem, dass man den mährischen Truppen, die hauptsächlich in Brünn und Olmütz dislocirt waren, eine passendere Aufstellung gebe und ermahnte zu diesem Zwecke den Kardinal Dietrichstein, dem von den mährischen Ständen der Oberbefehl über die Truppen übertragen worden war, die nöthigen Anordnungen zu treffen. Dem Kardinal fehlte jedoch die nöthige Entschlossenheit Angesichts der steigenden Gefahr, er entschuldigte sich mit dem Mangel an Vollmacht und liess die Truppen in ihren Standplätzen, so dass das Land an der Grenze gegen Böhmen jedweder Vertheidigung entbehrte.***)

Während Ferdinand und seine Anhänger ängstlich den nächsten Ereignissen in Mähren entgegensahen, fassten die

†) Corr. Žer. Žerotín an den Markgrafen Johann Georg dd. 19. April 1619.
*) Wiener StA. Boh. Karl von Žerotín an Ferdinand dd. 8. April 1619.
***) Corr. Žer. Žerotín an den Kardinal Dietrichstein dd. 6. April 1619. — Wiener St. A. Trauttmannsdorff an Ferdinand dd. 10. April 1619. — Ebend. Dietrichstein an Ferdinand dd. 10. April 1619, Nikolsburg.

böhmischen Direktoren einen entscheidenden Beschluss und schickten am 18. April dem Grafen Thurn in das Lager vor Budweis den Befehl zu, den Zug nach Mähren anzutreten. Er folgte dem Auftrage unverweilt, marschirte an der Spitze eines Theiles der geworbenen Truppen ab, die Hohenlohe, der in Rudolfstadt zur Beobachtung Buquoy's zurückgelassen wurde, entbehren zu können glaubte, und traf in Deutschbrod am 22. April ein. Auf dem Marsche schloss sich ihm ein Theil des nunmehr organisirten Landesaufgebots an, so dass sich die Gesammtzahl der Mannschaft, über die Thurn verfügte, auf 8—10.000 Mann belief.*) Durch vertraute Boten hatte er den mährischen Adel von der bevorstehenden Entscheidung in Kenntniss gesetzt und aufgefordert, entweder nach Deutschbrod zu kommen, oder sich an der Grenze zu versammeln. Noch hatte Thurn Deutschbrod nicht verlassen, als sich bei ihm Abgesandte aus Iglau einstellten, welche ihm die Versicherung gaben, dass die Stadt ihre Thore für ihn offen halte. In der That konnte er am 23. April seinen Einzug in dieselbe halten, die Einwohner empfingen ihn mit den lebhaftesten Sympathien und auch von dem mährischen Adel hatte sich ein Theil zu seiner Begrüssung eingefunden. Schon am andern Tag setzte er sich mit seinen Streitkräften weiter in Bewegung ohne den mindesten Widerstand zu finden. Seine Aufnahme war überall eine gleich sympathische und er konnte den Direktoren in Prag die Versicherung geben, dass mit Ausnahme von 3—4 Personen der gesammte Adel Mährens und alle Städte auf seine Seite zu treten bereit seien. **)

1619

*) Skála III, 121. — Nach den Nachrichten des sächs. StA. (Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{13.}{23.}$ April 1619) verfügte Thurn über ein Regiment geworbener Knechte, 600 Reiter und 5000 Mann des Landesaufgebots. Skála gibt die Gesammtzahl bis auf 16000 Mann an. Wir halten diese Nachricht gegenüber der genauen und gleichzeitigen Angabe des sächsischen Gesandten für unrichtig.

**) Skála, III, 122 — Sächs St. A. Schreiben Thurns dd. 27. April (9171 B. XII fol. 239). — Ebend. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{17.}{27.}$ April 1619. — Ebend. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{19.}{29.}$ April 1619.

Als Thurn in Znaim anlangte, fand sich daselbst in der That ein grosser Theil des mährischen Adels ein und es wurde ausgemacht, dass das Bündniss zwischen Mähren und Böhmen auf dem brünner Landtag, den Ferdinand mittlerweile für Anfang Mai berufen hatte, abgeschlossen werden solle. Die Katholiken waren vor Schrecken wie gelähmt, schon suchten ihre Häupter, der Kardinal Dietrichstein und der Fürst von Liechtenstein, sich mit der Bewegung auf einen bessern Fuss zu stellen; der erstere schickte einen vertrauten Diener, den Meister Balthasar, an Thurn ab und liess ihm sagen, dass er gegen ein Bündniss mit Böhmen nichts einzuwenden habe, er lobte sogar die Oberösterreicher für ein ähnliches Vorgehen: so sehr war ihm der Schrecken in die Glieder gefahren. Der Fürst von Liechtenstein begehrte im Namen der Katholiken sicheres Geleite zu dem bevorstehenden Landtage und versprach gleichfalls, dass er das Bündniss mit Böhmen befördern wolle. Nur Herr von Žerotín beharrte in seiner Rolle: auf einem Landgute zurückgezogen lebend belästigte er die Führer der Bewegung weder mit Rathschlägen noch verläugnete er seine jüngste Vergangenheit durch Versprechungen, sondern wartete auf den Zusammentritt des Landtages in Brünn, um da seine Stimme, und zwar gewiss nicht im Sinne Thurns zu erheben. *)

Während des Marsches des böhmischen Heeres nach Znaim waren die mährischen Truppen ruhig in ihren Quartieren geblieben, da ihnen vom Kardinal Dietrichstein keine anderen Weisungen zugekommen waren. Es war demnach zu erwarten, dass dieselben dem Beispiele des Landtags folgen und sich den Böhmen anschliessen würden, falls dies der Landtag thäte. Die Reiterei stand unter dem Kommando zweier Obersten, des Herrn Georg von Náchod und des Herrn von Sedlnický und hatte ihr Quartier bei Brünn. Die Fussknechte dagegen unterstanden dem Befehle Albrechts von Waldstein, des später so berühmt gewordenen Feldherrn, und waren in Olmütz stationirt. Náchod und Waldstein waren Anhänger Ferdinands und als solche bei der Entwicklung

*) Sächs. StA. Thurn an die Direktoren dd. 1. Mai 1619, Znaim.

der Dinge in einer äusserst kritischen Lage, da ihr unmittelbarer Vorgesetzter, der Kardinal, sie ohne Weisungen liess und sie in einigen Tagen auf Befehle von Brünn gefasst sein mussten, die ihnen den Anschluss an Thurn auftrugen, wenn sie nicht vielleicht des Kommando's enthoben wurden. Keiner von beiden wollte sich aber dieser Eventualität aussetzen und beide wollten deshalb den Versuch wagen, die von ihnen kommandirten Truppen für Ferdinand zu retten. Unzweifelhaft wurde durch geheime Boten zwischen beiden der Plan verabredet und ein und derselbe Tag (der 30. April) für die Durchführung bestimmt. 1619

Náchod wollte dem Übereinkommen dadurch nachkommen, dass er an dem bezeichneten Tage den Ausmarsch seines Reiterregiments aus Brünn und der Umgebung anordnete. Als er sich selbst an die Spitze desselben stellte, um es in der Richtung gegen Olmütz zu führen, leistete dieses wohl Gehorsam und folgte seinem Führer bis auf eine gewisse Entfernung von der Stadt. Hier sah sich aber Náchod plötzlich von seinen Offizieren umringt und der Oberstlieutenant Stubenvoll richtete die Frage an ihn, ob er im Auftrage der Stände den Marsch angetreten habe und verlangte, falls dem so sei, die Vorweisung dieses Befehles. Als Náchod in höchster Verlegenheit erwiederte, dass er einem Auftrage des Landeshauptmannes gemäss handle, bestritt Stubenvoll die Auktorität dieses angeblichen Befehles, da die Stände allein über die Verwendung ihrer Truppen zu entscheiden hätten und schimpfte zuletzt den Obersten einen Schelm und Verräther. Die übrigen Offiziere und die Mannschaft billigten Stubenvolls Auftreten und kehrten unter dessen Kommando in ihre früheren Standplätze zurück. Der Oberst aber, allein gelassen und froh, mit dem Leben davon gekommen zu sein, floh nach Wien.*)

Die Nachricht von diesem Ereignisse langte schon Tags darauf in Znaim an, wo Thurn eben mit dem mährischen Adel

*) Skála, III 124 und flgd. — Bernburger Arch. B, IV, $\frac{\text{Vol. XII}}{89}$ Verlauf in Mähren vom 30. April 1619. — Sonst mehrfache Nachrichten im sächs. St. A.

seine Zusammenkunft feierte. Das Misslingen des náchod'schen Anschlags erfüllte alle mit grosser Freude; die Stände beschlossen, ihre Abreise nach Brünn unverzüglich anzutreten, um die Landtagsverhandlungen zu beschleunigen. Thurn benachrichtigte frohlockend die böhmischen Direktoren von dem eingetretenen Umschwunge und forderte sie auf, nur ja rasch ihre Gesandten nach Brünn abzusenden, damit das Bündniss zwischen Böhmen und Mähren endlich zur Wahrheit werde. — Für die Sicherheit der von Znaim abreisenden Edelleute sorgte Herr Peter Sedlnický, der ihnen mit dem grössten Theile seines Reiterregiments das Geleite nach Brünn gab und also von vornherein jede Verbindung mit Waldstein und Náchod aufgegeben hatte.

In Brünn hatten sich mittlerweile wegen des bevorstehenden Landtags der Kardinal Dietrichstein, Fürst Liechtenstein, Karl von Žerotín und ein bedeutender Theil des katholischen Adels eingefunden. Ihre ohnedies gedrückte Stimmung wurde durch den misslungenen Handstreich Náchod's nur noch trüber und sie hielten es für passend, die Gegner durch freundliches Entgegenkommen milder zu stimmen. Als sich der aus Znaim kommende Adel Brünn auf etwa anderthalb Meilen genähert hatte, sah er einen Zug katholischer Edelleute zu seiner Begrüssung aus der Stadt heranziehen und durfte in diesem Schritte weniger einen Akt der Höflichkeit als der Anerkennung seiner beginnenden Herrschaft erblicken. In Brünn angelangt hielten die protestantischen Stände eine kurze Berathung in einem der Stadthäuser, aus dessen Fenstern darauf Herr Ladislaus Welen von Žerotín an die vor dem Hause versammelte Menge die Frage richtete, ob sie mit den Ständen eins sein wolle. Als die Antwort, wie vorauszusehen war, zustimmend lautete, wurden die Stadtthore gesperrt, um einen Ueberfall unmöglich zu machen. Nach dieser Sicherheitsmassregel verfügte sich der protestantische Adel, dem sich mittlerweile die Deputirten verschiedener Städte, namentlich aber die brünner Bürgerschaft angeschlossen hatte, auf den Kohlmarkt und bildeten hier einen grossen Kreis und legten unter freiem Himmel den Eid ab, dass sie mit Gut und Blut ihre Interessen wahren und einander beistehen würden.

Am selben oder am folgenden Tage traf die Nachricht in Brünn ein, dass Waldstein mit seinem Regimente einen ähnlichen Streich wie Náchod durchführen wollte, aber gleicherweise dabei gescheitert sei.

Man weiss aus Waldsteins glänzender Laufbahn, dass seine gewaltthätige Entschlossenheit, die nie etwas von Skrupeln oder Rücksichten wusste, einer der Haupthebel seiner Erfolge war. Sie kam ihm nicht erst auf der Höhe seiner Laufbahn, sondern leitete dieselbe ein. Nachdem er den Entschluss gefasst hatte, sich auf Ferdinands Seite zu stellen, berief er am 30. April Mittags seinen Oberstlieutenant und befahl ihm, sich noch am selben Tage mit neun Fähnlein auf den Marsch zu begeben, er selbst werde ihm mit dem zehnten alsbald nachfolgen. Seine Absicht war, mit dem Regimente die ungarische Grenze zu gewinnen und da einen Pass für die Hilfstruppen, die Ferdinand aus Ungarn erwartete und die zu Dampierre stossen sollten, offen zu halten. Der Oberstlieutenant begab sich auf den Marsch; da er aber Waldstein nicht kommen sah und dessen Absichten vermuthete und durchkreuzen wollte, weil er mit seinen Sympathien auf ständischer Seite stand, kehrte er nach Olmütz zurück. Als er am Abend daselbst ankam, wurde Waldstein über diesen Streich so wüthend, dass er auf den Ungehorsamen lossprengte und ihn mit dem Degen durchbohrte, so dass er todt vom Pferde sank. Diese Entschlossenheit setzte alles in Schrecken, Waldstein ernannte sofort einen zweiten Oberstlieutenant und befahl ihm, mit den neun Fähnlein augenblicklich Olmütz zu verlassen und nach einem bezeichneten Orte abzumarschiren. Der Befehl wurde ohne Zögern ausgeführt.

Als es spät Abends geworden war, verfügte sich Waldstein mit militärischer Assistenz zu dem Beamten, welcher die ständische Kasse in Olmütz in seiner Obhut hatte und verlangte die Herausgabe des gesammten Geldes, das sich auf 96.000 Thaler belief. Da der Beamte sich weigerte dies zu thun, drohte ihm Waldstein mit dem Tode, worauf demselben nichts übrig blieb, als nachzugeben. Das Geld wurde rasch auf einige bereitstehende Wagen geladen und nun trat Waldstein mit dem Reste des Regiments noch in der Nacht den Marsch an, holte die übrige

Mannschaft ein und zog gegen die ungarische Grenze weiter. Als die mährischen Stände, die, wie gleich erzählt werden wird mittlerweile die Herrschaft an sich gerissen hatten, von diesem Streich erfuhren, sandten sie eine Reiterabtheilung dem waldstein'schen Regimente nach, um dasselbe zur Rückkehr zu bewegen. Sechs Fähnchen, die ohnedies nur widerwillig ihrem Obersten gefolgt waren, wurden glücklich ereilt und zurückgebracht, der Rest des Regiments hielt entweder treu zu Ferdinand oder zerstreute sich; Waldstein aber eilte mit dem erbeuteten Gelde nach Wien und stellte es dem Könige zur Verfügung.

Am Tage nach jener feierlichen Eidesleistung begaben sich die mährischen Stände in die Wohnung des Kardinals und frugen ihn, ob er als der vom Landtage für die Landesvertheidigung ernannte General von dem Verrathe Náchods und Waldsteins, der eben ruchbar geworden war, Kenntniss gehabt habe? Bevor der Kardinal noch Zeit gefunden hatte, seine Unschuld zu betheuern, was er mit gutem Gewissen thun konnte, bedrohten ihn einige Edelleute mit dem Schicksale der böhmischen Statthalter und wiesen auf das Fenster, von wo man ihn herunterwerfen würde. Dietrichstein erschrak zu Tode und betheuerte mit aller der Uebertreibung, welche ihm die Angst eingab, dass er keine Ahnung, geschweige denn eine Mitschuld an dem Entschlusse der beiden Obersten gehabt habe. Er war erbötig, sein Amt niederzulegen, damit die Stände ihre Vertheidigung nach Belieben sichern könnten und versprach, sich mit ihnen gegen Jedermann treu und fest verbinden zu wollen. Die demüthigen Versicherungen des sonst so stolzen und herausfordernden Kirchenfürsten beschwichtigten die Mordgedanken, wenn solche ja ernstlich vorhanden waren und die Stände entfernten sich, um Herrn Karl von Žerotín in seinem Hause einen ähnlichen Besuch abzustatten. Hier wiederholte sich die beim Kardinal abgespielte Szene, nur bewahrte Žerotín eine entschlossene Haltung und stellte einfach jede Mitschuld in Abrede. Zuletzt wurde der Fürst von Liechtenstein aufgesucht, Beschuldigungen wurden auch gegen ihn, doch nicht mit gleicher Heftigkeit erhoben und der Abschied gestaltete

ch ziemlich freundlich, da der Fürst nicht nur seine Unschuld etheuerte, sondern auch versprach, dass er fortan mit den tänden auf Leben und Tod verbunden sein wolle und dieses ersprechen mit einem Handschlag besiegelte. *) Jedenfalls gelten die Stände noch am selben Tage ihr Verhalten gegen iechtenstein in freundlicherer Weise als gegen den Kardinal nd gegen Žerotín, denn während sie den ersteren seiner Freieit nicht beraubten, verhängten sie über die beiden letzteren m Abend einen Hausarrest und liessen sie in ihrer Wohnung durch eine Abtheilung Musketiere überwachen. Als Dietrichstein von dieser Massregel in Kenntniss gesetzt wurde, wiederholte sich die frühere Jammerszene, er klagte und weinte nnd erbot sich, ausser Landes zu gehen, nach Italien oder wohin man sonst wolle; allein er erreichte dadurch keine Aenderung seines Schicksals. Würdig benahm sich Žerotín; er liess die Haft ruhig über sich ergehen und warnte nur die Gegner vor einer Verletzung der ständischen Freiheiten, indem sie so nur gegen sich selbst wütheten.

Von diesem Augenblick an hatte übrigens Žerotín seine Rolle ausgespielt, er gehörte nun zu den politisch Todten. Er hatte mit seltener Ausdauer den Frieden zu erhalten und die Gegensätze zu versöhnen gesucht, unbekümmert darum, dass er sich die Sympathien seiner Partei entfremdete und sich dem Verdachte aussetzte, als ob er ein Verräther an der eigenen Ueberzeugung geworden wäre. Nachdem es zum äussersten gekommen war und die Parteien nur auf ihren gegenseitigen Untergang abzielten, war seine Friedensmission zu Ende. Seine wahre Neigung und sein religiöses Bekenntniss hätte ihn jetzt den Protestanten in die Arme führen müssen, er wollte aber nichts von dieser Verbindung wissen. Ob seine

*) Skála, III, — Bernburger Arch. B. IV, Vol. XII. Verlauf in Mähren vom 30. April 1619. — Sächs. StA. Höens Schreiben an die österreichischen Stände über seine Verrichtung in Mähren dd. 14. Mai, Wien 1619. — Ebend. Bericht über die neuesten Vorgänge in Brünn, verfasst von einem Vetter des Grafen Heinrich Mathias Thurn (B. XII fol. 415—16). D'Elvert, Beitrag zur Geschichte der Rebellion, Reformation u. s. w. Bd. I. S. 14.

Ueberzeugung von der Verwerflichkeit der Gründe, die zum Aufstande geführt hatten, so tief war, dass sie durch nichts erschüttert werden konnte oder ob er vielleicht den neuen Familienbanden, in die er durch eine Heirat mit dem waldsteinschen Geschlechte gerathen war, zu sehr Rechnung trug, wer mag dies wissen? Jedenfalls gehörte er jetzt zur Partei des Königs, aber nicht mehr wie früher als thätiges Mitglied in dessen Rathe, sondern als stummer Schützling. Ferdinand, von den Ständen auf das äusserste bedroht, brauchte keine Vermittler mehr, sondern energische Feldherren, und als der Sieg sich für ihn erklärt hatte, brauchte er nur Untersuchungsrichter und Reformationscommissäre, die dem zu Boden liegenden Gegner vollends den Kopf zertraten. Damit kam dann die Zeit für Dietrichstein, um sich an jenen zu rächen, die seine Demüthigung gesehen und seiner weibischen Thränen gespottet hatten; für Žerotín kam aber der Moment, wo er das Antlitz der Menschen floh und zu täglich neuer Pein sich die Frage vorlegte, ob seine Parteinahme nicht mehr eine Folge eitler Ueberschätzung und unberechtigter Nachgiebigkeit als gewissenhafter Prüfung gewesen sei.

So stürzte auch in Mähren der Rest des habsburgischen Ansehens zusammen. Das Land, welches bisher durch die dem dynastischen Interesse ergebenen obersten Beamten mit Mühe von der Betheiligung an dem Aufstande zurückgehalten worden war, war jetzt entschlossen, sich eine eigene Regierung zu geben und seine Kräfte in die böhmische Wagschale zu legen. Kaum gab es einen Menschen, der nach diesem Umschwunge die Sache Ferdinands nicht verloren gab, ja Dietrichstein verstieg sich in seinem Gefängnisse schon zu Vorwürfen gegen den König. In seinen Briefen, die er fast täglich nach Wien abschickte, tadelte er die Eigenmächtigkeit Waldsteins auf das heftigste, brandmarkte die Beschlagnahme des Geldes als eine frevelhafte Handlung, missbilligte den Angriff, den Ferdinand mit Dampierre's Truppen gegen Mähren zu beabsichtigen scheine, verwarf dessen aggressive Politik, deren nunmehr am Tage liegenden traurigen Resultate er vorausgesehen und prophezeit zu haben behauptete und verlangte, dass Ferdinand augenblicklich das von Waldstein geraubte Geld ersetze, damit

nicht das äusserste eintrete und nicht unschuldiges Blut — mit welcher Umschreibung er zunächst nur das seinige meinte — vergossen werde. Er war sogar erbötig, selbst die 96000 Thaler den Ständen zu ersetzen, wenn Ferdinand sie ihm wenigstens vorstrecken würde. Der letztere wurde durch die Jammerbriefe des Kardinals in eine arge Verlegenheit gesetzt; sein Verstand musste ihm sagen, dass jetzt auch Mähren verloren und das von Waldstein erbeutete Geld das einzige sei, was ihm von diesem Lande übrig geblieben und nun sollte er es hergeben und den Gegnern selbst die Mittel zum weitern Kampfe bieten? In seinem Zweifel befragte er seine Räthe um ihr Gutachten; einige empfahlen ihm, den Bitten des Kardinals Gehör zu geben, Eggenberg widersprach. Der König entschied sich für die Meinung der ersteren und schrieb an den gefangenen Kirchenfürsten, dass das betreffende Geld zur Disposition der mährischen Stände stehe und sie es von Wien abholen lassen könnten. Ein Vetter des Kardinals, Graf Dietrichstein, besorgte darauf auf eigene Gefahr den Transport des Geldes und machte dadurch der Angst des Gefangenen ein Ende.*)

Die eigentlichen Berathungen der mährischen Stände, die sich am 4. Mai als förmlicher Landtag konstituirten, begannen damit, dass sie einige missliebige Personen von der Verwaltung der obersten Landesämter entfernten und sich der Regierungsgewalt vollends bemächtigten. Der erste, der dem Hasse der Stände zum Opfer fiel, war der Landeshauptmann Ladislaw von Lobkowitz, der zugleich das Versprechen geben musste, sich ohne Vorwissen der Stände nicht aus Brünn entfernen zu wollen. Nachdem der Kardinal auf sein Generalat und die Verwaltung der ständischen Kasse Verzicht geleistet hatte, trafen die Stände auch in dieser Beziehung die nöthigen Vorkehrungen. Mit dem Kommando über die einzelnen Regimenter

1619

*) Wiener St. A. Boh. Dietrichstein an Ferdinand dd. 3., 6. und 7. Mai 1619. — Ebend. Ferdinand an Dietrichstein dd. 8. Mai 1619. — Simancas $\frac{712}{84}$ Oñate an Philipp dd. 19. Mai 1619. — Sächs. St. A. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{16.}{26.}$ Mai 1619.

wurden neben Sedlnický die Herren Friedrich von Tiefenbach und Ladislaw Welen von Žerotín betraut; der erstere reorganisirte das waldstein'sche Regiment, der letztere das náchod'sche. Hierauf wurde beschlossen, die Jesuiten, die auch in Mähren angesiedelt waren, für alle Zukunft aus dem Lande zu verbannen. Am folgenden Tag erschien eine ständische Kommission unmittelbar vor dem Mittagsmahle im Jesuitenkollegium, theilte den Vätern den über sie gefassten Beschluss mit und forderte sie auf, alsbald den Wanderstab zu ergreifen. Als ihnen die Bitte, man möge sie wenigstens die Mahlzeit abhalten lassen, abgeschlagen wurde, griffen sie ohne weiteres Zögern zu Hut, Mantel und Stab und zogen paarweis aus der Stadt hinaus. Kaum waren etwa anderthalb Stunden seit ihrem Abzuge verflossen, als in dem ihnen gehörigen und in der Vorstadt gelegenen Hofe Feuer ausbrach, das sich rasch über die benachbarten Häuser ausbreitete und an 100 derselben in einen Schutthaufen verwandelte. Natürlich klagte man die Jesuiten an, dass sie das Feuer angelegt und so Rache für ihre Behandlung genommen hätten. Die Stände schickten ihnen eine Reiterabtheilung mit dem Befehle nach, nach Brünn zurückzukommen, um sie über ihre etwaige Mitschuld auszuforschen. So kamen die Väter schon nach einigen Stunden wieder in die Stadt zurück und mussten sich einem längeren Verhöre unterziehen. Da dasselbe aber für die erhobene Beschuldigung keinen Anhaltspunkt lieferte, so wurden sie noch am selben Tage entlassen und traten darauf endgiltig ihre Abreise an.*)

Nachdem die Stände auf diese Weise diejenigen Angelegenheiten besorgt hatten, welche am dringendsten eine Ordnung zu erheischen schienen, zogen sie ihr künftiges Verhältniss zu Böhmen und zu dem gegen Ferdinand gerichteten Aufstande in Berathung. Schon am 4. Mai hatte sich bei ihnen im Auftrage der protestantischen Stände von Ober- und Niederösterreich ein Abgesandter (Maximilian Höen) eingefunden und sie um ein Bündniss ersucht; am 6. trafen zu gleichem Zwecke

1619

*) Sächs. St. A. Bericht der böhm. Gesandten an die Direktoren dd. 9. Mai 1619. — Skála III, 132. Letzterer gibt das Datum für die Abreise der Jesuiten falsch (um 2 Tage zu früh) an.

zwölf Abgesandte aus Böhmen ein, an deren Spitze sich der Präsident der Direktorialregierung Wenzel Wilhelm von Ruppa befand. Am 8. Mai wurde die böhmische Deputation in feierlicher Audienz im Landhause empfangen, bei welcher Gelegenheit Ruppa das Wort führte und die Stände zum Anschluss an Böhmen und zur Vereinigung ihres Kriegsvolkes mit dem böhmischen aufforderte. Seine Ansprache beantwortete der mährische Oberstlandkämmerer dahin, dass die Stände unverzüglich den Vorschlag in Erwägung ziehen würden; im übrigen versicherte er die Böhmen der innigsten Freundschaft. *)

Zwei Tage nach dieser Audienz organisirten die Stände ihre Regierung nach böhmischem Muster, indem sie dieselbe 30 Direktoren anvertrauten; 12 gehörten dem Herren-, 12 dem Ritterstande an, 6 wurden aus der Bürgerschaft gewählt. Am folgenden Tage wurde den böhmischen Deputirten die Antwort ertheilt, dass die Mährer bereit seien, mit ihnen in ein Bündniss zu treten und ihre Truppen mit den böhmischen zu vereinigen. Eine gleiche Zusage wurde dem österreichischen Gesandten gegeben. So hatte sich auch Mähren dem Aufstande angeschlossen und seine Kräfte gegen Ferdinand in die Wagschale geworfen.**)

III

Von böhmischer Seite war man entschlossen, die mährische Allianz unmittelbar zu einem Angriff auf das Erzherzogthum

*) Skála III, 133 lässt bei der Audienz der böhmischen Gesandten auch den Grafen Thurn zugegen sein und erzählt dann mit vielen Details, es wäre bezüglich Dietrichsteins und Žerotíns, die auch im Landtage anwesend gewesen seien, bald eine zweite Auflage des Fenstersturzes erfolgt, derselbe aber durch Thurns Intervention verhindert worden. Die ganze Erzählung scheint auf einem falschen Gerücht zu beruhen. Über die gleichzeitigen Vorgänge stehen uns sehr zahlreiche Korrespondenzen zu Gebote, von denen keine etwas von diesem doch so wichtigen Vorfalle weiss; ferner scheint Thurn gar nicht nach Brünn gekommen zu sein, gewiss war er am 8. Mai, auf welchen Tag Skála dieses Ereigniss verlegt, nicht in Brünn, sondern in Tasswitz bei Znaim, wie ein von ihm am selben Tage verfasster Brief (im sächsischen Staatsarchiv) beweist.

**) Sächs. St. A. Höens Bericht an die österreichischen Stände dd. 14. Mai 1619. — d'Elvert Beiträge Bd. I, S. 20.

Oesterreich zu verwerthen, nachdem man mit dessen Ständen seit Monaten mannigfache Verbindungen angeknüpft hatte, die nun ausgenützt werden sollten. Da die Entfremdung zwischen dem protestantischen Theil der Stände und dem Könige Ferdinand mittlerweile grosse Dimensionen angenommen hatte, so war die Hoffnung auf einen raschen und vollständigen Sieg nur zu berechtigt.

Die ersten Regierungsmassregeln, die Ferdinand unmittelbar nach dem Tode des Kaisers Mathias vornahm, betrafen Niederösterreich. Er beauftragte den Landmarschall Ursenbeck, 1619 die Stände für den 21. März auf das Landhaus zu berufen, und wiewohl derselbe sich hiezu nicht für befugt hielt, weil sein Amt mit dem Tode des Kaisers erloschen war, fügte er sich doch dem Verlangen und lud die Stände zu einer Sitzung ein. Katholiken und Protestanten folgten der Einladung, doch verwahrten sich die letzteren dagegen, dass dieselbe von dem Herrn von Ursenbeck ausgegangen sei, weil er dazu keine Berechtigung habe und die Berufung in diesem Falle von „den Verordneten“ hätte geschehen sollen. Ferdinand, der von dieser Verwahrung benachrichtigt wurde und sie gerechtfertigt fand, suchte durch ein freundliches Auftreten der Missstimmung unter den Protestanten zu begegnen. Er versprach ihnen, dass er ihren Wünschen genügen wolle und ersuchte dagegen, dass sie sich in Gemeinschaft mit den Katholiken zur Entgegennahme einiger Mittheilungen in der Burg einfinden möchten.

Schon der heftig auflodernde Streit um die unbedeutende Formfrage deutete an, dass die Protestanten zu einem entschiedeneren Auftreten als bisher entschlossen seien und es zeigte sich dies schon am folgenden Tage, als einige aus ihrer Mitte jede Gemeinschaft mit den Katholiken und folglich auch jedes gemeinsame Erscheinen bei Hofe ablehnten, so lange ihren Glaubensbeschwerden nicht abgeholfen sein würde. Dem inständigen Zureden des Herrn von Ursenbeck gelang es indessen, sie von ihrer Opposition abzubringen, so dass sie sich am 1619 25. März bei der anberaumten Audienz einfanden. In dem Empfangssaale der Burg wurde ihnen in Ferdinands Gegenwart von dem Bischofe von Lavant die Mittheilung gemacht, dass

Erzherzog Albrecht, der Erbe des verstorbenen Mathias, verschiedener Gründe wegen nicht nach Wien kommen könne und deshalb in Voraussicht dieses Falles schon bei Lebzeiten des Kaisers eine Vollmacht ausgestellt habe, durch die er seinen vielgeliebten Vetter den König Ferdinand mit der Regierung über Oesterreich betraute. Ferdinand ergriff nun selbst das Wort, indem er den Ständen die Berücksichtigung dieser Mittheilung empfahl und ihnen darauf eine schriftlich verfasste Proposition überreichte, deren Berathung der nächste Gegenstand ihrer Thätigkeit sein sollte.

Die Stände beider Religionsparteien verfügten sich ins Landhaus und hörten da die Verlesung der von dem Erzherzog Albrecht zu Gunsten Ferdinands ausgestellten Vollmacht und der Proposition des letzteren an, in der sie zur Leistung der herkömmlichen Huldigung für Albrecht aufgefordert wurden. Die Einleitung der entsprechenden Verhandlung unterbrach Herr Hans Jörger, indem er im Namen seiner protestantischen Glaubensgenossen erklärte, dass dieselben mit den Katholiken nicht gemeinsam verhandeln würden, so lange ihren Religionsbeschwerden nicht vollständig abgeholfen sein würde. Die Protestanten waren entschlossen, die Thätigkeit des Landtags und den Gang der Administration durch die Nichtanerkennung der von Albrecht ausgestellten Vollmacht zu stören, um auf diese Weise zum Siege zu gelangen. In keinem entscheidenderen Augenblicke konnten sie ihre Opposition ins Werk setzen, als in dem gegenwärtigen, denn jedenfalls musste eine schwere Verwirrung einreissen, wenn die Frage, wem die Regierung in Oesterreich gebühre — gleichgiltig, ob mit Recht oder Unrecht — zu einem Gegenstand des Streites wurde. Nach der Erklärung Jörgers erhoben sich die Protestanten und entfernten sich in einen andern Saal des Landhauses. Der niederösterreichische Landtag war zerrissen und einigte sich fortan nur in Ausnahmsfällen zu Gesammtsitzungen.[1])

Schnelligkeit in der Fassung der Beschlüsse und darauf folgendes rasches Handeln war im 17. Jahrhunderte nicht Sache

[1]) Sächs. St. A. Was nach Mathias' Tode im Landhaus vom 20.—25. März fürgegangen. Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{\text{6. Apr.}}{\text{27.März}}$ 1619.

der politischen Parteien und so dürfen wir uns nicht wundern, dass die Protestanten vorläufig sich einige Ruhe gönnten und

1619 die weitere Berathung und Beschlussfassung auf den 15. April verschoben, angeblich um sich in grösserer Vollzähligkeit zu versammeln, thatsächlich aber, weil sie sich wahrscheinlich mit den Oberösterreichern in's Einvernehmen setzen wollten. Die Katholiken, die von diesem Beschlusse in Kenntniss gesetzt wurden, hätten wohl für sich allein auf die Proposition Ferdinands antworten und sich zur Huldigung erbieten können; allein sie unterliessen dies auch und vertagten ihre weiteren Berathungen gleichfalls bis zum 15. April.*)

Während man in Wien dem Wiederbeginn der ständischen Berathungen nicht ohne Misstrauen und Sorge entgegensah, nahmen die Berathungen des oberösterreichischen Landtages, der in Linz seit Anfang April zusammengetreten war, eine höchst bedeutsame Wendung, die jedenfalls den grössten Einfluss auf das weitere Verhalten der niederösterreichischen Protestanten gewinnen musste. In Linz erfreuten sich die Herren von Tschernembl und Gotthard von Starhemberg des grössten Einflusses und wie sie schon im Jahre 1608 den damaligen Streit zwischen Rudolf und Mathias zum Verderben der herrschenden Dynastie auszunützen gedachten, so wollten sie auch die jetzigen Verhältnisse dazu benützen, um sowohl ihre Glaubensinteressen wie ihre Macht und Bedeutung auf Kosten der landesfürstlichen Rechte sicherzustellen. Tschernembl empfahl zu diesem Zwecke seinen Standesgenossen, sich der Regierung unter dem Vorwande zu bemächtigen, dass der Erzherzog Albrecht, der wahre Erbe, ausser Landes sei und keine Mittelsperson in diesem Falle befugt sei, anstatt der Stände die Regierung bis zur Ankunft des Erbherrn zu führen. Offenbar hatte er diesen Plan schon bei Mathias' Lebzeiten entworfen, denn unmittelbar nachdem die Nachricht von dem Ableben des Kaisers nach Linz gelangt war, traf der von ihm beherrschte ständische Ausschuss Anstalten, um die Regierung

*) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 22. April 1619. Ebend. Aus Wien dd. 23. April 1619. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{4.}{14.}$ April. — Ebend. Aus Wien dd. 15. April 1619.

des Landes in seine Hand zu nehmen, indem er die erzherzoglichen Beamten in Linz zur Übergabe des Schlosses aufforderte. Diesen eigenmächtigen Schritt rechtfertigte Tschernembl später durch ein eigenes Gutachten, in dem er aus dem Verlaufe der österreichischen Geschichte den Nachweis zu liefern suchte, dass die Stände nach dem Ableben mehrerer Fürsten an der Verwaltung einen hervorragenden Antheil genommen hätten. Wer indessen das Unfertige, Zusammenhanglose und Widersprechende der mittelalterlichen Verfassungen kennt, weiss, dass sich in ihnen häufig genug Beweise für die entgegengesetzten Rechtsanschauungen und Auffassungen finden, so dass die Gründe, die Tschernembl für seine Behauptungen anführte, mit nicht minder gewichtigen Gegengründen bekämpft werden konnten.

Gleichzeitig mit der faktischen Besitzergreifung der Regierungsgewalt hatte der oberösterreichische Ausschuss einen Landtag auf den 2. April ausgeschrieben und hievon den König Ferdinand mit der Aufforderung verständigt, dass er Kommissäre an denselben abordnen solle, falls er etwas bei den Ständen anzubringen habe. Ferdinand folgte der Einladung, indem er die Herren Georg von Teufel und Nikolaus von Grünthal nach Linz abschickte und durch dieselben den Ständen die Mittheilung machen liess, dass er von dem Erzherzog Albrecht zu seinem Stellvertreter und Plenipotentarius ernannt worden sei und dem zu Folge von ihnen die Huldigung begehre. Mit Ausnahme des Prälatenstandes gab es jedoch Niemanden auf dem Landtag, der dieser Forderung Gehör gegeben oder sie gar unterstützt hätte. Man bekräftigte sich vielmehr wechselseitig in den Ansprüchen an die Leitung der Geschäfte und that in dieser Richtung einen entscheidenden Schritt durch die Wahl eines Landeshauptmanns, dem nicht nur die Verwaltung des Landes, sondern auch die Aufsicht über die Kammergüter übertragen wurde. Die Wahl zu diesem Amte traf den Herrn von Pohlheim, der die Stelle eines Landeshauptmanns unter Mathias bekleidet hatte und vorläufig auch von Ferdinand hiezu designirt war, so dass die Stände dadurch ihrer Opposition einigermassen den scharfen Stachel benahmen. Die Prälaten, die diese eigenmächtigen Schritte und vor allem die neu eingerichtete Verwaltung nicht anerkennen wollten,

1619

sonderten sich von den übrigen Ständen ab und so war auch in Oberösterreich die Trennung im Landtage zur Thatsache geworden.

War schon zu erwarten, dass dieses entschlossene Vorgehen der Oberösterreicher auf die Niederösterreicher einen bedeutenden Eindruck ausüben werde, so musste derselbe noch verstärkt werden, wenn sie Kunde von der Haltung bekamen, die man in Linz in dem böhmischen Streite einzunehmen gedachte. Die Niederösterreicher hatten in ihren Zuschriften an Mathias aus ihren Sympathien für Böhmen kein Hehl gemacht, die Oberösterreicher bezeugten dieselben jetzt durch die That. Ferdinand hatte seinen Kommissären auch den Auftrag gegeben, den Landtag in Linz um freien Durchzug für seine Truppen, die er gegen Böhmen verwenden wollte, zu ersuchen. Welches Schicksal seine Bitte haben würde, zeigte die herzliche Aufnahme der böhmischen Gesandten, des Herrn Radslaw d. j. Wchýnský und des Peter Miller von Milhausen, welche gleichzeitig in Linz eintrafen und die Stände um den Anschluss an Böhmen ersuchten. Man war bereit, dieser Bitte nachzugeben, beschloss deshalb die Vervollständigung der Rüstungen und betraute den Herrn Gotthard von Starhemberg mit der Leitung des gesammten Heerwesens. Als Ferdinand von diesen Beschlüssen hörte, verwies er den Oberösterreichern ihre Eigenmächtigkeit, bewirkte aber damit nichts anderes, als dass sie ihm Tags darauf erwiederten, sie seien bereit, die Sache der Böhmen als eine gerechte bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen.

Man konnte sich in Linz vernünftigerweise keine Hoffnung machen, dass Ferdinand sich zur Anerkennung der neu eingerichteten Regierung herbeilassen werde. Wenn man sich dennoch zur Wahl einer Deputation entschloss, die dieses Ansuchen persönlich an ihn stellen sollte, so war man dabei hauptsächlich von der Absicht geleitet, mit den niederösterreichischen Ständen in Verbindung zu treten und sie zu einem gleich energischen Auftreten aufzufordern. Als diese

*) Skala III. 115 u. flg. — Sächs. StA. 7170 Buch x Fol. 305. Zeidler an Kursachsen dd. 27. März a. St. 1619 Wien. — Ebend. Buch XII. Fol. 76. Zeidler an Kursachsen dd. 4. April a. St. 1619 Wien.

)eputation, an deren Spitze sich Herr Karl Jörger befand, in
Vien eintraf, fand sie die niederösterreichischen Stände bereits
wieder versammelt. Noch bevor sich die Deputation Zutritt zu
lem Könige verschafft hatte, um demselben ihr Anliegen vorzu-
ragen, ersuchte sie den niederösterreichischen Landtag um die
Gewährung einer Audienz, welchem Begehren willfahrt wurde,
o dass die getrennten Stände am 23. April einer gemeinsa- 1619
nen Sitzung beiwohnten. Herr Jörger, der das Wort führte,
leutete die Stellung an, welche die Stände sämmtlicher habsbur-
gischen Länder in der böhmischen Streitfrage einnehmen sollten:
von jedem weitern Kampfe sollte abgesehen werden und die
Stände von Oesterreich, Mähren und Ungarn sich zusammen-
hun, um Ferdinand zum Frieden zu mahnen und die Vermitt-
ung in die Hand zu nehmen. Am Schlusse theilte Jörger
nit, dass sich die Stände in Linz der Regierungsgewalt be-
nächtigt hätten, weil sie hiezu durch ähnliche Vorgänge in
lterer Zeit berechtigt seien. Seine Auseinandersetzung ent-
hielt zwar nicht die Aufforderung an Niederösterreich zu einem
ähnlichen Vorgehen, allein sie liess keine andere Deutung zu.

Zwei Tage später übermittelte die linzer Deputation den
niederösterreichischen Protestanten eine zweite Botschaft, die
ls an die eng verbundenen Freunde gerichtet sich offen über
ie einzuhaltende Politik aussprach und so den protestantischen
)perationsplan enthüllte. Nachdem im Eingange der Bot-
chaft die Niederösterreicher aufgefordert wurden, auf ihren
eligiösen Forderungen zu beharren und die Huldigung nicht
u leisten, so lange ihre sämmtlichen Freiheiten nicht sattsam
esichert wären, schloss sich an diese Mahnung die Metthei-
ng, dass man in Oberösterreich einen Bund mit Böhmen ab-
eschlossen (d. h. ihnen eine bestimmte darauf bezügliche Zu-
ge gethan) habe. Man möge es den Oberösterreichern nicht
rübeln, wenn sie mit diesem Entschlusse nicht auf Nieder-
terreich gewartet, sondern eilig die von den Böhmen zum
indnisse gebotene Hand erfasst hätten und nun in gleichem
nne auf Ungarn und Mähren einwirkten. Um diesem Bünd-
sse die nöthige Kraft zu geben, sollten sich die Niederöster-
icher demselben anschliessen und rasch die nöthigen Rüstun-

gen anstellen.*) — Man sieht, in welcher Weise Tschernembl — denn nur nach seinen Entwürfen wurde diese zweite Botschaft verfasst — das weitere Vorgehen der Stände regeln wollte, und wie er bereits auf Anwendung von Gewaltmitteln bedacht war. Man begreift demnach auch die Besorgnisse, die man auf oberösterreichischer Seite hatte, dass dieser Operationsplan ruchbar werden könnte, und deshalb war die Mittheilung desselben von der Bitte um Geheimhaltung begleitet. Herr von Traun, den die niederösterreichischen Protestanten zum Präsidenten in ihren Berathungen gewählt hatten, erwiederte der linzer Deputation, dass man ihre Vorschläge in Berathung ziehen werde.

Wenige Augenblicke darauf fand sich die Deputation bei Ferdinand ein, um ihrem Auftrage gemäss den König um die friedliche Beilegung des böhmischen Streites und um die Anerkennung der von den Ständen eingerichteten Regierung zu ersuchen. Auf den ersten Wunsch erwiederte Ferdinand, dass er alle Zeit Frieden gesucht und zu diesem Ende nach des Mathias Tode wiederholt nach Böhmen geschrieben habe, von den dortigen Ständen aber keiner Antwort gewürdigt worden sei. Er sei demnach berechtigt, auch seine „Schanze" wahrzunehmen und das zu thun, was zur Erhaltung seiner Rechte nothwendig sei. Die Oberösterreicher wurden demnach mit ihrer Friedensvermittlung abgewiesen und nicht besser ergieng es ihnen mit ihrem Wunsche nach Anerkennung der von ihnen errichteten Regierung. Ferdinand vermied es zwar, dieselbe als ungesetzlich und revolutionär zu bezeichnen, aber er verweigerte ihre Anerkennung mit der Bemerkung, dass so wie er den ständischen Freiheiten keinen Abbruch thun wolle, so werde er auch nichts billigen, was seinem Hause zum Nachtheile gereichen könnte.**)

Wie sehr die Oberösterreicher auf diese abschlägige Antwort gefasst waren, ergiebt sich daraus, dass sie, ohne sie zu erwarten, auf der Bahn der selbständigen Leitung ihrer Ange-

*) Sächs. StA. Der oberösterr. Stände andere Audienz bei den niederösterr. evangel. Ständen dd. 25. April 1619.

**) Sächs. StA. Der oberösterr. Deputation erste Audienz bei Ferdinand dd. 25. April 1619.

legenheiten entschlossen vorwärts gingen. Ihr Kriegsoberster Gotthard von Starhemberg liess sich die Anwerbung frischer Truppen angelegen sein und traf gleichzeitig Anordnungen bezüglich der Aushebung und Musterung des allgemeinen Landesaufgebotes, das man unter die Fahnen berufen wollte. Im Einverständnisse mit den Ständen ordnete er gegen Ende April 300 Mann nach Böhmen ab, welche das Kloster Hohenfurt besetzten, um von diesem Posten aus den Zuzug des Kriegsvolkes, das Ferdinand in Deutschland werben liess, zu verhindern. Gleichzeitig liess er alle Pässe in Oesterreich besetzen, um auch da den Einmarsch fremder Truppen, die etwa aus Tirol vorrücken konnten, zu erschweren. Er traf mit einem Worte solche Massregeln, die keinen Zweifel aufkommen liessen, dass zwischen den böhmischen und den oberösterreichischen Parteihäuptern eine vollständige Einigung erzielt sei. Mit den böhmischen Generalen Thurn und Hohenlohe trat er in die vertrautesten Beziehungen und berichtete an den ersteren, wie sympathisch man in Niederösterreich das entschlossene Auftreten des linzer Landtages begrüsse und dass man daselbst wünsche, er (Starhemberg) möge mit seiner Mannschaft vorrücken und sich der Städte Krems und Stein bemächtigen.*) Er könne dies jedoch nicht thun, weil er dadurch andere Pässe entblössen und dem fremden Kriegsvolk den Zugang nach Oesterreich eröffnen würde. An Thurn sei es deshalb, mit möglichster Eile nach Niederösterreich vorzurücken, wo man seiner wie eines Messias harre. Gegen Hohenlohe drückte Starhemberg den Wunsch nach einer Zusammenkunft aus, um ein völliges Einverständniss in politischer und militärischer Beziehung herbeizuführen. In seinem Feuereifer riet er ihm, den Obersten Saldern bei seiner Truppenwerbung zu unterstützen, da er gewiss sein könne, dass ihn die Niederösterreicher mit seiner ganzen Mannschaft in Dienst nehmen würden. Thatsächlich bemühte sich der genannte Oberst um diese Zeit um die Anwerbung von 3000 Mann zu Fuss und 500 Reitern.**)

---

*) Sächs. StA. Starhemberg an Thurn dd. 28. April 1619; Starhemberg an Hohenlohe dd. 28. April 1619.

**) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. $\frac{\text{23. April}}{\text{3. Mai}}$ 1619.

Ferdinand, der von allen auf sein Verderben abzielenden Massregeln einige, wenn auch unvollkommene Kenntniss hatte und wusste, dass der eigentliche Leiter der oberösterreichischen Stände Herr von Tschernembl sei, wollte den Versuch machen, ob sich derselbe nicht gewinnen lasse und lud ihn deshalb zu einer Besprechung nach Wien ein. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die freundliche Art und Weise, die Ferdinand in seinem persönlichen Auftreten charakterisirte, auf Tschernembl ihren Eindruck nicht verfehlt und ihn vielleicht von der Verfolgung seiner politischen Pläne abgehalten hätte. Nicht aus Besorgniss für die eigene Sicherheit, sondern aus Misstrauen gegen die treuherzigen Manieren Ferdinands mag deshalb Tschernembl die Einladung abgelehnt haben. Er liess sich aber die Gelegenheit nicht entgehen und richtete einen Mahnbrief an Ferdinand, worin er ihn zur Aenderung seiner bisherigen Politik aufforderte: er sollte alle weiteren Werbungen einstellen, sein Volk abdanken und Ausschüsse aus allen Ländern zu sich einladen, denen er die Vermittlung in dem böhmischen Streit ruhig anvertrauen könnte. Seine Zeit werde vollauf durch die böhmische Frage in Anspruch genommen werden und deshalb solle er, schon um sich zu entlasten, auf die Regierung von Oesterreich, die ihm zur Zeit ohnedies nicht gebühre, Verzicht leisten. *)

Wenige Tage später glaubte Tschernembl den Eindruck dieses Schreibens durch ein zweites — das an Umfang einer Abhandlung gleichkam — vervollständigen zu müssen, in dem er die Frage, wem die Regierung jetzt gebühre, ausführlich erörterte. Er behauptete, dass die Stände nur verpflichtet seien, ihrem Erbherrn, also dem Erzherzog Albrecht zu gehorchen, zur Anerkennung einer bevollmächtigten Mittelsperson seien sie dagegen nicht verpflichtet, abgesehen davon, dass die Vollmacht von Erzherzog Albrecht ohne ihr Mitwissen ausgestellt worden und es auch fraglich sei, ob derselbe nach dem Tode des Kaisers nicht andern Sinnes geworden sei. Im Interesse der regierenden Dynastie liege es, dass die Regierung des Landes im Falle der Minorennität des

---

*) Tschernembl an Ferd. II. dd. 11. Mai 1619. Kopie im brünner Archiv.

Herrschers oder bei seiner Verhinderung von den Ständen und nicht von einer dritten Person geführt werde. — Auf den böhmischen Streit übergehend empfahl er dem Könige nochmals die unverzügliche Berufung der ständischen Ausschüsse aus allen seinen Ländern, unter deren Beihilfe Ausgleichsverhandlungen in Wien eingeleitet werden könnten, deren glückliches Resultat durch entsprechende Massregeln, wie die Entlassung des Kriegsvolkes und die Ausdehnung der Religionsfreiheit auf Steiermark, Kärnthen und Krain wesentlich gefördert werden würde. Ferdinand würde sich da durch nicht bloss die Herrschaft über alle seine Länder sichern, sondern auch zur Kaiserkrone gelangen. Das ganze Schreiben durchdringt ein solcher Ton der Ueberzeugung, dass man fast meinen könnte, Tschernembl habe das Gelingen seines Planes für möglich gehalten, nämlich die Schaffung eines protestantischen Staates unter einem katholischen Oberhaupte.*)

Noch wusste Ferdinand nicht, dass er mit der Berufung Tschernembls eine Fehlbitte gethan hatte, als ihm die Nachricht zukam, dass die Oberösterreicher Hohenfurt besetzt hätten und damit thatsächlich in die Reihe seiner Gegner getreten seien. Er berief desshalb die linzer Deputation, die noch immer in Wien weilte, zu sich und klagte im Tone eines beleidigten Vaters, dass er eine derartige Feindseligkeit „um sie nicht verdient habe, da er ihnen sein Leben lang“ nichts zuwider gethan. Er wollte den feindseligen Schritt nicht als einen definitiven Bruch, sondern als eine unbedachte Uebereilung ansehen und bat die Deputation, ihren Einfluss anzuwenden, dass derselbe wieder rückgängig gemacht werde.*)

Mittlerweile hatten auch die niederösterreichischen Protestanten das Beispiel und die Rathschläge ihrer linzer Standesgenossen beherzigt und seit ihrer abermaligen Zusammenkunft in Wien den König mit verschiedenen Bitten behelligt, deren jede einzelne nur eine feindliche Deutung zuliess. So verlangten auch sie, Ferdinand möchte von allen weiteren Rüstungen ab-

*) Tschernembl an Ferd. dd. 20. Mai 1619. Archiv des k. k. Minist. des Innern.

*) Sächs. StA. Antwort Ferdinands in der zweiten Audienz dd. 3. Mai 1619. Antwort Ferd. in der dritten Audienz dd. 7. Mai 1619.

lassen, die aus Ungarn im Anzuge befindlichen Truppen wie
zurückschicken und überhaupt alles in Oesterreich stehe
Kriegsvolk entlassen. Um dieselbe Zeit fassten sie
Beschluss, das gewünschte Bündniss mit Böhmen einzuge
und schickten deshalb Gesandte nach Mähren, um dieses L
zu einem ähnlichen Vorgehen zu veranlassen, weil
glaubten, dass Mähren an Ferdinand festhalten wolle,
thatsächlich nicht mehr der Fall war. Maximilian H
sollte in Brünn die Versicherung abgeben, dass Oes
reich kraft der vor elf Jahren abgeschlossenen Conföders
bereit sei, wie ein Mann aufzustehen und Mähren bei sei
Freiheiten zu schützen, dagegen eine gleiche Hilfeleistung
lange. Es klang diese Versicherung wie eine Einlad
dass die Mährer ihr Kriegsvolk nach Oesterreich schic
und den Grafen Thurn bei seinem Zuge dahin unterstüt
sollten.*) Auch Ungarn suchten die Niederösterreicher für
ähnliches Vorgehen zu gewinnen: Zacharias Starzer wurde n
Pressburg geschickt und sollte sich dort beim Palatin ü
die Hilfe beschweren, die man Ferdinand durch Gestatt
von Werbungen zukommen lasse.**) Da von ihm keine g
stigen Berichte einliefen, ***) beschloss man in Wien die ras
Absendung einer aus ober- und niederösterreichischen Pr
stanten zusammengesetzten Deputation, an der sich ne
Starzer auch Andreas Thonradl und Hans Ulrich von S
hemberg betheiligten. Sie sollten den Palatin und die
zelnen Comitate und Standesgenossen an die vor 11 Jah
vor Prag (zu Štěrbohol) abgeschlossene Conföderation erinn
und von ihnen die Wahl einer Deputation verlangen,
im Verein mit den Deputirten anderer Länder den A
gleich des böhmischen Streites betreiben sollte. A
den Abschluss eines Bündnisses mit Böhmen sollte sie
Ungarn nahe legen und hiebei auf das Beispiel von Ol

*) Sächs. StA. Maximilians Höen's Schreiben an die ober- und nie
österreichischen Stände dd. 14. Mai 1619.

**) Sächs. StA. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{29.\ \text{April}}{9.\ \text{Mai}}$ 1619.

***) Katona XXX, 8.

und Niederösterreich hinweisen.*) Obwohl die Bitte der österreichischen Gesandtschaft durch ein Schreiben der mährischen Stände unterstützt wurde, erreichte dieselbe bei dem Palatin Forgach doch nicht ihren Zweck. Die einzige Hoffnung der Gegner Ferdinands beruhte fortan auf dem Reichstage, der am 26. Mai zusammentreten sollte. Man fürchtete sich am königlichen Hofe vor dem Zusammentritt desselben und wollte ihn vertagen; aber auf die Warnung des Palatins, der dies für gefährlicher erklärte als die Eröffnung des Reichstages, stand man in Wien von diesem Auskunftsmittel ab.**) 1619

Ebenso wie in der äusseren Politik befolgten die Niederösterreicher auch in der Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten das von Oberösterreich gegebene Beispiel und suchten deshalb die Massregeln zu durchkreuzen, durch die Ferdinand sich der Regierung in Niederösterreich bemächtigt hatte. Zu diesem Ende lehnten sie die ihnen zugemuthete Huldigung in einer an Ferdinand überreichten Zuschrift mit der Entschuldigung ab, dass sie sich hierüber vorerst mit Erzherzog Albrecht ins Einvernehmen setzen müssten, auf jeden Fall sie aber nicht leisten würden, so lange ihren verschiedenen Beschwerden nicht abgeholfen, die Gerichte nicht von Katholiken nnd Protestanten zu gleichen Theilen besetzt und die Zustimmung zu dem von den Böhmen angesuchten Bündnisse nicht ertheilt worden sei.***) Gleichzeitig traten sie in den Verhandlungen, die am 30. April mit den Katholiken über einen zu treffenden Ausgleich wieder begonnen hatten, schroffer als je auf. Denn als die Katholiken, geschreckt durch die offenkundige Verbindung, die sich zwischen den Protestanten aller Länder anbahnte, am 14. Mai eine Erklärung abgaben, in welcher sie die von ihnen bisher beharrlich zurückgewiesene Duldung protestantischer Unterthanen auf ihren Gütern zugestehen wollten und damit den Stein des Anstosses entfernt und die Einheit des Landtages wieder hergestellt zu haben glaubten, genügte dieses Zugeständniss den Prote- 1619

*) Sächs. StA. Instruction für die österreichischen Gesandten zur Reise nach Ungarn dd. 11. Mai 1619.

**) Sächs. StA. Aus Wien dd. 22. Mai 1619.

***) Raupach, Evangel. Oesterreich.

stanten nicht mehr. Sie behaupteten, dass die Katholiken dasselbe durch unannehmbare Zusätze verklausulirt hätten und als die letzteren am 16. Mai eine neue Erklärung abgaben, die den Protestanten nach ihrer eigenen Versicherung genügt hätte, wenn sie früher gegeben worden wäre, stellten sie jetzt in einer Zuschrift, die unter dem Namen der „Erläuterung" eine gewisse Berühmtheit erlangte, ausser anderen auch die Forderung auf, dass ihnen zu den städtischen Aemtern freier Zutritt gestattet und die Universität auf Grundlage völliger Gleichberechtigung organisirt werde. Diese an und für sich nicht anfechtbaren Forderungen bedrohten aber die Katholiken in ihrer Existenz, denn es war gewiss, dass, wenn sie zugestanden wurden, die Protestanten binnen wenigen Jahren die Herrschaft an sich reissen und gegen die Katholiken keine Duldung üben würden. Diese offenbare Folge einer weitern Nachgiebigkeit veranlasste die Katholiken, vorläufig auf die Zuschrift der Protestanten keine Antwort zu geben und ihre Einladung zur Theilnahme an dem Bündnisse mit Böhmen ebenfalls mit Stillschweigen zu übergehen.

Lange konnten sich aber die Katholiken nicht in Schweigen hüllen, da ihnen jetzt die Gefahr einer gewaltsamen Niederwerfung drohte, die jeder weitern Verhandlung ein Ende gemacht hätte. Graf Thurn, dessen Einbruch in Oesterreich seit länger als 14 Tagen erwartet und zum Theil herbeigesehnt wurde, rückte endlich von Znaim her ein und schlug sein Lager vor der Stadt Laa auf, die durch eine kleine Besatzung für Ferdinand vertheidigt wurde. Die österreichischen Katholiken suchten Angesichts der drohenden Gefahr die Protestanten zu gemeinschaftlichen Vertheidigungsmassregeln zu bereden; predigten aber damit nur tauben Ohren. Nur so viel erlangten sie, dass die Protestanten eine eigene Botschaft an

*) Raupach, Evangelisches Oesterreich. — Sächs. StA. Verzeichniss, was vom 22. April bis auf den 4. Mai 1619... (in Wien) verhandelt worden. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ 1619. — Ebend. Forts. der Verhandlungen in Wien am 10. Mai 1619. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. 14. Mai 1619.

Thurn abschickten und ihn von dem Einbruch in Oesterreich abmahnten.*) Jedenfalls entsprach diese Botschaft nicht den Absichten der protestantischen Wortführer und man muss sie um so mehr für eine erheuchelte halten, als die Gesandten den Grafen zugleich von dem Entschlusse der Oesterreicher, mit Böhmen in ein Bündniss zu treten, in Kenntniss setzen sollten und wenige Tage später eine zweite Gesandtschaft an Thurn abgeordnet wurde, die ihn nicht mehr von dem Vorrücken abmahnen, sondern nur die Bedingungen erörtern sollte, unter denen Oesterreich mit Böhmen in ein Bündniss treten wollte.**) Ja es mögen diesmal sogar vertrauliche Besprechungen zwischen Thurn und den Gesandten stattgefunden haben, die seinen weitern Marsch beschleunigen sollten; jedenfalls wird diese Vermuthung durch die späteren Ereignisse sattsam bestätigt. Auf die Bedingungen, die Oesterreich für das Bündniss mit Böhmen stellte, ging Thurn gern ein und erklärte, dass dasselbe auf dem prager Generallandtag, der auf den 15. Juni berufen sei, zum Abschluss gebracht werden könnte. Aber so glatt sich auch die Verhandlungen für Thurn anliessen, so trat seinem Vorrücken in Oesterreich doch ein unangenehmes Hinderniss entgegen und das war die Stadt Laa, deren er sich wegen Mangels an Belagerungsgeschütz nicht bemächtigen konnte. Eine Deputation der niederösterreichischen Katholiken, die sich bei ihm einfand, befreite ihn aus der Verlegenheit.***) Er versicherte dieselbe nämlich, dass er von der Belagerung Laa's ablassen werde, wenn Ferdinand seine Besatzung aus der Stadt abberufen würde; ja er liess sogar durchblicken, dass er um diesen Preis überhaupt nicht weiter

---

*) Archiv des k. k. Minist. des Innern, Instruction für die niederösterr. Gesandten der evangelischen Stände zur Reise zum Grafen Thurn dd. 11. Mai 1619.

**) Sächs. StA. Memorial für Zacharias Starzer, was er bei Thurn thun solle, dd. 22. Mai 1619. — Ebend. Zeitung aus Wien dd. 22. Mai 1619. — Ebend. Zeidler an Kursachsen dd. $\frac{16.}{26.}$ Mai 1619. Skala III. 150.

***) Sächs. StA. die Abgesandten der 4 katholischen Stände Niederösterreichs an Thurn dd. 16. Mai 1619. — Ebend. Antwort Thurn's dd. 20. Mai 1619. — Londorp. I, 459.

vorrücken werde. Die Katholiken hatten nun nichts eiligeres zu thun, als in Ferdinand zu dringen, Laa aufzugeben.

IV

Man sollte vermuthen, dass Ferdinand eine derartige Forderung, wie die der Räumung von Laa mit Entrüstung zurückgewiesen habe, denn welche traurige Folgen musste es für ihn haben, wenn er dem Feinde freiwillig das Feld räumte, ja wenn er sich nur in Unterhandlungen über einen so schimpflichen Antrag einliess. Dennoch glaubte der König auch diese bittere Pille verschlucken zu müssen, weil er durch die Verhandlungen Zeit gewann, seine furchtbar herabgekommenen Streitkräfte zu stärken. Es ist erzählt worden, dass das kaiserliche Heer im Winter so zusammengeschmolzen war, dass Buquoy im März 1619 kaum über 5000 Mann gebot. Allerdings wurde seit der Zeit mit grosser Anstrengung gerüstet und Werbungen in Ungarn, Deutschland, Flandern, Lothringen und Italien angestellt; allein trotzdem waren die Streitkräfte, über die Ferdinand im Mai verfügte, nur unbedeutend stärker geworden, da alle diese Werbungen noch nicht zum Abchluss gekommen oder die geworbenen Truppen erst im Anmarsch begriffen waren. Es war nicht Ferdinands Schuld, dass man die Werbungen so spät angestellt hatte oder so langsam mit denselben vorwärts gekommen war, da Spanien fast allein das nöthige Geld lieferte oder die Truppen bezahlte und der König Philipp nicht zu grösserer Eile angespornt werden konnte: alles, was er that, musste man ja als Gnade ansehen. Einige Nachweise über die Hilfe, welche der Kaiser Mathias von Spanien erlangt hatte und auf welche Ferdinand bei seinem Regierungsantritte rechnen konnte, werden zeigen, in welcher Abhängigkeit von Spanien die österreichischen Regenten sich befanden.

Als der kaiserliche Gesandte in Spanien, Graf Khevenhiller, von seinem Herrn die Nachricht von dem Beginn des böhmischen Aufstandes erhielt, wurde er zugleich beauftragt, den König Philipp III um Hilfe anzuflehen. Obwohl der Gesandte

bei seinem Ansuchen auf bedeutende Schwierigkeiten stiess, die in der Ebbe des spanischen Staatsschatzes ihre gute Begründung hatten, so gelang es ihm doch, über dieselben obzusiegen. Der König entschloss sich, die Truppen, die auf spanische Kosten in Friaul gegen die Venetianer in Bereitschaft standen, noch weiter zu unterhalten, sie dem Kaiser zur Verfügung zu stellen und ihn gleichzeitig auch mit Geld zu unterstützen. Aus den uns zu Gebote stehenden Nachrichten ergibt sich, dass Philipp III dem Kaiser bis zum 14. August 300.000 Dukaten zur Verfügung stellte. Die Absendung der ganzen Summe verzögerte sich nicht sehr lange, denn schon im Anfang November war sie in Oñate's Händen; doch ist nicht klar genug, ob nicht aus derselben die Unterhaltung der Hilfstruppen bestritten werden musste und nur der Rest dem Kaiser zu Gute kam.*) An diese an und für sich schon bedeutende Unterstützung schloss sich das Versprechen, dass, wenn die Noth grösser werden sollte, Philipp seinem Vetter aus Italien Truppen zu Hilfe schicken werde. Gewiss hatten die Berichte des Grafen Oñate das meiste Verdienst an dieser Bereitwilligkeit des spanischen Hofes, doch beschleunigte jedenfalls die anerkannte Gewandtheit Khevenhillers das Resultat. Als Oñate Nachricht von den Entschlüssen seines Herrn bekam, erbat er sich von dem Kaiser Patente zur Anwerbung von 3000 Mann,**) die sonach ausser den früher in Friaul verwendeten spanischen Hilfstruppen gegen die Böhmen kämpfen sollten. Trotzdem hielt man in Wien diese Unterstützung für unzureichend und beschloss daher noch einen zweiten Gesandten nach Madrid abzuschicken. Man wählte hiezu einen Italiener, Cesare Gallo, der als Augenzeuge der in Wien herrschenden Noth den spanischen König durch seine Schilderungen zu noch grösseren Opfern bewegen sollte.***) Eine ähnliche Bitte sprach auch Erzherzog Maximilian auf seinem Todtenbette aus.

1618

1618

---

*) Wiener StA. Spanien 1618. — Khevenhiller an Mathias dd. 14. August 1618, Madrid. — Wiener StA. Spanien 1619. Khevenhiller an Mathias dd. 2. Febr. 1619.

**) Wiener StA. Boh. V. Oñate an den Kaiser dd. 22. October 1618.

***) Ebend. Boh. V. Sendung Cesare Gallo's nach Spanien.

Die Ankunft Gallo's, seine traurigen Berichte, die nur zu sehr durch die Nachricht von Buquoy's Rückzug nach Budweis bestätigt wurden, verursachten zwar in Madrid eine grosse Bestürzung, würden aber vielleicht nicht die gewünschte Wirkung hervorgebracht haben, wenn sich nicht die erzherzogliche Nonne in Madrid, Margaretha, für den Kaiser verwendet hätte. Stets unterstützte sie in wichtigen Augenblicken die Bitten der deutschen Habsburger bei König Philipp III mit dem ganzen Heiligenschein, der ihr einsames Leben in einem strengen Karmeliterkloster umgab und nie war es dringender nöthig, diesen ganzen Einfluss aufzubieten. Der König entschloss sich also mit Aufbietung aller seiner Mittel dem deutschen Vetter zu helfen und hielt an diesem Entschlusse fest, obwohl derselbe von seinem Staatsrathe bekämpft wurde. In den ersten Tagen des J. 1619 konnte Khevenhiller dem Kaiser berichten, dass der König von Spanien für ihn eine neue Armee von 7000 Mann in den Niederlanden anwerben lassen wolle und schon vier Wochen später berichtete er ihm, dass Philipp ihm ausserdem 600.000 Dukaten zugeschickt habe und dieselben bereits auf dem Wege nach Wien seien. Ob Mathias noch über das Geld verfügen konnte, wissen wir nicht anzugeben. Die neu angeordneten Werbungen kamen ihm jedenfalls nicht mehr zu Gute, da sie im Mai noch nicht zu Ende gekommen waren. 1619

Mit dieser so beträchtlichen Unterstützung glaubte Philipp jedoch seiner Verpflichtung noch nicht genügt zu haben. Gleichzeitig mit der Anordnung der niederländischen Werbungen liess er an seinen Statthalter in Neapel, den Herzog von Osuña, den Befehl ergehen, Werbungen anzustellen, um auch von Italien aus Truppen nach Oesterreich zu senden. Osuña kam dem Auftrage nach und schon am 3. April langte in Wien ein Bote mit der Nachricht an, dass der Herzog zu Ferdinands Disposition 16.000 Mann Infanterie und 1000 Mann Cavallerie in Bereitschaft halte und weitere Werbungen anstellen wolle. So erfreulich diese Nachrichten für Ferdinand waren, so war er doch wieder besorgt, dass der Anmarsch spanischer Regimenter auf deutschem Boden eine furchtbare Aufregung zur Folge haben würde, er hätte sich deshalb gern den Beistand des italienischen Volkes verbeten. Aber seine augenscheinliche

1619 (margin, beside "kam dem Auftrage nach")

Noth und der stürmische Eifer Oñate's, der seine Bedenken nicht begreifen konnte, zwangen ihm die Zustimmung zur Annahme der Italiener ab. Oñate erleichterte ihm dieselbe dadurch, dass er sich an Philipp III mit der Bitte wandte, jenes Volk nicht unter spanischer Fahne seinen Einmarsch in Deutschland anstellen zu lassen.*) Gleichzeitig oder kurze Zeit darauf langte von dem Herzog von Feria aus Mailand die Nachricht an, dass auch er Truppen für Ferdinand bereit halte und auch an ihn erging die Bitte, dieselben nicht unter spanischen Abzeichen durch Tirol marschiren zu lassen. Oñate glaubte die Truppenzahl, die aus Mailand und Neapel Ferdinand zu Hilfe kommen würde, auf 14—16.000 Mann anschlagen zu dürfen. Indem er darüber an Philipp III berichtete, fügte er abermals die Bitte hinzu, der König möge nur Alles thun, um den Marsch der Truppen zu beschleunigen, Ferdinand habe die Überzeugung, wenn ihm nicht rasch und ausreichend geholfen werde, so sei er verloren. **)

In Wien hatte man gehofft, dass die Werbungen in den Niederlanden zum mindesten im April beendet sein würden und der Abmarsch der Truppen nach Oesterreich im Anfange Mai vor sich gehen könne. Gleichwohl verzögerte sich derselbe noch mehrere Wochen; Erzherzog Leopold ersuchte erst am 16. Mai den Herzog Maximilian von Baiern, er möchte bei dem Durchzuge bereitwillige Dienste leisten und Schiffe und Flösse bei Günzburg bereit halten, damit die Truppen auf der Donau bis Passau gebracht werden könnten. In seinem Schreiben gab er die Stärke der durchziehenden Truppen auf 9000 Mann Infanterie und 15—1800 Reiter an. Dass diese Zahl um einige Tausend Mann die von Spanien angekündigte Hilfe übertrifft, findet darin seine Erklärung, dass Ferdinand auf eigene Rechnung Werbungen und zwar in Lothringen

1619

*) Simancas: Oñate an Philipp III. dd. 3. April 1619. —

**) Simancas: Oñate an Osuña dd. 12. April 1619. — Oñate an Philipp III dd. 21. April 1619. — Münchner StA. $\frac{50}{23}$ Erzh. Leopold an Max dd. 16. Mai 1619. — Wiener StA. Boh. VII. Leopold an Ferdinand dd. 18. Mai 1619. —

und im Elsass hatte anstellen lassen.*) Um seinerseits alles aufzubieten, hatte Ferdinand auch Werbungen in Oesterreich angeordnet und auf diese Weise 500 Musketiere zusammengebracht, und ebenso wurden für seine Rechnung in Ungarn und Kroatien gegen 6000 Reiter angeworben. Gelang allen in den verschiedenen Ländern des In- und Auslandes geworbenen Truppen der Einmarsch in Böhmen, so konnte Ferdinand nach den Berechnungen des sächsischen Gesandten über 30.000 Mann frischer Truppen verfügen. Allein im Mai waren nur die Werbungen in Ungarn und Oesterreich beendet, so dass Ferdinand die Reiter, die aus Ungarn herangezogen kamen, dem Grafen Buquoy zu Hilfe schicken konnte, während er mit den in Oesterreich geworbenen Musketieren die wiener Garnison verstärkte. Erst in den letzten Tagen des Mai und im Anfang Juni langten die in den Niederlanden und im Elsass geworbenen Truppen an der österreichischen Grenze an und rückten über Passau und den goldenen Steig in Böhmen ein. Sie hatten den weiten Marsch von ihren Werbeplätzen zumeist unter der Leitung des Obersten Marradas angestellt, der seine kriegerische Tüchtigkeit dadurch bewies, dass er jeden Zusammenstoss mit den Truppen des Markgrafen von Baden und des Herzogs von Würtemberg, die beide nicht übel Lust hatten über das heranziehende Kriegsvolk herzufallen, vermied.**) Was die italienischen Hilfstruppen betrifft, so blieben diese den ganzen Sommer über in Italien stehen und verstärkten erst im Beginne des J. 1620 die kaiserliche Armee.

Selbst im Juni 1619 hatten also die Streitkräfte Ferdinands nur eine Verstärkung von kaum 16.000 Mann erfahren, also nicht 30.000 Mann, wie sie der sächsische Gesandte schon für den Monat Mai in Aussicht gestellt hatte. Die Böhmen

*) Münchner StA. Erzherzog Leopold an Maximilian dd. 16. Mai 1619. — Ebenderselbe dd. 18. Mai 1619. — Wiener StA. Boh. VII. Leopold an Ferdinand dd. Ensisheim. 18. Mai 1619.

**) Ferdinand an Buquoy dd. 13. April 1619, Archiv von Gratzen. — Ferdinand an Buquoy dd. 12. April 1619, Wiener StA. — Jaquot an Buquoy dd. 9. Mai 1619, Archiv von Gratzen. — Marradas an Buquoy dd 10. Mai 1619, Archiv von Gratzen. — Ebend. Marradas an Buquoy dd. 11., 12., 14. und 17. Juni 1619. — Wiener StA. Marradas an Buquoy dd. 5. Juni 1619.

Noth und der stürmische Eifer Oñate's, der seine Bedenken nicht begreifen konnte, zwangen ihm die Zustimmung zur Annahme der Italiener ab. Oñate erleichterte ihm dieselbe dadurch, dass er sich an Philipp III mit der Bitte wandte, jenes Volk nicht unter spanischer Fahne seinen Einmarsch in Deutschland anstellen zu lassen.*) Gleichzeitig oder kurze Zeit darauf langte von dem Herzog von Feria aus Mailand die Nachricht an, dass auch er Truppen für Ferdinand bereit halte und auch an ihn erging die Bitte, dieselben nicht unter spanischen Abzeichen durch Tirol marschiren zu lassen. Oñate glaubte die Truppenzahl, die aus Mailand und Neapel Ferdinand zu Hilfe kommen würde, auf 14—16.000 Mann anschlagen zu dürfen. Indem er darüber an Philipp III berichtete, fügte er abermals die Bitte hinzu, der König möge nur Alles thun, um den Marsch der Truppen zu beschleunigen, Ferdinand habe die Überzeugung, wenn ihm nicht rasch und ausreichend geholfen werde, so sei er verloren. **)

In Wien hatte man gehofft, dass die Werbungen in den Niederlanden zum mindesten im April beendet sein würden und der Abmarsch der Truppen nach Oesterreich im Anfange Mai vor sich gehen könne. Gleichwohl verzögerte sich derselbe noch mehrere Wochen; Erzherzog Leopold ersuchte erst am 16. Mai den Herzog Maximilian von Baiern, er möchte bei dem Durchzuge bereitwillige Dienste leisten und Schiffe und Flösse bei Günzburg bereit halten, damit die Truppen auf der Donau bis Passau gebracht werden könnten. In seinem Schreiben gab er die Stärke der durchziehenden Truppen auf 9000 Mann Infanterie und 15—1800 Reiter an. Dass diese Zahl um einige Tausend Mann die von Spanien angekündigte Hilfe übertrifft, findet darin seine Erklärung, dass Ferdinand auf eigene Rechnung Werbungen und zwar in Lothringen

1619

*) Simancas: Oñate an Philipp III. dd. 3. April 1619. —

**) Simancas: Oñate an Osuña dd. 12. April 1619. — Oñate an Philipp III dd. 21. April 1619. — Münchner StA. $\frac{50}{23}$ Erzh. Leopold an Max dd. 16. Mai 1619. — Wiener StA. Boh. VII. Leopold an Ferdinand dd. 18. Mai 1619. —

Was vorauszusehen war geschah; Thurn trat nach Hinwegräumung dieses Hindernisses an der Spitze einer Armee, 1619 die ungefähr 10.000 Mann zählte, am 31. Mai den Marsch nach Wien an. Es war das ein Entschluss von grosser Tragweite; er gab dadurch Böhmen den Angriffen Buquoy's zu einer Zeit preis, wo diesem beträchtliche Streitkräfte aus Deutschland zu Hilfe zogen, aber er glaubte einerseits, dass es dem Grafen Hohenlohe gelingen würde, ihn bei Budweis festzuhalten, andererseits schmeichelte er sich mit der Hoffnung einer raschen Entscheidung bei Wien. Nahm man allein Rücksicht auf die militärischen Verhältnisse, so war diese Hoffnung nicht gerechtfertigt. Zur Vertheidigung Wiens verfügte Ferdinand gegen Ende Mai über 2.000 Mann, ungerechnet den Beistand, welchen die zahlreiche und zur Hälfte katholische Bürgerschaft leisten konnte. Auch waren bedeutende Verstärkungen im Anzuge, die binnen einer Woche die Garnison verdoppeln konnten; dazu kamen die ungarischen Hilfstruppen, die statt ihren Zug zu Buquoy fortzusetzen den Feind durch ununterbrochene Angriffe belästigen und ihm die Zufuhr abschneiden konnten. Zudem fehlte es dem Grafen Thurn an Belagerungsgeschütz, ein Mangel, der sich schon bei Laa in einer geradezu beschämenden Weise geltend gemacht hatte. Unter solchen Umständen konnte er an die Belagerung einer so festen Stadt wie Wien um so weniger denken, als nur die Hälfte seiner Armee aus geworbenen Truppen bestand, während die andere Hälfte wohl dazu diente, die Ziffer zu vergrössern, aber keine bedeutenden Dienste zu leisten im Stande war. Das alles mag Thurn noch besser gewusst haben, als es hier beschrieben werden kann; wenn er trotzdem vor dem Vormarsch nicht zurückschrak, so geschah dies, weil er den Sieg auf dieselbe Weise zu erlangen hoffte, auf welche er Mähren erobert und Laa bezwungen hatte. Nicht Waffengewalt, sondern die Gunst der protestantischen Stände sollte ihm den Weg nach Wien bahnen. *)

1619 Am 31. Mai rückte also Thurn mit seiner Armee von Laa vor und schickte, um sich des Donauüberganges zu bemäch-

*) Ueber das Vorrücken Thurns nach Oesterreich und über die Verhandlungen mit den österr. Ständen enthält auch Skala III viel wichtiges Material, auf das wir hier verweisen.

tigen, am 2. Juni die zwei mährischen Regimenter Tiefenbach und Žerotin gegen Fischamend ab. Sie langten tief in der Nacht oder gegen Morgen an der linksseitigen Uferstelle an und machten vor einem dichten Gebüsche Halt, das ihre Anwesenheit den Bewohnern des gegenüber liegenden Ufers verbarg. Mehrere Offiziere und eine kleine Anzahl Soldaten verkleideten sich als Winzer und Bauern und begaben sich darauf zu einer nahegelegenen Fähre, auf der sie sich nach dem rechten Ufer überführen liessen. Als sie daselbst in solcher Zahl gelandet waren, dass sie sich den Fährleuten überlegen fühlten, bemächtigten sie sich sämmtlicher Schiffe und vier grösserer Überfuhrplätten und schickten diese an das jenseitige Ufer. Ein heimliches Einverständniss mit dem Besitzer von Fischamend, dem Freiherrn von Teufel, erleichterte dieses Unternehmen und beseitigte fast jegliche Gefahr bei demselben. Die erstaunten Fischamender wagten keinen Widerstand und so wurde nun mit möglichster Eile ein Theil der Reiterei und des Fussvolks übergeschifft.

Als Thurn von dem glücklichen Gelingen in Kenntniss gesetzt wurde, kam er mit dem Rest seiner Armee herangezogen und brachte den grössten Theil seiner Truppen auf das rechte Ufer. Er brauchte zwei Tage dazu, da die Donau gerade hoch ging und zu wenig Transportmittel vorhanden waren. Die Bagage liess er unter Bedeckung auf einer Insel zurück, theils weil er sich mit ihrer Überschiffung nicht aufhalten wollte, theils weil sich ihm diese Massregel für den Fall empfahl, als ein Rückzug nothwendig sein sollte. Gleichzeitig besetzte er das mit Mauern versehene Städtchen Grossenzersdorf, das ungefähr eine Meile abwärts von Wien am linken Donauufer gelegen ist und bedrohte durch alle diese Massnahmen nicht allein Wien, sondern auch die Marschroute der ungarischen Hilfstruppen, die zu Ferdinands Unterstützung herbeieilten. Schon am 1. Juni hatten ungefähr 2500 ungarische Reiter Wien passirt und waren nach Krems gezogen, um von dort aus zu Dampierre zu stossen. Eine noch grössere Abtheilung, etwa 4000 Reiter zählend, zog am 4. Juni gegen Fischamend heran, um denselben Weg zu nehmen. Thurn beschloss sie anzugreifen und eröffnete gegen sie ein Gefecht, dessen

1619

ganze Gefahr und Last hauptsächlich Welen von Žerotin mit seinem Reiterregiment zu tragen hatte. Der Erfolg war den Böhmen günstig, denn die Ungarn wurden nach einem Verlust von 70 Mann zum Rückzuge gezwungen.*) Am folgenden Tage näherte sich Thurn den wiener Vorstädten und da er dieselben unbesetzt fand, bemächtigte er sich in der Nacht vom 5. auf 1619 den 6. Juni der ihm nächstgelegenen Theile und erwartete nun von Wien aus ein Zeichen zu weiterer Thätigkeit.**)

V

Als die Nachricht von dem Abmarsche Thurns von Laa in Wien bekannt geworden war, bot diese Stadt das Bild der furchtbarsten Aufregung. Die Aussicht auf eine Belagerung machte die Bürger schon an und für sich bestürtzt; ihre Furcht wurde aber noch bedeutend durch die Erzählungen jener vergrössert, die sich aus den benachbarten Dörfern und Städtchen vor den Ungarn und Böhmen geflüchtet hatten und desto haarsträubenderes von deren Auftreten zu erzählen wussten, je weniger sie sie zu Gesichte bekommen hatten. Die Lage der Dinge gestaltete sich für Ferdinands persönliche Sicherheit zu einer äusserst gefährlichen, da er sich nicht bloss vor dem äusseren Feinde, sondern auch vor dem innern zu hüten hatte und nicht wissen konnte, ob und welche Verabredungen die protestantischen Stände und ihr Anhang mit dem Feinde getroffen haben mochten. Was er zu seiner Vertheidigung thun konnte, that er, indem er mehr als je auf die 1619 Verstärkung der Besatzung bedacht war und am 3. Juni an Buquoy den Befehl ergehen liess,***) sobald die in Flandern geworbenen Verstärkungen eingetroffen sein würden, sich alsbald von Budweis auf den Weg nach Wien zu machen um diese Stadt von dem Feinde zu befreien. Er selbst war vor-

*) Skala III 153 — Sächs. StA. 9171, XIV, Fol. 57. Thurn an die böhm. Direktoren dd. 10. Juni 1619. — Ebend. XIII, Fol. 365. Nachrichten aus Wien dd. 3. Juni 1619. Archiv von Simancas 712. Relacion del sitio de Viena.

**) Sächs. StA. Aus Wien dd. 10. Juni 1619.

***) Ferdinand an Buquoy dd. 3. Juni. Archiv von Gratzen.

läufig entschlossen, nicht von der Stelle zu weichen, sondern im Vertrauen auf Gott der Gefahr ins Gesicht zu sehen. Es war nicht ererbter Stolz, nicht die Erinnerung an die Grösse seines Hauses, die ihn nicht wanken liess, wohl aber die Anhänglichkeit an seine Kirche, für deren von Gott erwähltes Werkzeug er sich in diesem Augenblicke halten mochte. In heissem Gebete suchte er den nöthigen Trost und in der That fand ihn in diesen Tagen sein Beichtvater bei einem Besuche hingestreckt vor einem Crucifixe. „Ich habe," so erklärte er dem erstaunten Pater, „die Gefahren erwogen, die mich allseitig bedrohen und da ich keine menschliche Hilfe weiss, so bat ich Gott um Hilfe; ist's aber Gottes Wille, so mag ich in diesem Kampfe zu Grunde gehen." Wir besitzen über diese Scene zwar nur den Bericht des Beichtvaters; aber wenn wir ihn mit der ganzen Lebensweise Ferdinands zusammenhalten, so scheint uns jeder Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit ausgeschlossen.*)

Während Ferdinand vorzugsweise im Gebete Trost und Hilfe suchte, versuchten die niederösterreichischen Katholiken, ob sie nicht durch neue Verhandlungen der drohenden Gefahr begegnen könnten. Das Schweigen, in welches sie sich gegenüber den am 22. Mai an sie gestellten Forderungen ihrer protestantischen Standesgenossen gehüllt hatten, schien ihnen nicht mehr zweckmässig und so richteten sie am 3. Juni an die letzteren eine Botschaft, in der sie dieselben zu einer Besprechung über die noch ausstehenden Differenzpunkte einluden. Da die Einladung in einem vielverheissenden Tone geschah, glaubten die Protestanten sie nicht ablehnen zu dürfen und erklärten sich bereit, einen Ausschuss von zwölf Personen zu der folgenden Conferenz abzuschicken. Man kann wohl annehmen, dass die Katholiken jetzt zu den weitesten Concessionen entschlossen waren — selbst auf die Gefahr hin später zu Grunde zu gehen — aber man begreift, dass sie vor allem wissen wollten, ob sich die Protestanten mit ihnen verbinden und den weiteren Angriffen Thurns begegnen würden. Es wurde ihnen aber nicht einmal die Gelegenheit gegeben, die den Protestanten angebotenen Bedingungen zu formuliren.

1619

*) Lamormain: Virtutes Ferdinandi. Katona, XXX.

Denn als sich am 4. Juni die beiderseitigen Ausschüsse zusammenfanden, verlangten die Protestanten zuerst zu wissen, wie sich die Katholiken gegenüber dem ihnen zugemutheten Bündnisse mit Böhmen verhalten würden, ob sie demselben beitreten wollten oder nicht. Die Katholiken weigerten sich auf diese Frage zu antworten und wollten die Unterredung auf die österreichischen Differenzpunkte lenken und so hatte die Conferenz kein anderes Resultat, als dass beide Parteien in grösserem Groll als je zuvor sich trennten, wenngleich noch eine Zusammenkunft für den folgenden Tag verabredet wurde. Als auch in dieser bezüglich des böhmischen Bündnisses keine Einigung erzielt wurde, fassten die Protestanten einstimmig den Beschluss, die Verhandlungen mit den Katholiken aufzugeben. Am folgenden Morgen, den 5. Juni, benachrichtigten sie hievon die Katholiken mit der Erklärung, dass sie fortan eine eigene Kasse führen und ein eigenes Regiment zur Besorgung ihrer Angelegenheiten errichten würden. Gegen die zehnte Vormittagsstunde verfügten sie sich in die Burg, um Ferdinand von diesen Beschlüssen in Kenntniss zu setzen und ihm eine Schrift zu überreichen, in der sie ihr Bündniss mit Böhmen zu rechtfertigen suchten. Zum Wortführer bei dieser Audienz wählten sie den Herrn Paul Jakob von Starhemberg; doch betheiligten sich noch mehrere andere Personen an der nun folgenden denkwürdigen Unterredung, die in der Erinnerung der Zeitgenossen und später in den Geschichtsbüchern eine so hervorragende Rolle spielt.

1619

Als nämlich die niederösterreichischen Protestanten von dem Könige empfangen wurden und Paul Jakob von Starhemberg die erwähnte Schrift überreicht und hiebei einige empfehlende Worte gesprochen hatte, ergriffen auch einige andere Edelleute das Wort, von denen nur Herr Andreas Thonradl namentlich bekannt ist; doch dürften wir nicht irre gehen, wenn wir unter den Rednern die Herrn Karl Teufel, Karl Puchheim und Georg Andreas von Hofkirchen vermuthen. Die Unterredung nahm bald eine leidenschaftliche Wendung, der unterwürfige Ton, der den Verkehr zwischen Souverainen und Unterthanen charakterisirt, machte einer herausfordernden Sprache Platz, wobei sich insbesondere Herr Thonradl hervor-

that. Die spätere, allerdings unbegründete Sage beschuldigt ihn, dass er in seiner Unehrerbietigkeit den König an den Knöpfen seines Wamses gefasst und zur Nachgiebigkeit gegen die protestantischen Forderungen gedrängt habe. Gewiss ist nur, dass die Stände vom Könige verlangten, er solle den weiteren Krieg gegen Böhmen aufgeben und damit wahrscheinlich alle die Konsequenzen in den Kauf nehmen, die ihm Tschernembl in seinem Memorandum angerathen hatte, und dass sie sich über ihre katholischen Standesgenossen beschwerten, denen sie die Ursache der Trennung in die Schuhe schoben.

Die heftige Sprache der Protestanten und ihre in der böhmischen Frage auf sein Verderben abzielende Forderung liessen dem Könige über den furchtbaren Ernst der Situation keinen Zweifel. Er stand allein den Ständen gegenüber: keiner seiner Rathgeber war an seiner Seite, der für ihn das Wort ergriffen und den Sturm von seiner Person abgelenkt hätte. Sollte er der Heftigkeit gleiche Heftigkeit entgegensetzen, sollte er auf die Drohungen mit Anklagen antworten oder die Audienz abbrechen? Seine ascetischen Studien und Anlagen verwerthete er bei dieser Gelegenheit in unbewusster und doch meisterhafter Weise. Keinen Augenblick verliess ihn die nöthige Ruhe: in massvoller Weise tadelte er die Anwesenden wegen ihrer Verbindung mit den Böhmen, sogar zu Bitten liess er sich herab und suchte die Protestanten von dem betretenen Wege abzulenken; zeitweise appellirte er an ihren Patriotismus, indem er sie bat, sich mit ihm zur Abwehr des nahenden Feindes zu vereinen, um das Land von den Leiden einer Invasion zu befreien; aber er erfuhr immer wieder, dass seine Worte jeder Wirkung entbehrten.*)

So hatte diese Scene nahezu eine Stunde gewährt und die Bitterkeit derselben sich für Ferdinand immer mehr verschärft, als mit einemmale ein Wechsel eintrat. Ein oder zwei Tage vorher hatte der König den Befehl gegeben, dass zur Verstärkung der wiener Garnison die kleinen Besatzungen einiger benachbar-

*) Archiv von Simancas, Beilage zu einem Brief Oñates dd. 12. Juni. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 11. Juni 1619. — Raupach Evang. Oesterreich. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 10. Juni 1619.

ten Plätze nach Wien einrücken sollten, um die Vertheidigung dieser Stadt zu erleichtern; die Ausführung dieses Befehls kam gerade im gelegensten Momente. Während Ferdinand in dem Audienzsaal der grössten Demüthigung ausgesetzt war, die ihm persönlich in seinem ganzen Leben widerfuhr und das Ende des Streites sich gar nicht absehen liess, hörte man plötzlich das Geräusch einer rasch herankommenden Reitertruppe.

Es waren vier Cornets eines Kürassierregiments, das erst in der Bildung begriffen war und über welches später Dampierre als Oberst das Commando führte. Sie hatten sich Tags vorher in der Stärke von 400 Mann aus Krems auf den Weg gemacht und langten um die eilfte Vormittagsstunde in Wien an, wo sich der Arsenalhauptmann Gilbert von Saint-Hilaire an ihre Spitze stellte. Eine glückliche Fügung des Schicksals bewirkte, dass dieser Franzose, der mit der Wittwe Karls IX von Frankreich, der Tochter Kaiser Maximilians II nach Oesterreich ausgewandert war, dem Fürsten seines neuen Heimatlandes einen Dienst leisten konnte, den ihm dieser nie vergass. Unter seinem Commando ritten die Kürassiere in schnellem Galopp, der unter der Bevölkerung Wiens allgemeines Erstaunen und bei den Protestanten Entsetzen hervorrief, nach der Burg und stellten sich daselbst im Hofe auf. *)

*) Hurter fühlte das Bedürfniss, über die denkwürdige Scene des 5. Juni mehr Licht zu verbreiten, indem er an den gedruckten Berichten die nöthige Kritik übte und durch eingehende archivalische Studien neues Material herbeizuschaffen und so den Sachverhalt richtig zu stellen suchte. Dennoch ist bei ihm die Erzählung des ganzen Verlaufs durch schwere Irrthümer verunstaltet, deren Schuld wir nicht ihm, sondern den von ihm benützten mangelhaften Quellen zur Last legen müssen. Der erste und gröbste Irrthum ist der, dass er die Scene auf den 11. Juni 1619 verlegt, während sie thatsächlich am 5. stattgefunden hat; sie gieng der Ankunft Thurns vor Wien voraus, während sie Hurter fast an das Ende seines Aufenthaltes vor Wien setzt. Dies allein beweist am besten, wie wenig ihm die Reihenfolge der Ereignisse in diesem Falle bekannt ist. Ferner lässt Hurter die Audienz bis gegen Abend dauern und meint, diese Zeitbestimmung verdiene „die vollste Glaubwürdigkeit", indem er sich auf eine an Ferdinand von Seite der Protestanten gerichtete Schrift beruft, worin sie sagen, dass sie (die Stände) zu Hof bis gegen Abend verblieben seien. Auch in dieser Beziehung irrt er; denn abgesehen

Ihr Erscheinen verfehlte seine Wirkung im Audienzsaale nicht. Die protestantischen Stände, die durch ihr brüskes

von den positiven Angaben der uns zugänglichen Schriftstücke, welche der Audienz nur die Zeit zwischen 10—11 Uhr Morgens zuweisen, ist Hurters Irrthum dadurch erklärlich, dass den Ständen am Nachmittag desselben Tages eine zweite Audienz ertheilt wurde, in Folge deren sie sich wieder in der Burg einfanden und daselbst bis gegen Abend verweilt haben mochten. Endlich meint Hurter, Saint-Hilaire der Anführer der Reiterschaar, die Ferdinand vor der weitern Bedrückung der Stände rettete, sei vielleicht kein Franzose, sondern ein Deutscher gewesen und auch sein Name, der zu jener Zeit Santhelier geschrieben wurde, laute mit seinem Ausgange mehr deutsch als französisch und nur spätere Willkür habe die französische Orthographie „Saint-Hilaire" eingeführt. Auch hierin hat er Unrecht: Gilbert de Saint-Hilaire war als junger Mann mit der Tochter Kaiser Maximilians II, Elisabeth, der Witwe Karls IX, von Frankreich nach Oesterreich gezogen und war da in die Dienste der habsburgischen Fürsten getreten. Er hatte in Burgund eine Besitzung, um deren Überlassung nach seinem ungefähr im Jahre 1633 erfolgten Tode seine Söhne bei der französischen Regierung ansuchten, da die Auswanderung ihres Vaters ihren Erbansprüchen entgegen stand. Die Beweisstücke für unsere Behauptungen finden sich in der diplomatischen Correspondenz im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Paris. — Was nun unsere Quellen betrifft, die wir bei unserer Erzählung benützen, so rühren sie vom spanischen und sächsischen Gesandten in Wien her (Simancas 712, Relacion del sitio de Viena hasta el Miercoles 12 de Junio. — Sächs. StA. 9171, XIII Fol. 408—9. Aus Wien dd 10. Juni 1619 und ebend. Fol. 377—80. Aus Wien dd. 11. Juni 1619), die beide ausserordentlich gut über die täglichen Vorgänge unterrichtet waren und beide sich in Wien befanden. Der spanische Gesandte berichtete am 12. Juni über die Ereignisse vom 5—12. Juni, der sächsische sandte zwei Berichte, den einen vom 10. Juni, den andern vom 11. dadirt nach Dresden ab. Alle diese Berichte, unter dem frischen Eindrucke der Ereignisse von gut unterrichteten Männern verfasst, stimmen völlig überein, aus ihnen und einigen sonst noch sichergestellten Nachrichten, die auch Hurter mittheilt, stellten wir unsere Erzählung zusammen. Es ergibt sich aus denselben, dass die Scene in der Burg ernst war, doch alles jenes theatralischen Gepränges ermangelte, von dem Wessenberg zu erzählen weiss. Niemand griff also Ferdinand am Knopfe an und Niemand sprach die Drohung aus, den König in ein Kloster einsperren zu wollen. Die betreffende Stelle im Berichte des spanischen Gesandten lautet wörtlich: „Los Lutheranos a 5 (de Junio) entraron en la junta de los Catolicos y diziendo que ya que no se habian podido concertar, separarian la caja comun y el gobierno y mirarian por lo que les conviniese. De aqui fueron al Rey a decirle otro tanto y segun lo que se

Auftreten dem Könige Angst einjagen und ihn zur Nachgiebigkeit bewegen wollten, waren ihrerseits selbst nicht ohne Sorge vor einem Handstreich der katholischen Partei. Bevor sie in die Burg gegangen waren, hatte man sie vor diesem Schritte gewarnt, eine Anzahl Handwerksburschen hatte sie im Landhause um Gotteswillen gebeten, die Burg nicht zu betreten, man werde sie daselbst gefangen nehmen, ihre Hinrichtung sei eine beschlossene Sache. Dieses Gerücht mochte insofern der Aufgeregtheit der Protestanten seinen Ursprung verdanken, als sie wohl fühlten, dass ihre auf den Untergang Ferdinands berechneten Schritte auch für diesen einen Grund abgeben konnten, ihnen mit gleicher Münze heimzuzahlen. Das plötzliche Heransprengen einer Reiterschaar, die von dem Fenster des Audienzsaales zu erblicken war, liess sich in diesem Sinne deuten und in der That erblickten die Protestanten darin ein übles Anzeichen. Schon raunten sich einige erschrocken zu, dass es um sie geschehen sei; ihre Sprache, vor einem Augenblicke kühn bis zur Verwegenheit, änderte sich plötzlich und wie mit einem Zauberschlag traten die Formen des zwischen Fürst und Unterthanen üblichen Verkehrs in ihre Geltung. Nach einigen Phrasen, die diesem Verhältnisse entsprachen, empfahlen sich die Deputirten; ihr Erscheinen auf der Strasse beruhigte ihre Gesinnungsgenossen, denn in der Stadt meinte man bereits, dass ihnen etwas Schlimmes begegnet sei.

Ferdinand, der sich jetzt einem gewissen Sicherheitsgefühl hingeben konnte, verkannte nicht das Gefährliche seiner Lage und beschloss deshalb, die Verhandlungen mit den Protestan-

---

ha oydo del de la Torre y la opinion general se cree, que los Luteranos o algunos particulares le clamaron con animo de darle entrada en esta ciudad y forzar al Rey a que hiziese la paz recibiendo las condiciones que le quisiesen poner. Mas fue Dios servido, que al mismo punto, que los Luteranos estaban hablando con el Rey, llegaron a la plaza de palacio cuatrocientos cavallos y a la ciudad otros tantos infantes, que se habian clamado de los presidios vecinos, con lo qual se turbaron y hablaron mas modestamente." Der Schluss zeigt zugleich, dass die Kürassiere nicht zufällig und auch nicht von Dampierre abgeschickt nach Wien kamen, sondern dass ihnen der Befehl von Wien aus zugekommen war.

ten fortzuführen, wie sehr er sich auch von ihnen beleidigt fühlen mochte. Kaum hatten sich dieselben also von ihm entfernt, so schickte er ihnen nach und lud die Herrn von Starhemberg und Traun zu einer neuen Besprechung ein, in der er sich zum Vermittler in dem Streite mit den katholischen Ständen erbot. Dagegen verlangte er zum Lohne für diese Vermittlung und für die damit wahrscheinlich im Zusammenhange stehende Befriedigung der protestantischen Wünsche, dass sich die Stände ohne Unterschied der Confession vereinen sollten, um den Grafen Thurn zum Rückzuge aus Oesterreich zu bewegen; bis drei Uhr Nachmittags wollte er der Zustimmung der Protestanten gewärtig sein. Als Starhemberg und Traun die gehabte Unterredung ihren Glaubensgenossen mittheilten, wurde der königliche Vorschlag einstimmig abgelehnt und Ferdinand am Nachmittag hievon verständigt.*)

In der Nacht, die diesem denkwürdigen Tage folgte, erreichte endlich Thurn die Vorstädte von Wien und schlug sein Hauptquartier zuerst in der Landstrasse und später in dem Favoritenpalast, der jetzigen Vorstadt Wieden, auf.**) Die katholischen Privatschreiben und Druckschriften jener Zeit beschuldigen durchgehends die protestantischen Stände, dass sie mit dem Grafen Thurn eine Verabredung getroffen hätten, der zu Folge sie ihm den Zugang nach Wien durch Verrath erschliessen wollten. Man wird nie im Stande sein, genau zu ergründen, wie weit die bezüglichen Versprechungen und Vorbereitungen gereicht haben; aber dass ein Einverständniss mit Thurn bestand und dass ihm Hoffnung gemacht wurde, man werde ihm ein Thor öffnen und die Stadt seiner Gewalt überliefern, ergibt sich theils aus den Vorwürfen, die Thurn später gegen die Stände erhob und in denen er sie beschuldigte, dass sie die gemachten Versprechungen nicht

---

*) Raupach, Evangel. Oesterreich. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 11. Juni. Dieses letztere Schreiben berichtet, dass die Audienz nicht am Nachmittag, sondern am folgenden Morgen stattgefunden habe. Raupach berichtet dagegen offenbar nach verlässlichen gleichzeitigen Nachrichten, dass die Audienz sowohl am Nachmittag (5. Juni) wie am Morgen (6. Juni) stattgefunden habe. — Wir folgen seinen Angaben.

**) Pešina Mars Moravicus zweiter Theil. MS. des prager Domkapitels.

eingehalten hätten, theils aus seinem Schreiben an die böhmischen Direktoren, in dem er angibt, er habe gehofft, man werde ihm ein Thor von Wien öffnen und mindestens eine Stunde mit Gewalt offen halten, bis er sich dadurch den Eingang in die Stadt gebahnt haben würde.*) Wie dem nun auch gewesen sein mag, die Verstärkung, die die wiener Garnison in den letzten Tagen und namentlich am 5. Juni erfuhr, schüchterte die Protestanten ein, und was sie in der Nacht auf den 6. nicht wagten, konnten sie später nicht mehr thun, weil Ferdinand jetzt hinreichend gerüstet war.

1619 Als die Bewohner Wiens am 6. Juni Morgens die Bastei betraten, konnten sie sehen, wie sich die böhmisch-mährische Armee in der Vorstadt Landstrasse und den zunächst liegenden Gegenden ausbreitete. Ferdinand gab jeden Versuch zur Vertheidigung der Vorstädte auf und konzentrirte seine Kräfte in der innern Stadt, deren einen Ausgang, das Rothenthurmthor, er ungesperrt liess, um so den Zusammenhang mit dem Lande zu unterhalten und die Zufuhr von Lebensmitteln, so lange dies anging, zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke wurde auch der Prater besetzt gehalten und von hier aus schon am 6. Juni mit dem angreifenden Feinde scharmuzirt.**) Die Anstrengungen zur Erhöhung der Garnison wurden auch jetzt nicht ausgesetzt, sondern in- und ausserhalb Wiens betrieben. Unter den Bürgern, die zu einem guten Theile katholisch waren, gab es viele, die bei der Vertheidigung des heimischen Heerdes ihre Arme dem Könige zur Verfügung stellen wollten; ein Appell an ihren Patriotismus hatte zur Folge, dass

*) Sächs. StA. Thurn an die Direktoren dd. 10. Juni 1619. — Die betreffende Stelle von Thurns Brief lautet etwas unklar wie folgt: „Nachmals habe ich mich ganz in die Vorstädt zu Wien logirt zu dem End, dass ich gehofft, hab auch Tag und Nacht prakticirt, ob man mir ein Thor geöffnet und mir ein Stund mit Macht aufgehalten hätte, so wollte ichs auf Passauerisch und vielleicht noch besser gemacht haben. Es hat es aber Gott nicht also haben wollen, dann durch dies Mittel wäre dem ganzen Wesen geholfen worden.“ — Ebend. Aus Wien dd. 10. Juni 1619.

**) Wir können nicht gut begreifen, wie dies möglich war, da Thurn mit seinen Truppen auf der Landstrasse stand und sonach zwischen Wien und dem Prater postirt war, allein die Quellen geben dies an und wir wiederholen nur die betreffenden Angaben.

us ihnen drei Compagnien zu Fuss und zwei Reitercornets gebildet werden konnten. Auch unter den Studenten, die unter dem Einflusse der Jesuiten herangebildet worden waren, zeigte sich eine grosse Opferwilligkeit; wer Waffen tragen konnte, griff zu denselben, und so wurde aus ihnen ein Corps von 400 Mann gebildet. Zuletzt kamen zu der bereits vorhandenen Mannschaft noch 500 Mann vom Lande und so geschah es, dass sich die wiener Garnison, die am 5. Juni nicht ganz 1619 4000 Mann zählte, eine Woche später auf ungefähr 5500 Mann belief; der wohlunterrichtete sächsische Gesandte schätzte sie sogar zuletzt auf 6000 Mann. Gegenüber diesen Zahlen ist es klar, dass wenn sich Thurn nicht durch Verrath Wiens bemächtigen konnte, für ihn keine Aussicht vorhanden war, dies mit Gewalt thun zu können. Seine Truppen waren der wiener Besatzung an Zahl nur unbedeutend überlegen, ihre Stärke belief sich nur auf 8000 Mann, da Thurn in den von ihm besetzten Orten mehrere Tausend Mann zurück gelassen hatte; er konnte demnach weder an die Einschliessung der Stadt noch an einen ernsten Angriff denken, da er über kein Belagerungsgeschütz verfügte, ja vielleicht kaum mehr als eine oder zwei Karthaunen mitführte.

Der Befehlshaber über die wiener Garnison, dessen Namen wir nicht anzugeben vermögen, richtete am 6. oder 7. Juni durch einen Parlamentär an Thurn die Frage, welche 1619 Absicht ihn nach Wien geleitet habe. Letzterer erwiederte, dass er ihm das Recht zu einer solchen Frage nicht zugestehe, weil er ihn überhaupt in seiner Würde als Kommandanten nicht anerkenne, da durch den Tod des Kaisers ein Interregnum eingetreten sei und die ganze Regierung von Rechtswegen den Ständen gebühre. — Ferdinand bot darauf auch den Protestanten die Gelegenheit, dieselbe Frage an Thurn zu richten. Am 6. Juni hatten sich dieselben wieder zur Audienz bei ihm eingefunden, und ohne dass wir im Stande wären, Verlässliches über den Inhalt der Unterredung zu berichten, scheint doch so viel sicher zu sein, dass sie sich erboten haben eine Deputation an den Grafen Thurn abzuschicken und ihn zu fragen, weshalb er gegen Wien gezogen sei, und dass Ferdinand dies Anerbieten annahm. Beiderseits war es offenbar auf

Täuschung abgesehen: dem König handelte es sich um nichts anderes, als Zeit zu gewinnen, bis Buquoy herangezogen sein würde, den Protestanten dagegen um einen Vorwand zu einer vertraulichen Besprechung mit Thurn. Als sie nun mit Erlaubniss des Königs den Grafen in seinem Lager besuchten und ihn um die Ursache seines Einmarsches in Oesterreich befragten, gab er ihnen zur Antwort, dass er durch diesen Einmarsch Böhmen von den weiteren Kriegsdrangsalen befreien und ein Bündniss mit den Ständen aller Länder zur Herstellung eines allgemeinen Friedens habe anbahnen wollen. Was ausserdem zwischen den Ständen und dem Grafen Thurn verhandelt und besprochen wurde, lässt sich theils vermuthen, theils ergibt es sich aus den Ereignissen der folgenden Tage. Mancher Vorwurf wurde von Thurn erhoben, dass die Stände nicht eingehalten hätten, was sie ihn erwarten liessen; im übrigen bestärkte man sich wechselseitig zum Ausharren auf dem betretenen Wege. Die Niederösterreicher sagten abermals die Beschickung des böhmischen Generallandtages zu und versicherten, dass sie in ihren Rüstungen fortfahren würden, wie denn in der That dieselben jetzt energisch in Angriff genommen wurden.*)

Als die Deputirten von ihrer Unterredung mit Thurn nach Wien zurückkamen, nahmen sie keinen Anstand, in den Bericht, den sie dem König hierüber erstatteten, unverholen ihre Verhandlungen mit Thurn einzugestehen und sich mit seinen Forderungen einverstanden zu erklären, so namentlich mit der, dass Ferdinand die Waffen niederlegen und den Grafen Thurn in seiner Friedensmission nicht weiter stören möge. Sie verhehlten auch nicht, dass sie ihre Rüstungen fortsetzten und verlangten schliesslich eine rasche und unumwundene Entscheidung bezüglich ihrer Forderungen, um darnach ihre weiteren Massregeln treffen zu können. Aber rasche Entscheidungen lehnte der König im Frieden ab, um wie viel mehr jetzt, wo ihm alles daran gelegen war, Zeit zu gewinnen und seine Feinde vom Angriffe abzuhalten. Deshalb schnitt er

---

*) Archiv von Simancas, Beilage zu Oñate's Schreiben dd. 12. Juni 1619. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 10. Juni 1619.

ihnen nicht jede Hoffnung ab, stellte aber immer neue Zwischenfragen, um die Verhandlungen so lange hinauszuziehen, bis Buquoy herangekommen sein würde. Die Stände wiederholten mittlerweile ihre Besuche im böhmischen Lager, wo sie stets des herzlichsten Empfanges gewiss sein konnten; sie liessen sich sogar von ihren Frauen begleiten, um ihnen den Genuss eines militärischen Schauspiels zu verschaffen.

Wie sehr sich auch der Graf Thurn über die freundliche Gesinnung der niederösterreichischen Protestanten freuen und für die Zukunft auf die Wirksamkeit derselben rechnen mochte, für den Augenblick war er überzeugt, dass sie ihm nicht zum Ziele verhelfen und er sich zu einem beschämenden Rückzuge von Wien gezwungen sehen würde. In Böhmen selbst wünschte man seine schleunige Rückkehr. Graf Hohenlohe geriet über die Truppenzuzüge, mit denen sich Buquoy seit Ende Mai fast täglich verstärkte, in so schwere Besorgnisse, dass er am 6. Juni den Direktoren schrieb, sie möchten Thurn aus Oesterreich zurückrufen, weil er sich sonst gegen Prag zurückziehen müsste. Noch bevor die Direktoren die entsprechende Weisung an Thurn abgehen liessen, erhielt dieser (am 8. oder 9. Juni) so klägliche Nachrichten aus Böhmen,*) dass er augenblicklich dahin aufgebrochen wäre, wenn er sich nicht verpflichtet gefühlt hätte, die Ankunft einer ungarischen Deputation, die für den 10. Juni angesagt war, zu erwarten, da die Anknüpfung directer Beziehungen zu den ungarischen Ständen für die böhmische Sache von der grössten Wichtigkeit war. Es kam jetzt Alles darauf an, durch die Deputation mit dem ungarischen Reichstage in Verbindung zu treten und abermals zu versuchen, was im vorigen Jahre nicht gelungen war, nämlich die Ungarn zur Theilnahme an dem böhmischen Aufstand zu vermögen.

*) In einigen Geschichtsbüchern wird der Verlust der Schlacht bei Zablat, in der Mansfeld am 10. Juni von Buquoy geschlagen wurde, als die Ursache angegeben, weshalb sich Thurn von Wien zurückgezogen habe. Diese Annahme ist unrichtig. Aus den uns zugänglichen Korrespondenzen des sächsischen Staatsarchivs, aus Skála und anderen Akten ist es unzweifelhaft, dass Thurn schon am 9. oder 10. Juni selbständig den Entschluss zum Rückzuge fasste, wie dies auch nach den von uns angegebenen Streitkräften Thurns und Ferdinands nicht anders möglich war.

Als der Reichstag in Pressburg zusammengetreten war, hatte Ferdinand ihn aufgefordert, die Aufbietung der ungarischen Insurrection in Berathung zu ziehen; er stellte sich also, als glaube er an die Treue der Ungarn und an ihre Bereitwilligkeit, ihm gegen seine Widersacher zu helfen.*) Die öffentliche Meinung in Ungarn hatte sich jedoch seit Jahresfrist bedeutend geändert; man durfte nicht bloss bezweifeln, dass der Reichstag auf den Wunsch Ferdinands eingehen werde, sondern musste für Ferdinand selbt das Äusserste befürchten. Schon hatten die Comitate ihre Feindseligkeit dadurch geäussert, dass sie den Abmarsch eines Theiles der Truppen, die für den königlichen Dienst geworben waren, zu hindern suchten und auf dem Reichstage machte sich gleich von vornherein eine so gefährliche Stimmung geltend, dass selbst der Palatin dem Könige den Rath zur schleunigen Auflösung desselben ertheilte. Dazu konnte sich Ferdinand nicht entschliessen, da diese Massregel nicht mindere Gefahren im Gefolge hatte, als die weiteren Verhandlungen. Aus demselben Grunde wies er auch einen Antrag des Reichstages nicht zurück, der die Insurrection ablehnte, sich aber dafür erbot, durch eine Deputation Verhandlungen mit dem Grafen Thurn und überhaupt mit den Böhmen zur Herbeiführung eines Ausgleiches einzuleiten. Mit Zustimmung des Königs wählte der Reichstag diese Deputation, welche aus dem Grafen Stanislaus Thurzo, dem pressburger Probste Thomas Balasfi und aus fünf anderen Personen bestand.**) Der Reichstag beabsichtigte jedoch keineswegs die Interessen Ferdinands zu unterstützen, sondern wollte durch seine Gesandten nur Fühlung mit den Böhmen bekommen und im Falle Ferdinand dieselben mit den Unterhandlungen betrauen und deshalb nach Prag abschicken würde, wünschte er, dass daselbst über ein Bündniss zwischen Böhmen und Ungarn verhandelt und dann erst der Streit zwischen Ferdinand und Böhmen, allerdings in einer den letzteren zusagenden Weise beigelegt würde. Der Erzbischof von Gran, Peter Pazman, der Ferdinand von diesen gefährlichen Absichten un-

*) Katona, XXX, 23 und 24.

*) Katona, XXX, 29.

richtete, warnte ihn vor den ungarischen Unterhändlern und
erhaupt vor allen Verhandlungen mit den Böhmen, es sei
an, dass Thurn sich mit seiner Armee aus Oesterreich zurück-
hen und damit den Beweis liefern würde, dass es ihm und
n Böhmen ernstlich um den Frieden zu thun sei.*)

Der Erzbischof von Gran hatte mit seinen Warnungen und
schuldigungen nur zu sehr Recht, wenn er ein Mitglied der
ch Wien abgeschickten Deputation ins Auge fasste, und
ar den Grafen Stanislaus Thurzo. Zum erstenmale trat jetzt
eser Mann in hervorragender Weise auf dem politischen
hauplatze auf und zwar als heftiger Gegner der habs-
rgischen Herrschaft, die er ebenso aus nationalen wie aus
igiösen Gründen anfeindete. Tiefere Überzeugungen scheinen
n dabei nicht geleitet zu haben, sondern nur die Rücksicht
f eigenen Gewinn, der ihm bei einem Sturze Ferdinands
winken schien. Zu dieser abträglichen Beurtheilung
ines Wesens glauben wir durch den Umstand berech-
t zu sein, dass er bald nach der Schlacht auf dem
eissen Berge seine Anschauung änderte, katholisch wurde und
nen der eifrigsten Anhänger Ferdinands abgab. Jetzt, wo er
seinen Gegnern gehörte, beeilte er sich, mit dem Grafen
hurn in persönliche Beziehungen zu treten, um den gewünsch-
n Umsturz vorzubereiten. Im Verein mit den andern unga-
schen Gesandten machte er sich auf die Reise nach Wien
d besuchte mit ihnen den Grafen Thurn in seinem Lager.
ie Unterredung mit dem letzteren schien zunächst das Inte-
sse des Königs zu wahren, indem die Ungarn Thurn Vor-
ürfe machten, dass er mit seinem Heere den König belagere
d ihn in dem freien Verkehr mit Ungarn hindere. Dann
ellten sie an ihn die Frage, ob er mit den nöthigen Voll-
achten zu Friedensverhandlungen versehen sei, und boten da-
i ihre guten Dienste als Vermittler an. Thurn erwiederte,
ss er zum Abschluss eines Bündnisses, welches alle
ände des habsburgischen Besitzes umschliessen solle, be-
llmächtigt sei; erst nach Abschluss dieses Bündnisses
önne von Friedensverhandlungen die Rede sein, weil sich

*) Codex epistolaris Petri Pazmani, herausgegeben von Frankl.

sämmtliche Stände an denselben betheiligen müssten. Einen vorläufigen Waffenstillstand machte er von dem Abzuge des königlichen Heeres aus Böhmen und der Entlassung der für Ferdinands Dienst angeworbenen Truppen abhängig. Diese officiellen Verhandlungen waren schliesslich von vertraulichen Besprechungen begleitet, in denen Thurn den königlich gesinnten Theil der Deputation mit spitzen Worten angriff, den andern Theil aber für die böhmische Sache zu gewinnen suchte.*)

Thurzo spielte bei dieser Besprechung, so weit es bekannt ist, keine besonders hervortretende Rolle; als sich aber die übrigen Gesandten entfernten, blieb er zurück und hatte während der darauf folgenden Nacht mit dem Grafen Thurn eine entscheidende Unterredung. Wenn wir dem Berichte einer unterrichteten Persönlichkeit**) glauben dürfen, so forderte Thurzo den Grafen zur Ausdauer auf und versprach ihm, dass Ungarn sich mit seinem ganzen Einfluss für einen günstigen Ausgleich bei König Ferdinand verwenden, oder wenn dieser nicht zu Stande kommen würde, sich mit Waffengewalt auf die böhmische Seite stellen werde. Wir zweifeln nicht, dass diese Versicherungen den Inhalt der nächtlichen Unterredung ausmachten, denn Thurzo bemühte sich fortan auf das eifrigste Ungarn zum Anschlusse an Böhmen zu bewegen.

Die ungarische Deputation erstattete mittlerweile dem Könige Bericht über den Erfolg ihrer Verhandlung mit Thurn und stellte die Frage an ihn, ob er sich ihre Vermittlung gefallen lassen wolle. Bei den Forderungen, die Thurn so klar und unumwunden präcisirt hatte, gab es in der That wenig oder nichts zu vermitteln, und der König würde, wenn er seiner Meinung Ausdruck gegeben hätte, allem weitern Gerede ein Ende gemacht haben. Da er es jedoch immer noch vorzog, seine Gegner hinzuhalten, so liess er sich die angebotene Vermittlung gefallen, setzte aber zur Bedingung, dass nichts von ihm verlangt werde, was gegen seine Würde verstosse.

---

*) Archiv von Gratzen: Jaquot an Buquoy dd. 14. Juni 1619. — Sächs. StA. Antwort Thurns den ungarischen Gesandten gegeben dd. 10. Juni 1619. — Ebend. Antwort Thurns an die ungarischen Stände dd. 10. Juni 1619. — Katona XXX, 30 und flg.

**) Jaquot an Buquoy dd. 14. Juni 1619. Gratzner Archiv

Wenn er durch diese scheinbare Nachgiebigkeit Zeit gewinnen wollte, so hatte er dies nicht mehr nöthig, da Thurn sich nach der Unterredung mit den ungarischen Gesandten zum eiligen Rückzug nach Böhmen anschickte. Vor seinem Abzuge hatte er noch eine letzte Besprechung mit einer niederösterreichischen Deputation, an der sich namentlich Herr Hans Ludwig von Kufstein betheiligte und die ihn um Auskunft über seine Verhandlungen mit den Ungarn ersuchte.*) Wir vermuthen, dass Thurn die Hoffnungen andeutete, die er sich auf Thurzo's Versprechungen bezüglich Ungarns machte, und dass er schliesslich auch die Niederöstereicher zur Ausdauer ermahnte. Sie hatten zwar seine Hoffnungen nicht erfüllt, und ihm den Zugang nach Wien nicht eröffnet, allein ihre Gesinnung blieb ihm nach wie vor freundlich. Diesen Trost nahm er auf den Rückzug mit sich, den er thatsächlich in der Nacht auf den 14. Juni gegen Schwechat antrat, wo er die Donau übersetzte und von da nach Böhmen zurückging. 1619

Auf diese Weise war die Gelegenheit zur gänzlichen Niederwerfung Ferdinands, wie sie sich nie günstiger geboten hatte, ungenügend ausgebeutet und dem böhmischen Aufstand war dadurch der schwerste Schlag versetzt worden.

*) Wiener StA. Relation der Gesandtschaft bei dem Grafen Thurn.

Drittes Kapitel.

Der Krieg in Böhmen im Sommer des J. 1619.

I Mansfeld rückt von Pilsen nach Záblat vor. Schlacht bei Záblat. Verluste Mansfelds. Folgen der Schlacht bei Záblat und Abmarsch der böhmischen Truppen von Rudolfstadt. Verlust von Frauenberg und Rosenberg. Soldforderungen der böhmischen Truppen. Bemühungen der Directoren das nöthige Geld zusammenzubringen. Confiscationen. Repressivmassregeln gegen die Katholiken. Klagen der Gutsbesitzer im südlichen Böhmen.

II Buquoy rückt aus Budweis vor. Buquoy in Wien. Streifzüge des königlichen Heeres. Unordnung im böhmischen Heere. Wahl des Fürsten von Anhalt zum Obercommandirenden. Traurige Verhältnisse im böhmischen Heere. Soldforderungen desselben. Berathungen im Landtage zur Beschaffung des nöthigen Geldes. Liederlichkeit und selten vorgenommene Musterungen sind die Gründe, durch welche die Soldrückstände eine solche Höhe erreichten.

III Dampierre in Mähren. Treffen von Wisternitz. Meuterei im königlichen Heere. Verstärkung des böhm. Heeres. Buquoy rückt vor. Eroberung von Pisek. Anhalt bei dem böhmischen Heere. Rückzug der Böhmen nach Zalužan.

I

Während Ferdinand in Wien der ihm von Thurn drohenden Gefahr glücklich entronnen war, rückten die in Flandern und im Elsass geworbenen Truppen in einzelnen Abtheilungen in Böhmen ein und verstärkten die Armee des Grafen Buquoy so beträchtlich, dass Hohenlohe sich den ärgsten Besorgnissen hingab. Da Mansfelds Anwesenheit in Pilsen nicht länger nothwendig war, liessen ihm die Direktoren gegen Ende Mai den Befehl zukommen, sich mit seinen Truppen nach dem Süden zu begeben, offenbar um die Strasse von Passau nach Böhmen zu besetzen und so den für Buquoy bestimmten Zuzügen den Durchzug durch den Böhmerwald abzuschneiden. Für die Lösung dieser Aufgabe machte sich aber Mansfeld viel zu spät auf den Weg. Als Buquoy einen Theil seiner Verstärkungen an sich gezogen hatte, hätte er eigentlich dem Mahn-

1619

rufe Ferdinands nachkommen und den Marsch nach Wien antreten sollen; statt dessen scheint er es für wichtiger gehalten zu haben, den gegenüberstehenden Feind anzugreifen, weil er wahrscheinlich erwartete, dass dies den Rückzug Thurns beschleunigen würde. Nachdem er in Budweis eine hinreichende Garnison zurückgelassen hatte, trat er mit einem aus Reiterei und Fussvolk bestehenden Corps von 5000 Mann den Marsch gegen Moldautein an, um sich dieses Ortes zu bemächtigen.*) Auf dem Wege bekam er durch einen im Hauptquartier Mansfelds befindlichen Spion die Nachricht,**) dass letzterer von Hohenlohe den Befehl erhalten habe, seine Leute zu sammeln und mit ihnen zu der Hauptarmee zu stossen; dies bewirkte, dass Buquoy seine Marschrichtung änderte und seine Schritte nach Netolitz lenkte.

Mansfeld hatte in der That den betreffenden Befehl erhalten und zog deshalb seine über einen ziemlich weiten Umkreis zerstreuten Truppen zusammen und koncentrirte sie bei Protiwin. Von hier war er nach Rudolfstadt in das böhmische Hauptquartier geritten***) und hatte dort mit dem Grafen Hohenlohe die letzten Verabredungen über den Weitermarsch und Anschluss an die Hauptmacht getroffen. Am 8. Juni ging er wieder nach Protiwin zurück, blieb da bis zum 10., an welchem Tage er um 4 Uhr Morgens mit seinem Corps den Marsch nach Rudolfstadt antrat, von wo ihn eine Wegstrecke von ungefähr 5 Meilen trennte. Die Stärke seines Corps belief sich auf ungefähr 3000 Mann und zwar bestand es aus vier Reitercompagnien und acht Fähnlein Fussvolk, an Artillerie hatte er eine Kanone bei sich. Er war ungefähr anderthalb Meilen weit bis Zablat gekommen, als er die Nachricht erhielt, dass eine Abtheilung von 30 Musketieren, die zu seinem Corps gehörig und in Netolitz stationirt war, von dem Feinde über-

1619

*) Die Stärke des buquoy'schen Corps wird übereinstimmend in den spanischen Quellen (Archiv von Simancas) und in den Berichten des sächsischen Gesandten aus Prag (StA. 9171, XIII, 338) auf 5000 Mann angegeben.

**) Skála, III, 160.

***) Sächs. StA. 9171, XIV, Fol 267. Relation Walpurgs über das Gefecht bei Záblaf.

fallen worden sei. Dieser Ueberfall war von Buquoy ausgeführt worden, der mittlerweile bis Netolitz vorgedrungen war. Einem ziemlich verlässlichen Berichte zu Folge soll nun Buquoy durch einen bestochenen Bauer dem Grafen Mansfeld die Nachricht zugeschickt haben, dass Netolitz von einer ungarischen Reiterabtheilung attaquirt werde, dass sich die bedrohten Musketiere tapfer vertheidigten und den Grafen dringend um Hilfe ersuchten.*) Ob nun Mansfeld durch diese List vermocht wurde, einem Feinde entgegenzugehen, der ihm weit überlegen war und ob er überhaupt das Wagniss nicht für gross hielt, lässt sich nicht sicherstellen; gewiss ist, dass er rasch mit einem Theile seiner Truppen Zablat verliess und nach Netolitz eilte, um den Seinigen Rettung zu bringen. Kaum hatte er jedoch eine Viertel Meile zurück gelegt, so stiess er auf den heranrückenden Feind, dessen Ueberlegenheit er nach kurzem Gefechte zu seinem Schrecken bemerkte. Rasch zog er sich jetzt nach Zablat zurück, verbarrikadirte das Dorf und postirte in dasselbe sein ganzes Fussvolk; die Reiterei aber theilte er in zwei Abtheilungen, stellte sie rechts und links vor dem Dorfe auf und nahm selbst seinen Platz am linken Flügel. Sein einziges Geschütz postirte er ebenfalls vor das Dorf und erwartete nun die kommenden Dinge.

Alle diese Vorsichtsmassregeln hatte Mansfeld ziemlich unbelästigt ausführen können, da Buquoy sich mit dem Angriffe nicht beeilte, sondern zuerst Detachements nach Wodňan und Frauenberg abschickte, um dem Gegner die Flucht nach der einen und der andern Seite zu verlegen. Ueber eine Stunde lang wurde also das Gefecht von den Königlichen nur lässig geführt, auch wurden sie etwas von den Schüssen zurückgescheucht, welche Mansfeld aus seinem Geschütz gegen sie abfeuern liess. Nachdem Buquoy aber die gewünschten Vorkehrungen getroffen hatte, gieng er um die Mittagszeit energisch zum Angriffe über. Den ersten und entscheidenden Stoss führte die Reiterei aus und zwar ein wallonisches Kürassierregiment, mit dessen Anführung Albrecht von Waldstein

*) Sächs. StA. 9171, XIV, Fol. 115. Hauptmann Kherosch an den Kurfürsten von Sachsen dd. 27. Juni 1619.

etraut war, der nun zum erstenmale auf böhmischem Boden ämpfte; er griff den feindlichen linken Reiterflügel mit Ungeüm an und brachte ihn nach kurzem Kampfe in Unordnung. leichzeitig warfen sich die ungarischen Reiter, die Ferdinand dem rafen Buquoy zugeschickt hatte, auf den rechten Flügel und war mit solcher Wucht, dass der Feind nach allen Seiten ersprengt und in die Flucht gejagt wurde. Mansfeld, der ie Unordnung bemerkte und trotz der Bedrängniss, in die n der waldstein'sche Angriff versetzte, Stand halten ollte, suchte seine gesammte Reiterei in einen Haufen zu ereinen, um dann zu thun, was die Umstände erheischten, lein er kam nicht zum Ziele. Das Beispiel des rechten lügels wirkte ansteckend auf seine Abtheilung; die ganze eiterei wandte sich zur Flucht und war nur auf ihre Rettung edacht. Mansfeld, das Vergebliche seiner Bemühungen einseend, ritt nur von 15 Reitern begleitet gegen das Dorf zurück, n sich dem daselbst verbarrikadirten Fussvolk anzuschliessen onnte jedoch wegen der aufgethürmten Hindernisse in das orf nicht gelangen. Während er nach einer zugänglichen elle suchte, stiess er auf eine feindliche Schaar, durch e er genöthigt wurde, sich in einen Garten ausserhalb des orfes zu flüchten, wo auch ein Theil seines Fussvolkes eine ufluchtsstätte gesucht hatte.

An dem bisherigen Gefechte hatte das mansfeldische Fussolk keinen andern Antheil genommen, als dass es gegen einen heil der fliehenden Reiter, die es irrthümlich für Feinde asah, seine Geschosse abfeuerte und dadurch den Schrecken nd die Verwirrung der Flüchtlinge nur vermehrte. Während un die Fussknechte hinter ihren Barrikaden den Angriff des eindes erwarteten, bemerkten sie auf einmal zu ihrem Entetzen, dass das Dorf am unteren Ende in Brand gerathen i. Die Königlichen hatten absichtlich das Feuer angelegt, as sich in Folge der grossen an diesem Tage herrschenden litze und Trockenheit in den mit Stroh bedeckten Häusern nd in dem dürren Holz der Barrikaden rasch verbreitete. chon nahte das Feuer dem Orte, wo die Munitionsvorräthe ufgehäuft waren, so dass sich das gesammte Fussvolk in der efahr befand, entweder von Rauch erstickt, oder von dem

explodirenden Pulver verbrannt zu werden. In dieser äussersten Noth bemühte sich jeder Einzelne, so gut er konnte, die Barrikaden zu übersteigen oder unter den Wägen, aus denen sie theilweise gebildet waren, durchzukriechen und einen freien Raum zu gewinnen. Das Unternehmen gelang so ziemlich der ganzen Mannschaft, als sie aber ausserhalb des brennenden Dorfes stand, sah sie den Feind von beiden Seiten herankommen, um ihr den Rückzug abzuschneiden. Drei Kompagnien (etwa 900 Mann) schlugen den Weg gegen das nördlich gelegene Protiwin ein, um einen Wald zu gewinnen und sich so vor den Angriffen der Reiterei zu retten. Ehe sie jedoch die ersehnte Zufluchtsstätte gewonnen hatten, wurden sie von den ungarischen Reitern und einer Abtheilung Kürassiere erreicht, zersprengt und fast sammt und sonders niedergehauen. Insbesondere waren es die Ungarn, die keine Gefangenen machten und selbst Weiber und Kinder, die sich im Gefolge der Flüchtenden befanden, niederhieben.

Der andern Abtheilung des mansfeldischen Fussvolkes, die ungefähr 1500 Mann zählte, gelang es, einen Garten hinter Zablat zu gewinnen, dessen Zaun sie vor den Angriffen der feindlichen Kavallerie sicherte. Mansfeld, der sich dieser Abtheilung zugesellt hatte, verliess sie wieder, da er fürchten musste, mit ihr eingeschlossen zu werden und in die Hände des Feindes zu fallen. Dieser Gefahr durfte er sich aber um keinen Preis aussetzen, da er fürchten musste, dass der gegen Erzherzog Leopold im J. 1609 begangene Verrath an ihm gerächt werden würde.*) Er beschloss deshalb sein Heil in schleuniger Flucht zu suchen und stellte diese, unterstützt von ungefähr 15 berittenen Begleitern, gegen Protiwin an. Da er erkannt worden war, setzten ihm die Ungarn und die Wallonen nach; kleine Abtheilungen erreichten ihn zweimal, beidemal gab es ein hartnäckiges Gefecht, so dass zuletzt nur noch er und sechs Begleiter dem Feinde entrannen. Er eilte über Protivin nach Moldautein, das von einer Abtheilung des böhmischen Aufgebots besetzt war. Als er in die Nähe der Stadtthore herangesprengt kam, hielten ihn die auf den Mauern

*) Band I, S. 389.

findlichen Wehrleute für einen feindlichen Offizier und
hossen auf ihn. Glücklicherweise waren damals die Gewehre
cht so präcis wie heutzutage, das Missverständniss löste sich
ch zeitlich genug, er wurde in die Stadt eingelassen und
durch gerettet.

Was das Fussvolk betrifft, das in dem umzäunten Garten
rläufig Schutz gefunden hatte, so griff Dampierre dasselbe mit
r ungarischen Reiterei an, wurde aber von dem Feuer der
indlichen Musketiere zurückgeworfen. Man begnügte sich nun
f königlicher Seite, den Garten zu cerniren und verharrte in
eser Position bis gegen Abend. Nachdem sich die einge-
hlossenen Truppen durch sechs Stunden behauptet hatten
nd Rettung von keiner Seite nahte, beschlossen sie, mit dem
einde zu unterhandeln, ohne weiter auf den Zuspruch der
ffiziere zu hören, die zu weiterer Ausdauer mahnten. Ein
arlamentär wurde zu Buquoy abgeschickt und benachrichtigte
hn von dem Entschlusse der Mannschaft; Buquoy kam in
Begleitung Dampierre's, Waldsteins und des Herzogs von Sachsen-
Lauenburg heran und versprach der Mannschaft gegen Nieder-
legung der Waffen Schonung des Lebens und später freien
Abzug, falls sie sich mit einem Monatssold auslösen würde.
Auf das hin ergaben sich die Eingeschlossenen. Nach der
Weise jener Zeit suchte man die Gefangenen zum Uebertritt
in die königlichen Dienste zu bewegen und erreichte bei den
meisten ohne Schwierigkeit diesen Zweck, denn wer hätte für
die Gefangenen das Lösegeld erlegt, wenn die Direktoren
nicht einmal dem kämpfenden Heere einen Monatssold auszu-
ahlen vermochten? Gleichwohl harrten auch viele bei
hrer Fahne aus, aber sie wurden durch eine harte Be-
andlung mürbe gemacht. Nur ungefähr 130 Personen,
arunter die meisten Offiziere, die entweder das Lösegeld
rschwingen konnten, oder von Buquoy aus einer Art von
rossmuth freigelassen worden waren, kehrten nach kurzer
efangenschaft wieder zur böhmischen Armee zurück.

Auf diese Weise hatte Buquoy einen vollständigen Sieg
ber Mansfeld davongetragen und das 3000 Mann zählende
indliche Corps vernichtet; 1200 Mann waren gefallen, 1400
Mann in Gefangenschaft gerathen und der Rest war zersprengt.

Auch die Beute war beträchtlich, fast sämmtliche Proviantwägen, 300 an Zahl, waren in Buquoy's Hände gefallen, die Beute an Gold und sonstigen Werthsachen, die in den Bagagewägen oder an den Todten und Gefangenen gemacht wurde, berechnete man auf den Werth von 100.000 Gulden. Mansfeld soll allein 30.000 Thaler an baarem Gelde und Silbergeschirr im Werthe von 20.000 Thaler eingebüsst haben.*) Doch glückte es ihm, dass der Wagen, der die Hauptkasse mit den werthvollsten Sachen enthielt, im Ganzen ungefähr 30.000 Gulden, fast wie durch ein Wunder den Nachstellungen der Feinde entging. Der Löwenantheil an der Beute war den Ungarn zugefallen, die im Plündern die hurtigsten und erbarmungslosesten waren.**)

Wenn die Schuld der Niederlage in erster Linie dem Grafen Mansfeld beigemessen werden muss, weil er sich unvorsichtig einem fast doppelt so starken Feinde entgegengestellt und jede Deckung vernachlässigt hatte, so kann man eigentlich einen noch härteren Vorwurf gegen den Grafen Hohenlohe erheben. Als Mansfeld von dem Ueberfalle bei Netolitz Kunde erhielt und sich zum Entsatze der eingeschlossenen Musketiere auf den Weg machte, benachrichtigte er den Grafen von seinem Entschluss und von der Möglichkeit, dass sich ein grösseres

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 9./19. Juni 1619, Prag.

**) Unsere Erzählung über das Gefecht bei Netolitz und Zablat schöpfen wir aus zwei entgegengesetzten, aber übereinstimmenden Quellen: aus dem Berichte Skála's III, 161 und flg., und aus dem Berichte, der aus den offiziellen Nachrichten Buquoy's von Oñate zusammengestellt und nach Spanien geschickt wurde (Simancas 2504/128 Aviso de Budweis dd. 19. Junio). Mit diesen Berichten stimmt auch ein im sächs. StA. befindliches und aus Pisek vom 11. Juni 1619 datirtes Schreiben 9171, XIII, Fol. 338 überein. Sonst haben wir noch vor uns einen im kuttenberger Archiv und endlich einen zweiten im sächs. StA. befindlichen Bericht, in denen manche nicht unwesentliche Notiz enthalten ist. Ütterodt bringt auf Grund der Acta Mansfeldica und anderer Quellen etwas verschiedene, zum Theil auch unrichtige Daten, denen wir mit Rücksicht auf unsere unmittelbar nach der záblater Schlacht verfassten Berichte nicht weiter gefolgt sind. Das betreffende Dorf Záblat, bei dem die Schlacht geschlagen wurde, ist nicht das bei Prachatitz gelegene nunmehrige Städtchen Záblat, wie Ütterodt vermuthet, sondern das etwa eine Meile östlich von Wodňan gelegene Dorf Gross-Záblat.

Gefecht entspinnen könnte. Obwohl nun eine Hilfe nicht hätte eintreffen können, um die Niederlage bei Zablat hintanzuhalten, so hätte wenigstens die Gefangennahme der 1500 Musketiere, die sich bis zum Abend wehrten, verhütet werden können. Allein weder Hohenlohe noch Fels, der ihm zur Seite stand, thaten das, was die Sachlage erheischte. Einzelne Gerüchte beschuldigten sie sogar, dass sie die Niederlage Mansfelds nicht ungern gesehen hätten, weil ihnen dieser Abenteurer zu ehrgeizig war. In Prag wollte man mit Bestimmtheit wissen, dass Ulrich Wchýnský, der unter Fels ein Regiment kommandirte, dem bedrängten mansfeldischen Corps zu Hilfe eilen wollte, daran aber durch ein direktes Verbot seines Befehlshabers gehindert worden sei.*)

Die Niederlage bei Záblat fügte dem Aufstande schwere Nachtheile zu. Bei der geringen Truppenzahl, über welche die Böhmen verfügten, war die Vernichtung eines Corps von 3000 Mann nicht nur äusserst empfindlich, es fiel auch der Umstand bedeutend in die Wagschale, dass die Niederlage eine so vollständige war, wie man sie in dem ganzen bisherigen Kriege noch nicht erlebt hatte. Je weiter die Kunde von ihr sich in Böhmen verbreitete, desto grösser wurde die allgemeine Trauer, trübe Ahnungen und schwere Sorgen bemächtigten sich der Gemüther in einem Grade, wie dies seit dem Ausbruche des Aufstandes noch nicht der Fall gewesen war. Es war das nach den günstigen Nachrichten aus Mähren und Oesterreich eine bittere Enttäuschung; man hatte sich der Hoffnung hingegeben, mit der Kunde von der Eroberung Wiens überrascht zu werden und nun musste man selbst für Prag zittern. Die Direktoren sahen sich genöthigt, der um sich greifenden Entmuthigung entgegenzutreten und

*) Zeitung aus Prag dd. 18. Juni 1619. Bernburger Archiv. — Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 4./14. Juni 1619, Prag. Es heisst in einigen Berichten, dass Ulrich Wchýnský dennoch die königlichen Truppen attakirt habe, als sie mit ihrer Beute nach Budweis zogen und ihnen den grösseren Theil derselben abgejagt habe. Wir können dieser Nachricht, die auch Skála bezweifelt, nicht recht trauen, weil das siegreiche königliche Heer nicht so leicht seine Beute hätte fahren lassen, von einem grössern Gefechte aber nichts verlautet.

schickten zu diesem Zwecke in alle Kreise Böhmens Patente, in denen sie die Bedeutung der Niederlage bei Záblat leugneten und behaupteten, dass die Verluste auf beiden Seiten gleich gross gewesen seien. Solche offizielle Lügen waren jedoch damals ebenso wenig im Stande, die Wahrheit zu verbergen, wie heute; der flüchtige Mansfeld, der von Moldautein nach Pisek und von da nach Prag eilte, und seine wenigen Begleiter, die sich mit ihrem Anführer in Verwünschungen gegen Hohenlohe überboten, sorgten durch ihre Reden am besten dafür, dass der richtige Sachverhalt überall bekannt wurde.

Die Niederlage von Záblat entschied endlich auch das Schicksal der seit einem halben Jahre betriebenen Belagerung von Budweis. Seit Thurn sich von Hohenlohe getrennt hatte und nach Mähren gezogen war, konnte man eigentlich nur noch von einer Beobachtung von Budweis reden, und als seit Ende Mai Buquoy Verstärkung über Verstärkung erhielt, konnte auch davon keine Rede mehr sein. Seine Lage war die gesichertere, er konnte sich frei bewegen und hatte an der Stadt einen festen Stützpunkt, während die böhmische Armee in Rudolfstadt in solche Schwierigkeiten geriet, dass sie nach den verlässlichen Berichten des sächsischen Gesandten in Prag eigentlich mehr belagert war, als dass sie den Feind belagert hätte. Da auch trotz aller in den Monaten April und Mai wiederholten Bitten und Drohungen noch immer kein Kreuzer zur Bezahlung des rückständigen Soldes in das böhmische Lager abgeschickt wurde, erreichte die Desorganisation daselbst eine betrübende Höhe. Die Soldaten liefen nach der Versicherung des schlesischen Mustercommissärs, also eines offiziellen Augenzeugen, zum Theil ganz nackt herum *), so sehr waren sie in Folge der vorangegangenen Strapatzen in ihrer Kleidung herabgekommen. Da nun die von Mansfeld gehoffte Verstärkung misslungen war, konnte Hohenlohe nicht länger daran denken, sich mit seinen herabgekommenen Truppen in Rudolfstadt zu halten und der Rückzug wurde für ihn eine zwingende Nothwendigkeit. Indem er beschloss, Rudolfstadt zu verlassen, sorgte er nicht nur für seine eigene Sicherheit, sondern folgte

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 4./14. Juni 1619, Prag.

ich den Mahnungen der Directoren, die ihn durch einen ei-
nen Boten aufforderten, zur Deckung der Hauptstadt her-
izueilen. *)

Der Abmarsch der böhmischen Truppen von Rudolfstadt
folgte am 15. Juni Morgens und zwar plötzlich, weil Hohen- 1619
he in Erfahrung gebracht hatte, dass der Feind einen An-
iff beabsichtige und er denselben um keinen Preis abwarten
ollte. Der Aufbruch war von Scenen begleitet, die von der
oralischen Herabgekommenheit des Heeres sattsam Zeugniss
legten; die hungernden Soldaten fielen über die Marketender
er und plünderten deren Vorräthe. Man gab sich nicht ein-
al besondere Mühe, die gesammte Bagage in Sicherheit zu
ingen und vorauszuschicken, sondern begnügte sich mit der
erstörung derselben, um sie wenigstens für den Feind un-
auchbar zu machen, oder verbrannte, was man nicht weiter
hleppen wollte. Kaum bemerkte Buquoy in Budweis die
flodernden Feuer, so deutete er sie richtig als Zeichen des
vorstehenden Rückzugs und eilte mit seinen Truppen herbei,
n die Böhmen an demselben zu hindern und ihnen wenn
öglich eine zweite Schlappe beizubringen. Er bewirkte je-
ch nur, dass Hohenlohe seinen Marsch beschleunigte und
hon fast eine halbe Meile entfernt war, als die königlichen
ruppen herangezogen kamen. Es entspann sich ein kleines
efecht, in dem die Verfolger einen Verlust von etwa 70
ann erlitten, worauf die Böhmen ungehindert weiter zogen,
eil Buquoy die Verfolgung in den waldigen Gegenden für
fährlich hielt.

Durch den Abmarsch des böhmischen Heeres war das
dwestliche Böhmen schutzlos den königlichen Truppen preis-
geben und diese nützten den Vortheil im vollsten Masse aus.
uerst wurde das Lager bei Rudolfstadt geplündert, denn bei
m eiligen Abzuge hatten die Böhmen doch nicht alles zer.
ören können, was der Beute werth war. **) Hierauf sandte
uquoy noch am selben Abend 100 Mann und zwei Kanonen
ach Frauenberg, um sich dieses Schlosses, das den Herrn

*) Hollach und Fels an die Direktoren dd. 16. Juni 1619 im sächs. StA.
9171, XIII, Fol. 375.
*) Skála, III, 170.

von Malowec gehörte, zu bemächtigen. Dasselbe hatte eine feste Lage und war deshalb von dem benachbarten Adel zur Aufbewahrung aller seiner Kostbarkeiten benützt worden und hatte zu seiner Sicherheit auch eine Besatzung von 30 Musketieren. Da an eine erfolgreiche Vertheidigung jetzt nicht mehr zu denken war, bat Herr von Malowec um einen Waffenstillstand von zwei Tagen, offenbar um mit den werthvollsten Sachen zu flüchten, und als ihm dieser verweigert wurde, verliess er mit der Besatzung in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni das Schloss. Die königlichen Truppen fanden in demselben eine ungeheure Beute an baarem Gelde, an Gold, Silber, kostbaren Kleinodien und Kleidungen, deren Gesammtwerth auf 300.000 Thaler veranschlagt wurde. Es bedurfte mehr als dreier Tage, um die ganze Beute nach Budweis in Sicherheit zu bringen. So gab man dem Feinde mit unbegreiflicher Sorglosigkeit und Verblendung eine Werthsumme preis, welche die Direktoren seit Wochen vergeblich zur Bezahlung des Heeres zusammenzubetteln suchten. *)

Doch nicht genug damit, am folgenden Tage griff eine ungarische Reiterabtheilung das Schloss und die Stadt Rosenberg an, wo dem Gerüchte nach noch mehr Reichthümer aufgehäuft waren als in Frauenberg. Rosenberg wurde durch eine Besatzung von mehr als 400 Mann wahrscheinlich heimischen Landvolkes vertheidigt und diese scheint sich tapfer gewehrt zu haben und bis auf den letzten Mann niedergehauen worden zu sein. Eine unermessliche Beute an kostbaren Sachen, namentlich aber an Rind- und Schafvieh (an 3000 Stück), das von weit und breit hier zusammengetrieben und geborgen worden war, fiel in die Hände der Sieger, die ihre Beute auf mehr als eine Million (Gulden?) schätzten. *) Man

---

*) Ueber die grosse Beute heisst es nach dem Berichte Buquoy's im Archive von Simancas 2504, 128: Unsere Truppen (d. h. die königlichen) hallaron (im Schlosse) muchas joyas, dineros oro y plata y otras cosas, que fue estimado en mas de 300,000 taleros y a sido tanta cantidad que mas de tres dias fueron menester para passarla aca" (nach Budweis).

*) Simancas 2504, 128. „El lunes siguiente entraron los Hungaros en la ciudad y castillo de Rosenberg adonde mataron mas de 400 hombres y hallaron tantas riquezas, que hizo daño al enemigo de mas de un millon de ganado grande i chiquo."

verkaufte im königlichen Lager in den folgenden Tagen einen Ochsen um zehn, eine Kuh um drei Realen und einen Hammel um zehn Pfennige Der ganze budweiser und prachiner Kreis wurde von der ungarischen Reiterei förmlich durchrast, ein Ort nach dem andern angegriffen und geplündert und die Streifzüge zuletzt sogar bis in die Nähe von Pilsen und Karlstein ausgedehnt. Die Ungarn machten sich hiebei gräulicher Schandthaten schuldig, zahlreiche und über jeden Zweifel erhabene Zeugnisse berichten, dass sie bei vielen Gelegenheiten Frauen und Kinder in Menge hingemordet und überhaupt eine so unmenschliche Grausamkeit an den Tag gelegt haben, dass Buquoy selbst darüber auf das höchste empört war. Seine Bemühungen, solchen wahrhaft viehischen Gewaltthaten ein Ende zu machen, wurden aber von den Ungarn offen missachtet. *)

Hohenlohe und Fels hatten mittlerweile den Marsch gegen Wittingau fortgesetzt, sich darauf nördlich gewendet und waren am 17. Juni bei Soběslau in der Stärke von ungefähr 8000 Mann angekommen. Hier hatten sie vorläufig Halt gemacht, um dem Grafen Thurn, dessen Ankunft von Wien über Neuhaus erwartet wurde, die Hand bieten zu können. Buquoy machte Miene, als ob er den Böhmen einen Vorsprung auf dem Wege nach Prag abgewinnen wolle, denn er wandte sich jetzt gegen Moldautein, bemächtigte sich dieses Ortes und marschirte darauf gegen Tabor. Am 20. kam es hier zu einem Gefechte zwischen den böhmischen Truppen unter Wchýnský's Anführung und der königlichen Vorhut, dessen Vortheil sich die ersteren zuschrieben.

1619

Hatte schon die Niederlage bei Záblať und die Nachricht von dem Rückzuge Thurns von Wien die Stimmung im Lande verdüstert, so wurde sie durch die Kunde von den weiteren Erfolgen der königlichen Waffen noch mehr darniedergedrückt. Zu allem dem machten sich jetzt auch die finanziellen Schwierigkeiten in einem Masse geltend, dass man für die weitere Treue und Kampflust der Truppen die ernstesten Befürchtungen hegen musste. Die Unzulänglichkeit der Hilfsmittel, die sich schon im Beginn des Aufstandes herausstellte, hatte sich seit dem

---

*) Drastische Beweise hiefür weiter unten.

Monat Mai zu einer völligen Insolvenz zugespitzt. Es zeigte sich, dass wenn alle im J. 1618 votirten Steuern richtig eingegangen wären, dennoch die eingegangenen Verpflichtungen nicht gedeckt werden könnten, um wie viel weniger also, da nur ein Theil der Steuern eingezahlt worden war. Am 31. Januar 1619 betrug der den Soldaten und Offizieren nicht ausgezahlte Rest ihrer fälligen Soldforderungen 492.408 Gulden und diese Summe steigerte sich in der folgenden Zeit monatlich um 210.000 Gulden, und weder auf die alte noch auf die neue Schuld war seit Monaten ein Heller ausbezahlt worden. *) Seit Anfang 1619 Mai liefen von den böhmischen Truppen in Rudolfstadt ununterbrochene Klagen untermischt mit Drohungen ein. Da es in den vom langen Kriege ausgesogenen Gegenden nichts zu rauben gab, mussten die Soldaten zu den sonderbarsten Mitteln greifen, um ihr Leben zu fristen. Dahin gehörte unter andern, dass sie einen Theil ihrer Waffen beim Marketender versetzten, um sich von ihm die nöthigen Nahrungsmittel geben zu lassen. Man konnte Reitercompagnien sehen, deren Mannschaft weder Pistolen noch Sporen noch Reiterstiefel hatte, alle diese Requisiten waren wie in einem Magazine in den Pfandleihanstalten der Marketender aufgeschlichtet. Die unvollständig bewehrte Mannschaft konnte nicht einmal die Wache beziehen, geschweige denn dem Feinde entgegentreten. Dass solche wahrhaft scandalöse Verhältnisse eintreten konnten, zeigt von einem Mangel in der obersten Leitung, der selbst nicht durch die finanziellen Schwierigkeiten genügend entschuldigt werden kann.

Man unterschätzte in Prag nicht das Gefährliche einer solchen Sachlage und bemühte sich schon gegen Ende Mai derselben abzuhelfen. In erster Linie sollte ein Anlehen, in zweiter Linie Confiscationen helfen. Die Direktoren selbst beschlossen, mit gutem Beispiele voranzugehen, und in der That schossen sie eine Summe von 60.000 Thalern zusammen, die sie dem Lande leihen wollten. Die prager Städte folgten dem Beispiele; die Altstadt streckte 15.000, die Neustadt und

*) Sächs. StA. 9175, IX, Fol. 268. Verzeichniss, was allenthalben uff den Böhmischen Krieg...... gangen. — Ebend. 9171, XIII, Fol. 81. Lebzelter an Schönberg dd. 16./26. Mai 1619. Prag. Schreiben aus Prag dd. 8. Juni 1619.

Kleinseite je 10.000 Thaler vor, die Juden folgten einem deutlichen Winke und verstanden sich zu einem ausserordentlichen Beitrage von 12.000 Thalern, einzelne Bürger, um ähnliche Darlehen ersucht, boten 50—150 Thaler. Da sich aber viele von den wohlhabendsten jeder Beisteuer entschlugen, erliessen die Direktoren an die Bürgermeister die Aufforderung, die säumigen Bürger persönlich vorzuladen, sie ernstlich zu ermahnen und sich mit leeren Ausflüchten nicht abspeisen zu lassen; ja die Direktoren gaben den Befehl, dass man ihnen jene namhaft mache, die sich trotzdem zu keinem Darlehen verstehen wollten und liessen so deutlich merken, dass man den Hartnäckigen wohl auf andere, in revolutionären Zeiten übliche Weise beizukommen wissen werde. In ähnlicher Weise wurden auch die übrigen königlichen Städte um freiwillige Darlehen ersucht; sie zeichneten sich nicht besonders aus und da auch der Adel seine ohnedies nicht übermässig gefüllte Tasche zuhielt, so war das Resultat des improvisirten Nationalanlehens ärmlich genug. Mehr als eine Million Gulden waren zur Zahlung dringender Schulden nöthig und man hatte wenig Hoffnung, auch nur den fünften Theil durch die freiwilligen Darlehen zu decken. *)

Unter solchen Umständen beschlossen die Direktoren, noch von einem andern Mittel Gebrauch zu machen, nämlich von der Confiscation des gesammten geistlichen Grundbesitzes der katholischen Kirche. Durch öffentliche Patente liessen sie verkündigen, dass jeder, der eine bestimmte Summe für die Landesbedürfnisse hergeben wolle, sich dafür irgend eine beliebige geistliche Herrschaft, ein Dorf oder ein Stück Grund und Boden je nach seiner Auswahl und nach der Grösse des dargeliehenen Betrages in Pfand und Nutzgenuss nehmen dürfe. Gleichzeitig wurden sämmtliche Klöster und katholische Präbendaten aufgefordert, ein Verzeichniss ihres gesammten von Grund und Boden, von Kapitalien, von Zehenten und Zinsen herrührenden Einkommens einzuliefern, offenbar zu dem Zwecke, um den Direktoren die Wahl zu erleichtern,

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv: Die Direktoren an den altstädter Rath und Bürgermeister dd. 28. Mai 1619. — Sächs. StA. Lebzelter dd. 16./26. Mai, Prag. — Dann Schreiben aus Prag dd. 8. Juni 1619.

wornach sie zuerst greifen könnten. Die Mönche jener Klöster, für deren Güter sich rasche Abnehmer fanden, gerieten plötzlich in die äusserste Noth. Aus dem erzbischöflichen Gebäude wurden alle Einrichtungsstücke und Wertsachen verkauft und dann das Gebäude selbst zum Verkauf ausgeboten.*). Man mag seiner Zeit diese Massregel mit tausend Gründen vertheidigt und mit dem Drucke entschuldigt haben, der ehedem auf den Protestanten lastete und der jetzt einen Gegendruck zur Folge habe, man mag gesagt haben, dass die Rettung des Staates das höchste Gebot sei, neben dem alle andern Rücksichten verschwinden mussten; immer doch liess sich nicht ableugnen, dass der neue protestantische Staat in Böhmen die Katholiken zur Rechtlosigkeit verdamme. Alles Unrecht, das einst den Protestanten in Böhmen zugefügt worden war, bekam ein Gegengewicht in den Leiden, mit denen sie jetzt die Katholiken heimzusuchen begannen und von denen die Güterconfiscation nur der einleitende Schritt war.

Die über den geistlichen Besitz verhängte Confiscation hatte zur Folge, dass die Direktoren jetzt von mehreren Seiten Geldanbote bekamen. Städte und Edelleute, die über einen Barschatz verfügten oder verfügen zu können glaubten, wollten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um für einen geringen Preis ihren Besitz dauernd zu vergrössern; Eger und Nürnberg zeigten sich bereit, auf die Kaufschillinge, die leider alle mehr versprochen als bar bezahlt wurden, den Direktoren ein Anlehen zu bewilligen, und so hoffte man in Prag, dass man durch diese combinirten Finanzoperationen die Mittel in die Hand bekommen werde, um den grössern Theil der Soldschulden zu tilgen. Als man jedoch die Nachricht erhielt, dass die böhmische Armee unter Hohenlohe sich nach Soběslau zurückgezogen habe und sich bei den Truppen ein meuterischer Geist geltend mache, sah man ein, dass man nicht länger auf Nürnberg und Eger warten dürfe, sondern alles verfügbare

*) Die betreffenden Akten im böhm. Statthaltereiarchiv im Fascikel Militare 1618—20, ferner im kuttenberger Archiv: Zuschrift des sedlecer Konvents an die Kuttenberger dd. 15. Juni 1619. — Bezeichnend in dieser Beziehung ist insbesondere die Zuschrift der Direktoren an den Abt des Karlsklosters in Prag dd. 30. Mai 1619.

Geld nach Soběslau schicken müsse. Da aber ein Theil der durch Zwangsanlehen und Confiscationen erworbenen Summen wieder eine andere Verwendung gefunden hatte, so brachte man keinen ganzen Monatssold znsammen, denn es fehlten dazu noch 32.000 Gulden. Als das Geld in Soběslau ankam und die Soldaten erfuhren, dass ihnen nicht einmal ein Monatssold ausbezahlt werden würde, erreichte ihre Unzufriedenheit den höchsten Grad. Die Reiterei nahm eine drohende Haltung an und erklärte, wenn nicht binnen wenigen Tagen der Rest des einmonatlichen Soldes und binnen drei bis vier Wochen nicht weitere zwei Monate ausbezahlt werden würden, so wolle sie das Lager verlassen und sich selbst helfen. Hohenlohe schickte den Obersten Wchýnský eilig nach Prag und beschwor die Direktoren den Rest des Soldes zu schicken. Die drohende Gefahr bewirkte, dass acht Tage später die fehlenden 32.000 Gulden in Soběslau eintrafen.*)

Die Angst vor der Meuterei des Heeres war nicht die einzige Sorge, welche die Direktoren bedrückte; sie begannen für die Sicherheit der Hauptstadt zu zittern, da ihnen jeder Tag Kunde von dem weiteren Vormarsche Buquoy's brachte und Hohenlohe selbst vor einem Handstreich desselben auf Prag warnte.**) In ihrer Besorgniss beeilten sie sich, die Vertheidigungsmittel der Hauptstadt zu vervollständigen; auf ihren Befehl wurden am Laurenziberge und in der Nähe des Schlosses neue Schanzen aufgeworfen und aus dem Zeughause die Kanonen auf die öffentlichen Plätze geführt, um mit ihnen die Wälle zu armiren; die zwei in Prag befindlichen Fähnlein Fussvolk sollten durch neue Werbungen auf fünf erhöht werden, vor Allem aber wurden die Bürger zu den äussersten Anstrengungen aufgefordert, um bei der Vertheidigung der Stadt mitzuhelfen. Eine allgemeine Musterung der waffenfähigen Bürgerschaft wurde angeordnet, bei der sich die Verpflichteten wohl bewehrt und ziemlich zahlreich einfanden. Um das gesunkene Vertrauen zu heben, verbreitete man absichtlich

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 20/30. Juni 1619. — Ebend. derselbe an denselben dd. 26. Juni a. St. 1619.

**) Schreiben der böhmischen Generale an die Direktoren dd. 16. Juni 1619 Sächs. StA.

Gerüchte von vielfachen Unterstützungen, die nach Böhmen im Anzuge seien; so hiess es, mit Thurn kämen 4000 Ungarn und andere 10.000 seien bereit, dem ersten Rufe zu folgen; von der Union wurde bald erzählt, dass sie mit 4000 Mann, bald dass sie mit 20.000 Mann zu Hilfe eile, und was das wichtigste war, dass sie der desperaten Finanzlage des Landes mit einem Darlehen von 400.000 Gulden aufhelfen wolle.*) Aber durch diese Lügen fühlten sich die Direktoren ebenso wenig ermuthigt, wie durch die eilig angeordneten Vertheidigungsmassregeln. Ihre Sorge wuchs stetig und machte sich in Klagen Luft, die gegen den Pfalzgrafen und den Fürsten von Anhalt gerichtet waren. Sie begannen den in Prag sich herumtreibenden pfälzischen Agenten vorzuwerfen, man habe sie mit Hoffnungen und Versprechungen geködert und trotzdem nicht das geringste gethan, um die Verstärkungen für Buquoy an dem Marsche nach Böhmen zu hindern.**)

Die steigende Verlegenheit der Direktoren verriet sich auch in der zunehmenden Härte, mit der man die Katholiken behandelte. Man legte denselben zur Last, dass sie seit der záblater Niederlage ihre Schadenfreude nicht verbergen könnten und sich mit dem Feinde zum Untergange des Landes verschworen hätten. Die Mönche von St. Jacob auf der Altstadt wurden beschuldigt, den Sieg Buquoy's mit einem Tedeum gefeiert zu haben und die Nonnen im Georgskloster auf dem Hradschin verdächtigte man, dass sie dem Feinde den Zutritt in die Stadt eröffnen könnten. Dem niederen Volk waren derartige Gerüchte willkommen, um seinem Hass gegen die Katholiken Ausdruck zu geben; gegen die genannten Mönche wurden so bedrohliche Reden geführt, dass diese es vorzogen, sich für einige Zeit aus Prag zu entfernen. Da es unter der prager Bürgerschaft namentlich auf der Kleinseite viele Katholiken gab, so wurde erwogen, was mit ihnen geschehen sollte. Einige von den Direktoren meinten, man solle sie entwaffnen, andere widerrieten diese beleidigende Massregel; der Pöbel war da-

---

*) Lebzelter an Schönberg dd. 12./22. Juni 1619, Sächs. StA. — Ebend. derselbe an denselben dd. 16./26. und 9./19. Juni 1619.

**) Bernburger Archiv: Peblis an Anhalt gegen Ende Juni 1619.

gegen mit noch radikaleren Vorschlägen bei der Hand.*) Thatsache ist, dass jetzt auch alle katholischen Laien von Angst erfüllt waren und dass sie zwar nicht für ihr Leben, wohl aber für ihr Vermögen fürchteten und ihre Vertreibung aus Böhmen voraus sahen. Die zuletzt von den Direktoren getroffenen Massregeln hatten zwar nicht im entferntesten einen grausamen Charakter und lassen sich bei der Lage der Dinge vollständig begreifen, sie mussten aber doch die Katholiken beunruhigen und erbittern. Ein Dekret der Direktoren an die prager Städte ordnete an, dass gegen verdächtige Personen — und das waren alle Katholiken — eine strenge Polizei geübt, dieselben entweder aus der Stadt verwiesen oder verhaftet werden sollten. Um diesem Dekrete mehr Nachdruck zu geben, verfügte man gleichzeitig die Verhaftung des Oberstlandhofmeisters Adam von Waldstein, der noch immer im Auftrage Ferdinands in Prag zu vermitteln suchte und sonach als eine Art Gesandter anzusehen war, und die des Adam Riesenberg von Janowitz, der der Hinneigung zu Ferdinand verdächtig war. Ein zweites Dekret bestimmte, dass sämmtliche katholische Bürger auf die Rathhäuser vorzurufen und eidlich zu befragen seien, ob sie die Stadt gegen die Angriffe der königlichen Truppen vertheidigen würden. Ein drittes Dekret ordnete endlich die Absetzung aller auf den königlichen Gütern angestellten katholischen Amtleute und deren Ersetzung durch Protestanten an.**)

Zu all' diesen Sorgen und Kümmernissen der Direktoren gesellte sich zuletzt noch der Übelstand, dass ihnen die letzten Junitage Gäste zuführten, die sie in die ärgste Verlegenheit brachten. Fünfzig Edelleute, deren Güter im südlichen Böhmen lagen und die durch die Ueberfälle von Frauenberg und Rosenberg und die Plünderung des prachiner Kreises um all ihre Habe gekommen waren und vorläufig alle Subsistenzmittel eingebüsst hatten, fanden sich mit dem unglücklichen Herrn von Malowec an der Spitze in Prag ein und bestürmten die

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 12./22. Juni 1619, Prag. — Ebend. derselbe an denselben dd. 16./26. Juni und dd. 20./30. Juni 1619. —

**) Die betreffenden Dekrete und Haftbefehle im böhm. Statthaltereiarchiv im Fascikel Militare 1618—1620.

Direktoren mit Klagen und Vorwürfen. Sie übertrieben nicht, wenn sie behaupteten, dass sie platterdings nicht wüssten, wovon ihr Leben zu fristen, sie verlangten Unterstützung und die Anweisung geistlicher Güter zum Nutzgenuss und Ersatz. In dem Sitzungssaale der Regierung kam es zwischen den erbitterten Klägern und den eingeschüchterten Direktoren zu einer Scene, bei der es manchem von den letzteren „nicht wohl" zu Muthe wurde.*) Was sollte man thun: sollte man das wenige Geld, das man für die Soldaten sammelte, unter diese „Armen" vertheilen, oder sollte man ihnen die geistlichen Güter überantworten und so die einzige Hypothek verschleudern, auf die man ein Anlehen kontrahiren konnte? Man vertröstete sie vorläufig, wie man die Soldaten so lange vertröstet hatte; die Folge aber war, dass die Katholiken in doppeltem Grade für ihr Vermögen zu zittern begannen und jeder von ihnen dem Aufstande gram wurde, wenn er es bis dahin noch nicht gewesen.

II

Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze nahmen mittlerweile eine Wendung, durch welche die unmittelbare Bedrohung von Prag ein Ende hatte. Buquoy setzte seinen Angriff gegen Tabor nicht länger fort und gab auch das weitere Vordringen gegen Prag auf, da er unterdessen die Nachricht erhalten hatte, dass Thurn sich von Wien zurückgezogen habe. Denn da er nun gewärtig sein musste, dass letzterer zu Hohenlohe stossen werde, durfte er sich nicht der Gefahr aussetzen, von den durch ihre Vereinigung ihm überlegenen feindlichen Generalen im Rücken gefasst zu werden. Er zog sich deshalb gegen Budweis zurück und beschränkte sich darauf, alle jene Plätze zu erobern, die noch im feindlichen Besitze waren und die seine Verbindung mit dem Erzherzogthum unterbrachen. Zu diesen gehörte das dem Herrn von Schwamberg gehörige Gratzen, das hart an der österreichischen Grenze liegt und eine wichtige Strasse beherrschte. Reiche Getreidevorräthe waren in diesem Schlosse

---

*) Sächs StA. Lebzelter an Schönberg dd. 24. Juni a. St. 1619, Prag, 1619.

ufgespeichert, das mit einer entsprechenden Besatzung unter em Kommando eines Herrn von Slawata versehen war. Buquoy riff dasselbe am 25. Juni mit überlegenen Kräften an, so dass 1619 ie Besatzung nach kurzem Widerstande unter der Bedingung reien Abzuges kapitulirte. Ueber 10.000 Strich Getreide und 000 Strich Haber nebst andern Werthsachen fielen in die Hände des Siegers, der unmittelbar darauf auch das in Oesterreich gelegene aber von den Böhmen besetzte Weitra angriff nd erstürmte. Damit hatte er den letzten Ort, den die Feinde n seinem Rücken besassen, eingenommen und die Verbindung nit Wien hergestellt.

Schon am 29. Juni richtete Buquoy seine Angriffe wieder 1619 egen Norden, indem er das einige Tage zuvor geplünderte tädtchen Wesseli vollends zerstörte und ein gleiches Schicksal inem andern bei Budweis liegenden Städtchen bereitete. Auch Vittingau, den letzten grösseren Ort, der von dem riesigen chwambergischen (ehemals rosenbergischen) Besitz noch unerwüstet war, bedrohte er mit demselben Schicksal, musste ber diese Absicht aufgeben und mehr auf seine eigene Defensive bedacht sein, da Thurn endlich nach einem 14tägigen Marsche mit seiner Armee herangezogen kam und am 29. Juni a Neuhaus eintraf. An dem folgenden Tage vereinigte er sich nit Hohenlohe und beide schlugen am 2. Juli ihr Hauptquartier a Lomnitz auf. Sie verbreiteten übertriebene Gerüchte über ie Stärke ihrer Armee, indem sie dieselbe auf 40.000 Mann ngaben, während sie sich thatsächlich kaum auf 30.000 Mann elief, und auch dies nur, wenn das böhmische Landesaufgebot ollständig unter den Fahnen stand. Es hatte übrigens nicht venig Mühe gekostet, diese Abtheilung festzuhalten, da der Landtagsbeschluss für das Aufgebot nur einen dreimonatlichen Dienst festgesetzt hatte und dieser Termin Anfangs Juli abgeaufen war. Nur die energischen Vorstellungen Thurns und ie augenscheinlich wachsende Gefahr hatte den an der Spitze es Aufgebots befindlichen Adel zu dem Versprechen vermocht, och weitere zwei Monate zu dienen.*)

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 20./30. Juni, dd. 24. und 26. Juni a. St. — Skála III, 172.

Während die böhmischen Truppen ihr Lager bei Lomnitz aufschlugen, postirte sich Buquoy mit seinem Heere wieder bei Budweis. Die königlichen Truppen verhielten sich jetzt ruhig, weil Buquoy nach Wien gereist war, um mit Ferdinand vor dessen Abreise nach Frankfurt den weiteren Feldzugsplan zu berathen. Buquoy langte in Begleitung einiger Obersten, der Grafen Collalto, Colloredo und Maximilians von Liechtenstein und escortirt von einer Reiterabtheilung am 7. Juli in Wien an. An diesem und dem folgenden Tage wurden eifrige Berathungen gepflogen, deren Resultat aus den folgenden Ereignissen ersichtlich ist. Es wurde nämlich festgesetzt, nicht nur die Verstärkung des Heeres auf alle Weise zu betreiben, sondern auch den Kriegsschauplatz zu erweitern. Dampierre sollte sich mit einem Theil des Heeres von Buquoy trennen, in Mähren einfallen und den ständischen Rüstungen daselbst ein Ende machen. Durch diesen Angriff hoffte man nicht nur die Böhmen zu einer Trennung ihrer Streitkräfte zu nöthigen, sondern auch mit einigen glücklichen Schlägen den Abschluss des Krieges zu beschleunigen.*)

1619

Die Abwesenheit Buquoy's und der genannten Regimentskommandanten hätte für Thurn eine passende Gelegenheit abgegeben, einen Schlag gegen die königlichen Truppen auszuführen. Auf böhmischer Seite gefiel man sich jedoch in absoluter Unthätigkeit und unterbrach dieselbe höchstens damit, dass man sich ab und zu mit gesammter Macht vor dem Lager aufstellte und einen Angriff des Feindes erwartete. Dieser dachte vorläufig nicht an eine Schlacht, sondern vertrieb sich die Zeit mit Streifzügen in die noch unverwüsteten Gegenden, ohne daran im mindesten gehindert zu werden. Ein Kavalleriedetachement wagte sich sogar nach dem nur fünf Meilen von Prag entfernten Beneschau und erhöhte von neuem die Angst der Hauptstadt. Rathlos fragte man sich daselbst, was die eigenen Truppen thäten, warum sie bei Lomnitz stünden und den Feind nicht angriffen? Die Antwort, welche auf diese und ähnliche Klagen in Prag einlief, lautete stets dahin, dass man beabsichtige, dem Feinde eine Hauptschlacht anzubieten,

*) Sächs. StA. 9172, XIV, Bericht aus Wien dd. 9. Juli 1619.

dass derselbe sie aber stets meide und sich in die Wälder verkrieche.

Es waren das jedoch nur Ausflüchte zur Beschönigung der steigenden Fäulniss im böhmischen Feldlager. Die wahre Ursache der Unthätigkeit lag in dem Mangel eines einheitlichen Kommando's, in der Unfähigkeit der Generale, in der schlechten Beschaffenheit des Aufgebots und in den meuterischen Zuständen des Heeres, hervorgerufen durch die permanente Unordnung in der Bezahlung desselben. Thurn, Hohenlohe und der Markgraf von Jägerndorf kommandirten selbstständig das ihnen untergebene Volk, auch Fels scheint nur auf eigene Faust gehandelt zu haben und so war platterdings von einer einheitlichen Leitung des Krieges keine Rede. Es fehlte auf diese Weise an einer straffen Zusammenfassung der einzelnen Heerestheile und an einem pünktlichen Gehorsam aller Unterfeldherren gegenüber dem obersten Anführer, somit an den unerlässlichen Vorbedingungen eines Erfolges. Fast noch schädlicher wirkte der Mangel einer einheitlichen Heeresverwaltung. Beim Beginne des Aufstandes schien es, als ob Hohenlohe die Stellung eines Kriegsministers einnehmen und von Prag aus Alles, was auf die Ergänzung, Verpflegung und Besoldung der Truppen Bezug hatte, leiten sollte. Schon nach kurzer Zeit wurde er aber auf den Kriegsschauplatz berufen und seitdem war von einer einheitlichen Verwaltung des Heerwesens keine Rede. Hatte ein General ein Anliegen, so reiste er nach Prag, verhandelte da mit den Direktoren und kehrte erst nach kürzerer oder längerer Frist zu seinen Truppen zurück. Später benützten die Generale jede noch so wenig gerechtfertigte Gelegenheit, um das Lager zu verlassen und sich in Prag herumzutreiben. Thatsächlich kam Hohenlohe diesmal am 15. Juli daselbst an, ihm folgte einige Tage später Thurn und mit ihm fanden sich auch der Oberst Ulrich Wchýnský, der Oberstlieutenant Graf Schlick und mehrere andere höhere Offiziere ein. Auch Mansfeld trieb sich seit der záblater Schlacht zumeist in Prag herum und wartete, bis die neu von ihm betriebenen Rüstungen ihn in den Stand setzen würden, wieder ins Feld zu rücken. Zu allen diesen Herren gesellte sich zuletzt der Markgraf von Jägerndorf, der am 23. Juli in Prag eintraf, so

dass thatsächlich sämmtliche Generale daselbst versammelt waren.*) Kann es wohl Wunder nehmen, wenn unter solchen Verhältnissen die Offiziere das Beispiel ihrer Vorgesetzten befolgten und unter allerlei Vorwänden für längere oder kürzere Zeit das Lager verliessen, um sich gütlich zu thun. Und das alles geschah zu einer Zeit, wo Buquoy wieder zu seinem Heere zurückgekehrt war und zu einem entscheidenden Schlage ausholte, während gleichzeitig Dampierre seinen Angriff auf Mähren vorbereitete.

Man begreift es daher, dass man in Prag mit der Entwicklung, welche das Heerwesen genommen hatte, unzufrieden wurde und sich mit dem Gedanken beschäftigte, ob das Oberkommando über die Truppen der verbündeten Länder nicht anderen Händen als den bisherigen anzuvertrauen sei. In der 1619 That brachten die Direktoren am 6. und 7. August diesen Gegenstand auf dem Generallandtage zur Berathung. Man konnte darüber nicht im Zweifel sein, dass sich Graf Thurn für seinen Posten nicht eigne; seine militärischen Fähigkeiten waren zweifelhaft geworden und er stand nicht hoch genug, um die Eifersüchteleien hervorragender Parteihäupter der andern Länder genugsam bekämpfen zu können. Die Aufmerksamkeit war schon längst auf den Fürsten von Anhalt gerichtet, der für das Oberkommando die nöthige Erfahrung zu besitzen schien, da er in Frankreich die dem König Heinrich IV zugeschickten deutschen Hilfstruppen kommandirt hatte, abgesehen davon, dass seine langjährige Verbindung mit den Häuptern der böhmischen Bewegung dringend einen Lohn erheischte. Die Direktoren schlugen demnach den Landgrafen von Anspach und den Fürsten von Anhalt zu Oberfeldherren vor, bemerkten aber zugleich, dass der erstere kaum das Kommando annehmen würde, da er im Dienste der Union stehe und sonach allein auf Anhalt zu hoffen sei. Anhalt war schon vor mehr als Monatsfrist von den Absichten der Direktoren unterrichtet und geneigt, den Ruf anzunehmen, wenn ihm günstige Bedingungen gestellt würden.**) Da gegen die Über-

*) Die betreffenden Daten in den sächs. StA.

*) Palm, Acta publica 1619 S. 339. Collectio Camerariana in der Münchner Hofbibliothek. Geheimes Memoire für Achaz von Dohna dd. 4./14. Juli 1619.

ragung des Oberkommando's an Anhalt von den böhmischen Nebenländern keine Einsprache erhoben wurde, so verständigte man den in Prag weilenden Herrn Achaz von Dohna davon, der hierüber an den Pfalzgrafen und an Anhalt berichtete. Der Pfalzgraf gab in etwas gewundener Weise seine Zustimmung zu dieser Wahl und auch Anhalt wollte nicht gleich eine feste Zusage geben; offenbar wollten beide erst wissen, welche Richtung die nächsten Beschlüsse des Generallandtages nehmen und ob man Ferdinand absetzen und zu einer Neuwahl schreiten würde. Auch über den Zustand des böhmischen Heerwesens wollte Anhalt genau unterrichtet sein: über die Truppenzahl, die Soldverhältnisse, die Artillerie und das Proviantwesen. Wir bemerken, dass man sich in Prag nicht beeilte, dem Fürsten die gewünschten Aufschlüsse zu bieten, weil ihn dies nur von der Übernahme des Kommando's abgeschreckt hätte, man hoffte aber zuversichtlich, dass er dasselbe übernehmen werde, sobald dem Pfalzgrafen die Krone angeboten werden würde. In dieser Voraussetzung irrte man sich um so weniger, als Anhalt schon vor der vollzogenen Königswahl erklärte, dass er bereit sei, den angetragenen Posten anzunehmen und dies dem pfälzischen Angeten Achaz von Dohna mittheilte. Doch ging die förmliche Ernennung des Fürsten zum obersten Kommandirenden erst am 5. November vor sich, an welchem Tage die böhmischen Stände der Armee die Nachricht zukommen liessen, dass Anhalt im Einverständnisse mit den böhmischen Nebenländern zum Oberfeldherrn erwählt worden sei. Der Gehalt, der ihm in dieser Stellung bewilligt wurde, betrug 10.000 Gulden monatlich. *)

Vorläufig wurde durch die beabsichtigte Wahl eines Oberkommandanten der Desorganisation, die im böhmischen Heere immer weiter um sich griff, kein Einhalt gethan. Es ist er-

*) Memorial für Achaz von Dohna dd. 6./16. August 1619, Amberg. — Collectio Camer. in der Münchner Hofbibliothek. — Ebend. Anhalt an Achaz von Dohna dd. 16./26. August 1619. — Münchner StA. Memorial des Fürsten von Anhalt für Herrn von Dohna dd. 18. Sept. 1619 Heidelberg in puncto der Bestallung. Ebend. IX. 401. Anhaltische Weisungen, aus denen hervorgeht, dass der Monatssold mit 10.000 Gulden stipulirt war.

zählt worden, dass die Truppen des Landesaufgebotes auf die dringende Bitte des Grafen Thurn eingewilligt hatten, noch weitere zwei Monate zu dienen. Als nun im Juli ein völliger Stillstand in den Operationen eintrat, wurden sie des Lagerlebens überdrüssig, wollten sich an ihr Versprechen nicht weiter binden und verlangten ihre Entlassung. Es blieb nichts anderes übrig, als einen Theil von ihnen zu beurlauben und sich mit dem Versprechen zu begnügen, dass sie sich im Nothfall wieder bei den Fahnen einfinden würden. Diejenigen Gutsherren, deren Unterthanen ihrer Pflicht noch weiter oblagen, fühlten sich durch diese Vorgänge doppelt bedrückt und sprachen Ende Juli im Landtage die Drohung aus, dass sie nicht gesonnen seien, eine Last zu tragen, von der sich andere losgemacht hätten. Es kamen hiebei die ärgerlichsten Dinge zur Sprache; die ärmeren Gutsbesitzer beschuldigten den reicheren Adel, dass er sich der Kriegspflicht entziehe und sich unter dem erbärmlichen Vorwande erheuchelter Krankheit der persönlichen Betheiligung am Aufgebote entschlage.*) Der Gipfel schmachvoller Verwirrung wurde aber erreicht, als auch die Offiziere der noch im Lager befindlichen Landwehr auszureissen anfingen und die Mannschaft nunmehr fast ohne Führung war.**) Da die Offiziere die ordentliche Besoldung und Verpflegung der betreffenden Landwehrabtheilungen allein zu besorgen hatten, so kann man sich denken, in welcher Verfassung sich dieselben befanden. Unwillkürlich musste man fragen, ob Böhmen von einem ganz herabgekommenen Geschlechte bevölkert und ob die Erinnerung an die kriegerischen Leistungen früherer Zeiten nicht mehr im Stande sei, die Schamröthe in das Gesicht der Enkel zu treiben. Wie konnte man von fremden Söldlingen — und das waren zum grossen Theile die geworbenen Truppen — einen Sieg über Buquoy erwarten, wenn die Eingeborenen selbst sich so schmählich in der Vertheidigung des eigenen Heerdes benahmen?

In der That schienen auch die Soldtruppen der Auflösung entgegen zu gehen und so die von ihnen vielfach ausgesprochene

*) Sächs. StA. 9171, XIV. Aus Lomnitz dd. 15. Juli 1619. — Skála III, 202.

**) Skála III, 300.

Drohung zur Wahrheit werden zu wollen. Der Monatssold, den sie nach langem Streit erlangt hatten, war verbraucht und das feierliche Versprechen, binnen drei bis vier Wochen zwei neue Monatsraten folgen zu lassen, unerfüllt geblieben. Die Noth im Lager wurde täglich grösser, der Soldat dachte mit Schaudern daran, dass die warme Jahreszeit bald zu Ende gehen und er kaum im Stande sein werde, die Blösse des Leibes zu decken. Die düstere Stimmung und das wachsende Elend riefen Anfangs August typhöse Krankheiten hervor, denen täglich 40—50 Soldaten erlagen. *) Die Überlebenden dachten an nichts anderes, als an den rückständigen Sold und an die Mittel, wie sie sich zu ihrem Recht verhelfen könnten. Nachdem über die von ihnen zugestandene Frist von vier Wochen bereits zwei neue Wochen verstrichen waren und sich noch immer kein Zahlmeister blicken liess, waren sie entschlossen, nicht länger ruhig zu bleiben, sondern ihren Obern den Gehorsam aufzusagen. Als die Generale Anfangs August wieder zum Heere zurückkehrten, wusste keiner von ihnen, wie weit er sich bei einem feindlichen Angriff auf den Gehorsam desselben verlassen könne. Colonna von Fels musste sich von den Soldaten arge Beschimpfungen gefallen lassen, ohne diese Verhöhnung der Disziplin strafen zu können. Boten auf Boten wurden nach Prag geschickt, und die Direktoren um Geld bestürmt, zuletzt reiste Fels selbst dahin, um durch seine Anwesenheit der Forderung mehr Nachdruck zu geben. **)

Alle diese Nachrichten bewirkten endlich, dass das Directorium alles vorräthige Geld zusammenraffte und auf diese Weise einen halben Monatsold zusammenbrachte und denselben — statt des versprochenen zweimonatlichen — ins Lager abschickte. Als das Geld daselbst anlangte, steigerte es die Wuth der Soldaten, statt sie zu dämpfen und sie weigerten sich, es anzunehmen. Am 15. August versammelten sich die Regimenter im freien Felde, um sich zu berathen, wie sie sich selbst helfen könnten. Vergeblich suchte Thurn sie zu beschwichtigen und an ihre Pflicht zu mahnen; die Versammlung

*) Sächs. StA. 9172, XV. Lebzelters Bericht dd. 28. Juli/7. Aug. 1619.

**) Ebend. Lebzelters Bericht dd. 31. Juli/10. Aug. 1619.

hörte nicht auf seine Worte und beruhigte sich erst etwas, als Hohenlohe das feste Versprechen gab, dass binnen 14 Tagen ein zweimonatlicher Sold folgen werde. Jetzt erst nahmen die Soldaten die Anzahlung an, die Reiterei wählte aber gleichzeitig einen Ausschuss, der nach Prag reiste, um die Einhaltung des Versprechens zu betreiben.*)

Als diese Gesandten in Prag anlangten, hatte der Landtag eben die Absetzung Ferdinands ausgesprochen und musste nun in seinen Verhandlungen innehalten, bis die übrigen Länder der böhmischen Krone ihre Entscheidung über diesen Gegenstand getroffen hätten. Diese Pause benützten die Direktoren, um die Stände von den Forderungen des Heeres in Kenntniss zu setzen. Bohuchwal Berka entwarf als Berichterstatter ein trauriges Bild von dem Zustande der Verwahrlosung und von der Meuterei, die in Folge mangelhafter Zahlung und Verpflegung unter den Truppen ausgebrochen sei und bemerkte auch, dass die Desertion in einem schreckenerregenden Grade zugenommen habe. Anschliessend an diese Mittheilungen berichtete Berka den bestürzten Ständen am folgenden Tage, dass von Seite der Reiterei eine Deputation in Prag angelangt sei, welche binnen 10 Tagen die Auszahlung eines viermonatlichen Soldes und für die Zukunft nicht nur eine genaue Einhaltung der Zahltermine verlange, sondern auch bittere Klagen über das Verpflegswesen führe. Die Stände, die den finanziellen Fragen stets gern aus dem Wege gegangen waren, mussten jetzt Stand halten, weil ihnen die Direktoren unumwunden erklärten, dass jeder weitere Verzug verhängnissvoll sein würde.

Man ging also an die bittere Aufgabe. Einige Redner waren mit dem billigen Rathschlage bei der Hand, man solle alle Steuerreste seit dem J. 1615 einfordern und unnachsichtlich eintreiben; da jedoch nicht zu erwarten war, dass auf diesem Wege auch nur der zwanzigste Theil der betreffenden Summe eingehen würde, schlug Ruppa energischere Massregeln vor. Er machte den Vorschlag, dass die Stände ihr Gold- und Silbergeräthe dem Vaterland zum Opfer bringen sollten und war erbötig, mit gutem Beispiele voranzugehen; er verlangte

*) Sächs. StA. 9172, XV, Lebzelters Bericht dd. 8./18. Aug. 1619.

weiter, dass sämmtliche Krongüter bis auf zwei oder drei mit Beschlag belegt und dass die Güter, die man einzelnen Privatpersonen oder geistlichen Corporationen konfiszirt hatte, rasch verkauft würden, und schliesslich, dass gleiches auch mit den rudolfinischen Kunstsammlungen, so weit sie in Prag geblieben waren, geschehen solle. Aber auch von diesen Vorschlägen liess sich nicht viel erwarten; einzelne Edelleute und Bürger waren wohl erbötig, ihre Geschmeide und kostbaren Geschirre herzugeben, allein die Majorität des Landtages wollte nichts davon wissen und ebensowenig liess sich von der Ausdehnung der Konfiscation auf die königlichen Güter ein besonderes Resultat erwarten, da man ja nicht einmal für die bereits konfiszirten Güter hinreichend viele Käufer gefunden hatte. Diese und andere Erwägungen drängten sich der Versammlung von selbst auf und so endete auch die zweite Sitzung, ohne dass man zu einem wirksamen Beschlusse gekommen wäre.*)

Mittlerweile hatten einige Direktoren mit der nach Prag abgeschickten Reiterdeputation verhandelt und hiebei einen sehr harten Stand gehabt. Die Deputirten wollten von keiner weitern Frist hören, nur zehn Tage wollten sie zugestehen und drohten, dass, wenn bis dahin ihren Forderungen nicht Genüge geleistet würde, die Truppen das Lager verlassen, einige Städte besetzen und sich selbst bezahlt machen würden. Zuletzt verglich man sich dahin, dass den Reitern ein viermonatlicher Sold im Betrage von 600.000 (ob Gulden oder Thaler ist nicht weiter bekannt) binnen vier Wochen (statt binnen zehn Tagen) ausbezahlt und künftighin jeden Monat mindestens der halbe Sold berichtigt werden solle.**) Jeder mit dem Stande der böhmischen Finanzen Vertraute musste die Einhaltung dieses Vergleiches für eine bare Unmöglichkeit ansehen, alles entsetzte sich im Landtage, als eine solche furchtbare Ziffer zur Sprache kam und man zugleich bedachte, dass diese unerfüllbaren Vorschläge nur die Reiterei betrafen und das Fussvolk auch noch befriedigt werden müsse. Als man deshalb

*) Skála III, 270—5.

**) Skála III, 277. Bei ihm findet sich nur die Ziffer; die Bezeichnung, ob Thaler oder Gulden, fehlt. — Sächs. StA. 9172, XV, Lebzelters Bericht dd. 10./20. August 1619.

im Landtage den Gesammtbetrag der Soldreste wissen wollte, erfuhr man, dass sich derselbe bereits auf 1,800.000 Gulden belaufe.

Das Traurige dabei war, dass diese Summe nur durch die liederlichste Wirthschaft die bezeichnete Höhe erreicht hatte. Die Details, die jetzt über die Geldgebahrung und die Leitung des Kriegswesens zur Kenntniss gelangten, waren geradezu schandvoll. Kein Mensch hatte sich seit Jahr und Tag um die Kontrole der Einnahmen und Ausgaben bekümmert, Ruppa selbst gestand dem pfälzischen Gesandten Achaz von Dohna nach langem Drängen und nur mit Widerstreben, dass sich die Rechnungen über die Kriegsauslagen in einer unentwirrbaren Konfusion befänden und dass es nicht möglich sei, sie in Ordnung zu bringen.*) — Weit nachtheiliger als diese Unordnung war jedoch die Art und Weise, wie die Bemessung des Soldes zwischen den Direktoren und den Befehlshabern der Truppen vereinbart worden war. In Deutschland war es zu jener Zeit üblich, dass die Obersten und Hauptleute nicht bloss einen bedeutenden Sold bezogen, den sie sich von dem Fürsten, für welchen sie ihre Truppen geworben hatten, ausbedangen, sondern dass auch der Sold für die gefallenen Soldaten zwischen je zwei Musterungen in ihre Tasche floss. Wenn also z. B. durch eine Musterung festgestellt war, dass der Stand der Reiterkompagnien eines Regiments sich auf 100 Mann belief, so wurde für diese Zahl der Sold so lange voll ausbezahlt, als nicht durch eine neue Musterung ein Abgang nachgewiesen war. Im Interesse des Kriegsherrn lag es, solche Musterungen häufig vorzunehmen und wo Ordnung herrschte, geschah dies monatlich und namentlich nach jedem grössern Gefechte. So ward den Truppenführern nur ein mässiger Gewinn zu Theil und diesen gönnte man ihnen in jener Zeit gern, weil die ganze Truppenwerbung ein geschäftliches Unternehmen geworden war. Den Soldaten selbst wurde nur jener Sold ausbezahlt, den der Kriegsherr im Werbepatente für sie bestimmt hatte.

Gegen diese Grundregeln des damaligen Kriegswesens

*) Münchner StA. 425/4, Achatz von Dohna an Anhalt dd. 14. 24. Aug. 1619, Prag.

verstiess nun die Direktorialregierung in doppelter Weise. Sie bestimmte nicht selbst die Löhnung, welche der gemeine Mann bekommen sollte, sondern zahlte den Hauptleuten für jedes Fähnlein Fussvolk von 300 Mann einen Monatssold von 3500 Gulden und kümmerte sich nicht weiter darum, wie sie sich mit ihren Soldaten wegen der Löhnung verglichen. Nach damaliger Einrichtung waren die 300 Mann eines Fähnlein eingetheilt in 24 Gefreite, 76 Doppelsöldner und 200 Musketiere. Im Durchschnitt zahlten die Hauptleute einem Gefreiten monatlich 8—9 Gulden, einem Doppelsöldner 7—8 Gulden und einem Musketier 5–6 Gulden. Thatsächlich zahlten also die Hauptleute im böhmischen Heere monatlich ihrem Fähnlein etwa 1900 Gulden und gewannen mindestens 1600 Gulden. Von einer derartigen Verschleuderung des Geldes war weder bei den Schlesiern noch bei den Mährern und Oesterreichern die Rede. Bei den ersteren war die Löhnung gesetzlich bestimmt und obwohl sie die bei den Böhmen übliche durchwegs um 1½ bis 2 Gulden überschritt, beliefen sich die monatlichen Auslagen für ein Fähnlein sammt der Besoldung der Offiziere nur auf 3000 Gulden, bei den Oesterreichern erreichten sie gar nur die Summe von 2700 Gulden. Im Einklange mit dieser Geldverschleuderung bei den Böhmen stand es auch, dass den höhern Befehlshabern sehr bedeutende Besoldungen bewilligt wurden.

Diese Verschwendung war nicht die einzige Schattenseite der Heeresleitung, sie wurde wo möglich noch überboten durch die Nachlässigkeit, mit der die Musterungen vorgenommen wurden, welche, wie oben auseinandergesetzt worden ist, die Grundlage für die Soldberechnungen abgaben. Seit dem Beginne des Krieges waren die Musterungen nur äusserst selten angestellt worden, obgleich Kämpfe und verheerende Krankheiten eine häufige Wiederholung derselben empfahlen. Einzelne Befehlshaber waren wohl ehrlich genug, die Abgänge in der Mannschaft von Zeit zu Zeit zu ersetzen, allein dass sich auch diese Ehrenmänner damit nicht übereilten und dass sie wohl nur selten die bedungene Ziffer erreichten, ist sicher. In den Landtagsdebatten wurde jetzt sichergestellt, dass der Stand der Reiterkompagnien regelmässig um die Hälfte unter dem Stande

war, der bezahlt wurde. Nicht genug also, dass man den Hauptleuten fast das doppelte von dem zahlte, was sie der Mannschaft verabfolgten, man gab ihnen das Geld zum Theil ganz umsonst. Die Folge einer solchen nichtswürdigen Verwaltung war, dass das Land über die Stärke seines Heeres in steter Täuschung begriffen war und sich dem Feinde gegenüber für gesicherter hielt, als es wirklich war und dass die Soldrückstände jene entsetzliche Höhe erreichten, die jeglichen Aufschwung der Gemüther lähmte. Wenn sich die böhmische Kriegsverwaltung von Anfang an nur jener Ordnung und Sparsamkeit beflissen hätte, die nach den damaligen Verhältnissen zulässig war, so würde die Unterhaltung der Truppen für das Land nicht jene unerschwingliche Last geworden sein, zu der sie thatsächlich angewachsen war.

Von allen Mitgliedern des Landtages wurden die Ritterschaft und die Städte am traurigsten durch diese schrecklichen Nachrichten berührt, da sie doch zuletzt die Zeche zahlen mussten. Sie gaben ihrem gerechten Unwillen Ausdruck, indem sie einen aus ihrer Mitte, den Ritter Smolík von Slawic mit einem Proteste gegen die ganze Kriegswirthschaft betrauten. Smolík wies in einer kurzen und körnigen Rede nicht bloss auf die angedeuteten Uebelstände hin, sondern klagte auch die Generale und die Unterbefehlshaber an, dass sie in schmählicher Pflichtvernachlässigung den Feind plündern liessen und selbst sich die Zeit mit Saufgelagen vertrieben. Da die gesammte Ritterschaft und die Städte dem Redner beistimmten, wurden die Direktoren nicht wenig bestürzt und forderten den anwesenden Colonna von Fels zu einer Widerlegung der Anklage auf. Der General erhob sich wohl und suchte die Anklagen, so gut es ging, zu entkräften, aber auf die Ueberzeugung seiner Zuhörer wirkte allein der Grund, mit welchem er die Unthätigkeit der Generale rechtfertigte; er gestand nämlich unverholen ein, dass dieselben bei den Truppen je länger, je weniger Gehorsam fänden und durch die Nichtzahlung des Soldes alle Disziplin gelockert sei. Eine Besserung stellte er nur in Aussicht, wenn die Stände für die nöthigen Geldmittel sorgen würden.

Das Resultat der ganzen Debatte war, dass man sich von

Neuem beriet, wo man Geld herbekommen könne und zuletzt dem von Ruppa gemachten Vorschlage beistimmte, alle Steuerreste einzutreiben und gegen die säumigen Schuldner binnen drei Wochen unnachsichtlich mit der Execution vorzugehen. Niemandem fiel es dagegen ein, eine Neuorganisirung der Kriegsverwaltung zu beantragen und doch hätte diese allein bewirken können, dass die dem Lande zugemutheten Opfer die beabsichtigte Wirkung gehabt hätten.*)

III

Wir haben berichtet, dass in Folge der Berathungen Buquoy's mit Ferdinand beschlossen worden war, Dampierre mit einer eigenen Heeresabtheilung nach Mähren zu schicken, um den Kriegsschauplatz zu erweitern und die böhmische Armee zur Absendung eines Hilfscorps in das benachbarte Land zu veranlassen und so Buquoy die Bekämpfung der feindlichen Truppen zu erleichtern. Dampierre trat seinen Zug nach Mähren an der Spitze von mehr als 8000 Mann an; sie bestanden aus 1300 deutschen und 1500 ungarischen Reitern, aus 4000 Mann Fussvolk und einer Anzahl berittener Heiduken. Seine Artillerie zählte drei Geschütze. Der Einfall der königlichen Truppen in Mähren, die bei Retz über die Grenze drangen, war von fürchterlichen Grausamkeiten gegen die Einwohner des Landes begleitet. Alle Schlösser und Ortschaften wurden geplündert und die Einwohner durch die Anwendung qualvoller Tortur zur Angabe ihrer verborgenen Habseligkeiten genöthigt. Was Böhmen seit Jahr und Tag ausgestanden hatte, lernten nun die Mährer aus eigener Erfahrung kennen. So Schritt für Schritt Jammer und Elend um sich verbreitend zog Dampierre über Danowitz gegen Nikolsburg und Wisternitz und stiess hier auf das mährische Volk unter Friedrich von Tiefenbach, das kaum 4000 Mann zählte, nämlich 2700 Fussknechte und 1200 Reiter. Tiefenbach suchte Wisternitz zu halten, sah sich aber nach einer lebhaften

*) Skála III, 277 und flg.

Attaque von Seite Dampierre's genöthigt, vor der Uebermacht zu weichen und den Ort preiszugeben. Er zog sich eilig über die Thaya zurück, die bei Wisternitz vorbeifliesst und über welche eine Brücke führte, und brach darauf die Brücke ab.

Dampierre liess sich dadurch von weiteren Angriffen nicht abschrecken, sondern suchte nach einer Furt, um über den Fluss zu setzen, und fand eine solche ungefähr 300 Schritt weit von der Brücke, durchwatete sie mit einem Theile seiner Reiterei und befahl dem Fussvolke nachzufolgen. Die Reiterei kam glücklich hinüber, statt aber am jenseitigen Ufer in dem Gehölze, welches sie dem Feinde verdeckte, stillzuhalten und die Ankunft des Fussvolkes abzuwarten, rückte sie vorwärts und traf im offenen Felde auf die Mährer. Diese begriffen nun wohl, dass nur die äusserste Entschlossenheit sie vor dem Schicksale bewahren könne, das einige Wochen zuvor Mansfeld begegnet war, und ohne erst den Angriff der königlichen Truppen abzuwarten, warfen sie sich auf dieselben, um sie gegen den Fluss zurückzudrängen. Es entspann sich ein äusserst hartnäckiger Kampf, die geordneten Reihen lösten sich beiderseits auf und in kleinen Haufen kämpfte man untermischt unter einander. Ein entsetzlicher Staub, der aus dem Acker emporwirbelte, auf dem man sich gegenseitig bekämpfte, vermehrte die Verwirrung, so dass kaum der Feind vom Freunde unterschieden werden konnte. Allmählig neigte sich jedoch der Vortheil auf die Seite der Mährer, da die Königlichen nicht so viel Streitkräfte über die Thaya bringen konnten, als nöthig war, und so dauernd in der Minderzahl blieben. Dampierre gab deshalb den Befehl zum Rückzuge, der, so gut es möglich war, durch die Furt angetreten wurde.*) Der Erfolg des

*) Ueber das Treffen bei Wisternitz: Ein Bericht aus dem Lager Dampierre's im Statthaltereiarchiv zu Innsbruck IX, 126. — Ein Bericht Tiefenbachs im sächs. StA. dd. 6. August, Selowitz. Diese aus ganz entgegengesetzten Federn stammenden Berichte stimmen so ziemlich überein, der beste Beweis für ihre Wahrheit. Sonst liegen uns noch mehrere andere Berichte über dieses Treffen vor, die aber an groben Fehlern und Uebertreibungen leiden. Erwähnenswerth ist nur noch Skála III, 229, d'Elvert, Beiträge, Bd. I, 24, Tiefenbach an Thurn. — Was Hurter, Ferdinand II, Bd. VII, 568, über diese Schlacht und eine andere drei Wochen später erfolgte erzählt, ist ein konfuses Untereinandermengen ganz ver-

Treffens, das vom Moment des Angriffes auf Wisternitz bis zum Rückzuge Dampierre's sechs Stunden gewährt hatte, war somit schliesslich zu Gunsten der Mährer ausgefallen. Ihr Verlust wurde auf 300 Mann berechnet, Dampierre gab den seinigen geringer an, doch dürfte er in Wahrheit ein beträchtlich höherer gewesen sein, als der mährische.*) Dafür spricht schon der Umstand, dass er sich nach Danowitz, etwa eine Meile vom Schlachtfelde, zurückzog und sonach für den Augenblick jeden weiteren Angriff aufgab. Tiefenbach begnügte sich gleichfalls mit dem erlangten Resultat und zog sich noch am selben Abend auf der Strasse nach Brünn gegen Selowitz zurück, so dass die feindlichen Heere sich rasch mehr als vier Meilen von einander entfernten.

Der immerhin ehrenvolle Erfolg der mährischen Truppen bei Wisternitz war seit langer Zeit die erste bessere Nachricht, die vom Kriegsschauplatze nach Prag und Brünn gelangte. Die Direktoren sorgten gehörig für eine weitere Verbreitung derselben; Tag für Tag gab man den Verlust des Feindes höher an und steigerte ihn allmälig von 2000 auf 4000 Mann. Überall wurden feierliche Gottesdienste zum Dank für denselben angestellt und so in etwas das Vertrauen der Bevölkerung gehoben. Seine Wirkung äusserte das Treffen auch auf den mährischen Landtag, der sich am 6. August in Brünn versammelte.

Buquoy hatte in die Trennung von Dampierre eingewilligt, weil er sich für stark genug hielt, um dem böhmischen Heere entgegenzutreten. Als er nun von den Berathungen in Wien zu seinen Truppen zurückkehrte, würde er rasch die Offensive ergriffen haben, wenn nicht auch in seinem Heere unter den ungarischen Truppen eine Meuterei ausgebrochen wäre. Die Räubereien der Ungarn hatten jedem Einzelnen von ihnen zu

---

schiedener und nicht zu einander gehöriger Daten. Von gleicher Werthlosigkeit ist die Erzählung anderer moderner Schriftsteller über den Verlauf der Kriegsereignisse: über Ort, Zeit und sonstige Daten wird in so verwirrter Weise berichtet, dass die Erzählung nur eine Karrikatur des wirklichen Verlaufs der Ereignisse bietet.

*) Von böhmischer Seite wurde der Verlust der Königlichen auf 2000, später noch höher veranschlagt, offenbar übertrieben. Tiefenbach stellt in seiner Relation keine Vermuthung über den feindlichen Verlust an.

reicher Beute verholfen, an deren Sicherung ihnen mehr gelegen war als an der Fortführung des Krieges. Da sie bei ihrer Raubsucht jeder Disziplin spotteten und selbst für Buquoy gefährlich wurden, glaubte dieser schärfer eingreifen zu müssen und liess drei Offiziere hinrichten. Dies war für die Ungarn das Signal zum Ausreissen; an 2000 Mann verliessen das Lager und kehrten in die Heimat zurück. Den Rest der ungarischen Reiter, etwa 500 Mann, die diesem Beispiele folgen wollten, liess Buquoy umzingeln und grösstentheils niedermachen.*)

Die Folge dieser Meuterei war, dass Buquoy die günstige Aussicht, die ihm ein Angriff des böhmischen Lagers bot, nicht benützen konnte und mit Ausnahme einiger glücklicher Streifzüge selbst bis Anfang August nichts wichtiges unternehmen konnte. Aber auch jetzt gestaltete sich für ihn die Sachlage nicht günstiger, denn die Böhmen wurden am 4. August durch 2000 Musketiere und 360 Reiter verstärkt, welche ihnen die Schlesier zu Hilfe schickten. Buquoy war nun um 4 bis 5000 Mann schwächer als der Feind und wenn auch die trostlosen Verhältnisse im böhmischen Lager diesen Nachtheil mehr als ausglichen, so hütete er sich doch, die Entscheidung durch eine Hauptschlacht herbeizuführen. Er beschloss, die bisherige Art seiner Kriegführung, durch welche die Böhmen ohnedies bereits zur Verzweiflung gebracht waren, fortzusetzen: nämlich einzelne Städte zu überfallen und zu plündern, kleine feindliche Abtheilungen abzuschneiden und das Land überhaupt zu verwüsten.

1619

Die Aussicht zu einem solchen kleinen, aber ausgiebigen Schlag eröffnete sich ihm bald genug. Im Auftrage der Direktorialregierung und mit Bewilligung der Generalstaaten waren von dem Obersten Frenck in den Niederlanden 1000 Musketiere angeworben worden, welche Ende Juli in Böhmen eintrafen. Da sie sich in das böhmische Lager begeben sollten und Oberst Frenck hiezu die gerade Linie von Pilsen nach Lomnitz wählte, so ergab sich für Buquoy die Möglichkeit, sie

*) Die Nachrichten hierüber im sächs. StA. und im Archiv von Simancas 2504, 138. Oñate an Philipp III dd. 11. August 1619, Höchst.

auf dem Marsche ebenso zu überfallen und zu vernichten, wie ihm dies mit Mansfeld gelungen war. Glücklicherweise erhielt Frenck noch rechtzeitig genug Kunde von dem Angriffe, mit dem ihn der königliche Feldherr bedrohte, so dass er im Vormarsche innehalten und sich gegen Tabor wenden konnte.*) Die böhmischen Generale fanden es zweckmässig, ihr Lager bei Lomnitz abzubrechen und gegen Weseli zu rücken, bald zogen sie noch weiter gegen Norden und vereinten sich zuletzt bei Tabor mit Frenck. Das böhmische Heer hatte sich auf diese Weise im Laufe von 14 Tagen zum zweitenmale verstärkt und wäre um so mehr im Stande gewesen, offensiv vorzugehen, wenn nicht die leidigen Soldverhältnisse jede bedeutende Operation gehemmt hätten. Dagegen ging Buquoy jetzt entschlossen vorwärts, obwohl mittlerweile in seinem Heere Krankheiten ausgebrochen waren, welche zahlreiche, an manchen Tagen sogar bis 100 Opfer forderten, und er bei seinem Marsche durch die verheerten Gegenden Noth an Nahrungsmitteln litt. Dennoch rückte er vorwärts und bewirkte dadurch, dass ihm das böhmische Heer, das von dem seinigen gewöhnlich nur durch ein oder zwei Thäler getrennt war, nachfolgen musste. In der Mitte August lagerte er bei Milčín, zwei Meilen nördlich von Tabor und 10 Meilen von Prag.

So weit hatte die böhmische Armee noch nie zurückweichen müssen und die Generale gaben sich schon der Befürchtung hin, dass sie vielleicht bis Prag würden zurückgehen müssen, denn sie befahlen dem Grafen von Mansfeld, der endlich mit seinen Rüstungen fertig geworden war und neben der Besatzung von Pilsen ungefähr über 3000 Mann gebot, er solle ihnen nicht entgegenkommen, sondern mit seinen Truppen nach Prag ziehen.**) In der Hauptstadt selbst wurden die Schanzarbeiten mit aller Hast beschleunigt und die Katholiken wieder mit solchem Misstrauen betrachtet, dass die Direktoren, vielleicht weniger aus eigenem Antriebe als um dem allgemeinen Wunsche nachzukommen, deren Entwaffnung an-

---

*) Sächs. StA. 9172, XV, Lebzelters Bericht dd. 31. Juli/10. August 1619 und die Korrespondenz während des ganzen Monats August.

**) Sächs. StA. Lebzelter dd. 8./18. August 1619.

befahlen. Gleichzeitig fand bei allen verdächtigen Personen eine Haussuchung statt, um verborgene Waffen- und Munitionsvorräthe aufzustöbern. Bei einer Wittfrau auf der Kleinseite fand man nicht weniger als 1500 vollständige Rüstungen, sie wurden konfiscirt, obwohl die Besitzerin sich mit ihrem redlichen Erwerb schlagend rechtfertigen konnte: sämmtliche Waffen waren nämlich bei ihr versetzt worden! *)

Während die Böhmen zwischen Tabor und Milčín Stand hielten und entweder einen Angriff Buquoy's oder die Nachricht von dessen weiterem Vordringen gegen Prag erwarteten, um darnach ihre eigenen Schritte zu regeln, schwenkte Buquoy plötzlich gegen Südwest ab und erschien vor Písek. Auch hieher hatten die Gutsbesitzer von weit und breit ihr werthvolles Eigenthum sammt ihren Frauen in Sicherheit gebracht, überzeugt, dass der Feind nicht so weit vordringen könne und jedenfalls an der Besatzung einen ausreichenden Widerstand finden werde. Dieselbe bestand aus einem Fähnlein bewaffneter Bürger und zwei Fähnlein Landwehr, im Ganzen aus etwa 900 Mann. Mansfeld hatte erst vor kurzem der Stadt zur Verstärkung ihrer Besatzung zwei geworbene Fähnlein angeboten, allein seine Soldaten waren zu berüchtigt, als dass die Bürger das Anerbieten angenommen hätten. Als man nun in der Stadt von dem Heranmarsch Buquoy's hörte, verbreitete sich ein grosser Schrecken; die Edeldamen flüchteten sich mit ihren Kindern über Hals und Kopf und liessen ihr sonstiges Eigenthum im Stich, während die Besatzung sammt ihrem Kommandanten Hock wenig Kampflust zeigte. Zwar wies der letztere die Aufforderung zur Uebergabe, welche Buquoy unmittelbar nach seiner Ankunft am Abend an ihn richtete, vorläufig ab, aber schon am folgenden Morgen erklärte er sich zu Verhandlungen bereit. Bevor es jedoch zu einem Abschlusse gekommen war, überstieg der Feind die Mauern der in mittelalterlicher Weise befestigten Stadt auf vier Punkten und fand an der feigen Besatzung einen kaum nennenswerthen Widerstand. Gross war abermals die Beute, die in die Hände des königlichen Kriegsheeres geriet. — Das böh-

---

*) Ebend. Lebzelters Bericht dd. 14./24. August 1619.

mische Heer, das mittlerweile auch eine Schwenkung gegen den Westen gemacht und sich in die Nähe der Moldau begeben hatte, war von dem Angriffe Buquoy's jedenfalls am 26. Morgens in Kenntniss gesetzt worden, that aber gar nichts, um ihn hintanzuhalten. Es verhielt sich ruhig, gleichsam als ob es Wache halten müsste, damit Buquoy bei seinem Unternehmen von Niemandem gestört werde. Auf die Vorwürfe, welche das verzweifelte Land gegen die wahrhaftig nichtswürdige Leitung seines Kriegswesens erhob, hatten die Generale die erbärmliche Ausflucht, dass der Feind mit schlauer List die Brücke über die eine Meile von Pisek fliessende Moldau abgebrochen und sie dadurch verhindert habe, der bedrängten Stadt rechtzeitig zu Hilfe zu kommen.*) Als auch im Landtage die elende Kriegführung zur Sprache kam und ein gewisser Kuneš, der dem Ritterstande angehörte, in erregter Weise das Vertrauen schilderte, mit dem er und seine Standesgenossen ihr Hab und Gut und ihre Familien in Pisek untergebracht hätten und wie nun ihr Vertrauen so schmählich getäuscht worden sei, wusste Ruppa nichts mehr zur Vertheidigung der Generale zu sagen und rief selbst die Rache Gottes über die Soldaten und über jene herab, welche die Schuld an diesem Nichtsthun und den damit verbundenen Unglücksfällen trügen.**) Armselige Klagen: wie konnte er von den fremden, dem Hunger preisgegebenen Söldlingen grössere Leistungen erwarten, da die Söhne des Landes mit ihrer Opferwilligkeit und ihrem Enthusiasmus Schiffbruch gelitten hatten? Mit der liederlichen und energielosen Missgeburt einer dreissigköpfigen Regierung stand das Heerwesen im vollkommenen, wenn auch traurigen Einklange.

Buquoy hatte durch die Eroberung Piseks festen Fuss in einem Gebiete gefasst, das von ihm bisher nur durch Streifzüge heimgesucht worden war, nunmehr aber gründlich ausgebeutet und verwüstet werden konnte. Ueber das Landvolk kamen jetzt unbeschreibliche Leiden. Nachdem schon das schlesische Volk auf seinem Zuge von Glatz nach Lomnitz

---

*) Skála III, 298. — Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 31. August 1619.
**) Skála III, 312.

sich mannigfache Bedrückungen erlaubt und nicht weniger als 500 Stuten gewaltsam requirirt hatte, überboten die mansfeldischen Truppen auf dem Marsche von Pilsen gegen Prag das gegebene Beispiel, indem sie überall, wo sie hinkamen, Häuser und Zimmer erbrachen und alles, was ihre Habsucht reizte, mitnahmen. Und nun kamen zu allem dem die buquoyischen Schaaren, welche die Verwüstung in ein förmliches System brachten. Als dieselben in den folgenden Tagen bereits bis Beraun streiften, begannen die Prager mehr als je für ihre Sicherheit besorgt zu sein und einzelne reiche Besitzer hielten es für angezeigt, mit ihren Schätzen gegen Norden zu flüchten. *)

Da die Aussagen der Gefangenen vermuthen liessen, dass Buquoy's Absichten nicht so sehr auf Prag als auf Pilsen gerichtet seien, nahm das böhmische Heer seine Stellung bei Mirowitz, wodurch es in gleicher Weise Prag wie Pilsen deckte. Einzelne Berichte deuteten darauf hin, dass Buquoy Pilsen angreifen werde, um nach Bewältigung dieser Stadt die Gegend zwischen Pilsen und Eger zu okkupiren und daselbst seine Winterquartiere aufzuschlagen. Er schnitt damit die Verbindung ab, welche sich zwischen den böhmischen Streitkräften und denen der Union anbahnen konnte, während zu ihm selbst die am Rheine geworbenen Truppen einen kürzern Weg zurückzulegen hatten. Der böhmische Aufstand musste dann an eigener Erschöpfung zu Grunde gehen und Prag ohne Schwierigkeit in seine Hände fallen. Für seine auf Pilsen gerichteten Absichten sprach auch noch der Umstand, dass im pilsner Kreise die katholischen Gutsbesitzer am zahlreichsten vertreten und bereit waren, offen die Regierung Ferdinands anzuerkennen, wenn sie dies mit einiger Sicherheit thun konnten.

Während das böhmische Heer bei Mirowitz lagerte, bekam es einen Besuch von seinem neuen Kommandanten, dem Fürsten von Anhalt. Derselbe war am 2. September in Prag angelangt, hatte da in Gesellschaft des Grafen Mansfeld die Befestigungsarbeiten besichtigt und war dann am folgenden Tage

*) Lebzelters Berichte im Juli und August im sächs. StA. und Skála III, 300.

ch Beraun abgereist, wo das mansfeldische Corps in der ärke von 3500 Mann stand. Unter dessen Bedeckung schlug daraf den Weg nach Mirowitz ein, wo er am 5. oder September zur grossen Freude der Mannschaft eintraf, da 1619 ch diese nun eine bessere Leitung versprach. *) Buquoy, der it seinem Heere westlich von Mirowitz lagerte und von dem nmarsche des mansfeldischen Corps benachrichtigt worden ar, wollte dasselbe auf dem Wege überfallen, erreichte aber icht seinen Zweck, da Mansfeld nicht die vermuthete Strasse nschlug, sondern auf Waldpfaden vorrückte. Die Anwesenheit es obersten Feldherrn sowie die abermalige Verstärkung des öhmischen Heeres, das, wenn man alle Verluste in Anschlag ringt, die durch Krankheiten und Desertionen herbeigeführt worden sein mögen, jedenfalls stärker als das buquoy'sche war, machte die Erwartung rege, dass es nun gewiss zu einer Schlacht kommen würde. Schon lief in Prag die Nachricht ein, dass die feindlichen Heere sich in voller Schlachtordnung gegenüber ständen und dass jeden Augenblick eine Entscheidung zu erwarten sei; aber alle Hoffnungen und Erwartungen wurden schmählich getäuscht. Durch geschickte Manöver, in denen Buquoy je länger je mehr seine Meisterschaft bekundete, nöthigte er ohne Blutvergiessen seine Gegner zum Rückzuge nach Zalužan, wodurch das böhmische Heer Prag wohl auch ferner deckte, dagegen die Beschützung von Pilsen aufgab. Buquoy hatte jetzt den Weg dahin frei und konnte, wenn er wollte, den westlichen Theil des Landes besetzen. **) Schon hiess es allgemein, dass Eger sich vom Aufstande lossagen wolle ***), und damit gewann die Möglichkeit, dass Ferdinand, trotz der eben ausgesprochenen Absetzung in einem Theile des Landes als König anerkannt werden würde, immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Anhalt hatte also sein Debut als Oberfeldherr nicht besonders glänzend begonnen. Er verliess übrigens schon nach wenigen Tagen die Armee; denn als die böhmischen

*) Sächs. StA. Lebzelters Berichte dd. 25. und 29. August a. St. 1619. — Skála III. 307 u. flg. gibt die Zeit unrichtig an.

**) Lebzelter dd. 10. Sept. a. St 1619.

***) Egrer Archiv: Fels an den egerer Stadtrath dd. 11. Sept. 1619.

Truppen nach Zalužan zurückwichen, ging er nach Prag und von dort reiste er nach Heidelberg, um den Pfalzgrafen trotz der eigenen ungünstigen Erfahrung zu bestimmen, die angebotene Krone nicht auszuschlagen.*) Das böhmische Heer sah sich somit in Zalužan wieder nur seinen armseligen Anführern gegenüber, die sich besser auf die Rolle von Verschwörern als von Soldaten verstanden. Buquoy, der das böhmische Heer hintrieb, wohin er wollte, ohne dass es seit drei Monaten auch nur einigen Widerstand versucht hätte, scheint zuletzt entschlossen gewesen zu sein, dem Kriege durch einen Schlag ein Ende zu machen. Denn statt sich, wie vermuthet wurde und wie es seiner bisherigen Kriegführung entsprach, gegen Pilsen zu wenden und sich die Winterquartiere im Westen von Böhmen zu sichern, zog er dem feindlichen Heere nach und zeigte nicht übel Lust, mit demselben anzubinden.

Wenn Buquoy den Angriff unternommmen hätte, so wäre ein vollständiger Sieg und die Niederwerfung des Aufstandes die unzweifelhafte Folge gewesen. Durch die Abreise des Fürsten von Anhalt war der lezte moralische Halt, an dem sich das böhmische Kriegsvolk aufgerichtet hatte, geschwunden. Statt an den Feind zu denken, rechneten die Soldaten jeden Tag, dass der vierwöchentliche Termin, binnen welchem ihnen ein mehrmonatlicher Sold ausbezahlt werden solle, im Anzuge sei und verzweifelten schon im vorhinein daran, dass man ihnen Wort halten werde. Was ihren Unwillen bis zur Wuth steigerte, war der Umstand, dass die schlesischen Hilfstruppen zu allen Zeiten pünktlich von Breslau aus bezahlt wurden. Die 1000 Musketiere, welche Frenck aus den Niederlanden gebracht hatte, waren nicht wenig entsetzt, als sie die Erbärmlichkeit der böhmischen Wirthschaft kennen lernten und erhoben gegen ihren Anführer bittere Vorwürfe, dass er die 60.000 Gulden, welche er den Direktoren aus Holland als ein Geschenk der Generalstaaten gebracht hatte, nicht gleich für ihre Besoldung zurückbehalten habe. Sie zogen es vor, ihre erworbenen Ansprüche aufzugeben und liefen haufenweise aus dem böhmischen

*) Lebzelters Bericht dd. 5./15. Sept. 1619.

Lager fort, um anderswo einem besseren Erwerb obzuliegen.*) Mit Bangen dachten die Direktoren und Generale daran, was geschehen werde, wenn am 22. September die für die Bezahlung der Soldaten bestimmte Frist abgelaufen sein uad kein Geld im Lager ankommen würde. 1619

In dieser für Böhmen grenzenlos demüthigenden und traurigen Lage kam plötzlich wie durch ein Wunder Hilfe und zwar von einem Manne her, über dessen Bedeutung und Werth man bis heute zu keinem klaren und begründeten Urtheil gekommen ist. Es war dies der Fürst von Siebenbürgen, Gabriel Bethlen, oder in ungarischer Ausdrucksweise Bethlen Gabor. Bevor wir über den durch diesen Mann herbeigeführten Umschwung berichten, müssen wir aber von den Verhältnissen und Umständen, unter denen die frankfurter Kaiserwahl und die böhmische Königswahl erfolgte, Kunde geben.

*) Sächs. StA. Lebzelters Berichte dd. 5./15., 9./19. und 16./26. September 1619.

Viertes Kapitel.

Die frankfurter Kaiserwahl.

I Abreise Ferdinands von Wien. Zusammenkunft in Salzburg mit dem englischen Gesandten Lord Doncaster. Parteinahme Jakobs für die Habsburger. Doncaster in Heidelberg. Wünsche des Pfalzgrafen und der pfälzischen Räthe. Doncaster in München. Verhandlungen in Salzburg.

II Ferdinand in München. Bemühungen des heidelberger Kabinets um die Hinausschiebung der Kaiserwahl. Berathungen, um dies auf gewaltsame Weise herbeizuführen. Instruction der pfälzischen Gesandten zum frankfurter Wahltag. Berathungen der Kurfürsten in Frankfurt. Die böhmischen Gesandten vor Frankfurt. Einzug Ferdinands. Die geistlichen Kurfürsten geben den Gesandten der weltlichen Kurfürsten eine kurze Frist zur Einholung neuer Instructionen.

III Pfälzische Versuche zur Gewinnung von Köln und Sachsen. Kur-Brandenburg. Verhandlungen Oñate's mit Doncaster. Trauttmansdorff. Abreise Doncasters. Überfall der solmsischen Reiter.

IV Beschluss des kurfürstlichen Collegiums in Angelegenheit der böhmischen Interposition. Verhandlungen über die Wahlcapitulation. Die Vorgänge bei der Kaiserwahl in der Bartholomäuskirche. Betrachtungen über die Kaiserwahl.

I

Der Sieg bei Zablat war für Ferdinand von entscheidenden Folgen, da er die Gefahren, von denen Wien bedroht war, beseitigte und die Böhmen auf die Defensive beschränkte. Der König konnte es jetzt wagen, sich auf die Reise nach Frankfurt zu begeben und so dem Rufe des Erzbischofs von Mainz zu folgen, der alle Kurfürsten zur Vornahme der Kaiserwahl nach dieser Stadt beschieden hatte. Vor seiner Abreise berief Ferdinand die Generale Buquoy und Dampierre nach Wien, um sich mit ihnen über den weitern Kriegsplan zu berathen. *) Die Berathung hatte das bereits mitgetheilte Resultat, dass Buquoy den Auftrag bekam, wieder nach Böhmen zurück zu gehen, während Dampierre angewiesen wurde, seinen Aufenthalt in Wien zu nehmen und Vorbereitungen zu dem

*) Sächs. StA. Aus Wien dd. 17. und 18. Juli 1619.

Einfall in Mähren zu treffen. *) Zum Stellvertreter Ferdinands wurde Erzherzog Leopold ernannt und ihm unbeschränkte Gewalt ertheilt, alle Massregeln zu treffen, die ihm während der Abwesenheit seines Bruders als zweckmässig erscheinen würden.**) Zur Uebernahme seines Amtes langte er kurz vor Ferdinands Abreise in Wien an.

Nachdem so die nöthigen Vorkehrungen getroffen waren, trat der König am 11. Juli die Reise an. Man hatte das Gerücht verbreitet, dass er den Umweg über Gratz nehmen werde; es geschah dies aber nur um die Aufmerksamkeit der Feinde abzulenken und einen Handstreich gegen seine Person zu vereiteln, denn thatsächlich reiste Ferdinand unter der Bedeckung eines Reiterkornets über Neustadt nach Salzburg, wo er am 16. Juli eintraf. In seinem Gefolge befanden sich ungefähr 100 hochgestellte Personen, darunter sein Günstling der Freiherr von Eggenberg, der Reichshofrathspräsident Graf von Zollern, der böhmische Kanzler Herr von Lobkowitz, Freiherr von Trauttmansdorff, die Grafen von Liechtenstein, Dietrichstein und Fürstenberg, zahlreiche Geheimräthe, Kämmerer, Oberste u. s. w. Nach den Anschauungen unserer Zeit würde man das unnütze Mitschleppen so vieler Personen nur tadeln, im 17. Jahrhunderte dachte man jedoch anders und rümpfte die Nase über das angeblich geringe Gefolge und über die Eile, mit der die Reise zurückgelegt wurde. In dem Reisegepäck, das Ferdinand sich nachkommen liess, befand sich eine neue böhmische Krone, die er sich eigens hatte anfertigen lassen, da die alte und echte durch den Aufstand in den Besitz der böhmischen Stände gekommen war und er in Frankfurt bei der Ausübung der Kurrechte des königlichen Schmuckes nicht entbehren konnte.***)

1619

In Salzburg erwartete ein Gesandter Jakobs von England, Lord Doncaster, die Ankunft des Königs. Wir haben erzählt, in welcher Weise Jakob durch die Schmeicheleien des spanischen Hofes gewonnen, alle Bitten der Böhmen um Unter-

*) Berichte aus Wien dd. 9. Juni im sächs. StA.

**) Das Patent für Leopold im innsbrucker Statthaltereiarchiv dd. 10. Juni 1619.

***) Bericht im sächs. StA.

stützung abgewiesen und sich bereit gezeigt hatte, zu Gunsten der Habsburger in dem böhmischen Streite zu vermitteln.*) Schon im Februar, also noch vor dem Tode des Kaisers, wollte er deshalb einen Gesandten nach Eger schicken und hier bei der Interposition eine entscheidende Rolle spielen. Sein Schwiegersohn wusste von diesem Entschlusse nichts und da er immer glaubte, dass Jakob für die Böhmen gewonnen werden könnte, so richtete er im März ein Schreiben an ihn, in dem er ihn mit aller ihm zu Gebote stehenden Beredsamkeit bat, er möge einen Gesandten nach Deutschland absenden, damit dieser die Interessen der böhmischen Stände in Eger wahre und so eine erträgliche Vereinbarung vermittle und befördere. Der Pfalzgraf hatte diesen Brief kaum abgeschickt, so bekam er die Nachricht, dass der König seiner Bitte zuvorgekommen sei und den Lord Doncaster mit der Schlichtung der böhmischen Streitigkeiten betraut habe. Friedrich mochte von diesem Entschlusse des Königs um so überraschter sein, als derselbe ihn unabhängig von seiner Bitte gefasst hatte, doch gab er sich zufrieden und bat nur, der Gesandte möge seine Schritte zuerst nach Heidelberg lenken, um da die nöthige Belehrung zu holen. Offenbar war es dem Pfalzgrafen darum zu thun, den Gesandten für sich zu gewinnen, damit er die Rolle eines Friedensstifters nicht zu ernst nehme.

Jakob benachrichtigte indessen die böhmischen Stände von der Mission Doncasters in einer Weise, die keinen Zweifel darüber aufkommen liess, dass er ihre Aussöhnung mit dem Kaiser aufrichtig betreiben wolle. „Wir wünschen", so schrieb er, „dass sich die böhmischen Stände von Niemandem weder im Kriegsruhm noch im Gehorsam gegen den Kaiser übertreffen lassen und durch ihre billige Gesinnung sich solcher Friedensbedingungen werth machen möchten, deren Bewilligung für den obersten Herrn nicht schimpflich wäre und deren Annahme die Unterthanen nicht zu bedauern hätten." Die Zusammenstellung dieses Satzes mag in der königlichen Kanzlei nicht ohne mancherlei Kopfzerbrechen und nicht ohne Ver-

*) Gardiner, Cottington an Carleton dd. 8./18. October 1619. — Bd. I. S. 452 u. flg.

besserungen und Umgestaltungen zu Stande gekommen sein, aber endlich zu Stande gebracht, konnte sich der königliche Briefschreiber Glück wünschen zu der Art, wie er seine Anschauungen über die unanfechtbaren Rechte eines Souverains und seine Sympathien für die böhmischen Stände zu einem harmonischen Einklang verbunden habe. *) Dieses Schreiben hatte aber in Böhmen die Wirkung eines kalten Sturzbades, da man daselbst bei den steigenden Geldverlegenheiten, verleitet durch die pfälzischen Einflüsterungen und Versprechungen, auf englisches Geld und thatsächliche Unterstützung und nicht auf ein zum Frieden mahnendes Schreiben gefasst war. So sehr hatten die auf England gegründeten Hoffnungen daselbst Wurzel gefasst, dass man einem Gerücht, Jakob hätte zur Unterstützung der Böhmen eine Geldsumme bestimmt, willig Glauben schenkte und der gesammte Landtag an den König ein Dankschreiben richtete, in dem er ihn nur ersuchte, die Absendung des Geldes zu beschleunigen**) Statt des ersehnten Geldes langte nun die Nachricht an, dass der Gesandte des Königs bereits unterwegs sei, um die Böhmen mit Ferdinand zu versöhnen! Die Härte dieses Schlages wurde noch fühlbarer, als sie von den Bedingungen Kenntniss erhielten, auf deren Grundlage die Vermittlung angebahnt werden sollte.

In der That bewies die Instruction, die Jacob seinem Gesandten mitgab, sonnenklar, dass ihm die Interessen seines Schwiegersohnes und die Wünsche der Böhmen nicht mehr am Herzen lagen, als die Wahrung der Interessen des Kaiserhauses. Die Instruction, deren Schlussredaction vom 24. April datirt ist, also unmittelbar nach der in England angelangten Nachricht von dem Tode des Kaisers, trägt dem Gesandten auf, vor Allem dafür Sorge zu tragen, dass die Kaiserwahl bald vor sich gehe und dass die Wahl auf die Person Ferdinands falle! Als Bedingungen für den Ausgleich zwischen dem Kaiser und den Böhmen wurde festgesetzt: 1. dass die Jesuiten auf ihren geistlichen Wirkungskreis in Böhmen beschränkt bleiben und

*) Gardiner, Letters etc. Friedrich V. an Jacob I. dd. 11./21. März und 12./22. März 1619. — Ebend. Jakob an die böhmischen Stände dd. 20./30. März 1619.

**) Gardiner, die böhmischen Stände an Jakob I. dd. 2./12. April 1619.

sich nicht in weltliche Dinge einmischen sollten; 2. dass König Ferdinand die in seinem Krönungseide gemachten Versprechungen einhalte und 3. dass die Protestanten sich ungestört der ihnen durch die Gesetze und Privilegien gewährleisteten Freiheit erfreuen sollten. Lauteten diese Bedingungen gleichsam zu Gunsten der Protestanten, so blieben auch die Katholiken in dem Vermittlungsvorschlage Jakobs nicht unberücksichtigt, denn er verlangte, dass alle bisher ausgesprochenen Confiscationen rückgängig gemacht und alle Landesofficiere in ihre früheren Aemter eingesetzt werden sollten. Wenn dadurch etwa Thurn wieder zum Burggrafenamt gelangte, so kamen auch Slawata, Martinitz, Sternberg u. s. w. in den Besitz der ihnen entrissenen Macht.*) Der Vermittlungsvorschlag Jakobs lautete sonach für Ferdinand so günstig als möglich: wenn letzterer sich mit den Böhmen aussöhnen wollte, so musste er mit beiden Händen nach ihm greifen. Dagegen hatten die Böhmen weniger Grund, mit demselben zufrieden zu sein, weil er die Streitpunkte in der religiösen Frage nicht entschied, sondern sich in jener Allgemeinheit hielt, die Ferdinand immer wieder das Betreten der alten Wege möglich gemacht hätte. Die Böhmen konnten sich mit der Vermittlung nur dann zufrieden geben, wenn die Kirchengüterfrage eine klare und unwiderrufliche Lösung durch dieselbe fand.

Als Lord Doncaster aus England abreiste, um den Auftrag seines Herrn zu vollführen, begab er sich zuerst nach Brüssel, um das erzherzogliche Paar zu begrüssen. Er wurde zuvorkommend empfangen und bekam die Versicherung, dass seine friedliche Mission alle Unterstützung finden werde; Erzherzog Albrecht gab ihm sogar einen Brief an Ferdinand mit, in dem er seinem Vetter die englische Vermittlung auf das wärmste empfahl.**) So sich den besten Hoffnungen hingebend gleich seinem Herrn, setzte Doncaster seine Reise zu Ferdinand fort und berührte auf seinem Wege die Städte Heidelberg und München. In Heidelberg traf er gerade zu der

*) Die Instruction bei Gardiner: Letters and other documents.

**) Viscount Doncaster to Sir Robert Naunton dd. 30. Mai/9. Juni 1619, Brüssel, bei Gardiner.

eit ein, als die Union in Heilbronn tagte und der Pfalzgraf
ch an der Berathung betheiligte und im Begriffe war, sich
it den Böhmen auf das engste zu verbinden. Doncaster
ng nicht nach Heilbronn, um da den Pfalzgrafen zu begrüssen,
eil dieser Schritt bei gleichzeitiger Gegenwart der Unions-
itglieder ihm übel ausgelegt und den Absichten Jakobs
idersprechend gedeutet werden konnte. Er wartete die Rück-
unft des Pfalzgrafen in Heidelberg ab und war da mittlerweile
er Gegenstand vielfacher Aufmerksamkeiten, deren er sich
nsonst zu erwehren suchte. Als Friedrich endlich ankam,
urden zuerst die üblichen, in diesem Falle mehr als je
cherlichen Complimente und Phrasen gewechselt. Doncaster
rach dem Pfalzgrafen als Reichsvikar sein Beileid über den
od des Kaisers aus, was natürlich dieser als eine trostreiche
ersicherung annahm. Nach dieser ersten Audienz kam es
doch zu einer vertraulichen Besprechung, in der der Pfalz-
raf seine Ansichten und Wünsche unverhüllt auseinander-
tzte. Er fand an Doncaster einen aufmerksamen und wohl-
ollenden Zuhörer, der sogar behauptete, dass er von Jakob als ein
eisses Blatt nach Heidelberg geschickt worden sei, um da
ie nöthigen Belehrungen, Rathschläge und Weisungen in Be-
ug auf die böhmischen Angelegenheiten, auf die Kaiserwahl
nd auf das besondere Interesse des Pfalzgrafen zu empfangen.
iese Erklärung Doncasters, deren Authenticität nicht dem
isesten Zweifel unterliegt, da er selbst von ihr Nachricht
ibt*), dürfte den Leser überraschen, da sie doch im offen-
aren Widerspruche mit den Aufträgen Jakobs steht, der sei-
em Gesandten bestimmte Weisungen gab und ihn nicht als
n weisses Blatt in die Welt schickte. Offenbar machten sich
i Doncaster dieselben mächtigen Sympathien für die prote-
antische Sache geltend, zu denen sich die verschiedenen
glischen Gesandten seit 15 Jahren bekannt und dadurch
lerdings Hoffnungen erregt hatten, die zu erfüllen nicht in
er Absicht ihres Herrn lag.

Die vertrauliche Besprechung zwischen dem Pfalzgrafen und

---

*) Doncaster an Sir Robert Naunton dd. Heidelberg 19./29. Juni 1619 bei Gardiner.

Doncaster drehte sich nun um die neuesten Nachrichten vom böhmischen Kriegsschauplatze; sie betrafen die Niederlage Mansfelds bei Záblat und die Anwesenheit Thurns vor Wien. Der Pfalzgraf bemerkte, dass alle Welt die Ueberzeugung habe, dass die friedliche Mission Doncasters zu keinem Resultat führen werde, da der böhmische Streit eine verzweiflungsvolle Zerrüttung zur Folge gehabt habe, die nicht mehr auf friedlichem Wege zu heilen sei. Aus diesem Grunde hätten die Mitglieder der Union einen gemeinsamen Tag zu Heilbronn verabredet, um daselbst über ihre künftige Haltung Beschluss zu fassen. Er werde Doncaster alsbald davon benachrichtigen, wenn die Berathung zu Ende sein würde und ihn bitten, seinen Herrn von den gefassten Beschlüssen in Kenntniss zu setzen. Doncaster entschuldigte sich jedoch, dass er nicht so lange in Heidelberg warten könne und bat deshalb, der Pfalzgraf möchte selbst dem Könige als dem Haupte der Union, einen umfassenden Bericht von den Unionsbeschlüssen und den sonstigen Vorkommnissen einsenden.

Das Gespräch kam jetzt auf die Kaiserwahl. Wir haben eben angedeutet, dass Jakob seinem Gesandten den Auftrag gegeben habe, für Ferdinand zu wirken. Diese Mittheilung berührte den Pfalzgrafen unangenehm, da er geglaubt hatte, dass sein Schwiegervater die Erhebung des Herzogs von Savoyen wünsche, und da Isaak Wake, der englische Gesandte in Turin bei seiner Durchreise durch Heidelberg sich für Savoyen bei ihm verwendet hatte. So sah er sich auch in dieser Beziehung von Jakob verlassen, doch gestand er offen, dass aller Wahrscheinlichkeit nach nur Ferdinand aus der Wahl hervorgehen werde und dies trotz aller Anstrengungen, denen er sich für den Herzog von Savoyen unterziehen wolle; nur ein unverhofftes Ereigniss könne die von ihm heiss ersehnte Rettung bringen. Er machte daraus kein Hehl, von welch' unangenehmen Folgen die Erhebung Ferdinands für ihn, der sich tief in die böhmischen Angelegenheiten eingelassen habe, begleitet sein würde. Doncaster, der diese Mittheilungen mit vieler Theilnahme entgegennahm und trotz des Auftrages seines Herrn kein Wort zu Gunsten Ferdinands über die Lippen gehen liess, besprach sich darauf auch mit den vertrautesten Räthen des

Pfalzgrafen und vernahm hier dieselben Mittheilungen und Ansichten. Alle die verschiedenen Berichte und Urtheile, die gleichwohl alle auf ein Ziel gingen, verwirrten den armen Gesandten, der sich ohnedies keines sehr hellen Kopfes erfreute und für die vernünftige Durchführung eines so konfusen Auftrags — so kann man die in der Instruction niedergelegten Befehle Jakobs bezeichnen — der am allerwenigsten taugliche Mann war.

Es tauchte nun die Frage auf, was zu thun sei, und da scheinen alle pfälzischen Räthe ihre sonstige Entschlossenheit eingebüsst zu haben. Sie widerrieten dem Gesandten die Fortsetzung seines Friedenswerkes nicht, ja sie billigten seinen Entschluss die Reise zu Ferdinand über München anzustellen und den Herzog Maximilian um seine Unterstützung bei der bevorstehenden Friedensverhandlung zu ersuchen, obgleich Doncaster nach dem Wunsche seines königlichen Herrn den Weg zu Ferdinand über Sachsen und nicht über Baiern einschlagen sollte. Als darüber berathen wurde, wie die Kaiserwahl verschoben werden und welche Dienste der Gesandte hiebei leisten könnte, verlangten die Räthe von Doncaster, er solle bei Ferdinand selbst die Verschiebung der Wahl beantragen, und glaubten hoffen zu dürfen, dass Ferdinand, weil er der Wahl doch nicht sicher sei, diese Bitte nicht abweisen werde. Bei allen Rathschlägen, Mahnungen und Weisungen machte sich unverholen das Missbehagen an den friedlichen Aufträgen Doncasters geltend. Man wünschte dieselben auf jede Weise zu vereiteln und glaubte dieses Ziel dadurch zu erreichen, dass man dem englischen Gesandten die Nichtbeachtung seiner Instruction anriet: er sollte sich also nicht blos der Erhebung Ferdinands auf den deutschen Thron widersetzen, sondern auch vor Beginn der Vermittlungsverhandlungen von Ferdinand einen Waffenstillstand und in den Verhandlungen selbst die bleibende Ausschliessung des Jesuitenordens aus Böhmen verlangen. — Das kurfürstliche Paar überhäufte den Gesandten mit mannigfachen Beweisen von Aufmerksamkeit, so dass derselbe sich dadurch geschmeichelt fühlte und gern bereit war, die pfälzische Politik nach Möglichkeit zu fördern und in den Ausgleichsverhandlungen das

böhmische Interesse schärfer zu wahren, als es ihm von seinem Herrn aufgetragen worden war. Da man ihn in Heidelberg wiederholt versicherte, dass Ferdinand nie zu einer Vermittlung die Hand bieten werde, so frug er schon jetzt bei Jakob an, was er in diesem Falle für eine Haltung annehmen solle.*) Indem er seinem Wunsche nach einer thatsächlichen Unterstützung der Böhmen einen unverhüllten Ausdruck lieh, suchte er den König für diese seiner bisherigen Politik so entgegengesetzte Richtung dadurch zu gewinnen, dass er ihm ein glänzendes Bild von den Fähigkeiten seines Schwiegersohnes, von seiner Thätigkeit, von der enthusiastischen Anhänglichkeit seiner Unterthanen und von dem grossen Ansehen entwarf, dessen er sich bei allen deutschen Fürsten erfreue. Wenn der König nur die Hälfte dessen glaubte, was der Gesandte schrieb, unterstützte er vielleicht den Thatendurst seines Schwiegersohnes.

Von Heidelberg begab sich Doncaster nach München, wo er den Herzog Maximilian ebenso wie früher den Erzherzog Albrecht um die Förderung seiner Mission ersuchte. Maximilian behauptete bei dieser Gelegenheit mehr als je eine zuwartende Haltung, er hütete sich vor jeder Aeusserung, die in ihm jenen strengen und nachsichtslosen Katholiken hätte errathen lassen, als welcher er sich in den Verhandlungen über die Interposition erwiesen hatte**); ja er verstieg sich nach den glaubwürdigen Mittheilungen Doncasters so weit, dass er sich für einen Gegner der Jesuiten erklärte, die er nur dulde, aber nicht begünstige.***) Bekannt mit Jakobs eitler

---

*) Doncaster an Jacob dd. 18/28. Juni 1619, Heidelberg. — Memoir given by Frederick V to Viscount Doncaster dd. 19./29. Juni 1619. — Doncaster an Naunton dd. 19./29. Juni 1619, Heidelberg. — Alle diese Schriftstücke bei Gardiner.

**) Bd. I, 467.

***) Gardiner, S. 146: Doncaster schreibt dd. 2./12. Juli 1619, München, an Jakob über die Verhandlungen mit Maximilian: „But two things I must say: First that his Highnes (Maximilian) is exceedingly misunderstood to their shame, that have reported, him to his Majesty for a Jesuited Prince; from which imputation he is so innocent that, were it not for thet reverence of his yet living father, who brought that wermin into this countrey, they were it may be in some danger of being driven out by his Highnes, who doth now only allow and not favor them.

Einbildung versäumte Maximilian nicht, sie mit einigen starken Brocken zu füttern, so dass Doncaster rühmend nach Hause schrieb, kein Engländer könne Seine Majestät mehr ehren, als dies der Herzog thue, der in diesem Falle gegen seine sonstige Weise gesprächig geworden sei. In Bezug auf den eigentlichen Zweck von Doncasters Reise versicherte Maximilian, dass er dem Friedenswerke das beste Gedeihen wünsche. Seine Versicherung war übrigens ehrlich und aufrichtig gemeint, denn die allgemeine Verbreitung des Aufstandes über die österreichische Monarchie machte ihn so besorgt, dass er gerade in diesen Tagen Ferdinand den Rath gab, einen annehmbaren Friedensvorschlag — und das waren jedenfalls die englischen Propositionen — nicht von der Hand zu weisen.*)

So sich einiger Hoffnung hingebend reiste Doncaster nach Salzburg, um Ferdinand daselbst zu erwarten, da er erfahren hatte, dass sich derselbe bereits auf den Weg nach Frankfurt begeben habe. Der englische Gesandte erhielt hier nähere Nachrichten von der Niederlage Mansfelds bei Záblať und von den niederdrückenden Folgen derselben für die Sache der Böhmen, da deren Muth gänzlich gesunken sei. Als Ferdinand in Salzburg eintraf, ertheilte er in zuvorkommender Weise dem Lord Doncaster die gewünschte Audienz und dieser erklärte gleich im Beginne, dass er von seinem Herrn abgeschickt worden sei, um den böhmischen Streit zu einem Ausgleiche zu bringen. Ferdinand, der in den ärgsten Gefahren nie an eine Befriedigung der Böhmen gedacht hatte, war nach den Erfolgen Buquoy's in Böhmen und nach dem kläglichen Resultate von Thurns Angriff auf Wien, so voller Siegeshoffnung, dass ihm die englische Vermittlung in jeder Beziehung unbequem sein musste und so enthielt seine höfliche Antwort eine zwar verblümte, aber doch unumwundene Ablehnung derselben. Wenn, so erklärte er, Jakob die eigentliche Beschaffenheit des böhmischen Streites kennen würde, so würde er ihm nicht zu Verhandlungen in einer Zeit rathen, wo sich die Böhmen im ärgsten Gedränge befänden. Doncaster erwiederte, dass er ja eben deshalb ge-

*) Münchner StA. 40, 7, Maximilian an Kurköln dd. 15. Juli 1619.

kommen sei, um von Seiner Majestät die nöthigen Aufklärungen zu erhalten und darnach zu handeln, er verlangte aber zugleich eine unzweideutige Antwort, ob sich Ferdinand die angebotene Vermittlung gefallen lassen wolle oder nicht. Der letztere wollte mit der Wahrheit nicht herausrücken, sondern brach die Audienz ab und versprach dem Gesandten, dass er ihm Jemanden schicken werde, der ihn über die böhmischen Angelegenheiten aufklären werde; am nächsten Tage wolle er ihn dann wieder zur Audienz empfangen.

Nach einigen Stunden fand sich der Graf Meggau bei Doncaster ein, um ihn über das eigentliche Wesen des böhmischen Streites zu belehren. Das, was Meggau vorbrachte, war jedoch weniger eine gründliche Erörterung dieses Gegenstandes als eine heftige Anschuldigung der Böhmen, wobei er sich in einen leidenschaftlichen Eifer hineinsprach und zuletzt offen erklärte, dass die böhmischen Dinge nicht mehr darnach angethan seien, um friedlich ausgeglichen zu werden. Wenn es aber doch zum Ausgleiche käme, so müsse Ferdinand die von England angebotene Vermittlung ablehnen, da mehrere Fürsten ähnliche Anträge gemacht hätten, sein Herr sie aber nicht angenommen habe, weil er schon früher einige Kurfürsten und den Herzog von Baiern mit diesem Geschäfte betraut habe und nun seine an dieselben ergangene Einladung nicht zurücknehmen könne, ohne sie zu beleidigen. Trotz dieses abweislichen Bescheides erschöpfte sich Doncaster in Gründen für die Annahme der von seinem Herrn angebotenen Vermittlung. Der König von Spanien habe Jakob darum ersucht und sicherlich habe Ferdinand dazu seine Zustimmung gegeben; England dränge sich also nicht vor, sondern folge nur einem Rufe. Was die Fürsten betreffe, denen die Interposition übertragen worden sei, so habe keiner von ihnen etwas zu ihrer Verwirklichung gethan und könne also nicht beleidigt werden, wenn sie Jemand anderer energisch in die Hand nehme. Pfalz und Baiern, das könne er versichern, seien gern bereit, ihren Antheil an der Interposition auf England zu übertragen.

Die Hartnäckigkeit, mit der Doncaster die Rolle eines Vermittlers für seinen Herrn zu behaupten suchte, setzte Meggau in Verlegenheit, so dass er dieselbe zuletzt nicht unbedingt

abwies, sondern den Gesandten auf die weitere Fortsetzung der Verhandlungen in Frankfurt vertröstete. Der letztere gab sich mit diesem scheinbaren Erfolge nicht zufrieden, sondern verlangte zu wissen, unter welchen Bedingungen Ferdinand den Böhmen einen Waffenstillstand bewilligen würde. Meggau gestand unter steigender Verlegenheit, dass von einem Waffenstillstand nicht mehr die Rede sein könne, da Ferdinand jetzt die Böhmen in seiner Macht habe, und als Doncaster nicht abliess, die Niederlegung der Waffen zu empfehlen und davor warnte, dass man dem Kriegsglücke zu viel vertraue, brach Meggau die weitere Verhandlung über diesen Gegenstand mit der Bemerkung ab, dass er keine Weisungen hierüber von Ferdinand erhalten habe. Als Doncaster sich zuletzt noch erbot, nach Böhmen zu reisen und dort die annehmbarsten Friedensbedingungen zu erwirken, versprach Meggau, dies zur Kenntniss seines Herrn zu bringen und empfahl sich damit.

Zwei Tage nach dieser Besprechung ertheilte Ferdinand dem englischen Gesandten eine zweite Audienz. Was für den Frieden in kurzer und eindringlicher Weise gesagt werden konnte, brachte Doncaster vor, allein selbstverständlich vergeblich. Alles, was er aus Ferdinand herauspresste, war das Versprechen, dass er in Frankfurt die böhmische Angelegenheit mit den zu Vermittlern gewählten Fürsten berathen werde und dass bei dieser Gelegenheit auch dem Könige von England der gebührende Antheil eingeräumt werden würde. Ferdinand drückte sich in gleicher Weise in einem Briefe aus, den er aus Salzburg an Jakob richtete und worin er ihm für seine Theilnahme und seine Bemühung dankte. Wenn Jakob, heisst es in diesem Schreiben,*) durch seinen Gesandten in Frankfurt solche Mittel und Wege zur Herstellung des Friedens vorschlagen werde, dass er (Ferdinand) sie ohne Nachtheil für sich und sein Haus zulassen könne, so wolle er dafür dankbar sein. Aber weder in diesem Schreiben noch in den Erklärungen an Doncaster stellte Ferdinand die Verhandlungen in Frankfurt in sichere Aussicht und so sah der Gesandte diese Erklärungen nur als Ausflüchte an, die den

*) Gardiner, Ferdinand an Jakob dd. 7./17. Juli 1619, Salzburg.

Beginn der Verhandlungen so lange verschleppen sollten, bis die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze jede Vermittlung überflüssig machen würden. Doncaster gab deshalb schon jetzt die Hoffnung auf, den Zweck seiner Reise zu erreichen und schrieb in diesem Sinne nach Hause. Um es jedoch an nichts ermangeln zu lassen, schickte er von Salzburg seinen Sekretär Norrey nach Prag, benachrichtigte die Direktoren von dem bisherigen Erfolg seiner Mission und bat sie, ihm die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen sie einen Frieden abschliessen wollten, jedenfalls aber zu den Verhandlungen in Frankfurt ihre Vertreter abzusenden. Von seinem Herrn erbat er sich aber die Weisung, was er thun solle, wenn es in Frankfurt weder zu einem Waffenstillstand noch zu Unterhandlungen kommen sollte, wozu aller Anschein vorhanden sei. *)

Von Salzburg reiste Ferdinand nach München und kam daselbst am 19. Juli an. Es war das erstemal seit dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes, dass er mit Maxmilian zusammentraf, und es versteht sich von selbst, dass das Gespräch der beiden Fürsten sich fast ununterbrochen um diesen Gegenstand und seine Consequenzen drehte. Ferdinand war es hiebei um die Gewinnung des Herzogs zu thun. Er befand sich zwar nicht in der elenden Lage, wie Mathias kurz vor seinem Ableben; dennoch glaubte er seinen Beistand nicht entbehren zu können, sobald die Union mit Böhmen in ein Bündniss treten würde. Für diesen Fall bat er Maxmilian um die Unterstützung der Liga und erhielt von seinem Jugendfreunde die tröstlichsten Versicherungen. **) Nach dem kurzen münchener Aufenthalt reiste Ferdinand ohne Unterbrechung nach Frankfurt, wo er am 28. Juli eintraf.

---

*) Ueber die Verhandlungen Doncasters dessen Bericht an Naunton dd. 9./19. Juli 1619 bei Gardiner; ferner bernburger Archiv: Joachim Ernst von Brandenburg an Anhalt dd. 16./26. Juli 1619. Ebend. Memorial für Herrn Norreys dd. 25. Juli 1619.

**) Wolf, Maxmilian von Baiern IV, 216.

II

Um die Kaiserwahl drehte sich seit Monaten die Thätigkeit der Parteien, namentlich boten die pfälzischen Diplomaten alles auf, um dieselbe hinauszuschieben oder auf einen andern Fürsten als Ferdinand zu lenken. Von ihren schon bei Mathias' Lebzeiten angestellten Bemühungen, einen andern Kandidaten aufzustellen, ist bereits ausführlich berichtet worden. Die Leiche des Kaisers war kaum kalt geworden, als das heidelberger Kabinet diesen Gegenstand abermals mit Energie aufnahm und einen Gesandten an den Erzbischof von Mainz abschickte, um durch denselben die Aufschiebung des Wahltages bis zur Beseitigung der böhmischen Wirren zu verlangen. Schweikhart von Mainz liess sich jedoch in seiner dem König Ferdinand günstigen Stimmung nicht irre machen und berief die Kurfürsten auf den 20. Juli nach Frankfurt zur Kaiserwahl. Aber da sowohl er wie die andern geistlichen Kurfürsten durch die Haltung des heidelberger Kabinets und durch die Nachricht von weitgehenden Plänen einiger protestantischen Fürsten in Schrecken versetzt wurden, so geschah es wahrscheinlich auf ihr Ansuchen, dass der päpstliche Nuntius in Köln an den König von Spanien die Bitte richtete, er möge im Nothfalle den Marques von Spinola mit den in Flandern stationirten Truppen gegen Frankfurt marschiren lassen.*)

1619

Gleichzeitig mit dem Gesandten nach Mainz wurden aus Heidelberg auch Gesandte nach Sachsen, Baiern und Brandenburg geschickt. Nach Dresden ging der pfälzische Geheimrath Camerarius; seinem Auftrage gemäss ersuchte er den Kurfürsten Johann Georg, er möge mit den ihm befreundeten Fürsten in ein näheres Verhältniss zur Union treten, damit auf diese Weise die gesammten deutschen Protestanten einig daständen. In Bezug auf die deutsche Thronfolge befürwortete Camerarius die Aufschiebung der Wahl bis zur Beilegung der böhmischen Streitigkeiten und die Entfernung der von den Habsburgern ins Reich berufenen fremden Truppen. Der Gesandte gab sich alle Mühe, das gewünschte Ziel zu

*) Simancas, Cardinal Borja a Phelipe III dd. Roma 22. April 1619.

erreichen; in wiederholten Unterredungen mit dem Kurfürsten und mit seinen Räthen, namentlich mit Kaspar von Schönberg, vertrat er energisch das protestantische Interesse, empfahl einen Bund der drei weltlichen Kurfürsten und ereiferte sich bis zu leidenschaftlichen Ausfällen. Aber was er auch immer vorbringen mochte, seine Vorstellungen verfingen nicht bei Leuten, die ihren Entschluss gefasst hatten und sich je länger je mehr zu Ferdinand hingezogen fühlten. Wenn Camerarius glaubte, dass die Schärfe seiner Gründe auf die Zuhörer eine Wirkung ausgeübt haben müsse und ängstlich ihre Zustimmung erwartete, brachen sie das Gespräch mit einigen nichtssagenden Worten ab und wichen so weiteren Erörterungen aus.*)

Nicht besser waren die Erfolge der pfälzischen Gesandten bei den übrigen Fürsten. An dem Herzoge von Baiern prallten alle Verlockungen ab, durch die ihn der Pfalzgraf abermals zur Bewerbung um die deutsche Krone zu gewinnen trachtete;**) Brandenburg war den pfälzischen Wünschen nicht abgeneigt, that aber gar nichts zu ihrer Förderung.

Die Niederlage, welche das pfälzische Cabinet auf diesem diplomatischen Feldzuge erlitt, entmuthigte dasselbe nicht, sondern reizte es nur zu dem Versuche, auf eine andere Weise zum Ziele zu gelangen. Das sächsische Kabinet hatte in seiner ausweichenden Antwort auf die pfälzischen Vorstellungen bemerkt, dass die zur Vornahme der Kaiserwahl anberaumte Kurfürstenversammlung, Gelegenheit zur Begleichung der böhmischen Unruhen bieten würde. An diese Handhabe klammerte sich nun der Kurfürst von der Pfalz und schickte an den Erzbischof von Mainz einen neuen Boten ab, um denselben zu ersuchen, er möge vor der Kaiserwahl einen Kurfürstentag zur Berathung über die böhmische Angelegenheit berufen und stellte dies so hin, als sei es der Wunsch des Kurfürsten von Sachsen. Als der Erzbischof auch davon nichts wissen wollte, beklagte sich der Pfalzgraf hierüber bei Johann Georg und bat ihn, seinen Einfluss aufzubieten, damit der Wahltag nur

*) Die betreffenden Akten im Archiv U. P., daselbst namentlich des Camerarius Bericht über seine Reise zu Kursachsen dd. 1./11. Mai 1619.

**) Arch. U. P. Memoriale pro H. Th. a Schönberg ad ducem Bavariae ablegando dd. 27. Mart. 1619.

twas aufgeschoben würde. Aber sowohl diese, wie eine zweite uschrift wurden von dem dresdner Kabinet nicht weiter eachtet.*)

Bei diesem Stande der diplomatischen Verhandlungen war er Unionstag in Heilbronn zusammengetreten und dieser ildete die letzte Hoffnung des heidelberger Kabinets. Der falzgraf legte der Versammlung die Frage vor: wie durch nützliche und praktizirliche Mittel“ der Wahltag verhindert erden könnte. Die Antwort lautete dahin, dass man Mainz nd Sachsen nochmals ersuchen solle, die Wahl aufzuschieben, en Böhmen aber heimlich den Rath geben solle, gegen die Vahlstimme Ferdinands zu protestiren. Friedrich befolgte iesen Vorschlag und betrat die ausgetretenen diplomatischen eleise in der Hoffnung, dass vielleicht die Hinweisung auf en eben versammelten Unionstag und die von demselben twa zu beschliessenden Rüstungen sich wirksamer erweisen önnten als seine früheren Mahnungen. Allein er erreichte uch diesmal nichts, Sachsen blieb seiner schweigsamen Rolle ach wie vor treu und auch der Kurfürst von Mainz hatte uf die erneuerte Bitte des pfälzischen Gesandten nur eine bschlägige Antwort. Das kurbrandenburgische Kabinet, das ich fast gleichzeitig für die pfälzischen Wünsche in Dresden erwendete, mühte sich ebenso vergeblich ab.**)

Das Betreten der diplomatischen Wege war übrigens nicht er einzige Gegenstand, über den man sich in Heilbronn beriet; an erwog auch, ob man nicht durch Gewalt erzwingen olle, was durch friedliche Mittel nicht zu erreichen war. Die fälzischen Diplomaten schlugen vor, dass sich die Union für ine gewaltsame Hinderung der Wahl entscheiden solle, allein dazu ar die Versammlung nicht zu bewegen, sie empfahl nur militrische Demonstrationen, ohne jedoch viel von ihnen zu hoffen, a die vorzunehmenden Rüstungen bis zum Wahltag kaum enügend sein dürften. Eine grössere Wirkung erwartete sie

*) Die Zuschriften im Arch. U. P.

**) Arch. des Min. des Innern in Wien: Kurmainz an Ferdinand dd. 24. Juni 1619. — Münchner StA. 134, 22: Oberst von Schönburg an Pfalz dd. 25. Juni 1619. — Consiliarii Electoris Brandeb. Electori Saxoniae dd. 20. Juli 1619.

dagegen von einer Besetzung der Stadt Frankfurt, die im Einverständnisse mit der freundlich gesinnten Bürgerschaft geschehen könnte; wenn dadurch die Wahl nicht gerade vereitelt würde, so würde sie doch verzögert, denn die feindlich gesinnten Kurfürsten müssten erst über eine neue Wahlstadt verhandeln. Auch könnten, nach der Meinung der Union, die Generalstaaten einige Truppen gegen die Grenzen des kölner Stiftes vorrücken lassen und dies würde den Erzbischof nöthigen, zu Hause zu bleiben, wodurch ebenfalls die Wahl verzögert würde. Der Vorschlag zur Besetzung von Frankfurt war jedoch nicht nach dem Geschmacke aller Anwesenden, drei Städte widerrieten diesen Gewaltschritt und wollten, dass man jeden Widerstand gegen die legitim vorzunehmende Wahl aufgebe. *)

Diese Misserfolge reizten den Pfalzgrafen zu einem persönlichen Versuche, Kurmainz für seine Pläne zu gewinnen. In einer längeren Unterredung gab er sich alle Mühe, den alten Schweikhard zu der Aufschiebung der Kaiserwahl oder wenigstens zu einer dem Hause Habsburg feindlichen Kandidatur zu bereden. Eitle Arbeit! Alle die Argumente, welche der junge Mann vorbrachte, kannte der Erzbischof seit langem und er wusste, was er von ihnen zu halten habe. — Das einzige wesentliche Resultat erlangten die pfälzischen Diplomaten bei Kurbrandenburg: der Markgraf ging durch einen eigenen Vertrag zu Lichtenburg die Verpflichtung ein, seine Stimme Ferdinand nicht zu geben und im Einverständniss mit Kurpfalz bei der Wahl vorzugehen.**)

Da man Kurmainz nicht gewonnen hatte, so erwog man auf pfälzischer Seite wieder die Mittel zu einer gewaltsamen Verhinderung der Wahl. Bei einer Zusammenkunft Friedrichs mit dem Landgrafen Moriz von Hessen zu Mannheim beriet man sich fast während eines ganzen Tages, ob man Ferdinand in seiner Reise gewaltsam hindern und Frankfurt besetzen solle. Die eigene Neigung empfahl diese That, die

*) Münchner StA. 134, 22: Antwort der in Heilbronn versammelten Union auf die Proposition des Pfalzgrafen dd. 14./24. Juni 1619.

**) Münchner StA. 134, 22. Colloquium des Kurfürsten von der Pfalz mit Kurmainz dd. 23. Juni/3. Juli 1619.

Furcht widerriet sie.*) Auf pfälzischer Seite verhehlte man sich nicht, dass dies rasche und umfassende Rüstungen erheische und zu denselben mehr Geld nöthig sein würde, als man besass. Friedrich fing an, kleinmüthig zu werden und seine Unternehmungslust begann zu schwinden und so trennte er sich von dem Landgrafen von Hessen, ohne einen bestimmten Entschluss gefasst zu haben. — Von den auf die gewaltsame Verhinderung der Kaiserwahl bezüglichen Absichten der kurpfälzischen Partei wurde den Katholiken vorläufig nichts bekannt, dennoch bemächtigte sich einiger von ihnen und namentlich des Grafen von Trauttmansdorff, der im Auftrage Ferdinands nach Frankfurt vorausgeeilt war, ein Gefühl der Unsicherheit, das noch erhöht wurde, als Frankfurt zum Kommandanten seiner Garnison einen pfälzischen Unterthan wählte und diese Garnison um 1000 Mann verstärkte, die von Strassburg und Nürnberg beigestellt wurden.**)

Da man in Heidelberg vorläufig auf Gewaltmassregeln verzichtet hatte, so blieb nichts anderes übrig als den Wahltag, der am 20. Juli eröffnet werden sollte, gleich den anderen Kurfürsten zu beschicken. Die Instruction, die den kurfürstlichen Gesandten, dem Grosshofmeister Grafen Albrecht von Solms, dem Kanzler Volrad von Plessen und dem Geheimrath Camerarius auf den Weg gegeben wurde, war das Werk mehrtägiger Berathung. Sie empfahl den Gesandten, alle Mittel zu versuchen, um die Wahl aufzuschieben oder zu vereiteln; sie sollten dafür eintreten, dass den böhmischen Gesandten, die gegen Ferdinands Kurrecht protestiren würden, Gehör gegeben und die Beilegung des böhmischen Streites vor der Kaiserwahl versucht werde und dass, wenn trotz allem dem die letztere doch vorgenommen würde, die deutsche Krone nicht in den Besitz eines Habsburgers käme.***) Auch sollten sie bei den sächsischen Gesandten und bei Köln und Trier keine Worte sparen, um vertrauliche Beziehungen anzubahnen und so ans Ziel zu gelangen.

1619

*) Münchner StA. 548/10 Camerarius an Anhalt dd. 2./12 Juli 1619.

**) Trauttmansdorff an Ferd. II. dto. 20. Juli 1619. Wiener StA.

***) Münchner StA. 134/22 Instruction für die pfälzischen Gesandten nach Frankfurt dd. 8./18. Juli. Heidelberg.

Zu dem Wahltage in Frankfurt fanden sich die drei geistlichen Kurfürsten persönlich ein. Sachsen schickte als Principalgesandten den Grafen Mansfeld und Brandenburg den Herrn von Putlitz ab, so dass von den weltlichen Kurfürsten nur Ferdinand allein persönlich erscheinen wollte. Der Kurfürst von Mainz beeilte sich, die nöthigen Verhandlungen damit einzuleiten, dass er für den 26. Juli die Erzbischöfe von Köln und Trier und die verschiedenen kurfürstlichen Gesandten zu einer Sitzung einlud, ohne die Ankunft Ferdinands, die erst in den nächsten Tagen bevorstand, abzuwarten. Bei dieser Zusammenkunft kam es zu keiner wichtigen Verhandlung, obwohl die pfälzischen Gesandten gern eine Gelegenheit benützt hätten, um schwierige Streitfragen auf die Bahn zu bringen und namentlich die Berechtigung Ferdinands zur Führung der böhmischen Kurstimme anzugreifen.

1619 Wichtiger gestaltete sich die zweite Sitzung am 28. Juli. Von Böhmen waren mittlerweile Gesandte in der Nähe von Frankfurt eingetroffen, um die Rechte der böhmischen Kur in Anspruch zu nehmen und auszuüben, und hatten demgemäss an den Stadtrath die Bitte um Einlass gestellt. Da die frankfurter Bürgerschaft ihrerseits bei den Kurfürsten anfrug, was sie thun solle, so mussten die letzteren schon jetzt in der böhmischen Frage Stellung nehmen. Solms und seine Kollegen empfahlen die Zulassung der böhmischen Gesandten in dem Sinne, dass man wenigstens ihre Botschaft anhöre; sie seien an den „rechten Brunnen“ gekommen, um ihre Anliegen vorzutragen und an den Kurfürsten sei es, sie zu hören. Die brandenburgischen und sächsischen Gesandten gesellten sich diesem Vorschlage bei; man dürfe, meinten sie, die Böhmen nicht gleich an der Schwelle abweisen, weil es sonst das Ansehen haben würde, als seien die Kurfürsten, denen doch schliesslich die Ausgleichsverhandlungen zwischen Ferdinand und den Böhmen zufallen würden, den letzteren von vornherein abgeneigt. Dieser Vorschlag hatte für Ferdinand eine bedenkliche Seite, denn wenn dadurch auch nicht sein Kurrecht bestritten wurde, so traten damit doch die Verhandlungen über den Aufstand in den Vordergrund und konnten eine unberechenbare Zeitversäumniss zur Folge haben. Wenn Mainz den

pfälzischen Vorschlag zur Abstimmung gebracht hätte, so würden sich, da Ferdinand bei dieser Sitzung durch keinen Gesandten vertreten war, drei Stimmen (die geistlichen) für, drei gegen denselben ausgesprochen haben, ein Ergebniss, das die Zulassung der Böhmen vielleicht doch entschieden hätte. Schweikhard vermied die Gefahr einer solchen Abstimmung dadurch, dass er die Sitzung aufhob und die Entscheidung vertagte. Bevor sich die einzelnen Mitglieder entfernten, theilte er ihnen noch mit, dass Ferdinand in einem Schreiben gegen die Zulassung der böhmischen Gesandten protestirt habe und selbst im Laufe des Tages eintreffen werde.*)

In der That befand sich der König in der Nähe von Frankfurt, begleitet von einem viel stattlicheren Gefolge, als bei seiner Abreise aus Wien. Er mochte glauben es seinem Range schuldig zu sein, wenn er ohne Rücksicht auf seine unzureichenden Mittel so glänzend als möglich in Frankfurt auftrat und von der Bürgerschaft dieser Stadt für 800 Pferde und für eine entsprechende Zahl hoch und niedrig gestellter Personen Quartier verlangte. Mit Uebelwollen und Misstrauen antworteten die Frankfurter auf diese Forderung. Als nun der Kurfürst von Mainz zur Begrüssung Ferdinands einen Theil seiner Leibgarde ausrücken liess und diese, weil das Wetter über alle Massen schlecht war, unter dem Stadtthore Schutz suchte, wollten die daselbst stationirten Soldaten der frankfurter Besatzung dieses nicht dulden; vielleicht meinten sie, es handle sich für die Katholiken um die Gewinnung eines Thores. Während sich nun ein Streit entspann, kam ein Reiter des Kurfürsten von Köln herangesprengt, der ohne Kenntniss der entstandenen Irrung durch das Thor reiten wollte, von den Frankfurtern aber für einen mainzer Reiter angesehen und niedergestochen wurde. Da auch ein Bürger bei dieser Gelegenheit durch einen Schuss verwundet wurde, so drohte der Streit gewaltige Dimensionen anzunehmen. Schon verbreiteten sich in der Stadt die übertriebensten Gerüchte; selbst die Bürger griffen zu den Waffen und sperrten die Strassen durch

*) Münchner StA. 134/22 die pfälzischen Gesandten an ihren Herren dd. Frankfurt 13./23, 16./26, 17./27, 19./29. Juli 1619. Frankfurt.

Ketten ab. Da die Mainzer jedoch keinen Handstreich im Schilde führten und das Misstrauen der Gegner zu beschwichtigen suchten, legte sich die Aufregung wieder, die Ketten wurden von den Strassen entfernt und Ferdinand konnte, als er am Abend vor den Thoren eintraf, ungehindert seinen Einzug halten.

Die Physiognomie der Stadt trug aber durchwegs das Gepräge jener feindseligen Stimmung, mit der man einem unwillkommenen Gast begegnet. Die Freunde Ferdinands beklagten es, dass er seine Ankunft zu sehr beeilt habe, so dass sie keine Zeit gefunden hätten, ihm bei der Menge einen besseren Empfang zu bereiten.*) Den Katholiken wurde durch die offen hervortretende feindselige Gesinnung der Bürger der Aufenthalt in Frankfurt sehr verleidet und eine unbehagliche Stimmung bemächtigte sich ihrer. Auch Ferdinand blieb nicht frei von derselben und unternahm deshalb auf den Rath des Kurfürsten von Köln häufig weitere Ausflüge in die Umgebung, wo er seiner Leidenschaft für die Jagd diesmal mehr aus Berechnung als aus Bedürfniss die Zügel schiessen liess.

1619 Am 30. Juli trat das kurfürstliche Kollegium zu einer neuen Berathung zusammen, an der sich Ferdinand trotz seiner Anwesenheit nicht betheiligte. Schweikhard eröffnete die Verhandlungen, indem er die Frage, ob die böhmischen Gesandten in die Stadt einzulassen seien oder nicht, nochmals vorlegte, wobei das Stimmenverhältniss der Parteien dasselbe blieb wie bei der letzten Sitzung. Ohne dass ein Beschluss gefasst worden wäre, verhandelte man darauf die Frage, ob die Kaiserwahl unverweilt vorgenommen werden solle, oder die Herstellung des Friedens in Böhmen vorerst anzustreben sei. Die Stellung der Parteien und das Stimmenverhältniss blieb sich auch hier gleich. Man kam zu keinem Majoritätsbeschluss und Kurmainz musste die Sitzung aufheben, ohne dass irgend eine Entscheidung getroffen worden wäre.**)

Ferdinand und seine geistlichen Freunde mussten sich nun entscheiden, was sie Angesichts der Opposition der welt-

*) Münchner StA. 44/7 Kurköln an Max von Baiern dd. 29. Juli 1619 Frankfurt. Ebend. 502/3 Ferdinand an Max von Baiern dto. 29. Juli 1619.

**) Münchner StA. 134/22 die pfälzischen Gesandten an ihren Herren dd. 22. Juli/1. Aug. 1619.

lichen Kurfürsten thun wollten. Für den ersteren selbst bedurfte es keiner langen Erwägung: wenn er ja einige Zweifel empfand, ob er nicht die Hand zum Frieden reichen sollte, so waren sie durch die Ankunft der böhmischen Gesandten und den Inhalt ihrer Vollmacht vollends beseitigt. Diese lautete nicht auf Verhandlungen, sondern auf die Ausübung des Kurrechtes und nahm also die Absetzung Ferdinands als eine selbstverständliche Thatsache an. Er erklärte den geistlichen Kurfürsten, dass er lieber Ehre, Leib, Gut und Blut verlieren wolle, als zugeben, dass ihm seine königliche Würde streitig gemacht würde und dass die Verhandlungen unter einer solchen Voraussetzung ihren Anfang nehmen sollten. Er verwarf nicht absolut jede Friedensverhandlung; aber wenn sie ja begonnen werden sollte, so setzte er zur Bedingung, dass er als König von Böhmen und die Stände als seine Unterthanen behandelt würden. Seine Erklärungen fanden bei den geistlichen Kurfürsten volle Zustimmung, sie beschlossen, die Kaiserwahl nicht länger aufzuschieben und den übrigen Kurfürsten für die Beilegung des böhmischen Streites eine Interposition des gesammten kurfürstlichen Kollegiums vorzuschlagen.

Im Sinne dieser Vereinbarungen erklärten Köln und Trier in der folgenden Sitzung des Kurfürstenkollegiums, bei der Ferdinand ebenfalls nicht zugegen war, dass sie über den böhmischen Streit reiflich nachgedacht hätten und zur Beseitigung desselben eine Interposition des gesammten kurfürstlichen Kollegiums für das zweckmässigste hielten. Den Böhmen solle hievon eine Anzeige gemacht und ihnen Tag und Ort für die Verhandlungen bestimmt werden, wobei als Grundlage zu gelten habe, dass Ferdinands Anrecht auf die böhmische Krone nicht bestritten werden dürfe. Da diese Verhandlungen nicht unmittelbar den Anfang nehmen könnten, so solle mittlerweile nach den Vorschriften der goldenen Bulle die Kaiserwahl vorgenommen werden. Mainz gesellte sich dem Vorschlage seiner geistlichen Kollegen bei; alle drei meinten, dass sich die Böhmen bei einem solchen Vorgehen über die Ausschliessung ihrer Gesandten nicht beschweren könnten. Man habe ihre Botschaft erwogen, ertheile ihnen einen Bescheid, und ihr etwaiges Verweilen in Frankfurt wäre ohne Zweck, denn sie

seien nicht gekommen, um über die Beilegung des Streites zu verhandeln, sondern ein Wahlrecht anzusprechen, das ihnen nicht gebühre.

Auf diese Erklärung ergriffen die pfälzischen Vertreter das Wort und bestanden auf der unmittelbaren Vornahme der böhmischen Interposition, die brandenburgischen Gesandten schlossen sich ihnen an, die kursächsischen behaupteten dagegen, dass sie nicht hinreichend bevollmächtigt seien und deshalb zuerst nach Hause berichten müssten. Der Erzbischof von Köln forderte darauf die pfälzischen und brandenburgischen Gesandten auf, ebenfalls nach Hause zu schreiben und um neue Weisungen zu bitten; die geistlichen Kurfürsten erklärten übereinstimmend, dass sie bereit seien, acht bis zehn Tage auf das Eintreffen der Antwort zu warten, dass sie aber dann, möge dieselbe wie immer ausfallen, mit der Wahl nicht länger zögern würden. Die sächsischen und pfälzischen Gesandten versprachen, unverweilt an ihre Fürsten zu berichten, nur die brandenburgischen verwahrten sich gegen die allzu kurz bemessene Frist.*)

III

Während die kurfürstlichen Gesandten ihre Herrn durch Eilboten von den Vorgängen in dieser Sitzung benachrichtigten und sich neue Weisungen erbaten, wiederholten die Vertreter des Pfalzgrafen noch überdiess ihre Versuche zur Umstimmung der geistlichen Kurfürsten. Plessen, der sich erst vor vier Tagen vergeblich bemüht hatte, den Erzbischof von Köln für eine Verschiebung der Wahl zu gewinnen, schlug ihm jetzt den Herzog von Baiern als Kandidaten für den Kaiserthron vor und bat ihn um seine Stimme. Obwohl Ferdinand von Köln nur zu gut wusste, dass sein Bruder allen Ansprüchen auf den Kaiserthron entsagt habe, so wies er den pfälzischen Unterhändler mit seinen Anträgen doch nicht rundweg ab, sondern unter-

*) Münchner StA. 134/22. Die pfälzischen Gesandten an ihren Herrn dd. 22. Juli/1. Aug. 1619.

hielt sich mit ihm einige Zeit über die Aussichten einer bairischen Kandidatur. Wie sehr sich Plessen aber auch bemühen mochte dieselbe in das glänzendste Licht zu stellen, er musste doch zugeben, dass man mit Sicherheit nur auf drei Stimmen für dieselbe rechnen könne, nämlich auf Köln, Brandenburg und die Pfalz. Nachdem der Erzbischof auf diese Weise in der Erörterung der Stimmenverhältnisse einigen guten Willen für die pfälzischen Pläne gezeigt hatte, ging er gleichsam vom Scherz zum Ernst über und mahnte, dass man doch davon ablassen möge, um jeden Preis einen Kandidaten gegen Ferdinand aufzustellen, der Pfalzgraf lade sonst den Verdacht auf sich, im Trüben fischen zu wollen.

Pfalzgraf Friedrich, von den Vorgängen in Frankfurt benachrichtigt, setzte seine letzte Hoffnung auf die Ausdauer von Kursachsen. Wenn Johann Georg bei der Entscheidung verharrte, dass der böhmische Ausgleich der Kaiserwahl vorangehen solle, so löste er dadurch sein bisheriges vertrauliches Verhältniss zu der katholischen Partei und das war schon ein grosser Gewinn für die pfälzische Politik. In der That schien es noch ungewiss, wohin der Kurfürst von Sachsen sich neigen werde, da er seine Gesandten nach Frankfurt nicht zur Vornahme der Wahl sondern vorläufig nur zu Ausgleichsverhandlungen in dem böhmischen Streite bevollmächtigt hatte. Man scheint selbst am Hofe Ferdinands keine Gewissheit über die letzte Entscheidung Johann Georgs gehabt zu haben, denn sonst könnte man sich die Besorgniss nicht erklären, mit welcher der Graf Trauttmansdorff über die beschränkten sächsischen Vollmachten an Ferdinand Berichte erstattete.*) Der Pfalzgraf schickte nun den Herrn Christoph von Dohna nach Dresden mit dem Auftrage ab, Johann Georg in seiner Opposition gegen die Vornahme der Wahl zu bestärken und wenn dieselbe schon nicht zu verhindern sei, wenigstens dahin zu wirken, dass er seine Stimme nicht für Ferdinand abgebe.

Bevor Dohna noch in Dresden angelangt war, hatte der Kurfürst seine Entscheidung getroffen, denn als er von den frankfurter Vorgängen Nachricht erhielt, hatte er

*) Trauttmansdorff an Ferdinand dd. 23. Juli. Frankfurt. Wiener StA.

sich nach einer Berathung mit seinen vertrauten Räthen für den Anschluss an die geistlichen Kurfürsten und so für die unmittelbare Vornahme der Wahl entschieden. Es zeigte sich somit, dass die bisherige Opposition Kursachsens nur Spiegelfechterei gewesen war und Dohna konnte sich nach seiner Ankunft davon überzeugen. Der Kurfürst ertheilte ihm wohl zweimal Audienz; aber beidemal liess er sich mit ihm in keine langen Unterhandlungen ein, sondern speiste ihn zumeist mit den Worten ab, dass Fragen so delicater Natur, wie über die Person eines Kandidaten für den Kaiserthron, nur zwischen Kurfürsten verhandelt werden könnten. Dabei trug er einen affectirten Aerger zur Schau, weil die Kurfürsten von der Pfalz und von Brandenburg ihren Gesandten in Frankfurt andere Instructionen gegeben hätten als er den seinigen und nannte dies einen ihm angethanen Schimpf. Da er in beiden Audienzen seiner Sinne nicht recht mächtig war — das erstemal war er vollständig betrunken, das zweitemal näherte er sich diesem liebenswürdigen Zustande — so kann man diese Klagen ebenso gut für blosse Aeusserungen eines umnebelten Verstandes als für Ausflüchte zur Beschönigung seiner Politik ansehen.*)

Auch bei Kurbrandenburg trat ein politischer Umschwung ein, der trotz der Verschiedenheit der Motive in seinen Folgen für den Pfalzgrafen noch empfindlicher war, wie der sächsische. Nach den Berichten der brandenburgischen Gesandten aus Frankfurt gab man in Berlin die Hoffnung auf, die Stipulationen des lichtenberger Vertrages aufrecht halten zu können; die Gesandten wurden von dem Inhalte desselben in Kenntniss gesetzt, aber ihnen zugleich die Unmöglichkeit seiner längeren Geltung angedeutet. Der Vertrag sei unter der Voraussetzung abgeschlossen worden, dass es dem Pfalzgrafen gelingen werde, Sachsen, Köln und Trier für den Herzog von Baiern zu gewinnen; da dies nicht geschehen und Ferdinand voraussichtlich ausser seiner eigenen noch über vier Stimmen

*) Wiener StA. Boh. XVI. Instruction für Christoph von Dohna zur Reise zum Kurfürsten von Sachsen dd. 23. Juli/2. August. — Ebend. Dohna's Relation dd. 7./17. August 1619.

erfügen werde, so könne sich der Markgraf nicht zwecklos bsondern, um sich später die Feindschaft des Kaisers aufzu- den. Wenn im letzten Augenblick sich ein oder der andere eistliche Kurfürst dennoch für Maxmilian von Baiern ent- cheiden sollte, dann dürfe der Principalgesandte Putlitz ihm uch die Stimme geben, im anderen Falle solle er sich aber er Majorität anschliessen. *)

Der mittlerweile in den frankfurter Wahlverhandlungen ingetretene Stillstand wurde von Ferdinand dazu benützt, sich ie englische Vermittlung endgiltig vom Hals zu schaffen. 'iscount von Doncaster hatte sich nach der salzburger Zusammen- unft nach Hanau in der Nähe von Frankfurt begeben in der llerdings etwas herabgestimmten Hoffnung, dass Ferdinand im Gelegenheit geben werde, dem Auftrage seines Herrn achzukommen. Nachdem er mehrere Tage vergeblich auf iese Gelegenheit gewartet hatte, bat er den Grafen Oñate, der 'erdinand nach Frankfurt begleitet hatte, aber sich ebenfalls usserhalb der Stadt in Höchst niederlassen musste, um eine 'nterredung. Doncaster war entschlossen, sich durch keine usflüchte abspeisen zu lassen und eine klare und bestimmte ntwort darauf zu verlangen, wie sich Ferdinand zu dem eng- schen Vermittlungsvorschlage stellen werde; aus diesem runde setzte er auch einen späteren Tag für die Unterredung st, damit sich Oñate bei Ferdinand die nöthige Weisung olen könne.

Als die beiden Diplomaten zusammenkamen, stellte Doncaster eich im Beginne der Besprechung die Frage, ob Ferdinand e englische Vermittlung zulassen wolle oder nicht. Oñate jahte es mit der Bedingung, dass die bereits zur Betheiligung der Interposition eingeladenen Fürsten nicht umgangen ürden. Der Engländer schien sich mit dieser Bedingung zu- ieden zu geben, verlangte dagegen auch seinerseits als eine ıerlässliche Bedingung, dass Ferdinand den Böhmen einen 'affenstillstand gewähre. Oñate entschuldigte den König, ıss er jetzt die Waffen nicht niederlegen könne, da er zu

*) Münchner StA. 134/22. Die pfälzischen Gesandten an Kurpfalz dd. 5./15. und 13./23. August 1619.

sehr im Vortheil sei, versprach aber, dass er nach der Kaiserwahl die Hand zum Frieden bieten und die Waffen ruhen lassen werde, wenn man ihm die Herrschaft unter denselben Bedingungen überlassen werde, wie seinen Vorgängern. Dieses Versprechen Oñate's war zu sehr einer Ausflucht ähnlich und verriet zu deutlich das Bestreben, Doncaster bis zur Beendigung der Kaiserwahl hinzuhalten. Der Gesandte sah das auch ein und verlangte, statt der eitlen Vertröstungen ein festes Versprechen von Ferdinand, dass er nach der Kaiserwahl die Waffen ruhen lassen werde, er erbot sich darauf hin augenblicklich nach Böhmen zu reisen, um die Aufständischen gleichfalls für den Frieden zu stimmen. Oñate, der nur in seinem und seines Herrn, nicht aber in Ferdinands Namen die verlangte Zusage geben wollte, fühlte sich in seiner eigenen Schlinge gefangen, entschloss sich aber zuletzt, um seinen Worten nicht alle Glaubwürdigkeit zu nehmen, das Versprechen zu geben, dass er bei Ferdinand eine bindende Erklärung wegen der künftigen Gewährung des Waffenstillstandes einholen wolle.

1619 Nach dieser Unterredung, die am 5. August stattfand, wartete Doncaster Tag für Tag auf Nachrichten, welche Oñate's Zusage bestätigen sollten. Am 13. August fand sich endlich Graf Trauttmansdorff in Hanau ein und überreichte dem englischen Gesandten zwei Schriftstücke: das eine enthielt eine Darstellung des Verlaufes des böhmischen Aufstandes, das andere eine bündige Entscheidung in der Interpositions- und Waffenstillstandsfrage. Trauttmansdorff erklärte darin im Namen Ferdinands, dass derselbe sich die Vermittlung Jakobs neben den schon früher damit betrauten Fürsten gefallen lasse, auf das Versprechen eines Waffenstillstandes aber nicht eingehen könne. *) Doncaster brach auf diese Mittheilung die Verhandlung ab, und gab nur das Versprechen, dass er über den Gegenstand nachdenken und seine Meinung Ferdinand schriftlich zukommen lassen werde. *)

---

*) Die betreffenden Schriftstücke bei Gardiner I; ferner im Wiener StA. Boh. VII, Trauttmansdorff an Ferdinand dd. 14. August 1619. Frankf.

*) Trauttmansdorff an Ferdinand dd. 14. Aug. Wiener StA.

Tags darauf fand sich Oñate in Hanau zum Gegenbesuche ein und erschöpfte sich in Entschuldigungen wegen der Verzögerungen, die Doncaster erfahren habe. Er frug ihn hierauf, wie er von der Schrift über die Ursachen und den bisherigen Verlauf des böhmischen Aufstandes, die ihm Trauttmansdorff überreicht habe, befriedigt sei. Doncaster, dem weder diese Schrift, noch die trauttmansdorffsche Ablehnung des Waffenstillstandes, auf den er nach Oñate's Versicherungen gehofft hatte, gefiel, machte dem Grafen deshalb keine Vorwürfe, sondern bemühte sich nochmals den letzteren für den Waffenstillstand zu gewinnen, indem er darauf hinwies, wie Ferdinand selbst denselben früher nicht abgelehnt habe und wie alle Friedensbemühungen Jakobs ohne Werth wären, wenn durch seine Vermittlung nicht einmal dem Kampfe ein vorläufiger Einhalt geboten würde. Alle diese Vorstellungen glitten aber wirkungslos an Oñate ab, der die Interessen Ferdinands mit demselben Eifer vertrat, wie der englische Gesandte die des Pfalzgrafen; er erklärte, — alle weitere Zurückhaltung abstreifend — es gebe jetzt nur noch zwei Wege, den Frieden in Böhmen herzustellen: entweder müssten die Stände als die im Nachtheile befindlichen selbst ihre Unterwerfung unter gewissen Bedingungen anbieten, oder Ferdinand müsste sich mit Waffengewalt des Landes bemächtigen. Er sei dazu wohl berechtigt, denn er besitze die böhmische Krone nicht auf Grund der Wahl, die ohnedies nur eine leere Form gewesen sei, sondern auf Grund einer Schenkung des Königs von Spanien, dem die böhmische und ungarische Krone durch Erbschaft gehöre. *)

Diese Erklärungen Oñate's überzeugten den Viscount von Doncaster, dass Ferdinand dem Antrag Jakobs kein williges Gehör schenken werde und er beschloss desshalb, nicht länger in Hanau zu bleiben, sondern dem Pfalzgrafen in Heidelberg

---

*) Doncaster an Naunton dd. 7./17. August 1619 bei Gardiner. Die Worte des spanischen Gesandten lauteten nach Doncaster: Ferdinand besitze die böhmische Krone nicht „by vertue of his election (which he [Oñate] saith was only for a forme), but by right of a donation from the king of Spain, on whome both that, and the other of Hungarie are hereditarily descended."

einen Besuch zu machen und dann unter dem Vorwande der Kränklichkeit nach Spaa zu reisen. Er glaubte etwas besonders Kluges damit zu thun, dass er sein Gepäck zurückliess und so den Glauben erweckte, dass seine Entfernung nur einige Tage währen solle, ohne zu bedenken, dass die Partei Ferdinands eben aus diesem Grunde auf seine baldige Rückkehr hinweisen und sich so auf ihr gutes Einvernehmen mit ihm berufen werde. Er wurde jetzt seiner gesandtschaftlichen Rolle, auf die er sich ursprünglich sehr viel eingebildet hatte, überdrüssig; zur Erfolglosigkeit seiner Sendung trug übrigens nicht blos Jakob durch das Nebelhafte seiner Pläne bei, sondern er selbst durch seine mangelhafte Sprachkenntniss und durch seine beschränkte Einsicht. Denn wie kann man seine Haltung anders beurtheilen, wenn er, als ihm die Nachricht zukam, dass der böhmische Landtag die Vornahme einer neuen Königswahl beabsichtige, diesem Gerüchte keinen Glauben schenken wollte und dasselbe als die Frucht einer zügellosen Einbildung bezeichnete, obwohl er sich erinnerte, dass ihn die böhmischen Gesandten in einer Unterredung auf das baldige Eintreten eines ausserordentlichen Ereignisses aufmerksam gemacht hatten. Sollte sich diese Bemerkung auf die Königswahl beziehen, meinte er in naiver Weise, dann allerdings sei jede weitere Vermittlung überflüssig.*) In der That endete die böhmische Königswahl, die Doncaster in seiner Kurzsichtigkeit für unglaublich gehalten hatte, jede weitere Verhandlung.

Mittlerweile war die Frist verstrichen, welche die geistlichen Kurfürsten den Vertretern ihrer weltlichen Kollegen zur Einholung neuer Instructionen zugestanden hatten, ohne dass dieselben bei allen angelangt wären. Die Partei Ferdinands war deshalb genöthigt, sich noch einige Tage einer unfreiwilligen Musse hinzugeben, die plötzlich durch eine wichtige Nachricht aufgestört wurde. Zur Unterstützung Ferdinands hatte der Graf Philipp von Solms 500 Reiter, wie es scheint, in den rheinischen Bisthümern geworben, und diese Truppen waren Anfangs August unter dem Kommando des Oberstlieu-

*) Gardiner, Doncaster an Naunton dd. 7./17. August. Hanau 1619 und 16./26. August 1619. Cöln.

tenant Hangsler auf dem Marsche nach Böhmen begriffen. Sie hielten eben im Bisthum Würzburg und mussten, um weiter ziehen zu können, das Gebiet der Union durchschneiden. Da beschloss der Pfalzgraf im Verein mit dem Markgrafen von Auspach den Vormarsch der Reiter zu hindern und beide liessen deshalb, nachdem sie sich über die Richtung des Marsches Gewissheit verschafft hatten, die auf keinen Angriff vorbereiteten Reiter bei dem Dorfe Raden von einer dreifach grösseren Truppenmacht überfallen.*) Der Streich gelang vollständig, ein Theil der Reiter wurde getödtet und der Rest nach allen Seiten versprengt. Es war dies der erste Dienst, den der Pfalzgraf den Böhmen leistete. In einer Zuschrift an Ferdinand gab er anstandshalber dem Überfall den Charakter eines zufälligen Ereignisses, das durch die Insolenz des Oberstlieutenants hervorgerufen worden sei; gegen alle anderen Personen rühmte er sich aber dieses im Interesse des Protestantismus ausgeführten Streiches.

Als die Nachricht von diesem Ereignisse nach Frankfurt gelangte, machte es auf Ferdinand keineswegs einen niederschlagenden Eindruck, sondern bestärkte ihn nur in seinem Entschlusse, dem Schwert die Lösung aller gegenwärtigen Streitigkeiten zu überlassen.**) Übrigens verheimlichte er seinen Groll und die geistlichen Kurfürsten thaten dasselbe, sie nahmen die pfälzischen Erklärungen ruhig hin, um die Kaiserwahl nicht zu verzögern. Sie waren des Erfolgs jetzt gewiss, da die Niederlage bei Raden an demselben Tage durch den diplomatischen Sieg in Dresden wohl hundertfach gutgemacht wurde. Der Kurfürst von Sachsen gab nämlich, wie bereits mitgetheilt wurde, seine Zustimmung zur Vornahme der Kaiserwahl vor dem böhmischen Ausgleiche und setzte seine geistlichen Kollegen hievon in Kenntniss.*) Die Kunde von

*) Münchner StA. 50/23 Kurpfalz an Ferdinand dd. 1./11. August 1619 Onolzbach. Ebend. 50/23 Ferdinand an Friedrich dd. 22. August 1619. — Siehe auch die betreffende Korrespondenz im Arch. U. P.

**) Münchner StA. 50/23 Ferdinand an Max von Bayern dd. 16. August 1619, Frankfurt.

***) Archiv des Minist. des Innern in Wien, Bohem. 1619. Kursachsen an die drei geistlichen Kurfürsten dd. 1./11. August 1619. — Münchner

diesem Entschlusse, die fast gleichzeitig mit der vom radner Ueberfalle nach Frankfurt gelangte, war wohl im Stande, die Stimmung der Katholiken aufzuheitern.

IV

Die Verhandlungen des kurfürstlichen Kollegiums nahmen nun einen raschen Fortgang. Zuerst wurde endgiltig beschlossen, dass die böhmischen Gesandten in Frankfurt nicht zugelassen werden sollten. Sachsen und Brandenburg gaben ihre frühere Opposition auf; nur die pfälzischen Gesandten beharrten bei ihrer bisherigen Meinung, richteten aber damit nichts aus. Da die Ausschliessung der Gesandten von den geistlichen Kurfürsten hauptsächlich damit motivirt wurde, dass die Vergleichsverhandlungen mit den Böhmen später von dem ganzen kurfürstlichen Kollegium in Angriff genommen werden würden, so ersuchten die Kurfürsten den König um eine feste Zusage bezüglich ihrer Zulassung zur Interposition. Der Kurfürst von Trier fand sich im Namen seiner Kollegen bei Ferdinand ein und stellte die Frage an ihn, ob er von allen andern Vermittlern ablassen wolle, die er ausserhalb des kurfürstlichen Kollegiums gefunden habe. Der König erwiederte, dass er sich das Anerbieten des kurfürstlichen Kollegiums gern gefallen lasse, aber daran die Bedingung knüpfe, dass der Herzog von Baiern nicht ausgeschlossen werde. Der Kurfürst erklärte jedoch diese Bedingung aus zwei Gründen für nicht zulässig, einmal weil auch von protestantischer Seite die Zulassung eines protestantischen Fürsten verlangt werden würde und zweitens weil das kurfürstliche Kollegium kaum darein willigen könnte, dass zu einer Verhandlung, welche die Kurfürsten auf sich genommen, ein einfacher Fürst zugezogen würde. Zugleich verlangte er von Ferdinand eine rasche Entscheidung, da man vor der Vornahme der Wahl über diesen Gegenstand ins reine kommen und den Böhmen Zeit und

StA. 134/22 die pfälzischen Gesandten in Frankfurt an ihren Herrn dd. 5./15. und 7./17. August 1619.

)rt bestimmen wolle, wo die Verhandlungen begonnen werden ollten. Ferdinand war erbötig sich diesem Verlangen zu fügen ınd auf die Dienste Maximilians Verzicht zu leisten, wenn etzterer sich damit zufrieden geben würde. Es bedarf wohl aum der Mittheilung, dass Maximilian, als er davon in Kenntiss gesetzt wurde, vollständig auf jede Theilnahme an dem ermittlungsgeschäft verzichtete, er wünschte nicht einmal labei genannt zu werden.*) Am selben Tage, an dem Ferdinand die Nachricht davon empfing, gab er die schriftliche Erklärung ab, dass er sich die Interposition des Kurfürstenkollegiums gefallen lasse und den Tag bestimmen werde, wann lie Verhandlungen, zu denen auch die Böhmen einzuladen eien, beginnen sollten, mittlerweile aber sei er genöthigt den Krieg fortzusetzen d. h. jeden Waffenstillstand abzulehnen.**) Thatsächlich wurden die Böhmen nach einiger Zeit von dem urfürstlichen Kollegium in Kenntniss gesetzt, dass die Vermittlung am 10. November ihren Anfang nehmen sollte. Die 1619 fälzischen Gesandten, die stets die Vermittlung befürworteten, venn sie nicht zu Stande kam, und zu vereiteln suchten, wenn ie eintreten sollte, bemühten sich, die vorgeschlagene Interosition des gesammten Kurfürstenkollegiums zu beseitigen; ber da sie mit ihrer Opposition nicht offen auftreten durften, ichteten sie nichts aus und der Termin wurde in der angeeuteten Weise festgesetzt.***)

Nachdem diese Angelegenheiten besorgt waren, begannen ie Berathungen über die Wahlkapitulation, welche der künfge Kaiser zu beschwören hatte. Da man jene Kapitulation ur Grundlage nahm, welche Mathias beschworen hatte, hätten die Berathungen füglich bald ein Ende nehmen könen, denn engere Grenzen liessen sich der kaiserlichen Macht

*) Münchner Staatsarchiv 50./23: Ferdinand an Maximilian dd. 22. August 1620. Ebend. Maximilian an Ferdinand dd. 27. August 1620.

*) Wiener Staatsarchiv Boh. VII. Antwort Ferdinands an die Kurfürsten dd. 27. August 1619.

**) Archiv U. P. Camerarius an Anhalt dd. 12./22. August 1619. — Münchner StA. die pfälzischen Gesandten in Frankfurt dd. 5./15., 7./17. Aug. 1619. — Ebend. 50/23 Ferdinand an Max dd. 22. Aug. 1619 Frankfurt. — Wiener StA. Boh. VII. Ferdinand an die Kurfürsten dd 27. Aug. 1619.

kaum ziehen, als dies bei Mathias geschehen war. Trotzdem traten die pfälzischen Gesandten mit allerlei Verbesserungsvorschlägen auf, die keinen andern Zweck hatten, als Zeit zu gewinnen. Zu gleicher Zeit machte Camerarius noch einen Versuch bei den sächsischen und brandenburgischen Gesandten, sie gegen Ferdinands Kandidatur zu stimmen, ein Versuch, der zu nichts führen konnte, da die Gesandten von ihren Instructionen nicht abweichen durften. Der Schmerz über diese Niederlage wurde noch dadurch erhöht, dass Camerarius nach wiederholtem Andringen auch von Trier definitiv zurückgewiesen wurde. Hatten doch die Pfälzer seit jeher grosse Hoffnungen auf diesen Kurfürsten gesetzt und ihn in ihren sanguinischen Berechnungen immer als einen sicheren Einnahmsposten aufgeführt! Ein oder zwei Tage vor der Wahl machte auch Solms noch einen Versuch, um den Kurfürsten von Köln von Ferdinand abwendig zu machen, aber auch er gelangte zu keinem besseren Resultate. Als er dann erklärte, der Pfalzgraf werde dem König, falls er zum Kaiser gewählt würde, jede Hilfe zur gewaltsamen Bedrückung der Böhmen verweigern, erwiederte der Kurfürst beschwichtigend, es werde sich schon ein Ausweg finden lassen. „Sollte es aber wahr sein,“ fügte er hinzu, „dass die Böhmen im Begriffe ständen, Ferdinand abzusetzen und einen Gegenkönig zu wählen, so möge man sich nur gleich auf einen 20, 30 oder 40-jährigen Krieg gefasst machen. Denn Spanien und das Haus Oesterreich würden eher Alles, was sie in dieser Welt besitzen, daran setzen, als Böhmen aufgeben, ja Spanien sei selbst bereit, lieber die Niederlande fahren zu lassen als seinem Hause die Herrschaft in Böhmen so schimpflich und gewaltthätig entwinden zu lassen.“*) Welche traurige Prophezeiung lag in diesen Worten und wie ist sie durch die folgenden Ereignisse erhärtet worden!

Für die Vornahme der Kaiserwahl setzte der Reichskanzler den 28. August fest. — Schon um die 7. Morgenstunde des

---

*) Wiener StA. Boh. XVI. Die pfälzischen Gesandten in Frankfurt an Kurpfalz dd. 18./28. August 1619. — Münchner StA. 134—22. Dieselben an denselben dd. 13./23 und 19./29. August 1619. — Arch. U. P. Camerarius an Anhalt dd. 12./22. August 1619.

treffenden Tages — es war ein Mittwoch — versammelten
ch die Kurfürsten und die Gesandten im Rathhause, dem
berühmten Römer. Hier kleideten sich die drei Erzbischöfe
Gewänder von scharlachrothem Tuch, Ferdinand in
n solches von rothem Sammt, auf sein Haupt setzte er
ine neue böhmische Krone, welche bei dieser Gelegenheit
m ersten-, aber auch zum letztenmale das Haupt eines böh-
ischen Königs schmückte. Nachdem dieses Geschäft be-
det war, begaben sich die Wähler in feierlichem Zuge nach
r Bartholomäuskirche. Als sie daselbst im Chor vor dem
ochaltar Platz genommen hatten, wurde an demselben ein
ochamt von dem mainzer Suffraganbischof celebrirt. Sobald
s Kyrie eleison angestimmt wurde, entfernten sich die pro-
stantischen Gesandten in die Wahlcapelle und verblieben
selbst bis zum Schlusse des Hochamts. Nach Beendigung
sselben erschienen sie wieder vor dem Hochaltar, vor den
ch jetzt der Kurfürst von Mainz stellte und auf das offene
vangelienbuch einen Eid leistete, dass er sich an der nachfol-
nden Wahl nach bestem Wissen und Gewissen betheiligen
erde. Einen gleichlautenden Eid schworen Köln, Trier und
erdinand; die protestantischen Gesandten leisteten einen
genen, im Wortlaut etwas veränderten Eid. Darauf wurde
der Kirche das Lied Veni Sancte Spiritus angestimmt und
chdem dasselbe abgesungen war, begaben sich die Wähler
die anstossende Kur- oder Wahlcapelle, jeder einzelne be-
eitet von drei Räthen, die bei dem nun vorzunehmenden
kt als Zeugen fungiren sollten. Ein Notar las die Wahl-
pitulation ihrem ganzen Wortlaute nach vor und die Wähler
ussten die Verpflichtung eingehen, dass, wofern einer aus
rer Mitte zum Kaiser gewählt würde, er die Capitulation un-
rbrüchlich halten wolle. Nachdem alle ihre Zustimmung
klärt hatten, entfernten sich aus der Wahlcapelle sämmtliche
ersonen bis auf die sieben Wähler. Ferdinand hatte zu
esem Akt als Zeugen für Böhmen die Herren von Meggau
d Trauttmansdorff und den Kanzler Zdeněk von Lobkowitz
itgenommen. *)

*) Sächs. StA. Actus Electionis Ferdinandi II.

Als die Wähler allein in der Kurcapelle zurückgeblieben waren, machte der Kurfürst von Mainz, wie es die goldene Bulle mit sich brachte, den Anfang der Wahlhandlung damit, dass er sich an den Kurfürsten von Trier wendete und diesen um die Abgabe seiner Stimme ersuchte. Der so aufgeforderte, entgegnete, er habe über den Gegenstand fleissig nachgedacht und mehrere „Subjecte" gefunden, welche vermöge „ihrer vortrefflichen Qualitäten dem Reiche nützlich vorstehen könnten," wie insonderheit der König von Ungarn und Böhmen, Erzherzog Albrecht von Oesterreich und Herzog Maximilian von Baiern, dass er aber nach Erwägung aller Umstände der Meinung sei, „Seiner königlichen Würden von Ungarn und Böhmen" werde am besten dem heil. römischen Reiche vorstehen und deshalb gebe er Ferdinand seine Stimme. Als Köln darauf zur Stimmenabgabe aufgefordert wurde, sprach der Kurfürst ungefähr folgendes: Er vernehme von Kurtrier „dass unterschiedliche vortreffliche Subjecte" für die deutsche Krone tauglich seien und dabei werde auch seines Bruders, des Herzogs Maximilian, Erwähnung gethan; da er aber wisse, dass sein Bruder die Krone nicht wünsche und sie herzlichst einem andern gönne, so ertheile er seine Stimme aus erheblichen Ursachen und nach Erwägung aller Umstände dem Könige von Ungarn und Böhmen.

Jetzt war die Reihe an Ferdinand, aber Schweikhard wendete sich „gleichsam in Folge eines Versehens" an den Grafen von Solms als Vertreter des Pfalzgrafen. Solms zog ein Papier hervor und erklärte, dasselbe enthalte das Votum des Pfalzgrafen, wie dieser es mit eigener Hand niedergeschrieben habe und das er bessern Verständnisses wegen seinem Wortlaute nach vorlesen wolle. *) Es begann mit den Worten: „Ich der Pfalzgraf Kurfürst habe nach Absterben der kaiserlichen Majestät Mathiä christseligen Gedächtnisses jederzeit betrachtet, was sowohl mir als auch andern meinen Mitkurfürsten Amts, Standes und Pflichten halber obliegen wolle." Weiter hiess es, dass er in Folge seiner eifrigen pflichtmässigen Betrachtung gefunden habe, dass die vorzunehmende Wahl eine freie sein und

*) Moser, patriotisches Archiv VII, 100.

deshalb mehrere Personen in die Wahl kommen müssten. Als solche für die deutsche Krone taugliche Personen sehe er auf evangelischer Seite den König von Dänemark, den Kurfürsten von Sachsen, auf katholischer Seite den gegenwärtigen „König von Ungarn und Böhmen Ferdinand“, den Erzherzog Albrecht und die Herzoge von Baiern und Savoyen an. Da er nun wünsche, dass das Reich ein Haupt erhalten möge, das baldmöglichst den gegenwärtigen traurigen Zuständen ein Ende mache und das in keinen Krieg verwickelt sei, so finde er, dass hiezu am besten der Herzog von Baiern passe. Er mache diesen Vorschlag keineswegs geleitet von einem Uebelwollen gegen das Haus Oesterreich, das „verhoffentlich vielfältig die guten officia seines Kurhauses verspürt habe“, sondern weil er dieses so nach Eid und Pflicht am besten verantworten könne. Sollte jedoch die Majorität der Wähler ihre Stimme dem König Ferdinand oder dem Erzherzog Albrecht geben, so werde er sich derselben anbequemen.

Mainz schien jetzt sein früheres Versehen gut machen zu wollen und ersuchte Ferdinand um die Abgabe seiner Stimme, der letztere bat aber, der Kurfürst möge die noch übrigen Wähler vorher befragen und so richtete Mainz seine Aufforderung an den sächsischen Gesandten, den Grafen von Mansfeld. Dieser sagte kurz und ohne Wiederholung eines der gemachten Vorschläge, sein Herr gebe dem Könige Ferdinand seine Stimme. Als nun Brandenburg zur Stimmenabgabe aufgefordert wurde, erklärte Herr von Putlitz Namens seines Herrn, dass derselbe den Herzog Maximilian, König Ferdinand und Erzherzog Albrecht für tauglich zur Krone halte, dass er aber, da Maximilian auf jede Wahl verzichte, seine Stimme dem Könige Ferdinand gebe. Abermals forderte Mainz den letzteren zur Stimmenabgabe auf, aber dieser ersuchte Schweikhard, er möge die seinige zuerst abgeben. Der Kurfürst bemerkte nun: es seien sowohl König Ferdinand, wie Erzherzog Albrecht und Herzog Maximilian tüchtig für den deutschen Thron, er (Schweikhard) gebe jedoch seine Stimme dem König Ferdinand. Jetzt zum letztenmale von dem Kurfürsten von Mainz um die Stimme befragt, erwiederte Ferdinand, er sehe, dass die Mehrheit der Wähler sich für ihn entscheide

und da er nach der goldenen Bulle berechtigt sei, sich die Stimme zu geben, so wolle er „sich selbst kein ungleich thun" und gebe sich also seine Stimme. Mainz kehrte sich darauf zu dem Grafen Solms mit den Worten, er habe die Meinung der Wähler kennen gelernt und solle erklären, wie er sich derselben gegenüber verhalten wolle. Solms entgegnete, sein Herr sei nicht gewillt, sich von der Mehrheit abzusondern und da dieselbe sich für Ferdinand erklärt habe, so wolle er im Namen seines Herrn auch diesem die Stimme geben. Ferdinand dankte für die geschehene Wahl und tief ergriffen von der Wichtigkeit des Moments versprach er, dem Reiche treu und eifrig vorzustehen. *)

Die Wahlverhandlung, so kurz sie sich auch in diesem Bericht ausnimmt, erforderte wegen der längeren Erklärungen der einzelnen Kurfürsten oder ihrer Vertreter ungefähr eine halbe Stunde Zeit. Als die Entscheidung getroffen war, wurden die Räthe, welche sich beim Beginn der Wahl aus der Kurkapelle entfernen mussten, herbeigerufen und ihnen in Gegenwart von zwei Notaren von dem Kurfürsten von Mainz mitgetheilt: Es hätten die Wähler reiflich die Bedürfnisse des Reiches erwogen und in Folge dessen einstimmig Ferdinand, König von Ungarn und Böhmen, zum Kaiser gewählt. Mainz forderte darauf die Wähler einzeln auf, zu bezeugen, dass es sich so verhalte, wie er sage, was sie alle einstimmig bejahten. Jetzt folgten die üblichen Glückwünsche; zuerst trat Schweikhart und nach ihm alle übrigen Wähler zu Ferdinand heran und wünschten ihm Glück zu seiner Erhebung. Dann proclamirte der Erzbischof von Mainz in der Kurcapelle Ferdinand als römischen König und künftigen Kaiser, worauf dieser, die Hand auf einem aufgeschlagenen Evangelienbuche haltend, den Eid ablegte, dass er die Wahlcapitulation einhalten werde. In der Kirche, wohin sich Ferdinand mit den Wählern begab, wurde das Te Deum laudamus angestimmt und der versammelten Volksmenge das Resultat der Wahl durch den Domdechanten von Mainz verkündigt.

Die Niederlage, welche die pfälzische Partei bei dieser

---

*) Münchner StA. 40/7. Über die Wahl Ferdinands in Frankfurt.

Wahl erlitten hatte, kann man eine vollständige nennen; Friedrich hatte gewissermassen Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um Ferdinand vom deutschen Thron auszuschliessen und zuletzt bei der Wahl so klein beigegeben, dass in das Wahlprotocoll verzeichnet werden durfte, Ferdinand sei einstimmig gewählt worden. Wäre dieses durch Einstimmigkeit bewirkte Wahlresultat den Böhmen rechtzeitig bekannt geworden, so hätte es sie begreiflicherweise nicht wenig stutzig und gegen den Pfalzgrafen misstrauisch gemacht; nun vermochte es allerdings keinen Einfluss mehr auf die Entscheidung derselben auszuüben, aber es warf jedenfalls einen Schatten auf sein Königthum.

So war Ferdinand an das ersehnte Ziel seiner Wünsche gelangt und die pfälzische Gegnerschaft hatte höchstens dazu gedient, seinem Wahlsiege einen grössern Glanz zu verleihen. Nach allen den Verhandlungen, die fast ein ganzes Jahr lang von Heidelberg aus mit Turin gepflogen worden waren und in denen mit einer gewissen Sicherheit dem Herzoge von Savoyen die Krone angeboten worden war, hätte man doch wahrlich, wenn auch nicht ein anderes Wahlresultat, so doch einen minder glatten Verlauf der Wahlhandlung erwarten sollen. Und wie gestalteten sich die Dinge in der Wirklichkeit? Der Name des Herzogs von Savoyen war kaum ein einziges Mal genannt worden! Die pfälzischen Politiker hatten nicht Unrecht, sich um jeden Preis der Kandidatur Ferdinands entgegenzustellen, wenn sie seine Niederlage in Böhmen wünschten, aber sie hätten bedenken sollen, dass sie den mit den Katholiken vereinten Habsburgern gegenüber nichts bedeuteten, wenn Frankreich sein Gewicht nicht in ihre Wagschale legte. Und das französische Kabinet liess keinen Zweifel über die Stellung aufkommen, die es einnehmen wollte: es billigte die Wahl Ferdinands auf den Kaiserthron und missbilligte den Streit in Böhmen. „Ich weiss nicht", heisst es in dem Schreiben des französischen Staatssekretärs Puysieux, „wer als Urheber dieser Rathschläge (dass man die Wahl Ferdinands auf den Kaiserthron verwehren solle) anzusehen ist; gewiss sind sie aber wenig überlegt gewesen, denn indem die unirten Fürsten gezwungen und aus Nothwendigkeit nachgaben, haben sie sich

Ferdinand zum Feinde gemacht und zugleich die eigene Schwäche blossgelegt.“ Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibe nichts übrig, als die Bewegung in Böhmen zur Ruhe zu bringen; der neue Kaiser werde billigen Vorschlägen zugänglich sein. Sollten aber die Böhmen nicht nachgeben wollen, dann sei gewiss, dass das Haus Österreich seine ganze Macht entfalten und dessen wahrscheinlicher Sieg den deutschen Fürsten theuer zu stehen kommen werde. Aus diesem Grunde widerrieth Puysieux, der auch von der böhmischen Königswahl bereits benachrichtigt war, dem Pfalzgrafen auf das energischeste die Annahme der angebotenen Krone. *)

Wie wenig das heidelberger Kabinet diesen Warnungen zugänglich war, zeigt der Umstand, dass sich der Pfalzgraf mit dem Gedanken beschäftigte, die Kaiserwahl, auch wenn sie vor sich gegangen wäre, zu nichte zu machen. Ende August fand in Amberg, wo sich Friedrich eben befand, eine Besprechung über ein Memoire statt, das der savoyische Agent Bausse vorlegte und worin das Benehmen des Pfalzgrafen und der Union allen folgenden Eventualitäten gegenüber geregelt werden sollte. Für den Fall, dass die Wahl vorüber und auf Ferdinand gefallen sei, riet Bausse, die Krönung um jeden Preis und auf was immer für einem Wege zu hindern. Kein deutscher Fürst dürfe Ferdinand den Eid leisten, den man dem neuen Kaiser zu leisten pflege, und in diesem Sinne lauteten auch die anderen Artikel, insofern sie die Angelegenheiten Böhmens und Italiens zum Gegenstande hatten. — Die Ereignisse gingen zu rasch, als dass eine Beschlussnahme im Sinne des bausse'schen Memoire's auf dieselben einen umgestaltenden Einfluss hätten ausüben können. Ferdinand wurde am 9. September gekrönt und die üblichen Ceremonien und Eidesleistungen wurden mit musterhafter Pünktlichkeit vollzogen. **)

Ueber die Kaiserwahl berichtete Oñate an Philipp III, dass sie von allen Seiten von Hindernissen und Schwierig-

*) Pariser Nationalbibliothek, Puysieux an St. Catherine dd. Tours, 17. September 1619. — Ebend. dd. 30. August 1619. — Ebend. dd. 30. August 1619.

**) Münchner StA. 134/22, 364, Memoire faict à Amberg dd. 19./29. August 1619.

keiten bedroht gewesen wäre, doch seien dieselben namentlich durch Spaniens Zuthun glücklich beseitigt. Ferdinand theilte seine Erhebung seinem Vetter in einem eigenhändigen Briefe mit und dankte demselben für seine Beihilfe. Der Brief selbst war aber so kurz gehalten, die Worte des Dankes so einfach bemessen, dass das Schreiben im spanischen Staatsrath Befremden und selbst Unwillen erregte. An der Intimität der Allianz zwischen den beiden Linien des Hauses Habsburg änderte es jedoch nichts. Philipp III blieb bei dem Entschlusse, mit allen Mitteln seines Reiches Ferdinand zu unterstützen, und wie er demselben auf den Thron von Böhmen und Deutschland geholfen, ihn auch darauf zu erhalten. *)

---

*) Die Vorgänge in der Kurkapelle, also die eigentliche Wahl haben wir genau nach einem Berichte, welchen Kurfürst Ferdinand von Köln selbst niederschrieb und der sich im baierischen Staatsarchiv befindet, geschildert. Ebend. Die pfälzischen Gesandten an Kurpfalz dd. 19./29. August 1619.

Fünftes Kapitel.

Die böhmische Königswahl.

I Die Verhandlungen über die Conföderationsakte. Inhalt und Bedeutung derselben. Verhandlungen bezüglich der Absetzung Ferdinands. Stimmung in Mähren. Verhandlungen mit Erzherzog Leopold. Streitigkeiten auf dem böhmischen Landtage. Allgemeine Annahme der Conföderation. Beschlüsse des brünner Landtags.

II Verhandlungen mit den Ober- und Niederösterreichern. Die niederösterreichische Gesandtschaft in Linz. Die Verhandlungen in Horn. Abschluss des Bündnisses in Prag. Die Verhandlungen zwischen Ferdinand und Albrecht. Die Horner beschliessen eine Gesandtschaft an Albrecht. Die niederösterreichschen Protestanten errichten eine Direktorialregierung. Gründe zur Absetzung Ferdinands. Die Absetzung wird beschlossen.

III Ruppa und Hohenlohe werden in Kenntniss gesetzt, in welcher Weise der Herzog von Savoyen die böhmische Sache unterstützt habe. Ruppa lässt den Herzog von Savoyen zur Bewerbung um die böhmische Krone zu. Anhalt und Dohna in Rivoli. Vertrag mit dem Herzog von Savoyen. Der Kurfürst von Sachsen. Die Hinneigung der Böhmen zu Sachsen. Gleichgiltige Haltung des Kurfürsten. Des Grafen Schlick Bemühungen für Sachsen.

IV. Die Wahl des Pfalzgrafen in sicherer Aussicht. Abstimmung im böhmischen Landtage. Die böhmischen Nebenländer erklären sich für den Pfalzgrafen. Eindruck, den die Wahl des Pfalzgrafen verursacht. Friedrich empfängt in Amberg die Nachricht von seiner Wahl. Der Unionstag in Rothenburg. Berathung in Heidelberg. Annahme der Wahl.

V Christoph von Dohna in England. Jakobs Ärger bei der Nachricht von der böhmischen Wahl. Sitzung des Staatsrathes am 30. Sept. und 2. October. Steigender Groll Jakobs. Bemühungen des Pfalzgrafen zur Gewinnung von Mainz, Sachsen und Baiern. Doncaster in Heidelberg. Der kais. Gesandte Graf Fürstenberg in Amberg. Liechtenstein in Berlin. Abreise Friedrichs nach Böhmen. Empfang in Waldsassen. Einzug in Prag. Vorbereitungen im Dom zur Krönung. Die Krönung. Missgünstige Urtheile über die Königin. Urtheil des Camerarius über die Verhältnisse in Böhmen. Die Ernennung der obersten Landesbeamten. Beschlüsse des Landtages.

I

Wir haben die Verhandlungen angedeutet, die von böhmischer Seite mit Mähren, Schlesien und Oesterreich angeknüpft wurden, um die Stände dieser Länder zur Beschickung des Generallandtages in Prag zu bestimmen, damit hier über eine Revision der böhmischen Verfassung sowie über das gemeinsame

Bündniss aller Länder und über die Stellung, die man Ferdinand gegenüber einhalten wollte, endgiltige Beschlüsse gefasst würden. Thurn hatte in seinen Besprechungen mit den niederösterreichischen Ständen den 15. Juni als den Tag, an dem der Generallandtag eröffnet werden solle, bezeichnet, allein da die verschiedenen Deputationen viel später in Prag erschienen, konnten die Direktoren erst am 8. Juli zur Eröffnung der Verhandlungen schreiten. Jeder einzelnen Deputation wurde in der Burg ein eigener Berathungssaal angewiesen, so dass sich der Generallandtag in ebenso viele Kammern theilte, als Länder vertreten waren. Die Proposition, die ihnen von den Direktoren zur Berathung schriftlich übermittelt wurde, enthielt als Einleitung einen Ueberblick über den bisherigen Gang der Ereignisse, in welchem der Beweis geführt wurde, dass sich Böhmen im Zustande der Nothwehr befinde und stellte schliesslich an die verbündeten Länder zwei Fragen: 1. in welcher Weise die gemeinsamen Interessen am besten gewahrt werden könnten, und 2. wie das Verhältniss zu König Ferdinand künftig geregelt werden sollte.

Die erste Frage lässt nicht sogleich erkennen, welche umfassende Bedeutung sie in sich barg. Man möchte vermuthen, dass es sich den Böhmen bei derselben zunächst nur um ein Bündniss zur Abwehr des gemeinsamen Feindes gehandelt habe; aber diese Vermuthung erschöpfte bei weitem nicht ihre Absicht. Aus den Wirren der letzten zwei Jahrzehende hatten sie die Erfahrung gewonnen, dass die Entscheidung in allen wichtigen Existenzfragen des böhmischen Staates eine strittige sei, dass man weder über das Verhältniss der einzelnen Länder zu einander noch über das der Gesammtheit zum Könige einig sei und dass die Grenzen der königlichen und landtäglichen Competenz dringend einer Regelung bedürften. Man empfand demnach das Bedürfniss nach einer Revision der Verfassung, die man durch einige Zusätze genauer bestimmen wollte. Diese Zusatzbestimmungen sollten mit dem Titel einer „Conföderationsakte“ bezeichnet werden, denn durch dieselben sollte auch das Verhältuiss der Länder der böhmischen Krone unter einander und zu dem befreundeten Oesterreich geregelt und zu einem dauernden Freundschaftsbunde gestaltet werden. Nach dem

Entwurf, den die Direktoren von der Conföderationsakte vorlegten, bezog sich dieselbe 1. auf die Frage, ob die böhmische Krone eine Wahl- oder Erbkrone sei, 2. auf die Regelung der religiösen Verhältnisse, 3. auf die Bestimmung der Bedeutung und des Einflusses der Kanzlei als einer die gesammten Länder der böhmischen Krone umfassenden Behörde, 4. auf das Verhältniss der böhmischen Kronländer zu anderen Ländern, 5. auf die strittigen Fragen im Staatsrecht der einzelnen Länder der böhmischen Krone, endlich 6. auf die gemeinsame Vertheidigung.

In Bezug auf die Besetzung des Thrones waren alle Länder damit einverstanden, dass die böhmische Krone für eine Wahlkrone erklärt werde, deren Verleihung fortan nicht den Böhmen allein, sondern nur dem gemeinsamen Uebereinkommen aller Länder zustehen solle. Auf diese Weise gaben die Böhmen das bisher geübte Vorrecht freiwillig auf; nur darin wurde ihnen noch ein Vorzug eingeträumt, dass sie bei der Königswahl über zwei Stimmen, Mähren, Schlesien, die Oberlausitz und die Unterlausitz dagegen über je eine Stimme verfügen sollten. Von böhmischer Seite wollte man ursprünglich den Lausitzen nur eine Stimme ertheilen, wie es wohl billig gewesen wäre, allein als sich die Lausitzer auf Veranlassung der Schlesier heftig dagegen widersetzten, gab man nach.*) Der König sollte verpflichtet werden, nach den Gesetzen und insbesondere nach den in dieser gemeinsamen Conföderation getroffenen Bestimmungen zu regieren. Nur mit Zustimmung der Länder sollte er befugt sein, einen Krieg anzufangen, Soldaten zu werben, Festungen zu bauen und ein oder das andere Land mit Schulden zu belasten. Bei der Besetzung der obersten Aemter sollte er in Böhmen und Mähren an das Gutachten der Stände gebunden sein, so dass er aus je vier ihm vorgeschlagenen Kandidaten einem derselben das Amt verleihen müsste. In Schlesien und der Lausitz sollten die bisherigen Gepflogenheiten und Privilegien Geltung haben.

Das meiste Gewicht legte die Conföderationsakte auf die Ordnung der religiösen Angelegenheiten.

---

*) Relation der Oberlausitzer Gesandten, Sächs. St. A. 9173, XXII., fol. 158 dd. 18. September 1619, und alles Uebrige zumeist nach Skála.

Schon der neue Name mit dem sich fortan die Protestanten
s Anhänger des „evangelischen Glaubensbekenntnisses" be-
ichneten zeigt den Umschwung, denn bis dahin mussten sich
B. die Protestanten in Böhmen noch immer der alten Be-
ichnung Utraquisten (pod obojí) bedienen, da dies bei der Er-
eilung des Majestätsbriefes ausdrücklich bedungen worden
ar. Unter den obwaltenden Umständen wird man es be-
reiflich finden, dass sich die Protestanten vielfache Vor-
chte zutheilten, wodurch das Staatswesen vorzugsweise
n protestantisches Gepräge bekommen sollte. Unangetastet
lieben die Katholiken einzig und allein in dem freien
ekenntnisse ihrer Religion. Nicht so billig war man aber
Bezug auf ihren Besitz, denn alle seit dem Aufstande
n geistlichen Gute verübten Confiscationen wurden gutge-
eissen und ebenso sollten alle Kirchen, die die Protestanten
ittlerweile den Katholiken entrissen hatten, im Besitze der
rsteren bleiben. Und selbst diese Bestimmungen bildeten
eine Garantie, dass die Katholiken in Zukunft in ihrem Be-
tz nicht angetastet werden würden, da nach dem Ab-
hluss der Conföderation die geistlichen Güter weiteren Con-
scationen unterzogen wurden. — Durch einige Artikel der
onföderationsurkunde wurden auch die bürgerlichen Rechte
er Katholiken beschränkt. Die wichtigsten Landesämter in
immtlichen Ländern der böhmischen Krone sollten nur Pro-
stanten zugänglich sein und zwar sollte in Böhmen die Stelle
es Oberstburggrafen, des obersten Kanzlers, der beiden Burg-
rafen von Karlstein, des obersten Landschreibers, des Kammer-
nd Apellationsgerichtspräsidenten, der beiden Landesunter-
ammerer, des prager Schlosshauptmannes, des obersten Münz-
eisters nur von Protestanten versehen werden können. Aehn-
che Bestimmungen wurden bezüglich der übrigen Länder
er böhmischen Krone getroffen. In Städten mit überwiegend
rotestantischer Bevölkerung sollten die Rathsstellen nicht mit
atholiken besetzt werden; dagegen sollte dort, wo bisher nur
atholiken in den Rath aufgenommen wurden, fortan minde-
ens die Hälfte der Rathsherrn dem protestantischen Bekennt-
isse angehören. Die Katholiken sollten endlich nur dann als
n berechtigter Theil geduldet werden, wenn sie feierlich die

Conföderation in allen ihren Punkten anerkennen und eidlich geloben würden, dass sie den Satz: „man müsse Ketzern keinen Eid halten" verwerfen. Ueber die Jesuiten wurde die Verbannung für ewige Zeiten ausgesprochen.

Der politische Schwerpunkt der Conföderation lag in den Bestimmungen, durch welche die Wirksamkeit der Kanzlei abgegrenzt und das wechselseitige Verhältniss zwischen den Ländern der böhmischen Krone festgesetzt wurde. Erst wenige Jahre vordem, im Jahre 1611 und 1616, hatten die Böhmen bei den Streitigkeiten über die Königswahl und über die schlesische Kanzlei ihre bevorzugte Stellung entschieden betont und eine gewisse Oberherrlichkeit über die böhmischen Nebenländer in Anspruch genommen. Diese Ansprüche liessen sie nun gänzlich fallen und erkannten ausdrücklich an, dass kein Land vor dem andern ein Vorrecht in Anspruch nehmen dürfe, sondern ein jedes dem andern gleichberechtigt sei. Gewisse Vorrechte, die den Böhmen trotzdem zugestanden wurden: dass sie nämlich bei der Königswahl zwei Stimmen, die anderen Länder nur eine Stimme haben und dass das Haupt der gemeinsamen Kanzlei stets ein Böhme sein solle, kann man eigentlich als keine Vorrechte, sondern nur als die Folge einer billigeren wenn auch unzureichenden Würdigung Böhmens ansehen. Denn wenn die beiden Lausitze, die zusammen kaum den zehnten Theil von Böhmen ausmachten, bei der Königswahl über zwei Stimmen verfügen sollten, konnte man den Böhmen doch nicht weniger geben. Und wenn in der Kanzlei, als dem einzigen gemeinsamen Amte, die erste Stelle den Böhmen eingeräumt wurde, so wollte dies auch nicht viel sagen, da man Vorkehrungen traf, dass ihnen durch diese erste Stelle nur ein Ehrenamt und kein wirkliches Recht eingeräumt wurde. Der Wirkungskreis der Kanzlei wurde beschränkt und ihr jede Exekutive, die sie bis dahin geübt hatte, entzogen, so dass sie fortan nur den schriftlichen Verkehr zwischen dem Monarchen und den Ländern der böhmischen Krone im Sinne und Geiste der Rechte jedes einzelnen Landes besorgen sollte. Demgemäss war der Kanzler nicht viel mehr als der Sekretär des Königs und diese Stellung wurde auch dadurch angedeutet, dass dem-

selben kein fixer Wohnort angewiesen, sondern ihm befohlen wurde, jederzeit der Person des Königs zu folgen.

Die Zeit hätte die Bedeutung und die Folgen dieser Bestimmungen erst ins rechte Licht gestellt und nachgewiesen, dass sich der böhmische Staat jetzt in fünf von einander unabhängige, fast nur durch die Personalunion zusammengehaltene Staatswesen aufgelöst habe. Die Conföderation enthält zwar einen Artikel, welcher die Entwicklung einer gemeinsamen Regierung zu begünstigen scheint, denn die Bestimmung, dass alle Angelegenheiten, welche das gemeinsame Interesse der Länder berührten, gemeinsam berathen und entschieden werden sollten, lässt nur diese Deutung zu. Gleichwohl würde im regelmässigen Lauf der Dinge der Fall einer solchen gemeinsamen Berathung nur äusserst selten eingetreten sein, da ausdrücklich jedem Lande volle Selbständigkeit gewahrt wurde und in der Conföderationsurkunde es an jeder näheren Spezialisirung einer gemeinsamen Angelegenheit fehlt: nur die Königswahl wird ausdrücklich als eine solche bezeichnet. Alles übrige, also die Verwaltung, die Finanzen, die Gesetzgebung, die Justizpflege, ja selbst das Heerwesen gehörte ganz und gar in den Wirkungskreis jedes einzelnen Landes, keines konnte dem andern hierin etwas vorschreiben. Man darf wohl nicht bezweifeln, dass Schlesien es war, welches zumeist auf diese Zersetzung im böhmischen Staatswesen hinarbeitete, und zwar mögen die Gründe, die bewusst und unbewusst dabei mitwirkten, nationale gewesen sein. Dass sich auch Mähren an Schlesien anschloss, hatte in der alten Selbständigkeit dieser Provinz und in einer gewissen Eifersucht auf das stammverwandte Nachbarland seinen Grund.

Einen wichtigen Theil der Conföderation machten schliesslich die Bestimmungen aus, in denen für die Aufrechthaltung der ständischen Freiheiten gesorgt wurde. Jedes Land sollte eine Anzahl von Defensoren wählen und diese sollten Acht haben, dass die Conföderation stets, namentlich vom Könige beobachtet werde. Acht Fälle werden besonders angeführt, in denen die Länder zum Widerstand gegen den König und zur gewaltsamen Abhilfe berechtigt sein sollten: wenn ihre Religionsfreiheiten verletzt würden, wenn der König willkürlich die

obersten Beamten ernennen wollte, wenn die Defensoren in der Freiheit ihrer Berathungen gehindert würden, wenn ein Land oder sonst jemand die Conföderation trennen wollte u. s. w. Die Defensoren sollten alle nur möglichen Anstrengungen machen um, im Falle ein Streit ausbrechen würde, denselben gütlich beizulegen; falls dies aber nicht möglich wäre, so sollten sie die Länder zur gemeinsamen Vertheidigung auffordern. Für diesen Fall wurde mit Rücksicht auf die Grösse jedes Landes festgestellt, wie gross sein Heerescontingent sein solle; über das gesammte Heer sollte ein General zum obersten Anführer ernannt werden.

Man begreift, dass bei dem wichtigen Inhalt, den man der Conföderation gab, die Berathungen der verschiedenen Deputationen längere Zeit dauerten. Auch zeigte sich, dass es zwischen Böhmen einerseits und Mähren und Schlesien andrerseits einige Punkte gab, die des Ausgleiches bedurften. Da man dieselben jedoch der Conföderation nicht einverleiben wollte, so stellte man deshalb besondere Berathungen an, die ebenfalls Zeit in Anspruch nahmen. Ohne den Inhalt dieser abseitigen Berathungen, die ohnedies nie zu einer praktischen Geltung gelangten, näher anzudeuten, bemerken wir nur so viel, dass man bei denselben zu völligem Einverständnisse gelangte.

Während die Verhandlungen im vollen Zuge waren und zu jenen Beschlüssen führten, deren Inhalt eben auseinandergesetzt wurde, verloren die Direktoren den zweiten Theil ihrer Proposition in Betreff Ferdinands nicht aus den Augen. Es war für sie Angesichts der immer grösseren Kriegsgefahr eine brennende Angelegenheit, dass die Absetzung Ferdinands ausgesprochen und durch ein neues Haupt Ordnung ins Kriegswesen gebracht und Mittel zum Kampfe geschafft würden. Zu diesem Ende wurden die sämmtlichen Deputationen von den Direktoren noch während der Verhandlungen über die Conföderation zu einer Berathung über den zweiten Punkt der Proposition eingeladen. Auf den Antrag der Schlesier ging man jedoch auf die vorgeschlagene Berathung nicht ein, sondern vertagte dieselbe bis zur endgiltigen Festsetzung der Conföderation. Die Direktoren gaben nur für kurze Zeit nach, denn schon nach einigen Tagen richteten sie in vertraulicher Weise die-

selbe Frage an die einzelnen Deputationen, wie sich denn z. B. Graf Albin Schlick zu diesem Zwecke bei den Oberlausitzern einfand.*) Auch diesmal fielen die Antworten nicht zu ihrer Zufriedenheit aus, die Oberlausitzer erklärten, für diese wichtige Angelegenheit keine Instruktion zu besitzen, ja sie fügten sogar zu nicht geringem Schrecken der Böhmen hinzu, sie seien bisher keiner andern Meinung gewesen, als dass man die Conföderationsartikel Ferdinand zur Annahme vorlegen wolle und erst, wenn er sie verwerfen würde, die Absetzung in Verhandlung ziehen werde. Der Wunsch der Böhmen, die Conföderation sammt der Neubesetzung des Thrones gleichzeitig zu erledigen, stiess also auf Hindernisse und die Direktoren mussten sich damit begnügen, die erstere vorläufig allein ins reine zu bringen. Sie beeilten sich deshalb die Berathungen über einzelne der wichtigsten Artikel, wie z. B. über die Höhe des Contingentes, das jedes Land im Nothfalle zu stellen hätte, sowie über die Stimmenzahl bei der Königswahl, in Plenarversammlungen mit Ausserachtlassung parlamentarischer Formen zu Ende zu bringen und so die nothwendige Einigung über das ganze Conföderationsprojekt zu beschleunigen. In einer feierlichen Sitzung des böhmischen Landtages, zu der die fremden Deputationen eingeladen wurden, sollte dieses Resultat bekannt gegeben und hierauf die Conföderation von allen Contrahenten beschworen werden.

Was den böhmischen Landtag betrifft, der dem Abschlusse der Conföderation die rechte Staffage geben sollte, so war dieser von den Direktoren erst auf den 23. Juli berufen worden; 1619 nicht der böhmische Landtag, sondern die Direktoren hatten demnach die Verhandlungen über die Conföderation geleitet. Den Gegenstand der Berathung für den einberufenen Landtag bildete nicht allein die Conföderation, sondern auch andere Angelegenheiten, die bald zu ernsten Zwistigkeiten Anlass gaben, so dass das Schicksal der Conföderation einen Augenblick zweifelhaft schien. Es zeigte sich, dass zwischen den Ständen die Einigkeit nur so lange herrschte, als sie über die Beschränkung der königlichen Gewalt und die Schmälerung

*) Relation der Oberlausitzer dd. 18. September 1619.

der Rechte der Katholiken berieten; sie hörte aber auf, sobald ein Gegenstand zur Berathung kam, in dem sich die Interessen der Stände kreuzten. Seit mehr als einem Jahrhunderte stritten sich die königlichen Städte mit dem Adel, ob dem letzteren das Betreiben von Handel und Gewerben gestattet sein solle oder nicht. Die Städte nahmen beides als eine ihrem Stande ausschliesslich gehörige Prärogative in Anspruch, der Adel wollte sich dagegen diese Beschränkung nicht gefallen lassen. Er wollte, dass ihm in den ihm gehörigen städtischen Häusern nicht verwehrt werde, Gewerbe und Handel gleich andern Bürgern zu treiben, dass die Abhaltung von Märkten nicht ein alleiniges Vorrecht der Städte sein solle, sondern dass der Adel auch auf seinen Gütern Märkte eröffnen könne und dass es ihm endlich freigestellt bleibe, jene Handelsgüter, die er in einer Stadt zum Verkaufe angeboten habe aber nicht verkaufen konnte, ohne eine Zollabgabe wieder heimzuführen. Es wäre zu weitgehend, hier im Detail alle die zahlreichen und häufig kleinlichen Beschränkungen anzuführen, durch welche der Adel an einer rationellen Verwerthung seiner Gutserzeugnisse gehindert wurde, es genüge die Bemerkung, dass die Mehrzahl der Forderungen, welche der Adel stellte, vom modernen Standpunkte durchwegs zulässig erscheinen. Bei den Städten stiessen sie jedoch auf den äussersten Widerstand; theils war daran die beschränkte volkswirthschaftliche Einsicht schuld, die nicht begriff, dass der Vortheil des andern auch den eigenen zur Folge haben könne, theils besorgten die Bürger, und vielleicht nicht mit Unrecht, dass der Adel die Vortheile der bürgerlichen Stellung sich aneignen wolle, ohne an den städtischen Lasten in vollem Masse theilzunehmen. Als demnach der Adel mit seinen Forderungen hervortrat, waren die Städte darüber so erbittert, dass sie jede Antwort auf dieselben ablehnten. Man habe ihnen von Seite des Adels beim Ausbruche des Aufstandes auf eine Erweiterung der städtischen Gerechtsame Hoffnung gemacht und nun zeige sich das Gegentheil. Der Adel, verletzt durch diese brüske Ablehnung, wollte sich nicht so leicht bescheiden und goss dadurch Oel ins Feuer. Einer der Bürger erklärte mit sichtlicher Zustimmung des ganzen Standes, dass, wenn der Adel noch

nger auf seinen Ansprüchen beharren würde, die Städte weiter ichts mit der Bestätigung der Conföderation zu thun haben ollten. Diese Bemerkung, die einer Lossagung vom Aufstande leich kam, wirkte wie ein Donnerschlag auf die höheren tände; der Stein des Anstosses wurde fallen gelassen und über ie übrigen Verhandlungsgegenstände ein einiger Beschluss rzielt. *)

Die wichtigsten Beschlüsse, über die sich die böhmischen tände während des Generallandtages einigten, betrafen die efinitive Regelung des Rechtes zum Kirchenbau. Dasselbe urde jetzt auf alle Einwohner des Landes ausgedehnt, nicht loss der Adel und die Bürger, auch die Bauern sollten das Recht aben, sich Kirchen zu bauen, gleichgiltig, wer ihr Gutsherr i. Aber dieses Recht sollten nur die Protestanten besitzen, bei en Katholiken sollten nach wie vor nur die höheren Stände, icht aber der Bauer dasselbe ausüben dürfen. Für die Landtage urde eine einfachere Geschäftsordnung eingeführt, die den rweiterten Rechten Rechnung trug, deren sich jetzt die tände gegenüber dem König erfreuen sollten. Auch bezüglich es untergeordneten Personals bei der böhmischen Kammer nd bei dem Apellationsgericht wurde der Grundsatz aufge- ellt, dass nur Protestanten zu den verschiedenen Stellen zu- elassen werden dürften.

Bezüglich der königlichen Städte wurden einige weittragende eschlüsse gefasst, welche ihre Rechte bedeutend erweiterten nd sie in Bezug auf ihre inneren Angelegenheiten wahrhaft tonom machten. Das Amt der königlichen Hauptleute und r Königsrichter in Prag und in den anderen Städten sollte n Ende nehmen und so die Städte in allen Verwaltungs- nd Gerichtsangelegenheiten selbständig auftreten dürfen. en Pragern sollte das Eigenthum an den Schanzmauern ein- räumt und zu ihren Gunsten alle exceptionellen (geistlichen) erichtsbarkeiten innerhalb ihrer Stadtmauern aufgehoben erden. Die königlichen Städte sollten nicht mehr zur könig- chen Kammer gerechnet, sondern ein ebenso freier Stand sein,

*) Prager Stadtarchiv: Chaos rerum memorabilium, M. S. fol. 430. — Skála, III., 205 u. flg.

wie die beiden höheren Stände, die Landesordnung sollte neu umgearbeitet und alle diese Beschlüsse in ihr berücksichtigt werden. Weiter wurde bestimmt, dass die königlichen Güter, alle geistlichen Güter, namentlich aber jene, die bereits versetzt seien, die Güter der Jesuiten, die Häuser und Güter der Brüder Michna und des Sekretärs M. Fabricius verkauft, den Mönchen und Nonnen aber eine Pension in Geld ausgezahlt werden sollte.

Endlich wurden auch die wechselseitigen Ansprüche der höheren Stände, der Herren und der Ritter, auf die obersten Ämter geordnet und dem Herrnstand die einflussreichsten und ergiebigsten eingeräumt. Auch bezüglich des gesellschaftlichen Verkehrs wurden Anordnungen getroffen und den Ansprüchen der Rittersfrauen insoferne entsprochen, als ihnen der Vortritt und Vorsitz vor den Herrnfräulein eingeräumt wurde. *) Nachdem man über alle diese einzelnen Punkte sich geeinigt hatte, fand die Conföderation auch die Billigung des böhmischen Landtags.

Wie oben bemerkt, wurde beschlossen, die allgemeine Annahme der Conföderation, oder besser gesagt, der neuen Verfassung des böhmischen Staates zu einem feierlichen Akt zu gestalten. Am 31. Juli versammelten sich im Landtagssaale die böhmischen Stände, die fremden Deputationen und ausserdem fast sämmtliche höheren Anführer des Kriegsvolks: Thurn, Hohenlohe, Mansfeld, Ulrich Wchýnský, der Markgraf von Jägerndorf, die sonach ihre Anwesenheit in Prag in dieser Zeit für wichtiger hielten als auf dem Schlachtfelde. Ruppa eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Bedeutung des Gegenstandes hervorhob und die Anwesenden zum Gebete aufforderte. Alles fiel auf die Kniee und über zwanzig Minuten herrschte eine lautlose Stille im Saal. Als sich Alle wieder erhoben hatten, wurde die Conföderation ihrem ganzen Inhalte nach in böhmischer und deutscher Sprache vorgelesen und als auch dieses beendet war, von sämmtlichen Anwesenden ihre Annahme und dauernde Giltigkeit eidlich zugesagt. Die Böhmen und Mährer waren die ersten, die sich

1619

---

* Die betreffenden Beschlüsse enthalten im Generallandtag vom J. 1619.

um Schwure erhoben und denselben in böhmischer Sprache
isteten; ihnen folgten die Schlesier und Lausitzer, die ihn in
eutscher Sprache wiederholten. Als die Eidesleistung beendet
ar, wurden die Bewohner Prags durch Geschützsalven, Gewehr-
uer und allgemeines Glockengeläute davon verständigt, dass
ie Länder der böhmischen Krone ihren neuen Bund für alle
wigkeit feierlich besiegelt hätten. *)

Das war jedoch Alles nur ein Vorspiel zu einem weit
ichtigeren Akte, denn jetzt musste die Frage zur Sprache
ommen, was bezüglich Ferdinands geschehen sollte und ob der
hron neu zu besetzen sei oder nicht. Die Böhmen sehnten sich
ach einer Entscheidung, da auf ihnen der Krieg am meisten
stete und der unglückliche Verlauf desselben während der
tzten Wochen Jedermann überzeugte, dass nur andere Männer
ls die bisherigen Anführer den Kampf zum gedeihlichen Ab-
chlusse bringen könnten. Dennoch waren selbst in Böhmen
ie Meinungen nicht ungetheilt, ob man endgiltig mit den
abshurgern brechen solle oder nicht. Die Partei, welche
inen Ausgleich wollte, hatte in den letzten Wochen eher zu-
ls abgenommen und zählte selbst unter den Direktoren ihre
nhänger; allein sie gelangte trotz ihrer numerischen Stärke
u keiner Bedeutung, weil sie nur schüchtern ihr Friedens-
rogramm vertheidigte, während sich die Gegner Ferdinands
ntschlossener als sonst zeigten und jedem, der für den Frieden
timmen würde, mit dem Tode drohten. Eine solche Energie
ehauptete den Sieg. **)

Unmittelbar also nach Abschluss der Conföderation wurden
e sämmtlichen fremden Deputirten zu einer vertraulichen
esprechung mit den Direktoren eingeladen. Graf Andreas
chlick richtete an die ersteren die Frage, was sie nun be-
üglich Ferdinands zu thun gedächten, ob man zu seiner Ab-
tzung schreiten und eine Neuwahl vornehmen solle? Die

---

*) Die Quellen über die Verhandlungen bezüglich der Conförderation finden sich im sächsischen St. A., in den Berichten Lebzeltners an Schönburg dd. 11./21., 14./24., 19./29., Juli, 23., 28. und 31. Juli a. St. ferner im wiener Staatsarchiv Unterschiedl. Akten aus Prag. dd. 31. Juli, endlich bei Skála III.

**) Sächs. St. A. Lebzelter an Schönberg dd. 11./21 und 14./24. Juli 1619.

mährischen Deputirten erklärten sich nicht für bevollmächtigt, über diesen Gegenstand zu verhandeln, sie müssten sich deshalb eine neue Instruction von Hause erbitten; die Schlesier und Lausitzer zeigten sich dagegen zur unmittelbaren Fortsetzung der Verhandlungen und zum treuen Ausharren bei den Böhmen bereit. Die Haltung der Mährer erregte einiges Kopfschütteln; es liess sich aber nichts dagegen thun, man musste ihnen die zur Einholung der Instruction verlangte Frist bewilligen. Sie wurde bis zum 14. August bestimmt, weil sich der mährische Landtag erst am 6. in Brünn versammelte und dieser zur Ertheilung der Instruction allein befugt war. Auf böhmischer Seite versäumte man nicht, Gesandte nach Brünn zu schicken, um dafür zu sorgen, dass der Beschluss nach Wunsch ausfiel.*)

1619

In Mähren hatte die Friedenspartei entschlossenere Anhänger, die sich nach der zu Ende April erlittenen Niederlage noch nicht ganz zur Ruhe begeben hatten. Der Kardinal Dietrichstein und Karl von Žerotín, die ihrer Haft entledigt worden waren, traten zwar weder so entschieden noch so massgebend auf wie früher und mussten sich darauf beschränken, in Privatgesprächen ihre Meinung auszudrücken, gleichwohl blieben sie aber nicht ganz unwirksam. Auch hatte der Enthusiasmus, der nach dem Sturze der katholischen Herrschaft aufgeflammt war, kühleren Berechnungen Platz gemacht, seit der Angriff auf Wien misslungen war und Buquoy in Böhmen vorwärts drang. Noch bedrückter wurden die Gemüther, als sich im Juli die Nachricht verbreitete, dass sich Dampierre von Buquoy getrennt habe und einen Einfall in Mähren vorbereite. Die mährischen Direktoren berichteten darüber eilig nach Prag und baten um schleunige Hilfe, widrigenfalls sie genöthigt sein würden, sich dem Feinde zu unterwerfen.**) Dieses Schreiben verursachte in Prag grossen Unwillen; Böhmen hatte bereits so masslos durch den Krieg gelitten, war mit Ausnahme der schlesischen Hilfe stets nur auf die eigenen Kräfte angewiesen gewesen, hatte soeben wieder harte Kämpfe zu bestehen und nun flehte das bisher ruhig und glücklich dahin lebende Mähren

*) Skála, III. 211 — Sächs. St. A. Relation der Oberlausitzer.
**) Skála, III, 197.

um Schutz und wollte sich nicht einmal mit seinem Kriegsvolk gegen die ungarischen Freibeuter Dampierre's vertheidigen. Aber in Mähren kehrte man sich nicht an diesen Unwillen, sondern machte sogar Anstalten, um mit Erzherzog Leopold, dem Vertreter Ferdinands, in Unterhandlungen zu treten, ja Karl von Žerotín wurde von einigen Direktoren in vertraulicher Weise ersucht, zu diesem Zwecke nach Wien zu reisen. Diese Unterhandlungen konnten jedoch kein Resultat haben, da die Direktoren statt mit Vorschlägen hervorzutreten, in alberner Weise über das drohende Kriegsungemach jammerten, denn in dem Briefe, den sie Žerotin mitgaben, beschwerten sie sich über den bevorstehenden Einfall Dampierre's:*) sie seien treue Unterthanen des Königs, wie könne man also wagen, ihr Land zu verwüsten und so den Besitz ihres Herrn zu entwerthen? Der Vermittlungsversuch, den Žerotin einleiten sollte, ging also ohne Resultat vorüber, da Leopold in der Sache ebenso unnachgiebig war wie sein Bruder, in der Redeweise aber noch schärfer auftrat. Denn auf das Schreiben der Direktoren erwiederte er mit der vorwurfsvollen Frage: ob der Sturz der königlichen Regierung in Mähren, die Verbindung des mährischen Volks mit Thurn zur Belagerung Wiens Beweise von unterthäniger Treue seien? Dampierre habe den Befehl, in Mähren einzurücken; nur wer wirklich zum Gehorsam zurückkehren werde, dürfe auf Schonung Anspruch machen.**)

Nachdem die herrschende Partei in Mähren mit ihrem Friedensversuch abgewiesen worden war, raffte sie ihren Muth zusammen und betrieb ihre Vertheidigungsmassregeln. Das geworbene Kriegsvolk wurde koncentrirt und vermehrt; jener Theil, der mit Thurn nach Böhmen gezogen war, zurückberufen und das für Mähren beschlossene allgemeine Aufgebot energischer betrieben. Trotz aller dieser Massregeln konnte man dem Grafen Dampierre nicht mehr als 4000 Mann entgegenstellen; was an wehrhafter Mannschaft sonst vorhanden war, diente zur Besetzung fester Orte, die man nach der Kriegs-

*) Raudnitzer Archiv: Michna an den Kanzler Lobkowic dd. 31. Juli 1619. — Archiv des Minist. des Innern in Wien: Žerotín an Erzherzog Leopold dd. 3. August 1619.

**) Skála, III. 221.

weise damaliger Zeit so zahlreich als möglich angelegt hatte. Nichtsdestoweniger erlangten die mährischen Truppen, wie erzählt wurde, bei Wisternitz einen Erfolg, als sie daselbst mit Dampierre am 5. August zusammenstiessen und dieser Erfolg fachte den Muth der mährischen Stände wieder etwas an, so dass, als sie sich am 7. August in Brünn zur gemeinschaftlichen Berathung versammelten, ihre Beschlüsse davon zeugten, dass sie sich nicht mehr von Böhmen trennen wollten. Sie bestätigten nicht nur die eben in Prag abgeschlossene Conföderation, sondern beschlossen auch die Anwerbung von 1500 Mann frischer Truppen, so dass also die Gesammtstärke des mährischen Heeres auf 6500 Mann geworbener Truppen, (4500 Fussknechte und 2000 Reiter) bestimmt wurde. Gleichzeitig wurde über den ganzen geistlichen Grundbesitz, namentlich aber über die Güter des olmützer nnd brünner Kapitels und über die der Klöster die Confiscation verhängt und deren Verkauf angeordnet. In Betreff des Kardinals Dietrichstein wurde bestimmt, dass nicht nur sein Einkommen als Bischof von Olmütz mit Beschlag belegt, sondern auch sein Privatbesitz eingezogen werden solle. Die gleiche Strafe der Güterconfiscation wurde über einige notorische Gegner der jetzigen Erhebung, namentlich über die Obersten Albrecht von Waldstein und Georg von Náchod verhängt. Sämmtlichen Katholiken und sonstigen zweifelhaften Edelleuten wurde ein Termin von vier Wochen gestellt, innerhalb dessen sie ihren Beitritt zur Sache des Aufstandes kund thun sollten; würden sie den Beitritt verweigern, so sollte ihr Besitz ebenfalls mit Beschlag belegt werden.*) Schliesslich wurden einige Direktoren, die man in ihrer Pflichterfüllung als lau erkannt hatte, abgesetzt und durch andere Männer ersetzt.**) Bezüglich der Absetzung Ferdinands, wegen welcher die Böhmen eigens eine Gesandtschaft nach Brünn abgeordnet hatten, wurde nichts beschlossen, deshalb aber dieser Gegenstand nicht unerörtert gelassen. Die betreffenden Verhandlungen wurden bloss vertraulich geführt

1619

---

*) Brünner Landesarchiv, Landtag in Brünn dd. 7. August 1619; auch abgedruckt in d'Elverts Beiträgen, Bd. I. S. 50,

**) Skála III.

ınd endeten mit einem völligen Eingehen auf die böhmischen Vünsche und so wurden die mährischen Gesandten in Prag ur Weiterführung der dortigen Verhandlungen bevollmächtigt. *)

II

Es ist erzählt worden, dass sich zu dem Generallandtag ı Prag auch Abgeordnete aus Nieder- und Oberösterreich ingefunden hatten, die, wie aus dem bisherigen Berichte er-ichtlich ist, während der Berathungen über die Conföderation ur die Rolle von Zuschauern spielten. Jetzt benützten ber die Direktoren die Unterbrechung, die in dem General-ındtag eingetreten war, als man den mährischen Deputirten ine Frist zur Einholung neuer Instructionen gewähren musste, m auch Oesterreich durch ein enges Bündniss an Böhmen zu ket-m, da das steigende Zerwürfniss zwischen den österreichischen 'rotestanten und dem König Ferdinand diesen Plan begün-tigte. Einige Angaben über die gleichzeitigen Vorgänge in liederösterreich bis zu diesen Verhandlungen dürften hier am 'latze sein.

Noch vor dem Abzuge Thurns hatten die niederösterrei-hischen Protestanten beschlossen, ihre Berathungen nach Horn u verlegen und von dort aus ihre Rüstungen mit grösserer icherheit in Angriff zu nehmen. Graf Thurn missbilligte ıren Beschluss, Wien zu verlassen und vielleicht geschah es uf seinen Rath, dass sie denselben vorläufig noch nicht aus-ihrten.**) Nach dem Abzuge Thurns sollten die Rüstungen egonnen werden, da es ihnen aber dabei an Opferwilligkeit ebrach, wollten sie sich das nöthige Geld durch ein Anlehen ei ihren oberösterreichischen Standesgenossen verschaffen. lans Ludwig von Kufstein, ein Mitglied der damals in sterreich zahlreich vertretenen und reich begüterten Familie ieses Namens, der auf vielfachen Reisen sich sprachliche enntnisse angeeignet hatte und sich wegen seiner feinen Ma-

*) Skála III, 258.
*) Wiener St. A. Bericht der niederösterr. protestant. Gesandten über ihre Berathung bei Thurn.

nieren zu einem Diplomaten vorzugsweise eignete, wurde nebst dem Herrn Rauber von den niederösterreichischen Protestanten ausersehen, zu diesem Zwecke nach Linz zu reisen.

Als Kufstein und Rauber in Linz anlangten, merkten sie gleich bei den ersten Besuchen, dass die Stimmung daselbst gegen Niederösterreich nicht die beste sei; Herr von Tschernembl klagte die Niederösterreicher grosser „Nachlässigkeit“ und feiger Zaghaftigkeit an und noch schärfer klang die Anklage des Herrn Geimann, der die Niederösterreicher für den verunglückten Feldzug verantwortlich machte und sie beschuldigte, dass sie den Grafen Thurn zu demselben verlockt und hinterdrein die Versprechungen nicht gehalten hätten.*) Die Oberösterreicher waren deshalb zu keinen Opfern entschlossen und als Kufstein und Rauber am folgenden Tage in der Sitzung des oberösterreichischen Landtagsausschusses sich ihres Auftrages entledigten, erlangten sie nicht das gewünschte Resultat. Alles, wozu sich die Oberösterreicher herbeiliessen, war, dass sie die Bürgschaft für ein Anlehen übernehmen wollten, das vielleicht an einer andern Stelle den Niederösterreichern bewilligt werden würde.**) Als die beiden Gesandten sich auf den Rückweg begaben, erfuhren sie in der Stadt Spitz, dass ihre Standesgenossen die Berathungen in Wien geendigt und den Beschluss gefasst hätten, ihre Versammlungen fortan in Horn abzuhalten. In Wien blieb nur eine geringe Anzahl von Protestanten zurück, einige wohl als Späher, andere, weil ihnen vor der Entwicklung, welche die Dinge nahmen, bangte.

Die Ursache, um derentwillen die Niederösterreicher so plötzlich ihre Uebersiedlung durchführten, wiewohl dieselbe auch von Hans Ludwig von Kufstein und anderen angesehenen Glaubensgenossen bekämpft wurde, mag in der grössern Energie zu suchen sein, mit der Ferdinand nach dem Abzuge Thurns in Wien auftrat. Ein Befehl desselben verfügte eine allgemeine Entwaffnung der Bürgerschaft, ein anderer ordnete eine Untersuchung an, in wie weit sich einzelne Bürger an dem An-

---

*) Wiener St. A. Diarium das Hans Ludwig von Kufstein.

**) Kufsteins Diarium. Wiener St. A. Bericht der niederösterreichischen Gesandten an ihre Mandanten dd. (?) Juli 1619. Horn.

marsche Thurns betheiligt hätten, und in der That wurden in der zweiten Hälfte des Monates Juni einige Personen deshalb gefänglich eingezogen. Wurden schon durch diese Verfügungen die höheren Stände in ihrem Sicherheitsgefühl beirrt, so mussten sie vollends schwankend werden, als Ferdinand ihre auf die Bewaffnung ihrer Unterthanen bezüglichen Massregeln durch ein öffentliches Patent im Namen des Erzherzogs Albrecht verbieten liess und die dawider Handelnden mit Hochverrathsprozessen bedrohte. Ferdinand fühlte sich durch den Rückzug Thurns und durch die beträchtliche Stärke, zu der die wiener Garnison herangewachsen war, so gehoben, dass sich die Protestanten eines Schlags versehen durften und deshalb zogen sie es vor, von einem sichern Orte aus die Verhandlungen weiter zu führen. *)

1619 Als sich die Stände am 1. Juli in Horn versammelten, traf sie daselbst ein Erlass Ferdinands, der ihnen diese abseitigen Berathungen verbot und sie zur Rückkehr nach Wien aufforderte. Dieses Verbot schreckte sie um so weniger, als sie mittlerweile durch Werbungen über 1000 wohlberittene Musketiere zusammengebracht hatten und so gegen einen Handstreich gesichert waren. Nur die Bewaffnung der Unterthanen, die gleichfalls beschlossen wurde, scheinen sie in Folge des königlichen Verbotes unterlassen zu haben, in allen übrigen Dingen kümmerten sie sich weder um Ferdinands Befehle noch um seine Verbote und lehnten namentlich die erneuerte Aufforderung zur Leistung der Huldigung ab.**) Nichtsdestoweniger wollten sie nicht alle Brücken hinter sich abbrechen, um spätere Verhandlungen nicht unmöglich zu machen, denn nur so kann man es begreifen, wenn sie von Horn aus eine Deputation an Ferdinand abschickten, um sich über den Schaden zu beschweren, den das Land durch die königlichen Truppen erleide, und wenn sie in einer zweiten Botschaft ihre Verbindung mit Böhmen und ihre Abreise nach Horn zu recht-

*) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 26. Juni, dd. 28. Juni, dd. 29 Juni, dd. 4., 9. und abermals 9. Juli 1619.

**) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 4. Juli. Ebend. Aus Wien dd. 9. Juli 1619. Ebend. Aus Wien dd. 17. Juli 1619.

fertigen suchten.*) Die Zuschriften und Klagen erreichten jedoch nicht mehr ihr Ziel, da Ferdinand bereits nach Frankfurt abgereist war. Sein Stellvertreter der Erzherzog Leopold trat gleich nach seiner (am 28. Juni erfolgten) Ankunft in Wien in der Entwaffnung der Bürgerschaft, die bis dahin nur lässig betrieben worden war, energisch auf;**) gegen die horner Stände entschlug er sich aber noch nicht aller Rücksicht, denn als dieselben um die Mitte Juli ihre Verhandlungen auf einige Wochen vertagten und ein Theil von ihnen sich nach Wien begab, rief er einige der hervorragendsten Parteiglieder vor sich und suchte sie von dem bisherigen Wege abzubringen.***) Es war das ein ebenso vergebliches Unternehmen, wie die Bemühungen der Stände, den König von der Rechtmässigkeit ihres Widerstandes zu überzeugen.

1619

Die horner Versammlung hatte sich um die Mitte Juli aufgelöst, nachdem sie zu den Verhandlungen des prager Generallandtages und zum Abschlusse des Bündnisses mit Böhmen eine neue Deputation, bestehend aus vier Personen, darunter die Herren Graiss und Rauber gewählt hatte; es scheint sonach, dass die zwei Herren, die man Anfangs Juni nach Prag geschickt hatte, auf ihr Mandat verzichtet hatten. Man wusste in Oesterreich, dass in Prag nicht blos über das Bündniss, sondern auch über die Absetzung Ferdinands und über die Wahl eines neuen Königs verhandelt werden würde, und diesem Umstande darf man es wohl zuschreiben, dass von Oberösterreich Herr von Tschernembl zur Theilnahme an den Verhandlungen abgeordnet wurde. Tschernembl bot während seiner Anwesenheit in Prag seinen ganzen Einfluss für die Absetzung Ferdinands auf, so dass ein grosser Theil der folgenden Ereignisse auf seine Rechnung zu setzen ist.†)

In Prag nahm man bei den Berathungen über das böhmisch-österreichische Bündniss den Inhalt der böhmischen Con-

*) Die österreichischen Stände an Ferdinand dd. 11. Juli 1619. Bei Londorp.

**) Copia Patents Leopolds wegen Desarmirung der Wiener Bürgerschaft dd. 16. Juli 1619 bei Londorp.

***) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 24. Juli 1619.

†) Tschernembl an Anhalt dd. 16. Juli 1619. M. S. im brünner ständischen Archiv.

öderation zum Muster. In dem Vertragsentwurfe begann man mit er Erklärung, dass man ein Defensivbündniss zur Abwehr aller ener Feinde abschliesse, welche die ständischen Gerechtsame, insesondere aber das evangelische Bekenntniss angreifen würden. Ian reservirte sich durch dieses Bündniss wechselseitig das Recht, allen Beschwerden, unter deren Druck man bisher geтten, ein Ende zu machen und alle Einrichtungen zu treffen, ie für das gemeinsame Wohl erspriesslich sein dürften, doch rurden weder die Beschwerden noch die künftigen Einrichungen specificirt, weil solches einzeln anzugeben „fast unmögich wäre.“ Auf böhmischer Seite wäre diese Spezifikation eicht gewesen, man hätte einfach die Conförderation d. i. die neue Verfassung der böhmischen Krone unter die Garantie les böhmisch-österreichischen Bündnisses stellen können, da ber von österreichischer Seite noch keine revidirte Verfassung rorgelegt werden konnte, so begnügte man sich mit jener allgeneinen Formel, deren Sinn auf nichts anderes hinausging, als uf eine wechselseitige Garantie der revidirten Verfassungen. Der böhmisch-österreichische Conförderationsentwurf hatte übrigens noch andere unklare Punkte, er bestimmte nicht die Truppenzahl, mit der man sich wechselseitig unterstützen wollte, er drückte sich auch nicht deutsch aus, ob Böhmen und Oesterreich nicht blos ihrer Verfassung, sondern auch ihrem Oberhaupte nach getrennte Staaten sein sollten; doch leuchtet die Absicht hervor, den beiden Staaten ein gemeinsames Oberhaupt zu geben. Dafür spricht zumeist jener Artikel, der zur Aufrechthaltung und Weiterbildung der für „ewige“ Zeiten abgeschlossenen Conförderation in Zwischenräumen von fünf zu fünf Jahren Generalkonvente der böhmischen und österreichischen Provinzen anordnete*), was doch nicht durchführbar war, wenn beide Staaten nicht ein gemeinsames Oberhaupt hatten.

1619 Am 15. August waren die Verhandlungen glücklich zu Ende gebracht und die Vertragsentwürfe hatten die Zustim-

*) Die Conförderation zwischen den böhmischen Ländern und Oberösterreich bei Londorp, die Verhandlungen hierüber in den Akten des sächs. St. A. und bei Skála und namentlich in der Relation der Oberlausitzer Deputation dd. 18. September 1619.

mung sämmtlicher Betheiligten gefunden. Die feierliche Kundgebung dieser Zustimmung fand am folgenden Tage statt. Im Landtagssaale versammelten sich sämmtliche Deputationen der böhmischen Kronländer, die österreichischen Deputirten und die Direktoren und schwuren, dass sie das Bündniss, das in seinen einzelnen Paragraphen abgelesen wurde, ewig und unverbrüchlich halten würden. Wie vierzehn Tage zuvor, so wurde auch jetzt die prager Bevölkerung durch Geschützsalven und Glockengeläute von der Bedeutung des Augenblicks in Kenntniss gesetzt.*)

Als die niederösterreichischen Stände sich Anfangs August wieder in Horn versammelten, bekamen sie aus Prag keine endgiltigen Nachrichten, weil daselbst die Verhandlungen noch nicht zu Ende gediehen waren. Da ihnen von Wien abermals der Befehl zur Leistung der Huldigung zugekommen war, so beschlossen sie, mittlerweile eine Deputation an Erzherzog Albrecht abzuschicken. Zum Verständniss dieser Angelegenheit ist es nöthig, die Verhandlungen kennen zu lernen, die gleichzeitig zwischen Albrecht und Ferdinand bezüglich Österreichs geführt wurden.

Wir haben berichtet, dass Albrecht seiner Zeit erbötig war, Österreich an Ferdinand abzutreten, dass aber dieser bei Lebzeiten des Kaisers Mathias die Abtretung ablehnte, weil er den Ständen ihre religiöse Freiheiten nicht bestätigen wollte, wie er das damals hätte thun müssen. Als nun Mathias starb, verlangte er von den österreichischen Ständen auf Grund dessen, dass er von Albrecht mit der Leitung der Regierung bevollmächtigt sei, für sich Gehorsam und für den Erzherzog Albrecht die Leistung der Huldigung und wir wissen, zu welchen Differenzen diese Forderung führte. Ferdinand bemühte sich nun, diesen Stein des Anstosses zu entfernen und schickte einen seiner vertrauten Diener, den jungen Leonhard von Harrach, nach Brüssel, um den Erzherzog Albrecht zur unverweilten Verzichtleistung zu bewegen, und so den Österreichern den hauptsächlichsten Grund, um dessentwillen sie angeblich die Huldigung verweigerten, zu entziehen. Als Harrach in

*) Skála, II., 234.

Brüssel anlangte, war Erzherzog Albrecht wohl bereit, Österreich abzutreten, doch verlangte er als Preis für diese Verzichtleistung die Anweisung einer Jahresrevenue von 100.000 fl., ferner die Auszahlung einer zweiten Jahresrevenue von 15.000 fl., welche Mathias in seinem Testamente für Albrecht bestimmt hatte und endlich die Zuweisung einer Herrschaft, wo er im gegebenen Falle seine Residenz aufschlagen könnte. Harrach forderte dagegen von Albrecht die unmittelbare Ausstellung der Cession und ersuchte ihn, die Befriedigung seiner Bedingungen weiteren Verhandlungen anheimzustellen, wobei er ihn von vornherein des dankbarsten Entgegenkommens von Seite Ferdinands versicherte. Der Erzherzog hatte wohl das grösste Zutrauen in die Rechtlichkeit seines Vetters, aber keines in seine Finanzgebahrung und so liess er sich trotz aller Vorstellungen Harrachs nicht zur unverweilten Verzichtleistung bewegen und ebensowenig durch einen Klagebrief Ferdinands rühren, in dem ihm dieser berichtete, dass sich die oberösterreichischen Stände der Regierung bemächtigt hätten, weil sie seine Vollmacht nicht anerkennen wollten. Alles, wozu sich Albrecht vor endgültiger Festsetzung der Cessionsbedingungen verstehen wollte, bestand darin, dass er die Österreicher zum Gehorsam und zur Leistung der Huldigung an seinen Vetter als seinen Bevollmächtigten mahnte.*) Es blieb also für Ferdinand nichts Anderes übrig, als sich zu den zeitraubenden Verhandlungen herbei zu lassen und in die Urkunde, durch welche Albrecht auf Österreich Verzicht leistete, auch die Bedingungen aufzunehmen, unter denen er dies thun wollte.

1619

Auf diese Weise kam erst am 22. Juli ein Cessionsentwurf nach dem Wunsche Albrechts zu Stande, mit dem sich einige Wochen später auch Ferdinand einverstanden erklärte. Für Albrecht wurde in demselben eine Jahresrevenue von 115.000 Gulden (und zwar 100.000 Gulden für die Cession Österreichs an Ferdinand, und 15.000 Gulden in Folge der

*) Harrachisches Archiv: Ferdinands Instruction für Leonhard Karl Harrach dd. 26. März 1619. Erzh. Albrecht an Ferdinand dd. 23. Mai. Leonhard von Harrach an Ferdinand II. dd. 26. Mai. Vortrag Harrachs bei Albrecht dd. 29. Mai. Ferdinand II. an Albrecht dd. 20. Juni. Albrecht an die Oberösterreicher dd. 5 Juli 1619.

letztwilligen Verfügung des Kaisers Mathias) in der Weise festgesetzt, dass die Zahlung dieser Summe auf gewisse Gefälle und Einkünfte angewiesen wurde und dass sich Ferdinand auch mit seinem Privateinkommen für die pünktliche Zahlung verpflichtete. Ferner sollte Ferdinand einer zweiten testamentarischen Verfügung des Kaisers nachkommen und dem Erzherzog ein Kleinod im Werthe von 10.000 Gulden verehren und endlich sollte der Antheil, der Albrecht an der Erbschaft in Tirol und den vorderösterreichischen Ländern gebühre, festgesetzt und ihm der Genuss der betreffenden Einkünfte zugestanden werden. Bezüglich der jährlichen Pension von 100.000 Gulden, die sich Albrecht für die Abtretung von Österreich ausbedang, wurde bestimmt, dass dieselbe im Falle seines Ablebens auch an seine Witwe auszubezahlen sei. Wann die definitive Cessionsurkunde unterzeichnet wurde, ist nicht bekannt, jedenfalls geschah dies, wenn nicht schon früher, so doch gewiss in den ersten Monaten des Jahres 1620. Wenn Albrecht aber glaubte, dass er durch die dabei gebrauchte Vorsicht sich das stipulirte Einkommen gesichert habe, so täuschte er sich; denn weder zahlte Ferdinand in diesem noch in dem folgenden Jahre die festgesetzte Pension und es ist fraglich, ob Albrecht überhaupt je in den Genuss derselben trat. Seiner Witwe mag Ferdinand durch einige Jahre die Pension gezahlt haben, jedenfalls hat auch sie vergeblich auf die rechtzeitige und ununterbrochene Zahlung gehofft.*)

Während die angedeuteten Verhandlungen zwischen Ferdinand und Albrecht ihrem Ende entgegengingen, fassten die horner Stände den oben erwähnten Beschluss, eine Gesandtschaft an den Erzherzog abzuordnen, und ersuchten den Herrn von Kufstein um die Übernahme derselben. Was sie dabei bezweckten, ist nicht klar: wollten sie den Erzherzog Albrecht veranlassen, nach Wien zu kommen, damit er selbst die Regierung übernehme, oder wollten sie ihn für ihre Friedensvermittlung in dem böhmischen Streite gewinnen? Da jedoch

*) Harrachisches Archiv. Bedingungen für die Cession von Oesterreich dd. 22. Juli 1619. Ebend. Ferdinand an Leonhard von Harrach dd. 3. Aug. 1619.

mittlerweile ihre Gesandten aus Prag zurückkehrten und ihnen die Urkunde über das mit Böhmen abgeschlossene Bündniss überbrachten und bald darauf auch die Nachricht anlangte, dass die Böhmen zu einer neuen Königswahl geschritten seien, so legte man der Absendung eines Gesandten nach Brüssel ein minderes Gewicht bei und kam trotz allen Verhandlungen damit zu keinem Schlusse.*) Auch weigerte sich Kufstein dem ihm gewordenen Auftrage nachzukommen, weil die Horner im September ihre Rüstungen energischer als zuvor betrieben, das saldern'sche Regiment, dessen Anwerbung beendet war, jetzt oder kurze Zeit darauf in ihre Dienste nahmen und er (Kufstein), der bei aller seiner Opposition ein treuer Anhänger der Habsburger war, einen schlechten Empfang in Brüssel fürchtete. Seine Bedenken konnten nur gesteigert werden, als man in Horn in der Einrichtung einer provisorischen Regierung einen Schritt weiter that, den böhmischen Aufstand getreu kopirte und zur Wahl von Direktoren schritt. Zum Präsidenten der Direktorialregierung wurde Herr von Traun gewählt, ihm zur Seite befanden sich 8 Direktoren aus dem Herrn- und 8 aus dem Ritterstande; aus der Bürgerschaft wurden keine Direktoren gewählt, weil sich die Städte an den horner Berathungen nicht betheiligten. Nach der Instruction, die der Direktorialregierung gegeben wurde, sollte sie das nöthige Geld durch Anlehen aufbringen, Proviantmagazine für den Unterhalt der Truppen anlegen und für den nöthigen Bedarf an Pulver, Blei, „Röhren und Stücken" sorgen und solches in der Nachbarschaft, namentlich in Böhmen, ankaufen.**) Ihre katholischen Landsleute, von denen sie aufge-

*) Wiener St. A. Diarium des Hans Ludwig von Kufstein über die projektirte Reise nach Brüssel sammt 9 Beilagen.

**) Da es manche unserer Leser interessiren dürfte, die Namen der betreffenden Direktoren kennen zu lernen, so führen wir sie hier an, bemerken aber, dass wir bezüglich zweier Namen nicht ganz sicher sind, weil sie in der Handschrift schwer leserlich waren. Es waren dies neben dem Präsidenten folgende acht Herren: Ludwig v. Starhemberg, Martin von Starhemberg, Andreas von Puchheim d. ä., Erasmus von Landau, Wilhelm von Hofkirchen, Georg Achaz Enenkel, Andreas Thonradl Hans Jakob von Kufstein, und folgende acht Ritter: Christof Leiser, Melchior Masko (?), Wolf Christoph Römer, Achaz Engelshofer, Mathias

fordert worden waren, nach Wien zu kommen und sich mit ihnen zur Abwehr des gemeinsamen Feindes zu verbinden, setzten sie von diesen Beschlüssen nicht ohne bittere Vorwürfe in Kenntniss.*) Man sieht, die Herrschaft über das Erzherzogthum war den Händen Ferdinands entwunden: in Oberösterreich herrschte Tschernembl und seine Partei ohne Widerspruch, in Niederösterreich folgte ein grosser Theil des Landes den Geboten der Horner, die jetzt ihre Regierung organisirt hatten. Der Anschluss an den böhmischen Aufstand war nun zu einer vollendeten Thatsache geworden.

Zwei Tage nach dem Abschlusse des böhmisch-österreichischen Bündnisses begannen endlich in Prag die entscheidenden Verhandlungen über die Absetzung Ferdinands und zwar zuerst im böhmischen Landtage, der nach seiner kurzen Vertagung wieder zusammengetreten war. Die Verhandlung wurde mit der Vorlesung einer Rechtsdeduction über das Wahlrecht der böhmischen Stände eröffnet: dieselbe war bemüht aus der Geschichte mehrfache Beweise für dieses beizubringen, ging darauf auf die Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron über und suchte nachzuweisen, dass derselbe alle Bedingungen, unter denen dies geschehen war, verletzt habe, dass er Schritt für Schritt an dem Ruine der böhmischen Freiheiten gearbeitet, das Interesse des Landes an Fremde verrathen und sich überhaupt wie ein Tyrann und nicht wie ein König benommen habe. Ein solcher Mann könne nicht im Besitze der Krone gelassen werden, wenn man nicht alles preisgeben wolle, wofür man die Waffen ergriffen habe. Zur Bekräftigung der gegen Ferdinand erhobenen Vorwürfe wurde eine biographische Skizze vorgelesen, in der sein ganzes Thun und Lassen seit mehr als zwanzig Jahren einer eingehenden Würdigung unterzogen wurde. Es wurde darin hervorgehoben, dass er in Steiermark die härteste Gewalt gegen die Protestanten geübt habe, dass er immer und überall zu gleichen Massregeln bereit gewesen sei, dass er durch List und Dro-

Wo(oder a)llzogen, Zacharias Starzer, Neideg und Friedesheimb. Wiener St. A. Vollmacht der niederösterr. Stände für ihre Direktoren dd. 17. Sept. 1619.

hungen die böhmische Krone im J. 1617 erlangt und dass er seit dem Ausbruche des Krieges alles gethan habe, was zum Verderben Böhmens gereichen konnte.

Die Zahl der Vorwürfe, die man gegen Ferdinand erhob und von denen wir nur die wichtigsten mitgetheilt haben, erreichte eine beträchtliche Höhe; viele ergingen sich in Nebensachen oder fussten auf unbeglaubigten Gerüchten, viele waren auch unbillig, denn sie waren den Ereignissen seit dem Ausbruche des Aufstandes entnommen, der den König ebenso aller Rücksichten entheben musste, wie sich die Böhmen von denselben frei machten. Man musste sich aber eines grösseren Wortschwalles bedienen, denn der einzige Vorwurf, den man mit vollem Recht gegen Ferdinand erheben konnte: dass seine Absichten auf den Ruin der Protestanten abzielten und dass sich diese auf keine Weise gegen seine Feindseligkeit sichern könnten, klang zu nackt und zu allgemein und wirkte weniger überzeugend, als die Masse von Einzelnvorwürfen, unter denen Wahres und Falsches, Wichtiges und Unwichtiges unter einander gemischt war. Für das Urtheil der Nachwelt genügt jedoch jener einzige Vorwurf, es genügt zu wissen, dass Ferdinand die Existenz der Protestanten nur dort unbeanstandet liess, wo die Wirksamkeit seines Schwertes ihre Grenze fand. Aus der Charakteristik, die wir über Ferdinand II geboten haben, ist ersichtlich, dass es nicht Grausamkeit war, die Ferdinand zu dieser aggressiven Rolle trieb, sondern tiefe, innige Überzeugung; aber für seine Zeitgenossen, die Protestanten, war es schliesslich einerlei, ob man sie aus frommer Überzeugung oder aus Bosheit auf die Schlachtbank führte, für sie unterlag es keinem Zweifel, dass sie sich wehren müssten. Diese Überzeugung leitete die Masse der rebellischen Unterthanen Ferdinands, sie allein unterhielt den grossen Kampf, den wohl der Ehrgeiz Einzelner geschürt, aber nur das Interesse der Gesammtheit entzündet hatte.

Nachdem die der bisherigen Thätigkeit Ferdinands entnommenen Argumente zu seiner Absetzung erschöpft waren, wurden in einer andern Schrift Gründe anderer Art zu demselben Zwecke angeführt. Es wurde betont, welche unerträgliche Schuldenlast die Böhmen auf sich wälzen würden, wenn

sie Ferdinand jetzt anerkennen wollten, denn sie müssten nicht nur die bisher auf die eigene Vertheidigung gemachten Auslagen, sondern auch die von Ferdinand zu ihrer Bekämpfung kontrahirten Schulden zahlen und auch für die Schulden früherer Könige einstehen, die man seit dem Ausbruche des Aufstandes nicht weiter anerkannt habe. — Am frühen Morgen hatte man mit der Vorlesung all der verschiedenen Deductions- und Anklageschriften begonnen, fertig wurde man erst um die zweite Nachmittagsstunde. Die Sitzung wurde jetzt aufgehoben und die nächste Zusammenkunft für den zweitfol-

1619 genden Tag, den 19. August, festgesetzt.

An dem anberaumten Tage kamen die Stände am Morgen zusammen und nun eröffnete Bohuchwal Berka, der erste unter den Direktoren des Herrenstandes, die Debatte, indem er zuerst den Herrn von Fels, der aus dem Feldlager nach Prag gekommen war, um seine Meinung bezüglich der Absetzung Ferdinands befragte.

Leonhard von Fels erhob sich und befürwortete Ferdinands Absetzung, indem er einige von den vorgebrachten Gründen besonders betonte. Seiner Meinung schlossen sich die Direktoren Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Řičan und Johann von Waldstein an, jeder von ihnen begründete dieselbe mit einigen Bemerkungen. Nach ihnen kam die Reihe an Wenzel Wilhelm von Ruppa, den Präsidenten der Direktorialregierung. In wohl durchdachter und einer körnigen Beredtsamkeit nicht entbehrenden Rede, in der es nach dem Geschmacke jener Zeit nicht an frommen Zwischensätzen mangelte, sprach er sich mit aller Entschiedenheit und Schärfe gegen Ferdinand aus und mahnte zur raschen Vornahme einer neuen Königswahl. Er fasste sich ziemlich kurz und durfte dies um so mehr thun, als die Schriftstücke, deren Vorlesung zwei Tage vorher die Sitzung ausgefüllt hatten, ohnedies zumeist auf seine Rechnung zu setzen sind. — Nach dem Beispiele der vorgenannten Personen sprachen sich alle übrigen im Landtage anwesenden Direktoren des Herrenstandes für die Absetzung Ferdinands aus. Die Reihe kam nun an die Direktoren des Ritterstandes; Bohuslaw von Michalowic liess sich in eine längere Begründung seiner auf die Absetzung abzielenden Meinung ein, die übrigen

Direktoren gaben in wenigen Worten ihre Zustimmung zu erkennen. Sämmtliche übrigen im Landtage anwesenden Personen des Herren- und Ritterstandes gaben darauf eine gleichlautende Meinung ab.

Als Berka die Städte aufforderte, ihre Ansicht auszusprechen, ersuchten sie um die Erlaubniss, den Sitzungssaal verlassen zu dürfen, um sich mit den Direktoren ihres Standes zu berathen. Die Erlaubniss wurde gewährt, worauf, als sie nach ungefähr einer Stunde wieder zurückkehrten, der Direktor Martin Fruewein in ihrem Namen das Wort ergriff und ihre Beistimmung zu dem Absetzungsvorschlage erklärte. Berka schloss die wichtige Verhandlung, indem er verkündigte, dass Ferdinand von den Ständen einstimmig seiner königlichen Würde entsetzt worden sei; Gott möge diesen Beschluss segnen. Alle Anwesenden erklärten ihre Zustimmung zu seiner Rede mit den Worten: „Ja, Gott möge dazu seinen Segen geben." *)

Kaum war im böhmischen Landtage diese Entscheidung gefällt worden, so verfügte sich Graf Albin Schlick in Begleitung mehrerer Direktoren zu den schlesischen und lausitzer Deputirten, die man für diesen Tag zu einer Berathung eingeladen hatte. In seiner Ansprache erörterte er kurz und bündig, dass jetzt die Zeit gekommen sei, die Absetzung Ferdinands zu erwägen. Es lasse sich zwar nicht verhehlen, dass dieselbe mit grossen Schwierigkeiten verbunden sei, weil dadurch die Gesammtheit der katholischen Fürsten beleidigt würde, aber andererseits berge die Anerkennung Ferdinands noch grössere Gefahren, denen man weder sich selbst noch seine Nachkommen aussetzen dürfe. Die böhmischen Stände seien alle entschlossen, Ferdinand nimmer wieder zur Regierung gelangen zu lassen; es sei nun an den Vertretern der übrigen Länder, diesen Beschluss anzunehmen oder zu verwerfen und im ersteren Fall zu erklären, wem die Krone aufs Haupt gesetzt werden solle. Die Schlesier baten um Bedenk-

---

*) Skála, III., 259. — Slawata II., 299 führt die Reihenfolge der Redner etwas verschieden an und bringt auch hie und da andere Details.

zeit und da sich ihnen die Lausitzer anschlossen, wurde die Sitzung aufgehoben.*)

Während Albin Schlick mit den Schlesiern und Lausitzern verhandelte, hatte auch Ruppa eine Besprechung mit den Mährern über denselben Gegenstand. Auch sie verlangten eine Bedenkzeit bis zum folgenden Tage, nicht weil sie etwa unentschlossen waren, sondern weil sie ihre Zustimmung zu dem böhmischen Vorschlage in eine gewisse Form bringen wollten. Schon am folgenden Tage erschienen sie im Landtagssaal und erklärten in Anwesenheit der gesammten Stände ihre Zustimmung zur Absetzung Ferdinands. Tags darauf spielte sich dieselbe Scene mit den Schlesiern ab und wiederum einen Tag später mit den Ober- und Nieder-Lausitzern. So war durch einstimmigen Beschluss sämmtlicher Länder der böhmischen Krone die Absetzung Ferdinands ausgesprochen.

Dieser Beschluss war selbstverständlich in der Voraussetzung gefasst worden, dass unmittelbar darauf der böhmische Thron durch eine Neuwahl besetzt werden würde. Damit war der böhmische Aufstand an dem Punkte angelangt, an dem sich sein Schicksal unwiderruflich entscheiden musste. Schon jetzt war der Aufstand, wie sehr man sich dies auch verhehlen wollte, im höchsten Grade gefährdet; wenn man nun noch eine unglückliche Wahl traf, so war Böhmen verloren.

Was die Thronkandidaten betraf, so kamen drei Fürsten in Betracht: der Herzog Karl Emanuel von Savoyen, der Kurfürst von der Pfalz und der Kurfürst Johann Georg von Sachsen. Jeder derselben hatte seine Partei. Ueber die Vorverhandlungen, die mit jedem von ihnen stattgefunden hatten, wollen wir jetzt Bericht erstatten.

III

Wir haben erzählt,**) dass der Präsident der böhmischen Direktorialregierung, Ruppa, schon im November des J. 1618

*) Sächs. St. A. Relation der Oberlausitzer dd. 18. Sept. 1619.

**) Band I. S. 442 u. flg.

dem pfälzischen Vertreter in Prag, dem Freiherrn Achaz von Dohna den Antrag bezüglich der Wahl des Pfalzgrafen zum König von Böhmen gemacht hatte. Der Pfalzgraf war nicht abgeneigt, diesen Antrag anzunehmen, verzichtete aber später auf die Ehre zu Gunsten des Herzogs von Savoyen, da dieser mit seinen ersparten Schätzen die Böhmen in ihrem Kampfe zu unterstützen bereit war, hiefür aber die böhmische oder die deutsche Krone verlangte und dem Pfalzgrafen den Elsass und die vorderösterreichischen Länder zukommen lassen wollte. Im März 1619 hatten sich in Krailsheim der Pfalzgraf, der Fürst von Anhalt, der Markgraf von Anspach, der Graf Solms und Camerarius zu gemeinschaftlicher Berathung eingefunden und hatten beschlossen, an diesem neuen Plan, der hauptsächlich von dem Herzoge von Savoyen ausging, festzuhalten, mit den böhmischen Direktoren die nöthigen Verhandlungen einzuleiten und sie für die savoyische Kandidatur zu gewinnen. Sobald dies geschehen sein würde, sollte Anhalt nach Turin reisen, um da die Sache zum Abschlusse zu bringen.

Um die Vereinbarung mit den Böhmen zuwege zu bringen, wollte der Fürst mit den Häuptern des Aufstandes am 10. April in Taus zusammen kommen. Der Tod des Kaisers hinderte aber die letzteren an der Abreise von Prag und da Anhalt wiederum nicht nach dieser Stadt reisen wollte, um jedes Aufsehen zu vermeiden, so betraute er den Herrn Achaz von Dohna mit der betreffenden Verhandlung. Der Gesandte fand sich ungefähr am 11. April in Prag ein und traf daselbst die Herrn von Ruppa und Hohenlohe. Seinem Auftrage gemäss eröffnete er ihnen, welche Verdienste sich der Herzog von Savoyen durch die Unterhaltung der mansfeldischen Truppen erworben habe und dass derselbe auch ferner nicht nur zu dieser Unterstützung bereit sei, sondern auch eigens 6000 Mann zu Fuss und 1500 Reiter ausrüsten und in den Elsass schicken wolle, um von dort aus den Zuzug frischer Truppen zu Buquoy zu hindern, dass er ferner der Union die Mittel zur Unterhaltung eines Heeres von 12000 Mann zu Fuss und 3000 Reitern bieten und endlich Venedig zu einem Angriffe auf Istrien und Friaul bestimmen wolle. Für alles

1619

1619

dies verlange der Herzog, dass man ihm die Krone von Böhmen antrage. *)

Als Ruppa und Hohenlohe diese Mittheilungen in Empfang nahmen, waren sie nicht wenig überrascht zu vernehmen, dass die einzige fremde Hilfe, die ihnen bisher zu Theil geworden war und die auf Rechnung des Pfalzgrafen ging, ein Verdienst Savoyens sei. Sie hatten Mühe, ihre Enttäuschung zu verbergen und wenig fehlte, so hätten sie die Art und Weise missbilligt, mit der man ohne ihr Mitwissen über sie verfügt und ihre Krone zum Gegenstand eines Handels gemacht hatte. Zudem fühlten sie auch kein rechtes Vertrauen zu den Verheissungen des Herzogs, da er mehr versprach, als mit seinen Kräften verträglich war; denn sie wussten zu ihrem eigenen Schaden nur zu gut, dass die Leistungsfähigkeit eines so umfangreichen und fruchtbaren Landes wie Böhmen, das jedenfalls den Besitz des Herzogs von Savoyen überragte, ziemlich enge Grenzen habe. Achaz von Dohna bemühte sich, ihre Skrupel zu zerstreuen und ihre Hoffnungen wach zu halten, so dass zuletzt Ruppa und Hohenlohe, mehr um dem Pfalzgrafen zu genügen, als um sich den Herzog zu verbinden, das Versprechen gaben, sie würden die savoyische Kandidatur unterstützen, vorausgesetzt, dass die angebotene Hilfe unverweilt geleistet würde. Doch wollten sie keinerlei Bürgschaft dafür übernehmen, dass ihre Bemühungen zu Gunsten des neuen Kandidaten eine durchschlagende Wirkung haben würden.**) Schliesslich übergaben sie im Namen der Direktoren dem pfälzischen Unterhändler auf seinen Wunsch zwei Schreiben für den Herzog Karl Emanuel, deren Inhalt nicht weiter bekannt ist, die aber unzweifelhaft demselben Hoffnung auf die Erreichung seiner Wünsche machten.***)

---

*) Münchner St. A. 548, 10. Anhalt an Achatz von Dohna dd. 28. März a. St. 1619. Ebend. 425, 4: Extrait des articles, qui ont esté proposé par Mr. le Baron Achatius de Dohna a ces deux confidens de Bohême. — Memorial für Achaz von Dohna. Collectio Camerariana Vol. 47 Nro. 45 in der münchner Hofbibliothek.

**) Münchner StA. 425, 4 Achatz v. Dohna an Anhalt dd. 6./16. April 1619, Amberg.

***) Nach dem Briefe Dohna's scheinen die Direktoren von der Bedeutung dieser Schreiben keine Ahnung gehabt zu haben, denn die savoyische Kandidatur blieb für Jedermann ausser dem Triumvirat ein Geheimniss.

Als der Fürst von Anhalt durch Achaz von Dohna von dem Resultate der Verhandlungen in Kenntniss gesetzt wurde, hielt er dasselbe für befriedigend und begab sich alsbald im strengsten Incognito auf die Reise in Begleitung Christophs von Dohna, mit dem er am 30. April in Rivoli, zwei Wegstunden von Turin, eintraf. Auf die Einladung des Herzogs nahm er am folgenden Tage seinen Wohnort in einem Lustschloss in der Nähe von Turin und blieb daselbst während der ganzen Zeit, die die folgenden Verhandlungen in Anspruch nahmen. Er eröffnete dieselben damit, dass er dem Herzog die Briefe der böhmischen Direktoren und schriftlich den Wortlaut jener Erklärungen vorlegte, die Achaz von Dohna auf seine Mittheilungen von Ruppa und Hohenlohe erlangt und die derselbe den beiden Herren vorgewiesen hatte, um gewiss zu sein, dass er sie richtig verstanden habe. Diese Aufzeichnungen wurden nun dem Herzog mitgetheilt, so dass er selbst über das Mass der Hoffnungen urtheilen konnte, die man ihm von böhmischer Seite machte.*)

1619

Karl Emanuel, der sich im Januar mit so hochfliegenden Plänen getragen hatte und bereit war, den Kampf mit dem Hause Habsburg aufzunehmen, war jetzt etwas nüchterner geworden, er war nicht nur von dem übertriebenen Vertrauen in seine Kräfte zurückgekommen, auch die etwas kühlen Aeusserungen der böhmischen Herren machten ihn bedenklich. Sein Plan ging jetzt nicht weiter, als dass er dem Hause

*) Ueber den Inhalt der folgenden Verhandlungen berichten wir auf Grund folgender Akten: 1. dem Diurnale tractationum, quas princeps Anhaltinus cum duce Sabaudiae habuit, das von Christoph von Dohna herrührt und in dem Archiv der Unito-Protestantium abgedruckt ist; 2. aus Anhalts eigenem Bericht über die Verhandlungen an Kurpfalz dd. 18./28. Mai, 1619, Rivoli, im Münchner St. A., 425, 4; 3. aus dem Vertrage der in Rivoli provisorisch am 18./28. Mai zwischen Savoyen und dem Fürsten nomine des Pfalzgrafen abgeschlossen wurde, der sich ebenfalls im Münchner St. A. befindet; 4. aus dem Memoire à part pour Son Altesse zu demselben Gegenstand gehörig und gleichfalls in Münchner St. A. enthalten; endlich 5. aus dem Berichte des Sir Isaac Wake an den Marquis von Buckingham dd. 5./15. Juni 1619, Turin, bei Gardiner. Wake war in das Geheimniss der Verhandlung gezogen und liefert wichtige Beiträge zur Kenntniss derselben.

Habsburg durch diplomatische Intriguen den grösstmöglichen Schaden zuzufügen gedachte; heimlich wollte er auch ein kleines Geldopfer zu diesem Zwecke bringen, aber offen mochte er sich nicht binden. Da er mit seinen veränderten Absichten nicht hervortreten wollte, bekamen die Verhandlungen mit dem Fürsten von Anhalt etwas zerfahrenes. Bald schien der Herzog an der Kandidatur um die böhmische Krone festzuhalten und hiefür zu den äussersten Anstrengungen entschlossen zu sein, bald bemerkte er, dass diese Krone besser für den Pfalzgrafen passe, und verhehlte so nicht, dass er eigentlich kein rechtes Vertrauen zu dem schliesslichen Resultate des Kampfes habe. Ab und zu zeigte er, dass ihn ein anderes Unternehmen noch weit mehr beschäftige als der ganze böhmische Streit mit allen seinen Konsequenzen, denn in seinem Innern erwog er einen Angriff auf Genua. Die reiche Bank dieser Stadt reizte seit jeher die Habsucht italienischer Fürsten; der Herzog erzählte seinem deutschen Gaste, dass dieselbe jetzt einen Schatz von 32 Millionen (wahrscheinlich Dukaten) beherberge und dass er überaus gern einen Handstreich wagen würde, wenn Frankreich sich dabei betheiligen wollte. Immer wieder kam er auf diesen Gegentand zurück, bedauerte, dass Frankreich vorläufig nicht mitthun wolle, tröstete sich aber, dass dies später der Fall sein werde.

Neben dieser Unterhaltung über Genua und neben der Verhandlung bezüglich Böhmens, die trotz der Unschlüssigkeit des Herzogs täglich weiter gefördert wurde, besprachen die beiden Staatsmänner auch das Verhältniss zu Venedig. Karl Emanuel drang darauf, dass man Venedig zu gewinnen trachte und vermittelte zu diesem Ende eine Zusammenkunft zwischen Anhalt und den Gesandten der Republik, die damals, wie es scheint, in Turin doppelt vertreten war.*) Obwohl der Fürst und auch Christoph von Dohna, der einen sehr thätigen Antheil an allen Verhandlungen nahm, sich energisch um den Beistand der Republik bemühten und die Erfolge, welche ein Angriff gegen Friaul zur Folge haben müsste, in das glän-

*) Im Journal Christophs von Dohna werden beharrlich les ambassadeurs de Venise angeführt.

zendste Licht stellten, konnten sie die Gesandten doch zu keinen besonders trostreichen Versprechungen bewegen. Sie erboten sich wohl, die Wünsche der Union und der Böhmen der Signoria mitzutheilen, machten aber kein Hehl aus der geringen Hoffnung auf deren Gewährung und namentlich auf eine Geldunterstützung; alles, was sie versprechen zu können glaubten, war, dass die Signoria den spanischen Truppen, die zur Bekämpfung der Böhmen aus Italien abgeschickt würden, den Durchzug durch das venetianische Gebiet verwehren würde.

Auch das Verhältniss zu Frankreich wurde zwischen Christian von Anhalt und Karl Emanuel eingehend erörtert. Ersterer verlangte, dass der Herzog den König von Frankreich für den Kampf gegen Ferdinand günstig stimmen und ihn zur Aufbietung seines Einflusses bewegen solle, damit die Kaiserwahl verschoben und nicht vor Entscheidung des böhmischen Streites vorgenommen werde, überhaupt solle Ludwig veranlasst werden in die Fusstapfen Heinrichs IV zu treten, dem Hause Habsburg die Kaiserkrone entreissen und die Union in dem bevorstehenden Kampfe mit Geld und Truppen oder wenigstens mit einem von beiden unterstützen. Karl Emanuel versprach zu thun, was in seinen Kräften stehe, und schickte auch unverweilt einen Courier an den Prinzen von Piemont ab, um durch diesen den französischen Hof für diese Politik zu gewinnen. Er verhehlte jedoch nicht, wie gering seine eigenen Hoffnungen auf einen günstigen Erfolg seien; das höchste, was er der Union von Frankreich versprechen zu können glaubte, war eine neutrale Haltung. Aber selbst diese schien ihm ungewiss, weil ihn gerade in diesen Tagen der französische Agent in Turin im Namen seines Ministers, des Herrn von Puysieux, vor der Einmischung in die böhmischen Angelegenheiten gewarnt habe.

Die Zurückhaltung Venedigs, die unfreundliche Stimmung Frankreichs wären wohl genügend gewesen, den Herzog von Savoyen zum Abbrechen der weiteren Verhandlungen mit Anhalt zu bestimmen. Trotzdem that er es nicht, theils blendete ihn der Glanz der böhmischen Krone, theils machte er sich daraus kein Gewissen, Versprechungen zu geben, ohne es mit ihrer Einhaltung ernstlich zu nehmen. So kam endlich

nach vierwöchentlichen Verhandlungen, die hauptsächlich durch ein ernstliches Unwohlsein des Fürsten von Anhalt so in die Länge gezogen worden waren, ein Vertrag zwischen Savoyen und dem Pfalzgrafen, als Haupt der Union, zu Stande, der wenn er durchgeführt worden wäre, den Böhmen jedenfalls eine grosse Hilfe geboten hätte. Karl Emanuel verpflichtete sich in demselben 1. zur weiteren Unterhaltung von 4600 Mann unter dem Kommando Mansfelds, 2. zur Verhinderung spanischer Truppendurchzüge aus Italien nach Deutschland und, falls er dies thun könnte, zur Absendung einer Armee von 6600 Mann nach dem Elsass, und 3. zur monatlichen Zahlung von 100.000 Dukaten an die Union. Als Gegenleistung sollte der Pfalzgraf ein Heer von 10.000 Mann zur Unterstützung der Böhmen anwerben und seinen Einfluss in diesem Lande aufbieten, dass die Krone desselben dem Herzog übertragen werde. Durch einen zweiten, am selben Tage formulirten Vertragsentwurf wurde jedoch bestimmt, dass, wenn aus irgend welchen Gründen der Herzog von Savoyen nicht auf den böhmischen, wohl aber auf den deutschen Thron gelangen würde, er wenigstens die monatliche Subsidienzahlung von 100.000 Dukaten zur Unterstützung der Böhmen leisten wolle, vorausgesetzt, dass die letzteren eine dem gemeinsamen Interesse entsprechende Königswahl treffen würden.*) Die Ratification dieser Verträge sollte binnen zwei Monaten vor sich gehen und zwar verlangte der Herzog, dass dieselbe nicht bloss von dem Pfalzgrafen als Haupt der Union, sondern auch von dem Markgrafen von Anspach geschehe.**)

1619 Am 28. Mai berichtete Christian von Anhalt dem Pfalzgrafen, welche Mühe es ihn gekostet habe, den Abschluss des Vertrages zuwege zu bringen und die Bedenklichkeiten des Herzogs zu beseitigen. Er mag selbst gezweifelt haben, ob der Vertrag je in allen Theilen zur Geltung kommen würde; eines aber glaubte er mit demselben erzielt zu haben, nämlich eine für den Augenblick sehr erwünschte Geldhilfe für die

*) Dieser zweite Vertragsentwurf findet sich im turiner Archiv. Erdmannsdörfer: Herzog Karl Emanuel I. von Savoyen etc.

**) Arch. U. S. Anhalt an Savoyen dd. 10./20. Juni 1619, Heilbronn.

öhmen, denn da Karl Emanuel sich verpflichtet hatte, 400.000 ukaten längstens binnen zwei Monaten nach der Ratification es Vertrages in Deutschland zur Zahlung anzuweisen, so aubte Anhalt auf diese erste Rate mit aller Sicherheit rechn zu können und das war jedenfalls die Reisekosten nach urin werth. So mit sich selbst zufrieden und hoffnungsll in die Zukunft blickend trat Anhalt die Rückreise ; gleichzeitig mit ihm oder wenig später verfügte sich im uftrage des Herzogs von Savoyen ein Herr de Bausse nach eutschland, um sich von da aus ausgerüstet mit Empfehlunn des heidelberger Kabinets nach Böhmen zu begeben und it Ruppa, Hohenlohe und Thurn die Thronfrage ins reine bringen. Der Herzog wolltes ich durch seinen eigenen Agenn Sicherheit schaffen, inwieweit seine Hoffnungen begründet ien, bevor er sich zu den im Vertrage stipulirten Opfern rstand.

Christian von Anhalt lenkte seine Schritte unmittelar nach Heilbronn, wo sich soeben ein Unionstag versameln sollte. Die Absicht, welche das heidelberger Kabinet bei iner Berufung leitete, war eine doppelte: es sollte die Unterützung berathen werden, die man den Böhmen zukommen ssen wollte, und dann, wie wir berichtet haben, die Halng der Union gegenüber der bevorstehenden Kaiserwahl gegelt werden. Alle Mitglieder der Union waren erschienen nd auch die Böhmen hatten eine Gesandtschaft abgeordnet, n deren Spitze sich der Graf Albin Schlick befand; zuletzt atte sich auch der englische Gesandte bei der Republik Veedig, Wotton, der auf der Reise dahin begriffen war, hier ingefunden.

Die böhmische Gesandtschaft verlangte, dass die Vertröungen, mit denen der Pfalgraf seit Jahr und Tag so wenig ekargt hatte, endlich zur Wahrheit würden und man den öhmen mit Geld und Truppen zu Hilfe komme.*) Christian von nhalt hatte ihnen wohl erst vor wenigen Tagen eine Truppen-

*) Münchner St. A. 427, 16, Bitte der böhmischen Gesandten in Heilbronn dd. 3./13. Juni 1619. — Bernburger Archiv Reg. VI., B IV, Vol. XII Zeitung aus Prag.

und Geldhilfe durch den Vertrag mit dem Herzog von Savoyen gesichert, allein dies waren vorläufig nur schöne Aussichten, mit denen die böhmische Geldnoth nicht behoben werden konnte. Die pfälzischen Politiker sahen also ein, dass für Böhmen unverweilt etwas geschehen müsse und befürworteten deshalb bei der Union mit allem Eifer deren Unterstützung. Aber auch hierin zeigte sich, dass der Erfolg tief unter den Erwartungen stand, denen man sich in Prag hingegeben hatte. Mit 200.000 Gulden wollte die Union helfen, aber diese Summe nicht etwa selbst leihen, sondern nur die Bürgschaft für dieselbe übernehmen; die Böhmen sollten selbst zusehen, wo sie das Geld herbekämen. Wir wollen gleich hier bemerken, dass diese Bürgschaftsanerbietung ganz nutzlos war, denn die böhmischen Direktoren bekamen keinen Heller geliehen. Das waren also die heidelberger Schätze, die in den Berechnungen der böhmischen Heisssporne nur zu häufig eine wichtige Rolle gespielt hatten.

Indessen, wenn die Union auf dieser Seite die auf sie gesetzten Hoffnungen täuschte, schien sie doch auf einer andern etwas gut machen zu wollen. Sie fasste den Plan, ein Heer von 10—12.000 Mann zu Fuss und 3000 zu Ross auszurüsten, das einerseits die in Deutschland und Flandern für Buquoy geworbenen Truppen am Weitermarsche hindern, andererseits den Böhmen jede nach Umständen mögliche Hilfe leisten sollte. Ein solcher Beschluss hatte allerdings seinen besondern Werth, wenn er ausgeführt wurde. Allein es zeigte sich schon während des heilbronner Tages, dass die Union höchstens die Vorbereitungen zu diesen Rüstungen auf eigene Faust treffen wollte, ihre Durchführung aber von fremder Hilfe abhängig machte. Unmittelbar nach gefasstem Beschlusse schrieben nämlich die Unionsfürsten an Jacob von England und baten ihn um eine Geldunterstützung, da es ihnen nicht möglich sei, die Last allein zu tragen und der Fall übrigens eingetreten sei, auf Grund dessen nach dem zwischen England und der Union bestehenden Bündnisse die Hilfeleistung zu geschehen habe.*)

*) Gardiner, Letters and others documents. The Princes of the Union to James I. dd. 17./27. Juni 1619, Heilbronn.

Gleichzeitig bat der Pfalzgraf den englischen Gesandten in Turin, Mr. Wake, er möchte die Signoria in Venedig ersuchen, der Union die von ihr unterhaltene Kavallerie wenigstens für sechs Monate zu leihen.*) Wenn man bedenkt, dass nach dem Vertrage von Rivoli eigentlich der Herzog von Savoyen für die Unterhaltung der Unionsarmee einstehen musste, so ergibt sich, dass das pfälzische Kabinet durch die gleichzeitige Herbeiziehung Englands zu den Rüstungs- und Kriegskosten einen Gewinn für sich herausschlagen wollte. Christian von Anhalt benachrichtigte den Herzog von Savoyen aus Heilbronn von dem auf die Rüstungen bezüglichen Beschlusse und bemerkte zugleich, dass er ihm die Ratification des Vertrages von Rivoli nicht überschicken könne, weil er noch nicht Gelegenheit gehabt habe, die Verhandlungen mit Böhmen, die ja für den Herzog entscheidend seien, zu Ende zu führen. Aus diesem Grunde unterliess er es auch, denselben um eine Ratenzahlung zu ersuchen, dagegen versäumte er nicht, ihm die Unterstützung des Grafen Mansfeld, dessen Niederlage bei Zablat eben bekannt geworden war, dringend zu empfehlen.

In der That musste Anhalt zuerst die Verhandlungen mit Böhmen zu Ende bringen, weil die Anerbietungen Savoyens nicht für alle Fälle gleich lauteten, sondern bei der Kandidatur um die deutsche Krone anders bestimmt waren, als bei der um die böhmische.**) Um die Entscheidung in Böhmen zu beschleunigen gab Anhalt in Amberg, wohin er mittlerweile gereist war, dem Agenten des Herzogs, Mr. de Bausse, Instructionen und Empfehlungen nach Prag, um Ruppa und seine Partei im Sinne des rivoler Vertrages zu bindenden Erklärungen für die savoyische Kandidatur zu vermögen. Er beeilte sich um so mehr dies zu thun, als der Graf von Mansfeld eben aus Böhmen herbeigeeilt war und ihm berichtete, dass die Stimmung im Lande in Folge der langwierigen Kriegsdrangsale eine sehr gedrückte sei und man sich unerwarteter

---

*) Ebend. Friedrich V an Wake dd. 20./30. Juni 1619, Heilbronn.

**) Münchner St. A. 548/10. Anhalt an Kurpfalz dd. 5./15. Juli 1619, Amberg — Ebend. Memoire pour Mr. de Bausse dd. 3./13. Juli 1619. — Archiv U. P. Anhalt an Savoyen dd. 10./20. Juni 1619, Heilbronn und 5./15. Juli 1619, Amberg.

Beschlüsse versehen könne, wenn man den Ständen nicht unter die Arme greife. Anhalt, der die Gefahr nicht unterschätzte, weihte Mansfeld in die rivoler Verhandlungen ein und bevollmächtigte ihn und de Bausse, den Herrn von Ruppa mit denselben bekannt zu machen. Gern hätte er über die stipulirten Subsidien von 100.000 Dukaten monatlich geschwiegen, weil er fürchtete, dass die Böhmen Anspruch auf dieselben erheben würden, während er sie für die Rüstungen der Union zu verwenden gedachte, allein er durfte damit nicht hinter dem Berge halten, theils um Ruppa und seinen Freunden mehr Muth zu machen, theils um sich vor dem savoyischen Agenten keine Blösse zu geben. So in eingehender Weise instruirt eilten de Bausse und der Graf von Mansfeld nach Prag, um sich ihrer Aufträge zu entledigen.

Nachdem Anhalt auf diese Weise das Seinige gethan hatte, um die böhmischen Stände von den Vereinbarungen mit Savoyen in Kenntniss zu setzen, bemächtigte sich seiner ein gewisses Gefühl der Unbehaglichkeit. Trotz aller Verhandlungen in Rivoli hatte er nie etwas anderes gewünscht, als dass der Pfalzgraf den böhmischen Thron besteige, und nun sah er sich im Netze seiner Politik gefangen und musste gleichsam gegen sich selbst arbeiten. Seinem Unmuthe machte er dadurch Luft, dass er dem Markgrafen von Anspach die Ratification des rivoler Vertrages widerriet, „denn“, so schrieb er ihm, „wenn Böhmen sich dem Herzog von Savoyen in die Arme wirft, so wird sich dieser nur um die neu gewonnene Krone und nicht um die Union kümmern und letztere wird mit ihren Rüstungen auf ihre eigenen Mittel angewiesen sein.“ Auch der Pfalzgraf, den Anhalt von der Absendung Mansfelds und des de Bausse in Kenntniss gesetzt hatte, *) billigte dieselbe zwar, wurde aber trotzdem etwas einsilbig und äusserte mehr Furcht als Freude darüber, dass die Böhmen mit beiden Händen nach den Anerbietungen des Herzogs von Savoyen greifen und ihm die Krone antragen könnten. Seine

---

*) Arch. U. P. Anhalt an Anspach dd. 4/14. Juli 1619. — Münchner St. A. 134/22 Auszug eines Briefes von Kurpfalz an Anhalt dd. 9./19. Juli 1619, Heidelberg. — Ebend. 548/10 Anhalt an Mansfeld dd. 14/24 Juli 1619.

stille Hoffnung bestand darin, dass der letztere nicht im Stande sein werde, seinen grossen Versprechungen nachzukommen und dass dann vielleicht nur ihm allein die reife Frucht in den Schooss fallen werde.

Bei dieser Gemüthsstimmung der zwei am meisten an dem Ausgange der böhmischen Wirren betheiligten Personen, des Pfalzgrafen und des Fürsten von Anhalt, ist es begreiflich, dass sie es bald überdrüssig wurden, ruhig zu erwarten, was de Bausse und Mansfeld in Prag ausrichten würden. Der Fürst von Anhalt wusste, dass der Generallandtag daselbst im Begriffe sei entscheidende Beschlüsse zu fassen und um diese dem Interesse des Pfalzgsafen entsprechend zu leiten, beschloss er die Absendung eines Agenten nach Prag. Allfällige Zweifel über die Zweckmässigkeit dieses Schrittes zerstreute ein Brief Tschernembls, der den Fürsten von Anhalt dringend um die schleunige Absendung einer vertrauten Persönlichkeit ersuchte, weil jetzt die wichtigsten Beschlüsse gefasst werden und man an die Wahl eines Oberhauptes der konföderirten Länder gehen würde. *) Auf diese Mahnung entschloss sich Anhalt im Einverständnisse mit dem Pfalzgrafen den Freiherrn Achaz von Dohna nach Prag zu schicken und durch diesen bei den Leitern der ständischen Bewegung offen um die Übertragung der Krone an den Pfalzgrafen zu ersuchen. Dohna traf am 2. August in Prag ein und hatte unmittelbar nach seiner Ankunft eingehende Besprechungen mit Ruppa, deren Inhalt sehr geheim gehalten wurde und die deshalb in hohem Grade den Argwohn und Aerger des sächsischen Gesandten erregten. *) Wir können über dieselben nur so viel mittheilen, dass Ruppa erbötig war, die Wahl Friedrichs auf jede Weise zu fördern wenn der letztere eine Erklärung abgeben würde, dass er die angebotene Krone annehmen wolle. *)

1619

Jedenfalls entschied sich Ruppa schon jetzt für die Kandidatur des Pfalzgrafen und beachtete nicht weiter die sa-

*) Bernburger Arch. Tschernembl an Anhalt dd. Prag, 16. Juli 1619.

*) Sächs. St. A. 9172, XV. Lebzelter an Schönburg dd. 28. Juli/7. Aug. 1619, Prag.

*) Achaz von Dohna an Anhalt dd. 11./21. August 1619. — Coll. Cameraria in der münchner Hofbibliothek.

voyischen Bewerbungen, über die er von de Bausse und Mansfeld eingehend unterrichtet wurde. Schon im Monate April, als er zum erstenmal von den savoyischen Ansprüchen Kenntniss erhielt, war er von ihnen nicht entzückt, da ihm die savoyische Kandidatar mehr als eine Intrigue und nicht als eine staatsmännische Lösung der böhmischen Schwierigkeiten galt. Seit der Zeit war nichts vorgekommen, was ihn hätte anders stimmen können; der Herzog von Savoyen machte zwar grosse Versprechungen, aber wie konnte man ihnen trauen, wenn er seit mehr als einem halben Jahre keinen weitern Beitrag zur Erhaltung der mansfeldischen Truppen leistete, obwohl der Fürst von Anhalt ihn wiederholt darum ersucht und auch Mansfeld nach der Niederlage von Záblat die dringendsten Bitten nach Turin gerichtet hatte. Der Herzog antwortete darauf, dass er sich nur auf so lange zu dieser Unterstützung verpflichtet habe, bis der englische Gesandte, der von Turin nach England gereist sei, ihn nach der Rückkehr im Namen Jakobs um die Fortsetzung seiner Hilfe ersuchen würde. Nun sei dieser Gesandte zurückgekehrt, ohne diese Bitte auszusprechen. Mit dieser Erklärung verzichtete Karl Emanuel eigentlich selbst auf die weitere Bewerbung um den böhmischen Thron und zwar in dem Augenblicke, wo sich de Bausse und Mansfeld für ihn in Prag bemühten und wo man auf pfälzischer Seite die Ratification des rivoler Vertrages noch nicht definitiv aufgegeben hatte. Man kann es dem Herzog nicht verübeln, wenn er bei der gleichgiltigen Haltung Jakobs von der böhmischen Sache nichts mehr wissen wollte und wenn er die Zukunftsbilder, die Anhalt vor ihm aufrollte, für Luftgebilde nahm und keine weiteren Opfer bringen wollte.*) Man begreift aber auch, dass de Bausse und Mansfeld jetzt bei Ruppa kein Entgegenkommen fanden und dass dieser sich den pfälzischen Plänen weit geneigter zeigte.

In der That kam jetzt zwischen Ruppa und Dohna eine völlige Einigung zu Stande und der erstere war erbötig seinen Einfluss für den Pfalzgrafen aufzubieten, wenn sich derselbe

---

*) Gardiner, Wake an Buckingham dd. 29. Juni/9. Juli 1619.

ur Annahme der dargebotenen Krone verpflichten würde. Im die gewünschte Erklärung von dem Pfalzgrafen einzuholen, eiste Dohna nach Amberg, wo sich Friedrich um diese Zeit ingefunden hatte, offenbar um den Ereignissen näher zu sein. Nach den Mittheilungen, deren Ueberbringer Dohna war, sah ich der Pfalzgraf von der Furcht befreit, dass ihm der Herog von Savoyen in Böhmen zuvorkommen könnte, aber die reudige Genugthuung, die ihm dies gewährte, war durch ie Eile verbittert, mit der man ihn von Prag zu einer bindenen Erklärung drängte und dies zu einer Zeit, wo die Sache er Böhmen auf dem Kampfplatze schlecht stand und ihm selbst ei der Kaiserwahl in Frankfurt eine zwar unblutige, aber eshalb nicht minder bedeutsame Niederlage drohte. Der Pfalzraf glaubte sich in dieser schwierigen Lage in einer Weise u helfen, die schwachen Geistern eigen ist; er betrat den efahrvollen Weg, suchte sich aber die Rückkehr offen zu alten. Dohna bekam demgemäss von ihm eine mündliche Erkläung, in der er sich zwar zur Annahme der böhmischen Krone eneigt zeigte, aber seine definitive Zusage von dem Eintreffen ewisser Bedingungen abhängig machte und deshalb verlangte, ass Ruppa und seine Freunde mit der Absetzung Ferdinands nd der Wahl eines Nachfolgers noch warten möchten. Aus em weitern Verlaufe der Verhandlungen ist ersichtlich, dass ie Bedingungen, von denen der Pfalzgraf die Annahme der öhmischen Krone abhängig machte, darin bestanden, dass er uvor der Zustimmung Jakobs von England und der Hilfe ler Generalstaaten versichert sein wollte. *)

*) Münchner St. A. 425/4, Achaz von Dohna an Anhalt dd. 11./21. Aug. 1619. Der betreffende Brief ist zum Theil chiffrirt, die deutschen Worte desselben sind die über den Chiffern geschriebene Erklärung. Dohna schreibt: "...Maintenant l'on presse (in Prag) extrement nene Election. Dona a representé aux confidens la declaration de Pfalzgraf, qui les contente beaucoup, mais l'attente de la resolution finale et entière leur tarde assez faisans instance, que l'on se haste." — Ueber den Inhalt dieser Declaration haben wir eine doppelte Andeutung gefunden, die eine in der „fürstlich Anhaltischen gehaimben Cantzley," wo es S. 161 heisst: „Er (Dohna) hab den Confidenten (Ruppa, Hohenlohe und Thurn) die Declaration des Pfalzgrafen, von deren oben der Grosshofmaister sagt, dass der Pfalzgraf resolviert in aigner Person zu Pferdt zu sitzen, doch

Achaz von Dohna langte mit seinen neuen Weisungen am 1619 18. August in Prag an und verursachte durch die Mittheilung, dass der Pfalzgraf die böhmische Krone nicht zurückweise, bei Ruppa und seinem Anhange viel Freude, wiewohl andererseits der Wunsch des Pfalzgrafen, dass man die Absetzung Ferdinands und die Wahl eines Nachfolgers noch aufschieben solle, minder angenehm berührte. Die Direktoren fühlten sich ausser Stande, bei den täglich sich mehrenden Geldverlegenheiten und den Misserfolgen auf dem Kriegsschauplatze die Regierung noch länger mit Anstand zu führen und wollten sich deshalb der auf ihnen lastenden Verantwortlichkeit entledigen, indem sie dieselbe auf Jemanden andern wälzten. Ein letzter und wohl der zwingendste Grund, die Wahl nicht länger zu verschieben, bestand aber darin, dass die bevorstehende Kaiserwahl in Frankfurt unter dem Volke eine bedeutende Aufregung verursachte; es war zu befürchten, dass, im Falle Ferdinand zum Kaiser gewählt würde, die Bevölkerung von Prag seine Absetzung als König von Böhmen gewaltsam hindern könnte. Ruppa und sein Anhang konnten also um keinen Preis das Fristgesuch des Pfalzgrafen beachten und wenn sie sich auch nicht verhehlten, dass ihre Lage eine peinliche sein werde, wenn der Pfalzgraf die übereilte Wahl ablehnen würde, so wollten sie es doch darauf ankommen lassen.*) Auch war der Generallandtag ja eigens zu dem Zwecke zusammengetreten, um die Frage, ob Ferdinand ab-

---

dass man ein wenig mit der öffentlichen Wahl zuwarte, biss die resolution auss N (unzweifelhaft aus England) und von den Staden wie auch vom Gabor eingelangt, repräsentirt." — Die zweite Andeutung über den Inhalt der Declaration findet sich in einem Schreiben des Pfalzgrafen an Achaz von Dohna dd. 16./26. August 1619, Amberg (Münchner St. A. 548/10). Aus diesem Schreiben ergibt sich, dass die Declaration nur eine dem Achaz von Dohna gegebene mündliche Erklärung des Pfalzgrafen war, die dahin ging, dass er die böhmische Krone bedingungsweise annehmen wolle. Die Bedingung specialisirt der Pfalzgraf in diesem Schreiben dahin, dass er der Zustimmung Englands und der Generalstaaten gewiss sein müsse.

*) Münchener St. A. 425/4, Achaz von Dohna an Anhalt dd. 11./21. und 14./24. August 1619 und Sächs. St. A. 9172, XV. Lebzelters Schreiben dd. 10./20. August 1619, Prag.

setzen sei oder nicht, zu entscheiden, die böhmischen Stände
llten ihren Beschluss schon am 19. August, also am Tage 1619
ch Dohna's Ankunft, treffen. Es war unmöglich diese Sitzung
fzuschieben und die Absetzung Ferdinands hintanzuhalten,
d wenn diese ausgesprochen wurde, dann liess sich auch
e Neuwahl nicht aufschieben und deshalb konnte Ruppa
ine Frist zugestehen. Dohna wurde demnach ersucht, den
alzgrafen schriftlich um eine schleunige Kundgebung sei-
s endgiltigen Entschlusses zu bitten, da man auf die Zu-
immung des englischen Königs nicht warten könne.*) Bevor
r Pfalzgraf noch in den Besitz dieses Briefes kam, schrieb
selbst an Achaz von Dohna und erklärte in bestimmter
Veise, dass er keinen definitiven Entschluss bezüglich der
m angebotenen Krone fassen könne, so lange er nicht von
ngland Nachricht habe, wie Jakob sich zu seiner Wahl stellen
olle. Er verlangte deshalb, dass die Königswahl auf einen
onat oder mindestens auf 14 Tage verschoben werde und
rsprach dafür, schon jetzt zu rüsten und eine kleine Armee in
r Oberpfalz zu sammeln. *) Aufschub der Wahl, so lautete also
s letzte Wort des Pfalzgrafen, aber noch war seine Er-
ärung in Prag nicht angelangt, als die Wahl daselbst bereits
llzogen war.

Ausser diesen zwei Kandidaten um die böhmische Krone,
m Pfalzgrafen und dem Herzog von Savoyen, gab es noch
nen dritten, dessen Wahl man im Lande mit viel Sympathie
grüsst hätte, wiewohl er selbst sich nie um dieselbe be-
rben hatte; es war dies der Kurfürst von Sachsen, Johann
eorg I.

Johann Georg war der Neffe jenes Moritz von Sachsen,
r durch sein Bündniss mit Kaiser Karl V die Niederlage
s schmalkaldischen Bundes herbeigeführt und dafür zum
hne Kursachsen erhalten hatte, dessen Besitzer Johann
iedrich I mit Weimar entschädigt wurde. Durch den Ver-
th, den Moritz in der Folge an Karl V übte, hatte er sich bei
n deutschen Protestanten wieder in einiges Ansehen gesetzt

) Achaz von Dohna an Kurpfalz dd. 15./25. August 1619, Coll. Camer.
) Der Pfalzgraf an Dohna dd, 16./26. August 1619, Coll. Camer.

und die Art, wie er zur Kurwürde gelangt war, in Vergessenheit gebracht. Die Erben des Kurfürsten Moritz und die Nachkommen des der Kurwürde beraubten Johann Friedrich I standen begreiflicher Weise trotz ihrer gemeinschaftlichen Abstammung in keinen freundlichen Beziehungen, da die letzteren den an ihnen begangenen Raub nicht vergessen konnten. Als der böhmische Aufstand ausbrach und Friedrich von der Pfalz die Königskrone annahm, fand er an dem Herzoge von Weimar einen eifrigen Anwalt und man glaubte, dass diese Parteinahme hauptsächlich durch den Wunsch veranlasst sei, bei dem voraussichtlichen Umsturze aller Verhältnisse die Kurwürde wieder an sich zu bringen und so das erlittene Unrecht an den Erben des Kurfürsten Moritz zu rächen. Da dem Kurfürsten Johann Georg diese feindselige Stimmung seines Vetters nicht unbekannt war, so mag sie die Veranlassung gewesen sein, dass er im Widerspruch mit der von den übrigen protestantischen Fürsten Deutschlands befolgten Politik sich beharrlich den Kaisern anschloss und jede Mahnung, sich ihren Feinden zuzugesellen, von sich wies; doch mögen dabei auch seine Ansprüche auf die jülichische Erbschaft, die von Brandenburg energisch bekämpft wurden, mit in die Wagschale gefallen sein, da er sie nur mit Hilfe der Habsburger durchsetzen konnte.

Der Leumund, dessen sich Johann Georg erfreute, war kein günstiger, überall sprach man nur von seiner Trunksucht und seinen rohen Manieren, mit denen er seine Umgebung wie ein orientalischer Despot misshandelte. Zehn Jahre vor der hier geschilderten Zeit fand sich in Dresden eine Gesandtschaft des Grossherzogs von Toskana ein und wurde zu einer Tafel gezogen, an der der damalige Kurfürst Christian II und seine beiden Brüder, der nunmehrige Kurfürst Johann Georg und der Herzog August sich betheiligten. Die Beschreibung, die die Gesandten von dem Gebahren Christians geben, passt so ziemlich auch auf Johann Georg. Christian war zu faul oder zu vornehm, um sich mit seiner Umgebung anders als in der Zeichensprache zu unterhalten, ein Schütteln des Kopfes oder eine Bewegung der Finger deutete den Dienern seinen Willen an und wenn er ja seine Umgebung einiger

Worte würdigte, so waren das obscöne Witze. Sein Gesicht trug deutliche Spuren seiner Trunksucht und gleiches wird von seinem damals erst 24 Jahre alten Bruder Johann Georg berichtet. Das Mahl dauerte sieben Stunden, stumm sass der Kurfürst da, stumm seine beiden Brüder und stumm sassen auch die Gesandten da und nur das Klirren der ungeheuren Pokale verriet, dass die Gesellschaft aus Lebenden bestehe.*) Nicht viel anders ging es später bei der Tafel Johann Georgs zu, denn auch da bildete das Trinken die einzige Unterhaltung. Dass bei dieser Lebensweise der Sinn für ernste Arbeit dahin schwand, ist begreiflich; nur eines den Trinkern eigene Laster theilte der Kurfürst nicht, er war nicht verschwenderisch, sondern hielt seine Mittel so streng zusammen, dass er den Vorwurf des Geizes auf sich lud.

Trotz seines abschreckenden Wesens erfreute sich Johann Georg in Böhmen eines bedeutenden Anhanges, da es den auf den Sturz der habsburgischen Herrschaft hinarbeitenden Politikern nicht entgehen konnte, dass dies mit Hilfe des Kurfürsten von Sachsen am leichtesten zu bewerkstelligen sei. Dieser Überzeugung entsprangen auch die vertraulichen Mittheilungen,*) die Thurn, Andreas Schlick und Wenzel Wchýnský im J. 1614 durch einen sächsischen Agenten dem Kurfürsten zukommen liessen und in denen sie ihn direkt zur Bewerbung um die böhmische Krone aufforderten. Nur die vollständige Gleichgiltigkeit, die der Kurfürst derartigen Vorschlägen entgegensetzte, bewirkte, dass dieses Thema nicht häufiger in den böhmischen Kreisen erörtert wurde. Als der Aufstand im J. 1618 ausbrach, hätte es von Seite des Kurfürsten nur einiger Versprechungen und kleiner Dienste bedurft, so hätten die Leiter des Anfstandes in ihm ihr künftiges Haupt gesucht; Thurn, Hohenlohe und Andreas Schlick liessen es an Winken und Aeusserungen in dieser Beziehung nicht fehlen. Allein der Kurfürst von Sachsen blieb gegen alle Schmeicheleien taub, nicht die geringste Handlung liess sich von ihm anführen, aus der man auf Sympathien für den Aufstand hätte schliessen

*) Danielis Eremitae Iter Germanicum 1609.

*) Band I, S. 93.

dürfen. Dem entgegen liefen sich die pfälzischen Agenten in Prag förmlich die Füsse ab, um zwischen dem Pfalzgrafen und den Böhmen ein Einverständniss zu erzielen, sie fütterten sie unablässig mit Versprechungen, köderten sie mit der Aussicht auf zahlreiche und mächtige Allianzen, so dass den Leitern des Aufstandes füglich nichts anderes übrig blieb, als einzig und allein ihre Hoffnungen auf den Pfalzgrafen zu setzen und in ihm ihren künftigen König zu sehen. Die Mehrzahl der Stände war indessen noch immer der Meinung, dass man bei der Thronbesetzung an keinen Kandidaten gebunden sei, sondern jenen wählen könne, der dem Lande am meisten fromme, und die öffentliche Stimme bezeichnete noch immer den Kurfürsten von Sachsen als solchen. Über diese in verschiedenen Kreisen sich geltend machenden Sympathien für Sachsen berichtete Lebzelter, der sächsische Agent in Prag, getreulich und unverdrossen nach Hause; seit dem Monate Mai schickte er keinen Brief nach Dresden, in dem er nicht eine neue, zu Gunsten Sachsens gemachte Aeusserung angeführt hätte. In der That liessen es viele Direktoren an solchen nicht fehlen; Fels, Ulrich Wchýnský und die Brüder Schlick ermüdeten nicht ihre Sympathien für Sachsen auszusprechen und ihre Erklärungen stiessen nirgends auf Widerspruch. Auch die prager Bürger scheinen nach allen Berichten keinen höhern Wunsch gekannt zu haben, als den, in Johann Georg ihren Herrn begrüssen zu dürfen.

Als nun im Juni nach der záblafer Schlacht die Verhältnisse auf dem Kampfplatze eine so schlimme Wendung für Böhmen nahmen und Mangel an Geld und Kriegsbedürfnissen aller Art sich geltend machte, schickten die Direktoren den Grafen Andreas Schlick nach Dresden, um den Kurfürsten zu einiger Hilfe zu vermögen. Niemand war für diese Mission geeigneter, als der genannte Graf, seine stets zur Schau getragene unwandelbare Hinneigung zu Sachsen musste ihm am dresdner Hofe einen freundlichen Empfang sichern. Er bat den Kurfürsten um ein Darlehen und bot ihm hiefür nicht nur jene Krongüter zum Pfande an, die er sich auswählen würde, sondern auch die Freigebung des sächsischen Voigtlandes von der Lehenspflicht, in der es bis dahin zur böh-

ıischen Krone stand. So weit ging sein offizieller Auftrag; r beschränkte sich jedoch nicht auf denselben, sondern beützte die Gelegenheit, um dem Kurfürsten anzudeuten, wie ross seine Aussichten auf die böhmische Krone seien. Es t nicht zu bezweifeln, dass diese Andeutung von Johann eorg kalt aufgenommen wurde; dennoch bildete sich der raf ein, dass sich der Kurfürst nicht bedenken werde, die Krone anzunehmen, wenn man sie ihm anbieten würde. Vieleicht wurde dieser Irrthum in ihm durch die wohlwollenden eusserungen mehrerer Würdenträger am kurfürstlichen Hofe nterhalten, die den Böhmen mehr oder weniger günstig geinnt waren und den Kampf in diesem Lande für einen laubenskampf ansahen. Vielleicht hat selbst der Oberhofrediger Hoë, an dessen giftiger Feindschaft die Böhmen später chwer zu tragen hatten, die von Schlick angeregten Hoffungen nicht ohne weiters zurückgewiesen. Auf alle Fälle rurde Schlick durch einige ihm in Dresden erwiesenen Aufnerksamkeiten so verwirrt, dass er dem völligen Scheiern seiner eigentlichen Mission nur ein untergeordnetes Gewicht eilegte. Die Antwort des Kurfürsten auf die von Schlick berbrachten Bitten der Direktoren lautete in allen Theien ablehnend und so eisig und förmlich wie möglich. Er iet ihnen zu einem friedlichen Ausgleich und missbilligte lso die Fortdauer des Aufstandes; er verweigerte das erbeene Anlehen, weil er sein Geld selbst brauche, und lehnte uch ihre Bitte um Überlassung von Pulver und Lunten ab, reil seine Vorräthe nur gering seien.*)

Die Haltung des Kurfürsten war so bezeichnend, dass ich die Eingeweihten keiner Täuschung über seine Antipathie egen den Aufstand hingeben konnten. Würde seine Antwort allemein bekannt geworden sein, so würden sich auch die Sympathien er Menge für Sachsen abgekühlt haben; allein man suchte as Geheimniss sorgfältig zu wahren, um die ohnehin gerückte Stimmung nicht noch mehr herabzustimmen. So blieb

*) Sächs. St. A. Schlick's Mittheilung an die geheimen sächsischen Räthe dd. 16. Juni 1619. — Ebend. Kursachsen an die Direktoren dd. 15./25. Juni 1619. Münchner St. A. 425, 4. Achatius von Dohna an Anhalt dd. 11./21. August 1619, Prag.

die grosse Menge auch weiter ihrer Zuneigung für Sachsen treu und wurde darin durch die eigenthümliche Haltung Schlicks nur noch bestärkt. Der schwachsinnige Mann wollte es nicht begreifen, dass seine Mission gescheitert sei, er suchte noch immer die Hoffnungen auf Sachsen wach zu erhalten und entschuldigte die Zurückhaltung des Kurfürsten damit, dass die Länder der böhmischen Krone selbst nicht energisch genug ihre Absicht, einen neuen König zu wählen, kund gegeben hätten. Der Kurfürst, so behauptete er, sei der böhmischen Sache, „so geneigt, dass man sich dessen billig erfreuen müsse", und wer das Gegentheil davon behaupte, sage es entweder aus Unwissenheit oder lüge. Bei einer Tafel brachte er knieend einen Toast auf die Gesundheit der kurfürstlichen Familie aus und sprach den Wunsch aus, Böhmen möge doch bald einen König haben, der mit des Kurfürsten trefflichen Herrschertugenden begabt sei. An den sächsischen Gesandten Lebzelter stellte er in so bestimmter Weise die Frage, ob der Kurfürst die böhmische Krone annehmen würde, als ob er zu derselben bevollmächtigt sei. Der unverwüstliche Glaube des Grafen an Kursachsen muss selbst auf jene ansteckend gewirkt haben, die recht gut wussten, mit welchem Bescheid Schlick aus Dresden zurückgekehrt war; wenigstens wollten mehrere Direktoren bei einer Königswahl nur dem Kurfürsten ihre Stimme geben. *)

Daher kam es, dass beim Beginn der Conföderationsverhandlungen in Prag noch immer die Meinung herrschte, bei der darauf folgenden Königswahl werde Sachsen aus der Wahlurne hervorgehen. Auch der sächsische Agent glaubte dies, jedenfalls schrieb er zwei Tage vor dem Abschlusse der Conföderation, dass die vornehmsten unter den Direktoren nur für Kursachsen eingenommen seien und dass man emsig die Gründe erörtere, die diesen Fürsten zur Annahme der ihm dargebotenen Krone bestimmen müssten. **) Nach dem Abschlusse der Conföderation berichtete er, dass sich alle drei

---

*) Sächs. St. A. Lebzelter an Schönberg dd. 24. Juni a. St., 3./13. und 11./21. Juli 1619.

**) Lebzelter an Schönberg dd. 19./29. Juli 1619.

Stände gleichmässig nach der sächsischen Herrschaft sehnten und Gut und Blut für den Kurfürsten einzusetzen bereit seien. Doch verhehlte er nicht, dass gleichzeitig auch für einen andern Kandidaten intriguirt werde, und zwar für den Herzog von Savoyen, er glaube aber nicht, dass dieser Rival allzu gefährlich werden könnte.*) Die Ueberzeugung Lebzelters, dass seines Herrn Erhebung gesichert sei, erreichte den höchsten Grad, als Graf Schlick auf Befehl der Direktoren am 15. August 1619 nach Dresden reiste; man versicherte ihn von mehreren Seiten, der Graf habe den Auftrag, dem Kurfürsten die Krone anzubieten, und wie sollte er dies nicht glauben, da einer von den böhmischen Parteiführern zu ihm kam, um ihm zu sagen, der Kurfürst möge sich durch die jüngst abgeschlossene Conföderation nicht beirren lassen und nicht etwa deshalb die angebotene Krone ablehnen, weil einige Artikel der Conföderation einem König allzu beschwerlich sein dürften. Sie seien mehr deshalb verfasst worden, um einen katholischen Kandidaten abzuschrecken; zu Gunsten eines evangelischen Königs würden sie abgeändert werden und jedenfalls die Krone für immer in dessen Hause verbleiben.**)

Trotzdem beruhten alle diese Hoffnungen und Berichte Lebzelters auf Täuschung; denn was vor allem die letzte Reise Schlicks nach Dresden betrifft, so hatte sie nicht entfernt die ihr unterstellte Bedeutung, sondern war durch die bevorstehende frankfurter Kaiserwahl veranlasst. Schlick sollte den Kurfürsten zur Anerkennung des ständischen Wahlrechtes in Frankfurt vermögen so die Ausübung desselben durch Ferdinand unmöglich machen und dadurch die Pläne des letzteren durchkreuzen. Lebzelter hatte nur insofern Recht, als Schlick selbst seiner Reise die von ihm (Lebzelter) vermuthete Bedeutung beilegte, denn so wie sich der Graf über die Absichten des sächsischen Hofes täuschte, so war er über die der eigenen Landsleute im Unklaren. Überzeugt, dass die Mehrzahl seiner Standesgenossen die Erhebung des Kurfürsten wünsche, verlangte er von den Direktoren bei seiner Abreise die Vollmacht,

*) Derselbe an denselben dd. 28. Juli a. St. 1619. Sächs. StA.

**) Sächs. St. A. Lebzelter an Schönberg dd. 2./12., 5./15., 8./18. (zwei vom selben Tage datirte Berichte) Aug. 1619.

mit ihm über die Wahl verhandeln zu dürfen. Die Vollmacht wurde ihm nicht nur verweigert, sondern ihm geradezu verboten, diesen Gegenstand in Dresden zu berühren. Jeder Andere wäre durch dieses Verbot stutzig gemacht worden, jeder Andere hätte darauf die Mission nach Sachsen abgelehnt, um bei der bevorstehenden Wahl in Prag zu sein und sie nach seinem Willen zu lenken. Schlick that von Allem dem nichts, er entfernte sich nach Dresden, schwatzte dort von seiner unbegrenzten Bewunderung für den Kurfürsten und von seinen Hoffnungen auf ihn, und hatte keine Ahnung davon, dass mittlerweile in Prag ganz andere Absichten zur Geltung kommen würden.*)

IV

Während im Laufe von vier Tagen in den verschiedenen Abtheilungen des Generallandtages die Absetzung Ferdinands beschlossen wurde, erörterte man auch die Frage auf das eifrigste, wer zu dessen Nachfolger zu erwählen sei. Mansfeld und de Bausse bemühten sich mehr als je, für den Herzog von Savoyen Bundesgenossen zu werben und versprachen den Böhmen goldene Berge von seiner Freigebigkeit und seinem Reichthume; die 100.000 Dukaten monatlicher Subsidien, die sich im rivoler Vertrage so hübsch ausnahmen, waren jetzt in Jedermanns Munde und bewirkten in dem geldarmen Lande, dass mancher Wähler, der sonst nichts von einem katholischen Fürsten wissen wollte, andern Sinnes wurde. Schon hiess es in Prag, der Herzog sei bereits in Amberg angelangt und warte auf die Nachricht von seiner Wahl, um seine Reise fortzu-

*) Münchner St. A. 425, 4, Achatius von Dohna an Anhalt dd. 11./21. Aug. 1619. Die Stelle ist bezeichnend: „...Schlick est allé derechef vers Saxe, quand cela s'est publizirt parmi Stende, il y en a eu du rumor, pourquoi on n'envoioit donques vers Pfalz aussi. On a eu de la peine a les stillen par l'allegation du voiage de Dona. Or il est vray, que Schlick n'a nulle commission de parler de Election envers Saxe, encor qu'il l'ait recerché ains plutost lui en a—t—on fait defense.“

Stände gleichmässig nach der sächsischen Herrschaft sehnten und Gut und Blut für den Kurfürsten einzusetzen bereit seien. Doch verhehlte er nicht, dass gleichzeitig auch für einen andern Kandidaten intriguirt werde, und zwar für den Herzog von Savoyen, er glaube aber nicht, dass dieser Rival allzu gefährlich werden könnte. *) Die Ueberzeugung Lebzelters, dass seines Herrn Erhebung gesichert sei, erreichte den höchsten Grad, als Graf Schlick auf Befehl der Direktoren am 15. August 1619 nach Dresden reiste; man versicherte ihn von mehreren Seiten, der Graf habe den Auftrag, dem Kurfürsten die Krone anzubieten, und wie sollte er dies nicht glauben, da einer von den böhmischen Parteiführern zu ihm kam, um ihm zu sagen, der Kurfürst möge sich durch die jüngst abgeschlossene Conföderation nicht beirren lassen und nicht etwa deshalb die angebotene Krone ablehnen, weil einige Artikel der Conföderation einem König allzu beschwerlich sein dürften. Sie seien mehr deshalb verfasst worden, um einen katholischen Kandidaten abzuschrecken; zu Gunsten eines evangelischen Königs würden sie abgeändert werden und jedenfalls die Krone für immer in dessen Hause verbleiben.**)

Trotzdem beruhten alle diese Hoffnungen und Berichte Lebzelters auf Täuschung; denn was vor allem die letzte Reise Schlicks nach Dresden betrifft, so hatte sie nicht entfernt die ihr unterstellte Bedeutung, sondern war durch die bevorstehende frankfurter Kaiserwahl veranlasst. Schlick sollte den Kurfürsten zur Anerkennung des ständischen Wahlrechtes in Frankfurt vermögen so die Ausübung desselben durch Ferdinand unmöglich machen und dadurch die Pläne des letzteren durchkreuzen. Lebzelter hatte nur insofern Recht, als Schlick selbst seiner Reise die von ihm (Lebzelter) vermuthete Bedeutung beilegte, denn so wie sich der Graf über die Absichten des sächsischen Hofes täuschte, so war er über die der eigenen Landsleute im Unklaren. Überzeugt, dass die Mehrzahl seiner Standesgenossen die Erhebung des Kurfürsten wünsche, verlangte er von den Direktoren bei seiner Abreise die Vollmacht,

*) Derselbe an denselben dd. 28. Juli a. St. 1619. Sächs. StA.

**) Sächs. St. A. Lebzelter an Schönberg dd. 2./12., 5./15., 8./18. (zwei vom selben Tage datirte Berichte) Aug. 1619.

bedurfte. Die drei Kandidaten, Sachsen, Pfalz und Savoyen, waren übrigens nicht die einzigen, von denen in der verhäng-
1619 nissvollen Zeit vom 19.—26. August in Prag die Rede war. Einzelne Planmacher musterten der Reihe nach noch andere Fürsten, die für die böhmische Krone passen könnten und hefteten zuletzt ihre Aufmerksamkeit auf den König Christian IV von Dänemark und auf den Fürsten von Siebenbürgen Bethlen Gabor. Daher kam es, dass auch diese zwei Namen häufiger genannt wurden, doch kam ihre Kandidatur nicht einen Augenblick ernstlich in Betracht, es waren Seifenblasen, die ebenso rasch zerplatzten, als sie aufstiegen. Achaz von Dohna wurde mit jedem Tage siegesgewisser, einzelne Adelshäupter fanden sich schon bei ihm ein und priesen sich glücklich, dass sie einen so vortrefflichen Herrn bekommen würden, wie den jungen Pfalzgrafen. Diese Gewissheit machte aber andererseits den Gesandten bestürzt, denn er sah keine Möglichkeit vor sich, die Wahl zu verzögern, trotzdem er sich dem Wunsche seines Herrn gemäss ununterbrochen darum bemühte. Alle seine Vorstellungen wurden mit jenen Gründen zurückgewiesen, die bereits erwähnt worden sind und unter denen die Besorgniss obenan stand, dass das niedere Volk sich einer Neubesetzung des Thrones widersetzen könnte, wenn Ferdinand zum Kaiser gewählt und die Nachricht davon bei Zeiten nach Prag gelangen würde.*)

Die von den Direktoren mit solcher Energie betriebene Königswahl sollte in derselben Weise stattfinden, wie die Absetzung Ferdinands; sie sollte also zuerst von den böhmischen Ständen und zwar am 26. August vorgenommen werden und ihnen an den folgenden Tagen die Nebenländer folgen. Die pfälzisch Gesinnten bewahrten ihr Geheimniss so gut, dass man noch am 25. August in Prag die Erhebung des Kurfürsten von Sachsen für ziemlich gewiss hielt, der sächsische Gesandte hegte in dieser Beziehung keinen Zweifel.

1619 Als sich nun am 26. Morgens in der Landtagsstube die Stände in bedeutender Zahl versammelten, wurde diese entscheidende

---

*) Münchner St. A. 425/4: Achaz von Dohna an Kurpfalz dd. 15./25. Aug. 1619, Prag.

Sitzung mit einem Gebete eröffnet, worauf Bohuchwal Berka mit wenigen Worten auf den Zweck derselben, nämlich die Wahl eines Königs hinwies und dann den anwesenden Feldmarschall Colonna von Fels aufforderte, zuerst seine Meinung abzugeben. Fels, der zur sächsischen Partei gehörte, wollte die Wahl verschieben, weil er für Sachsen eine Niederlage voraussah. Aus diesem Grunde verlangte er, dass der Landtag, statt die Wahl vorzunehmen, einem feierlichen Gottesdienste in der Kirche beiwohnen solle und als er mit seiner unzeitgemässen Frömmigkeit keinen Anklang fand, verlangte er, dass die Wahl genau in der Weise vorgenommen werde, wie dies in früheren Fällen, namentlich bei Ferdinand I geschehen sei; als er auch damit nicht durchdrang, wollte er, dass nach Kurien und nicht einzeln abgestimmt werden solle. Bei allen diesen Vorschlägen war es ihm nur um die Anbahnung einer endlosen Debatte zu thun und da er keinen derselben durchsetzen konnte, verlangte er geradezu die Vertagung der Wahl, um die Ankunft jener wahlberechtigten Personen zu erwarten, die noch auf der Reise nach Prag begriffen seien. Berka brachte den Opponenten erst dadurch zur Ruhe, dass er an den Landtag die Frage stellte, ob die Wahl zu verschieben sei oder nicht. Nachdem Ruppa in leidenschaftlicher Erregtheit sich gegen jede Zeitversäumniss erklärt hatte, sprach sich der Landtag in seiner überwiegenden Majorität gegen die angetragene Vertagung aus.

Als nach Erledigung dieses Zwischenfalles Berka die Abstimmung beginnen wollte, meldeten sich die Prager zum Wort und verlangten, dass man der Feierlichkeit des Augenblicks durch eine frömmere Haltung Rechnung trage und empfahlen die Anrufung des heiligen Geistes mit einem Liede. Da dies mit keiner grossen Zeitversäumniss verbunden war, gab Ruppa der plötzlich gesteigerten Frömmigkeit seiner Landsleute nach und fasste sich in Geduld. Als der Gesang zu Ende war, richtete Berka abermals die Frage an Fels, wen er zum Könige wählen wolle. Dieser lehnte es ab, seine Stimme zuerst abzugeben, weil er der böhmischen Sprache nicht hinreichend mächtig sei und sonach seiner Meinung den präcisen Ausdruck nicht geben könne, wie das die Wichtigkeit des

Gegenstandes erheische. Als Berka diese Ausflüchte nicht gelten lassen wollte, erklärte er, dass er seine Stimme dem Kurfürsten von Sachsen gebe und motivirte diese Wahl mit den Vortheilen, welche den Böhmen in politischer und religiöser Beziehung aus derselben erwachsen würden. Karl Mracký, der ihm in der Abstimmung folgte, schloss sich ihm an und nach einiger Unterbrechung noch zwei andere Mitglieder des Herrnstandes, Graf Albin Schlick und Ulrich Wchýnský. Dagegen stimmten die sämmtlichen übrigen Mitglieder des Herrnstandes, namentlich aber Paul von Řičan, Ruppa, Wilhelm von Lobkowitz und Budowec, im Ganzen 34—36 Personen für den Pfalzgrafen; *) zwei von ihnen, Paul von Říčan und Ruppa, begründeten ihre Meinungen in längerer Rede, in der sie nicht bloss die trefflichen Eigenschaften des Pfalzgrafen rühmten, sondern auch auf seine bisherigen Verdienste um die böhmische Sache und namentlich auf den erst vor wenigen Tagen vollführten Handstreich gegen die solmsischen Reiter hinwiesen.**) Ruppa betonte die Allianzen des Pfalzgrafen mit der Union, den Generalstaaten, mit England, Savoyen und der Schweiz und rühmte auch seinen Reichthum, der ihm eine nachhaltige Unterstützung der Böhmen erlaube. Diese Rede mag im letzten Augenblicke eine bedeutende Stimmenzahl ins pfälzische Lager geführt haben. Niemand im Landtage kannte derart die auswärtigen Verhältnisse wie Ruppa, der als der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten anzusehen ist; wenn er nun mit einer nahezu apodiktischen Sicherheit von den Allianzen des Pfalzgrafen sprach, als ob sie thatsächlich beständen und sammt und sonders für Böhmen nutzbringend sein würden: wer unter den Anwesenden lauschte nicht gern diesen Worten, wer gab sich nicht gern dem Glauben hin, dass das Bild, welches der Redner ausmalte, wahr sei und der Pfalzgraf der Retter in der Noth sein werde? — Als das Resultat der Abstimmung im Herrenstande eine so glänzende Majorität für Friedrich ergab, erhob sich Berka und konstatirte, dass die

*) Die Zahl ist in der treuherzigen Warnung S. 176 im Briefe des Achaz von Dohna angegeben.

**) Von dieser Angelegenheit ist bei Gelegenheit der Kaiserwahl näheres mitgetheilt worden.

ste Landtagskurie, der Herrenstand, den Pfalzgrafen zum önig gewählt habe. Fels protestirte gegen diese Abstimungsweise und verlangte nun, dass derjenige als König proamirt werde, der die Mehrheit der Landtagsmitglieder ohne ücksicht auf die Kurien für sich habe. Gegen diese Forderng erhoben sich aber selbst jene, die mit ihm für Kursachsen stimmt hatten, weil dies dem Ansehen der höhern Stände bbruch thue, da sie von dem zahlreichen Bürgerstand überimmt werden könnten.

Die Abstimmung im Ritterstande ergab für die pfälzische artei ein noch glänzenderes Resultat: 110 Personen stimmten r den Pfalzgrafen und nur drei gaben ihre Stimmen dem urfürsten Johann Georg.*) Was den Bürgerstand betrifft, so ıtschied sich dieser einstimmig für den Pfalzgrafen. Nur eben Stimmen hatten sich also im ganzen Landtag für Johann eorg erklärt, die Gesammtheit der übrigen Wähler aber für riedrich. Kein Wähler nannte den Namen des Herzogs von avoyen und ebenso wenig einen von den zuletzt improvisirten andidaten, Christian von Dänemark und Bethlen Gabor.**)

Am folgenden Tage wurde den Vertretern der böhmischen ebenländer das Resultat der Wahl mitgetheilt und sie ıfgefordert, ihre Meinung abzugeben. Ruppa und Albin chlick, der eine in böhmischer, der andere in deutscher prache, brachten die Gründe vor, welche den Ausschlag ir den Pfalzgrafen gegeben hätten; sie waren der Rede entommen, die der erstere Tags zuvor zu Gunsten Friedrichs ehalten hatte. Nach kurzer Berathung erklärten die Mährer ıre Übereinstimmung mit den Böhmen; ihnen folgten die chlesier, dann die Ober- und zuletzt die Niederlausitzer. Die berlausitzer waren die Einzigen, welche es vorgezogen hätten,

---

*) Skála III, 297 sagt, Johann Georg habe nur eine Stimme erhalten; allein der sächsische Agent, der seinem Herrn noch am selben Tage über das Wahlresultat berichtete, und sonach unter dem frischen Eindrucke der Ereignisse schrieb, sagt, dass Johann Georg drei Stimmen erhalten habe.

**) Über die Vorgänge bei der Wahl berichten wir nach Skála III, 287 u. flg., nach Lebzelters Bericht an Herrn von Schönberg dd. 16/26. Aug. 1619, Prag, im sächs. St. A. 9172, XV. und nach Dohna's Brief an Friedrich von der Pfalz dd. 17./27. August 1619, Coll. Camer.

15*

ihre Stimme dem Kurfürsten von Sachsen zu geben; um jedoch in den allgemeinen Einklang keinen Misston zu bringen, erklärten auch sie sich für den Pfalzgrafen. So war im Sinne der neuen Conföderation die Königswahl von allen Ländern der böhmischen Krone vorgenommen worden; an den Böhmen war es nun, ihre zweite Stimme abzugeben und dadurch die einstimmige Wahl zu konstatiren. Es geschah dies am 27. August um die Mittagszeit, worauf einige Geschützsalven der Bevölkerung von Prag die Nachricht gaben, dass die Königswahl vollzogen sei. Selbst jetzt noch war ein guter Theil der Bevölkerung nicht wenig überrascht zu hören, dass die Wähler sich für Friedrich und nicht für Johann Georg entschieden hätten.*)

1619

Die Nachricht von der Wahl verursachte bei den Gegnern der böhmischen Bewegung einen verschiedenen Eindruck. Ferdinand nahm die Kunde davon, scheinbar ruhig, um nicht zu sagen verächtlich auf, denn er bemerkte, dass die Urheber derselben nur „närrische und aberwitzige Leute" seien.**) In Sachsen, wo man sich nie um die böhmische Krone beworben und sie auch nicht angenommen hätte, empfand man doch die Wahl eines andern Fürsten um so unangenehmer, je bestimmter man selbst auf sie gehofft hatte.***) War doch der Hofprediger Hoë nach einem Zwiegespräch mit Schlick, in welchem dieser die Hoffnungen genährt haben mag, zum Kurfürsten geeilt und hatte sich mit ihm von der bevorstehenden Erhöhung als von einem sicheren Ereigniss unterhalten, er wünschte sich vermuthlich auch selbst Glück dazu. Als nun die Nachricht von der vollzogenen Königswahl anlangte und Hoë sich getäuscht sah, kannte seine Wuth keine Grenzen. Er verhöhnte den Grafen Schlick, dass er die Reise nach Dresden unternommen hatte und sich von Prag wegschicken liess, während die Kalvinisten daselbst ihre Absicht durchsetzten, und behaup-

*) Skála III, 297 u. flg. — Sächs. St. A. 9172, XV, Lebzelters Bericht dd. 17./27. August 1619. — Ebend. 9173, XXII, Relation der oberlausitzer Gesandten dd. 8./18. September 1619. — Relatio der schlesischen Gesandten dd. 6. September 1619 bei Palm, Acta publica.

**) Moser patriotisches Archiv, VII. 71.

***) Sächs. St. A. Lebzelter an Schönberg dd. 5./15. Aug. 1619.

tete, Schlick müsse sich gegen diese Wahl erklären und auch den Kurfürsten um Entschuldigung bitten, dass dieselbe nicht auf ihn gefallen sei, „wiewohl Seiner Kurfürstlichen Gnaden nie etwas derartiges practicirt," und sich nie um die böhmische Krone beworben habe.*) Der Groll Hoë's äusserte seine Wirkung auf Johann Georg und auf seine wichtigsten Räthe, ihre unfreundliche Haltung in Bezug auf die böhmischen Angelegenheiten begann sich zur offenen Feindseligkeit zuzuspitzen.

Nach vollzogener Wahl wurde von Seite des Generallandtages beschlossen, eine feierliche Gesandtschaft an den Pfalzgrafen abzuordnen, bestehend aus den Vertretern sämmtlicher Länder, welche sich am 29. September in Prag versammeln und dann abreisen sollten. Ein so später Termin wurde offenbar deshalb gewählt, weil man hoffte, dass der Pfalzgraf bis dahin die Zustimmung seines Schwiegervaters zur Annahme der Krone erhalten haben und demnach die Gesandtschaft auf keine weiteren Schwierigkeiten stossen würde. Anfangs September löste sich der Generallandtag auf und die verschiedenen Gesandten eilten nach Hause, um ihren Standesgenossen von den schwerwiegenden Beschlüssen Kunde zu geben.**)

1619

Schon am 27. August schrieb Achaz von Dohna seinem Herrn unter dem Donner der Kanonen, welche den Pragern die vollzogene Königswahl ankündigten, und berichtete ihm über dieses Ereigniss, so dass der Pfalzgraf, der am selben Tage jenen Brief an Dohna geschrieben hatte, worin er so entschieden die Aufschiebung der Wahl verlangte, sich einer vollendeten Thatsache gegenüber sah. Da er sich noch immer in Amberg bei dem Fürsten von Anhalt aufhielt, so war die erste Person, mit der er sich über dieses Ereigniss besprechen konnte, gerade jener Mann, der seit mehr als einem Jahrzehend alles gethan hatte, um dasselbe herbeizuführen. Seiner ganzen Vergangenheit gemäss konnte er dem Pfalzgrafen, der nun ängstlich erwog, was er thun solle, keinen andern Rath geben

1619

*) Sächs. St. A. Unruhe in Böhmen 9172 Bd. XVI. Hoë an Schlick dd. 23. Aug./2. Sept. 1619.

**) Relatio der schlesischen Gesandten dd. 6. September 1619 bei Palm, Acta publica.

als den, die dargebotene Krone anzunehmen. „Euer Liebden," so sagte er schliesslich zu Friedrich, „setzen sich nur in den Stuhl; wer wird dieselben so bald wiederum heraustreiben?" Der Markgraf von Anspach, der sich aus Anlass dieser wichtigen Vorgänge auch in Amberg eingefunden hatte und der kühnen Entschlüssen nicht abhold war, schien diesmal etwas scheu und verlegen zu sein, aber zuletzt stimmte auch er für die Annahme der Krone. Der Pfalzgraf scheint einige Tage unschlüssig gewesen zu sein, aber der eigene Ehrgeiz und die Mahnungen der ihm an Jahren und Erfahrung so überlegenen Fürsten siegten schliesslich über seine Bedenken und er erklärte sich dem Fürsten von Anhalt gegenüber bereit zur Annahme der dargebotenen Würde. Er war jedoch weit entfernt, mit kühner Thatkraft dem glänzenden Ziele zuzusteuern, das ihm entgegenschimmerte. Jene Zweifel und Seelenkämpfe, die ihn schon vor Jahresfrist erfasst hatten,*) als seine Verbindung mit den böhmischen Ständen eine bedenkliche Richtung zu nehmen begann, erneuerten sich jetzt in erhöhtem Grade; Christian von Anhalt traf ihn eines Morgens, wie er mit Thränen in den Augen dem Gebete oblag.**) Der einmal gefasste Entschluss wurde indessen festgehalten und bestimmte die weitern Schritte.

Das wichtigste Geschäft des Pfalzgrafen bestand nun darin, sich Gewissheit über die Allianzen zu verschaffen, die ihn bei der Behauptung des böhmischen Thrones stützen könnten; er musste wissen, welche Stellung fortan die Union und sein Schwiegervater einnehmen würden und was er von ihnen zu erwarten habe. Um gewiss zu sein, ob die Union die böhmische Thronfrage zu ihrer eigenen Angelegenheit machen werde, lud er von Amberg aus die Häupter derselben zu einer Berathung nach Rothenburg ein. Die Eingeladenen waren bei ihren Rathschlägen Anfangs nicht eines Sinnes, schliesslich aber bestärkten sie alle den Pfalzgrafen in der Absicht, dem

*) Bd, I, 447.
**) Münchner St. A. 425/4: Achaz von Dohna an Kurpfalz dd. 29. Aug./8. Sept. 1619. Amberg. — Mosers Patriotisches Archiv Bd. VII, 43.

an ihn ergangenen Rufe zu folgen.*) Inwieweit sie eine Verpflichtung auf sich nahmen, den Kurfürsten nöthigenfalls zu unterstützen, ist nicht genau bekannt. Wir wissen nur so viel, dass der Fürst von Anhalt, der mittlerweile Prag und das böhmische Heer auf einige Tage besucht hatte, und rechtzeitig wieder in Rothenburg eingetroffen war, seine Meinung dahin abgab, dass die Union dem Pfalzgrafen ihren Schutz leihen müsse, falls er wegen der Annahme der böhmischen Krone in seinen Erbländern angegriffen werden sollte.**) Seine Meinung wurde von mehreren anderen Mitgliedern der Union getheilt und dürfte wahrscheinlich zu einem gemeinsamen Beschlusse erhoben worden sein.

In Rothenburg fand sich auch ein Abgesandter aus Böhmen ein, Johann Milner — ein Bruder des gleichnamigen Mitgliedes der Directorialregierung — und überreichte dem Pfalzgrafen ein Schreiben der böhmischen Stände, in dem sie ihn von der auf ihn gefallenen Königswahl benachrichtigten. Friedrich war von dieser Eile etwas unangenehm berührt, weil er noch nicht recht wusste, welchen Bescheid er geben solle; allein da die Sache nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, half er sich damit, dass er den Gesandten mit sich nach Heidelberg nahm, um so für seine Antwort noch eine Frist von einigen Tagen zu gewinnen.

In Heidelberg fanden nun nochmals eingehende Berathungen über die böhmische Angelegenheit statt, die sich weniger auf die Frage, ob die dargebotene Krone anzunehmen sei oder nicht, als auf die nächsten Konsequenzen eines im Sinne der Annahme gefassten Entschlusses erstreckten. An den Verhand-

---

*) Münchner St. A. 548/10, Albrecht von Solms an den Kanzler von der Grün dd. 9./19. Sept. 1619, Rothenburg. Solms behauptet in diesem Briefe, Alle hätten dem Pfalzgrafen gerathen, die böhmische Krone anzunehmen. In dem wichtigen und verlässlichen Berichte, welcher dagegen in Moser VII, enthalten ist, heisst es S. 46, dass Einstimmigkeit nicht vorhanden war. Möglich ist, dass sie ursprünglich nicht vorhanden war, sich aber zuletzt entwickelte, wie Solms berichtet. — Münchner St. A. 134/22, Solms an Grün dd. 6./16. September 1619, Rothenburg.

**) Bernburger Archiv B IV, 24. Extract des Votums des Fürsten von Anhalt.

lungen betheiligten sich Christian von Anhalt, Graf Johann von Nassau, Graf Albrecht Solms, die Herrn Achaz von Dohna, Plessen, von der Grün, Schönberg und der Rath Camerarius; durchwegs Personen, die sich des grössten Vertrauens bei dem Kurfürsten erfreuten. Auch jetzt wurden mancherlei Gründe für die Ablehnung der Krone angeführt, so namentlich der, dass Friedrich durch seine Zustimmung zur Erhebung Ferdinands auf den deutschen Kaiserthron den letzteren als König von Böhmen anerkannt habe und dass die Annahme der Wahl einen allgemeinen Religionskrieg zur Folge haben würde. Dagegen machten wieder einige der Räthe geltend, dass Friedrich im Vertrauen auf zahlreiche Allianzen den Kampf getrost aufnehmen könne und überhaupt schon aus Gewissenspflicht die Wahl nicht ablehnen dürfe.*) Nebenbei erörterte man auch die Frage, ob sich der Pfalzgraf einfach mit der dargebotenen Wahlkrone begnügen, oder ob er nicht von den Böhmen für die grossen Opfer an Geld und sonstigem Vermögen, denen er sich voraussichtlich unterziehen müsse, eine besondere Entschädigung verlangen solle. Man wollte es als eine solche ansehen, wenn die Böhmen sich verpflichten würden, die Krone ihres Landes dereinst auf den Sohn des Pfalzgrafen zu übertragen.**) Fast alle Räthe sprachen sich jedoch dahin aus, dass Friedrich jeden definitiven Schritt vermeiden müsse, so lange er keine Nachricht von Jakob erhalten habe. Im Einklange mit diesen Rathschlägen stand die Zuschrift, die er nach beendeter Berathung an die böhmischen Stände richtete. Da er, so hiess es in derselben, nie nach neuen Ehren und Würden getrachtet und sich mit dem Seinigen begnügt habe, so habe ihn die einhellige Wahl auf den böhmischen Thron, die ihn „wider alles Vermuthen" getroffen und für die er nie die mindeste „Unterbauung gethan habe," wie eine besondere Fügung der göttlichen Vorsehung angemuthet. — Nachdem er auf so grelle Weise und mehr, als selbst in einem diplomatischen Aktenstücke zulässig erscheint, der Wahrheit ins Ange-

*) Moser's Patriotisches Archiv VII.

**) Münchner St. A. 134/22, Beilage eines Schreibens von Solms an den Kanzler von der Grün dd. 6./16. September 1619

sicht geschlagen, erklärte er sich bereit, dem an ihn ergangenen höheren Rufe zu folgen, wenn er von seinem Schwiegervater, um dessen Rath er gebeten habe, eine zustimmende Antwort erhalten haben würde.*)

Ein solches Hinausschieben der Entscheidung war jedoch ganz und gar nicht nach dem Geschmacke des Fürsten von Anhalt. Er kannte den Charakter des englischen Königs zu gut, um nicht zu befürchten, dass er sich mit der so sehr ersehnten Antwort nicht beeilen, vielleicht gar noch um nähere Informationen ersuchen werde. Was er während seines kurzen Aufenthaltes in Böhmen von der dortigen Kriegführung gesehen hatte, zeigte ihm die Unhaltbarkeit eines längern Provisoriums, und deshalb trat er entschieden gegen jede Zögerung auf und verlangte, Friedrich solle die dargebotene Krone unbedingt annehmen, sogleich die Reise nach Böhmen antreten und sich nicht durch kleinliche Skrupeln irre machen lassen. Bei so grossen Ereignissen könne nicht Alles so glatt gehen, dass nicht auch „manches Unrecht mit unterlaufe.“ Man habe sich bereits so tief eingelassen, dass man nicht mehr zurück könne; wolle man die Wahl zurückweisen, so werde sich der Pfalzgraf mit Schande bedecken und mit dem Fluch „seiner Glaubensgenossen belasten.“ **) Die Sprache des Fürsten, der keiner der Anwesenden mit gleicher Schärfe entgegentrat, übte auf Friedrich einen überwältigenden Eindruck aus. Der unentschlossene und zaghafte junge Mann hatte plötzlich den Muth, alle Brücken hinter sich abzubrechen und wollte nicht länger sein Begehren nach der böhmischen Krone zähmen. Es war am 25. September, dass Christian von Anhalt diese kühne Entscheidung anriet; schon am 26. gab der Pfalzgraf seinem Schwiegervater, dem englischen König, hievon Kunde und bat ihn von neuem um seine Unterstützung.***) Zwei Tage später schickte er den Herrn Achaz von Dohna nach Prag und zeigte

1619

*) Wiener St. A. Böhmen Friedrich an die böhmischen Stände dd. 14./24. September 1619, Heidelberg.

**) Bernburger Archiv B IV, Vol. XXV. Fxtract Ihrer F. G. Christian von Anhalt Voti.

***) Münchner St. A. 548/11 Friedrich an Jakob dd, 16./26. September 1619, Heidelberg.

seinen Entschluss den Direktoren an, ersuchte sie aber um Geheimhaltung desselben bis zu dem Augenblicke, wo er von der feierlichen Deputation der böhmischen Kronländer begrüsst werden würde, zu welchem Zwecke er sich nach Amberg verfügen wollte.*) Sein Ersuchen um Geheimhaltung seines Entschlusses war natürlich vergeblich, denn schon am 14. Oktober verbreitete sich in Prag die Nachricht, dass er die Krone angenommen habe.

V

Wir haben bereits erzählt, dass der Pfalzgraf, als er von Prag benachrichtigt wurde, dass sich die Königswahl nicht weiter aufschieben lasse, den Herrn Christoph von Dohna nach England abgefertigt habe, um die Zustimmung seines Schwiegervaters für den Fall, dass die Wahl ihn treffen würde, einzuholen. Der Gesandte war kaum abgereist, als bereits in Amberg die Nachricht von der vollzogenen Wahl anlangte. Der Pfalzgraf, der seinen Gesandten hievon benachrichtigte, liess den König jetzt angelegentlich um seine Zustimmung zu der nicht mehr rückgängig zu machenden Wahl ersuchen und seiner Bitte schloss sich auch seine Gemahlin Elisabeth an, die ihren Gemahl zur Annahme der Krone anfeuerte und ihm erklärte, dass sie bereit sei, an seiner Seite auszuharren und im Nothfalle alle Kleinodien und was sie sonst auf der Welt hätte, einzusetzen.**) Indem sie sich den Bitten ihres Gemahls an ihren Vater zugesellte, bemerkte sie in ihrem Briefe, dass er die Unterstützung des Pfalzgrafen unter gewissen Bedingungen versprochen habe, die nun „fast erfüllt“ seien. Jakob hatte eine solche Zusage für den Fall der Erledigung des böhmischen Thrones gemacht, diese Bedingung war also nicht „fast erfüllt,“ sondern gar nicht erfüllt; doch mochte Elisabeth hoffen,

---

*) Memorial des Pfalzgrafen für Achaz von Dohna dd. 18./28. Sept. 1619. Coll. Camer. in der münchner Hofbibliothek. — Sächs. St. A. 9172, XVI Lebzelter an Schönberg dd. 6./16. Oktober 1619, Prag. — Ebend. Bericht aus Amberg dd. 17. Oktober 1619.

**) Moser, VII, 49.

dass die väterliche Liebe über diesen Mangel hinwegsehen werde. Gleichzeitig schrieb sie auch an Buckingham und ersuchte ihn, seinen Einfluss zu Gunsten ihres Gatten aufzubieten.*)

Christoph von Dohna, den die Nachricht von der vollzogenen Königswahl mittlerweile ereilt hatte, langte mit derselben am 13. September in Bagshot an und überbrachte sie dem daselbst anwesenden König. Man darf die Vermuthung aussprechen, dass nicht einmal Ferdinand durch die Nachricht von seiner Absetzung so unangenehm berührt wurde, als Jakob von der Erhebung seines Schwiegersohnes, die er trotz vielfacher Andeutungen bisher nur in das Gebiet der Träumereien verwiesen hatte. Auf die Mittheilung Dohna's brauste Jakob heftig auf; **) er gab seinen entschiedenen Unwillen zu erkennen und wies alle Bitten und Vorstellungen, die Wahl gutzuheissen und sich seines Eidams anzunehmen, von sich ab. Vergebens stellte ihm Dohna vor, dass man von ihm nicht bloss eine günstige, sondern auch eine rasche Entscheidung verlange, auf alle flehenden und schmeichelnden Worte des Gesandten hatte Jakob nur die Erwiederung, dass er sich nicht drängen lassen wolle. Seine grösste Sorge galt nicht seinem Schwiegersohne, sondern dem Könige von Spanien. Ihn quälte die Angst, dass man in Madrid glauben könnte, er habe bei der Wahl der böhmischen Stände seine Hand im Spiele gehabt, und deshalb schrieb er schon zwei Tage nach Dohna's Ankunft an Philipp III, um ihm diesen Verdacht zu benehmen und ihn zu versichern, dass er völlig unschuldig an der Erhebung seines Schwiegersohnes sei. In der That bedurfte es dieser Eile, wenn er mit seinem Lieblingsplane, der auf den Abschluss einer innigen Allianz mit Spanien und auf die Heirat seines Sohnes mit der Infantin ausging, nicht Schiffbruch leiden

1619

---

*) Elisabeth an Buckingham dd. 22. Aug./1. Sept. 1619 bei Gardiner. — Voigt, Dohna's Gesandtschaftsleben im Raumer'schen Taschenbuch.

**) Wir haben aus entgegengesetzten Lagern übereinstimmende Nachricht über die Haltung Jakobs in diesem Augenblicke, und zwar von Dohna selbst (Münchner St. A. Bericht über seine Gesandtschaftsbriefe) und von spanischen Agenten Sanchez de Ulloa an Philipp dd. 17./27. Septemb. 1619 bei Gardiner.

wollte und dies war unvermeidlich, wenn er in der böhmischen Frage die Interessen der Habsburger verletzte.

Durfte aber Jakob noch länger an die Durchführung dieses Planes denken, wenn seine Tochter in flehentlichen Bitten die Hände zu ihrem Vater aufhob und ihn um seine Hilfe ersuchte, wenn ihre Sache in den Herzen aller Engländer den lebhaftesten Sympathien begegnete und wenn die Generalstaaten und Savoyen zu grossen Opfern entschlossen waren, sobald Jakob die Sache seines Schwiegersohnes für die seinige erklärte? Konnte er noch zögern, sich für seinen Schwiegersohn zu erklären, als ihm einige Tage nach Dohna's Erklärung durch seinen Gesandten im Haag, Sir Dudley Carleton, die Nachricht zugeschickt wurde, dass die Generalstaaten erbötig seien, ausser den 50.000 Gulden, die sie den Böhmen monatlich an Subsidien zahlten, auch dem mit der Union geschlossenen Bündniss gerecht zu werden und derselben 4000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter zur Verfügung zu stellen? Es sei, berichtete Carleton, viel in Haag darüber debattirt worden, ob der Pfalzgraf die böhmische Krone annehmen solle oder nicht; die Meinung der Meisten gehe aber dahin, dem Pfalzgrafen die Annahme zu empfehlen und den Kampf entschlossen aufzunehmen.*) Wenn Personen, die durch keine Familienbande an den Pfalzgrafen gekettet waren, mit solcher Opferwilligkeit sein Interesse vertraten, durfte der König mit seiner Hilfe noch länger zurückhalten?

Wenn man die Aufträge näher betrachtet, welche Jakob in diesen Tagen verschiedenen Personen ertheilte, so scheint es, als ob sich ein Umschwung in seiner bisherigen Anschauungsweise vorbereitet habe. Dohna wurde ersucht, dem Könige eine Zuschrift der böhmischen Stände an den Pfalzgrafen zuzuschicken, in der sie sich über die in ihrem Lande verübten Grausamkeiten beklagten und Doncaster wurde um die Zusendung einer Flugschrift gebeten, in der die böhmischen Stände die Gründe für die Absetzung Ferdinands erörterten. Die Hoffnungen, die man an diese Aufträge knüpfte, zeigten sich aber bald als trügerisch. Jakob wollte durch dieselben nur Zeit gewinnen; allem Drängen Dohna's

*) Gardiner, Carleton an Naunton dd. 3./13. Sept. Haag, 1619.

gegenüber hatte er jetzt nur die eine Antwort, dass er erst den Bericht Doncasters haben müsse, bevor er einen Entschluss fassen könne.

Vergebens bemühte sich Dohna, dem Könige wenigstens eine Aeusserung auszupressen, die zu Gunsten des Pfalzgrafen gedeutet werden könnte; die Lippen Jakobs blieben in dieser Beziehung fest geschlossen. Wenn er sie aber gegen andere Personen öffnete, so geschah dies nur, um sich über seinen Schwiegersohn zu beklagen. So äusserte er sich gegen den venetianischen und französischen Gesandten, wie es ihn besonders ärgere, dass die böhmische Königswahl in dem Momente stattgefunden habe, in dem er seinen Gesandten als Friedensvermittler abgeschickt habe; falle nicht jetzt ein Verdacht auf ihn, dass er dabei die Hand im Spiele gehabt habe? Auch gegen den spanischen Agenten machte er ähnliche Bemerkungen. *) Gleichwohl musste sich Jakob dem allseitigen Drängen seiner Umgebung fügen und sich zur Berufung des Staatsrathes entschliessen und diesem die böhmische Angelegenheit vorlegen. In der Sitzung, die am 30. September in Wanstead stattfand, wurde die diplomatische Correspondenz der Jahre 1618 und 1619, so weit sie Böhmen betraf, vorgelegt und hierüber die Debatte eröffnet. Während die einzelnen Räthe ihre Meinung abgaben, lief die Nachricht ein, dass Friedrich sich für die Annahme der böhmischen Krone erklärt habe, ohne auf die Zustimmung seines Schwiegervaters zu warten. **) Umsonst drangen die Staatsräthe in Jakob, die Sache seines Schwiegersohnes zur eigenen zu machen und durch eine öffentliche Kundgebung, wie etwa eine Illumination, das Bündniss mit Friedrich zur allgemeinen Kenntniss zu bringen; auch auf diese Forderungen antwortete er mit der stereotypen Phrase, dass

1619

*) Gardiner, Sanchez de Ulloa an Philipp III. dd. 17./27. Sept. 1619. — Marioni an den Dogen dd. 17./27. Sept. 1619.

**) Wir geben den 30. und nicht den 20. September als das Datum der Sitzung an, wiewohl die von Gardiner beigebrachten Quellen auf den 20. hinweisen. Allein da sich Friedrich erst am 25. September für die Annahme der Krone entschloss und erst am 26. hievon seinem Schwiegervater Nachricht gab, so kann dieselbe nicht vor dem 30. in England eingetroffen sein, wenn sie überhaupt schon an diesem Tage anlangte.

er erst den Bericht Doncasters erwarten müsse, bevor er eine Entscheidung treffen könne.*)

Eine abermalige Sitzung des Staatsrathes, die am 2. Oktober statt fand, traf ihn nicht besser gelaunt. Er duldete nicht, dass einer der Staatsräthe seine Stimme zu Gunsten Friedrichs erhob, und wies alle Aufforderungen zu einem raschen Beschlusse damit ab, dass er vorerst über die Rechtmässigkeit der böhmischen Königswahl belehrt sein müsse und dass ohnedies der Winter vor der Thür und damit der Krieg vorläufig zu Ende sei. Als nichtsdestoweniger einige Staatsräthe ihn auf ihren Gesichtszügen die Missbilligung seiner Politik lesen liessen, hob er die Sitzung mit der Bemerkung auf, dass die Entscheidung über Krieg oder Frieden seine und nicht ihre Sache sei.**)

2. Okt. 1619

Seinen ganzen Unwillen liess er aber den Freiherrn v. Dohna fühlen, als dieser ihn am selben Tage um eine Audienz ersuchte. Jakob liess ihn lange unbeachtet in dem Garten seines Palastes stehen und unterhielt sich mittlerweile mit dem savoyischen und dem spanischen Agenten, welchem letzteren er ein neues Schreiben für seinen Herrn überreichen liess, worin er erklärte, er habe seinem Schwiegersohne von der Annahme der Krone abgerathen: da er ihm nicht gefolgt sei, so möge er seine Handlungsweise selbst verantworten. Endlich wurde Dohna gerufen und von Jakob, der von einigen seiner Rathgeber umgeben war, mit rauhen und barschen Worten empfangen. Sein Herr wurde der Unredlichkeit beschuldigt, weil er des Königs Meinung über die Annahme der Krone wohl erbeten aber nicht abgewartet, sondern die Krone angenommen habe: nun möge er sich helfen, wie er könne. Vergebens bemühte sich Dohna, seinen Herrn zu rechtfertigen, der König wollte sich nicht beruhigen lassen und entliess ihn ohne weitere Antwort. **) Von seinem Unwillen gab er wenige Tage darauf seinem Schwiegersohne unmittelbare Kunde, indem er sein Gesuch um Vermittlung eines Darlehens in Venedig ablehnte

*) Instruction für Doncaster dd. Sept./Oct. 1619 bei Gardiner.

**) Gardiner, Prince Charles and the Spanisch Marriage 1,292.

***) Voigt, Dohna's Gesandtschaftsleben, Raumersches Taschenbuch 1853.

nd dabei wiederholte, dass, so lange er (Jakob) sich vor der
Velt nicht von dem Verdachte rein gewaschen habe, als ob
r um die böhmische Königswahl gewusst und sie befördert
abe, er auch nicht die verlangte Bitte an die Signoria von
enedig stellen könne, denn es vertrage sich nicht mit seiner
hre, heimlich das Gegentheil von dem zu thun, wozu er sich
ffentlich bekenne. Eben so wenig könne er der Bitte des
falzgrafen entsprechen und seinen Gesandten in Frankreich
nd Spanien den Auftrag geben, sie sollten den Krieg in Böhmen
ir einen politischen und nicht für einen religiösen erklären.
Vie reime sich diese Forderung mit der vom Pfalzgrafen so
ft wiederholten Behauptung zusammen, dass es sich ihm nur
m die Sache Gottes handle und dass er nur um der Religion
illen die Krone von Böhmen angenommen habe?

So lautete also die Antwort König Jakobs auf die Mit-
ıeilungen und Bitten seines Schwiegersohnes! Unglücklicherweise
am die Nachricht von der feindseligen Stimmung Jakobs zu
pät zur Kenntniss des Pfalzgrafen, als dass er seine Vorbe-
itungen zur Abreise nach Böhmen hätte rückgängig machen
önnen. Als der Pfalzgraf seinen Entschluss gefasst hatte, hoffte
r auch noch einige deutsche Fürsten, die ihm bisher fremd
ı feindlich gegenüber gestanden waren, für die Billigung des-
elben zu gewinnen und es wäre in der That von ausserordent-
cher Wichtigkeit gewesen, wenn er die Kurfürsten von Mainz
nd Sachsen und den Herzog von Baiern für sich gewonnen
ätte. Es zeigte aber von gänzlicher Verkennung der Sach-
ge, wenn man sich in Heidelberg dieser Hoffnung hingab
ıd nicht einsah, dass das Verhalten der betreffenden Fürsten
ei der Kaiserwahl jede Billigung des böhmischen Aufstandes
ıd seiner Consequenzen ausschliesse. Der Pfalzgraf machte
ıerst bei dem Kurfürsten von Mainz diese Erfahrung, als er
nen Gesandten zu demselben schickte und ihn bezüglich der
hmischen Wahl ausforschen liess. Der Kurfürst missbilligte
eselbe entschieden und warnte vor der Annahme der Krone und
erselben Meinung schloss sich auch der Kurfürst von Sachsen an,
s er von den Pfalzgrafen befragt wurde. *) Bei dem Herzog

*) Copia Resolutionsschreibens von Kursachsen an den Pfalzgrafen dd. 20./30. October. Dresden, 1619. Münchner St. A.

von Baiern wollte der Pfalzgraf seine schon früher mehrfach angestellten aber immer abgewiesenen Versuche zu einer vertraulichen und freundschaftlichen Verbindung von neuem wiederholen, als Maximilian ihm zuvorkam. Der Herzog hielt es für seine Pflicht, den Pfalzgrafen vor übereilten Schritten zu warnen und richtete ein Schreiben an ihn, worin er sich auf das eingehendste gegen die Annahme der Wahl aussprach und hiefür Gründe anführte, die nicht etwa bloss aus religiöser Feindseligkeit geschöpft waren, sondern aus einer tiefen und in mancher Beziehung unanfechtbaren staatsmännischen Überzeugung. Den ganzen Brief durchwehte ein Ton inniger Überzeugung und freundschaftlicher Rücksichtnahme, wie er sonst in derartigen Aktenstücken nicht häufig anzutreffen ist.

Das Schreiben setzte den Pfalzgrafen einigermassen in 1619 Verlegenheit; er beantwortete dasselbe am 6. Oktober in höflicher Weise, liess sich aber auf eine Widerlegung der Gründe schon aus der Ursache nicht ein, weil er seinen Entschluss noch geheim hielt und ihn höchstens in einer Phrase andeutete, die wir um ihrer Verlogenheit willen hier anführen wollen. Nachdem er den Herzog Maximilian daran „erinnert" hatte, wie er sich „aufs möglichste" um die Stillung des Aufstandes in Böhmen bemüht und nie seine Privatinteressen im Auge gehabt habe, sei er wider alle seine Erwartung zum Könige von Böhmen gewählt worden; „er könne mit unverletztem fürstlichen Gewissen von sich sagen und schreiben und die böhmischen Stände zu Zeugen hiefür aufrufen, dass er nach dieser Krone niemals getrachtet oder ihretwegen eine Unterbauung gethan habe. Er müsse daher die Wahl für eine besondere Vorsehung Gottes halten und Niemand könne es ihm verdenken, wenn er diese von Gott herrührende Vocation nicht straks ausschlage, sondern darüber etwas tiefer nachdenke." — Zehn Tage später, als die Annahme der Wahl schon ziemlich bekannt geworden war, zeigte er diese Maximilian an; aber auch diesmal ging er in die Erörterung der von letzterem vorgebrachten Gründe nicht ein, sondern versicherte nur, dass er mit Maximilian die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten wolle. Eine Aeusserung, die auch nur entfernt als Zustimmung gedeutet werden könnte, hatte der Pfalzgraf

lemnach weder von Sachsen noch von Mainz noch von Baiern rhalten; er konnte im Gegentheile einige Andeutungen des airischen Schreibens als Drohungen auffassen.*)

Da sich der Pfalzgraf durch keine Warnungen von der nnahme der böhmischen Königskrone abhalten liess, be- chloss er, mit der Abreise von Heidelberg nicht länger zu ögern. Über einen Punkt war er noch im Zweifel, ob er eine Gemahlin mitnehmen solle oder nicht, und im letzteren 'alle, ob er sie in Heidelberg lassen oder nach England schicken olle? Er frug deshalb den Lord Doncaster, der wieder nach Ieidelberg gekommen war, um seine Meinung.

Der englische Gesandte war im Begriffe einem Auftrage eines Herrn nachzukommen und berührte bei dieser Gelegenheit Ieidelberg. Jakob hatte ihm nämlich nach Lüttich, wohin er ich zuletzt verfügt hatte, den Befehl zugeschickt, sofort wieder u Ferdinand zu reisen und ihm zu seiner Erhebung auf den Kaiserthron Glück zu wünschen. Er sollte gleichzeitig sein Bedauern darüber aussprechen, dass Ferdinand in den vorge- chlagenen Waffenstillstand nicht eingewilligt habe, weil nur adurch die Böhmen zu so verzweifelten Entschliessungen ge- racht worden seien, sollte ihn aber auch im Namen Jakobs ei dessen Ehre als König und christlicher Fürst versichern, ass er von diesen Entschliessungen nicht die mindeste vorhe- ige Kenntniss gehabt habe.**) Sollte der Kaiser den Wunsch ussprechen, dass der König seine Friedensvermittlung fort- etze, so solle Doncaster seine volle Bereitwilligkeit hiezu er- lären. Doch sei die Sachlage jetzt viel verwickelter, da sich ie Böhmen den ärgsten Hochverräthern gleichgestellt hätten, alls ihre Sache keine gerechte Grundlage habe. Er (Don- aster) müsse über die Berechtigung oder Nichtberechtigung hres Vorgehens Aufklärung in den böhmischen Gesetzen ind Privilegien suchen und sich deshalb ihrem Studium un-

*) Sächs. St. A. Protocollum, was Reverendissimus (Kurmainz) in der Ta- felstuben mit dem pfälzischen Gesandten geredet, dd. 20. Oct. 1619. — Gründliche Anzeig, was zwischen Kurpfalz und Baiern etc. Baiern an Kurpfalz dd. 24. Sept. 1619. — Kurpfalz an Baiern dd. 26. Sept./6. Oct. und 7./17. Oktober 1619.

**) Instruction für Doncaster, dd. Sept/Oct. 1619 bei Gardiner.

terziehen. Sollte jedoch der Kaiser die angebotene Vermittlung nicht annehmen, sondern nur den Wunsch hegen, dass Jakob ihm weiterhin in Freundschaft zugethan bleibe oder wenigstens sich nicht als seinen Feind erkläre, so solle Doncaster bloss versichern, dass er über dieses seinem Herrn berichten wolle. *)

Statt dem ihm gewordenen Auftrag eilig nachzukommen, verfügte sich Doncaster zum zweitenmale nach Heidelberg, wo er von dem Pfalzgrafen mit offenen Armen aufgenommen und um seinen Rath in den brennenden Tagesfragen ersucht wurde. Er lehnte zwar Anfangs jede Berathung über einen Gegenstand ab, bezüglich dessen er von seinem Herrn keine Instruction erhalten hatte. Als er jedoch einen Einblick in die mit Böhmen gepflogenen Verhandlungen gewann, und merkte, dass die Annahme der Krone eine lange vor der Wahl beschlossene Sache sei*) und Friedrich ihn bat, er möge wenigstens seine Privatansichten laut werden lassen, war der Gesandte dazu um so mehr bereit, als er die lebhaftesten Sympathien für den Pfalzgrafen hegte und von dem brennenden Wunsche beseelt war, ihm zur böhmischen Krone zu verhelfen, und dem „Reiche des Antichrists" einen Stoss zu geben. Er riet ihm, seine Gemahlin überallhin, selbst nach Böhmen mitzunehmen und sie ja nicht nach England zu senden, weil dies dem König Jakob unbequem sein und es scheinen könnte, als ob er (Friedrich) grosse Gefahren für sich fürchte. Als ihn Friedrich darauf um seine Vermittlung ersuchte, damit Jakob ihm formell seine Zustimmung zu dem böhmischen Unternehmen gebe und gleichzeitig auch werkthätig unterstütze, suchte ihn Doncaster zu bereden seinen Entschluss weder von dieser Zustimmung noch von einer Unterstützung abhängig zu machen. Die Zustimmung werde ihm Jakob kaum geben, da er sich dem Kaiser gegenüber nicht in eine schiefe Lage bringen könne, und was die Unterstützung betreffe, so solle der Pfalzgraf nicht vergessen, wie

---

*) Gardiner: Doncaster an Naunton dd. 27. Sept./7. Oct. 1619. I could easily sel by many occurrent acts and by the complexion of the whole affaire, that they were fully resolved before.

gross die Anzahl seiner Freunde sei. Und nun begann Doncaster jene ellenlange und aus den pfälzischen Berechnungen sattsam bekannte Aufzählung aller Alliirten, auf die Friedrich rechnen könne, fügte zu ihnen noch Bethlen Gabor, sowie die Könige von Dänemark und Schweden hinzu und bemerkte zuletzt, dass er mit gutem Grunde auf die Neutralität der deutschen Bischöfe und des Kurfürsten von Sachsen rechnen könne. Ja er ging in seinen Sympathien für den Pfalzgrafen so weit, dass er zwei Bitten desselben bei dem Könige befürworten wollte, die erste betraf Venedig, dessen Regierung Jakob im Namen Friedrichs um ein Anlehen von 200000 Kronen ersuchen sollte, die zweite die neue Titulatur des Pfalzgrafen, der jetzt von Jakob den königlichen Titel begehrte. Die freundliche Zuvorkommenheit Doncasters benahm dem Pfalzgrafen den Grund zu jeder weitern Überlegung.*) Die günstigen Nachrichten, die zur selben Zeit aus Ungarn einliefen und die von dem Zuge Bethlen Gabors gegen Pressburg berichteten und gleichzeitig einen zweiten und erfolgreicheren Angriff gegen Wien in Aussicht stellten, bestärkten ihn nur noch mehr in seinem Vorhaben und er beschloss die Abreise mit seiner Frau und seinem ältesten Sohne anzutreten. Vor derselben ordnete er die Regierung für die Zeit seiner Abwesenheit in der Weise an, dass er die Leitung der militärischen Angelegenheiten dem Grafen Johann von Nassau, die Verwaltung aber dem Herzog von Zweybrücken übertrug. Da er nur seinen ältesten Sohn mitnahm, vertraute er seine übrigen Kinder der Obhut seiner Mutter Louise Juliane, der Tochter des grossen Oraniers an, die allein von bangen Ahnungen über das Unternehmen ihres Sohnes erfüllt war.**)

1619 In Amberg langte der Pfalzgraf am 14. Oktober an und hielt sich daselbst eine Woche lang auf, um die nöthigen Vorbereitungen zu seinem Einzuge in Böhmen zu treffen. Während er hier weilte, fand sich ein kaiserlicher Gesandter bei ihm ein. Ferdinand, der vergeblich gehofft hatte, dass er mit dem

---

*) Doncaster an Naunton dd. 27. Sept./7. Oct. 1619 bei Gardiner II.

**) Gardiner, Doncaster an Naunton dd. 27. Sept./7. Oct. 1619. — Skála III, 359.

Pfalzgrafen auf seiner Rückreise von Frankfurt in München zusammentreffen und ihn hier von der ferneren Unterstützung des böhmischen Aufstandes abhalten könnte, wollte noch einen letzten Versuch machen, und schickte zu diesem Behufe den Grafen Fürstenberg an Friedrich ab. Der Gesandte traf am 15. Oktober in Amberg ein und wurde am folgenden Morgen von dem Pfalzgrafen mit vielfachen Ehrenbezeugungen in Gegenwart des Fürsten von Anhalt, des Grafen Solms, des Rathes Camerarius und eines Secretärs empfangen. Fürstenberg ersuchte den Pfalzgrafen im Namen des Kaisers um die Zustimmung zur Berufung eines Reichstages, durch den allen bisherigen Misshelligkeiten ein Ende gemacht werden sollte und verlangte gleichzeitig das Versprechen, dass der Pfalzgraf die angebotene Krone nicht annehmen werde. Nach einer kurzen Berathung ward dem Grafen die Antwort zu Theil, dass der Kurfürst über die geschehene Mittheilung zuerst nachdenken müsse. Die schriftliche Antwort, die Tags darauf dem Grafen Fürstenberg durch den Grafen Solms und durch Camerarius eingehändigt wurde, lautete dahin, dass der Kurfürst von der Berufung eines Reichstages nichts gedeihliches hoffe, wenn man nicht vorher die mannigfachen Beschwerden beseitigen würde, über die man im Deutschland schon seit langem klage. Was die böhmische Wahl betreffe, so wolle der Kurfürst über diesen wichtigen Gegenstand noch mit sich zu Rathe gehen und hoffe, dass er in keinen „ungleichen Verdacht“ kommen werde, wenn er sich „der so hart bedrängten Länder auf die ergangene Wahl in etwas annehmen würde.“ — Wenn wir diese geschraubte Sprache in einfache Worte kleiden, so wurde damit der Entschluss des Kurfürsten zur Annahme der böhmischen Wahl angedeutet, wenn gleich noch nicht als unwiderruflich festgestellt. Vergeblich liess Fürstenberg den Pfalzgrafen ersuchen, keinen endgiltigen Beschluss in dieser Angelegenheit zu fassen, so lange er über die Unterredung nicht an den Kaiser berichtet und von diesem einen neuen Auftrag erhalten haben würde. Schon nach einer Stunde erhielt er eine abschlägige Antwort und so musste er unverrichteter Dinge von Amberg abreisen, ohne den Kurfürsten

1619

nochmals zu Gesichte bekommen zu haben.*) Wir glauben nicht, dass Falschheit den Pfalzgrafen und seine Räthe von dem Geständniss zurückhielt, dass sie sich für die Annahme der Krone entschieden hatten, sondern eine gewisse Scheu, sich gegen denjenigen unumwunden auszusprechen, der durch ihre Entscheidung betroffen wurde. Denn eben an diesem Tag theilte Friedrich seinen Entschluss bezüglich der Annahme der Krone dem Herzog Maximilian mit und verhehlte sonach seine Entscheidung nicht länger.

Die Absendung Fürstenbergs war übrigens nicht der einzige Versuch, durch den Ferdinand den Pfalzgrafen von der Annahme der dargebotenen Königskrone abzuhalten suchte. Wohl unterrichtet von den vertraulichen Beziehungen, in denen der Pfalzgraf zu dem Kurfürsten von Brandenburg stand, hatte Ferdinand gleichzeitig auch an diesen einen Gesandten in der Person Gundakars von Liechtenstein abgeschickt und das Ansuchen gestellt, der Kurfürst möge seinen Einfluss bei dem Pfalzgrafen im Sinne der Nichtannahme der böhmischen Krone verwenden. Liechtenstein erfuhr aber womöglich noch eine grössere Niederlage als Fürstenberg; denn abgesehen davon, dass der Kurfürst Johann Sigmund von der ihm zugemutheten Einflussnahme auf den Pfalzgrafen nichts wissen wollte, beschuldigte er den Kaiser, dass er durch die Beschleunigung der frankfurter Wahl die Dinge zum äussersten gebracht habe, so dass der Gefahr jetzt durch keinen Reichstag mehr abgeholfen werden könne.**) Die protestantischen Fürsten in Deutschland, wenn sie auch nicht zur Union gehörten, waren demnach mit Ausnahme von Kursachsen und Hessen-Darmstadt den kaiserlichen Bitten und Beschwörungen unzugänglich.

Ungefähr am 20. Oktober trat Friedrich die Reise von Amberg nach Waldsassen an und traf in diesem nahe an der böhmischen Grenze gelegenen Orte am 23. ein. Hier erschien am folgenden Morgen eine Deputation von 20 Personen aus

1619

*) Fürstenberg an Ferdinand dd. 17. October 1619 im Wiener St. A. — Ebend. Friedrich an Max dd. 7./7. October 1619. — Camerarius an von der Grün dd. 6./16. October 1619, Druck in der k. k Bibliothek in Prag.

**) Wiener St. A. Boh. 1619. Antwort Kurbrandenburg auf Lichtensteins Werbung dd. 18./28. Oct. 1619.

allen Ländern der böhmischen Krone, welche ihn im Auftrage des Wahllandtages begrüsste. Friedrich empfing sie in feierlicher Audienz in Gegenwart seines Bruders, seines ältesten Sohnes sowie des Fürsten Christian von Anhalt und der hervorragendsten Mitglieder seines Gefolges und beantwortete die deutsche Ansprache des Grafen Andreas Schlick, der das Wort führte und die Gründe der böhmischen Königswahl berührte, in ungezwungener und freier Rede. Die Deputation begab sich darauf zur Gemahlin des Pfalzgrafen und hier ergriff Ruppa das Wort, indem er der Prinzessin dafür dankte, dass sie sich den Wünschen der Böhmen freundlich gezeigt und ihren Gemahl zur Annahme der Königskrone aufgemuntert habe. Elisabeth beantwortete die französische Rede in derselben Sprache, indem sie versicherte, was sie gethan, habe sie gern und um der Religion willen gethan. Von jetzt an führte das kurfürstliche Paar den Königstitel.*)

1619 Am 25. Oktober trat Friedrich in Begleitung seines ganzen Hofstaates, der sich auf nicht weniger als auf 569 Personen belief und Bedienstete aller Art enthielt, seinen Weg über Eger nach Böhmen an. An allen grösseren Orten, die er berührte, wurde ihm ein festlicher Empfang bereitet, am glänzendsten ging es dort zu, wo er übernachtete. In der Stadt Saaz, einem dieser Haltepunkte, begrüsste ihn die Bürgerschaft durch ihren Stadtschreiber mit einer feierlichen Anrede, während für die Frauen, die sich bei der Königin zu demselben Zwecke einfanden, ein junger Schullehrer, den man in weibliche Kleidung gesteckt hatte, das Wort führte. Nach dem letzten Nachtlager, das im Schlosse Buštěhrad abgehalten wurde, langte der königliche Zug am 31. Oktober früh Morgens vor Prag in dem Thiergarten, der Stern genannt, an. Vor dem Schlosse, das diesen Thiergarten ziert, harrte des Königs ein grosser Theil des böhmischen Adels, viele Abgesandte aus den böhmischen Nebenländern und zahlreiche festlich aufgeputzte Reiterabtheilungen, welche theils aus jungen Adeligen theils aus prager Bürgern bestanden. Der erste Eindruck, den der

*) Münchner St. A. 425/4, Graf Albrecht Solms an Grün dd. Waldsassen den 14./24. October 1619. Ebend. Bericht über den Empfang in Waldsassen.

junge, 23jährige Mann auf die harrende Menge machte, über die er nun die Herrschaft ausüben sollte, war ein gewinnender; seine hohe, schlanke Gestalt und seine einnehmenden Gesichtszüge fanden allgemeinen Beifall.*) Als Friedrich der ihn erwartenden Gesellschaft ansichtig wurde, stieg er vom Wagen herab, nahm den Hut ab und reichte den vornehmsten Personen die Hand. Johann von Talmberg begrüsste ihn darauf mit einer böhmischen Anrede, die Wenzel von Ruppa ins Deutsche übersetzte. Gleiche Ehre wurde auch der Königin erwiesen. Nachdem das Königspaar im Schlosse seine Mahlzeit eingenommen hatte, fand der feierliche Einzug in Prag in den ersten Nachmittagsstunden durch das Reichsthor statt. Den Zug eröffneten berittene Banderien, ihnen folgte eine Kompagnie Fussknechte in niederländischer Tracht, die den Pfalzgrafen auf seiner Reise begleitet hatte, dann kam die königliche Dienerschaft und eine Abtheilung berittener Leibgardisten und diesen folgte eine Anzahl reichgeschmückter Personen des Herrn- und Ritterstandes, die sich aus Böhmen und den anderen Ländern zur Begrüssung des neuen Königs in Prag eingefunden hatten; es waren ungefähr 400 Personen, alle prachtvoll gekleidet und schön beritten. Dem Adel folgten Fürst Heinrich von Münsterberg und Herzog Magnus von Würtemberg, die ebenfalls zu dieser Festlichkeit gekommen waren, ferner Christian von Anhalt mit seinem Sohne, der sich in dem folgenden Kriege seine Sporen verdienen sollte, endlich der Pfalzgraf Ludwig, des Königs jüngerer Bruder, alle auf glänzend geschmückten Rossen. Hinter ihnen erblickte man Friedrich auf einem herrlichen Rosse, das mit einer silberdurchwirkten Schabrake von blauem Sammt bedeckt war, er selbst war mit einem dunkelbraunen, mit Silber gestickten Gewande angethan. Zu seinen beiden Seiten schritten 24 weiss und blau gekleidete Trabanten einher. Die Königin folgte in einem Wagen, der die gleiche Farbe mit der Kleidung ihres Gatten hatte und reich mit Gold und Perlen verziert war; ihr kleiner Sohn fuhr in Begleitung der Grosshofmeisterin

---

*) Archiv von Kuttenberg, Bericht des kuttenberger Dechants dd. 17. November 1619.

Gräfin Solms in einem zweiten, mit rothem Sammt ausgeschlagenen Wagen nach. Einige Wagen mit Leuten aus dem Gefolge und einige Kompagnien Reiterei und Fussvolk schlossen den Zug.

Als derselbe in der Nähe des Reichsthores anlangte, wurde er daselbst von verschiedenen Zünften, als den Bräuern, Zimmerleuten, Flössern und Winzern, so wie von zahlreichen Bauern empfangen. Alle waren festlich und in altböhmischer Tracht gekleidet und mit jenen Waffen versehen, die in den Husitenstürmen ihre Berühmtheit erlangt haben. An der Spitze des Haufens stand ein Diener des altstädter Rathhauses, ein gewisser Nikolaus, ebenfalls in altböhmischer Tracht und dieser bewillkommte den König in einer lateinischen Ansprache und empfahl den vierten Stand seiner Obhut. In der Stadt wurde der König von der Bürgerschaft begrüsst, die in der Stärke von ungefähr 4000 Mann in militärischer Rüstung ausgerückt war und eine festliche Reihe bildete, die vom Thor bis an die Burg reichte. In dieser selbst harrten Frauen und Mädchen aus dem Adel und dem Bürgerstande im festlichen Schmuck auf die Ankunft des Königspaares. Auch den Juden war ein Antheil an der Feierlichkeit zugewiesen, allerdings nur ein solcher, der mit ihrer sozialen Stellung im Einklang stand: an 400 rüstiger Judenburschen mussten sich mit Feuerlöschgeräthen bei einigen Wasserbehältern aufstellen, um für den Fall einer Feuersgefahr einzugreifen. Während des ganzen Festzuges, der vom Sternschloss an bis zur Burg über zwei Stunden währte, standen zwei junge Männer auf dem Thurmknopfe des Veitsdomes: der eine schwenkte unaufhörlich eine blauweisse Fahne, der andere schlug auf eine Trommel. Da die Königin hoch in Umständen war, so wurden alle Geschützsalven vermieden, um sie nicht zu erschrecken. Die Pracht des ganzen Zuges, dessen Kosten sich für die Stadt Prag allein auf 50.000 Gulden beliefen, wurde von Jedermann bewundert, wiewohl das unfreundliche Spätherbstwetter, welches sich den ganzen Tag über in unangenehmer Weise geltend machte, dem günstigen Eindrucke abträglich war. Abergläubische Leute achteten aufmerksam auf etwaige Anzeichen, aus denen man auf die Zukunft des neuen Königthums schliessen

konnte; selbstverständlich fanden sie, was sie wollten, die einen freuten sich ob günstiger, die andern bangten ob ungünstiger Zeichen.*)

Dem festlichen Einzuge folgte schon nach vier Tagen die feierliche Krönung in der Domkirche. Trotz der grossen Umwälzung, welche seit Jahr und Tag in Böhmen vor sich gegangen, war diese Kirche noch vor wenigen Tagen im Besitze der Katholiken gewesen und das alte Metropolitankapitel hatte in ihr täglich den Gottesdienst versehen. Offenbar auf Verlangen des Pfalzgrafen und seines Hoftheologen Scultetus bekamen die Domherrn am 17. Oktober von den Direktoren den Befehl, die Schlüssel zur Kirche abzuliefern und ihre Wohnhäuser auf dem Schlosse und auf dem Hradschin zu räumen und nach dem Emauskloster zu übersiedeln. Da gleichzeitig ihre sämmtlichen Güter mit Beschlag belegt wurden, so bot man jedem Einzelnen zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse eine für jene Zeit jedenfalls beträchtliche wöchentliche Pension von acht Thalern an und schnitt alle Einwände bezüglich der Geringfügigkeit dieser Summe mit der spöttischen Bemerkung ab, die Domherrn könnten sich wöchentlich einen Thaler mehr verdienen, wenn sie an den Schanzarbeiten zur Befestigung Prags mithelfen würden. Nachdem die Domkirche von den Direktoren übernommen worden war, traf man die nöthigen Vorbereitungen, um sie für die bevorstehende Krönung zu schmücken und liess durch eine Commission sämmtliche Räume derselben, namentlich die Grüfte untersuchen, weil man eine Pulververschwörung nicht für unmöglich hielt.**) Das utraquitische Consistorium bekam gleichzeitig den Auftrag, das alte Krönungsceremoniel einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Die Krönung selbst fand am 4. November statt. In der zehnten Morgenstunde verfügte sich Friedrich in die Wenzelskapelle und wurde daselbst mit einem prächtigen Krönungs-

1619

*) Die Beschreibung des Einzuges geben wir nach den Akten des sächs. Archivs, nach Skála III, 349 u. flg., endlich nach einem Briefe des jüngern Anhalt an seine Mutter dd. 22. October/1. November 1619 im bernburger Archiv.

**) Sächs. St. A. 9172. XVI, Lebzelters Bericht dd. 10./20. October 1619. — Skála III, 369.

mantel angethan, worauf er sich in feierlichem Zuge zum Hauptaltar begab. 38 Geistliche, durchwegs dem protestantischen Clerus von Böhmen angehörig, gingen voran, ihnen folgten diejenigen Herren, welche die Functionen der Oberstlandoffiziere versahen und trugen die Krönungsinsignien, hinter ihnen kam der König entblössten Hauptes, geleitet von dem Administrator des protestantischen Consistoriums Dicastus und seinem Stellvertreter Cyrillus, einem Mitgliede der Brüderunität, die beide in veilchenblaue Sammttalare gleich Bischöfen gekleidet waren. Der Königin mit ihrem Gefolge sowie andern hochgestellten Personen war ein besonderer Platz angewiesen, von dem aus man der nun folgenden Krönungsceremonie zusehen konnte. Nach ihrer Beendigung ertheilte Friedrich fünf Personen, theils seinem Gefolge angehörig, theils Eingebornen des Landes den Ritterschlag als Wenzelsrittern, eine Auszeichnung, die nur bei Krönungen üblich war.*) Nachdem dies geschehen war, ging er angethan mit allen Krönungsinsignien auf einem eigens dazu hergerichteten höher gestellten Gange von der Kirche nach dem Schlosse, um so der Menge den Anblick seiner Person zu gestatten. Unter das Volk wurden bei dieser Gelegenheit einige Tausend Denkmünzen geworfen und seine gute Laune auch noch dadurch erhöht, dass in der Nähe der Burg ein Brunnen errichtet wurde, aus dem über eine Stunde lang weisser und rother Wein floss, der zu Jedermanns Labung bereit stand. Die Kanonen blieben an diesem Tage nicht stumm, da die Königin eine weitere Schonung ihrer Nerven nicht für nöthig hielt. Drei Tage nach der Krönung Friedrichs wurde auch sie gekrönt und hiebei die übliche Pracht mit dem Unterschied entwickelt, dass diesmal keine Münzen unter das Volk geworfen wurden.**)

Die Feier dieser Tage blieb nicht ohne Misston. Der König hatte seit dem ersten Ueberschreiten der Grenze durch zuvorkommende Freundlichkeit alle Herzen zu bezaubern gesucht und namentlich bei dem Krönungsbanket einen lauten Jubel erregt, als er stehend die Gesundheit der Stände aus-

*) d'Elvert, Beiträge I, 68.
**) Skála III, 382.

brachte. An ihm fand die böse Zunge der Tadelsüchtigen noch nichts, was sie hätte rügen können; dagegen blieb die Königin nicht mehr verschont. Da sie sich im Deutschen nur ganz unbeholfen ausdrücken konnte, das Böhmische gar nicht verstand und ihr unmittelbares Gefolge meist aus englischen Fräulein bestand, so war sie von den böhmischen Damen, von denen kaum eine oder die andere französisch und keine englisch sprach, wie durch eine chinesische Mauer getrennt. Sie war nicht im Stande, durch verbindliche Worte dem ersten Zusammentreffen einen freundlichen Charakter zu geben und so war sie waffenlos der Kritik ihres Geschlechtes ausgesetzt. Es waren noch nicht vier Tage seit ihrer Ankunft in Prag verflossen, so hatte man bereits ausgekundschaftet, dass sie von keiner Ordnung etwas wissen wolle und in ihrer Tageseintheilung weder für die Mahlzeit noch für den Kirchenbesuch eine bestimmte Stunde einhalte. Vollends unverzeihlich erschien die Toilette der Königin und ihres Gefolges, wenigstens fühlte sich das Schamgefühl der Pragerinnen durch die entblösste Brust, mit der sich die Königin und ihr Hofstaat in der Öffentlichkeit zeigten, auf das Äusserste verletzt. Hätte man in Prag auch noch gewusst, wie die Königin über alles, was sie sah, die Nase rümpfte, den Putz der Damen vielleicht lächerlich und armselig fand, weil sie an den englischen Reichthum gewöhnt war, so würde sie sich vollends alle Welt zu Feind gemacht haben. So blieb aber ihr abfälliges Urtheil ein Geheimniss weniger ihr nahe stehender Personen.*)

In den wenigen Tagen, die seit Friedrichs Ankunft in Böhmen bis zur Krönung verflossen waren, hatten einige seiner Begleiter, namentlich der Rath Camerarius, der an Arbeitskraft und Geschäftskenntniss über alle andern hervorragte, Gelegenheit gefunden, sich ein Urtheil über den allgemeinen Zustand zu bilden. Dass dasselbe bezüglich der finanziellen Verhältnisse sehr ungünstig lauten musste, ist nach der Lage der Dinge selbstverständlich; aber ebenso ungünstig lautete es bezüglich der ganzen übrigen Verwaltung, die als in heilloser Confusion

---

*) Münchner St. A. 548/10 Camerarius an Grün dd. 5. November 1619, Prag.

befindlich bezeichnet wurde. Camerarius wurde durch diese Wahrnehmung so niedergebeugt, dass er einer spöttischen Bemerkung des Papstes volle Berechtigung zuerkannte. Paul V hatte sich nämlich auf die Nachricht von der Annahme der böhmischen Krone durch den Pfalzgrafen dahin geäussert, dass derselbe sich in ein schmutziges Labyrinth begeben habe, und damit seine Ansicht von dem unausweichlichen Untergange desselben angedeutet.*) Leider war nicht zu erwarten, dass durch die Ankunft des Pfalzgrafen die Verhältnisse im Lande sich besser gestalten würden, da keiner von denjenigen, die bisher in so elender Weise die Regierung geführt hatten, von derselben entfernt werden durfte. Alle Rathgeber, die Friedrich mitgebracht hatte, konnten ihm wohl über die traurigen Zustände im Lande berichten, bessern durften sie sie nicht, da man streng darauf hielt, dass alle höheren und niederen Posten nur mit Eingeborenen besetzt wurden, abgesehen davon, dass die Unkenntniss der böhmischen Sprache sie von jeder Verwendung von vornherein ausschloss.

Die erste Regierungsmassregel, die Friedrich nach seiner Krönung vornahm, war die Besetzung der obersten Landesämter. Der neue König durfte dieselben nicht frei besetzen, sondern war in seiner Auswahl an die Vorschläge der Beisitzer des Landrechtes und der sonstigen obersten Behörden gebunden, die ihm für jedes Amt vier Personen empfahlen. Die vorzüglichsten Urheber des Aufstandes beuteten dies zu ihren Gunsten aus, indem sie sich allesammt zu Aemtern in Vorschlag brachten, für die wohl die wenigsten die nöthige Eignung besassen. So wurde das Amt eines Oberstburggrafen dem Herrn Bohuchwal Berka zu Theil, das des obersten Hofmeisters dem Herrn Wilhelm von Lobkowitz, Oberstlandrichter wurde Graf Joachim Andreas Schlick, oberster Kanzler Herr Wenzel Wilhelm von Ruppa und Appellations-Präsident Herr Budowec; zum Burggrafen von Karlstein wurde Graf Thurn wieder ernannt. Durch diese Verfügungen konnte man sicher sein, dass die böhmische Verwaltung aus dem Schlamme, in den sie versunken war, nicht herausgezogen werden würde.

---

*) Skála, III, 382.

Seinen Regierungsantritt gab Friedrich in einem an sämmt-
:he Länder der böhmischen Krone gerichteten Manifeste kund,
. dem nicht ohne Geschick die Schuld aller Übel dem Kaiser
ı die Schuhe geschoben und die Annahme der ihm (dem
falzgrafen) angebotenen Krone als eine Sache der Nothwen-
igkeit hingestellt wurde.*) Die einfache und körnige Sprache
es Manifestes konnte ihre Wirkung auf jene nicht verfehlen,
ie sich durch derartige Schriftstücke überhaupt beeinflussen
essen. Auch der böhmische Landtag, der zur Krönung nach
rag berufen worden war, schloss nun seine Sitzungen. Von
inen Beschlüssen sind die bemerkenswerthesten jener, der
em Könige und der Königin neben den Einkünften aus den
öniglichen Gütern, insoweit sie nicht verkauft worden waren,
as Erträgniss einer Steuer in dem folgenden Jahre zuwies,
ann jener, welcher den Staatsgläubigern ein Zahlungsmora-
rium ihren Privatgläubigern gegenüber einräumte, und endlich
ner, welcher die Regierung zur Kontrahirung der nöthigen
nlehen für die Bezahlung des Kriegsvolkes ermächtigte. Vor
iner Auflösung beantwortete der Landtag eine Aufforderung,
ie der König von Polen durch eine eigene Gesandtschaft nach
rag übermittelt hatte und die dahin ging, dass sich die Stände
it Ferdinand versöhnen und ihn als König anerkennen
öchten, in ablehnender Weise.*)

---

*) Skála, III, 401 u. flg. und 398. — Münchner Staatsarchiv 548/10 Camerarius an Christoph von der Grün dd. 22. Oct./1. Nov. und 26. October/5. November 1619.

Sechstes Kapitel.

Bethlen Gabor.

I Der ungarische Reichstag umworben von den Parteien. Streit der Protestanten und Katholiken auf dem Reichstage. Auflösung des Reichstags. Bemühungen einiger ungarischer Edelleute, den Fürsten Bethlen für Böhmen zu gewinnen. Bethlens frühere Schicksale. Er entschliesst sich zum Bunde mit den Böhmen. Er benachrichtigt dieselben von seinem Entschlusse. Er tritt den Marsch aus Siebenbürgen an. Eroberung Kaschau's. Szechy rückt gegen Pressburg vor. Versammlung in Kaschau. Marcus Vaida in Prag. Bethlen rückt auf Pressburg los und nimmt die Stadt ein.

II Buquoy zieht aus Böhmen ab. Meuterei im böhmischen Heere. Bemühungen der Direktoren um Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel. Einnahme von Bechin. Buquoy's Marschrichtung. Buquoy in Horn. Thurn in Neumühl. Vereinigung des böhmisch-mährischen und ungarischen Heeres. Treffen bei Ulrichskirchen. Verhandlungen in Pressburg über den weitern Angriff. Bethlens Geldforderungen und Anerbietungen und ihre Aufnahme in Prag. Operationen der verbündeten Truppen. Traurige Zustände in Wien. Das Bundesheer rückt gegen Wien. Rückzug desselben. Ursache dieses Rückzuges. Die Kosaken in Oberungarn.

I

Wir haben erzählt, dass der ungarische Reichstag zu Ende 1619 Mai eine Deputation wählte und dieselbe nach Wien schickte, um die Vermittlung in dem böhmischen Streite zu versuchen. Man wird sich erinnern, in welcher Weise der Erzbischof von Gran den König vor dieser Deputation warnte und wie sehr die Warnung wenigstens bei einem Mitgliede derselben, bei Stanislaus Thurzo gerechtfertigt war. Nachdem die Deputation über ihre Verhandlung mit Thurn an Ferdinand Bericht erstattet hatte, schien dieser Willens zu sein, sich die ungarische Vermittlung gefallen zu lassen, wenigstens schrieb er in diesem Sinne an den Reichstag nach Pressburg und forderte denselben auf, mit den Böhmen in Verhandlung zu treten und von ihnen die Bedingungen, unter denen sie zum Gehorsam zurückkehren würden, in Erfahrung zu bringen. Doch gab

r die Erlaubniss hiezu nur unter der Bedingung, dass seinen Rechten als König von Böhmen nicht nahegetreten werde. Im Widerspruche mit dieser Aufforderung ersuchten dagegen die niederösterreichischen Protestanten die ungarische Deputation um ihre Vermittlung zu Gunsten der Böhmen und verlangten mit grösserer Energie als früher, dass die Ungarn keine Truppen zu Ferdinands Unterstützung abschicken möchten.*) Sie ersuchten den ungarischen Reichstag geradezu sich der gemeinsamen Sache der Böhmen anzuschliessen und baten ihn zu diesem Behufe eine Gesandtschaft nach Prag zu schicken, wo über ein Bündniss verhandelt werden sollte.

Nicht zufrieden mit diesen schriftlichen Aufforderungen suchten sowohl Ferdinand wie die niederösterreichischen Protestanten ihre Sache bei dem ungarischen Reichstag durch eigene Gesandte zu fördern und zwar schickte der erstere den (uns nicht näher bekannten) Herrn von Molart nach Pressburg, die letzteren aber einen Herrn von Starhemberg, an den sich später der mährische Oberst Friedrich von Tiefenbach anschloss. Der Reichstag zeigte sich vorläufig geneigter, dem Könige in den böhmischen Angelegenheiten zu Diensten zu sein**), einige Mitglieder beantragten sogar die Verhaftung der österreichischen und mährischen Gesandten.***) Man wird es daher begreiflich finden, wenn die Antwort, welche den Österreichern zu Theil wurde, nicht günstig lautete: der Reichstag erklärte sich zwar bereit, die Vermittlung in dem böhmischen Streite zu versuchen, wenn dabei den Rechten des Königs nicht nahegetreten würde, aber von einer Zurückberufung der ungarischen Truppen, die im Solde Ferdinands standen, wollte er nichts wissen.†) Da auch Tiefenbach den Reichstag

*) Katona XXX, 63 und flgd. Der König an den ungarischen Reichstag dd. 13. Juni 1619. Die niederösterreichischen Protestanten an die ungarische Deputation Katona XXX, 57, an den ungarischen Reichstag Katona XXX, 60.

**) Der ungarische Reichstag an Ferdinand dd. 20. Juni 1619 bei Katona XXX, 70.

***) Gratzner Archiv, Jaquot an Buquoy dd. 27. Juni 1619. Sächs. StA Aus Wien dd. 26. Juni 1619.

†) Katona, XXX, 80.

zu einem rückhaltslosen Anschluss an Böhmen drängte und hiebei versicherte, dass kein Buchstabe an den Beschlüssen der böhmischen und mährischen Stände geändert werden dürfe, wurde auch ihm und den mährischen Ständen ein abweislicher Bescheid zu Theil.*) In der Stimmung der Reichstagsmajorität trat auch kein Umschwung ein, als die Mährer nochmals nach Pressburg schrieben und theils mit Gründen theils mit Bitten die Ungarn um den Anschluss bestürmten; der Erzbischof Pazmann übte einen so starken Einfluss auf die Stände aus, dass keine entgegengesetzte Ansicht die Oberhand gewann.**) In Wien beglückwünschte man sich zu dieser Haltung des Reichstags und glaubte, dass die Gegner sich ihrer Niederlage bewusst seien, wenigstens wurde behauptet, dass Herr von Tiefenbach jetzt nur von Frieden rede und Reue an den Tag lege.***) Wie sollte man sich auch nicht guten Hoffnungen hingeben, da es selbst der Erzbischof von Gran für möglich hielt, dass die ungarischen Stände ihrem Könige Hilfe leisten würden, wenn die Friedensvermittlung mit Böhmen keinen Erfolg haben würde und da von Emerich Thurzo, dem Vetter Stanislaus', ein Schreiben an den Erzherzog Leopold einlief, worin er sich in der demüthigsten Weise zu jeder Dienstleistung erbot. Graf Althan, der damals durch Ungarn nach Polen reiste, erhielt gleichfalls auf seiner Reise von einzelnen Edelleuten so vielfache Versicherung der Anhänglichkeit und Treue an das Königshaus, dass er Ende Juli ganz entzückt hierüber an Erzherzog Leopold Bericht erstattete und die Versicherung gab, der König könne sich auf die Treue der Ungarn verlassen. Dennoch waren alle diese Hoffnungen auf Sand gebaut:†) von Tiefenbach ist es gewiss, dass er ununterbrochen die Ungarn gegen die königliche Dynastie hetzte und in mehrfachen Unterredungen die ungarischen Protestanten nicht ohne Erfolg für die böhmische Sache bearbeitete

*) Katona XXX, 91.

**) Katona, XXX, 107.

***) Gratzner Archiv, Jaquot an Buquoy dd. 1. Juli 1619.

†) Innsbrucker Statthaltereiarchiv, Emericus Thurzo ad archid. Leopoldum dd. 3. Juli 1619. — Ebend. Althan an Leopold dd. 30. Juli 1619.

und welches die wahren Gesinnungen Emerich Thurzo's waren, wurde einige Wochen später klar. *)

Bald sollte übrigens auch in Wien die vertrauensselige Stimmung einer anderen Anschauung weichen, als der Palatin den Reichstag zur Eröffnung der Verhandlungen über die königlichen Propositionen drängte. Ferdinand hatte die Bewilligung einer Steuer verlangt, die hauptsächlich zur bessern Instandhaltung der Grenzfestungen und zur Beschaffung der nothwendigen Vertheidigungsmittel gegen einen allfälligen türkischen Angriff dienen sollte. Diesen Augenblick ersahen die Protestanten, um aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Sie erklärten, dass sie die Verhandlungen nicht eher beginnen würden, als bis ihren verschiedenen Wünschen und Beschwerden Rechnung getragen werden würde. Jeder dieser Wünsche war aber so beschaffen, dass die Verhandlung über dieselben sich ins endlose fortspinnen konnte, so z. B. der erste, nach welchem der König das absolut freie Wahlrecht der ungarischen Stände bei der Besetzung des Thrones anerkennen**) und so zweifellos sicherstellen sollte, was durch die Verhandlungen des vorigen Jahres fraglich geworden war; so der dritte, nach welchem mit dem Kommando in den festen Plätzen nur Eingeborene betraut werden sollten, und ebenso der vierte, nach dem die Protestanten um rechtliche Gleichstellung bei der Besetzung aller Aemter und Gerichtsstellen ersuchten. Bei dieser Gelegenheit erhoben dieselben vielfache Klagen, dass die religiöse Freiheit, wie sie durch den wiener Frieden und die von Mathias und Ferdinand eingegangenen Verpflichtungen gewährleistet wurde, verletzt worden sei und dass einzelne Edelleute die protestantischen Kirchen geschändet, ihre Geistlichen verjagt und ihre Anhänger zum katholischen Glauben gezwungen hätten. An die Aufzählung dieser Beschwerden schloss sich der Antrag, dass man die Jesuiten aus Ungarn vertreiben und keinen, der bei ihnen erzogen worden sei, zu einem Beneficium

*) Sächs. StA. Lebzelter an Schönberg dd. 7./17. Juli 1619. — Katona XXX, 183.

**) Katona, XXX, 119. Der König sollte bestätigen: „regnum hoc eligendorum principum sive regum suorum absoluta et perpetua gaudere potestate atque facultate.“

zulassen solle, welcher Antrag vornehmlich gegen den graner Erzbischof und Jesuitenzögling Pazman gerichtet war.

Auch in den böhmischen Angelegenheiten gaben sie ihre bisherige Reserve auf und fanden die Klagen der Oesterreicher und Böhmen gegen die Herbeiziehung des in Ungarn angeworbenen Kriegsvolkes, das sich die grössten Räubereien auf dem Marsch durch das eigene Land erlaube, begründet und wünschten, dass dasselbe zu Hause gelassen und statt seiner die fremden Soldaten aus sämmtlichen festen Plätzen entfernt werden möchten. Sie beschwerten sich ferner über allerlei Uebelstände in der ungarischen Finanzverwaltung und über den Einfluss, den die österreichische Hofkammer auf dieselbe übe, indem sie vielfache Einkünfte unmittelbar an sich heranziehe; sie klagten über die Bedrückungen der einzelnen Festungskommandanten gegen die benachbarten Gutsbesitzer, über die tausendfachen Ausschreitungen, die sich die räuberischen Heiducken zu Schulden kommen liessen, über die Gewaltthätigkeiten, durch die sich der von uns bereits genannte Propst von Pressburg Balasfi gebrandmarkt haben sollte, endlich über das Unrecht, das der Familie Chyoron zugefügt worden sei, indem ihr gewisse Zahlungen widerrechtlich verweigert würden. Diese Klagen und zahlreiche andere Beschwerden zeugen allerdings zur Genüge von der elenden Beschaffenheit des ungarischen Staatswesens. *) Wie viel Schuld daran die jämmerliche Regierungsweise der letzten Jahrzehende, der Mangel eines nationalen Herrschers, die Unbotmässigkeit, Schlemmerei und Arbeitsscheu des ungarischen Adels trugen, wollen wir hier unerörtert lassen.

Da sich der Palatin vergebens bemüht hatte, die Protestanten von der Einbringung ihrer Beschwerden abzuhalten und zur Berathung über die königlichen Propositionen zu veranlassen, mussten die Katholiken den hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen und eine Widerlegung der ihnen gemachten Vorwürfe versuchen. Wenn nur die Hälfte der von ihnen gebrachten Angaben und Gegenklagen wahr ist, so hatten sich die Protestanten gegen sie zehnfach grösserer Unbilden

*) Katona, XXX, 128 162.

schuldig gemacht. Sie hinderten nicht nur die Katholiken wie und wo sie konnten in der freien Glaubensübung, sondern sie vergriffen sich auch in zahlreichen Fällen an ihren Priestern, indem sie dieselben halb todt prügelten und überhaupt in schmächlicher Weise behandelten. In Bezug auf die Beschwerden, welche die Protestanten gegen die politische sowie gegen die Finanz- und Justizverwaltung erhoben hatten, liessen sich die Katholiken in keine Widerlegung ein, weil, wie es scheint, die vorgebrachten Thatsachen keine Widerlegung gestatteten.

Wir wissen nicht, in welcher Weise der Streit zwischen den religiösen Parteien auf dem Reichstag weiter geführt wurde, nur so viel ist uns bekannt, dass der letztere am 13. August aufgelöst wurde, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass man vergeblich auf die Aufbietung der Insurrection zur Bekämpfung der Feinde Ferdinands gehofft hatte. Auf katholischer Seite hatte man keine Ahnung davon, welcher Umsturz sich gerade in diesem Augenblicke von Siebenbürgen aus vorbereitete und dass der Fürst dieses Landes, Bethlen Gabor, eben Vorbereitungen treffe, um auf den Kampfplatz zu treten und sich den Feinden Ferdinands anzuschliessen. *)

Aus den uns zugänglichen Nachrichten **) ist ersichtlich,

---

*) Über die unmittelbaren Ursachen, durch welche der genannte Fürst von Siebenbürgen zu diesem entscheidenden Schritte vermocht wurde, haben wir in den uns zugänglichen ungarischen Geschichtsbüchern keine näheren Andeutungen gefunden, und eben so wenig ist der weitere Verlauf des Kampfes zwischen Bethlen und Ferdinand ins klare gestellt, wohl deshalb, weil das Aufschluss gebende Material an zu vielen und zu weit von einander entlegenen Orten zerstreut ist und man seiner nur habhaft werden konnte, wenn man über die Gesammtgeschichte der Zeit Forschungen anstellte. Auch uns sind gewiss viele mehr oder weniger wichtige und Aufschlüsse bietende Papiere verborgen geblieben; dennoch glauben wir von dem Verlaufe der Ereignisse eine eingehende und verlässliche Kunde zu besitzen und an die Geschichte des böhmischen Aufstandes die des mit ihm im innigen Zusammenhange stehenden ungarischen knüpfen und so unsere Erzählung vervollständigen zu können.

**) Bei Katona XXX und Münchner StA. 50/23 Bethlen ad comitatum Soproniensem dd. 12. Sept. 1619 und in andern Briefen. Archiv von Innsbruck Gratiani's Schreiben an Bethlen dd. 6./16. Juli 1619. Ebend. Andreas Doczy an Ferdinand dd. 20./30. Juli 1619.

dass Bethlen sich ursprünglich dem Kaiser zur Hilfeleistung gegen die Böhmen angeboten habe, doch mögen diese Anerbietungen nicht besonders ernstlich gelautet haben, da sie in Wien nie in Erwägung gezogen wurden. Dagegen setzten die Freunde der böhmischen Bewegung frühzeitig auf ihn ihre Hoffnungen, obwohl er keinerlei Anknüpfung an sie gesucht hatte. Als Stanislaus Thurzo jene heimliche Unterredung mit dem Grafen Thurn vor Wien hatte und hiebei die Art und Weise besprochen wurde, wie man Ungarn zum Bündniss mit Böhmen heranziehen könnte, dürften diese beiden Männer ihre Aufmerksamkeit auf Bethlen gerichtet haben. Wenn der Fürst seine Macht aufbot und in Ungarn einfiel, dann konnte man hoffen, dass sich der protestantische Adel um ihn schaaren, die katholische Herrschaft, die ohnedies nur in den reichen Kirchenfürsten wurzelte, über den Haufen werfen und sich für die überstandene Mühe an dem Kirchengute entschädigen würde. Gewiss geschah es demnach im Einverständniss mit Thurn, dass Thurzo die Reise nach Siebenbürgen antrat und den Fürsten in diesem Sinne bearbeitete. Als sich einige Tage später Friedrich von Tiefenbach bei dem pressburger Reichstag um die Gewinnung des protestantischen Adels bemühte, wurde auch hier allseitig die Nothwendigkeit anerkannt, dass man sich an Bethlen wenden und unter seiner Aegide den Kampf beginnen müsse. Es werden uns die Familien Rákoczi, Thurzo, Széchy und Preni genannt,*) die für den Anschluss an Böhmen thätig waren und einen gewissen Herrn Zmeskal an Bethlen abschickten, um ihn zu gewinnen und diesem Boten wird das Hauptverdienst an dem spätern Anschlusse Bethlens zugeschrieben.**)

*) Katona XXX, 185.

**) Bei Katona XXX, 185 wird dieser Bote „generosus dominus Zmeskal" genannt, über die Art und Weise, wie er seinem Auftrage nachgekommen sei, aber nichts berichtet. Dagegen heisst es in einem Briefe Ludwigs von Starhemberg an den Fürsten von Anhalt dd. 7. Juni 1620 (Münchn. RA. VI, Fol. 305): „Herr Miscal (ist) des Fürsten vertrautester Rat und alter Soldat, der meistens Ursach, dass der Fürst sich aus Siebenbürgen gelassen." — Wir glauben nicht zweifeln zu dürfen, dass Zmeskal und Miskal dieselbe Person sei. Da die erstere Schreibweise die richtige ist, so bedienen wir uns derselben.

Für Bethlen war ein Moment von entscheidender Bedeutung ekommen: sollte er dem Rufe folgen und den Kampf mit 'erdinand aufnehmen, oder sich mit der bereits erworbenen lacht begnügen? In einem vertraulichen Gespräche mit eiigen böhmischen Gesandten, das er ein Jahr später halberauscht bei einem Banket führte, erzählte er mit einem Anrich hingebenden Vertrauens, dass er die Gefahren, die ihn ei seiner Entscheidung bedrohten, nicht unterschätzt habe: ı Ungarn sei tiefer Friede gewesen, als er gegen den Kaiser ezogen sei, er habe nicht mit Gewissheit darauf rechnen önnen, dass sich ihm das Land nicht widersetzen werde, ennoch aber habe er den Kampf gewagt. *) Wir glauben inessen nicht, dass ihn die Sorge vor einem allfälligen Widerstand er Ungarn quälte, da er als Magyar und Protestant der Symathien der meisten Einwohner gewiss war; was ihn besorgt achte, waren die Türken, die gewiss nicht ohne Nutzen für ch den Wechsel in der ungarischen Herrschaft zugegeben ätten, und wie konnte er hoffen, ihnen einen nachhaltigeren und esseren Widerstand leisten zu können, als das habsburgische laus mit seinen reichen Hilfsquellen? Ehrgeiz und Kriegsıst bewirkten aber, dass er alle Besorgnisse unterdrückte und ch zum Kampfe gegen Ferdinand entschloss.

Von seinen Zeitgenossen wurde Bethlen verschieden beurıeilt. Dass die Katholiken in ihm die Verkörperung alles Bösen ahen, ist selbstverständlich, aber auch unter den Protestanten, amentlich in Deutschland und England hatte er gewichtige legner; sie hielten ihn für einen Mann, der mit den Türken ng verbunden und halb und halb selbst ein Mohammedaner ei, so dass man ihn gar nicht den christlichen Fürsten beiählen könne. Zu dieser Anschauung mag der Umstand beietragen haben, dass Bethlen in seiner Jugend einige Jahre ı Constantinopel zugebracht hatte und dass man von ihm rzählte, er habe sich dort beschneiden lassen. Der pedansche König Jacob hatte eine so wegwerfende Meinung von ım, dass er ihn nie mit einem Schreiben beehrte, wie sehr ın auch sein Schwiegersohn, Friedrich von der Pfalz, darum

*) Skála, IV.

ersuchen mochte. Auf dem Wege, den Bethlen zurücklegte, um zu seiner hohen Stellung zu gelangen, konnte er allerdings nicht den Tugendpfad einhalten, wie dies ein vom Schicksal im vorhinein zur Fürstenwürde bestimmter Mann thun kann und doch nicht thut.

Dem niedern Adel angehörig, hatte sich Bethlen schon seit seinem 17. Jahre dem Kriegshandwerk hingegeben und im Laufe seines Lebens an nicht weniger als 42 grösseren und kleineren Schlachten theilgenommen. Sein Vermögen war ursprünglich so gering, dass er in seinen zeitweisen Bedrängnissen Gläubigern nicht die nöthigen Garantien zu bieten schien und deshalb einmal einen Kaufmann in Kaschau vergeblich um ein Darlehen von 100 Gulden ersuchte. Man rühmte an ihm, als er zur Fürstenwürde gelangt war, dass er ein ebenso treffliches Gedächtniss als Urtheil besitze und für die wissenschaftlichen Bestrebungen eine Vorliebe zeige. Von seinen sprachlichen Kenntnissen weiss man, dass er nur magyarisch und lateinisch sprach, die letztere Sprache war ja ohnediess allen Ungarn mehr oder weniger geläufig. Er war ein eifriger Kalviner und liebte es, sich in Religionsgespräche einzulassen und seine Partei gegen alle Angriffe zu vertheidigen. In seinem Aeussern wird er als ein Mann von mittlerer Grösse und nicht unbedeutender Körperfülle geschildert, sein längliches Antlitz, das von einem dichten schwarzen Bart umrahmt war, wies eine breite Stirn aber eine hässliche, zurückgebogene und am Ende dicke Nase und einen breiten Mund auf, in dem die Zähne ziemlich weit von einander abstanden. Sein Aeusseres konnte daher nicht auf Schönheit Anspruch machen, es deutete aber auf Kraft und Energie und in der That machte er sich durch eine grosse Strenge gegen seine Untergebenen bemerklich, so dass er mitunter eines tyrannischen Gebahrens beschuldigt wurde. Dem Weingenuss ergab er sich mit grosser Leidenschaft, über Staatsgeschäfte konnte man mit ihm nur am Morgen verhandeln, weil er am Ende des Vormittags sich stets schon einen halben Rausch angetrunken hatte. Seiner ersten Frau Susanna Karolyi, die um diese Zeit noch lebte, wurde Frömmigkeit und häuslicher Sinn nachgerühmt; wenig·

stens wird von ihr erzählt, dass sie sich trotz ihrer fürstlichen Stellung an den Küchenarbeiten betheiligt habe.*)

Wenn Stanislaus Thurzo gleich nach seinem Abschied von Thurn zu Bethlen reiste, so konnte er noch vor Ende Juni bei ihm eingetroffen sein und vielleicht dürfte sich auch Zmeskal nicht viel später bei dem Fürsten eingefunden haben. Schon im Juli muss Bethlen seinen Entschluss gefasst haben, denn wie anders wäre das Gerücht von seinem Auszug aus Siebenbürgen erklärlich, das sich am 20. August in Prag verbreitete.**) Den Anlass zu diesem Gerücht mögen Mittheilungen gegeben haben, die Thurn einigen Mitgliedern der Directorialregierung in geheimnissvoller Weise zukommen liess. Bethlen Gabor hatte, nachdem er sich entschlossen hatte, sein Geschick mit dem der Böhmen zu verknüpfen, den ehemaligen Vojwoden der Walachei, der in den Korrespondenzen jener Zeit insgemein Marcus „Waida“ genannt wird, vielleicht schon im Juli an Thurn abgeschickt, ihn von seinen kriegerischen Absichten in Kenntniss gesetzt und seine Unterstützung angeboten, aber vorläufig noch um die Geheimhaltung dieses Entschlusses ersucht. Thurn war davon auf das angenehmste überrascht, er sah sich am Ziele seiner Träume und eine Coalition verwirklicht, die über Ferdinand den Sieg davontragen musste. Er stellte nur zur Bedingung, dass er den Entschluss Bethlens dreien von den Direktoren mittheilen dürfe, in welche Bedingung der Gesandte nur schwer einwilligte, da der Erfolg gesicherter schien, wenn Bethlens Absichten Niemandem früher bekannt wurden. Doch willigte er ein, und wie sehr seine Sorge begründet war, zeigte eben das Gerücht, das in Prag entstand und das wahrscheinlich nur den Mittheilungen Thurns seine Entstehung dankte.***)

---

*) Innsbrucker Statthaltereiarchiv, Charakteristik Bethlen Gabors. Katona XXX, 482. Sächs. StA Lebzelters Schreiben dd. 21. Aug., 10. September 1619.

**) Skála III, 271.

***) StA. in Wien, Thurn an eine unbekannte Person sine dato. Thurn berichtet über die Unterhandlungen mit Marcus Waida ohne Angabe von Daten und es ist demnach nur unsere Vermuthung, dass Marcus Ende Juli oder Anfangs August sich mit Thurn besprochen habe, aber jeden-

Die Verwirklichung seiner kriegerischen Absichten leitete Bethlen damit ein, dass er sich bemühte das Misstrauen abzulenken, das seine nun in Angriff genommenen Rüstungen bei den Katholiken erregen mussten; er gab sie deshalb als gegen die Türken gerichtet aus. Ungefähr Mitte Juli schrieb er an Georg Doczi, den Kommandanten über eine Abtheilung der in Ungarn stationirten königlichen Truppen und benachrichtigte ihn, dass die Pforte schlimme Anschläge im Schilde führe, um derentwillen er Vorbereitungen treffen müsse. Diesen Nachrichten fügte er zugleich die Versicherung seiner unterthänigen Ergebenheit gegen Ferdinand hinzu, bot sich an, ihm entweder selbst zu Hilfe zu ziehen oder eine andere Person mit dem Kommando über seine Streitkräfte zu betrauen. Die Versicherungen klangen so aufrichtig, dass sich Doczi durch dieselben täuschen liess und bei Ferdinand anfrug, ob er den Fürsten nicht gegen die Türken unterstützen und vielleicht die Insurrection einiger Comitate aufbieten solle.*) Bethlen brachte seine Rüstungen in dem Augenblicke zu Ende, als der ungarische Reichstag sich auflöste. Er durfte nach der Richtung, welche die Verhandlungen gegen den Schluss genommen hatten, gewiss sein, dass er, sobald er die Maske abwarf, in Ungarn keinem besondern Widerstande begegnen werde. 1619 Am 18. August glaubte er das Geheimniss nicht länger wahren zu müssen: er benachrichtigte die böhmischen Direktoren, dass er mit seinen Truppen im September in Mähren einrücken werde und ersuchte sie ihre Operationspläne damit in Einklang zu bringen und vorläufig jedem grösseren Gefechte auszuweichen.**) Wenige Tage später folgten diesem Schreiben zwei Gesandte, welche den Direktoren die Versicherung überbrachten, dass Bethlen mit 40.000 Mann von Klausenburg her im Anzuge sei***) und dass er mindestens 20.000 Mann den Böhmen zu Hilfe

---

falls glauben wir nicht, dass Bethlen früher einen Boten an Thurn abgeschickt habe, so lange er nicht von Thurzo und Zmeskal im böhmischen Sinne bearbeitet worden war.

*) Innsbrucker Statth. A. Doczi an Ferdinand dd. 20. Juli 1619. Szathmar.

**) Skála, III, 337. Münchner StA. Albrecht von Solms an v. d. Grün dd. 6./16. September 1619.

***) Skála, III, 338. Antwort der böhmischen Direktoren an Bethlen dd. 9. September 1619 im sächs. StA.

hicken werde. In Prag jubelte man bei dieser Nachricht laut auf, ch gab es auch unter den Protestanten viele, welche über den vorstehenden Zuzug der ungarischen Schaaren nicht besonders freut waren und fürchteten, dass derselbe die Ausbreitung r türkischen Herrschaft zur Folge haben werde. Diese ngst vor der Zukunft beirrte jedoch die Direktoren nicht nd sie erwiederten dem Fürsten von Siebenbürgen auf sein nerbieten mit den Versicherungen unbegrenzter Dankbarkeit.*) ei der jämmerlichen Lage, in der sich ihr Heerwesen damals efand, konnten sie auch nichts anderes thun.

An welchem Tage Bethlen seinen Marsch aus Siebenbür- n antrat und wie gross die Truppenzahl war, über die er beim uszuge verfügte, ist uns nicht genau bekannt. Seine Unterkom- andanten Rákoczi und Széchy eilten ihm voraus; der erstere sollte aschau angreifen, der letztere seinen Marsch nach Pressburg rich- n. Rákoczi langte am 3. September mit 5000 Reitern vor Kaschau und wäre kaum im Stande gewesen, die Stadt einzunehmen, enn der königliche Kommandant Andreas Doczi, der nur ber eine kleine Besatzung, aber über hinreichende Artillerie rfügte, von der Bürgerschaft unterstützt worden wäre. Allein e Bürgerschaft, mit der Rákoczi ein Einverständniss ange- nüpft hatte, wollte nichts von einem Widerstande wissen, und sich auch die Besatzung für den Feind erklärte, so sah ch Doczi von allen Seiten verlassen. Rákoczi hielt am September seinen Einzug in die Stadt und nahm Doczi efangen. Da Kaschau fast ausschliesslich protestantisch war, durften sich die einziehenden Truppen keine Excesse erlau- en und begnügten sich deshalb mit der Ermordung dreier atholischer Geistlichen, die mit Doczi in ihre Hände gefallen aren**)

Während dieser Vorgänge in Kaschau zog Széchy nach ressburg, um den Zuzug ungarischer Truppen, die im Auf- age des Palatins zur Vertheidigung der Stadt geworben urden, zu verhindern. Bethlen suchte Széchy's Zug dadurch

*) Skála, III, und Sächs. StA. Lebzelters Brief dd. 31.Aug./10. Sept. 1619.

**) Sächs. StA. Bericht über die Einnahme von Kaschau dd. 12. September 1619. — Ebend. dd. 19. September 1619. — Ebend. Bethlen an Thurn dd. 18. Sept. 1619.

zu fördern, dass er von Debreczin aus, wo er mittlerweile angelangt war, an einzelne Comitate und an hervorragende Parteimänner Schreiben richtete, in denen er erklärte, dass er nur aus Sorge für die gefährdeten protestantischen Interessen und zur Bestrafung von Gewaltthaten, die an den Ungarn verübt worden seien, mit seinem Heere herangezogen komme*). Auch an den Palatin sandte er ein Schreiben, aber Forgach blieb seinem König treu, obwohl ihn die raschen Erfolge des Fürsten von Siebenbürgen stutzig machen konnten. Seine Treue zeigte er in der Art und Weise, wie er Bethlens Brief beantwortete, indem er die angeblichen Gründe seines Einmarsches in Ungarn Punkt für Punkt widerlegte und ihn als einen Heuchler hinstellte, dem es nur um die Befriedigung seiner Eroberungsgelüste zu thun sei, unbekümmert darum, welchen Gefahren er sein Vaterland den Türken gegenüber preisgebe.**)

Bethlen liess sich durch dieses Schreiben von seinem Vorhaben ebensowenig abhalten, wie durch ein anderes, das er gleichzeitig von dem Könige von Polen empfangen haben dürfte. Er hatte rasch, um nicht zu sagen plötzlich, seine Partei gewählt und nun war er entschlossen auszuharren. Schon vor Empfang dieser beiden Warnungsschreiben hatte er sich deshalb entschlossen, Széchy's Operationen auch noch dadurch zu unterstützen, dass er ihm eine starke, an 12—13.000 Mann zählende Truppenabtheilung unter Redey's Kommando nachschickte. Um den Marsch zu beschleunigen, liess er die Truppen ohne Gepäck abziehen und folgte nun selbst mit demselben in langsamen Tagesmärschen nach. Zugleich liess er dem Obersten Friedrich von Tiefenbach, der das Kommando über das mährische Volk führte, von allen diesen Bewegungen Nachricht zukommen und ihn auffordern, im Einverständnisse mit Széchy und Redey vorzugehen, um Dampierre und Bosniak, den Anführer der im Auftrage des Palatin geworbenen Truppen, schlagen

*) Münchner StA. Bethlen an das pressburger Comitat dd. 12. September 1619. — Ebend. Bethlen an Nadasdy dd. 12. September 1619. — Wiener StA, Bethlen an Stanislaus Thurzo dd. 12. September 1619.

**) Wiener St. Der Palatin an Bethlen dd. 23. Sept. 1619. Hatvan S. 148.

ı können. Dem Grafen Thurn, dem er ebenfalls von seinen erfügungen Nachricht gab, versprach er, dass er mit seinem anzen Heere längstens bis zum 10. oder 12. Oktober in yrnau einrücken werde.*)

Nicht das Gepäck war übrigens die einzige Ursache, um erentwillen Bethlen nicht so schnell vorwärts kam, auch ndere und sehr gewichtige Gründe nöthigten ihn, einige Tage Kaschau Halt zu machen. Es handelte sich für ihn darum, inem Unternehmen die Sanction der öffentlichen Meinung ı verschaffen, und da dies durch einen Reichstag nicht mögch war, so lange Pressburg nicht in seiner Gewalt war, so ollte er sich dieselbe durch eine Art improvisirter ständischer ersammlung geben lassen. Er lud deshalb die Vertreter der erungarischen Städte und die Magnaten von Oberungarn ach Kaschau ein, um ihre Zustimmung zu seinem gegen Fernand gerichteten Unternehmen zu erlangen.**) Die proteantischen Städte und der gleichgesinnte Adel folgten seiner inladung, er erzielte mit ihnen ein inniges Einverständniss nd erhielt dadurch die nachträgliche Billigung seines Unterehmens. Als die Nachricht von seinen Fortschritten nach Vien gelangte, war man überzeugt, dass ganz Ungarn sich an em Aufstande betheiligen werde und für Ferdinand verloren i. Nur bezüglich der ungarischen Festungen, die zum grössern heile mit deutschen Truppen besetzt waren, glaubte man nicht as ärgste befürchten zu müssen und traf, so weit dies mögch war, Anstalten, um die wichtigsten Plätze, namentlich aab, Comorn, Pressburg, Güns, Neuhäusel und Waizen halten ı können.***) Bezüglich Fileks kam jede Vorsorge zu spät, eses fiel gleich im Beginne der Bewegung in die Hände ethlens und wenige Tage später war dies auch mit Neuhäusel er Fall, da die zumeist aus Ungarn bestehende Besatzung, die noch or wenigen Tagen Ferdinand Treue gelobt hatte, Bethlen die nterwerfung anbot und ihren Obersten Kohary auslieferte.†)

*) Sächs. StA. Bethlen an Thurn dd. 18. Sept. 1619.

**) Katona.

***) Sächs. StA. Leopold an Kursachsen dd. 25. Sept. 1619. — Ebend. Aus Wien dd. 25. und 26. Sept. 1619.

†) Sächs. StA. Leopold an Kursachsen dd. 2. Okt. 1619. — Münchner StA. der Palatin an Erzh. Leopold dd. 30. Sept. 1619.

Noch ehe der Monat September vorüber war, schickte Bethlen Gabor eine zweite Gesandtschaft nach Prag, an deren Spitze Marcus Waida stand. Es handelte sich ihm diesmal darum, den Preis zu bestimmen, um dessentwillen er den Böhmen zu Diensten stehen wollte. In der Audienz, welche die Direktoren dem Gesandten ertheilten, berichtete der letztere von den Leistungen seines Herrn: wie derselbe sich in kurzer Zeit ganz Ober- und Niederungarn unterworfen und wie er fast sein ganzes Vermögen zur Ausrüstung und vorläufigen Besoldung seines Heeres verwendet habe. An diese Auseinandersetzung knüpfte er im Namen Bethlens die Hoffnung, Böhmen werde seine Zustimmung dazu geben, dass sich derselbe zur Vervollständigung seines Sieges und zur vollen Niederwerfung des Feindes auch Steiermarks und der dazu gehörigen Länder bemächtige, da sie ohnedies schon einmal zu Ungarn gehört hätten. Zuletzt, und dies fiel seinen Zuhörern schwer aufs Herz, stellte er die Forderung, dass sie seinem Herrn mit einer ausgiebigen und ansehnlichen Summe Geldes unter die Arme greifen möchten, da derselbe nicht im Stande sei, die weiteren Soldzahlungen zu leisten.*) Uns ist die Antwort der Direktoren nicht bekannt, wir wissen nicht, ob sie ihre Zustimmung zu der von Bethlen beabsichtigten Eroberung gegeben haben oder nicht; bezüglich seiner Geldforderung kann ihre Antwort jedenfalls nichts anderes als eine leere Vertröstung enthalten haben.

Noch bevor Bethlen in Erfahrung brachte, mit welcher Münze man in Böhmen seine Bundesgenossenschaft bezahlen wollte, setzte er seinen Marsch gegen die österreichische Grenze fort. Am 5. Oktober berührte er den in der Nähe vom Kremnitz gelegenen Ort Tóth Prona und richtete von hier aus ein Schreiben an Erzherzog Leopold. Seitdem er den Kriegszug angetreten hatte, war dieses die erste Wiederanknüpfung der Beziehungen zur herrschenden Dynastie, er beantwortete damit einen Brief, den der Erzherzog auf die Nachricht von seinem Einfalle in Ungarn an ihn gerichtet hatte. Das Schreiben sollte eine Rechtfertigung seines Unternehmens enthalten, die-

1619

*) Sächs. StA. Lebzelters Bericht dd. 3./13. Okt. 1619. — Wiener StA. Aus Prag dd. 13. Okt. 1619.

selbe bestand aber hauptsächlich aus einer Reihe erdichteter Behauptungen zur Beschönigung des Angriffes. Dahin ist z. B. die Angabe zu rechnen, dass Bethlen nur auf die dringenden Bitten und Beschwörungen des ungarischen Volkes sich zu dem Zuge entschlossen habe, eine Behauptung, deren Unrichtigkeit sich aus der oben erwähnten eigenen Erklärung des Fürsten an die böhmischen Gesandten ergibt. In die Reihe solcher gleich werthlosen Erfindungen gehört auch die Versicherung, dass der Sultan ihm zu seinem Angriffe die Erlaubniss gegeben habe, denn die Beziehungen Bethlens zur Pforte waren, wie später erzählt werden wird, um diese Zeit keineswegs so freundschaftlicher Natur.

Als Bethlen am 9. Oktober in Tyrnau eintraf, theilte er von dort aus dem Grafen Thurn und den böhmischen Ständen mit, dass er ihnen Redey mit 10.000 Mann nach Mähren zu Hilfe geschickt habe, machte aber die Fortsetzung dieser Hilfeleistung sowie weitere Anstrengungen von der Gewährung seiner Forderungen abhängig, die er durch Marcus Waida in Prag gestellt hatte.*) 1619

Von Tyrnau aus bemühte sich Bethlen, Pressburg, den Schlüssel zu Mähren und Oesterreich, in seine Gewalt zu bekommen. Sein Kriegsvolk streifte in der ersten Hälfte des Monats Oktober längs des rechten Donauufers bis Haimburg und Petronell und verbreitete Schrecken unter der Einwohnerschaft, die, ob katholisch oder protestantisch, gleiches zu leiden hatte. Am 14. Oktober entschloss sich Bethlen zum Angriffe auf Pressburg. Der Palatin hatte den Erzherzog Leopold einige Tage vorher auf das dringendste um eine ausgiebige Verstärkung der pressburger Garnison und um die Zusendung Dampierre's mit allen seinen Truppen ersucht.**) Auf königlicher Seite kam man nur den Wünschen nach Verstärkung der Garnison nach, indem man 1500 Mann zu Fuss und 500

*) Sächs. StA. Bethlen an Thurn dd. 9. Okt. 1619. Tyrnau. — Ebend. Bethlen an die böhmischen Stände dd. 10. Okt. 1619.

**) Forgach an Erzh. Leopold dd. 5. Okt. 1619. Bei Firnhaber in den Sitzungsberichten der kais. Akademie 1858. Münchner StA. Forgach an Erzh. Leopold dd. 6. Okt. 1619.

Reiter nach Pressburg abschickte,*) mit deren Commando Rudolf von Tiefenbach, ein Bruder des mährischen Obersten, betraut wurde. Wie geringfügig die Bedeutung der undisziplinirten und meistens aus Reitern bestehenden ungarischen Truppen auch war, diese Zahl genügte nicht gegen den zehnfach überlegenen Feind. Als Bethlen die königlichen Truppen in der Vorstadt von Pressburg angriff, schlug er sie vollständig, so dass sich Tiefenbach nur mit 800 Mann retten konnte, indem er eilig auf das rechte Donauufer übersetzte und nach Bruck zog, seine Geschütze aber in den Fluss versenkte.**) Die Stadt Pressburg wehrte dem Sieger den Einzug in ihre Mauern nicht; nur in dem Schlosse, wo die Krone aufbewahrt wurde, behauptete sich der Palatin noch einige Zeit, da er aber an eine erfolgreiche Vertheidigung nicht denken konnte, so übergab er Schloss und Krone nach kurzer Verhandlung an den Fürsten von Siebenbürgen. Jetzt willigte auch Forgach trotz seiner Anhänglichkeit an Ferdinand in die Wünsche Bethlens und schrieb einen Reichstag auf den 11. November aus, wiewohl er hiezu ohne vorher eingeholte Zustimmung des Königs nicht berechtigt war.***)

Die Nachricht von der Einnahme von Pressburg verursachte in Wien einen grossen Schrecken, der durch die zahlreichen Flüchtlinge aus Ungarn, namentlich Mönche und Nonnen, noch vermehrt wurde. Ihre Ankunft scheuchte diejenigen, die sich vor dem Aufstand aus Böhmen und Mähren nach Wien wie nach einem sichern Zufluchtsorte gerettet hatten, aus ihrer Sicherheit auf und nun begann eine neue Auswanderung. Der Fürst von Liechtenstein floh mit Weib und Kind nach Oberösterreich, der Kardinal Dietrichstein und noch viele andere Personen geistlichen Standes suchten gleichfalls ihr Heil in weiterer Flucht. Selbst der Kaiser, der eben von

---

*) Forgach an Leopold dd. 10. und 11. Okt. 1619. Bei Firnhaber.

**) Sächs. StA. Aus Wien dd. 16. Oktober 1619. Hatvan S. 160. Rudolf von Tiefenbach an Leopold, ohne Datum.

***) Innsbrucker Statth. A. Ausschreibung des ungarischen Reichstages dd. 20. Okt. 1619. — Ebend. Patent Bethlens, vom selben Datum. — Hatvan S. 162. Ferdinand an Leopold dd. 22. Nov. 1619. — Sächs. StA. Aus Wien dd. 20. Okt. 1619. Ebendaselbst Thurn an die Direktoren dd. 18. Okt. 1619.

ankfurt nach Hause zurückgekehrt war, glaubte in Wien
inen sichern Aufenthalt zu finden und lenkte seine Schritte
ch Graz, wohin ihm einige hundert Flüchtlinge vorausgeeilt
aren, die im dortigen Jesuitenkollegium Pflege und Unterkunft
nden.*) So war Wien sich selbst überlassen und der Jam-
er der armen Bevölkerung, die keine Mittel zur Abreise und
ir unzureichende zu ihrem Unterhalte fand, war grenzenlos.

II

Wir haben die elende Lage geschildert, in der sich das
hmische Heer im Monat September befand, und gezeigt, wie
sselbe den Angriffen Buquoy's keinen ausreichenden Wider-
and entgegensetzten konnte und im fortwährenden Rückzuge
gen Prag begriffen war. Eine vollständige Niederlage schien
ausweichlich. Da kam die Nachricht von dem Marsche Beth-
ns gegen Pressburg, die den kaiserlichen Feldherrn zum
hnellen Rückzug nach Oesterreich nöthigte, weil er den Grafen
ampierre nicht den überlegenen Streitkräften der Mährer und
ngarn aussetzen durfte und Wien gegen einen neuen Angriff
hützen musste. Ob er nicht besser gethan hätte den vorbe-
iteten Schlag gegen das böhmische Heer zu führen und erst
nn seine Waffen gegen Bethlen zu kehren, wollen wir nicht
eiter untersuchen, jedenfalls waren rasche Entschlossenheit
d kühnes Vorgehen gegen den Feind nicht seine Sache, er
bte es nach Art der damaligen Kriegführung mehr in de-
nsiver als offensiver Weise vorzugehen und glaubte schon
s diesem Grunde sich nach Oesterreich zurückziehen zu
üssen. Am 19. September brach er sein Lager bei Mirowitz 1619
und trat den Marsch nach Oesterreich an.

Wäre das böhmische Heer nicht völlig demoralisirt gewesen
d hätten seine Anführer ihr Handwerk verstanden oder
enigstens ihre Pflicht begriffen, so hätten sie jetzt die Gele-
nheit benützen und das kaiserliche Heer auf dem Rückzuge
unterbrochen belästigen müssen. Jeder Angriff versprach

*) Lamormains Briefwechsel, herausgegeben von Dudík.

einen Erfolg, da Buquoy's Heer mit einem grossen Tross belastet war, der ausgedehnte Schutzlinien in Anspruch nahm, und zahlreiche Kranke mitgeschleppt wurden, die den Rückzug noch mehr erschwerten. Aber der Fluch, der auf dem böhmischen Aufstande wegen der Unfähigheit seiner Führer und ihrer liederlichen Wirthschaft lastete, machte sich jetzt in entscheidender Weise geltend. Da Thurn schon am 18. September nach Mähren abgereist war, um den ihm angetragenen Oberbefehl über die dortige Armee zu übernehmen, so führte, da sich Anhalt noch nicht bei dem Heere eingefunden hatte, Hohenlohe den Oberbefehl über die böhmische Armee und dieser wollte in der That die günstige Gelegenheit benützen, dem Feinde nacheilen und ihn angreifen. In diesem vielverheissenden Augenblicke sagten ihm aber die sämmtlichen Truppen den Gehorsam auf und erklärten nicht früher ihre Stellungen verlassen zu wollen, als bis ihnen der versprochene dreimonatliche Sold ausbezahlt werden würde. Statt den Feind zu bedrohen, bedrohten die Truppen das eigene Land! Oberstlieutenant Schlammersdorf eilte nach Prag und beschwor die Direktoren, ihre Pflicht zu thun; Hohenlohe liess ihnen sagen, wenn man die Truppen noch länger mit leeren Worten hinhalten würde, so möge man nicht nur auf einen Angriff von ihnen gefasst, sondern auch sicher sein, dass sich das zur Verzweiflung getriebene Landvolk zu gleicher Zeit erheben würde. *)

1619

Man muss es zur Schande der Directorial-Regierung sagen, dass immer nur Drohungen und die unmittelbare Gefahr sie an ihre Pflicht erinnerten, für die nöthigen Geldmittel zu sorgen. Wenn die im August gefassten Steuerbeschlüsse nur zu einem Theil durchgeführt worden wären, so wäre jedenfalls eine ausreichende Summe verfügbar gewesen, da sich mittlerweile auch mehrere ausserordentliche Einnahmsquellen eröffnet hatten. Die an die Generalstaaten abgeordnete Gesandtschaft hatte so viel bewirkt, dass sich dieselben bereit erklärten, Böhmen mit 50.000 Gulden monatlich vom Mai 1619 angefangen

*) Skala III, 343. — Lebzelters Berichte dd. 12./22. und 16./26. September 1619. Prag.

zu unterstützen und Oberst Frank hatte, wie bereits erzählt wurde, die erste Rate mitgebracht und den Direktoren zugeschickt. Ferner waren in Nürnberg jene 200.000 Gulden ausgeliehen worden, für welche die Union die Bürgschaft übernommen hatte, und diese waren ebenfalls in Prag angelangt, *) endlich ergaben die Einkünfte aus Strafgeldern und willkürlichen Beschlagnahmen gleichfalls eine beträchtliche Summe. So war vor vier Wochen Christoph Karl von Ruppa, ein Vetter des oftgenannten Mitgliedes der Direktorial-Regierung wegen einer unpatriotischen Aeusserung zu einer Geldstrafe von 10.000 Thalern verurtheilt worden, welche Strafe später nur insofern gemildert wurde, als sie in ein unverzinsliches Zwangsanlehen von gleicher Höhe verwandelt wurde. **) Auch die Beschlagnahmen trugen täglich etwas ein. Es sind damit nicht die Güterconfiscationen gemeint, die bei dem Mangel an zahlungsfähigen Käufern jetzt keinen Vortheil brachten, sondern die Beschlagnahmen von Erbschaftsmassen. Starb irgendwo Jemand, der im Rufe des Reichthums stand, so wurden die Kapitalien, die sich in seinem Nachlasse befanden, mit Beschlag belegt und den Erben Schuldscheine zahlbar in unbestimmter Zeit

*) Lebzelters Bericht dd. 9./19. September 1619.

**) Während nämlich im Landtage auf Berka's Antrag über die zur Besoldung der Truppen herbeizuschaffenden Geldmittel berathen wurde und viele über die elende Kriegführung der böhmischen Generale ihren Unwillen ausdrückten, äusserte sich Christoph von Ruppa gegen einige Standesgenossen, dass er sich, wenn Buquoy in den pilsner Kreis einrücken würde, vom Aufstande lossagen und Ferdinand anerkennen würde. Diese, wie es scheint, mehr im Ärger als mit Vorbedacht ausgesprochenen Worte wurden ruchtbar und der Sprecher im Landtage deshalb zur Rede gestellt. Christoph von Ruppa längnete keineswegs, bemerkte aber, man könne ihm unmöglich daraus einen Vorwurf machen, wenn er in der Noth und falls Buquoy seine Güter überschwemmen sollte, sich nach Möglichkeit zu helfen suche. Diese Rechtfertigung rief allgemeinen Unwillen hervor und hatte den Beschluss zur Folge, dass dem schlechten Patrioten eine Geldstrafe von 10.000 Reichsthalern auferlegt wurde. Dieser Beschluss zeugte deutlich von dem Wunsche der Stände, Geld auf jede Weise aufzutreiben. Sie gaben zuletzt den Bitten und Verwünschungen des Gestraften in so weit Gehör, als sie die ihm auferlegte Busse in ein zwangweises unverzinsliches Darlehen verwandelten, zu dem sich Christoph von Ruppa für die Dauer von vier Jahren verstehen musste.

ausgefolgt. Diese räuberische Massregel war seit einigen Wochen im Schwunge und rief eine um so grössere Erbitterung hervor, als selbstverständlich die Mitglieder der Regierung von ihr nie betroffen wurden. Zu allem dem gesellte sich endlich die Confiscation aller in einzelnen Klöstern in Prag, namentlich auf dem Strahow, aufbewahrten silbernen und goldenen Gefässe, die unter dem Vorwand verfügt wurde, dass man die Verschleppung derselben in die Fremde verhindern und sie deshalb besser aufbewahren wolle. *)

Zu diesen verschiedenen Einkünften, welche sich die Regierung in solcher Weise eröffnet hatte, kam zuletzt noch die Münzverschlechterung. Im Auftrage der Direktoren wurde eine beträchtliche Masse kleiner Münze nicht mit jenem Silbergehalt ausgeprägt, den sie gesetzlich haben sollte. Diese Massregel hätte vielleicht geheim gehalten werden können und hätte dadurch wenigstens für einige Zeit den gewünschten Erfolg gehabt, da aber die Direktoren zu gleicher Zeit den älteren Münzen einen höhern Kurs zuerkannten, kam alle Welt hinter das Geheimniss der vorgenommenen Finanzoperation, die natürlich fruchtlos blieb, weil alle Waaren im Preise aufschlugen.**) Durch die ausserordentlichen Einkünfte und durch diese Operation war die Regierung im September in den Besitz einer Geldsumme gelangt, welche man vielleicht auf 400.000 Gulden schätzen kann und die, wenn vor dem bestimmten Termin ins Lager geschickt, jedenfalls die Truppen freundlicher gestimmt hätte, obwohl sie die Höhe des dreimonatlichen Soldes nicht erreichte. Die Soldaten hatten mittlerweile nach Schlammersdorfs Abreise nach Prag den inständigen Bitten ihrer Generale nachgegeben und den Marsch nach Tabor angetreten, um dem

---

*) Lebzelters Bericht dd. 16./26. Sept. 1619. Er sagt: Ein Aufstand unter dem Volk ist ziemlich wahrscheinlich, sinthemal nicht allein die armen Leut mit grossen unerschwinglichen Contributionen und anderen Anflagen ufs euserste beschwert, sondern auch sonsten mit ihnen ganz tyrannisch verfahren will werden. Dann wan jemand stirbt, bei dem man etwas zu bekommen vermeint, fährt man ohne alle rechtmässige Ursach zu und sperrt den Erben die Verlassenschaft, ist etwas von bar Geld und Silbergeschirre vorhanden, so nimmt man daselbst zwar uf vertröste Wiedererstattung gewaltthätiger Weiss hinweg.

**) Skála III, 344.

Feinde den Weg zu verlegen. Die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs war allerdings eine geringe, da Buquoy durch die meuterischen Vorgänge bei Zalužan einen Vorsprung von drei Tagen gewonnen hatte. Als nun die böhmischen Soldaten bei Tabor erfuhren, dass ihnen auf den versprochenen dreimonatlichen Sold nur eine Anzahlung geleistet werden solle, kannte ihre Wuth keine Grenzen. Sie kündigten ihren Generalen zum zweitenmale den Gehorsam auf und erklärten auf die Güter der Direktoren ziehen und sie so lange besetzt halten zu wollen, bis sie sich bezahlt gemacht hätten. Wiederum bedurfte es zweier Tage, ehe sie den Bitten der Generale Fels, Hohenlohe und ihrer übrigen Anführer nachgaben, das dargebotene Geld annahmen und zum Gehorsam zurückkehrten. Hohenlohe und Fels mussten aber hoch und theuer schwören, dass binnen acht Tagen der Rest des Geldes nachfolgen werde.*)

Durch diese Versprechungen etwas beruhigt und durch das Zurückweichen des Feindes ermuthigt zogen die Soldaten nun weiter gegen Süden und erreichten am 27. Sept. Weselí. Tags vorher hatte Hohenlohe 500 Musketiere und 500 Reiter unter des Generalwachtmeisters Bubna Kommando gegen das feste Schloss Bechin abgeschickt, das von einer kleinen kaiserlichen Besatzung von etwa 50 Mann vertheidigt wurde. Unterstützt durch das heimliche Einverständniss mit einem Thorhüter drang Bubna ohne Schwierigkeit in das Schloss ein und nahm den grösseren Theil der Besatzung gefangen.**) Die Freude an diesem Erfolg wurde aber sehr vergällt, als man fast gleichzeitig erfuhr, dass Buquoy auf seinem Rückzuge Zeit gefunden hatte, das Schloss Rosenberg anzugreifen und die Besatzung gegen freien Abzug zur Capitulation zu nöthigen. Er hatte auf diese Weise in Böhmen die Plätze Písek, Budweis, Krummau, Gratzen und Rosenberg inne und beherrschte damit den südlichen Theil des Landes.

1619

Indem Buquoy seinen Marsch nach Rosenberg einschlug, wählte er jedenfalls nicht die kürzeste Linie, um sich mit

*) Sächs. St. A. Fels und Hohenlohe an die Direktoren dd. Weselí den 27. Sept. 1619.

**) Sächs. St. 172, XVI. Relation über die Eroberung des Schlosses Bechin dd. 27. Sept. 1619.

Dampierre, der bei Lundenburg stand, zu vereinigen und den allfälligen Anschlägen der Ungarn zu begegnen. Er lief Gefahr, dass ihm die böhmischen Truppen, die sich Weseli näherten, während er in Rosenberg stand, und die dadurch eine beträchtlich kürzere Strecke nach Lundenburg zurückzulegen hatten, zuvorkommen und an der so wichtigen Vereinigung hindern würden. Jeder andern Armee gegenüber hätte er sich wohl dieser Gefahr nicht ausgesetzt, nur bei seinen bisherigen Gegnern durfte er es wagen, zuerst seine böhmischen Positionen zu sichern und dann erst sich nach Lundenburg zu wenden. Seine übermüthige Zuversicht wurde nicht bestraft, denn Hohenlohe hatte eben so wenig einen Begriff von der Kostbarkeit der Zeit, wie von der Art und Weise dem Gegner beizukommen. Von Weseli aus wäre er wohl gern Buquoy nachgefolgt, aber er nahm Anstand längs des Moldauthales nach Rosenberg vorzurücken, weil Budweis und Krummau im feindlichen Besitze waren und er dadurch gefährlichen Angriffen ausgesetzt war. Andererseits fürchtete er sich auch über Neuhaus den Marsch gegen die mährische Grenze anzutreten und sich Buquoy entgegen zu stellen, wenn derselbe den Weg nach Lundenburg einschlagen würde. Er beschränkte sich darauf nach Neuhaus vorzurücken und zu warten, bis ihm der Gegner den Weg weisen würde, denn er wollte ihm wohl folgen, aber keineswegs zuvorkommen.

Die Nachricht von dem Anschlusse Bethlens an den böhmischen Aufstand hatte in Oesterreich viel Freude verursacht und die dortigen Protestanten in ihrem Widerstande gegen Ferdinand nur bestärkt. Als demnach Erzherzog Leopold auf die Kunde von der vollzogenen Wahl der Direktoren die horner Stände durch scharfe Drohungen einzuschüchtern suchte und ihnen ein Schreiben zukommen liess, worin er nicht nur die weiteren Zusammenkünfte verbot, sondern auch bei Strafe des Hochverraths die Abdankung aller geworbenen Mannschaft anbefahl *) und gleichzeitig in offenen Mandaten anordnete, dass man das ständische Kriegsvolk, wo man es betrete, niederschlagen oder gefangen nehmen solle, machten alle diese

---

*) Sächs. St. A. Aus Wien dd. 4. Okt. Ebend. dd. 13. Oktober.

efehle auf die Bedrohten keinen Eindruck mehr. Nichts-
stoweniger wurde den Hornern eine unangenehme Ueberra
hung zu Theil, als Buquoy auf dem Rückzuge nach Oester-
ch Horn berührte und sich dieser Stadt vorübergehend be-
chtigte.*) Die Stände verliessen dieselbe bei seinem Anzuge in
iger Flucht und dachten nicht daran, sich mit ihren neuge-
rbenen Truppen zur Wehr zu setzen, denn zu diesem
scheidenden Beschluss hatten sie sich noch nicht aufgerafft.

Nicht ohne Interesse liest man einen Bericht über die
t und Weise, wie Buquoy und sein Gefolge sich in Horn
erdeten, weil er ein deutliches Licht auf den Hass wirft, der
feindlichen Parteien trennte. Als der Oberfeldherr mit
nem Gefolge, in welchem sich auch Albrecht von Waldstein
Oberst des neugeworbenen wallonischen Reiterregiments
and, in der Stadt herumging und sich darauf bei dem
hlosse, das dem Herrn Reinhard von Buchheim gehörte,
stellte, ging gerade ein gewisser Sax, eine mit den
ndischen Verhältnissen genau bekannte Persönlichkeit vor-
er. Buqnoy liess denselben anhalten und durch Wald-
in über die Absichten der Stände befragen. Zu diesem
rhöre gesellte sich auch Buchheim und bald nahm die
iterhaltung eine heftige Wendung, als der letztere der
derösterreichischen Direktoren erwähnte und Buquoy ihre
ahl als einen revolutionären Schritt bezeichnete. Jetzt griff
ch Waldstein selbständig und nicht als blosser Dolmetscher
iquoy's in das Gespräch ein. Die mährischen Stände hatten
ne Güter mit Beschlag belegt und da ihn dies auf das
serste erbittert hatte, so verstieg er sich zu den heftigsten
ohungen gegen die österreichischen Stände: durch ihre
huld seien er und seine Gesinnungsgenossen um ihr Hab
d Gut gekommen, aber man werde sich blutig zu rächen
ssen und sie nach der spanischen Pfeife tanzen lehren. Als
ichheim den Oesterreichern die Schuld an diesem Kriege
cht aufbürden lassen wollte und die Böhmen als die Haupt-
stifter bezeichnete, wollte Waldstein dies nicht zugeben und
schuldigte namentlich die Oberösterreicher, dass sie die Urheber

---

) Diarium Kufsteins im Wiener St. A.

alles Uebels seien. Ihre beabsichtigte Gesandtschaft zu Erzherzog Albrecht und ihre Einladung, dass er die Regierung antreten solle, sei nichts als Heuchelei, da sie wohl wüssten, dass der Erzherzog Brüssel nie verlassen werde. Auch der Oberst Marradas mischte sich in die Unterredung und stiess in italienischer Sprache gegen die österreichischen Direktoren mancherlei Beschimpfungen aus, doch erreichte seine Heftigkeit weitaus nicht die Waldsteins. Buquoy allein sprach in massvoller und würdiger Weise. *)

Nach einer dreitägigen in Horn zugebrachten Rast schlug 1619 Buquoy am 6. Oktober den Weg nach Znaim ein und gab so deutlich kund, dass er sich mit Dampierre verbinden wolle. Auf dem Marsche wollte er sich der Stadt Znaim durch einen Handstreich bemächtigen, allein da dieselbe von den Bürgern und von der mährischen Landwehr tapfer vertheidigt wurde, gab er seine Absicht auf und zog nach Taswiz. Das böhmische Heer, das bisher nutzlos viel Zeit vertrödelt hatte, beeilte sich den Fehler gutzumachen und den kaiserlichen Feldherrn zu erreichen. In der That wurde Buquoy seit seinem Abmarsch aus Horn von Hohenlohe, der über Weidhofen in Oesterreich eingerückt war, fast täglich in seiner Nachhut angegriffen. Als Buquoy jedoch bei Taswiz einige Tage Halt machte, setzte auch Hohenlohe seinen Zug nicht weiter fort, sondern schlug sein Lager in der Umgebung von Znaim auf und beschränkte sich nur auf unbedeutende Plänkeleien. In den zahlreichen Scharmützeln während der darauffolgenden Woche schrieben sich die Böhmen den Sieg zu und es scheint, dass ihnen das Glück etwas günstiger war und Buquoy namhafte Verluste erlitt. **) Jedenfalls hatte aber der kaiserliche Feldherr seine Vereinigung mit Dampierre gesichert, da Hohenlohe ihm den Weg nach Lundenburg nicht mehr verlegen konnte.

Wir haben erzählt, dass Thurn Böhmen am 18. September verlassen und sich nach Mähren in das Lager der dortigen Truppen verfügt hatte. Nach seiner eigenen Versicherung war

*) Sächs. St. A. 9172 XVI. Aus dem böhmischen Lager dd. 9. Okt.
**) Sächs. St. A. Aus dem böhmischen Lager dd. bei Znaym den 17. Okt. 1619.

r von den mährischen Ständen mit dem Oberkommando über
hre Truppen betraut worden; wann dies geschah, wissen wir
icht genau anzugeben, jedenfalls führte er den Oberbefehl
ber dieselben seit seinem Eintreffen bei Neumühl. Seine Reise
ahin trat er in Begleitung von 200 Reitern an, die seine
eibcompagnie bildeten. Als er mit dieser unbedeutenden
erstärkung im mährischen Lager eintraf, mag das Gerücht
ie wohl verzehnfacht haben und dies den Grafen Dampierre,
er gerade bei Neumühl stand und einen Angriff gegen die
ährer vorbereitete, zum eiligen Rückzug bewogen haben.*)
ie Gefahr, die von Dampierre drohte, war also vorläufig be-
eitigt, dagegen glaubte Thurn vor Buquoy nicht sicher zu
ein, weil er besorgte, dass dieser auf seinem Rückzuge ihn
ielleicht im Lager von Neumühl angreifen und durch seine
ebermacht vernichten könnte. Seine einzige Hoffnung be-
uhte jetzt auf Bethlen, von dem er erwartete, dass er die
ersprochene Reiterschaar rechtzeitig zu Hilfe schicken werde.
ls er am 5. Oktober die Nachricht von ihrem Anmarsche 1619
rhielt, **) glaubte er sich bereits von aller Sorge erlöst und
ierte die frohe Botschaft mit einem „Saufgelage.“ Allein es
erging doch noch eine Woche, bevor die ungarischen Hilfs-
uppen unter Redei's Kommando 12.000 Mann stark, durch-
egs Reiterei, bei Neumühl anlangten. Thurn zog ihnen mit
einem sämmtlichen Volk eine kurze Strecke entgegen und
egrüsste die ersehnte Hilfe mit enthusiastischer Freude, die
icht wenig erhöht wurde, als Redei erklärte, er habe von
einem Fürsten den Befehl erhalten sich dem Kommando Thurns zu
igen.***) Der Graf, der wohl selbst an seinen Fähigkeiten zum
eldherrn gezweifelt haben mag, überzeugte sich dadurch, dass
ein Ruf noch nicht so gefährdet sei, wie er vernünftiger Weise
efürchten musste.

Nach Ankunft der ungarischen Hilfstruppen war auch für
ampierre keines Bleibens mehr, doch beeilte er sich keines-
egs, sondern wartete bis Buquoy, der seinen Rückzug von

*) Wiener St. A. Thurns Schreiben an? Der Brief ist undatirt.

**) Sächs. St. A. 9172, 16 Thurn an die Direktoren dd. 5. Okt. 1619.

***) Ebend. Thurn an die Direktoren 13. Okt. 1619 Neumühl.

Taswiz über Laa gegen Wien fortsetzte, ihm näher gekommen war, damit sich der Feind nicht zwischen die kaiserlichen Truppen einschieben könnte und so geschah es, dass Mähren 1619 erst am 20. Okt. von den letzteren geräumt war. Da sich Dampierre und Buquoy in der Richtung über Mistelbach nach Wien zurückzogen, stand der Vereinigung des böhmischen und des mährisch-ungarischen Heeres nichts mehr im Wege und sie erfolgte auch am 23. in der Nähe von Wülfersdorf. Das gesammte Heer zählte jetzt gegen 35.000 Mann, darunter allerdings 12.000 ungarische Reiter, deren Verwendbarkeit stets eine ungewisse war. Dieser bedeutenden Truppenmasse gegenüber verfügten die kaiserlichen Feldherrn kaum über mehr als 20.000 Mann und waren so beträchtlich im Nachtheile. Thurn, der jetzt eine Schlacht herbeisehnte, wollte deren Ausgang dadurch sicherstellen, dass er Bethlen, der sich bereits Pressburgs bemächtigt hatte, dringend bat, nach Marchegg vorzurücken und den Feind auf seiner Flanke zu bedrängen.*)

Es schien, als ob das vereinigte böhmisch-mährisch-ungarische Heer, das wir mit dem Namen Bundesheer bezeichnen wollen, dem kaiserlichen noch vor dem ersehnten Zuzug Beth- 1619 lens eine Schlacht liefern würde, denn am 24. Oktober kamen die feindlichen Heere bei Ulrichskirchen einander auf Schussweite nahe und beide Theile schienen kampflustig zu sein. In der That beschlossen Thurn und Hohenlohe, nachdem sie den Tag mit unnützen Tändeleien vertrödelt hatten, um drei Uhr Nachmittags zum Angriff überzugehen und eröffneten denselben mit einem Artilleriefeuer, das der Feind erwiederte und das bis zum Einbruche der Nacht dauerte. Das ganze Resultat dieses Kampfes bestand darin, dass auf jeder Seite etwa 100 Mann kampfunfähig wurden. Im Einverständnisse mit Erzherzog Leopold, der während des Kampfes aus Wien herbeigeeilt war und sich mit Buquoy berathen hatte, trat der letztere am fol-

---

*) Sächs. St. A. 9172, XVII Thurn an die Direktoren dd. 23. Okt. 1619 Wülfersdorf. — Ebend. Aus dem Lager bei Ebersdorf dd. 24. Okt. 1619. — Ebend. Aus dem Lager bei Riegersdorf dd. 27. Okt. 1619. — Die Zahl der mährischen Truppen wird in diesem Bericht auf 8000 Mann angegeben.

genden Tage den Rückzug über die Donau an. Da seine Bagage jedoch von so riesiger Grösse war, wie man „deren nimmermehr gesehen“ — so berichtete wenigstens Leopold an den Kaiser — so nahm der Uebergang über die Donau viel Zeit in Anspruch, obgleich man nicht bloss die Schiffbrücke, sondern auch Transportschiffe benützte. Gegen die Schanze, die am linken Donauufer vor der Brücke aufgeworfen war und den Uebergang sicherte, richtete nun das Bundesheer seine Angriffe, die von solchem Erfolge begleitet waren, dass die kaiserlichen Obersten mit Buquoy an der Spitze ihre ganze Energie aufbieten mussten, um den Verlust derselben hintanzuhalten; bei dieser Gelegenheit erhielt der Obergeneral einen Streifschuss in den Arm. Da man mittlerweile den Uebergang über die Donau bewerkstelligt hatte, befahl der Erzherzog die Schanze zu räumen und den Rest der Truppen zurückzuziehen. Der Befehl wurde ausgeführt und gleichzeitig die Brücke am linken Ufer abgebrochen. *)

Buquoy hatte sich durch den Rückzug nach Wien und durch das Abbrechen der Donaubrücke vorläufig weiteren Angriffen entzogen und es den feindlichen Generalen überlassen nach Mitteln zu suchen, wie sie den Uebergang über die Donau bewerkstelligen könnten. Bethlen hatte auf die Nachricht von dem über Buquoy erlangten Erfolge die böhmischen Generale beglückwünscht und ihnen die Zusendung seiner gesammten Streitkräfte in Aussicht gestellt. Eine Besprechung über die Art und Weise, wie dies geschehen sollte, schien nothwendig,

*) Münchner St. A. Leopold an Ferdinand dd. 26. Okt. 1619. Wir sind in Verlegenheit, wie wir über den Ausgang des Kampfes um die Schanze berichten sollen. Die Erzählung im Text geben wir nach dem Berichte Leopolds an seinen Bruder, der uns auf Authenticität Anspruch zu machen scheint. Dagegen enthält ein anderer im münchner St. A. befindlicher Bericht ganz entgegengesetzte Daten. Darnach hätte das Bundesheer die Schanze erstürmt und das buquoysche Heer zur eiligen Flucht über die Donau gezwungen und selbst die Brücke am linken Ufer abgebrochen. Diese Angabe erregt in uns einigen Zweifel in die Glaubwürdigkeit dieses Berichtes, denn weshalb hätten die Sieger die Brücke abgebrochen und sich so des einzigen Angriffsmittels beraubt? — Ausserdem berichten über die Kämpfe an der Donau: Sächs. St. A. Bericht aus Riegersdorf dd. 27. Okt. 1619, Ebend. Ans Wien dd. 27. Okt. 1619. — Ebd. Bericht aus Wien dd. 3. Nov. Skála III. 362 u. flg.

und aus diesem Grunde verliessen Thurn und Hohenlohe (ungefähr am 27. Oktober) ihr Heer und eilten nach Pressburg, um mit Bethlen die nöthigen Unterhandlungen einzuleiten. Der Fürst war erfreut die beiden Herrn bei sich zu sehen und erbötig die nothwendigen Berathungen alsbald zu beginnen, gleichwohl verflossen die ersten Tage mehr in politischen Gesprächen, als in der Entwerfung von Operationsplänen. Zu solchen politischen Erörterungen gehörte zum Beispiel die Bemerkung Bethlens, das Reich um die Aufnahme Ungarns als Kurfürstenthum ersuchen zu wollen. Er mag hiebei darauf hingewiesen haben, dass er keine Nachkommenschaft besitze und die Ungarn nach seinem Tode zu einer neuen Königswahl schreiten würden. Durften sich da die Anhänger des Pfalzgrafen nicht der Hoffnung hingeben, dass Friedrich auch die ungarische Krone erlangen könnte und mit ihr die Herrschaft über das gesammte österreichische Reich, wie es noch Mathias besessen hatte? Hohenlohe, der die Mittheilungen Bethlens und die Hoffnungen, die sie in ihm erweckten, sofort nach Prag berichtete, knüpfte daran die Mahnung, man möge sich ja beeilen die Verhandlungen mit Bethlen zum Abschlusse zu bringen.*) Auf Anhalt machte die Zuschrift jedenfalls den von Hohenlohe gewünschten Eindruck, denn mit leidenschaftlichem Eifer klammerte er sich an die in Aussicht gestellte Erwerbung der ungarischen Krone an und riet dem Pfalzgrafen dieselbe fortan nicht aus den Augen zu lassen.**)

1619

Welcher Art waren nun die Verhandlungen, um deren raschen Abschluss Hohenlohe so dringend bat? Sie betrafen selbstverständlich die Geldunterstützung, um welche Bethlen die Direktoren vor einigen Wochen hatte ersuchen lassen und da ihm die damaligen offenbar leeren Vertröstungen nicht genügten, hatte er jetzt eine neue Gesandtschaft nach Prag abgeordnet. Bethlen machte vor den böhmischen Generalen kein Hehl daraus, dass er nicht im Stande sein würde, den Angriff gegen den Kaiser länger fortzusetzen, wenn er

*) Münchner St. A. Hohenlohe an Solms oder Friedrich dd. 4./14. Nov. 1619. Pressburg.

**) Münchner St. A. Anhalt an Solms dd. 20./30. Nov. 1619.

nicht in ausgiebiger Weise mit Geld unterstützt würde. So schickte er also zwei oder drei Tage nach der Ankunft Thurns und Hohenlohe's in Pressburg diese neue Gesandtschaft mit Franz Redej (nicht dem General gleichen Namens) an der Spitze nach Prag, die bei ihrer am 11. November erfolgten Ankunft in 1619 dieser Stadt bereits den neugewählten König antraf. Bethlen liess durch Redej erklären, dass er erbötig sei, den Krieg gegen Ferdinand bis zu dessen vollständiger Niederwerfung zu führen; da er aber die hiezu erforderlichen Geldmittel nicht besitze, verlange er einen Ersatz von 100.000 Gulden für die bereits aufgewendeten Kosten und zugleich eine Zusicherung, dass die Verbündeten ihn auch in Zukunft mit Geld unterstützen würden. Erschien schon diese Forderung bei den finanziellen Verhältnissen Böhmens unerfüllbar, um wie viel mehr eine zweite, in der Bethlen um die Auszahlung von 300.000 Gulden ersuchte, weil er die Grenzfestungen gegen die Türken nicht anders würde halten können. An diese beiden Forderungen knüpfte er abermals die Bitte, dass Böhmen seine Zustimmung zu der Vereinigung von Oesterreich, Steiermark, Kärnthen und Krain mit der Krone von Ungarn gebe, sobald er diese Länder den Händen Ferdinands entrissen haben würde. Schliesslich verlangte er, dass Böhmen in Gemeinschaft mit ihm Gesandte nach Konstantinopel absende, um daselbst jeden Verdacht bezüglich ihres gemeinsamen Vorgehens abzuwenden.

Als diese Forderungen in Prag bekannt wurden, erhoben sich von allen Seiten Einwürfe und Klagen gegen dieselben. Weder fühlte man sich im Stande Geld herzugeben, noch gönnte man Bethlen die Erwerbung von Ländern, nach deren Besitz man auf pfälzischer Seite selbst lüstern war. Auch fürchtete man, dass es in Oesterreich einen sehr üblen Eindruck machen werde, wenn es bekannt würde, dass über die Vereinigung der österreichischen Alpenländer mit Ungarn verhandelt werde und man sie so einem Regiment unterwerfen wolle, das wenig besser schien als das türkische. Der König oder vielmehr seine Rathgeber brüteten tagelang über eine passende Antwort und verschoben deshalb die Reise nach Nürnberg, wo sie sich zu dem dahin ausgeschriebenen Unionstage schon am 12. November hätten einfinden sollen; aber wie sehr sie auch ihren

Witz anstrengen mochten, sie konnten doch keine Antwort ersinnen, die den Fürsten von Siebenbürgen befriedigt hätte, sie konnten ihn nur mit Ausflüchten hinhalten. Anders kann man es wenigstens nicht deuten, wenn Friedrich Bethlens Ansprüche auf den Besitz der österreichischen Alpenländer dahin beantwortete, dass er ohne eingeholten Rath und Zustimmung des nürnberger Unionstages ihm seine Ansicht nicht mittheilen könne und wenn er auf die Geldforderungen Bethlens nur die Mittheilung machte, dass er den Grafen Hohenlohe mit den weiteren darauf bezüglichen Verhandlungen betraut habe. Von Seite des böhmischen Landtages, der eben in Prag versammelt war, bekam Bethlen die Antwort, dass dessen Mitglieder zur Erledigung von hochwichtigen Angelegenheiten nicht genugsam bevollmächtigt seien und erst in späterer Zeit im Stande sein würden, ihm ihren Beschluss kundzugeben.*)

Während die ungarische Gesandtschaft auf dem Wege nach Prag war, von wo sie später eine so wenig zusagende Antwort bringen sollte, begannen in Pressburg die Besprechungen über die weitere Kriegführung. Es scheint, dass Thurn und Hohenlohe nicht mit dem von Bethlen vorgeschlagenen Kriegsplane, der das gesammte Bundesheer bei Pressburg über die Donau setzen lassen wollte, einverstanden waren. Ihre Ansicht ging dahin, dass nur die ungarischen und mährischen Truppen abwärts von Wien über die Donau setzen, das böhmische Heer aber vor Wien am linken Ufer Wache halten sollte, um ein allfälliges Ueberschreiten Buquoy's über die Donau zu hindern. Die Ansicht Bethlens fand aber zuletzt allgemeine Zustimmung und ein Theil seines Planes wurde alsbald durchgeführt, indem Redej mit seinen Truppen nach Pressburg zurückmarschirte, daselbst die Donau übersetzte und darauf gegen Bruck vorrückte, wo er am 9. November von Buquoy angegriffen wurde. Die Ungarn, die Anfangs in Unordnung gerathen waren, erlitten dabei eine kleine Schlappe, aber sie rafften sich wieder auf, ergriffen die Offensive und brachten den Kaiserlichen schwere

1619

*) Skála III. 392 und folg. Sächs. St. A.: Lebzelters Berichte dd. 3./13. u. 6./16 Novemb. 1619. Weimarer St. A.: Rüppels Bericht dd. 13. Nov. 1619. Münchner St. A. Camerarius an von der Grün dd. 26. Okt./5. Nov. 1619.

Verluste bei und nur ihr Mangel an Disciplin bewahrte die Truppen Ferdinands vor einer völligen Niederlage.*) Mittlerweile hatte Bethlen bei Pressburg eine Schiffbrücke geschlagen, und da damit eine sichere Gelegenheit zur Ueberschreitung des Flusses gegeben war, so rückte Hohenlohe mit dem böhmischen Heere nach Pressburg vor und übersetzte daselbst die Donau am 21. November und in den folgenden Tagen. Thurn und Hohenlohe gaben dem Fürsten von Anhalt hievon Nachricht**) und verursachten demselben dadurch nicht geringe Besorgnisse, denn er verhehlte sich keineswegs die grosse Gefahr, die eine Niederlage der Alliirten im Gefolge haben konnte, da sie durch die Donau von einem sicheren Rückzuge abgeschnitten waren und Böhmen dem italienischen Kriegsvolke, das gegen Passau im Anzuge war, völlig preisgegeben wurde.

1619

Aber nicht allein diese Gründe widersetzten sich dem nun ins Werk gesetzten Feldzugsplan, sondern auch die Mängel, an denen die böhmische Armee litt, und die wieder grell zu Tage traten. Schon waren zwei Monate seit der mit so unendlicher Schwierigkeit geleisteten Zahlung verflossen, die Soldaten begannen wieder bedrohliche Reden zu führen, die keine siegreiche Laufbahn verhiessen. Eben so wenig wurde das von neuem verwendete Aufgebot von jenen, denen es zukam, mit dem nöthigen Sold versehen. Noth und Elend machten sich auf allen Seiten geltend und zeigten sich in der erschreckenden Zunahme von Krankheiten und Sterbefällen, die die Armee mehr als decimirten. Thurn, der über diese grellen Uebelstände nach Hause berichtete***) und die rasche Zusendung frisch geworbener Truppen auf das dringendste empfahl, liess sich gleichwohl nicht von dem einmal gefassten Kriegsplane abbringen und beschleunigte die Concentration des ganzen Bundesheeres, das sich auf 30.000 Mann — 18.000 Mann böhmischer, schlesischer und mährischer

*) Skála III, 367 u. 392. — Münchner St. A. Böhmen. Thurn an die böhmischen Stände dd. 10. Nov. 1619.

**) Münchner Reichsarchiv: Thurn und Hohenlohe an Anhalt dd. 20. Nov. 1619. Anhalt an Thurn u. Hohenlohe dd. 20./30. Nov. 1619.

***) Sächs. St. A.: Thurn und Hohenlohe an die königlichen Statthalter dd. 20. Nov. 1619, Pressburg.

Truppen und 12.000 Mann ungarischer Hilfstruppen — belief, ungerechnet die Truppenzahl, die unter Bethlens eigenem Kommando stand und die eine allerdings übertriebene Nachricht bis auf 40.000 Mann angibt. Mit dem Bundesheere von 30.000 Mann, dem sich auch Bethlen durch einige Tage mit einem Theil seiner Truppen anschloss, rückte Thurn am 26. November auf Bruck an der Leitha vor. Buquoy, der in der Nähe davon sein Lager aufgeschlagen hatte, wurde noch am selben Abend angegriffen und zum Rückzuge nach Wien gezwungen.

Tags vorher hatte sich Ferdinand, der es für seine Pflicht halten mochte, durch seine Anwesenheit den gesunkenen Muth der Wiener aufzurichten, in dieser Stadt eingefunden. Nach seiner Wahl auf den deutschen Thron war er nach kurzer Anwesenheit von Wien nach Gratz gereist, wo ihn vielleicht Landtagsverhandlungen oder die Krankheit seines ältesten Sohnes Johann Karl, der einige Wochen später starb, bis jetzt zurückgehalten hatten.*) Der winterlichen Jahreszeit wegen war die Reise von Gratz nach Wien äusserst langsam vor sich gegangen, im Kloster zu Schottwien musste wegen Unbill der Witterung ein mehrtägiger Halt gemacht werden und was die Reise noch unangenehmer machte, das waren die Klagen, die Ferdinand von seiner Umgebung zu hören bekam. Alles jammerte über Mangel an Geld, Kleidung und Wäsche; flüchtige Mönche und Nonnen vertraten dem Kaiser den Weg und nun sollte er nach Wien gehen, wo die Noth noch grösser war, wo an 2000 Verwundete durch ihren Jammer die Gesunden zur Verzweiflung brachten, wo alles im Preise gestiegen und so „werth geworden war, wie das Auge im Kopf.“ **) — Als Buquoy sich nach Wien zurückgezogen hatte, quartierte er den grössten Theil seiner Truppen bei den Bürgern ein, so dass mancher von ihnen 20—30 Mann beherbergen musste.***) Da es an Zufuhr gebrach, so wurde der Mangel an Lebensmitteln täglich grösser und wenn ja noch Bauern einiges zu Markt bringen wollten,

*) Müncher StA. Brief Ferdinands II an Maxm. von Baiern dd. 17. und 18. Okt. 1619. Gratz.

**) Wiener Staats-Archiv: Leopold an Ferdinand dd. 25. Okt. 1619.

***) Sächs. St. A.: Spanisches Schreiben dd, Schottrien 21. Nov. 1619. Ebend.: Aus Wien dd. 24. Nov. 1619.

so wurden sie von den kaiserlichen Soldaten vor den Thoren der Stadt ausgeplündert. Die Soldaten wetteiferten mit dem Feinde in der Aussaugung des Landes, in Wien beraubten sie am hellen Tage Frauenspersonen ihrer Mäntel und Hüte und ihrer silbernen Gürtel; sie glaubten sich zu allen Missethaten berechtigt, weil man auch bei ihnen mit der Soldzahlung im Rückstande war.

Das Bundesheer, das mittlerweile von Bruck aus gegen Wien herangezogen kam und Ende November vor den Thoren dieser Stadt anlangte, hatte auf dem Marsche meilenweit alle Städte und Dörfer geplündert und einige auch niedergebrannt. Vor allen anderen waren es die Ungarn, die überall nach Geld und Geldeswerth suchten und diejenigen, die sie im Verdacht hatten, welches zu besitzen, qualvollen Martern unterwarfen. Dem weiblichen Geschlechte wurde jegliche Gewalt angethan. Ferdinand, der dem Kurfürsten von Sachsen und dem Herzoge von Baiern über die Drangsale berichtete, unter denen Oesterreich in dieser Zeit litt, fand nicht Worte genug, um all' den Jammer zu beschreiben, den er nun mit erlebte. Er selbst wollte Wien wieder verlassen, weil er nicht Zeuge dieser qualvollen Zustände sein mochte, allein er musste bleiben, weil die ungarischen Reiter die Umgebung von Wien unsicher und ihm so die Abreise unmöglich machten.* In Wien war er vorläufig vor jeder Gefahr sicher, da die Feinde über kein Belagerungsgeschütz verfügten und deshalb nicht zum Angriffe schreiten konnten. Wie lange ihm das aber helfen würde, war ungewiss, da die zahlreiche ungarische Reiterei die Verproviantirung der Stadt hinderte und so der Hunger das bewirken konnte, was die Waffen nicht zu Stande brachten, nämlich den Kaiser mit seinen Truppen zum Preisgeben von Wien zu veranlassen.

1619

Schwer mag diese Sorge auf Ferdinand gelastet haben, wie gross musste demnach seine Ueberraschung und Freude sein, als er sich plötzlich vom Feinde befreit sah und eine

---

*) Sächs. St. A.: Aus Wien dd. 4. Dezember 1619. Ebend: Ferdinand an Kursachsen dd. 5. Dezember 1619. Münchner St. A.: Ferdinand an Maximilian von Baiern dd. 5. Dezemb. 1619.

jener unerwarteten Wendungen eintrat, an denen dieser Krieg, 1619 so reich war. Am 5. Dezember hatte er jene Briefe voll Klagen an Sachsen und Baiern gerichtet und gerade an diesem Tage hatten seine Gegner den Rückzug angetreten, und so konnte er schon am 6. Dezember* dem Herzoge von Baiern die Nachricht davon mittheilen. Er durfte wieder aufathmen und hoffen, dass er nicht zu Grunde gehen werde, bevor seine Freunde ihm neue Hilfstruppen zugeschickt haben würden.

Der Urheber dieser überraschenden Wendung war ein katholischer Edelmann in Oberungarn, der Graf Georg Drugeth de Homonna, ein Mann, der von seinen Glaubensgenossen ausserordentlich gerühmt wird, bezüglich dessen wir aber nicht im Stande sind zu sagen, wie weit eigener Ehrgeiz, wie weit bessere Einsicht seine Schritte lenkten. Ebenso entziehen sich die Gründe, um derentwillen er seinen Glauben wechselte und von dem Protestantismus, dem er ursprünglich angehörte, zur katholischen Kirche übertrat, unserer Beurtheilung. Jedenfalls stand er in den engsten Beziehungen zur katholischen Partei, was ihn jedoch nicht hinderte, auch Unterhandlungen mit der Pforte anzuknüpfen, um sich mit ihrer Hilfe der Herrschaft über Siebenbürgen zu bemächtigen und Bethlen zu stürzen. Seine Bemühungen blieben erfolglos und er musste vorläufig auf seinem Schlosse Homonna auf eine günstigere Zeit harren. Als Ferdinand nach dem Tode des Kaisers Mathias seinen ersten Reichstag nach Pressburg berief, entschuldigte Drugeth sein Nichterscheinen, weil er seine Anwesenheit auf seinem Schlosse für nöthiger hielt,**) denn schon Anfangs Juni fürchtete er den Ausbruch einer gegen Ferdinand gerichteten Bewegung in Oberungarn.

Als Bethlen seinen Zug antrat, sammelte Drugeth gegen ihn eine Truppenschaar von 8000 Mann, erlitt aber von einem der Unteranführer Bethlens eine Niederlage, die ihn zur Flucht nach Polen zwang. In Polen bemühte er sich durch Anwerbung eines Kosakenheeres die Mittel zu einem Einfalle in Ungarn in die Hand zu bekommen und seine Anstrengun-

*) Münchner St. A.: Ferdinand an Max von Baiern dd, 6. Dezember 1619.
**) Drugeth an Ferdinand dd. 11. Juni 1619. Bei Firnhaber.

gen wurden durch zwei Gesandte, die Ferdinand zu gleichem Zwecke nach Warschau abgeschickt hatte, wesentlich gefördert. Der erste derselben war der Graf Althan, der den König Sigmund und einzelne polnischen Edelleute für Ferdinand zu gewinnen suchte und als Entlohnung auf die Güter in Böhmen hinwies, die nach erlangtem Siege den bisherigen Besitzern weggenommen und unter die Freunde des Kaisers vertheilt werden würden. Seinem Auftrage kam dieser Gesandte mit um so grösserem Eifer nach, als er selbst schon seit dem Ausbruche des Aufstandes die Anwerbung polnischer Truppen angerathen und seine Dienste hiebei angeboten hatte. Der andere Gesandte, der wahrscheinlich erst im Oktober in Warschau anlangte, als es die Bekämpfung Bethlens galt, war der Erzherzog Karl, des Kaisers Bruder, der als Bischof von Breslau durch den böhmischen Aufstand mit dem Verluste seiner gesammten Einkünfte bedroht war. Die beiden kaiserlichen Gesandten, sowie Homonna fanden in Warschau eine freundliche Aufnahme. Nicht blos das gleiche Glaubensbekenntniss machte den König geneigt, den Wünschen Ferdinands zu entsprechen, auch verwandtschaftliche Bande erhöhten seine Opferwilligkeit, denn seine Frau war eine Schwester des Kaisers, und bei der Liebe, die die Geschwister verband, gab die Königin ununterbrochen den Anwalt ihres Bruders ab, was der Graf Althan in seinem Berichte rühmend hervorhebt. Der König wäre gern erbötig gewesen, die gesammten polnischen Kräfte aufzubieten, allein dazu hätte es der Berufung eines Reichstages bedurft und bei diesem wäre er jedenfalls mit seinem Antrage nicht durchgedrungen. Es blieb sonach kein anderer Ausweg übrig, als dass Sigmund mit seinen Privatmitteln seinem Schwager zu Hilfe eilte und so erbot er sich 7000 Kosaken durch drei Monate zu unterhalten und dem Kaiser zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurden einige Edelleute aufgefordert, auf Kosten Ferdinands Werbungen anzustellen und mit der geworbenen Mannschaft dem Kaiser zu Hilfe zu eilen. Derartige, gleichsam private Hilfeleistungen waren nach den Gesetzen des Königreiches gestattet und so sammelte sich im Laufe des Monates November eine Armee von ungefähr 11000 Kosaken an, an deren Spitze Homonna am 21. No-

1619

vember seinen Marsch über die Karpathen antrat und in Oberungarn einfiel.*) Als sich seinem weiteren Vorrücken Rákoczi mit einer Heeresabtheilung bei dem Schlosse Ztropko entgegenstellte, brachte Homanna ihm eine solche Niederlage bei, dass der geschlagene Führer nur von fünf Mann begleitet sein Heil in der Flucht suchen musste.**) Die Nachricht von diesem Schlage brachte eine entscheidende Wendung: Bethlen wurde durch dieselbe so bestürzt, dass er von der weiteren Bedrängung Wiens abliess und einen Theil seiner Truppen unter Szechy's Kommando nach Ungarn zurückschickte, um den weiteren Fortschritten Hommona's Einhalt zu thun. Den Rest seiner Truppen beschloss er vorläufig in der Umgebung von Pressburg einzuquartieren, wo sich mittlerweile der Reichstag versammelt hatte.

Bethlen hatte zu dem Angriffe gegen Ferdinand seine meisten Ersparnisse verbraucht und war doch nicht zum Ziele gekommen. Es war fortan mit Gewissheit zu erwarten, dass er den Kampf nur dann fortsetzen würde, wenn ihm ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt würden. Die Allianz mit Böhmen hing von der Erfüllung dieser Bedingung ab.

---

*) Statthalterei-Archiv von Innsbruck. Erzh. Karl an Leopold dd. 3. Nov. 1619. Warschau. — Münchner St. A. Erzh. Karl an Leopold dd. 29. Nov. 1619.

**) Katona XXX, 253.

Siebentes Kapitel.

Der Unionstag in Nürnberg nnd die ständischen Verhandlungen in Brünn und Breslau.

I Streitigkeiten zwischen der Union und Friedrich von der Pfalz. Die Theilnehmer an dem nürnberger Tage. Absichten Friedrichs von der Pfalz bezüglich des nürnberger Correspondenztages. Minder freundliche Stellung des letztern zu den pfälzischen Wünschen. Beschluss, zu den Waffen zu greifen und dessen Consequenzen. Der kaiserliche Gesandte Graf von Zollern in Nürnberg. Sein Empfang. Antwort der Union auf die kaiserliche Botschaft.
II Instruction für den Gesandten nach München. Antwort Maximilians. Replik und Duplik. Die österreichischen Gesandten in Nürnberg. Resultat des nürnberger Tages. Doncaster. Seine Reise nach Wien, Graz, Pontebba; seine Rückkehr nach England über Wien und Nürnberg.
III Bemühungen Friedrichs von der Pfalz zur Erlangung der nöthigen Geldmittel. Die Reformation der Domkirche. Übler Eindruck dieses Vorganges. Abschätzige Bemerkungen über den pfälzischen Hofstaat. Friedrichs Reise nach Brünn. Die Katastrophe von Gitschin. Friedrichs Reise nach Olmütz. Sarkander. Friedrich in Breslau.

I

Man konnte sich in Böhmen nicht verhehlen, dass nur der unerwartete Anschluss Bethlens die drohende Niederlage abgewendet und die kaiserlichen Truppen vorläufig zurückgedrängt hatte. Da man schon vor dem Einfall Homanna's wusste, dass auf eine längere Dauer der ungarischen Hilfe nur unter der Bedingung zu rechnen war, wenn man sie bezahlte, so musste man entweder auf die Beischaffung der nöthigen Geldmittel oder wenn dies nicht möglich war und man auf Bethlen verzichten musste, auf die Gewinnung der Union zur Leistung von Hilfstruppen bedacht sein. Das erstere konnte nur durch Anknüpfung auswärtiger Verhandlungen, das letztere nur durch die Berufung eines Unionstages erreicht werden. Man war schon auf dem Tage in Rothenburg übereingekommen, eine neue Versammlung in Nürnberg, und zwar zu Anfang November abzuhalten; was damals nur vorsichtsweise beschlossen worden

war, erwies sich jetzt als ein Gebot dringender Nothwendigkeit, wenn man den Gefahren nicht leichtsinnig entgegengehen wollte. Es handelte sich also vor allem darum, die Union zu bestimmen, dass sie ihre Streitkräfte nicht bloss zur Vertheidigung der Pfalz verwende, wie sie sich dazu in Rothenburg verpflichtet hatte, sondern dass sie auch in die Vertheidigung Böhmens gegen den Kaiser eingreife. Friedrich hatte diese Unterstützung schon auf eigene Faust anticipirt, indem er sich bei der Abreise nach Böhmen von einem Theil der auf Kosten der Union geworbenen Truppen begleiten liess und dieselben zum Angriffe gegen die kaiserlichen Besatzungen einiger böhmischen Städte verwendete. *)

Von Seite der Union wurde die Benützung dieser Truppen mit Unlust vermerkt und der Markgraf von Anspach gab dem Fürsten von Anhalt seine Unzufriedenheit zu erkennen.**) Der letztere war aber nicht geneigt, die Entlassung dieser Truppen anzurathen, da Böhmen gerade in diesem Augenblicke fast ganz von Soldaten entblösst war und gegen einen allfälligen Angriff von Passau, wo sich die dem Kaiser aus Deutschland und Italien zu Hilfe ziehenden Truppen koncentriren sollten, keinen Widerstand hätte leisten können. Friedrich und Anhalt hofften auf dem nürnberger Tage die nachträgliche Zustimmung der Union für die eigenmächtige Verwendung ihrer Truppen zu gewinnen, beide waren deshalb entschlossen die Reise dahin anzutreten und die Vertretung ihrer Interessen nicht einigen untergeordneten Personen zu überlassen. Die Versammlung sollte übrigens nicht bloss von den Unionsmitgliedern besucht werden: man wollte sie von Seite des Pfalzgrafen zu einer möglichst glänzenden machen und lud schon einige Wochen vorher alle protestantischen Fürsten Deutschlands sowie den König von Dänemark zur Betheiligung an derselben ein und gab sich der Hoffnung hin, dass alle der Einladung folgen und auch einige fremden Mächte sich in Nürnberg vertreten lassen würden.***)

---

*) Es waren dies zwei Leibkompagnien und wohl an 1000—2000 Mann sonstiger Truppen.

**) Anspach an Anhalt dd. 12./22. Oktober und 27. Oktober/6. November 1619 im Appendix.

***) Wiener St. A. Kufstein an die niederösterreichischen Stände dd. 13. November. 1619.

Diese Erwartung wurde getäuscht, da sich ausser den Unionsmitgliedern wenige Gäste einstellten und namentlich Kursachsen jede Betheiligung ablehnte. Es erschienen persönlich Mitte November nur der Pfalzgraf Friedrich von Neuburg, der Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar mit seinen zwei jüngeren Brüdern, der Markgraf Joachim Ernst von Anspach mit seinem Bruder Sigismund, der Herzog Johann Friedrich von Würtenberg mit zwei Brüdern, der Landgraf Moritz von Hessen und der Markgraf Friedrich von Baden. Durch Gesandte liessen sich vertreten: der Kurfürst von Brandenburg, der Pfalzgraf Johann von Zweibrücken, der Herzog von Lüneburg, der Herzog von Braunschweig, der zweite Markgraf von Baden, die wetterauischen und fränkischen Reichsgrafen, der Graf von Öttingen, die fränkische Reichsritterschaft und die Unionsstädte Strassburg, Frankfurt am Main, Nürnberg, Worms, Ulm, Speier, Rothenburg, Schwäbisch-Hall, Nördlingen, Schweinfurt, Landau und Wimpfen. Wenn wir weiter bemerken, dass sich im Laufe des Unionstages Gesandte der ober- und niederösterreichischen Stände einfanden und dass auch der englische Gesandte Lord Doncaster seine Schritte hieher lenkte, so haben wir sämmtliche Theilnehmer dieser Versammlung genannt**), die von ihren Mitgliedern als „Korrespondenztag" bezeichnet wurde, und bei ihrem Zusammentritt ein gewaltiges Aufsehen erregte.

Der König von Böhmen kam seiner Würde entsprechend zuletzt nach Nürnberg und hielt daselbst umgeben von allen obengenannten Fürsten die ihm entgegen geeilt waren, am 19. November seinen Einzug. In seiner Begleitung befanden sich der oberste Kanzler von Böhmen Herr von Ruppa, der Grosshofmeister Herr von Solms und Herr von Plessen. Der Fürst von Anhalt, dessen Anwesenheit dringend nöthig war, wenn die Berathung einen für den Pfalzgrafen gewünschten Ausgang nehmen und die Widerspänstigkeit einzelner Mitglieder be-

1619

*) Paul Skala: MS. im böhm. Museum.

seitigt werden sollte, war nur bis Amberg gekommen und da durch einen Podagraanfall zurückgehalten worden. Wiewohl er auf diese Weise von Nürnberg fern bleiben musste, so äusserte er doch daselbst seinen Einfluss, denn sobald ihn die Schmerzen seiner Krankheit nur etwas in Ruhe liessen, so eilte er seinen Freunden mit Rathschlägen zu Hilfe und lenkte so zum Theile die dortigen Verhandlungen. Seiner Absicht nach sollte zwischen der Union und Böhmen ein inniges Bündniss abgeschlossen werden, so dass Böhmen, ohne dass dies ausdrücklich gesagt zu werden brauchte, in den Verband der Union aufgenommen werden sollte. Der Kurfürst von der Pfalz sollte auch als König von Böhmen das Haupt der Union und General über ihre Truppen bleiben und deren Verwendung im Interesse und zu Gunsten Böhmens geschehen. Anhalt wollte also nichts von einem Zurückziehen der Unionstruppen aus Böhmen wissen: nicht in unfruchtbaren Wünschen für das Gedeihen des böhmischen Aufstandes sondern in thatsächlicher Hilfe sollte die Union ihre Sympathien für den böhmischen Aufstand beweisen. *)

Die ersten Besprechungen der Unionsmitglieder deuteten auf keine durchwegs günstige Stimmung für die Sache des Pfalzgrafen: einige bemerkten, dass es ihnen ohne den Beitritt anderer Bundesgenossen nicht möglich sein würde, die geworbenen Truppen länger zu unterhalten geschweige zu vermehren, andern war das Bündniss mit Böhmen nicht genehm, weil sie die daraus folgenden Verwicklungen fürchteten. Gleichwohl machten sich diese Bedenken und Besorgnisse nicht besonders geltend, als am 21. November die Berathungen ihren Anfang nahmen und hauptsächlich den von Anhalt angedeuteten Punkt betrafen, welche Stellung die Union zur böhmischen Sache nehmen solle: man war bereit unter dem Vorwande, dass die „Gravamina" im Reiche eine unerträgliche Höhe erreicht hätten, zu den Waffen zu greifen **), ohne dass jedoch das Wie und Wo näher bestimmt worden wäre.

1619

---

*) Münchner Staatsarchiv, 548: Anhalt an Solms dd. 18./28. Nov. 1619. Münchner Reichsarchiv, Tom V., fol. 141. Anhaltische Gehaimbe Cantzley Seite 197.

**) Solms an Anhalt dd. 13./23. Nov. 1619. im Appendix.

Dieser Beschluss zeigte Entschlossenheit und die pfälzische Partei konnte sich darüber freuen, aber die Freude wurde sehr verbittert, als zwei oder drei Tage später, gleichfalls in Folge eines Unionsbeschlusses, eine Untersuchung über die bisherige Verwendung der für die Unterhaltung des Heeres eingezahlten Gelder angestellt wurde. Der Obersthofmeister Graf von Solms theilte dem Fürsten von Anhalt mit schwerem Kummer im Herzen diesen Beschluss mit und er hatte allerdings guten Grund dazu, da auch die Frage erörtert werden sollte, mit welchem Recht der Pfalzgraf Truppen, die aus der Unionskassa gezahlt wurden, nach Böhmen mitgenommen hätte. Die Mehrzahl der Unionsmitglieder bekämpfte jetzt offen jede Verwendung des Unionsheeres in Böhmen und verlangte vom Pfalzgrafen die Zurücksendung desselben oder die Anwerbung einer gleichen Truppenzahl auf seine Kosten, die nur in Deutschland stationiren sollten. Ebenso wenig wollten sie etwas davon wissen, dass der Pfalzgraf den monatlichen Gehalt von 6000 Gulden, den ihm die Union als ihrem General zugestanden hatte, noch weiter empfange, ja sie verlangten die Rückzahlung dieser Summe von der Zeit an, wo er die böhmische Krone angenommen hatte. Tag für Tag verlangten sie mit steigender Heftigkeit von dem Pfalzgrafen eine bestimmte Antwort auf diese Beschwerden und setzten ihn und seine Rathgeber in immer grössere Verlegenheit, da dieselben auf diese Mahnungen nur mit Ausflüchten antworten konnten, weil sie weder die Unionstruppen in Böhmen entbehren, noch sich bei ihrem gänzlichen Geldmangel zur Anwerbung neuer verstehen konnten. Auch warnte sie Anhalt gerade in diesen Tagen auf die Wünsche der Union einzugehen, weil von Passau her italienische Truppen gegen Böhmen im Anzuge seien.*)

Vielleicht wäre es dem Ansehen und der Beredsamkeit des Fürsten gelungen, die Widerspänstigkeit der Unionsmitglieder zu brechen, wenn er in Nürnberg gewesen wäre, er war aber nicht da und Niemand vertrat würdig seine Stelle. Der Pfalzgraf verlegte sich bei einigen Fürsten aufs Bitten, man solle ihm die Benützung der Truppen, natürlich

*) Münchner Staatsarchiv 548: Anhalt an Solms dd. 26. Nov./6. Dec. 1619.

auf Kosten der Union, wenigstens so lange gestatten, bis ein Reiterregiment, mit dessen Anwerbung ein gewisser Obentraut beauftragt worden war, seinen Zug nach Böhmen angetreten haben würde. *) Aber die Union und namentlich die Reichsstädte wollten auch davon nichts wissen und schickten am 1619 10. Dezember den Markgrafen von Anspach und den Herzog von Würtemberg an den Pfalzgrafen mit der bestimmten Forderung ab, dass er erstens auf den Gehalt von 6000 Gulden monatlich verzichte und zweitens die Unionstruppen allsogleich aus Böhmen zurückschicke oder für dieselben die unmittelbare Anwerbung neuer auf seine Kosten gestatte. Wieder legte man sich von pfälzischer Seite aufs Bitten und erlangte zuletzt so viel, dass die Union auf die Zurücksendung ihrer Truppen bis zur Ankunft der obertrautischen Reiter warten wollte; aber dafür verlangten die Reichsstädte nur um so heftiger, dass der Pfalzgraf den seit seiner Königswahl bezogenen Gehalt zurückerstatte und dass er die Union von der Unterhaltung der beiden Leibkompagnien entlaste. Der Obersthofmeister Graf von Solms sass schon im Wagen, um nach Prag zurückzureisen, als ihm der Markgraf von Anspach diese neuen Beschwerden mit dem Bemerken mittheilte, man sehe es mit Unwillen, dass der König die Entscheidung auf diese und andere Beschwerden nicht in Nürnberg treffen wolle, sondern auf Prag verschiebe. Da die Unzufriedenheit der Unionsmitglieder bedenkliche Dimensionen annahm, bequemte sich der Pfalzgraf endlich dazu noch vor seiner Abreise auch dieser an ihn gestellten Forderung nachzukommen und sowohl die Unterhaltung der Leibkompagnien auf eigene Kosten zu übernehmen, als auch in Bezug auf die Gehaltsfrage sich der Entscheidung der Union zu fügen. **)

Diese hier geschilderten Streitigkeiten zogen sich durch die ganzen Verhandlungen des nürnberger Unionstages hin, waren aber weder der einzige noch der wichtigste Gegenstand

---

*) Münchner Staatsarchiv. 425/4: Memorial Anhalts für Mons. Erlach dd. 29. Nov./9. Dec. 1619. Ebendaselbst: Anhalt an Solms dd. 26. Nov./6. December 1619.

**) Anhaltische Gehaimbe Cantzley.

der gemeinsamen Berathungen. Vor allem wurde der am 22. November gefasste Beschluss zu den Waffen zu greifen 1619 nach allen Seiten hin erwogen und es bedurfte allerdings der Erwägung, da man ja noch nicht bestimmt hatte, gegen wen man dieselben gebrauchen wolle.

Man zauderte den Beschluss zu vervollständigen und zum wirklichen Angriffe überzugehen, der, sobald man sich nicht an dem böhmischen Kriege betheiligen wollte, nur gegen die Bischöfe und allenfalls gegen Maximilian von Baiern gerichtet sein konnte. Man dachte den Angriff dadurch einzuleiten, dass man die Unionstruppen, deren Unterhaltung zu schwer auf den eigenen Schultern lastete, auf den geistlichen Besitzungen einquartieren wollte. Dieser Beschluss, der keine geringere Tragweite hatte, als dass er die geistlichen Fürsten für rechts- und schutzlos erklärte und sie der Beraubung und Plünderung preisgab, sollte die weitere Säkularisation des geistlichen Besitzes anbahnen, auf den mehrere Unionsfürsten schon seit Jahr und Tag ihre Hand legen wollten. Schon seit dem J. 1618 war es ein Gegenstand häufiger Berathungen im pfälzischen Kabinete, in welcher Weise ein Angriff gegen die benachbarten Bischöfe durchgeführt werden könnte, jetzt wo sich die Aussichten für den böhmischen Aufstand durch den Anschluss Bethlens besserten, hielt man den Moment für geeignet, diesen Plan zur Ausführung zu bringen. Man einigte sich zuletzt in Nürnberg dahin, dass der Kurfürst von der Pfalz und der Markgraf von Anspach das Zeichen geben sollten, wann die Unionstruppen in die geistlichen Güter einzurücken hätten.*)

Machte sich die Union auf keinen Widerstand gefasst, wenn sie der katholischen Geistlichkeit das Messer an die Kehle setzte, bedachte sie nicht, dass sich daraus ein wahrer Religionskrieg entspinnen würde, der Frankreich den Habsburgern in die Arme treiben würde? Diese und ähnliche Erwägungen scheinen den Pfalzgrafen nicht sehr belästigt zu haben, er schlug den geistlichen Widerstand gering an und glaubte, dass nur Maximilian von Baiern sich zum Schutze seiner Glaubensgenossen aufraffen würde. Man erörterte des-

*) Anhaltische Gehaimbe Cantzley Seite 201.

halb in Nürnberg die Frage, ob die von Baiern drohende Gefahr nicht durch die Absendung einer Gesandtschaft an den Herzog abgewendet werden und ob man unter dem Vorwand einer treuherzigen Annäherung von ihm nicht das Versprechen erlangen könnte, dass er sowohl Böhmen wie der Union gegenüber die Neutralität bewahren werde: man konnte sich dann viel sicherer in den weiteren Kampf mit dem Kaiser einlassen und zum Angriff gegen die Bischöfe schreiten. Da man sich jedoch gestehen musste, dass sich der Herzog zu einem so unbedingten und weitreichenden Versprechen der Neutralität kaum verstehen würde, so war man erbötig, etwas in den Forderungen nachzulassen und wollte sich begnügen, wenn man Mainz, Würzburg, Eichstätt und das Stift Ellwangen angreifen könnte und wenn der Herzog von Baiern seine schützende Hand bloss über die ihm benachbarten Bischöfe von Augsburg, Freising und Regensburg halten würde. *) Man war so sehr zu einem Angriffe entschlossen, dass man die Gegenvorstellnngen bewährter Freunde wie Deplessis-Mornay's und Aerssens' nicht beachtete. Vergeblich warnten beide die Union vor einem übereilten Angriffe der geistlichen Besitzungen; ihr Rath ging dahin zuerst die böhmische Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen und dann erst weiter zu greifen. **) Aber diese Zurückhaltung war nicht nach dem Geschmacke der Tonangeber des Unionstages; die Absendung einer Gesandtschaft nach München wurde beschlossen, um mit dem Herzoge über die Neutralitätsfrage zu verhandeln und darnach die weiteren Schritte zu bestimmen.

Bevor diese Gesandtschaft abgeschickt wurde, musste die Union die Botschaft des Reichshofrathspräsidenten Grafen von Zollern entgegennehmen. Als der Kaiser von der nürnberger Zusammenkunft in Kenntniss gesetzt worden war, hielt er es für seine Pflicht eine hervorragende Person an diese Versammlung abzusenden und bestimmte hiefür den Grafen von Zollern. Er sollte die in Nürnberg versammelten Reichsstände vor der Theilnahme an den böhmischen Händeln warnen und sie der

---

*) Anhaltische Geheimbe Cantzley, 2. Aufl. Seite 206.

**) Die näheren Daten in der Anhaltischen Geheimben Cantzley.

friedfertigen Gesinnung des Kaisers versichern. Diese Instruction hatte man entworfen, bevor die Nachricht von der Krönung Friedrichs nach Wien gelangt war. Zollern empfing dieselbe erst auf der Reise und wusste nicht, ob er weiter reisen oder zurückkehren solle, glaubte aber zuletzt seinem Auftrag nachkommen zu müssen und setzte seinen Weg fort. Als er in Nürnberg anlangte, wurde er am folgenden Tage von den daselbst versammelten Fürsten und Ständen in feierlicher Audienz empfangen. Der Pfalzgraf ging ihm in die Mitte des Saales entgegen, begrüsste ihn und verfügte sich darauf an die Spitze eines langen Tisches, wo für ihn ein höherer Stuhl hergerichtet war, während für die übrigen Theilnehmer der Versammlung niedrigere Stühle an den Langseiten des Tisches aufgestellt waren. Man erwartete, dass der Graf von Zollern an einer der Langseiten Platz nehmen werde, da er jedoch den Kurfürsten nicht als König von Böhmen anerkannte und sich als kaiserlicher Gesandter höher gestellt glaubte, so vereitelte er die ihm zugedachte Demüthigung, indem er nicht Platz nahm, sondern sich auf die rechte Seite des Kurfürsten stellte und in dieser Stellung seine Ansprache hielt und dadurch auch seine Zuhörer zum Stehen nöthigte. Wohl suchte der Kurfürst auch jetzt eine höhere Stellung einzunehmen, indem er weiter zurückging und dort allein stehen blieb, allein der Graf von Zollern hatte, obwohl er ihm nicht weiter folgte, doch durch seine Geistesgegenwart der dem Kaiser zugedachten Herabsetzung die Spitze abgebrochen. In seiner Ansprache, in der er den Kurfürsten von der Pfalz nur als solchen bezeichnete, warnte er die Versammlung vor der Theilnahme an den böhmischen Händeln. *)

4. Dec. 1619

---

*) Hurter theilt nach Slawata mit, dass der Graf von Zollern viel weiter gegangen sei, als wir berichten und dass er den für den Pfalzgrafen vorbereiteten Sitz eingenommen habe. Dies ist aber nach einem Schreiben Solms an Anhalt dd. 25. Nov./5. Dec. 1619 Münchner Staatsarchiv, und nach der Relation, die Zollern an den Kaiser dd. 11. Dec. 1619 (Münchner Hofbibliothek Collectio Comerariara) richtete, nicht der Fall gewesen, sondern der Gesandte benahm sich so, wie wir erzählen. Offenbar wurde über

Vier Tage lang beriet sich die Union über die Antwort, welche sie dem Kaiser auf seine Botschft ertheilen sollte. Man war auf pfälzischer Seite besorgt, dass das Erscheinen des Grafen von Zollern einigen Eindruck machen und in der Union Zerwürfnisse zur Folge haben könnte, doch erwiesen sich diese Besorgnisse als unbegründet. Der Herzog von Würtemberg vertrat in den Berathungen über die dem kaiserlichen Gesandten zu ertheilende Antwort die Sache des Pfalzgrafen und seinem Eifer war es wohl zu danken, dass völlige Übereinstimmung zu Stande kam*). Die Union gab in ihrer Antwort, zu deren Empfangnahme sich der Graf von Zollern wieder eingefunden hatte, ihre Unzufriedenheit damit kund, dass den zahlreichen Reichsbeschwerden seit Jahrzehenden nicht abgeholfen werde und rechtfertigte ihre Rüstungen mit den Gegenrüstungen, die von katholischer Seite angestellt würden und deren Rückgängigmachung sie verlangte, wenn auch sie abrüsten sollte. Bezüglich Böhmens bedauerte sie, dass alle Vermittlungsversuche fehlgeschlagen seien und mahnte den Kaiser dieses Land „durch offene Gewalt und beharrliche Kriegsmacht“ nicht weiter in Ungelegenheit zu setzen. Wenn um dieses Streites willen oder aus was immer für einem Grunde der König von Böhmen — so wurde der Pfalzgraf in dieser Antwort stets bezeichnet — oder ein anderes Unionsglied in seinen ererbten Besitzungen beunruhigt werden würde, so werde die Union treu zu ihm stehen und diesen Angriff abschlagen**). Die Union machte also die Sache des Pfalzgrafen insofern zur eigenen, als sie ihn auf alle Fälle gegen jeden Angriff in seinen deutschen Besitzungen vertheidigen wollte. Dieser Beschluss wurde zwei Tage später dadurch vervollständigt, dass sich sämmtliche Unionsmitglieder

---

den geschickten Streich des Reichshofrathspräsidenten in den folgenden Tagen viel gesprochen und derselbe allmälig immer mehr ausgeschmückt und einen solchen ausgeschmückten aber nicht mehr wahren Bericht enthält Slawata's Erzählung. — Auch Khevenhiller berichtet in seinen Annalen, dass der Graf von Zollern den obersten Platz eingenommen habe; doch auch dieser macht sich nur zum Echo eines falschen Gerüchtes.

*) Anhaltische Gehaimbe Cantzley, 2. Aufl. Seite 226.

**) Die Antwort bei Londorp.

verpflichteten, keine dem Pfalzgrafen feindlichen Truppendurchzüge zu gestatten.*)

Der Graf von Zollern, der aus dieser Antwort ersehen konnte, dass seine Mission gescheitert sei, erwiederte mit einigen allgemeinen Versicherungen von der Friedensliebe des Kaisers und erklärte, dass man es demselben hoffentlich nicht verdenken werde, wenn er auf jegliche Weise seine aufrührerischen Unterthanen zum Gehorsam nöthigen würde. Nach diesen Worten verabschiedete er sich von der Versammlung blieb aber noch einige Tage in Nürnberg, um auf vertraulichem Wege einige Kunde über die nächsten Beschlüsse der Union zu erlangen. Nach den ihm von einigen Unionsfürsten gewordenen Mittheilungen glaubte er dem Kaiser die Versicherung geben zu können, dass die Union dem Pfalzgrafen bei dem Kampfe um die böhmische Krone keine direkte Unterstützung leisten, also ihre Truppen nicht nach Böhmen schicken werde.**)

II

Gleichzeitig mit der an den Kaiser abgegebenen Erklärung fanden Berathungen über die Instruktion statt, welche den Gesandten nach München gegeben werden sollte. Man wollte ursprünglich bloss den Herrn von Plessen mit dieser Gesandtschaft betrauen, aber auf seine Bitte wurde ihm der Graf Friedrich von Solms beigegeben und diesen schlossen sich dann noch zwei weitere Gesandte an. Ihre Sendung leitete der Pfalzgraf durch ein Schreiben ein, welches er von Nürnberg schon im Monate November an den Herzog von Baiern abschickte und in dem er ihn um die Verhinderung von Truppendurchzügen ersuchte, die gegen Böhmen gerichtet seien.***) Die Gesandten selbst traten den Weg nach München erst nach Schluss des Unionstages am 21. Dezember an und überreichten dem

24. Nov. 1619

1619

*) Münchner Staatsarchiv: Nürnberger Unionsabschied dd. 30. November/10 Dezember. 1619,

**) Zollerns Bericht an den Kaiser dd. 11. Dec. 1619. Coll. Camer. in der Münchner Hofbibliothek. —

***) Das Schreiben bei Londorp dd. 14./24. Nov. 1619.

Herzog im Namen derUnion eine Schrift, in welcher zuerst von den Reichsgravaminen und dann von den katholischen Rüstungen die Rede war, die als die Ursache angegeben wurden, weshalb auch die Union Rüstungen angestellt habe. Die letztere verlangte deshalb von den katholischen Fürsten, dass sie zuerst abrüsten sollten und knüpfte an dieses Begehren die Forderung, dass den Protestanten fortan volle Gleichberechtigung in der Besetzung der Stellen des Reichshofrathes und Reichskammergerichtes zugestanden und sie bei allen ihren ehemals geistlichen Besitzungen unangefochten gelassen werden sollten. Bezüglich dieser und einiger anderer nicht weiter hier anzuführenden Forderungen erklärten die Gesandten, dass sich die Union in keine Verhandlungen einlassen, sondern nur mit der vollen Gewährung derselben begnügen wolle; bezüglich einiger anderen Beschwerden sei sie jedoch erbötig, die betreffenden Verhandlungen einzuleiten. Binnen zwei Monaten vom Tage der Ueberreichung dieser Schrift sollten die Katholiken eine klare und bestimmte Antwort abgeben, ob sie die Waffen niederlegen und die gestellten Forderungen befriedigen wollten; sei dies nicht der Fall, so würde man die „Gelegenheit und Nothdurft“ in Acht nehmen d. h. zum Angriffe gegen die katholischen Stände übergehen. *)

Noch nie hatte die Union in ihren für die Gegenpartei bestimmten Erklärungen eine so drohende Sprache geführt, wie diesmal; der momentane Erfolg vor Wien hatte das Zutrauen des Pfalzgrafen dermassen erhöht, dass er sich zu derselben erkühnte und die Union mit sich fortriss. Wenn man aber den Herzog von Baiern einzuschüchtern glaubte, so irrte man sich; er kannte genau die Kräfte der streitenden Parteien und wusste von der grossen sich gegen Böhmen vorbereitenden Coalition: spann er ja selbst eifrig die einzelnen Fäden zu dem Netze, das sich über Böhmen zusammenziehen sollte. Er liess sich also nicht einschüchtern, sondern antwortete der Union in einer Weise, die dem von ihr angeschlagenen Ton in nichts nachgab. Er tadelte zuerst ihren Entschluss zu den Waffen zu greifen, wenn binnen zwei Monaten nicht alle ihre Forde-

*) Die Erklärung der Unionsgesandten bei Londorp 11./21. Dez. 1619.

rungen befriedigt würden. Nicht die Protestanten, wohl aber die Katholiken hätten das Recht sich zu beschweren, oder zum mindesten seien die wechselseitigen Beschwerden der Katholiken und Protestanten nicht so klar, dass darüber nicht verhandelt werden müsste: würde da durch plötzliche Anwendung der Waffengewalt das Übel nicht noch verschlimmert werden? Er erklärte, dass er einen Angriff gegen die Katholiken nicht dulden würde, und vernichtete auf diese Weise die Hoffnung, die man auf seine Neutralität gesetzt hatte. Auf den Vorwurf der Union, dass die Katholiken in verschiedenen Druckschriften sich manigfache Bedrohungen und Beschimpfungen gegen die Protestanten erlaubten, entgegnete der Herzog, dass die Katholiken noch mehr Grund zur Klage hätten, da man nach den Angaben der gegnerischen Schriftsteller auf protestantischer Seite schon übereingekommen sei, wem die geistlichen Besitzungen zufallen sollten, schon sei diesem General oder jenem Obersten eine Anweisung auf dieses oder jenes geistliche Gut gegeben worden. Auch hätten die Katholiken bis jetzt den Protestanten keinen Grund zur Klage gegeben, da sie die Union durch keine Einquartierungen und Truppendurchzüge belästigt hätten, dagegen sei ihr Gebiet seit dem Beginne des böhmischen Krieges vielfach ausgenützt worden, ohne Bezahlung hätten sich Truppen zu Fuss und zu Ross einquartiert und alle mögliche Bedrückung ausgeübt. Es könne Niemanden Wunder nehmen, dass die Bischöfe sich derartige Drangsale nicht weiter gefallen lassen wollen und ebenfalls Werbungen anstellen, obwohl sie eigentlich friedlich seien und augenblicklich abrüsten würden, wenn keine Gefahr sie bedrohte. Mit Rücksicht auf das pfalzgräfliche Schreiben aus Nürnberg erklärte der Herzog, dass er dem Kaiser Truppendurchzüge durch sein Land eben so wenig verwehren könne, wie er dieses bisher der Union und sogar den Böhmen und Österreichern verwehrt habe. Er hoffe, dass auch die Union seinen Truppen, die er an verschiedenen Stellen anwerben lasse, den Durchzug gestatten werde, da er zur Ersetzung jeglichen Schadens erbötig sei. Weiter könne er sich nicht enthalten, die Union zu tadeln, dass sie allein an ihn eine Botschaft abgefertigt und ihn allein von ihrem Be-

schlusse, sich mit den Waffen Recht schaffen zu wollen, in Kenntniss gesetzt habe. Er habe keinen solchen Einfluss auf die katholischen Stände, um sie binnen zwei Monaten zu einer gemeinsamen Erklärung veranlassen zu können; besser wäre es gewesen, wenn die Union ihre Zuschrift an sämmtliche katholischen Fürsten oder an den eben versammelten Convent von Würzburg gerichtet hätte. Er sei überzeugt, dass nicht alle Protestanten und namentlich nicht die Bekenner der augsburger Confession eine so bedrohliche Sprache guthiessen und dass sie die Katholiken unangefeindet lassen würden, wenn diese nicht zum Angriff übergingen. Er gebe diese Antwort nur in seinem Namen und nicht in dem der katholischen Stände und warne die Union vor dem voreilig gefassten Beschlusse, denn „das Kriesglück sei zweifelhaft und ziehe oft derjenige, der es nicht vermeint, den kürzern.“ — Obwohl die Union ihn in ihrer Zuschrift nicht wegen der Besetzung von Donauwörth tadelte, sondern über diesen Gegenstand schwieg, glaubte der Herzog sich dennoch ihretwegen vertheidigen zu müssen, indem er erklärte, dass er augenblicklich diese Stadt freigeben würde, wenn ihm die Executionskosten erstattet würden. *)

So lautete die Antwort Maximilians, die der herausfordernden Sprache der Union in nichts nachgab, sondern sie an Entschlossenheit noch überbot. Die Unionsgesandten hielten es für ihre Pflicht, eine Gegenantwort zu verfassen und übergaben dieselbe am 29. Dezember. Sie bedankten sich darin für die Anerbietung des Herzogs, die katholischen Stände von der Botschaft der Union in Kenntniss setzen zu wollen und drückten trotz seiner abweislichen Aeusserungen die Erwartung aus, dass binnen der anberaumten zwei Monate die Katholiken die Waffen niederlegen und den Unionsbeschwerden gerecht werden würden. Auf die Bemerkungen des Herzoges wollten sie nicht näher eingehen, sondern über dieselben an ihre Auftraggeber berichten, mit der deutlichen Verwahrung, dass sie dadurch nichts präjudicirliches einräumen und im Hauptwerk ihren gnädigsten Herren freie und ungebundene Hände jederzeit ihr Bestes zu suchen vorbehalten haben wollen.“ Sie wieder-

1619

*) Die Antwort Maximilians bei Londorp.

holten also nochmals die Kriegsandrohung und verschärften dieselbe mit dem Zusatze: „der Herzog von Baiern werde dem Unheil, welches ihm nothwendig hieraus erwachsen würde, bei Zeiten zuvorkommen und sich die Abwendung der so vielfach angedrohten Extremitäten angelegen sein lassen.“ Diese Worte in besseres deutsch übersetzt drückten die Hoffnung aus, der Herzog von Baiern werde der Union bei ihren Angriffen nicht entgegentreten, sondern denselben ruhig zusehen.

Auch auf diese Replik blieb der Herzog die Duplik nicht schuldig, doch brachte er nichts wesentlich Neues darin vor und verwahrte sich nur abermals gegen die Kriegsandrohung der Union, wenn ihren Forderungen binnen zwei Monaten nicht genügt würde. Die Absicht des nürnberger Unionstages, ihn durch die Gesandtschaft vor weitern Rüstungen abzuschrecken und zum Versprechen der Ruhe zu nöthigen, wurde also nicht erreicht, im Gegentheile wurden bei ihm durch das herausfordernde Auftreten der Gegner die letzten Bedenken niedergeschlagen, sich mit seiner ganzen Kraft auf die Seite des Kaisers zu stellen. Er sah ein, dass der beginnende Krieg ein Glaubenskrieg sein werde und beachtete nicht weiter, wie viel Veranlassung zu demselben der Kaiser selbst durch seine Massregeln in Böhmen gegeben hatte, er beachtete jetzt nur den Angriff, der von der Union drohte und hielt diese für den wahren Ruhestörer.

Während der nürnberger Berathungen beschloss die Union sich schriftlich an mehrere Fürsten zu wenden und dieselben um Beistand anzugehen. Dieser Beschluss wurde offenbar unter dem Einflusse der pfalzgräflichen Partei gefasst, die sich auf diesem Wege die Geldmittel verschaffen wollte, die sie zur Befriedigung Bethlens und zur weitern Fortführung des Kampfes benöthigte. Solche Bittschreiben gingen an England, Holland, Venedig, Frankreich uud Lothringen ab.*) Auch an Sachsen beschloss man die Bitte zu richten, der Kurfürst möge sich der Union anschliessen oder wenigstens die gegen Böhmen feindlichen Truppendurchzüge verhüten. Man wollte durch diese Bitte und das in derselben ausgesprochene Vertrauen

*) Münchner Staatsarchiv 548/10: dd. 1./11. Dec. 1619.

eigentlich nur den Kurfürsten vor dem Anschlusse an die Gegner zurück halten, denn man gab sich schon Besorgnissen bezüglich seiner künftiger Haltung hin. Wenigstens äusserte sich Herr von Ruppa gegen den niederösterreichischen Gesandten in dieser Weise und setzte hinzu, man werde an Johann Georg zwei Fürsten abschicken und ihm Krieg oder Frieden anbieten. *)

Auch die Stände von Ober- und Niederösterreich hatten sich zur Beschickung des nürnberger Korrespondenztages entschlossen, um sich des Schutzes der Union zu versichern, da sie mehr durch fremde Hilfe als durch eigene Anstrengung zum Ziele kommen wollten. Die Bewegung in Österreich hatte seit der Wahl der Direktoren in Horn keine solche Richtung genommen, wie man auf böhmischer Seite zu erwarten berechtigt war. Anstatt die Rüstungen zum Abschluss zu bringen und mit den gesammten Streitkräften eine Verbindung mit den böhmischen Truppen anzustreben, scheute man sich vor diesem entscheidenden Schritte. In Oberösterreich verlegte man die Truppen an die Grenze, um den Durchmarsch der dem Kaiser zu Hilfe ziehenden Söldner zu hindern und bewirkte damit nur, dass dieselben den Weg von Passau durch den Böhmerwald nach Budweis einschlugen; in Niederösterreich quartierten die Stände ihre Truppen so ein, dass sie dadurch jeden Zusammenstoss mit der kaiserlichen Armee vermieden. Was konnte dies anderes zur Folge haben, als dass die niederösterreichischen Katholiken durch die furchtsame Haltung ihrer Gegner zu Anstrengungen für die kaiserliche Sache angespornt wurden. In einer Conferenz, die im Hause des Fürsten von Liechtenstein abgehalten wurde, beschlossen sie die Anwerbung von 500 Reitern und einem Regiment Fussknechte **) und leisteten damit ihrer Sache jedenfalls einigen Vorschub, denn sie schickten die geworbenen Truppen alsbald auf den Kampfplatz, während die Protestanten ihr weniges Geld unnütz für die in Unthätigkeit herumlungernden Söldner vertrödelten.

29. Sep. 1619

*) Kufsteins Relation im wiener Staatsarchiv.

**) Sächs. StA. Aus Wien dd. 3. October 1619.

Vielleicht trug zu dieser verkehrten Haltung der Horner ein Schreiben bei, das Ferdinand auf seiner Rückreise von Frankfurt an die Stände beider Religionsparteien richtete. Er hatte damals Nachricht von dem Unwetter erhalten, das gegen ihn von Ungarn her im Anzuge war und er hielt es deshalb für erspriesslich, die Stände beider Glaubensparteien nach Wien einzuladen und ihnen in einem sehr versöhnlichen Schreiben solche Versprechungen zu machen, dass jeder Unbefangene aus denselben zwar eine Missbilligung des Bündnisses mit Böhmen, dagegen ein Versprechen der Beilegung des religiösen Streites im protestantischen Sinne herausgelesen hätte. *) Die Horner wussten diese Sprache allerdings zu deuten und liessen sich durch dieselbe nicht täuschen, dennoch ward sie eine Waffe in der Hand derjenigen, welche vor dem Bruche mit dem Kaiser warnten. Den Ausschlag bei dieser zuwartenden Haltung der Niederösterreicher gab aber das Gerücht, dass Bethlen die Herrschaft über Oesterreich an sich reissen wolle. Thatsächlich war dies der Plan Bethlens und als die Horner hievon Wind bekamen, waren sie im Zweifel, ob der kaiserliche Druck nicht der ungarischen Befreiung vorzuziehen sei. Sie entschlossen sich deshalb zur Absendung einer Gesandtschaft an den Unionstag, um zu ersehen, welche Hilfe ihnen von dort aus sowohl gegen Ferdinand wie gegen die magyarischen Annexionsgelüste zu Theil werden würde; erst dann sollte das letzte Wort gesprochen werden. Mit der Vertretung ihrer Interessen in Nürnberg betrauten die Niederösterreicher den Herrn Hans Ludwig von Kufstein, *) die Oberösterreicher den Dr. Langjar.

11. Oct. 1619

Das Tagebuch **), in welchem Kufstein, der Principalgesandte sorgfältig die täglichen Ereignisse während seiner Reise verzeichnete, gibt uns einen Begriff von der Schwierigkeit des Reisens in jener Zeit, da er, trotzdem er mit Geld reichlich versehen war und überall die besten Pferde für seinen Wagen erhielt, doch zwölf Tage brauchte, um von Buchberg in Nie-

*) Raupach, Evangelisches Österreich.

**) Münchner St. A. 425/4 Secretär Moriz an den pfälzischen Kanzler in Heidelberg dd. 20./30. Dec. 1619.

***) Kufsteins Tagebuch. Das Tagebuch befindet sich im wiener Staatsarchiv.

derösterreich bis Nürnberg zu gelangen, d. h. eine Strecke von 58 Meilen zurückzulegen. Als er in letzterer Stadt ankam, hatte er zunächst eine Unterredung mit dem Herrn von Ruppa, wobei die Absichten Bethlen Gabors auf Österreich zur Sprache kamen. Kufstein bemerkte mit Unwillen, dass derselbe sich auf Kosten des Erzherzogthums vergrössern wolle, dass aber die Österreicher nie vom Reiche ablassen würden. Ruppa, der in dem begonnenen Kampfe zu jeder Verbindung bereit war, wenn er seiner Sache dadurch zum Siege verhelfen konnte, und der nur insoferne den Vergrösserungsgelüsten Bethlens abgeneigt war, als er seinem eigenen König den Besitz von Österreich wünschte, bemühte sich, den Freiherrn von Kufstein zu beruhigen. Er versicherte, man werde von böhmischer Seite nicht dulden, dass Bethlen Gabor nach dem Erzherzogthum greife und ihm nur andere Eroberungen gegen Ferdinand gestatten, eine Erklärung, die auf Steiermark, Kärnthen und Krain gedeutet werden konnte.*)

25.Nov. 1619 Einige Tage später wurde Kufstein von dem Pfalzgrafen zur Audienz vorgelassen. Er trat in Begleitung des Herrn von Ruppa und des Obersthofmeisters Grafen von Solms in das königliche Gemach ein und stellte die Bitte an Friedrich er möge bei den verbündeten Fürsten dahin wirken, dass einige Räthe ausersehen würden, mit denen er bezüglich des Ansuchens der österreichischen Stände in Verhandlung treten könnte. Friedrich, der den Gesandten höflich begrüsst hatte, antwortete ihm in einer Weise, die deutlich zeigte, dass die Antwort früher niedergeschrieben und von ihm memorirt worden war, denn sie entsprach nicht der Ansprache Kufsteins. Letzterer blickte Ruppa und Solms mit fragender Miene an, weil er erwartete, dass sie das Wort ergreifen und das Versehen des Königs gutmachen würden, allein da beide schwiegen, empfahl Kufstein nochmals sein Anliegen dem Könige und nahm darauf seinen Abschied. Dem Herrn von Ruppa, der ihn hinaus begleitete und ihn fragte, in welcher Weise den österreichischen Ständen gedient werden könne, erwiederte Kufstein, sie würden zufrieden sein, wenn die Mitglieder des nürn-

---

*) Kufsteins Tagebuch.

berger Correspondenztages in einem Schreiben das bisherige Vorgehen der österreichischen Stände billigen und ihnen für den Nothfall Hilfe verheissen würden. *)

Als ein Tag nach dem andern verging, ohne dass Kufstein zu den gewünschten Verhandlungen eingeladen wurde, klagte er sein Leid den Herzogen von Sachsen-Weimar und von Würtemberg, sowie dem Markgraf von Anspach, die ihn mit der Mittheilung überraschten, dass sie von Friedrich keinerlei Nachricht bezüglich des österreichischen Begehrens erhalten hätten. Aus diesem, sowie aus mancherlei anderen Äeusserungen des Herrn von Ruppa glaubte Kufstein den Schluss ziehen zu müssen, dass man es von pfälzischer und böhmischer Seite nicht gern sehe, dass die österreichischen Stände mit dem Korrespondenztage in Verhandlung treten wollten, statt mit König Friedrich allein. Er kam jetzt selbst zu der Ueberzeugung, dass diesem Vorgehen die Absicht zu Grunde liege, die Herrschaft Friedrichs auch auf Österreich auszudehnen. Da er dieselbe nicht unterstützen wollte und den Herrn Ruppa zum Beginn der betreffenden Verhandlungen drängte, blieb diesem und seinem Könige nichts anderes übrig, als dem Wunsche nachzugeben.

Am 1. Dezember wurde Kufstein eingeladen sich in die Wohnung Ruppa's zu verfügen, woselbst er ausser diesen mehrere fürstliche Räthe und drei reichsstädtische Vertreter antraf. In seiner Ansprache brachte er hauptsächlich zwei Bitten vor: er ersuchte im Namen seiner Auftraggeber um die Billigung aller Schritte, die sie bisher zur Vertheidigung ihrer Rechte und Freiheiten gethan hätten und dem entsprechend um die thatsächliche Unterstützung, wenn dies die Noth erheischen sollte.

1619

Seine Bitten fanden allgemeine Billigung und alle Anwesenden versprachen ihm, dass sie dieselben bei den übrigen Unionsmitgliedern befürworten würden. Die Antwort jedoch, die dem Herrn von Kufstein und seinem Kollegen, dem Dr. Langjahr am 5. Dezember zu Theil wurde, scheint nicht nach ihrem Wunsche ausgefallen zu sein. Wir wissen von derselben nur so viel, dass

*) Kufsteins Tagebuch.

der Markgraf von Anspach ihren ungünstigen Inhalt gegen Kufstein damit entschuldigte, dass dieselbe von der Majorität des Correspondenztages beschlossen worden sei, dass aber er und ein Theil der Fürsten für einen günstigeren Bescheid gewesen seien. Wir vermuthen, dass die Unzufriedenheit Kufsteins mit dieser Antwort dadurch hervorgerufen wurde, dass dieselbe die Bitte um eventuelle Unterstützung der österreichischen Stände im Kampfe gegen Ferdinand ablehnte. Die Ablehnung stand übrigens im Einklange mit der sonstigen Haltung des Korrespondenztages. Da man sich nicht in den böhmischen Krieg einmischen wollte, sondern auf die Abrufung der Unionstruppen aus Böhmen drang, so durfte man auch die Erweiterung des Bündnisses auf Österreich nicht zugeben. Auch die kühle Haltung, welche der Pfalzgraf und seine Rathgeber gegenüber dem österreichischen Ansuchen beobachteten, da sie ihre besonderen Pläne auf dieses Land gerichtet hatten, und deshalb jede Unterstützung nur als ihr eigenes Verdienst angesehen wissen wollten, trug zu dem abweislichen Bescheide bei. Wie sehr sich demnach dieser oder jener Fürst für die Erhörung der österreichischen Bitten bemühen mochte, mehr als allgemeine Theilnahmsversicherungen nahm Herr von Kufstein nicht mit sich.

Betrachtet man das Resultat der Nürnberger Verhandlungen, so muss man gestehen, dass sie den Hoffnungen der pfälzischen Partei nicht entsprachen. Man hatte erwartet, dass sich auf die Einladung des Pfalzgrafen der grösste Theil der protestantischen Fürsten Deutschlands in Nürnberg versammeln werde, und dass sich die Union über dieselben erweitern und neue Freunde im Kampfe wider Ferdinand gwonnen würden. Statt dessen fanden sich fast nur die Mitglieder der Union ein und diese wollten nicht den Streit in Böhmen zu ihrem eigenen machen, sondern sich nur auf die Vertheidigung des Pfalzgrafen in seinem ererbten Besitze beschränken. Für den Kampf in Böhmen gewann also Friedrich in Nürnberg nicht die geringste Stütze ja noch weniger als dies, da die österreichischen Stände, auf deren engeren Anschluss er mit Recht gehofft, durch die in Nürnberg zum Theil durch seine Schuld ertheilte Antwort nur abgeschreckt und zu Verhandlungen mit Ferdinand hingeleitet werden konnten.

Truppen- und Geldhilfe that aber jetzt dringender Noth als je. Wie wollte man mit den zusammengeschmolzenen Regimentern dem Angriff Buquoy's begegnen, wenn Bethlen durch die polnischen Schaaren genöthigt wurde sich innerhalb der ungarischen Grenzen zu halten? wie wollte man den gemachten Versprechungen nachkommen und den eigenen Truppen den rückständigen Sold auszahlen, und vor allem wie den Bitten Bethlens um Auszahlung einer grösseren Geldsumme genügen?

Auf dem nürnberger Korrespondenztage war auch Lord Doncaster erschienen, nachdem er fast zwei Monate vorher sich vom Pfalzgrafen verabschiedet hatte und dem Kaiser nachgereist war, um sich seines Auftrages zu entledigen. Hatte er schon früher, entgegen der Instruction seines Herrn, die Interessen des Pfalzgrafen warm vertreten, so kannte er hierin später weder Mass noch Grenze und gab damit allerdings nur den Gefühlen Ausdruck, von denen damals alle Engländer beseelt waren. Als er im Oktober in Wien anlangte, traf er den Kaiser daselbst nicht an, da derselbe mittlerweile nach Graz gereist war und so musste er sich damit begnügen, vom Erzherzog Leopold empfangen zu werden, der ihn in ausgezeichneter Weise behandelte. 1619

Doncaster benutzte die kurze Zeit seiner Anwesenheit zum Besuche des venetianischen Gesandten Giustiniani. In dem Zwiegespräch mit demselben bemühte er sich ihn für die Sache des Pfalzgrafen zu gewinnen und scheute selbst nicht vor Lügen zurück, wenn er dadurch dem Pfalzgrafen einen Dienst zu erweisen vermeinte. Anders kann man seine Rede nicht bezeichnen wenn er die Behauptung aufstellte, er sei von seinem Herrn mit der Friedensvermittlung und zu diesem Behufe mit der Verschiebung der Kaiserwahl auf zwei bis drei Monate beauftragt worden, während doch in seiner Instruction von keiner solchen Verschiebung die Rede war, sondern ihm einfach die Unterstützung Ferdinands bei der Bewerbung um die Kaiserkrone aufgetragen wurde. Indem er alle Schuld der misslungenen Vermittlung auf Ferdinand wälzte, erging er sich in einem feurigen Lobe des Pfalzgrafen, seines scharfen Geistes und seiner grossen Klugheit, die ihm eine hervorragende Stellung in Deutschland verschafften. Er behauptete, dass der

Pfalzgraf in der Oberpfalz 18000 Mann Infanterie und 3000 Reiter aufgestellt habe und in der Unterpfalz 20.000 Mann unterhalte und dass die Union in Rothenburg beschlossen habe, ihn mit allen ihren Kräften zu unterstützen; auch die Generalstaaten hätten denselben Entschluss gefasst und der König von England werde ihn gewiss nicht verlassen. Von der Niederlage des Kaisers und der mit ihm verbundenen Spanier hänge das gemeinsame Beste ab, auch die Republik Venedig habe deshalb das grösste Interesse an dem Siege des Pfalzgrafen.

Als Giustiniani diese Mittheilungen mit einiger Verwunderung aufnahm, da er jedenfalls von der neutralen Haltung Jakobs Kunde hatte und somit nicht begreifen konnte, wie sein Gesandter mit einer so leidenschaftlichen Feindseligkeit die Interressen der Habsburger bekämpfen konnte, nahm Doncaster zu einer neuen Lüge Zuflucht. Man habe, so erzählte er, allerdings verbreitet, dass sein König diese Gesandtschaft auf Bitten Spaniens und zu dem Zwecke angeordnet habe, um die Interessen des Hauses Habsburg zu wahren, aber dies sei nicht wahr, die Absicht seines Königs sei gerade die entgegengesetzte. Und nun folgten Versicherungen von treuer Freundschaft und Liebe, die der König von England für Venedig hege und die der Gesandte theile, so dass Giustiniani Mühe hatte, sich dieser Liebe zu erwehren und Worte zu finden, die im Vergleich zu den feurigen Versicherungen nicht zu kalt klangen. *)

Doncaster machte sich schliesslich auf den Weg nach Graz und traf dort mit dem Kaiser zusammen. Über den Verlauf des Zwiegespräches besitzen wir keine Nachricht, wenngleich über den Inhalt desselben keine Zweifel zulässig sind. Ferdinand nahm gewiss die Glückwünsche Jakobs mit Freundlichkeit auf, lehnte aber die angebotene weitere Vermittlung definitiv ab. Von Graz trat Doncaster die Reise nach Venedig

*) Die schwere Anklage, die wir hier gegen Doncaster ausgesprochen, dass er zu Gunsten des Pfalzgrafen selbst vor Lügen nicht zurückscheute, erheben wir auf Grund des Berichtes des venetianischen Gesandten Giustianini an den Dogen dd. 23. Oct./2. November 1619, bei Gardiner.

an und setzte dadurch der eigenmächtigen Auffassung seiner Instruction die Krone auf, da er ohne hiezu beauftragt zu sein, die Signorie für den Pfalzgrafen freundlich stimmen und ihm die Unterstützung derselben verschaffen wollte. Seine Reise nach Venedig scheiterte aber an einem unvorhergesehenen und für den, von der hohen Bedeutung seines Herrn und seiner selbst nicht wenig erfüllten Gesandten demüthigenden Ereigniss. Als er in Pontebba anlangte und hier die Grenze des venetianischen Gebietes überschreiten wollte, wurde ihm die Weiterreise von den Grenzbeamten verwehrt, angeblich weil pestartige Krankheiten die Communication mit dem österreichischen Gebiete unsicher machten. Alle Proteste des Gesandten halfen nichts, er musste mit seinem Gefolge umkehren und die Absicht, nach Venedig zu reisen, aufgeben. Offenbar handelte der Grenzbeamte nach dem Auftrage des Dogen, der durch den Bericht Giustiniani's über die Intentionen Doncasters aufgeklärt sich von ihm nicht belästigen lassen wollte.*) Die Republik Venedig wollte sich nicht dazu hergeben, die Sache eines Fürsten zu stützen, den sein eigener Schwiegervater im Stiche liess.

Nach seinem verunglückten Versuch, über die venetianische Grenze zu dringen, schlug Doncaster seinen Rückweg über Wien ein und besuchte daselbst den Grafen Oñate. Es fehlte nicht an Sticheleien zwischen den beiden Diplomaten. Oñate bemerkte, der Pfalzgraf habe sich sehr beeilt, die böhmische Krone anzunehmen, er habe einen „pas chaud“ gethan, worauf Doncaster die Antwort nicht schuldig blieb und von Ferdinand behauptete, er sei an Eile dem Pfalzgrafen nicht nachgeblieben, da er auf der Post nach Frankfurt gefahren sei, um die Kaiserkrone an sich zu bringen.**)

Von Wien lenkte Doncaster seine Schritte nach Nürnberg, wo die Union eben ihre Zusammenkunft abhielt. Auch hier hatte der Gesandte nichts zu schaffen und wenn er den Weisungen seines Herrn nachgekommen wäre, würde er ohne weitern Aufenthalt nach Hause gereist sein; so aber wollte er der Sache des Pfalzgrafen durch seine Anwesenheit in Nürnberg

---

*) Doncaster to Giustniani dd. 7./17. Nov. und 9./19. Nov. 1619.

**) Advertissements from Worms 26. Nov./6. Dec. 1619, bei Gardiner.

einen Dienst erweisen, denn diese konnte man nicht anders deuten, als dass Jacob in den besten Beziehungen zu seinem Schwiegersohne stehe. Als er über Haag*) nach England zurückkehrte, war Jakob mittlerweile von spanischer Seite von den Eigenmächtigkeiten seines Gesandten in Kenntniss gesetzt worden, er empfing ihn deshalb nicht sehr gnädig und entzog ihm fortan sein Vertrauen, so dass er unter den diplomatischen Persönlichkeiten der folgenden Zeit nicht weiter genannt wird. Selten hat wohl ein Diplomat seine Instructionen so eigenmächtig überschritten, wie Doncaster, aber noch seltener hat ein Fürst so sehr alle jene Rücksichten verläugnet, die ihm der Wunsch seines Volkes und das eigene Familieninteresse auferlegten, wie dies Jakob gethan hat.

III

Da man in Prag die Hoffnung aufgeben musste, das für Bethlen nöthige Geld aufzubringen, so beschloss man wenigstens die Landtage von Mähren und Schlesien um eine ausgiebige Hilfe zu ersuchen und von ihnen die Mittel zur Anwerbung und Unterhaltung neuer Truppen zu verlangen. Die Gelegenheit zur Berufung dieser Landtage bot sich von selbst, da die Stände von Mähren und Schlesien ihrem König noch nicht gehuldigt hatten und dieses nothwendig war, wenn er auch in diesen Ländern die Regierung antreten wollte. Unzweifelhaft wollte Friedrich sich schon Anfangs Januar auf den Weg machen, allein verschiedene Gründe verzögerten seine Abreise und auch den Ständen von Mähren mag ein späterer Termin für ihre Einberufung genehmer gewesen sein, so dass der Landtag erst im Februar zusammentrat. Die Zwischenzeit benützte Friedrich in Prag zu einer kalvinischen Reformation und reizte durch diesen unklugen Schritt nicht bloss die Katholiken, die nicht zu gewinnen waren, sondern auch die protestantische Bevölkerung von Böhmen, die in ihren Anschauungen zwischen dem Katholicismus und dem Lutherthum die Mitte hielt. Die Räthe Friedrichs bedachten nicht, dass die äusseren Gefahren nicht durch

1619

*) Gardiner, Proposition made to the states general by Viscount Doncaster dd. 18./28. Dec. 1619.

innere Schwierigkeiten erhöht werden dürften und stiessen ihren Gebieter auf der abschüssigen Bahn weiter, statt ihn zurückzuhalten.

Anlass zu der angedeuteten Reformation gaben die Beobachtungen, die die kalvinischen Begleiter des Pfalzgrafen seit seinem Einzuge in Böhmen gemacht hatten. Sie fanden, dass der Gottesdienst der böhmischen Protestanten noch vielfache Anklänge an die katholische Kirche enthalte und betonten die Nothwendigkeit weiterer kirchlicher Reformen. Die Äusserungen dieses unklugen Eifers waren vorläufig noch das Geheimniss gleichgesinnter böhmischer Kreise, im Volke war davon wenig oder gar nichts bekannt geworden, so dass dasselbe den König als einen Anhänger seines Glaubens ansah. Dieser Meinung wurde nun plötzlich ein Ende gemacht, als der König mit dem Hofstaate am ersten Weihnachtsfeiertage das Abendmal empfangen wollte und zu diesem Ende den Befehl gab, die Domkirche von allen „Zeichen der Abgötterei" zu reinigen. Wer die unmittelbare Ursache dieses Beschlusses war, ist nicht hinreichend sichergestellt. Dürfte man einer Nachricht, die in katholischen Kreisen kursirte, Glauben schenken, so soll Friedrich selbst den Anlass zur Ausräumung der Domkirche gegeben haben. Indessen gibt es noch eine andere Erklärung dieses Vorganges und diese scheint uns bei der passiven Natur des Königs viel wahrscheinlicher. Der Graf Thurn, der wegen Erkrankung seiner Gemahlin in Prag anwesend war, soll dem Könige Vorwürfe wegen der Beraubung des Domes gemacht und dieser darauf geantwortet haben, er habe nur gethan, wozu ihn seine böhmischen Rathgeber gedrängt hätten. Die Schuld würde demnach auf Ruppa und Budowec lasten, jedenfalls aber mögen sie sich mit dem Hofprediger Scultetus und einigen Räthen des Pfalzgrafen auf halbem Wege begegnet sein. Sei dem, wie ihm wolle, die Erlaubniss oder der Befehl des Königs, die Domkirche alles inneren Schmuckes zu entkleiden, sollte mit grösstem Eifer in Ausführung gebracht werden und der 21. Dezember wurde bestimmt, um mit dem „Reinigungswerk" den Anfang zu machen. *)

1619

*) Die Berichte über diese Vorgänge im wiener Staatsarchive: Unterschiedliche Akten V: Ganzer Verlauf wegen Ausräumung der Kirchen; im

An dem genannten Tage fanden sich Berka, Ruppa, Budowec, Berbisdorf, Scultetus und einige andere Personen in der Domkirche ein, um das Werk der Zerstörung unter ihrer Aufsicht vollziehen zu lassen. Als die Arbeiter bei der Abnahme der Altarbilder und Crucifixe vorsichtig zu Werke gingen, um diese Gegenstände nicht zu beschädigen, war diese Rücksicht nicht nach dem Geschmacke der vornehmen Zuschauer und sie befahlen das grosse Crucifix, das über dem Hauptaltar stand, einfach herunterzuwerfen. Als dies geschehen war, trat Herr von Berbisdorf zu demselben, stiess mit dem Fusse an die Gestalt des Heilands und sagte: „Da liegst du, Armer, hilf dir selbst.“ Andere höhnische und gemeine Bemerkungen wurden bei einzelnen Marienbildern ausgestossen. Nachdem man so die anfängliche Scheu überwunden hatte, ging man daran, den Hochaltar und die Stühle aus dem Chorraum zu entfernen und den Marienaltar, der sich vor dem kaiserlichen Grabmonument befand, dem Boden gleich zu machen. Gleichzeitig wurden die prachtvoll ausgeschmückten Gräber einiger Heiligen ihres Schmuckes entblösst und beraubt. Der Maler Hans von Feld, ein wehmüthiger Zeuge dieser Verwüstung, bat die Herren von Berka und Ruppa, sie möchten ihm das schöne Crucifix, das Kaiser Rudolf II in Mailand oder nach anderen Nachrichten in Brüssel zum Schmucke für das Grabdenkmal seines Vaters und Grossvaters angekauft hatte, mit zwei werthvollen Bildern, die hinter dem Hochaltar standen, schenken. Man bewilligte sein Gesuch; da aber Herr

---

Dresdner Staatsarchiv: Unruhen in Böhmen 9173. Lebzelter an Schönberg dd. 13./23. December 1619; ebend. derselbe an denselben dd. 18./28. December 1619 und 26. Dec. 1619/5. Januar 1620 und 1./11. Januar 1620. — MS. des Klosters Strahow in Prag G. 18 Bericht des Bauschreibers. — Skála III, 419 und flg. — Pragerische Reformation, Druck in der k. k. Universitätsbibliothek zu Prag. — Münchner StA. Secretär Moriz an von der Grün dd. 20./30. Dec. 1619, Prag. — Hurter (Bd. VIII S. 109 Anmerkung) meint, dass die Verwüstung in der Domkirche am 31. Dec. und nicht am 21. begonnen habe und am 3. Januar fortgesetzt worden sei. Zur Widerlegung dieser Angabe verweisen wir auf die Berichte des sächsischen Gesandten der bereits am 13/.23. Dec. von den Vorgängen in der Domkirche berichtet.

Wilhelm von Lobkowitz das Crucifix für sich in Anspruch nahm, musste ihm der Maler weichen und er erhielt nur die Bilder, aber auch diese übel zugerichtet, da einer der Arbeitsleute dieselben muthwillig mit einer Stange herabgestossen hatte.

An einem Samstag Nachmittag hatte man mit dieser Umwandlung des Doms begonnen und die Arbeit bis zum späten Abend fortgesetzt; am darauf folgenden Montag wurde sie neu aufgenommen. Man ging jetzt an die Fortschaffung aller Reliquien, an denen die Kirche seit mehr als 200 Jahren einen gewaltigen Schatz aufgespeichert hatte. Unter der Leitung und Aufsicht des Hofpredigers Scultetus wurden Altäre und Gräber erbrochen und die daselbst aufbewahrten Gebeine auf den Boden geworfen. Zwei Dienstmädchen des Hofpredigers kamen herbei und luden die zahlreichen Köpfe, Beine und Arme in ihre Körbe und trugen dieselben in die Behausung ihres Herrn, der sie daselbst verbrennen liess. Ein Diener der Frau von Slawata, der dieser Szene beiwohnte, bemühte sich heimlich eine oder die andere Reliquie zu retten; es war ihm dies aber nicht möglich, da man ihm auf die Finger sah und er sich zuletzt um seiner Sicherheit willen entfernen musste.

Als man zur Sigismundskapelle kam, wo sich das Grabmal des Herrn von Pernstein, des hochverdienten Kanzlers unter Wladislaw II befand, bat der schon genannte Maler Hans von Feld den Hofprediger um die Schonung der daselbst befindlichen Gemälde und liess es hiebei selbst an Vorwürfen nicht fehlen. Allein Scultetus war ebenso taub gegen Vorwürfe wie gegen vernünftige Vorstellungen, er fühlte sich nur als Vertreter eines Princips und hatte deshalb gegen jeden Widerspruch nur die Antwort im Munde: „Ihr Lutheraner stinkt nach dem Papstthum.“ Feld erwiederte auf diese und andere Worte nur als Maler, indem er bedauerte, dass es jetzt mit der Kunst in Prag zu Ende sei und er sein Bündel schnüren müsse. Trotzdem bemühte er sich, so weit es ging, einige Kunstwerke vor der Vernichtung zu bewahren, indem er sie in eine der Seitenkapellen bringen und daselbst verschliessen liess. Aber auch diese Vorsorge erwies sich als vergeblich. Scultetus ging in seiner Rohheit so weit, dass er sich den

Schlüssel zu der Kapelle verschaffte und bei Nacht sämmtliche darin aufbewahrte Bilder und sonstiges Tafelwerk in seine Wohnung tragen und daselbst verbrennen liess. Glücklicherweise traf diese Zerstörungswuth nur einen kleinen Theil der Domschätze. Den Bemühungen Wilhelms von Lobkowitz und Prokops von Olbramowic ist es zu danken, dass viele von den Kunstsachen, die nicht unmittelbar bei der Ausräumung der Domkirche zu Grunde gingen, dadurch gerettet wurden, dass sie dieselben für die Ausschmückung zweier prager Kirchen erbaten und das, was von ihnen nicht in Anspruch genommen wurde, wurde nach dem Berichte des Historikers Skála zum Theile in einer über der Kirche gelegenen Kammer, zum Theil an einem ausserhalb derselben gelegenen Orte aufbewahrt und diente nach der Schlacht am weissen Berge zur neuerlichen Ausschmückung des Domes.

22. Dec. 1619

Den Tag, nach dem die Zerstörung ihren Anfang genommen hatte, bestieg Scultetus die Kanzel der Domkirche, setzte den erstaunten Zuhörern, die sich ziemlich zahlreich eingefunden hatten, die Gründe auseinander, die zu diesem gottgefälligen Werke Veranlassung gegeben hätten, und lud sie schliesslich zur Theilnahme am Abendmale ein, das am ersten Weihnachtsfeiertage ausgetheilt werden würde. Nachdem auch am 23. und 24. December die Reinigung der Domkirche fortgesetzt wurde und dieselbe sich endlich in nackter Gestalt präsentirte, traf man die nöthigen Vorbereitungen zur Vornahme jenes feierlichen Aktes, an dem sich der König betheiligen sollte. In den Chorraum wurde ein Tisch mit 12 Stühlen hingestellt, auf denen sich am Christtage der König und einige böhmische Herren, obenan natürlich Budowec und Ruppa, niederliessen, um das Abendmal zu empfangen. Auch an zahlreichen Zuschauern mangelte es nicht, bei denen die einfache und nie gesehene Art, mit der sich der König selbst vom Brode einen Theil abbrach, während für die Anderen eigene Schnitte gemacht wurden, zum Theil Staunen und Verwunderung, zum Theil aber auch Aergerniss erregte. Die alte utraquistische Anschauung hatte zu starke Wurzeln gefasst, als dass sie durch die Vorgänge der letzten 10 Jahre weggewischt worden wäre, und so kann es uns nicht Wunder nehmen,

wenn viele unter den Zuschauern das Auftreten des Königs als gotteslästerlich bezeichneten.

Noch standen die meisten Altäre, wenn auch ihres Schmuckes entkleidet, unverletzt da; nach den Weihnachtsfeiertagen wurden alle beseitigt. Nicht einmal so viel Schonung beobachtete man, um die Malerei bei dem Mutter-Gottesaltar in der Sigismundskapelle, die Kaiser Ferdinand und sein Sohn Maximilian von Lucas Kranach hatten anfertigen lassen, vor Verletzung zu bewahren. Man beriet nun, ob man das Monument von der Grabstätte der drei habsburgischen Kaiser, das allerdings ungeschickt angebracht ist, da es einen sehr bedeutenden Raum in der Mitte der Kirche einnimmt, entfernen solle. Ruppa, Budowec und Müller waren für die ungesäumte Entfernung, aber Herr von Berka widerriet dieselbe als zu viel Aufsehen erregend und seine Einsprache hatte für diesesmal Erfolg. Dagegen wurden alle Epitaphien, die an den Wänden angebracht waren, abgeschlagen.

Als sich die Kenntniss von den Vorgängen in der Schlosskirche durch die Stadt verbreitete, erhob sich ein allgemeiner Schrei des Unwillens.*) Das Volk fühlte sich in seinen ererbten Anschauungen verletzt, da es trotz des Majestätsbriefes an der Ausschmückung seiner Kirchen festgehalten hatte, es verwünschte das Vorgehen der neuen Regierung und fühlte sich zum erstenmale derselben gegenüber fremd. Der Gebildete musste über das rohe Vorgehen gegen die künstlerischen Leistungen berühmter Meister eine Erbitterung empfinden, die er vielleicht in seiner Brust verschloss, die ihn aber dem neuen Regiment jedenfalls nicht geneigter machte. Vor allem aber musste die Wuth, mit der das Bild des gekreuzigten Erlösers verfolgt wurde, den Zweifel wachrufen, ob die Duldsamkeit des neuen Königs grösser sein dürfte, als die Ferdinands II. Dieser Zweifel wurde fast zur Gewissheit, als der König an den altstädter Stadtrath den Befehl erliess, das grosse Crucifix, mit dem die prager Brücke seit Jahrhunderten geschmückt war, zu entfernen. Die allgemeine Missbilligung

---

*) Münchner St. A. 425/4 Secretär Moriz an den pfälzischen Kanzler in Heidelberg dd. 20./30. Dec. 1619.

reifte jetzt zum Widerstande, die Rathsherren antworteten, dass sie dies nicht thun würden und liessen selbst eine Drohung des Königs unbeachtet. Vergebens suchte Scultetus in Wort und Schrift das Verfahren seines Herrn zu rechtfertigen. Man nahm von beiden nur insofern Kenntniss, als man sich erzählte, dass der Druck einer Gegenschrift, die des Scultetus Behauptungen widerlegen sollte, und die man für um so gründlicher hielt, je weniger sie bekannt wurde, verboten sei.

Die abschätzigen Reden im Volke steigerten sich bis zur Feindseligkeit, als der König seine Übereinstimmung mit der Verwüstung der Domkirche wenige Tage darauf durch die gleiche Behandlung der altstädter Jesuitenkirche kund gab. In vollem königlichem Glanze fuhr er zu diesem Zwecke in Gesellschaft seines Bruders und des Fürsten von Anhalt, begleitet von 24 Trabanten und zahlreichen Lakaien, die entblössten Hauptes vor und hinter dem Wagen gingen, nach der Jesuitenkirche und ertheilte daselbst den Befehl zur Ausräumung des kirchlichen Gebäudes. Hämische Bemerkungen wurden jetzt allgemein über das Gebahren des Königs laut; man verglich die Einfachheit, die man den habsburgischen Fürsten nachrühmen zu dürfen glaubte, mit diesem Glanze, der bei der Fahrt nach einer Kirche durch nichts gerechtfertigt schien. Andererseits erzählte man sich, wie knauserig die königliche Hofhaltung sei, wie man sich bei Hof damit beschäftige, eine eigene Schlächterei und Bäckerei so wie ein eigenes Bräuhaus zu errichten, um die Gewerbsleute nichts verdienen zu lassen, wie man die Gehalte der böhmischen Beamten reducire und ähnliches mehr. Man vergass bei diesen hämischen Bemerkungen, dass der König, ob er nun viel oder wenig brauchte, doch alles mit seinen pfälzischen Geldmitteln bestreiten musste und dass er bisher dem Lande nur Geld geliehen aber keines bekommen habe. Aber man wollte die eigenen Fehler nicht sehen, sondern übte seine Zunge an dem jungen Fürsten, an dem man im Anfange alles vortrefflich gefunden hatte. Man hatte jetzt kein Verständniss mehr für gewisse einfache Manieren oder für die liebenswürdige Freundlichkeit, mit der Friedrich seine neuen Unterthanen zu gewinnen suchte. Wenn er in Begleitung eines einzigen Dieners

nach dem Sternthiergarten ging, um da der Jagdlust obzuliegen, so tadelte man dieses kleine Gefolge; wenn er vor jedem Audienzsuchenden den Hut zog und fast alle aus dem Zimmer hinaus begleitete, so hatte man nur spöttische Bemerkungen über diese unerhörte Höflichkeit; wenn er lustig in der Burg oder in einem der adeligen Paläste dem Tanzvergnügen huldigte und hiebei die Mädchen und Frauen küssen wollte, oder wenn er in einem Schlitten Abends ausfuhr und bei einem der böhmischen Herren als Gast das Nachtmal einnahm, so hielt man sich auch darüber auf. Seine Feinde nannten ihn den Winterkönig, da sie mit Sicherheit erwarteten, dass seine Herrlichkeit den Winter nicht überdauern würde.*)

Die Vorwürfe, die man gegen Friedrich mit Recht erheben konnte, betrafen natürlich nicht diese kleinlichen Angelegenheiten und keine einzige seiner einzelnen Handlungen wohl aber sein ganzes Wesen. Es zeigte sich, dass er der übernommenen Aufgabe nicht gewachsen sei, denn von tüchtiger Arbeitskraft oder von einem Verständnisse seiner Stellung und seiner Pflichten war bei ihm keine Rede. Wenn er Audienzen ertheilte, wusste er nicht, was er reden sollte, und wandte sich desshalb stets an den mitanwesenden Kanzler Ruppa um Rath. Seine Unselbständigkeit wurde bald allgemein bekannt und verspottet. Er war ein gutmüthiger Prinz, dessen Handlungsweise zum Theil an das kaum überschrittene Knabenalter mahnte, der sich nur in Unterhaltungen oder pompösen Aufzügen gefiel und der die meiste Zeit in Gesellschaft seiner heissgeliebten Frau zubrachte, statt in die Rathsstube zu gehen oder auf das Schlachtfeld zu eilen. Als ihm seine Frau am 27. Dezember um die zehnte Abendstunde einen Sohn gebar, hatte seine Freude keine Grenzen; er wollte dieses Ereigniss noch in der Nacht den Bewohnern Prags durch Kanonenschüsse und das Geläute sämmtlicher Kirchenglocken anzeigen und liess sich nur schwer überreden, diese Allarmsignale auf

1619

*) Anmerkung. Die Bezeichnung „Winterkönig“ findet sich in einem sächsischen Aktenstücke vom Januar 1620 und in einem bairischen von ziemlich derselben Zeit vor. Der Name, unter dem also der Pfalzgraf weltbekannt geworden ist, wurde ihm lange vor seinem Falle gegeben.

den folgenden Morgen zu verschieben. *) In der Pfalz konnte der Fürst seinen Pflichten genügen, wenn er ein tüchtiger Familienvater war, in Böhmen genügte das nicht einmal in friedlichen Zeiten.

Mittlerweile waren die Vorbereitungen zur Reise nach Mähren zu Ende gediehen und der König trat dieselbe am 1620 27. Januar in Begleitung mehrerer Fürsten, zahlreicher Edelleute, Räthe und sonstiger Diener an; nur seine Frau blieb zurück, da ihre vor kurzem erfolgte Niederkunft einen Wechsel des Aufenthaltes nicht gestattete. Bis zur mährischen Grenze gaben dem Könige seine zwei Leibkompagnien das Geleite, von da an wurden sie durch zwei mährische Reiterkompagnien abgelöst. Es war eine an Selbstmord streifende Vergeudung des königlichen Schatzes, die mit dieser Reise verbunden war; gleichzeitig wurden auch alle Edelleute, auf deren Schlössern der König mit seiner Begleitung die Mahlzeit hielt oder übernachtete, zu Auslagen verleitet, die Angesichts der Noth im Heere unverantwortlich waren.**) Allein solchen vernünftigen Erwägungen war der Pfalzgraf nicht zugänglich, er freute sich im voraus mit kindischem Behagen auf den festlichen Einzug, der ihm in Brünn bereitet werden würde und seine Erwartung wurde durch die Wirklichkeit noch übertroffen. In der Nähe der Stadt hatten sich die mährischen Edelleute prachtvoll beritten 4. Febr. 1620 aufgestellt, um den herannahenden König zu begrüssen, der, als er ihrer ansichtig wurde, den Wagen verliess, ein Pferd bestieg und so ihre Begrüssungsrede entgegennahm. Als der Zug weiter ging und man sich dem Stadtthore näherte, stieg der gesammte Adel vom Pferde, der Landeshauptmann Herr Welen von Žerotín ergriff die Zügel des königlichen Rosses und geleitete den König zur Jesuitenkirche, deren Benützung seit einigen Monaten der Brüderunität eingeräumt worden war. Nach einem feierlichen Dankgottesdienst begab sich der König

*) Greuel der Verwüstung. 1619. Druck der kais. Universitäts-Bibliotek in Prag. Pragerische-Reformation ebendaselbst.

**) Die Nachrichten über die Reise Friedrichs und über den festlichen Empfang, der ihm überall bereitet wurde, schöpfen wir theils aus verschiedenen Archiven, theils aus der gedruckten Korrespondenz Friedrichs mit seiner Frau.

in das Haus des Kardinals Dietrichstein, wo er fortan seine Wohnung aufschlug.*)

Zwei Tage später, am 6. Februar, fand die feierliche Huldigung der mährischen Stände statt, bei der auf Seite der Protestanten nur Karl von Žerotín fehlte. Seine Abwesenheit war um so auffälliger, als er sich zu dieser Zeit in Brünn befand; der Pfalzgraf fühlte sich deshalb doppelt gekränkt, doch beobachtete er gegen den einst von den Protestanten so hoch gehaltenen Mann einige Rücksicht und bedrohte ihn nicht mit der Confiscation seiner Güter, sondern bestimmte ihm vorläufig einen Termin, bis zu welchem er die Huldigung leisten müsse. Diese Rücksicht des Pfalzgrafen war um so anerkennenswerther, als sie von den mährischen Ständen nicht gewürdigt wurde, denn diese wollten sich der Güter Žerotíns bemächtigen. Auch von den wenigen Katholiken, die sich unter den mährischen Ständen befanden, hatten einige dem Pfalzgrafen ihre Huldigung versagt, so unter andern der Fürst von Liechtenstein; alle Eidverweigerer hatten sich aber vorsichtsweise aus dem Lande entfernt, um einem schlimmeren Loose zu entgehen. 1620

Die mährischen Stände setzten nun in Gegenwart des Königs die Verhandlungen fort, die eigentlich schon auf dem am 9. Dezember 1619 berufenen Landtage begonnen hatten, dann unterbrochen worden waren und nun auf dem am 27. Januar neu eröffneten Landtage wieder aufgenommen wurden. Auf dem Dezemberlandtage waren die Direktoren aus ihrem Amte entlassen, der Oberst Welen von Žerotín zum Landeshauptmann gewählt und sonst Vorkehrungen für einzelne Aemter getroffen worden, so dass man mit diesen Angelegenheiten nicht bis zur Ankunft des Königs gewartet hatte. Gleichzeitig wurde auch ein Beschluss von grosser Tragweite gefasst, der eine Umgestaltung der bisherigen Ständeverhältnisse zur Folge haben sollte. In Mähren hatte nämlich die Geistlichkeit durch die Husitenstürme ihre bevorzugte Stellung nicht eingebüsst, wie dies in Böhmen der Fall war, sondern galt noch immer als der erste Stand, der auf dem Landtage seine Vertretung fand. Jetzt wo die mährischen Stände einen guten Theil des 1620

*) Skála III, 443 und flg.

geistlichen Besitzes konfiszirt hatten und überhaupt die Stellung der Katholiken niederdrückten, waren sie auch nicht länger gesonnen, der katholischen Geistlichkeit ein Vorrecht einzuräumen, das sie ihrer eigenen (der protestantischen) nicht gönnten und so wurde auf dem Landtage beschlossen, dass die Geistlichkeit fortan keinen Stand bilden und nicht mehr zum Landtage Zutritt haben solle.*)

Während der König in Brünn weilte, drehten sich die Verhandlungen zumeist um die Aufbringung der weiteren Kriegsmittel. Um diese Zeit war das Bundesheer über die Donau bei Pressburg zurückgegangen und hatte in Folge der Strapazen und mangelhafter Nahrung und Kleidung ganz enorme Verluste erlitten. Anhalt, Thurn und Hohenlohe, der Kanzler von Böhmen und die von den protestantischen Ständen Ober- und Niederösterreichs gewählten „Landesobersten“ waren nach Brünn gekommen, um über die Mittel und Wege zu berathen, wie dem Verfall des Heerwesens abzuhelfen sei,**) und ihre Vorstellungen mögen jedenfalls die mährischen Stände zu grösserer Opferwilligkeit bewogen haben. Man einte sich auf dem Landtage dahin, ausser dem bereits geworbenen Volke, dessen Verluste ergänzt werden sollten, noch 500 Reiter und 2000 Musketiere frisch zu werben, und wollte also den Sollstand des mährischen Heeres auf 7500 Mann bringen. Die sonstigen Beschlüsse betrafen den Beitrag, den Mähren zur gemeinsamen Civilliste des Königs leisten sollte oder sie bezogen sich auf einige abzuordnende Gesandtschaften. Friedrich hatte als Beisteuer zu seiner Civilliste von den mährischen Ständen die Bewilligung einer Biersteuer verlangt, war aber mit diesem Verlangen abgewiesen worden; dagegen wurden ihm drei Güter geschenkt, die man den bisherigen Eigenthümern weggenommen hatte.***) Bezüglich der Gesandtschaften wurde beschlossen, dass eine an den demnächst in Prag zusammentretenden Generallandtag, eine zweite an den nach Neusohl einberufenen ungarischen Reichsstag und eine dritte

*) d'Elvert, Beiträge zur Geschichte der böhm. Länder, III. Band S. 268 und flg.

**) Münchner St. A. Camerarius an von der Grün dd. 8. Febr. 1620.

***) Brünner Archiv: Sněmy. Der Landtag in Brünn dd. 27. Januar 1620.

in Gemeinschaft mit den Vertretern der übrigen Länder an den Sultan abgeordnet worden solle.

Aus Brünn schrieb Friedrich fleissig an seine Gemahlin, um ihr von den täglichen Vorkommnissen Bericht zu erstatten und sie mit der Erzählung von den ihm widerfahrenen Ehrenbezeugungen zu erfreuen oder um ihr Nachricht zu geben, welche Güter ihm die Mährer bei Gelegenheit der Huldigung geschenkt hätten. Elisabeth war um diese Zeit sehr traurig, sie fing an zu fürchten, dass der böhmische Königstraum sich verflüchtigen und mit dem Ruin ihres Gatten endigen werde, es bemächtigte sich ihrer eine so tiefe Melancholie, dass ihr Gatte sich alle Mühe geben musste, durch fröhliche und zärtliche Briefe dieselbe zu bekämpfen und er that dieses mit der Sorgfalt eines Liebhabers. *) Die trübe Stimmung Elisabeths mag durch ein furchtbares Ereigniss, das sich zu Anfang Februar in Böhmen zutrug und das selbst auf den in Brünn weilenden König einen erschütternden Eindruck ausübte, noch besonders erhöht worden sein. Da dieses Ereigniss mit der Geschichte Waldsteins, des späteren Herzogs von Friedland, und mit der Begründung seines riesigen Vermögens im engsten Zusammenhange steht, so nimmt es schon um seiner Folgen willen in hervorragender Weise die Aufmerksamkeit in Anspruch. Es hatte seinen Grund in Zerwürfnissen, die in der smiřicky'schen Familie entstanden waren und die sich zuletzt so zuspitzten, dass eine dieser Familie angehörige Frau wahrscheinlich in bewusster Absicht das Schloss von Gitschin in die Luft sprengte und sich und seine Bedränger dem Tode weihte. **)

1620

Die Selbstmörderin war eine Tochter des Herrn Sigmund Smiřický, der im J. 1614 gestorben war und damals für den reichsten Edelmann Böhmens galt; wenigstens berichtet ein sachkundiger Zeitgenosse von ihm, dass er nach Bestreitung

*) Die betreffenden von Brünn datirten Briefe Friedrichs an Elisabeth in Aretins Beiträgen Bd. VII.

**) Die Quellen, aus denen wir die nachfolgende Geschichte schöpfen, sind: Skála III, 437 u. flg. — Sächs. St. A. 9174, XXV, fol. 76, 104 146 und 179. — Ferner Böhm. Statth. A. Die Fascikel unter den Signaturen Wartenberg, Jičín und C 225, S 24. Die sächsischen Berichte ergänzen in den wichtigsten Theilen die böhmischen Quellen.

sämmtlicher Kosten seines grossen Haushaltes jährlich an 100000 Thaler erspart habe. Bei seinem Tode besass er 17 Güter, die zu den ausgedehntesten in Böhmen gezählt wurden und von denen einige jetzt den beneidenswerten Besitz der Fürsten von Liechtenstein ausmachen. Sigmund hatte fünf Kinder: drei Söhne und zwei Töchter. In seinem Testamente, das er im J. 1605 anfertigte, vermachte er seinen Grundbesitz den Söhnen, für die Töchter bestimmte er nur Geldlegate, substituirte sie aber als Erbinnen des Grundbesitzes, wenn ausser den Söhnen auch noch ein Oheim, Albrecht Wenzel Smiřický, ohne Hinterlassung von Erben sterben sollte. In diesem Falle sollten beide Töchter sich in den Besitz theilen.

Nun geschah es, dass kurze Zeit nach Abfassung des Testamentes die ältere Tochter Elisabeth Katharina in den Verdacht eines unehrenhaften Liebesverhältnisses geriet. Ein junger Mann bäuerlichen Standes, wie es heisst ein Schmied, soll den Weg zum Herzen der jungen Edeldame gefunden und sich ihrer Gunst erfreut haben; erwiesen war jedoch die Beschuldigung ihrem ganzen Umfange nach nicht, denn es gab stets viele Personen, welche behaupteten, dass die Anschuldigung weiter gereicht habe als das Vergehen. Der Vater jedoch glaubte von der Schuld der Tochter überzeugt zu sein und brachte sie in einem seiner Schlösser in Gewahrsam. Weiter ging sein Groll nicht, denn an den Testamentsbestimmungen änderte er nichts und liess dasselbe ganz in der Weise gelten, wie er es im J. 1605 abgefasst hatte. Es scheint, dass das eingekerkerte Mädchen in ihrer Familie noch härtere Gegner gehabt habe als den Vater, denn als er im J. 1614 starb, dachte Niemand daran, ihr Loos zu mildern und so blieb sie nach wie vor in Haft. — Von den Söhnen Sigmunds war der älteste noch vor dem Tode des Vaters gestorben; der zweite Heinrich Georg, der ihm in dem Besitze hätte folgen sollen, war blöde und so gelangte jetzt der jüngste, Albrecht Johann Smiřický, in dessen Hause später die letzten Verabredungen für den Fenstersturz geschehen waren, zum ungetheilten Genuss der gesammten Güter. Albrecht Johann starb in Folge von Kriegsstrapatzen am 18. November 1618 und da vor ihm auch sein Oheim Albrecht Wenzel gestorben war,

so war bei dem unheilbaren Blödsinn des Heinrich Georg die Verwirklichung der weiblichen Erbfolge in sichere Aussicht gestellt. Wir sagen nur in sichere Aussicht gestellt, denn da Heinrich Georg, so lange er am Leben war, als rechtmässiger Inhaber der Erbschaft angesehen werden musste, so konnten vorläufig die Schwestern nur den Nutzgenuss derselben und zwar unter dem Titel als Vormünderinnen des blöden Bruders antreten. Die ältere Schwester, die noch immer von der herzlosen Familie gefangen gehalten wurde, hatte zu dieser Vormundschaft das meiste, wenn nicht das ausschliessliche Recht; ihre jüngere Schwester Margarethe entledigte sich jedoch der unbequemen Rivalin dadurch, dass sie sie auch weiter in Gewahrsam hielt und durch den Einfluss ihres Gemahls Heinrich Slawata, eines der Häupter der Bewegung, auf gerichtlichem Wege durchsetzte, dass ihr allein die Vormundschaft über den Bruder sowie die Verwaltung der Güter übertragen wurde.

Die rasche und günstige Erledigung der Ansprüche Margaretha Slawata's von Seite des Gerichts erregte nicht geringes Aufsehen und man vermuthete, dass es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Dass Bestechung eine Rolle gespielt habe, unterliegt wohl keinem Zweifel, da Wenzel von Ruppa, das Haupt der Directorialregierung, die Gelegenheit zu einer ergiebigen Geldspeculation ausbeutete. Er behauptete nämlich, Albrecht Johann Smiřický habe ihm vor seinem Tode mündlich die sämmtlichen Mobilien seiner Güter vermacht und verlangte deshalb ihre Auslieferung oder eine Entschädigung von 75000 Thalern. Margaretha Slawata focht die Ansprüche Ruppa's nicht an, wie sie wohl hätte thun können, sondern verhandelte mit ihm nur über eine Herabminderung derselben und zahlte ihm zuletzt die Summe von 50000 Thalern aus. Dieses Geld muss als der Preis angesehen werden, um welchen Ruppa seinen ganzen Einfluss zu Gunsten des slawatischen Ehepaares aufbot. Dass die beiden Eheleute sich aus schnöder Habgier in solche Machinationen einliessen, um ein fürstliches Vermögen nicht theilen zu müssen, könnte fast unglaublich erscheinen, aber die Nachrichten, die sich über sie erhalten haben, lauten so, dass ihnen

eine derartige That zuzutrauen ist. Heinrich Slawata war am 23. Mai bei dem Fenstersturze zugegen und machte damals auch nicht den leisesten Versuch zur Rettung seines Bruders. Margaretha wurde von vielen nach dem Tode ihres Bruders Albrecht beschuldigt, ihn vergiftet zu haben, um in den Besitz der väterlichen Güter zu gelangen. Diese Beschuldigung ist jedenfalls unbegründet, aber sie ist doch ein Beweis, dass man sie der schlimmsten Dinge für fähig hielt.

So verlief ein grosser Theil des J. 1619, ohne dass die Sieger in dieser schmutzigen Erbschaftsgeschichte in ihrer Ruhe aufgescheucht worden wären. Da fasste der jüngere Sprössling eines alten Herrngeschlechtes, Otto Heinrich von Wartenberg, den Plan, die Verhältnisse für sich auszubeuten und einen Theil des Erbes an sich zu bringen. Nachdem er Mittel und Wege gefunden hatte, mit dem gefangenen Edelfräulein in Verbindung zu treten, bot er sich an, sie zu befreien und alsbald zu heiraten. Das Mädchen begrüsste dieses Anerbieten wie eine wahre Erlösung und nahm auch keinen Anstoss daran, dass ihr Freier hinkte, sondern entfloh mit seiner Hilfe aus ihrem Gefängnisse und heiratete ihn unmittelbar darauf. Wartenberg ging hierauf mit seiner Frau nach Gitschin, um sich dieses zu dem Nachlasse seines Schwiegervaters gehörigen Gutes zu bemächtigen. Die Stadt selbst kam bereitwillig der Aufforderung nach, seiner Frau die Treue zu geloben und den Slawata's den Gehorsam aufzukündigen. Um sich gegen jede Besitzstörung zu sichern, befestigte er das Schloss von Gitschin und warb zu seiner Vertheidigung eine Besatzung, die er theils in der Stadt theils im Schlosse unterbrachte und an deren Spitze er mehrere kriegstüchtige Offiziere stellte. Alles dies geschah in möglichst kurzer Zeit und zwar zu Ende des Sommers 1619.

Elisabeth und ihr Gemahl hatten so rasch gehandelt, dass Margaretha Slawata sie an der eigenmächtigen Selbsthilfe nicht verhindern konnte und deshalb klagbar auftreten musste. Mittlerweile hatte Friedrich von der Pfalz den böhmischen Thron bestiegen und die ganze Angelegenheit bildete nun einen der wichtigsten Gegenstände der Kanzleiverhandlungen. Dieselben Personen, die früher zu Gunsten der Slawata's ent-

schieden und ihnen die Vormundschaft und die Verwaltung der smiřický'schen Güter übertragen hatten, sprachen sich jetzt um so mehr für sie aus, als das formale Recht an Frau von Slawata verletzt worden war und so bekam Frau von Wartenberg die Weisung, sich wegen ihrer Eigenmächtigkeit in der Kanzlei einzufinden und daselbst zu verantworten, gleichzeitig aber auch Gitschin an ihre Schwester als die Vormünderin des Bruders abzutreten. Elisabeth appellirte wider dieses Urtheil an den König und erbot sich, Gitschin einem gerichtlich bestimmten Sequestor zu übergeben, falls ihre Schwester gleiches bezüglich der übrigen smiřicky'schen Güter thäte, damit dann die Frage wegen der Vormundschaft und der Administration der Güter ordentlich entschieden werde. Bei der parteiischen Hast, mit der früher zu Gunsten Margaretha's vorgegangen worden war, schien diese Bitte nicht unbillig, aber wie konnte Friedrich der besseren Überzeugung zugänglich sein, wenn sich seine wichtigsten Rathgeber gegen jede Sühnung der begangenen Ungerechtigkeit aussprachen, und so wurde Elisabeth mit ihren wiederholten Bittgesuchen abgewiesen. Otto von Wartenberg, der gleich seiner Gemahlin als der Miturheber der begangenen Selbsthilfe mehrmal zur Verantwortung vorgeladen worden war, und sich zuletzt in der prager Burg eingefunden hatte, um den König zur Milde zu stimmen, wurde nicht einmal zur Audienz vorgelassen, sondern insofern in Haft genommen, als er versprechen musste, die Hauptstadt nicht zu verlassen.

Jäner 1620

Im königlichen Rathe wurde nun die Abordnung einer Commission mit Heinrich Slawata an der Spitze beschlossen und dieser Commission der Auftrag gegeben, die Frau von Wartenberg gefangen zu nehmen und die Verwaltung der Herrschaft Gitschin für Frau von Slawata zu übernehmen. Die Commission kam am 1. Februar in Gitschin an und verfügte sich auf das Rathhaus, um die Bürger zum Gehorsam aufzufordern. Die Bürgerschaft gehorchte, obwohl sie erst vor kurzem der Frau von Wartenberg das Versprechen gegeben hatte, bei ihr auszuharren. Die Commission verfügte sich nun auf das Schloss, konnte aber keinen Zutritt finden, da alle Thore geschlossen waren, bis Slawata eines derselben mit

1620

einem mitgebrachten Schlüssel öffnete. Als die Commissäre darauf mit der Inventarisirung des ganzen Mobiliars begannen, kam Elisabeth aus ihrem Gemache heraus, machte den zerstreut herumstehenden Soldaten, die ihr Gatte angeworben hatte, Vorwürfe über ihre passive Haltung und forderte sie dann auf, in ihr Zimmer zu kommen, wo sie ihnen reichlich zu trinken gab. Die Kommissäre, die es an Warnungen vor etwaiger Gewaltanwendung nicht fehlen liessen, verfügten sich mittlerweile in den Marstall, um den Bestand desselben sicher zu stellen. Die Aufregung Elisabeths steigerte sich bei diesem Vorgange auf das höchste, sie vergriff sich persönlich an einem gewissen Bukowský, der bei ihrem Vater in der Verwaltung der Güter eine hohe Stelle eingenommen hatte und den sie aus nicht näher bekannten Gründen als ihren bittersten Feind ansehen zu müssen glaubte. Slawata kam hinzu und suchte sie dadurch zu beschwichtigen, dass er Bukowský aus dem Schlosse wegschickte. Frau von Wartenberg wollte nun selber nicht länger im Schlosse verweilen sondern wegfahren und befahl zu dem Ende, die Pferde anzuspannen, wurde aber daran gehindert, da Slawata nicht dulden wollte, dass die schönen Pferde entfernt würden, die er mit Beschlag belegen wollte. Als ihr dieser Schimpf angethan wurde, rief sie aus, sie wolle lieber sterben als in solcher Schmach weiter leben. Die Commission kümmerte sich nicht um diese Rede, sondern setzte die Inventarisirung fort, während sich Elisabeth in Begleitung ihrer Soldaten in ihr Zimmer zurückzog.

Was nun folgte, ist nicht sicher zu stellen. Die meisten Berichte erzählen, dass die erbitterte Edeldame den Soldaten, die durch reichlichen Weingenuss aufgeregt immer kampflustiger wurden, Pulver austheilen wollte und deshalb in die Vorrathskammer gegangen sei. Ob nun durch irgend eine Unvorsichtigkeit die Pulvervorräthe Feuer fingen oder ob sie dieselben in ihrer Verzweiflung absichtlich anzündete, bleibt ungewiss, sicher ist nur, dass das Schloss plötzlich in die Luft gesprengt wurde. Die Katastrophe war entsetzlich. Von den Personen, die im Schlosse anwesend waren, fanden 41 augenblicklich oder im Verlaufe von wenigen Stunden ihren Tod, 14 wurden schwer verwundet aufgefunden und nur etwa 10

kamen mit leichten Verletzungen davon. Unter den Todten befanden sich sämmtliche Mitglieder der Commission, darunter auch Slawata. Frau von Wartenberg, die sich in gesegneten Umständen befand, wurde bei einem Fenster bis zur Hälfte verschüttet aufgefunden, sie war an den Händen und Füssen verbrannt, sonst aber unverletzt. Sie flehte laut, dass man ihr zu trinken gebe, allein statt ihrem Wunsche zu willfahren, scheint sie ein Opfer der rohesten Gewaltthaten geworden zu sein, denen sie in den darauffolgenden Stunden erlag. Bukowský, der zu seinem Glücke aus dem Schlosse rechtzeitig ausgewiesen worden war und jetzt herbeieilte, mag an ihr durch Helfershelfer seinen Hass gekühlt haben. Man behauptete, dass der Unglücklichen noch bei Lebzeiten die Ohrgehänge abgerissen worden seien und gleiches sei mit den Fingerringen geschehen. Während Bukowský dafür sorgte, dass die Leichen der Commissäre in feierlicher Weise in ihre Familiengrabstätten überführt wurden, behandelte er die Tochter seines ehemaligen Gutsherrn schlechter als ein Bettelweib. Ihr Leichnam wurde fast nackt zu einem Bürger getragen, der aus Mitleid ein Leichenhemd und einen einfachen Sarg für sie anfertigen und sie dann in einer Vorstadtkirche beisetzen liess, da Bukowský nicht duldete, dass dies in der Stadtkirche geschehe.

Das gitschiner Ereigniss erregte überall in Böhmen das grösstes Aufsehen, die Urtheile über die Haltung der Regierung lauteten nicht besonders günstig und hafteten fortan wie ein Flecken auf ihrem Rufe. Der Streit selbst nahm vorläufig ein Ende, da die Rechte der verwittweten Frau Slawata keinen Gegner mehr fanden. Um so härter traf sie später das Schicksal. Nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes war ihr Besitz zu beneidenswerth, als dass die Habgier denselben nicht angefeindet hätte. Albrecht von Waldstein, dessen Mutter eine geborene Smiřický war, wusste es bei Ferdinand durchzusetzen, dass er zuerst zum Vormund des blöden Smiřický und später zu dessen Erben ernannt wurde. So büsste Margaretha auf gleich schmähliche Weise, wie sie an ihrer Schwester gehandelt, alle ihre Rechtsansprüche

ein und musste unter bitteren Entbehrungen dreissig Jahre ihres Lebens im Auslande zubringen.

Hatte das gitschiner Ereigniss den König ergriffen, so musste er vollends bestürzt werden durch die Nachricht von den furchtbaren Räubereien einer Kosakentruppe, die gerade in jenen Tagen in Mähren eingefallen war, in denen er seinen Einzug in dieses Land gehalten hatte. Tag für Tag langten in Brünn neue Berichte von haarsträubenden Gewalt thätigkeiten an und verdüsterten dort die Stimmung. Wie sollte man sich nicht entsetzen, wenn man hörte, dass die bei 4000 Mann zählende Rotte auf ihrem Wege alle Schlösser und Städte plünderte, wie dies z. B. in Meseritsch der Fall war, wo die Kosaken einbrachen, als daselbst ein adeliges Brautpaar sein Hochzeitsfest feierte und den Hochzeitsgästen unbeschreiblichen Jammer zufügten. Alles, was Gold und Goldeswerth hatte, wurde von ihnen geraubt, die Männer wurden niedergemacht, die Frauen geschändet und ihnen die Kleider ausgezogen, die Braut selbst wurde von den entmenschten Wütherichen fortgeschleppt und durfte jene als glücklich beneiden, die ermordet worden waren. Von Meseritsch zogen die Kosaken weiter durch das Land und benützten jede Gelegenheit, um ähnliche Schandthaten zu begehen. So überfielen sie das Gut eines der Familie Žerotin angehörigen Herrn, der gichtkrank im Bette lag, warfen ihn ohne Mitleid aus demselben hinaus und thaten seiner Frau und seiner Muhme Gewalt an.*) Solche Nachrichten übten auf den König und die Stände in Brünn keine gute Wirkung aus, noch schlimmer war aber die Wirkung auf die Königin, deren krankhafte Aengstlichkeit sich steigerte und die nun fürchtete, ihr Gemahl könnte einer streifenden Kosakentruppe in die Hände fallen.

Diese Sorge Elisabeths war jedenfalls überflüssig, da sich Friedrich auf der Reise von Brünn nach Breslau von einem zahlreichen und bewaffneten Gefolge begleiten liess. Auf der Reise traf er am 15. Februar in Olmütz ein. Diese Stadt, in

1620

---

*) So berichtet Friedrich in einem Schreiben an Elisabeth dd. 1./11. Febr. 1620 in Aretins Beiträgen Bd. VII. S. 151.

der das reiche Domkapitel und einige Klöster einen massgebenden Einfluss ausübten, wollte ursprünglich von dem Anschlusse an den Aufstand nichts wissen; allein nachdem man die Mönche grösstentheils verjagt, die Domherrn beraubt und die Katholiken jeglichem Druck ausgesetzt und hohe Contributionen von ihnen eingefordert hatte, brach der Widerstand.*) Da man aber trotzdem den Bürgern nicht traute, so berief man das benachbarte Bauernvolk in die Stadt und als sich Friedrich den Tag nach seiner Ankunft auf dem Balkon eines Hauses der versammelten Menge zeigte, so erhoben alle Anwesenden auf die Aufforderung des Landeshauptmanns die Finger der rechten Hand empor und deuteten durch dieses Schwurzeichen an, dass sie treu bei ihrem König ausharren wollten. Olmütz schien so für den Aufstand gewonnen.

In den Tagen, in denen sich Friedrich in dieser Stadt aufhielt, wurde daselbst der Pfarrer von Holeschau Johann Sarkander gefangen gehalten und grausamen Folterqualen ausgesetzt. Durch seine innige Verbindung mit den katholischen Häuptern in Mähren hatte er schon seit langem den Hass der Gegner auf sich herabbeschworen und da man wusste, dass er das Jahr vorher nach Polen gereist war, fasste man den Verdacht, dass er den Kosakeneinfall veranlasst habe. Dieser Verdacht war unbegründet, da ganz andere Personen mit der Anwerbung der Kosaken zu thun hatten und Sarkander nur deshalb nach Polen gereist war, um an dem berühmten Wallfahrtsorte Czenstochau seine Andacht zu verrichten. Da er keine Aussicht hatte, seine frühere Thätigkeit in Mähren fortzusetzen, bewarb er sich in Krakau um eine andere Verwendung. Als ihm eine solche nicht zu Theil wurde, kehrte er nach Holeschau zurück und hielt sich da bei einem Gesinnungsgenossen verborgen auf, weil mittlerweile die Pfarrkirche von einem Protestanten in Besitz genommen worden war. Als die Kosaken herangezogen kamen, trat Sarkander aus seinem Versteck hervor, erhob aus der Kirche die Monstranz, legte die geweihte Hostie in dieselbe und erwartete mit den Holeschauern, die sich ängstlich um ihn schaarten, die feind-

---

*) Dudik die Chronik von Olmütz.

lichen Plünderer. Sobald die Kosaken herankamen und die Versammelten als Katholiken erkannten, stiegen sie vom Pferde, knieten nieder und zogen dann ab, ohne sich einer Räuberei schuldig zu machen. Vielleicht hatte nicht bloss das religiöse Gefühl diesmal ihre Handlungsweise geleitet, sondern auch der Umstand, dass sie nur eine ärmliche Bevölkerung vor sich sahen, bei der keine grosse Beute zu holen war.

Kaum hatte sich die Nachricht verbreitet, dass Sarkander auf diese Weise seine Gemeinde vor Beraubung bewahrt habe, wurde er des geheimen Einverständnisses mit den Polen beschuldigt und gefänglich eingezogen und schon am 13. Februar zu Olmütz über seine angebliche Verbindung mit Polen und über den früheren Landeshauptmann von Mähren Herrn Ladislaw von Lobkowitz, dessen Beichtvater er war, in peinlicher Weise verhört. Friedrich kümmerte sich während seines Aufenthaltes in Olmütz nicht um das Loos dieses damals allgemein bekannten Mannes und so ging derselbe, als das Verhör am 18. Februar unter Anwendung furchtbarer Qualen mit ihm fortgesetzt wurde, an den Folgen der erlittenen Misshandlung vier Wochen später zu Grunde. *)

Von Olmütz ging die Reise des Königs nach Breslau, wo 1620 er am 23. Februar anlangte und wo sein Empfang wo möglich noch festlicher und prachtvoller war als in Brünn. Die Fürsten und Stände Schlesiens, Katholiken und Protestanten, waren sammt und sonders gegenwärtig mit Ausnahme zweier Personen, des Erzherzogs Karl, Bischofs von Breslau, der selbstverständlich dem Feinde seines kaiserlichen Bruders die Huldigung nicht leisten wollte, und des Fürsten von Liechtenstein, der in Mähren und Schlesien begütert war, in beiden Ländern aber die Huldigung verweigerte. Die Huldigung selbst wurde von den Ständen am 27. Februar geleistet, und zwar in der Weise, dass Friedrich zuerst stehend einen Eid ablegte, in dem er gelobte, dass er die Fürsten und Stände bei ihren hergebrachten Freiheiten schützen und erhalten werde, worauf er sich dann in den Thronsessel niederliess und die Fürsten und übrigen Stände herantraten und knieend den Huldigungs-

*) Beschreibung der Marter Sarkander's bei d'Elvert a. a. O. Bd. I, 112. Volný Kirchliche Topographie von Mähren Bd. III. I. Abtheilung.

eid leisteten. Am folgenden Tage wurde das breslauer Kapitel und einige Aebte zur Huldigung zugelassen. *)

Da die Stände von Schlesien sich gleichzeitig zu einem Landtag oder, wie er in Schlesien hiess, zu einem Fürstentage versammelt hatten, so stellte Friedrich an sie dieselben Bitten wie in Brünn: sie sollten für einen Beitrag zu seiner Civilliste Sorge tragen, die nöthigen Geldmittel zu neuen Rüstungen schaffen und aus ihrer Mitte jene Personen wählen, die sich zu dem auf den 25. März nach Prag einberufenen Generallandtag einfinden sollten, um da das gemeinschaftliche Defensionswerk zu berathen, desgleichen sollten sie diejenigen Personen bezeichnen, welche an den neusohler Reichstag und an den Sultan abgeschickt werden sollten. **) 1620

Die Fürsten und Stände gingen mit Eifer an die Berathung der königlichen Proposition und einigten sich nach kurzer Zeit in der Bewilligung der an sie gestellten Forderungen. So boten sie dem König ein Geschenk von 80.000 Thalern an***) und ausserdem einen jährlichen Beitrag von 40.000 Thalern zur Erhaltung seines königlichen Hofstaates und waren auch erbötig, für die verschiedenen Gesandtschaften entsprechende Personen zu wählen. Um dem Wunsche des Königs nach möglichster Anspannung der eigenen Kräfte zur Bekämpfung des kaiserlichen Kriegsvolkes zu entsprechen, entschloss sich der Fürstentag zur Anstellung neuer Werbungen und zur Absendung der verfügbaren Kräfte: es sollten zu diesem Zwecke 1500 Reiter und 2000 Mann zu Fuss angeworben und Böhmen zu Hilfe geschickt, ausserdem aber das Landesaufgebot gegen allfällige polnische Angriffe in Bereitschaft gehalten werden. Von den im Lande befindlichen Truppen wollte man den Böhmen unverweilt einen Theil zuschicken, und zwar sollten sich 2000 Mann zu Fuss und 500 Reiter auf den Marsch begeben und den Böhmen bei der Be-

*) Sächs. St. A. Aus Breslau dd. 26. Febr. 1620. — Skála III, 447 u. flg. — Sächs. St. A. Aus Breslau dd. 4. März 1620.

**) Böhm. Statth. Arch. L. 34. Proposition am Fürstentage in Breslau, geschehen 27. Febr. 1620.

***) Nach Palm Acta publica bewilligten die Stände nur 60000 Thaler aus eigenem und 20000 Steuerreste, die von dem Fürstenthum Teschen erhoben werden sollten.

kämpfung des kaiserlichen Kriegsvolkes die nöthige Hilfe leisten. Diese Hilfe war um so dringender, da die Schlesier nach dem Rückzuge Bethlens von Wien ihr Volk nach Hause berufen hatten und sonach die böhmische Armee auf sich allein angewiesen war. Die nothwendigen Auslagen sollten theils aus der Biersteuer, theils aus einer neu bewilligten hohen Vermögenssteuer und einer neuen Mahlsteuer bestritten werden, und da dies nicht genügte, so wurde noch ein doppeltes Anlehen beschlossen, eines, das unter die einzelnen Fürstenthümer nach Massgabe ihres Vermögens vertheilt und ein zweites, das von den Gütern der katholischen Geistlichkeit zwangsweise erhoben werden sollte. Das erste Anlehen sollte 162.500 Thaler betragen und so hoffte man für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.*) In der Kanzleifrage fanden auch einige Verhandlungen auf dem Fürstentage statt, allein sie betrafen hauptsächlich die Ernennung des Vicekanzlers, welcher Posten mit einem Einkommen von 1500 Gulden dem pfälzischen Rathe Camerarius übertragen wurde. Man hatte durch diese Wahl einen sehr fleissigen und fähigen Mann gewonnen und konnte versichert sein, dass er in den unausbleiblichen spätern Streitigkeiten mit Böhmen das schlesische und damit das deutsche Interesse wahren werde. — Friedrich hätte nach Empfangnahme der schlesischen Huldigung zu demselben Zwecke nach der Lausitz reisen sollen, allein er that es nicht, sondern reiste direkt von Breslau nach Prag. Ob ihn hiezu die Sehnsucht nach seiner traurig gestimmten Frau oder der Mangel an dem nöthigen Reisegeld oder endlich die unaufschiebbaren Geschäfte nöthigten, bleibt dahingestellt; gegenüber den Lausitzern, an die er Commissäre zur Empfangnahme der Huldigung abschickte, entschuldigte er sich mit dem letztgenannten Grunde.**)

Aus den Mittheilungen über den Verlauf des nürnberger Unionstages, des mährischen Land- und des schlesischen Fürstentages ist ersichtlich, das Friedrich das Geld, das zur Befriedigung Bethlens nöthig war, nicht bekam, und dass alle Bewilli-

---

*) Skála III, S. 468 u. flg. — Palm, Acta publica 1620.

**) Memorial für die königlichen Gesandten, was sie in Budissin thun sollen. Böhm. Statth. Arch. dd. 11. März 1620. — Ebend. Instruction für die Gesandten nach der Nieder-Lausitz.

gungen sich nur auf die bewaffnete Hilfe und auf die Bestreitung der laufenden Bedürfnisse bezogen. Bethlen wartete übrigens nicht erst das Resultat der Berathungen von Brünn und Breslau ab, er verlangte schon im Dezember (1619), also nach dem nürnberger Tage, von Friedrich eine unumwundene Antwort auf seine Geldforderungen und als ihm diese nicht zu Theil wurde, entschloss er sich auf die vom Kaiser angebotenen Verhandlungen einzugehen. Die ungarisch-böhmische Allianz geriet dadurch in die höchste Gefahr.

Achtes Kapitel.

Die Verhandlungen in Pressburg und ihre Folgen.

I Hohenlohe in Pressburg. Die böhmischen Gesandten bei Bethlen. Bündniss zwischen Ungarn und Böhmen. Verhandlungen Bethlens mit dem Kaiser. Wahl Bethlens zum Fürsten von Ungarn. Der Kaiser ist zu grossen Zugeständnissen an Bethlen erbötig. Abschluss des Waffenstillstandes. Auflösung des Reichstags.

II Gründe der Abreise Bethlens von Pressburg. Der Kaiser verweigert die bedingungslose Unterzeichnung der Verträge und theilt Bethlen die Bedingungen mit, unter denen er es thun würde. Der Kanzler Pechy. Bemühungen Bethlens, den Kaiser für die Gewährung des Waffenstillstandes in Böhmen zu gewinnen. Dohna und Wild in Kaschau. Der Kaiser weist die Forderungen Bethlens zurück. Bethlens Schreiben an Ferdinand. Bethlen entschliesst sich zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen den Kaiser. Laminger in Kaschau.

I

Seit dem Rückzuge der ungarischen Truppen von Wien, dem sich auch das böhmische und mährische Heer und die schlesischen Hilfstruppen anschlossen, hatte der Kampf ein Ende, da Buquoy und Dampierre wegen der winterlichen Jahreszeit nicht an die Verfolgung des Feindes dachten und der Kaiser sich durch Verhandlungen mit Bethlen zu einigen suchte. Den Entschluss hiezu hatte Ferdinand schon im Monat November gefasst; er war zu grossen Opfern bereit, wenn Bethlen zur Ruhe gebracht werden könnte, weil nur dann ein Erfolg gegen Böhmen möglich war. Da er auch von einigen seiner Anhänger in Ungarn, namentlich vom Palatin, dringend gebeten wurde, den Streit mit Bethlen durch friedliche Mittel zu Ende zu bringen, so liess er dem letzteren 1619 (am 7. Dezember) die Nachricht zukommen, er werde zu diesem Zwecke einige seiner Räthe nach Pressburg schicken. Als der Fürst von Siebenbürgen diese Mittheilung erhielt, war auch er erbötig in die Verhandlungen einzugehen. Vor Anfang des

nächsten Monats konnten dieselben nicht beginnen, weil mancherlei Vorfragen gelöst werden mussten; die Zeit bis dahin wollte Bethlen dazu benützen, um in Erfahrung zu bringen, auf welche Unterstützung von Böhmen er mit Gewissheit rechnen könne und darnach schliesslich sein Verhalten gegen die kaiserlichen Anerbietungen regeln.*)

Gleich die ersten Nachrichten, die Bethlen nach seiner Rückkehr in Pressburg erhielt, waren so geartet, dass sie seinen Hoffnungen auf Böhmen einen Stoss gaben. Hohenlohe, der von Friedrich den Befehl erhalten hatte, die Verhandlungen mit den ungarischen Ständen einzuleiten und sie zu einem engen Bündnisse aufzufordern, hatte sich dieses Auftrages in einer Audienz erledigt, die ihm der Reichstag in voller Sitzung gewährte und in der er die Stände zur Absendung von Gesandten nach Prag einlud, damit dort das Bündniss zu Ende berathen werden könnte. Da er keine Geldhilfe in Aussicht stellte, sondern nur die Absendung der Gesandten begehrte, machte seine Ansprache auf die versammelten Stände keinen besonders günstigen Eindruck; sie fühlten sich in ihrer Eitelkeit beleidigt, dass man von ihnen die Absendung von Gesandten verlangte und erwiederten unter Hinweisung auf den höheren Rang, den die ungarische Krone einnehme, dass es an den Böhmen sei, ihre Gesandten nach Pressburg abzuordnen. Bethlen, der Hohenlohe am selben Tage empfieng, schien diesen Unwillen zu theilen und beklagte sich auch darüber, dass Hohenlohe nur im Auftrage seines Königs mit ihm spreche, dass aber weder von den böhmischen noch mährischen und schlesischen Ständen ein Gesandter erschienen sei. In seiner gereizten Stimmung theilte er dem Grafen die Bedingungen mit, unter denen er ein Bündniss Ungarns mit Böhmen zulassen wollte; sie stimmten so ziemlich mit jenen überein, die er einen Monat zuvor in Prag gestellt hatte. Während sich Hohenlohe damit beschäftigte, über dieselben nach Hause zu berichten, erhielt er von Bethlen eine Einladung ihn zu

5. Dez. 1619

*) Innsbruker Statth. Archiv. Ferd. an den Palatin dd. 7. Dez. 1619. Münchner St. A. Ferdinand an Max dd. 10. Dec. 1619. Ebend. Ferdinand an Max dd. 16 Dec. 1619.

besuchen, der er in Begleitung des Grafen Thurn nachkam. Diesmal war der Fürst eitel Sanftmuth und Wohlwollen; nur aus Rücksicht auf Böhmen habe er sich aus Siebenbürgen erhoben und habe so den Abzug Buquoy's aus Böhmen und den Dampierre's aus Mähren bewirkt und den Feind auf das rechte Donauufer gedrängt. Wie habe man ihm dies alles vergolten? Habe man sich beeilt seine Wünsche zu erfüllen und ihm, dem innigsten Freunde Friedrichs, eine entsprechende Antwort gegeben? Die Rührung der Generale über diese Ansprache wurde durch die abermalige Mittheilung, dass er gewillt sei mit Ungarn dem Reiche beizutreten und sich mit der Union zu verbinden,*) wo möglich noch erhöht.

Als Hohenlohe's Schreiben mit diesen Nachrichten in Prag eintraf, war Friedrich mit seinen Rathgebern gerade von Nürnberg zurückgekommen und da die Finanzlage sich in nichts gebessert hatte, so konnte man sich auch jetzt zu keinen Geldanerbietungen in Prag entschliessen. Um jedoch wenigstens in etwas dem Wunsche Bethlens nachzukommen, beeilte man sich Gesandte mit den nöthigen Vollmachten von Seite der böhmischen Stände an ihn abzuschicken und eine gleiche Aufforderung an die böhmischen Nebenländer ergehen zu lassen. Offenbar der Eile wegen geschah es, dass man mit der Gesandtschaft einige bei der böhmischen Armee vor Pressburg befindlichen Herren betraute und zwar den Grafen Thurn, den Freiherrn von Fels, die Herrn von Bubna, Kaplíř von Sulewic und Paul Ješín. Sie wurden ermächtigt mit der Krone Ungarn ein Offensiv- und Defensivbündniss abzuschliessen und über die Summe zu verhandeln, die Böhmen jährlich zu den ungarischen Grenzfestungen beitragen soll**). Von den böhmischen, für die Vornahme dieser Verhandlungen ernannten Gesandten blieben übrigens nur zwei in Pressburg, Kaplíř von Sulewic

*) Münchner St. A. Hohenlohe an Friedrich dd. 8. Dec. 1619. — Skála III, 413 gibt falsch das Datum der Audienz als den 1. Dez. an.

**) Wiener St. A. Boh. 1619 Friedrich an Bethlen dd. 18. Dez 1619. Münchner Reichs-Archiv. V. Instruction für die böhmischen Gesandten dd. 18. Dez 1619. Ebend. III. Hohenlohe an Anhalt dd. 31. Dezember 1619. Skála III, 415.

und Ješín, da die andern drei durch ihre militärische Stellung bei der Armee festgehalten wurden. Hohenlohe, der auch in Pressburg weilte, obwohl seine Anwesenheit bei der Armee dringend nothwendig war, blieb daselbst, um als Vertrauensmann Friedrichs die Unterhandlungen zu fördern.

Bethlen hatte es bis zu diesem Augenblicke, ob er nun grollte oder schmeichelte, mit Böhmen aufrichtig gemeint und dasselbe in der Bekämpfung Ferdinands entschlossen unterstützt. Als jedoch gegen Ende Dezember die kaiserlichen Gesandten in Pressburg ankamen und dem Fürsten die glänzendsten Anerbietungen machten, wurde er unschlüssig, ob er sein Loos an das der Böhmen ketten oder ob er den vom Kaiser angebotenen Lohn einheimsen solle. In einer Unterredung, die er mit den böhmischen Gesandten Anfangs Januar hatte, traten diese Zweifel und die Hinneigung Bethlens zu den kaiserlichen Anerbietungen bereits klar hervor.*) Indem er sie von den letzteren in Kenntniss setzte, erklärte er zwar, dass derartige Anerbietungen nichts verlockendes für ihn hätten, dass er aber in Folge einer Berathung mit einigen seiner angesehensten Anhänger die Verhandlungen mit dem Kaiser nicht ablehnen konnte und deshalb an die kaiserlichen Gesandten die Frage gerichtet habe, ob sie bevollmächtigt seien, in den etwaigen Frieden nicht bloss ihn, sondern auch die Krone von Ungarn und Böhmen einzuschliessen. Die Gesandten hätten entgegnet der Kaiser wolle nur mit ihm allein verhandeln, da es sich für ihn nicht zieme, mit den Ständen von Ungarn und Böhmen, seinen Unterthanen, sich in Verhandlungen einzulassen. Doch würde er sich die Dienste Bethlens gefallen lassen, wenn dieser bei den genannten Ständen etwas erspriessliches zu Wege bringen könnte. Nach dieser Einleitung richtete Bethlen an Hohenlohe und seine Genossen die Frage, ob sie nicht Mittel und Wege wüssten, wie der Friede mit dem Kaiser zu erreichen wäre, erging sich dabei in Lobpreisungen der

1620

*) Von den zahlreichen Korrespondenzen, die uns über die Verhandlungen zwischen Bethen, dem Kaiser und den Böhmen zu Gebote stehen, citiren wir nur wenige; sie sind ausser in den wiener Archiven noch im dresdener Staatsarchive und in den Statthaltereiarchiven zu Prag und Innsbruck enthalten.

Segnungen des Friedens und versicherte, wie er seinen letzten Blutstropfen nicht sparen würde, um denselben herzustellen.

Wenn Bethlen nicht bloss in den Wind sprach, so konnte seine Rede keinen anderen Sinn haben, als den, dass er wissen wollte, ob Böhmen unter irgend welcher Bedingung zum Gehorsam unter den Kaiser zurückkehren würde. Hohenlohe fasste die Worte des Fürsten nicht anders auf und ohne direkt auf den eigentlichen Sinn der Ansprache zu antworten, erwiederte er, er sehe keinen anderen Weg zum Frieden, als wenn Ferdinand von der weiteren Bekämpfung von Böhmen ablassen und sein Kriegsvolk verabschieden würde. Die Antwort, die Bethlen jetzt gab, zeigt, wie er die Rückkehr Böhmens unter die kaiserliche Hersschaft in das Bereich seiner Combinationen gezogen hatte; er erklärte es nämlich für eine eitle Hoffnung zu glauben, dass Ferdinand — und sollte es sein Leben kosten — seinen Ansprüchen auf Böhmen entsagen würde. Der Kaiser habe das auch nicht nöthig, denn schon ziehe ihm aus Italien und Frankreich frisch geworbenes Volk zu Hilfe, der König von Spanien unterstütze ihn mit allen Kräften, der Herzog von Baiern und der Kurfürst von Sachsen würden desgleichen thun; der Papst sei auch sein Freund und es habe sich demnach eine furchtbare Coalition zu Gunsten Ferdinands gebildet. Er (Bethlen) wolle deshalb wissen, was Böhmen dagegen aufbieten werde und worauf er sich stützen könne. Der Fürst von Siebenbürgen entwarf von den sich zu Gunsten Ferdinands vorbereitenden Allianzen, ohne es selbst zu ahnen, eine ganz zutreffende Schilderung, der Hohenlohe nur dadurch zu begegnen wusste, dass er sie für eine Dichtung und Ferdinand aller Geldmittel bar erklärte. Nachdem Bethlen aus der weiteren Unterredung in Erfahrung gebracht hatte, dass ihm vorläufig von Böhmen keine Geldmittel zur Verfügung gestellt werden würden, entliess er die Gesandten.*)

Wir zweifeln nicht, dass das Resultat dieser Unterredung entscheidend für das nächste Verhalten des Fürsten war, denn als er sich überzeugte, dass seine Geldforderungen nicht befriedigt werden würden, nahm er die Verhandlungen

---

*) Skála III, 426 und folg.

mit dem Kaiser mit Entschiedenheit auf. Für die böhmischen Gesandten, ja selbst für den ungarischen Reichstag blieb dies vorläufig noch ein Geheimniss, denn sonst könnte man sich die Thatsache nicht erklären, dass der Reichstag die Friedensanträge der kaiserlichen Gesandten nicht nur abwies, sondern auch das Beispiel Böhmens befolgen, Ferdinand absetzen und eine Neuwahl vornehmen wollte.*) Nur aus dem Umstande, dass weder die böhmischen Gesandten noch der Reichstag von Bethlens jetzigen Absichten unterrichtet war, lässt sich auch die Thatsache erklären, dass zwischen beiden die Verhandlungen über den Abschluss eines Bündnisses begannen und schon am 15. Januar zu Ende geführt wurden, trotzdem dass dasselbe keinen Sinn hatte, wenn sich Bethlen nicht daran betheiligte. Der Inhalt der Bundesurkunde lautete dahin, dass fortan ein ewiges Bündniss zwischen den Kronen von Ungarn und Böhmen bestehen und kein Theil ohne Zustimmung des andern einen Krieg beginnen oder Frieden schliessen dürfe und wenn er dies thäte, mit Gewalt daran verhindert werden sollte.**) Wie gleichgiltig sich Bethlen diesen Verhandlungen gegenüber verhielt, ergibt sich am meisten daraus, dass in dem Bundesvertrage von keinen Zahlungen die Rede war, zu denen Böhmen an Ungarn bezüglich der Grenzfestungen verpflichtet sein sollte: nur die Ueberzeugung, dass er von Böhmen in dieser Beziehung nichts zu hoffen habe und dass er sich deshalb mit dem Kaiser vergleichen müsse, konnte den Fürsten zu dieser Haltung bestimmen. Aber in Prag hatte man vorerst keine Ahnung davon, dass die Bündnissurkunde nichts als ein werthloses Stück Papier sei und feierte den Abschluss des Bündnisses in geräuschvoller Weise.***)

8. Jäner 1620

1620

Die Verhandlungen zwischen Ferdinand und Bethlen, auf die das Hauptgewicht zu legen ist, begannen damit, dass sich Ferdinand in einer Zuschrift an den Palatin zu denselben bereit erklärte †) und zugleich verlangte, dass aus Ungarn

*) Nach Katona XXX wurde Bethlen am 8. Januar 1620 „in principem et caput regni Ungariae" vom Reichstag erklärt.

**) Londorp Bündniss zwischen Ungarn und Böhmen dd. 15. Januar 1620.

***) Skala III.

†) Innsbrucker Statthaltereiarchiv: Ferdinand an den Palatin dd. 7. Dez. 1619.

ebenso viele angesehene Personen als Geisseln nach Wien abgeschickt werden sollten, als kaiserliche Gesandte nach Pressburg abreisen würden. Nichts charakterisirt die Barbarei jener Zeit mehr, als dass derartige Forderungen gestellt werden mussten und dass darüber langwierige Verhandlungen geführt werden konnten. Als diese Vorfrage gelöst war und Graf von Meggau und Freiherr von Breuner am 25. Dezember nach Pressburg abreisten, trafen sie in Fischament auf die ungarischen Geisseln, die gegen sie ausgewechselt und nach Wien geschickt wurden, während sie selbst die Reise nach Pressburg fortsetzten. Ursprünglich wollte Ferdinand den Fürsten von Liechtenstein und den Freiherrn von Eggenberg dahin absenden, beide wurden aber durch einen Podagraanfall an der Reise gehindert und so traf die Wahl des Kaisers die oben genannten Herren.*)

1619

Die kaiserlichen Gesandten wurden bei ihrer Ankunft in Pressburg mit allerhand Artigkeiten überschüttet, allein dieselben waren ein zu durchsichtiger Schleier, als dass sie nicht klar erkannt hätten, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben würden. Da die Prälaten und Bischöfe sich in Pressburg nicht eingefunden hatten, so bestanden fast alle Mitglieder des Reichstages aus erklärten Gegnern Ferdinands und diese machten aus ihrer Feindseligkeit gegen den König kein Hehl. Sie wollten nichts mehr von einer Anerkennung desselben hören, verweigerten ihm den königlichen Titel und trafen in geräuschvoller Weise Vorbereitungen zur Wahl und Krönung eines neuen Königs. Fahnen wurden angeschafft, die Kirche zur Krönungsfeierlichkeit hergerichtet, Krönungsmünzen geprägt und sogar für das Krönungsmahl schon Vorsorge getragen. Etwas Muth und frische Hoffnung konnten die Gesandten nur aus dem Verkehre mit den wenigen in Pressburg befindlichen Anhängern Ferdinands schöpfen. Dieselben versicherten die Gesandten ihrer unverbrüchlichen Treue und tadelten nur, dass der König keine Heeresabtheilung nach Pressburg abgeschickt habe, als sich Bethlen von Wien dahin zurückzog; er sei so bestürzt gewesen,

*) Innsbrucker Statthaltereiarchiv. Ferdinand an den Palatin dd. 12. Dez. 1619. Der Palation an Ferdinand dd. 19. Dez. 1619. Ebend. Die kaiserlichen Gesandten an Ferdinand dd. 27. Dez. 1619.

dass er augenblicklick den Rückzug nach dem innern Ungarn angetreten haben würde.*)

Der eigentliche Beginn der Verhandlungen verzögerte sich bis zum 30. Dezember, weil der Erzbischof von Calosca, 1619 Valentin Lepes, den Ferdinand nebst den ebengenannten Gesandten und dem Herrn Thomas Nadasdy auch zu den Verhandlungen abgeordnet hatte, erst um diese Zeit in Pressburg anlangte. Die Verhandlungen wurden sowohl mit Bethlen wie mit dem ungarischen Reichstage eingeleitet. Die kaiserlichen Gesandten fuhren an dem genannten Tage in das Haus, wo Bethlen seine Wohnung genommen hatte und trafen daselbst ausser dem Fürsten auch den Palatin, die Mitglieder des Reichstages und die angesehensten Personen aus dem Gefolge Bethlens. Sie übergaben mit einer Ansprache, die den Verhältnissen entsprechend war, ein Schriftstück, welches sich über die Mittel zur Herstellung des Friedens ausliess; dasselbe wurde vorgelesen, worauf der Palatin erklärte, dass der Reichstag hierüber verhandeln und den Gesandten eine Antwort zukommen lassen werde. Weder dieses Aktenstück noch die darauf ertheilte Antwort ist uns bekannt, wir wissen nur so viel, dass die Anerbietungen Ferdinands dem Reichstage nicht genügten und dass er von den Gesandten bessere und günstigere verlangte und dies mit einer Heftigkeit, dass die Gesandten kaum Zeit hatten ihre Antwort zu Papier zu bringen.**) Selbstverständlich genügte auch diese dem Reichstage nicht, da sie unserer Vermuthung nach ebensowenig aufrichtig eine eingehende Lösung der Streitfragen versuchte, als der Reichstag an eine Versöhnung mit Ferdinand dachte. Die Verhandlungen nahmen einen tumultuarischen Charakter an; man bedrohte jeden, der es nur anzudeuten wagte, dass man die Antwort der Gesandten erwägen und ihnen eine Erwiederung zukommen lassen müsse, mit dem berühmt gewordenen Fenstersturz. Die Mehrzahl der Reichstagsmitglieder wollte alle Verhandlung abbrechen und zur Erhebung Bethlens auf den Königsthron schreiten;

*) Finalrelation der kais. Gesandten in Fiedlers Sammlung. Hatvan S. 171. Forgach an Ferdinand II. dd. 9. Dec. 1619. Ebend S. 173. Ferdinand II an Forgach dd. 12. Dec. 1619.

**) Finalrelation der kaiserl. Gesandten in Fiedlers Sammlung.

sollte er zögern die angebotene Krone anzunehmen, so sei man bereit den Pfalzgrafen zu wählen oder sich unter die türkische Herrschaft zu begeben.

Die kaiserlichen Gesandten konnten sich der Einsicht nicht verschliessen, dass bei dieser im Reichstage vorherrschenden Stimmung ihre Verhandlungen aussichtslos seien und deshalb befolgten sie den Rath des Palatins und begannen ihre besonderen Unterhandlungen mit Bethlen, weil dieser allein im Stande war, die Königswahl zu hintertreiben. Dieser Entschluss wurde am 4. oder 5. Januar gefasst und rasch ins Werk gesetzt. Anfangs schien auch dieser Weg wenig verheissend zu sein, da Bethlen theils geblendet von dem Glanze der angebotenen Krone, theils besorgt vor dem Unwillen der ungarischen Stände, wenn er sich von ihnen trennen würde, auf die Unterhandlungen nicht eingehen wollte. Vor allem quälte ihn jedoch die Angst vor den Türken, deren Angriffen er zum Opfer fallen musste, wenn er nicht eine Stütze an Böhmen oder an dem Kaiser fand. Da sich die auf Böhmen gestellten Hoffnungen als eitel erwiesen, so glaubte er die dargebotene Hand Ferdinands erfassen zu müssen. Die kaiserlichen Gesandten schrieben jedoch in selbstgefälliger Täuschung seine Nachgiebigkeit theils dem Eindrucke ihrer häufigen Unterredungen und Vorstellungen theils der Vermittlung des Kanzlers Pechy zu, den sie auf irgend eine Weise, wahrscheinlich durch Geld und Versprechungen, gewonnen hatten. Dass der ungarische Reichstag vorläufig auf diese Verhandlungen kein Gewicht legte und den Fürsten von Siebenbürgen sogar am 8. Januar *) zum Fürsten (nicht König) von Ungarn wählte, brachte dieselben nicht zum Stillstande.

1620

1620

Die Besprechungen zwichen Bethlen und den kaiserlichen Gesandten drehten sich um zwei Fragen: die erste betraf den Preis, für den er von seiner Feindseligkeit gegen den Kaiser ablassen würde, die zweite die Bedingungen des Waffenstillstandes, der zwischen ihm und dem Kaiser abgeschlossen werden sollte. Man sollte wohl denken, dass beide Fragen eng zusammenhingen und nur gemeinsam verhandelt werden

*) Katona XXX.

konnten; nach dem Berichte der kaiserlichen Gesandten war dem aber nicht so, sie mussten das Hauptgewicht auf die persönliche Befriedigung Bethlens legen und zuerst diese Sache ins reine bringen. Bethlen stellte als Gegenpreis für seine Verzichtleistung auf die ungarische Krone ganz ausserordentliche Forderungen an Geld und Gut. Wir sind über dieselben zwar nicht genau unterrichtet, aber jedenfalls sind sie nicht geringer gewesen, als jene Zugeständnisse, zu denen Ferdinand sich schliesslich verstand. Darnach war Ferdinand erbötig an Bethlen und seine Nachfolger für ewige Zeiten vier ungarische Comitate und das Schloss Munkacs sammt dem dazu gehörigen Gebiete und überdies noch an Bethlen auf Lebenszeit neun ungarische Comitate abzutreten. Nicht genug mit diesen Abtretungen, die der Verzichtleistung auf fast zwei Drittel seiner bisherigen Herrschaft in Ungarn gleichkamen, wollte Ferdinand den Fürsten von Siebenburgen in den Reichsfürstenstand erheben und ihm die Fürstenthümer Oppeln und Ratibor überlassen, sobald er wieder in ihren Besitz gekommen sein würde und ausserdem Güter in Böhmen im Werthe von 200.000 Gulden, wenn Bethlen bei den kommenden Ausgleichsverhandlungen mit diesem Lande seine guten Dienste geleistet haben würde. Wir vermuthen, dass die zwei letzten Bedingungen auf das Andringen der kaiserlichen Commissäre eingeschaltet und damit andere Forderungen Bethlens abgekauft wurden; sie mochten sich schmeicheln, dass er durch dieselben an die Sache des Kaisers geknüpft und von der weiteren Begünstigung des böhmischen Aufstandes zurückgehalten werden würde.*)

Kaum hatten sich die Gesandten mit Bethlen über die ihm einzuräumenden persönlichen Zugeständnisse geeinigt, so verhandelte man über die Bedingungen, unter denen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten ein Waffenstillstand abgeschlosssen werden und der endgiltige Friede auf einem bald zu berufenden neuen Reichstage zu Stande kommen sollte. Hier spannte Bethlen seine Forderungen noch höher, so dass die Gesandten

*) Der Vertragsentwurf bei Firnhaber in den Sitzungsberichten der kaiserl. Akademie der Wissenschaften, 1858.

nicht bloss die Verhandlung sondern sogar die Vorlesung des detaillirten Entwurfs ablehnten. Der Artikel, der hauptsächlich ihren Unwillen erregt haben mag, war unzweifelhaft derjenige, der Bethlen die Verwaltung aller Theile von Ungarn, in deren Besitze er sich augenblicklich befand, bis zum künftigen Reichstage übertrug, also seine Herrschaft noch über die oben erwähnten dreizehn Komitate hinaus erweitern sollte. Aber ihr Widerstand musste bald ein Ende nehmen, da sie wohl wussten, dass der Kaiser im Augenblick nicht über die Mittel gebot, um von Ungarn nur einen Fussbreit Landes mehr an sich zu reissen, als ihm Bethlen bewilligte, und da sie fürchten mussten, dass der Fürst den Böhmen in die Arme getrieben würde, im Falle man ihm jenes Zugeständniss nicht machte. Zudem langten ungünstige Nachrichten aus Oberungarn ein: der Einfall Homonnas, der eine glänzende Diversion für die Sache des Kaisers verheissen hatte, blieb ohne die gehofften Resultate, da von allen Seiten ungarische Truppen herbeigeeilt waren und die Polen zum Rückzuge genöthigt hatten. Auch die Nachrichten von der dem Kaiser feindlichen Gesinnung der Türken, die in Pressburg verbreitet wurden, waren derart beschaffen, dass sie die Gesandten besorgt machen mussten; sie kamen ihnen nicht etwa von Bethlens Seite zu, der Palatin selbst versicherte, er habe Beweise, dass die Pforte die Ungarn im Falle der Noth mit Geld, Kriegsvorräthen und Truppen unterstützen werde.*) Mussten die Gesandten nicht befürchten, dass bei längerer Zögerung der Angriff gegen den Kaiser erneuert und sich auch auf Steiermark und die südlichen Provinzen ausdehnen würde? Wie wenig tröstlich die Aussichten auf eine bessere Zukunft waren, die Gesandten hofften zum mindesten durch die Nachgiebigkeit, die Ferdinand in der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen zeigen würde, der Feindseligkeit in Ungarn die Spitze abzubrechen. Auch die Bemühung der böhmischen Gesandten, die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Bethlen zum Abbruch zu bringen, war für die kaiserlichen Boten ein Grund mehr,

*) Alles dies nach der schon citirten Finalrelation.

zuletzt die harten Waffenstillstandsbedingungen annehmbar zu finden.

So kam denn am 16. Januar ein Entwurf zu Stande, in 1620 dem bestimmt wurde, dass Bethlen Gabor vorläufig im Besitze alles dessen verbleiben sollte, was er inne habe und dass Homonna sich mit den polnischen Kosaken zurückziehen und falls er dies nicht thue, mit Waffengewalt hiezu verhalten werden sollte. Bezüglich Böhmens enthielt der Vertrag folgende eigenthümliche und wie wir sehen werden, doppelter Deutung unterliegende Bestimmung: „Seine kaiserliche königliche Majestät wird, wenn er darum ersucht wird, gegen die Böhmen und nach Zustand und Gelegenheit auch gegen die Ober- und Niederösterreicher unter gerechten und billigen Bedingungen die Waffen ruhen lassen.*) Nachdem Bethlen die Gesandten zur Annahme beider Verträge, desjenigen, der ihn persönlich betraf, und der Waffenstillstandsbedingungen vermocht hatte, reiste er am 17. Januar**) nach Kaschau ab 1620 und nahm die Hoffnung mit sich, dass der Kaiser beide Verträge ratificiren werde.

Fast gleichzeitig mit der Beendigung dieser Verhandlungen kam auch der Reichstag zum Schlusse, da seine Sitzungen am 18. Januar ein Ende nahmen. Seine Beschlüsse sind von Anfang bis zu Ende von der Feindseligkeit gegen Ferdinand und dessen Anhänger durchdrungen, wovon gleich die einleitenden Worte zu den Reichstagsartikeln Zeugniss geben. In diesen wird berichtet, dass die Stände Bethlen zu ihrem „Fürsten“ erwählt und ihm die Herrschaft über Ungarn aufgetragen hätten: mit keiner Silbe wird dabei Ferdinands gedacht, dessen Absetzung gewissermassen als eine selbstverständliche Sache angesehen wird. Gleiche Behandlung wie der König mussten sich auch seine hervorragendsten Anhänger gefallen

---

*) Innsbrucker Statthalterei Archiv. Conditiones pro suspensione armorum dd. 16. Jan. 1619. Darin heisst es: ...... Easdem inducias similiter post requisitionem Sua Majestas Caes. ac Reg. Bohemis etiam et aliis incorporatis provinciis sicut et secundum statum eorum utrique Austriae justis et aequis conditionibus concedere dignabitur.

**) Dies Datum geht aus einem Schreiben Ferdinands an Erzherzog Leopold dd. 29. Jan. 1620 im innsbrucker Statthaltereiarchiv hervor.

lassen: der Erzbischof von Gran Pater Pazman, Georg Drugeth von Homonna und mehrere andere namentlich angeführte Personen wurden aus dem Lande verwiesen und sollten durch den künftigen Reichstag für alle Zeiten aus Ungarn verbannt werden. Indem die Stände mit diesen harten Strafbestimmungen gegen die Vertheidiger der königlichen Rechte auftraten, gaben sie offenbar den Einflüsterungen Bethlens nach und lieferten damit den Beweis, dass die künftigen Friedensverhandlungen an ihnen mindestens keine Förderer finden würden.

II

Was Bethlen dazu vermocht hatte, fast gleichzeitig mit dem Schluss der Reichstagsverhandlungen von Pressburg abzureisen und nicht die kaiserliche Ratification der mit den Gesandten abgeschlossenen Verträge abzuwarten, wissen wir nicht anzugeben; jedenfalls drängte ihn der homonna'sche Zug nicht dazu, da derselbe mittlerweile zurückgeschlagen worden war. Vielleicht wollte er durch seine Abreise den weiteren Unterhandlungen ein Ende machen und so allfälligen Forderungen nach einer Aenderung des Böhmen betreffenden und oben wörtlich angeführten Artikels ausweichen: er mochte hoffen, dass der Kaiser zwischen der Wahl der Waffenstillstandsbedingungen und der Erneuerung des Krieges gestellt, sich für die erstern entscheiden werde. Wenn dies die Hoffnung Bethlens bildete, so täuschte er sich, da den wiener Staatsmännern, die nichts anderes im Sinne hatten als die Bezwingung Böhmens, nichts ferner lag, als sich die ungarische Waffenruhe mit der Preisgebung von Böhmen zu erkaufen.*) Auch erhoben die ungarischen Räthe, die bei Ferdinand in Wien weilten, schon während der pressburger Verhandlungen zahlreiche Einwände gegen dieselben und sie verstummten nicht, als die pressburger Verträge ihnen im Entwurf mitgetheilt wurden. Denn als, wahrscheinlich im Beginne der zweiten

---

*) Innsbrucker Stathaltereiarchiv. Harrach an Erzherzog Leopold dd. 21. Jan. 1620.

Januarwoche, die Herrn von Breuner und Nadasdy und später auch der Erzbischof von Calosca nach Wien reisten, um den Kaiser zur Annahme der Bedingungen zu vermögen, erreichten sie nur so viel, dass Herr von Trauttmansdorff nach Pressburg gesendet wurde, um da eine Erklärung abzugeben, welchen Sinn man in Wien den einzelnen Artikeln beilegen wolle.

Als nun die fertigen Verträge am 16. Januar von Pressburg nach Wien abgeschickt und die königlich-ungarischen Räthe um ihr Gutachten bezüglich der Ratification ersucht wurden, überreichten sie dem Kaiser am 22. Januar ein neues Gutachten, in dem sie zuerst den für die persönliche Befriedigung Bethlens abgefassten Vertrag angriffen und dem Kaiser als König von Ungarn das Recht zu den verschiedenen Zugeständnissen und Gebietsabtretungen an Bethlen absprachen, da er hiezu die Zustimmung des ungarischen Reichstages nicht eingeholt habe. Auf diesen Einwand hätte Ferdinandt allerdings erwiedern können, dass, wenn er dem pressburger Reichstage diese Angelegenheit zur Entscheidung vorgeleg hätte, dieser ihm wahrscheinlich gerathen haben würde ganz Ungarn an Bethlen abzutreten. Die andern Einwürfe des königlichen Rathes waren dagegen stichhaltiger: so tadelten sie, dass er Munkacz und die dazu gehörigen Güter an Bethlen abtreten wolle und sie zu diesem Zwecke von dem gegenwärtigen Besitzer um 300.000 ungarische Thaler ablösen müsse, während doch dieses Geld viel vortheilhafter zur Bekämpfung Bethlens verwendet werden könnte; so waren sie in hohem Grade unzufrieden, dass die Sicherheit des geistlichen Besitzes mit keiner Silbe ausbedungen und dieser nun rettungslos dem Raube preisgegeben sei; so fanden sie es auch unwürdig, dass in dem Vertrage dem Fürsten Bethlen alle Gnaden und Gebietsabtretungen als Lohn für seine Bemühungen zur Herstellung des Friedens und zur Dämpfung der aufständischen Bewegungen zugewiesen würden, während es doch weltbekannt sei, dass er allein der Störer des Friedens und die Ursache der Rebellion gewesen sei; so gaben sie endlich dem Kaiser zu bedenken, welchen Eindruck es in Ungarn machen werde, wenn mit seiner Zustimmung bewährte Anhänger des Königshauses wie Homonna und Eszterhazy preisgegeben würden.

Aus diesen Einwürfen gelangte demnach der königliche Rath zum Schlusse, dass der Vertrag mit Bethlen unbedingt zu verwerfen und die Gesandten zurückzurufen und gegen die Geisseln auszuwechseln seien. Auch von der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen wollte er nichts wissen. Er machte Ferdinand auf den Umstand aufmerksam, dass der künftige Reichstag kraft des Waffenstillstandes und nicht in Folge königlicher Berufung zusammentreten und dass die königliche Auktorität in jeglicher Beziehung missachtet werde. Bewillige Ferdinand den Waffenstillstand, so gebe er seinen Feinden Zeit, sich zu stärken, er selbst aber werde um so ohnmächtiger sein.*) Ein Gutachten, welches einige der deutschen Minister dem Kaiser in derselben Angelegenheit abgaben, wollte ebensowenig von der Annahme der beiden Verträge etwas wissen und begründete die Abweisung hauptsächlich damit, dass man auf Bethlen kein Vertrauen setzen könne und durch den Abschluss des Waffenstillstandes die eigenen Freunde stutzig machen werde.**)

Trotz aller dieser Einwürfe entschloss sich der Kaiser 1620 am 23. Januar zur Unterzeichnung des den Fürsten von Siebenbürgen persönlich betreffenden Vertrages, weil ihm die Gesandten, die er nach Pressburg geschickt hatte, von dem künftigen Reichstage eine bessere Wahrung seiner Interessen versprachen und weil auch der Palatin mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens für die vorläufige Unterzeichnung dieses Vertrages eintrat. Aber kaum hatte Ferdinand dies gethan, so schrak er vor den Folgen zurück und schickte das Document nicht ab, sondern forderte noch am selben oder am folgenden Tage ein neues Gutachten von seinen ungarischen Räthen ein. Sie empfahlen dem König die Anwendung gewisser Vorsichtsmassregeln, falls er beschlossen habe, Bethlen die angedeuteten Zugeständnisse zu machen: dieser müsse vor dem Kanzler Pechy die Erklärung abgeben, dass er jene Gebiets-

*) Gutachten des königl. ungar. Rathes dd. 22. Januar 1620 in der Fiedlerschen Sammlung.

**) Harrachisches Archiv. Considerationes und Bedenken, ob aus dem zu Pressburg geschlossenen Waffenstillstand mehreres Nutz oder Schaden zu gewarten sein möcht.

ɔtretungen an Bethlen nur dann vollzogen wissen wolle, wenn er ungarische Reichstag dazu seine Zustimmung gebe, eben › müsse er die Zurückstellung aller seit dem bethlen'schen uge der Geistlichkeit entrissenen Güter verlangen und schliessch darauf beharren, dass er auf dem künftigen Reichstage als önig anerkannt werde und dass der Fürst von Siebenbürgen ım gegen jeden Schädiger seiner Auktorität beistehe.*) Der rzbischof von Gran beschwor den Kaiser, wenigstens diese inwendungen zu berücksichtigen, weil sonst der katholische lerus und sein Besitzstand dem Verderben preisgegeben eien.**)

Während der Kaiser mit sich zu Rathe gieng, wie er iesen Einwürfen Rechnung tragen solle, musste er sich auch ber die Waffenstillstandsfrage entscheiden. Er war erbötig, enselben unter den von Bethlen verlangten Bedingungen annehmen, aber auf Böhmen und Oesterreich wollte er ihn icht ausdehnen. Da Bethlen an dem Tage, an welchem in ressburg die Vertragsentwürfe vereinbart worden waren, an en Kaiser geschrieben und ihn ersucht hatte, er möchte auch ı Böhmen und Oesterreich die Waffen durch einige Wochen ıhen lassen und mittlerweile die Friedensverhandlungen mit iesen Ländern einleiten, so glaubte der Kaiser seine Meinung ierüber unverholen kundgeben zu müssen, selbst auf die Geıhr hin, dass der Fürst den bloss ihm zugestandenen Waffenillstand nicht annehmen würde. Am 1. Februar schrieb er 1620 eshalb an ihn, dass er den Böhmen keinen Waffenillstand gewähren könne und nur ihren Gesandten freies

*) Das Gutachten des ung. Rathes bei Firnhaber a. a. O. Das Gutachten ist von 4. Januar 1620 datirt, was unmöglich richtig sein kann, da es das letzte Gutachten des königlichen Rathes in dieser Angelegenheit ist und darin wiederholt von dem Gutachten vom 22. Januar und vom Reichstagsschlusse vom 18. Januar die Rede ist. Firnhaber glaubt deshalb, dass statt „4. Januar“ eigentlich 4. Februar zu lesen und so der Schreibfehler zu korrigiren sei. Was an die Stelle des offenbar irrthümlichen Datums zu setzen sei, wissen wir nicht mit Bestimmheit anzugeben, jedenfalls ist aber der 4. Februar zu spät, da Ferdinand die in dem Gutachten ertheilten Rathschläge in einem Schreiben an Bethen dd. 4. Febr. verwerthet.

**) Patzmann an den Kaiser d d. 4. Febr. 1620 bei Firnhaber.

Geleite ertheilen würde, wenn sie über den Frieden mit ihm unterhandeln wollten. Seine endgiltige Meinung gab er einige Tage später kund und zwar wahrscheinlich an dem Tage, an dem er sich auch zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags in der pressburger Fassung entschloss und diesen mit dem schon am 23. Januar unterzeichneten den Fürsten Bethlen persönlich betreffenden Vertrage abschickte. Beiden Verträgen fügte er nämlich ein Begleitschreiben an Bethlen bei und setzte in demselben die Bedingungen auseinander, unter denen er sich zu ihrer Aufrechthaltung verbindlich machen wollte. Das Begleitschreiben hat auf diese Weise eine hohe Bedeutung und nimmt neben den Verträgen eine ergänzende Stellung ein. Ferdinand erklärte in demselben, dass er die versprochenen Gebiete nur dann an Bethlen abtreten werde, wenn der ungarische Reichstag hiezu die Zustimmung geben würde, und sprach zugleich die Erwartung aus, dass seine Anhänger, worunter zunächst die katholischen Prälaten und Homonna gemeint waren, während des Waffenstillstandes nicht in ihrem Besitze gestört werden würden. Der Waffenstillstand solle sich nur auf Ungarn beziehen, den Böhmen (nicht ihrem Könige) wolle er denselben nur dann bewilligen, wenn er von ihnen darum ersucht würde.*) Ungarn also, aber nur dieses allein wollte Ferdinand Bethlen preisgeben, da er ihm vorläufig die Regierung daselbst zugestand und dem künftigen Reichstage eine entscheidende Rolle einräumte. In einem Schreiben, das er in diesen Tagen an seinen Bruder Leopold richtete, rechtfertigte er diese Nachgiebigkeit mit seiner

4. Febr. 1620

---

*) Münchner St. A. Ferdinand an Bethlen dd. 1. Februar 1620. Schreiben an Bethlen dd. 4. Feb. 1620 bei Firnhaber. Einige wichtige Schriftstücke über diese Verhandlung sind auch bei Hatvan abgedruckt, so Ferdinands Brief an Erzh. Albrecht dd. 8. Febr. 1620, der einen Gesammtbericht enthält, dann eine Erklärung Ferdinands unter welchen Bedingungen er den Waffenstillstand annehme und die so ziemlich mit dem Schreiben an Bethlen übereinstimmt. Diese Erklärung ist vom 16. Januar datirt, was nach unserer Ansicht nur eine willkürliche Zurückdatirung ist, da man diese Bedingungen jedenfalls nicht vor Ende Januar formulirt hatte. Ferner ein Schreiben Pechy's an Ferd. dd. 3 Febr. und des Palatin Forgach an Ferd. dd 3. Febr. 1620.

Ohnmacht und fand sogar das Auftreten Bethlens genügsam, da er sich nicht den königlichen Titel anmasse, wie er dies hätte thun können, und sich erboten habe, auf dem künftigen Reichstage ihm (dem Kaiser) zu Diensten zu sein und sich zu „seinen Füssen zu erniedrigen.“ *)

Bei der Abreise nach Kaschau liess Bethlen seinen Kanzler Pechy in Pressburg zurück, damit dieser die kaiserlichen Ratificationen daselbst erwarte. Als die von Kaiser unterzeichneten Verträge sammt den beiden Schreiben (vom 1. und 4. Febr.) anlangten, glaubte sich Pechy berechtigt, dieselben zu erbrechen und lernte so die Bedingungen kennen, die man in Wien an die Einhaltung beider Verträge knüpfte. Er benachrichtigte alsbald die böhmischen Stände, dass der Kaiser nicht gesonnen sei auch ihnen einen Waffenstillstand zu bewilligen, indem er ihnen wörtlich die bezügliche Stelle aus dem Briefe vom 1. Februar mittheilte und sie aufforderte, die Verhandlungen einzuleiten. **) Er glaubte also an die Bereitwilligkeit Ferdinands zu denselben, zeigte aber damit nur, dass er den Brief des Kaisers nicht richtig verstanden habe. Wohl war Ferdinand erbötig mit den Böhmen in Verhandlungen zutreten, aber nur mit ihnen allein und nicht mit ihrem neuen König; sie hätten sich zuvor von Friedrich lossagen müssen, wenn sie ihren Gesandten Zutritt bei dem Kaiser verschaffen wollten.

Konnte schon Pechy's Brief falsche Hoffnungen in Böhmen erregen, so war dies mit einem Schreiben Hohenlohe's noch mehr der Fall, in dem dieser geradezu behauptete, dass der Waffenstillstand sich nicht bloss auf Ungarn, sondern auch auf Böhmen erstrecke, jedoch vorsichtig hinzufügte, dass er nicht an denselben glaube. Wir wissen diese absichtliche Täuschung Hohenlohe's nicht anders zu erklären, als dass er sich zu derselben durch eine Unterredung verleiten liess, die er in Mähren mit dem Pfalzgrafen und dem Kanzler Ruppa hatte, als diese nach Brünn zur Huldigung reisten, und dass mit

*) Insbrucker Statthaltereiarchiv. Ferdinand an Leopold dd. 12. Febr. 1620.

**) Münchner St. A. Pechy an die böhmischen Stände dd. 6. Febr. 1620. Sächsisches St. A. Hohenlohe an die böhmischen Landesoffiziere dd. 2. Febr. 1620. Ebendaselbst Lebzelter an Schönberg dd. 9. Februar 1620.

diesem Briefe vorläufig nur die ängstlichen Gemüther in Böhmen beschwichtigt werden sollten.

Als Bethlen die vom Kaiser unterzeichneten Verträge sammt dem Begleitschreiben erhielt, sah er ein, dass dasselbe die Giltigkeit der Verträge in wichtigen Punkten einschränke. Es lag in seiner Hand alle bisherigen Verhandlungen für ungiltig zu erklären und von neuem zum Schwerte zu greifen. Da ihm aber hiezu die Mittel fehlten und er es für wichtiger hielt, seine Stellung in Ungarn zu kräftigen, so begnügte er sich vorläufig mit dem, was der Kaiser bot und that so, als ob er die Bedingungen, die der Kaiser für den böhmischen Waffenstillstand stellte, nicht verstehe oder sie wenigstens nicht für unabänderlich halte. Den Böhmen gegenüber gab er sich die Miene, als ob er nicht merke, dass der Kaiser den Pfalzgrafen von jeder Friedensverhandlung ausgeschlossen habe, denn nur so ist es begreiflich, dass er dem Pfalzgrafen von Kaschau aus schrieb und ihm Vorwürfe machte, dass der Kaiser von den Böhmen noch immer nicht um die Gewährung eines Waffenstillstandes ersucht worden sei.*) Gegen den Kaiser äusserte er dagegen die Hoffnung, dass derselbe den Böhmen den Waffenstillstand unter Anerkennung des Status quo bewilligen werde und suchte dieses Ziel durch die Absendung eines eigenen Gesandten an den kaiserlichen Hof, des Grafen Stephan Haller, zu erreichen.

Bei dem Pfalzgrafen und seinen Anhängern hatte die Nachricht von dem zwischen dem Kaiser und Bethlen abgeschlossenen Waffenstillstande die grössten Besorgnisse wachgerufen, da man sich über die Folgen keinen Täuschungen hingab und wusste dass der Kaiser denselben nicht auf Böhmen ausdehnen werde. Um jeden Preis musste man deshalb den abgeschlossenen Waffenstillstand durchkreuzen und schickte zu diesem Zwecke den Freiherrn Christoph von Dohna nach Kaschau ab, der daselbst wenige Stunden vor der anberaumten Abreise des Grafen von Haller eintraf. Dohna war beauftragt Bethlen vor den Friedensversicherungen Ferdinands zu warnen und zu verlangen, dass er wieder zu den Waffen greife. Da

*) Münchner Staats-Archiv: Bethlen an Ferdinand Kaschau dd. 20. Febr. 1620.

der Fürst vorläufig Frieden halten wollte, so machten die Vorstellungen Dohna's auf ihn keinen Eindruck und ebenso wenig zeigte sich Pechy geneigt, die böhmische Sache zu fördern. Von allen Seiten wurde dem Gesandten die Nothwendigkeit nahegelegt, dass zwischen Ferdinand und Böhmen über die Waffenruhe verhandelt werde, „selbst wenn der Pfalzgraf etwas von seinen Präeminentien und Würden remittiren" müsste*), ja einzelne Personen aus Bethlens Umgebung gingen so weit, den Böhmen die Annahme des Waffenstillstandes unter jeder Bedingung anzurathen. Dohna begegnete diesen Vorstellungen in einer Weise, die zeigte, dass der Pfalzgraf und seine Räthe den Sinn des kaiserlichen Briefes richtig aufgefasst hatten: er erklärte nämlich schon deshalb jede Waffenstillstandsverhandlung mit Ferdinand für unmöglich, weil der Pfalzgraf nur als König von Böhmen um denselben ansuchen könne, der Kaiser ihn aber als solchen nicht anerkennen wolle. Pechy schlug zur Vermeidung dieser Schwierigkeit vor, dass Bethlen um den Waffenstillstand ansuchen solle, er könne hiebei dem Kaiser den königlichen Titel ohne besondere Bezeichnung des Landes zugestehen und so dessen vorläufigen Ansprüchen auf Böhmen genügen. Es scheint, als ob Pechy diesmal den Vortheil des Kaisers energisch gewahrt habe, wenn wir einem Schreiben, in dem er über die Verhandlungen Dohna's an die Herrn von Meggau und Breuner berichtet, aufs Wort glauben sollen. Er behauptet wenigstens die Anschauung vertreten zu haben, dass der Pfalzgraf im Falle es zu ernstlichen Friedensverhandlungen kommen sollte, sich aus Böhmen entfernen müsse, um die schliessliche Beilegung der Streitigkeiten jenen zu überlassen, die zunächst dabei betheiligt seien. Wir können uns nicht des Zweifels an der Wahrheit dieser Behauptung erwehren, weil Dohna in seinem Berichte über die kaschauer Verhandlungen ihrer nicht erwähnt, obwohl er zugibt, dass sich in der Umgebung Bethlens feindliche Stimmungen geltend machten. Lauteten aber die Aeusserungen Pechy's in der That so, wie

*) Münchner St. A. Christoph von Dohna an Friedrich dd. Bitsch. 29. Febr. 1620. Ebendas. Dohna an Anhalt dd. Brünn 15. März 1620.

er über sie nach Wien berichtete,*) dann kann man nicht zweifeln, dass das Mittel, durch das ihn die kaiserlichen Gesandten in Pressburg gewonnen hatten, nur Geld gewesen sei.

Dohna hatte also das Ziel nicht erreicht, um dessentwillen er nach Kaschau geschickt worden war, nämlich den Wiederanschluss Bethlens an Friedrich zur gemeinsamen Bekämpfung des Kaisers, und so musste er sich damit begnügen, dass Bethlen die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen auf sich zu nehmen versprach. Er beeilte sich diese Nachricht dem Pfalzgrafen zu überbringen und reiste deshalb noch am selben Tage, an dem er in Kaschau angekommen war, in Begleitung des Grafen Haller zurück.

Kaum hatte der Fürst von Siebenbürgen diesen Angriff auf seine vorläufig friedliche Politik abgeschlagen, so stand ihm schon ein zweiter durch einen Agenten des Fürsten von Anhalt bevor. Anhalt, der seit Ende Februar das Kommando über die böhmische Armee angetreten hatte und mit derselben, wie erzählt werden wird, in Niederösterreich bei Eggenburg stand und nicht ohne Besorgniss den buquoischen Angriffen entgegensah, war durch die Nachricht vom Waffenstillstande unangenehm berührt und suchte deshalb den Fürsten von Siebenbürgen auf dem betretenen Wege zurückzuhalten, indem er zu diesem Zwecke seinen Sekretär Wild an ihn abschickte. Wenn sachkundige Vorstellungen Bethlen anderen Sinnes hätten machen können, so würde Wild seinen Zweck erreicht haben: er sollte die Kurzsichtigkeit des Fürsten tadeln, da der Kaiser die ihm bewilligte Waffenruhe nur dazu benützen werde, um desto wuchtigere Schläge gegen Böhmen zu führen, Bethlen solle rasch wieder zu den Waffen greifen, 3000—4000 Husaren der böhmischen Armee zu Hilfe schicken und selbst in Oesterreich und Steiermark einfallen. Ein Vorwand sei dafür leicht zu finden, auch könne er erklären, dass er sich zurückziehen werde, wenn Ferdinand thatsächlich einen allgemeinen Waffenstillstand bewilligen würde.**) So wenig aber Dohna's Vorstellungen bei Bethlen gefruchtet hatten, so wenig brachte

1620

*) Pechy an Meggau und Breuner, Kaschau dd. 23. Febr. 1620. Bei Firnhaber a. a. O.

**) Münchenr Staats-Archiv: Instruction für Wild dd. 14./24. Febr. 1620.

Wild einen Wechsel in seinen Absichten zu Wege und auch ein dritter Gesandter, ein gewisser Andreas Pogner, den vermuthlich die Stände von Oesterreich nach Kaschau abgeschickt hatten, konnte sich keines grösseren Erfolges rühmen. Der Kanzler Pechy führte diesem letzeren gegenüber eine Sprache, die so sonderbar klang, dass über seine Bestechung kein Zweifel mehr bestehen konnte. Und in der That, was sollte es heissen, wenn Pechy sich in Vorwürfen gegen die Stände von Oesterreich, Böhmen und Mähren ergoss und sie beschuldigte, dass sie dem Frieden mit dem Kaiser abgeneigt seien; was sollte diese Sprache in dem Munde eines Mannes, der in den Diensten Bethlens stand, der selbst am grimmigsten und gewiss nicht mit grösserem Rechte den Kaiser befehdet hatte?*)

Graf Haller, durch den Bethlen die Friedensverhandlungen mit dem Kaiser einleiten wollte, langte indessen in Wien an und brachte nicht bloss die Schreiben seines Herrn mit, sondern auch einen Brief des Palatins Forgach, in dem derselbe dem Kaiser auf das inständigste den Abschluss des Waffenstillstandes mit Böhmen anriet. Haller suchte den Kaiser zur Gewährung desselben auf die Dauer eines Monates zu bewegen, aber was er auch immer vorbringen mochte, er gelangte nicht zu seinem Ziele. In zwei nach einander an Bethlen gerichteten Briefen erklärte der Kaiser den Böhmen keinen Waffenstillstand bewilligen zu können, er sei nur bereit mit ihnen in Unterhandlung zu treten und zu diesem Zwecke ihren Gesandten freies Geleite zu bewilligen. Einen Waffenstillstand wollte er nur dann gewähren, wenn die Böhmen ihm beim Beginne der Verhandlungen passende Friedensbedingungen vorschlügen, unter welchen er vor allem ihre Unterwerfung verstand.**) Mit dem letzteren der beiden Schreiben schickte Ferdinand den Reichshofrath Laminger nach Kaschau ab, damit er durch mündliche Erläuterungen dem abweislichen Bescheid den Stachel benehme und wo möglich Bethlen von feindlichen Schritten zurückhalte. Denn auf einen Friedensbruch von Seite Ungarns

9. März 1620

*) Münchner Staats-Archiv; Pogner's Brief an? dd. 7. März 1620. Ebendaselbst: Die niederösterreichischen Stände an Bethlen Gabor dd. 10. März 1620.

**) Münchner Reichs-Archiv: Ferdinand an Bethlen dd. 9. März 1620.

musste Ferdinand gefasst sein, da Bethlen durch seinen Gesandten die Erklärung abgegeben hatte, dass er es nicht verhindern könnte, wenn der ungarische Adel im Falle der längeren Befehdung Böhmens den befreundeten Nachbarn zu Hilfe eilen würde. Auf diese Gefahr wollte es Ferdinand ankommen lassen, da jener grosse Bund zu seinen Gunsten dem Abschlusse nahe war, auf den Bethlen zu Pressburg hingedeutet hatte.*)

Die Entschlossenheit, mit der der Kaiser bezüglich Böhmens auftrat, legte dem Fürsten von Siebenbürgen die Erwägung nahe, ob er sich nicht zu einem neuen Angriffe vorbereiten müsse, zumal beruhigende Nachrichten aus Konstantinopel einliefen, die ihn von dort aus keine Durchkreuzung seiner Pläne befürchten liessen. Als ihm das erste kaiserliche Schreiben zukam, schrieb er von Kaschau, wo er jetzt bleibend seine Residenz aufgeschlagen hatte, an den Kaiser einen Brief, der als eine Art Verwarnung aufgefasst werden muss. In demselben warf er einen Rückblick auf die pressburger Verhandlungen und erinnerte daran, dass ein Punkt des mit ihm abgeschlossenen Vertrags dahin gelautet habe, dass den Böhmen ein Waffenstillstand bewilligt werden solle. Er (Bethlen) würde sich einer schlimmen Beurtheilung aussetzen, wenn er die Nichteinhaltung dieses Punktes zugäbe, zumal die ungarischen Stände mit den böhmischen ein inniges Bündniss zur wechselseitigen Unterstützung geschlossen hätten und nicht die fernere Bedrückung der Böhmen zugeben würden.**) Bethlen beachtete bei diesen Vorwürfen nicht den Umstand, dass der Kaiser bei der Ratificirung der pressburger Verträge kein Hehl daraus gemacht hatte, dass er in den böhmischen Waffenstillstand nicht einwilligen wolle, und man muss sich deshalb wundern, wie Bethlen die Stirn haben konnte gegen den Kaiser eine Sprache zu führen, als ob dieser sich eines Wortbruches schuldig gemacht hätte. Aber wie es sich ihm in Pressburg nur um die Wahrung seines Vortheils, ob nun mit Hilfe der Böhmen oder des Kaisers, gehandelt hatte, so wollte

15 März 1620

*) Innsbrucker Statthalterei-Archiv: Ferdinand an Erzherzog Leopold dd. Wien 18. März 1620.

**) Münchner Staats-Archiv: Bethlen an Ferdinand dd. 15. März 1620.

er durch seine auf bewusster Lüge beruhenden Behauptungen denselben auch jetzt wahren und seinen bevorstehenden Bruch rechtfertigen.

Seine auf die Bekämpfung des Kaisers gerichteten Absichten fanden bei den ungarischen Würdenträgern und Magnaten, die bei ihm in Kaschau weilten, vielfachen Anklang und wahrscheinlich führte jetzt auch Pechy eine andere Sprache. Welche Meinungen in der Umgebung Bethlens die Oberhand gewannen, davon gibt ein Gutachten des Palatins, der sich im Monate März bei dem Fürsten aufhielt, das beste Zeugniss. Er beschwor den Kaiser in demselben den Böhmen den Waffenstillstand zu gewähren und nicht einer unüberlegten Rachgier zu fröhnen, weil sonst der Friede auch von Ungarn gebrochen würde. *) Ob Forgach so wenig Einsicht hatte, nicht zu wissen, dass für den Kaiser die Waffenruhe mit dem Verluste von Böhmen verknüpft sei oder ob er Böhmen für verloren hielt und deshalb ihm diesen Rath gab, können wir nicht entscheiden, wir führen nur seine Meinung an, um zu zeigen, dass jetzt Niemand in Kaschau den Frieden mit dem Kaiser zu vertheidigen sich getraute, wenn dieser nicht die Waffen gegen Böhmen ruhen liess.

So geschah es, dass zwei Tage, nachdem Bethlen das Schreiben an den Kaiser abgeschickt hatte, in seinem Rathe die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten beschlossen wurde, wofern nicht binnen kürzester Frist den Böhmen der Waffenstillstand bewilligt werden würde. **) Gleichzeitig wurde der Graf Emerich Thurzo, der nach Prag reisen sollte, um daselbst die Stelle Bethlens bei der Taufe des neugeborenen Prinzen zu versehen, beauftragt, die Bedingungen des Bündnisses zwischen Böhmen und Ungarn, das zu Pressburg blos im allgemeinen abgeschlossen worden war, genau festzustellen und namentlich die für Ungarn brennende Frage der Beitragsleistung zur Erhaltung der ungarischen Festungen ins reine zu bringen. Zwar sollte der Graf in Prag auch jetzt dem Frieden das Wort reden und die Böhmen zur weitgehendsten Nachgiebigkeit

*) Forgach an den Kaiser dd. 16. März 1620 bei Firnhaber.

**) Pechy an die österreichen Stände dd. 17. März. 1620.

in allen Formfragen auffordern, aber er sollte feste Vereinbarungen über die Truppenstärke treffen, mit der sich Böhmen und Ungarn im Falle des weiteren Krieges gegen Ferdinand unterstützen sollten.*) Am selben Tagen theilte Pechy dem Fürsten von Anhalt mit, dass Bethlen in Voraussicht der Unnachgiebigkeit des Kaisers entschlossen sei, den Krieg wieder aufzunehmen und mit einem Heere gegen die österreichische Grenze zu rücken. Er riet aus diesem Grnnde jedes voreilige Losschlagen ab, man solle mit dem Angriffe warten, bis man sich verbunden haben würde und dem Feinde mittlerweile kleinere Erfolge nicht wehren.**)

17 März 1620

Solche Beschlüsse waren in Kaschau gefasst worden, als der Reichshofrath Laminger daselbst anlangte und mündlich die Erklärung abgab, dass der Kaiser sich in keine Unterhandlungen mit Böhmen einlassen könne, so lange der Pfalzgraf das Land nicht verlassen habe und seine Rechte auf dasselbe nicht anerkannt seien. Laminger sollte diese Antwort dem Fürsten mit der Versicherung überbringen, dass Ferdinand ihm die versprochenen Besitzungen im Gebiete der böhmischen Krone einräumen werde, sobald er zum Siege gelangt sein würde. Da in Wien eine Klage von Homonna eingelaufen war, dass Bethlen seine Burg Homonna belagere und auf diese Weise die vom Kaiser beim Abschlusse des Waffenstillstandes gestellte Bedingung, seine Anhänger in ihrem Besitze nicht zu stören, verletze, so sollte Laminger dagegen protestiren und vom Fürsten auch verlangen, dass er sich keine Willkürlichkeit in der Verwaltung der königlichen Einkünfte erlaube.***) Einem Theile seiner Aufträge kam Laminger gleich in der ersten Audienz nach, die ihm Bethlen, umgeben von allen in Kaschau anwesenden Würdenträgern, ertheilte. Er erklärte, dass sein Herr in den bedingungslosen Waffenstillstand mit Böhmen schon deshalb nicht einwilligen könne, weil die Zahl seiner Freunde und mit ihr sein Heer täglich wachse und er sich mit nichts

*) Katona XXX 301 und folg.

**) Münchner Staats-Archiv: Pechy an Anhalt dd. Kaschau 17. März 1620.

***) Instruction für Laminger; bei Firnhaber a. a. O.

anderem als mit der vollen Wiederherstellung seiner Rechte in Böhmen begnügen könne. Auf Bethlen setze der Kaiser die Hoffnung, dass die Waffenruhe in Ungarn nicht gestört werden würde, wiewohl dieselbe durch mancherlei Uebergriffe von Seite des Fürsten dem Bruche nahegebracht werde. *)

Weder die öffentliche Anrede Lamingers noch seine darauf folgende Verhandlung brachten bei Bethlen die gewünschte Wirkung zuwege; einige Genugthuung hätte der Fürst dem Kaiser in den böhmischen Angelegenheiten gegönnt, aber nimmermehr den vollen Sieg. Er zeigte dies, indem er dem Kaiser ein Schriftstück übermittelte, das ihm aus Prag zugekommen war und in dem die Bedingungen erörtert wurden, unter denen die Böhmen einen Waffenstillstand und später einen definitiven Frieden abzuschliessen bereit seien. Für den Waffenstillstand verlangten sie, dass der Kaiser seine Truppen nach Steiermark und Kärnthen zurückziehe und alle Plätze, die er in Böhmen besetzt halte, räume; dafür war der Pfalzgraf erbötig seine Truppen aus Oesterreich zurückzuziehen. Als Bedingung des definitiven Friedens wurde vom Kaiser verlangt, dass er auf Böhmen zu Gunsten des Palzgrafen verzichte und sich mit dem königlichen Titel und einer lebenslänglichen Pension von 300.000 Gulden begnüge. Für diese Concession war der Pfalzgraf erbötig die böhmischen Katholiken ihrer ungefährdeten Existenz zu versichern und eine Wechselheirat mit dem Hause Habsburg abzuschliessen. **) Seine nunmehr entschiedene Parteinahme für die Sache des Aufstandes zeigte Bethlen nicht bloss dadurch, dass er die böhmischen Forderungen dem Kaiser ohne eine Bemerkung übermittelte und ihm sonach ihre unverkürzte Annahme zumuthete, sondern auch durch die Drohung die er seinem in diesen Tagen an den Kaiser abgeschickten Briefe zufügte. Er erklärte nämlich offen, dass er der Bekriegung der Böhmen nicht weiter zusehen könne und dem Kaiser nur die Friest von 25 Tagen zugestehe, innerhalb welcher er sich entscheiden müsse, ob er die Waffen ruhen lassen wolle oder

31 März 1620

*) Münchner Reichsarchiv: Lamingers Ansprache.

**) Münchner Reichsarchiv: Bethlen an Ferdinand dd. 31. März. 1620.

nicht. Dem Fürsten von Anhalt theilte er drei Tage später den Inhalt der an den Kaiser gerichteten Zuschrift mit und in gleicher Weise kündete er den niederösterreichischen Ständen seinen Beistand an, wenn Ferdinand sich nicht zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten entschliessen sollte. Da er den grössten Theil seines Heres entlassen hatte, ordnete er die Anwerbung einiger Tausend Mann an, um dieselben ins Feld zu schicken, sobald die Frist von 25 Tagen nutzlos verstrichen sein würde. Alle Illusionen, die man auf kaiserlicher Seite hegen mochte, dass man Bethlen von der Unterstützung der Böhmen abhalten würde, mussten somit bald ein Ende nehmen. *)

*) Münchner Reichsarchiv: Bethlen an Anhalt Kaschau dd. 3. April 1620. Sächsisches Staatsarhhiv: Bethlen an die niederösterreichischen Stände 16. April 1620.

Neuntes Kapitel.

Die Entwicklung der kaiserlichen Allianzen.

I Die societas christianae defensionis oder der christliche Vertheidigungsbund. Spanien. Der Zuzug der Truppen aus Italien. Oñate's und Erzherzog Albrechts Schreiben nach Spanien. Philipps III Schwäche. Reformplan des spanischen Staatsrathes. Reise Philipps nach Lissabon. Seine Erkrankung. Khevenhiller und Fray Luis de Aliaga. Khevenhiller beim König. Entschlüsse Philipps III.

II Verhandlungen wegen Wiederaufrichtung der Liga. Bruneau's und Erzherzog Leopolds Reise zu den deutschen Fürsten. Konvent von Oberwesel. Verhandlungen Ferdinands mit Maximilian von Baiern. Die Zusammenkunft in Eichstädt. Maximilian sagt dem Kaiser Hilfe zu und schliesst mit ihm den Vertrag zu München am 8. Oktober 1619. Der Konvent von Würzburg.

III Bemühungen, den Papst zur Hilfeleistung heranzuziehen. Versprechungen und Leistungen Pauls V. Sigismund von Polen und die polnische Hilfe. Leukers Sendung nach Madrid. Sein Urtheil über die spanischen Verhältnisse.

IV Der Grossherzog von Florenz. Wake in Turin. Der Herzog von Savoyen sucht Venedig für den Pfalzgrafen zu gewinnen. Der Herzog sucht sich Spanien zu nähern und wünscht auch mit Ferdinand in Unterhandlungen zu treten. Spanien verlangt vom Herzog den Durchzug für seine Truppen. Der Herzog bewilligt denselben. Er sieht sich in seinen Erwartungen bezüglich Ferdinands getäuscht. Vergebliche Reise der ligistischen Gesandten nach Turin.

I

Als Bethlen Gabor im Monate November gegen Wien im Anzuge war und die Aussichten Ferdinands trotz der erlangten Kaiserwürde sich immer schlechter zu gestalten schienen, beschäftigten sich einige seiner Anhänger mit dem Gedanken, ob nicht durch einen, die ganze katholische Christenheit umfassenden Bund die Mittel herbeigeschafft werden könnten, die ihn in den Stand setzen möchten, seiner Gegner Herr zu werden. Man wollte die staatlichen Auktoritäten nicht zu diesem Bunde heranziehen, sondern nur verlangen, dass sie demselben nicht hindernd entgegentreten sollten und glaubte in diesem Falle gewiss zu sein, dass die ganze katholische Christenheit sich zu freiwilligen Beiträgen verstehen würde, so dass man nur nöthig haben werde in Deutschland, Italien 1619

und Frankreich Sammelkassen aufzustellen, um die einlaufenden Summen einzukassiren und zur weiteren Verwendung bereit zu halten. Man gab sich der Erwartung hin, dass jeder reichere Beneficiat und jedes noch so arme Kloster die Unterhaltung und Ausrüstung eines oder mehrerer Kriegsleute auf sich nehmen würde und dass auch auf diese Weise das kaiserliche Heer beträchtlich verstärkt werden könnte. Diesen von verschiedenen Personen gehegten Plänen gab der kaiserliche Hofkammersekretär Arnoldinus von Klarstein einen bestimmten Ausdruck, indem er dem Kaiser die Statuten eines Bundes vorlegte, der den Namen des christlichen Vertheidigungsbundes (societas christianae defensionis) führen sollte.*) Derselbe sollte sich in allen Ländern die Vertheidigung der katholischen Interessen angelegen sein lassen und da diese jetzt in Böhmen gefährdet waren, so sollte er dem Kaiser bei der Wiedereroberung dieses Landes behülflich sein.

Nov. 1619

Wenn Arnoldin und seine Freunde bedachten, zu welchen Opfern und Anstrengungen die Christenheit zur Zeit der Kreuzzüge bereit gewesen war, so mochten sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, dass wenigstens ein Theil dieser Opferwilligkeit noch vorhanden sei. Als der Plan dem Kaiser vorgelegt und seine Zustimmung zur Errichtung der verschiedenen Sammelkassen verlangt wurde, scheint auch er sich in Illusionen gewiegt zu haben, denn er bestätigte nicht nur die Gesellschaft und den ihm vorgelegten Plan, sondern gab dem Sekretär Arnoldin zugleich den Auftrag, zu den einzelnen deutschen Bischöfen und Fürsten zu reisen und sie um ihre Erlaubniss zu ersuchen, dass der Bund auf ihrem Gebiete Filialen errichten dürfe. Anfangs Februar trat Arnoldin seine Reise an versehen mit einer Menge kaiserlicher Empfehlungsschreiben, durch die der Zweck seiner gesandtschaftlichen Mission gefördert werden sollte. Gleich im Beginn derselben konnte er sich jedoch überzeugen, dass sein Plan keine Aussicht habe sich zu verwirklichen und dass man durch freiwillige Beiträge kein Heer werde unterhalten können. Denn als er von

1620

*) Arnoldinus an den Kaiser im November 1619, Wiener St. A. Böhm. Statth. A. Statuta societatis christianae defensionis.

Aschaffenburg aus dem Kaiser über seine bisherigen Erfolge berichtete, war er offen genug, das Fehlschlagen derselben einzugestehen und sich einem Rathschlag beizugesellen, den ihm einer der von ihm besuchten Fürsten gegeben hatte und der dahin lautete, dass der Kaiser vorerst nicht freiwillige Gaben erwarten, sondern suchen solle, seine Feinde mit seinen eigenen Mitteln und denen seiner Freunde zu bekämpfen und dann eilig ins Reich ziehen und daselbst die Katholiken nicht bloss mit guten Worten, sondern selbst mit Drohungen zur Hilfeleistung zwingen solle. Der christliche Vertheidigungsbund zeigte sich gleich bei seiner Geburt als lebensunfähig und erfüllte nicht die geringste Hoffnung, die man an ihn geknüpft hatte.*) Gleichwohl setzte Arnoldin seine Reise zur Begründung dieser Gesellschaft noch einige Monate fort, aber selbstverständlich ohne jedes greifbare Resultat.**)

24 März 1620

Schon lange, bevor Arnoldin mit seinem christlichen Vertheidigungsbund auftrat, hatte man sich von Wien aus um die Allianz sämmtlicher katholischer Fürsten bemüht und diese Anstrengungen waren von besserem Erfolge gekrönt. Denn wiewohl Ferdinand zur Zeit der arnoldinischen Rundreise nur über die bisherigen Bundesgenossen verfügte, so hatte er doch bereits zu Ende des J. 1619 die Gewissheit erlangt, dass er im Laufe des folgenden Jahres mit Sicherheit auf die Hilfe einer furchtbaren Coalition zählen könne. Bei Gelegenheit der pressburger Verhandlungen sprach Bethlen Gabor die Behauptung aus, dass sich die gesammte katholische Welt zur Unterstützung des Kaisers rüste und dass Spanien, der Papst und die deutschen Katholiken, ja selbst Frankreich und Kursachsen zu seiner Hilfe bereit seien. Wir können nicht glauben dass der Fürst das Zustandekommen einer solchen Coalition vermuthet oder gar für gewiss gehalten habe, uns scheint es, dass er in der Unterhandlung mit den böhmischen Gesandten nur ein Schreckgespenst an die Wand malen wollte, um dieselben zu grösserer Nachgiebigkeit gegen seine Wünsche zu

*) Wiener St.-A. Bohem. Ferdinand an Kurmainz dd. 13. Februar 1620. — Ebend. Arnoldinus an Ferdinand dd. 24. März 1620.

**) Albertus et Elisabeth Hispaniarum infans approbant institutum de sodalitate christianae defensionis dd. 20. Mai 1620.

veranlassen. Denn dass sich auch Frankreich für Ferdinand erklären und so der ererbten Feindschaft gegen die Habsburger entsagen werde, und dass Sachsen so weit den Protestantismus verläugnen würde, um denselben in Böhmen zu bekämpfen, das konnte Bethlen, der von den treibenden Kräften in den europäischen Kabineten keine nähere Kenntniss hatte, sondern nur nach den bisherigen Vorkommnissen urtheilte, nicht vermuthen. Und doch trat das Unglaubliche und Ungeahnte ein: im Winter 1619/20 bereitete sich eine Coalition in dem oben angedeuteten Umfange vor, durch die Ferdinand zum vollen Siege gelangen sollte. Vorbereitet wurde dieselbe schon im Jahre 1619, doch erst im Sommer 1620 war sie so weit gediehen, dass sie den Kaiser mit ihren Streitkräften unterstützen konnte.

Unter den Mitgliedern der Coalition müssen wir in erster Reihe Spanien nennen, wiewohl dies überflüssig scheint, da sich ja die spanische Hilfe für Ferdinand von selbst verstand. Und doch muss Spanien immer wieder zuerst genannt werden, da sich Philipp zu Ende des J. 1619 für den Kaiser zu neuen Opfern entschloss, die alles, was er bis dahin geleistet hatte, überboten. Wir müssen deshalb vor allem darüber berichten, was Philipp für seinen Vetter zu thun beabsichtigte und später thatsächlich leistete.

Unter den Truppen, die im Frühjahr 1619 auf Kosten Spaniens ausgerüstet wurden, und Ferdinand II zu Hilfe ziehen sollten, wurden auch 15000 Italiener angeführt, deren raschen Zuzug Oñate in Aussicht stellte. Der Gesandte hatte jedoch die verschiedenen Hindernisse nicht in Anschlag gebracht, die sich dem Anmarsche dieser Truppen entgegenstellten, denn thatsächlich traten nicht 15000, sondern nur 7000 Mann ihren Weg aus Italien nach Deutschland an und auch diese langten nicht schon im Frühjahre daselbst an, sondern hielten erst im Spätherbst, am 15. November, ihren Einzug in Innsbruck. Bezüglich dieser 7000 Mann traf im Dezember ein Befehl ein, nach welchem nur 3000 Mann ihren Marsch nach Österreich fortsetzen, 4000 Mann aber nach dem Elsass gehen und dort Winterquartiere nehmen sollten, um dann das Heer in Flandern zu verstärken. Da dieser Befehl zu spät eintraf, um ausgeführt

1619

zu werden, indem die Italiener der österreichischen Grenze viel zu nahe gekommen waren, als dass jetzt eine Theilung hätte vorgenommen werden können, so bat Oñate, man möchte dieselben sammt und sonders Ferdinand zur Verfügung stellen, da ohnedies in der Truppenzahl, die ihm vor einiger Zeit von Flandern zugeschickt worden war, äusserst beträchtliche Lücken eingerissen seien. Thatsächlich zogen die Italiener nach Passau, und langten daselbst im Dezember an. Eine Abtheilung von ihnen trat im Monat Januar den Marsch nach Böhmen an, zog über den goldenen Steig nach Budweis und Krummau und langte um den 15. bis 20. Januar an; der Rest blieb in Passau und hielt sich da noch einige Monate auf. *)

Im November 1619 verfügte sonach Ferdinand über keinen Mann dieses italienischen Zuzugs und doch bedurfte er gerade jetzt einer ausgiebigen Hilfe, denn Thurn war im Verein mit den ungarischen Truppen vor Wien gerückt: des Kaisers Lage war dadurch in den Monaten November und Dezember 1619 ebenso gefährdet, wie sie es im Monate Mai desselben Jahres gewesen war. Oñate berichtete über diese Zustände in verzweifelter Weise nach Spanien; man dringe in den Kaiser, er möge auf Böhmen und Ungarn Verzicht leisten und in allen seinen Erbländern die Religionsfreiheit gewähren und er werde vielleicht diesen Forderungen Gehör geben, um sich Ruhe zu schaffen. Man habe den Herzog von Baiern dringend um Hilfe ersucht und ihn gebeten sein Volk mit den herankommenden Italienern zu vereinen und gegen Oberösterreich zu ziehen; nach seiner (Oñate's) Meinung könne aber nur ein Angriff auf die Niederpfalz, von Flandern aus unternommen, dem Kaiser Lust schaffen und demgemäss forderte er den König auf, sein früher gegebenes Versprechen einzulösen. In der That hatte Philipp

26 Nov. 1619

*) Gardiner Letters: Philipp III an Erzherzog Albrecht dd. 5. Nov. 1619. Dieser Brief ist etwas dunkel gehalten und bekommt erst Licht durch Oñate's Schreiben vom 24. December 1619 im Archiv von Simanas 2327. Nachrichten hierüber auch im Münchner Reichsarchiv: Tom. III Fol. 311. Thurn an Anhalt dd. 21. Januar 1620. Ebendaselbst: Thurn an Fels dd. 22. Januar 1620.

ein derartiges Versprechen unmittelbar nach der böhmischen Königswahl gegeben, denn Ferdinand theilte dasselbe dem Herzog Maximilian bei seiner Rückreise von Frankfurt mit.

Der Eindruck von Oñate's verzweifelndem Briefe wurde durch zwei Schreiben verstärkt, die Erzherzog Albrecht zur selben Zeit an Philipp III abschickte. (30.Okt. 1619) In dem ersten erklärte auch er, dass er für Ferdinand keine andere Rettung sehe, als wenn der König von Spanien von Flandern aus einen Angriff auf die Niederpfalz anordne, der aber mindestens mit 30.000 Mann Infanterie und 8000 Mann Kavallerie unternommen werden müsse. (21.Nov 1619) In einem zweiten Schreiben suchte er die Hoffnungen, die man auf die Mithilfe Baierns und der Liga gesetzt hatte, auf das tiefste herabzustimmen: der Herzog von Baiern habe seine Mithilfe von so vielen Bedingungen abhängig gemacht, dass man daran zweifeln dürfe, ob sie je geleistet werden würde, und sollte dies dennoch der Fall sein, so würde das Haus Oesterreich nur den grössten Nachtheil davon haben, da sich der Herzog an den erblichen Besitzungen dieses Hauses schadlos halten wolle. Es bleibe also nichts anderes übrig, als dass sich der König zu dem Angriff auf die Niederpfalz entschliesse, wenn er Ferdinand gründlich helfen wolle.*)

Die Vorstellungen des Erzherzogs Albrecht und des Grafen von Oñate waren zu sehr begründet, als dass sie bei Philipp III ohne Eindruck geblieben wären; er war gern bereit zu helfen, handelte es sich doch um die Rettung seines Hauses und die Sicherheit der Kirche, also um die theuersten Interessen seines Lebens, aber unter seiner mehr als 20jährigen Regierung war die Macht und Bedeutung Spaniens in einen tiefen Verfall gerathen und dasselbe zu ausserordentlichen Anstrengungen unfähig. Die Schuld lag ebenso sehr in den ererbten Uebelständen, als in der Unfähigkeit des Königs. Er war ein frommer Christ, gutmüthigen Herzens, aber ein Feind jeglicher Arbeit und Anstrengung, die er gern auf die Schultern

---

*) Simancas: El Consejo de Estado al Rey dd. 28. Decemb. 1619. — Gardiner Letters etc. Erzherzog Albrecht an Philipp III dd. 21. November 1619. — Münchner Staatsarchiv: Ferdinand an Maximilian, ohne Datum. Die Münchner Kanzlei bemerkte hiezu: fortassis 10. Decemb. 1619.

seiner Günstlinge abwälzte, die jedoch das Beispiel ihres Herrn allzusehr befolgten. Seine Gutmüthigkeit wusste er nicht anders zu bethätigen, als indem er Geld und Gut an seine Umgebung verschleuderte, von der er ohne Unterlass angebettelt wurde. Es hatte unter diesen Umständen für Spanien wenig Werth, dass der König jede Sünde scheute und nicht ruhig schlafen zu können erklärte, wenn er sein Gewissen von einer solchen bedrückt fühlte: machte er sich doch durch sein ganzes Thun und Lassen der ärgsten Unterlassungssünde an seinem Lande schuldig.

Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass bei dieser Unfähigkeit Philipps III im Anfang des Jahres 1618 eine furchtbare Ebbe im spanischen Staatsschatze eintrat, nirgends reichte das Geld für die tausendfachen Auslagen, so dass sich der König zuletzt entschloss, den obersten Rath von Castilien um ein Gutachten zu ersuchen, wie der steigenden Noth abzuhelfen sei.

Ein Billet, datirt vom 6. Juni 1618, machte denselben mit dem königlichen Auftrage bekannt und veranlasste damit eingehende Berathungen, die endlich am 1. Februar des folgenden Jahres ihren Abschluss in der Ueberreichung des verlangten Gutachtens fanden.*) Dasselbe ist zwar arm an nutzbringenden Ideen, wie das bei der Bildung der Betheiligten nicht anders zu erwarten war, aber es ist insofern nicht ohne Interesse, als es den ganzen Jammer der spanischen Misswirthschaft blosslegt und einzelne Heilmittel vorschlägt, auf die man in Spanien nicht gefasst sein mochte. Die Räthe warfen dem Könige vor, dass er mit seinen Mitteln nie Haus zu halten verstanden und sein Einkommen, sowie seine Güter in nutzlosen Geschenken verschleudert habe. Habe er doch seit seinem Regierungsantritte Güter im Werthe von 54 Millionen Thalern und ausserdem über 100 Millionen in barem Gelde an Bittsteller und Günstlinge verschwendet. Seine Pflicht sei es diese Schenkungen nach dem Beispiele anderer Könige zu widerrufen und so seine Kasse zu füllen statt das Volk durch weitere übermässige Steuern von Haus und Hof zu treiben.

---

*) Lafuente historia de España, tom. XV und Khevenhillers Annalen.

Auch seinen Hofstaat müsse er einschränken, denn die Auslagen für denselben seien um zwei Dritttheile höher, als die für den Hofstaat Philipps II bei dessen Ableben. — Von grösserem Interesse sind die Stellen des Gutachtens, wo von dem Bauernstand und von den Mitteln die Rede ist, wie diesem in seiner gedrückten Lage aufgeholfen werden könne. Es wird ein Schuldengesetz vorgeschlagen, welches mannigfache Vergünstigungen enthält, vor Allem aber wird die Steuerfreiheit des Adels und des Klerus verworfen und dem Könige gerathen, Niemanden dieses Privilegium zu gewähren. Wenn man bedenkt, mit welch' unsinniger Hartnäckigkeit der spanische Klerus im 19. Jahrhundert unter Ferdinand VII seine Steuerfreiheit zu behaupten suchte, so wird man von Bewunderung für jene Rathgeber erfüllt, die entschlossen ein Privilegium angriffen, bei dessen Abschaffung sie selbst gewiss mitbetroffen worden wären.

Nach diesen Proben, die wir von dem Gutachten gegeben, wird es auch nicht Wunder nehmen, dass sich dasselbe energisch gegen die weitere Vermehrung der Klöster als der Hauptursache der steigenden Verarmung und Entvölkerung aussprach. Allerdings hatte damals die Zahl der Klöster und ihrer Bewohner, sowie der Kleriker überhaupt eine Höhe erreicht, die jede Vermuthung übertrifft. Wenn wir hören, dass der Herzog von Lerma allein zwanzig Klöster und eine Kollegiatkirche begründete, so werden wir es begreiflich finden, dass zu seiner Zeit der Domikaner- und der Franziskanerorden in Spanien allein an 32.000 Mitglieder zählten und dass die Zahl der Kleriker in den Diöcesen Calahorra und Pampelona sich auf 24.000 Mann belief.*) Um so natürlicher ist es, dass der Rath von Castilien den innigen Zusammenhang erkannte, in welchem die Entvölkerung von Spanien, der Verfall der Gewerbe und des Handels und die immer spärlicher einlaufenden Steuern mit der Zunahme einer Bevölkerungsklasse standen, die von allen Lasten befreit war, nichts arbeitete und

*) Der Geschichtschreiber Philipps III Gil. Gonzalez Davila, der diese Zahlen angibt, sagt in richtiger Einsicht der Ungeheuerlichkeit derselben: „Ich bin auch ein Priester, ich muss aber gestehen, dass wir ihrer mehr sind, als nothwendig ist.“

wenig oder keine Nachkommenschaft zeugte, und dass er sich daher trotz seiner unzweifelhaft kirchlichen Gesinnung energisch für die Verminderung dieser Bevölkerungsklasse aussprach. Minder erleuchtet zeigte sich der Rath von Castilien in seinen Ansichten von der Volksbildung. Die Schulmeister sollten nur in Städten gehalten, in den Dörfern aber abgeschafft werden, denn der Bauersmann wolle, wenn er gelehrt sei, den Pflug nicht mehr führen, sondern nur „ein Pfaffe oder Advokat sein." Von gleicher Beschränktheit zeugen die Rathschläge, die zur Einschränkung des Luxus ertheilt werden: man solle den prächtigen Kleidern und kostbaren Hausgeräthen aus der Fremde den Zugang nach Spanien versperren und jene Handwerke, die nur für den Luxus bestimmt seien, gewaltsam einschränken.

Auch darin zeigte das Gutachten einen empfindlichen Mangel an gereifter Einsicht, dass es nicht auf die Uebelstände hinwies, die in Folge der vollständigen Abwesenheit einer ordentlichen Rechtspflege um sich griffen. Ein Beispiel, das die traurigen Verhältnisse grell beleuchtet, mag hier Platz finden. Zu Anfang des Jahres 1620 wurde auf königlichen Befehl in Madrid öffentlich ausgerufen, dass Niemand nach zehn Uhr Abends durch die Stadt zu Pferde reiten, Niemand Pistolen, Panzer und Koller tragen und kein Handwerker diese Gegenstände anfertigen dürfe. Dem Verkehre und dem redlichen Erwerb wurde dadurch eine empfindliche Wunde geschlagen, und was war die Veranlassung dazu? Der Almirante von Castilien hatte bei Nacht einen seiner vertrauten Diener meuchlings erschiessen lassen, weil er ihn als seinen Nebenbuhler in der Gunst einer Dame erkannt hatte. Da der Almirante seines Verbrechens überführt worden war, wurde er mit seinen Dienern gefänglich eingezogen und nach Coca geführt, allein schon nach wenigen Tagen begnadigt, und nur insofern noch in seiner Freiheit beschränkt, als er Coca nicht verlassen, sondern dem Jagdvergnügen nur innerhalb eines Umkreises von zwei Meilen obliegen durfte. *) Statt also den

*) Khevenhillers Bericht dd. 21. März 1620, Wiener Staatsarchiv. Spanien/1620.

Almirante für sein Verbrechen zu bestrafen, strafte der König die Handwerker, indem er sie in ihrem Erwerbe hemmte, und statt den Mörder, der wahrscheinlich den Mord zu Ross verübt hatte und dann entflohen war, zur Rechenschaft zu ziehen, verbot der König, dass man sich zu einer bestimmten Zeit des einzigen Verkehrsmittels, dessen man sich in Spanien erfreute, des Reitpferdes bediene. Eine derartige Misshandlung der Justitz war damals in Frankreich nicht selten; aber so zur Regel geworden, wie in Spanien, war sie es nur in Polen, Ungarn und in einzelnen italienischen Gebieten.

So mangelhaft das Gutachten auch war, es deutete doch in einzelnen Punkten die gewichtigsten Gebrechen an, unter denen Spanien litt, und wenn man nur diese entschlossen entfernt hätte, so würde ein entscheidender Besserungsprocess eingeleitet worden sein. Aber das Gutachten verstiess zu sehr gegen alle bisherigen Lebensgewohnheiten in Spanien: es störte den König in seiner sorglosen Vergeudung, es tastete die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit an, und wollte für den Bauer Fürsorge treffen; welche andere Folgen konnte es haben, als dass es nach der ersten Aufregung, die es verursachte, bei Seite gelegt wurde? Der König zeigte selbst am deutlichsten, wie wenig er sich um die Rathschläge kümmere, die ihm ertheilt wurden, indem er einige Wochen nach Empfang des Gutachtens eine Reise nach Portugal antrat, obwohl sich die Räthe gegen die königlichen Reisen erklärt hatten, weil sie mit übermässigen Auslagen verbunden seien. In Gesellschaft seines Sohnes und späteren Nachfolgers und seiner Tochter Maria trat er mit einem ebenso glänzenden als zahlreichen Gefolge diese Reise an und entfaltete eine königliche Pracht in allen Orten, wo er seinen Einzug hielt. Kann es da Wunder nehmen, dass diese Reise, die sich bis Lissabon ausdehnte und mehrere Monate in Anspruch nahm, den königlichen Schatz vollends leerte? — Als Philipp auf der Rückreise wieder in die Nähe von Madrid gelangte, wurde er plötzlich krank und musste sich in dem Orte Casarrubios niederlassen. Man fürchtete für sein Leben, überall wurden Gebete für ihn angeordnet, aus Madrid brachte man den Körper des h. Isidor, damit der König aus dem Anblick und der Be-

rührung des Heiligen neue Kraft schöpfe. Die Krankheit nahm etwas ab und am 4. Dezember setzte er seine Reise nach Madrid fort; diesmal bewegte sich der königliche Zug im Gefolge des kostbaren h. Leichnams, der in Begleitung von 1000 Windlichtern auf einer Bahre von rothem Sammt vorangetragen wurde.

1619

Körperlich und geistig tief herabgestimmt brachte Philipp die Monate Dezember und Januar zu. Von Reformplänen, zu denen eine tiefere Einsicht und jugendliche Kraft gehört hätte war jetzt nicht die Rede, desto mehr aber von den Bedrängnissen, unter denen Ferdinand litt und von der Pflicht Philipps III ihm in denselben beizustehen. Ende Dezember 1619 waren jene Briefe von Oñate und dem Erzherzog Albrecht angelangt, die von der Noth des Kaisers berichteten und als einzigen Weg der Rettung den Angriff auf die Niederpfalz empfahlen. Auch der kaiserliche Gesandte in Madrid, der Graf Khevenhiller, strengte alle seine Kräfte an, um den König zu einer energischen Hilfeleistung zu vermögen, er bemühte sich die einflussreichsten Mitglieder des Staatsrathes zu gewinnen, fand aber nur an dem ehemaligen Gesandten Spaniens am kaiserlichen Hofe, Don Balthasar Zuñiga, einen warmen Freund und Anhänger. Auch den Eifer der Erzherzogin Margaretha uchte er von neuem zu wecken, damit diese ihren Einfluss bei dem Könige zu Gunsten Ferdinands aufbiete: aber für alle diese Bitten und Mahnungen hatte Philipp diesmal nur taube Ohren, er erklärte, dass es ihm nicht möglich sei, Ferdinand mit mehr Truppen zu unterstützen, als er bisher gethan; die 15.000 Mann, die er theils aus Flandern, theils aus Italien ihm zu Hilfe geschickt, seien das Aeusserste, was er leisten könne. *)

Obwohl der König durch den traurigen Stand seiner Finanzen zu dieser Weigerung berechtigt war, so glaubte Khevenhiller doch, dass dieselbe vornehmlich durch den königlichen Günstling, den Herzog von Uzeda und den königlichen Beichtvater und Grossinquisitor Fray Luis von Aliaga veranlasst

---

*) Münchner Staatsarchiv: Kopie von Khevenhiller's Schreiben an Ferdinand II dd. 20. Februar 1620.

werde. Er legte nun Alles darauf an, den Beichtvater zu gewinnen, allein es gelang ihm nicht einmal Zutritt bei dem Mönche zu erhalten, obwohl er sich wiederholt in dessen Wohnung einfand und lange Zeit unter den Lakaien und anderen Bittstellern auf die gnädige Erlaubniss harrte, vor dem mächtigen Gebieter zu erscheinen. Aliaga war ein gemeiner Mensch. Als einfachen Dominikanermönch hatte ihn der Herzog von Lerma zu seinem Beichtvater gewählt und ihm darauf zu demselben Posten bei dem Könige verholfen, worauf Aliaga nichts eiligeres zu thun hatte, als an dem Sturze seines Wohlthäters zu arbeiten und zu diesem Behufe dem Sohne desselben, dem Herzog von Uzeda die Hand zu reichen. Beide gelangten zu ihrem Ziele,*) der König war ein Spielball in ihren Händen; was Wunder, wenn der Hochmuth des ehemaligen Dominikaners täglich zunahm und sich in auffälliger Weise bei der Behandlung des kaiserlichen Gesandten äusserte.

Nicht Stolz war es, der Khevenhiller zuletzt antrieb, dieser Behandlung ein Ende zu machen, denn wie konnte von Stolz bei einem Gesandten die Rede sein, der die spanischen Minister im Namen seines Herrn stets mit neuen Bitten bedrängte und der sich, da er seit Jahr und Tag keine Besoldung mehr empfangen hatte, in solcher Noth befand, dass er durch seine Diener einen bairischen Agenten um Hafer für seine Pferde ersuchen lassen musste, weil kein Real im Hause war, wofür er denselben hätte kaufen können.**) Nicht Stolz also war es, wohl aber die (allerdings anfechtbare) Ueberzeugung, dass die Interessen seines Herrn mit denen Spaniens identisch seien, die ihn endlich antrieb, sich mit Gewalt Zutritt bei Aliaga zu verschaffen, nachdem er abermals vergeblich in dem Vorzimmer desselben gewartet hatte. Vor den erstaunten Grossinquisitor tretend, hielt er ihm eine Vorlesung über die Verpflichtung des Königs, dem Kaiser zu helfen: wenn er sich dazu nicht aus verwandtschaftlichen Rücksichten bewogen fühle, so sei er dazu im Interesse der katholischen Kirche verpflichtet und seine (des Beichtvaters) Pflicht sei es, den König ohne Unter-

*) Lafuente historia de España.

**) Münchner Staatsarchiv: Leuker an Maximilian dd. 26. Mai 1620. Madrid.

lass zu mahnen, wenn er säumig sei. Ferdinand habe im Vertrauen auf spanische Hilfe jeden Ausgleich abgelehnt, werde ihm diese nicht zu Theil und erfolge kein Angriff auf die Niederpfalz, so bleibe ihm (Khevenhiller) nichts anderes übrig, als sich auf die Post zu setzen, nach Hause zu reisen und seinem Herrn zu rathen, mit seinen Feinden auf irgend eine Weise Frieden zu schliessen. Spanien werde die üblen Folgen zu tragen haben, Flandern und die italienischen Besitzungen würden verloren gehen und der König auf einen Winkel von Spanien beschränkt bleiben. Als Aliaga auf diese Ansprache ablehnend antwortete und erklärte, dass der König nicht mehr thun könne, als er bisher gethan, frug Khevenhiller, ob dies seine eigene Meinung oder die des Königs sei. Der Beichtvater, durch diese Bemerkung nicht wenig befremdet, forderte eine Erläuterung und erhielt sie von Khevenhiller in noch heftigerem Tone. Wenn dies, so erklärte er, die Meinung des Königs sei, so betrachte er denselben als den gefährlichsten Feind des Kaisers, weil er diesen trotz aller Zusagen in der ärgsten Noth stecken lasse, er werde dem Kaiser rathen, sich auf jede Weise mit seinen Feinden auszugleichen und sich mit ihnen zum gemeinsamen Angriff gegen den König zu verbinden. Aliaga lachte zu dieser Drohung und meinte, wie könne der Kaiser, der sich nicht selbst zu vertheidigen vermöge, dem Könige das Seine nehmen wollen? Khevenhiller antwortete auf diese höhnische Bemerkung, indem er vor dem erstaunten Beichtvater alsbald einen Angriffsplan erörterte: der Kaiser brauche nur Böhmen an den Pfalzgrafen und Ungarn an Bethlen Gabor abzutreten, den Herzog von Savoyen zum Reichsvikar in Italien zu ernennen und könne dann gewiss auf allseitige Hilfe rechnen, wenn er dem Könige von Spanien die italienischen und niederländischen Besitzungen entreissen wolle, die indische Silberflotte würde dann ihre Schätze nicht mehr in Spanien, sondern in Amsterdam oder Antwerpen ausladen. Aliaga erwiederte darauf mit der Miene eines Grossinquisitors: Sehet zu, dass ihr euch nicht um den Hals redet, worauf Khevenhiller entgegnete, er wolle sein Leben gern im Dienste der Wahrheit und des Erzhauses verlieren, aber mit dem Beichtvater möchte er nicht tauschen, da

dessen Sitz in der Hölle noch tiefer sein würde, als der Luthers und Calvins.

Die Unterredung nahm zu beiderseitiger Unzufriedenheit ein Ende und Khevenhiller schien seinem Ziele ferner als je zu stehen. Ueberzeugt, dass er die Sache nicht auf sich beruhen lassen dürfe, wenn er nicht ganz scheitern wolle, machte er sich augenblicklich auf den Weg zum Könige und theilte ihm die gehabte Unterredung mit. Es war in der ersten Hälfte des Monats Jäner 1620, der König litt noch immer an den Folgen der Krankheit, die ihn im November befallen hatte, und düstere Todesgedanken, die sein Gemüth bedrückten, machten ihn empfänglich für die Bitten und Vorstellungen Khevenhillers, der unzweifelhaft die Unterstützung des Kaisers für die frömmste That erklärte, die der König vollführen könne, für eine That, die bei dem jenseitigen Gericht die Wagschale zu seinen Gunsten zu lenken im Stande sei. Der König, durch diese Bitten und Vorstellungen nicht wenig erschüttert, bat den Gesandten, sich bis zum folgenden Tage zu gedulden, er werde ihm dann Antwort geben.

Am folgenden Tage fand sich Khevenhiller wieder im königlichen Palaste ein, wurde abermals vor den König gelassen und erörterte von neuem die Verpflichtung desselben, dem Kaiser zu helfen. Es blute ihm das Herz, wenn er sehe, wie so stattliche Königreiche und Länder in feindliche Hände fallen und was noch schlimmer sei, in den höllischen Rachen gesteckt würden und dies nicht wegen einer verlorenen Schlacht, sondern wegen der Nachlässigkeit der Minister seiner königlichen Majestät. Philipp III begehe durch diese von seinen Dienern verschuldete Nachlässigkeit die schwerste Sünde, für die er sich an dem allgemeinen Gerichtstage kaum werde verantworten können: Tausend und aber Tausend Menschen würden den Allmächtigen wider ihn um Rache anflehen, weil er trotz reicher Mittel nichts gethan, um ihre Seelen in diesem Kampf vor Verderbniss zu retten. Aufmerksam horchte Philipp auf die Rede des Grafen, der mit eben so viel gläubiger Aufrichtigkeit als diplomatischer Schlauheit dem Könige die Schrecken des jüngsten Gerichtes vorzumalen wusste. Doch

enthielt sich Philipp auch jetzt einer zustimmenden Antwort, und beschied den Gesandten abermals auf den folgenden Tag.*)

Bei welchen Personen sich der König nun Raths erholte, ist nicht genau bekannt, aus den Mittheilungen Khevenhillers geht nur so viel hervor, dass neben der Erzherzogin Margaretha und neben Zuñiga diesmal auch der Graf von Benevente, der Herzog von Infantado und der Kardinal Çapata sich auf die Seite des Kaisers schlugen, der Herzog von Uzeda aber und der Grossinquisitor Aliaga auch jetzt in ihrer kühlen, um nicht zu sagen feindlichen Haltung verharrten. Viel scheint in diesen Tagen über die Bedrängnisse und Wünsche des Kaisers in Madrid gesprochen worden zu sein und die Ueberzeugung sich allgemein Bahn gebrochen zu haben, dass der Kampf in Deutschland kein politischer, sondern ein religiöser und dass demnach die Haltung des Königs vorgezeichnet sei. Ob diese Erwägungen oder seine eigene Gemüthsstimmung bei dem Könige den Ausschlag gab, bleibt sich gleich, gewiss ist, dass er endlich dem Kaiser die gewünschte Hilfe zu leisten versprach. Am 12. Jäner 1620 unterzeichnete er ein Schreiben an den Erzherzog Albrecht, in dem er ihn benachrichtigte, dass er ihm die nöthigen Mittel zur Verfügung stellen werde, damit ein Angriff gegen die Niederpfalz unternommen werden könne, er werde zu diesem Zwecke aus Italien 6000 Mann, aus Portugal und Sardinien je ein Regiment Infanterie nach Flandern schicken, zugleich ertheile er die Erlaubniss zu weiteren Werbungen. Zur Unterhaltung der Truppen werde er dem Erzherzog monatlich 230.000 Dukaten anweisen. Zu gleicher Zeit wurde der Graf Oñate in Wien davon benachrichtigt, dass der König sich zu dem Angriff gegen die Niederpfalz entschlossen habe und auch ferner in Oesterreich 12.000 Mann Infanterie und 4000 Reiter unterhalten und ausserdem den Sold für 3000 polnische Kosaken bestreiten wolle.**) Man glaubte, dass dafür eine Million Dukaten ausreichen würden.

---

*) Annales Ferdinandei von Khevenhiller.

**) Münchner Reichsarchiv: Oñate an Maximilian dd. 14. Febr. 1620. Münchner Staatsarchiv: Khevenhiller an Ferdinand dd. 24. Febr. 1620. Gardiner Letters: Philipp III an Erzherzog Albrecht dd. 12. Januar 1620.

Die Nachricht von diesen Entschliessungen langte in Wien am 13. Februar an und verursachte daselbst die grösste Freude, Ferdinand theilte sie sogleich dem Herzog Maximilian mit. Erzherzog Albrecht vernahm mit Genugthuung, dass Philipp auf seinen Vorschlag eingegangen sei und sich zum Angriffe auf die Niederpfalz entschlossen habe; allein die Million Dukaten, die Philipp hergeben wollte, genügte ihm nicht. Der Erzherzog verlangte zum mindesten 1,600.000 Dukaten, weil er die Auslagen für die Ausrüstung des Heeres und für den Unterhalt desselben auf mindestens 300.000 Dukaten monatlich berechnete, selbst wenn er nur für eine Truppenzahl von 21.000 Mann Infanterie und nicht, wie er ursprünglich bestimmt hatte, für 30.000 Mann zu sorgen hätte. *) Seine Berechnung überstieg den in Spanien gemachten monatlichen Voranschlag um 70.000 Dukaten. Da der Erzherzog in wiederholten Briefen auseinandersetzte, dass entweder Philipp III sich zur Auszahlung von 1,600,000 Dukaten entschliessen oder den Angriff auf die Niederpfalz fallen lassen müsse, so verstand sich der König zuletzt auch zu dieser erhöhten Ausgabe und theilte dies dem Erzherzog von Aranjuez aus mit. Noch im Laufe desselben Monats werde Albrecht aus Mailand eine Million Dukaten erhalten, und im Juli aus Neapel den Rest von 600.000 Dukaten. Jetzt war der Erzherzog zufrieden und erklärte, dass er den Angriff auf die Niederpfalz im Monate August beginnen werde.**)

Nicht ohne Interesse belehrt man sich aus den betreffenden Depeschen über die Pläne, welche man an den Angriff auf die Niederpfalz knüpfte. Man erörterte, was gethan werden solle, wenn der Pfalzgraf wegen dieses Angriffs Böhmen aufgäbe. Sollte man sich dann auch zurückziehen oder die gemachten Eroberungen ausnützen? Der Erzherzog Albrecht riet zu dem letzteren und war nur darüber im Zweifel, ob Spanien die eroberte Niederpfalz einfach behalten oder sie an den Pfalzgrafen von Neuburg abtreten und dessen Ansprüche auf Jülich dagegen in den Tausch nehmen solle. Von Seite Philipps III

---

*) Gardiner Letters: Erzherzog Albrecht an Philipp III dd. 31. Januar 1620

**) Archiv von Brüssel: Erzherzog Albrecht an Philipp III dd. 14. Apr. 1620. Ebenda: Philipp III an Erzherzog Albrecht dd. 9. Mai 1620.

erfolgte auf diese Mittheilungen vorläufig keine Antwort, wiewohl man im spanischen Staatsrathe die Sache eifrig erörterte und sich auch die Frage stellte, ob der Pfalzgraf nicht seiner Kurstimme entkleidet und dieselbe an den Herzog von Baiern übertragen werden sollte.

II

Neben der spanischen Hilfe war es hauptsächlich die Hilfe der deutschen Liga, die für den Kaiser von höchster Bedeutung war, da durch sie der böhmische Aufstand direkt zum Falle gebracht werden konnte. Die kaiserlichen Diplomaten mussten ein langes und schweres Stück Arbeit überwinden, ehe sie alle Schwierigkeiten, welche sich dieser Hilfeleistung entgegenstellten, beseitigt hatten. Gehen wir etwas näher auf diesen Gegenstand ein.

Nachdem man sich im Herbst 1618 in Wien überzeugt hatte, dass alle Bitten um Hilfe bei den einzelnen katholischen Fürsten und Bischöfen vergeblich seien, machte sich unter den vertrauten Räthen Ferdinands die Meinung geltend, dass man auf die Wiedererrichtung der im J. 1609 begründeten katholischen Union, die damals im Gegensatz zur protestantischen Union abgeschlossen, später aber, nicht ohne kaiserliche Einwirkung, aufgelöst worden war, hinarbeiten müsse. Man gab sich der Erwartung hin, dass man von der Gesammtheit der Katholiken erlangen könne, was man bisher bei den einzelnen vergeblich gesucht hatte. Um dieselben zur Wiederanknüpfung des alten Bundes zu vermögen, beschloss man in Wien, an einige der wichtigsten Fürsten und Bischöfe einen Gesandten abzuschicken, und durch diesen die nöthigen Verhandlungen einzuleiten. Mit dieser Aufgabe betraute man den Sekretär der spanischen Botschaft in Wien, Bruneau, einen Belgier von Geburt, der seitdem in den deutschen Angelegenheiten durch viele Jahre eine wichtige diplomatische Stellung einnehmen sollte. Er bekam von König Ferdinand eine Instruction und von Oñate die nöthigen Empfehlungen,

so dass er seine Reise in der doppelten Eigenschaft eines österreichischen und spanischen Agenten antrat.

Bruneau, der zuerst seine Schritte nach München lenkte, bat daselbst den Herzog um seine guten Dienste bei der Neubegründung der Liga (mit welchen Namen wir fortan die katholische Union bezeichnen wollen, obwohl sie denselben erst später annahm) und forderte ihn auf, die Leitung derselben zu übernehmen. Obwohl letzterer sehr zurückhaltend war und wiederholt betonte, dass er mit den böhmischen Angelegenheiten nichts zu thun haben wolle — er lehnte um diese Zeit sogar die Betheiligung an der Interposition ab — so liess er doch die Möglichkeit einer Hilfeleistung durchblicken, wollte aber nicht das Haupt der Liga sein, sondern nur ein einfaches Mitglied derselben. Indem er die Mittel und Wege zur Reorganisation der Liga erörterte, meinte er, dass es am besten wäre, wenn sie aus zwei Theilen, einem unter der Leitung des Erzherzogs Albrecht und des Kurfürsten von Mainz, und einem süddeutschen bestehen würde. Er hielt hiezu den Zusammentritt eines Konvents für nöthig, fürchtete aber, dass der Kurfürst von Mainz aus Scheu vor dem Palzgrafen nicht wagen würde, denselben zu berufen. Anfangs machte der Herzog dem Gesandten Hoffnung, dass er sich zu dem Konvente einfinden würde, später wollte er jedoch von einer persönlichen Betheiligung nichts wissen und sprach nur davon, dass er sich dem allgemeinen Beschlusse fügen und seine Beisteuer nicht versagen werde. Bruneau erfuhr jedoch aus anderweitigen Mittheilungen in München, dass der Herzog, nachdem er einmal aus seiner zuwartenden Rolle herausgetreten sei, auch die Direction über den oberländischen Theil der Liga übernehmen werde, wenn man ihn inständig darum ersuchen würde.

In Wien hatte man gleichfalls eingesehen, dass die Liga nicht wieder von den Todten auferweckt werden könne, wenn die Bedingungen nicht auf einem katholischen Konvent besprochen würden. Deshalb hielt man daselbst die Berufung des Konvents für ebenso nöthig wie in München und Bruneau erhielt den Auftrag, bei dem Kurfürsten von Mainz darauf zu dringen. Zur Unterstützung seiner Vorstellungen

schrieb Ferdinand selbst an den letzteren und bat ihn, diese unerlässliche Zusammenkunft baldmöglichst zu berufen. Bruneau hatte jedech keinen leichten Stand, als er in Aschaffenburg, der Residenz des Kurfürsten, ankam. Der letztere war für seine Person von der Nothwendigkeit des Konventes überzeugt, aber er scheute sich, wie der Herzog von Baiern richtig bemerkt hatte, vor dem Palzgrafen und dessen Anhang und wollte sich nicht einem Gewaltstreich aussetzen. Um seine Angst zu maskiren, schob er die Pflicht der Berufung anf andere Schultern, da er ja nicht das Haupt der Liga werden wolle und so musste Bruneau Aschaffenburg verlassen, ohne eine bestimmte Zusage erhalten zu haben. Er besuchte darauf den Bischof von Speier, einen Mann, der an den politischen Händeln der Zeit Geschmack fand, sich gern in sie hineinmengte und für die spanisch-österreichischen Interessen theils aus Ueberzeugung, theils als Pensionär Philipps III gewonnen war. Von ihm bekam er eingehende Nachrichten über die Stimmung der Katholiken und über die rechte Art, sie zu behandeln und verwerthete dieselben schon einige Tage später bei dem Bischofe von Würzburg, so dass er diesen für die entschiedene Unterstützung der österreichischen Interessen gewann.*)

Um die bessere Stimmung, die Bruneau's Erscheinen überall geweckt hatte, nicht erkalten zu lassen und sie in weitern Kreisen zu verbreiten, wurde die Absendung einer zweiten, glänzenderen Gesandtschaft in Wien beschlossen und mit derselben Erzherzog Leopold betraut. Das Unglück seines Hauses hatte diesen egoistischen Prinzen etwas zahmer gemacht und statt Schwierigkeiten zu bereiten, leistete er jetzt demselben nach Kräften gute Dienste. Er bekam einen dreifachen Auftrag: er sollte bei sämmtlichen Katholiken um eine ausserordentliche Beisteuer ansuchen, bei den geistlichen Kurfürsten die Berufung eines Kurfürstenkonventes wegen Bestimmung der deutschen Nachfolge betreiben und endlich den

*) Simancas 2504/16. Lo negociado por Bruneau en los meses de Noviembre y Diziembre 1618. — Ebendaselbst 2305/255: Oñate an Philipp dd. 28. Novbr. 1618.

Kurfürsten von Mainz und den Herzog von Baiern zur Theilnahme an der böhmischen Vermittlung verpflichten. Dass er auch nebenbei für die Berufung des ligistischen Konvents wirken sollte, ist selbstverständlich.

Leopold begann seine Rundreise, die ihn zu fast allen deutschen Bischöfen führte, mit dem Besuche des salzburger Erzbischofs. Es bedarf wohl keiner erneuerten Versicherung, dass auch der erzherzogliche Lockvogel keinen Thaler aus der Kasse des Prälaten hervorzulocken vermochte und dass sich die chevaleresken Manieren des neuen Diplomaten ebenso unwirksam erwiesen, wie die sachkundigen Vorstellungen bewährter Geschäftsmänner.*) Bei Maximilian, den Leopold hierauf besuchte, setzte es zuerst einige Vorwürfe ab. Der Herzog beklagte sich, dass man ihm von Seite des Hauses Oesterreich mit Misstrauen begegne, als ob er nach der deutschen Krone strebe, er verdiene diese Verdächtigung nicht. Aus unseren Mittheilungen kann man ersehen, dass Maximilians Versicherungen lauter waren wie Gold und dass nichts unbegründeter war, als wenn man ihn der Sucht nach der Kaiserkrone beschuldigte. Nachdem Leopold ihn beschwichtigt hatte, nahmen die Verhandlungen einen bessern Verlauf. Eine ausserordentliche Beisteuer erlangte der Erzherzog zwar nicht, aber er nahm die Gewissheit mit, dass sich der Herzog an der Liga betheiligen und dass er einen Kreistag berufen und die von demselben für den Kaiser votirten Beisteuern leisten würde. Maximilian hielt seine Versprechungen, denn er berief in der That einen Kreistag im Monat Dezember, und bewog denselben zu einer ansehnlichen Beitragsleistung für den Kaiser, auch verkaufte er diesem gegen spätere Zahlung von 80000 Gulden in Folge eines erneuerten Ansuchens einen Theil seiner Kriegsvorräthe, was er früher beharrlich verweigert hatte.**)

3. Dez. 1618

Auf seiner Weiterreise nach Mainz besuchte der Erzherzog ausser andern Reichsständen die Bischöfe von Eichstätt,

*) Band I S. 411.

**) Wiener StA. Boh. V. Erklärung Maximilians von Baiern an Martinitz dd. 26. Dezember 1618.

Augsburg und Regensburg und den Pfalzgrafen von Neuburg. Ueberall fühlte man die Nothwendigkeit einer engeren Vereinigung der Katholiken, überall wünschte man die Neubegründung der Liga und verlangte die schleunigste Berufung eines Katholikenkonventes. Von Opfern und Beisteuern für den Kaiser wollte sich Niemand ausschliessen, aber doch nur das zahlen, was der einzuberufende Konvent bewilligt haben würde. Alles kam also auf den Kurfürsten von Mainz an, dessen Initiative bei der Konventberufung als unerlässlich angesehen wurde. Leopold, der sich nun zu ihm verfügte, hatte in Bezug auf die drei obenangedeuteten Punkte seiner Mission keine Schwierigkeiten zu bestehen, als aber die Sprache auf die Berufung des Konventes kam, da predigte er tauben Ohren. Der Kurfürst war dem Kaiser geneigt, er bewies es, indem er kurz vor Leopolds Ankunft demselben mit einer freiwilligen Beisteuer von 10 Römermonaten unter die Arme griff, aber er konnte seine Angst vor der pfälzischen Partei nicht verwinden und fürchtete, dass die Berufung des Konvents das Signal für die Gegner sein würde, über ihn und den getheilten und schlecht vertheidigten geistlichen Besitz herzufallen. In der Berufung des Katholikenkonventes sah er gleichzeitig den Beginn einer Zweitheilung Deutschlands; die Protestanten würden sich gleichfalls verbinden und der Krieg aus Böhmen in das Reich getragen werden.

Durch diese Bedenken Schweikhards wurde das Zusammentreten eines Konventes in unabsehbare Ferne gerückt. Die allfällige Berufung von Kreistagen konnte in Mitteldeutschland keine Hilfe schaffen wie in Baiern, denn auf den Kreistagen würden, wie der Kurfürst richtig bemerkte, die protestantischen Stände jede Hilfeleistung vereitelt haben. Da jedoch die übrigen Katholikenhäupter die Bedenken des Kurfürsten nicht theilten oder sich wenigstens durch dieselben nicht einschüchtern liessen, da sie ferner alle dem Kaiser helfen wollten und dies sich nur durch einen Konvent thun liess, so wurde Schweikhard nach der Abreise des Erzherzogs von dem Herzoge von Baiern bestürmt, einen beherzten Entschluss zu fassen. Dieses Drängen siegte endlich über alle seine Bedenken und er benachrichtigte

1618 Mitte Dezember den Kaiser, dass er den Konvent berufen wolle. *)

In der That trat der Konvent, an dem sich die geistlichen Kurfürsten und einige Bischöfe betheiligten, mehrere Wochen später in Oberwesel zusammen und einigte sich über die Wiedererrichtung der Liga. Dieselbe sollte sich in einen rheinischen und in èinen oberländischen Bezirk theilen, die Direktion des Kriegswesens im rheinischen Bezirk sollte der Herzog von Vaudemont im Namen des Kurfürsten von Mainz führen, im oberländischen dagegen der Herzog von Baiern, der im Kriegsfall zugleich der oberste Anführer der gesammten Streitkräfte sein sollte. Als Zweck der Liga wurde die Erhaltung und Vertheidigung der katholischen Religion angegeben; zu diesem Ende wollten sich die Mitglieder nicht bloss zu Beiträgen entschliessen, um für den Kriegsfall vorbereitet zu sein, sondern auch die Könige von Frankreich und Spanien und den Papst um ihre Unterstützung ersuchen. Von den Beschlüssen wurde der Herzog Maximilian durch den Bischof von Bamberg in Kenntniss gesetzt, der eigens zu diesem Zwecke nach München reiste. Maximilian war erbötig den oberweseler Vereinbarungen beizutreten und das Obercommando über die ligistischen Streitkräfte zu übernehmen, machte aber zur Bedingung, dass die Rüstungen in einer Weise stattfinden müssten, die den Erfolg verbürge. Man darf nicht übersehen, dass in Oberwesel nur im allgemeinen die Vertheidigung der katholischen Kirche beschlossen wurde, davon dass die Rüstungen schon jetzt in Angriff genommen und dass dieselben zur Unterstützung des Kaisers verwendet werden sollten, war noch nicht die Rede; dieses wurde um so mehr weiteren Verhandlungen vorbehalten, als man noch immer

*) Simancas 2504/17: Relatio Serenissimi Arch. Leopoldi ad Caesarem super commissione sua ad catholicos et ecclesiasticos electores et principes imperii data Zavernae 9. Dec. 1618. — Wiener StA. Boh. V. Recommandationsbriefe Ferdinands an jene Fürsten und Bischöfe, die Leopold besuchen sollte, dd. 30. Okt. 1618. – Ebend. Leopold an den Kaiser dd. 16. Nov. 1618. — Ebend. Mainz an den Kaiser dd. 17. Novbr. und dd. 29. Nov. 1618. — Ebend. die Bischöfe von Eichstätt, Augsburg und Regensburg jeder für sich dd. 26. Novbr. 1618 an den Kaiser.

hoffte, dass die egerer Vermittlung, die erst im April beginnen sollte, den Frieden herstellen würde.

Nun starb der Kaiser am 20. März 1619 und mit ihm die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des böhmischen Streites. Ferdinand wandte sich mit den dringendsten Bitten an Maximilian, die definitive Organisation der Liga in die Hand zu nehmen; zugleich mahnte er den Erzherzog Leopold zur Ruhe, weil dieser mit seinen Ansprüchen auf ein drittes Directorium über die Liga, das sich über die schwäbischen Stände erstrecken sollte, den Herzog von Baiern verletzte. In der That berief der letztere nun die Stände, die seinem oberländischen Directorium unterthan sein sollten, zu einer Berathung nach München, aber auch hier kam es mehr zu einigenden Besprechungen als zu folgenreichen Beschlüssen, da man noch immer nicht die Bewaffnung in Angriff nehmen wollte. Gleichwohl hoffte Ferdinand auf eine baldige Hilfe der Liga, wobei er allerdings das meiste Zutrauen in die Freundschaft Maximilians setzte. Dieses Zutrauen veranlasste ihn, den Herzog Anfangs Juni durch den Freiherrn von Ulm zu ersuchen, er möchte seine Streitkräfte schon jetzt mit denen Buquoy's vereinigen und so die Gefahr, mit der ihn damals Thurn bedrohte, abwenden helfen. Dieser Bitte wollte Maximilian jedoch nicht nachgeben, *) er war entschlossen erst dann Hilfe zu leisten, wenn die Liga wieder hergestellt und das Haus Habsburg selbst seine Schuldigkeit gethan, d. h. wenn der König von Spanien seine Kräfte auch in die Wagschale gelegt haben würde. Als ihn bald darauf der spanische Agent Bruneau im Auftrage Ferdinands um sein schliessliches Gutachten ersuchte, ob der Krieg in Böhmen durch einen Vergleich beendet oder weiter geführt werden solle, riet Maximilian nur in dem Falle zur Fortsetzung des Krieges, wenn der König von Spanien seine Macht Ferdinand zur Disposition stellen würde, im anderen Falle empfahl er den Abschluss eines Friedens unter halbwegs annehmbaren Bedingungen. **)

31. Mai 1619

6. Juni 1619

*) Münchner Staatsarchiv 50/23: Antwort des Herzogs Maximilian an den Herrn von Ulm dd. 6. Juni 1619.

**) Münchner Staatsarchiv 40/7: Maximilian an Kurköln dd. 15. Juli 1619.

Wenige Tage nach dieser Unterredung Maximilians mit Bruneau traf Ferdinand auf seiner Reise von Wien nach Frankfurt in München *) ein und erfreute sich des Wiedersehens mit dem zwar vorsichtigen und zu Opfern nicht sehr geneigten aber jedenfalls aufrichtigen und lauteren Fürsten. Trotz der Zuvorkommenheit, mit der Maximilian seinen Gast empfing, beeilte er sich auch jetzt nicht mit den Rüstungen oder mit der Einholung der nöthigen Beschlüsse von Seite der Liga, theils deshalb, weil die Noth Ferdinands durch den Schlag, den die böhmische Armee bei Zablat erlitten hatte, für den Augenblick gelindert war, theils wohl auch deshalb, weil das Nebelgebilde der Vermittlung wieder am Horizonte auftauchte und davon gesprochen wurde, dass die Kurfürsten in Frankfurt nach der Kaiserwahl sich dieselbe angelegen sein lassen würden. Maximilian, der von seinem Bruder dem Kurfürsten von Köln hievon benachrichtigt wurde mit dem Zusatze, dass er sich an der Vermittlung nur in seiner Gesellschaft betheiligen wolle, wiederriet ihm dies; er wollte um keinen Preis durch die Rücksichtnahme auf seine Person einen Zwiespalt herbeiführen, so sehr ihm auch der Ausgleich mit Böhmen antipathisch war. So lange es aber eine entfernte Möglichkeit des Friedens gab, wollte er sich nicht durch voreilige Rüstungen in unnütze Auslagen stürzen. **)

Man wird sich nicht darüber wundern, dass während dieser Zwischenzeit auch die rheinischen Bischöfe und sonstigen Anhänger der Liga ihre Rüstungen nicht eifriger betrieben als der Herzog von Baiern, besonders da man zu Oberwesel bloss die Bereitwilligkeit hiezu erklärt, die Durchführung derselben aber von weiteren Verhandlungen abhängig gemacht hatte. Vielleicht würde noch längere Zeit verflossen sein, ehe sich die katholischen Fürsten zu den unvermeidlichen Auslagen entschlossen hätten, wenn der Pfalzgraf nicht durch den Angriff auf die solmsischen Reiter, über den wir berichtet

---

*) Wir schöpfen die Nachricht von dieser Zusammenkunft aus Ferdinands zweitem Schreiben an Maximilian dd. 3. Aug. 1619 in münchner Staatsarchiv 50/23.

**) Münchner StA. 40/7 Kurköln an Maximilian dd. 29. Juli 1619. — Ebend. Maximilian von Baiern an Kurköln dd. 5 Aug. 1619.

haben, selbst dazu Veranlassung gegeben hätte. Die pfalzgräfliche Partei schlug aus diesem Angriffe Capital und rühmte die Entschlossenheit des jungen Kurfürsten, der sich so der Vermehrung der Streitkräfte, die zur Unterdrückung Böhmens bestimmt gewesen seien, entgegenstellt habe; aber der Nutzen, der sich hieraus für Böhmen ergab, stand in keinem Verhältnisse zu dem schweren Nachtheil, den er für den Pfalzgrafen und seine Sache in Deutschland im Gefolge hatte. Die Bischöfe waren erbittert über den Friedensbruch und besorgt für ihre eigene Sicherheit, wenn dem Anwachsen der protestantischen Macht nicht bei Zeiten Einhalt gethan würde. Als sich der Bischof von Eichstätt, auf dessen Grund und Boden die solmsischen Reiter überfallen worden waren, über das ihm widerfahrene Unrecht bei Maximilian beklagte, war dieser erbötig eine Versammlung der oberländischen Stände nach Eichstätt auszuschreiben, die auch am 25. August 1619 stattfand. Es erschienen neben den Gesandten des Herzogs von Baiern und des Erzbischofs von Mainz die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Eichstätt, Augsburg und der Abt von Ellwangen.

Zum erstenmale nahmen hier die Berathungen der deutschen Katholiken eine Richtung, die von mehr als von blossen Wünschen für das Wohlergehen Ferdinands zeugte. Nachdem man zur Abwehr weiterer Vergewaltigung das Anerbieten des Herzogs von Baiern, mit einem Truppencorps von 2000 Mann zu Fuss und 200 Reitern den verwandten Ständen beizustehen, angenommen hatte, kam die Frage zur Verhandlung, ob und wie man Ferdinand in der Bewältigung des böhmischen Aufstandes unterstützen solle. Sich für ihn zu erklären und ihm offen Hilfe anzubieten oder zu gewähren davor scheute man sich noch, weil man die Protestanten nicht zu sehr reizen wollte, aber man war erbötig, sich zu rüsten, um dadurch die Union zu hindern sich zum Nachtheile Ferdinands in den böhmischen Streit einzumengen. Wenn sich sonst noch eine Gelegenheit ergeben würde Ferdinand einen Dienst zu erweisen, wollte man dieselbe nicht vorübergehen lassen, Zeit und Umstände sollten das Nöthige bestimmen. Die Haupt-

sache war geschehen, die Rüstungen wurden jetzt in Angriff genommen.

Diese Beschlüsse betrafen zunächst nur die oberländischen Stände, aber auch die rheinischen Stände blieben nicht lange im Rückstande. Die Ereignisse übernahmen die Aufgabe, die diplomatische Schwerfälligkeit, die sich in jener Zeit so ziemlich bei allen Parteien in gleicher Weise geltend macht, in einen schnellern Trab zu versetzen. Kaum war man in Frankfurt von der böhmischen Königswahl benachrichtigt worden, so lief auch schon aus München die Nachricht daselbst ein, dass der Pfalzgraf die angebotene Krone anzunehmen Willens sei und seine Wahl als eine besondere Schikkung Gottes ansehe. Der Kurfürst von Köln, unter den geistlichen Fürsten immer der eifrigste, erachtete es jetzt als ein Gebot der dringendsten Nothwendigkeit, dass man gegen die Uebergriffe des Pfalzgrafen ernstliche Vorkehrungen treffe und unter seiner Einwirkung ist unzweifelhaft von den rheinischen Ständen d. i. von den geistlichen Kurfürsten in ihrem Namen und in dem ihrer unmittelbaren bischöflichen Nachbarn der Beschluss gefasst worden, 6000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter auszurüsten und mit denselben Ferdinand im nächsten Frühjahre zu Hilfe zu eilen. Die geistlichen Kurfürsten benachrichtigten den Herzog von Baiern von diesem Beschlusse; die oberländischen Stände der Liga sollten gleichfalls aus ihrer zuwartenden Haltung heraustreten und offen die Unterstützung Ferdinands auf ihre Fahne schreiben.*)

Der entscheidende Moment für Maximilian nahte heran, er musste sich nun entscheiden, ob er in seiner bisherigen Zurückhaltung verharren und dem neuen Kaiser keine andere Hilfe angedeihen lassen wolle, als etwa die, dass er die deutsche Union an der Unterstützung der Böhmen verhindern würde oder ob er entschlossen auftreten und seine Waffen mit denen des Kaisers vereinen wolle. Maximilian war ein klarer und nüchterner Kopf, der sich nicht in Illusionen wiegte, er unterschätzte die Gefahr nicht, die diese Verbindung für ihn haben konnte,

*) Münchner Staatsarchiv: Churkölnische Correspondenz. Ebenda 50/29: Maximilian an Ferdinand dd. 13. Dzb. 1619.

aber auf der anderen Seite zeigte ihm die richtige Erwägung der politischen Verhältnisse in Europa, dass sich die Wagschale auf Ferdinands Seite neige, da Spanien und der Papst zu Opfern entschlossen waren, der deutsche Klerus Ferdinand unterstützen wollte und Frankreich mindestens in einer günstigen Neutralität verharren würde. Das katholische Europa konnte es diesmal mit dem protestantischen um so eher aufnehmen, als es bei dem letztern an einer entsprechenden Einigkeit und Opferwilligkeit gebrach. Die äussern Verhältnisse zeigten sich sonach dem Anschlusse Maximilians an Ferdinand nicht ungünstig; er durfte als Vertheidiger der katholischen Interessen auftreten und musste nicht länger mit verschränkten Armen zusehen, wie sie täglich mehr und mehr gefährdet wurden. Indem er damit einem Herzenswunsche nachkam, half er zugleich seinem Vetter und Gesinnungsgenossen dem Kaiser. Umsonst wollte er sich jedoch zu dieser Hilfe nicht verstehen, noch weniger aber jene Opfer bringen, zu denen die übrigen Mitglieder der Liga erbötig waren. Wenn Ferdinand an ihn die Bitte um Unterstützung richtete, so wollte er sich gleich von vornherein die Entschädigung sicher stellen, er wollte klare Rechnung haben und sich nicht mit blossen Versprechungen begnügen, da ihm die Fürsten des Hauses Österreich als schlechte Finanzmänner bekannt waren und Ferdinand nicht darnach angethan schien, diesen Ruf zu berichtigen.

Als Ferdinand auf seiner Rückreise von Frankfurt Anfangs Oktober in Begleitung des Herrn von Eggenberg, des spanischen Gesandten Grafen Oñate und des kurkölnischen Obersthofmeisters Grafen Eitel Friedrich von Zollern in München eintraf, wurde er von Maximilian mit allen Zeichen der Ehrerbietung empfangen, die seiner kaiserlichen Würde gebührte. Bis jetzt hatten sich beide Vettern wie Brüder gedutzt, von nun an machte Maximilian nicht mehr von diesem Freundschaftsrechte Gebrauch, verlangte aber, dass der Kaiser ihn in alter Weise anspreche. Die Bitte des letzteren um Unterstützung fand Gehör, doch bedurfte es von Seite Oñate's der formellen Versicherung, dass sein Herr die Liga mit 1000 Reitern unterstützen und von Flandern aus einen Angriff

1619

gegen die Niederpfalz unternehmen werde, bevor Maximilian alle seine Bedenken aufgab. Jetzt endlich machten sich die beiderseitigen Diplomaten an die Ausarbeitung eines Ver-
1619 tragsentwurfs, der am 8. Oktober von Ferdinand und Maximilian unterzeichnet wurde.

Nach diesem Vertrage erklärte Maximilian dem Wunsche des Kaisers und der geislichen Kurfürsten entsprechend die oberste Leitung der Liga übernehmen, ein Heer mit Hilfe der gemeinschaftlichen Beiträge der Bundesglieder anwerben und mit demselben, so weit dies die eigene Vertheidigung und die seiner Bundesgenossen gestatten würde, dem Kaiser zu Hilfe eilen zu wollen. Auch jetzt erhielt also Ferdinand keine unbedingte Zusage der Hilfeleistung, doch war die Bedingung diesmal keine Ausflucht, da Maximilian versicherte, dass er alles thun werde, um die gewünschte Hilfe zu leisten. Für die Auslagen und den Schaden, den der Herzog bei der Unterstützung des Kaisers erleiden würde, setzte der letztere seine und seines Hauses gesammte Besitzungen zum Pfand ein, aus ihnen sollte Maximilian sowohl vollen Schadenersatz, wie die Wiedererstattung seiner Auslagen erheben dürfen und zwar sollte er, sobald er irgend einen Theil der österreichischen Provinzen den Feinden entrissen und in seine Gewalt gebracht haben würde, in diesem Theile so lange als Pfandbesitzer alle Rechte eines Landesfürsten (mit einigen Einschränkungen) ausüben und Truppen in ihnen unterhalten dürfen, so lange er nicht volle Entschädigung erhalten haben würde. Zum Schlusse wurde bestimmt, dass wenn der Herzog von Baiern aus Anlass der dem Kaiser geleisteten Hilfe seine Besitzungen oder einen Theil derselben verlieren würde, das Haus Oesterreich ihm einen vollständigen Ersatz bieten müsse.

Dies waren die Bedingungen des niedergeschriebenen Vertrags, doch waren sie nicht die einzigen, zu denen sich Ferdinand verpflichten musste. Noch zwei Bedingungen wurden verabredet aber nur mündlich, da man wegen ihrer grossen Wichtigkeit das Geheimniss aufrecht erhalten wollte: sie betrafen den Lohn, auf den Maximilian neben der Entschädigung für seine Dienste Anspruch machte.

Es war ein alter Schmerz der bairischen Linie der Wittelsbacher, dass die Kurstimme durch die goldene Bulle der pfälzischen Linie zugetheilt und sie sonach seit dritthalb hundert Jahren von den Ehren und Vortheilen der Kaiserwahlen ausgeschlossen war. Maximilian hatte schon wiederholt angedeutet, dass er diese Zurücksetzung nicht minder schmerzlich empfinde als seine Vorfahren und dass er eine Gelegenheit mit Freuden begrüssen würde, durch die er das Ziel seiner Wünsche erreichen könnte. Er sollte sich diesem Ziele jetzt nahe gerückt sehen: Ferdinand gab ihm das Versprechen, dass er ihm die Kurwürde ertheilen werde, sobald sich der Pfalzgraf durch die Annahme der böhmischen Krone die Acchtung und damit den Verlust der Kurwürde zuziehen würde. Dies war die erste mündlich vereinbarte Bedingung, die zweite bezog sich auf den ererbten Besitz des Pfalzgrafen, von dem der Kaiser dem Herzoge von Baiern jenen Theil zu überlassen versprach, dessen er sich im Laufe des Krieges bemächtigen würde.*) — Ob dem Herzoge diese Besitzungen als freies Eigenthum oder nur als Pfandschaften versprochen wurden, darüber entstand im folgenden Jahr zwischen ihm und dem Kaiser ein Streit, auf den wir im vorhinein verweisen.

Der Kaiser entfernte sich aus München und überliess es dem Herzoge für die Erfüllung seiner Versprechungen Sorge zu tragen. Nach unsern Anschauungen, die wir von der Kostbarkeit der Zeit andere Begriffe haben als unsere Vorfahren, entwickelte der Herzog keine fieberhafte Hast und keinen unermüdlichen Fleiss in seiner Thätigkeit, allein er übertraf darin jedenfalls seine Feinde und seine Freunde. Zunächst beeilte er sich den König von Spanien und den Papst durch eigene Boten um die Anspannung ihrer Kräfte zu ersuchen, dann traf er alle Vorbereitungen, um einen Gesammtkonvent der Liga nach Würzberg zu berufen, in dem die Frage der Beitragsleistungen zur Werbung und Ausrüstung des Heeres endgiltig

---

*) Münchner Reichsarchiv lit 59: Instruction für Herrn von Preising dd. 8. Apr. 1620. Der Vertrag, sowie die betreffende Correspondenz zwischen Ferdinand und Maximilian in den Beilagen bei Breyer IV.

gelöst werden sollte. Die schlimmen Nachrichten, die Ende Oktober vom Kriegsschauplatze einliefen — es war dies zur Zeit, als sich Bethlen mit seinen Truppen Wien näherte — veranlassten den Herzog Maximilian die dringende Bitte an seinen Bruder zu richten, sein geworbenes Volk sobald als möglich dem Kaiser zur Verfügung zu stellen und nicht den Zuzug der andern Bischöfe abzuwarten. Der Kurfürst von Köln kam diesem Wunsche nach *), indem er sein Contingent nach Baiern abschickte, trotz der Gefahr die ihm von Holland drohte. In der That schien es einige Zeit, als ob die rheinischen Bischöfe aus Furcht vor Holland den gemachten Zusagen untreu werden würden. Im November steigerte sich die Furcht vor Holland in einem solchen Grade, dass sich der Kurfürst von Trier sogar scheute Werbepatente auf seinen Namen zu ertheilen und den Kurfürsten von Köln ersuchte seinen Namen dafür herzuleihen und von der gleichen Angst wurde auch der Kurfürst von Mainz gefoltert. **) Maximilian benachrichtigte den Kaiser von den verschiedenen auftauchenden Schwierigkeiten und erschreckte ihn damit nicht wenig. In seiner Antwort an den Herzog beklagte er sich bitter, dass die geistlichen Kurfürsten und namentlich Mainz so säumig in der Erfüllung der frankfurter Versprechungen seien, und fügte am Schlusse verzweiflungsvoll hinzu: „Wenn man mir nicht unter die Achsel greift, so werde ich mich nicht erhalten können.“ ***)

14 Nov. 1619

Maximilian, der treu an dem münchner Vertrag festhielt, bemühte sich die Furcht der Bischöfe zu zerstreuen und sie zu der Erfüllung ihrer Versprechungen zu treiben. Von seiner eigenen Furcht gab er nur dem Papste Kunde, dem er eine lebendige Schilderung der Gefahren entwarf, von denen die

*) Münchner Staatsarchiv 40/7: Maximilian an Kurköln dd. 5. Nov. 1619. Ebend. 311/8: Maximilian an den Papst dd. 1. Nov. 1619. Ebend. 40/7· Kurköln an Maximilian dd. 14. Nov. 1619.

**) Münchner Staatsarchiv 40/7: Trier an Köln dd. 7. Nov. 1619. Münchner Reichsarchiv. XXIII/I: Nebenmemorial für die bairischen Gesandten zum Convente in Würzburg.

***) Münchner Staatsarchiv 50/29: Maximilian an Ferdinand dd. 22. Nov. 1619. Ebenda: Ferdinand an Maximilian dd. Schottwien 22. Nov. 1619.

katholische Kirche bedroht sei. Er gab hiebei zu verstehen, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, wo der Papst nicht bloss das Patrimonium angreifen, sondern durch Kollekten, Besteurung der Kirchenpfründen und andere ausserordentliche Massregeln den Katholiken zu Hilfe kommen müsse.*)

Mittlerweile war der Tag herangekommen, an dem der Konvent der katholischen Stände in Würzburg eröffnet wurde. Ursprünglich war der 17. November dafür bestimmt 1619 gewesen, allein die leidige Saumseligkeit jener Zeit machte, dass die Verhandlungen erst Anfangs Dezember begannen. Maximilian, der wie die meisten Mitglieder der Liga durch Gesandte vertreten war, liess durch dieselben **) den Vorschlag machen, man solle eine Armee von 21.000 Mann zu Fuss und 4000 Reitern anwerben und zu ihrer Erhaltung die katholischen Stände nach Verhältniss ihrer Einkünfte verpflichten. Gleichzeitig sollten alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, den Bund durch Gewinnung neuer Mitglieder zu erweitern; er sollte sich nicht auf Deutschland allein beschränken, sondern die Könige von Spanien, Frankreich und Polen, den Papst und die italienischen Fürsten zu gewinnen suchen und sich mit einem Worte zu einem Bunde der gesammten katholischen Staaten erweitern. Da zu befürchten war, dass die nöthigen Geldmittel durch die säumigen Einzahlungen der Bundesmitglieder viel zu langsam einlaufen würden, so liess Maximilian durch seine Gesandten auch die Contrahirung eines Anlehens von 2—3 Millionen vorschlagen. Man möge sich nach Genua oder sonst wohin wenden und mit Hilfe des Königs von Spanien, der die Bürgschaft übernehmen könnte, das Anlehen zu Stande bringen. Die sämmtlichen Anträge des

*) Münchner Staatsarchiv 311: Maximilian an den Papst dd. 20. Nov. 1619.

**) Münchner Reichsarchiv XXIII: Instruction für die bairischen Gesandten Oberst von Haslang, Ulrich von Elsenheim und Hofkanzler Brugglacher dd. 27. Novemb. 1619.
Ebenda: Nebenmemorial für die Gesandten.
Ebenda: Böhmen literaria 59: Instruction für die Gesandten dd. 6. Nov. 1619.
Wiener StA. Böhmen XII: Instruction für Freiherrn von Fugger dd. 17. Nov. 1619. — Antwort des Conventes dem kaiserl. Gesandten gegeben, bei Breyer IV, Beilage S. 23.

Herzogs wurden fast unverändert angenommen und strenge Massregeln zur Eintreibung der Beiträge säumiger oder gar renitenter Bundesmitglieder beschlossen. Dem Herzog wurde die oberste Leitung des Bundesheeres, die Anstellung der hohen Offiziere, die Fürsorge für das Proviant- und Artilleriewesen und die Unterhandlungen mit den auswärtigen Staaten übertragen. Zu den Verhandlungen hatte auch der Kaiser einen Gesandten in der Person des Freiherrn Fugger von Kirchberg geschickt. *)

Nach dem Tage von Würzburg wurde die Anwerbung der Truppen und die Anlegung der nöthigen Magazine sowie der Ankauf der Kriegsbedürfnisse von Maximilian energisch betrieben, aber zugleich sorgte er dafür, dass die Hoffnung auf die Hilfe der Liga das Haus Oesterreich nicht allzu sicher mache. Den Erzherzog Albrecht mahnte er zur äussersten Anspannung seiner Kräfte und gab, um seinen Eifer anzuspornen, das künftige Heer der Liga um 7—8000 Mann geringer an und verdoppelte andererseits in seinem Berichte das Heer, welches die Union aufstellte.**) Er mochte denken, dass die Verdrehung der Wahrheit demjenigen gegenüber gestattet sei, dessen Haus von allen diesen Anstrengungen den meisten Vortheil ziehe und dessen Lässigkeit sich auf keine andere Weise in den erwünschten Eifer umwandeln lasse. In gleicher Weise drängte er den Kaiser zur grösseren Ausnützung seiner eigenen Hilfsmittel, indem er dessen wiederholte Bitte um Hilfe mit dem Bemerken zurückwies, dass er dieselbe erst nach Vollendung seiner Rüstungen leisten könne. ***) Die einzige Unterstützung, die er dem Kaiser zu Theil

---

*) Wiener Staatsarchiv: Böhmen XII. Instruction für Freiherrn von Fugger dd. 17. Nov. 1619. Antwort des Conventes dem kaiserl. Gesandten gegeben; bei Breyer IV. Beilage Seite 23.

**) Münchner Reichsarchiv, Böhmen lit. 59: Instruction für den bairischen Gesandten zu seiner Reise zu Erzh. Albrecht dd. 4. Dezember 1619. — Münchner Staatsarchiv: 40/7: Maximilian an Kurköln dd. 5. Nov. 1619. Ebend. Albrecht an Kurköln dd. 23. Nov. 1619. Ebend. Maximilian an Kurköln dd. 28. Nov. 1619. Ebend. Maximilian an Kurköln dd. 9. Dez. 1619.

***) Münchner Staatsarchiv 50/29: Maximilian an Ferdinand dd. 13. Dez. 1619.

werden liess, bestand darin, dass er den Truppen, die ihm aus Italien zu Hilfe zogen, den Durchzug durch sein Land gestattete. *)

III

Während Maximilian dem münchner Vertrag ertsprechend rüstete, aber sich hütete, die geworbenen Streitkräfte zu zersplittern, so lange das ligistische Heer nicht vollzählig beisammen war, bemühte er sich auch den Papst zu einer entsprechenden Hilfeleistung zu vermögen.

Aehnliche Bitten waren schon früher von Mathias und jetzt von Ferdinand an Paul V gerichtet worden. Die Bitten des Kaisers Mathias waren von dem spanischen Gesandten in Rom, dem Kardinal Borja, auf das eifrigste befürwortet worden. Borja fühlte sich durch seinen geistlichen Charakter nicht im mindesten beengt, dem Papste gegenüber eine eindringliche Sprache zu führen, vielleicht fand er gerade in demselben die nöthige Unerschrockenheit. Die vereinigten Vorstellungen der habsburgischen Vertreter hatten den Erfolg, dass der Papst dem Kaiser monatlich 10.000 Gulden**) Subsidien zahlte und mit dieser Zahlung wahrscheinlich in dem Monat September oder Oktober 1618 den Anfang machte. Borja nahm bald darauf auch den Einfluss des Papstes in Anspruch, indem er durch ihn die Wiedererrichtung der katholischen Liga in Deutschland zu beschleunigen suchte. Paul V leistete die von ihm verlangten Dienste mit Freuden und mag zu dem Zustandekommen des Katholikenkonvents das seinige beigetragen haben. Er versprach auch aus freien Stücken, dass er der Liga mit 200000 Gulden, zahlbar binnen drei Jahren, unter die Arme greifen und ausserdem ihr einige kirchlichen Zehnten zuweisen wolle. Für diese Versprechungen, denen vorläufig noch keine Thaten folgten, erntete er bei

*) Münchner Staatsarchiv 50/29: Maximilian an Ferdinand dd. 17. Dez. 1619. Münchner Staatsarchiv 50/29: Ferdinand an Maximilian dd. 28. Dez. 1619.

**) In den spanischen Korrespondenzen ist von Dukaten die Rede, aus dem deutschen Aktenstück ist jedoch ersichtlich, dass es nur Gulden waren.

Spanien keinen Dank, weil man ihn im Verdachte hatte, dass er von dem Momente an, in dem er die Liga unterstützen würde, die dem Kaiser bisher geleisteten Subsidien nicht weiter zahlen, also eigentlich nur billiger wegkommen wolle.*)

Wenige Tage nach diesem Vorgang bekam Borja von seinem Könige den Auftrag, den Papst um eine Erhöhung der an den Kaiser geleisteten Zahlung zu ersuchen. Der Kardinal kam dem Auftrage mit gewohntem Eifer nach und geriet hiebei mit Paul in einen fast leidenschaftlichen Streit. Der Papst behauptete, nichts mehr geben zu können und bat, indem er sich gegen das Bild des Erlösers kehrte, Gott um Geduld bei diesen steten Geldforderungen. Er betheuerte, dass man ihm das Leben mit diesem Drängen verkürze, aber der Kardinal liess sich durch alle diese Versicherungen nicht abschrecken, sondern berief sich auf die Frömmigkeit Philipps III, der nur aus Eifer für die Kirche sich an den gemeinsamen Vater derselben wende und ihn immer wieder bitte, in einer so hochwichtigen Sache seine Hilfe nicht versagen zu wollen. Da Paul trotzdem seine Armuth betheuerte, so erinnerte ihn Borja an den in der Engelsburg niedergelegten Kirchenschatz, der in einer Sache, von der das Wohl der Religion so sehr abhänge, angegriffen werden dürfe. Paul wies auch diesen Angriff ab, weil der gegenwärtige Fall keiner von jenen sei, für die der Schatz verwendet werden dürfe. Auch in den folgenden Monaten blieb der Papst gegen alle weiteren Bitten Spaniens und Oesterreichs taub, er glaubte allen Pflichten genügt zu haben, wenn er Ferdinand mit jenen 10000 Gulden monatlich unterstütze, und war zugleich erfreut, dass er sein der Liga gegebenes Verspechen nicht einhalten musste, weil dieselbe noch nicht zu Stande gekommen war.

In dieser egoistischen Ruhe wurde Paul V von dem Herzoge von Baiern aufgestört und zwar zu der Zeit, als noch die egerer Interposition im Zuge war, da Maximilian seine Theilnahme an derselben von der Vornahme umfassender Rüstungen auf kaiserlicher Seite abhängig machte und deshalb den Papst dringend zu grössern Beitragsleistun-

*) Simancas 1867, Borja an Philipp III dd. 24. Dezember 1618.

gen als bisher aufforderte.*) Auch diese Mahnung schlug der Papst in den Wind und erhöhte die bisher gezahlte Summe um keinen Heller. Als jedoch der Aufstand immer grössere Dimensionen annahm und die Böhmen zuletzt zu einer neuen Königswahl schritten, konnte sich Paul nicht mehr hinter die Ausrede flüchten, dass der Streit in Böhmen ein habsburgisches und nicht ein vorzugsweise kirchliches Interesse antaste. Da auch Maximilian von Baiern, der gerade im Begriffe stand, mit Ferdinand jenen münchner Vertrag abzuschliessen, sich von neuem an den Papst wandte und ihn in energischen Worten an seine Verflichtung zur Hilfeleistung mahnte**) und diese Mahnung wenige Wochen darauf mit den Worten wiederholte, dass, wenn die deutschen Fürsten bereitwillig seien, zur Unterstützung Ferdinands jegliches Opfer zu bringen, auch der Papst mehr als bisher thun müsse, gab endlich der letztere dem Andringen des kaiserlichen Gesandten Grafen Trauttmannsdorff um Erhöhung der bisher geleisteten Subsidien nach. Mitte November erklärte er, dass er dem Kaiser fortan die doppelte Summe, also 20000 Gulden monatlich zahlen wolle, doch beschränkte er seine Freigebigkeit dadurch, dass er den Termin, von welchem an er diese Zahlung leisten wollte, auf den März des folgenden Jahres verschob.***)

Noch bevor Maximilian von diesem Entschlusse Kunde erhielt, richtete er ein Schreiben an den Papst, worin er ihn aufforderte, sich an die Spitze eines Bundes zu stellen, der alle katholischen Könige umfassen sollte. †) Es zeigt, wie das katholische Bewusstsein durch die Vorgänge in Böhmen aufgeregt war, wenn ein so kluger und nüchterner Fürst, wie Maximilian von Baiern, die Errichtung eines solchen Bundes für möglich hielt, wenn er glauben konnte, dass Frankreich seine ererbte Feindseligkeit gegen die Habsburger aufgeben

*) Bd. II.

**) Münchner StA. Maximilian an den Papst dd. 4. Oktober 1619.

***) Ebend. Max an den Papst dd. 1. November 1619.

†) Archiv von Simancas, El Cardinal Borja an? dd. 19. November Rom. Münchner StA. 311/8 Max an den Papst dd. 20. Nov. 1619.

und zur Rettung dieses Hauses alles aufbieten würde. Paul gab diesem Wunsche insofern nach, als er seinem Nuncius in Frankreich den Auftrag gab, den König für die Unterstützung des Kaisers zu gewinnen.

In Spanien hatte der Geiz des Papstes vielfachen Anstoss erregt und man wurde auch nicht freundlicher gestimmt, als man daselbst von der erhöhten Beitragsleistung Kunde bekam, weil sie in keinem Verhältniss zu seinem Einkommen stand. Man sprach davon, dass es angezeigt wäre, wenn König Philipp die päpstlichen Einkünfte aus Spanien mit Beschlag belegen und zur Unterstützung des Kaisers verwenden würde.*) Auch in Spanien beschäftigte man sich mit demselben Plane, dem Maximilian in seiner Zuschrift an den Papst Ausdruck gegeben hatte, nämlich mit der Begründung einer allgemeinen Liga der katholischen Fürsten unter der Aegide des Papstes; ob man aber ein ähnliches Ansuchen an denselben stellte wie Maximilian, ist uns weiter nicht bekannt. Wahrscheinlich hielt man es dort für zweckmässiger, wenn Paul den französischen Hof günstig zu stimmen suchte und so derselbe Zweck erreicht würde, ohne dass von einem allgemeinen Bunde die Rede war.

Während der Papst von spanischer und österreichischer Seite um grössere Beitragsleistungen ersucht wurde, traf auch ein Gesandter des Kurfürsten von Mainz in Rom ein, der ihn an die Erfüllung des vor mehr als Jahresfrist gegeben Versprechens bezüglich der 200000 Gulden mahnen sollte, da die Liga jetzt mit Eifer rüstete und hiezu dringend des versprochenen Geldes bedurfte. Paul konnte, wie gern er auch gewollt hätte, dieses Gesuch nicht abweisen, aber er wollte nicht gleich zahlen, sondern erst, wenn der Zehent, mit dem er alle geistlichen Beneficien in Italien belegt habe, eingegangen sei.*) Wir vermuthen, dass alle Bitten um eine schleunige Auszahlung der versprochenen Summe aus seinen eigenen Mitteln, von ihm abschlägig beschieden wurden, wenigstens konnte der mainzische Gesandte von keinem Erfolge berichten. Als der Kaiser hörte, dass der Papst in

---

*) Münchner StA. 292/16, Khevenhiller an Max dd. 12. Jan. 1620.

Italien einen Zehent zu Gunsten der deutschen Liga erheben lasse, ersuchte er den Kurfürsten von Köln um die Ueberlassung desselben, so dass also ihm (dem Kaiser) allein die päpstlichen Hilfeleistungen zu Gute kommen sollten. Der Kurfürst war erbötig, diesen Wunsch zu erfüllen*), aber die übrigen Mitglieder der Liga und namentlich der Herzog von Baiern theilten diese Opferwilligkeit keineswegs und wiesen den Kaiser mit seiner Bitte ab. Wie langsam es übrigens trotz der Bitten und Mahnungen des Kurfürsten von Mainz mit der Einzahlung des Zehents vor sich ging, sehen wir aus einem Schreiben Maximilians an den Papst, worin sich derselbe noch am 1. Juli beklagt, dass der Liga 1620 kein Geld zugekommen sei. **)

Wie mässig die Beiträge des Papstes auch waren und wie tief sie unter den an seine Schätze gemachten Ansprüchen standen, sie waren immerhin eine erkleckliche Hilfe für den Kaiser und verschafften ihm einen um so entscheidenderen Sieg, als sein Gegner, der Pfalzgraf, nur von Holland mit Geld unterstützt wurde, alle übrigen Freunde aber im Augenblicke der Noth es zumeist bei leeren Vertröstungen bewenden liessen.

Neben der päpstlichen Hilfe fiel auch die Hilfe, die der König Sigismund III von Polen der Kaiser leistete, bedeutend in die Wagschale und trug das ihrige zur Entscheidung bei.

Bezüglich des Königs Sigismund ist bereits angedeutet worden, wie er den Fürsten Bethlen von dem Angriff gegen Ferdinand zurückhalten wollte und wie er als ihm dies nicht gelang, den Grafen Drugeth de Homonna in seinen Werbungen unterstützte. Da er seine Sympathien dem Kaiser stets bewahrte, so gab er auch seine Zustimmung, dass sich dasselbe Kosakenheer, das in Ungarn über die bethlenschen Truppen einen Sieg erfochten hatte, später aber zurückgeschlagen worden war, nach Oesterreich begeben durfte. Als die Kosaken vor Wien anlangten, wurde ein Vertrag mit ihnen abgeschlossen, dem 1620

*) Münchner StA. 33/5, der mainzische Gesandte an Schweikhard dd. 22. Februar 1620.

**) Münchner StA. Kurköln an Maximilian von Baiern dd. 8. März 1620.

gemäss ihnen monatlich 50000 Gulden gezahlt und das Eigenthum an aller Beute, die sie machen würden, zuerkannt wurde.*)

Bei Gelegenheit der pressburger Verhandlungen hatte Ferdinand behauptet, dass er um den Einfall der Kosaken in Oberungarn nichts gewusst habe und dass Bethlen sich bei dem Könige von Polen deshalb beschweren müsse. Sigismund fühlte sich dadurch verletzt; er konnte nicht begreifen, weshalb Ferdinand nicht offen bekannte, dass die Kosaken mit seiner Zustimmung geworben waren und in Ungarn eingebrochen seien und weshalb er sich einer Lüge bediene, die ihm ohnedies Niemand glaubte.**) Gleichwohl liess er den Kaiser die erlittene Kränkung nicht empfinden, sondern schickte demselben um die Osterzeit des Jahres 1620 abermals einige Tausend Mann zu. Als dann im Mai der ungarische Reichstag in Neusohl zusammentrat und hier darüber verhandelt werden sollte, ob Ferdinands Rechte auf Ungarn anerkannt oder endgiltig beseitigt werden sollten, ordnete Sigismund auch dahin eine Gesandschaft ab, um die ungarischen Stände zur Nachgiebigkeit gegen Ferdinand zu stimmen.

1620

Da dem Kaiser jedoch weder diese Fürsprache noch jene Hilfeleistungen genügten, so schickte er einen gewissen Fuchs nach Warschau und liess durch diesen die Aufforderung an Sigismund stellen, dass er die Kräfte Polens aufbieten und Schlesien angreifen solle, wofür er ihm alle Fürstenthümer in Schlesien antrug, deren Besitzer wegen Treubruchs geächtet werden sollten. Der König von Polen war geneigt, auf dieses Anerbieten einzugehen, er hoffte die Zustimmung des Reichstages zu einer derartigen Hilfeleistung zu erlangen, da ein wichtiger Gewinn in fast sicherer Aussicht stand. Denn wenn auch der Kaiser den Besitz der schlesischen Fürstenthümer nicht unbedingt anbot, sondern dieselben nur als Lehen abtreten wollte, so war damit schon viel gewonnen und die Möglichkeit, dass Schlesien wieder mit Polen vereint würde, um so mehr

*) Innsbrucker Statthaltereiarchiv: Drach an Erzherzog Leopold dd. 12. Februar 1620.

**) Brüssler Archiv: Secret d'etat Allem. Carton 165. Vischer an Erzherzog Albrecht dd. 17. Juli 1620.

gegeben, als das deutsche Reich dem tiefsten Verfalle zuwankte. Sigismund verlangte deshalb, dass der Kaiser seine weitgehenden Zusagen in einer von ihm selbst unterzeichneten Urkunde wiederhole und zugleich dahin erweitere, dass er auch den Besitz der einfachen Adelsleute konfisciren und den Polen überlassen werde. Man versicherte in Warschau den Agenten des Erzherzogs Albrecht, Vischer, dass, wenn der Kaiser auf die Forderungen des Königs eingehen werde, die Zustimmung des Reichstags zu der gewünschten Unterstützung gewiss sei. Ferdinand würde wohl keinen Anstand genommen haben, seine Versprechungen in der gewünschten Form auszustellen und zu erweitern, da aber die Polen mittlerweile von einem Angriffe der Türken bedroht wurden, so nahmen die Verhandlungen mit dem Kaiser ein Ende und derselbe musste sich mit den ihm zu Hilfe gezogenen Kosaken begnügen.*)

11. Juni 1620

Bei Gelegenheit der münchner Verhandlungen zwischen Ferdinand und Maximilian gab, wie erzählt wurde, der Graf Oñate im Namen seines Herrn das Versprechen ab, dass Spanien die Unterhaltung eines im Dienste der Liga zu werbenden Reiterregiments von 1000 Mann auf sich nehmen werde. Der Herzog von Baiern hielt es für nöthig, einen eigenen Gesandten nach Spanien zu schicken, um die Zahlungsmodalitäten festzusetzen und sich der Zustimmung Spaniens zu der ihm verheissenen Kur zu versichern. Er betraute mit dieser Mission einen seiner fleissigsten und unterrichtetsten Diener, den Dr. Leuker, der nach seiner Ankunft in Madrid (im Monate März) durch sein bescheidenes Auftreten und seine gründliche Bildung einige unter den spanischen Grossen, darunter den Herzog von Infantado und den Cardinal Çapata für sich gewann. Wie sehr die Absendung des Gesandten nothwendig war, zeigte sich bald, denn einige der hervorragendsten Räthe der Krone wollten nichts von der Zahlung der verlangten Subsidien wissen und das von Oñate

1620

*) Responsum Regiae Mtis Polonorum Petro de Vischero. Mon. Hung. IV. pag. 228. — Vischer an Erzherzog Albrecht dd. 17. Juli 1620. Brüssler Staatsarchiv.

gegebene Versprechen nicht einhalten. An der Spitze dieser Partei befand sich neben dem Herzog von Uzeda selbstverständlich auch der Generalinquisitor und Beichtvater Aliaga. Beide erklärten, dass sich der König von Spanien durch die Unterhaltung des kaiserlichen Heeres und durch den beabsichtigten Angriff auf die Niederpfalz zu den äussersten Opfern entschlossen habe. Aliaga ging in seiner Abneigung gegen die Einmischung Spaniens in die deutschen Angelegenheiten so weit, dass er wiederholt erklärte, der König thäte besser, wenn er Deutschland und das Haus Oesterreich sich selbst überlassen und sich mit seinen Besitzungen in Italien und in Ost- und Westindien begnügen würde.*) Wir haben bereits angedeutet, dass wir seine auffallenden Reden weniger als Beweise eines tiefen politischen Verstandes ansehen, sondern zum Theil auf ähnliche Ursachen wie bei dem Herzog von Uzeda zurückführen, den nur Faulheit und eigene Verschwendung von einer energischen Unterstützung des Kaisers zurückhielten. Wie dem nun sei, Leuker wusste den Gegnern seines Herrn in ähnlicher Weise wie Khevenhiller zu begegnen, er besuchte wiederholt die Erzherzogin Margaretha und bat sie um ihre Verwendung, die ihm auch zu Theil wurde,**) und so brachte er es in einer Audienz, die ihm der König bewilligte, zuwege, dass Philipp die Unterhaltung des Reiterregimentes durch sechs Monate versprach und hiefür monatlich 24.000 Gulden bestimmte.

Neben dieser Geldangelegenheit bemühte sich Leuker seinem Auftrage gemäss die spanischen Minister dafür zu gewinnen, dass sie der Uebertragung der Kur von dem Pfalzgrafen auf den Herzog von Baiern ihre Zustimmung geben möchten. Leuker fand lange keine Gelegenheit diesen zart zu behandelnden Punkt zu berühren, bis er von dem Sohne des spanischen Gesandten in Wien, dem jungen Grafen von Oñate zu einem Besuche bei dem Herzog von Infantado aufgefordert wurde. Gerade war jener Brief des Erzherzogs Albrecht aus Brüssel angelangt, worin er seine Ansichten auseinandersetzte, was

---

*) Münchner Staatsarchiv: Leuker an Maximilian dd. 29. März 1620.
**) Münchner Staatsarchiv: Leuker an Maximilian dd. 30. März 1620

mit den Ländern des Pfalzgrafen im Falle seiner Besiegung geschehen solle. Die Frage, wie über die Kur und das Kurland verfügt werden sollte, trat in den Vordergrund und der Herzog von Infantado bekam wahrscheinlich den Auftrag, von Leuker nähere Nachrichten einzuholen. Er empfing den bairischen Agenten in schmeichelhafter Weise und stellte die Frage an ihn, ob Pfalzneuburg die nächsten Rechte an die kurpfälzischen Besitzungen habe, im Falle sie erobert würden? Leuker bemühte sich nachzuweisen, dass Pfalzneuburg nicht das mindeste Recht auf diese Länder habe und sich mit dem zufrieden geben müsste, was ihm der Kaiser etwa zusprechen würde; alles übrige werde aber der letztere dem Herzog Maximilian gönnen. Der Herzog von Infantado verlangte nun eine schriftliche Deduction der Ansprüche Maximilians, welchem Wunsche Leuker in den folgenden Tagen nachkam. Er wurde darauf von dem spanischen Juristen Noguera besucht, der sich mit ihm im Auftrage seiner Regierung über denselben Gegenstand unterhielt und von den Mittheilungen Leukers so befriedigt war, dass er das Recht Maximilians auf die Kur für unbestreitbar erklärte.*)

Es ist nicht ohne Interesse das Urtheil zu vernehmen, welches Leuker über die Regierung von Spanien fällte. Er selbst war der Diener eines sparsamen, tüchtigen und fleissigen Fürsten, der eben so streng gegen sich war, wie gegen seine Ungebung und der nicht die leiseste Pflichtverletzung duldete. Wie verächtlich musste ihm also die Bequemlichkeit und Faulheit erscheinen, die sich bei fast allen Mitgliedern der spanischen Regierung kund gab, wie sehr musste ihm die Verschleuderung des öffentlichen Einkommens und die stete Leere in den königlichen Kassen auffallen? Welchen kläglichen Eindruck musste es auf ihn machen, wenn er sah, wie die Entscheidung der wichtigsten Angelegenheiten des Landes in der Hand zweier Männer lag, von denen der eine, der Herzog von Uzeda, ebenso genusssüchtig als notorisch unfähig war, der andere, der Beichtvater Aliaga wohl theologische Kenntnisse haben mochte, aber keine, die zur Regierung eines so

*) Münchner Staatsarchiv: Leuker an Maximilian dd. 21. Mai 1620.

unendlich grossen Staats gehörten. „Es ist“ so schliesst Leuker einmal seine Betrachtungen über Spanien, „ein seltsames Regiment, wenn man es der menschlichen Vernunft nach ausrechnen will. Wenn man aber das Effectum ansieht, findet sich, dass diese Monarchie mehr durch ein Wunder und durch besondere göttliche Disposition als durch Vernunft regiert und erhalten wird.“ — Wohl hatten viele Spanier ein ähnliches Urtheil über die Lage der Dinge in ihrer Heimat, wenn gleich sie sich über die Ursachen in mehr oder weniger seltsamen Täuschungen bewegten und deshalb die Heilung nicht in der Beseitigung der tausendfachen Uebelstände, an denen das Land krankte, sondern in der Bestrafung einiger ungetreuen Beamten suchten. So erlaubten sich gerade in diesen Tagen zwei Priester in ihrer Predigt den anwesenden König aufzufordern, gegen alle, die an den von dem ehemaligen Günstling Calderon verübten Betrügereien betheiligt gewesen, mit Strenge aufzutreten. „Gott würde selbst an dem König Rache nehmen, wenn er diesem Rufe nicht nachkomme, es sei nicht genug, wenn er bete und faste, ihm liege ob, das Schwert und nicht den Rosenkranz zu handhaben“. Es hatte diese energische Aufforderung keine andere Wirkung, als dass beide Prediger von Madrid verbannt wurden und so ihr kühner Mund zum Schweigen verurtheilt ward.*)

IV

Unter den italienischen Fürsten, die man zur Hilfeleistung für den Kaiser gewinnen wollte, befand sich auch der Grossherzog von Florenz. Da er mit Ferdinands Schwester verheiratet war, so stand er zu letzterem in demselben Verhältnisse, wie der König von Polen und zeigte sich in gleicher Weise zur Hilfe erbötig. Über seine wirklichen Leistungen sind die Nachrichten nicht genug sichergestellt, doch scheint er die

*) Münchner Staatsarchiv: Leuker an Maximilian dd. 22. März 1620. Ebendaselbst: Leuker an Maximilian dd. 21. April 1620.

Kosten für die Unterhaltung eines Kürassierregiments auf sich genommen zu haben. *)

Auch auf Savoyen, so sonderbar es scheinen mag, richtete die Liga ihre Aufmerksamkeit und wollte den Herzog für den Kaiser gewinnen. Welcher Umschwung muss bei Karl Emanuel eingetreten sein, dass er sich mit den Gegnern der pfälzischen Partei in Unterhandlungen einliess und dass diese sogar einen Augenblick auf seinen Anschluss hoffen konnten?

Wir kennen den Inhalt der Unterhandlungen, die der Herzog im Monat Mai 1619 mit Anhalt begonnen hatte. Da er sich des Zweifels an dem Gelingen der projektirten Unternehmung nicht erwehren konnte, wenn der König von England dieselbe nicht in jeglicher Weise unterstützen würde, so ersuchte er den englischen Gesandten an seinem Hofe Sir Isaak Wake, deshalb nach London zu reisen. Er stellte an Jakob die Forderung, dass ihn derselbe um seine Unterstützung für die pfalzgräflichen Pläne ersuchen solle, weil er voraussetzte, dass der König dies nicht thun werde, wenn er nicht selbst seinem Schwiegersohn mit allen verfügbaren Mitteln zu Hilfe kommen wolle. Aber Jakob lehnte die Aufforderungen des Herzogs ab und schickte Wake ohne die gewünschten Aufträge zurück. Dieses Schweigen machte den Herzog stutzig, er bewegte sich trotz des eben abgeschlossenen rivoler Vertrags mit grösserer Vorsicht und lehnte vorläufig jede Unterstützung Böhmens ab, wie dringend er auch von Mansfeld um Geld gemahnt wurde.

Bald nach seiner Rückkunft nach Turin empfing der englische Gesandte einen Brief des Pfalzgrafen, worin ihn dieser bat, er möge den Herzog von Savoyen um seine Vermittlung ersuchen, auf dass die Republik Venedig ihre deutsche Kavallerie der Union zur Hilfe schicken und ihren Unterhalt durch sechs Monate bestreiten möge.**) Wake hätte gern diesem Wunsche

30. Juni 1619

*) Wir schliessen das aus Hurter VII, 557, wo berichtet wird, dass das Kürassierregiment, welches Ferdinand zu Hilfe eilte, als er in Wien von den protestantischen Ständen bedrängt wurde, auf Kosten des Grossherzogs schon früher geworben worden sei. Jedenfalls sind die Nachrichten über die florentinische Hilfeleistung nicht klar genug.

**) Friedrich an Wake dd. 20./30. Juni 1619, Heilbronn, bei Gardiner.

unverweilt entsprochen, allein er zögerte, da er den Zorn seines Herrn fürchtete, wenn er sich der Interessen des Pfalzgrafen annahm. Zuletzt entschloss er sich aber doch, das Gesuch nicht unerhört zu lassen, indem er seine Angst damit beschwichtigte, dass der Pfalzgraf das Gesuch im Namen der Union gestellt habe und der König von England das Haupt der Union sei.

Als er den Herzog um seine Vermittlung bei der Signoria von Venedig ersuchte, fand er die beste Aufnahme; der Herzog war gern bereit, dem Pfalzgrafen uneigennützigere Freunde zu erwerben, als er selbst war, und lud deshalb Wake und den venetianischen Gesandten zu einer Unterredung ein. Mit einem wahren Feuereifer suchte er dem Vertreter der Republik begreiflich zu machen, wie unnütz dieselbe die deutsche Kavallerie auf ihrem Gebiete unterhalte, da Spanien an die Störung der Ruhe in Italien nicht denke, sondern seine Streitkräfte über die Alpen zur Unterstützung Ferdinands schicken wolle und wie es deshalb auch für die Republik am vortheilhaftesten sei, ihre Streitkräfte nach Deutschland zu schicken, um Spanien fern von dem eigenen Herde zu bekämpfen. Um die Venetianer von jeder Besorgniss zu befreien, bot er sich an, im Falle es ihre Sicherheit verlangen solle, sie binnen 15 Tagen mit einer so zahlreichen und guten Kavallerie zu versehen, dass sie für alle Bedürfnisse ausreichen würde. Er wandte sich hierauf an Wake und bat ihn, die gleiche Bitte an den venetianischen Gesandten zu stellen, damit man in Venedig wisse, dass die Unterstützung nur im Interesse der Union und nicht zur Beförderung irgend eines persönlichen Vortheils des Herzogs gewünscht werde. Wake kam dieser Aufforderung nach, hütete sich aber in dem Schreiben, welches er noch eigens in dieser Angelegenheit an den venetianischen Gesandten richtete, den Namen Jakobs anzuführen. In den wiederholten Gesprächen, die Karl Emanuel mit Wake über diesen Gegenstand hatte, schien er trotz der schweigsamen Haltung Jakobs zur Unterstützung des Pfalzgrafen bereit zu sein, denn er erklärte, er würde, wenn Venedig die Absendung der Kavallerie nicht auf sich nehmen würde, dies auf seine Kosten thun. Er knüpfte keine Bedingung an dieses Anerbieten und schien

nichts als eitel Opferwilligkeit zu sein. Es waren dies aber nichts als leere Versicherungen, denn der Herzog war nicht der Mann, der ohne eigenen Vortheil einen Thaler hergab, aber gewiss deuteten sie seinen aufrichtigen Wunsch nach einem innigen Bündnisse mit dem Pfalzgrafen an, wenn der König von England einen Theil der voraussichtlichen Kosten auf sich nehmen würde.*)

Als diese Nachrichten in England einliefen, bewirkte der Eifer des Herzogs von Savoyen und die wahrscheinliche Bereitwilligkeit Venedigs so viel, dass sich Jakob zu einigen Erklärungen verlocken liess, die mit seiner sonstigen neutralen Haltung nicht im Einklange standen. Allerdings hatte er um diese Zeit noch nichts von der böhmischen Königswahl und von der Annahme derselben durch den Pfalzgrafen erfahren und war sonach noch nicht die bittere Entfremdung zwischen Schwiegervater und Schwiegersohn eingetreten. In seinem Auftrage schrieb der Staatssekretär Sir Robert Naunton an Wake und belobte ihn wegen seines Eifers, mit dem er das Gesuch der Union bei dem Herzog von Savoyen und bei dem venetianischen Gesandten befürwortet habe. Er solle in ähnlichen Fällen mit gleichem Eifer fortfahren, des Königs Namen dürfe er jedoch nur dann brauchen, wenn er die spezielle Erlaubniss hiezu erhalten habe.**)

Der Herzog von Savoyen war indessen ein zu geriebener Fuchs, um sich durch die verschämten Bitten Wake's in die Falle locken zu lassen und da Opfer zu bringen, wo der König von England die Tasche zuhielt. Gegen Wake äusserte er zwar unverholen seine Freude, als die Nachricht von der Erhebung Friedrichs auf den böhmischen Thron in Turin anlangte, nur darüber zeigte er sich gekränkt, dass bei der Kaiserwahl in Frankfurt seiner nur so nebenbei gedacht worden sei und für ihn nicht einmal so viel Anstrengungen geschahen, als für Maximilian von Baiern. In dieser Missstimmung bekam er einen Besuch des französischen Gesandten in Turin, der ihn im Auftrage seines Königs von der weiteren Unter-

---

*) Gardiner, Wake an Naunton dd 18./28. Juli 1619.

**) Gardiner, Naunton an Wake dd. 27. August/6. September 1619.

stützung des Pfalzgrafen abmahnen sollte. Da der Herzog entschlossen war, nichts mehr für den Pfalzgrafen zu thun, so war dieser Wunsch für ihn eine vollgiltige Ausrede, wenn er fortan die Bitten des Pfalzgrafen nicht beachtete. Der letztere hatte, als er sich zur Annahme der böhmischen Königskrone entschloss, um die weitere Unterhaltung der mansfeldischen Truppen und nochmals um die guten Dienste des Herzogs bei Venedig ersuchen lassen, aber jede derartige Bitte war nunmehr vergeblich. *)

Für den Herzog war jetzt die Zeit gekommen, wo er seinem Verhältniss zu Spanien, das sich durch seine Beziehungen zum Pfalzgrafen immer schlechter gestaltete, eine Wendung zum bessern geben musste. Das sah er ein, dass die grossen Pläne des Pfalzgrafen bei der Haltung Englands und Frankreichs nur Seifenblasen seien und dass er sich durch weitere Betheiligung an ihnen nur auf das ärgste kompromittiren könne. Konnte er also seine Kräfte nicht für die Union verwerthen, so wollte er dieses jetzt für Spanien thun und da seinen Lohn haben.

Entsprechend diesem neuen und seiner bisherigen Haltung allerdings ganz entgegengesetzten Standpunkte trug er zu Ende 1619 seinem Gesandten am spanischen Hofe auf, sich dem Grafen Khevenhiller zu nähern und freundliche Beziehungen anzuknüpfen. Durch den Gesandten liess er auch dem Kaiser, der noch immer im Wittwerstande verharrte, die Hand seiner Tochter anbieten. Gern wolle er alsdann demselben in dem „gerechten Kriege“, zu dem er jetzt gezwungen sei, als General dienen, ihm Bundesgenossen, namentlich Venedig gewinnen und ein schönes Kriegsheer zusammenbringen, mit dem die verlorenen Länder wieder gewonnen werden könnten, nur müsse man ein rechtes Vertrauen zu ihm fassen. Mit denselben Anerbietungen fand sich der savoyische Gesandte auch bei der alten Erzherzogin Margaretha ein, die von der in Aussicht gestellten Hilfeleistung so gewonnen wurde, dass sie die savoyischen Anträge dem Könige Philipp III und dem Herzog von Uzeda zur Beachtung

*) Gardiner: Letters. Friedrich an Wake dd. 18./28. September 1619; Wake an Naunton dd. 20./30. September 1619.

empfahl. In Spanien erfreute sich jedoch der plötzliche Diensteifer Karl Emanuels keiner besonderen Würdigung; man hielt den Herzog jeder Falschheit für fähig und wollte nichts davon wissen, dass ihm die Ausrüstung und das Kommando über ein Heer übertragen würde, das er möglicherweise statt im Dienste des Kaisers zum Angriff gegen die spanischen Besitzungen in Italien verwenden könnte. *) Doch gab es auch einige Staatsmänner, welche die Verhandlungen mit Karl Emanuel weiter führen wollten und ihre Meinung fand einen eifrigen Verfechter an dem Herzog von Baiern, der auf die Nachricht von den savoyischen Anerbietungen eilig nach Madrid schrieb und verlangte, man solle um keinen Preis die Verhandlungen abbrechen. Dennoch ging man von spanischer Seite auf diese Rathschläge nicht ein.

Karl Emanuel gab sich mit dieser ablehnenden Haltung nicht zufrieden, sondern entwickelte nun erst recht einen grossen Eifer, um in die sich bildende katholische Coalition aufgenommen zu werden. Er beschloss, die Verhandluugen mit Ferdinand selbst zu beginnen und schickte einen eigenen Gesandten an ihn uuter dem Vorwande ab, als wolle er ihm zu seiner Erhebung auf den Kaiserthron Glück wünschen; thatsächlich suchte er aber durch neue und glänzende Anerbietungen die Freundschaft Ferdinands zu gewinnen. Er bot sich an, für ihn 10.000 Mann zu Fuss und 2000 Reiter zu werben und die Unterhaltung derselben auf die eigenen Schultern zu nehmen und verlangte als Gegenleistung die Ertheilung des königlichen Titels, oder nach anderen Nachrichten die Abtretung einer ihm gut gelegenen Besitzung, wenn das mantuanische Erbe frei sein würde. Die neue Freundschaft wollte er dadurch fester knüpfen, dass er abermals seine Tochter dem Kaiser zur Frau anbot, indem er behauptete, dass über diese

*) Brüssler Archiv Secret. d. Et. All. Carton 159 Khevenhiller an ? dd. 12. Januar 1620. — Khevenhiller an Erzherzog Albrecht dd. 12. Jan. 1620. — Ebend. dd. 24. Februar 1620. — Münchner Staatsarchiv: Khevenhiller an Max dd. 1. Februar 1620. — Ebend. Max an Khevenhiller dd. 3. März 1620. — Ambassade extraordinaire, Instruction für den französischen Gesandten dd. 8. April 1620. — Innsbrucker Statthaltereiarchiv: Khevenhiller an Maximilian dd. 25. Januar 1620.

Heirat in beifälliger Weise in Madrid zwischen der Erzherzogin Margaretha, seinem Sohne, dem Prinzen Philibert, und dem Grafen Khevenhiller verhandelt worden sei. Wiewohl Ferdinand nichts von den engen Beziehungen wusste, in welchen der Herzog von Savoyen bisher zu dem böhmischen Aufstande gestanden war, so traute er ihm doch nicht und seine Allianzanerbietungen und Heiratsanträge waren ihm gleichmässig zuwider, weil schlechte Gerüchte über die Prinzessin nach Wien gedrungen waren. Er erwiederte demnach dem savoyischen Gesandten, dass er weder die Erzherzogin Margaretha noch sonst Jemanden beauftragt habe, ihm eine Braut zu suchen; auch in Bezug auf die Ertheilung des Königstitels machte er ihm wenig Hoffnung. Es bedurfte der Intervention des Grafen Oñate, dass Ferdinand nicht gleich alle Verhandlungen mit dem savoyischen Gesandten abbrach, sondern den Beschluss fasste, dieselben vorläufig in die Länge zu ziehen. *)

Anfang April 1620

Bei den Beziehungen, die Karl Emanuel mit dem Hause Habsburg anzuknüpfen suchte, musste er den in dieser Zeit an ihn herantretenden spanischen Forderungen ein freundliches Gehör schenken, um den etwaigen Erfolg seiner Verhandlungen nicht zu durchkreuzen. Und Spanien trat in der That mit Forderungen auf, wie sie nicht unangenehmer für den Herzog sein konnten; Philipp III verlangte für die Truppen, die er aus Italien nach Flandern schicken wollte, den freien Durchgang durch das savoyische Gebiet. Bevor noch diese Forderung gestellt wurde, drang das Gerücht von ihr nach Prag und Friedrich hatte nichts eiligeres zu thun, als den englischen Gesandten in Turin zu bitten, doch ja seinen Einfluss aufzubieten, um den Herzog zur Nichtbewilligung des Durchzuges zu vermögen. Karl Emanuel erwiederte, dass er durch Verträge zur Bewilligung desselben verpflichtet sei, dass er sich aber hierin nach dem Rathe des Königs von England richten wolle. **) Wenige Tage nach diesem Zwiegespräch (gegen Ende Februar) erging an den Herzog von Savoyen von

1620

*) Simancas 2505/98: Oñate an Philipp III dd. 26. April 1620. — Ebend. Oñate an Philipp III dd. 18. Juli 1620.

**) Gardiner: Letters etc. Wake an Naunton dd. 8./18. Februar 1620.

spanischer Seite die kategorische Aufforderung, sich zu erklären, ob er den Durchzug gestatten wolle oder nicht. Er rief Wake zu sich, theilte ihm dies mit und schilderte ihm die schwierige Lage, in der er sich befinde. Trotzdem wolle er den Durchzug versagen, sich mit gewaffneter Hand ihm widersetzen und sich offen für den König von Böhmen erklären, wenn der König von England ihm dies befehlen und ihn vor der spanischen Rache beschützen wolle. Dieses kühne und vielleicht ehrlich gemeinte Anerbieten fand aber bei Wake nicht die gewünschte Aufnahme. Er dankte wohl im Namen seines Königs, wollte jedoch weder eine Bitte stellen, noch einen Befehl ertheilen. Dieses Versteckenspiel des englischen Königs konnte keine andere Wirkung haben, als dass Karl Emanuel am 5. Mai zu Turin mit dem spanischen Unterhändler 1620 den Vertrag abschloss, der den spanischen Truppen den Durchzug nach Flandern gestattete. *) Seiner Sympathie für die Sache des Pfalzgrafen konnte er jetzt keinen anderen Ausdruck geben, als dass er immer von neuem erklärte, er würde sich dem Pfalzgrafen anschliessen und ihn mit seiner ganzen Macht stützen, wenn der König von England ein gleiches thäte; so lange aber dies nicht der Fall sei, verbiete ihm die Klugheit, sich dem Angriffe Spaniens auszusetzen. In der Durchzugsfrage konnte er dem König von Böhmen keinen andern Dienst leisten, als dass er nichts versäumte, was den Durchzug verzögerte. **)

Kurze Zeit, nachdem er die Erlaubniss zum Durchzuge gegeben und somit einen schwarzen Schatten auf die glänzenden Versprechungen geworfen hatte, mit denen er ehedem den Pfalzgrafen und die Böhmen überhäuft, machte er die bittere Erfahrung, dass alle seine Anstrengungen um die Gunst Ferdinands vergeblich seien. Nachdem sein Gesandter länger als zwei Monate in Wien verweilt hatte und nach dem Rathe Oñate's von Tag zu Tag auf eine definitive Antwort vertröstet worden

*) Traités publics de la Royale maison de Savoye avec les puissances etrangères.

**) Gardiner, State papers. Wake an Naunton dd. Turin 2./12. und 15./25. Mai 1620; Münchner Staatsarchiv: Wake an den Pfalzgrafen dd. 9. Mai 1620, Turin.

1620 war, wurde ihm dieselbe um die Mitte Juni durch den Herrn von Eggenberg zu Theil. Wenn wir bedenken, dass die Bundesgenossen Ferdinands um diese Zeit ihre Rüstungen beendet hatten und jeden Tag ins Feld rücken konnten, dass Frankreich in seiner dem Kaiser freundlichen Haltung verharrte, so begreifen wir, dass für letzteren jetzt der Augenblick gekommen war, in dem er des Herzogs von Savoyen nicht schonen zu müssen glaubte. Herr von Eggenberg dankte also dem Gesandten für die Anerbietungen seines Herrn und namentlich für die Hand seiner Tochter: der Kaiser gedenke noch nicht zu heiraten und falls er es thun werde, so hoffe er, der Herzog werde sich mit seinem etwaigen Entschluss zufrieden geben. Ebenso wenig könne er ihm den königlichen Titel ertheilen; dazu bedürfe es der Zustimmung der Kur- und anderer Reichsfürsten, man müsste davon auch den Papst und die anderen Könige der Christenheit in Kenntniss setzen. Seine Dienstleistung werde der Kaiser übrigens gern annehmen, der Herzog möge nur angeben, gegen welchen der kaiserlichen Feinde er die Execution übernehmen wolle.

Auf diesen theils abweislichen theils höhnischen Bescheid erwiederte der Gesandte, dass sein Herr sich zu einer Execution wegen der weiten Entfernung seiner Besitzungen nicht werde hergeben können und entschuldigte ihn auch bezüglich seines Verlangens nach dem Königstitel. Der Herzog habe gedacht, dass eine ähnliche Forderung auch von anderen Fürsten gestellt worden sei; da dies aber nicht der Fall zu sein scheine, so ziehe er seine Bitte zurück. *)

Da Karl Emanuel mit seinen Allianzanträgen von dem Kaiser abgewiesen worden war, so wies er seinerseits ohne Umschweife ein Gesuch der Liga ab, das dieselbe an ihn richtete, um ihn zu einer Hilfeleistung zu vermögen, die wahrscheinlich in Geld bestehen sollte. Die Liga hatte sich auf Andringen des Kurfürsten von Mainz zu diesem Gesuch herbeigelassen**) und dasselbe durch zwei Gesandte, den Dechant

*) Simancas 2508: Oñate an Philipp III dd. 18. Juni 1620.

**) Brief an Max dd. 19. April 1620. Münchner Staatsarchiv.

von Augsburg Freiherrn von Fortenbach und den Freiherrn von Crivelli, die im Monate September in Turin anlangten, an ihn gerichtet. Beide Gesandten rühmten in ihrer Ansprache den religiösen Eifer des Herzogs, der ihm gewiss nicht gestatten werde, seine Glaubensgenossen in den schweren Kämpfen in Deutschland ohne Unterstützung zu lassen und versicherten ihn dabei, dass sobald die Liga zum Siege gelangen werde, sie ihn bei seinem allfälligen Angriffe auf Genf unterstützen wolle. Wenn man durch diese Lockspeise den Herzog zu ködern meinte, so hatte man sich verrechnet; er schlug ohne weiteres Zögern die Bitten und Anerbietungen der ligistischen Gesandten ab und war entschlossen an dem weitern Kampfe vorläufig keinen Antheil zu nehmen. *) 1620

Savoyen schloss sich also dem Kaiser nicht an, allein es war schon viel gewonnen, wenn der Herzog den Gegnern Ferdinands keine Hilfe leistete.

*) Archiv von Weimar. Bericht über die Anwesenheit der ligistischen Gesandten in Turin dd. 30. Sept. 1620.

Zehntes Kapitel.

Kursachsen und der Konvent von Mühlhausen.

I Bemühungen Ferdinands um die Bundesgenossenschaft Kursachsens. Hoë von Hoënegg und seine Parteinahme. Kurfürst Johann Georg. Zusammenkunft in Würzburg. Antwort der Liga an die Union. Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Johann Georg. Zusammentritt des Konvents von Mühlhausen. Die ersten Begrüssungen. Beginn der Verhandlungen. Sie beziehen sich hauptsächlich auf den Besitz der geistlichen Güter. Unterzeichnung der Bundesurkunde am 22. März 1620. Die Verhandlungen über die Achtserklärung.

II Preising in Wien. Streit zwischen Wien und München über ein mündlich gegebenes Versprechen des Kaisers. Beilegung des Zerwürfnisses. Ferdinand betraut den Kurfürsten von Sachsen mit der Execution gegen die Lausitz und gegen Schlesien. Verhandlungen über den Inhalt der Vollmacht. Die Achtserklärung wird über den Pfalzgrafen nicht verhängt.

I

Indem Maximilian auf die Erweiterung der Liga über möglichst zahlreiche Bundesgenossen bedacht war, bemühte er sich auch, den Kurfürsten von Sachsen der kaiserlichen Sache geneigt zu machen und ein Bündniss zwischen ihm und der Liga anzubahnen, in der That kam dieses Meisterstück der kaiserlich-bairischen Diplomatie im Monat März 1620 zu Stande.

Ferdinand fasste nach seiner Erhebung auf den deutschen Kaiserthron naiv genug die Hoffnung, dass man in Deutschland die Bekämpfung Böhmens als eine Reichssache ansehen werde und schickte deshalb nach allen Richtungen Gesandte

aus: an Dänemark, Brandenburg, Braunschweig, Oldenburg, an die Reichsstädte, an die Reichsritterschaft in Süddeutschland und bat sie um ihre Hilfe oder ihre Zustimmung zur Berufung eines Reichstages oder eines Kurfürstenkonvents, erhielt aber überall nur abweisliche Bescheide. So entschloss er sich, die weiteren Verhandlungen nur mit jenen Fürsten fortzusetzen, die von Anfang an eine freundliche Haltung gegen ihn eingenommen hatten und theilte diesen seinen Entschluss dem Kurfürsten von Sachsen mit, indem er ihn aufforderte, sich an einer Versammlung wohlgesinnter Fürsten zu betheiligen, die er zu diesem Behufe berufen werde.*) Katholiken und Protestanten sollten sich da begegnen und die Beschlüsse des würzburger Konvents eine neue Auflage erleben.

13. Jan. 1620

Die Forderung, die Ferdinand an Sachsen stellte, begegnete daselbst aus mancherlei Gründen einer freundlichen Aufnahme. Wie wenig sich auch der Kurfürst um die Krone von Böhmen beworben hatte, so empfand er doch den Sieg der pfalzgräflichen Partei als eine persönliche Niederlage und er grollte deshalb den Böhmen und ihrem neuen Könige. Sein Groll steigerte sich zum Hass, als er davon Kunde bekam, dass sein weimarer Vetter sich mit Friedrich von der Pfalz verband, um wenn der Sieg sich für Böhmen entschieden haben würde, die Kurwürde heimzufordern, die seinen Ahnen von Karl V entrissen worden war. Zu allem dem kam, dass der Hofprediger Hoë von Hoënegg diesen Hass mit leidenschaftlichem Eifer schürte, weil er einmal persönlich in Prag beleidigt worden war und die ihm angethane Schmach nie vergessen hatte. Nach der Ertheilung des Majestätsbriefes hatte er sich nämlich in der Hauptstadt Böhmens als Prediger niedergelassen und daselbst eine kleine Gemeinde, die zumeist aus Ausländern und einigen deutschen Bürgern bestand, um sich versammelt. Da er ein entschiedener Anhänger der augsburger Confession war, wurde er bald ein Gegenstand der Abneigung für die heimische Bevölkerung, die, wie wir wiederholt be-

*) Wiener Staatsarchiv: Bohemica 1620, Ferdinand an Kursachsen, dd. 13. Januar 1620.

merkt haben, eine gewisse Mitte zwischen dem Calvinismus und dem Lutherthum einhielt und deshalb die Ausfälle, die sich Hoë in seinen Predigten erlaubte, nicht vertrug. Eines der hervorragenden böhmischen Häupter, dessen Name uns nicht bekannt ist, suchte den Prediger in seiner Wohnung auf, schimpfte ihn da einen Verräther, Schelm und Aufrührer, verwies ihm seine Angriffe und erreichte damit soviel, dass Hoë hierüber nicht wenig bestürzt aus Prag wegzuziehen beschloss. An dem Tage, an dem er seine Abreise antrat, wurde sein Bildniss auf dem altstädter Hochgericht und auf zwei anderen nicht minder schimpflichen Orten aufgehängt und mit Zuschriften versehen, die die Beleidigung noch empfindlicher machten.*) Er zog nach Sachsen und fand da am kurfürstlichen Hofe eine weit glänzendere Stellung als jene war, die er aufgegeben hatte; in seinem Innern grollte er aber stets denjenigen, die ihn zu diesem Wechsel seines Aufenthaltsortes gezwungen hatten und lauerte begierig auf die Gelegenheit, sich an ihnen zu rächen. Jetzt bot sich ihm dieselbe dar und er erfasste sie mit allem Eifer: täglich lag er dem Kurfürsten mit Beschuldigungen und Anklagen gegen die Böhmen in den Ohren, er predigte und schrieb ohne Unterlass, man müsse dem Kaiser geben, was des Kaisers sei, er malte die Calvinisten und die böhmischen Rebellen mit den schwärzesten Farben, ja nicht zufrieden damit, legte er in einem eigenen Promemoria dem Kurfürsten die Pflicht ans Herz, dem Kaiser zu Hilfe zu eilen.**) Ob man schon jetzt von kaiserlicher Seite auf die Dienste Hoë's ein grosses Gewicht legte und ihm durch Zwischenhändler irgend eine Entlohnung in Aussicht stellte, ist uns nicht bekannt; im Laufe des Sommers 1620 überbot man sich jedoch in zarten Anfmerksamkeiten, die Hoë's Abneigung gegen Böhmen nur steigerten.

Groll gegen die Böhmen, Angst vor dem weimarer Vetter und die giftigen Einflüsterungen Hoë's machten also den Kur-

---

*) Wir erzählen dies nach einem gleichzeitigen Schreiben des bairischen Gesandten Viepeckh an Maximilian von Baiern dd. Prag 21. April 1613.

**) Wiener Staatsarchiv, Bohemica XI: Elvern an Ferdinand II dd. 22. Feb. 1620.

fürsten von Sachsen für die Wünsche des Kaisers geneigt, noch bevor der letztere ihnen Ausdruck gegeben. Denn schon Anfangs Januar erklärte er dem Landgrafen Ludwig von Darmstadt, einem der wenigen gleichfalls für den Kaiser gewonnenen protestantischen Fürsten, dass er von der Gerechtigkeit der kaiserlichen Sache vollständig überzeugt sei, dass er es für eine Pflicht der deutschen Fürsten halte, ihm zu helfen und dass er zu diesem Behufe die Stände des obersächsischen Kreises berufen habe und die des niedersächsischen Kreises berufen werde, damit sie sich an dieser Hilfeleistung betheiligten. Nach seiner Meinung bestand die einzige Schwierigkeit darin, dass die Stände vom Kaiser den ungestörten Besitz der ehemaligen katholischen Stifter und Klöster gesichert haben wollten, bevor sie sich zu seinen Gunsten erklärten. Er wolle deshalb mit den Häuptern der Liga zusammenkommen, um diesen Punkt ins reine zu bringen; sei dies geschehen, dann wolle er dem Kaiser zu allen Diensten bereit sein. Der Landgraf eilte nach dieser Unterredung nach Aschaffenburg, wo sich der Kurfürst von Mainz aufhielt und erstattete ihm von den Wünschen und Absichten Kursachsens Bericht. Schweikhard von Mainz erklärte sich zu einer Zusammenkunft mit Kursachsen bereit und setzte für dieselbe den 11. März fest, indem er zugleich die betreffenden Fürsten hievon benachrichtigte*) und Mühlhausen als Versammlungsort bestimmte.

Januar 1620

1620

Bevor diese Zusammenkunft stattfand, versammelten sich die Mitglieder der Liga am 18. Februar in Würzburg um über die Haltung zu berathen, die sie den sächsischen Forderungen gegenüber einnehmen sollten. Maximilian war damit einverstanden, dass den Ständen des niedersächsischen Kreises die Stifts- und Klostergüter weder mit Waffengewalt noch im Processwege entrissen und sie deshalb beruhigt werden sollten, nur wollte er ihnen die mit diesem Besitze sonst verbundenen Rechte, als z. B. Sitz und Stimme im Reichstage, nicht einräumen und hierin auch nicht nachgeben, wenn die geistlichen

1620

*) Münchner Staatsarchiv 33/5: Mainz an Maximilian dd. 23. Jan. 1620. Sächs. StA. Protokoll der Verhandlungen mit dem Landgrafen Ludwig.

Fürsten zur Nachgiebigkeit entschlossen wären.*) Diese Sorge Maximilians, dass die Geistlichen nachgiebiger sein würden, als er selbst, erwies sich als überflüssig. Die Bischöfe wollten nicht einmal so weit gehen wie Maximilian, sie waren nur zu dem Versprechen bereit, keine Waffengewalt gegen die faktischen Inhaber der geistlichen Güter in Niedersachsen anwenden zu wollen, aber den Processweg wollten sie sich nicht abschneiden lassen, höchstens für eine Anzahl Jahre auf denselben verzichten. Als Gegenleistung verlangten sie, dass der Kurfürst von Sachsen fortan den geistlichen Vorbehalt als rechtsgiltig anerkennen und jeden Angriff gegen geistliches Gut als verwerflich und unerlaubt erklären solle und dass er den Reichsfrieden als nur auf die katholischen und augsburger Religionsverwandten bezüglich anerkenne.**) Dass die Bischöfe den faktischen Besitzern der geistlichen Güter Sitz und Stimme auf dem Reichstage nicht zugestehen wollten, ist nach diesen Bestimmungen selbstverständlich.

Neben der Kirchengüterfrage, die in dem angedeuteten Sinne in Würzburg gelöst wurde, kam noch ein zweiter Gegenstand daselbst zur Verhandlung, nämlich die Antwort, die dem nürnberger Correspondenztage auf sein Anbringen bei dem Herzog von Baiern zu geben sei. Mehr als zwei Monate waren seit der Ankunft der Unionsgesandten in München verflossen und demnach der Zeitpunkt verstrichen, bis zu welchem die Union Frieden halten wollte. Sie konnte aus der Antwort, welche ihr von Würzburg zukam, ersehen, dass den Geistlichen der Schrecken nicht in die Glieder gefahren war, wie sie gehofft hatte. Zwar schlug die würzburger Versammlung nicht wie der Herzog Maximilian einen herausfordernden Ton an; ihre Antwort war sanfter und friedlicher, lehnte aber gleichfalls entschieden die Forderung zuerst abzurüsten ab, indem sie an zahlreichen Beispielen den Beweis führte, welchen Be-

5. März 1620

*) Münchner Reichsarchiv Böhmen lit. 59: Instruction für die bairischen Gesandten dd. 9. Feb. 1620.

**) Münchner Reichsarchiv Böhmen lit. 59: Beschluss des würzburger Conventes dd. 27. Feb. 1620.

drückungen und Beraubungen ihre Unterthanen durch das Volk der Unionsfürsten ausgesetzt gewesen seien. Sie erklärte sich auch nicht gegen die protestantischen Beschwerden, verwies dieselben aber auf den Reichstag und andere gesetzliche Versammlungen und protestirte dagegen, dass deren Abstellung binnen einer gemessenen Frist begehrt werde. Wollten die Protestanten den Krieg, so würden ihn die Katholiken ohne Furcht aufnehmen.*)

Mittlerweile nahte der 11. März heran, an dem die Zusammenkunft mit Kursachsen stattfinden sollte. Kaiser Ferdinand hatte noch vor diesem Tage den Herrn von Elvern an den Herzog Heinrich Julius von Lauenburg und an den Herzog Philipp von Sachsen - Altenburg abgeschickt und sie um ihre guten Dienste bei Johann Georg ersucht: beide Fürsten waren erbötig den kaiserlichen Wünschen zu entsprechen und reisten in Begleitung Elverns zum Kurfürsten von Sachsen nach Torgau. Elvern konnte die Gesinnung des Kurfürsten und seiner Räthe nicht genug rühmen; derselbe verüble es den katholischen Ständen höchlich, dass sie dem Kaiser bisher noch keine Hilfe geleistet hätten, sie müssten voran gehen und dann wolle auch er das seinige thun. Von Hoë und seiner Haltung schrieb Elvern in den überschwenglichsten Ausdrükken: er sei über den Hass, den der Hofprediger gegen die böhmischen Rebellen und die Calviner hege, in Verwunderung gerathen und hätte es nie gedacht, dass er in so hohem Grade den Katholiken zugethan sein könne. Elvern war vom Kaiser mit einem Geschenke betraut worden, das er dem Hoë für seine Kinder überreichen sollte. Wenn damit die Gewissensskrupel des Hofpredigers beschwichtigt werden sollten, so wurde dies vollkommen erreicht, Hoë bedankte sich in den feurigsten Versicherungen für die seinen Söhnen erwiesene Gnade und vesicherte, dass er bis an seinen Tod in seinem bisherigen Diensteifer verharren werde.**) — Elvern scheint für das Geschäft, zu dem ihn Ferdinand verwendete, ein ganz geeigneter Mann gewesen zu sein; den kurfürstlichen Räthen

1625

*) Die Antwort bei Londorp.

**) Wiener Staatsarchiv, Boh. XI: Elvern an Ferdinand dd. 23. Feb. 1620. Ebenda: Hoë an Ferdinand dd. 24. Feb. 1620.

suchte er die Erbrechte Ferdinands auf die Krone von Böhmen klar zu machen und führte zur Unterstützung seiner Behauptungen mit ziemlicher Sachkenntniss die entscheidenden böhmischen Dokumente an. Als er darauf nach Magdeburg reiste, um daselbst den Administrator, den Bruder des verstorbenen Kurfürsten von Brandenburg, für den Kaiser zu gewinnen, war seine Bemühung auch diesmal von Erfolg begleitet; er bekam die Versicherung, dass der Administrator dem Kaiser treu bleiben wolle, so lange ein Tropfen warmes Blut in seinen Adern fliesse." *)

Da der Kurfürst von Sachsen entschlossen war dem Kaiser zu helfen, so begnügte er sich nicht mit den Verhandlungen, zu denen er sich gegen Kurmainz erboten hatte, sondern beschloss dieselben Fragen, die er bei der Zusammenkunft in Mühlhausen an die katholischen Fürsten stellten wollte, auch in Wien zu stellen und nebenbei noch andere Punkte daselbst zur Entscheidung zu bringen. Er schickte zu diesem Zwecke den Freiherrn Hannibal von Dohna nach Wien und liess durch ihn die Bedingungen bekannt geben, unter denen er erbötig sei, dem Kaiser zu helfen. Die erste betraf die ehemaligen Stifter und Klöster im sächsischen Kreise, bezüglich deren der Kurfürst verlangte, dass die gegenwärtigen Besitzer in ihrem Besitze nicht gestört werden sollten. Wir wollen gleich hier anführen, in welcher Weise der Kaiser diesen und anderen Bedingungen entsprechen wollte, und bemerken, dass Ferdinand der Forderung Sachsens nachzukommen bereit war, aber die Entscheidung über diese Angelegenheit auf den mühlhauser Convent verschob. Als zweite Bedingung verlangte Johann Georg vom Kaiser das Versprechen, die Lutheraner in seinen Ländern nicht zu verfolgen. In dieser Beziehung erklärte Ferdinand den Majestätsbrief gegen jene beobachten zu wollen, die sich ihm unterwerfen würden, allerdings meinte er dies in der Weise, wie er ihn verstand. Mit diesem Versprechen ging Ferdinand gar keine Verpflichtung ein; denn wenn er den Majestätsbrief nur gegen jene beobachten wollte, die sich ihm freiwillig unterwarfen und nicht gegen jene, die er mit Waffengewalt be-

---

*) Ebenda: Elvern an Ferdinand dd. 1. März 1620.

zwang, so konnte er leicht die gesammte Einwohnerschaft von Böhmen zu der letzteren Kategorie rechnen und da er den Majestätsbrief nur in der Weise beobachten wollte, wie er ihn verstand, so musste auch dies zu den mannigfachsten Ausflüchten Gelegenheit bieten. Man sollte zwar meinen, dass die spitzfindigste Interpretationskunst in dem Majestätsbrief das freie Glaubensbekenntniss nicht hätte antasten können, allein wir ersehen aus dem Briefe eines der wichtigsten Rathgeber Ferdinands, dass die Spitzfindigkeit noch weiter reichen konnte: derselbe versprach nämlich dem Kaiser, wenn es darauf ankommen würde, dem Majestätsbrief eine solche Erklärung zu geben, dass Ferdinand unfehlbar damit zufrieden sein würde.*) — Die dritte Bedingung des Kurfürsten lautete dahin, dass ihm die Ober- und Niederlausitz für die Kriegskosten verpfändet und die Auslösung nicht früher verlangt werde, als bis die Kosten ersetzt seien. Mit dieser Forderung war Ferdinand einverstanden. Als vierte und letzte Bedingung verlangte der Kurfürst, dass ihm der Kaiser irgend ein deutsches Fürstenthum, das erledigt werden würde, gebe und er bezeichnete als solches das Fürstenthum Anhalt; er setzte also voraus, dass der Kaiser die Fürsten von Anhalt wegen ihres Anschlusses an den Pfalzgrafen ächten und ihres Besitzes verlustig erklären würde. Auf diese Bedingung antwortete Ferdinand, dass er nach Zeit und Umständen dem Kurfürsten gern ein Fürstenthum einräumen werde; er verlangte aber, dass der Kurfürst augenblicklich waffnen und mit seinen Truppen dorthin ziehen solle, wohin er ihm die Weisung geben werde.**)

Als demnach der Tag herankam, auf welchen die Zusammenkunft des Kurfürsten von Sachsen mit den ligistischen Fürsten anberaumt war, war die Verbindung zwischen ihm und dem Kaiser schon fest geschlossen, da er dem letzteren bereits eine sichere Zusage der Hilfe gegeben hatte. Am 11. März trafen in Mühlhausen neben Kursachsen die Kurfürsten von Mainz und

---

*) Wiener Staatsarchiv Boh. 1620: Der Brief zur Zeit des mühlhauser Convents geschrieben ist ohne Unterschrift; er dürfte entweder von dem Reichsviceekanzler von Ulm oder von Hannibal von Dohna herrühren.

**) Simancas 2505/20: Oñate an Philipp III dd. 4. März sammt Beilage.

Köln, der Landgraf Ludwig von Hessen und die wichtigsten Rathgeber der betreffenden Fürsten ein. Es befanden sich in der Begleitung von Kurmainz die Herren von Metternich und Hohenegg und in Begleitung Kursachsens die Herren von Schönberg, Brandenstein, zwei Herren von Loss und der Hofprediger Hoë. Kurtrier hatte sich aus uns unbekannten Gründen nicht eingefunden, auch der Herzog von Baiern fehlte bei der Versammlung, liess sich aber bei derselben durch die Herren von Preising und Brugglacher vertreten. Er hatte ihnen eingeschärft, in Bezug auf die religiöse Frage keine andere Verhandlung zuzulassen, als die sich auf die niedersächsischen Stifter bezog, bei jeder andern Berührung des religiösen Thema's aber sich mit mangelnder Vollmacht zu entschuldigen. *)

Die ersten Tage nach der Ankunft der genannten Persönlichkeiten vergingen unter wechselseitigen Besuchen, Aufwartungen, Gastereien und Complimenten. Der Kurfürst von Sachsen drückte den bairischen Gesandten sein Bedauern darüber aus, dass er mit ihrem Herrn noch nicht persönlich bekannt geworden sei, gern wäre er zu diesem Behufe noch weiter gereist. Aus seiner dem Kaiser freundlichen Gesinnung machte er kein Hehl, er tadelte den Herzog von Baiern, dass er die Unirten nicht angegriffen habe, als diese jüngsthin einem ligistischen Regiment den Durchzug nicht gestatten wollten. Wenn Maximilian dies aus Rücksicht für ihn (Kursachsen) unterlassen habe, so sei die Rücksicht nicht am Platze gewesen, er hätte herzlich dazu gelacht, wenn die Unirten einen „Schmus" bekommen hätten und wenn er es hätte heimlich thun können, gern dazu geholfen. Eine solche Sprache verscheuchte das Gefühl des Fremdseins, das in jener Zeit die Katholiken und Protestanten erfasste, wenn sie sich irgendwo in Gesellschaft begegneten. Mussten die Katholiken bei solchen Äusserungen den Kurfürsten von Sachsen nicht für einen Gesinnungsgenossen ansehen? Jedes Misstrauen schwand vollends, als sich der Hofprediger Hoë, dessen Anwesenheit bei den

*) Münchner Reichsarchiv lit. 59: Instruction für die bairischen Gesandten dd. 5. März 1620.

Uneingeweihten Kopfschütteln und Ärgerniss erregte, den rheinischen Kurfürsten und ihren geistlichen Begleitern so angenehm als möglich zu machen suchte; der Kurfürst von Köln war so bezaubert von dem treuherzigen Auftreten der sächsischen Lutheraner, dass er zum Theil aus Politik, zum Theil aber aufrichtig am Schlusse der mühlhauser Conferenzen Hoë und seine Religionsverwandten der Liebe der Katholiken versicherte: sie schätzten sie wie das eigene Fleisch und Blut. *)

Um so bestürzter war die pfälzische Partei als sie die Nachricht von der Reise Johann Georgs nach Mühlhausen erhielt und sonach annehmen konnte, dass sich ein Bündniss zwischen ihm und den Katholiken vorbereite. Moriz von Hessen-Kassel wollte einen Versuch machen, um den Kurfürsten von dieser Verbindung zurückzuhalten und schickte noch vor Beginn der Verhandlungen seinen Hofmarschall von der Werder nach Mühlhausen und richtete durch diesen die beweglichsten Vorstellungen an den Kurfürsten, dass er die protestantische Sache doch nicht preisgeben möge. Die Wirkung davon war nur, dass der Kurfürst noch gereizter gegen die Union wurde. In seiner Antwort erklärte er, er habe geglaubt, dass er mit so „harten und bedrohlichen Erinnerungen füglich hätte verschont und nicht molestirt werden“ sollen. Von gleicher Erfolglosigkeit waren auch die Bemühungen des Königs von Dänemark, der nach dem Ende der mühlhauser Berathungen den Kurfürsten von Sachsen beschwor, er möchte um des Evangeliums willen von dem Bündnisse mit dem Kaiser ablassen: Johann Georg hatte seine Entscheidung getroffen und war von derselben nicht mehr abzubringen. **)

Die eigentlichen Verhandlungen nahmen am 16. März im mühlhauser Rathhaus ihren Anfang, nachdem sich zwei Tage vorher Mainz und Köln mit den bairischen Gesandten über die Art und Weise der Fragestellung geeinigt hatten. Man sprach zuerst ein Langes und Breites über die böhmischen Unruhen

1620

*) Londorp I 635: Hoë an den Fürsten von Lichtenstein dd. 27. Nov. 1622.

**) Münchner Staatsarchiv 40/9: Dänemark an Kursachsen dd. 20./30. März 1620. — Werders Botschaft und Kursachsens Antwort bei Londorp.

und ob sie in Güte gestillt werden könnten und nachdem alle Anwesenden dies verneint, aber sich doch vor dem Vorschlage, die Unruhen mit Gewalt niederzuschlagen gescheut hatten, ergriff Kurköln hierin die Initiative und erklärte, dass kein anderer Weg zum Ziele führe, als wenn man den Kaiser mit den Waffen unterstütze. Sein Vorschlag, der ohnedies auf aller Lippen lag, fand allgemeinen Beifall, doch wurde bemerkt, dass man sich zur Anwendung der Waffengewalt nur dann entschliessen könne, wenn sich alle gehorsamen Stände des deutschen Reiches hiezu verpflichten würden. Der Kurfürst von Sachsen erklärte nun, dass er die Stände des ober- und niedersächsischen Kreises nur mit Mühe vor dem Anschlusse an die Union zurückgehalten habe, weil sie sich durch die Haltung der Katholiken im Besitze der ehemaligen Stifter und Klöster nicht sicher fühlten. Ein Anschluss an den Kaiser sei erst dann zu hoffen, wenn ihre Sorge in dieser Beziehung vollständig beschwichtigt sein werde, *) man müsse deshalb den Ständen für ihren Besitz die nöthige Sicherheit geben und so die Schwierigkeit hinwegräumen, welche sich ihrem Anschlusse an den Kaiser in den Weg stelle. Damit war die Erörterung jener Bedingung in den Vordergrund getreten, von deren Annahme Kursachsen in den geheimen Verhandlungen mit dem Kaiser seinen Beistand abhängig gemacht hatte. Johann Georg dehnte jetzt seine an den Kaiser gestellte Forderung noch weiter aus, denn er verlangte, dass den Ständen des niedersächsischen Kreises nicht nur der Besitz der Stifter und Klöster zugestanden, sondern ihnen auch hiefür Sitz und Stimme im Reichstag eingeräumt werde.

Die katholischen Fürsten waren, wie aus unseren Mittheilungen hervorgeht, auf die sächsischen Forderungen vorbereitet, dennoch erschraken sie, als Johann Georg dieselben in dem angedeuteten Umfange aufstellte. Sie empfanden die Säcularisirung jener geistlichen Güter als die bitterste Kränkung ihrer Rechte, ihr Schmerz war durch die alles heilende Zeit nicht gemildert worden. Da die Umstände jedoch

---

*) Münchner Reichsarchiv lit 59: Preising an Maximilian dd. 21. März 1620. Ebenda: Bericht über den Mühlhauser Convent.

gebieterisch eine gewisse Nachgiebigkeit forderten, musste man darüber schlüssig werden, in welchem Grade man sich den sächsischen Wünschen fügen wolle. Der Kurfürst von Köln beriet sich hierüber wiederholt mit seinen Theologen, die er nach Mühlhausen mitgenommen hatte *) und selbstverständlich verhandelte er über denselben Gegenstand auch mit Kurmainz.

Das Resultat dieser Berathungen bestand darin, dass man den niedersächsischen Ständen bloss die Zusicherung geben wollte, sie nicht mit Waffengewalt aus ihrem Besitz zu verdrängen und dass man sich damit einverstanden erklärte, wenn der Kaiser den niedersächsischen Ständen eine dem entsprechende Versicherung ertheilen würde. Diese Vergünstigung sollte aber nur so lange dauern, als die niedersächsichen Stände im Lutherthum verharren, sich gegen den Kaiser als gehorsame Stände benehmen und nicht Ansprüche auf Sitz und Stimme im Reichstag erheben würden. Da sich die geistlichen Kurfürsten neben allen diesen Einschränkungen noch das Klagrecht reservirt wissen, also — wenn wir es recht verstehen — in einzelnen Fällen Urtheile gegen diesen und jenen Besitzer erwirken wollten, welches ihn zur Rückgabe des betreffenden Besitzes verurtheilte, so kann man sich billig darüber wundern, dass sich Johann Georg mit diesen eingeschränkten und zu tausendfachen Streitigkeiten Anlass gebenden Anerbietungen zufrieden gab. Und doch war dies der Fall; Schritt für Schritt liess er von seinen ursprünglichen Forderungen ab und begnügte sich mit dem Anbote der geistlichen Kurfürsten. Die bairischen Gesandten konnten triumphirend ihrem Herrn berichten, dass man dem Kurfürsten von Sachsen weniger bewilligt habe, als Maximilian selbst zu geben entschlossen war. Ob Johann Georg zu dieser Nachgiebigkeit durch seine Räthe oder durch die Einflüsterungen Hoë's bewogen wurde, ist uns nicht bekannt, allein die letztere Vermuthung drängt sich von selbst auf. Als man nämlich in Wien aus Elverns Bericht und aus Hoë's eigenem Schreiben ersah, welch' innigen Freund man in ihm am sächsichen Hofe besitze, suchte man ihn durch

*) Münchner Staatsarchiv 40/8: Briefe Kurkölns an Maximilian vom mühlhauser Konvent.

neue Gnadenbezeugungen noch mehr zu fesseln und scheint damit zum Ziele gelangt zu sein, wenigstens dankte Hoë dem Kaiser für die neuen Gunstbezeigungen in den überschwenglichsten Ausdrücken und versicherte ihn seiner treuesten Anhänglichkeit.*) Kann man es demnach für eine unbegründete Vermuthung ansehen, wenn wir ihm einen entscheidenden Antheil an dem Verlaufe der mühlhauser Verhandlungen zuweisen?

1620 Am 21. März wurden die Berathungen geschlossen, nachdem von den anwesenden Fürsten eine Bundesurkunde unterzeichnet worden war, in der sie sich zur Unterstützung des Kaisers verpflichteten, da — wie sie erklärten — alle Anstrengungen zur friedlichen Beilegung des böhmischen Streites gescheitert seien. Johann Georg verpflichtete sich insbesondere die Stände des ober- und niedersächsischen Kreises für dieses Bündniss zu gewinnen, was hoffentlich gelingen würde, da — nach dem Wortlaut der Bundesurkunde — die katholischen Fürsten die Besorgnisse der genannten Stände in Betreff ihres ehemals geistlichen Besitzes durch „eine Assecuration zerstreut hätten, die ihnen verhoffentlich wohlbegniegig sein werde.“ Die „Assecuration“ selbst versprach im Namen der Katholiken den Ständen des ober- und niedersächsischen Kreises Schutz gegen jeden gewaltsamen und faktischen Angriff auf die von ihnen okkupirten ehemals geistlichen Güter, knüpfte aber diesen Schutz ausdrücklich an zwei Bedingungen: 1. dass die Stände fortan kein geistliches Gut angreifen und sonach den geistlichen Vorbehalt anerkennen, und 2. dass sie dem Kaiser in seinem Kampfe gegen Böhmen thatsächlich Hilfe leisten würden. **)

Die Einigung, die sich zu Mühlhausen zwischen Kursachsen und der kaiserlichen Partei vollzog, erregte selbst bei den Katholiken, die an den Verhandlungen nicht Theil genommen hatten, Kopfschütteln und Zweifel. Der Erzherzog

---

*) Wiener Staatsarchiv, 30jährige Kriegsacten 13: Hoë an Ferdinand dd. 21/31 März 1620.

**) Die betreffenden wichtigen Urkunden und Verhandlungen im sächsischen Staatsarchiv.

Albrecht und der Marques von Spinola wollten dieser freudigen Nachricht keinen Glauben schenken, obschon sie ihnen von dem kurkölnischen Obersthofmeister dem Grafen Eitel von Hohenzollern hinterbracht wurde. Es bedurfte wiederholter Versicherungen desselben, ehe jene beiden glauben konnten, dass Kursachsen seine Waffen mit denen des Kaisers verbinden würde.*)

Noch eine Angelegenheit kam in Mühlhausen zur Sprache, ohne dass derselben in der eben geschilderten Bundesurkunde Erwähnung geschehen wäre. Sie betraf die Frage, ob der Kaiser gegen den Pfalzgrafen und die mit den Böhmen verbündeten Fürsten mit der Achtserklärung vorschreiten solle oder nicht. Diese Frage war schon seit Monaten ein Gegenstand sorgfältiger Erwägung im kaiserlichen Kabinete; schon im November (1619) hatte der Kaiser seinen Reichshofrath aufgefordert ihm darüber ein Gutachten zu geben, ob er über den Palzgrafen, der sich für die Annahme der böhmischen Krone entschieden habe, die Acht verhängen solle. Einige seiner Reichshofräthe darunter Strahlendorf, Nostitz und Elvern widerrieten ihm die sofortige Verhängung der Acht, weil er durch die Wahlcapitulation an die Zustimmung der Kurfürsten gebunden und die Rebellion von den Böhmen und nicht von dem Pfalzgrafen ausgegangen sei. Sie meinten der Kaiser könne vorläufig nichts anderes thun, als durch öffentliche Patente die Reichsstände von der Unterstützung der Böhmen abmahnen. **)

Zur Erläuterung dieses Gegenstandes bemerken wir, dass die Wahlcapitulation dem Kaiser die Vornahme mehrerer ausdrücklich angeführter Handlungen ohne vorher eingeholte Erlaubniss der Kurfürsten verbot, dass darunter aber nicht die Aechtung eines Reichsstandes begriffen war. Bezüglich derselben wird bestimmt, dass kein Reichsstand ungehört geächtet und die Aechtung überhaupt nur nach einem ordentlichen

*) Münchner Staatsarchiv: Kurköln an Maximilian dd. 26. April 1620. — Über die Verhandlungen zu Mühlhausen bietet einen Gesammtüberblick Ulms Bericht, den er nach den Mittheilungen Preisings verfasst hatte. Im wiener Staatsarchiv Boh. 1620/April.

**) Wiener Staatsarchiv Boh. 1620: Gutachten an den Kaiser dd. 28. Nov. 1619.

Process verhängt werden dürfe. *) Trotzdem trat der Kaiser der ablehnenden Ansicht der Reichhofsräthe bei und verzichtete vorläufig auf die Achtsverhängung. Als die Liga sich jedoch auf dem würzburger Konvent auf seine Seite stellte, das Bündniss mit Sachsen dem Abschlusse nahe war und der Tag von Mühlhausen sich näherte, erbat sich Ferdinand neuerdings ein Gutachten in Angelegenheit der Achtserklärung. Der Verfasser desselben war diesmal der Reichsvicekanzler Freiherr von Ulm und dieser entschied sich ohne weiteres Zögern für die unmittelbare Verhängung der Acht. Das Bedenken, dass die Wahlcapitulation ein einseitiges Vorgehen des Kaisers verbiete und ihm die Verhängung der Acht nur mit Zustimmung der Kurfürsten erlaube, theilte er nicht und bemerkte, dass die Wahlcapitulation bloss dafür Sorge trage, dass Niemand ungehört und ohne ordentlichen Process geächtet werde, in dem gegenwärtigen Falle aber, wo es sich um eine notorische und permanente Rebellion handle, hätten jene Bestimmungen ihre Giltigkeit verloren.

Noch bevor Ulm sein Gutachten dem Kaiser überreicht hatte, entschied sich dieser für den vom Reichskanzler vorgeschlagenen Weg, doch wünschte er zuerst die Zustimmung des Herzogs von Baiern und des mühlhauser Konvents einzuholen. **) In dieser Absicht schickte er seinen Geheimrath den Herrn von Trauttmanstorff nach München, der hier einen für die Wünsche seines Herrn günstigen Boden fand. Maximilian war von Anfang an der Meinung,

---

*) Der betreffende Artikel der Wahlcapitulation ist der 26ste und lautet folgendermassen: „Wir sollen und wollen auch fürkommen und keineswegs gestatten, dass man hiefür niemandt hohes oder niedriges Standts, Churfürst, Fürst oder anderer ohn Ursach ach unerhört in die Acht und Oberacht gethan, bracht oder erklärt werde, sondern in solchem ordentlichem Process und des heil. Römischen Reichs vorausgesetzte Sazzung nach Ausweise des heil. Reichs im gemeldeten 55. Jahre formirten Kammergerichts-Ordnung und darauf erfolgten Reichs-Abschied in dem gehalten und vollzogen werde. Doch dem beschädigten seine Gegenwehr vermög des Landfriedes unabrüchig."

**) Münchner Staatsarchiv 2/26: Ferdinand an Maximilian dd. 8. März 1620. Breyer: IV Beilage Seite 30.

dass gegen den Pfalzgrafen mit der Verhängung der Acht vorgeschritten werden müsse, er hatte dafür allerdings einen guten Grund, denn nur auf diese Weise konnte er des ihm von Ferdinand mündlich versprochenen und von ihm so heiss begehrten Lohnes theilhaftig werden, des Kurhutes nämlich und eines Theiles der pfälzischen Besitzungen. Statt dass also Trauttmanstorff sich hätte bemühen müssen, die Bedenken Maximilians gegen die Aechtung zu zerstreuen, brachte vielmehr der letztere Gründe vor, die den Kaiser zur raschen Verhänguug der Acht vermögen sollten. Er habe, so bemerkte er, die Capitulation des Kaisers gelesen und nicht gefunden, dass derselbe nicht berechtigt sei, ohne Zustimmung der Kurfürsten die Acht auszusprechen.*) Der Kaiser war ausserordentlich erfreut, als er von Maximilians Zustimmung in Kenntniss gesetzt wurde und versicherte ihn, dass er mit der Achtserklärung nicht weiter säumen werde.

Seine Freude und sein Eifer wurden jedoch durch die Haltung des mühlhauser Konvents einigermassen gezügelt. Er hatte an denselben keinen eigenen Gesandten geschickt, wohl aber den Kurfürsten von Mainz ersucht die Zustimmung der Fürsten, die sich in Mühlhausen versammeln würden, für die Achtserklärung zu erwirken.**) Schweikhard kam der Aufforderung nach, allein der Wunsch des Kaisers wurde nicht erfüllt, trotzdem sich die bairischen Gesandten viel Mühe gaben, die Fürsten zu der Meinung ihres Herrn zu bekehren: weder gab Kursachsen seine Zustimmung, noch scheint es, dass die beiden geistlichen Kurfürsten besonders eifrig auf Ferdinands Wünsche eingegangen wären. Sie gaben dem Kaiser den Rath, mit der Verhängung der Acht über den Pfalzgrafen und seine Anhänger zu warten und sich vorläufig mit der Publication von Patenten zu begnügen, in denen diese Schädiger seiner Rechte unter Androhung der sonst zu verhängenden Acht zum Ge-

---

*) Wiener Staatsarchiv, Böh. 1620: Trauttmannsdorf an Ferdinand dd. 22. März 1620.

**) Wiener Staatsarchiv, Böh. 1620: Ferdinand an Maximilian dd. 24. März 1620.

horsam vermahnt werden sollten.*) Wenn der Konvent von Mühlhausen auf diese Weise den Wunsch des Kaisers nicht erfüllte, so suchte er der angedrohten Acht wenigstens dadurch mehr Wirkung zu geben, dass er sich selbst in einem eigenen Schreiben an den Pfalzgrafen wandte und diesen aufforderte freiwillig auf die Krone Böhmens zu verzichten. Brachte auch diese Aufforderung nicht das gewünschte Resultat, ohne Wirkung blieb sie doch nicht, denn sie lähmte die Entschlossenheit des Pfalzgrafen um so mehr, als der mühlhauser Convent in gleicher Weise die Union von jeder Unterstützung des böhmischen Aufstandes abmahnte und die Stände der verschiedenen gegen Ferdinand aufständischen Länder zum Gehorsam gegen den Kaiser aufforderte.**) Derartige Mahnungen, hinter denen sich wie ein drohendes Gespenst die Intervention zu Gunsten des Kaisers erhob, drückten den ohnedies nur noch schwach glimmenden Enthusiasmus der Böhmen zur Vertheidigung ihrer Heimat nieder und bereiteten die folgende Niederlage vor.

II

Von den gefassten Beschlüssen hatte der mühlhauser Konvent dem Kaiser nur eine stückweise und unvollständige Nachricht zugeschickt, er beauftragte aber den Herzog von Baiern, Ferdinand über den Gang der Verhandlungen sowie über die getroffenen Vereinbarungen in nähere Kenntniss zu setzen. Maximilian unterzog sich diesem Verlangen, indem er den Herrn von Preising, der den mühlhauser Verhandlungen beigewohnt hatte, als Berichterstatter nach Wien schickte, nicht ohne ihm einige Aufträge zu geben, die seinen speciellen Wünschen entsprachen. Der Herzog bedauerte es jetzt, dass er sich von dem Kaiser während seiner Anwesenheit in München nicht schriftlich das Versprechen hatte geben lassen, dass ihm alle Besitzun-

*) Wiener Staatsarchiv Boh. 1620: Der Mühlhauser Konvent an den Kaiser dd. 12./22. März 1620.

**) Die verschiedenen Abmahnungsschreiben bei Londorp.

gen des Pfalzgrafen, die er erobern würde, mit allen Rechten so lange gehören sollten, bis ihm die Kriegskosten erstattet würden. Herr von Preising sollte nun dahin wirken, dass er in dieser Beziehung vom Kaiser „etwas schriftliches herausbringe.“ Die Hoffnung lag für Maximilian nahe, dass die pfalzgräflichen Besitzungen nie ausgelöst werden würden und dass er somit an ihnen eine bleibende Erwerbung machen könnte. Um zu diesem Ziele zu gelangen bedurfte es aber der Ächtung des Pfalzgrafen und deshalb trug Maximilian dem Herrn von Preising auf, Ferdinands Eifer auch in dieser Beziehung anzuspornen. Zwar wollte er sich dem mühlhauser Beschlusse fügen und damit zufrieden geben, dass der Pfalzgraf und seine Anhänger bloss unter Androhung der Acht zum Gehorsam gegen den Kaiser aufgefordert würden, aber er verlangte, dass ein Zeitpunkt und zwar ein kurz bemessener von 38 oder 27 Tagen bestimmt würde. *) Maximilian fürchtete nicht, dass durch diese Fristerstreckung ein Schaden für ihn erwachsen würde; denn einestheils brauchte er noch Zeit um seine Rüstungen zu Ende zu bringen und anderntheils glaubte er eine so schnelle Nachgiebigkeit von Seite des Pfalzgrafen nicht erwarten zu dürfen.

Herr von Preising fand bei seiner Ankunft in Wien die günstigste Aufnahme; der Kaiser nahm seine Mittheilungen über den Verlauf des mühlhauser Konventes freundlich entgegen und liess ihm schon nach acht Tagen durch den Reichsvicekanzler Ulm eine eingehende Antwort auf alle Punkte seines Anbringens ertheilen. Der Kaiser erklärte in derselben seine besondere Befriedigung über die mühlhauser Beschlüsse, die er mit den Reichsgesetzen und mit seiner kaiserlichen Auctorität im Einklange stehend fand. Er war damit einverstanden, dass Kursachsen und Baiern zu Direktoren des Kriegswesens erwählt wurden und erbot sich zugleich, den Ständen des ober- und niedersächsischen Kreises den Besitz der ehemals geistlichen Güter zu garantiren, allerdings in der beschränkenden

*) Münchner Staatsarchiv: Maximilian an Ferd. dd. 8. April 1620. Münchner Reichsarchiv lit. 59: Instruction für Herrn von Preising dd. 8. April 1620.

Weise, wie dies in Mühlhausen beschlossen worden war. In Bezug auf die Frage, ob gegen Kurpfalz mit der Androhung der Acht oder mit der Ächtung selbst vorgegangen werden solle, schloss sich der Kaiser der Ansicht des mühlhauser Konvents und den Rathschlägen Maximilians an. *) In der That liess er einige Tage später, am 30. April ein Abmahnungsschreiben an den Pfalzgrafen publiciren, worin er denselben unter sonst unmittelbarer Verhängung der Acht aufforderte binnen Monatsfrist das Königreich Böhmen zu räumen. Aehnliche Patente wurden am selben Tage gegen die mit dem Pfalzgrafen verbundenen Reichsfürsten, Reichsstädte und die militärischen Befehlshaber publicirt.**)

Wie aus diesen Mittheilungen ersichtlich ist, liess die Antwort, die Herr von Ulm dem bairischen Gesandten im Namen des Kaisers ertheilte, jenes mündliche, die erblichen Besitzungen des Pfalzgrafen betreffende Versprechen unerörtert. Da aber gerade dies sein wichtigster Auftrag war, so ruhte Preising nicht und drang sowohl bei dem Kaiser wie bei Herrn von Eggenberg auf eine entsprechende Erklärung. Er erreichte sein Ziel, indem Ferdinand selbst in einem Schreiben an Maximilian die münchner Versprechungen erneuerte. Alles das, was Maximilian von den pfalzgräflichen Besitzungen erobern würde, sollte er „als Pfand bis zur Wiedererstattung der Unkosten behalten dürfen. ***) Aber Maximilian fühlte sich durch diese schriftlich gegebene Zusage nicht befriedigt und behauptete jetzt mit einemmale, dass sie den münchner Abmachungen nicht entspreche. In München sei ihm der volle und bleibende Besitz der gegen den Pfalzgrafen gemachten Eroberungen versprochen worden und von einer Rückgabe oder Auslösung derselben nicht die Rede gewesen; er berief sich

---

*) Münchner Reichsarchiv lit. 59: Antwort dem Herrn von Preising gegeben dd. 21. April 1620.
Innsbrucker Statthaltereiarchiv: Harrach an Erzherzog Leopold dd. 24. April 1620.

**) Londorp II 28 folg.

***) Münchner Staatsarchiv 21./26: Ferdinand an Maximilian dd. 21. April 1620.

hiebei auf das Zeugniss des Herrn von Eggenberg, der diesen Verhandlungen beigewohnt habe. *)

So sehr wir auch sonst den Angaben des Herzogs Glauben schenken, so meinen wir doch, dass er es diesmal mit der Wahrheit nicht ganz genau nahm. Als er den Herrn von Preising nach Wien sandte und eine Instruction für ihn entwarf, in der er ihm auftrug, von Ferdinand eine schriftliche Bestätigung des münchner Versprechens zu erwirken, erklärte er in derselben: es sei in München vereinbart worden, dass er alles, was er im Reiche erobern würde, bis zur Erstattung der Unkosten besitzen solle. Gewiss sprach Maximilian zu seinem vertrauten Rathgeber die Wahrheit: wie kam er nun dazu, an den Kaiser im Mai grössere Forderungen zu erheben und die münchener Abmachungen absichtlich zu entstellen?**) Maximilian bietet uns selbst die Handhabe zur Lösung dieses Räthsels; in dem Schreiben an den Kaiser, worin er auf den bleibenden Besitz der Eroberungen dringt, beruft er sich auf

---

*) Münchner Staatsarchiv 2/26: Maximilian an Ferdinand dd. 5. Mai 1620.

**) In der Instruction, die Maximilian dem Herrn von Preising gab (dd. 8. April 1620) erklärte er, „es sei damals in München pro indubitato gehalten worden, dass ihm alle Besitzungen des Pfalzgrafen, deren er sich bemächtigen würde cum ommibus regalibus juribus et emolumentis verbleiben sollten;“ und an einer andern Stelle derselben Instruction, wo er Preising aufträgt dahin zu arbeiten, dass er von Ferdinand eine schriftliche Bestätigung dieses Versprechens erwirke, sagt er: „es sei bei der münchner Verhandlung für unzweifenlich gehalten worden, wann wir im Reiche etwas, es sei was es wolle, erobern würden, dasselb uns aller mit Hoheit und Genuss bis zur Abstattung der Unkosten verbleiben solle und auch ihre Majestät uns darin handhaben wolle.“ Man sieht, Maximilian selbst gesteht ein, dass die Erwerbungen im Reiche nur so lange in seinem Besitze bleiben sollten, als sie nicht ausgelöst würden. Als nun Ferdinand dem Wunsche Maximilians entsprechend an ihn schrieb, dass ihm die Erwerbungen im Reich als Hypothek so lange gehören sollten, bis ihm die Kriegskosten erstattet werden würden, war Maximilian mit diesen Anerbietungen unzufrieden und schrieb an Ferdinand, (Münchner Staatsarchiv 2/26 dd. 5. Mai 1620) dass er die künftigen Erwerbungen im Reiche nicht bloss hypothecae nomine, sondern jure proprio besitzen und sonach von einer Wiederauslösung nichts wissen wollte; „denn“ so schreibt er „ich erinnere mich, dass alhir zu München zwischen beiderseits Räthen abgeredet worden und verglichen, dass sich nicht pro

die Versprechungen, die Ferdinand dem Kurfürsten von Sachsen gemacht hatte und die mittlerweile zu seiner Kenntniss gelangt waren. Er wollte nicht schlechter behandelt sein als Johann Georg: wenn Ferdinand diesem den Besitz eines deutschen Fürstenthums versprechen konnte, so wollte auch er ein derartiges Versprechen haben und nicht in seiner Erwerbung durch die stete Angst vor einer Auslösung gestört werden. Seine Vorstellungen fanden bei dem Kaiser freundliche Aufnahme. Ohne sich erst in einen Streit einzulassen, welche Bedeutung die münchner Verhandlungen gehabt hätten, erklärte Ferdinand, dass er nie anderer Meinung gewesen wäre, als dass die Eroberungen, die Maximilian im Reiche machen würde, ihm auch verbleiben sollten, es sei denn, dass sie ihm durch gleiche Gebietsabtretungen abgelöst würden. *) So hatte Maximilian sein Ziel erreicht.

Die letzte Angelegenheit, die Herr von Preising in Wien betreiben sollte, betraf den Kurfürsten von Sachsen. Da der Angriff gegen die Niederpfalz bei dem Fortgang, den die spanischen Rüstungen genommen hatten, bald erfolgen konnte, so riet Maximilian, dass man den Kurfürsten von Sachsen von diesem Angriffe vertraulich in Kenntniss setzte, damit er nicht, wenn derselbe erfolge, stutzig würde, sondern sich geschmeichelt fühle, dass er von den wichtigsten Beschlüssen des Kaiserhauses informirt worden sei. **) Ob der Kaiser diesem Wunsche nachkam, ist uns nicht bekannt, scheint aber um so

---

hypotheca, sondern jure proprio behalten möge, wie ich mich dessentwegen auf den von Eggenberg will bezogen haben und sonsten wohl sein kann, auch die Exempla im Reich solches mit sich bringen, was durante banno einer eingenommen, ihm auch post restitutionem banniti nicht mehr genommen, sondern für eigen gelassen werden, gestaltsam ich auch glaublich berichtet wurde, dass es mit Ihrer Liebden aus Sachsen, soviel die Reichsgüter belangt, anderen Verstand auch nicht haben soll und ausser dessen schwer fallen möchte, was einer mit höchster Sorg, Mühe, Gefahr und baaren Unkosten erobert, von langer Hand soll bezahlt und volgends mit leeren Hand abtreten soll."

*) Müncher Staatsarchiv 2/26: Ferdinand an Maximilian dd. 17. Mai 1620. Ferdinand sagt nicht: „gleiche Gebietsabtretungen" sondern per acquivalentia, was wir im obigen Sinne verstehen.

**) Münchner RA. lit. 59 Instruction für Herrn von Preising dd. 8. April 1620.

weniger zweifelhaft, als er schon früher die Absicht hatte, die betreffende Mittheilung an Kursachsen gelangen zu lassen.

Nachdem Ferdinand von den Beschlüssen des mühlhauser Konvents in Kenntniss gesetzt worden war, beeilte er sich den Kurfürsten von Sachsen mit der Execution gegen Schlesien und die Lausitz zu betrauen. Ihm, dem protestantischen Fürsten gab er also zuerst und noch vor der Liga und vor dem Herzog Maximilian die Vollmacht mit Gewalt in einen Theil des böhmischen Gebietes einzubrechen. Ferdinand hatte mit gutem Vorbedacht beschlossen zuerst Kursachsen ins Feuer zu schicken, denn wenn ein protestantischer Fürst aus altberühmtem Hause sich zum Vertheidiger der kaiserlichen Rechte hergab, konnte in manchen Kreisen die Überzeugung Raum gewinnen, dass der böhmische Streit in politischen und nicht in religiösen Gründen wurzle und dies musste die Widersacher des Kaisers in ihrem Widerstande lähmen.

Über den Inhalt und Umfang der dem Kurfürsten zu ertheilenden Vollmacht fanden in Wien vielfache Berathungen statt. Man einigte sich zuletzt dahin, dass man ihn ermächtigen solle, in die Lausitz und in Schlesien einzufallen, jeden Widerstand niederzuschlagen und die Güter der Rädelsführer zu confisciren. In Bezug auf das Gnadenrecht, das dem Kurfürsten zur Erleichterung seiner Mission eingeräumt werden sollte, gestattete der Kaiser, dass er Verhandlungen mit dem Herzoge von Liegnitz und dem Fürsten von Öls anknüpfen dürfe, um sie gegen das Versprechen völliger Begnadigung zum Gehorsam zu vermögen; auch stellte er ihm frei, andere Personen und einzelne Städte in Gnaden aufzunehmen, wenn dadurch die Execution befördert würde. In Bezug auf die Religionsfrage enthielt die Vollmacht keine Weisungen, weder Versprechungen für die Protestanten noch Drohungen. In welcher Weise man am kaiserlichen Hofe die religiöse Frage in diesen Tagen auffasste, ergibt sich aus zwei vertraulichen Schreiben Ferdinands an Hannibal von Dohna, der dem Kurfürsten von Sachsen bei der Durchführung der Execution an die Hand gehen sollte. Ferdinand verlangte, dass die Rechte der Katholiken in Schlesien und der Lausitz gewahrt, sie fortan keinerlei Bedrückungen ausgesetzt und in den Besitz aller

in der letzten Zeit entzogenen Güter wieder eingesetzt werden möchten.*) In Bezug auf die Protestanten findet sich in den erwähnten Schreiben keine Andeutung, die darauf schliessen liesse, dass man ihnen das freie Religionsbekenntniss hätte schmälern wollen, dennoch trug man sich in Wien schon mit dieser Absicht und verriet dieselbe dadurch, dass man in der dem Kurfürsten von Sachsen ertheilten Executionsvollmacht des Majestätsbriefes nicht gedachte.

Als das kaiserliche Executionspatent in Dresden anlangte und man dessen Inhalt kennen lernte, war man unzufrieden damit, dass der Kaiser den Kurfürsten von der Theilnahme an der Execution in Böhmen ausschliesse, und verlangte, dass die eben ertheilte Vollmacht auch auf die drei nördlichen Kreise von Böhmen ausgedehnt werde. Noch schwerer empfand man es jedoch, dass in dem Patente von dem Majestätsbriefe keine Rede war und wünschte auch in dieser Beziehung eine Korrektur. Die Verlegenheit, in die Ferdinand dadurch geriet, dass Sachsen klar und unumwunden über seine künftige Haltung gegen die Protestanten in den Ländern der böhmischen Krone belehrt sein wollte, wurde gleichzeitig durch die Verhandlungen erhöht, die mit den österreichischen Protestanten geführt wurden. Auch diese stellten an den Kaiser die Bitte, eine offene Sprache zu führen und sich nicht hinter zweideutige und nichtssagende Phrasen zu flüchten. Es war eine bittere Folge des Bündnisses mit Sachsen, dass der Kaiser in dem Augenblicke, wo die Feindseligkeit seiner Unterthanen alle Schranken überstiegen und er genug Freunde gefunden hatte, um sie niederzuwerfen, Verpflichtungen zur Aufrechthaltung der Glaubensfreiheit — nach seiner Überzeugung der einzigen Ursache seiner gegenwärtigen Leiden — eingehen sollte. Er durfte weder die Bitten der österreichischen Stände noch die Forderung Kursachsens um Klarlegung seiner Absichten abweisen, wenn er nicht den Beweis liefern wollte,

---

*) Münchner Reichsarchiv lit. 59: Ferdinands II Vollmacht für Kursachsen dd. 22. Apr. 1620. Ebenda: Ferdinand an Maximilian dd. 22. April 1620. Ebenda: Ferdinand an Hannibal von Dohna dd. 22. April 1620. Zwei Briefe vom selben Tage.

dass der Kampf in Böhmen nichts anderes sei als ein Glaubenskampf.

In diesen martervollen Zweifeln, ob und wie weit er den protestantischen Forderungen nachgeben, wie weit dem Bündnisse mit Kursachsen Rechnung tragen solle, ersuchte er einige hervorragende Mitglieder des Jesuitenordens um ihr Gutachten. Er forderte sie auf sich dabei durch keinerlei weltliche Rücksichten beirren zu lassen: sollte er durch ihren Urtheilsspruch „Land und Leute ja sein eigenes Leben verlieren, so wolle er dies lieber hinnehmen, als gegen Gott handeln und sein Gewissen im mindesten beschweren.“ Die Theologen, unter denen sich auch der damalige kaiserliche Beichtvater P. Beccanus befand, glaubten dem Kaiser zur Anerkennung der von Maximilian II ertheilten Concession, die sich vor allem auf die augsburger Confession bezog, rathen zu dürfen. Unter den Räthen des Kaisers rief dieses Gutachten zum Theil Überraschung zum Theil Unwillen hervor. Einer der hervorragendsten von ihnen, der Präsident des Reichshofrathes, der Graf von Zollern machte aus seiner Missbilligung kein Hehl, aber man beschloss dennoch sich vorläufig nach diesem Gutachten zu richten.*) Ferdinand versicherte also den Kurfürsten, dass ihm jede Verfolgung der Bekenner der augsburger Confession fern liege und wenn er in jenem Patente des Majestätsbriefes nicht gedacht habe, so sei es geschehen, um den „blutdürstigen Kalvinern den Deckmantel“ wegzunehmen, unter welchem sie nichts als Aufruhr geplant hätten. Eben so wenig wie die Lutheraner denke er die Husiten in Böhmen — allerdings in der alten Gestalt der Utraquisten — zu verfolgen. Dieser Brief, der einen aufrichtigen Ton zu athmen schien, schlug die Bedenken Johann Georgs nieder, so dass er keinen Einwand mehr gegen das umgearbeitete Executionsmandat erhob, welches gleichfalls des Majestätsbriefes nicht gedachte, dagegen seinen andern Wünschen nachkam und ihn mit der Execution in Böhmen betraute.**) Am selben Tage dem 6. Juni stellte Fer-

6. Juni 1620

1620

*) Münchner Reichsarchiv XXIII/1.: Zollern an? dd. 7. Juni 1620.

**) Collectio Camer. in München. Ferdinand an Kursachsen dd. 6. Juni 1620.

dinand auch für Maximilian ein Executionsmandat aus und bevollmächtigte ihn zum Einmarsch in Böhmen. *)

Dennoch gab es noch einen Stein des Anstosses, der erst beseitigt werden musste, wenn volle Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und Kursachsen herrschen sollte.

Wir haben erzählt, dass in Mühlhausen mit Zustimmung Sachsens dem Kaiser der Rath ertheilt wurde, abmahnende Schreiben an den Pfalzgrafen und seine Anhänger zu richten, in denen sie im Falle des Ungehorsams mit der Acht bedroht werden sollten. Der Kaiser war diesem Rathe nachgekommen, hatte aber hiebei auch den Rath des Herzogs von Baiern, der eine bestimmte Frist für das wirkliche Eintreten der Acht angesetzt wissen wollte, verwerthet. Jetzt bereute der Kurfürst von Sachsen, dass er in Mühlhausen seine Zustimmung zur eventuellen Ächtung gegeben hatte und verlangte, dass sich der Kaiser mit der blossen Androhung der Acht begnüge und sie erst verhänge, wenn er hiezu auch die Zustimmung Kurbrandenburgs erhalten hätte. **)

Als der Monat Mai und damit die dem Pfalzgrafen ertheilte Frist zu Ende ging, ohne dass derselbe Miene machte, den Befehlen des Kaisers Gehorsam zu leisten, versammelte sich in Wien der Reichshofrath unter dem Vorsitze des Grafen von Zollern und beriet, ob die angedrohte Acht zu verhängen sei oder nicht. Die Mehrzahl der Räthe war der Meinung, dass der Kaiser die Acht verhängen solle, da jedoch eine Minderheit die entgegengesetzte Ansicht hartnäckig vertrat, so einigte man sich zuletzt dahin, dass man den Herzog von Baiern um seine Meinung befragen wolle. Ferdinand theilte ihm seine Zweifel in Form verschiedener Vorschläge mit: sollte er einen Kurfürstentag berufen und im Verein mit diesem

---

*) Münchner Staatsarchiv 2/16 und 50/28: Vollmacht für Maximilian dd. 6. Juni 1620. Münchner Reichsarchiv tom. VI Vollmacht für Maximilian und Johann Georg dd. 6. Juni 1620. Münchner Staatsarchiv 2/16: Ferdinand an Kursachsen dd. 6. Juni 1620.

**) Wiener Staatsarchiv Boh. 1620: Kursachsen an Maximilian dd. 14/24 Mai 1620.
Münchner Staatsarchiv 53/6: Wensin an Maximilian dd. 4. Juni 1620

den Pfalzgrafen ächten? — dann verging aber der Sommer mit blossem Hin- und Herreden — oder sollte er den Pfalzgrafen ächten selbst auf die Gefahr hin, dass der Kurfürst von Sachsen sich vom Bündnisse zurückziehe? oder sollte er endlich abwarten bis die Execution ihren Anfang genommen hatte in der Erwartung, dass Kursachsen, wenn es sich an ihr betheiligt haben würde, gegen die darauf folgende Achtserklärung keine Einwendung machen werde? Der letztere Ausweg empfahl sich scheinbar, hatte aber auch seine Schwierigkeiten, denn wie durfte man die erblichen Besitzungen des Pfalzgrafen angreifen, wenn die Acht nicht über ihn verhängt war, *) und gerade um diesen Angriff handelte es sich dem Kaiser und dem Herzog von Baiern.

Als diese Fragen an Maximilian gelangten, würdigte er mehr als je die Schwierigkeiten einer unmittelbaren Achtserklärung und glaubte nun auch selbst, dass man mit derselben und mit dem Angriff gegen die Pfalz zögern müsse, bis der Kampf in Böhmen einen glücklichen Ausgang genommen haben würde. Er ertheilte also dem Kaiser den Rath, die Acht ohne Sachsens Zustimmung nicht einmal nach dem Beginne des Krieges auszusprechen, denn man könne ebenso wenig wissen, ob der Kurfürst sich die Achtserklärung gefallen lassen oder ob er durch sie gereizt werden und Frieden mit Böhmen schliessen würde. Auch würde die unmittelbare Ächtung des Pfalzgrafen keinen Nutzen bringen, da er (Maximilian) und die Liga durch den mit der Union eben zu Ulm abgeschlossenen Vertrag — von dem bald die Rede sein wird — von dem Angriffe gegen die Besitzungen sämmtlicher Unionsfürsten also auch des Pfalzgrafen zurückgehalten würden, für Erzherzog Albrecht aber die Schranke nicht bestehe und er auch ohne die ausgesprochene Ächtung zum Angriffe schreiten könne. Vor allem müsse der Krieg gegen Böhmen einen guten Fort-

*) Münchner Reichsarchiv XXIII/1: Der Reichshofrath an den Kaiser dd. 1. Juni 1620.

**) Münchner Staatsarchiv 2/15: Ferdinand an Maximilian dd. 1. Juli 1620. Wiener Staatsarchiv Boh. 1620: Zollerns Concept über die Ächtungsverhandlungen. Münchner Staatsarchiv 292/11: Oñate an Maximilian dd. 2. Juli 1620.

gang nehmen: sei man da zum Ziele gelangt, dann möge der Kaiser die Acht aussprechen und dann werde auch er (Maximilian) sich nicht durch den ulmer Vertrag hindern lassen die Execution gegen die erblichen Besitzungen des Pfalzgrafen durchzuführen.

Die Ansicht des Herzogs von Baiern hatte zu viel für sich, als dass sich Ferdinand ihr nicht angeschlossen hätte; sie verhinderte nicht eine energische Aufnahme des Krieges und verschob nur die Achtserklärung bis zu dem Zeitpunkte, wo sie thatsächlich durchgeführt werden konnte. Sonach war man in Wien erbötig dem Wunsche des Kurfürsten von Sachsen Rechnung zu tragen und vorläufig von der Achtserklärung abzusehen. Die Einigkeit zwischen Ferdinand und Johann Georg liess jetzt nichts zu wünschen übrig.

---

*) Wiener Staatsarchiv Bohemica 1620: Maximilian an Ferdinand dd. 8 Juli 1620.



